

Noah und Cassandra

Dimensionen der Bedrohung und Perspektiven
der Rettung in der Mentalität der westdeutschen
Friedensbewegung 1979-1984

Inauguraldissertation
zur Erlangung der Doktorwürde der
Philosophischen Fakultät der
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Vorgelegt von
Tim Warneke

Erstgutachter: Prof. Dr. Dr. h. c. Detlef Junker
Zweitgutachter: Prof. Dr. Philipp Gassert

2017

INHALTSVERZEICHNIS:

I. EINLEITUNG	1
1. Forschungsinteresse und Fragestellung	1
2. Methodische Grundlagen des Forschungsansatzes	4
3. Forschungsbericht	17
4. Quellenbestände	23
II. DIE DIMENSIONEN DER BEDROHUNG	28
1. Die Toten von morgen: Die paradigmatischen Erzählungen von Noah und Cassandra	28
a) Die Propheten	28
b) Günther Anders' Noah-Parabel	32
c) Christa Wolfs Erzählung „Kassandra“	38
d) Die Apokalypse im Bewußtsein der Friedensbewegung	49
2. Mythos und Logos der Bombe	57
a) Der Zerstörer von Welten	57
b) Leben in der Frist: Die nukleare Situation nach Günther Anders	71
c) Das prometheische Gefälle und die prometheische Scham	75
d) Die Rehabilitierung der Angst	80
e) Der Exterminismus: Die nukleare Situation nach Edward P. Thompson	85
f) Das exterministische Weltsystem	93
3. Die Pathologien der bipolaren Weltordnung	97
a) Das instabile Gleichgewicht	97
b) Die Isomorphie der Supermächte	107
c) Krieg für Profit: Der militärisch-industrielle Komplex als Urheber des Wettrüstens	114
d) Die sozialen Kosten der Rüstung	126
4. Rationalität und Irrationalität nuklearer Abschreckung	130
a) Die antiquierte Vernunft	130
b) Bedingungen rationalen Handelns	141
c) Epistemische Rationalität und die Parameter der Wirklichkeit	150
d) Das Argument für die Abschreckung: Die Rationalität der Kräfte	163
e) Das Argument für die Abrüstung: Die Rationalität der Risiken	175
f) Alpträume der Vernunft: Die Kritik der inhumanen Rationalität	185
5. Geschichte, Verfassung und Staat	195
a) Politischer Protest vor dystopischer Kulisse: Orwells 1984 und andere Topoi der Gesellschaftskritik	195
b) 1933/1983: Geschichte als Auftrag	214
c) Legalität und Legitimität: Die Debatte um ein Recht auf Widerstand	229
d) Das Prinzip des gewaltfreien Widerstands: Legitimität durch Selbstaufopferung	238
6. Die USA: Die Bedrohung durch die aggressive Supermacht	242
a) ‚Amerika‘ in den deutschen Ideologien	242
b) Die USA als Macht der Tyrannei	259
c) Die USA als Besatzungsmacht in Westdeutschland	265
d) „Erstschlagwaffe“ Pershing II	285
e) Begegnungen und Reflexionen	292

7.	Die Sowjetunion: Die Bedrohung durch falsche Feindbilder	305
a)	Die „Bedrohungslüge“: Die Russen kommen nicht	305
b)	Objektiv auf Seiten des Friedens: Die Sowjetunion als Verbündeter	318
c)	Roter Imperialismus: Die Sowjetunion als Wettbewerber im Rennen um die Weltherrschaft	325
8.	Die Bedrohung durch die materialistische Konkurrenzgesellschaft: Die Kulturkritik der Friedensbewegung	332
a)	Wider die grauen Herren	332
b)	Leben gegen Tod	357
III.	DIE PERSPEKTIVEN DER RETTUNG	367
1.	Die Utopie der gewaltfreien Gesellschaft	367
a)	Frieden als Leitbegriff gesellschaftlicher Ordnung	367
b)	Die gewaltlose Gesellschaft nach Johan Galtung	375
c)	Die gesunde Gesellschaft nach Erich Fromm	396
2.	Der Weg des Friedens: Rettung durch Gewaltlosigkeit	414
a)	„Es gibt kein gutes Militär“: Radikalpazifistische Positionen	414
b)	Das radikalpazifistische Gewaltverständnis	421
c)	Die Ursprünge der Gewalt und das pazifistische Menschenbild	449
d)	Die pazifistische Methodik: Der Appell an das Herz	463
e)	Frieden statt Sicherheit: Frieden als existentialistischer Begriff	468
3.	„Krieg dem Krieg“: Rettung durch Bekämpfung des Imperialismus	477
a)	Das antiimperialistische Spektrum der Friedensbewegung: Organisationen und Positionen	477
b)	Frieden durch Sieg um Befreiungskrieg: Autonome und antiimperialistische Gruppen	492
c)	„No Justice – no Peace!“: Die Pazifismus-Kritik der Autonomen	505
d)	Die Gegenkritik der Alternativen Liste	513
e)	Frieden durch Widerstand: Positionen und Diskussionen im BAF	517
f)	Die Loccumer Blockade	526
4.	Eine Politik der Bergpredigt: Rettung durch die Nachfolge Christi	536
a)	Das Problem des gerechten Krieges	536
b)	Das Evangelium als Auftrag	542
c)	Rüstung als Produkt der Todsünden	551
5.	Frauen und Frieden: Rettung durch das weibliche Prinzip	557
a)	Die Entstehung der Frauenfriedensbewegung	557
b)	Friedenspolitische Standpunkte: Essentialistischer Dualismus	562
c)	Sozialer Dualismus	567
d)	Das kriegführende Geschlecht: Der Blick auf die Männer	578
e)	Kritik an der Frauenfriedensbewegung	581
IV.	ERGEBNISSE	583
1.	Dimensionen der Bedrohung	583
2.	Perspektiven der Rettung	593

V. VERWENDETE LITERATUR	600
1. Archivalien	600
a) Archiv Aktiv [AA]	600
b) Archiv Soziale Bewegungen in Baden [ASBB]	600
c) Archiv der Sozialen Bewegungen (Rote Flora, Hamburg) [ASBH]	603
d) Hamburger Institut für Sozialforschung [HIS]	603
2. Zeitungen und Zeitschriften	604
3. Online-Dokumente	609
4. Monographien	610
5. Organisationen und Spektren der Friedensbewegung	633

I. EINLEITUNG

1. Forschungsinteresse und Fragestellung

Das wichtigste, was wir von einem Menschen wissen können, ist das, was für ihn ein Axiom ist, und die elementarsten und wichtigsten Tatsachen einer Gesellschaft sind jene, die selten erörtert und allgemein als geregelt betrachtet werden.

Louis Wirth: Vorwort zu Karl Mannheims „Ideologie und Utopie“

Die Friedensbewegung der 1980er Jahre ins Zentrum einer historischen Untersuchung zu stellen bedarf an sich kaum einer besonderen Begründung. Schon aufgrund ihres Charakters als eine der größten Massenbewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die in der Hochphase der Auseinandersetzungen, dem „heißen Herbst“ 1983, wahrscheinlich die Millionengrenze erreichte¹, verdient sie die Aufmerksamkeit der Geschichtsschreibung. Jedoch gründet das verstärkte Forschungsinteresse, das die Friedensbewegung in den letzten Jahren gefunden hat, nicht nur auf diesem äußerlichen Umstand. Auch und vor allem ihre geistigen Inhalte, politisch-gesellschaftlichen Konzeptionen und Wirkungen machen die Friedensbewegung und ihre Schwesterbewegungen der 1970er und 80er Jahre zu Phänomenen, dessen intensive Aufarbeitung für die Zeitgeschichte der Bundesrepublik Deutschland unerlässlich ist.

Die Geschichte der Friedensbewegung zeigt zunächst einmal in aller Deutlichkeit die innenpolitischen Dimensionen des Kalten Krieges, der eben nicht nur zwischen Staaten und politisch-ideologischen Blöcken ausgetragen wurde, sondern gleichermaßen mit intensiven innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen einherging. Es läßt sich zeigen, wie die Mentalität und politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland durch den Kalten Krieg geprägt wurden, und wie dies mit einem sich etwa ab den siebziger Jahren entfaltenden Bewußtseinswandel zusammenwirkte, in dem die moderne Industriegesellschaft zunehmend in Frage gestellt wurde. Es handelte sich damit um eine geschichtliche Periode, in der politische, militärische, sozioökonomische und mentalitätsgeschichtliche Entwicklungen besonders stark miteinander verflochten waren.

¹ Vgl. Carter, April: *Peace Movements: International Protest and World Politics since 1945*. London und New York 1992. S. 121.

Darüber hinaus vermag die Geschichte der Friedensbewegung Erkenntnisse zu liefern, durch die frühere wie spätere Geschehnisse besser in ihren historischen Kontext eingeordnet werden können. Zum einen zeigt sie, wie die Katastrophenerfahrungen der Vergangenheit, also die beiden Weltkriege und die nationalsozialistische Diktatur, in Deutschland fortwirkten und verarbeitet wurden. Ihr zutiefst prägender Einfluß war in der Debatte um die Stationierung auf allen Ebenen deutlich wahrnehmbar. Zum anderen entfalteten die spezifischen Wert- und Einstellungsmuster der Friedensbewegung trotz des raschen Endes ihrer Mobilisierungskraft auch in der weiteren Zukunft des inzwischen wiedervereinigten Deutschlands erhebliche Wirkung, was sich einerseits in den Debatten zu den verschiedenen Interventionskriegen im Irak, in Jugoslawien und in Afghanistan zeigte, wodurch aber auch im innergesellschaftlichen Bereich die durchgehende Diskreditierung, ja Tabuisierung jeglicher Gewaltanwendung vorangetrieben wurde. Einige wichtige Nebenthemen der Stationierungsdebatte sind bis heute feste Bestandteile des gesellschaftskritischen Diskurses, so etwa die Ablehnung einer wachstumsorientierten Wirtschaft oder die Problematik des Verhältnisses zwischen Bevölkerung und Eliten in einer Demokratie. Nicht verwunderlich also, daß man nach einer Beschäftigung mit den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der achtziger Jahre beim Blick auf aktuelle Debatten zuweilen das eine oder andere Déjà-vu erlebt.

Die Fragestellung der vorliegenden Arbeit richtet sich auf die Weltsichten und politischen Grundüberzeugungen in der westdeutschen Gesellschaft der 1980er Jahre und verfolgt mithin ein vorwiegend mentalitätsgeschichtliches Interesse. Mentalitätsgeschichte zu schreiben heißt nun, das Selbstverständliche – das heißt: das von den Akteuren jeweils für selbstverständlich Gehaltene – zum Thema zu machen. Im Sinne der eingangs zitierten Feststellung von Louis Wirth stellt die Untersuchung mithin die Frage nach den Axiomen der Friedensbewegung, nach den unhinterfragt als gültig betrachteten deskriptiven wie normativen Überzeugungen, die ihr Weltbild prägten. Außerdem soll geklärt werden, welche Argumentations- und Interpretationsmuster in der Friedensbewegung sowohl in unmittelbaren Bezug auf den Kalten Krieg wie auch darüber hinausgehende Fragen entwickelt wurden, etwa der grundsätzlichen Verantwortbarkeit der Herstellung von Sicherheit durch nukleare Abschreckung oder der konkreten Ausgestaltung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.

Besonders im ersteren Aspekt liegt nach Ansicht des Verfassers der Punkt, der die Geschichte der Friedensbewegung und ihres Kampfes gegen die Stationierung eigentlich interessant macht. Im Konflikt um den NATO-Doppelbeschluß begegnet uns eine Ge-

sellschaft, in der in einer elementar wichtigen Frage, der Sicherheit, völlig konträre Auffassungen über die Wirklichkeit aufeinanderprallten. Mit dem Entstehen der Friedensbewegung, der Grünen und der Alternativbewegung insgesamt öffnete sich eine Kluft zwischen den von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus vertretenen Weltansichten. Somit entzündete sich im Streit um die Stationierung eben kein ‚normaler‘ politischer Interessen-, sondern ein Weltanschauungskonflikt. Die Geschichte der Friedensbewegung bildet daher ein Kapitel in der Geschichte des Zeitalters der Ideologien.

Gegenüber diesen mentalitätsgeschichtlichen Fragen treten die organisationsgeschichtlichen Aspekte der Friedensbewegung in den Hintergrund. Sie werden nur in dem Maße in die Untersuchung einbezogen, in dem sie für die hier vorrangig behandelten politisch-inhaltlichen Gesichtspunkte relevant waren. So werden vor allem die ideologischen Konflikte zwischen und innerhalb bestimmter Strömungen und Organisationen der Friedensbewegung darzustellen sein, wie etwa der Konflikt zwischen Grünen und Kommunisten oder der zwischen gewaltfreien und militanten Aktivisten.

Der Bestimmung des untersuchten Zeitraums liegt die Beobachtung zugrunde, daß alle wesentlichen diskursiven Ereignisse in den sechs Jahren von 1979-1984 stattfanden. Der Streit um die Pershing II-Stationierung wird zwar in der Forschungsliteratur üblicherweise von 1979 bis 1983 datiert, was an sich korrekt ist, da der NATO-Doppelbeschluß im Jahre 1979 gefaßt wurde und die Stationierung Ende 1983 begann. Allerdings sind hier wie bei so vielen historischen Ereigniskomplexen auch andere Datierungen möglich: So setzte die Beschäftigung mit der Rüstungsthematik in einigen Bereichen bereits vor 1979 ein, vor allem im Rahmen der Vorläuferdiskussion um die Neutronenbombe. Speziell die Frauenbewegung befaßte sich schon vor dem NATO-Doppelbeschluß mit Rüstungsfragen und äußerte sich entsprechend früh zur eigentlichen Stationierungsdebatte, nämlich bereits zu Anfang des Jahres 1980. Auch in der SPD wurde der Doppelbeschluß bereits in den Jahren 1979 und 1980 mit zunehmender Intensität diskutiert, während die breite Öffentlichkeit diesen erst ab dem Sommer 1981 wirklich zur Kenntnis nahm.

Das Interesse Letzterer erlosch nach dem Stationierungsbeschluß im November 1983 dann geradezu schlagartig. Die Friedensbewegung konnte zunächst ihre Mobilisierungskraft noch etwa ein halbes Jahr, also ca. bis Mitte 1984, auf relativ hohem Niveau halten, was dazu führte, daß es auch in diesem Jahr noch zu wichtigen diskursiven Ereignissen wie beispielsweise der Heilbronner Erklärung kam. Dann brachen sowohl ihre

Mobilisierungsfähigkeit als auch ihre organisatorische Kohärenz zusammen. Selbst die meisten der Friedensgruppen, die ihre Arbeit fortsetzten, wandten sich von der Mittelstreckenproblematik ab und anderen, politisch lohnender erscheinenden Arbeitsfeldern zu. Lediglich der harte Kern der Stationierungsgegner setzte seine Blockaden der Raketenbasis in Mutlangen bis ins Jahr 1987 fort. Allerdings gelang es auch diesen Aktivisten trotz ihrer enormen Hartnäckigkeit nicht, zu verhindern, daß sich der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit von der Frage der Stationierung ab- und der Problematik des zivilen Ungehorsams zuwandte. Ab diesem Zeitpunkt absorbierte der Kampf um die Legitimität der *Form* des Widerstandes so viel Aufmerksamkeit, daß über dessen eigentliche *Ziele* kaum noch diskutiert wurde.

2. Methodische Grundlagen des Forschungsansatzes

Grundsätzlich geht die Untersuchung von der These aus, daß der Streit um die Stationierung, in dem die Weltansichten der Friedensbewegung mit denjenigen der Stationierungsbefürworter aufeinanderstießen, lediglich ein Fokussierungspunkt von gesellschaftlichen Konflikten weit größerer Dimension und Reichweite war². Die Frage der Stationierung, wie auch die in jener Zeit ebenfalls akuten Konflikte um Kernkraftwerke, atomare Wiederaufbereitungsanlagen und die Startbahn West des Frankfurter Flughafens waren Orte der Entscheidung, an denen die verschiedenen Strömungen der Gesellschaft die Gelegenheit erhielten, ihre gesamten ideologischen Differenzen auf eine einzige Position pro oder contra eines bestimmten Projektes zu konzentrieren. Dies ermöglichte es insbesondere den oppositionellen Bewegungen, ihre innere Kohärenz zu verstärken oder überhaupt erst aufzubauen, ein schärferes politisches Profil zu entwickeln, die für sie elementar wichtige Medienpräsenz zu maximieren und so ihre Anhänger zu mobilisieren, also mit einem Wort konfliktfähig zu werden. Dazu war es für sie auch notwendig, ihre inhaltlichen Positionen zu klären und sie, um jene Mobilisierungserfolge erzie-

² Dazu übereinstimmend Cooper, Alice Holmes: *Paradoxes of peace: German peace movements since 1945*. Ann Arbor 1996. S. 1. Aus Sicht der Friedensbewegung etwa auch Hans A. Pestalozzi: „Die Nachrüstung war Kristallisationspunkt für all jene Empfindungen in unseren Völkern, daß mit unserer Gesellschaft etwas nicht mehr stimmt. Das diffuse Gefühl von Bedrohung, die nicht greifbare Angst haben konkrete Gestalt angenommen. Die Pershings und Cruise Missiles wurden zu der Bedrohung.“ Pestalozzi, Hans A.: Die Wirtschaft – Mutter aller Kriege. In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984. S. 89.

len zu können, in eine politisch kommunizierbare, verständliche und prägnante Form zu bringen. Die ebenso zahlreichen wie inhaltlich vielfältigen Publikationen, die aus dem Konflikt um die Stationierung hervorgingen, waren daher auch Ergebnis eines dem politischen Handlungsdruck geschuldeten Klärungsvorgangs, in dem viel formuliert wurde, was ansonsten vielleicht nie die Sphäre des mündlichen Gedankenaustauschs innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Kreise verlassen hätte.

Neben der überwältigenden Fülle des Quellenmaterials bildet dabei die überaus heterogene Zusammensetzung der Friedensbewegung die Hauptschwierigkeit jeder Darstellung ihrer Geschichte. Zwar gab es durchaus Sichtweisen und stereotype Aussagen, die von allen Spektren der Friedensbewegung geteilt wurden. Es darf jedoch auf keinen Fall übersehen werden, daß innerhalb der Friedensbewegung sowohl strategische als auch inhaltliche Kontroversen geführt wurden, die an Heftigkeit den Auseinandersetzungen mit den Stationierungsbefürwortern in nichts nachstanden. Insofern war ‚die Friedensbewegung‘ im Grunde immer eine künstliche Klammer; suggerierte der Begriff fälschlich eine Einheitlichkeit, die in Wirklichkeit so nie bestand. Die in ihr vertretenen Strömungen, Organisationen und Einzelpersonen waren letztlich nur auf den einen gemeinsamen Nenner zu bringen, daß sie die Stationierung ablehnten. Die wichtigsten der internen Konfliktlinien ergaben sich dabei

- aus der Bewertung der Sowjetunion und der Warschauer-Pakt-Staaten
- aus den Kontroversen um die Legitimität des Einsatzes von Gewalt gegen Sachen und/oder Personen
- aus dem Verhältnis zum Staat und seinen Organen
- aus den völlig unterschiedlichen Konzeptionen von Politik, die erstens von eher moderaten Anhängern der Friedensbewegung, vor allem aus den Reihen der SPD und der Kirchen, zweitens von an Gandhi orientierten Radikalpazifisten, drittens von orthodoxen Marxisten aus dem Umfeld der DKP, und schließlich von militanten Linksradiakalen vertreten wurden.

Eine Arbeit wie die vorliegende muß sich dabei der Grenzen historiographischer Erkenntnismöglichkeit bewußt sein. Von der Weltsicht *der* Friedensbewegung zu sprechen, ist von vornherein eine Verkürzung. Aufgrund der Heterogenität der Friedensbewegung ließ sich praktisch für jede in ihr vertretene Gruppe von Aktivisten eine andere finden, die die politischen Standpunkte der ersteren strikt ablehnte. Zusammengehalten wurde die Bewegung eben tatsächlich nur durch den berühmt-berüchtigten Minimalkonsens, der Ablehnung der Stationierung. Die Friedensbewegung nachträglich in all ihrer Vielfalt

und Differenziertheit eins zu eins zur historischen Wirklichkeit darzustellen, ist daher unmöglich. Verallgemeinernde Aussagen, die die vielen Nuancen der in der Friedensbewegung vertretenen Meinungen überdecken, sind unvermeidlich.

Sollen als Ergebnis allgemeine Aussagen zur Friedensbewegung als Ganzes stehen, die ihre Einordnung in die Geschichte der Bundesrepublik gestatten, so wird dies nur möglich sein, falls sich eine Hauptströmung der Friedensbewegung identifizieren läßt. Um dem Fazit der Untersuchung einmal vorweg zu greifen, gab es eine solche durchaus. Dieser Bewegungs-Mainstream zeichnete sich vor allem durch folgende Charakteristika aus:

- Er teilte den allgemein in den siebziger und achtziger Jahren verstärkt aufkommenden Wunsch nach einer stärkeren Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen und lehnte die bisherige Praxis einer ausschließlich durch die politischen Eliten gestalteten Sicherheitspolitik ab.
- Er war in seinen politischen Mitteln gewaltfrei. An Aktionsformen des zivilen Ungehorsams wie den Blockaden in Mutlangen beteiligte sich der Mainstream nicht, stand ihnen jedoch wohlwollend gegenüber.
- Er war nuklearpazifistisch orientiert. Seine Proteste richteten sich in erster Linie gegen die neuen amerikanischen Nuklearwaffen. Dagegen war er bereit, konventionelle Streitkräfte und nicht in Europa stationierte Nuklearwaffen zu akzeptieren, wobei er jedoch eine strikte Orientierung am Ziel der Kriegsvermeidung einforderte. Das Konzept einer atomwaffenfreien Zone in Europa erfreute sich größter Beliebtheit. Generell strebte der Mainstream der Bewegung als Fernziel eine vollständige Abschaffung aller Nuklearwaffen an. Obwohl Persönlichkeiten wie Gandhi zu seinen Helden gehörten, war er jedoch nicht gewillt, die Sicherheitspolitik gänzlich auf radikalpazifistische Konzepte wie etwa die Soziale Verteidigung umzustellen.
- Wenngleich sich ein starker kapitalismuskritischer Einschlag feststellen ließ, war der Mainstream der Bewegung nicht marxistisch orientiert. Er lehnte das Gesellschaftssystem der realsozialistischen Staaten aufgrund der dort offensichtlich nicht gegebenen demokratischen Freiheiten ab. Allerdings strebte er nachdrücklich eine Aussöhnung mit dem ehemaligen Kriegsgegner Sowjetunion sowie die Etablierung eines Zustands der friedlichen Koexistenz an.

- Er war gegenüber der Außenpolitik der USA außerordentlich kritisch eingestellt. Besonders Präsident Reagan stellte für die Friedensbewegung eine veritable Haßfigur dar.

Neben der Gefahr einer die internen Differenzen verdeckenden Pauschalisierung sieht sich der Historiker bei der Untersuchung einer Protestbewegung zusätzlich mit dem Problem konfrontiert, daß es oft allzu leicht ist, das Typische mit dem Prominenten zu verwechseln. Dies gilt erstens in Hinblick auf die Sprecher des historischen Diskurses. Was Petra Kelly, Günter Grass und Rudolf Bahro zu sagen hatten, mag angesichts ihrer öffentlichen Bekanntheit interessant sein; es darf jedoch nicht einfach davon ausgegangen werden, daß ihre Meinungsäußerungen die Weltsicht der Friedensbewegung insgesamt wiedergeben hätten. Bewegungen werden zwar durch ihre Aktivisten definiert, die wirklich wichtigen Akteure sind aber mit den prominenten Galionsfiguren keineswegs immer identisch. Zweitens verlangt ein Ansatz wie der hier Vertretene stets nach Quellen, die einen Sachverhalt oder eine Meinung besonders pointiert zum Ausdruck bringen. Dadurch besteht die Gefahr, der ganzen Bewegung ex post Standpunkte unterzuschreiben, die sie in dieser Zuspitzung nicht teilte. Gerade das Diffuse, Unspektakuläre und Verschwommene kann durchaus das eigentlich Typische sein. Beide Probleme könnten nur dann wirklich zufriedenstellend gelöst werden, wenn der gesamte Quellenkorpus, also *alle* von der Friedensbewegung hinterlassenen Texte, gesichtet würden, und auch dann nur unter der Voraussetzung, daß dieser Korpus die verschiedenen politischen Positionen auch adäquat wiedergäbe. Daß ein solches Projekt die Arbeitskraft eines Einzelnen bei weitem übersteigen würde, ist offenkundig. Der Autor hat sich daher im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß die Instanz eines interpretierenden Subjekts aus der wissenschaftlichen Methodik nicht ausgeschlossen werden kann, darum bemüht, repräsentative Quellen zusammenzustellen, und dazu die Zitate der Bewegungsprominenz nach Möglichkeit um Äußerungen der Basis, also kleiner lokaler Friedensinitiativen, ergänzt. Auch wird im Verlauf der Arbeit immer wieder daran erinnert werden, daß die Sichtweise der breiten Masse der Protestierenden den oft sehr zugespitzten Äußerungen besonders radikaler Aktivisten nicht notwendigerweise entsprach.

Die übliche Betrachtungsweise der Friedensbewegung, die sich an den jeweiligen politischen Spektren und einzelnen Organisationen orientiert, wird in der vorliegenden Untersuchung eine eher untergeordnete Rolle spielen. Ihre Leitlinie bildet vielmehr das Spannungsfeld von Ängsten und Hoffnungen, das sich in den von der Friedensbewegung festgestellten Dimensionen der Bedrohung und ihren dazu entwickelten Perspekti-

ven der Rettung niederschlug. Es wird also zunächst einmal ganz einfach danach gefragt werden, wogegen und wofür die Friedensbewegung eintrat; was nun allerdings, um substantielle Ergebnisse zu gewinnen, vermittelt einer Analyse der Tiefenschichten von Bedrohungswahrnehmungen und Rettungsvisionen geschehen soll. Die prophetischen Figuren Noah und Cassandra stehen als doppeltes Sinnbild für diesen Ansatz und verweisen ihrerseits bereits auf die mythologische Dimension, die sich mit dem Widerstand gegen die Stationierung vielfach verband.

Nun unterschieden sich die Bedrohungswahrnehmungen und Rettungsperspektiven selbstverständlich je nach politischem Standpunkt der Friedensaktivisten. Sahen etwa Kommunisten die Hauptbedrohung im Kapitalismus und Imperialismus, und dementsprechend die zentrale Perspektive der Rettung im Sieg der internationalen revolutionären Kräfte, so analysierten grüne Theoretiker das nukleare Wettrüsten als Bestandteil einer Trias menscheitsbedrohender Katastrophenentwicklungen, zu denen außerdem die globale Naturzerstörung und die Verelendung der Dritten Welt gehörten, und damit auf der Basis einer allgemeinen Zivilisationskritik. Die Rettung bestand für sie in einem radikalen Umbau der sozioökonomischen Grundstrukturen, insbesondere in einer endgültigen Abkehr von einem wachstums- und konsumorientierten Kapitalismus. Für christlich orientierte Friedensgruppen war das Wettrüsten deutliches Anzeichen einer Abkehr der Gesellschaft von Gott, die durch einen nach alttestamentarischen Vorbild durch Propheten eingeleiteten Prozeß der Umkehr, der *metanoia*, überwunden werden mußte, die nun allerdings zeitgemäß in marxistischem Vokabular als Aufhebung der Entfremdung beschrieben wurde.

Dieser kurze Vergleich zeigt die Probleme einer an politischen Spektren orientierten Analyse: Ordnet man die Kritik am nuklearen Wettrüsten nach inhaltlichen Gesichtspunkten, so lassen sich die sich ergebenden Felder nicht deckungsgleich auf das politische Schema der Friedensbewegung übertragen, das noch dazu auch in sich nicht klar geordnet war. Während jedes Spektrum zwar einerseits seine ganz eigenen Sichtweisen und Akzente hatte, so gab es doch ebenso gravierende Überlagerungen, Diffusionen und Abweichungen. So fanden sich antikapitalistische Einstellungen durchaus nicht nur bei Kommunisten, sondern ebenso im grünen, christlichen und radikalpazifistischen Spektrum, wenn auch mit einem oft ganz andersartigen theoretischen Hintergrund. Einige Marxisten griffen theologische Konzepte auf, während christliche Theologen aus den Reihen der Befreiungstheologie ihrerseits Anleihen bei Marx tätigten. Dazu gab es nicht nur zwischen, sondern durchaus auch innerhalb der Spektren bedeutende Unter-

schiede, etwa bezüglich der Sicht auf die Sowjetunion, deren Gesellschaftssystem und internationale Politik von Leninisten vehement verteidigt, von Maoisten und Trotzkiisten aber ebenso vehement abgelehnt wurden. Zusammen mit anderen Streitpunkten führten diese divergierenden Weltbilder und politischen Zielsetzungen sowohl in der SPD, deren innere politische Zerrissenheit eklatante Ausmaße annahm, als auch bei der FDP, den Grünen und den christlichen Kirchen sowie der pazifistischen DFG-VK zu massiven internen Auseinandersetzungen³. Eine organisationsgeschichtliche Betrachtungsweise der Friedensbewegung ist daher zwar selbstverständlich wichtig, um so mehr, als hier noch viel wissenschaftliche Arbeit zu leisten ist, für die hier verfolgte mentalitäts- und ideologehistorische Fragestellung jedoch nicht geeignet.

Im Gegensatz dazu bietet eine an den Gesichtspunkten von Bedrohungswahrnehmungen und Rettungsperspektiven ausgerichtete Untersuchung wesentliche Vorteile. Nicht nur wird hier die skizzierte Gefahr vermieden, die diffuse Pluralität der realen Friedensbewegung in ein starres Ordnungsschema zu zwingen, sondern vor allem stellt eine solche Betrachtungsweise die politischen Inhalte der Friedensbewegung in den Mittelpunkt, anstatt nur rein formal zu operieren. Darüber hinaus ergeben sich weitere positive Effekte: Zum einen wird durch die Analyse der Bedrohung in ihren verschiedenen Facetten der doch sehr oberflächliche Ansatz aufgebrochen, der die Friedensbewegung einfach als Anti-Stationierungs-Bewegung sah, ohne nach ihren politischen und historischen Analysen zu fragen, mit denen sie die Pershing-Stationierung eben in viel weiter ausgreifende Kontexte stellte. Zu einem gewissen Umfang ist diese Perspektive bereits durch die Wahrnehmung der besonderen Diskurse der Frauenfriedensbewegung und des Elements des Anti-Amerikanismus in die Forschung eingegangen, wobei beide auch schon mit dem Geschichtskomplex des Zweiten Weltkrieges verknüpft wurden⁴. Jedoch sind noch längst nicht alle kultur- und ideengeschichtlichen Kontexte des Protests ausreichend gewürdigt worden.

Zum anderen ist es ein wesentlicher Bestandteil des hier vertretenen Ansatzes, den von der Friedensbewegung entwickelten Antworten auf die von ihr wahrgenommenen Bedrohungen mindestens ebensoviel Gewicht zukommen zu lassen wie ihren Bedro-

³ Zu den politischen Parteien vgl. Hansen, Jan: Parteien. In: Becker-Schaum, Christoph; Gassert, Philipp; Klimke, Martin; Mausbach, Wilfried; Zepp, Marianne (Hrsg.): „*Entrüstet Euch!*“: *Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*. Paderborn, München, Wien, Zürich 2012. S. 103-114. Zur innerkirchlichen Debatte vgl. Kalden, Sebastian; Wiechmann, Jan Ole: Kirchen. In: ebd., S. 247-259. Die Geschichte der DFG-VK im fraglichen Zeitraum ist nach Wissen des Autors noch nicht wissenschaftlich aufgearbeitet worden.

⁴ Vgl. Ziemann, Benjamin: A Quantum of Solace? European Peace Movements during the Cold War and their Elective Affinities. In: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 49 (2009), S. 351-389.

hungsanalysen, und somit die Friedensbewegung nicht nur lediglich als eine Protestbewegung zu sehen, die gegen eine bestimmte Entwicklung kämpfte, sondern auch einmal danach zu fragen, für welche politischen und gesellschaftlichen Ziele und Ideale sie denn eintrat. Schließlich wird es ein weiterer zentraler Aspekt vorliegender Arbeit sein, eine Einordnung der von der Friedensbewegung vertretenen politischen Konzepte in die entsprechenden Traditionen politischen Denkens vorzunehmen. Als Zusammenhang von Organisationen und Aktivisten trat die Bewegung zwar recht plötzlich auf die politische Bildfläche, die Stereotypen ihrer Weltsicht und die Schemata ihres Geschichtsverständnisses hatten sich jedoch bereits weit vor ihrem Erscheinen herausgebildet. Dies gilt insbesondere für die Zeitspanne von ca. 1958 bis 1968, in der die intellektuelle Auseinandersetzung mit der Atombombe und der globalen nuklearen Situation einen ersten Höhepunkt erreicht hatte. Einige der Traditionslinien, in denen die Friedensbewegung verankert war, reichten noch deutlich weiter in die Vergangenheit zurück.

Neben der Ausrichtung am Spannungsfeld von Bedrohung und Rettung soll eine besondere Berücksichtigung von narrativen Strukturen, also Geschichten, den zweiten methodologischen Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit bilden. Bei ihnen handelt es sich um die primäre Form der diskursiv verankerten Wirklichkeitsinterpretation. Die vorliegende Arbeit stützt sich damit auf die These, daß Geschichten für die Verarbeitung, Interpretation, Fixierung und Weitergabe von erlebten Geschehnissen und Vorstellungen eine zentrale Rolle spielen, und darüber hinaus auch über eine ihnen inhärente motivationale Kraft verfügen, durch die sie menschliches Handeln prägen und damit selbst zur geschichtsmächtigen Potenz werden können. Den Narrativen ist daher ein formativer Charakter zueigen. Sie fungieren als Paradigmata menschlichen Handelns⁵.

Diese Wirkmächtigkeit vor allem der mythologischen Geschichten beruht auf ihrer doppelten Leistung: Sie verschmelzen kognitive, affektive und normative Aspekte des erzählten Geschehens zu einem kohärenten, sinnvollen und sinnstiftenden Ganzen. Geschichten machen Sinn, und zwar sowohl in der doppelten Bedeutung von ‚ergeben‘ als auch ‚herstellen‘. Damit werden die behandelten Ereignisse stets auch gewertet, da sich eine Geschichte nie ohne eine – zumindest unterschwellige – gut-böse- bzw. positiv-negativ-Codierung erzählen läßt. Für diese formative Kraft der Geschichten ist außerdem die in die Zukunft gerichtete Perspektive der Erzählungen verantwortlich. Da

⁵ Vgl. Hübner, Kurt: *Die Wahrheit des Mythos*. Freiburg i. Brsg. 2011. S. 135-142.

die geschichtliche Erfahrungen die Erwartung prägen, zeichnen sie nicht nur vergangene Ereignisse nach, sondern auch zukünftige Geschehnisse projizierend vor, wodurch Handeln in der Gegenwart motiviert wird. Besonders gilt dies für apokalyptische Erzählungen, wie sie im Zusammenhang mit der Friedensbewegung bedeutsam waren.

Auch für den Bereich der Ethik und Moral haben Erzählungen eine zentrale Bedeutung: Anhand ihrer werden Vorgänge der Fremdidentifikation und der Perspektivenübernahme, also des Sich-Hineinversetzens in eine andere Person vorgenommen, ohne die wir nicht einmal über ein grundsätzliches Konzept des Ethischen verfügen würden⁶. Die Inhalte der Erzählungen sind konstitutiv für die in einer Kultur verbreiteten Vorstellungen des ethisch richtigen Handelns in exemplarischen Situationen, also für die moralischen Werte.

Erzählungen sind mithin, zusammenfassend gesagt, der Speicher des menschlichen Prozeßwissens über die Welt wie sie war und ist, der Vorstellungen, wie sie sein und wie man sich in ihr verhalten sollte, und der in der Zukunft erwarteten Veränderungen, bzw. im Fall einer zyklischen Geschichtsauffassung der Wiederkehr vergangenen Geschehens. In dieser Hinsicht entnimmt diese Arbeit wesentliche Anregungen aus den Josephsromanen von Thomas Mann, in welchen dieser sich mit der Bestimmung von Identitäten, Weltansichten und Handlungsparadigmen durch Erzählungen eingehend auseinandersetzte. „Dies ist aber der Vorteil der späten Tage, daß wir die Kreisläufe schon kennen, in denen die Welt abrollt, und die Geschichten, in denen sie sich zuträgt und die die Väter begründeten“⁷, so ließ er den Joseph in „Joseph und seine Brüder“ sagen.

Die Bedeutung Thomas Manns als Kulturwissenschaftler ist 2006 durch Jan Assmann eindrucksvoll dargelegt worden⁸. Er sah sich allerdings zunächst zu der Bemerkung veranlaßt:

Diese Sonderstellung, der ehrfurchtgebietende Umfang⁹ und vielleicht auch die archaisierende Sprache haben einer breiten, den anderen Hauptwerken – *Buddenbrooks*, *Der Zauberberg*, *Doktor Faustus* – vergleichbaren Rezeption der Josephsromane lange Zeit im Wege gestanden. Vor allem haben die Wissenschaften, bei denen sich Thomas Mann für diese Romane bedient hat, also alttestamentliche Theologie, Judaistik, Assyriologie, Ägyptologie und Religionsgeschichte auf diese einzigartige Anregung und Herausforderung kaum reagiert, die diese Romane für

⁶ Und zu denen der Mensch als einzige Spezies befähigt ist; vgl. Tomasello, Michael: *Die kulturelle Entwicklung des menschlichen Denkens: Zur Evolution der Kognition*. Frankfurt a. M. 2006. S. 12-27. Dort auch grundlegende Ausführung über die Bedeutung der menschlichen Fähigkeit der Perspektivenübernahme für menschliche Lernprozesse an sich.

⁷ Mann, Thomas: *Joseph und seine Brüder*. Stockholm 1956. (Stockholmer Gesamtausgabe der Werke von Thomas Mann) Bd. 1, S. 106, „Die Prüfung“.

⁸ Assmann, Jan: *Thomas Mann und Ägypten: Mythos und Monotheismus in den Josephsromanen*. München 2006.

⁹ In der hier benutzten Stockholmer Ausgabe über 1.800 Seiten, Anm. T.W.

sie darstellen sollten. Obwohl Thomas Mann auf diesen Gebieten im allgemeinen der Nehmende war, geht man trotzdem sicher nicht fehl, wenn man ihn zu den bedeutendsten Religions- und Mythostheoretikern seiner Zeit rechnet.¹⁰

Die vorliegende Untersuchung möchte sich dieser Auffassung Jan Assmanns nachdrücklich anschließen, und die „einzigartige Anregung“ (Assmann) Thomas Manns aufnehmen. Die Bedeutung der in „Joseph und seine Brüder“ entwickelten Anschauung von der Rolle der Geschichten in der menschlichen Überlieferung wird schnell deutlich, wenn einige prägnante Passagen herangezogen werden. Besonders passend sind dabei die Überlegungen zur Geschichte der Sintflut, denn hierbei handelte es sich um ein apokalyptisches Ereignis, das in seiner narrativen Struktur dem Atomkrieg analog war:

Der Himmel weiß, wann jener ertränkende Übergriff des zu Unregelmäßigkeit und Gewaltsamkeit immer geneigten Euphratstromes oder auch jener Einbruch des Persischen Meerbusens unter Wirbelsturm und Erdbeben in das weite Land sich ereignet hatte, der die Flut-Überlieferung nicht etwa gestiftet, aber ihr zum letzten Mal Nahrung zugeführt, sie mit entsetzlicher Wirklichkeitsanschauung belebt hatte und nachkommenden Geschlechtern nun als *die* Sintflut galt. Vielleicht war der jüngste Schreckenszwischenfall dieser Art wirklich nicht lange her, und je näher er lag, desto stärkeren Reiz gewinnt die Frage, ob und wie es dem Geschlechte, das ihn am eigenen Leib erlebte, gelang, diese gegenwärtige Heim-suchung mit dem Gegenstande eine Überlieferung, mit *der* Sintflut zu verwechseln. Dies geschah, und daß es geschah, gibt keinerlei Anlaß zur Verwunderung und geistigen Geringschätzung. Das Erlebnis bestand weniger darin, daß etwas Vergangenes sich wiederholte, als darin, daß es gegenwärtig wurde. Daß es aber Gegenwart gewinnen konnte, beruhte darauf, daß die Umstände, die es herbeigeführt hatten, jederzeit gegenwärtig waren. Jederzeit waren die Wege des Fleisches verderbt oder konnten es bei aller Frömmigkeit sein; denn wissen auch die Menschen, ob sie es gut oder schlecht machen vor Gott und ob nicht, was ihnen gut scheint, den Himmlischen ein Greuel ist? Die blöden Menschen kennen Gott nicht und auch nicht den Ratschluß der Unterwelt; jederzeit kann die Nachricht sich als erschöpft erweisen, das Gericht in Kraft treten, und an einem Warner hat es wohl auch nicht gefehlt, einem Wissenden und Hochgescheiten, welcher die Zeichen zu deuten wußte und durch kluge Vorkehrungen als Einziger von Zehntausenden dem Verderben entrinnt, - nicht ohne zuvor die Tafeln des Wissens als Samen zukünftiger Weisheit der Erde anvertraut zu haben, damit, wenn die Wasser sich verlaufen, aus dieser Schriftsaat alles wieder beginnen könne. Jederzeit, das ist das Wort des Geheimnisses. Das Geheimnis hat keine Zeit; aber die Form der Zeitlosigkeit ist das Jetzt und Hier.¹¹

An anderer Stelle zeigte Thomas Mann, wie die Geschichten im Bewußtsein der Charaktere lebendig waren, etwa wenn Jaakob zum Zweck des Ankaufs von Land mit dem Stadtfürsten von Schekem verhandelte:

¹⁰ Assmann, *Thomas Mann*, S. 10.

¹¹ Mann, *Joseph und seine Brüder*, Bd. 1, S. 30 f. (Höllenfahrt, fünfter Abschnitt).

[...] So eröffnete er [der Stadtfürst] den Handel mit dem schönen und selbstverständlich mit einer Verbeugung zu übergehenden Vorschläge, jener [Jaakob] möge Land und Rechte einfach geschenkt nehmen, und rückte dann mit einem gewürzten Preise nach: hundert Schekel Silbers für ein Saatland, so groß wie zwölf ein halb Morgen, forderte er und fügte, gefaßt auf ein zähes Feilschen, die Frage hinzu, was das sei zwischen einem solchen Käufer und ihm! Doch Jaakob feilschte nicht. Seine Seele war bewegt und erhoben von Nachahmung, Wiederkehr, Vergegenwärtigung. Er war Abraham, der von Osten kam und von Ephron den Acker, die doppelte Grabstätte kaufte. Hatte der Gründer mit Hebrons Haupt und mit den Kindern Heth um den Preis gehadert? Es gab die Jahrhunderte nicht. Was gewesen, war wieder. Der reiche Abraham und Jaakob, der Reiche aus Osten, sie schlugen würdevoll ohne weiteres ein; chaldäische Sklaven schleppten die Standwaage, die Gewichtssteine heran.¹²

Wie sich die formative Kraft von Erzählungen konkret im Fall der Friedensbewegung äußerte, läßt sich anhand zweier inhaltlich stark miteinander kontrastierender Betrachtungen zeigen, in denen ehemalige Aktivisten auf die Friedensbewegung zurückblickten:

In seinem Artikel „20 Jahre Frieden“ in der Süddeutschen Zeitung vom 7./8. September 2002 schrieb Robin Detje:

Es ging [in der Friedensbewegung, T.W.] um die einmalige Chance, die Gefährdung der Welt einmal symbolisch auf sich selbst zu beziehen, um so vor ihr zu bestehen. Es erblühte ein gigantisches, aber auch frühlingshaft süßes Betroffenheitsszenario. Ich weiß noch genau, wie die verehrte und schöne M. mir sagte, sie sei sich ganz sicher, daß der Weltuntergang käme, wenn sie nicht was *tue* und also: demonstriere. Wann, frage ich, hatte man seit Werthers Zeiten je Gelegenheit gehabt, sich selbst so wichtig zu nehmen?

[...] Der Spezialkitsch der Friedensbewegung erlaubte es uns, Hippietum und Achtundsechzig neu abgemischt nachzustellen und die Kriegstraumata der Eltern pazifistisch zu bewältigen, um den Zweiten Weltkrieg rückwirkend doch noch zu verhindern.¹³

Ungeachtet seines spöttischen Untertons lieferte Detjes damit eine Analyse der Friedensbewegung, die zentrale Gesichtspunkte treffend erfaßte. Die notwendige Ergänzung des Bildes gab das Vorwort einer als Aufarbeitung der eigenen Geschichte angelegten Dokumentation der Mutlanger *Kampagne Ziviler Ungehorsam*, deren Mitglieder als Aktivisten und Initiatoren wesentlich an den Blockaden der in Mutlangen gelegenen Raketenbasis der US-Armee beteiligt waren:

Dorothee Sölle nannte die Pershing II „fliegende Verbrennungsöfen“. Damit hatte sie sich in unserer demokratischen Gesellschaft natürlich endgültig disqualifiziert. Obwohl dieses Wort gnädig verharmlost, so unerträglich es ist. Für niemanden mehr nachzuvollziehen und trotzdem eine Beschönigung.

¹² Mann, *Joseph und seine Brüder*, Bd. 1, S. 162 f. (Der Vertrag).

¹³ Detje, Robin: 20 Jahre Frieden, in: *Süddeutsche Zeitung* (7./8. September 2002), S. I (Beilage).

Nach Auschwitz sagten viele: „Das haben wir nicht gewußt.“ Nach einem Pershing-Einsatz hätte das niemand mehr sagen können.

[...] Unsere Gesellschaft hat die Stationierung der Pershing II hingenommen. Alle haben versagt, die demokratischen Institutionen, die Kirchen, die Gewerkschaften, die Medien; die Parteien sowieso, und am augenfälligsten die Justiz.

Wir haben gekämpft, manchmal. Manchmal konsequent. Für Frieden und Abrüstung. Gegen Verdrängung und Atomtod. Gewaltfrei. Für die Wahrheit. Ich kann's nicht mehr hören.

Oft denke ich: wir haben einfach Glück gehabt. Dieser Gedanke macht mir mein Leben leichter. Er ist eine Lüge. Er negiert meine Mitverantwortung an der Abrüstung der Pershing II. Gorbatschow-Berater betonen, daß es ohne die westlichen Friedensbewegungen für die Führungskader der KPdSU undenkbar gewesen wäre, einen Abrüstungsbefürworter zum Generalsekretär zu wählen.¹⁴

Während die Position Robin Detjes ganz die der ironischen Distanzierung war, war Volker Nicks Erinnerung von tiefem Ernst, ja Bitterkeit geprägt. Nicks Position in der Friedensbewegung war als höchst engagierter Aktivist auch eine ganz andere als die Detjes. Ungeachtet dieser unterschiedlichen Perspektiven war aber beiden Autoren die gedankliche und emotionale Identifikation aktueller Geschehnisse, also der drohenden Pershing II und Cruise Missile-Stationierung, mit vergangener Wirklichkeit gemeinsam.

Für Detje wie für Nick spielte die nachholende Bewältigung vergangenen Geschehens eine zentrale Rolle, bei Volker Nick allerdings, im Gegensatz zu Detje, nicht als Chance, sondern als Zwang, ja geradezu als Verhängnis. Der Satz Dorothee Sölles von den Pershing-Raketen als „fliegenden Verbrennungsöfen“ zeigt das Zentralmotiv dieser Perspektive: Auschwitz und Hiroshima, die zu einem Gesamtkomplex verschmolzen wurden, verbunden durch das gemeinsame Kernelement der totalen Vernichtung. Die Geschichte des Holocausts war damit nun eben nicht unwiederholbare und somit ‚erledigte‘ Vergangenheit, sondern gleichermaßen drohende Zukunft.

Zwar ging es auch Robin Detje darum, „den Zweiten Weltkrieg rückwirkend doch noch zu verhindern“¹⁵, also das Verhängnis der Wiederholung der Geschichte abzuwenden, ja diese selbst ex post noch in die richtigen Bahnen zu lenken. Bei ihm lag in der Selbstähnlichkeit der Geschichte aber auch eine große Chance, denn sie erlaubte es ihm, „Hippietum und Achtundsechzig neu abgemischt nachzustellen“¹⁶. Bei den alternativ orientierten westdeutschen Jugendlichen der achtziger Jahre gab es ein deutlich wahrnehmbares Bewußtsein eines historischen Defizits: Die großen Schlachten von 1968

¹⁴ Persönliches Vorwort von Volker Nick, in: Nick, Volker; Scheub, Volker; Then, Christof: *Mutlangen 1983-1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung*. Mutlangen und Tübingen 1993. S. 6.

¹⁵ Detje, Robin: 20 Jahre Frieden, in: *Süddeutsche Zeitung*, 7./8. September 2002, S. I (Beilage).

¹⁶ Ebd.

waren geschlagen, Woodstock hatte stattgefunden, man selbst aber war zu spät geboren worden, um dabeigewesen zu sein. Diese verpaßten Gelegenheiten konnten nun nachgeholt werden.

Der Friedensbewegung kam es allerdings darauf an, das in die Katastrophe führende Schema, für das sinnbildlich Cassandra stand, gerade an der Erfüllung zu hindern, so daß der „Wissende und Hochgescheite“ also dieses Mal nicht umsonst seine Warnungen ausgesprochen hätte. In diesem Sinne ist die Friedensbewegung grundsätzlich als prophetische Bewegung zu verstehen. Sie folgte den durch die mythischen Erzählungen von Noah und Cassandra vorgeprägten, in kulturelle Tiefenstrukturen eingebetteten Paradigmata, und zwar durchaus nicht nur ‚blind‘, sondern auf reflektierter Grundlage, da sie diese Orientierung als Prozeß kollektiven Lernens verstand – wobei die Möglichkeit, aus der Geschichte zu lernen, deren Selbstähnlichkeit, ihr „Abrollen in Kreisläufen“, die Wiederholung typischer Ereignisverläufe, naturgemäß voraussetzte. Prägenden Ereignissen kam daher ein überzeitlicher, archetypischer Charakter zu. Von diesen überzeitlichen Geschichtskomplexen, die allgemein Weltansichten und Geschichtsinterpretationen begründen, fanden sich in den Publikationen der Friedensbewegung eine ganze Reihe, die im Verlauf dieser Untersuchung vorgestellt werden sollen.

Insgesamt ist es die Überzeugung des Autors, daß die Friedensbewegung als historisches Phänomen nur durch ihre Einbettung in eine Gesamtgeschichte gesellschaftskritischen Denkens tatsächlich verstanden werden kann. Dazu bedarf es, zusammenfassend gesagt, der bis hierhin skizzierten doppelten Leistung: Es gilt zum einen, die Argumente und sonstigen *expliziten* Aussagen der Friedensbewegung darzustellen. Zum anderen sind die *impliziten*, unausgesprochenen gedanklichen Voraussetzungen, axiomatischen Grundannahmen und Denkmuster herauszuarbeiten, sowie die Schlußfolgerungen aufzuzeigen, die sich aus den Denkansätzen der Friedensbewegung ergeben. Die Arbeit wird sich daher nicht auf eine bloße beschreibende Darstellung der Weltansicht der Friedensbewegung beschränken, sondern die festgestellten Sichtweisen und Konzepte im Hinblick auf ihren jeweiligen ideengeschichtlichen, ideologischen, politischen oder theologischen Hintergründe möglichst genau analysieren und dabei sowohl die tieferen Dimensionen der Bedrohung wie beispielsweise die Rationalitätskritik der Friedensbewegung, als auch weitergehende Perspektiven der Rettung wie die Utopie einer gewaltfreien Gesellschaft ausführlich diskutieren.

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist damit die Wirklichkeitswahrnehmung der Akteure der Friedensbewegung unter besonderer Berücksichtigung ihrer narrativen Strukturen. Sie folgt damit einer Betrachtung von Reinhart Koselleck, der ausführte:

Die Vorstellungen der Handelnden von dem, was sie zu tun, und von dem, was sie zu lassen haben, sind die Elemente, aus denen sich, perspektivisch gebrochen, die Geschichten zusammenfügen. Vorstellungen, Willensbildungen, Wünsche, sprachlich und vorsprachlich generiert, das Fürwahrnehmen und Fürwahrhalten gehen allesamt in die Situation ein, aus der sich Ereignisse herauskristallisieren. Was von den verschiedenen Agenten an einer Geschichte, so wie sie entsteht, für wirklich gehalten und so *in actu* vollzogen wird, konstituiert pluralistisch die kommende Geschichte. Es handelt sich also um eine gegenseitige Perspektivierung aller Beteiligten, der immer eine Selektion im Bewußtsein vorausging, um überhaupt wahrnehmen und handeln zu können.¹⁷

Diese gegenseitige Perspektivierung verlangt mithin, auch die Sicht der Befürworter der Stationierung darzustellen und mit derjenigen Friedensbewegung zu vergleichen. Dies wird im Kapitel zur Rationalität der Stationierung geschehen. Überdies muß, wenn man nun eben *nicht* von vornherein davon ausgeht, daß Realität und Diskurs in eins fallen, das von den Akteuren der Friedensbewegung für wirklich Gehaltene mit der historisch feststellbaren Wirklichkeit abgeglichen werden. Es ist also zu fragen, ob die Erkenntnisse, über die wir heute verfügen, die damalige Sichtweise bestätigen oder widerlegen.

Dies ist nun eine Standardfrage der wissenschaftlichen Historiographie, die anhand des immanenten Kriteriums der Handlungsrationalität zu einem historischen Urteil über das Handeln der Akteure zu gelangen sucht. Sie ist im Fall der Friedensbewegung jedoch besonders heikel, da die Frage der Wirklichkeitsangemessenheit der Wahrnehmung und daraus folgenden politischen Handlungspräferenzen, gerade den Kern des politischen Konflikts zwischen Stationierungsgegnern und –befürwortern darstellte. Ein historisches Urteil darüber, ob die Weltsicht der Friedensbewegung der Situation Anfang der achtziger Jahre tatsächlich entsprach, stellt notwendigerweise in sich ein politisches Urteil über die Friedensbewegung dar. Somit steht der Historiker hier vor einem Grunddilemma der Zeitgeschichte: Soll die wissenschaftliche Unparteilichkeit gewahrt bleiben, gilt es, bei jeder Beurteilung größte Vorsicht walten zu lassen. Der Historiker kann sich aber, wenn er sich nicht auf die Rolle eines bloßen Protokollanten beschränken will, auch nicht um ein Urteil der beschriebenen Form herumdrücken. Die Frage, ob das von den Akteuren für wirklich Gehaltene mit der tatsächlichen Wirklichkeit

¹⁷ Koselleck, Reinhart: *Vom Sinn und Unsinn der Geschichte*. Berlin 2014. S. 16 f.

übereinstimmte, gehört – ohne damit nun einem naiven Realismus das Wort reden zu wollen – untrennbar zu jeder wissenschaftlichen Geschichtsschreibung dazu.

3. Forschungsbericht

Die historische Aufarbeitung der Friedensbewegung der 1980er Jahre ist trotz einiger bereits geleisteter Forschungsarbeit insgesamt noch nicht sehr weit vorangeschritten. Insbesondere fehlt es an genuin historischen Arbeiten; die große Mehrheit der bisher erschienenen Untersuchungen entstammt entweder der Politikwissenschaft oder der Soziologie. Der Grund dafür ist wahrscheinlich in dem Umstand zu suchen, daß einerseits die Zeit der frühen achtziger Jahre aus dem Blickfeld der auf aktuelle Phänomene ausgerichteten Politikwissenschaftler und Soziologen bereits verschwunden ist, in das der Historiker aber gerade erst einzutreten beginnt; andererseits ist die Aufmerksamkeit letzterer in den zurückliegenden Jahren in ganz erheblicher Weise durch die Geschichte der Wiedervereinigung und die Aufarbeitung der SED-Diktatur absorbiert worden. Aus dieser Richtung nähern sich auch die meisten der zuletzt erschienenen Arbeiten der Friedensbewegung an; sie fragen primär nach dem Einfluß, den die SED und die Sowjetunion auf die Friedensbewegung ausübten. Neben diesen politikwissenschaftlichen und historischen Studien liegen einige Arbeiten aus den Bereichen der Rechtswissenschaft und der Theologie vor; diese beschäftigen sich allerdings in der Regel nicht mit der Friedensbewegung an sich oder mit der Rolle von Juristen oder Kirchenvertretern in ihr, sondern sind zumeist Auseinandersetzungen mit den von der Friedensbewegung für das jeweilige Fach aufgeworfenen Fragen.

Ein gewisses Problem in Bezug auf die wissenschaftliche Aufarbeitung der Friedensbewegung ergibt sich aus ihrem Zusammenspiel mit der wissenschaftlichen Friedens- und Konfliktforschung. Die Friedensbewegung versuchte stets, in Anlehnung an eine bewährte Strategie der Anti-Atom-Bewegung, ihre sicherheitspolitischen Alternativkonzepte durch Gegenexperten wissenschaftlich zu untermauern. Dabei ging es ihr neben der sachlichen Argumentation immer auch um die Nutzung der Autorität von Wissenschaftlern als politischer Ressource im öffentlichen Diskurs, mit dem strategischen

Zweck der Steigerung ihrer Überzeugungskraft¹⁸. Dies hat der wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Fragen von Friedenssicherung auf der einen Seite einen starken Impuls gegeben und zu einer Fülle von Forschungsprojekten, ja zur Etablierung eines ganzen Forschungszweiges geführt. Es brachte allerdings auch eine relativ starke Politisierung wissenschaftlicher Forschung mit sich, sowohl was die Friedens- und Konfliktforschung, als auch was die historische und soziologische Erforschung der Friedensbewegung betrifft. Diese Forschungstätigkeit auf der Grundlage weltanschaulicher Prämissen hat in nicht wenigen Fällen zu einer veritablen Tendenzwissenschaft geführt, wie etwa Wilfried von Bredow und Rudolf Brocke in der Einleitung zu ihrer Studie über die Friedensbewegung ausführen:

Was uns immer wieder aufs Neue irritiert, ist der mächtige Trend in unserem Fach¹⁹ zur Partisanen-Wissenschaft (*J. Szacki*). Die Wissenschaftler ‚kämpfen‘ für den gesellschaftlichen Sieg ihrer Auffassung, die sie mit einer bestimmten sozialen Gruppe teilen, und sie stellen sich dieser Gruppe als Partei-Experten ganz zur Verfügung.²⁰

Diese Stellungnahme pro wissenschaftliche Objektivität konnte jedoch nicht verhindern, daß wiederum Thomas Leif in seiner Arbeit zur Friedensbewegung zu dem Urteil kam, die Studie von Bredow und Brocke selbst diene in erster Linie einem ihrer finanziellen Förderer, nämlich dem *NATO Research Grant*, und sich weiterhin wie folgt äußerte: „Das Sammelsurium an Fehlwahrnehmungen, Unterstellungen und Kampfanalysen bildet wohl die Spitze des Bücherbergs, der zwar wissenschaftliche Ansprüche für sich reklamiert, jedoch nur als Propaganda für die finanziellen Förderer dient.“²¹ Der Vorwurf der Propaganda geht dabei eindeutig zu weit und gründete wohl vor allem in der Parteinahme Leifs für die Friedensbewegung; einen manchmal zu sehr zugespitzten Tonfall wird man Brocke und von Bredow jedoch attestieren müssen.

Dieses Beispiel verdeutlicht wohl zur Genüge – und nicht ohne ein gerütteltes Maß an Ironie – daß die Friedensforschung jedenfalls noch in den achtziger und neunziger Jahren häufig geradezu einem Schlachtfeld ähnelte. Nicht selten wurde die ganze Härte der politischen Auseinandersetzung in den Bereich der wissenschaftlichen Forschung

¹⁸ Als Beispiel für diese Doppelrolle wissenschaftlicher Forschung siehe etwa Bastian, Gerd: Das Argument der Nachrüstung ist nicht stichhaltig: Rede auf dem Krefelder Forum, in: Plümer, Lutz: *Positionen der Friedensbewegung: Die Auseinandersetzung um den US-Mittelstreckenraketenbeschluß*. Dokumente, Appelle, Beiträge. 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1981. S. 65 f.

¹⁹ Nämlich der Soziologie, Anm. T. W.

²⁰ Bredow, Wilfried von; Brocke, Rudolf H.: *Krise und Protest: Ursprünge und Elemente der Friedensbewegung in Westeuropa*. Opladen 1987. S. 7.

²¹ Leif, Thomas: *Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung: Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren*. Opladen 1990. S. 7.

hineingetragen, wobei sich allerdings mit zunehmendem zeitlichem Abstand auch die Frontstellungen abzumildern scheinen. Daraus ergibt sich für die hier angestrebte Untersuchung, daß eine klare Trennung zwischen Quellen und Literatur nicht angebracht ist. Auch vordergründig wissenschaftliche Arbeiten werden auf ihren unterschweligen agitatorischen Gehalt und ihre Standpunktgebundenheit hin zu prüfen und gegebenenfalls als Quellen zu lesen sein, sofern sie nicht ohnehin offen für bestimmte sicherheitspolitische Maßnahmen und Konzepte werben²².

Um die Entwicklung zur „Partisanenwissenschaft“ zu überwinden und zur gebotenen wissenschaftlichen Objektivität zurückzukehren, sind daher grundsätzlich alle Arbeiten abzulehnen, die den Konflikt zwischen Friedensbewegung und Regierung als einen Kampf des Richtigen gegen das Falsche schildern. Insbesondere das Werk des amerikanischen Historikers Jeffrey Herf²³ gibt hier ein auffallend negatives Beispiel. Neben der Parteilichkeit und der durchgehenden antikommunistischen Grundausrichtung, die die gesamte Friedensbewegung einschließlich der SPD nur als Ausdruck des „*soviet pressure*“²⁴ wahrnimmt, also die innergesellschaftlichen Gründe für deren Entstehung und ihre politischen Anliegen sowie ihren Status als echte Graswurzelbewegung völlig ignoriert, fällt vor allem die mangelnde handwerkliche Qualität ins Gewicht. Könnte man einem amerikanischen Autor vielleicht noch die unfreiwillig komische, falsche Orthographie der angeführten deutschen Namen und Begriffe²⁵ nachsehen, so werden derartige Fehler inakzeptabel, wenn sie sich auch auf die Namen der behandelten Autoren erstrecken (z.B. durchgehend „Ahfeldt“ statt richtig „Afheldt“). Hinzu kommen ärgerliche Flüchtigkeitsfehler, wenn Herf etwa schreibt, die Menschenkette zwischen Stuttgart und Neu-Ulm 1983 sei die größte Demonstration in der Geschichte von Nachkriegs-*Hamburg* gewesen²⁶. Noch dazu sind Herfs Auffassungen von den Verhält-

²² Als Beispiele für solche offen normativ orientierte Untersuchungen siehe etwa Galtung, Johan: *Es gibt Alternativen! Vier Wege zu Frieden und Sicherheit*. Opladen 1984; sowie Koppe, Karlheinz: *Der vergessene Frieden: Friedensvorstellungen von der Antike bis zur Gegenwart*. (Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 6) Opladen 2001. Beide betrachten ganz offen Wissenschaft als Werkzeug zur Durchsetzung des Pazifismus. Koppe gibt einen Überblick über die Weltgeschichte, in der er alle Kulturen und Zivilisationen ausschließlich danach bewertet, wie friedfertig sie waren. Dies führt ihn dann beispielsweise zu solch ärgerlichen Schlußfolgerungen wie der, das gesamte europäische Mittelalter als „erbärmliche Zivilisation“ abzuqualifizieren (Koppe, a. a. O., S. 117).

²³ Herf, Jeffrey: *War by other means. Soviet Power, West German Resistance, and the Battle of the Euromissiles*. New York und Toronto 1991.

²⁴ Ebd., S. ix.

²⁵ „koexistenz“, ebd. S. 39; „Gruppenuniversität“, ebd. S. 104; „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, ebd. S. 163 und 231; „Sicherheitspartnerschaft“, ebd. S. 164; „Baden-Wurtenburg“, ebd. S. 192; „Gatine Schwan“, ebd. S. 199. Zu weiteren Orthographie- und Übersetzungsfehlern sowie einer Gesamtbeurteilung siehe die Rezension von Diethelm Prowe, in: *German Studies Review*, Bd. 16 (1993), S. 166 f. Prowe wertet Herfs Argumentation als „simplistic political polemic“.

²⁶ Herf, S. 203.

nissen der deutschen Parteipolitik gelinde gesagt eigenartig, wenn er etwa allen Ernstes Helmut Schmidt vorwirft, 1974 Willy Brandt als Parteivorsitzenden nicht gegen einen anderen Politiker ausgetauscht zu haben, der mit Schmidts politischen Ansichten mehr übereinstimmte²⁷. Daß es vollkommen jenseits der politischen Möglichkeiten Schmidts lag, Brandt aus dem Amt zu drängen und einen Parteivorsitzenden seines Gutdünkens einzusetzen, scheint Herf nicht aufgefallen zu sein.

Die Erforschung der Friedensbewegung begann sehr zeitnah mit den Studien von Karl-Werner Brand zu den Neuen Sozialen Bewegungen im Jahr 1982, sowie dem ein Jahr später zusammen mit Detlef Büßer und Dieter Rucht publizierten Nachfolgewerk²⁸, von dem in den weiteren Jahren mehrere, jeweils aktualisierte Neuauflagen erschienen. 1985 legte Thomas Leif seine Studie „Die professionelle Bewegung: Friedensbewegung von innen“²⁹ vor, die unter dem Titel „Die strategische (Ohn-) Macht der Friedensbewegung: Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren“ 1990 in erweiterter und überarbeiteter Form neu publiziert wurde³⁰. In ihr untersuchte Leif detailliert die internen Entscheidungsprozesse und die Arbeit des Bonner Koordinationsausschusses der Friedensbewegung. 1987 gaben Josef Janning, Hans-Josef Legrand und Helmut Zander einen Sammelband heraus, der sich mit den Friedensbewegungen in der BRD, Westeuropa und den USA befaßte³¹. Im selben Jahr behandelten Roland Roth und Dieter Rucht die Friedensbewegung in ihrer Untersuchung zu den Neuen Sozialen Bewegungen in der BRD, der in der Schriftenreihe „Studien zur Gesellschaft und Politik“ der Bundeszentrale für Politische Bildung erschien³². Von Rüdiger Schmitt erschien 1990 eine Studie über die Mobilisierung der Friedensbewegung aus soziologischer Sicht³³. Alice Holmes Cooper veröffentlichte 1996 ihre Untersuchung „Paradoxes of peace“³⁴, in der sie die Geschichte der westdeutschen Friedensbewegungen seit 1945 erforschte. Einen Vergleich mit der amerikanischen Friedensbewegung

²⁷ Herf, S. 45.

²⁸ Brand, Karl-Werner; Büßer, Detlef; Rucht, Dieter: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*. Frankfurt a. M. und New York 1982.

²⁹ Leif, Thomas: *Die professionelle Bewegung*. Bonn 1985.

³⁰ Leif, Thomas: *Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung: Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren*. Opladen 1990.

³¹ Janning, Josef; Legrand, Hans-Josef; Zander, Helmut: *Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA*. Köln 1987.

³² Roth, Roland; Rucht, Dieter: *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn 1987.

³³ Schmitt, Rüdiger: *Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland: Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung*. Opladen 1990.

³⁴ Cooper, Alice Holmes: *Paradoxes of peace: German peace movements since 1945*. Ann Arbor 1996.

erstellte Ulrike C. Wasmuth³⁵. Die Geschichte der Frauenfriedensbewegung wurde detailliert von Karola Maltry analysiert³⁶. Zum selben Thema erschienen wichtige Aufsätze von Belinda Davis³⁷ und Jennifer Anne Davy³⁸. Die Protestform des Zivilen Ungehorsams und die sich daraus ergebenden juristischen Fragen untersuchte Peter E. Quint³⁹.

Mit dem Einfluß der DDR und der Sowjetunion auf die Friedensbewegung beschäftigte sich ein Netzwerk von Forschern, das dem Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin entstammt. Hieraus gingen der von Jürgen Maruhn und Manfred Wilke herausgegebene Sammelband „Die verführte Friedensbewegung: Der Einfluß des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte“⁴⁰ sowie „Raketenpoker um Europa“ hervor. Von Michael Ploetz erschienen die beiden Monographien „Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor“⁴¹, und, zusammen mit Hans-Peter Müller, „Ferngelenkte Friedensbewegung?“⁴².

Die Rolle von Schriftstellern in der Debatte um den NATO-Doppelbeschluß untersuchte Ann Marie Stokes in ihrem 1995 erschienenen Band „A chink in the wall“⁴³. Zu einem wichtigen Teilaspekt, nämlich der Frage der Neutralisierung Deutschlands, sowie einer damit verbundenen Möglichkeit der Wiedervereinigung und eine Neuausrichtung der Gesellschaft entlang eines „Dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus liegen zum einen ein von Dominik Geppert und Udo Wengst herausgegebener Sammelband⁴⁴ sowie eine ausführliche Monographie von Alexander Gallus⁴⁵ vor. Manfred Laduch, Heino Schütte und Reinhard Wagenblast stellten in ihrem Buch zur Mut-

³⁵ Wasmuth, Ulrike C.: *Friedensbewegungen der 80er Jahre: Zur Analyse ihrer strukturellen und aktuellen Entstehungsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika nach 1945: Ein Vergleich*. Gießen 1987.

³⁶ Maltry, Karola: *Die neue Frauenfriedensbewegung: Entstehung, Entwicklung, Bedeutung*. Frankfurt a.M. und New York 1993.

³⁷ Davis, Belinda: The Gender of War and Peace: Rhetoric in the West German Peace Movement of the Early 1980s, in: Ziemann, Benjamin (Hrsg.): *Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA since 1945: Historiographical Reviews and Theoretical Perspectives*. (Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Nr. 32) Bochum 2004.

³⁸ Davy, Jennifer Anne: German Women's Peace Activism and the Politics of Motherhood: A Gendered Perspective of Historical Peace Research, in: Ziemann, Benjamin (Hrsg.): *Perspektiven der Historischen Friedensforschung*. (Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Bd. 1) Essen 2002.

³⁹ Quint, Peter E.: *Civil Disobedience and the German Courts: The Pershing missile protests in comparative perspective*. (The University of Texas at Austin Studies in Foreign and Transnational Law) London und New York 2008.

⁴⁰ München 2002.

⁴¹ Berlin und München 2000.

⁴² Münster 2004.

⁴³ Stokes, Ann Marie: *A chink in the wall*. Bern 1995.

⁴⁴ Geppert, Dominik; Wengst, Udo (Hrsg.): *Neutralität – Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945-1990*. München 2005.

⁴⁵ Gallus, Alexander: *Die Neutralisten: Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945-1990*. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 127) Düsseldorf 2001.

langer Heide einen der wichtigsten Orte der Auseinandersetzung ausführlich vor⁴⁶. Eine breite Forschungsliteratur beschäftigt sich mit dem Werk Günther Anders', einem der für die Friedensbewegung wichtigsten Philosophen⁴⁷. 2010 erschien die Biographie von Saskia Richter über Petra Kelly⁴⁸, die als erstes derartiges Werk, das aus einer wissenschaftlichen Beschäftigung hervorgegangen war, eine wichtiges Desiderat der Forschung erfüllte. Gleichfalls zu den neuesten Veröffentlichung zählt Susanne Schregels 2011 erschienene Dissertation zur Politikgeschichte der Friedensbewegung⁴⁹. Den neuesten Überblick bietet der von Laura Stapane und Christoph Becker-Schaum 2012 herausgegebene Sammelband⁵⁰.

Der NATO-Doppelbeschluss selbst ist sehr gut erforscht. Mit seiner Entstehung, d. h. den zugrundeliegenden strategischen Erwägungen und den diplomatischen Vorbereitungen innerhalb der NATO setzte sich Karla Hannemann in ihrer 1987 erschienenen Dissertation auseinander⁵¹. Von Hubertus Hoffmann⁵² und Stephan Layritz⁵³ erschienen ebenfalls Dissertationen zum selben Thema, wobei ersterer auch die Diskussion um die Neutronenbombe einbezog. Ein nahe verwandtes Themenfeld sind die diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und der BRD sowie die Meinungsverschiedenheiten und Interessenkonflikte innerhalb der NATO. Dazu legte Susanne Peters eine Untersuchung darüber vor, wie sich die BRD im Vorlauf zum Doppelbeschluss – der von amerikanischer Seite zunächst abgelehnt worden war – im Bündnis durchzusetzen vermocht

⁴⁶ Laduch, Manfred; Schütte, Heino; Wagenblast Reinhard: *Mutlanger Heide: Ein Ort macht Geschichte*. Schwäbisch Gmünd 1990.

⁴⁷ G'schrey, Oliver: *Günther Anders: ‚Endzeit‘-Diskurs und Pessimismus*. (Hochschulschriften Philosophie, Bd. 10) Cuxhaven 1991. Reimann, Werner: *Verweigerte Versöhnung: Zur Philosophie von Günther Anders*. Wien 1990. Liessmann, Konrad Paul: *Günther Anders zur Einführung*. 2. Aufl. Hamburg 1993. Ders. (Hrsg.): *Günther Anders kontrovers*. München 1992. Schubert, Elke: *Günther Anders*. Reinbek bei Hamburg 1992. Geiger, Georg: *Der Täter und der Philosoph – Der Philosoph als Täter: Die Begegnung zwischen dem Hiroshima-Piloten Claude R. Eatherly und dem Antiatomkriegsphilosophen Günter Anders*. Dissertation, Bern 1991. Lüdkehaus, Ludger: *Philosophieren nach Hiroshima: Über Günther Anders*. Frankfurt a. M. 1992. Bahr, Raimund (Hrsg.): *Zugänge: Günther Anders. Leben und Werk*. Wien 2007.

⁴⁸ Richter, Saskia: *Die Aktivistin: Das Leben der Petra Kelly*. München 2010.

⁴⁹ Schregel, Susanne: *Der Atomkrieg vor der Wohnungstür: Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970 – 1985*. Frankfurt a. M. 2011.

⁵⁰ Becker-Schaum, Christoph; Gassert, Philipp; Klimke, Martin; Mausbach, Wilfried; Zepp, Marianne (Hrsg.): *„Entrüstet Euch!“. Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*. Paderborn, München, Wien, Zürich 2012.

⁵¹ Hannemann, Karla: *Der Doppelbeschluss der NATO – Genese, Motive und Determinanten einer umstrittenen bündnispolitischen Entscheidung*. Dissertation, München 1987.

⁵² Hoffmann, Hubertus: *Die Atompartner Washington – Bonn und die Modernisierung der taktischen Kernwaffen: Vorgeschichte und Management der Neutronenwaffe und des Doppelbeschlusses der NATO*. Koblenz 1986.

⁵³ Layritz, Stephan: *Der NATO-Doppelbeschluss: Westliche Sicherheitspolitik im Spannungsfeld von Innen-, Bündnis- und Außenpolitik. Eine Fallstudie zur Entwicklung und Implementation sicherheitspolitischer Programme*. Dissertation Kiel 1991.

hatte⁵⁴. Barbara Heep behandelte ein ähnliches Thema in ihrer längerfristig angelegten Arbeit „Helmut Schmidt und Amerika“, der sie sehr zu Recht den Untertitel „Eine schwierige Partnerschaft“ gab⁵⁵. Thomas Badey erforschte den Einfluß der BRD auf beide Supermächte in seiner 1993 veröffentlichten Dissertation⁵⁶, während Holger Mey die Entwicklung der Nuklearstrategie der NATO untersuchte⁵⁷. Abgesehen von diesen Studien zu einzelnen Aspekten existieren eine Reihe von Überblicksdarstellungen zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik, von denen eine ganze Anzahl von Helga Hafendorn stammen, so zum Beispiel die Studie „Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982“⁵⁸. Auch hier liegt mit dem von Philipp Gassert, Tim Geiger und Hermann Wentker 2011 herausgegebenen Sammelband ein aktueller Forschungsüberblick vor⁵⁹.

4. Quellenbestände

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Friedensbewegung sieht sich in ganz besonderem Maße einem allgemeinen Problem der Zeitgeschichte gegenüber: der überbordenden Menge an Quellenmaterial, das es zu bearbeiten gilt. Die Auseinandersetzung um die Raketenstationierungen hat eine wahre Springflut an Publikationen hervorgebracht, mit denen sich leicht eine eigene Bibliothek füllen ließe. Die damals erschienenen Monographien sind heute noch leicht zugänglich, bzw. – da sie nur in den seltensten Fällen von Archiven gesammelt wurden – antiquarisch erhältlich. Tatsächlich fungieren in diesem Fall die Antiquariate, soweit es die Debattenbeiträge in Buchform betrifft, sozusagen als eine Art zeitgeschichtlicher Ersatzarchive.

Ansonsten ist für Historiker der Umstand besonders erfreulich, daß einige aus der Friedens- oder allgemein den Alternativbewegungen hervorgegangene Spezialarchive

⁵⁴ Peters, Susanne: *The Germans and the INF missiles: Getting their way in NATO's strategy of flexible response*. Baden-Baden 1990.

⁵⁵ Heep, Barbara: *Helmut Schmidt und Amerika: Eine schwierige Partnerschaft*. Bonn 1990.

⁵⁶ Badey, Thomas J.: *Der Einfluß der Bundesrepublik Deutschland auf die Supermächte USA und UdSSR 1970-1990*. Dissertation Heidelberg 1993.

⁵⁷ Mey, Holger H.: *NATO-Strategie vor der Wende: Die Entwicklung des Verständnisses nuklearer Macht im Bündnis zwischen 1967 und 1990*. Baden-Baden 1992.

⁵⁸ 2. Aufl., Baden-Baden 1986.

⁵⁹ Gassert, Philipp; Geiger, Tim; Wentker, Hermann (Hrsg.): *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*. München 2011.

existieren. Zu nennen sind hier das Freiburger Archiv für Soziale Bewegungen mit seinem sehr dichten Sammlungsbestand des südwestdeutschen, auch schweizerischen Raums, wobei in ersterem bekanntlich ein Schwerpunkt der Auseinandersetzungen lag; die Stuttgarter Bibliothek für unkonventionelle Literatur; das Hamburger Archiv der Sozialen Bewegungen mit einer im Bereich der radikalen Linken und Autonomen zentrierten Sammlung; sowie das gleichfalls in Hamburg ansässige Archiv Aktiv. Letzteres hat inzwischen große Teile des Archivs der Mutlanger Pressehütte in sich aufgenommen und ist damit für die deutsche Friedensbewegung zu einem der wichtigsten Spezialarchive geworden. Besonders zu erwähnen ist noch das Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung, das gleichfalls über umfangreiche Bestände vor allem an Zeitschriften und Broschüren verfügt.

Als Quellen wurden eine breite Reihe unterschiedlichster Publikationen herangezogen. Aufgrund der breiten Fragestellung der Arbeit mußten drei Hauptgattungen von Texten bearbeitet werden: Solche, die aus der unmittelbaren politischen Praxis heraus entstanden; Texte der politischen Theorie und Philosophie; sowie literarische Texte. In allen drei Textarten schlug sich politische Mentalität in jeweils ganz eigener Art nieder, wobei vielleicht der zu gesellschaftlichen Fragen Stellung nehmenden Belletristik in qualitativer Hinsicht die größte Bedeutung zukommt, da sie in den Biographien der Aktivist*innen oft einen entscheidenden bewußtseinsbildenden Einfluß ausübte. Die Texte der ersten Gattung, welchen quantitativ den Löwenanteil des Quellenkorpus bilden, sind dabei in sich noch weiter zu differenzieren: Zunächst einmal wurden im Untersuchungszeitraum eine ganze Reihe von Debattenbeiträgen als Monographien veröffentlicht. Diese von prominenten Sprechern wie Gerd Bastian, Petra Kelly, Andreas Buro, Anton-Andreas Guha, Erhard Eppler, Oskar Lafontaine, Robert Jungk oder Günther Anders verfaßten Schriften wurden im Rahmen der Untersuchung vollständig gesichtet. Des weiteren wurden Veröffentlichungen relevanter Institutionen wie etwa der Aktion Sühnezeichen, der Deutschen Friedensgesellschaft oder des Krefelder Appells bearbeitet. Hinzu kommen besonders populäre und oft zitierte Schriften wie etwa Raymond Briggs' Comic-Band *Wenn der Wind weht* oder Robert Scheers Reportage *Und brennend stürzen Vögel vom Himmel*.

Was die Texte zu politischer Theorie betrifft, so wurden hier einige Quellen herangezogen, welche nicht dem eigentlichen Untersuchungszeitraum entstammen, sondern zum Teil wesentlich früher oder später veröffentlicht wurden. Der erstere Fall stellt keinerlei methodologische Schwierigkeit dar, da die Mentalität der Friedensbewegung

selbstverständlich einer länger zurückreichenden Tradition entstammt. Gezeigt werden muß im jeweiligen Fall nur, daß die ausgewählten Texte für die Akteure des Untersuchungszeitraumes tatsächlich relevant waren. Dagegen bedarf es schon eher einer Begründung, wenn Texte als Quellen benutzt werden, die erst nach den untersuchten Ereignissen veröffentlicht wurden. Dieser Schritt impliziert notwendigerweise die These, daß bestimmte Elemente im Denken der Mitglieder der Friedensbewegung während des Streits um die Stationierung bereits feststellbar waren, jedoch erst nachträglich in prägnanter bzw. systematisch durchdachter Form in Publikationen. Bei dem Rückblick auf die eigene Geschichte, welche von der Gruppe der Mutlanger Aktivisten herausgegeben wurde, ist diese Prämisse offenkundig erfüllt. Weniger eindeutig ist dies im Fall der Streitschrift von Wolf-Dieter Narr, Roland Roth und Klaus Vack zum NATO-Einsatz in Jugoslawien⁶⁰. Alle drei Autoren waren jedoch bereits in der Friedensbewegung der frühen achtziger Jahre aktiv. Ihre Argumentation ist durchgehend mit der ihrer damaligen Veröffentlichungen konsistent, so daß eine Berücksichtigung auch dieser Quelle, in der einige pazifistische Denkmuster besonders deutlich hervortreten, gerechtfertigt erscheint.

Weiterhin ausgewertet wurden die einschlägigen Periodika wie Antimilitarismus-Information (ami), BAF-Info, Das Argument, Blätter für deutsche und internationale Politik, Konkret, Radikal, Courage und die Rundschreiben sowohl des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung wie auch der Krefelder Initiative. Außerdem liegen einige Quellensammlungen vor: Bereits 1981 erschien der von Lutz Plümer herausgegebene Sammelband zu den Positionen der Friedensbewegung. Von Fritz Teppich wurde 1985 eine sehr umfangreiche Sammlung von Flugblättern der Westberliner Friedensbewegung editiert. Eine weitere Quellensammlung von Günter Baadte, Armin Boyens und Ortwin Buchbender versammelt verschiedenste Dokumente der christlichen Friedensbewegung beider Konfessionen. Unter dem Titel „Weiches Wasser bricht den Stein“ erschien schließlich eine Sammlung von Widerstandsreden von Katja Behrends. Einem interessanten Nebenaspekt der Diskussion um den Doppelbeschluß widmete sich Dieter Lutz mit der von ihm herausgegebenen Quellensammlung zum Streit in der Kultusministerkonferenz zum Thema Frieden im Unterricht, der eben entweder im Rahmen der bis dahin üblichen Wehrkunde, oder in pazifistischer Ausrichtung als Friedenserziehung behandelt werden konnte.

⁶⁰ Narr, Wolf-Dieter; Roth, Roland; Vack, Klaus: *Wider kriegerische Menschenrechte: Eine pazifistisch-menschenrechtliche Streitschrift. Beispiel: Kosovo 1999 – Nato-Krieg gegen Jugoslawien*. Köln 1999.

Als letztes Element der behandelten Quellen, jedoch keineswegs das vom Umfang her geringste, sollen die diversen Flugblätter und Demonstrationsaufrufe Erwähnung finden. Vor allem letztere sind eine Quellengattung, der besondere Aufmerksamkeit zukommt, denn solche Aufrufe sind ja gerade auf eine mobilisierende Wirkung hin konzipiert. Das heißt: In ihnen finden sich in knapper und daher besonders prägnanter Form die Argumente, von denen sich die Autoren besondere Überzeugungswirkung versprochen. Bei der Analyse solcher Texte ist stets ihre Genese im konkreten, politisch-praktischen Prozeß zu beachten. Die meisten Demonstrationen mußten von Allianzen verschiedener Gruppen organisiert, finanziert und durchgeführt werden, die teils ad hoc gebildet wurden, teils längerfristig, vor allem in Form des zentralen Koordinationsausschusses der Friedensbewegung in Bonn, bestanden. Die Texte der Aufrufplakate und –flugblätter (und natürlich auch die verwendeten Bildmotive) waren daher ebenfalls Gemeinschaftsproduktionen bzw. Ergebnis einer gemeinschaftlichen Auswahl. Sie wurden üblicherweise von einer der beteiligten Organisationen oder aber von einer aus Mitgliedern der verschiedenen Organisationen bestehenden Vorbereitungsgruppe konzipiert, dann den einzelnen Organisationen als Entwurf zur Prüfung übersandt, gegebenenfalls entsprechend etwaiger Kritik verändert, und stellten dann das Ergebnis eines mitunter recht langwierigen Diskussions- und Konsensfindungsprozesses dar. Anders sah das Prozedere im Falle sehr großer Demonstrationen aus. Hier wäre ein streng basisdemokratisches Verfahren zu zeitraubend gewesen, weshalb die Mitwirkungsmöglichkeiten für die meisten als Unterstützer auftretenden Gruppen weitgehend entfielen. Sie hatten dann im Falle schwerwiegender Divergenzen zum ausgearbeiteten Konzept nur die Möglichkeit, ihre Mitwirkung zu beenden. Allenfalls konnten sie versuchen, in ihren Redebeiträgen bei den Auftakt- oder Abschlußkundgebung besondere inhaltliche Akzente zu setzen. Bei Aufrufertexten und Reden handelt es sich mithin um Texte, die in einem reflektierten Prozeß auf bestimmte, intendierte Wirkungen hin konzipiert waren: Sie sollten die politischen Positionen der jeweiligen Organisationen darstellen, Abgrenzungen zu konkurrierenden Gruppen verdeutlichen, mobilisieren, und auf allgemeinsten Ebene vor allem Zustimmung erzeugen. Die eigentlichen politischen Meinungen der Autoren kamen daher oft nur in redigierter Form zum Ausdruck: Sie wurden entsprechend dem jeweiligen strategischen Kalkül moderater oder radikaler dargestellt, als sie eigentlich waren, und so den antizipierten Wahrnehmungen der Adressaten angepaßt.

Eine weitere besondere Quellengattung stellen die politischen Karikaturen dar. Sie sind für eine politische Mentalitätsgeschichte von besonderem Wert, da sie Ergebnis

eines Verdichtungsprozesses sind: Die Aufgabe eines Karikaturisten besteht ja gerade darin, eine Ansichtswiese oder einen Gedanken in einem einzigen Bild zu konzentrieren, um maximale Prägnanz zu erzielen. Gerade Karikaturen und Bildmotive, die sehr oft wiederholt wurden, erlauben daher dem Forscher den direkten Zugriff auf die stereotypen Sichtweisen der Akteure der Friedensbewegung.

Insgesamt ist die Quellenlage zur Friedensbewegung als sehr gut zu bezeichnen – für eine vollständige Prüfung durch einen einzelnen Forscher ist sie bereits deutlich zu umfangreich. Allerdings besteht das vorliegende Forschungsvorhaben ja im wesentlichen in der Suche nach typischen Aussagen, die in vielen verschiedenen Texten häufig wiederholt auftauchen. Dadurch werden die Quellen zum großen Teil redundant; es genügt, einige Schlüsselquellen zu untersuchen, vor allem die Texte prominenter Sprecher wie etwa Günther Anders, Gert Bastian, Petra Kelly, Erhard Eppler, Heinrich Albertz, Dorothee Sölle, Anton Andreas Guha oder Andreas Buro, und die so gewonnenen Ergebnisse dann durch Vergleich zu verifizieren.

II. DIE DIMENSIONEN DER BEDROHUNG

1. Die Toten von morgen: Die paradigmatischen Erzählungen von Noah und Cassandra

a) *Die Propheten*

Die Friedensbewegung sah die Menschheit am Scheideweg. Ihr Bewußtsein bewegte sich zwischen Ängsten und Hoffnungen, Bedrohung und Rettung. Sie mahnte zur Umkehr und sagte für den Fall, daß ihr kein Glaube geschenkt würde, das Ende voraus. Die archetypischen Verkörperungen ihres möglichen Erfolges oder Scheiterns fand sie in den beiden mythologischen Figuren Noah und Cassandra. Bisher sind diese in der Forschung aufgrund ihrer unterschiedlichen Herkunft aus dem jüdisch-christlichen Kulturkreis einer- und dem heidnisch-griechischen andererseits kaum miteinander in Verbindung gebracht worden. Dies doch zu tun, hat seine Gründe sowohl in den äußeren Umständen wie auch in inhaltlichen Zusammenhängen. Zum einen stellten zwei Kerntexte der Friedensbewegung, Günther Anders' bereits 1961 erstmals veröffentlichte Parabel „Die beweinte Zukunft“⁶¹ und die 1983 erschienene Erzählung „Kassandra“⁶² von Christa Wolf, jeweils eine der beiden Figuren in ihren Mittelpunkt. Zum anderen waren Noah wie Cassandra Propheten des Untergangs.

Im Falle Noahs stellte dies allerdings eine durch Günther Anders vorgenommene Neuerung in der Erzähltradition dar. Der ursprüngliche Noah der Bibel war zwar ein Vorauswissender, also ein von Gott durch die Verleihung besonderen Wissens ausgezeichneter Gerechter, jedoch kein Prophet, d. h. kein Verkünder seines Wissens. Er erfüllte nicht die zentrale Funktion der alttestamentarischen Propheten, welche im Aufruf an die Gesellschaft zur Umkehr bestand. Erst nach der durch Anders durchgeführten Umformung der Noah-Geschichte verlief sie parallel zu der Kassandras, wenn auch mit unterschiedlichem Ausgang. Beiden kam durch ihre überlegene Einsicht die Rolle eines Retters zu.

Die Rezeptionsgeschichte beider Texte gestaltete sich recht unterschiedlich. Daher soll mit dem Begriff der paradigmatischen Erzählung *nicht* gesagt werden, die An-

⁶¹ Anders, Günther: *Die beweinte Zukunft*, in: ders.: *Die atomare Drobung: Radikale Überlegungen zum atomaren Zeitalter*. 7. Aufl., München 2003. S. 1-10. Anmerkung zur Editions-geschichte: Die Erzählung wurde ursprünglich 1961 geschrieben. Im Jahre 1972 erfolgte eine Neupublikation im Rahmen eines Essaybandes. 1981 wurde dieser in zweiter Auflage und mit einem aktuellen Vorwort versehen wieder aufgelegt. Die hier zitierte 7. Auflage ist gegenüber der relevanten 2. Auflage textidentisch.

⁶² Wolf, Christa: *Kassandra*. 3. Aufl., o. O. 2004.

ders'sche Noah-Parabel sei ein kanonischer Text der Friedensbewegung im Sinne eines festen Textcorpus gewesen, der quasi als Pflichtlektüre gegolten hätte. Die heterogene Zusammensetzung der Bewegung verhinderte von vornherein die Herausbildung eines für alle Spektren verbindlichen Kanons. Besonders eindrucksvolle Texte oder auch Filme, die zumindest für den Bewegungs-Mainstream eine breite Wirkung entfalteten, gab es zwar durchaus; ob aber die Anders'schen Abhandlungen denselben Verbreitungsgrad erreichten wie leichter zugängliche fiktionale und dokumentarische Werke, ist angesichts ihres eher theoretischen Charakters fraglich. Einerseits zählte Günther Anders zwar durchaus zu den bekannten und häufig gelesenen Autoren; seine „Radikale[n] Überlegungen zum atomaren Zeitalter“ erschienen zwischen 1981 und 1993 in nicht weniger als fünf Auflagen. Zeitzeugen nannten auf Nachfrage des Autors nach besonders weitverbreiteten Büchern aber eher Anton Andreas Guhas „Ende“ oder Jonathan Schells „Das Schicksal der Erde“. Anders' Schriften wurden dagegen vorwiegend von Personen gelesen, die bereits länger in der Friedensbewegung engagiert waren und sich darum bemühten, ihr Verständnis der Materie zu vertiefen. Aus Protokollen von Theorie-Workshops und Arbeitsgruppen läßt sich eine Auseinandersetzung mit Günther Anders auf diesem fortgeschrittenen Niveau konkret nachweisen⁶³. Auch beriefen sich eine ganze Reihe von prominenten Sprechern explizit auf ihn, so beispielsweise Petra Kelly in ihrer Rede während der großen Debatte des Deutschen Bundestages zur Stationierung im November 1983⁶⁴, außerdem Gert Bastian⁶⁵, Erhard Eppler⁶⁶, Walter Jens⁶⁷ und Paul Parin⁶⁸. Alfred Mechttersheimer nahm Anders' Studie in die kommentierte Bibliographie seiner Dokumentation auf⁶⁹. Seine Schriften wurden somit vor allem von den Bewegungseliten rezipiert.

⁶³ So erstellte beispielsweise die Gruppe Frauen für den Frieden Freiburg ein ausführliches Exzerpt aus Anders Hauptwerk *Die Antiquiertheit des Menschen*. Vgl. ASBB, Box 4.4.1, Freiburger Frauen für den Frieden: Interna. Eine Denkschrift der im Hochrhein-Friedenskomitee tätigen Erziehungswissenschaftler Peter Kern und Hans-Georg Wittig nannte Anders zusammen mit Carl Friedrich von Weizsäcker als eine der Hauptquellen. Vgl. Kern, Peter; Wittig, Hans-Georg: Lernen für eine Zukunft ohne Krieg. Typoskript, in: ASBB, Box 4.4.4, Mappe I.

⁶⁴ Vgl. Deutscher Bundestag: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages: Stenographischer Bericht der 36. Sitzung der 10. Wahlperiode* (22. November 1983). S. 2521D.

⁶⁵ Bastian, Gert: *Atomtod oder Europäische Sicherheitsgemeinschaft: Abrüsten statt Abschrecken*. Köln 1982. S. 58 f.

⁶⁶ Eppler, Erhard: *Die tödliche Utopie der Sicherheit*. Reinbek bei Hamburg 1983. S. 40 und 114.

⁶⁷ Jens, Walter: Hippokrates und Holocaust: Von der Verantwortung der Wissenschaft in finsterner Zeit. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985. S. 110 f.

⁶⁸ Parin, Paul: Die Verleugnung der Gefahr und die Aufgabe des Arztes, in: Bastian, *Friedensnobelpreis*, S. 165.

⁶⁹ Mechttersheimer, Alfred (Hrsg.): *Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum Nato-Doppelbeschluß*. Reinbek bei Hamburg 1981. S. 263.

Daß Anders ausgerechnet die Figur des Noah wählte, war dabei keineswegs Zufall⁷⁰. Vielmehr war hier ein Rückgriff auf ein Schema im Sinne Thomas Manns erfolgt, eine Gedankenverbindung zwischen der eigenen augenblicklichen Situation und ihrer narrativen Vorprägung. Nun war die Vielfalt der Geschichten in der Moderne selbstverständlich weit größer als in einem relativ geschlossenen antiken Kulturkreis. Die Verbindlichkeit der einzelnen Narrative hatte im Zuge des neuzeitlichen Relativierungsprozesses um ein Vielfaches nachgelassen, was mit der Friedensbewegung verbundene Intellektuelle ausdrücklich beklagten⁷¹. Es gab nicht mehr *den* einen Vorstellungsraum, in dessen Kontext alles betrachtet worden wäre. Die Bewegung mußte daher, um ihrer Sichtweise Wirksamkeit zu verschaffen, wie Noah zu Listen greifen; aber nicht erst, um wie er dem Unbekannten und Unerhörten, sondern bereits um dem Bekannten neue Verbindlichkeit zu gewinnen, das eben nur noch ein Bekanntes unter anderem war. Sie befand sich daher wie alle ideologisch geprägten Bewegungen des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts in einem aktiven Abwehrkampf gegen die heraufziehende Postmoderne.

Im Gegensatz zur Anders'schen Noah-Parabel war Christa Wolfs Cassandra-Erzählung insbesondere für den feministisch orientierten Teil der Friedensbewegung ohne Zweifel ein zentraler Text, was beispielsweise in der großen Aufmerksamkeit zum Ausdruck kam, den die Berliner Frauenzeitschrift *Courage* dem Werk und den öffentlichen Lesungen Christa Wolfs widmete⁷². Auch Theoretiker wie Horst-Eberhard Richter zitierten aus Wolfs Erzählung⁷³. Die Figur der Cassandra wurde in einer großen Studie über ihre Rezeption durch Thomas Epple sogar als „Signum der achtziger Jahre“⁷⁴ gewertet; ein erstaunlicher Wandel, nachdem sie während der stark von Optimismus und Fortschrittsglauben geprägten fünfziger und sechziger Jahre weitgehend aus der Literatur verschwunden gewesen war⁷⁵. In diesem Zusammenhang sprach Kurt Sontheimer in seinem Buch „Zeitenwende?“⁷⁶ von Kassandras unzeitgemäßer Wiedergeburt, und erklärte: „Soviel ist gewiß: Der Geist der Zeit hat seit den siebziger Jahren eine stark pessimistische Note. Viele zeitgenössische Rufer hüllen sich in das Gewand der Cassandra;

⁷⁰ Wie es ebenso kein Zufall war, daß ab den siebziger Jahren hunderten von kirchlichen sozialen Projekten in der Bundesrepublik der Name „Arche“ verliehen wurde.

⁷¹ So vor allem Günter Grass oder auch Robert Jungk in seinem Vorwort zu Johan Galtung Buch *Es gibt Alternativen! Vier Wege zu Frieden und Sicherheit*.

⁷² Vgl. Hilzinger, Sonja: Seherin aus Lust. In: *Courage: Berliner Frauenzeitung*, Nr. 7 (1982). S. 10-12. Außerdem dies.: Eine Art Utopie. In: *Courage: Berliner Frauenzeitung*, Nr. 8 (1983). S. 56 f.

⁷³ Richter, Horst-Eberhard: Angst, Hoffnung, Widerstand, in: Bastian, *Friedensnobelpreis*, S. 141.

⁷⁴ Vgl. Epple, Thomas: *Der Aufstieg der Untergangseherin Cassandra: Zum Wandel ihrer Interpretation vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. (Würzburger Beiträge zur deutschen Philologie, Bd. 9) Würzburg 1993. S. 341-359.

⁷⁵ Ebd., S. 235 f.

⁷⁶ Sontheimer, Kurt: *Zeitenwende? Die Bundesrepublik zwischen alter und alternativer Politik*. Hamburg 1983.

sie verheißen uns eine düstere Zukunft, ja, das Ende, wenn die Welt so weitermache, wie es bisher ihre Art war.⁷⁷ Der Duden wertete den Ausdruck „Kassandra-Ruf“ noch 1978 als „bildungssprachlich veraltet“⁷⁸. Bereits fünf Jahre später war statt dessen dieser Befund veraltet, Cassandra dagegen wieder hochaktuell.

Der paradigmatische Charakter der prophetischen Figuren hatte nun mehrere Aspekte: Zunächst stellte das prophetische Selbstverständnis eine mentale Disposition dar, durch die sich die Ungewißheit der Zukunft aufheben und Gewißheit über die eigene Position im geschichtlichen Raum herstellen ließ. Dieses Wissen war zwar durch die apokalyptische Drohung belastet, überführte aber desungeachtet die Geschichte von einer amorphen, vielfach interpretierbaren Ereignismasse in eine eindeutig strukturierte und somit sinnvolle Erzählung, die nun, in diesem historischen Moment, auf ihre entscheidende Krisis zustrebte. Durch diese Deutung schrieb die Friedensbewegung sich selbst eine zentrale Bedeutung zu. Sie stand am Wendepunkt der Weltgeschichte, ihre Aufgabe war die Rettung der Menschheit, nichts Geringeres.

Wie jede Ideologie sah auch der Pazifismus seine spezifische Thematik – Krieg und Frieden – als den alles entscheidenden Gesichtspunkt der Menschheitsgeschichte an. Die politisch-strategische Funktion der Prophetie bestand in einer Aneignung der Zukunft, die es der Friedensbewegung erlauben würde, ihren politischen Gestaltungsanspruch für die Gegenwart zu legitimieren. Die Vorhersage des Untergangs war somit der Hebel, von dem die Friedensbewegung hoffte, mit ihm die Klammern lösen zu können, die die bundesdeutsche Gesellschaft in ihrem Status quo festhielten.

Darüber hinaus bildeten die Katastrophen der mythischen Vorzeit, Sintflut und Untergang Trojas, einen Vorstellungsraum archetypischer Untergänge, in den historische Erfahrungen wie die Weltkriege mit einbezogen und somit gleichfalls mythologisiert wurden. Diese mentale Zeitlandschaft wurde schließlich um den antizipierten Untergang des Nuklearkrieges erweitert. Die dreifache Perspektive der mythischen Vergangenheit, der historischen Vergangenheit und der imaginierten Zukunft hob die Katastrophe auf eine überzeitliche Ebene. Sie war damit nicht mehr nur ein einzelnes Ereignis der Vergangenheit oder eine ausschließlich jetzt gegebene Möglichkeit, sondern eine durch die gesamte Menschheitsgeschichte hindurch drohende Gefahr. Die Friedensbewegung sah in einer weit über den aktuellen Rahmen des Kalten Krieges hinausgehenden Perspektiven die Menschheit nicht als ein schlicht Bestehendes an, sondern als eingebunden in

⁷⁷ Ebd., S. 10.

⁷⁸ Zit. nach Epple, *Kassandra*, S. 236.

ein dynamisches Spannungsfeld mit den beiden Polen des endgültigen Untergangs und der endgültigen Rettung, wobei der Umstand, daß die Allvernichtung als stete Möglichkeit begriffen wurde, aus sich heraus die Vorstellung eines vollumfänglich gelungenen Menschheitsdaseins bedingte. Die real existierende Gefahr der Apokalypse legitimierte somit die Utopie, ja erzwang sie geradezu. Der Menschheit kam damit eine Aufgabe zu, die nicht einfach nur darin bestand, ihr Dasein fortzusetzen, sondern die ihr gegebene Chance auf endgültige Rettung zu verwirklichen.

b) *Günther Anders' Noah-Parabel*

In Günther Anders' Parabel „Die beweinte Zukunft“ trat dem Leser ein Noah entgegen, der in mehrfachem Widerspruch zur narrativen Tradition stand. Er erschien zunächst nicht in der vertrauten Gestalt eines Auserwählten und weisen Patriarchen, sondern im Gegenteil als ein Gescheiterter:

Als Noah von seinem hundertsten Warnungsgang nach Hause zurückgekehrt war, da konnte er es sich nicht mehr verhehlen, daß so weiterzumachen, wie er es nun, niemals beraten von seinem Gotte und jedesmal auf eigene Faust hundert Mal getan, wirklich keinen Sinn mehr hatte.⁷⁹

Dieser Anders'sche Noah legte auch eine viel größere Eigenständigkeit an den Tag als der biblische Noah, der lediglich den bis auf die letzte Elle von Gott vorgegebenen Bauplan der Arche ausführte. Bei Anders suchte Noah aktiv nach einem Mittel der Rettung für sich und seine Mitmenschen. Damit er allerdings ein zumindest potentieller Retter sein konnte, mußte Anders den entscheidenden Widerspruch zur Erzählung der Bibel eingehen, denn hier waren es nicht nur Noah selbst und seine Familie, die von Gott zur Rettung ausersehen waren, sondern potentiell *alle* Menschen. Nicht Vorbestimmung, sondern Einsicht bestimmte über ihr Schicksal. Sie zum Verständnis der drohenden Katastrophe und zur tätigen Mitarbeit bei der Abhilfe zu bewegen, war somit Noahs Aufgabe, die allerdings zu scheitern drohte:

Denn auch diesmal war es ihm nicht gelungen, auch nur einen einzigen seiner Mitbürger zum Bau seiner Arche anzuwerben, auch diesmal waren die wenigen, denen er sich hatte aufdrängen können, auf nichts anderes gierig gewesen als auf das gerade Allerneueste; und auch diese hatten sich sofort beiseitegedrückt, wenn er ihnen mit der Flutwarnung gekommen war (mit „seiner Flut“, wie sie es nann-

⁷⁹ Anders, *Die atomare Drohung*, S. 1.

ten), weil sie von dieser ja gestern schon gehört hatten und vorgestern und vorgestern.⁸⁰

Noah verwarf daher seine bisherige Vorgehensweise und entschloß sich, um seinen Warnungen Gehör zu verschaffen, zum radikalen Tabubruch:

Da geriet Noah in Zorn und zerriß die Bögen, auf denen er in langer Jahre Arbeit die Flotte seiner hundert Archen entworfen hatte und sprach: „Du kannst sie wiederhaben“, und warf sie seinem Gotte hin. Und begann, auf und ab zu wandern wie ein Löwe in seinem Käfig.

„Hundert Male“, haderte er, „habe ich meine Geduld bewiesen. Meine Füße sind geschwollen, meine Kehle hat sich wundgeschrien, meine Geschäfte habe ich verkommen lassen, und meinem Erstgeborenen bin ich fremd geworden. Aber ich habe meiner Wunden nicht geachtet, bei den Vorwürfen meines Sohnes habe ich mich fortgewendet – denn ich habe mich nicht abfinden können mit den Toten von morgen und bin auf die Jagd gegangen jeglichen Tag, um den Blinden die Augen zu öffnen und um den Tauben in ihre verstopften Ohren hineinzuschreien, daß die Flut nicht meine ist, sondern Deine, und daß sie ihre Hände nun selbst werden rühren müssen. Und ich habe Deine Partei ergriffen und habe ihnen zugesagt, daß auch Du sie in Deiner Langmut errettet zu sehen wünschest, und wäre es am Vorabend des Verderbens. Ich habe sie abgefangen wie ein Bettler, ich habe sie am Rock festgehalten wie ein Wegelagerer, ich bin ihnen nachgesprungen, wenn sie sich losrissen, und ich habe ihre Wut nicht gescheut und für nichts geachtet den Ruf der Lächerlichkeit. Aber Du hast Dein Angesicht fortgewendet, auch Du hast den Blinden gespielt, auch Du den Tauben, wenn ich Dich anrief in meiner Ratlosigkeit und Dich anflehte um eine Weisung, wie ich sie doch festhalten könnte und doch eindringen in ihre Verstocktheit. Nun aber ist es genug. Denn für die Klagen ist die Frist zu kurz, die Du mir gelassen hast, und ich werde es mir ersparen, ihren Mängeln weiter nachzujammern. Sondern ich werde ihre Schwächen verwenden, so wie Du sie geschaffen hast, und ich will sie zu meiner Stärke machen. Die im Trug leben, die werde ich betrügen. Die verführt sind, noch einmal verführen. Die neugierig sind, noch neugieriger machen. Die sich nicht ansprechen lassen, die sollen mir nachstellen mit ihren Fragen. Und die ängstlich sind, noch ängstlicher gemacht werden, bis daß sie teilhaftig werden der Wahrheit. Durch Gaukelei werde ich sie erschrecken. Und durch Schrecken zur Einsicht bringen. Und durch Einsicht zum Handeln.⁸¹

Anders analysierte somit die psychologischen Strukturen der Verdrängung und der Gewöhnung an altbekannte Warnungen, die er in seinem Begriff der „Apokalypse-Blindheit“ zusammenfaßte⁸². Der neuralgische Punkt der Noah-Erzählung lag ganz wie der des politischen Erfolges der Friedensbewegung in der Überzeugungskraft der Vorhersage. Die Katastrophe konnte nur verhindert werden, wenn ihr Eintreffen als sicher erachtet wurde. Da sie aber apokalyptische Ausmaße hatte, fiel sie gänzlich aus dem

⁸⁰ Anders, *Die atomare Drohung*, S. 1.

⁸¹ Anders, *Die atomare Drohung*, S. 1 f.

⁸² Anders, Günther: *Die Wurzeln der Apokalypse-Blindheit*, in: ders.: *Die atomare Drohung: Radikale Überlegungen zum atomaren Zeitalter*. 7. Aufl., München 2003. S. 106-125.

geschichtlichen Erfahrungs- und Erwartungsrahmen. Anders nannte dies die „Überschwelligkeit“ der Gefahr⁸³. Hätte Noah vor bekannten Katastrophen wie etwa Mißernten gewarnt, wäre ihm weit eher geglaubt worden; die Bedrohung durch etwas noch nie Dagewesenes aber stieß auf Unverständnis.

Noahs Situation wies allerdings bei aller Ähnlichkeit auch einige Unterschiede zu der der Friedensbewegung und der Atomwaffengegner im allgemeinen auf. Da Anders eine biblische Erzählung nutzte, um die Verzweiflung eines Warners ob der Uneinsichtigkeit seiner Mitbürger zu schildern, kam Gott eine zentrale Rolle zu. Die Katastrophe war ebenso wie das Noahs Rettung ermöglichende Vorauswissen göttlichen Ursprungs, sie war *Gottes* Flut, auch wenn sie eine Strafe darstellte, also eine Reaktion auf tiefe menschliche Verfehlungen und nicht etwa göttliche Willkür. Anders' eigene Analyse der realen Atomkriegsgefahr identifizierte dagegen als Ursache der Katastrophe die Eigengesetzlichkeit der vom Menschen geschaffenen technischen Artefakte sowie der menschlichen Psychologie innerhalb eines gänzlich nicht-theologischen gedanklichen Rahmens, ohne die Kategorien der Schuld und der Sünde. Der narrative Bezug verschob sich damit vom Noah-Mythos hin zu den Motiven des Zauberlehrlings bzw. dem der Büchse der Pandora, die generell die erzählerischen Schemata für Technologie- und Fortschrittskritiken bildeten.

Gemeinsam war Noah und der Friedensbewegung wieder die Verzweiflung über die Gefahr, daß die Möglichkeit der Rettung ungenutzt bleiben könne. In dieser, ihren Gründen und vor allem den Mitteln ihrer Überwindung lag die eigentliche Pointe der Erzählung. Die faktisch sichere, aber nicht vorstellbare Vernichtung mußte den Menschen evident gemacht werden. Noah gelang dies durch eine schockierende Übertretung und Instrumentalisierung der hergebrachten religiösen Normen:

Als er wenige Augenblicke auf die Straße hinaustrat, da hatte er seine Warnung wahrgemacht. Denn nun spielte er eine Rolle, und sogar eine, die den Bräuchen seines Volkes zuwiderlief und die heiligsten Satzungen seines Gottes aufs allerschroffste beleidigte. Nicht genug damit, daß er sich nun plötzlich um einen Kopf kleiner gemacht hatte und als geschlagener Mann dastand – er war auch in Sack und Asche gekleidet, also in das Trauergewand, das außer nach dem Tode eines Nächsten zu tragen das schwerste Vergehen darstellte, und das bei anderen Gelegenheiten auch nur anzuschauen noch niemandem je in den Sinn gekommen war. Und auch er hatte dieses Kleid seit dem lang schon zurückliegenden Heimgang seines Vaters Lamech nie mehr berührt, geschweige denn angelegt, denn er war ja Noah der Begünstigte, der Mann der (aus unerfindlichen Gründen zum Glück verurteilt) dafür berühmt war, daß er seit Jahrzehnten keinen Sohn, kein Weib, keine Ernte, kein Stück Vieh und keinen Sklaven eingebüßt hatte,

⁸³ Anders, *Die atomare Drohung*, S. 110.

nein, sogar in dem Geruch stand, diese gar nicht einbüßen zu können. Nun aber – darüber konnte es bei diesem Aufzug keine zwei Meinungen geben – nun aber mußte ihm jemand gestorben sein, und nicht nur irgendeiner aus seinem unübersehbaren vielköpfigen Familienstamme, sondern einer seiner Allernächsten. Denn er hatte sogar sein Haupt mit Asche bestreut, was nur demjenigen erlaubt und nur demjenigen geboten war, der einen Sohn verloren hatte oder eines seiner Lieblingsweiber.

So also: in allertiefster Trauer, verkleidet in das Kostüm der Wahrheit, ein Schauspieler des Schmerzes, der sein wirklicher Schmerz war, ein Hinterbliebener der Toten von morgen, so also stand er in der Mittagsglut seiner ausgestorbenen Straße.⁸⁴

Da die Wahrheit unvorstellbar war, spielte Noah Theater und gab so der zukünftigen Vernichtung eine in der Gegenwart begreifbare Erscheinungsform. Die Rettung vor der Vernichtung legitimierte den frommen Betrug an den zu Rettenden. Ihre menschlichen Schwächen machten sie blind für die Apokalypse. Ebendiese Schwächen benutzte nun Noahs, um sich die benötigte Aufmerksamkeit zu verschaffen und die Fenster und Balkone mit neugierigen Zuschauern zu füllen:

Da aber auf Neugierde guter Verlaß ist, brauchte er nicht lange zu warten. [...] „Die Suppe beginnt zu brodeln“, dachte Noah nicht ohne Genugtuung, „es riecht schon nach Kirmes. Und es würde mich nicht wundern, wenn sie da oben bald Wetten darüber abschließen würden, wer sich nun als mein lieber Toter herausstellen wird.“ So dachte er, und falsch schätzte er seine Mitbürger wahrhaftig nicht ein. Denn da er ja „Noah der Begünstigte“ war, gab es niemanden in der Stadt, der so allgemein, und selbst bei denen, die ihn zu lieben meinten, verhaßt gewesen wäre wie er, und niemanden, dem Armut, Aussatz oder Tod so oft und so leidenschaftlich an den Leib gewünscht worden wären wie ihm. [...] So stand es um den großen Schauspieler Noah und um sein Publikum, als seine Chargen einzogen, um ihm ahnungslos die Stichworte für seine Rolle einzusagen. Denn nun näherten sich die fünf Frommen, die, schwatzend aus dem Tempel heimkehrend, den gebrochenen Mann entdeckten und, nachdem sie sich tuschelnd miteinander verständigt, auf ihn zutraten, um ihm beizustehen.⁸⁵

Diese Fünf traten nun mit Noah in ein Zwiegespräch ein, indem sie ihn fragten, ob ihm jemand gestorben sei. Ob sie das nicht sähen, lautete Noahs Antwort. Wer ihm denn gestorben sei? Viele. Wer diese Vielen denn seien? Sie alle. Wann dieses Unglück denn geschehen sei? Morgen. Wie das denn möglich sei? Weil es übermorgen etwas sein werde, was gewesen sein werde.

„Ihr habt es gehört“, begann Noah nun von neuem. „Übermorgen wird die Flut etwas sein, was *gewesen ist*. – Und ihr wißt, was das bedeutet. Oder solltet ihr selbst das nicht wissen?“ [...]

⁸⁴ Anders, *Die atomare Drohung*, S. 3.

⁸⁵ Anders, *Die atomare Drohung*, S. 4 f.

„Wenn ihr es nicht wißt, [...] dies hier bedeutet es. Wenn nämlich die Flut übermorgen etwas sein wird, was *gewesen ist*, dann heißt das: dies hier, nämlich alles, was *vor* der Flut gewesen, wird etwas sein, was *niemals* gewesen ist. Nein, niemals. Und ihr wißt, warum niemals. Oder solltet ihr selbst das nicht wissen?“ [...]

„Weil es“, erklärte Noah an ihrer statt, „wenn die Flut morgen kommt, fürs Erinnern zu spät sein wird und zu spät fürs Betrauern. Und weil es dann niemanden mehr geben wird, der sich unser wird entsinnen können, und niemanden, der uns wird betrauern können. Nein, niemanden. Und ihr wißt auch, warum niemanden. Oder solltet ihr selbst das nicht wissen?“ [...]

„Weil kein Unterschied sein wird“, antwortete Noah an ihrer statt, „zwischen Weinenden und Beweinten, weil die Totenkläger in den Wassern dahintreiben werden neben den Toten, die Segnenden neben den zu Segnenden, die Zukünftigen neben den Gewesenen, und weil wir alle betrogen sein werden um unseren Kaddisch.“

Da es nichts gab, was ihnen tieferen Schrecken hätte einjagen können als die aussichtslose Aussicht auf einen Tod ohne Kaddisch; und da nur dieser Tod für sie wirklichen Tod bedeutete, machte Noah eine Pause, um abzuwarten, bis dieser Schrecken ganz und gar Besitz von ihnen ergriffen haben würde. Einem der Fünf bebten zwar die Lippen, aber Sprache kam auch aus dessen Munde nicht. Da erkannte Noah mit Genugtuung die Wirkung seiner Worte und wußte, daß sein Augenblick nun gekommen war.

„Wenn ich hier vor euch stehe“, fuhr er nun fort, „so weil ein Auftrag an mich ergangen ist. Der Auftrag, diesem Schlimmsten zuvorzukommen. – Drehe die Zeit um – sprach die Stimme zu mir, - nimm den Schmerz schon heute vorweg, vergieße die Tränen im Voraus! Und das Totengebet, das du als Knabe gelernt, um es am Grabe deines Vaters zu sprechen, das bete nun für die Söhne, die morgen sterben werden, und für die Enkel, die niemals geboren sein werden! Denn übermorgen wird es zu spät sein! – So lautete der Auftrag.“

Die Fünf, die ihn umstanden, versuchten abwehrend die Hände zu heben. Aber selbst das gelang ihnen nicht mehr.

Denn da hatte Noah, der keine Verzögerung mehr zuließ, den Kaddisch bereits heulend angestimmt. Und wie frevelhaft es auch sein mochte, wie dreifach frevelhaft, ihn am falschen Ort, zur falschen Zeit und für die Falschen anzustimmen – da die Einen es für undenkbar hielten, daß eine solche Schändung der von Gott selbst eingesetzten Sitte ohne Einverständnis hätte durchgehen können; und die Anderen schon nicht mehr gewiß waren, ob sie denn, das sie in den Segen nun miteinbezogen waren, wirklich noch den Lebenden zugehörten oder nicht vielmehr schon den Toten; und da den einmal begonnenen Segen zu unterbrechen ein weiterer Frevel gewesen wäre; und da selbst den Fünfen keine Regel bekannt war, die die Sühnung eines so ungeheuerlichen Verbrechens vorgesehen hätte – aus allen diesen Gründen war niemand da, der Noah ins Wort gefallen wäre oder der ihn davon abgehalten hätte, den Text bis zum letzten Wort durchzusingen. [...]

Die Fünf standen, als hätten sie die Richtung verloren, und als wäre es ihnen unbekannt, in welches Zeitgelände sie sich verirrt hatten, ob in das des Vorgehern oder das des Übermorgen. Und wagten es nicht, sich zu rühren, und blickten entsetzt auf Noah, ob der wohl noch imstande sein würde, den Weg zurück-

zufinden, das Zeichen zum Wiederbeginn der Zeit zu geben und sie noch zu erlösen aus der eisernen Umklammerung, in der er sie festhielt.⁸⁶

Schließlich brach Noah den Bann, den sein Tabubruch bei seinen Zuhörern erzeugt hatte, und schickte sie mit der Vergewisserung weg, daß noch Zeit sei. Nachdem er selbst nach Hause zurückgekehrt war und sein Trauerkostüm wieder abgelegt hatte, zeigte sich bald der Erfolg seines frommen Betrugs:

Kaum aber war er damit fertig geworden, eine erste neue Arche zu entwerfen, *die* Arche, als es klopfte. Da trat ein Zimmermann ein, der eine Axt in seiner Rechten trug. Und Noah fragte: „Was wünschst Du?“ – Und der sprach: „Es wird finster draußen. Laß mich mitbauen. Damit dein Kaddisch unwahr werde!“ – Und Noah hieß ihn willkommen.⁸⁷

Was Noah hier gelang, war eine Vertauschung der Zeiten. Durch das Absingen des Kaddisch wurde aus dem Tod Aller durch die Flut – also der Zukunft – ein geschehenes Ereignis, also Vergangenheit; aber eine Vergangenheit, die *revidiert* werden konnte. Diese Erschaffung einer fiktionalen und somit reversiblen Historie war die durchgängige Verfahrensweise der apokalyptischen Erzählungen. Die Sprecher in Christa Wolfs „Kassandra“ und Günter Grass’ „Rättin“ erzählten ihre Geschichten in der gleichen ex-post-Perspektive nach der eingetretenen Katastrophe⁸⁸. Auch Horst-Eberhard Richters semi-fiktionaler Text „Alle redeten vom Frieden“ wandte dasselbe Verfahren an. Durch die Imagination der Apokalypse als etwas bereits Eingetretenem konnte somit die nötige Überzeugungskraft entfaltet werden, um ihre Realisation durch die Motivation von Gegenmaßnahmen zu verhindern. Bei Noah und, wie zu zeigen sein wird, auch bei Kassandra hat man es folglich mit dem Gegenteil einer selbsterfüllenden Prophezeiung zu tun, mit einer Voraussage, die sich selbst zu *widerlegen* bestrebt war.

Die Anders’sche Erzählung vereinte somit in sich die konstitutiven Elemente der Weltanschauung der Friedensbewegung:

- Die fundamentale Gewißheit über den Verlauf der Zukunft,
- die Überzeugung von der Unausweichlichkeit der Katastrophe sowie
- ihrer Totalität;
- die Ignoranz der zu warnenden Menschen, resultierend aus ihrer Unfähigkeit, das Außerordentliche anders als mit ihrem Alltagsverstand zu bedenken,
- die scheinbare Irrationalität der Abwehrmittel und

⁸⁶ Anders, *Die atomare Drohung*, S. 7-9. Hervorhebungen im Original.

⁸⁷ Anders, *Die atomare Drohung*, S. 10.

⁸⁸ Vgl. hierzu Manola, Anastasia: *Der Dichter-Seher als Dichter-Warner: Wandel eines mythischen Modells bei Koepfen, Wolf und Grass*. (Würzburger Beiträge zur deutschen Philologie, Bd. 33) Würzburg 2010. S. 518.

- die zwingende Notwendigkeit, dieses scheinbar Unvernünftige, welches in Wahrheit das einzig Vernünftige war, zu tun.

Der Text Günther Anders' aus dem Jahr 1961 bot damit eine zur Parabel verdichtete Analyse seiner eigenen Lage als der eines einsamen Intellektuellen, der entgegen der oberflächlichen Scheinvernunft des Zeitgeistes seine Mitmenschen vor der Gefahr zu retten versuchte. Als zwanzig Jahre später eine ganze Protestbewegung in die Rolle des Noah eintrat, stand ihr diese Reflektion der Bedingungen ihres Handelns zur Verfügung.

c) *Christa Wolfs Erzählung „Kassandra“*

Dem erfolgreichen Propheten Noah gelang sein Rettungswerk, weil er vor dem Einsatz radikaler Mittel nicht zurückschreckte. Er war wie Gandhi oder Martin Luther King ein Held des Charismas, der die neuralgischen Punkte in der Psyche seiner Mitmenschen zu nutzen wußte. Die Figur der Cassandra personifiziert dagegen die scheiternde Prophetin. Wie Günther Anders änderte auch Christa Wolf ihre Erzählung gegenüber den klassischen Vorlagen, Homers Ilias und der Orestie des Aischylos, ab. Sie behielt dabei nur noch die äußere Struktur der Ereignisse bei: Cassandra als Tochter des Priamos, König von Troja, das von dem griechischen Heer unter den Atridenkönigen Agamemnon und Menelaos belagert wurde, mit Achilles als bestem Vorkämpfer der Danaer. Bei Wolf verschoben sich die Anlage der Figuren, ihr Verhältnis zueinander und der interpretatorischen Rahmen der Geschichte allerdings noch stärker als bei Anders.

Christa Wolfs Darstellung des Untergangs Trojas und Homers Ilias⁸⁹ waren von Grund auf verschieden strukturiert. Homer ordnete, obschon er die Geschehnisse primär aus der Perspektive der Griechen schilderte, den beiden Kriegsparteien kein Gut-Böse-Schema zu. Die adelige Kriegergesellschaft, über die und für die er schrieb, verband in ihrem feudalen Charakter eine strenge hierarchische Ordnung mit einigen bemerkenswert egalitären Zügen. Wert und Unwert eines Menschen bestimmten sich nicht danach, auf welcher Seite er stand, sondern zunächst nach seinem durch Abstammung gegebenen sozialen Rang, wobei die Adelige beider Seiten einander im Wortsinne ebenbürtig und in einigen Fällen zusätzlich durch die Institution der Gastfreundschaft verbunden waren. Die Religion war allen gemeinsam, Ideologien der Antike unbekannt.

⁸⁹ Vgl. Schmidt, Svenja: *Kassandra – Ein Mythos im Wandel der Zeit: Antiker Mythos und moderne Literatur am Beispiel der „Kassandra“ von Christa Wolf.* (diplomica, Bd. 13) Marburg 2004. S. 80-83.

Daher stellten die Konfliktparteien keine Verkörperungen wie auch immer gearteter Prinzipien, Normen, Weltanschauungen oder sonstiger metaphysisch imprägnierter Komplexe dar. Zwar gehörten sie unterschiedlichen Ethnien an, was aber ganz ohne Bedeutung blieb. Es handelte sich um zwei allein durch die persönlichen Loyalitätsverhältnisse gebildete Personenverbände⁹⁰.

Dementsprechend wurde der Vorkämpfer der Troer, Hektor, ebenso positiv dargestellt wie die griechischen Helden. Er erschien keineswegs nur als Feind auf dem Schlachtfeld, sondern auch als liebevoller Vater und mustergültiger Verteidiger seiner Heimatstadt⁹¹. Homer verwandte seine schmückenden Beiworte ganz selbstverständlich für die Angehörigen beider Parteien; Hektor nannte er den „glänzenden Held“⁹². Für die gänzlich unideologischen Konflikte von Feudalgesellschaften war die in ihm verkörperte Figur eines hochgeachteten Feindes charakteristisch. Ebenso wie diese positiven Charaktere fanden sich negative Figuren auf beiden Seiten: Bei den Trojanern Paris, für dessen Unbedachtheit andere nun die tödlichen Konsequenzen tragen mußten, bei den Griechen ein großmäuliger Nörgler aus der Schar der einfachen Krieger. Hier wurde auch König Agamemnon sehr ambivalent dargestellt: zwar als der „Lenker der Völker“, aber auch als jemand, der unter Ausnutzung seiner königlichen Privilegien Beute für sich forderte, die andere – namentlich Achilles – unter Einsatz ihres Lebens erobert hatten⁹³. Das Ansehen eines Mannes hing damit vor allem von seinen individuellen Fähigkeiten und Charaktereigenschaften ab. Homers Weltansicht war durch ein universelles Wertesystem geprägt, das von den Mitgliedern beider Kriegsparteien gleichermaßen erfüllt oder verfehlt werden konnte.

Christa Wolf dagegen legte ihre Erzählung als Konfrontation zweier Gesellschaftsmodelle an. Dem entsprach ein Gut-Böse-Schema, in dem die Griechen zum einen die negative Rolle im normativen Dualismus zugewiesen bekamen und zum anderen auch als Charaktere fast durchgehend – mit der singulären Ausnahme des Odysseus – als skrupellos habgierige Schurken und, bei aller Schlauheit, täppische Kraftmeier gezeichnet wurden; technisch über-, in ihrer kulturellen und seelischen Bildung aber weit unterlegen. Diese Konstruktion war einerseits notwendig, um Christa Wolfs kulturkritische

⁹⁰ So betonten Kämpfer auf beiden Seiten, sie hätten persönlich keinerlei Zwist mit dem jeweiligen Feind und nähmen nur aufgrund ihrer Verpflichtung den Königen gegenüber am Kampf teil. Beispielsweise Achilles: „Nicht um der Troer willen, der lanzenschwingenden, kam ich / Mit hierher in den Streit; sie haben ja nichts mir verschuldet.“ Ilias, Erster Gesang, Zeile 152-153, zit. n. Übers. Hans Rupé.

⁹¹ Vgl. Ilias, Sechster Gesang, Zeile 466-493.

⁹² Ebd., Zeile 494.

⁹³ Vgl. Achilles' wütende Rede gegen Agamemnon im 1. Gesang der Ilias, Zeile 148-172. Achilles nennt ihn höhnisch den „ruhmvollen Atroussohn, in Habgier unübertroffen“. Ebd., Zeile 122.

Botschaft zu transportieren. An ihr erwies sich aber auch, daß ein Werteschema, das sich nicht mehr auf Individuen und ihre spezifischen Charakteristika bezog, sondern diese nur als Exponenten normativer Ordnungen wahrnahm, überaus anfällig für Freund-Feind-Denken war⁹⁴ und dazu neigte, sein Gegenüber auch als Person abzuwerten, und zwar gleichgültig, ob der zugrundeliegende Wertedualismus nun aus einem militaristischen Nationalismus, aus dem Pazifismus oder aus welcher Ideologie auch immer hervorging. Angesichts der Tatsache, daß es Wolf doch eigentlich gerade darum ging, Denkmuster der Feindschaft bloßzustellen, war es ein hochgradig ironischer Umstand, daß es ihr selbst nicht gelang, diese abzulegen.

Eine Textstelle, in welcher Cassandra die Landung der griechischen Truppen an der troischen Küste beobachtete, zeigte die Unterschiede zwischen beiden Parteien besonders deutlich:

Ich stand. Sah, wie Bruder Hektor dunkle Wolke, ach, in seinem Lederwams!, die ersten Griechen schlug, die, durch das flache Wasser watend, die Küste Troias zu gewinnen suchten. Auch die den ersten folgten, machten meine Troer nieder. Sollte Hektor recht behalten? Lautlos und entfernt genug, sah ich, sanken die Menschenpuppen um. Kein Fünkchen von Triumph in meinem Herzen. Dann freilich ging etwas ganz anders los, ich habe es gesehn.

Ein Pulk von Griechen, dicht bei dicht sich haltend, gepanzert und die Schilde um sich herum wie eine lückenlose Wand, stürmte, einem einzigen Organismus gleich, mit Kopf und Gliedern, unter nie vernommenem Geheul an Land. Die äußersten, so war es wohl gemeint, wurden von den schon erschöpften Troern bald erschlagen. Die der Mitte zu erschlugen eine viel zu hohe Zahl der unsern. Der Kern, so sollte es sein, erreichte das Ufer, und der Kern des Kerns: der Griechenheld Achill. Der sollte durchkommen, selbst wenn alle fielen. Der kam auch durch. So macht man das, hörte ich fiebrig zu mir selber sagen, alle für einen. Was jetzt. Schlau ging er nicht auf Hektor los, den die anderen Griechen übernahmen. Er holte sich den Knaben Troilos, der ihm von gut dressierten Leuten zugetrieben wurde wie das Wild dem Jäger. So macht man das. Mein Herz begann zu hämmern. Troilos stand, stellte sich dem Gegner, kämpfte. Und zwar regelrecht, so wie er es gelernt, wenn Edle mit Edlen kämpfen. Treulich hielt er sich an die Gesetze der Kampfspiele, in denen er seit Kindheit glänzte. Troilos! Ich bebte. Jeden seiner Schritte wußte ich voraus, jede Wendung seines Halses, jede Figur, die er mit seinem Leib beschrieb. Aber Achill. Achill das Vieh ließ sich auf des Knaben Angebot nicht ein. Vielleicht verstand ers nicht. Achill erhob sein Schwert, das er mit beiden Händen packte, hoch über den Kopf und ließ es auf den Bruder niedersausen. Für immer fielen alle Regeln in den Staub. So macht man das.⁹⁵

⁹⁴ Daß die Vertreter der Industriegesellschaft, Militärs oder auch Manager, von alternativer Seite in einer äußerst vorurteilsbeladenen Weise betrachtet wurde, die einen deutlichen Einschlag ins Karikaturenhafte hatte, war des öfteren festzustellen. Militärs wurden vielfach als eine Art Höhlenmenschen in Uniform gesehen, Manager als seelische Krüppel.

⁹⁵ Wolf, *Kassandra*, S. 87 f.

Die Trojaner stellten ihr Verhalten selbst im Krieg nicht auf die Grundlage einer strikten Berechnung von Kosten und Nutzen und verhielten sich somit vormodern. Zwar handelte es sich bei Troja nicht um eine pazifistische Gesellschaft, der Krieg war aber durch kulturelle Traditionen reguliert. Einer solcherart kodifizierten Kriegführung, wie sie bei Stammeskulturen auch realiter vielfach üblich war, blieb eine moderne Auffassung von Politik fremd, die diese als unaufhebbare Machtkonkurrenz begriff. Vor allem fehlte den Trojanern ganz und gar der Sinn für Effizienz, den die Griechen in jedem ihrer Manöver zeigten. Krieg wurde mehr um Prestige geführt als zur systematischen Optimierung der eigenen Macht, Siege führten weder zur Unterwerfung noch zur Vernichtung der Besiegten. Überdies handelten die Troer noch ganz als Individuen, die Griechen dagegen als Kollektiv. Der Einzelne wurde bedingungslos geopfert, um den Erfolg der Gemeinschaft zu sichern. Ihrem Vorgehen lagen durchdachte Strategien zugrunde, ihre Krieger waren keine adeligen Einzelkämpfer mehr, sondern gedrillte Soldaten, die in der Schlacht nicht den persönlichen Ruhm im Zweikampf mit einem Gegner suchten, sondern als formierte Einheit agierten. Auch hier gab es realgeschichtliche Parallelen, so zum Beispiel in den Konfrontationen der nicht nur in ihrer Bewaffnung, sondern auch in ihrer sozialen Organisation auf einer höheren Effizienzstufe stehenden römischen Legionen mit den keltischen und germanischen Stammesgesellschaften, in denen Soldaten und Krieger aufeinandergetroffen waren⁹⁶.

In dem Moment, als sie die Streitkräfte beider Systeme zum ersten Mal in direkter Konfrontation sah, begriff Cassandra: „Etwas ging vor, was über meine, unsere Begriffe war. Wer sehen konnte, sah am ersten Tag: Diesen Krieg verlieren wir.“⁹⁷ Eine Veränderung im Aufbau der Gesellschaft hatte sich in Griechenland ereignet, mit dem die Menschheitsgeschichte in eine völlig neue Epoche eingetreten war. Statt der Einbindung in kulturelle Traditionen, die selbst den Krieg begrenzten, herrschte nun das alle Regeln hinwegfegende nackte Effizienzdenken, welches die Griechen in die Lage versetzte, alle

⁹⁶ „The Roman army that campaigned in Gaul in the first century BC was to all intents and purposes a professional one, with many soldiers in the legion regarding their military service as a career. The soldiers were equipped, trained and paid by the state, often serving for many years at a stretch. Gallic warfare, however, was based on the values of a warrior society. The Roman conquest of Gaul was therefore a clash between two cultures employing very different methods of waging war.” Penrose, Jane (Ed.): *Rome and her Enemies: An Empire Created and Destroyed by War*. Oxford und New York 2005. S. 102. “[...] the Gallic warriors fought as individuals; [...] they did not possess the same degree of training to fight as a unit as the Roman soldiers did.” Ebd. S. 140. „[...] the Celtic warrior fought independently as an individual, relying mainly on agility as a defence [...] the Romans soon came to realize that their disciplined ranks and the use of reserves could defeat the best Celtic warriors.” Ebd., S. 66.

⁹⁷ Wolf, Cassandra, S. 88.

anderen, noch in den archaischen Traditionen befangenen Kulturen zu unterwerfen. Sie verkörperten die Leistungsgesellschaft der technischen Moderne.

Angetrieben wurde dieses Effizienzdenken in Wolfs *Kassandra*-Erzählung von einer entfesselten Gier, die vor nichts haltmachte. Sie erschien in der Erzählung vor allem in Gestalt des Achill, welche gegenüber der homerischen Vorlage geradezu in ihr Gegenteil verkehrt wurde. Achill, durchgehend mit dem Beinamen „das Vieh“ versehen, war in Wolfs psychoanalytisch informierter Version der personifizierte destruktive Trieb⁹⁸. Er trug in seiner Begriffsstutzigkeit und Blutgier Züge des auch bei Homer durchaus nicht positiv gezeichneten Kriegsgottes Ares, die mit einer tief gestörten Persönlichkeit einhergingen: „Im Kampf ein Unhold, damit jeder sah, daß er nicht feige war, wußte er nichts mit sich anzufangen nach der Schlacht.“⁹⁹ Die Dichotomie zwischen traditionaler und moderner Gesellschaft wurde von Wolf zusätzlich mit einem Geschlechterdualismus unterlegt. Machtgier war männlich und stand vor allem bei Achill in Zusammenhang mit der männlichen Sexualität. Allerdings setzte Wolf die Prinzipien von weiblich/gut und männlich/böse einander nicht so platt gegenüber, wie dies in manchen anderen Texten aus dem Zusammenhang der Friedensbewegung geschah¹⁰⁰. Mit Kassandras Geliebtem Aineias und seinen Vater Anchises waren zwei männliche Figuren rein positiv besetzt; letzterer wurde als scharfsinnigster politischer Denker unter den Trojanern zu Kassandras Mentor. Auch erschienen negative weibliche Figuren wie die Amazone Penthesileia, die den Versuch unternahm, das in Achill verkörperte maskuline Prinzip mit seinen eigenen Waffen zu schlagen, und Klytaimnestra, die Gattin des Agamemnon, die diesen nach seiner Rückkehr aus Troja ermordete und auch die nach Mykene verschleppte *Kassandra* töten ließ.

Die Interpretation, Wolf schildere den Untergang eines Matriarchats, darf somit nicht in einem oberflächlich formalen Sinn als Ende einer Herrschaft von Frauen mißverstanden werden. Trojas König war Priamos; daß er von seiner Gemahlin Hekabe, die über deutlich mehr Intelligenz und Entschlußkraft verfügte als er, beraten und gelenkt wurde, war eine Konstellation, die sich aus den Persönlichkeiten der Mitglieder des Herrscherhauses ergab, aber kein dauerhaft institutionalisiertes Element der Verfassung. Gleichwohl war sie von Christa Wolf insofern als Modell gedacht, als in ihrem Troja der Vorkriegszeit weitgehende Gleichberechtigung bestand. Königin Hekabe gehörte selbstver-

⁹⁸ Vgl. Maisch, Christine: *Ein schmaler Streifen Zukunft: Christa Wolfs Erzählung „Kassandra“*. 2. Aufl., Würzburg 1990.

⁹⁹ Wolf, *Kassandra*, S. 99.

¹⁰⁰ z.B. in Anton Andreas Guhas Roman *Ende*.

ständig dem Staatsrat an, und auch Cassandra nahm an seinen Sitzungen teil. Die neue, ‚griechische‘ Ordnung der Machtgesellschaft, die sich durchzusetzen begann, war dann allerdings rein patriarchal – die Königin wurde entmachtet und aus dem Rat ausgeschlossen, Cassandra wiederum mit ihr. Als Reaktion darauf wandte sie sich der matriarchalen Geheimreligion der Kybele zu, unter deren Anhängerinnen aber mit Anchises durchaus auch ein Mann seinen Platz fand.

Diese innergesellschaftlichen Veränderungen resultierten aus der offensichtlichen Überlegenheit der Griechen, die einige Trojaner zu dem Schluß führte, daß man ihr Gesellschaftsmodell übernehmen müsse, um sie besiegen zu können. Personifiziert wurde dieses Bestreben in der Figur des jungen Offiziers Eumelos: „Die neue Zeit hat weder Lebende noch Tote respektiert. Ich brauchte eine Weile, bis ich sie begriff. Sie war schon in der Festung, eh der Gegner kam. Sie drang, ich weiß nicht wie, durch jede Ritze. Bei uns trug sie den Namen Eumelos.“¹⁰¹ Eine weitere Szene der Erzählung verdeutlichte die kulturellen Unterschiede noch einmal:

Jetzt will ein Wächter¹⁰² den Einheimischen jeglichen Kontakt mit Sklaven verbieten. So schnell. Das hat mich bei den Griechen immer erstaunt: Sie tun, was getan sein muß, schnell. Und gründlich. Wie lange hätte, bei der ironischen Verfassung unsrer jungen Leute im Palast, das Verbot, mit Sklaven zu verkehren, doch gebraucht, eh man es überhaupt verstanden hätte. Befolgen! Von Befolgen konnte keine Rede sein. Daran ist sogar Eumelos gescheitert. Unsereins will euch retten, hat er bitter zu mir gesagt, und ihr, hinter meinem Rücken, zieht euch selber den Boden weg. Auf seine Weise hat er recht gehabt. Er wollte uns, wie der Krieg uns brauchte. Wir sollten werden wie der Feind, um ihn zu schlagen. Es lag uns nicht. Wir wollten sein wie wir, unkonsequent, das war das Wort, das Panthoos uns anhängte. Achselzuckend, resigniert. So wird das nichts, Cassandra. Mit den Griechen führt man anders Krieg.¹⁰³

Die ursprüngliche Lebensart, die Cassandra zu erhalten versuchte, hatte daher keine Aussicht auf Fortbestand. Trojas Kultur und gesellschaftliche Verfassung waren zum Untergang verurteilt. Ob durch Eroberung oder Anpassung, das griechische Modell würde sich durchsetzen.

Während Anders typische Phänomene der menschlichen Psychologie in den Mittelpunkt seiner Noah-Parabel stellte, basierte Wolfs Cassandra-Erzählung auf einer kulturkritischen Position, nach der ein Zugewinn an organisatorisch-technischer Effizienz nur um den Preis des Verlustes der Möglichkeit einer geglückten Identität, also der Ent-

¹⁰¹ Wolf, *Kassandra*, S. 91.

¹⁰² Ein griechischer Wächter in Mykene, wo die gefangene Cassandra nach Trojas Fall mit anderen als Sklaven erbeuteten Troerinnen vor Agamemnons Palast wartet.

¹⁰³ Wolf, *Kassandra*, S. 37 f.

fremdung zu haben war. Das neue Effizienzregime trug als formierte Gesellschaft Züge einer Diktatur. Jeder einzelne wurde der Staatsraison unterworfen, abweichende Meinungen als Verrat verfolgt. Durch diesen Verlust der Möglichkeit von Kritik wurde es unmöglich, die Herrschenden von ihrem selbstzerstörerischen Kurs abzubringen. Da jedoch der Machtgewinn durch die Umstrukturierung so enorm war, war ein Verharren oder eine Rückkehr zum alten Zustand nicht möglich. Wolf begriff damit Fortschritt und Verfall in direkter Tradition zu Rousseau als unauflöslich miteinander verbundene Aspekte eines dialektischen Prozesses. Anders als in der antiken, von einem durchweg konservativen Geist getragenen Gesellschaftskritik beispielsweise bei Cato oder Tacitus war der Verfall der Gesellschaft somit nicht erst die Folge nachträglich eingetretener Fehlentwicklungen und Dekadenz. Vielmehr war die Selbstzerstörung einer Gesellschaft bereits in ihrem Fundament angelegt.

Wolfs Cassandra selbst war als Persönlichkeit in vielen Aspekten das Gegenteil des Anders'schen Noah. Gemeinsam waren ihnen die überlegene Intelligenz und der nüchterne Blick auf die Realität. Wo der Tatmensch Noah aber energisch handelte, stand Cassandra meist als passive Beobachterin abseits, ganz mit Sehen und dem Verarbeiten des Gesehenen beschäftigt. Noah lag seinen Mitbürgern beständig mit seinen Warnungen in den Ohren, wobei es ihm ganz gleichgültig war, daß er sich damit gründlich unbeliebt machte. Nach dem Scheitern seines zunächst eingeschlagenen Kurses verfiel er nicht in Verzweiflung, sondern entwickelte ohne Zögern eine Alternativstrategie, zu der auch die kalkulierte Instrumentalisierung kultureller Tabus gehörte. Von Noahs unermüdlicher Energie war bei Wolfs Cassandra dagegen nichts zu finden. Trotz ihrer seherischen Begabung blieb sie hinter den politischen Ereignissen stets einen Schritt zurück. Sie sah zwar die selbstzerstörerische Torheit der Trojaner und durchschaute ihre Illusion vom leichten Sieg über die Griechen. Anstatt aber ihre Mitmenschen notfalls mit Täuschungen aus der Gefahr zu lenken, war sie hin und her gerissen zwischen einem überheblichen Gefühl der eigenen intellektuellen und, als Angehörige der Herrscherfamilie, auch sozialen Überlegenheit¹⁰⁴, und einer sie lähmenden Verzweiflung. Die Trojaner „abzufangen wie ein Bettler“, wie Noah es getan hatte, dazu konnte Cassandra sich in ihrem Stolz nicht überwinden. Das äußerste Mittel, das sie zur Rettung Trojas aufzuwenden vermochte, waren kraftlose Appelle an den Staatsrat:

¹⁰⁴ „Meine Vorrechte stellten sich zwischen mich und die allernötigsten Einsichten [...]“. Wolf, *Kassandra*, S. 65.

Ich bestand darauf, als Zeugin für den Tod des Troilos im Rat gehört zu werden. Verlangte, diesen Krieg zu endigen, sofort. Und wie? fragten sie mich fassungslos, die Männer. Ich sagte: Durch die Wahrheit über Helena. Durch Opfer. Gold und Waren, und was sie wollen. Nur daß sie abziehen. Daß sich der Pesthauch ihrer Gegenwart entfernt. Zugeben, was sie fordern werden: Daß Paris, als er Helena entführte, schwer verletzte, was uns allen heilig ist, das Gastrecht. Als schweren Raub und schweren Treubruch müssen die Griechen die Aktion betrachten. So erzählen sie, was Paris tat, ihren Frauen, Kindern, Sklaven. Und sie haben recht. Beendet diesen Krieg.

Gestandne Männer wurden totenbleich. Sie ist verrückt, hört ich es flüstern. Jetzt ist sie verrückt. Und König Priamos der Vater erhob sich langsam, furchterregend und brüllte dann, wie ihn nie einer brüllen hörte. Seine Tochter! Sie, von allen sie mußte es sein, die hier im Rat von Troia für die Feinde sprach. Anstatt eindeutig, öffentlich und laut hier und im Tempel so wie auf dem Markt für Troia zu sprechen. Ich sprach für Troia, Vater, sagte ich noch leise. Ein Zittern konnte ich nicht unterdrücken. Der König schüttelte die Fäuste, schrie: Hätt ich denn Troilos' des Bruders Tod so schnell vergessen! Hinaus mit der Person. Sie ist mein Kind nicht mehr. Die Hände wieder, der Geruch nach Angst. Ich wurde weggeführt.¹⁰⁵

Bei Christa Wolfs tragischer Heldin handelte es sich um eine zum politischen Handeln gründlich unbegabte Figur. Ihrer herb-spröden, scheuen und übersensiblen Persönlichkeit, der die Robustheit Noahs völlig abging, lag der Umgang mit Menschen nicht. Cassandra war einzig auf Sehen und Sprechen eingestellt. Bereits ganz zu Beginn der Erzählung machte Wolf deutlich, was diese Festlegung bedeutete: daß nämlich Cassandra, indem sie nur danach strebte, ihr eigenes und Trojas Schicksal zu bezeugen, sich durch diese Selbstfestlegung auf die Zeugenrolle von vornherein in ihr Schicksal fügte¹⁰⁶. Eine Zeugin greift nicht ein. Damit wies Kassandras innere Haltung von vornherein starke fatalistische und resignative Züge auf. Weder unternahm sie einen Versuch, im bestehenden politischen System Macht zu erringen und zu benutzen, wozu sie als Angehörige der königlichen Familie immerhin nicht die schlechtesten Voraussetzungen mitgebracht hätte, noch fand sie wie Noah einen Ansatzpunkt in der Religion, der sich zur Beendigung des Krieges hätte nutzen lassen, obwohl ihr als hochrangiger Apollo-Priesterin auch dazu Wege offen gestanden hätten. In dem inneren Monolog Kassandras, aus dem Wolfs Erzählung bestand, blitzte der Gedanke an eine solche Taktik zwar einmal auf, aber nur als Gedankenspiel, das sofort als undurchführbar verworfen wurde¹⁰⁷.

¹⁰⁵ Wolf, *Kassandra*, S. 90 f.

¹⁰⁶ Als Cassandra während der Überfahrt nach Griechenland die Gelegenheit verstreichen ließ, sich und ihre Kinder durch Selbstmord der Ermordung durch Klytaimnestra zu entziehen. Vgl. Wolf, *Kassandra*, S. 5 f.

¹⁰⁷ Vgl. Wolf, *Kassandra*, S. 36.

Diese kritische Sicht auf Cassandra erschiene nun müßig, wäre ihr Charakter von Christa Wolf in rein literarischer Absicht gestaltet worden. Jedoch beruhte die Figurenzeichnung Kassandras mit all ihren Schwächen auf einem analytischen Fundament, das auch selbstkritische Elemente enthielt. Zwischen der privilegierten Königstochter, die lange zögerte, den Mächtigen in den Arm zu fallen, weil sie ja zu ihnen gehörte, und der privilegierten DDR-Autorin, die sich dem Projekt des Sozialismus immer verbunden fühlte, bestanden deutliche Parallelen. Auch für die westdeutsche Friedensbewegung hielt Wolfs Analyse der Verlockung einer kalmierenden Integration ins selbstzerstörerische System wichtige Einsichten bereit. Am Beispiel Kassandras zeigte Christa Wolf all jene Faktoren auf, die geeignet waren, eine erfolgreiche Intervention zu verhindern. Nicht an letzter Stelle standen dabei der Wunsch nach Zugehörigkeit, eine zu große Neigung, etablierte Regeln zu befolgen, die Scheu vor politischen und persönlichen Konflikten, sowie die gerade für Intellektuelle typische Neigung, sich selbst nur als unbeteiligte Beobachter zu sehen. All diese Faktoren führten zusammen in Konformismus und Passivität. So ließ Wolf Cassandra über sich selbst sagen: „Ich brauchte es, dabeizusein und zugleich nicht betroffen.“¹⁰⁸ Der intervenierende Prophet mußte dagegen die Kraft aufbringen, auf seine soziale Integration zu verzichten, alle stillschweigenden Einverständnisse zu stören, der Gemeinschaft gegenüber eine durchaus aggressive Haltung einzunehmen und damit zum gesellschaftlichen Ärgernis zu werden. Ebenfalls zu den Hauptursachen des Scheiterns Kassandras gehörten der Glaube an das Schicksalhafte der Katastrophe; der Pessimismus hinsichtlich der Möglichkeiten, Veränderungen zu bewirken und das scheinbar Unabwendbare zu verhindern.

Darüber hinaus befand sich Cassandra in einem grundsätzlichen inneren Widerspruch, als dessen Konsequenz sie sich bei ihrer versuchten Mission der Rettung selbst im Wege stand. Denn bei der mangelnden Handlungsbereitschaft Kassandras handelte es sich nicht nur um eine individuelle Charakterschwäche. Sie war vielmehr genuiner Ausdruck des politischen, das heißt eigentlich anti-politischen Programms Christa Wolfs, das auf eine grundsätzliche Absage an die *vita activa* hinauslief. Nach der Korrumpierung Trojas durch die Prinzipien von Leistung und Konkurrenz bildete die Welt des Kybele-Kults, eine Gemeinschaft von Sklaven und Ausgestoßenen in den Flußhöhlen des Skamandros, die Gegenwelt der real existierenden Utopie, in der anstatt des männlichen Gegeneinanders das weibliche Miteinander galt. Wodurch sie sich vor allem auszeichnete, war ihre völlige Politiklosigkeit. Da die Gemeinschaft eine durchgehend

¹⁰⁸ Wolf, *Kassandra*, S. 117.

harmonische war, bestand für Politik, das heißt einen Umgang mit Dissens und seine immer wieder neu zu leistende Überführung in Konsens, schlicht keinerlei Notwendigkeit. Vielmehr war der Konsens über alle wesentlichen Fragen des Zusammenlebens von vornherein gegeben. Da es keine Konflikte gab, war jede Anstrengung zur Lösung von Konflikten überflüssig. Auch erfolgte in dieser egalitären Gemeinschaft keine durch Hierarchien strukturierte Steuerung, wodurch Machtakkumulation und -ausübung entfiel. Somit handelte es sich bei der utopischen um eine vollständig entpolitisierte Gesellschaft. Woran Cassandra somit scheiterte, war ihre Unfähigkeit, sich in der konflikthafte Lebenswirklichkeit zurechtzufinden, die durch den ewigen Widerspruch zwischen den verschiedenen Standpunkten, Meinungen und Interessen geprägt war und damit das genaue Gegenteil der von Cassandra herbeigesehnten harmonischen Gemeinschaft darstellte. In mythologischer Sprache könnte man sagen: Nicht Ares, der Krieg, war Kassandras eigentlicher Gegner, sondern Eris, die Zwietracht.

Die Bedeutung der Wolfschen Erzählung lag ebenso wie die der Anders'schen Noah-Parabel in ihrer präzisen Analyse der Situation der Friedensbewegung. Beide untersuchten das Verhältnis des warnenden und politisch intervenierenden Propheten zu der Gesellschaft, an die er sich wandte. Wolf entfaltete eine detaillierte Beschreibung dieser Gesellschaft selbst und damit auch der Mechanismen, die diese in den Untergang führten, während Anders es in seiner ja viel kürzeren Noah-Geschichte bei einigen treffenden Einzelbeobachtungen beließ und die ausführliche Analyse in seinen weiteren Schriften unternahm. Vor allem enthielt *Kassandra* das kulturkritische Geschichtsverständnis der Friedensbewegung: Die Interpretation des atomaren Wettrüstens und der ideologischen Konfrontation als logischer Folge einer grundsätzlich auf Konkurrenz und Machterwerb ausgerichteten Gesellschaft, die somit von vornherein in ihren Anlagen selbstzerstörerisch war, sowie der als Gegenbild entwickelten Utopie einer kooperativen und harmonischen Gesellschaft, die allein ein menschenwürdiges Leben ermöglichen würde. „Es ist“, so Franz Baumer über die Utopie Christa Wolfs, „die vom kargen Ufer der Hoffnungslosigkeit und der Todesbedrohung aus beschworene Utopie eines humanen Sozialismus weiblicher Prägung, eine Welt jenseits der Feindbilder und der Gegensätze, in der Liebe, Geborgenheit und Gewaltlosigkeit regieren.“¹⁰⁹ In der bestehenden Gesellschaft dagegen war der Mensch seinem eigentlichen Wesen im krassen Gegensatz dazu stets entfremdet; war Glück folglich unmöglich.

¹⁰⁹ Baumer, Franz: *Christa Wolf*. Berlin 1996. S. 5 f.

In ihrem Rückgriff auf den antiken Cassandra-Mythos stand Christa Wolf diesem ebenso gegenüber, wie der in der Einleitung angeführte Jaakob bei Thomas Mann seiner mythischen Erinnerung an den Stammvater Abraham, angesichts der er sprach: „Es gab die Jahrhunderte nicht.“ Für Wolf gab es die Jahrhunderte zwischen dem Fall Trojas und dem bevorstehenden Fall der gesamten Menschheit im Nuklearkrieg nicht. Da sie, wieder mit Thomas Mann gesprochen, die Kreisläufe kannte, in denen die Welt abrollte, und die Geschichten, in denen sie sich zutrug, konnte Wolf durch die Schilderung des Mythos der scheiternden Prophetin und des nicht verhinderten Untergangs nun selbst als Prophetin agieren. Die nukleare Apokalypse war somit, wie Christa Wolf in einem programmatischen Essay schrieb, „erinnerte Zukunft“¹¹⁰. Dabei kam es Wolf darauf an, durch die Vergegenwärtigung der Tatsache, daß der Untergang beim letzten Durchlauf des historischen Schemas nicht verhindert worden war, ihrer Warnung größtmögliche Verbindlichkeit zu gewinnen und somit eine erneute Wiederholung des Schemas zu verhindern, also wie Günther Anders‘ Noah eine sich selbst widerlegende Prophezeiung zu erschaffen.

Wie überaus negativ Christa Wolf die moderne Zivilisation beurteilte, machte sie in ihrem Beitrag beim ersten deutsch-deutschen Schriftstellertreffen zur Friedensförderung deutlich, daß am 13. und 14. Dezember 1981 in Ost-Berlin stattfand, also zwei Jahre vor dem Erscheinen ihrer Cassandra-Erzählung. In ihrem Diskussionsbeitrag erklärte Wolf:

Diese Raketen, diese Bomben sind kein Zufallsprodukt dieser Zivilisation. Wenn diese Zivilisation imstande war, ihren eigenen Untergang derartig zu planen und vorzubereiten, sich die Mittel dafür zu beschaffen unter solch furchtbaren Opfern, dann ist sie krank, wahrscheinlich geisteskrank, vielleicht todkrank.¹¹¹

Insofern stelle sich, so Wolf, die Frage, was diese Kultur eigentlich getan habe, daß sie das Überleben überhaupt verdiene. Ihre kulturkritischen Überlegungen führten Christa Wolf somit dazu, der Moderne grundsätzlich die Legitimität abzuspochen.

¹¹⁰ Wolf, Christa: *Lesen und Schreiben. Neue Sammlung: Essays, Aufsätze, Reden*. Darmstadt und Neuwied 1980. Vgl. auch Mauser, Wolfram (Hrsg.): *Erinnerte Zukunft: 11 Studien zum Werk Christa Wolfs*. Würzburg 1985.

¹¹¹ Diskussionsbeitrag Christa Wolf bei der 1. Berliner Begegnung zur Friedensförderung am 13./14. Dezember in Ostberlin. In: Wagenbach, Klaus; Stephan, Winfried; Krüger, Michael; Schüssler, Susanne (Hrsgg.): *Vaterland, Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*. 2. Aufl. Berlin 1994. S. 334.

d) *Die Apokalypse im Bewußtsein der Friedensbewegung*

Wenn die Friedensbewegung als apokalyptische Bewegung charakterisiert wird, dann ist dieser Begriff im ursprünglichen Wortsinne zu verstehen: ‚Apokalypse‘ bedeutet zunächst nicht ‚Weltuntergang‘, ‚Endzeit‘ oder ähnliches, sondern lediglich ‚Aufdeckung‘ oder ‚Offenbarung‘, ohne daß deren Inhalt damit in irgendeiner Weise präjudiziert würde. Die Bedeutungsverengung des Begriffs ergab sich aus seiner Verwendung als Titel der Offenbarung des Johannes, in der vom Weltenende erzählt wurde. Die Aufdeckung der Zukunft, ihrer katastrophalen Gewißheiten und der noch bestehenden Möglichkeiten der Rettung war das Anliegen der Friedensbewegung, die für sich selbst die Zukunft als bereits aufgedeckt betrachtete.

In diesem Sinne des Bezuges auf eine vorausgewußte Zukunft traf also das Wort von der ‚prophetischen Bewegung‘ vor allem zu. Von zentraler Bedeutung war dabei die Form der Erzählung, in der das Zukunftswissen sich darstellte, denn die Gewißheit über die Zukunft ergab sich nicht im eigentlichen Sinne aus empirischen Beobachtungen und aus diesen abgeleiteten, rationalen Prognosen. Diese wären typischerweise in Form von Reihen empirischer Daten aufgetreten, welche als Projektion in die Zukunft fortgeschrieben wurden, während dagegen das Bewußtsein der Akteure tatsächlich vor allem durch narrative Schemata geprägt war. Rudolf Bahro schrieb etwa, die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen habe angesichts der Evidenz der selbstzerstörerischen Tendenzen der bestehenden Gesellschaftsordnung einen Grad an Evidenz erreicht, wie ihn in archaischer Zeit die alten Mythen besessen hätten¹¹². Die ägyptischen Plagen seien bereits eingefallen, die Hufe der apokalyptischen Reiter hörbar, und in den großen Städten, in denen Babel sich vertausendfacht habe, seien die sieben Todsünden öffentlich sichtbar. Es breite sich eine Stimmung aus, die in der Sprache dieser alten Gleichnisse faßbarer sei als in behavioristischen Analysen¹¹³.

Wenn es, in Thomas Manns Formulierung, die Vorteile der späten Tage waren, zu wissen, in welchen Kreisläufen das Weltgeschehen abrollte, so war Zukunftswissen möglich durch rechte Erkenntnis des Vergangenen und der zyklischen Struktur von Geschichte. Das als exemplarisch begriffene Erlebte erzeugte eine Projektion zukünftigen Geschehens. Beim narrativen Weltwissen handelte es sich damit nicht so sehr um einen bewußten Prozeß der Informationsaneignung, sondern eher um eine unbewußte

¹¹² Bahro, Rudolf: *Wahnsinn mit Methode: Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sonjetunion und die DKP*. Berlin (West) 1982. S. 21.

¹¹³ Ebd.

Prägung, durch die zukünftiges Verhalten in bestimmte Bahnen gelenkt und somit geradezu konditioniert wurde.

Die Befürworter der Stationierung wurden nun selbstverständlich ebenso von historischen Erfahrungen geleitet wie ihre Gegner. Auf beiden Seiten wurde die Auswahl der als relevant betrachteten Fakten aus dem verfügbaren Wissensreservoir von der jeweiligen Mentalität bestimmt. Ein prägnante Analyse dieser Divergenz lieferte der Journalist Adam Gopnik, als er in einem Artikel im Magazin *The New Yorker* feststellte, daß sich aus der Geschichte des Ersten und des Zweiten Weltkrieges völlig konträre Lehren ziehen ließen:

The First World War teaches that territorial compromise is better than full-scale war, that an “honor-bound” allegiance of the great powers to small nations is a recipe for mass killing, and that it is crazy to let the blind mechanism of armies and alliances trump common sense. The Second teaches that searching for an accommodation with tyranny by selling out small nations only encourages the tyrant, that refusing to fight now leads to a worse fight later on, and that only the steadfast rejection of compromise can prevent the natural tendency to rush to a bad peace with worse men. The First teaches us never to rush into a fight, the Second never to back down from a bully.¹¹⁴

Und in der Tat verwies die Friedensbewegung bevorzugt auf das ihren Standpunkt legitimierende Beispiel des Ersten Weltkrieges, während die Stationierungsbefürworter vor allem die Lehren des Zweiten Weltkrieges anführten. Zwar setzte sich auch die Friedensbewegung mit letzterem auseinander, jedoch in einer sehr selektiven Weise: Sie bezog sich fast ausschließlich auf das moralische und emotionale Entsetzen über die Gewaltexzesse, aus dem sie ein Tabu jeglicher militärischer Aktionen ableitete – den Slogan „Nie wieder Krieg“. Die von Gopnik beschriebenen Erfahrungen bezüglich der Notwendigkeit entschiedenen Handelns gegen aggressive Diktaturen, aus denen die Legitimität eines Einsatzes oder zumindest der Androhung militärischer Gewalt folgte, wurden von pazifistischen Theoretikern entweder ignoriert oder einer scharf ablehnenden Kritik unterzogen¹¹⁵. Damit hatte der Geschichtsbezug in der Debatte einen Doppelcharakter: Einerseits handelte es sich um eine echte Prägung durch historische Erfahrungen, andererseits aber auch um die diskursive Taktik der historischen Analogie, in der diejenigen exemplarischen Geschehnisse, die die jeweils eigene Position stützten, zu einfachen, modellartigen Ereignisabläufen komprimiert und als Topos in die Debatte

¹¹⁴ Gopnik, Adam: The Big One: Historians rethink the war to end all wars. In: *The New Yorker* (23. August 2004)

¹¹⁵ Bezeichnend war die Behandlung der beiden Weltkriege durch Horst Afheldt: Der Analyse des Ersten Weltkrieges widmete er fünf Seiten, der des Zweiten Weltkrieges gerade einmal zwei Absätze. Vgl. Afheldt, Horst: *Atomkrieg: Das Verhängnis einer Politik mit militärischen Mitteln*. München 1984. S. 36-41.

eingebraucht wurden. Während Konservative, insbesondere aus den Reihen der US-amerikanischen Rechten, jeden noch so kleinen Kompromiß mit einem totalitären Regime als ein neues Münchener Abkommen darstellten, malte die Linke bei jeder konfrontativen Wendung das Bild eines neuen August 1914 an die Wand.

Die Vorstellung einer sicher vorausgewußten Zukunft ist nun für einen heutigen Beobachter eher befremdlich. Bekannt sind solche Anschauungen eigentlich nur noch aus den millenaristischen religiösen Kulturen, die sich mit ihren Versuchen, den Zeitpunkt des Weltendes aus der Bibel zu errechnen, schon längst gründlich lächerlich gemacht haben. Der angeblich von den Maya prophezeite Weltuntergang im Dezember 2012 wurde hauptsächlich als Anlaß für ‚Weltuntergangspartys‘ genutzt und somit durchgehend ironisiert. Apokalyptische Visionen unterliegen durch ihre vielfältigen Inszenierungen im Hollywood-Kino solch einer Inflation, daß kaum jemand sie noch ernst nimmt.

Die Situation im Kalten Krieg war dagegen eine ganz andere. Jederzeit hätte sich durch einfachste Mittel eine komplexe und mit erheblichem Aufwand funktionstüchtig erhaltene Maschinerie in Gang setzen lassen, welche in der Lage gewesen wäre, innerhalb einer einzigen Stunde Millionen von Menschen zu töten. Im Gegensatz zu den religiösen Erwartungen des Weltendes war die Möglichkeit der nuklearen Allvernichtung absolut konkret und real. Dem ungeachtet ist es aus heutiger Sicht nicht so einfach nachzuvollziehen, daß einer doch relativ großen Anzahl von Menschen der Ausbruch eines Nuklearkrieges im Falle einer Stationierung der Mittelstreckenraketen als sicher erschien. Tatsächlich aber zeigen die Quellen durchaus das Vorhandensein einer solchen Endzeitstimmung. In der einleitend zitierten Rückschau von Robin Detje klang dies schon an („Ich weiß noch genau, wie die verehrte und schöne M. mir sagte, sie sei sich ganz sicher, daß der Weltuntergang käme, wenn sie nicht was *tue* und also: demonstriere.“) Christa Wolf berichtete 1981 beim deutsch-deutschen Schriftstellertreffen in Ostberlin von einem ‚prophetischen Moment‘:

[...] Ich habe im Laufe dieses Jahres – und zwar war das, glaube ich, im April – eines jener Erlebnisse gehabt, die man selten im Leben hat und die man nicht vergißt. Das war angesichts einer Fernsehnachrichtensendung, in der der Sprecher oder die Sprecherin wiedergab, daß eine Konferenz von Experten – ich glaube, sie tagte in London, – zu dem Ergebnis gekommen war, daß Europa noch eine Überlebenszeit von etwa drei bis vier Jahren vor sich hätte, für den Fall, daß die jetzige Politik weitergeführt würde.

Da hatte ich eine Minute, in der das geschah, was in drei oder vier Jahren geschehen soll.¹¹⁶

Die Prophetie erschien hier als ganz persönliche Erfahrung, als spontane Schau zukünftigen Geschehens.

Während die gesamte Friedensbewegung sich wie Wolf einer starken Rhetorik der Dringlichkeit bediente und in der Vorstellung übereinstimmte, daß es ‚fünf vor zwölf‘ sei, so gab es doch bei den Erwartungen zur Unausweichlichkeit der Katastrophe eine gewisse Bandbreite. Gerade die politisch erfahrenen Aktivisten waren sich der Tatsache bewußt, wie leicht Untergangsprophezeiungen den Eindruck der Hysterie erwecken konnten. Die großen und eher gemäßigt agierenden Organisationen warnten denn auch nicht vor dem sicheren Ende, sondern lediglich vor einer ernststen Gefahr. So hieß es im Aufruf zu den Herbstaktionen 1983: „Pershing II-Raketen und Marschflugkörper sollen in unserem Land stationiert werden. Damit wird ein auf Europa begrenzter Atomkrieg denkbar. Das macht uns Angst. Das Wettrüsten ist die größte Bedrohung für die Menschheit.“¹¹⁷ Radikalere Aktivisten wie Rudolf Bahro stellten dagegen fest: „Ohne Kräfte, die von außen angreifen, ist der atomare Holocaust [...] nicht aufzuhalten“¹¹⁸. Der Physiker Joachim Wernicke, der als einer der Gegenexperten der Friedensbewegung fungierte, stellte fest: „Noch nie in der Geschichte war unser Land in solcher Lebensgefahr wie heute. Diese Gefahr würde jedoch ins Unermeßliche wachsen durch die Stationierung der Pershing-2-Raketen. Kommt es dazu, daß die Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik stationiert werden, dann ist der Sommer 1983 wahrscheinlich unser letzter.“¹¹⁹

Besonders ausgeprägt waren Vorstellungen der sicheren Apokalypse naturgemäß bei denjenigen Personen, die zu den radikalsten Gegenmaßnahmen griffen. Dazu gehörten vor allem die Pflugschar-Aktionen, also die gezielte Sachbeschädigungen an militärischen Einrichtungen, und die Fastenaktionen, die von mehreren Gruppierungen in unterschiedlicher Intensität ausgeführt wurden. Die Bandbreite umfaßte das eher symbolische, von vornherein begrenzte Fasten für einen bestimmten, vorab festgelegten Zeit-

¹¹⁶ Diskussionsbeitrag Christa Wolf beim der 1. Berliner Begegnung zur Friedensförderung am 13./14. Dezember in Ostberlin. In: Wagenbach, Klaus; Stephan, Winfried; Krüger, Michael; Schüssler, Susanne (Hrsgg.): *Vaterland, Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*. 2. Aufl. Berlin 1994. S. 334.

¹¹⁷ Rundbrief Nr. 1 des Koordinationsausschusses für die Herbstaktionen vom 1. Juli 1983. ASBB 4.5.6, Mappe 1983 II.

¹¹⁸ Bahro, Rudolf: *Wahnsinn mit Methode: Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sowjetunion und die DKP*. Berlin 1982. S. 35. „Außen“ meinte hier eine außerparlamentarische Fundamentalopposition.

¹¹⁹ Wernicke, Joachim: Wir haben nur noch wenige Monate Zeit. In: Jacobsen, Carl G. (Hrsg.): *Europa: Sicherheitsgemeinschaft oder Krieg*. Köln 1984. S. 53 f.

raum, etwa wiederholt an einem bestimmten Wochentag, bis hin zur extremsten Form, dem unbefristeten Hungerstreik bis zur Abrüstung. Am weitesten ging die internationale Aktion „Fasten für das Leben“, die von einigen Teilnehmern über einen Zeitraum von 60 Tagen fortgesetzt wurde. Der Kanadier André Larivière schrieb in der Darlegung seiner Motive: „Unsere Zeit ist extrem. Jedes Jahr, das uns gegeben ist, ist eigentlich ein Wunder.“¹²⁰ In dem Bericht der Berliner Frauenzeitschrift *Courage* über die westdeutschen Teilnehmer schilderte die Reporterin die Frustration der Fastenden über die Wirkungslosigkeit konventioneller Protestaktionen:

Voraussetzung für die Fasten-Aktion ist auch die Überzeugung, daß der Atomkrieg in spätestens ein oder zwei Jahren ausbricht und ganz Europa zerstören wird, daß für langwierige Aktionen – wie z.B. den Gebärstreik – keine Zeit mehr ist. [...] Andrea¹²¹: „Die Friedensbewegung ist im Augenblick nicht bereit anzuerkennen, wie nahe wir dem Atomkrieg sind. Wenn die Friedensgruppen sich ernsthaft und ehrlich die Tatsache bewußt machten, daß wir höchstens ein oder zwei Jahre von einem Nuklearkrieg entfernt sind, dann käme ihnen diese Aktion nicht als zu massiv vor, sondern sie würden verstehen, daß die Aktion angemessen ist. Wir glauben wirklich: Wenn wir als Fastende sterben müssen, weil niemand reagiert hat, dann ist das das Signal, daß Europa und ein Teil der USA sterben werden.“¹²²

Hier wurde von besonders radikalen Aktivisten eine deutliche Kritik an der aus ihrer Perspektive noch zu wenig apokalyptischen Lageanalyse der restlichen Friedensbewegung formuliert. Doch auch aus deren Gremien gab es Äußerungen, die die Einschätzung der Hungerstreikenden teilten. Beispielsweise wurde für den 9. und 10. Oktober 1982 eine Aktionskonferenz verschiedenster Friedensgruppen vorbereitet. Eines der Vorbereitungstreffen, das am 31. August in Bonn stattfand, enthielt im Protokoll den Abschnitt „Einschätzungen/Pläne“. Darin findet sich vom Vertreter des KoFAZ folgende Äußerungen: „FriBew. [Friedensbewegung] ist am entscheidenden Punkt mit Widerstand gegen die Stationierung. Wir sehen, alles ist auf Krieg konzipiert (Reagan, NATO, Bundesregierung), nicht mehr auf Abschreckung.“¹²³ Der Vertreter des Krefelder Appells wurde wie folgt wiedergegeben: „MStR [Mittelstreckenraketen] werden zum Ritual, aber sie sind nur die Spitze des Eisbergs. Absicht dieser ganzen Rüstung ist, ‚der sowjetischen Katze den Kopf abzuschlagen‘. Kampf gegen Raketen ist deshalb Kampf

¹²⁰ ASBB Box 4.5.6, Mappe 1983 II.

¹²¹ Andrea Elukovich, eine der Fastenden.

¹²² Plogstedt, Sibylle: Fasten gegen den Tod : Herbst 1983. In: *Courage: Berliner Frauenzeitung*, 8 (1983), H. 10, S. 8 – 14.

¹²³ ASBB, Box 4.5.5, Mappe 1982 I.

gegen Atomkrieg. 6-fache Menge Bevölkerung muß mobilisiert werden, um diese Kriege zu verhindern, die vorbereitet werden.“¹²⁴

Anhand dieser Äußerungen bei internen Treffen, auf denen sich die Vertreter verschiedener Gruppen der Friedensbewegung über ihre Einschätzungen austauschten und nicht etwa der Mobilisierung dienende Äußerungen für die Öffentlichkeit abgaben, wird deutlich, daß zumindest einige Aktivisten der Bewegung tatsächlich fest mit einem nuklearen Konflikt zwischen den Supermächten rechneten. Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang auch, daß eine Absicht der US-amerikanischen Regierung zur Vernichtung der Sowjetunion von der Friedensbewegung als faktisch gegeben betrachtet wurde. Dies wurde beispielsweise von den Organisatoren der Mutlanger Blockaden in einem offenen Brief an die Bundesregierung formuliert:

Diese Konzepte¹²⁵ haben einen offensiven, die ganze Welt umgreifenden Charakter. Nach dem Motto: „Kämpfen und Siegen auf den Schlachtfeldern der Zukunft“, sollen sie den USA u. a. die Möglichkeit verschaffen, den Atomkrieg auf Europa zu begrenzen und ihn zu gewinnen.

[...] Die ungeheure Bedrohung, die von diesen Konzepten und Waffensystemen ausgeht, ist für jeden Zeitungsleser offensichtlich. Wieviel mehr müßte sie dies sein für den Bundeskanzler und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

Statt jedoch – wie versprochen – der eklatanten Erhöhung der Kriegsgefahr einen entschlossenen Abrüstungs- und Friedenswillen entgegenzusetzen („Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“), statt daran zu arbeiten, die sog. Abschreckungslogik zu überwinden, die täglich das Leben von Millionen von Menschen in Ost und West aufs Spiel setzt, unterstützen Sie und ihre Regierung diese menschenheitsgefährdenden Aufrüstungsschritte der USA. Sie ergänzen sie sogar durch eindeutig kriegsvorbereitende Maßnahmen in allen gesellschaftlichen Bereichen, wobei sich zeigt, daß Sie sich allen anderslautenden Beteuerungen zum Trotz durchaus auf den Ausbruch eines Atomkriegs einstellen und sich und die Bevölkerung darauf vorbereiten wollen.¹²⁶

Nach Wahrnehmung der Friedensaktivisten stellte sich also auch die Regierung insgeheim bereits auf einen Nuklearkrieg ein.

Derselbe Befund ergibt sich aus einer internen Denkschrift, die von einigen der Mutlanger Blockierer im Frühjahr 1984 erstellt wurde. Darin hieß es:

Mutlangen ist	überall
Hiroshima kann bald	überall sein

¹²⁴ ASBB, Box 4.5.5, Mappe 1982 I.

¹²⁵ Die damals in der NATO neu eingeführten strategischen Konzepte Airlandbattle und Airlandbattle 2000. Anm. T.W.

¹²⁶ Offener Brief an die Bundesregierung, in: Nick, Volker; Scheub, Volker; Then, Christof: *Mutlangen 1983-1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung*. Mutlangen und Tübingen 1993. S. 76 f.

Greenham Common ist	überall
Seveso ist	überall
Dioxine sind	überall
Umweltverschmutzung ist und wird bald	überall sein
Comiso ist	überall
Die Wälder werden	überall sterben
Hunger und Krieg wird	überall sein
Das Leben auf der Erde wird bald	überall ausgelöscht sein

Und immer noch wird weitergerüstet
Wollen wir das? Nein!
Deswegen sind wir hier
Wacht auf, kommt alle
Euer Leben und das Leben Eurer Kinder steht auf dem Spiel!
NEIN und ein JA zum Leben in Frieden
Wir lassen uns von niemand die Hoffnung nehmen,
das, wenn wir es nur wollen,
wir mit allen Menschen in Frieden leben können.¹²⁷

Allerdings ergab sich im Zusammenhang mit den Mutlanger Blockaden zumindest für die Zeit nach der unmittelbaren Auseinandersetzung, also nach dem Jahr 1984, auch wieder eine gewisse Relativierung des Bildes: So lautete eine der gegen die Verurteilungen wegen Nötigung immer wieder vorgebrachten Kritiken, hier würde gerade den jüngeren Friedensaktivisten ihre berufliche Zukunft durch eine Vorstrafe verbaut¹²⁸. Zwischen der Erwartung des baldigen Untergangs der gesamten Menschheit und der Sorge um das berufliche Fortkommen, das natürlich das verlässliche Fortbestehen der Gesellschaftsordnung voraussetzte, bestand ein unübersichtbarer Widerspruch. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre war somit der Glaube an eine akute Gefahr des Weltendes selbst bei den noch verbliebenen Aktivisten weitgehend verschwunden.

Zuvor waren die Friedensaktivisten in ihrer Meinung einer unweigerlich auf Krieg hinauslaufenden Entwicklung des Ost-West-Konflikts allerdings auch durch prominente Experten, insbesondere aus dem Bereich der Friedensforschung, bestärkt worden. So erklärte beispielsweise Frank Barnaby, der langjährige Leiter des renommierten Stockholmer SIPRI-Instituts, auf einer gemeinsam von der Gustav-Heinemann-Initiative und

¹²⁷ Schmidt, Wilfried; et al.: *Mutlanger Denkschrift im Frühling 1984*. Archiv Aktiv Hamburg, unverzeichneter Bestand.

¹²⁸ Siehe etwa Hartnagel, Fritz: Hören Sie auf, die Friedensbewegung zu kriminalisieren! In: Vack, Hanne; Vack, Klaus (Hrsg.): *Mutlangen – unser Mut wird lang!* Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wg. „Nötigung“. 4. Aufl., Sensbachtal 1987. S. 58.

der E.F.-Schuhmacher-Gesellschaft veranstalteten Podiumsdiskussion am 2. Oktober 1981 in München: „Ich bin persönlich davon überzeugt, daß wir uns zur Zeit auf einen nuklearen Weltkrieg hinbewegen. Warum? Ganz einfach deswegen, weil das nukleare Wettrüsten außer Kontrolle geraten ist; und wenn wir nicht in der Lage sind, es wieder unter Kontrolle zu bringen, dann wird es uns allen sehr bald ein Ende machen.“¹²⁹

Komplementär zu diesem ausgeprägten Lebensgefühl der Angst war bei vielen Aktivist*innen ein großes Befremden darüber festzustellen, daß es von der Mehrheit der Bevölkerung nicht geteilt wurde. Deren Angstlosigkeit wurde als überaus seltsam empfunden und, da man ja für die eigene Angst gute Gründe zu haben meinte, zumeist mit psychischen Verdrängungsmechanismen erklärt.

¹²⁹ Initiativkreis Neue Sicherheitspolitik (Hrsg.): *Bereit zum atomaren Selbstmord? Protokoll einer Podiumsdiskussion*. In: HIS SBe 544, Box 04. S. 16.

2. Mythos und Logos der Bombe

a) *Der Zerstörer von Welten*

Indem die Friedensbewegung ihre Rolle als die eines Propheten verstand, bewegte sie sich in einem etablierten mythologischen Rahmen, der die Beschäftigung mit der Atombombe von Anfang an geprägt hatte. *Trinity*, Dreifaltigkeit, hieß der Test, bei dem zum ersten Mal in der Weltgeschichte eine nukleare Explosion stattfand. Zwanzig Jahre später schilderte Robert J. Oppenheimer in einem Interview seine Empfindungen angesichts der Pilzwolke:

We knew the world would not be the same. A few people laughed, a few people cried, most people were silent. I remembered the line from the Hindu scripture, the Bhagavad-Gita. Vishnu is trying to persuade the Prince that he should do his duty and to impress him takes on his multi-armed form and says, "Now, I am become Death, the destroyer of worlds." I suppose we all thought that one way or another.¹³⁰

In diesem von Oppenheimer hergestellten Kontext erschien die Bombe als weltliche Manifestation des metaphysischen Prinzips der Zerstörung. Sie stand für den absoluten, nicht nur Menschen, sondern ganze Welten vernichtenden Tod. Darin lag ihre spezifische Drohung, durch die sie sich von allen anderen risikoerzeugenden technischen Artefakten, seien es Waffen oder zivile Technologien, kategorisch unterschied. Allerdings sind Zweifel daran angebracht, ob dieses Zitat Oppenheimer tatsächlich unmittelbar nach der Detonation durch den Kopf gegangen war, oder ob er es erst nachträglich in seine Erinnerung eingefügt hatte. Andere Zeugen des *Trinity*-Tests berichteten lediglich von seiner nüchternen Erleichterung darüber, daß „es geklappt“ hatte¹³¹.

Auch generell bestand die numinose Aura der Bombe weder von Anfang an, noch war sie universell wirksam. Somit wäre zunächst zu klären, warum die Atombombe überhaupt solch starke Anlehnungen an die Mythologie provozierte. Allerdings ziehen derartige Überlegungen aus heutiger Sicht scheinbar Selbstverständliches in Zweifel, denn wie Micheal D. Gordin bemerkte, betrachten wir den Sonderstatus von Nuklearwaffen inzwischen als schlechthin gegeben¹³². Wie bei jeder ‚natürlichen‘ Sichtweise

¹³⁰ Vgl. Ausschnitt aus: Freed, Fred: *The Decision to drop the Bomb*. Dokumentation des Fernsehsenders NBC. 1965. Unter: <http://www.atomicarchive.com/Movies/Movie8.shtml>. Zuletzt aufgerufen 10. September 2013.

¹³¹ Stölken-Fitschen, Ilona: Bombe und Kultur. In: Salewski, Michael (Hrsg.): *Das Zeitalter der Bombe: Die Geschichte der atomaren Bedrohung von Hiroshima bis heute*. München 1995. S. 262.

¹³² Gordin, Micheal D.: *Five Days in August: How World War II became a Nuclear War*. Princeton and Oxford 2007. Passim sowie S. 5-15 und 142.

handelt es sich aber auch hierbei um eine historisch gewachsene Denkgewohnheit, die an und für sich keineswegs selbstverständlich ist.

Zog man also von den bisher einzigen Anwendungen von Atombomben in Hiroshima und Nagasaki eine streng sachliche Bilanz, so ergab sich ein Bild, das Oppenheimers Assoziation mit einem göttlichen Zerstörer von Welten kaum entsprach. Tatsächlich unterschieden sich die Gesamtwirkungen der beiden Atombomben von denen konventioneller Bombardements nur insofern, als hier neben Druck und Hitze die Radioaktivität als dritte zerstörerische Kraft auftrat. Klammerte man die von letzterer hervorgerufene Strahlenkrankheit und die Schädigung des Erbguts aus¹³³, so glichen die unmittelbaren Auswirkungen im Prinzip denen eines normalen Bombenangriffs, so schrecklich sie für die betroffenen Menschen auch waren. Die Opferzahlen waren zwar sehr hoch, erreichten jedoch keine historisch einzigartigen Dimensionen. Sie betragen ca. 120.000-140.000 für Hiroshima¹³⁴ und ca. 60.000-70.000 für Nagasaki¹³⁵, bezogen auf einen Zeitpunkt von vier Monaten nach den beiden Explosionen. Damit waren jedem dieser Angriffe eine vergleichbare Anzahl von Menschen zum Opfer gefallen wie dem großen konventionellen Luftangriff auf Tokio vom 10. März 1945, bei dem etwa 90.000-100.000 Menschen umgekommen waren; also sogar mehr als in Nagasaki¹³⁶. Obwohl der

¹³³ Zur Anzahl der allein durch Strahleneinwirkung Getöteten zitiert Andrew J. Rotter in seiner Monographie eine Studie der US Luftwaffe aus dem Jahr 1946, nach der es sich dabei um 15-20% der Gesamtopfer handelte. Darin waren spätere Opfer von Langzeitfolgen selbstverständlich noch nicht berücksichtigt. Vgl. Rotter, Andrew J.: *Hiroshima: The World's Bomb*. Oxford und New York 2008. S. 222. Walfried Linden stellte aus Sicht der kritischen Medizin fest, daß die direkten Strahlungsschäden bei Bomben herkömmlicher Bauart keine große Rolle spielen, da wahrscheinlich alle Personen innerhalb der Zone des Neutronenblitzes bereits durch die Auswirkungen von Druck und Hitze getötet würden. Vgl. Linden, Walfried: Direkte medizinische Wirkungen von Kernwaffen. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985. S. 82

¹³⁴ Die genauen Opferzahlen von Bombardements zu ermitteln, ist naturgemäß ein schwieriges Unterfangen. Schon allein die genaue Anzahl der Personen, die sich zum Zeitpunkt der Explosion in beiden Städten befanden, kann nur grob geschätzt werden. Im Fall von Hiroshima finden sich der Literatur höchst unterschiedliche Zahlen, wobei die hier genannten den offiziellen japanischen Angaben entsprechen, die allgemein als verlässlich, d. h. nicht zu Propagandazwecken übertrieben gelten. Zusätzliche Verwirrung ergibt sich aus dem Umstand, daß viele Schätzung nur die zivilen Opfer berücksichtigen, dabei aber die Angehörigen der japanischen Streitkräfte, die in Hiroshima stationiert waren, ausklammern; diese gehören jedoch selbstverständlich auch zur Endsumme aller Getöteten. Den besten Überblick über die verschiedenen im Lauf der Jahre durchgeführten Untersuchungen bietet der Band *Leben nach der Atombombe: Hiroshima und Nagasaki 1945-1985*, der vom Komitee zur Dokumentation der Schäden der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki herausgegeben wurde (Frankfurt und New York 1988, S. 33-37 sowie 58-61). Andrew J. Rotter nennt, ebenfalls unter Verwendung japanischer Regierungsangaben, für August 1946 140.000 Tote in Hiroshima und 70.000 in Nagasaki. Vgl. ders., *Hiroshima*, S. 222. Deutlich niedriger sind die Angaben von John Keegan in seiner Überblicksgeschichte des 2. Weltkrieges, der für Hiroshima 78.000 und für Nagasaki 25.000 Tote anführt. Keegan, John: *The Second World War*. London et al. 1989. S. 584.

¹³⁵ *Leben nach der Atombombe*, S. 61. Zum Vergleich: Beim Angriff der Alliierten auf Dresden kamen nach jüngsten Forschungen ca. 18.000 - 25.000 Menschen ums Leben.

¹³⁶ „The Tokyo attack in March remains the most devastating bombing raid in history, greater indeed than the atomic attacks on Hiroshima and Nagasaki.“ Gordin, *Five Days*, S. 21.

Angriff auf Tokio somit Verwüstungen in derselben Größenordnung wie die beiden Atombombenabwürfe anrichtete, wurde er im Unterschied zu diesen in der internationalen Öffentlichkeit praktisch nicht wahrgenommen.

Auch bei anderen Gewaltphänomenen waren derartig eklatante Disparitäten feststellbar. So wurde beispielsweise beim Genozid in Ruanda eine ähnlich große Anzahl von Menschen wie bei beiden Atomwaffeneinsätzen zusammen getötet, ohne daß Ersterem im kollektiven Bewußtsein der westlichen Gesellschaften eine auch nur annähernd gleiche Stellung wie Letzteren zukäme. Beatrice Heuser stellte fest, die Bombardierung Guernicas, bei der maximal eintausend Menschen umgekommen waren, habe weltweit die öffentliche Meinung erschüttert, während die Bombardierung Warschaws, die zwanzig- bis vierzigmal so viele Menschen das Leben gekostet hatte, nur als ein derartiges Ereignis unter vielen wahrgenommen worden sei¹³⁷. Gleichermaßen waren im Ersten Weltkrieg viel mehr Soldaten durch Maschinengewehre als durch Giftgas getötet worden, dessen Opfer aber weit mehr beachtet wurden¹³⁸.

Wahrhaft epochale Dimensionen hatten die Opferzahlen beim Genozid an den europäischen Juden erreicht. Nimmt man einmal für beide atomare Angriffe zusammen eine Gesamtzahl von 200.000 Toten an, so überstieg die Anzahl der in der Shoah ermordeten Menschen die der durch die Nuklearwaffen Getöteten um den Faktor 30. Trotz dieser gewaltigen Diskrepanz kam aber beiden Ereignissen im öffentlichen Bewußtsein ein vergleichbarer Rang zu. Es war also offensichtlich nicht die Anzahl der Toten, die die Aufmerksamkeit auf sich zog. Daß an einem einzigen Tag über einhunderttausend Menschen getötet worden waren, stellte kein in der Geschichte einmaliges Vorkommnis dar. Adenauers Einschätzung der Atombomben als bloßer „Fortentwicklung der Artillerie“ war, zumindest was ihre ersten beiden Einsätze anging, nicht ganz ohne Berechtigung. Die von ihnen angerichteten Zerstörungen bewegten sich zu diesem frühen Zeitpunkt noch im Rahmen konventioneller Waffen. Insofern überrascht es nicht, daß sie ihren Nimbus als Instrumente der Apokalypse erst mit einer gewissen Verzögerung erhielten¹³⁹. Generell ist Beatrice Heusers Schlußfolgerung zuzustimmen: „Was subjektiv als Barbarei in der Kriegführung angesehen wird, hängt also hauptsächlich von kulturellen Normen und den darin verwurzelten Empfindungen ab und ist nichts, das an objektiven Maßstäben (etwa an der Gesamtzahl ihrer Opfer im Vergleich

¹³⁷ Heuser, Beatrice: *Den Krieg denken: Die Entwicklung der Strategie seit der Antike*. Paderborn 2010. S. 228. Zur Bombardierung Guernicas vgl. außerdem Beevor, Antony: *Der Spanische Bürgerkrieg*. 2. Aufl. München 2006. S. 297.

¹³⁸ Heuser, *Krieg*, S. 228.

¹³⁹ „The apotheosis of the Atomic Bomb came afterwards“. Gordin, *Five Days*, S. 14.

zu durch andere Maßnahmen verursachten Opfern) gemessen werden kann.¹⁴⁰ Es war die in Hiroshima und Nagasaki angewandte Methode der Vernichtung, die einmalig war, nicht das Ausmaß der Zerstörung.

Bei der Wahrnehmung der Bombe muß außerdem zwischen verschiedenen Rezipientengruppen unterschieden werden. Bei diesen handelte es sich zunächst einmal um die Militärs, die durch die Bank dieselbe nüchterne Einstellung wie Adenauer zeigten¹⁴¹. Im Gegensatz dazu betrachteten die mit dem Bau der Bombe und den dazu nötigen Forschungen befaßten Wissenschaftler und Techniker die Atombombe von Anfang an als etwas Besonderes, da sie sich der völlig neuartigen Quelle bewußt waren, aus der sie ihre zerstörerische Energie bezog¹⁴². Auch konnten nur sie die ungeheuren Schwierigkeiten wirklich nachvollziehen, die bei der Konstruktion zu überwinden gewesen waren. Allerdings führte dieses Exzeptionalitätsbewußtsein nicht zu Interpretationen, welche den Vorstellungsräum des wissenschaftlichen Fortschritts verlassen hätten. Der Bau der Bombe bedeutete zwar eine Grenzüberschreitung, aber innerhalb eines Fortschrittsparadigmas, das von vornherein darauf angelegt war, seine Grenzen ständig zu erweitern.

Die Deutungen mit mythologischen Bezügen stammten vorwiegend von Seiten Intellektueller. Manche von ihnen, wie etwa Gottfried Benn, hatten sich bereits vor 1945 mit dem neu entdeckten Phänomen der Radioaktivität beschäftigt. Oppenheimer selbst gehörte als literarisch gebildeter Physiker gewissermaßen zwei Gruppen an, was seine etwas widersprüchlichen Äußerungen erklären mag: Während des unmittelbaren Arbeitsprozesses noch die strikt sachliche Feststellung, daß die gebaute Apparatur wie gewünscht funktionierte; später dann, nach tiefergehender Reflexion, die Einbindung in ein mythologisches Schema.

Was schließlich die breite Öffentlichkeit anging, so sah man in den USA die Atombombe jahrelang vor allem als großartige technische Leistung, was dazu führte, daß das Adjektiv *atomic* sofort 1945 in Mode kam, und zwar mit ausdrücklich positiver Bedeutung¹⁴³. Es gab Atomic Cocktails, Atomic Sandwiches und Atomic Desserts, und als mit dem Bikini eine brandneue Art von Badebekleidung eingeführt wurde, empfand es niemand als unpassend, daß dieser nach dem Ort des Tests einer Wasserstoffbombe benannt worden war¹⁴⁴. Der Skandal lag im knappen Schnitt, nicht in der Wahl des Na-

¹⁴⁰ Heuser, *Krieg*, S. 228.

¹⁴¹ Vgl. Gordin, *Five Days*, S. 5-15; sowie Heuser, *Krieg*, S. 405.

¹⁴² Gordin, *Five Days*, S. 112 f.

¹⁴³ Stölken-Fitschen, S. 262-264; DeGroot, Gerard J.: *The Bomb: A Life*. Cambridge (Massachusetts) 2005. S. 250.

¹⁴⁴ Alac, Patrik: *Der Bikini: Geschichte, Mode und Skandal*. New York 2002. S. 20-43.

mens. In den USA wurde die Atomkraft ganz einfach als die stärkste bekannte Energiequelle gesehen. Als Waffe verwendet, hatte sie es den Vereinigten Staaten erlaubt, einem hartnäckigen Feind nach langem Kampf endlich den vernichtenden Schlag zu versetzen. Damit fügte sich ihre Geschichte nahtlos in den Fortschrittsoptimismus der klassischen Moderne ein. So war es nicht weiter verwunderlich, daß alles, was neu und aufsehenerregend war, wie etwa Marilyn Monroe oder Elvis Presley, mit Atombomben bzw. der Atomkraft in Verbindung gebracht wurde¹⁴⁵.

Die mythologischen Anklänge, die trotz dieses Trends zur Trivialisierung stark waren, hatten dementsprechend zunächst prometheischen Charakter: Wieder einmal war es den Menschen geglückt, den Göttern das Feuer zu stehlen¹⁴⁶. Es handelte sich dabei um einen fest etablierten Topos, der bei so ziemlich jedem technischen Durchbruch bemüht wurde. Speziell die USA sahen sich erneut in ihrem Selbstverständnis als Pionernation bestätigt. In Deutschland wurde den Nuklearwaffen dagegen zunächst wenig Aufmerksamkeit zuteil, da die Öffentlichkeit hier völlig mit der Bewältigung der Kriegsfolgen und dem Wiederaufbau, später dann mit dem Wirtschaftswunder beschäftigt war¹⁴⁷.

Woher rührte also die ungeheure psychologische Wirkung der Bombe? Die Anzahl der Toten allein konnte sie offensichtlich nicht erklären. Vielmehr war es die besondere Wirkungsweise der neuen Waffe, die entscheidend war. Zwischen der Detonation einer Atombombe und einem konventionellen Bombardement oder auch einem systematischen Massenmord bestanden bereits 1945, als die jeweiligen Zerstörungskräfte noch vergleichbar waren, wesentliche Unterschiede. Der erste lag ganz einfach in der schieren Größe und Gewalt einer nuklearen Explosion. Die sinnliche Erfahrung des gewaltigen Feuerballs, des überirdisch hellen Lichtes¹⁴⁸, der erderschütternden Druckwelle und schließlich der den ganzen Himmel einnehmenden Pilzwolke wurde von allen Augenzeugen als überwältigend beschrieben. Schon auf dem Papier machten die nackten Zahlen diese Gewalt sichtbar¹⁴⁹: Die Sprengkraft von Kernwaffen wurde bekanntlich als Äquivalent einer bestimmten Menge des konventionellen Sprengstoffes Trinitrotoluol angegeben. Für eine Wirkung, die derjenigen der Hiroshima-Bombe entspräche, hätte

¹⁴⁵ Vgl. Henriksen, Margot A.: *Dr. Strangelove's America: Society and Culture in the Atomic Age*. Berkeley, Los Angeles und London 1997. S. 169.

¹⁴⁶ Vgl. Rotter, *Hiroshima*, S. 120 und 228.

¹⁴⁷ Stölken-Fitschen, S. 264 f. Vgl. auch die Beobachtungen Hans Blumenbergs hierzu: Ders.: *Atomomoral: Ein Gegenstück zur Atomstrategie*. In: Raulff, Helga: *Strahlungen: Atom und Literatur*. (Marbacher Magazin Nr. 123/124) Marbach am Neckar 2008. S. 125.

¹⁴⁸ Wie es Robert Jungk im Titel seines bekanntesten Buches ausdrückte: „Heller als tausend Sonnen“.

¹⁴⁹ Vgl. zu einer derartigen Betrachtung durch die Friedensbewegung beispielsweise Hohlbaum, Roland: Die Atombombe – eine unvorstellbare Superlative. In: Tatz, Jürgen (Hrsg.): *Alternativen zur Abschreckungspolitik: Standpunkte und Strategien für eine neue Friedenspolitik*. Freiburg i. Br. 1983. S. 20-26.

man 12.500 Tonnen TNT, also einen ganzen Berg an Sprengstoff anhäufen und auf einen Schlag zur Explosion bringen müssen.

Weiterhin waren diese ungeheuren Kräfte vor ihrer Freisetzung durch die Kettenreaktion auch noch aufs Äußerste komprimiert. Statt einer riesigen Armada von Flugzeugen, die wie in Hamburg, Dresden oder Tokio tausende von Sprengkörpern abwarfen, genügte ein einziges Flugzeug mit einer einzigen Bombe, um eine ganze Großstadt auszuradiieren. Betrachtete man die Bauweise dieser Bombe im Detail, wurde einem die Komprimierung der Kräfte noch drastischer vor Augen geführt. Um die Detonationsenergie zu erreichen, die jenem Berg an TNT entsprach, war nur eine äußerst geringe Menge an spaltbarem Material nötig. Ein einziges Kilogramm Uran 235 reichte vollkommen. Ebenso komprimiert war die Zeit¹⁵⁰: Ein konventioneller Angriff dauerte Stunden, eine Kernwaffe dagegen zerstörte eine Stadt in einem Augenblick, als Blitz aus heiterem Himmel. Als Hiroshima plötzlich verschwand, konnten selbst die Piloten der *Enola Gay* kaum glauben, was sie hinter sich sahen¹⁵¹.

Von größter Bedeutung war ferner die Natur der nuklearen Energie selbst. Nuklearwaffen beruhten auf der Erkenntnis Einsteins, daß Materie und Energie letzten Endes dasselbe waren, daß also jene in diese umgewandelt werden konnte. Dieser Umwandlungsprozeß wurde von vielen Intellektuellen wie etwa Yvan Goll als alchemistische Transmutation aufgefaßt: Statt Blei in Gold verwandele man Uran in Energie¹⁵². Dasjenige zum Zwecke der Zerstörung einzusetzen, was die Welt im Innersten zusammenhielt, nämlich die Atome und die in ihnen wirkenden Kräfte, konnte nur als faustisches Projekt verstanden werden¹⁵³. Dementsprechend sprach Präsident Truman in seiner offiziellen Erklärung nach Hiroshima von der „Bändigung der Grundgewalten des Weltalls“¹⁵⁴, die es erlaubten, die zerstörerische Wirkung bis zu einem bisher unerreichbaren Grade zu steigern. Im Kernbereich der Detonation waren die physikalischen Bedingungen derartig extrem, daß nicht einmal die atomaren Bausteine der Materie intakt blieben. Bereits 1943 nahm Gottfried Benn dieses Motiv der absoluten Zergliederung vorweg, als er von den „Opfern des Ion“¹⁵⁵ sprach. Yvan Goll faßte die Zerstörungskraft sprachlich in einer Strophe seiner *Atom Elegy*, in der es hieß:

¹⁵⁰ Zur besonderen Bedeutung des Zeitfaktors für die strategische Planung vgl. Gordin, *Five Days*, S. 122.

¹⁵¹ Vgl. die zitierten Äußerungen in Raulff, *Strahlungen*, S. 53.

¹⁵² Ebd., S. 25.

¹⁵³ Vgl. Rotter, *Hiroshima*, S. 228.

¹⁵⁴ Vgl. Stölken-Fitschen, S. 261.

¹⁵⁵ Raulff, *Strahlungen*, S. 17-21.

*High frequency of wrath
Has made rock run like oil
Steel boil to vapour¹⁵⁶*

Vor allem diese konkrete Manifestation eines Absolutums verlieh Kernwaffen ihren mythologischen Nimbus. Jeder bisherige zerstörerische Akt war relativ gewesen. Der Gewalt der Bombe, die selbst Fels und Stahl einfach verdampfen ließ, widerstand dagegen nichts. Nun waren Absoluta für den Menschen der europäisch geprägten Moderne eigentlich keine Kategorien des Denkens mehr. Der Prozeß der Aufklärung war ganz wesentlich ein Prozeß der Relativierung gewesen, in dem alle Ansprüche auf absolute Wahrheiten erschüttert worden waren. Trotzdem blieb das Absolute, wiewohl seine reale Gegenwart nicht mehr erwartet wurde, in der allgemeinen Vorstellung als Attribut des Göttlichen erhalten. Die Erfindung der Bombe bedeutete nun die Entstehung einer realen Kraft von absoluter Wirkungsmacht, die im Gegensatz zur im Wunder konkretisierten Gegenwart Gottes jedermann sichtbar vor Augen stand. An Gott konnte man mithin zweifeln, an der Bombe dagegen nicht. Als Artefakt verkörperte sie die Überschreitung der Grenze zum Absoluten und damit Göttlichen durch den Menschen. Daher verbanden sich die Vorstellungen der Bombe praktisch durchgängig mit Erzählungen wie dem Zauberlehrling oder Frankenstein, deren Leitmotiv die Hybris bildete. Daß von den durch die Nuklearwaffen getöteten Menschen nicht einmal eine wie auch immer zugerichtete Leiche, sondern nur ein in Wände oder Straßen eingebrannter Schatten übrigblieb, übte eine zusätzliche, schreckengebietende Faszination aus, da sich hierin der Charakter der Kernwaffe als Instrument nicht nur der Destruktion, sondern der Anihilation offenbarte¹⁵⁷. Die Opfer wurden nicht nur getötet, sie wurden ausgelöscht.

Trumans betonter Hinweis auf den Ausnahmecharakter der neuen Waffe hatte allerdings auch strategische Gründe. Die Mystifizierung der Bombe stellte eine bewußt gewählte Politik der amerikanischen Regierung dar¹⁵⁸. Die Bombe war von Anfang an eine politische und damit eine psychologische Waffe gewesen. Sie sollte die japanische Regierung derart schockieren, daß diese in die bedingungslose Kapitulation einwilligte. Wenn sie nun nüchtern als lediglich graduelle Steigerung der schon erfolgten konventionellen Bombardements gesehen worden wäre, so hätte sie diese psychologische Schockwir-

¹⁵⁶ Vgl. Rauff, *Strahlungen*, S. 25-29.

¹⁵⁷ Der Brandschatten als einziger Überrest in einer ansonsten menschenleeren Welt, in der nur noch die Automaten funktionierten, spielte beispielsweise in Ray Bradburys berühmter Kurzgeschichte „There Will Come Soft Rains“ eine zentrale Rolle. Vgl. Brians, Paul: *Nuclear Holocausts: Atomic War in Fiction, 1895-1984*. Kent und London, 1987. S. 57.

¹⁵⁸ Vgl. Gordin, Micheal D.: *Five Days*, S. 39. Zu den Einzelheiten der Öffentlichkeitsarbeit vgl. ebd., S. 109-111.

kung nicht entfalten können. Auch hatte die amerikanische Regierung ein elementares Interesse daran, den radikal neuen Charakter der Bombe möglichst zu betonen, um ihre Überlegenheit über die Sowjetunion herauszustreichen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht über Kernwaffen verfügte. Zu dieser Politik gehörte es, daß die frühen Atomwaffenversuche als Spektakel für die Öffentlichkeit geradezu inszeniert wurden. In Nevada kam es zu einem regelrechten Nukleartest-Tourismus, bei dem manche Hotels mit der guten Aussicht Werbung machten, die man von ihren Swimming Pools aus auf die Pilzwolken hatte¹⁵⁹.

Ausgerechnet der Bikini-Test von 1946 erwies sich jedoch buchstäblich als nuklearer Schlag ins Wasser¹⁶⁰: Nur wenige der um das Testgebiet herum plazierten ausgedienten Schiffe wurden zerstört, und die extra eingeflogenen sowjetischen Militärbeobachter machten sich wenig beeindruckt auf den Heimweg. Da diese sich somit als genauso immun für die mythologisch überhöhte Sichtweise der Bombe wie die amerikanischen Militärs erwiesen, blieb die amerikanische Taktik der psychologischen Beeinflussung in Bezug auf die UdSSR wirkungslos¹⁶¹. Damit wiederholte sich eine Erfahrung, die Truman bereits bei der Konferenz von Potsdam hatte machen müssen. Als er Stalin über die neue Waffe in Kenntnis setzte, hatte dieser die Nachricht mit größter Gelassenheit aufgenommen¹⁶². Er war durch den sowjetischen Geheimdienst bereits bestens informiert worden¹⁶³, so daß er Trumans Versuch, ihn zu beeindrucken, einfach ins Leere laufenlassen konnte. Nachdem die Sowjetunion dann ebenfalls über Nuklearwaffen verfügte, fand sich die US-Regierung in der unangenehmen Situation, daß sie mit ihrer Betonung der Wirksamkeit von Atomwaffen auch den neuen globalen Feind aufgewertet hatte. Der propagandistische Effekt erwies sich plötzlich als zweischneidiges Schwert. Anstatt herauszustellen, welche titanische Waffe die Bombe war, galt es von nun an, der eigenen Bevölkerung Sicherheit zu vermitteln, was vor allem General

¹⁵⁹ Vgl. Stölken-Fitschen, S. 266-268; DeGroot, *The Bomb*, S. 250.

¹⁶⁰ Vgl. Gordin, *Five Days*, S. 122.

¹⁶¹ In der Tat wurden Nuklearwaffen in der sowjetischen Militärdoktrin noch lange als gewöhnliche, nur eben besonders große Waffen betrachtet. Vgl. Gordin, *Five Days*, S. 117-119.

¹⁶² Vgl. Gordin, *Five Days*, S. 117.

¹⁶³ So die Version in der Mehrheit der Darstellungen, vgl. etwa Isaacs, Jeremy; Downing, Taylor: *Der Kalte Krieg: Eine illustrierte Geschichte, 1945-1991*. München 2001. S. 19 f. Gar Alperovitz vertrat dagegen die Auffassung, Truman habe sich so vage und allgemein ausgedrückt, daß Stalin tatsächlich gar nicht begriffen habe, daß die Rede von einer Atombombe gewesen sei. Vgl. Alperovitz, Gar: *Atomic Diplomacy: Hiroshima and Potsdam. The Use of the Atomic Bomb and the American Confrontation with Soviet Power*. Updated Edition New York 1985. S. 204. Was auch immer der Fall gewesen sein mochte, so gab sich die sowjetische Regierung auch nach den Atombombenabwürfen demonstrativ unbeeindruckt. Vgl. Loth, Wilfried: *Die Teilung der Welt: Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955*. Erweiterte Neuauflage München 2000. S. 112.

Eisenhower als eine seiner wichtigsten Aufgaben betrachtete¹⁶⁴. Die Atombombe wurde ab diesem Zeitpunkt im Rahmen einer Politik des *emotion management* als beherrschbare Gefahr hingestellt¹⁶⁵. Guy Oakes stellte in seiner diesbezüglichen Studie fest:

The initial American press coverage of the atomic bomb depicted nuclear war in sensational terms calculated to terrify the public. The early reportage on Hiroshima and Nagasaki left no doubt that an atomic attack on American cities would be a catastrophe too horrible to contemplate. Although attempts were made to quantify the impact of nuclear war on the United States, the public was left with the impression that the destruction would be virtually unimaginable. Civil defense theorists attempted to replace this apocalyptic view of nuclear war with a very different conception designed to check American anxiety about the bomb.¹⁶⁶

Für den Fall eines Falles wurde *duck and cover* empfohlen, ducken und in Deckung gehen, den Schulkindern freundlich demonstriert von *Bert the turtle*. Es konnte nicht ausbleiben, daß der Widerspruch zwischen der Erzählung von der Bombe als Wunderwaffe, die Japan besiegt hatte, und der Bombe als handhabbarer Bedrohung das Vertrauen in die offiziellen Regierungsverlautbarungen erschütterte.

In der breiten Öffentlichkeit setzte sich gegen die von der amerikanischen Regierung unternommenen Beschwichtigungsversuche denn auch schnell die Vorstellung durch, daß die menschliche Zivilisation nach einem Nuklearkrieg eine völlig andere sein würde¹⁶⁷. Die fünfziger Jahre waren zunächst noch ganz von der Perspektive der klassischen Moderne durchdrungen gewesen, in der die Bombe aus dem Blickwinkel des *homo faber* gesehen worden war. Eine technische Aufgabe, die in der Entwicklung einer neuen, überlegenen Waffe bestanden hatte, war gelöst worden. Daß nun auch der Feind über sie verfügte, ließ nicht etwa das technologiezentrierte Weltbild fragwürdig werden, sondern stellte nur ein neues Glied in einer endlosen Kette von Problemen dar, das wie alle anderen vor und nach ihm mit den Mittel der instrumentellen Vernunft gelöst werden würde.

Diese Perspektive spiegelte sich in der eigentümliche Atmosphäre der Informationsfilme der amerikanischen Zivilschutzbehörde wider, mit denen der Bevölkerung das richtige Verhalten bei einem nuklearen Angriff hatte beigebracht werden sollen. Be-

¹⁶⁴ Vgl. Henriksen, *Dr. Strangelove's America*, S. 88-91.

¹⁶⁵ Vgl. Oakes, Guy: *The Imaginary War: Civil Defense and American Cold War Culture*. New York und Oxford 1994.

¹⁶⁶ Ebd., S. 52.

¹⁶⁷ Paul Brians merkte dazu in seiner Studie zur literarischen Darstellung des Nuklearkrieges an, daß diese Vorstellung schließlich so fest verankert war, daß die meisten Leser einen automatischen Umkehrschluß zogen: Selbst bei Erzählungen über zusammengebrochene Zivilisationen, welche den Nuklearkrieg *nicht* als Ursache der Katastrophe nannten, nahmen die Rezipienten dies automatisch an. Vgl. Brians, *Nuclear Holocausts*, S. 55.

zeichnend war eine Szene in *Duck and Cover*, in der ein etwa sechzehnjähriges Mädchen auf dem Weg zur Schule von den Warnsirenen des Nuklearalarms überrascht wurde. Da sie den Weg zum nächstgelegenen Schutzraum nicht kannte, wandte sie sich an einen Erwachsenen, der sie – ganz verantwortungsbewußter Bürger – zwar zielstrebig, aber gleichzeitig ruhig und unaufgeregt zum Bunker begleitete. Die Darstellung erweckte den Eindruck, der Schutz der Bevölkerung sei sicher gewährleistet, so daß zwar Umsicht und Wachsamkeit angebracht wären, aber kein Grund zu echter Besorgnis bestünde. Der emotionale Subtext vermittelte eine Atmosphäre der Dringlichkeit, aber keine Spur von Angst. Damit sollte vor allem eine Panik verhindert werden, in der die amerikanischen Zivilschutzbehörden die größte Gefahr sahen¹⁶⁸. Sie wurde dementsprechend in den Filmen vollständig ausgeblendet. Nach dem von der US-Regierung vorgegebenen Verhaltensmodell würde jeder amerikanische Bürger, angefangen mit den Schulkindern, im Falle eines Nuklearangriffs wissen, was er zu tun hatte, und dieser Erwartung aus dem Vertrauen heraus nachkommen, daß die Behörden alle ratsamen Maßnahmen nach bestem Wissen und Gewissen getroffen hatten¹⁶⁹.

Diese Filme, in denen *duck and cover* empfohlen wurde, werden inzwischen weithin als verharmlosend angesehen. Diese Verharmlosung betraf jedoch nicht so sehr die physikalischen Auswirkungen von Kernwaffen¹⁷⁰, sondern vor allem die sozialen Folgen eines Krieges. In der Vorspiegelung einer durch und durch vernünftigen, disziplinierten und homogenen¹⁷¹ Gesellschaft lag ihr eigentlicher propagandistischer Gehalt. Sie zeigten das Wunschbild, das die USA in den fünfziger Jahren von sich selbst hatten, nämlich eine Nation zu sein, in der alles bis ins Kleinste rational geregelt und geordnet war; eine Nation, die den Geist der technischen Moderne verkörperte.

Gegen Ende der fünfziger Jahre, etwa zeitgleich mit dem Ende der Präsidentschaft Eisenhowers, brach diese Illusion zusammen. Nicht nur begannen sich in der Fassade der wohlgeordneten Gesellschaft des amerikanischen *Age of Conformity* langsam Risse zu zeigen¹⁷², sondern auch der Anspruch der Regierung, im Falle eines Nuklearkrieges den

¹⁶⁸ Oakes, *Imaginary War*, S. 34-46.

¹⁶⁹ Vgl. dazu die Darstellung zweier anderer Zivilschutzfilme, *Operation Alert* und *The Day called X*, in ebd., S. 96-104. „Officials act ‚quickly, decisively, effectively‘, making sure that the ‚knockdown blow‘ struck against America does not become a ‚knockout blow‘.“

¹⁷⁰ Der Ratschlag, sich zu ducken und in Deckung zu gehen, war bei näherem Hinsehen nicht so lächerlich naiv, wie es zunächst erscheinen mochte. Tatsächlich waren in Hiroshima und Nagasaki die meisten Opfer von den Trümmern zerstörter Gebäude erschlagen worden. Dagegen hatten einige Menschen überlebt, die sich im Inneren, insbesondere in den Kellern stabiler Gebäude aus Stahlbeton aufgehalten hatten, und zwar selbst dann, wenn diese relativ nahe am Detonationspunkt gelegen waren.

¹⁷¹ In den Filmen erschienen ausschließlich weiße Darsteller. Farbige Bürger kamen einfach nicht vor.

¹⁷² Vgl. Henriksen, *Dr. Strangelove's America*, S. 81-182 passim.

sozialen Zusammenhalt und die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten zu können, wurde unglaublich. Die gesellschaftlichen Folgen eines Nuklearkrieges wurden nun zunehmend thematisiert. Auslöser war der Boom des Baus von privaten Schutzbunkern und die sich dabei aufdrängende Frage, ob man im Falle eines Falles Anderen im eigenen Bunker Zuflucht gewähren müsse, und wenn ja, dann wem¹⁷³? Der Gedanke lag nahe, daß sich im Ernstfall mehr Menschen in einen Bunker retten wollen könnten, als dessen Kapazität zuließ. Wäre es dann nicht notwendig, die Überzähligen notfalls mit Waffengewalt abzuwehren und ihrem Schicksal zu überlassen, um nicht das Leben aller Schutzsuchenden zu gefährden, bei denen es sich ja noch dazu um die eigene Familie handeln würde? Und wie würde sich nach dem überstandenen Angriff das weitere Dasein der Überlebenden gestalten, wenn sie wieder aus ihren Bunkern herauskämen? Daß im Kriegsfall das dünne Geflecht der Zivilisation zerreißen und sich die Bevölkerung in einander mit Zähnen und Klauen bekämpfende, primitive Banden aufspalten würde, etablierte sich schnell als fester Topos in den Imaginationen postnuklearer Gesellschaften. Beherrschend war dabei die Vorstellung eines Rückfalls in die Barbarei einer neuen Stammesgesellschaft, verbunden mit dem Aufkommen primitiver religiöser Kulte. Die von der amerikanischen und später auch der bundesdeutschen Regierung forcierte Sichtweise, die Basiskohärenz der Gesellschaft ließe sich nach einem Nuklearkrieg problemlos aufrecht erhalten, verlor jede Glaubwürdigkeit, und zwar, worauf Dieter Senghaas unter Bezugnahme auf Heinz Theo Risse hinwies, einfach durch den Umstand, daß die Bürger ihre Privatbunker bereits im Frieden bewaffneten und erklärten, diese Waffen notfalls auch einzusetzen¹⁷⁴. Allein die bloße Bedrohung durch einen Nuklearkrieg ließ den gesellschaftlichen Zusammenhalt bereits schwinden und leistete einer Mentalität des ‚Jeder kämpft für sich allein‘ Vorschub.

Zu diesem Umschwung in der öffentlichen Wahrnehmung der Bombe trugen neben dem Bunker-Boom vor allem Berichte über durch radioaktiven Fallout verursachte Todesfälle bei. Einige der atmosphärischen Tests in Nevada hatten bei Einwohnern in der Umgebung Hautverbrennungen und mehrere Fälle von Strahlenkrankheit hervorgerufen. Ein besonders Fallout-trächtiger Test erzeugte eine radioaktive Wolke, die in den Nachbarstaat Utah zog und dort über 40.000 Schafe tötete¹⁷⁵. Die Tests der Wasserstoffbomben auf Bikini schließlich verseuchten die Bewohner der umliegenden Atolle

¹⁷³ Vgl. Stölken-Fitschen, S. 270; sowie die ausführliche Darstellung bei Henriksen, *Dr. Strangelove's America*, S. 183-239.

¹⁷⁴ Senghaas, Dieter: *Abschreckung und Frieden: Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*. Frankfurt a. M. 1972. S. 166 f.

¹⁷⁵ Stölken-Fitschen, S. 271.

radioaktiv und verstrahlten 1954 die Besatzung eines – ausgerechnet japanischen – Fischerbootes, obwohl es sich weit außerhalb der ausgewiesenen Gefahrenzone befunden hatte¹⁷⁶. Wissenschaftliche Messungen belegten, daß der durch die thermonuklearen Detonationen bis in größte Höhe aufgewirbelte Staub sich tatsächlich über den gesamten Globus verteilt hatte.

Diese extremen Fernwirkungen von Kernwaffen durch weithin gestreuten Fallout brachten der Öffentlichkeit ihre globale Reichweite ins Bewußtsein. Bisher waren Gewaltanwendungen stets lokale oder zumindest auf bestimmte Weltregionen beschränkte Ereignisse gewesen. Selbst im Zweiten Weltkrieg hatte es mitten in Europa, dem Zentrum der Gewalt, vom Krieg unberührte Zonen gegeben. Spätestens nach den zwei wesentlichen technologischen Weiterentwicklungen der Nuklearwaffen drohte ein Nuklearkrieg dagegen, den gesamten Planeten in Mitleidenschaft zu ziehen. Dabei handelte es sich einmal um den Schritt von der Fissionsbombe auf Uran- oder Plutoniumbasis zur mit Wasserstoff operierenden Fusionsbombe, mit der der Sprung vom Kilo- in den Megatonnenbereich gelang, und zum anderen um die Einführung der Interkontinentalrakete. Doch bereits die globale Reichweite des radioaktiven Fallouts, die sich allein aus dem in die Atmosphäre emporgetragenen Staub ergab, wurde ab den sechziger Jahren so ernst genommen, daß die Sowjetunion und die USA übereinkamen, atmosphärische Atomwaffentests künftig einzustellen. Eine einfache Hochrechnung mußte zu dem Ergebnis führen, daß, wenn bereits der durch die Test-Detonationen erzeugte globale Fallout schwerwiegende Gesundheitsrisiken hervorrief, die im Zuge eines vollentbrannten Nuklearkrieges freigesetzte Radioaktivität verheerende Wirkungen haben würde.

Dieser Gedanke wurde in zahlreichen Filmen und Büchern aufgenommen, von denen in den fünfziger Jahren vor allem der Roman *On the Beach* große Wirkung entfaltete¹⁷⁷. Darin wurde das Schicksal einer Gruppe von Australiern geschildert, die durch den radioaktiven Fallout eines nuklearen Schlagabtausches getötet wurden, der ihr Land gar nicht unmittelbar getroffen hatte. Auch die in den achtziger Jahren wichtigen Erzählungen über Nuklearkriege wie *The Day after*, *When the Wind blows*, *Ende* oder *Briefe eines Toten* beschäftigten sich nicht so sehr mit den unmittelbaren Wirkungen der Bomben, sondern stellten das Schicksal derjenigen in den Mittelpunkt, die zunächst überlebt hatten und erst danach an der Strahlenkrankheit zugrunde gingen.

¹⁷⁶ Stölken-Fitschen, S. 271 f.; Isaacs, Downing, *Kalter Krieg*, S. 150 f.

¹⁷⁷ Stölken-Fitschen, S. 273. Vgl. auch Wittner, Lawrence S.: *Resisting the Bomb: A History of the World Nuclear Disarmament Movement, 1954-1970*. (The Struggle against the Bomb, Bd. 2) Stanford 1997. S. 58 f.; sowie Henriksen, *Dr. Strangelove's America*, S. 194-197.

Von besonderer Faszination für die Öffentlichkeit erwiesen sich Befunde, nach denen einfache Organismen wie Ameisen oder Skorpione deutlich bessere Überlebensfähigkeiten zeigten, als höher entwickelte Lebewesen. So schrieb etwa Jonathan Schell in seinem weit verbreiteten Buch *Das Schicksal der Erde*¹⁷⁸, die tödliche Strahlendosis für Insekten liege wesentlich höher als für Säugetiere und Vögel¹⁷⁹. Dies bedeute, daß Insekten „in unverhältnismäßig großer Zahl überleben und sich nach dem Atomangriff stark vermehren“¹⁸⁰ würden, und zwar um so mehr, als ihre natürlichen Freßfeinde ja vernichtet wären. Ein analoger Prozeß würde bei Pflanzen ablaufen: Höher entwickelte Bäume hätten eine wesentlich geringere Toleranz gegenüber radioaktiver Strahlung als einfache Pflanzen wie Gräser, Moose und Algen¹⁸¹. Außerdem käme es bei einem nuklearen Großangriff auch unweigerlich zu ausgedehnten Waldbränden. Im Ergebnis würde eine „grobe Vereinfachung“¹⁸² der Umwelt stattfinden – es entstünde ein „Staat der Gräser und Insekten“¹⁸³. Daraus ergab sich eine doppelte Angstphantasie. In der Zeit der großen Kommunistenfurcht fungierten staatenbildende Insekten als Metapher für die seelelosen Horden der kollektivistischen Systeme¹⁸⁴. Daß diese nun auch noch besser mit Radioaktivität fertig wurden, nährte ohnehin latente Befürchtungen, die kommunistischen Staaten seien für eine nukleare Konfrontation besser gerüstet. Daneben waren Insekten als fremdartige Kreaturen generell angstbesetzt, was beispielsweise dazu führte, daß sich die Erschaffer von Filmmonstern vielfach an insektoiden Physiognomien orientierten. Die Selbstzweifel an der Überlebensfähigkeit der Menschheit verbanden sich mit der Idee einer zweiten Evolution, in der die Insekten zur erdbherrschenden Art aufsteigen würden. Diese Angstphantasien waren nicht neu: Bereits 1905 hatte H. G. Wells in einer Kurzgeschichte mit dem Titel *The Empire of the Ants* einen solchen Konflikt zwischen Menschen und Insekten beschrieben. Auf dieser Geschichte basierten zwei Science-fiction-Filme der 70er Jahre, *Phase IV* aus dem Jahr 1974 und der mit Wells' Geschichte gleichnamige *Empire of the Ants* von 1977. Prägend erwies sich aber vor allem der aus dem Jahr 1954 stammende Film *Them*, der in Westdeutschland 1960 unter dem Titel *Formicula* in die Kinos kam.

¹⁷⁸ Schell, Jonathan: *Das Schicksal der Erde: Gefahr und Folgen eines Atomkriegs*. München 1984. Zuerst erschienen im amerikanischen Original 1982. Die deutsche Erstausgabe erfolgte noch im selben Jahr.

¹⁷⁹ Schell, *Schicksal*, S. 57.

¹⁸⁰ Ebd.

¹⁸¹ Ebd., S. 58.

¹⁸² Ebd.

¹⁸³ Ebd., S. 59.

¹⁸⁴ Vgl. Booker, Marvin Keith: *Monsters, mushroom clouds, and the Cold War: American science fiction and the roots of postmodernism, 1946 – 1964*. Westport (Conn.) 2001. S. 143.

Es war somit denkbar, daß ein Nuklearkrieg das Ende allen Lebens auf der Erde bewirken konnte. Die Kernwaffen wären dann tatsächlich, wie in Oppenheimers eingangs vorgestelltem Zitat, weltzerstörende Apparate gewesen. Dieses Erkenntnis bildete sich gerade in der Zeit der beginnenden Raumfahrt heraus, in der vielen Menschen zum ersten Mal die Einzigartigkeit der Erde als dem einzig bekannten Planeten, auf dem es Leben gab, voll bewußt wurde.

Darüber hinaus die rührten auch die mutagenen Wirkungen der Radioaktivität an kulturell tiefverwurzelte Komplexe. Das Motiv der Verwandlung, ob nun als Metamorphose oder Mutation, faszinierte die Menschen aller Zeiten und Kulturen von jeher. Die Beschäftigung mit dieser Thematik hatte allerdings ihre Konjunkturphasen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts nahm sie, vermutlich ausgelöst durch Darwins Veröffentlichungen, stark zu. Die Entdeckung, daß der Mensch sich im Prozeß der Evolution verändert hatte, provozierte zwangsläufig die Frage, ob und wie er sich noch verändern werde. Besonders präsent, und dabei stark angstbesetzt, war die Vorstellung der Degeneration, also der Gedanke, die Evolution vom primitiven zum hochentwickelten Lebewesen könne genauso gut auch wieder umgekehrt verlaufen. Dieses Motiv spielte in einer ganzen Reihe berühmter und weitbekannter Werke eine prominente Rolle, angefangen bei *Dr. Jekyll und Mr. Hyde* über *Frankenstein*, die Zeitreise-Geschichte von H. G. Wells, in der dieser die zukünftige Evolution der Menschheit beschrieb, bis hin zu den Erzählungen monströser biologischer Regression bei H. P. Lovecraft. Die Auslöser dieser jeweiligen Verwandlungen blieben in der Literatur vor dem Zweiten Weltkrieg aber ebenso vielfältig wie vage: Mal waren es geheimnisvolle Tinkturen, mal Hypnose, mal der gerade entdeckte Elektromagnetismus, mal die Inzucht isolierter Populationen. Die Entdeckung der Radioaktivität beendete diese Varianz. Nun gab es eine nachweislich mutagen wirksame Kraft, die Schriftsteller und Filmemacher als plausibles Element in ihren Geschichten verwenden konnten. Dieser neuen, noch unbekanntem Energie traute man schlechthin alles zu: Meist riesenhaftes Wachstum, aber auch Schrumpfung auf Miniaturformat, Mutationen aller Art, Degeneration zu primitiven Lebensformen bzw. Hybridwesen aus Mensch und Tier, Unsichtbarkeit, die Entwicklung vielfältigster Superkräfte sowie das vergleichsweise simple, aber folgenreiche Erwachen uralter Monster aus ihrem bisher ungestörten Schlaf, wie vor allem in den japanischen *Godzilla*-Filmen¹⁸⁵.

Schließlich bildeten die mutierten Überlebenden des Nuklearkrieges, beispielsweise in dem aus dem Jahr 1970 stammendem Film *Rückkehr zum Planet der Affen*, eine Gesell-

¹⁸⁵ Vgl. Booker, *Monsters*, S. 139-165; Brians, *Atomic Holocausts*, S. 65-69.

schaft, die ebenso grotesk war wie sie selbst, geprägt von einer gleichfalls bizarren Religion. Damit wurde der Gedanke der Mutation weitergedacht: Sie betraf nicht mehr nur das Individuum in seiner biologischen Form, vielmehr bewirkte die Bombe gleichermaßen eine Mutation der Gesellschaft. Degeneration wurde nicht nur biologisch, sondern umfassend sozio-politisch und kulturell verstanden, als Zurücksinken der Menschheit in ein neues Dunkles Zeitalter, dessen Schöpfer die Bombe war. Insofern war es nur logisch, daß diese im Film zum Gegenstand der Anbetung durch die von ihr erschaffenen Kreaturen wurde. Damit aber wurde die Bombe zum Widersacher Gottes, in dessen Schöpfungswerk sie korrumpierend und verformend eingriff, als Urheber bössartiger und chaotischer Permutationen, welche die gute, natürliche Ordnung entstellten.

Gerade in diesem religiösen Kontext fügte sich die Bombe in ein uraltes, bereits seit den vorchristlichen Hochkulturen fest etabliertes Erzählschema ein, das selbst in der trivialisierten Form von B-Movies und Comic-Heften noch durchschien, in denen die Bombe qua der von ihr hervorgerufenen Mutationen Monster erschuf. In ihrer Rolle als Verderber der Schöpfung war der Mythos der Bombe letztlich nichts anderes, als eine modernisierte Form der alten Mythen von Satan, Tiamat und Apophis. Der neue Chaosdrache war nun aber kein mythologisches Untier, sondern eine konkrete Apparatur, die vom Menschen selbst konstruiert worden war. Die Faszination der Bombe scheint letztlich vor allem darin bestanden zu haben, daß mit ihr die mythologischen Bedrohungen real wurden.

*b) *Leben in der Frist: Die nukleare Situation nach Günther Anders**

War durch die fiktionalen Erzählungen der Mythos der Bombe formuliert worden, so richteten sich die Bemühungen auf philosophisch-analytischer Ebene auf die Erforschung ihrer sachlichen Eigenschaften. Die vielfältigen Auswirkungen der neuen Waffe, die ja keineswegs nur der Militärstrategie, sondern der ganzen internationalen Politik ihr Gesetz gab, verlangten nach einer genauen Analyse.

Für die Friedensbewegung waren vor allem zwei herausragende Theoretiker von Bedeutung: Der bereits vorgestellte Günther Anders und der britische Historiker Edward P. Thompson. Beiden war gemeinsam, daß sie sozioökonomischen Strukturen eine weitaus größere Bedeutung als den Entscheidungen politischer Akteure zusprachen.

Günther Anders erklärte, ‚Handeln‘ im behavioristischen Sinne gebe es kaum mehr¹⁸⁶. Dementsprechend deuteten beide den Kalten Krieg im Rahmen einer Analyse der fundamentalen Wirkungszusammenhänge menschlicher Zivilisation, und dies primär unter dem Aspekt ihrer Bestimmtheit durch die durch sie hervorgebrachten Technologien. Dies hatte zwei bedeutsame Konsequenzen: Sowohl Anders als auch Thompson sahen nur begrenzte Möglichkeiten für die Menschheit, ihrem Schicksal durch eine Änderung ihres Verhaltens zu entgehen. Und beide betrachteten die Vorstellung, einer der beiden verfeindeten Supermächte die moralische Schuld zuzuweisen, als unangemessen, ja als geradezu kindisch¹⁸⁷.

Bei Günther Anders verband sich eine furchtlose Radikalität des Denkens mit einer Prägnanz des sprachlichen Ausdrucks, die in ihrer stilistischen Kraft allenfalls mit der Ernst Blochs vergleichbar war. Im Unterschied zu vielen europäischen und gerade deutschen Denkern verzichtete Anders vollständig auf gelehrten Jargon¹⁸⁸. Jedweder trostspendenden Illusion erteilte er eine kompromißlose Absage¹⁸⁹. Er sprach klipp und klar aus, was sich durch die Atombombe geändert hatte, die breite Öffentlichkeit aber nur zögernd realisierte: Daß von nun an die Menschheit als Ganzes sterblich geworden war. Die Bombe hob die Seinsgewißheit, die zuvor für die Spezies und den Planeten, der ihre Welt bildete, auf. Seitdem es die Bombe gab, war es möglich, daß es die Menschheit nicht mehr geben würde:

Mit dem 6. August 1945, dem Hiroshimatage, hat ein neues Zeitalter begonnen¹⁹⁰: das Zeitalter, in dem wir in jedem Augenblick jeden Ort, nein unsere Erde als ganze, in ein Hiroshima verwandeln können. Seit diesem Tage sind wir *modo negativo* allmächtig geworden; aber da wir in jedem Augenblick ausgelöscht werden können, bedeutet das zugleich: Seit diesem Tage sind wir *total obnmächtig*. Gleich wie lange, gleich ob es ewig währen wird, dieses Zeitalter ist das letzte: Denn seine *differentia specifica*: die Möglichkeit unserer Selbstausslöschung, kann niemals enden – es sei denn durch das Ende selbst. [...] Unser Dasein definiert sich mithin als „Frist“; wir leben als Gerade-noch-nicht-nichtseiende.¹⁹¹ [...] [B]is

¹⁸⁶ Anders, Günther: *Thesen zum Atomzeitalter*, in: Ders.: *Die atomare Drohung: Radikale Überlegungen zum atomaren Zeitalter*. 7. Aufl., München 2003. S. 100.

¹⁸⁷ Siehe dazu das Kapitel *Die Antiquiertheit der Bosheit* in: Anders, Günther: *Die Antiquiertheit des Menschen. Band II: Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution*. München 1980. S. 396-410.

¹⁸⁸ Für eine ausführliche Würdigung siehe Lüdkehaus, Ludger: *Philosophieren nach Hiroshima: Über Günther Anders*. Frankfurt a. M. 1992. S. 13.

¹⁸⁹ „Aufbauendes, Positives, die schönen Blüten des Prinzips Hoffnung, mögen sie nun politisch, religiös oder schlicht in den Farben des lebenserleichternden menschlichen Optimismus blühen, wird man bei ihm meist vergeblich suchen.“ Ebd., S. 14.

¹⁹⁰ Zu einer nachdrücklichen Bestätigung dieser These aus Sicht eines Historikers siehe Salewski, Michael: *Zur Dialektik der Bombe*, in: ders. (Hrsg.): *Das Zeitalter der Bombe: Die Geschichte der atomaren Bedrohung von Hiroshima bis heute*. München 1995. S. 7-26.

¹⁹¹ Anders, *atomare Drohung*, S. 93.

1945 waren wir nur die sterblichen Glieder einer als zeitlos gedachten Gattung gewesen, mindestens einer Gattung, der gegenüber wir uns die Frage „sterblich oder unsterblich?“ eigentlich niemals gestellt hatten. Nunmehr gehören wir einem Geschlecht an, das als solches sterblich ist. Und wenn auch nicht (dieser Unterschied braucht nicht vertuscht zu werden) sterblich im Sinne von Sterben-Müssen, so doch in dem von Sterben-Können. Aus dem Stand „genus mortali-um“ sind wir in den Stand „genus mortale“ hinübergewechselt.¹⁹²

Diese Situation war eine totalitäre; die Drohung, die von ihr ausging, eine viel bedeutendere als die Bedrohung durch totalitäre Staaten wie die Sowjetunion. Dies zu verkennen bedeute, so Anders in einer gegen Karl Jaspers gerichteten Kritik, die „Gefährdung durch ein geschichtliches Faktum [...], das wie jedes andere im Fluß ist“¹⁹³, gleichzusetzen mit einer Gefahr, „die das irreparable und irreversible Ende der Menschheit bedeutet“¹⁹⁴.

Diese Gleichung aber: „Leben gleich Nochnichtliquidiertsein“ ist die Definition des Lebens im totalen Staat. Und so leben bedeutet natürlich nur noch physisch weiterleben, also ohne die Chance, das „Wesen des Menschlichen“, nämlich Freiheit, noch zu verwirklichen.

In anderen Worten: Nicht nur der Totalitarismus vernichtet das Wesen des Menschen, auch die atomare Situation tut das. Und zwar auch schon die heutige, die Situation der bloßen Bedrohung.¹⁹⁵

Dieser totalitäre Status jeder über Atomwaffen verfügenden Macht war dabei gänzlich unabhängig von ihrer ansonsten verfolgten Politik:

Wer immer die in dem Gerät konzentrierte Allmacht erwirbt, der *ist* nun Großmacht; und zwar eine, die um nichts weniger groß ist als jede andere, weil es eben im Absoluten keine Differenz mehr gibt; weil er eben jederzeit in der Lage wäre, jede andere Macht, auch diejenige, die die gleiche Drohung in der Hand hält, durch ein „wenn nicht, dann“ total zu erpressen; weil der Eigentümer, auch wenn er keine ausdrückliche Erpressungsformel äußert, durch die einfache Tatsache des Besitzes zum Totalerpresser wird, dazu *gemacht* wird; weil er durch diesen Tatbestand nicht umhin kann, sich als Erpresser zu benehmen. Denn was man „ist“, das hängt heute nicht von dem ab, was man tut oder nicht-tut, sondern von dem, was man hat oder nicht-hat. Wo es sich aber um das „Haben“ der atomaren Allmacht handelt, da ist Haben bereits ein Tun; und zwar dasjenige Tun, das allein zählt. Wenn die Welt in ständiger Angst vor der Vernichtung durch diese oder jene zittert, dann ist, wie privat anständig die Geräte-Eigentümer sich auch fühlen mögen, das Faktum der Erpressung gegeben. Das Absurde ist also, daß, *wenn man das Gerät besitzt, Moralisch-sein objektiv unmöglich ist*. Der Konjunktiv, das „man könnte“ ist bereits furchtbarste Realität, auch furchtbarste moralische Realität. Der Glaube, die moralische Beurteilung habe erst bei

¹⁹² Anders, *atomare Drohung*, S. 171.

¹⁹³ Ebd., S. 41.

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Ebd., S. 44.

der *Verwendung* des im Besitz befindlichen Eigentums anzusetzen, ist sinnlos, weil im diesem Falle Besitzen eben bereits Verwenden (nämlich Erpressen) ist.¹⁹⁶

Neben dieser Eliminierung der Moral galt also, daß die Logik der Bombe in unentrinnbarer Folgerichtigkeit ablief, aus der es kein Entkommen gab. Der Fortschritt der Wissenschaft war notwendigerweise irgendwann an einen Punkt gelangt, an dem es möglich geworden war, die Bombe zu bauen. Wie es Stanley Kubrick in der berühmten Eröffnungssequenz seines Films *2001: Odyssee im Weltraum* gezeigt hatte: Mit dem ersten als Werkzeug – oder Waffe – verwendeten Knochen war die technische Evolution in Gang gesetzt worden. Für alle im Rahmen der Naturgesetze möglichen Technologien stellte sich von da an nur noch die Frage des *wann*, nicht die des *ob*. Da aber die technische Evolution nichts anderes war als die Anwendung der kognitiven Fähigkeiten des *Homo Sapiens* und dieser selbst wiederum Produkt einer natürlichen Evolution, so war bereits mit dem Erscheinen des ersten Exemplars der Spezies die irgendwann zu tätigende Entdeckung der Nuklearkraft ein *faits accompli* gewesen. Der Mensch konnte die Bombe nicht nicht erfinden.

Nachdem es dann einmal möglich geworden war, die Atombombe zu bauen, mußte die Möglichkeit auch verwirklicht werden, und zwar einerseits, weil nach Anders in der technischen Zivilisation *jede* Produktionsmöglichkeit ihre Verwirklichung erzwang, und zweitens, weil es selbstverständlich dem Feind bei der Produktion einer solch mächtigen Waffe zuvorzukommen galt. Nachdem wiederum die Möglichkeit der Bombe verwirklicht und dieselbe geschaffen war, entfaltete sie unfehlbar ihre Wirkungen, so wie die militärische Technologie seit jeher die Taktik bestimmt hatte – nur daß jetzt zum ersten Mal eine Waffe mit globaler Reichweite zur Verfügung stand, was die ganze Welt zum potentiellen Schlachtfeld werden ließ.

Diese Situation war schließlich irreversibel, denn:

Niemals werden wir fähig sein, diese unsere Fähigkeit zu verlernen. So wenig wir imstande sind, aus dem System der Zahlen die Dreizehn herauszuberechnen (diese bliebe als Lücke oder als ‚12 a‘ getarnt doch weiter bestehen), so wenig sind wir imstande, Stücke aus dem System unseres wissenschaftlichen und technischen Besitzstandes herauszuberechnen – und das gilt eben natürlich auch vom „know how“. Aus diesem Grunde haben wir festzustellen: Die Zeitrechnung, die mit dem Jahre 45 begann, ist endgültig. Entweder leben wir in dieser unserer Epoche weiter, oder wir leben überhaupt nicht weiter. Tertium non datur.¹⁹⁷

¹⁹⁶ Ebd., S. 15 f. Hervorhebungen wie im Original.

¹⁹⁷ Ebd., S. 55.

c) *Das prometheische Gefälle und die prometheische Scham*

Von besonderer Bedeutung für die Analyse der nuklearen Situation war weiterhin die These Anders' über die Scham des Menschen angesichts der weit überlegenen Leistungsfähigkeit der Maschinen. Der Mensch war fehlbar, die Maschine nicht:

Im Universum der Technik gilt der Mensch als Fehlkonstruktion. Gemessen an den stofflichen Leistungen und Qualitäten seiner von ihm hergestellten Produkte und Apparate steht ohne Zweifel fest, daß er mit ihnen nicht konkurrieren kann. Aber unterlegen ist er nicht nur in diesem direkten Vergleich. Seine generell mangelhafte Konstruktion offenbart sich überall dort, wo das reibungslose Funktionieren eines technischen Systems, in welches er als Teilstück eingebaut ist, plötzlich durch sein Versagen, das menschliche, gestört wird. Wenig schmeichelhaft ist also der Blick von der Welt der funktionierenden Technik aus auf den Menschen.¹⁹⁸

Diese Sichtweise war nun sicher zeitabhängig. Mit den übertriebenen Erwartungen der sechziger und siebziger Jahre an die Möglichkeiten technologischer Entwicklung ist heute auch die überzogene Technikverehrung weitgehend verschwunden; im Gegenteil herrscht nun ein ausgeprägtes Bewußtsein dafür, wie überlegen biologische Konstruktionsleistungen im Vergleich zu mechanischen Apparaten sind. Anders betrachtete solche situationsbezogenen Befunde allerdings keineswegs als Schwäche seiner Theorie. Er betrieb vielmehr bewußt eine okkasionelle Philosophie, die mehr auf persönlichen Beobachtungen beruhte¹⁹⁹, als auf abstrakten Überlegungen zu metaphysischen Problemen. In seiner Exilzeit in den USA lernte Anders als Fließbandarbeiter den Zwang der Maschinen persönlich kennen, deren Funktionsanforderungen der Mensch zu erfüllen hatte²⁰⁰. Gleichzeitig erlebte er eine besonders technikbegeisterte Epoche in einem besonders technikbegeisterten Land mit. Der *homo faber* als der neue Prometheus, die Ingenieure, Konstrukteure, Architekten als die Erbauer einer neuen Welt: das war der Zeitgeist. Daraus resultierten allerdings auch tiefsitzende Minderwertigkeitsgefühle. Die Techniker fühlten sich unzulänglich angesichts der Fähigkeiten ihrer Apparate. Daß der Mensch ein Mängelwesen war, seinen Schöpfungen weit unterlegen, wurde nun schmerzhaft bewußt. Dies konnte in zwei konträren Konsequenzen münden: Entweder

¹⁹⁸ Reimann, Werner: *Verweigerte Versöhnung. Zur Philosophie von Günther Anders*. Wien 1990. S. 33.

¹⁹⁹ „Von jedem der im Folgenden entwickelten Gedankengänge gilt das, was ich schon von denen des ersten Bandes gesagt hatte: daß sie ‚Gelegenheitsphilosophie‘ seien; daß ich also stets von bestimmten Erfahrungen ausgegangen bin – sei es von der Erfahrung der Arbeit am laufenden Band, sei es von der in Automationsbetrieben, sei es von denen auf Sportplätzen.“ Anders, Günther: *Die Antiquiertheit des Menschen. Band II: Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution*. München 1980. S. 10. Siehe auch: Ders.: *Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. I: Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*. München 1956. S. 7-14. Interessanterweise wies Anders damit der Erfahrung in der Philosophie einen ähnlich zentralen Platz zu, wie E. P. Thompson dies in seiner historischen Theorie tat.

²⁰⁰ Zur Biographie Anders' siehe Schubert, Elke: *Günther Anders*. Reinbek bei Hamburg 1992. S. 42.

einer irrationalen Furcht vor den so überlegenen Maschinen, oder einem gleichermaßen irrationalen Vertrauen zu ihnen.

Die Utopien und Dystopien, welche etwa ab den fünfziger Jahren in der neu entstehenden literarischen Gattung der Science-fiction formuliert wurden, handelten von Artefakten und ihrer Macht. Frankensteins Monster und der Golem des Rabbi Löw wechselten ihre Gestalt und waren als neue Kunstmenschen nun allgegenwärtig. Neue Wörter entstanden: Roboter, Computer, Raumschiff, Laser. Isaac Asimov formulierte die drei Gesetze der Robotik, Ray Bradbury schrieb die *Mars-Chroniken*, Stanislaw Lem dachte in seiner *Summa technologiae* über die Gesetze einer zweiten, technologischen Evolution nach, als Komplementärwerk zu Thomas von Aquins *Summa theologiae* einer-, und Darwins *On the Origin of Species* andererseits. Vor allem aus Europa kamen skeptische Beiträge: Max Frischs *Homo Faber* und Friedrich Dürrenmatts *Die Physiker*²⁰¹ demonstrierten das Scheitern der technologischen Utopie. Die amerikanische Science-fiction kam dagegen selbst in den Schreckensvisionen, die auch von ihr entwickelt wurden, nie vom Grundmuster des *homo faber* los: Aus den radioaktiven Trümmern der zerstörten Zivilisation stiegen neue Pioniere, die wie ihre Vorväter das wüste Land wieder urbar machten, nur daß sie statt gegen Indianer nun gegen Mutanten kämpften. Mit dem grünen Neo-Romantizismus der siebziger Jahren schwang das Pendel des Zeitgeistes nach der Phase des Szientismus und Technizismus dann wieder ins andere Extrem. Daß neue Maschinen eine bessere Welt schaffen könnten, solange noch die alten Menschen sie bedienten, schien vielen Beobachtern doch eine höchst zweifelhafte Perspektive zu sein.

Daß nun aber der Mensch den Produkten hinterherhinkte, hieß nicht nur, daß er sich dessen – oft unterschwellig – bewußt war und sich schämte, sondern es bedeutete auch, da eben die Fähigkeiten der Artefakte so enorm waren:

Dies also das Grund-Dilemma unseres Zeitalters: *Wir sind kleiner als wir selbst*, nämlich unfähig, uns von dem von uns selbst Gemachten ein Bild zu machen. Insofern sind wir *invertierte Utopisten*: während Utopisten dasjenige, was sie sich vorstellen, nicht herstellen können, können wir uns dasjenige, was wir herstellen, nicht vorstellen.

Diese Tatsache ist nicht eine unter anderen, vielmehr definiert sie die moralische Situation des Menschen heute: Nicht zwischen Geist und Fleisch und zwischen Pflicht und Neigung verläuft heute der Riß, der den Menschen bzw. die

²⁰¹ Welches in den Spielzeiten 1982/83 und 1983/84 das meistgespielte Theaterstück in der Bundesrepublik war. Siehe Knapp, Gerhard P.: *Friedrich Dürrenmatt: Die Physiker*. 11. Aufl., Frankfurt a. M. 1999, S. 41.

Menschheit zerspaltet, sondern zwischen unserer Herstellungs- und unserer Vorstellungsleistung: das „prometheische Gefälle“.²⁰²

Daraus ergaben sich mehrere Konsequenzen: Erstens war die Maschine zuverlässig, der Mensch unzuverlässig. Ergo wurden Entscheidungsprozesse automatisiert:

Der Trend zielt jedenfalls auf eine Situation, in der der unwiderruflich letzte Knopfdrücker vermittels eines unwiderruflich letzten Knopfdrucks die Leistung des Knopfdrückens den Knöpfen selbst aushändigt, um mit dieser feierlichen „Schlüsselübergabe“ endlich, endgültig und bis zum baldigen Ende den Schlußpunkt zu setzen unter jenes unwürdige und altertümliche Misch-Zeitalter, in dem Knopfdrücker aus richtigem Fleisch und Blut noch erforderlich waren.

[...] Denn worauf wir abzielen, ist ja stets, etwas zu erzeugen, was unsere Gegenwart und Hilfe entbehren und ohne uns klaglos funktionieren könnte – und das heißt ja nichts anderes als Geräte, durch deren Funktionieren wir uns überflüssig machen, wir uns ausschalten, wir uns „liquidieren“. Daß dieser Zielzustand immer nur approximativ erreicht wird, das ist gleichgültig. Was zählt, ist die Tendenz. Und deren Parole heißt eben: „ohne uns“.²⁰³

Der Mensch wurde wieder weltlos. A priori war er dies nach Anders, da nicht wie die Tiere in seiner Welt fest verankert, ohnehin. Der Mensch mußte sich die Welt erst aneignen. Da ihn aber die Produkte so überragten, entzogen sich die Auswirkungen der einzelnen Produktionshandlungen seinem Verständnis.

Das soll heißen, daß wir (sofern wir erwerbstätig sind), die wir in Büros, in Fabriken, in Werkstätten oder wo auch immer arbeiten, stets als Glieder arbeitsteiliger Gesellschaften, in Spezialfunktionen parierend, unfähig und kaum bereit sind, den Produktionsprozeß in dem wir *mit-tätig* beteiligt sind, als ganzen, und d.h. streng genommen einschließlich der Produktionseffekte, zu überschauen.²⁰⁴

Auch andere Kritiker der technischen Zivilisation konstatierten diese durch die Soziologie der Technik bewirkte Schrumpfung des Wahrnehmungs- wie des Handlungsraums. Erich Fromm wies darauf hin, daß bereits Marx diesen Wirkungsprozeß geschildert hatte, der ja in der Tat nichts anderes war als ein auf der Ebene der gesamten technischen Zivilisation sich abspielender Prozeß der Entfremdung. Fromm zitierte folgenden Abschnitt von Marx: „Dieses Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation unsres eignen Produkts zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unsrer Kontrolle entwächst, unsre Erwartungen durchkreuzt, unsre Berechnungen zunichte macht, ist eines der Hauptmomente in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung.“²⁰⁵ Dazu merkte

²⁰² Anders, *atomare Drohung*, S. 96.

²⁰³ Ebd., S. 198 f.

²⁰⁴ G'schrey, Oliver: *Günther Anders: ‚Endzeit‘-Diskurs und Pessimismus*. (Hochschulschriften Philosophie, Bd. 10) Cuxhaven 1991. S. 9.

²⁰⁵ Karl Marx und Friedrich Engels: *Historisch-kritische Gesamtausgabe. Werke – Schriften – Briefe*. Im Auftrag des Marx-Engels-Lenin-Instituts Moskau herausgegeben von V. Adoratskij. 1. Abteilung, Bd. 5, S. 22. =

Fromm an: „Man könnte sich kaum ein drastischeres Beispiel für diese Macht der Dinge über den Menschen ausdenken als die Atomwaffen, die der Mensch geschaffen hat und die ihn jetzt zu beherrschen scheinen.“²⁰⁶

Auch Alfred Weber teilte diesen Befund. Er sprach speziell in Bezug auf die Naturwissenschaftler von einer neuen, geradezu schizophrenen Menschennatur:

Worin besteht die Bedeutung der Atombombe vom Menschen her gesehen, der mitverantwortlich ist für die Möglichkeit ihres Entstehens? Ihr Entstehen ist äußerlich ein Nebenprodukt des Ringens der exakten Naturwissenschaft, die der Natur ihre letzten mathematisch faßbaren Geheimnisse zu entreißen versucht, um das alte nicht mehr als ausreichend empfundene theologisch-transzendente Weltbild zu ersetzen und neu zu bestimmen. Eines geheiligten Dranges, der Märtyrer gebar, der allerdings von vornherein das Streben der technischen Umgestaltung und Neubewältigung der äußeren Existenz als sein Doppelgängertum neben sich hatte. Dieses technische Doppelgängertum entwickelte in einem weltgeschichtlich einzigartigen Vorgang jenen allmählich immer gewaltiger werdenden Apparat von Instituten und Laboratorien, mit dessen Hilfe dieses Ringen um ein mathematisch faßbares Weltbild heute von Stufe zu Stufe fortschreitet, systematisiert und durch eine internationalisierte Kommunikation und Konkurrenz zusammengeschlossen, sich ins Unendliche Fortbewegend; dieser Apparat hat die Träger des reinen Erkenntnisringens in Beamtete, ja Hilfskräfte seines eigenen Fortgangs verwandelt. Er bringt zugleich fortgesetzt technische „Nebenprodukte“, das Dasein umwälzende Nebenprodukte für alle Existenzgebiete zutage. Plötzlich stehen infolgedessen heute die Träger dieses Erkenntnistrebens, durch die Einfügung in das apparatliche Ganze gewöhnt, allen technisch wesentlichen Anregungen zu folgen, vor dem Auftrag, auf Grund umwälzender Neueinsichten in das Arbeiten der Naturkräfte die Atombombe schaffen zu helfen, deren unheimliche, in ihren Zerstörungsgrenzen nicht abmeßbare Wirkung sie kennen, deren Beherrschbarkeit durch die Menschheit als Ganzes sie aber nicht kennen, da sie mehr als unwahrscheinlich erscheint.²⁰⁷

Selbst die Wissenschaftler, die Heroen der Moderne, waren also nur noch Hilfskräfte im weltumspannenden wissenschaftlich-technischen Apparat, und damit ihrer Arbeit letzten Endes ebenso entfremdet wie der Arbeiter am Fließband. In einer hochgradig arbeitsteiligen Zivilisation, die nur noch Spezialisten kannte, wurde Betriebsblindheit zur allgemeinen Normalität.

Karl Marx und Friedrich Engels: *Werke*. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Bd. 3: *Die deutsche Ideologie*. S. 33. Hier zitiert nach Fromm, Erich: *Es geht um den Menschen: Eine Untersuchung der Tatsachen und Illusionen in der Außenpolitik*. Stuttgart 1981. S. 64. Editorische Anmerkung: Es handelt sich hierbei um die deutsche Erstausgabe einer Schrift, die Erich Fromm zuerst 1961 in den USA unter dem englischen Titel *May Man Prevail? An Inquiry into the Facts and Fictions of Foreign Policy* publiziert hatte. Wie auch bei Günther Anders wurden hier Schriften, die bereits in den frühen sechziger Jahren entstanden waren, zu Beginn der achtziger Jahre massiv neu rezipiert und von den Verlagen neu aufgelegt.

²⁰⁶ Fromm, Erich, *Es geht um den Menschen*, S. 64.

²⁰⁷ Weber, Alfred: *Kulturgeschichte als Kulturosoziologie*. 2. Aufl. München 1951. Sperrung wie im Original.

Erneut weltlos war der Mensch also, weil er entfremdet, und damit erfahrungslos wurde:

Der Mensch besitzt diese Fähigkeit zur Erfahrung; sie bringt ihn *a posteriori* zurück zur Welt, aus der er ausgerissen ist. Die fremde Welt erfahrend, macht er sie zu seiner eigenen. Erfahrung ist das Modell der Aufhebung der Weltfremdheit. Sie ist sozusagen der Transmissionsriemen der Welthaftigkeit des Menschen. Und ebenso gilt das Umgekehrte, daß dort, wo Erfahrung nicht mehr stattfindet oder verlorengeht, auch die Welt verlorengeht. Ohne Erfahrung bleibt der Mensch weltlos.²⁰⁸

Dieses Problem stellte sich natürlich in potenziierter Form, sobald eine Technologie der Virtualität – in der Diktion Stanislaw Lems: die Phantomatik – entwickelt wurde²⁰⁹. Aus der Entfremdung folgte aber die Suspendierung der Moral:

Das Quantum an Haß und Bösartigkeit, das für die Abschlachtung eines einzigen Menschen durch den Mitmenschen erforderlich ist, erübrigt sich für den Angestellten am Schaltbrett. Knopf ist Knopf. Ob ich durch meine Schaltbrettbedienug eine Fruchteismaschine in Gang setze, ein Elektrizitätswerk anstelle, oder die Endkatastrophe auslöse – attitudenmäßig macht das keinen Unterschied. In keinem dieser Fälle wird mir Gefühl oder Gesinnung irgendwelcher Art zugemutet. Als Knopfdrücker bin ich von Güte ebenso wie von Bosheit absolviert. Weder soll ich dabei hassen, noch brauche ich dabei zu hassen, nein, ich kann das sogar nicht einmal. Weder soll ich schlecht sein, noch brauche ich schlecht zu sein, nein, ich kann das noch nicht einmal. Genauer: ich soll es nicht können. Und zwar deshalb nicht, weil ich dann auch nicht mehr „sollen kann“; das heißt: weil ich dann vom Moralischen ausgeschlossen bleibe – und das eben soll ich. Kurz: Der Startgriff für das Anlaufen der Apokalypse wird sich von keinem anderen Griff unterscheiden und wird (sofern er sich nicht völlig automatisch vollziehen wird, nämlich als Reaktion eines Gerätes auf die Reaktion eines anderen Gerätes) von einem beliebigen harmlosen Angestellten, der die Weisung eines aufleuchtenden Signals befolgen wird, gelangweilt erledigt werden. Wenn es etwas gibt, was die Diabolik unserer Situation symbolisiert, so diese Harmlosigkeit.²¹⁰

Die Bedrohung war überschwellig, die Menschen selbst waren nach Anders apokalypseblind. Zwar war es möglich, sich theoretisch den Untergang der Spezies in einem Nuklearkrieg vorzustellen, doch wurde die menschliche Vorstellungskraft von mehreren hemmenden Faktoren effektiv außer Kraft gesetzt. Der Mensch reagierte auf Gefahren und Bedrohungen, die unmittelbar waren. Die Gefahr der nuklearen Allvernichtung trat dagegen nicht in Erscheinung. In einem fundamentalen Sinne galt hier: Aus den Augen, aus dem Sinn. „Sinnlichkeit ist grundsätzlich kurzsichtig und beschränkt, ihr Horizont ‚sinnlos‘ eng. Nicht das Land der Phantasie ist das Emigrationsziel des Eskapisten von

²⁰⁸ Reimann, Werner: *Verweigerte Versöhnung: Zur Philosophie von Günther Anders*. Wien 1990. S. 91.

²⁰⁹ Vgl. Anders, *Antiquiertheit*, Bd. II, S. 248-258: Die Antiquiertheit der Wirklichkeit.

²¹⁰ Anders, *atomare Drohung*, S. 189 f.

heute, sondern das Land der Wahrnehmung.“²¹¹ Weiter trug zur Apokalypseblindheit die Universalität der Bedrohung bei, die diese so weit streute, daß sie nicht – wie etwa die Verelendung einer Klasse – konkrete Individuen fühl- und sichtbar betraf²¹²; außerdem die vorwegnehmende Aneignung der Zukunft durch den Menschen, der sich durch Planung und Vorsorge im heute der Zukunft bemächtigte, dabei aber das Bewußtsein für die prinzipielle Offenheit und Unvorhersehbarkeit der Zukunft verlor²¹³; und schließlich die damit in engem Zusammenhang stehende, induktive Logik der Erfahrung, welche die bisherigen Katastrophenerfahrungen in die Zukunft projizierte, und sich, während sie dem absoluten Abgrund entgegenging, damit tröstete, daß man ja das Schlimmstmögliche kenne und bisher noch immer alles irgendwie überstanden habe.

d) *Die Rehabilitierung der Angst*

Die Verlängerung der Frist, in der die Menschheit unwiderruflich lebte, verlangte mithin kategorisch nach einer Erweiterung des Horizonts: „Das Gebot, unsere Vorstellung zu erweitern, bedeutet also in concreto: Wir haben unsere Angst zu erweitern. Postulat: *Habe keine Angst vor der Angst, habe Mut zur Angst. Auch den Mut, Angst zu machen. Ängstige deinen Nachbarn wie dich selbst.*“²¹⁴

Günther Anders wurde damit zum geistigen Schirmherren einer Rehabilitierung der Angst, auf den sich beispielsweise Erhard Eppler explizit berief²¹⁵. Diese diskursive Tendenz war bereits im pazifistischen Standpunkt angelegt, bei der Tapferkeit im Kriege handele es sich lediglich um die Überwältigung der vernünftigen Angst vor Tod oder Verwundung durch die unvernünftige Angst vor dem Odium der Feigheit. Äußerungen zur Legitimität, ja Rationalität von Angst fanden sich in den Schriften der Friedensbewegung häufig. So schrieb Dieter Lattmann: „Es gibt [...] Situationen, in denen draufgängerischer, nämlich tollkühner Mut auf Dummheit hinausläuft und Feigheit ein Ausweis von Verantwortung und Nachdenken sein kann.“²¹⁶ Klaus Gerosa bemerkte: „Wer keine Angst hat, meinte Erich Kästner, hat keine Phantasie. Bertrand Russell gestand

²¹¹ Ebd., S. 97.

²¹² Ebd., S. 106-108.

²¹³ Ebd., S. 120-125.

²¹⁴ Ebd., S. 98. Hervorhebungen wie im Original.

²¹⁵ Vgl. Eppler, Erhard: *Die tödliche Utopie der Sicherheit*. Reinbek bei Hamburg 1983. S. 209 f.

²¹⁶ Lattmann, Dieter: *Die Formelsprache der Rüstungspolitiker: Pazifismus als Kampfwort*. In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsgg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. 2. Aufl. München 1982. S. 79.

schließlich der Menschheit die Berechtigung für das höchste Maß an Angst zu, daß sie jemals hatte.²¹⁷ Petra Kelly führte in ihrer Rede während der Stationierungsdebatte im Bundestag im November 1983 aus, es gäbe eine richtige Angst. Diese orientiere sich „an der größten aller möglichen Gefahren, der Vernichtung allen Lebens durch menschliches Handeln“²¹⁸. Die falsche Angst sei dagegen die vor der Sowjetunion.

Ein Hauptvertreter dieser These war der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter. Er unterschied einerseits zwischen einer Angst, die sich auf die Gesamtheit des Wettrüstens und der gegenseitigen Bedrohung der Supermächte bezog, und die „durch die politischen Tatsachen [...] begründet“²¹⁹ sei, und einer „sozusagen halbierte[n]“²²⁰ Angst andererseits, die sich nur auf die eine Hälfte dieses Verhältnisses beziehe. „So entsetzen sich bekanntlich in unserem Land viele lediglich über die russische SS-20 und fühlen sich um so sicherer, je mehr Raketen die Amerikaner bei uns mit dem Versprechen bereitstellen, damit die Russen in Schach zu halten.“²²¹ Dies sei jedoch eine Flucht vor der Realität. „Die ganze Wahrheit heiße, die volle Angst aushalten zu müssen.“²²²

Damit benehmen wir uns wie ein Patient, der lieber nicht von einer in ihm stekenden lebensgefährlichen Krankheit wissen will, obwohl er sich nur durch Konfrontation mit der schlimmen Diagnose dazu aufraffen könnte, irgendwelche sinnvollen Abwehrmaßnahmen zu treffen. Der Patient zweifelt, ob er fähig wäre, die Kraft zu einer schmerzlichen Änderung seiner Lebensform aufzubringen, was für seine Heilung notwendig wäre. Deshalb wehrt er sich gegen jeden, der ihm die Wahrheit sagen will. Lieber geht er zugrunde, wenn er nur bis zum letzten Augenblick alle bösen Ahnungen mit Hilfe der Illusion niederhalten kann, daß es um ihn vielleicht doch nicht schlimm stehe.

Eben dies ist aber offenbar die Verleugnungshaltung, aus der heraus viele bislang den Rüstungswettkampf widerspruchslos geschehen lassen.²²³

Dabei ist auf einige unterschwellige Implikationen hinzuweisen, die Richters Krankheitsmetapher enthielt. Ein Arzt verfügte über gesicherte, objektive und damit bessere Kenntnisse über den Patienten und seine Krankheit als dieser selbst. Mit der Verwendung dieser Analogie beanspruchte Richter, denselben überlegenen Kenntnisstand in Hinblick auf die politische und militärische Situation zu besitzen. Aus diesem höheren Grad an Wissen ließ sich ein Anspruch der Autorität ableiten; ein Anspruch an den Pa-

²¹⁷ Gerosa, Klaus: Umweltschutz heißt Frieden schaffen. In: Ders. (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984. S. 40.

²¹⁸ Deutscher Bundestag: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages: Stenographischer Bericht der 36. Sitzung der 10. Wahlperiode* (22. November 1983). S. 2521D.

²¹⁹ Richter, Horst-Eberhard: Die Angst kann lehren, sich zu wehren. In: Jens, Walter (Hrsg.): *In letzter Stunde: Aufruf zum Frieden*. München 1982. S. 117.

²²⁰ Ebd., S. 118.

²²¹ Ebd.

²²² Ebd.

²²³ Ebd., S. 122.

tienten, sich zu seinem eigenen Besten den Anordnungen des Arztes zu fügen. Indem Richter die Struktur der internationalen Politik als krankhaft bewertete, hob er die Autorität des Arztes auf eine globale Ebene, woraus sich eine höchst problematische Konstellation ergab: In solchen ‚Menschheitsärzten‘ hätten Platons Philosophenkönige ihre strahlende Wiedergeburt erlebt. Derselbe Anspruch auf globale Zuständigkeit der Psychotherapeuten wurde auch durch Richters Kollegen Erich Fromm und Paul Parin erhoben. Letzterer stellte explizit fest, die Beschränkung der Medizin auf die Physiologie könne nicht mehr aufrecht erhalten werden²²⁴. Vielmehr müsse der Arzt nun Gesichtspunkte der Sozialsphäre wie die Mikrosoziologie der Familie, die materiellen und ideellen Lebensbedingungen und die institutionellen wie ökonomischen Gegebenheiten einbeziehen²²⁵. In der Kälte der herrschenden Lebensverhältnisse werde der Arzt zur ‚letzten guten Autorität‘²²⁶.

Wie Psychotherapeuten sich dem politischen Problem des Friedens zuwandten, so verstanden sich Friedensforscher gleichermaßen als Therapeuten. In seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe von Johan Galtungs Buch *Es gibt Alternativen! Vier Wege zu Frieden und Sicherheit* schrieb Robert Jungk:

Ob er es weiß oder nicht, ob er es will oder nicht: auch dieser Galtung ist ein Arzt [wie seine Vorfahren, Anm. T.W.]. Allerdings von einer ganz neuen Art. Sein Patient ist ‚die menschliche Gesellschaft‘, sein Arbeitsfeld ist ‚die Welt‘. Beide schwerkrank, vielleicht schon todkrank an Leiden, die von Theoretikern und Praktikern so verschieden erklärt werden, daß eine zusammenwirkende und alle Kräfte mobilisierende Behandlung nicht zustande kommt. In diesem vielstimmigen Disput hat die Stimme des vielsprachigen ‚Doctor mundi‘ aus Norwegen ein besonderes Gewicht.²²⁷

Deutlich zu spüren war Jungks Bedauern darüber, daß er nicht wie der Anders’sche Noah einen festen Punkt zum Stehen hatte, von dem aus er das Denken der Menschen aus den Angeln heben konnte. Dem entsprach die Klage Günter Grass’ über die Ausgewogenheit des Einerseits und Andererseits²²⁸. Kein Prophet konnte noch wirken, wenn seine Zeitdiagnostik in einer Vielzahl von Weltdeutungen verschwand.

²²⁴ Parin, Paul: Die Verleugnung der Gefahr und die Aufgabe des Arztes, in: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985. S. 157 f.

²²⁵ Ebd., S. 158.

²²⁶ Ebd.

²²⁷ Jungk, Robert: Vorwort zu Galtung, Johan: *Es gibt Alternativen! Vier Wege zu Frieden und Sicherheit*. Opladen 1984. S. 5.

²²⁸ Vgl. Zimmermann, Harro: *Günter Grass unter den Deutschen: Chronik eines Verhältnisses*. Göttingen 2006. S. 398 f.

Gleichzeitig war mit Anders' und Richters Aussagen über wahre und scheinbare Realität der Realismusstreit eröffnet; die konkurrierenden Ansprüche darauf, wer denn nun die wahren Realisten seien – die Vertreter einer Realpolitik der Abschreckung, oder die Vertreter einer radikalen Abrüstung? So nüchtern und rational Anders' Analysen auch waren, so lief er in seiner Verteidigung der Phantasie doch Gefahr, in antirealistische Denkformen zu verfallen.

Gerade bei Psychoanalytikern fiel die These vom Widerspruch der guten, vernünftigen Angst einer- und der irrationalen Angst andererseits auf fruchtbaren Boden. Auch Paul Parin nahm Anders' These von der Überschwelligkeit der Gefahr auf und verband sie mit der psychologischen Theorie der Affektverschiebung:

Eine größere Gefahr, der gegenüber man machtlos ist, wird ganz verleugnet, oder es wird ihr die emotionelle Besetzung entzogen. Die Angst heftet sich an eine Gefahr, der gegenüber man sich weniger ohnmächtig fühlt und gegen die man in Wirklichkeit oder in der Phantasie eher etwas unternehmen kann.

[...] Es fällt nun auf, daß gerade die größte Gefahr, die eines nuklearen Krieges, so häufig verleugnet wird, genauer gesagt, daß diese Gefahr keine bewußten Angstgefühle hervorruft, daß sie nicht von einem adäquaten Angsteffekt begleitet ist. Daran sind m. E. zwei Besonderheiten schuld: Erstens sind die Einwirkungen nuklearer Zerstörung schwer vorstellbar; sie können nicht mit entsprechenden eigenen sinnlichen Erfahrungen verknüpft werden. Zweitens sind die damit verbundenen Vorstellungen von Vernichtung, einschließlich der der eigenen Person so schrecklich, daß sie gar nicht zu bewußtseinsfähigen angstbesetzten Phantasien verarbeitet werden können. Vorstellungen vom gleichzeitigen Verlust des eigenen Selbst und aller Beziehungspersonen, ja der gesamten belebten Umwelt können in der Regel nicht verdrängt werden. Sie werden abgespalten, das Erleben wird Ich-fremd; sie betreffen nicht mehr die eigene Person und lösen darum im Ich auch keine Signalangst aus.²²⁹

Daher war nach Parins Ansicht die gesamte Nuklearpolitik, angefangen bei der Überzeugung, daß Abschreckung notwendig sei, bis hin zu Vorstellungen von der Führbarkeit eines Nuklearkrieges, nichts als das Produkt von Rettungsphantasien, ein „wahnhafter Überbau“ mit deutlich paranoiden Zügen²³⁰. Dabei handele es sich um „weitgehend magische Denkweisen“²³¹; also etwa vergleichbar den Zaubermitteln, durch die in Stammeskulturen²³² versucht wurde, Naturkatastrophen abzuwehren. Die Rüstung, wel-

²²⁹ Parin, Paul: Die therapeutische Aufgabe und die Verleugnung der Gefahr. In: Passet, Peter; Modena, Emilio (Hrsg.): *Krieg und Frieden aus psychoanalytischer Sicht*. München und Zürich 1987. S. 26 f. Anmerkung zur Editions-geschichte: Der Band faßt die Beiträge einer gleichnamigen Tagung zusammen, die am 23. und 24. April 1983 in Zürich stattfand. Sie wurden noch im gleichen Jahr erstmals publiziert.

²³⁰ Parin in: Bastian, *Friedensnobelpreis*, S. 166.

²³¹ Parin in: Passet, Modena, *Krieg und Frieden*, S. 27.

²³² Mit denen sich Parin aus psychoanalytischer Sicht in mehreren Forschungsreisen ausführlich beschäftigt hatte, vgl. Parin, Paul; Morgenthaler, Fritz; Parin-Matthèy, Goldy: *Fürchte deinen Nächsten wie dich selbst*.

che ja spätestens seit dem Erreichen der Overkill-Kapazität in keinerlei Beziehung zu realen Sicherheitsbedürfnissen mehr stehe, habe eindeutig den Charakter eines Fetisches²³³. Die kollektive Rettungsphantasie erzeuge eine ideologische Gleichschaltung des Denkens²³⁴. Nach Parin, der beanspruchte, einerseits die Psyche der Militärs und Politiker und andererseits die wirkliche Wirklichkeit genau zu durchschauen, entsprang die gesamte nukleare Situation objektiv einem Verblendungszusammenhang. Aus ihrem Selbstverständnis als Ärzte heraus betrachteten Psychoanalytiker wie er selbst, Richter und Fromm diejenigen Handlungsweisen, die ihnen persönlich unvernünftig erschienen, mit größter Selbstverständlichkeit als objektiv krankhaft²³⁵. Konsequenter weitergedacht hätte dies bedeutet, daß alle Vertreter der konventionellen Abschreckungspolitik unter psychischen Störungen litten und sich dringend einer Therapie hätten unterziehen müssen²³⁶. Uta Ranke-Heinemann forderte explizit eine dementsprechende Untersuchung aller hochrangigen Politiker auf psychische Gesundheit, wobei sie wie Parin die Zustimmung zum Prinzip der nuklearen Abschreckung als objektives Merkmal einer psychischen Störung ansah²³⁷. Eine solche Überprüfung werde nur leider nicht in die Tat umgesetzt, da das Interesse der Menschen, von psychisch Gesunden geleitet zu werden, zu gering ausgeprägt sei, was selbst wiederum ein klares Anzeichen eines pathologischen Geisteszustandes darstelle. Die Möglichkeit, daß es für die nukleare Abschreckung vielleicht auch erwägenswerte Gründe geben könnte, existierte in dieser Betrachtungsweise von vornherein nicht.

Mit dieser Anwendung der psychoanalytischen Methodik auf die Politik legitimierten die Stationierungsgegner ihren partikularen politischen Standpunkt durch einen vorgeblich wissenschaftlichen Ansatz. Dem weltanschaulichen Gegner wurde bereits grundsätzlich abgesprochen, daß seine Sichtweise in irgendeiner Hinsicht berechtigt sein oder die Wirklichkeit zutreffend erfassen könnte. Somit wurde er als politischer Kontrahent gar nicht mehr anerkannt, sondern tendenziell als geisteskrank stigmatisiert. Der Streit

Psychoanalyse und Gesellschaft am Modell der Agni in Westafrika. Frankfurt a. M. 1971. Außerdem Dies.: *Die Weißen denken zuviel: Psychoanalytische Untersuchungen bei den Dogon in Westafrika*. Zürich 1963.

²³³ Inhaltlich übereinstimmend sprach Helmut Gollwitzer von der Rüstung als einem „vermeintlichen Schutzgott“, dem „Opfergaben über Opfergaben“ dargebracht würden. Vgl. Gollwitzer, Helmut: Schaffen wir die Rüstung ab oder sie uns? In: Behrens, Katja (Hrsg.): *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984. S. 85.

²³⁴ Parin in: Bastian, *Friedensnobelpreis*, S. 159-166.

²³⁵ Parin bezeichnete das System der gegenseitigen Abschreckung als „Wahnsystem“, die Furcht vor der Sowjetunion als eine „kollektiv hochbesetzte Verfolgungsphantasie“. Parin in: Passet, Modena, *Krieg und Frieden*, S. 30.

²³⁶ Vgl. Ranke-Heinemann, Uta: Christliche Krankenpflege und christliche Kriegsführung. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985. S. 135.

²³⁷ Ebd.

um den NATO-Doppelbeschuß erwies sich damit als Paradebeispiel für Karl Mannheims Befund eines gänzlich neuen Paradigmas der politischen Konflikte im Zeitalter der Ideologien, das mit der Übertragung wissenschaftlicher Methodik auf politische Probleme einsetzte und in der Herausbildung eines radikalen und totalen Ideologiebegriffs mündete²³⁸:

Früher warf man dem Gegner als Repräsentanten einer bestimmten sozialen Position vor, daß er gerade als solcher die bewußte oder unbewußte Fälschung von Fall zu Fall begehe. Jetzt wird der Angriff dadurch vertieft, daß man ihm die Möglichkeit des richtigen Denkens nimmt, indem man seine Bewußtseinsstruktur, und zwar in ihrer Ganzheit, diskreditiert.²³⁹

Eben diese Diskreditierung der Bewußtseinsstruktur des politischen Gegners stellte im Kampf gegen die Stationierung eine der bedeutendsten diskursiven Waffen der Friedensbewegung dar, die ihr von den als engagierten Intellektuellen auftretenden Psychoanalytikern und -therapeuten in die Hand gegeben wurde.

e) *Der Exterminismus: Die nukleare Situation nach Edward P. Thompson*

Die zweite bedeutende Analyse des Nuklearzeitalters stammte von dem marxistischen britischen Historiker Edward P. Thompson. Für die deutsche Friedensbewegung war besonders ein Artikel Thompsons wichtig, der in der Mai/Juni-Ausgabe 1981 der linken Theoriezeitschrift *Das Argument* erschien²⁴⁰. Er trug den Titel *Der Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation*, und entwickelte eine negative Anthropologie, die derjenigen von Anders, der ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift war, in vielen Punkten nahestand.

Eingangs ließ Thompson noch einmal Argumente Revue passieren, die er bereits in den sechziger Jahren zur Frage der Natur des Kalten Krieges vorgebracht hatte:

Eine Verschwörungstheorie lag allen Untersuchungen aus dem stalinistischen Einflußbereich zugrunde. „Die herrschenden Kreise der USA setzen alles daran, einen neuen Krieg vorzubereiten“, „genau diese Kreise bereiten ununterbrochen neue Aggressionspläne vor.“ So schrieb man dem Feind auf eine Weise einen kriminellen Vorbedacht zu, der kaum einleuchtet und marxistischen Kategorien fremd ist. Was Wright Mills „den Drift und Drang in Richtung Dritter Weltkrieg“ nennt, läßt sich in der Tat der Existenz oligarchischer und militärischer

²³⁸ Vgl. Mannheim, Karl: *Ideologie und Utopie*. 8. Aufl. Frankfurt a. M. 1995. S. 32-56.

²³⁹ Ebd., S. 64.

²⁴⁰ *Das Argument*. Nr. 127 (Mai/Juni 1981). S. 326-351. Vorher in deutscher Übersetzung veröffentlicht in *Befreiung: Zeitschrift für Politik und Wissenschaft*, Nr. 19/20, 8. Jg. (1980), sowie in der englischen Originalfassung in der *New Left Review* Nr. 121 (1980).

herrschender Klassen zuschreiben (die sich übrigens weit gleichmäßiger auf alle Kontinente des Globus verteilen als Friedensanhänger je vermuten ließen). Die Kriegsgefahr erwächst jedoch nicht aus der bewußten Planung der Eliten. Wäre dem so, dann könnten wir ruhig schlafen, denn die „herrschenden Kreise“ dürften kaum die eigene Vernichtung planen. Der Krieg kann aus politischen Entscheidungen dieser unverantwortlichen Minderheiten resultieren, *als das letzte, unvorhergesehene Glied einer kausalen Kette, die in jedem Stadium von den vorangegangenen Entscheidungen einer herrschenden Klasse geschmiedet worden ist.* Der Dritte Weltkrieg könnte als „etwas, was keiner wollte“ ausbrechen, als Ergebnis widerstreitender Formationen sozialer Kräfte. (...) Wenn die Menschheit je durch ihre eigenen Waffen von dieser Erden ausradiert wird, dann wird es auf die Frage: zog es sie oder sank sie hin? keine einfache Antwort geben.²⁴¹

Dieser einleitende Abschnitt enthielt zunächst zwei herbe Kritiken an der Mehrheit der marxistischen Linken: Erstens wurde ihre Einschätzung, der nächste Krieg werde durch die Ränke der ‚bösen Kapitalisten‘ entstehen, als voluntaristische Theorie zurückgewiesen, die nach Thompson folgendem stereotypen Muster folgte:

Die Handlung der Geschichte geht ungefähr so: Die originäre und auch die reziproke Ursache des Weltkrieges liegt in den Expansionsgelüsten des Weltimperialismus. [...] Der Staatssozialismus, wie sehr er auch deformiert sein mag [...], nimmt eine „überwiegend defensive“ militärische Haltung ein. Das läßt sich durch eine a-priori-Übung bestätigen, eine kurze Abhandlung über die verschiedenen Produktionsweisen und ihre sozialen Formationen: die kapitalistische Produktionsweise ist vom Streben nach Profit und neuen Ausbeutungsgebieten bestimmt, das Wettrüsten dagegen eine den (wie immer deformierten) sozialistischen Staaten unwillkommene Bürde, die Mittel für den sozialistischen Aufbau am falschen Ende bindet.²⁴²

Zweitens sagte Thompson, daß auch die Nomenklatura der UdSSR eine herrschende Klasse im Marx’schen Sinne bildete, was er etwas später noch deutlicher formulierte: „[Wir müssen] zur Kenntnis nehmen, daß es zwei imperiale Formationen gibt, und nicht eine, wie weit sie sich auch nach Herkunft und Charakter unterscheiden mögen.“²⁴³ Das zeigte deutlich, wie unabhängig Thompson in seinem Denken von den herrschenden Klischees der Linken war²⁴⁴. Er stand damit in Verbindung zu dissidenten marxistischen

²⁴¹ Ebd., S. 326. Hervorhebungen wie im Original.

²⁴² Ebd., S. 327.

²⁴³ Ebd., S. 328.

²⁴⁴ Diese klischeehafte Betrachtung des Kalten Krieges ließ sich bestens anhand der Publikationen orthodoxer Marxisten studieren; so etwa bei Kade, Gerhard: *Die Bedrohungslüge: Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten“*. 2. Aufl. Köln 1980. Exemplarisch war auch Powik, Gerhard: *Entspannung oder Konfrontation*. Berlin 1984; herausgegeben von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED / Institut für Internationale Arbeiterbewegung. Darin hieß es: „Von den dafür verantwortlichen imperialistischen Kräften wurde seit längerer Zeit zielstrebig auf eine derartige Verschlechterung [der weltpolitischen Lage] hingearbeitet. Inzwischen hat dieser Trend zum Schlechteren einen ziemlich alarmierenden Charakter angenommen. Nach dem Willen jener, die die Verschärfung herbeigeführt haben, soll sie zumindest die achtziger Jahre beherrschen. Die aggressivsten Kreise, insbesondere der USA-Imperialismus, verschärfen fortgesetzt den Konfrontationskurs. [...] An verschiedenen Stellen der Erde

Theoretikern wie Rudolf Bahro, die den real existierenden Staatssozialismus von einer marxistischen Basis aus kritisierten. Bei Thompson wie Bahro bedeutete dies in der Konsequenz eine Rückbesinnung auf die humanistischen Wurzeln des Marxismus, der bei Bahro zudem eine starke ökologische und religiöse Akzentuierung erhielt²⁴⁵.

Der für Thompsons Essay zum Exterminismus bestimmende Gedanke war nun der, daß er, darin ganz dialektischer Materialist, den Ausbruch von Kriege allein auf die strukturellen Bedingungen der jeweiligen Gesellschaften zurückführte. Seine Argumentation verlief oft parallel zu der Günther Anders'. So wie dieser feststellte, daß es irrelevant sei, wie „privat anständig“²⁴⁶ ein Besitzer von Atomwaffen wäre, so schrieb Thompson:

Die Lage wird von Gegensatz und Wechselwirkung zugleich bestimmt, denn der Zuwachs der Waffenarsenale auf beiden Seiten geht zum Teil auf eine gegenseitige Logik zurück, er wird sogar nach gemeinsam verabredeten, wohlausgearbeiteten Spielregeln betrieben. In diesem Rahmen spielt es eine weit geringere Rolle als manche annehmen, ob man die militärische Haltung der Sowjetunion (oder „des Westens“) als „im Grunde defensiv“ definiert. Das ist nicht mehr als eine moralische Zuordnung unterstellter Absichten.²⁴⁷

[...] Es mag die Sozialisten trösten, die Ursache für all das²⁴⁸ in erster Linie im westlichen Imperialismus zu sehen und erst in zweiter Linie in der sowjetischen Reaktion. Aber das ist inzwischen ganz nebensächlich. Von den Ursprüngen her zu argumentieren, die Guten und die Schlechten auszusortieren, ist die Flucht vor der Realität in den Moralismus.²⁴⁹

In deutlicher Übereinstimmung zu Anders' und auch den oben vorgestellten Überlegungen Alfred Webers²⁵⁰ entwickelte Thompson eine Soziologie der Technik:

Die Bombe ist schließlich mehr als ein lebloses Ding. Zuallererst ist sie in ihrer zerstörerischen Wirkung und in ihrer programmierten Flugbahn eine Bedrohung. Zum zweiten ist sie Bestandteil eines Waffen-*Systems*, das herzustellen, zu bemannen und zu unterhalten, ein korrespondierendes soziales System erfordert. Eine ausgeprägte Organisation von Arbeit, Forschung und Unterhalt, mit ausgeprägten Befehlshierarchien, Regeln der Geheimhaltung und einer Zugriffshierarchie auf Material und menschliche Fertigkeiten, einem hohen Grad an polizeilicher Überwachung und Disziplin, eine ausgeprägte Organisation der Produktion,

drohen imperialistische Staaten mit militärischer Intervention, wie beispielsweise die USA in der Karibik [...]. Der Rüstungsboom der NATO-Staaten erreicht bisher nicht dagewesene Höhen. [...] Haupttriebkraft beim Umschwung zur und bei der Verfolgung der neuen Konfrontationspolitik sind bestimmte Kreise des USA-Imperialismus.“ A. a. O., S. 49 f.

²⁴⁵ Vgl. Bahro, Rudolf: Überlegungen zu einem Neuanatz der Friedensbewegung in Deutschland. In: Bundesvorstand der Grünen (Hrsg.): *Entrüstet Euch: Analysen zur atomaren Bedrohung, Wege zum Frieden*. Bonn o. J. S. 52-72.

²⁴⁶ Anders, *atomare Drohung*, S. 16.

²⁴⁷ Das Argument, Mai/Juni 1981, Nr. 127, S. 328.

²⁴⁸ Das Wettrüsten; Anm. T.W.

²⁴⁹ Das Argument, Mai/Juni 1981, Nr. 127, S. 337.

²⁵⁰ Vgl. Liessmann, Konrad Paul: *Günther Anders zur Einführung*, 2. Aufl., Hamburg 1993. S. 45-47.

die – ihrem Charakter nach militaristisch – große Zahlen von Zivilisten (Beamte, Ingenieure, Wissenschaftler) beschäftigt und braucht, die sie ihrer Disziplin und ihren Spielregeln unterwirft.²⁵¹

Dabei agierten die in diesen militärisch-wissenschaftlich-industriellen Komplex eingebundenen Menschen auf der Basis der internen Funktionslogik des Apparats und somit gerade nicht aufgrund einer Rationalität, die sich an gesamtgesellschaftlich wünschenswerten Zielen orientierte. Aus diesem Gedanken heraus, verbunden mit der Beobachtung der immer weiter voranschreitenden technischen Entwicklung, gewann Thompson das Modell des Exterminismus. Da die Vernichtungskapazitäten stetig anwuchsen – was an den beiderseitigen Bedrohungswahrnehmungen lag, die die jeweils andere Seite immer als die stärkere sahen – und aufgrund der zunehmenden technischen Perfektion der Waffen, die die Vorwarnzeit bei einem gegnerischen Angriff immer mehr verkürzten, wuchs das Risiko für den Ausbruch eines Nuklearkrieges stetig. Wenn die Ost-West-Konfrontation nicht überwunden würde, dann, so Thompson, sei der Ausbruch eines Krieges eines Tages unvermeidlich. Dieser Krieg würde allerdings nicht auf dem bösen Willen der einen oder anderen Seite beruhen, sondern einfach auf der Fähigkeit des Menschen, immer bessere Werkzeuge, somit auch bessere Waffen zu bauen. Der Mensch war also in der Thompson'schen Konzeption des Exterminismus wie schon bei Anders letzten Endes die Geisel seiner eigenen Produkte:

Es hat wenig Sinn, in den Eingeweiden der beiden verschiedenen Produktionsweisen nach den Zeichen der Zukunft zu wühlen, wenn wir so unaufmerksam sind, zu übersehen, was sie produzieren. Denn in zunehmendem Maße produzieren beide, die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion, Mittel des Krieges und im gleichen Umfang exportieren beide Weltmächte in rivalisierender Konkurrenz die Materialien des Krieges und der zugehörigen militärischen Systeme, Infrastrukturen und Technologien in die Dritte Welt.

Wir haben es hier mit einer inneren Dynamik und gegenseitigen Logik zu tun, die eine neue analytische Kategorie erfordert. Wenn „die handbetriebene Maschine uns die Gesellschaft mit dem Feudalherren bescherte und die Dampfmaschine die mit dem industriellen Kapitalisten“ (Marx), was bescheren uns dann diese satanischen Maschinen, die heute laufen und die Mittel zur Ausrottung der Menschheit hervorbringen?²⁵²

Gleichzeitig begriff Thompson die Geschichte als ihrem Wesen nach chaotisch²⁵³: „Wir können [...] die Zeitgeschichte als das irrationale Ergebnis kollidierender Bestrebungen

²⁵¹ Das Argument, Mai/Juni 1981, Nr. 127, S. 328.

²⁵² Ebd., S. 328.

²⁵³ Im Sinne eines hochkomplexen Systems von Kausalbeziehungen, dessen zeitliche Entwicklung nicht vorhersehbar war und das plötzlich extreme Zustände annehmen konnte; d.h. *nicht* als chaotisch im Sinne von nicht-kausal.

begreifen und uns für die Zukunft auf eine zunehmende Irrationalität einrichten.“²⁵⁴ Für sich genommen rationale Entscheidungen jedes einzelnen Akteurs im internationalen Bedrohungssystem führten also in ihrer gegenseitigen Wechselwirkung zu irrationalen Folgen: „Was ursprünglich Reaktion gewesen sein mag, wird Zielrichtung. Was von der einen oder anderen Macht als rationales Eigeninteresse gerechtfertigt wird, gerät im Aufeinanderprallen beider zu Irrationalem. Wir haben es mit der kumulativen Logik eines Prozesses zu tun.“²⁵⁵ Ebenso wie Anders, aber in deutlichem Kontrast zu konventionellen Standpunkten, wies Thompson der Bombe einen zentralen Platz in der menschlichen Zivilisation zu. Die Bombe war kein bloßes Zubehör, kein Element eines Werkzeugkastens, das eingesetzt werden konnte oder auch nicht. Sie war vielmehr der Angelpunkt der menschlichen Existenz. Nicht der Mensch bestimmte demnach über die Bombe, sondern vielmehr die Bombe über den Menschen.

In gewisser Weise war dies nicht mehr als die einfache Fortführung der militärtheoretischen Erkenntnis, daß die technischen Eigenschaften der vorhandenen Waffen die Taktik bestimmten. Nun stand allerdings nicht nur die Atombombe zur Verfügung, sondern auch die Interkontinentalrakete. Damit war die Aufgabe des Militärlogistikers vollständig handhabbar geworden, an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit eine bestimmte Menge an Feuerkraft zur Verfügung zu stellen; eine Aufgabe, deren Komplexität noch zu Moltkes Zeiten dafür gesorgt hatte, daß, nach einem damaligen Bonmot, die intelligentesten Köpfe des preußischen Generalstabs in die Eisenbahnabteilung gingen und sie als Verrückte wieder verließen²⁵⁶. Nun mußten keine Armeen mehr mobilisiert und zur Front gebracht werden, um sich dann in der Schlacht mit dem Feind zu messen und sich schließlich zur gegnerischen Hauptstadt vorzukämpfen. Es genügte vielmehr, einen einzigen Befehl zu geben, der eine Anzahl von Technikern dazu veranlaßte, bestimmte Bedienungsschritte an den ihnen zugewiesenen Apparaturen vorzunehmen. Der Krieg war damit nicht nur total geworden, d. h. alle Bereiche der Gesellschaft umfassend, sondern hatte sich auch aller hemmenden Elemente wie des Geländes, des Wetters, unzureichender Ausrüstung oder menschlichen Versagens entledigt. Alles, was Clausewitz als „Friktionen“²⁵⁷ zusammengefaßt hatte, war verschwunden. Die unendlichen Mühen und Anstrengungen, die Krieg in früheren Zeiten bedeutet hatte,

²⁵⁴ Das Argument, Mai/Juni 1981, Nr. 127, S. 327.

²⁵⁵ Ebd., S. 337.

²⁵⁶ Tuchmann, Barbara: *August 1914: Ausbruch des Ersten Weltkriegs – der eigentliche Beginn unseres Jahrhunderts*. Bern und München 1979. S. 93. Zum Umfang der Mobilisierungspläne vergl. ebd., S. 27-36, 85 f., und 92 f.

²⁵⁷ Vgl. Clausewitz, Carl von: *Vom Kriege*. Berlin 1998. Erster Teil, erstes Buch: Über die Natur des Krieges. 7. Kapitel: Friktionen im Kriege. S. 86-88.

waren überflüssig geworden. Der Krieg machte den Gegner darüber hinaus nicht mehr nur wehrlos, sondern bewirkte seine Vernichtung. Schließlich betrug die Zeitspanne zwischen dem Entschluß, den Krieg zu beginnen, und der Auslöschung des Feindes, die man früher in Monaten oder Jahren gemessen hatte, nur noch wenige Stunden oder gar Minuten. In einem solchen Zustand, in dem jederzeit ein gegnerischer Angriff möglich war, herrschte permanent Krieg, und zwar um so mehr, als es im Zeitalter der Interkontinentalraketen keine Grenze und keine Front mehr gab. Die Vernichtung konnte zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort erfolgen. Damit war der Nuklearkrieg keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln mehr. Vielmehr galt nun:

Die heutige Militärtechnologie löscht jedes Element von ‚Politik‘ aus. Ein auf Ausrottung gerichtetes System steht dem anderen gegenüber und der entscheidende Vorgang wird der Logik des Vorteils folgen – innerhalb der Parameter der Ausrottung.²⁵⁸

Der Prozeß, der dies geleistet hatte, war nach Thompson ein evolutionärer. Er war nicht aufgrund von Entscheidungen von Personen entstanden, sondern brachte vielmehr seinerseits Entscheidungen hervor:

Die Waffeninnovation ist ein aus sich selbst lebender Prozeß. Der Impuls zur ‚Modernisierung‘ und zum Experiment lebt unabhängig von Ebbe und Flut der internationalen Diplomatie, auch wenn jede Krise oder jede Innovation ‚Des Feindes‘ ihn nach vorne treibt. [...] Seine Lebensformen unterscheiden sich: Der Waffenzuwachs in den USA ist aktiver und innovativer, in der UdSR reaktiver und nachahmender, mehr in Form von ‚Nachfolge‘-Modifikationen.²⁵⁹

Dabei waren die beiden Supermächte, bei all ihren Unterschieden, letzten Endes „isomorph“²⁶⁰, d. h. in gleicher Erstarrung befangen. „Die Waffenforschung und -entwicklung gründet in beiden Blöcken auf bürokratischen Entscheidungen und nicht auf dem freien Willen der Marktkräfte.“²⁶¹

In beiden Systemen wirkten zunächst einmal allgemein menschliche Faktoren: Der Wunsch, jedes gegebene technische System immer weiter zu verbessern, war dem Ingenieur inhärent, ebenso dem Militär der Wille, das jeweils modernste und beste Gerät zur Verfügung zu haben, und dem Bürokraten oder Manager das Bestreben, im internen Konkurrenzkampf der Abteilungen gut abzuschneiden. Es lag auf der Hand, daß diese Tendenzen in einem kapitalistischen System, das auf möglichst freier, allgemeiner Konkurrenz beruhte, besonders stark entwickelt waren. Auch wenn Thompson es ablehnte,

²⁵⁸ Das Argument, Mai/Juni 1981, Nr. 127, S. 331.

²⁵⁹ Ebd., S. 329.

²⁶⁰ Ebd., S. 342.

²⁶¹ Ebd., S. 330.

im Wettbewerb der Rüstungsunternehmen den entscheidenden Faktor des Wetttrüstens zu sehen und damit einem oberflächlichen Antikapitalismus eine Absage erteilte²⁶², so wertete er diesen doch als das Prinzip, das die Entwicklung in den USA besonders dynamisch werden ließ:

In den Vereinigten Staaten kommt ein starker Druck zum Exterminismus aus der normalen Dynamik riesiger kapitalistischer Unternehmen. Zudem läßt sich ein kollektiver kapitalistischer Willen nach Überleben und Expansion erkennen, ob als konterrevolutionäre Reaktion auf eigenständige anti-imperialistische Bewegungen in der Dritten Welt oder beim Verfolgen von Interessen und der Sicherung von Ressourcen (vor allem Öl) nach dem altetablierten imperialistischen Strickmuster.²⁶³

Der Rüstungsindustrie kam nach Thompsons Ansicht ein besonderer Status innerhalb der Struktur der westlichen Wirtschaft zu, denn sie verfügte über sichere Absatzmöglichkeiten auf einem stetig expandierenden Markt und staatlich garantierte, hohe Profitraten. Thompson schloß sich dem Argument der britischen Wirtschaftshistorikerin Emma Rothschild an, die in der Rüstungsindustrie seit dem Zweiten Weltkrieg den führenden Wirtschaftssektor der USA sah²⁶⁴. Dieser habe bereits zwei Boomphasen erlebt: Die erste im Zweiten Weltkrieg und in den frühen Jahren des Kalten Krieges, die zweite im Vietnamkrieg. Die dritte Boomphase habe, nach einem Abschwung in Folge des verlorenen Vietnamkrieges und der Phase der D tente, Mitte der 1970er Jahre begonnen, und stehe nun, im Jahre 1980, angesichts der internationalen Krise vor ihrem Höhepunkt: „Alte, fettleibige R stungsindustrien besinnen sich auf die Kraft ihrer Jugend. Riesige Injektionen öffentlichen Geldes gehen in diesen Jungbrunnen.“²⁶⁵

Thompsons Analyse der R stungsdynamik in der Sowjetunion beinhaltete eine vollständige Absage an den zu diesem Zeitpunkt auf Seiten der politischen Linken noch verbreiteten Glauben an die überlegene Rationalität geplanter Wirtschaftsprozesse. Für die sowjetische Rüstungsproduktion gelte: „Wir untersuchen nicht die sich selbst reproduzierenden und invasiven Eigenschaften des Kapitals, sondern die Selbstreproduktion und den imperativen Druck einer Bürokratie.“²⁶⁶ Diese sei in doppelter Hinsicht militaristisch. Zum einen sei „[d]er R stungskomplex [...] ebenso deutlich der führende Sektor der sowjetischen Industrie wie in den Vereinigten Staaten, nur daß er bürokratische

²⁶² Ebd.

²⁶³ Ebd., S. 337.

²⁶⁴ Ebd., in Bezugnahme auf Rothschild, Emma: Boom and Bust. In: *The New York Review of Books*, 27. Jg. (1980), Nr. 5.

²⁶⁵ Das Argument, Mai/Juni 1981, Nr. 127, S. 338.

²⁶⁶ Ebd.

Betriebsformen annimmt.²⁶⁷ Der wesentliche Grund dafür liege zunächst in dem Umstand, daß die Existenz der Sowjetunion vom Tag ihrer Gründung an bedroht gewesen sei. Auf der Basis einer rückständigen, in weiten Teilen noch feudalistisch und agrarisch geprägten Volkswirtschaft hätten zunächst der Erste Weltkrieg und der Bürgerkrieg ausgefochten werden müssen. Nach einer Phase des Wiederaufbaus und der forcierten Modernisierung und Industrialisierung sei dann der Zweite Weltkrieg mit seinen ungeheuren Verwüstungen und Verlusten an Menschenleben gekommen, worauf sich unmittelbar der Kalte Krieg angeschlossen habe. „In einem bezeichnenden Sinne war die Sowjetunion immer eine ‚Kriegswirtschaft‘“.²⁶⁸ Sie habe also unter erheblich schwierigeren Bedingungen mehr leisten als die Volkswirtschaften des Westens müssen, zu denen aufzuschließen sie gezwungen gewesen sei. Die Rüstungsindustrie genieße daher absolute Priorität, sowohl was den Zugriff auf ‚Humanressourcen‘ betreffe – die bestausgebildeten „Physiker, Ingenieure, Chemiker, Mathematiker, Elektroniker und Kybernetiker“²⁶⁹ – als auch was die Versorgung mit Rohstoffen angehe. Militaristisch sei diese bürokratische Gesellschaft zweitens durch die allgemeine militärisch-patriotische Propaganda. Thompson nannte als Beispiel die DOSAAF, die *Freiwillige Unionsgesellschaft zur Förderung der Land-, Luft- und Seestreitkräfte*, die nach seinen Angaben etwa 80 Millionen Mitglieder zählte und allerorten sowohl Zivilverteidigungsübungen wie auch militärisch-patriotische Kundgebungen durchführte, wobei letztere, allen voran die alljährlichen 1.-Mai-Paraden auf dem Roten Platz, zu einem bestimmenden Merkmal des Lebens in der Sowjetunion geworden seien²⁷⁰.

Der Exterminismus sei daher in der Sowjetunion „nicht aggressiv und auf Einmarsch in andere Länder gerichtet, sondern eher ideologischer und bürokratischer Natur.“²⁷¹ Allerdings sei er nicht länger eine Reaktion auf den westlichen Vernichtungsdrang, sondern habe ein autonomes Beharrungsvermögen entwickelt. Nach einer kurzen Phase, in der der militärisch-industrielle Komplex von Chruschtschow in Frage gestellt worden sei,

kam wieder die träge Beharrungsmasse ans Ruder: die ideologische Paranoia, die Furcht vor der anderen Meinung, die gehaltlose Orthodoxie des offiziellen intellektuellen Lebens in der Sowjetunion, der Horror vor der osteuropäischen Ab-

²⁶⁷ Ebd., S. 339.

²⁶⁸ Ebd., S. 338.

²⁶⁹ Ebd., S. 339.

²⁷⁰ Ebd. Zum Verhältnis von militärisch-industriellem Komplex zur übrigen Sowjet-Wirtschaft als auch dem des Militärs zur Partei siehe Hildermeier, Manfred: *Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*. München 1998. S. 866-870.

²⁷¹ Das Argument, Mai/Juni 1981, Nr. 127, S. 340.

weichung, die Feindseligkeit gegenüber authentischer Blockfreiheit oder selbst euro-kommunistischer Autonomie – all das ging Hand in Hand mit dem Entspannungsspiel der höchsten Vertreter der Sowjetunion, mit SALT hier und SALT da, mit zunehmenden Spritzen an Waffen-, „Hilfe“ an die Dritte Welt, und mit der Stationierung der widerwärtigen und völlig unnötigen SS-20-Raketen an den Rändern Europas: eine Waffe, die, wie der Wink in einem gemeinsamen Drehbuch des Exterminismus, den Auftritt der wartenden Cruise-Raketen der NATO auslöste.²⁷²

f) *Das exterministische Weltsystem*

Wollte man die Analysen Thompsons und Anders' in einem Satz zusammenfassen, so würde das Fazit in etwa lauten: Der Mensch, ein die Welt erforschendes und Werkzeuge bauendes Tier, war als halbfertiges Produkt eines evolutionären Prozesses an einen Punkt gelangt, an dem er die Macht besaß, seine Welt zu vernichten. Er verfügte aber nicht über die Fähigkeit, seine Fähigkeiten vernünftig zu gebrauchen. Die Selbsterstörung war also das wahrscheinliche Schicksal der menschlichen Spezies. Thompsons Überlegungen führten ihn zu folgendem Schluß:

Ich biete in aller Ernsthaftigkeit die Kategorie des Exterminismus an. Mit diesem Begriff will ich den Hauptakteuren nicht Absicht oder kriminellen Vorbedacht unterstellen und ganz sicherlich behaupte ich nicht, eine neue „exterministische“ Produktionsweise entdeckt zu haben. Der Begriff des „Exterminismus“ kennzeichnet diejenigen Züge einer Gesellschaft – sie können in verschiedenen Graden in ihrer Volkswirtschaft, in ihrer politischen Ordnung und in ihrer Ideologie auftreten –, die als Schubkraft in eine Richtung wirken, deren Resultat die Auslöschung riesiger Menschenmassen sein muß. Das Resultat wird die Auslöschung sein, aber es wird nicht zufällig dorthin kommen (selbst wenn der endgültige Auslöser zufällig sein mag), sondern es wird aus früheren politischen Handlungen, aus der Anhäufung und Perfektion der Mittel zur Vernichtung und aus der Strukturierung ganzer Gesellschaften auf dieses Ende hin folgen.²⁷³

Dabei benannte er allerdings auch ein Kriterium, das erklären konnte, warum die exterministische Entwicklung bis dato nicht zu einem neuen großen Krieg geführt hatte: „Der Exterminismus bedarf zu seiner Entladung natürlich *zweier* tragender Kräfte, die aufeinanderprallen.“²⁷⁴ Würde sich eine der beiden Kräfte von innen heraus auflösen, wie es die Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre dann tatsächlich tat, so

²⁷² Ebd.

²⁷³ Ebd., S. 341.

²⁷⁴ Ebd., S. 342.

würde das exterministische System mit einem Wimmern enden, nicht mit einem Knall. Thompson stellte also keine Teleologie auf, sondern begriff Geschichte als offenen Prozeß.

Ein derartiger glimpflicher Ausgang war jedoch noch aus der Perspektive der beginnenden 80er Jahre unwahrscheinlich. Denn: „Dieser beharrliche Schub hin zum Krieg (oder auch zur Kollision) entspringt Grundlagen, die tief in die Strukturen der einander entgegengesetzten Mächte eingebettet sind.“²⁷⁵ Der Exterminismus beruhte auf sich selbst verstärkenden Prozessen, die innerhalb der Gesellschaften abliefen. Ausgehend von den Bereichen, die mit der Herstellung der äußeren Sicherheit unmittelbar befaßt waren, kolonisierte er nach und nach immer mehr gesellschaftliche Bereiche. „Wenn man sie unter diesem Blickwinkel betrachtet, dann *haben* die USA und die Sowjetunion nicht militärisch-industrielle Komplexe, sondern sie *sind* militärisch-industrielle Komplexe.“²⁷⁶ Die Priorität der Unterhaltung bestehender sowie der Entwicklung und Herstellung neuer Waffensysteme bedeutet erstens eine erhebliche Militarisierung der zivilen Wissenschaft, und zweitens die Absorption gewaltiger finanzieller Mittel. Dafür mußte wiederum die Zustimmung der Bevölkerung sichergestellt werden.

Die Notwendigkeit, die Zustimmung aufzuzwingen (dem Steuerzahler in den USA, dem sowjetischen Verbraucher, dessen Erwartungen unbefriedigt bleiben), schafft neue Mittel und Methoden, die öffentliche Meinung zu steuern. Von einem bestimmten Punkt an *brauchen* die herrschenden Gruppen eine unentwegte Kriegsgefahr, um ihre Herrschaft, ihre Privilegien und ihre Prioritäten zu legitimieren, um andere Meinungen zum Verstummen zu bringen, um soziale Disziplin zu verordnen und um die Aufmerksamkeit von der offenkundigen Irrationalität ihrer Handlungen abzulenken. Sie haben sich an diese Verhaltensweisen so gewöhnt, daß sie sich eine andere Art zu regieren gar nicht mehr vorstellen können.²⁷⁷

Die Hauptaufgabe kam dabei der Ideologie zu:

In beiden Lagern erfüllt die Ideologie eine dreifache Funktion: Sie soll die Kriegsvorbereitungen motivieren, den privilegierten Status der Anführer legitimieren und die inneren Meinungsabweichungen überwachen. Über mehr als 30 Jahre war der Antikommunismus das Mittel zur ideologischen Kontrolle der amerikanischen Arbeiterklasse und Intelligenz; über den gleichen Zeitraum hat die kommunistische Orthodoxie ideologische Kontrollen durch simple „stalinstische“ Umkehrung des Prinzips ausgeübt.²⁷⁸

²⁷⁵ Ebd., S. 342.

²⁷⁶ Ebd.

²⁷⁷ Ebd., S. 342 f.

²⁷⁸ Ebd., S. 343.

Die Hoffnung auf eine Beendigung des exterministischen Prozesses beruhte schließlich auf den Dissidenten bzw. dissidenten Staaten in beiden ideologischen Blöcken:

Die beiden Lager sind in einem Punkt ideologisch vereinheitlicht: in der gegenseitigen Feindseligkeit gegenüber jeder echten Blockfreiheit, gegenüber dem „Neutralismus“ oder dem „dritten Weg“. Denn, gäbe es diesen Weg, dann entzöge er dem Exterminismus direkt seine Legitimationsgrundlage. Dubcek und Allende mußten gestürzt werden, weil sie das empfindlichste ideologische Territorium betraten, ihr Erfolg hätte die Grundprämissen des wechselseitigen ideologischen Kräfte-Feldes erschüttert. Der Bazillus hätte sich fortpflanzen können, nicht nur durch Osteuropa und Lateinamerika, sondern auch in die Kernländer des Exterminismus selbst.²⁷⁹

Was er schließlich auch tat, als Gorbatschow mit Glasnost und Perestroika antrat, um, auch wenn er diesen Ausdruck aus naheliegenden Gründen nicht gebrauchte, einen ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘ zu schaffen.

In den achtziger Jahren würde, so Thompson, der Exterminismus in eine Krise geraten. Zwar gelte auf internationaler Ebene: „Wir haben es hier mit einem undialektischen Widerspruch zu tun, einem Zustand absoluten Antagonismus, in dem beide Mächte durch Konfrontation wachsen und der nur durch gegenseitige Vernichtung gelöst werden kann.“²⁸⁰ Dennoch käme es auch im exterministischen System zur Entwicklung von Widersprüchen, nur nicht *zwischen*, sondern *innerhalb* der beiden Systeme:

Im Westen produziert eine wissenschaftsintensive Kriegswirtschaft nicht nur Waffensysteme, sondern auch Inflation, Arbeitslosigkeit und abnehmende Dienstleistungen. Im Osten verlangsamt die Kriegswirtschaft das Wachstum und verdreht seine Richtung, sie bringt materielle und personelle Versorgungslücken mit sich. Die abhängigen Staaten beider Bündnissysteme spüren die Belastungen am deutlichsten; der Unwille gegen diesen Zustand des Gefangenseins wächst. In dem Maße, wie Angst und Unzufriedenheit wachsen, taucht als Hoffnungsschimmer die Möglichkeit einer wahrhaft internationalen Bewegung gegen die Aufrüster beider Blöcke auf, eine unerträgliche Bedrohung der exterministischen Ideologie.²⁸¹

Das exterministische Weltsystem ging also einer Krise entgegen. Sollte es gelingen, eine blockübergreifende Abrüstungs- und Friedensbewegung zustande zu bringen, dann, so Thompson,

kann [diese] möglicherweise die Kraft und den internationalistischen Elan entwickeln, um die Cruise-Raketen und die SS 20 zurückzuwerfen.

Wenn wir diesen Sieg erringen, wird die Welt sich wieder bewegen.

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ Ebd., S. 344.

²⁸¹ Ebd.

Im nachhinein betrachtet erwies sich Edward P. Thompson damit als einer der hellstichtigsten Analysten des nuklearen Zeitalters. Genau jene Prozesse der wirtschaftlichen Überbeanspruchung der beiden Supermächte durch ihre militärisch-industriellen Komplexe waren es, die den Kalten Krieg schließlich beendeten. Daß es die Sowjetunion war, die zuerst unter der Belastung zusammenbrach, verdeckt heute meist die Tatsache, daß auch das westliche System stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, wobei die kostspieligsten Projekte – MX und SDI – noch nicht einmal auch nur annähernd im ursprünglich vorgesehenen Umfang verwirklicht wurden. Trotzdem ließ die enorme Aufrüstung unter Reagan die USA wirtschaftlich geschwächt und militärisch überdehnt zurück, was allerdings lange verschleiert blieb²⁸². Schon der erste Feldzug gegen den Irak nach der Besetzung Kuwaits konnte nur dadurch finanziert werden, daß diese Last von Deutschland, Japan und Saudi-Arabien übernommen wurde²⁸³. Doch blieb dieser Umstand weitgehend hinter den Kulissen der Diplomatie verborgen. Erst beim Fiasko im Irak zeigte sich, daß der Koloß USA in Wirklichkeit auf tönernen Füßen stand.

²⁸² Vergl. Junker, Detlef: *Power and Mission: Was Amerika antreibt*. Freiburg i. Br. 2003. S. 120-123.

²⁸³ Ebd., S. 126.

3. Die Pathologien der bipolaren Weltordnung

a) *Das instabile Gleichgewicht*

Auch wer nicht explizit von der Theorie des Exterminismus ausging, sah die Ursache der gespannten Weltlage vielfach nicht in der Bösartigkeit der einen oder anderen Seite, sondern in den Mechanismen des Konfliktes selbst. Die beiden Supermächte glichen in den Augen vieler Betrachter blindwütigen Giganten, die in ihrem Streit die Welt zu zerstören drohten. So bewertete beispielsweise Petra Kelly die Konfrontation der ideologischen Blöcke als Ursache einer globalen Dynamik der Selbstvernichtung²⁸⁴. Ebenso wie Günther Anders und Edward P. Thompson betonten die Diagnosen des Kalten Krieges als einer pathologischen Situation dessen strukturelle Aspekte. Er wurde als System begriffen, dessen Entwicklung aus seiner intrinsischen Eigenlogik resultierte und daher durch die Entscheidungen der Akteure nur bedingt zu beeinflussen war.

Zur Verbreitung dieses Interpretationsansatzes trug bei, daß im Zuge der unter Brandt eingeleiteten Entspannungspolitik in großen Teilen der Öffentlichkeit, insbesondere in der jüngeren Generation, die Vorstellung einer ‚Bedrohung aus dem Osten‘ geschwunden bzw. gar nicht erst entstanden war. In der bis dahin stark vom Antikommunismus geprägten politischen Kultur der Bundesrepublik stellte dies einen tiefgreifenden Wandel dar. Unter Verweis auf die internen Schwierigkeiten der sowjetischen Staatsführung und ihrer bisher gezeigten geringen Risikobereitschaft wurde der UdSSR sowohl das Interesse an, als auch die Fähigkeit zu einer militärischen Expansion gen Westen weitgehend abgesprochen. Als Hauptgefahr für den Frieden erschien vielmehr das Abschreckungssystem an sich, das sowohl horizontal als auch vertikal eskalierte; also zum einen nach und nach alle Weltregionen in den Konflikt hineinzog, und zum anderen die nuklearen Arsenale immer weiter anwachsen ließ. Große Teile der Friedensbewegung zogen daraus den Schluß, „nicht der Gegner“ sei „die Hauptgefahr, sondern der Gegensatz“²⁸⁵.

Dies war vor allem insofern bedeutsam, als es implizierte, der Konflikt mit der UdSSR resultiere nicht allein aus deren Verhalten, und damit aus einem Umstand, der für die NATO-Staaten eine rein externe Gegebenheit darstellte. Vielmehr sei die Blockkonfrontation das Ergebnis einer von beiden Seiten ausgehenden Dynamik, d. h. auch

²⁸⁴ Kelly, Petra: *Um Hoffnung kämpfen: Gewaltfrei in eine grüne Zukunft*. 3. Aufl. Bornheim-Merten 1983. S. 45.

²⁸⁵ Bender, Peter: *Politik statt Rüstung: Si vis pacem, para pacem*. In: Lutz, Dieter S. (Hrsg.): *Sicherheitspolitik am Scheideweg?* Bonn 1982, S. 684.

von politischen Entscheidungen des Westens. Westeuropa und Amerika hatten demnach nicht nur auf eine ihnen aggressiv entgegentretende Sowjetunion reagiert, sondern zur Entstehung des Kalten Krieges substantiell beigetragen. Nach Ansicht der Friedensbewegung führte der so entstandene Hegemoniekonflikt zwischen den USA und der UdSSR zu einer kaum noch kontrollierbaren Hypertrophie der Militärapparate, förderte die Konfrontationsbereitschaft und begünstigte auf *beiden* Seiten eine Wahrnehmung der eigenen Lage als eines ‚Eingekreist-Seins‘ in einer ‚Welt von Feinden‘, welche die Gefahr in sich barg, eine Flucht nach vorn vom kalten in den heißen Krieg als einzigen Ausweg erscheinen zu lassen.

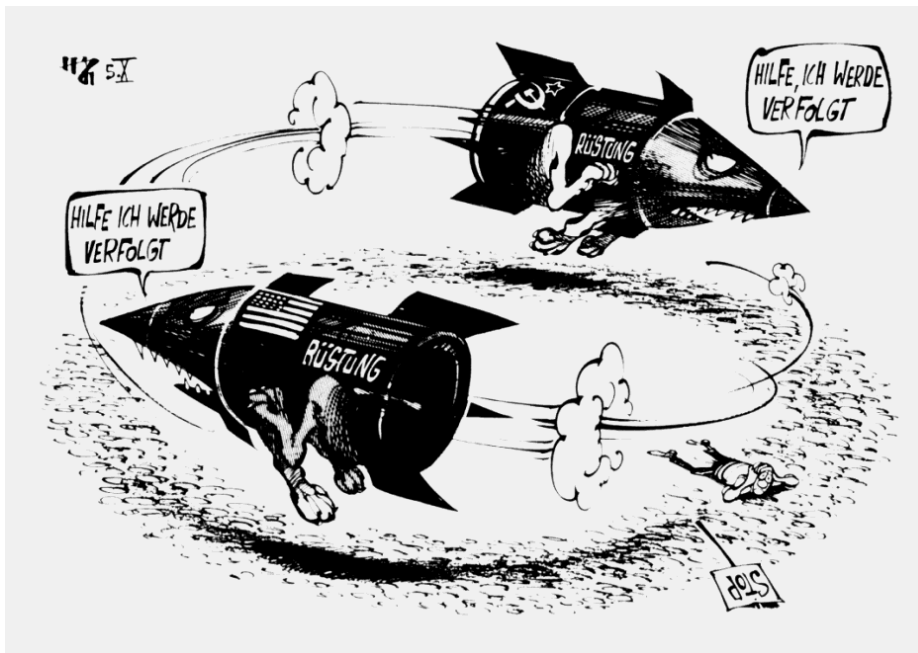
Eine solches kognitives Erklärungsmodell, das die Kriegsgefahr aus der gemeinsamen Konfrontationsdynamik erklärte, legte es nahe, nach Möglichkeiten eines Ausstiegs aus dem gegenseitigen Bedrohungszusammenhang der Supermächte zu suchen. Es wurde vor allem von solchen Organisationen und Aktivisten vertreten, die auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht beiden Seiten gleichermaßen ablehnend gegenüberstanden, also sowohl den Kapitalismus angelsächsischer Prägung wie auch das sowjetische Modell des Kommunismus verwarfen und nach einem dritten Weg strebten. Innen- und außenpolitische Präferenzen und Wahrnehmungsmuster liefen damit parallel.

In ihrer Analyse der destabilisierenden Wirkungen eines Gleichgewichtssystems rekurrierte die Friedensbewegung vor allem auf ein psychologisches Phänomen, das bereits Carl von Clausewitz beschrieben hatte. Dieser konstatierte in seiner Schrift „Vom Kriege“, man sei immer „geneigt und veranlaßt, die Stärke seines Gegners zu hoch, als sie zu gering zu schätzen, weil es so in der menschlichen Natur ist.“²⁸⁶ Beide Seiten empfanden ihre Sicherheitssituation von vornherein als ungenügend, wodurch die Dynamik des Wettrüstens in Gang gehalten wurde. „Was dem einen seine Verteidigung“, war „dem anderen seine Bedrohung“²⁸⁷. Jeder Rüstungsschritt provozierte eine Überkompensation durch den Gegner, wodurch die Rüstung zum Perpetuum mobile wurde. Das Tragische dabei sei, so Carl Friedrich von Weizsäcker, daß man zur Erklärung des ständigen Rüstungswettlaufs keine primär aggressiven Beweggründe voraussetzen brauche²⁸⁸. Allein die gegenseitige Angst reiche aus, um die Rüstungsspirale in Schwung zu halten. Auf den Punkt gebracht wurde dieser Mechanismus in der folgenden Karikatur von Horst Haitzinger:

²⁸⁶ Clausewitz, Carl von: *Vom Kriege*. Berlin 1998. S. 40.

²⁸⁷ Mann, Golo: *Wallenstein*. 5. Aufl. Frankfurt a. M. 2004. S. 506.

²⁸⁸ Weizsäcker, Carl Friedrich von: *Möglichkeiten und Probleme auf dem Weg zu einer vernünftigen Weltfriedensordnung: Vortrag, gehalten am 1. März 1982 in der evangelischen Akademie in Tutzing*. 5. Aufl. München und Wien 1982. S. 10.



289

Bei dieser Situationsanalyse handelte es sich zweifellos um eines der stärksten Argumente der Friedensbewegung. Eine – zumindest potentiell bestehende – Pathologie militärischen Sicherheitsdenkens wurde hier präzise beschrieben. Bei beiden Supermächten war eine Neigung zu einer extensiven Definition von Sicherheit zu beobachten, nach der diese erst dann als hergestellt gelten konnte, wenn jede auch nur theoretische Möglichkeit eines erfolgreichen Angriffs durch den Gegner vollständig ausgeschaltet war²⁹⁰, was logisch fortgedacht bedeutet hätte, daß allein die erfolgreiche Etablierung globaler Dominanz die eigene Sicherheit garantieren würde. Von Weizsäcker bemerkte dazu: „Jede Macht fühlt sich erst sicher, wenn sie ihrem möglichen Gegner überlegen ist; da der Gegner genauso denkt, entsteht ein Wettlauf.“²⁹¹

Dieses psychologische Modell beschrieb nun zwar einen pathologischen Zustand; jedoch ging es immerhin noch davon aus, daß die nukleare Rüstung auf den Gegner – wenn auch überzogen – reagierte. Dagegen vertraten viele Autoren vor allem aus der Kritischen Friedensforschung den Standpunkt, die Nuklearrüstung erfolge aus einer Eigendynamik heraus, die die Aktionen des Gegners allenfalls als legitimierenden Vorwand benutze, aber in keinem ursächlichen Zusammenhang mit ihr stehe²⁹². Andreas Buro schrieb beispielsweise, das Wettüben bestehe entgegen den entsprechenden Be-

²⁸⁹ Abgedruckt in: 1. Saulgauer Friedenszeitung, ASBB Box 4.5.6, Mappe 1983 II.

²⁹⁰ Vgl. Afheldt, Horst: *Atomkrieg: Das Verhängnis einer Politik mit militärischen Mitteln*. München 1984. Hier zitiert nach der Taschenbuchausgabe München 1987. S. 48 f.

²⁹¹ Weizsäcker, *Weltfriedensordnung*, S. 10.

²⁹² Vgl. dazu Krell, Gert: Rüstungswettlauf: Verteidigung oder Eigendynamik? Zur Kritik der amerikanischen Nuklearstrategie. In: *Friedensanalysen: Für Theorie und Praxis*. (Vierteljahrsschrift für Erziehung, Politik und Wissenschaft. Bd. 2: Schwerpunkt Rüstung.) 2. Aufl. Frankfurt a.M. 1981. S. 54 f. und 62 f.

hauptungen nur in begrenztem Maße in Reaktionen auf Rüstungsschritte der anderen Seite²⁹³. Vielmehr sei die Rüstungsdynamik sowohl in den kapitalistischen als auch den bürokratischen (den, so Buro, „sogenannten realsozialistischen“) Gesellschaften fest verankert²⁹⁴. Der Friedensforscher Dieter Senghaas erweiterte und systematisierte diese Kritik. Seiner Ansicht nach wurzelte die Pathologie des Kalten Krieges vor allem in einem institutionalisierten Komplex fehlerhafter kognitiver Prozesse²⁹⁵. Diese machten es dem Gegner unmöglich, die ihm von vornherein zugeschriebene Rolle eines Aggressors zu falsifizieren. Die Kognition sei grundsätzlich konservativ orientiert: Sie bevorzuge prinzipiell die gespeicherten Erfahrungen früherer Ereignisse, blocke aber die Aufnahme neuer Daten, die zu diesen in Widerspruch ständen, ab. Innovatives Lernen, durch das eingefahrene Sichtweisen aufgebrochen und korrigiert werden könne, werde so verhindert. Im Endeffekt verhalte sich die Sicherheitspolitik autistisch, da sie ihre deskriptiven Überzeugungen von der Empirie entkopple und jede kritische Überprüfung ihrer Prämissen tabuisiere.

Am deutlichsten offenbarte sich der irrationale Charakter des Wettrüstens für viele Beobachter in den inzwischen angehäuften *Overkill*-Kapazitäten. Effektiv veranschaulicht wurden diese in den bekannten Statistiken, die besagten, auf jeden lebenden Menschen entfielen inzwischen soundso viel Tonnen an Sprengmitteln. So beispielsweise Walter Jens: „[...] jeder Belgier, Deutsche, Ungar, Franzose [besitzt] eine Mitgift von sechzig Tonnen Sprengstoff – sechzigtausend Kilogramm TNT als Gabe für alle: so wird in unseren Tagen Demokratie praktiziert!“²⁹⁶ Die Akkumulation überflüssiger Vernichtungsmittel galt der Friedensbewegung als klarer Beweis dafür, daß die Motivation der nuklearen Rüstung nicht in den objektiven Erfordernissen der Sicherheit liegen konnte, sondern in sachfremden Faktoren zu suchen war. Mit anderen Worten: Die nukleare Rüstung war in Wahrheit Selbstzweck. Wiederum Jens:

Was heute gespielt wird, ist [...] die bare Absurdität: Jeder kann jeden hundertmal töten ... und dabei wird ständig nach neuen Waffen verlangt. Politiker gebärden sich wie Moribundi, die, wiewohl sie nur einen Sarg brauchen können,

²⁹³ Buro, Andreas: Alternative Konzepte zur gegenwärtigen militärischen Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und der NATO. In: Tatz, Jürgen (Hrsg.): *Alternativen zur Abschreckungspolitik: Standpunkte und Strategien für eine neue Friedenspolitik*. Freiburg i.Br. 1983. S. 76.

²⁹⁴ Ebd.

²⁹⁵ Vgl. Senghaas, Dieter: *Abschreckung und Frieden: Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*. Frankfurt a. M. 1972. S. 74 f. sowie S. 170-188.

²⁹⁶ Jens, Walter: Appell in letzter Stunde, in: Ders. (Hrsg.): *In letzter Stunde: Aufruf zum Frieden*. München 1982. S. 8. Die entsprechenden Angaben unterlagen allerdings erheblichen Schwankungen: Ein Jahr vor Jens hatte Horst-Eberhard Richter die Menge des Sprengstoffs pro Kopf noch auf 15 Tonnen, also nur ein Viertel des von Jens genannten Betrags, beziffert. Vgl. Richter, Horst-Eberhard: Friedfertig unter dem Atompilz? In: *Konkret* (Januar 1981), S. 33.

deren hundert bestellen, und, da's der böse Nachbar ebenso macht, noch einmal hundert dazu.²⁹⁷

Jo Leinen erklärte im August 1981 bei einem Friedenspolitischen Forum in Bonn:

Wir haben gerade, Gott sei Dank würde ich sagen, in der evangelischen Kirche das Bewußtsein, daß militärisches Gleichgewicht bei einem vielfachen Overkill irgendwo keine Meßlatte mehr sein kann für weitere Rüstungsbeschaffungsprogramme. Und ich würde sagen, um es kurz zu fassen, nicht nur einzelne Waffen sind pervers, sondern dieses Abschreckungssystem ist pervers, weil es zu diesem mehrfachen Overkill geführt hat.²⁹⁸

Und Oskar Lafontaine führte aus:

Wir haben heute über fünfzigtausend Atombomben in der Welt.

Was dies an Vernichtungskraft bedeutet, kann sich niemand mehr vorstellen. Als Präsident Eisenhower im Jahre 1953 die Frage vorgelegt bekam, jährlich eine Zahl von vierhundert Minuteman-Raketen (damals mit einer Atombombe bestückt) zu produzieren, war seine Reaktion: „Warum werden wir nicht total verrückt und planen zehntausend?“

Nach dem Urteil des damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten sind wir heute also total verrückt, und diesem Urteil kann man sich getrost anschließen.²⁹⁹

Angenommen wurde dabei eine spezielle Betriebsblindheit der Militärs und Politiker, welche nicht fähig seien, neben den unmittelbaren Zusammenhängen der Blockkonfrontation weitere Realitäten wie vor allem die der ständig wachsenden Kriegsgefahr wahrzunehmen. Bereits Stanley Kubrick hatte in seinem Film „Dr. Strangelove“ diesen Typ des bornierten Militärs in Gestalt des General Turgidson karikiert, den in seiner manischen Fixierung auf den Feind selbst im Angesicht völliger nuklearer Verwüstung nur die Sorge umtrieb, die Sowjets könnten vielleicht über mehr Atombunker verfügen als die USA, so daß sich nun eine „Bunker-Lücke“ aufzutun drohe.

Zusätzlich unterlegt wurde diese analytische Hypothese mit dem Verdacht, beim Wettrüsten handele es sich um die Variante eines typisch männlichen und damit in feministischer Sicht infantilen Konkurrenzdenkens. Dabei wurde das Militär als soziales Milieu gesehen, das sich wie jedes andere auch über eine Hierarchie organisiere, der eine Rangordnung von Prestigeobjekten zugeordnet sei, welche ihrerseits Fetischcharakter hätten³⁰⁰. Die Militärs – dem pazifistischen Vorurteil zufolge ohnehin Primitive – seien

²⁹⁷ Ebd.

²⁹⁸ Apel, Hans; Bahr, Egon; Bahro, Rudolf (Hrsg.): *Sicherheitspolitik contra Frieden? Ein Forum zur Friedensbewegung*. Berlin und Bonn 1981. S. 33.

²⁹⁹ Lafontaine, Oskar: Wer hat die Nase vorn? In: Jens, Walter (Hrsg.): *In letzter Stunde: Aufruf zum Frieden*. München 1982. S. 65.

³⁰⁰ „Wir brauchen die Pershing II nicht, um uns verteidigen zu können. Das können wir längst. Wir brauchen sie als perverses Statussymbol, als vorerst letzten Schrei unseres Raketenkults!“ Lambertz, Meta: Frieden hat mit Gerechtigkeit zu tun. In: Vack, Hanne; Vack, Klaus (Hrsg.): *Mutlangen – unser Mut wird*

bornierter Weise nicht in der Lage, Nuklearraketen kühl und nüchtern nach ihrem Gebrauchswert zu beurteilen, sondern häuften mit derselben blinden Leidenschaft immer größere Waffenarsenale an, mit der andere Männer Rennpferde, Autos oder Yachten sammelten. Sie verhielten sich, um ein historisches Beispiel zu bemühen, wie italienische Adelsfamilien, deren Stadtturm um jeden Preis der höchste sein mußte, gleichgültig, ob dies für die eigene Sicherheit überhaupt noch einen Nutzen bot. Bei psychoanalytisch informierten Autoren fand sich des öfteren der Vergleich der Nuklearraketen mit den Zaubernetzen primitiver Stämme. So schrieb etwa der Erziehungswissenschaftler Hans-Jochen Gamm, in der Rüstungspolitik würden vorrationale Bewußtseinschichten der Menschen wirksam:

In frühen Kulturen war [...] das Zaubermittel, auf das man seine Zuversicht setzte, in geheiligten Schreinen verwahrt. Heute scheinen Spitzenpolitiker ähnlich fixiert wie die damals magisch-benommenen Stammespriester des psychischen Altertums; die abgelegenen Betonsilos mit den verborgenen Raketen bieten die neuen Fetische der zweifelhaften Hoffnung aufs Überleben.³⁰¹

Diese Argumentationen machten somit primär die psychologischen Befindlichkeiten der Militärs für die nukleare Rüstung verantwortlich. Angesichts ihres oft stark polemischen Einschlags erschien ihr Erklärungswert jedoch zweifelhaft.

Demgegenüber gelangten Friedensforscher wie Gert Krell zu wesentlich differenzierteren Ansätzen. Auch er ging dabei von einem Phänomen der Betriebsblindheit aus, wobei er allerdings die Bedeutung innerstaatlicher Entscheidungsprozesse betonte: Die Handlungen von Regierungen seien „weniger überlegte und kalkulierte Versuche [...], andere Regierungen zu beeinflussen, als vielmehr Produkte interner Kompromisse.“³⁰² Rüstungskontrollabkommen wie beispielsweise die SALT-Gespräche seien daher mindestens ebenso sehr das Ergebnis innergesellschaftlicher wie zwischenstaatlicher Verhandlungen. Krell zitierte dazu die Schilderung eines ehemaligen wissenschaftlichen Beraters des US-Präsidenten, dem zufolge die Auseinandersetzungen über das SALT-Abkommen zunächst einmal zwischen dem Weißen Haus, dem Pentagon, dem Kongreß und der amerikanischen Öffentlichkeit stattgefunden hätten³⁰³. Erst nachdem es jeweils gelungen sei, in der internen Diskussion eine Einigung zu erzielen, seien die Verhandlungen mit den Sowjets weitergeführt worden. Insofern, so Krells Schlußfolgerung,

langen! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wg. „Nötigung“. 4. Aufl., Sensbachtal 1987. S. 49.

³⁰¹ Gamm, Hans-Jochen: Gesellschaftliche Bedingungen der Friedenserziehung. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): *Jahrbuch '83*. Sensbachtal 1984. S. 125.

³⁰² Krell, *Rüstungswettlauf*, S. 61.

³⁰³ Ebd., S. 62.

werde die Außenpolitik in erheblichem Ausmaß durch das jeweilige innenpolitische bzw. inneradministrative Machtgefüge bestimmt, was ihr dessen politische Logik aufzwingt.

Grundsätzlich stellten Friedensbewegung und -forschung die Frage, ob es im Nuklearzeitalter überhaupt noch sinnvoll sei, Sicherheit als Relation der eigenen Streitkräfte zu denen des Gegners zu definieren. Zur Abschreckung des Gegners bedürfe es der gesicherten Zweitschlagsfähigkeit, und die verlange lediglich nach einer fixen Menge an Vernichtungsmitteln, die sich vornehmlich aus den geographischen Gegebenheiten der gegnerischen Nation ergebe. Sobald genügend Sprengköpfe vorhanden seien, um jede größere gegnerische Stadt zu zerstören, sei der maximale Sättigungsgrad nuklearer Abschreckung erreicht, alles darüber hinaus nur unnötiger *Overkill*. Allenfalls ließe sich noch ein positiver taktischer Effekt von redundanten Zielplanungen anführen: Wurde ein bestimmtes gegnerisches Objekt mehreren eigenen Systemen als Zielpunkt zugewiesen, etwa sowohl land- als auch seegestützten Raketen, so war es selbst im Falle eines gelungenen gegnerischen Überraschungsangriffes wahrscheinlich, daß eines davon das Ziel vernichten würde. Auch eine solche multiple Zielabdeckung zur Sicherung der Zweitschlagsfähigkeit hätte jedoch kein endlos fortgeführtes Rüstungswachstum erfordert. In einer von Mitgliedern der Friedensbewegung wie Gert Bastian und Erhard Eppler oft zitierten Modellrechnung kam Dieter S. Lutz zu dem Ergebnis, je nach Sprengkraft der eingesetzten Waffensysteme reiche eine Anzahl von 65 Gefechtsköpfen à einer Megatonne bis zu maximal 432 Gefechtsköpfen à fünfzig Kilotonnen völlig aus, um die 30 größten Städte der UdSSR zu zerstören³⁰⁴. Diese stünden der NATO aber selbst bei ungünstigsten Bedingungen bereits aktuell als gesicherte Zweitschlagskapazität zur Verfügung. Eine Stationierung weiterer Nuklearwaffen wie der Pershing II sei daher ganz überflüssig; jedenfalls zu Zwecken der Abschreckung.

In erweiterter Perspektive wurde auch bezweifelt, ob militärisches Gleichgewicht an sich überhaupt eine kriegsverhindernde Wirkung habe. So führte etwa Horst Afheldt eine Reihe historischer Beispiele an, in denen zwischen zwei Kriegsparteien ein annähernd ausgeglichenes Kräfteverhältnis bestanden habe: Athen und Sparta im Peloponnesischen Krieg, Rom und Karthago in den Punischen Kriegen, Katholiken und Prote-

³⁰⁴ Lutz, Dieter S.: *Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa*. Reinbek bei Hamburg 1981. S. 212-215. Gert Bastian erklärte in einem Interview mit *Konkret*: „Ich stimme der Meinung von Herrn Lutz zu.“ Bastian, Gert: Ist die sowjetische Rüstung defensiv motiviert? Interview mit der Zeitschrift „konkret“ vom November 1980. In: Ders.: *Atomtod oder Europäische Sicherheitsgemeinschaft: Reden und Schriften*. Köln 1982. S. 27. Erhard Eppler zitierte ausführlich aus Lutz' Berechnung. Vgl. Eppler, Erhard: *Wege aus der Gefahr*. Reinbek bei Hamburg 1981. S. 88 f.

stanten im Dreißigjährigen Krieg, Union und Konföderierte im amerikanischen Bürgerkrieg sowie die Gegner des Ersten Weltkrieges. In keinem dieser Fälle habe das Gleichgewicht den Krieg verhindert, sondern nur einen besonders langen und zerstörerischen Konflikt bewirkt³⁰⁵. Jedoch machten sich nicht alle prominenten Vertreter der Friedensbewegung diese Fundamentalkritik zu eigen. Gert Bastian verwahrte sich entschieden gegen die Behauptung, die Friedensbewegung betrachte Gleichgewicht nicht als frie- denserhaltend, wobei dies jedoch eher seine persönliche Sichtweise wiedergab, als die tatsächliche Mehrheitsmeinung der Friedensbewegung. Bastian jedenfalls vertrat aus- drücklich die These, militärisches Gleichgewicht sei an sich durchaus sinnvoll. Es kom- me aber darauf an, Begriff und Sache richtig zu verstehen. Ein bloßes ‚Buchhalter- Gleichgewicht‘ – so der treffende Ausdruck Horst Afheldts –, bei dem die jeweiligen Kampfmittel pedantisch abgezählt würden, um dann für jede Kategorie Gleichstand zwischen NATO und Warschauer Pakt zu verlangen, könne keine sinnvolle Definition von Gleichgewicht sein. Vielmehr bedeute eine derartige Fehlkonzeption nichts anderes als Wettrüsten³⁰⁶. Es komme auf die militärischen Wirkungsmöglichkeiten an, was aber keineswegs spiegelbildlich bestückte Arsenale in Ost und West voraussetze³⁰⁷.

Abgesehen von der Frage nach der grundsätzlichen Sinnhaftigkeit militärischen Gleichgewichts stellte sich im Kalten Krieg die immer vorhandene Schwierigkeit, über- haupt festzustellen, wie das Kräfteverhältnis denn tatsächlich aussah, in besonders aku- ter Form. Verlässliches Datenmaterial zu den auf beiden Seiten vorhandenen Kampfmit- teln zu erhalten war im Fall der USA schwierig, in dem der Sowjetunion praktisch un- möglich³⁰⁸. Auch waren die beiden Streitkräfte recht unterschiedlich strukturiert, so daß sie nicht einfach gegeneinander aufgerechnet werden konnten. Bereits der Vergleich der rein finanziellen Rüstungsaufwendungen sei, so Horst Afheldt, problematisch. Einfach die jeweiligen prozentuellen Anteile der Rüstung am Bruttoinlandsprodukt einander gegenüberzustellen, wie es einige westliche Politiker gerne täten, um den angeblichen Gigantismus sowjetischer Rüstung zu beweisen, sei ganz irreführend. Genauso simplifi- zierend sei es, die beiderseitigen Rüstungsausgaben in absoluten Zahlen zu vergleichen, da man nicht einfach Rubel in Dollar umrechnen könne, sondern vielmehr einen Kauf- kraftvergleich anstellen müssen. Dieser gehe von der Frage aus, was es die NATO-

³⁰⁵ Afheldt, *Atomkrieg*, S. 27 f.

³⁰⁶ Bastian, Gert: „Die Lebenden werden die Toten beneiden“: Rede auf dem Hamburger Ärztekongreß gegen die Atomkriegsgefahr am 19. September 1981. In: Ders.: *Atomtod*, S. 115.

³⁰⁷ Bastian, Gert: Warum ich die „Nachrüstung“ ablehne: Schreiben an Bundesverteidigungsminister Apel vom 16. Januar 1980. In: Ders., *Atomtod*, S. 19.

³⁰⁸ Afheldt, *Atomkrieg*, S. 97.

Staaten kosten würde, dieselbe Anzahl von Soldaten und Waffensystemen ins Feld zu stellen, wie die UdSSR. Selbst dabei komme es jedoch immer noch zu groben Verzerrungen, da beispielsweise ein Soldat der zu einem großen Teil aus Wehrpflichtigen bestehenden Roten Armee viel weniger koste als ein amerikanischer Berufssoldat³⁰⁹. Aufgrund derartiger struktureller Unterschiede sähen die Rüstungsausgaben der Sowjetunion auf dem Papier viel gewaltiger aus, als sie es in Wahrheit seien³¹⁰.

Ähnliche Probleme lagen beim Vergleich der beiderseitigen Nukleararsenale vor: Hier konnte man entweder die Anzahl der Raketen, die Anzahl der Sprengköpfe oder die Gesamtmenge der Sprengkraft in Megatonnen in Rechnung stellen. Je nach gewählter Grundlage hatte die eine oder die andere Seite die Übermacht. Dazu kamen Unterschiede wie die des technologischen Entwicklungsstandes, der auf amerikanischer Seite deutlich höher war. Aufgrund der besseren elektronischen Zielsysteme konnten die USA ihre Raketen mit kleineren Gefechtsköpfen bestücken, die dieselbe militärische Schlagkraft hatten wie die ungenaueren, dafür aber mit mehr Wurfgewicht versehenen sowjetischen Raketen³¹¹. Hier lag also die eine Seite in der Qualität vorne, die andere in der Quantität. Auch die unterschiedlichen geographischen Gegebenheiten führten zu Ungleichheiten. So machten landgestützte Systeme auf Seiten der Sowjetunion einen viel größeren Teil der Nuklearstreitkräften aus, als dies bei der Seemacht USA der Fall war, die ihren Schwerpunkt auf U-Boot-gestützte Waffen legte. Auch die Bevölkerungsstruktur war unterschiedlich: Die Einwohner der UdSSR waren eher über viele mittelgroße Städte verteilt, während die der USA sich in wenigen großen Ballungsräumen konzentrierten. Afheldt gelangte daher zu der Schlußfolgerung: „Ob man Stabilität, Gleichgewicht oder Überlegenheit einer Seite auf der strategischen Ebene feststellt – das hängt weitgehend davon ab, was man zeigen will.“³¹² Der Begriff des militärischen Gleichgewichts sei in hohem Grade willkürlich³¹³.

Angesichts dieser Umstände wurde die NATO aus den Reihen der Friedensbewegung vielfach bezichtigt, sie berücksichtige allein diejenigen Kenndaten des militärischen Kräfteverhältnisses, aus denen sich eine Unterlegenheit des Westens konstruieren lasse. Erhard Eppler bezeichnete das Gleichgewichtdenken aufgrund dieser Unwägbarkeiten insgesamt als Ideologie. Seine Argumentation war dabei nicht neu: Bereits 1973 und

³⁰⁹ Ebd., S. 100.

³¹⁰ Ebd., S. 103.

³¹¹ Ebd., S. 119-127.

³¹² Ebd., S. 117.

³¹³ Ebd., S. 131. Zur Kritik dieses Befunds siehe Stratmann, K.-Peter: Vom Autismus kritischer Friedensforschung: Zur Kritik der Kritik, in: Funke, Manfred (Hrsg.): *Friedensforschung – Entscheidungshilfe gegen Gewalt*. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 103) 2. Aufl. Bonn 1978. S. 402-405.

damit lange vor der Auseinandersetzung um die Mittelstreckenraketen hatte eine Gruppe von Friedensforschern, unter ihnen Gert Krell, Volker Rittberger und Dieter Senghaas, eine Studie vorgelegt, in der sie nachzuweisen suchten, daß auch die angebliche Überlegenheit der Sowjetunion bei konventionellen Waffen in Wahrheit nicht bestünde³¹⁴. Bezüglich des Konzepts des militärischen Gleichgewichts gelangten sie zu dem Schluß, militärische Kräftevergleiche öffneten der gezielten Manipulation durch bürokratische und ökonomische Rüstungsinteressen Tür und Tor³¹⁵. Rein numerische und damit allein quantitative Rüstungsvergleiche seien praktisch ohne Bedeutung. Durch geschickte Auswahl der berücksichtigten Daten könne jeweils das Ungleichgewicht ‚bewiesen‘ werden, das gerade opportun sei. Die Sicherheitsbürokratien neigten dazu, sich die für die eigene Seite ungünstigste Interpretation herauszusuchen und in worst-case-Szenarios zu denken. Da jeder sich auf irgendeinem Gebiet in der Position des Unterlegenen sehe, würden alle Abrüstungsanstrengungen blockiert³¹⁶. Die Willkür des Gleichgewichtsbegriffs lasse es fraglich erscheinen, ob das militärische Gleichgewicht tatsächlich, wie von der Bundesregierung behauptet, verlorengegangen sei.

Schließlich richtete sich die Kritik vor allem auf eine zunehmende Destabilisierung des Ost-West-Konflikts durch den technologischen Fortschritt. Durch die immer höhere Geschwindigkeit der Raketen verringerte sich die Vorwarnzeit beständig, die zur Prüfung eines Alarms zur Verfügung stand. Da Fehlalarme bereits mehrfach vorgekommen waren, stieg das Risiko eines ‚Nuklearkriegs aus Versehen‘ zusehends. Notgedrungen erfolgte außerdem eine fortschreitende Automation der Vorwarnsysteme, was bei konsequenter Fortsetzung menschliche Entscheidungsträger zu eliminieren drohte. Der Fortbestand der Menschheit hätte dann wesentlich vom reibungslosen Funktionieren der Sicherheitscomputer abgehungen, was nicht nur bei notorischen Technikskeptikern Unbehagen auslöste. Und schließlich entstanden immer kleinere und zielgenauere Waffen, die dazu verführen konnten, einen Nuklearkrieg für begrenzt- und somit führbar zu halten. Insgesamt ergab sich damit aus Sicht der Rüstungskritiker schon allein aus der technologischen Entwicklung eine unaufhaltsam zunehmende Destabilisierung des Gleichgewichts des Schreckens.

³¹⁴ Bielfeldt, Carola; et al.: *Frieden in Europa? Zur Koexistenz von Rüstung und Entspannung*. Reinbek bei Hamburg 1973.

³¹⁵ Ebd., S. 41.

³¹⁶ Ebd.

b) *Die Isomorphie der Supermächte*

Mit dem Antikommunismus verschwand in den siebziger und achtziger Jahren auch zunehmend die Neigung, den Kalten Krieg im Rahmen eines Gut-Böse-Schemas zu interpretieren. Vielmehr wurde zunehmend die Frage gestellt, ob nicht der Mechanismus der Kettenreaktion, auf dem die Nuklearwaffen beruhten, auch dem Konflikt der Supermächte zugrunde liege, die sie gegeneinander richteten. Mit dieser Vorstellung einer sich quasi nach physikalischen Gesetzmäßigkeiten vollziehenden Politik verband sich eine moralische Gleichsetzung der beiden Supermächte. Oskar Lafontaine etwa schrieb:

Es gehört zum guten Ton in der Weltpolitik, die eigenen Machtgelüste zu leugnen und sie in den Dienst vorgeschobener hoher Ideale zu stellen. Die Sowjetunion unterdrückt nach diesem Muster die Freiheitsbewegungen in Osteuropa oder rechtfertigt den Einmarsch in Afghanistan, weil es ja immer gilt, den Kapitalismus zu bekämpfen. Die USA verbünden sich mit den brutalsten Diktaturen in Süd- und Mittelamerika oder arbeiten in Europa mit der Militärjunta in der Türkei problemlos zusammen, da es ja gilt, den Kommunismus zu bekämpfen. In früheren Jahren zählten sich auch die Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland zu der Gemeinschaft der freien Völker. So dient die Globalpolitik der beiden Weltmächte allem anderen, nur nicht dem Lebens- und Existenzrecht der von ihr betroffenen Völker.³¹⁷

Franz Alt stellte fest, die beiden Supermächte seien

in ihrer atomaren Politik Fleisch vom selben Fleisch und Geist vom selben Geist: Jeder tut selbst, was er dem anderen vorwirft. Jeder der beiden Großen rechtfertigt seine Sünden mit den Sünden des anderen. Auch in der Dritten Welt wird die US-Politik nach Jimmy Carter immer „sowjetischer“. Nicaragua wird mit Intervention gedroht. Jede Supermacht weigert sich, selbst zu tun, was sie vom anderen verlangt. Hierzulande verteidigen viele Rechte die US-Atomraketen und viele Linke dieselben Waffen der Sowjetunion. Die DKP, die sich in der Friedensbewegung engagiert, ist gegen die NATO-Nachrüstung, verteidigt aber die SS-20 der Sowjetunion. Ihr Motto: „Frieden schaffen ohne NATO-Waffen.“³¹⁸

Insgesamt handele es sich bei der Politik des Wettrüstens eine „Politik des Kindergartenreflexes“³¹⁹, bei der der eine automatisch alles haben müsse, was der andere auch habe.

Bemerkenswerter Weise äußerte sich mit Stefan Heym auch ein ostdeutscher Intellektueller ähnlich. Heym war nun allerdings einer der unabhängigsten Köpfe der DDR, und konnte sich zudem aufgrund seines Status derartige Bemerkungen erlauben, ohne

³¹⁷ Lafontaine, Oskar: *Angst vor den Freunden: Die Atomwaffen-Strategie der Supermächte zerstört die Bündnisse*. Reinbek bei Hamburg 1983. S. 13.

³¹⁸ Alt, Franz: *Frieden ist möglich: Die Politik der Bergpredigt*. 15. Aufl. München 1983. S. 45.

³¹⁹ Ebd., S. 47.

Repressalien fürchten zu müssen. Bei einem Vortrag vor der DGB-Jugend im April 1982 führte Heym aus, eine Moralauffassung, die nach guten und bösen Atomwaffen, gerechten und ungerechten, friedenserhaltenden und kriegerischen unterscheide, sei grotesk³²⁰. Der Feind sei nicht die eine oder andere Seite, sondern die Bombe. Heym schloß seine Rede mit einer deutlichen Kritik des in der DDR trotz der Lippenbekenntnisse der Staatsführung zum Frieden obwaltenden Militarismus und der damit einhergehenden Kriminalisierung des Pazifismus, sowie der Stationierung von Nuklearwaffen in beiden deutschen Staaten³²¹.

In Westdeutschland war die Wahrnehmung von USA und UdSSR als zwei gleichermaßen imperialen Supermächten bei sehr verschiedenen Gruppierungen verbreitet, denen allerdings gemeinsam war, daß sie einen „Dritten Weg“ bzw. einen von Moskau unabhängigen Sozialismus in der einen oder anderen Variante vertraten. Dies umfaßte ein breites Spektrum, das von „linken Konservativen“ wie Franz Alt und linken Sozialdemokraten über die Grünen bis hin zu eurokommunistischen, trotzkistischen und anarchistischen Gruppen reichte. Beispielsweise stellte Günter Grass als prominenter Vertreter dieser Strömung in der Frankfurter Rundschau fest:

Wenn die Vereinigten Staaten den Persischen Golf zu ihrem Interessengebiet erklären, machen sie ja nichts anderes als das, was heute die Russen in Afghanistan tun, und wenn die Amerikaner heute in Mittelamerika nach wie vor jede Diktatur unterstützen, bis sie von einer Widerstandsbewegung gestürzt wird, ist das ja doch nichts anderes als eine zu verurteilende Machtpolitik, die sich auf eine immer fatalere Art und Weise der Machtpolitik der Sowjetunion angleicht.³²²

Auch die jeweiligen Gesellschaftsmodelle seien beide abzulehnen, da, so Grass, der „Verelendung produzierende Kapitalismus“ seine Ungeheuerlichkeit ebenso bewiesen habe, wie der „mit Zwang herrschende Kommunismus“³²³. Gleichermäßen prononciert wurde die These der prinzipiellen Gleichheit der beiden Blöcke von Petra Kelly vertreten. Sie schrieb, die USA bedrohten die soziale Erneuerung in Mittelamerika und tolerierten die Militärjunta in der Türkei, während sie gleichzeitig ihren anklagenden Zeigefinger auf Polen und Afghanistan richteten; auf der anderen Seite führe die UdSSR ihre

³²⁰ „Beim atomaren High-noon bietet die Theke keinen Schutz mehr“, in: *Frankfurter Rundschau* (10. April 1982).

³²¹ Ebd.

³²² Günter Grass in der Frankfurter Rundschau vom 21. April 1980. Hier zitiert nach: Wagenbach, Klaus; Stephan, Winfried; Krüger, Michael; Schüssler, Susanne (Hrsgg.): *Vaterland, Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*. Berlin 1994. S. 326.

³²³ Grass, Günter: *Der Traum der Vernunft*, in: Akademie der Künste Berlin (Hrsg.): *Der Traum der Vernunft: Vom Elend der Aufklärung*. Darmstadt und Neuwied 1985. Bd. 1. S. 7.

Aggression in Afghanistan durch und behindere die demokratische Erneuerung in Polen³²⁴. Die Friedensbewegung müsse daher blockübergreifend agieren.

Am wohl entschiedensten wurde dieses Konzept durch die *Bertrand Russell Peace Foundation* und die *Campaign for European Nuclear Disarmament* vertreten, mit denen sowohl Rudolf Bahro als auch Edward P. Thompson eng verbunden waren. Letzterer sagte bei einem Treffen am 6. März 1981 in Frankfurt a. M., der „gegenseitige Rüstungswettlauf“ habe „in beiden Gesellschaftssystemen einen langfristigen Prozeß zur Folge, gegenseitige gleichförmige Vernichtung“³²⁵. Es gehe letztlich nicht nur darum, die Waffen abzubauen, sondern es gehe um die Blöcke selbst, die diese Waffen einsetzen wollten³²⁶. Die Blöcke seien, wenn man so wolle, die Ursache für die Waffen. Das Ziel sei daher die Schaffung einer ganz Europa umfassenden Bewegung. Dabei müsse die westliche Friedensbewegung mit den osteuropäischen Bürgerrechtsbewegungen zusammenarbeiten, in Polen also mit der *Solidarnosc*, und dürfe sich nicht auf Kontakte mit staatlich gelenkten Organisationen beschränken lassen. Die Autonomie der Friedensbewegung müssen sowohl gegen die NATO als auch gegen den Warschauer Pakt verteidigt werden. Letztlich seien beide große Machtblöcke aufzulösen³²⁷.

Noch pointierter äußerten sich Rudolf Bahro und Michael Vester. Ihre Grundthese lautete, daß der Frieden prinzipiell durch beide Supermächte bedroht werde, und somit eben nicht nur durch die USA, was ihnen harte Konflikte mit dem KoFAZ-Spektrum in der Friedensbewegung einbrachte. Allerdings stellten sie auch fest, die UdSSR sei zur Zeit durch ihre internen Probleme derart in Anspruch genommen, daß ein sowjetischer Angriff jenseits aller realen Möglichkeiten liege³²⁸. Für die Friedensbewegung stelle sich jedenfalls die Aufgabe, sich als kritische Basisbewegung in West *und* Ost zu etablieren.

Vorgeprägt worden war die Perzeption der Machtblöcke als gleichermaßen imperialen Mächten bereits seit den sechziger Jahren, etwa durch die Gleichsetzung der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei und der amerikanischen Intervention in Vietnam durch Herbert Marcuse. Da die nicht kommunistischen Teile der Friedensbewegung sich in der Rolle einer doppelten Dissidenz gegenüber beiden Blöcken sahen, kultivierten sie das Selbstbild des ‚Wanderers zwischen den Welten‘, der sich nicht zum Kadavergehorsam gegenüber der einen oder anderen Seite pressen ließ, sondern stets

³²⁴ Kelly, *Hoffnung*, S. 45.

³²⁵ Thompson, Edward P.: „...daß wir das in diesen zwei oder drei Jahren schaffen müssen“. In: Russell-Friedens-Kampagne (Hrsg.): *Für ein atomwaffenfreies Europa*. West-Berlin 1981. HIS SBe 544. S. 6.

³²⁶ Ebd., S. 10.

³²⁷ Ebd., S. 12.

³²⁸ Bahro, Rudolf; Vester, Michael: Dieses Konzept bricht sieben Tabus und eröffnet eine Perspektive. In: Russell-Friedens-Kampagne (Hrsg.): *Für ein atomwaffenfreies Europa*. West-Berlin 1981. HIS SBe 544. S. 30.

unabhängig blieb. Diese Selbstwahrnehmung wurde in der folgenden, sehr häufig verwendeten Karikatur ausgedrückt:



In ihren politischen Äußerungen folgten viele Gruppen der Friedensbewegung diesem Anspruch. Anlässlich der Ostermärsche hieß es beispielsweise in einem internen Rundschreiben des Stuttgarter Friedens-Forums:

Wir beschränken unseren Widerstand auch keinesfalls auf die kriegstreibende Politik der NATO. Unsere Forderung nach Stopp der Aufrüstung richtet sich ebenso klar an die Staaten des Warschauer Paktes. Wir lehnen die Grundlagen der bisherigen Sicherheitspolitik, die Logik der Abschreckung und des Gleichgewichts prinzipiell ab und fordern sofortige, auch einseitige Abrüstungsschritte.

Aus diesen Gründen gilt unsere Solidarität sowohl der internationalen Friedensbewegung wie auch der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR.³²⁹

Der aus der DDR ausgebürgerte Schriftsteller Jürgen Fuchs, der auch im Westen noch massiv vom MfS verfolgt wurde, fand bei der Großdemonstration am 10. Juni 1982 deutliche Worte zur Unterdrückung der unabhängigen DDR-Friedensbewegung durch die SED, wobei er in Ostdeutschland „Tendenzen einer gespenstischen Militarisierung des öffentlichen Lebens“ feststellte³³¹. Seine Kritik an der westdeutschen Friedensbewegung, die sich nicht genügend um eine wirklich über den Blöcken stehende Haltung bemühe, brachte ihm allerdings eine Rüge von Helmut Gollwitzer ein, der

³²⁹ Abgedruckt in: GRÜNE Hessenzeitung Nr. 5 (Juni/Juli 1982), S. 14. ASBB Box 4.5.5, Mappe 1982 II.

³³⁰ Friedens-Forum Stuttgart, Aktionsbüro Ostern '84: *Osterinfo*. ASBB Box 4.5.7, Mappe I.

³³¹ Fuchs, Jürgen: Friedensbewegung Ost und West. In: Koordinierungsausschuß der Friedensorganisationen (Hrsg.): *Aufstehn! Für den Frieden: Friedensdemonstration anlässlich der NATO-Gipfelkonferenz in Bonn am 10.6.1982*. Bornheim-Merten 1982. S. 141 f.

seinerseits die Beschränkung auf den Minimalkonsens und die Mitarbeit der DKP in der Friedensbewegung entschieden verteidigte³³².

Gerade die Bewertung der DDR-Friedensbewegung sorgte zusammen mit der Einschätzung der Vorgänge in Polen und Afghanistan für den größten Zündstoff im Verhältnis von moskautreuen und unabhängigen Gruppierungen in der Friedensbewegung. Einen bemerkenswerten Einblick in die kommunistische Sichtweise gab ein Jahresbericht der DFU-Gruppe Aachen. Dort hieß es:

Mit dem Aufruf der Russel-Peace-Foundation versuchten einige Friedensgruppen oder solche, die das werden wollten, eine Front gegen den Krefelder Appell aufzumachen. Fußend auf der Supermacht-Theorie wurde von manchen keine Gelegenheit ausgelassen, die Sowjetunion mit Kübeln von Haß zu überschütten. [...] Das alles gipfelte dann in der Gleichsetzung von Pershing II und Cruise missiles mit den SS 20. Unser Vorwurf an die Gleichsetzer lautete nicht nur, daß das einfach nicht stimmt, sondern daß die Befürworter des NATO-Beschlusses, besonders die Bundesregierung, exakt genauso argumentieren.³³³

Die DFU verstieg sich anschließend dazu, die Aachener Friedensinitiative (AFI), aus deren Reihen die Kritik an der UdSSR erfolgt war, als (A)u(F)rüstung(I)nitiativ zu etikettieren. Diese dünnhäutige Reaktion zeigte, daß die These einer moralischen Äquivalenz von USA und UdSSR einen empfindlichen Nerv getroffen hatte. Die Gleichsetzung der beiden Supermächte rief naturgemäß sowohl bei den Anhängern der USA als auch bei denen der UdSSR wütende Proteste hervor, da sie den beiderseitigen Anspruch auf moralische Überlegenheit in Frage stellte. Beiden Supermächten wurde vorgeworfen, eine amoralische Machtpolitik zu betreiben, der die jeweiligen Ideologien von Demokratie hier, Kommunismus dort nur als Deckmäntelchen umgehängt würden. Die Theorie der zwei Supermächte stellte somit einen direkten Angriff auf die geschichtsphilosophischen Theorien dar, mit denen USA wie UdSSR ihr Handeln politisch und moralisch zu legitimieren suchten. Den zahlenmäßigen Anteil derjenigen in der Friedensbewegung, die die Position einer Äquidistanz zwischen beiden Blöcken vertrat, genauer zu beziffern, ist selbstverständlich unmöglich; aus den vorliegenden Quellen ergibt sich allerdings der nachhaltige Eindruck, daß er relativ hoch war.

Den orthodoxen Marxisten war im Gegenzug praktisch jedes Mittel Recht, um eine negative Bewertung der Sowjetunion oder der DDR zu unterbinden. Vor allem der Vorwurf des Antikommunismus wurde von den moskautreuen Fraktion massiv zum

³³² Vgl. Gollwitzer, Helmut: Wir sind hier, wir müssen uns hier wehren. Antwort an Jürgen Fuchs. In: *Die Zeit* (3. Dezember 1982).

³³³ DFU – Bezirksverband Aachen: *Geschäftsbericht 1980-1982*. S. 8. Archiv Aktiv, unverzeichneter Bestand.

Zweck der politischen Disziplinierung eingesetzt. Charakteristisch war etwa der Streit zwischen Günter Grass und Hermann Kant beim Schriftstellertreffen in Den Haag im Mai 1982, bei dem Grass anregte, ein Büro für die durch die DDR-Behörden verfolgten Mitglieder der unabhängigen ostdeutschen Friedensbewegung zu eröffnen, das diesen Rechtshilfe leisten solle³³⁴. Kant reagierte auf diesen Vorschlag mit einem Wutausbruch und warf Grass vor, ein „bloßes Phantom“ zu erschaffen, wobei er allerdings offen ließ, ob er damit die Existenz einer unabhängigen Friedensbewegung in der DDR meinte, oder ‚nur‘ deren Verfolgung. Grass‘ kritische Haltung gegenüber den Regimen des Warschauer Pakts zeigte sich abermals im Herbst 1983, als er als Wortführer derjenigen auftrat, die den Rücktritt Bernt Engelmanns, eines entschiedenen Apologeten der Sowjetunion, vom Vorsitz des Verbands Deutscher Schriftsteller forderten³³⁵.

Eine besondere Rolle spielte die Beurteilung der Politik des Warschauer Pakts schließlich im Zusammenhang mit der Auflösung der baden-württembergischen Landesberatung der Friedensbewegung im Januar 1984. Ein Teil der vertretenen Gruppen – Grüne, Ohne Rüstung Leben, Pax Christi und JUSOS – legte nach der gescheiterten Verhinderung der Pershing II-Stationierung ihre bisher geübte Zurückhaltung gegenüber den von kommunistischer Seite durchgesetzten Leitlinien ab und brachte einen Antrag zur Verabschiedung einer politischen Plattform ein, die beide Supermächte gleichermaßen kritisierte, und damit nicht mehr wie bisher nur die USA als treibende Kraft des Wettrüstens bezeichnete³³⁶. Als zusätzliche, offensichtlich gezielte Provokation der kommunistischen Gruppen wurde außerdem der Beschluß gefaßt, ein Telegramm an den DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zu senden, mit dem gegen die Verhaftung von Bärbel Bohley und Ulrike Poppe protestiert wurde³³⁷. Mit dieser demonstrativen Kritik an UdSSR und DDR setzte man sich ganz bewußt über die ‚roten Linien‘ der Kommunisten hinweg. Nachdem diese ideologisch neutrale Plattform in

³³⁴ Vgl. Noack, Hans Joachim: Innerdeutscher Streit auf Schriftsteller-Konferenz in Den Haag. In: *Frankfurter Rundschau* (26. Mai 1982).

³³⁵ Engelmann wurde vorgeworfen, sich gegenüber dem polnischen Schriftstellerverband, der von der Staatsführung aufgelöst worden war, unsolidarisch verhalten und sich bei der Regierung Jaruzelski angebotend zu haben, als er die polnische Staatsführung in einem Brief aufgefordert hatte, wieder einen Schriftstellerverband zuzulassen – nota bene nicht *den* verbotenen in seiner alten Zusammensetzung, sondern nur *einen*, sprich: einen neu zu bildenden. Grass und mit ihm zahlreiche weitere westdeutsche Schriftsteller interpretierte dies als „Einladung, einen Verband von Quislingen ins Leben zu rufen“. Vgl. Grass: Engelmann ruiniert den Schriftstellerverband. In: *Frankfurter Rundschau* (28. Oktober 1983).

³³⁶ Vgl. die Broschüre der baden-württembergischen DFG-VK zur Spaltung der Landesberatung, in: ASBB 4.5.7, Mappe 1984 II; sowie die Berichte: Friedensbündnis im Land ist zerbrochen, in: *Stuttgarter Nachrichten* (23. Januar 1984) und: Letzte gemeinsame Schlacht der Friedensfreunde, in: *Frankfurter Rundschau* (24. Januar 1984).

³³⁷ Vgl. Protokoll der 13. Sitzung der Landesberatung baden-württembergischer Friedensinitiativen am 22. Januar 1984, in: ASBB 4.8.5.

einer Abstimmung vom Gesamtplenum abgelehnt worden war, zogen die DDR-kritischen Gruppierungen aus der Landesberatung aus und organisierten sich als Süddeutsches Friedensforum neu. Der an der DKP orientierte Teil setzte seine Aktivitäten unter dem bisherigen Titel „Landesberatung“ mehr oder minder fort, als sei nichts geschehen³³⁸, bis er schließlich in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwand.

Ähnliche Vorgänge im Komitee der Krefelder Initiative führten wenige Tage später zur Aufkündigung der weiteren Mitarbeit durch Petra Kelly und Gert Bastian³³⁹. Auch hier spielte die Solidarität mit den verhafteten Bürgerrechtlerinnen Bohley und Poppe eine zentrale Rolle. Der Umgang mit diesem Thema durch die westdeutschen kommunistischen Gruppen ließ keinen Zweifel daran, daß ihnen die Staatsraison der DDR mehr bedeutete als ein ernsthaftes Engagement für den Frieden, wobei allerdings nach ihrer Doktrin beide miteinander identisch waren. Der Zeitpunkt der Vorgänge zeigte auch, daß die Moskau bzw. Ost-Berlin treuergebenen Kommunisten und die übrigen Strömungen der Friedensbewegung einzig und allein durch die strategische Notwendigkeit der Organisierung eines möglichst großen Bündnisses gegen die Stationierung zusammengehalten worden waren. Sobald diese Klammer verschwand, endete die Zusammenarbeit; insbesondere, da die Grünen nach ihrem kometenhaften Aufstieg bald auch über genügend politische Kraft verfügten, um auf die Unterstützung der immer schwächer werdenden Kommunisten verzichten zu können.

Bei allen ernsthaften Bemühungen um eine Unabhängigkeit der Friedensbewegung von beiden ideologischen Blöcken, wie sie von Rudolf Bahro und Edward P. Thompson, Petra Kelly und Günter Grass vertreten wurde, konnte die Gleichsetzungsrhetorik allerdings auf zweierlei Zielsetzungen gerichtet sein: Einmal auf die Feststellung eines hier wie dort gegebenen Mangels an moralischer Legitimation, aufgrund dessen die beiderseitigen Ansprüche auf moralische Überlegenheit als bloßer Ausdruck einer in Moskau wie in Washington gleichermaßen waltenden Scheinheiligkeit zurückzuweisen seien; andererseits aber auf die Legitimierung eines bestimmten Vorgehens durch die implizierte Aussage, was der einen Supermacht recht sei, sei der anderen nur billig³⁴⁰. Rudolf

³³⁸ Vgl. Resolution der 14. Landesberatung Baden-Württembergischer Friedensinitiativen vom 20. Mai 1984 sowie die Unterlagen des Süddeutschen Friedensforums, beide in ASBB 4.8.5. Bei der nun DKP-dominierten Landesberatung scheint in der Folge eine Verlagerung der politischen Arbeit zu solchen Themenfeldern stattgefunden zu haben, die der DKP besonders am Herzen lagen, wie der Unterstützung von Arbeitskämpfen und dem Protest gegen Entlassungen ihrer Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst. Das friedenspolitische Anliegen verkam somit zur bloßen Fassade.

³³⁹ Vgl. Brief Gert Bastians an Josef Weber vom 1. Februar 1984 sowie die Erklärung der Krefelder Initiative vom 6. Februar 1984; beide in HIS SBe 540, Bestand Wolferts.

³⁴⁰ So etwa Bernt Engelmann in ders.: *Weißbuch: Frieden*. Köln 1982. S. 92-102.

Augstein bemerkte etwa lapidar, wenn eine neue Eindämmungspolitik des Westens durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan gerechtfertigt werden solle, so sei dies eine Aktion innerhalb der Einflußsphäre der UdSSR, die dort nur das tue, was die USA in Südamerika und Vietnam ganz genauso getan hätten³⁴¹. Nicht das jeweilige Handeln der einen Supermacht war demnach eigentlich kritikwürdig, sondern dessen Verdammung durch die andere. Eine derartige Argumentation lief somit mitunter eher auf eine Apologie der Sowjetunion unter dem Deckmantel der Unparteilichkeit hinaus, als auf eine echte Distanzierung von beiden Machtblöcken.

c) *Krieg für Profit: Der militärisch-industrielle Komplex als Urheber des Wettrüstens*

Wenn also die nukleare Rüstung keine Reaktion auf Handlungen der jeweils anderen Supermacht darstellte, mußte sie systemimmanent begründet sein. Grundsätzlich konnte Krieg, wie die Theoretiker der Friedensbewegung nicht müde wurden zu betonen, niemals in isolierter Betrachtung, sondern immer nur als gesamtgesellschaftliches Phänomen verstanden werden. Er stellte in ihrer Perspektive stets ein Produkt der soziökonomischen Strukturen einer Gesellschaft dar. Viele der in der Friedensbewegung vertretenen Gruppen sahen Krieg im Allgemeinen und das nukleare Wettrüsten im Besonderen durch die Funktionsmechanismen des Kapitalismus begründet. Sie vertraten somit eine *ökonomistische* Kriegstheorie. Allerdings tauchte in den Quellen nur selten eine wirklich entwickelte Theorie der kapitalistischen Gesellschaft und der Rolle des militärisch-industriellen Komplexes in ihr auf. Meist beschränkte man sich auf simple Schuldzuweisungen an die Adresse der profitgierigen Rüstungshersteller.

Die politische Linke war es seit langem gewohnt, im ‚Militärisch-Industriellen Komplex‘ den eigentlichen Verursacher des Wettrüstens zu sehen, wobei an die Ironie der Geschichte zu erinnern ist, daß der Urheber dieses bei Marxisten aller Couleur so beliebten Begriffs niemand anderes gewesen war, als der US-Präsident und Ex-General Dwight D. Eisenhower, der in seiner Abschiedsbotschaft vor den Intrigen der Rüstungslobby gewarnt hatte. Kriege auf die Interessen von Rüstungsfabrikanten zurückzuführen, war eben nicht nur auf Seiten der Linken ein fest etabliertes Erklärungsmu-

³⁴¹ Augstein, Rudolf: Wenn Politik und Feindschaft in eins fallen. In: *Der Spiegel*, Nr. 28 (6. Juli 1981). Zitiert nach: Bittorf, Wilhelm (Hrsg.): *Nachrüstung: Der Atomkrieg rückt näher*. Reinbek bei Hamburg 1981. S. 103.

ster. Es war daher praktisch unvermeidlich, daß der militärisch-industrielle Komplex auch in der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß bereits früh als der eigentliche Drahtzieher der Pershing II- und Cruise Missile-Stationierung benannt wurde. Schon im März 1979, also ein dreiviertel Jahr, bevor der NATO-Doppelbeschluß überhaupt gefaßt wurde, registrierte man bei der Zeitschrift *Konkret* die laufende Diskussion um die neue, nach *Konkret*-Meinung nur angebliche Raketenlücke im Mittelstreckenbereich. Auch ihr Herausgeber Hermann L. Gremliza berief sich bei seiner Analyse dieses neuesten Manövers des MIK auf den Friedensforscher Dieter S. Lutz, der aufgrund von Berechnungen zum nuklearen Gleichgewicht vorhergesagt hatte, daß die USA im Jahr 1983 die absolute Überlegenheit und somit die Erstschlagfähigkeit erreichen würden³⁴². Angesichts dieser Entwicklung sei es, so Gremliza, natürlich völliger Unsinn, wenn in der westlichen Propaganda immer neue Felder ‚entdeckt‘ würden, auf denen der Westen dem Warschauer Pakt unterlegen sei. Die Gründe für die stetig weiter fortschreitende Aufrüstung lägen nicht in realen Sicherheitsbedürfnissen, sondern in der Notwendigkeit, Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie zur Verfügung zu stellen, denn: „Jeder zweite Wissenschaftler und Ingenieur auf der Welt – rund eine halbe Million – ist für die militärische Rüstung tätig. Millionen Arbeitsplätze in Westeuropa und den USA können nur durch verschärfte Rüstung erhalten werden. Totale Abrüstung würde die US-Gesellschaft ins Chaos stürzen.“³⁴³

Auch sei die Aufrüstung für die überaus komfortable Lage verantwortlich, in der sich die Rüstungsindustrie befinde: Sie sei dazu imstande, die Nachfrage nach ihren Gütern ganz nach Belieben zu erzeugen, indem sie einfach die nächste Angstkampagne vor der ‚Roten Gefahr‘ in Szene setze. Als prominentesten Vertreter der Rüstungslobby identifizierte Gremliza niemand anderen als General Alexander Haig, der zu diesem Zeitpunkt noch NATO-Oberbefehlshaber war, sein Ausscheiden aus dem Amt jedoch bereits angekündigt hatte. Gremliza mutmaßte, Haig würde sich als Kandidat bei den nächsten Präsidentschaftswahlen aufstellen lassen. Tatsächlich wurde er später von Ronald Reagan zum US-Außenminister berufen. In der Zwischenzeit betätigte sich Haig allerdings, was Gremliza beim Abfassen seines Artikels noch nicht wissen konnte, in der freien Wirtschaft, und zwar ausgerechnet als leitender Manager beim US-Rüstungskonzern *United Technologies Corporation*. Obwohl der Militärisch-Industrielle Komplex also einerseits ein Lieblingsklischee der Linken war, handelte es sich bei ihm

³⁴² Gremliza, Hermann L.: Wer fängt den 3. Weltkrieg an? In: *Konkret* Nr. 3 (März 1979), S. 14-18.

³⁴³ Ebd., S. 16.

andererseits keineswegs um ein Hirngespinnst; und wenn er auch kaum all jene Bösarbeiten begangen hatte, die ihm so gerne angelastet wurden, so war die Rüstungslobby doch durchaus ein realer politischer Faktor. Haig war auch bei weitem nicht der einzige Militär, der zwischen dem aktiven Dienst und einer Tätigkeit in Rüstungskonzernen hin- und herwechselte. Gerade pensionierte Generäle wurden oft und gern als Berater verpflichtet, wobei ihre Aufgabe nicht zuletzt darin bestand, unter diskreter Nutzung ihrer Kontakte zum Pentagon und den relevanten Kongreßausschüssen politische Landschaftspflege zu betreiben.

Gremlizas Ausführungen enthielten in nuce die wesentlichen Punkte der meisten Argumentationen, die das Wettrüsten aus ökonomischen Funktionsmechanismen herleiteten. Dazu mußte zunächst einmal zwingend postuliert werden, daß Rüstung, also die Umsetzung von Kaufkraft, die dem Wirtschaftssystem durch Steuern entzogen wurden, in ökonomisch unproduktive Militärgüter, eine in irgendeiner Art und Weise sinnvolle Funktion erfülle. Die Sichtweise der bürgerlichen Politik, nach der die Rüstung tatsächlich einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen erzeuge, der eben in einem objektiven Zuwachs an Sicherheit bestehe, wurde von der marxistischen Theorie als ideologische Verschleierung des wahren Sachverhalts abgelehnt. Sie leitete Rüstung vielmehr aus den Interessen des Kapitals ab. Damit wurde ein eigenständiger, außerhalb der ökonomischen Sphäre liegender Wert der Rüstung prinzipiell verneint. Nachdem dieser Ansatz vor allem durch Lenin im Rahmen seiner Imperialismustheorie entwickelt worden war, glitt die marxistische Theorie spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg in den erwähnten, oft sehr platten Ökonomismus ab, der generell nicht mehr bereit war, irgend etwas anderes als Wirtschaftsinteressen als mögliche Ursachen politischer Entscheidungen auch nur in Betracht zu ziehen.

In Gremlizas Darstellung war die Rüstung eine Art gigantisches Arbeitsbeschaffungsprogramm, mit dem sich das System gegen Massenarbeitslosigkeit und somit gegen soziale Unruhen absicherte. Demnach waren die Rüstungsbetriebe Teil eines staatsmonopolistischen Kapitalismus, der gezwungen war, planwirtschaftliche Methoden zu benutzen, um seine eigenen Widersprüche ausgleichen zu können, an denen er sonst längst zugrunde gegangen wäre; so vor allem die Schaffung von mit Steuermitteln alimentierten Arbeitsplätzen. Durch die Erzeugung einer künstlichen Nachfrage nach eigentlich völlig überflüssigen Gütern werde das System einerseits sozial stabilisiert, und zum anderen das Profitinteresse derjenigen Teile der Bourgeoisie befriedigt, die an der Rü-

stungsproduktion beteiligt seien³⁴⁴. Das der Allgemeinheit in Form von Steuern entzogene öffentliche Kapital werde also zwar teilweise durch die Arbeitslöhne an die Beschäftigten der Rüstungsbetriebe wieder ausgegeben sowie durch die sonstigen Betriebskosten wieder in den Wirtschaftskreislauf eingespeist, vor allem aber in privates Kapital der Waffenhersteller umgewandelt. Außerdem ergebe sich in kapitalistischen Ökonomien periodisch ein Aufbau überschüssiger Produktionspotentiale, der zu Überproduktionskrisen führen könne³⁴⁵. Durch die künstliche Nachfrage der staatlich regulierten Rüstung könnten diese Überkapazitäten aufgefangen werden. Daß dabei erhebliche Mengen an Gütern einfach auf Halde produziert, und, da ja kein Krieg stattfand, einzig und allein durch ihr Veralten ‚konsumiert‘ wurden, bis man sie schließlich abschrieb und verschrottete; daß also Rüstung immer auf eine Kapitalvernichtung größten Maßstabs hinauslaufe³⁴⁶, nehme der Staatsmonopolkapitalismus dabei in Kauf.

Die These einer stabilisierenden und Arbeitsplätze sichernden Funktion der Rüstung im Rahmen der politischen Ökonomie war allerdings nicht unumstritten. So führte beispielsweise Jörg Hufschmid – ebenfalls aus marxistischer Perspektive – an, die Wirtschaftsgeschichte der USA in den siebziger Jahren, als diese trotz der enormen Rüstung während des Vietnamkriegs eine scharfe Rezession durchlaufen habe, widerlege empirisch ihre Grundannahmen³⁴⁷. Die Theorien, nach denen Rüstungsausgaben die krisenhaften Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaft lang- oder doch zumindest mittelfristig kompensieren könnten, seien verfehlt.

Es stellte sich nun allerdings die Frage, was der genaue Auslöser dieser innermarxistischen Diskussion war. Wie Wolfgang Mommsen feststellte, war die Imperialismustheorie, in deren Rahmen die Rolle des MİK diskutiert wurde, bereits seit den zwanziger Jahren jeweils den taktischen Erfordernissen der aktuellen politischen Situation angepaßt worden, ohne auf die Konsistenz in der theoretischen Argumentation Rücksicht zu nehmen³⁴⁸. An Hufschmids Abhandlung war auffällig, wie demonstrativ er auf die DDR-Literatur verwies, die „durch die Realität der Entwicklung in den kapitalistischen

³⁴⁴ Zur Geschichte der theoretischen Diskussion im Marxismus um die Funktion des MİK vgl. Mommsen, Wolfgang J.: *Imperialismustheorien: Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen*. 3. Aufl. Göttingen 1987. S. 27-49.

³⁴⁵ Hufschmid, Jörg (Hrsg.): *Rüstungs- oder Sozialstaat? Zur wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit von Abrüstung in der Bundesrepublik*. Köln 1984. S. 174.

³⁴⁶ Was selbstverständlich nicht für die Löhne galt, die ja wieder in die konsumtive Nachfrage eingingen. Durch diese konnte der vorher erfolgte Nachfrageverlust durch die Rüstungsfinanzierung aus Steuermitteln jedoch immer nur zu einem Bruchteil kompensiert werden.

³⁴⁷ Hufschmid, *Rüstungsstaat*, S. 166. Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangte aus nicht-marxistischer Sicht auch Gert Krell. Ein pauschaler Zusammenhang zwischen Konjunktur und Rüstung lasse sich aus den empirischen Wirtschaftsdaten nicht ableiten. Vgl. ders., *Rüstungswettkampf*, S. 58-61.

³⁴⁸ Mommsen, *Imperialismustheorien*, S. 46.

Kernländern mehr und mehr bestätigt“ werde³⁴⁹. Diese Bezugnahme deutete darauf hin, daß Huffschmids Argumentation die neue politische Linie der SED wiedergab, die eine erneute taktische Anpassung der Imperialismustheorie vornahm. Man konnte schließlich nicht mehr gut argumentieren, daß Rüstung – wie Gremlizas Darstellung dies ja impliziert hatte – Arbeitsplätze *sicherte*, wenn auch durch Verschwendung, denn dies hätte ja im Umkehrschluß bedeutet, daß Abrüstung diese Arbeitsplätze bedrohen würde. Vielmehr bestand im ‚Friedenskampf‘ gegen den NATO-Doppelbeschluß die taktische Notwendigkeit, die Rüstung als *arbeitsplatzgefährdend* darzustellen, um die politische Unterstützung der Gewerkschaften gewinnen zu können. Man mußte daher die Argumentation aufgeben, Rüstung diene der Erhaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Vielmehr galt es herauszustellen, daß Rüstung ökonomisch genauso irrational sei wie politisch, da ihre Produktion den allgemeinen Lebensstandard senke und durch eine Umstellung der Produktion auf die Erzeugung von zivilen Gütern viel mehr Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Konkret war auch in der Folge weiterhin bemüht, die wahren Zusammenhänge des NATO-Doppelbeschlusses aufzudecken. Ihre Autoren operierten dabei vorwiegend mit der in marxistischen Kreisen verbreiteten Entlarvungsrhetorik, die die objektive Wirklichkeit von ihrer Verschleierung durch die kapitalistische Propaganda zu befreien suchte. Alle Meinungsäußerungen gingen dabei davon aus, daß der NATO-Doppelbeschluß rein durch strategische Absichten und ökonomische Interessen des Westens motiviert sei. Im Februar 1981 schrieb beispielsweise Werner Heine, die Bedrohung, die angeblich von der sowjetischen SS-20 ausginge, sei de facto ein aufgebauschtes Propagandamärchen. Ihre Indienstellung sei nichts weiter als die Modernisierung der veralteten SS 4 und SS 5, die eigentlich, so Heine unter Berufung auf Alfred Mechttersheimer, schon in den sechziger Jahren hätte erfolgen müssen. Daß dies nicht geschehen sei, läge daran, daß der Sowjetunion das fehle, „was im freien Westen der ‚militärisch-industrielle Komplex‘ heißt. Das ist die Herstellung einer politischen Situation, in der die Produktion militärischer Güter (oder Schlechter) zugunsten privater Kapitalanleger unausweichlich wird.“³⁵⁰

Nun verfügte allerdings auch die Sowjetunion über eine Rüstungsindustrie von ganz erheblichen Ausmaßen. Heines Argumentation setzte implizit voraus, daß diese zum einen vollständig der politischen Kontrolle durch das Zentralkomitee unterliege, es also

³⁴⁹ Huffschmid, *Rüstungsstaat*, S. 164.

³⁵⁰ Heine, Werner: Atomrüstung: Der nackte Wahnsinn. In: *Konkret* Nr. 2 (Februar 1981), S. 13.

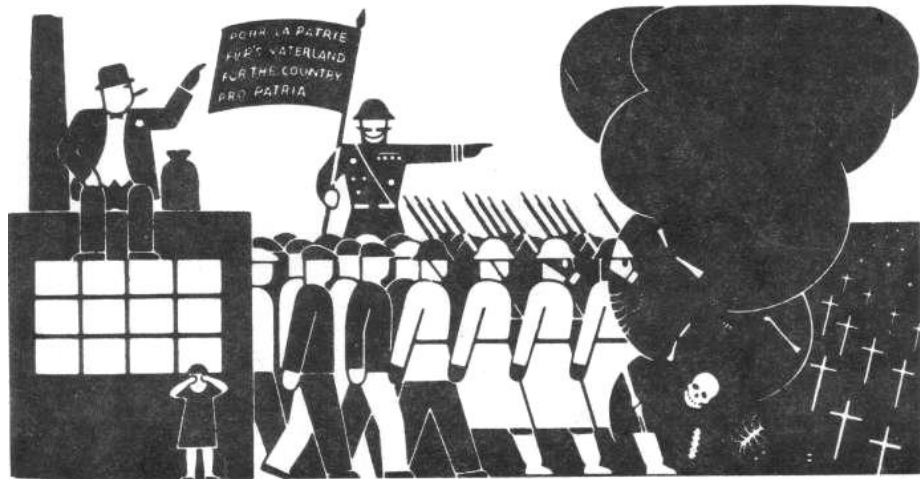
in der Sowjetunion gerade nicht den von E. P. Thompson identifizierten „bürokratisch-industriellen Komplex“ gebe, der der politischen Führung bestimmte Entscheidungen vorschrieb, und daß die sowjetische Rüstung zum anderen auch einen echten Zweck erfülle, während die westliche Rüstungsproduktion nur dazu diene, unter Vorspiegelung falscher Bedrohungen eine Umverteilung von Kapital in die Taschen der Waffenhersteller zu organisieren. In dieser kommunistischen Darstellung war die Rüstung der UdSSR immer objektiv notwendig, die der NATO dagegen immer objektiv überflüssig.

Ausdrücklich formuliert wurde diese Position von Wolfgang Harich, der damit die These einer Isomorphie der Supermächte entschieden zurückwies:

Jeder, der den Weltfrieden erhalten helfen will, sollte wissen, was in erster Linie ihn bedroht. Es bedrohen ihn nicht gleichermaßen die *beiden* Supermächte, auch nicht gleichermaßen die um sie jeweils sich gruppierenden Militärallianzen. West *und* Ost als Gefahrenherde einander gleichzusetzen – so, wie die Totalitarismustheorie Faschismus und Kommunismus strukturell gleichgesetzt hat –, geht an den Realitäten vorbei und kann nur dazu beitragen, die Volksmassen irrezuführen. Sozialismus schließt sicher nicht automatisch jede Aggressivität aus; spätestens seit Januar 1979 muß diese Illusion begraben werden. Nur dem Kapitalismus aber ist ökonomische Expansion mit all ihren aggressiven Konsequenzen notwendig wesenseigen. Nur im Kapitalismus existieren soziale Gruppen, die an Kriegsrüstung profitieren. Nur für den Kapitalismus kann Kriegsrüstung systemstabilisierende Wirkung haben, und sei es, perverserweise, dadurch, daß sie „Arbeitsplätze schafft“. Für den Sozialismus, auch für sämtliche „Modelle“ des real existierenden, wie immer man ihn ansonsten bewerten mag, gilt in alledem, Punkt für Punkt, das Gegenteil.³⁵¹

Allgemein war an der ganzen Debatte um den MIK auffällig, wie stark im populären Diskurs auch außerhalb der marxistischen Kreise Vorstellungen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges auf den Kalten Krieg übertragen wurden. Exemplarisch zeigte dies die folgende, von Gerd Arntz (1900-1988) stammende Illustration, die in Publikationen der Friedensbewegung oft verwendet wurde:

³⁵¹ Harich, Wolfgang: Fünfzehn Thesen zur Friedenspolitik: Ein Beitrag zur Sozialistischen Konferenz. In: Plümer, Lutz (Hrsg.): *Positionen der Friedensbewegung: Die Auseinandersetzung um den US-Mittelstreckenraketenbeschluß. Dokumente, Appelle, Beiträge*. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1981. S. 111.



Die Fahne des Offiziers in der Bildmitte trug die Aufschrift: *Pour la Patrie – Für's Vaterland – For the Country – Pro Patria*, womit gesagt wurde, daß das Schicksal der ‚kleinen Leute‘ nicht von ihrer Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Nationalstaat abhing, sondern von den überall identischen Klassenverhältnissen, die durch die Ideologie des Nationalismus nur kaschiert würden. Sie stellten sich für Arntz und die Aktivisten der Friedensbewegung, die seine Graphiken verwendeten, so dar:



³⁵² Massarrat, Mohssen; Albrecht, Ulrich; Mellenthin, Knut; et. Al.: *Ist der 3. Weltkrieg noch zu verhindern? Beiträge zu einer notwendigen Diskussion*. Hamburg 1980. Illustration auf dem Frontumschlag.

Die Arbeiter wurden nach diesem Bild von den herrschenden Eliten aus Kapital, Kirche und Militär in den Krieg getrieben und dort rücksichtslos geopfert.

Arntz hatte einen Großteil seiner künstlerischen Arbeit der Entwicklung von Piktogrammen als Mitteln visueller Kommunikation gewidmet, deren Gestaltungsprinzipien er auch in seiner politischen Kunst anwandte. Das wesentliche Merkmal der von ihm verwendeten Formen bestand in ihrer Isotypie, also Gleichförmigkeit, was es Arntz erlaubte, hochgradig generalisierte Vorgänge darzustellen. In den oben abgebildeten Graphiken erschienen keine Individuen, sondern Typen von Menschen in ihrer gesellschaftlichen Rolle, und wurden keine Zustände dargestellt, sondern Prozesse: Die Arbeiter verließen die Fabrik, wurden zu Soldaten und kamen schließlich um. Die Isotypie der einzelnen Figuren korrespondierte mit der Isotypie der Abläufe. Arntz beschrieb somit gleichförmige, sich wieder und wieder verwirklichende Schemata. Die weite Verbreitung seiner Werke in den Flugschriften der Friedensbewegung zeigte, daß seine Interpretation der Ursachen kriegerischer Auseinandersetzungen, die einzig und allein in den Interessen der herrschenden Eliten lägen, von vielen Aktivisten geteilt wurde. Damit wurde eine direkte Verbindung zwischen Frieden und Klassenkampf impliziert.

Auch Bernt Engelmann, der 1982 ein in Anlehnung an die Informationsschriften der Bundesregierung „Weißbuch: Frieden“ betitelt Buch zur Stationierungsdebatte publizierte, ging in seiner Analyse zu den historischen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges zurück. Von diesem hätten nicht die Völker profitiert, also auch nicht die einfachen Leute derjenigen Nationen, die ‚gesiegt‘ hätten, sondern einzig und allein „die Eigentümer und Großaktionäre jener Rüstungskonzerne, die in dem Jahrzehnt vor 1914 ihr Äußeres getan hatten, Konflikte zu verschärfen und den Völkerhaß hüben und drüben anzuheizen, um so das Wettrüsten, das ihnen die Kassen füllte, voranzutreiben.“³⁵³ Dabei seien die Waffenfabrikanten der kriegführenden Nationen untereinander keineswegs verfeindet gewesen; zwar Konkurrenten, jedoch durch ein Kartell zur gegenseitigen Profitmaximierung einander heimlich verbunden. So habe jeder deutsche Soldat, der von der englischen Artillerie getötet wurde, die Kassen der Firma Krupp klingeln lassen, denn die englischen Granaten der Firma Vickers seien mit Patentzündern von Krupp ausgestattet gewesen, für die Vickers nach Kriegsende Lizenzgebühren an Krupp gezahlt habe. Da die Anzahl der bei Vickers hergestellten Zünder nicht mehr zu ermitteln gewesen sei, habe man der Einfachheit halber statistische Mittelwerte über die durchschnittlich von eintausend Granaten getöteten Soldaten zugrunde gelegt, und dann aus

³⁵³ Engelmann, Bernt: *Weißbuch: Frieden*. Köln 1982. S. 49.

der Anzahl der deutschen Gefallenen im englischen Frontabschnitt die zu transferierende Summe errechnet, die bei etwa drei Pfund Sterling pro Toten gelegen habe³⁵⁴. Es sei, so Engelmann, dabei ganz unangebracht, der Geschäftsführung von Krupp nun Unmoral oder Vaterlandsverrat vorzuwerfen. Denn: „Erstens sind Geschäft und Moral ohnehin nicht miteinander zu vereinbaren, und zweitens war die geschilderte Transaktion kein Ausnahmefall, sondern nur ein Beispiel für das, was in der internationalen Rüstungsindustrie seit eh und je als branchenüblich gilt.“³⁵⁵ Nach Engelmanns Darstellung war somit der Erste Weltkrieg wesentlich durch eine internationale Verschwörung der Rüstungsproduzenten verursacht worden.

Während nun das internationale Waffenhändlerkartell in früheren Zeiten die nationalistischen Leidenschaften angefacht habe, so bilde aktuell der Antikommunismus die Folie der Haßpropaganda, die von den Geschäftsinteressen der Rüstungsindustrie stets am Laufen gehalten werde. Dabei gebe es deutliche Kontinuitäten: Im Kaiserreich sei die Rüstungspolitik von nationalistischen Gruppierungen wie der Deutschen Reichspartei, den Flotten- und Kolonialvereinen und vor allem vom „Alldeutschen Verband“ ausgegangen, die während des Ersten Weltkrieges zunächst jeden Verständigungsfrieden erfolgreich sabotiert, und dann während der Weimarer Republik jede Friedenspolitik diffamiert hätten. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten habe sich deren Finanzierung durch die Rüstungsindustrie rasch für diese ausgezahlt, da der Anteil der Rüstungsausgaben am Staatshaushalt des Deutschen Reich bis 1938 auf 32 Prozent gestiegen sei. Gleichzeitig habe eine umfangreiche Propaganda zum Schüren der Bolschewistenfurcht eingesetzt. Während das Deutsche Reich der Sowjetunion de facto bereits 1937 militärisch überlegen gewesen sei, hätte das Reichspropagandaministerium unter der Leitung von Joseph Goebbels der gleichgeschalteten Presse befohlen, die UdSSR als tödliche Bedrohung hinzustellen, die unablässig aufrüste³⁵⁶.

Hier zeichnete sich nun die von Engelmann intendierte historische Parallele ab. Die Propaganda der Nazis von der bolschewistischen Bedrohung und der sowjetischen Hochrüstung sollte dem Leser als historisches Schema erscheinen, daß sich nach dem Untergang des Dritten Reichs noch zweimal wiederholt habe: In der Zeit der Wiederbewaffnung unter Adenauer, und aktuell beim NATO-Doppelbeschluß. Engelmann

³⁵⁴ Ebd., S. 50.

³⁵⁵ Ebd. Der Vorgang hatte sich in Wirklichkeit allerdings etwas anders abgespielt, als von Engelmann dargestellt. Vickers hatte die Zahlung keineswegs als ‚geschäftsblich‘ angesehen und bereitwillig geleistet; vielmehr hatte Krupp die Lizenzgebühren nach dem Krieg vor Gericht erstritten. Was man davon in moralischer Hinsicht auch immer halten wollte, für eine internationale Kumpanei der Waffenhersteller lieferte die Angelegenheit jedenfalls keinen Beweis.

³⁵⁶ Ebd., S. 52-55.

verstärkte diese Interpretation noch, indem er personelle und ideologische Kontinuitäten zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik postulierte:

Nachdem der von Hitler und seinen Kumpanen zielstrebig herbeigeführte, von deren Hintermännern und Geldgebern so lange schon gewünschte Krieg in die größte Katastrophe der deutschen Geschichte geführt hatte, wäre zu hoffen gewesen, daß nun der Militarismus, der Revanchismus und die Hetzpropaganda zur Förderung der Hochrüstung für immer ihr Ende gefunden hätten. Doch das Gegenteil war der Fall:

Schon wenige Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht waren sämtliche zunächst als Kriegsverbrecher verurteilte Rüstungsindustrielle wieder frei und standen an der Spitze ihrer wiederaufgebauten Unternehmen. Die Remilitarisierung begann bereits 1950, und um die Mitte der fünfziger Jahre, als die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen wurde, hatten revanchistische, zum Kreuzzug gegen den Bolschewismus und zur Wiederoberung des „Ostraums“ auffordernde Politiker längst wieder die Oberhand gewonnen – aber sie standen nicht, wie vor 1933, in haßerfüllter Opposition gegen eine demokratische Regierung, sondern waren deren offizielle Repräsentanten.³⁵⁷

Engelmann führte dann Äußerungen verschiedener konservativer Politiker mit NS-Vergangenheit an, um seine These weiter zu untermauern. So habe Theodor Oberländer, unter Adenauer Bundesminister für Angelegenheiten der Vertriebenen, von der Notwendigkeit gesprochen, das „Abendland wieder nach dem Osten zu tragen.“³⁵⁸ Man dürfe von der Rückkehr [in die verlorenen Ostgebiete] nicht nur träumen, sondern müsse diese planen. Diese Planung sei, so Engelmann, auch erfolgt, und zwar durch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, das die Wiedervereinigung der DDR durch die Bundesrepublik vorbereitet habe. Der Ausdruck ‚Wiedervereinigung‘ war dabei nach Engelmanns Auffassung lediglich ein Euphemismus, mit dem in Wahrheit eine militärische Rückeroberung gemeint gewesen sei.

Engelmann zufolge gab es somit eine sich vom Kaiserreich bis zur NATO nahtlos hinziehende Tradition der Zusammenarbeit von nationalistischen Politikern und großkapitalistischen Waffenfabrikanten, deren politische Machenschaften sowohl für beide Weltkriege als auch für das Dritte Reich verantwortlich gewesen seien und die aktuell erneut ihr historisches Projekt verfolgten: die Anhäufung von maximalem Profit, die Ausrottung des Kommunismus, und vor allem die Errichtung eines neuen großdeutschen Reichs.

Die Argumentationslinie, nach der alle Antikommunisten ein gemeinsames ideologisches Lager bildeten und somit die NATO mit ihrer gegen die Sowjetunion gerichteten

³⁵⁷ Ebd., S. 55.

³⁵⁸ Ebd., S. 56.

Politik nichts anderes tue, als das Werk der NSDAP fortzusetzen, gehörte dabei auf kommunistischer Seite zum diskursiven Allgemeingut. Besonders gerne wurde die Feststellung der NATO, ihr Zweck bestehe lediglich in der Verteidigung gegen die UdSSR, mit dem inszenierten Überfall auf den Sender Gleiwitz gleichgesetzt. Wie Hitler behauptet habe, es werde lediglich zurückgeschossen, so behaupte auch die NATO, sie wolle Westeuropa lediglich ‚verteidigen‘. So die Darstellung beispielsweise bei Gerhard Kade, einem führenden Vertreter des KoFAZ³⁵⁹. Im Dokumententeil seines in der Friedensbewegung recht weitverbreiteten Buches zur „Bedrohungslüge“ stellte er wie Bernt Engelmann eine antikommunistische Traditionslinie her, indem er Aussagen von Goebbels, Bormann und Hitler über Churchill und Adenauer bis Brzezinski so aneinanderreihete, daß sich der Eindruck einer ideologischen Kontinuität ergab³⁶⁰.

Der MIK sei nun die treibende Kraft sowohl hinter der Aufrüstung des Westens als auch der propagandistischen Verteufelung des eigentlich friedfertigen Sozialismus. Auf der einen Seite setzten, so Kade, „die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten alles daran, den Rüstungswetlauf zu stoppen, einen neuen Weltkrieg zu verhindern und einen dauerhaften Frieden auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz zu gewährleisten.“³⁶¹ Aus „jeder Äußerung und jeder Maßnahme sozialistischer Politik“ spräche ihre „Friedensliebe“³⁶². Auf der anderen, westlichen Seite dagegen suchten „die Rüstungskonzerne [...] nach immer mehr und immer höheren Profiten“³⁶³. Der MIK sei seinem Wesen nach ein „extrem aggressiver Teil in der sozioökonomischen Struktur des Imperialismus“³⁶⁴. Er sei der Hauptträger des Wettrüstens und der Hauptfeind der Entspannung. Um seine Ziele zu erreichen, lasse er die „Bedrohungslüge“ von den Massenmedien verbreiten und von seinen Lobbyisten in die Parlamente einbringen. Dabei biete „die Lüge von der militärischen Bedrohung durch den Sozialismus [...] den Vorwand zur hemmungslosen Kriegspropaganda gegen die sozialistischen Staaten“³⁶⁵. Worum es ihm vor allem gehe, sei einmal die „Sicherung von Maximalprofit durch Rüstungsproduktion“ und die Herbeiführung der militärischen Überlegenheit über den Sozialismus, um langfristig die imperialistische Alleinherrschaft über die Welt wieder herzustellen³⁶⁶.

³⁵⁹ Kade, Gerhard: *Die Bedrohungslüge: Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten“*. 2. Aufl. Köln 1980. S. 15.

³⁶⁰ Ebd., S. 98-202.

³⁶¹ Ebd., S. 70.

³⁶² Ebd.

³⁶³ Ebd., S. 72.

³⁶⁴ Ebd., S. 64.

³⁶⁵ Ebd., S. 73.

³⁶⁶ Ebd., S. 65.

In diesem klar nach Gut und Böse geteilten Weltbild Kades war der MIK somit die Speerspitze der Konterrevolution. Immerhin verließ Kade in seinen Ausführungen zumindest ansatzweise die Ebene eines reinen Ökonomismus, indem er dem MIK nicht nur Profitgier, sondern ein genuin politisches Projekt zuschrieb, das darin bestand, die Oktoberrevolution ungeschehen zu machen und den Sozialismus militärisch zu vernichten.

Zu guter Letzt mußte sich jede Theorie, die das Wettrüsten aus den Interessen des MIK ableiteten, mit dem grundsätzlichen Einwand Edward P. Thompsons auseinandersetzen, daß zwar ein konventioneller Krieg möglicherweise im Interesse der Rüstungsindustrie liegen könne, niemals aber ein nuklearer. Auch dem geldgierigsten Waffenfabrikanten hätte ja klar sein müssen, daß sich das Leben in einer postnuklearen Welt selbst bei beliebig großem Reichtum nicht mehr sehr gemütlich gestalten würde. Dieses Argument konnte nur zurückgewiesen werden, indem man davon ausging, daß die USA in der Lage seien (oder dies zumindest glaubten), einen Nuklearkrieg auf Europa zu begrenzen oder einen Vergeltungsangriff der UdSSR durch einen erfolgreichen Enthauptungsschlag gleich ganz zu unterbinden. Es fragte sich aber auch dann noch, ob die potentiellen Profiteure eines Nuklearkrieges wirklich bereit sein würden, ihr Leben auf das Gelingen dieser Strategien zu verwetten. Auch hätten zumindest die westdeutschen Waffenfabrikanten durch ihre Mitarbeit bei der Nuklearrüstung, vor allem durch die Herstellung von Raketenlafetten, an ihrer eigenen nuklearen Vernichtung mitgewirkt. In der kommunistischen Argumentation wurde der logische Widerspruch, daß kein Mensch sehenden Auges die Mittel zu seinem eigenen Untergang produzieren würde, denn auch durchgehend ignoriert. Was man nicht widerlegen konnte, schwieg man tot.

Im Lichte dieser Überlegungen erschienen die Vorstellungen, die Rüstungsindustrie treibe das nukleare Wettrüsten voran, insgesamt als anachronistische Interpretation; auch und gerade angesichts der festgestellten Herkunft der Topoi aus der Zeit des Ersten Weltkrieges. Sie lieferten einfache Erklärungen und in Gestalt der Waffenhersteller eine bequem zu identifizierende Gruppe von klischeehaften Bösewichten, waren aber angesichts der völlig veränderten politischen und militärischen Situation nicht mehr zeitgemäß. Die Ansätze, die den Konflikt nicht aus der Habsucht einiger profitgieriger Dunkelmänner, sondern wie bei Thompson oder Krell aus seiner inneren Logik zu erklären suchten, waren sehr viel eher geeignet, wirkliche Erkenntnisse zu liefern.

d) *Die sozialen Kosten der Rüstung*

In den Forderungen der Friedensbewegung nach möglichst umfassender Abrüstung stellten die sozialen Kosten, die militärische Rüstung auch in Friedenszeiten verursache, vielfach einen zentralen Punkt dar. Im Einzelnen wurde detailliert dargestellt, welche sozialen Leistungen der Staat mit den für die Rüstung verwendeten finanziellen Mitteln erbringen könnte. So schrieb der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung:

Milliarden für sichere Arbeitsplätze – nicht für Rüstung!

Die Aufrüstung ist nicht nur eine Gefahr für den Frieden. Sie wird schon heute mit Sozial- und Bildungsabbau, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung bezahlt. Im Haushaltsentwurf '85 der Bundesregierung sind für das Bundesverteidigungsministerium knapp 50 Milliarden DM vorgesehen. Nach NATO-Kriterien belaufen sich die Ausgaben auf rd. 60 Mrd. DM. Einschließlich der in den Haushalten anderer Ministerien versteckten militärischen Lasten, sollen die Gesamtüstungsausgaben nach den Plänen der Bundesregierung weit über 70 Milliarden DM betragen. Nach den Plänen von Minister Wörner sollen in den nächsten zwölf Jahren rd. 300 Milliarden DM allein für die Beschaffung neuer Waffensysteme ausgegeben werden. Für das von den Gewerkschaften geforderte Beschäftigungsprogramm in Höhe von 50 Milliarden DM in den nächsten 5 Jahren wird kein Geld bereitgestellt. Dabei könnten durch einen Stopp der Rüstungsausgaben und durch Abrüstung Gelder freigemacht werden, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Erhaltung der Umwelt, zur Verbesserung der sozialen Leistungen dringend benötigt werden.³⁶⁷

In Fortführung dieser Argumentation prangerte die Friedensbewegung die verheerenden Folgen an, welche die Aufrüstung der Ersten Welt für die Dritte habe. Daß die für die Rüstung zur Verfügung gestellten Finanzmittel direkt der Hilfe für die hungernde Bevölkerung entzogen würde und Rüstung somit durch unterlassene Hilfeleistung bereits töte, bevor überhaupt nur eine einzige Rakete abgefeuert worden sei, war in der Friedensbewegung umfassender Konsens und stehender Topos.

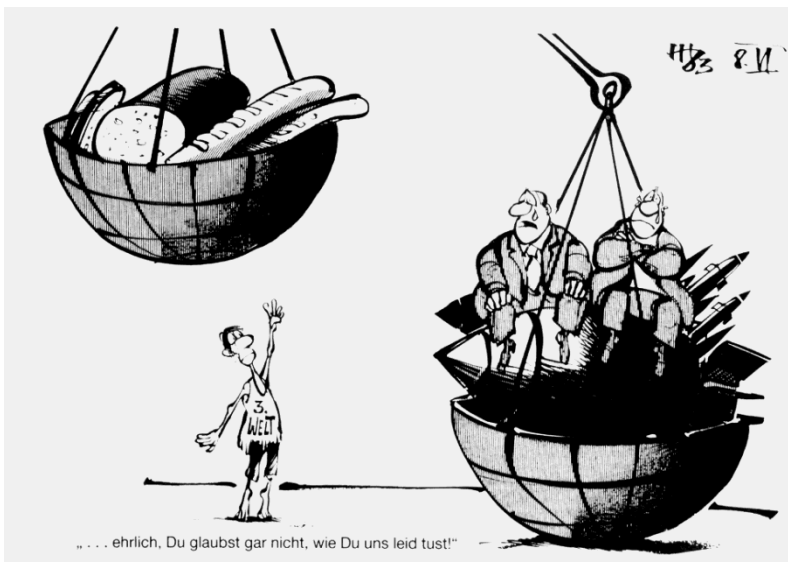
Petra Kelly führte dazu aus:

Jede Minute werden auf der Erde rund 3,3 Millionen DM für militärische Zwecke ausgegeben. Jede Minute sterben aber auch 30 Kinder, denen Essen und billige Impfstoffe fehlen. Das stellt ein Bericht fest, der von Privatorganisationen wie der Rockefeller-Stiftung und der Vereinigung für Rüstungskontrolle finanziert wurde. U. a. heißt es darin, der weltweite Bestand an Atomwaffen habe eine Sprengkraft, die über 5000mal größer ist als die sämtlicher im 2. Weltkrieg verschossenen Munition. Der Preis eines neuen Atom-U-Bootes entspräche dem jährlichen Bildungsetat von 23 Entwicklungsländern mit 160 Millionen Kindern im Schulalter. [...] Das Wettrüsten und seine Auswirkung auf das Leben haben allen Bezug zur Wirklichkeit verloren. Die beiden Supermächte – die USA voran

³⁶⁷ Koordinationsausschuß der Friedensbewegung, Rundbrief 4/84, S. 15. Archiv Aktiv (unverzeichneter Bestand).

in der Vorrüstung, und die UdSSR beharrlich nachrüstend – sind die treibenden Kräfte der Aufrüstung geworden.³⁶⁸

Illustriert wurde diese Sichtweise beispielsweise mit den zwei folgenden Zeichnungen:



Oskar Lafontaine schrieb dazu:

Die gegeneinander gerichteten, waffenstarrten Blöcke sind geradezu eine Garantie dafür, daß Hunger, Elend und Umweltzerstörung weiter zunehmen. Zur

³⁶⁸ Kelly, Petra: Die Abrüstung beginnt in den Köpfen! In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984. S. 51.

Aufrechterhaltung ihrer gigantischen Zerstörungsmaschinerie entziehen Nato und Warschauer Pakt der Welt so viele materielle und finanzielle Ressourcen, so viel menschliche Arbeitskraft und Ideereichtum, daß beim Fortdauern dieser Blockkonfrontation ein Überleben der Menschheit nicht möglich ist.³⁶⁹

Walter Jens bemerkte übereinstimmend, *overkill* sei das Schlüsselwort unserer Zeit, und korrespondiere mit dem Begriff der Unterernährung³⁷⁰.

In einer praktischen Aktionsform wurde das Thema durch französische Pazifisten aufgegriffen, die zu Anfang des Jahres 1981 damit begonnen hatten, einmal wöchentlich im Straßburger Münster eine Schweigestunde zu veranstalten. Als Protest gegen die Ausgaben für die französische *Force de frappe*, welche der Hilfe für die Millionen von Hungertoten in der Dritten Welt entzogen würde, ergänzten die Aktivisten ihre Aktion um einen einmal pro Woche stattfindenden Fastentag³⁷¹. Neben der Aktionsform einer symbolischen Solidarisierung war dies auch insofern bemerkenswert, als es sich dabei um eine der wenigen Aktionen von Pazifisten in Frankreich handelte.

Radikalisiert wurde die These einer bloßen Ignoranz gegenüber dem Hunger schließlich durch Peter Rühmkorf, der auf 1985 ein Bild stieß, von dem er sagte, daß es ihm „die ganze heillos verworrene Welt auf einen Schlag aufgehen“³⁷² habe lassen:

Genauer gesagt auf zwei Bilder. Sie finden sich auf zwei gegenüberliegenden Seiten einer Illustrierten und zeigen links ein verätztes und versehrtes Elendsbündel, Opfer einer Giftgasauseinandersetzung im irakisch-iranischen Vormachtsstreit – rechts Paradieseswonnen unter Palmen, high life auf Hotelterrassen, geeiste Zuckerrohrschnäpse am illuminierten Swimmingpool, und beides zusammen scheint mir ein Zeichen.³⁷³

Dabei sei weniger dieses ungerührte Nebeneinander von Elends- und Luxusbildern bedeutsam, das sein Zustandekommen ja zunächst keinem gravierenderen Umstand als den Zufällen in der Tätigkeit des Layouters verdanken könnte. Die kontrastreiche Gegenüberstellung sei zwar aufschlußreich in Bezug auf die herrschende psychische Verwahrlosung der Wohlstandsmenschen. Vielleicht auch müsse der Bezug beider Bilder nicht in einem Gegensatz, sondern einem Verstärkereffekt gesehen werden, insofern, als der Anblick des Elends Anderer einem selbst wohliger bewußt werden lasse, wie gut man es doch habe; daß also der Reiche, um seinen Reichtum richtig genießen zu können, des

³⁶⁹ Lafontaine, *Angst*, S. 14.

³⁷⁰ Jens, Walter: Appell in letzter Stunde. In: Ders. (Hrsg.): *In letzter Stunde: Aufruf zum Frieden*. München 1982. S. 9.

³⁷¹ Vgl. *Antimilitarismus Information*, Nr. 4, XI. Jahrgang (April 1981), S. IV-25.

³⁷² Rühmkorf, Peter: Optimismus, der über Leichen geht... In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985. S. 175.

³⁷³ Ebd.

Bettlers sogar bedürfe. Der tatsächlich bedeutsame Zusammenhang sei aber der einer Kausalität: Unser „wirkliches materielles Sein“³⁷⁴ habe „konkret mit Ausbeutung, Raubbau, Vampirismus, Entwendung, Destabilisierung der Welt und Verwirtschaftung von Menschen zu tun“³⁷⁵. Unsere „Fortschritts-, Wachstums-, Zukunfts- und Paradiesträume“ seien „allemaal Krisenprodukte“, denn unsere Hoffungsbranchen, nämlich Kriegsindustrie und Rüstungselektronik bräuchten die internationalen Krisen und Spannungen wie die Luft zum Atmen³⁷⁶. Die von der Bundesrepublik gewährte Entwicklungshilfe werde ja von den Regimen, die ihre Segnungen empfangen, zu großen Teilen dafür benutzt, bei westdeutschen Firmen Rüstungsgüter zu ordern; sei also nichts anderes als eine versteckte staatliche Subvention für den militärisch-industriellen Komplex. Wo aber kein Verbrauch sei, da sei keine Nachfrage, und wo keine Nachfrage, da eben auch kein Absatz. So habe also die deutsche Rüstungsindustrie und mit ihr der deutsche Wohlstandsbürger ein beträchtliches Interesse daran, daß das Morden in der Dritten Welt hübsch weiterginge.

³⁷⁴ Ebd., S. 176.

³⁷⁵ Ebd.

³⁷⁶ Ebd., S. 176 f.

4. Rationalität und Irrationalität nuklearer Abschreckung

a) *Die antiquierte Vernunft*

„Was die vielen Gruppen der Friedensbewegung verbindet, ist die Überzeugung, daß, was sich heute Sicherheitspolitik nennt, an Irrationalität kaum mehr zu überbieten ist.“ So Erhard Eppler in der *Zeit* vom 5. Juni 1981³⁷⁷. Im Einklang mit dieser apodiktischen Aussage war ‚Rüstungswahnsinn‘ das von der Friedensbewegung mit Abstand am häufigsten gebrauchte Schlagwort. In ihrer Perspektive stellte dieser Wahnsinn eine zentrale Bedrohung des Friedens und damit der gesamten Menschheit dar. Da er nun allerdings nicht in Form einer offenkundigen Verrücktheit, sondern unter der Maske von Realismus und Vernunft daherkam und noch dazu unbestreitbar über eine hochentwickelte innere Logik verfügte, interpretierte die Friedensbewegung diesen Wahnsinn als eine Form pervertierter Rationalität; gleichsam als einen Wahnsinn höherer Ordnung. So führte der Physiker A. M. Klaus Müller in seiner Rede auf dem Kirchentag 1981 in Hamburg aus: „Die Strategie der Kriegsverhütung zwischen den Supermächten ermangelt durchaus nicht einer ausweisbaren Rationalität. Sie wird affektiv gelegentlich als ‚Logik des Wahnsinns‘ umschrieben. Damit ist genau der Nerv unserer Situation getroffen, einer Situation, in der kein gedankliches System mehr halten kann, was es zu versprechen schien.“³⁷⁸

Die Kritik der (Schein-)Rationalität von Abschreckung und Rüstung war dabei zumeist in den größeren Rahmen einer allgemeinen Zivilisations- und Vernunftkritik eingebettet. So stellte beispielsweise der Theologe Friedrich-Wilhelm Marquardt fest, diejenige abendländische Vernunft, die Medium friedlicher Kommunikation sein wollte und durch die blutige Lernprozesse hätten vermieden werden können, herrsche öffentlich nicht mehr³⁷⁹. Die Friedensfähigkeit der Vernunft sei zerbrochen. Keinem der öffentlichen politischen Vernunftkonzepte, die auch im Atomzeitalter noch einen logischen Zusammenhang von Abschreckung und Kriegsverhinderung

³⁷⁷ Hier zitiert nach: Joffe, Josef (Hrsg.): *Friede ohne Waffen? Der Streit um die Nachrüstung*. München 1981. S. 80.

³⁷⁸ Müller, Klaus: Von der Vernunft des Glaubens. In: Luhmann, Hans-Jochen; Neveling, Gundel (Hrsg.): *Deutscher Evangelischer Kirchentag Hamburg 1981: Dokumente*. Stuttgart und Berlin 1981. S. 213.

³⁷⁹ Marquardt, Friedrich-Wilhelm: Müssen Ärzte die Bevölkerung schonungslos aufklären? Zum Problem der Legitimation von Verweigerung. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985. S. 126.

behaupeten, sei sein Friedenswille mehr zu glauben. Das Bild, das Marquardt hier zeichnete, war das einer – mit Günther Anders gesprochen – antiquierten, ja nachgerade autistischen Vernunft, die in den überholten Kategorien des vornuklearen Zeitalters dachte und sich weigerte, den Primat der Kriegsverhinderung anzuerkennen, was aber seit dem 6. August 1945 die *conditio sine qua non* jeder staatsmännischen Vernunft sei, die diesen Namen verdiene. Von daher seien, so Marquardt weiter, die seit dreißig Jahren von Günther Anders und aktuell von Horst-Eberhard Richter unternommenen Versuche, die Vernunft durch die Angst zu heilen, durchaus verständlich³⁸⁰. Damit knüpfte Marquardt an das Motto des Anders'schen Noah an, seine Mitbürger durch Schrecken zur Einsicht zu führen.

Rudolf Bahro gab seiner Schrift über den Ost-West-Konflikt gleich in prägnanter Kürze den Titel: „Wahnsinn mit Methode“³⁸¹. Da die hergebrachten Konzepte der internationalen Politik in ihrer fatalen Kombination mit der Logik der Bombe auf die Selbstvernichtung der Menschheit hinauszulaufen drohten, die politischen Systeme sich aber unfähig zeigten, diesen Umstand zur Kenntnis zu nehmen und sich zu reformieren; da die Menschheit also noch nicht einmal über dasjenige Mindestmaß an Lernfähigkeit verfüge, welches zur Abwendung ihres eigenen Untergangs nötig sei, so könne zum Zustand der Vernunft im Nuklearzeitalter nur festgestellt werden, daß diese sich in einer umfassenden Krise befinde, da die althergebrachte Staatsklugheit mit einer der nuklearen Situation angemessenen Vernunft offenkundig nicht mehr übereinstimme. Bei der Vernunft des nuklear bewaffneten globalen Gegensatzes handele es sich demnach um eine korrumpierte und degenerierte Scheinvernunft. Der Umstand, daß es noch nicht einmal den Rüstungskontrollverhandlungen gelungen sei, das Wettrüsten zu beenden, demjenigen Rahmen also, in dem die Vernunft der Diplomatie eigentlich alle Gelegenheit gehabt hätte, sich zu entfalten, verleihe dieser Beobachtung besondere Evidenz.

Es war gerade dieser Charakter der Debatte um den NATO-Doppelbeschluß als einer Konfrontation zweier Rationalitätskonzepte, der bewirkte, daß sie sich, wie Ernst Tugendhat diagnostizierte, gleich einer unüberwindlichen Kluft durch die Gesellschaft zog:

³⁸⁰ Ebd.

³⁸¹ Bahro, Rudolf: *Wahnsinn mit Methode: Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sonjetunion und die DKP*. Berlin (West) 1982.

Fast die ganze westliche Welt ist wie gespalten in zwei große, über die nationalen Grenzen zusammenhängende Kommunikationssysteme, die sich gegenseitig abzuschotten drohen und neue Grenzen schaffen, die quer durch Familien und Freundschaften verlaufen. Es sind nicht einfach entgegengesetzte politische Zielsetzungen. Die tiefere Differenz, die uns aneinander und, wenn wir dünnhäutig sind, an uns selbst verzweifeln lassen kann, ist die Differenz in der Sprache, im Verstehen, in den unausgesprochenen Voraussetzungen, die in die beiderseitigen Wahrnehmungen der politischen Realitäten eingehen.³⁸²

In der Tat mutet es aus heutiger Sicht frappierend an, mit welcher Vehemenz sich beide Seiten gegenseitig die geistige Zurechnungsfähigkeit absprachen. Daß die prominenten Psychotherapeuten Richter, Parin, Fromm und das Ehepaar Mitscherlich die nukleare Abschreckung prinzipiell für das Ergebnis kollektiver psychischer Störungen hielten, wurde bereits dargelegt; ebenso die Forderung Uta Ranke-Heinemanns, die führenden Politiker und Militärs regelmäßig auf ihre geistige Gesundheit zu überprüfen, was ja nichts anderes besagte, als daß man sehr veranlaßt sei, an dieser zu zweifeln. In diesen Chor stimmten so gut wie alle Mitglieder der Friedensbewegung mit ein. Erhard Eppler diagnostizierte einen „krankhaften Sicherheitswahn“, der sich durch eine „streng rationale Irrationalität auszeichne“³⁸³. Helmut Gollwitzer sagte:

Ein amerikanischer Sozialphilosoph, John Sommerville, hat nach einer Analyse der beiden Fälle, in denen die westliche Führungsmacht schon sehenden Auges in der Entscheidung eines oder weniger Männer den Untergang der Welt riskiert hat, nämlich bei der Kuba-Krise 1962 und im Vietnam-Krieg, diese Analyse geschlossen mit dem Satz: „Man darf nie vergessen, daß man es mit Verrückten zu tun hat.“ [...] Das heißt also das Wort Rüstungswahnsinn – auch Breschnew hat es schon gebraucht – ist nicht ein bildlicher Ausdruck, es ist eine klinisch exakte Bezeichnung für das pathologische Verhalten von Regierungen und von Völkern.³⁸⁴

Oskar Lafontaine schrieb:

Es ist interessant zu beobachten, daß bedeutende Frauen und Männer über viele Jahre hinweg die Welt vor dem Fortsetzen des nuklearen Rüstungswettlaufs gewarnt haben. Bewirkt haben diese Appelle bis zum heutigen Tage

³⁸² Tugendhat, Ernst: Rationalität und Irrationalität der Friedensbewegung und ihrer Gegner: Versuch eines Dialogs. In: Ders.: *Nachdenken über die Atomkriegsgefahr und warum man sie nicht siebt*. Berlin 1986. S. 19.

³⁸³ Eppler, Erhard: *Die tödliche Utopie der Sicherheit*. Reinbek bei Hamburg 1983. S. 35.

³⁸⁴ Gollwitzer, Helmut: Schaffen wir die Rüstung ab oder sie uns? In: Behrens, Katja (Hrsg.): *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984. S. 85.

nichts. Es müssen Kräfte am Werk sein, die der rationalen Argumentation nicht zugänglich sind.³⁸⁵

Weit weniger zurückhaltend drückte sich Klaus Gerosa in seiner Bewertung der Rüstungsbefürworter aus:

Man kann durchaus behaupten, daß die heutige Situation ein ‚krankhafter Zustand‘ der Menschheit ist; ein Individuum würde aufgrund der aufgetretenen Symptome als ‚gemeingefährlich und verrückt‘ bezeichnet und verwahrt werden! Oder wie anders soll man den Umstand benennen, daß trotz größter wirtschaftlicher und sozialer Probleme der Völker die meisten Anstrengungen darauf verwendet werden, den kollektiven Selbstmord der Menschheit vorzubereiten? Was soll man schließlich dazu sagen, daß die Entscheidung über die Zukunft des Lebens auf diesem Planeten von Milliarden Menschen einigen wenigen anvertraut wird, die tatsächlich nur auf Grund ihres Irrsinn und ihrer Einbildung per Knopfdruck die bisherige Evolution auszulöschen vermögen? Man kann es gar nicht so banal ausdrücken, wie die Wirklichkeit ist: Von einer Handvoll Menschen, die psychisch und physisch unter größter Anspannung stehen, deren Geisteskräfte nicht unbedingt unter die Kategorie „Genie“ einzuordnen sind, die an körperlichen Gebrechen leiden und die den Zenit ihres Lebens überschritten haben, hängt das Schicksal der Menschheit ab. [...] Den meisten aufgeklärten Menschen ist nun bewußt, daß ihre Zukunft und die ihrer Kinder durch eine lächerliche Computerpanne, durch Irrtum oder die Hybris weniger Personen innerhalb einiger Minuten ausgelöscht werden kann. Daß diese Situation unmoralisch ist und unverzüglich beendet werden muß, wird jeder vernünftige Mensch empfinden.³⁸⁶

Christa Wolf wertete schließlich die nukleare Rüstung in ihrem bereits zitierten Beitrag beim Ostberliner Friedenstreffen der deutschen Schriftsteller in aller Klarheit als unfehlbares Symptom einer wahnsinnig gewordenen Menschheit. Die Passage sei hier noch einmal angeführt:

Das Absurde ist die Wahrheit. Das Phantastische ist realistisch, und das Denken des gesunden Menschenverstandes ist wahnwitzig und krank...

Diese Raketen, diese Bomben sind kein Zufallsprodukt dieser Zivilisation. Wenn diese Zivilisation imstande war, ihren eigenen Untergang derartig zu planen und vorzubereiten, sich die Mittel dafür zu beschaffen unter solch furchtbaren Opfern, dann ist sie krank, wahrscheinlich geisteskrank, vielleicht todkrank.³⁸⁷

³⁸⁵ Lafontaine, *Angst vor den Freunden*, S. 20.

³⁸⁶ Gerosa, Klaus: Umweltschutz heißt Frieden schaffen. In: Ders. (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984.

³⁸⁷ Diskussionsbeitrag Christa Wolfs bei der 1. Berliner Begegnung zur Friedensförderung am 13./14. Dezember 1981 in Ostberlin. In: Wagenbach, Klaus; Stephan, Winfried; Krüger, Michael; Schüssler, Susanne (Hrsg.): *Vaterland, Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*. 2. Aufl. Berlin 1994. S. 334.

Womit Wolf zwei implizite Aussagen traf, die für die Interpretation des Kalten Krieges durch die Friedensbewegung charakteristisch waren: Der Untergang der menschlichen Zivilisation sei bei Fortführung der bisherigen Politik unausweichlich, und zwar als Ergebnis einer zumindest unterschwelligten Absicht. Es war ihrer Meinung nach also nicht, wie bei Günther Anders und Edward Thompson, die intrinsische Sachlogik der Bombe, welche die historische Entwicklung in Richtung der Allvernichtung zwang, sondern vielmehr menschlicher Wille und Vorsatz.

Daß Wahnsinn ein wesentlicher Faktor im atomaren Rüstungswettlauf sei, stellte mithin für die Friedensbewegung ein stehendes Faktum dar. Differenzen gab es aber bei den Meinungen darüber, was genau als wahnsinnig zu werten war. Galt dieser Befund nur für eine Politik des *Brinkmanship*, die vorsätzlich Spannungen zwischen den Machtblöcken riskierte; oder für die steigenden *Overkill*-Kapazitäten; für den allgemeinen Umstand, daß über der Menschheit beständig das Damoklesschwert eines Nuklearkrieges schwebte; für die Vorstellung, ein solcher sei in irgendeiner sinnvollen Bedeutung des Wortes ‚gewinnbar‘; oder war es vielleicht überhaupt wahnsinnig zu nennen, daß Menschen nach zwei Weltkriegen noch immer bereit waren, sich gegenseitig massenhaft umzubringen und die dafür notwendigen Mittel auch noch unter erheblichen Mühen und Kosten zu produzieren?

Entsprechend dieser verschiedenen Perspektiven bewegte sich die Debatte auf drei Ebenen: Erstens wurde darüber gestritten, ob die Stationierung der neuen Nuklearwaffen in Bezug auf die Verhinderung eines Krieges mit der Sowjetunion im Rahmen einer konventionellen Definition von Sicherheit zielführend sei oder nicht. Zweitens, ob die Architektur der internationalen Politik im Kalten Krieg insgesamt als rational gelten könne, oder ob nicht zwingend auf ihre umfassende Umgestaltung hingearbeitet werden müsse. Und drittens wurden schließlich die globalen Grundwerte thematisiert, die politisches Handeln anzustreben, und die Modi, in denen es zu operieren habe; also danach gefragt, welche Kriterien Politik grundsätzlich erfüllen müsse, um überhaupt als rational gelten zu können.

Der von Christa Wolf verwandte Begriff des ‚gesunden Menschenverstandes‘ führte bereits mitten in den Kern der Rationalitätsdebatte hinein. Seit der antiken Philosophie war ‚Vernunft‘ zunächst als Erkenntnisvermögen verstanden worden,

das durch zwei wesentliche Aspekte bestimmt wurde³⁸⁸: Zum einen die des diskursiven Denkens, der „denkenden Betrachtung“ (Jürgen-Eckhardt Pleines) im Sinne eines aktiven Abwägens von für und wider, was auch logisch-operative bzw. berechnende Denkprozesse einschloß. Zum anderen beinhaltete Vernunft die intuitiv erkennenden Denkprozesse, die sich vor allem auf grundsätzliche, nicht ableitbare Gegebenheiten der Welt, aber auch auf richtige Wertorientierungen bezogen³⁸⁹; also all das, was als axiomatische Wahrheit galt.

In der Alltagssprache diene ‚Vernunft‘ als Chiffre für grundlegende Annahmen darüber, auf welche Zwecke und an welchen Werten Handeln sich auszurichten habe. Dieses Bescheidwissen sowohl im Bereich des Faktischen als auch des Normativen diene der praktischen Urteilskraft im jeweils konkreten Fall als orientierende Instanz. Im Gegensatz zum philosophischen Vernunftbegriff umfaßte sein alltagsprachliches Pendant stets auch Annahmen über Fakten, Kausalzusammenhänge und Zielvorstellungen, da er davon ausging, daß eine richtig funktionierende Episteme – eben der ‚gesunde Menschenverstand‘ – gar nicht anders könne, als Realität in einer bestimmten Art und Weise aufzufassen. Der lebensweltliche Vernunftbegriff war damit aus philosophischer Sicht von vornherein überdeterminiert: Er nahm als selbstverständlich an, was strenggenommen keineswegs selbstverständlich war. Je enger der geistige Horizont des Einzelnen gezogen war, je mehr ihm seine eigene Weltsicht als die selbstverständlich richtige galt, um so eher war er auch geneigt, abweichende Ansichten als verrückt zu betrachten. Die lebensweltliche ‚Vernunft‘ fungierte darüber hinaus nicht nur als Organon bei der Bewältigung konkreter Probleme, sondern stellte als grundsätzliche Entscheidungsinstanz über richtige Werturteile auch Sinn her. Etwas anzustreben, das einen Wert darstellte, war vernünftig. Was vernünftig war, ergab Sinn. Divergierenden Vernunftbegriffen entsprachen daher divergierende Wertorientierungen und lebensweltliche Sinnordnungen.

Im alltagsprachlichen Gebrauch war der Vernunftbegriff damit von vornherein in eine bestimmte Weltauffassung eingebunden. Was als vernünftig gelten konnte, war – im Rahmen seiner immer vorhandenen Vielfalt – gesellschaftlich bzw. kulturell

³⁸⁸ Die Theorie der Rationalität ist selbstverständlich ein hochkomplexes Thema, das den Rahmen vorliegender Arbeit bei weitem überschreiten würde. Es ist daher nicht ihre Absicht, die philosophische Diskussion zu referieren. Hier werden im folgenden nur einige allgemeine Hinweise zu geben sein, die geeignet sind, den Rationalismusstreit in der Nachrüstungsdebatte besser zu verstehen.

³⁸⁹ Noëtisches und dianoëtisches, bzw. in lateinischer Terminologie intuitives und diskursives Denken. Vgl. Schnädelbach, Herbert: *Vernunft*. Stuttgart 2007. S. 11-14.

determiniert³⁹⁰. Zerfiel eine Gesellschaft in mehrere politisch-kulturelle Milieus, so ging dies in aller Regel auch mit der Etablierung konkurrierender Vernunftkonzepte einher; ein Prozeß, der sich im Streit um den Doppelbeschluß sowie in den Auseinandersetzungen zwischen Alternativen und Establishment generell besonders augenfällig vollzog. Im normalen politischen Streit wurde typischerweise von jeder Partei vorgebracht, mit dem eigenen Programm ließe sich das Gemeinwohl am besten fördern, wohingegen der Gegner lediglich die Partikularinteressen seiner politischen Klientel durchsetzen wolle. Die Friedensbewegung warf ihren Gegnern zwar auch diese Art von Unehrlichkeit vor, diagnostizierte bei ihnen aber darüber hinaus eine grundsätzliche und in einem durchaus klinischen Sinn pathologische Verkehrtheit des Denkens. Sie operierte mit einem totalen Ideologiebegriff, der die gesamte Weltsicht des Gegners als prinzipiell falsch verwarf³⁹¹.

Daß innerhalb der Stationierungsdebatte gerade der Streit um die Vernunft so heftig geführt wurde, war darauf zurückzuführen, daß die tatsächliche Pluralität der Vernunft in völligem Widerspruch zu ihrer allgemeinen Wahrnehmung als eines Reichs des von allen subjektiven, gar ideologischen Elementen gereinigten, einzig und allein der Wahrheit verpflichteten Urteilens stand. Wer sich auf die Vernunft berief, beanspruchte damit, seine eigenen Ansichten entsprängen einer erhabenen Sphäre der Unvoreingenommenheit, in der Handlungsentscheidungen ausschließlich aufgrund objektiver Fakten getroffen würden.

Um urteilen, also vergleichen, schlußfolgern und bewerten zu können, mußte die Vernunft etwas über den Gegenstand ihres Urteils wissen, konnte aber dieses Wissen nicht selbst mitbringen. Noch dazu war Wissen immer relativ und ließ sich nicht scharf vom Bereich der Überzeugungen trennen, welcher wiederum nicht nur Normen und Werte, sondern auch deskriptive Hypothesen über faktische Gegebenheiten umfaßte³⁹². Daher war die Vernunft der Sphäre des subjektiven Meinens tatsächlich immer noch in vielfältiger Weise verhaftet, jedenfalls solange sie sich nicht auf rein analytische Gebiete wie Mathematik oder formale Logik beschränkte. ‚Vernunft‘ konnte somit sehr wohl ein ideologisch aufgeladener Begriff sein. In den „unausgesprochenen Voraussetzungen“ der Vernunft, den als axiomatisch und universell gül-

³⁹⁰ Siehe dazu grundlegend Mannheim, Karl: *Ideologie und Utopie*. 8. Aufl. Frankfurt a. M. 1995.

³⁹¹ Ebd., S. 53-64.

³⁹² Vgl. Nida-Rümelin, Julian: *Strukturelle Rationalität: Ein philosophischer Essay über praktische Vernunft*. Stuttgart 2001.

tig begriffenen, eigentlich aber immer nur arbiträren und partikularen Grundwahrheiten, lag, wie von Tugendhat diagnostiziert, der springende Punkt des Konflikts. Der Streit um die nukleare Abschreckung war somit wie im Grunde alle Auseinandersetzungen zwischen etablierter Politik und Alternativbewegung ein Streit darüber, wie die Welt an sich aufzufassen sei.

Ein Dialog konnte vor allem deswegen nicht entstehen, weil die Sprecher beider Seiten nicht fähig waren, die ihnen jeweils selbstverständlichen Voraussetzungen ihres Denkens zu thematisieren. Dieses Unvermögen war nicht etwa einem Mangel an Intelligenz oder Reflexionsfähigkeit geschuldet, sondern entsprang einer zwangsläufig gegebenen Konstellation: Denn das Selbstverständliche mußte ja in dem Augenblick, in dem es Thema einer Diskussion wurde, seinen Charakter als ein Selbstverständliches unweigerlich sofort verlieren; und dies galt nicht nur für das Gespräch mit Anderen, sondern bereits für den inneren Dialog des Denkens. Die axiomatischen Grundlagen der eigenen Weltauffassung prüfend zu überdenken, hieß die Möglichkeit einzuräumen, daß auch andere Standpunkte möglich sein könnten, und somit ihren axiomatischen Status aufzuheben. Mit einer derartigen Selbstreflexion legte man zwangsläufig die Axt des Zweifels an die eigene geistige Existenz. Nicht nur aus politischen Gründen, sondern bereits zur Bewahrung der persönlichen Identität war es somit zwingend erforderlich, die Kernüberzeugungen der reflektierenden Betrachtung strikt zu entziehen. Über das Selbstverständliche *durfte* nicht nachgedacht, es konnte nur immer wieder bekräftigt und bestätigt werden. Insofern bildeten die axiomatischen Grundüberzeugungen beider Seiten die unüberschreitbaren Grenzen ihrer Kommunikationsfähigkeit. Im Streit um den NATO-Doppelbeschluß erwies sich damit die Annahme, man könne sich im gesellschaftlichen Diskurs über schlichtweg alles kommunikativ verständigen, als gründlich naiv.

Beide Seiten gingen in der Auseinandersetzung um die Stationierung größtenteils aufrichtig davon aus, ihre jeweilige Weltsicht, ihre politischen Zielsetzungen und ihr jeweiliges Menschenbild seien ganz unbestreitbar wahr und richtig. Zusätzlich gab es aber auch diskursstrategische Gründe für das Nichtzustandekommen eines Dialogs. Bei der Anrufung der Vernunft handelte es sich um eine Legitimationsstrategie, mit der der *politische* Charakter der Entscheidungsfindung verschleiert werden konnte, die eben gerade nicht oder zumindest nicht allein aufgrund einer spezifischen Sachrationalität erfolgte, sondern aufgrund der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Falls es

gelang, das eigene Vernunftkonzept allgemein zu etablieren, so würde sich damit auch die eigene Handlungspräferenz politisch durchsetzen. Die Berufung auf die Vernunft stellte somit auch eine diskursive Strategie dar, durch die das subjektiv Gewünschte als das objektiv Bessere dargestellt werden sollte; selbstverständlich nicht nur vom Standpunkt einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischen Strömung aus, sondern per se. Entsprechend unternahmen in der Stationierungsdebatte beide Seiten gleichermaßen den Versuch, das Hochwertwort der ‚Vernunft‘ für sich zu besetzen. Dem Gegner wurden diese abgesprochen beziehungsweise als eine nur vorgebliche entlarvt. Exemplarisch dafür war Erhard Epplers Argumentation, beim sogenannten Realismus der Stationierungsbefürworter handele es sich in Wahrheit um eine Ideologie³⁹³. Sah man von der polemischen Intention dieses Vorwurfs einmal ab, war er insofern richtig, als auch der Realismus auf letztlich unbeweisbaren Prämissen beruhte, was aber selbstverständlich für *jede* Weltauffassung galt; vom Skeptizismus strengster Observanz vielleicht einmal abgesehen. Auch im Streit um die Stationierung war der Ideologe immer der Gegner, die eigenen politischen Auffassungen dagegen stets un-ideologisch; eben einfach ‚vernünftig‘.

Trotz der unüberbrückbaren Differenzen zwischen Stationierungsgegnern und –befürwortern bestand aber zumindest in rein formaler Hinsicht Konsens darüber, wie politische Rationalität zu definieren sei. Es war unumstritten, daß sie, mit Ernst Tugendhat gesprochen, in der Wahrnehmung des wohlverstandenen kollektiven Interesses lag³⁹⁴. Das Kriterium der Rationalität politischer Maßnahmen bestand somit nach Ansicht beider Seiten in ihrer Eignung, dieses Ziel zu erreichen. Strittig war jedoch, was diese wohlverstandenen Interessen seien, wie sie zu realisieren wären und nicht zuletzt auch, wer überhaupt das Subjekt dieser Interessen war. Erhard Eppler führte dazu aus:

Wenn es wahr ist, daß die Menschheit in den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts einen Prozeß beenden kann, der in Milliarden Jahren zu dem geführt hat, was wir unsere Erde und die Menschen auf dieser Erde nennen, dann ist das, was sich heute Politik nennt, dieser Realität in einer fast schon komischen Weise unangemessen.

Kein Wunder, daß immer häufiger einer den anderen für verrückt hält. Denn die Wirklichkeit des jeweils anderen erscheint ver-rückt, je nachdem, in welcher Realität man lebt. Ist die sterile Geschäftigkeit politischen Agierens,

³⁹³ Eppler, *Wege*, S. 33-36 sowie 78-95; ders., *tödliche Utopie*, S. 23-30.

³⁹⁴ Tugendhat, *Nachdenken*, S. 7.

wie es die Fernsehschirme ins Haus bringen, die Wirklichkeit, dann muß manches, was in der Friedensbewegung gärt und brodeln, verrückt erscheinen.

Ist Wirklichkeit das Leben und Sterben, das Essen und Hungern, das Lieben und Hassen von 4 Milliarden Menschen, die der „zweite Tod“ jederzeit endgültig und unwiederbringlich auslöschen kann, ist Wirklichkeit das Wunder des Lebens und im besonderen menschlichen Lebens, das sich selbst – durch Menschenhand – ein Ende setzen kann, dann leben die Minister, die da mit staatsmännischen Minen Platteiten abspulen, in einer ver-rückten Welt.³⁹⁵

Eppler wies hier auf einen zentralen Unterschied zwischen der Denkweise der Alternativen und des konventionellen Politikbetriebs hin: Letzterer ging vom Standpunkt eines einzelnen Akteurs in einer vorgefundenen Umwelt aus, auf die er nur in begrenztem Maße Einfluß ausüben konnte. Für ein pragmatisch-opportunistisches Denken stellte sich nur bedingt die Frage, ob eine Struktur seiner politischen Umwelt rational war oder nicht, da es die Welt in ihrem Vorhandensein zunächst einmal akzeptierte. Die Alternativen nahmen dagegen das große Ganze in den Blick, und das hieß durchaus: die gesamte Menschheit³⁹⁶. Sie fragten dann nach der bestmöglichen Ordnung dieses Ganzen, wobei sie dessen Gestaltbarkeit voraussetzten. So erklärte eine der Mutlanger Blockiererinnen bezeichnenderweise in ihrer Verteidigungsrede vor Gericht, sie betrachte die nukleare Rüstung als „Weltordnungswidrigkeit“³⁹⁷.

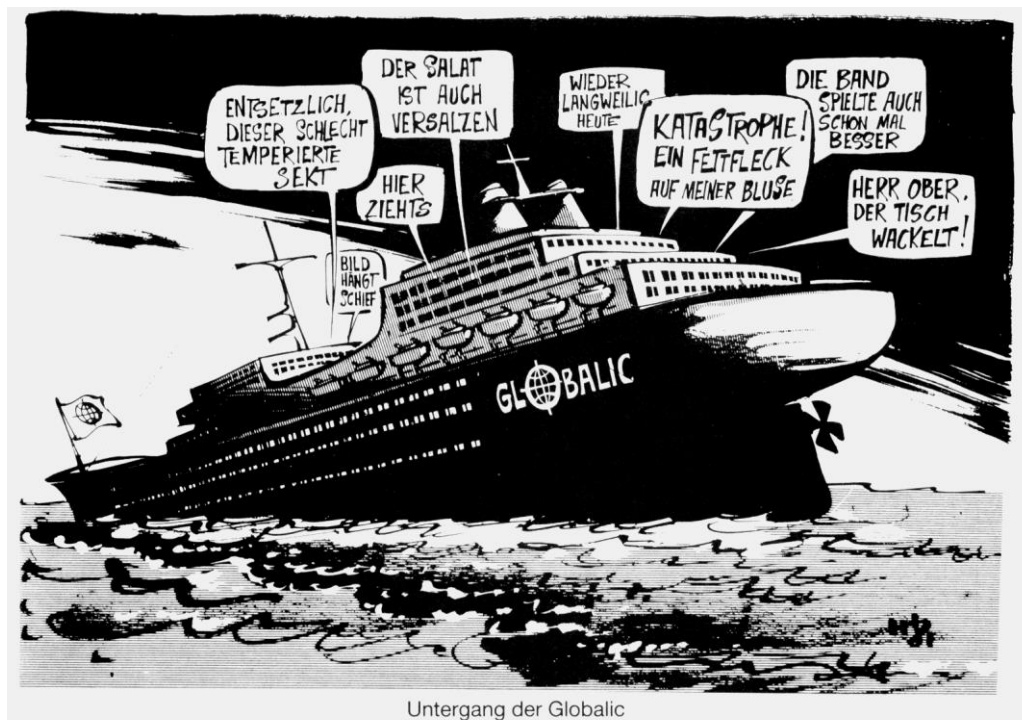
Dabei unterschieden sich beide Politikansätze nicht so sehr in ihrem grundsätzlichen Gestaltungswillen. Auch konventionelle Politik zielte in ihrem Handeln auf die Veränderung der Wirklichkeit ab. Sie konzentrierte sich allerdings auf die unmittelbar zu Gebote stehenden Handlungsmöglichkeiten; aus ihrer Sicht vernünftigerweise, da die Welt als Ganzes so groß, so komplex und so fragmentiert war, daß jeder Versuch, ihr eine einheitliche Ordnung zu geben, von vornherein zum Scheitern verurteilt sein mußte. Die politischen Strukturen gingen aus dem freien Spiel der Kräfte hervor und waren damit in permanentem Wandel begriffen. Gestalten ließen sie sich immer nur in Teilbereichen und auf Zeit. Die alternative Sicht war dagegen entschieden ideali-

³⁹⁵ Eppler, *tödliche Utopie*, S. 152.

³⁹⁶ In gleicher Stoßrichtung kritisierte Peter von Oertzen, die ökonomische Rationalität des Kapitalismus folge einer betriebswirtschaftlichen, also partikularen Rationalität, anstatt der aus alternativer Sicht gebotenen gesamtgesellschaftlichen. Oertzen, Peter von: *Realität und Utopie: Über die politischen Möglichkeiten (und Gefahren) eines neuen Weges*, in: Kelly, Petra K.; Leinen, Jo (Hrsgg.): *Prinzip Leben: Ökopax – die neue Kraft*. Berlin 1982. S. 144.

³⁹⁷ Olsen, Luise: *Mein Entschluß hat lange reifen müssen*. In: Vack, Hanne; Vack, Klaus (Hrsg.): *Mutlanger – unser Mut wird lang! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wg. „Nötigung“*. 4. Aufl., Sensbachtal 1987. S. 18.

stisch geprägt. Ihr zufolge war es grundsätzlich die Aufgabe von Politik, die Wirklichkeit immer weiter an eine normative Zielvorstellung anzugleichen, also die Welt als Ganzes aus dem Zustand der Unordnung in den der idealen Ordnung zu überführen. Eine Beschränkung auf bloße Interessenpolitik war dagegen nichts als Egoismus, und die Konzentration auf das jeweils Nächstliegende nichts als Kleingeistigkeit. Selbst wenn den politischen Entscheidungen dieselbe Art von Rationalität im Sinne logischer Operationen zugrunde gelegt wurde, mußten sich mithin aus den unterschiedlichen Ausgangspunkten ganz unterschiedliche Folgerungen ergeben. Erst beim Auftreten globaler Bedrohungen konvergierten beide Perspektiven. Bis dahin wirkte die konventionelle Politik mit ihren begrenzten Zielen im Vergleich zur Forderung Eppers, die Aufgabe einer vernünftigen Politik habe es zu sein, der Menschheit insgesamt die Möglichkeit humanen Daseins zu schaffen, notwendigerweise immer unspektakulär, wenn nicht gar schäbig³⁹⁸. Sie wurde dementsprechend von Horst Haitzinger als irrationales Festhalten an trivialen Problemen verspottet:



Bereits Ernst Bloch hatte postuliert, der eigentliche Zweck des herrschenden Realismusbegriffs sei nichts anderes, als die Verunglimpfung des potentiell Wirklichen als

³⁹⁸ Gernot Jochheim kritisierte dementsprechend, die konventionelle Politik sei nicht fähig, die bestehenden Probleme im Sinne der Menschheitsinteressen zu lösen. Vgl. ders.: *Die Gewaltfreie Aktion: Idee und Methoden, Vorbilder und Wirkungen*. Hamburg 1984.

unmöglich, mithin als utopisch im pejorativen Sinne des Wortes³⁹⁹. Er leugne die Gestaltbarkeit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, um im Interesse der herrschenden Klasse gesellschaftlichen Wandel zu verhindern, wohingegen Bloch eine Rehabilitierung der Vernunft des Utopischen vertrat. Aus der anderen Richtung betrachtet beging der alternative Politikansatz allerdings den Fehler, sowohl die Beharrungskräfte historisch gewachsener Strukturen als auch die grundsätzlich irrationale Natur der politischen Prozesse notorisch zu unterschätzen. Die von alternativer Seite der Rationalität des Einzelnen entgegengesetzte Rationalität des Ganzen setzte voraus, daß die Individuen sich in diese Gesamtheit einfügen und ihre Einzelinteressen bereitwillig dem Gemeinschaftsinteresse unterordnen würden. Es war zweifelhaft, ob eine solche Rationalität in der von der Vielfalt des Eigensinns geprägten gesellschaftlichen Realität Bestand haben konnte.

b) *Bedingungen rationalen Handelns*

Bei der spezifischen Rationalität politischer Entscheidungen handelte es sich primär um Handlungsrationaltät. Für diese war die von Max Weber eingeführte Unterscheidung von *zweckrationalem* und *wertrationalem* Handeln von besonderer Bedeutung⁴⁰⁰. Im Rahmen der Zweckrationalität galt grundsätzlich, daß rational war, was Erfolg versprach. Sie benutzte sachliche Gegebenheiten sowie das erwartete Verhalten von Menschen entweder als Mittel zum Erreichen ihrer Zwecke, oder stellte sich auf sie als Bedingung ein. Die Wertrationalität ging dagegen vom „ethischen, ästhetischen, religiösen oder wie immer sonst zu deutenden unbedingten *Eigenwert* eines bestimmten Sichverhaltens“⁴⁰¹ aus, und zwar „unabhängig vom Erfolg“⁴⁰². Weber erläuterte diese beiden Handlungsrationaltäten weiter:

Zweckrational handelt, wer sein Handeln nach Zweck, Mittel und Nebenfolgen orientiert und dabei sowohl die Mittel gegen die Zwecke, wie die Zwecke gegen die Nebenfolgen, wie endlich auch die verschiedenen möglichen Zweck-

³⁹⁹ Bloch, Ernst: *Widerstand und Friede: Aufsätze zur Politik*. 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1977. S. 22 f.

⁴⁰⁰ Weber, Max: Soziologische Grundbegriffe. In: Kaesler, Dirk (Hrsg.): *Max Weber: Schriften 1894 – 1922*. Stuttgart 2002. S. 673.

⁴⁰¹ Ebd. Hervorhebungen hier und in Folge jeweils wie im Original.

⁴⁰² Ebd.

ke gegeneinander rational *abwägt*: [...] *Rein* wertrational handelt, wer ohne Rücksicht auf die vorauszusehenden Folgen handelt im Dienst seiner Überzeugung von dem, was Pflicht, Würde, Schönheit, religiöse Weisung, Pietät, oder die „Wichtigkeit“ einer „Sache“ gleichviel welcher Art ihm zu gebieten scheinen. Stets ist (im Sinn unserer Terminologie) wertrationales Handeln ein Handeln nach „Geboten“ oder gemäß „Forderungen“, die der Handelnde an sich selbst gestellt glaubt.⁴⁰³

Festzuhalten war, daß auch die Bestimmung der Endzwecke sowohl zweckrational als wertrational erfolgen konnte. Der Handelnde konnte

die konkurrierenden und kollidierenden Zwecke ohne wertrationale Orientierung an „Geboten“ und „Forderungen“ einfach als gegebene subjektive Bedürfnisregungen in eine Skala ihrer von ihm bewußt *abgewogenen* Dringlichkeit bringen und darnach sein Handeln so orientieren, daß sie in dieser Reihenfolge nach Möglichkeit befriedigt werden.⁴⁰⁴

Außerdem galt:

Die wertrationale Orientierung des Handelns kann also zur zweckrationalen in verschiedenartigen Beziehungen stehen. Vom Standpunkt der Zweckrationalität aus aber ist Wertrationalität immer, und zwar je mehr sie den Wert, an dem das Handeln orientiert wird, zum absoluten Wert steigert, desto mehr: *irrational*, weil sie ja um so weniger auf die Folgen des Handelns reflektiert, je unbedingter allein dessen *Eigenwert* (reine Gesinnung, Schönheit, absolute Güte, absolute Pflichtmäßigkeit) für sie in Betracht kommt.⁴⁰⁵

Politische Ziele wie Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit oder Frieden ließen sich somit gleichermaßen wert- wie zweckrational begründen: Als Achtung vor der Natur oder als Vermeidung der schädlichen Auswirkungen von Umweltverschmutzung; als gelebte Solidarität oder als Vorsorge gegen soziale Unruhen; als am Wert des Friedens orientiertes Handeln oder als Abwehr der negativen Folgen von Kriegen. Dabei neigten die moderateren Fraktionen unter den Alternativen in ihrer Kritik am Establishment tendenziell eher zur zweckrationalen, die radikaleren eher zur wertrationalen Begründungsform. Darüber hinaus konnte sich der Einfluß der Wertrationalität auf die Praxis verschieden ausgestalten: entweder als ein flexibel gehandhabtes Regulativ, oder als ein absolut gesetztes Dogma⁴⁰⁶. Das übergeordnete Ziel der Zweckrationalität bestand in aller Regel zunächst einmal in der Sicherung des Überlebens,

⁴⁰³ Ebd., S. 674 f.

⁴⁰⁴ Ebd., S. 675.

⁴⁰⁵ Ebd.

⁴⁰⁶ Vgl. Elster, Jon: *Ulysses and the Sirens: Studies in Rationality and Irrationality*. Cambridge, London, New York, Melbourne und Paris, revidierte Ausgabe 1984. S. 2 sowie Fußnote 2 ebd.

gefolgt von einer Maximierung von Gütern wie Sicherheit, Macht und Wohlstand. Prinzipiell traf die Zweckrationalität jedoch keinerlei Aussagen darüber, was man über die Selbsterhaltung hinaus anzustreben habe. Daher waren auch immaterielle Zwecke wie Lebensfreude, ästhetischer Genuß, erfüllte soziale Beziehungen oder eine friedliche Gesellschaftsordnung völlig mit einer zweckrationalen Grundhaltung vereinbar, so daß es gänzlich verfehlt wäre, in der Zweckrationalität nur die Denkform eines banausischen Materialismus oder eines amoralischen Machiavellismus zu sehen. Auch in der Stationierungsdebatte standen sich keineswegs einfach zweckrationale Realisten und wertrationale Pazifisten gegenüber. Vielmehr warfen sich *beide* Seiten gegenseitig eine verfehlt Zweckrationalität vor und unterstellten ihren Kontrahenten eine rein wertrationale Orientierung. Dies entsprach dem Vorwurf der Ideologie⁴⁰⁷, bzw. – mit einem anderen bekannten Begriff Webers – der Gesinnungsethik. Nicht nur attestierten die Realisten des politischen Establishments der Friedensbewegung ideologisch motiviertes Handeln, sondern umgekehrt warf auch die Friedensbewegung dem Establishment vor, aufgrund irrationaler Ideologien wie Antikommunismus oder Militarismus zu agieren und dabei gegen die Gebote der Zweckrationalität zu verstoßen.

Selbst die Pazifisten in der Friedensbewegung empfanden ihr eigenes Handeln subjektiv als zweckrational. So wurde beispielsweise die Soziale Verteidigung, welche zur Abwehr einer Invasion ausschließlich die gewaltlosen Mittel des zivilen Ungehorsams vorsah, von pazifistischer Seite als die in einem durchaus utilitaristischen Sinne günstigste Verteidigungsmethode betrachtet⁴⁰⁸. Wertrationalität und Zweckrationalität ließen sich eben, wie von Weber festgestellt, nur als „begrifflich reine Typen“ klar voneinander trennen, denen sich „das reale Handeln mehr oder minder annähert oder aus denen es – noch häufiger – gemischt ist“⁴⁰⁹. Zudem traten wertrationale Erwägungen auch bei entschieden pragmatisch gesinnten Akteuren als limitierende Normen auf, die sowohl bestimmte Mittel wie auch bestimmte Zwecke als moralisch

⁴⁰⁷ Zum Beispiel handelte es sich bei dem antikommunistischen Slogan „lieber tot als rot“ um Wertrationalität reinsten Wassers.

⁴⁰⁸ Die Gruppe Ohne Rüstung Leben schrieb beispielsweise, eine einseitige Abrüstung bedeute zweifelsohne Risiken, diese seien im Falle der Fortsetzung des bisherigen Rüstungswettlaufs jedoch sehr viel höher. Er stelle eine „unermessliche Gefahr für die ganze Menschheit“ dar. Ohne Rüstung leben; Arbeitskreis Pro Ökumene (Hrsg.): *Ohne Rüstung leben*. Gütersloh 1981. S. 62.

⁴⁰⁹ Kaesler, *Weber: Schriften*, S. 676.

inakzeptabel ausschlossen⁴¹⁰. Der von pazifistischer bzw. radikalhumanistischer Seite oft vorgebrachte Vorwurf, für die konventionelle Politik heilige der Zweck immer die Mittel, war somit eine polemische Unterstellung, mit der versucht wurde, jede Art von Realpolitik pauschal als amoralisch zu diskreditieren.

Einige Autoren vertraten in diesem Zusammenhang die den Ausführungen Webers diametral entgegengesetzte Ansicht, Zweckrationalität und Wertrationalität seien deckungsgleich, was der These einer Identität von Moral und instrumenteller Vernunft gleichkam. Beispielsweise war Gandhi zufolge das moralisch richtige Handeln auf lange Sicht stets auch das erfolgreichste. Auch bei Erhard Eppler fand sich ein in diese Richtung zielender Gedanke, als er eine neue Ethik einforderte, die zwar eine Verantwortungsethik sein solle, dabei allerdings die Weber'sche „Spaltung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik nicht gelten lassen“ werde⁴¹¹; womit er nebenbei bemerkt implizierte, diese Unterscheidung sei nicht analytisch begründet, sondern willkürlich gesetzt. Gänzlich abgelehnt wurde Zweckrationalität nur von den entschlossensten Radikalen wie beispielsweise Dorothee Sölle oder der Gruppe Ohne Rüstung Leben, die sich jeglicher Abwägung von Handlungsfolgen verweigerten. In Angelegenheiten des Friedens und des Weges zu ihm war es für sie prinzipiell ausgeschlossen, nach dem Für und Wider überhaupt zu fragen. Bei ihnen handelte es sich allerdings auch in der Friedensbewegung um eine kleine Minderheit

Aus der somit fast universell anerkannten zweckrationalen Basis ergab sich allerdings kein Konsens bezüglich der zu wählenden Handlungsoptionen, da sowohl über die Dringlichkeitshierarchie der verschiedenen Zwecke wie auch über die geeigneten Mittel, diese zu erreichen, nach wie vor Dissens bestand. Eindeutig irrational handelte, wer sich entweder unzweckmäßig verhielt oder die objektive Dringlichkeit bestimmter Zwecke verkannte. Das klassische Beispiel hierfür war Äsops Fabel von der Grille und der Ameise, in der die Grille keine Vorräte für den Winter anlegte und es somit versäumte, Vorsorge für ihr Überleben zu treffen. Daran ließ sich auch zeigen, daß Zweckrationalität stets zukunftsbezogen war und daher immer einer methodisch zuverlässigen Zukunftsprognostik bedurfte. Ohne die Fähigkeit, mögliche Zukünfte zu antizipieren und miteinander zu vergleichen, gab es keine rationale Entscheidung. Das abwägende Denken war dabei vom erkennenden abhängig, da sich die Wahl der

⁴¹⁰ Vgl. Nida-Rümelin, *Strukturelle Rationalität*, S. 24.

⁴¹¹ Eppler, *Wege*, S. 133.

Handlungsschritte selbstverständlich wesentlich aus der Einschätzung der gegebenen Situation ergab. Daher stellte sich an eine rationale Entscheidungsfindung, wie Ernst Tugendhat anmerkte⁴¹², zunächst einmal die Forderung, sich über die aktuelle Lage möglichst genau und umfassend zu informieren.

Bei strategischen Entscheidungen hatte man es nun mit dem logischen Verfahren eines substantiellen Schlusses zu tun. Dieser zeichnete sich dadurch aus, daß er auf der Grundlage bestimmter Prämissen, d. h. als wahr angenommener Fakten, durch die Anwendung einer Schlußregel, welche durch weitere Fakten oder möglichst plausible Vermutungen gestützt wurde, zu seinen Schlußfolgerungen gelangte. Als Ausgangspunkt diente die Beurteilung der bestehenden Situation, die sich aus statischen Gegebenheiten (beispielsweise der Geographie) und eigenständig ablaufenden Prozessen (beispielsweise des technologischen Fortschritts) zusammensetzte. Die Schlußregeln wurden durch Kausalthesen bestimmt, also Annahmen über die Wirkungen, die bestimmte Handlungen haben würden. Sie beruhten auf der Interpretation persönlicher und historischer Erfahrungen. Für die Politik waren dabei vor allem die Erwartungen wichtig, die an das Verhalten anderer Menschen und seine psychologischen Wirkungszusammenhänge gestellt wurden. Ein Kernpunkt der Auseinandersetzung lag daher in den unterschiedlichen Einschätzungen des Kalten Krieges als psychologischer Situation, die wiederum aus den auf beiden Seiten ganz unterschiedlichen allgemeinen Menschenbildern resultierten. Bedingt durch diese unaufhebbare Abhängigkeit der Logik von Erfahrungen und deskriptiven Überzeugungen waren in der Stationierungsfrage nicht nur die Ausgangsprämissen, sondern auch die Schlußregeln umstritten. Prinzipiell war es somit unmöglich, dem realen Handeln eine ‚reine‘, nur aus abstrakten Axiomen deduzierte Logik zugrunde zu legen. In der geschichtlichen Welt gab es nie nur eine Vernunft, sondern immer eine aus der Pluralität der Erfahrungen resultierende Pluralität von Vernunftkonzepten.

Die konventionelle Friedenssicherung durch Abschreckung beruhte auf dem Paradoxon des *si vis pacem, para bellum*. Diese scheinbar so eindeutige Maxime ließ sich bei genauerem Hinsehen aber auf zwei verschiedene Arten interpretieren: Sie besagte entweder, die verlässlichste Grundlage der eigenen Sicherheit liege in der *Rationalität* potentieller Angreifer, also in ihrer Abwägung von Kosten und Nutzen, oder aber in

⁴¹² Tugendhat, *Nachdenken*, S. 22.

ihrer *Furcht*. Die Friedensbewegung interpretierte Abschreckung im letzteren Sinne als emotionale Strategie. Ihr erschien der Gedanke, man könne den Frieden sichern, indem man sein Gegenüber bedrohe, gänzlich widersinnig. Erhard Eppler erklärte beispielsweise, es könne doch wohl nicht wahr sein, daß man über Aufrüstung zu Abrüstung käme⁴¹³. Die Sicherheitstheoretiker aus den Reihen der Friedensbewegung betrachteten Furcht als aggressionsfördernd und setzten statt dessen auf gegenseitiges Vertrauen als Basis von Sicherheit. Ihre Aufmerksamkeit konzentrierte sich damit auf das Verhältnis zum Gegner in seinen psychologischen und emotionalen Dimensionen. Dementsprechend empfahl Eppler die seiner Meinung nach zwar auch nicht risikofreie, aber letztendlich erfolgversprechendere Strategie eines Abbaus militärischer Potentiale, durch die allein sich dieses Verhältnis nachhaltig verbessern ließe.

Welchem Verfahren man auch immer den Vorzug gab, so bedeutete die Herstellung von Sicherheit im Nuklearzeitalter immer, die Entscheidungen des Gegners so zu beeinflussen, daß er seine Nuklearwaffen nicht einsetzte. Dies erforderte notwendigerweise die Kenntnis seiner subjektiven Situationswahrnehmung und Handlungspräferenzen. Bei der Festlegung der eigenen Strategie hatte man mithin nicht nur von der objektiv gegebenen Situation, sondern auch von der subjektiven Rationalität des Anderen auszugehen und dabei auch ein eventuell irrationales Verhalten seinerseits in Rechnung zu stellen. Die situative Wahrnehmung und die strategischen Präferenzen des Gegenübers ließen sich aber nur indirekt erschließen. Da in jede derartige Deduktion unweigerlich persönliche Annahmen und Bewertungen einfließen, war es kein Wunder, daß gerade die Einschätzung der Sowjetunion einen der am schärfsten umstrittenen Punkte darstellte.

War die Informiertheit schließlich hergestellt, so bestand das globale Kriterium rationaler Politik in ihrer Eignung, ihren übergeordneten Zweck des Überlebens zu erreichen. Entsprechend einer rationalen Dringlichkeitshierarchie war zunächst die Abwehr unmittelbarer Bedrohungen zu gewährleisten, worauf man nach und nach zur Vorsorge gegen fortschreitend weniger wahrscheinliche Eventualfälle übergehen konnte. Dabei waren verschiedene Strategien möglich, deren jeweilige Rationalität – sprich Erfolgsträchtigkeit – sowohl von ihrer Situationsangemessenheit als auch von der Ökonomie ihrer Mittel abhing. Allerdings ließ sich oft nicht eindeutig entschei-

⁴¹³ Eppler, *Weg*, S. 81.

den, ob eine spezifische Strategie tatsächlich rationaler als eine andere war, da strategische Entscheidungen so gut wie immer im Zustand unvollständiger Informiertheit getroffen wurden. Auch konnten eine ganze Reihe von Strategien gleichermaßen rational sein, wie etwa die genetische Varianz des Tierreichs zeigte: In jeder gegebenen Umwelt war immer eine Vielzahl von Spezies überlebensfähig.

Besonders problematisch hinsichtlich der vergleichenden Bewertung von Strategien waren Situationen, in denen Rückkopplungseffekte verdeckt oder zeitlich verzögert auftraten. Wenn negative Effekte des eigenen Handelns sich unbemerkt akkumulierten, konnten selbstschädigende Strategien nicht rechtzeitig als solche erkannt werden. Auf der anderen Seite konnte es vorkommen, daß gelungene Strategien keine unmittelbaren Erfolge erzielten und daher zu früh aufgegeben oder gar nicht erst ergriffen wurden. Sowohl erfolgreiche als auch kontraproduktive Strategien konnten sogar kurzzeitig entgegengesetzte Effekte entfalten, eine langfristig erfolgreiche Strategie also zu einer anfänglichen Verschlechterung der Lage führen⁴¹⁴ oder eine langfristig schädliche Strategie kurzfristig gewinnbringend sein.

Zu entscheiden, ob eine Strategie tatsächlich fehlerhaft und daher aufzugeben war, oder ob sie doch noch Früchte tragen würde, wenn man nur lange genug durchhielt, gehörte zu den schwierigsten Aufgaben rationaler Entscheidungsfindung überhaupt. Insofern hatte Bismarcks Bestimmung der Politik als Kunst des Möglichen das Problem lediglich zu der neuen Frage verschoben, was denn eigentlich das tatsächlich Mögliche war, und ob sich durch eine höher entwickelte Kunst des Politischen nicht auch mehr Möglichkeiten würden eröffnen lassen. Diese stellte sich bereits im Rahmen der konventionellen Politik, denn der Erfolg vieler historischer Akteure, nicht zuletzt Bismarcks selbst, gründete ja gerade in ihrer Fähigkeit, dort Möglichkeiten zu erkennen, wo andere diese nicht sahen. Dabei neigte das realistische Paradigma dazu, unkonventionelle Maßnahmen auszuschließen, womit es Gefahr lief, die politischen Handlungsoptionen übermäßig zu begrenzen und Chancen zu verpassen. Insofern entbehrte Erhard Epplers Kritik am Realismus nicht einer gewissen Plausibilität. Andererseits bewegte sich das konventionelle Denken im Raum der bestehenden Erfahrungen, womit seine Informationsbasis weit besser war als die unkonventioneller Handlungsschritte, die naturgemäß immer einem Aufbruch in

⁴¹⁴ Vgl. Elster, *Ulysses*, S. 9-11. Daneben sei auf das aus der Medizin bekannte Phänomen der Erstverschlechterung der Symptome bei erfolgreicher Therapie hingewiesen.

unbekannte Gewässer gleichkamen. Allgemein gesprochen handelte es sich hierbei um des Problem der Rationalität von strategischen *Wagnissen*: War es vernünftiger, auch hohe Risiken einzugehen, um im Fall des Gelingens einen entsprechend großen Gewinn einstreichen zu können, oder galt es vielmehr, jedes Risiko möglichst zu vermeiden, um in jedem Fall auf der sicheren Seite zu sein? In strategischen Konfrontationen ergab sich ein zusätzlicher paradoxer Effekt aus dem Umstand, daß rationales Verhalten berechenbar und somit vom Gegner vorhersehbar war, wodurch scheinbar irrationale Handlungen in Konfliktsituationen aufgrund ihrer Unvorhersehbarkeit wesentlich erfolgsträchtiger und somit rationaler sein konnten.

Diskussionen um politische Richtungsentscheidungen wurden vielfach zusätzlich durch den Umstand erschwert, daß Rückkopplungseffekte zwar über das Versagen einer Strategie, aber nicht notwendigerweise auch über dessen Gründe Auskunft gaben⁴¹⁵. Vom aktuellen Scheitern eines Projektes konnte niemals logisch zwingend darauf geschlossen werden, daß es überhaupt unmöglich war. Es konnte vielmehr den mißlichen Umständen, den noch nicht genügend entwickelten Hilfsmitteln, den Machenschaften der jeweiligen Gegner oder den mangelnden eigenen Anstrengungen angelastet werden, womit Rechtfertigungstopoi zur Verfügung standen, die es erlaubten, emotional schmerzhaft oder ideologisch unerwünschte Einsichten zu blockieren.

Rationales Handeln in komplexen Umgebungen war somit prinzipiell von zahlreichen Unwägbarkeiten geprägt⁴¹⁶. Rationales Bewußtsein mußte daher selbstkritisch sein, also seine Grenzen kennen und stets bereit sein, seine Entscheidungen zu prüfen und notfalls zu revidieren. Feste Annahmen mußten auf ein Minimum begrenzt, keine Möglichkeit durfte von vornherein ausgeschlossen werden. Die Entscheidungsfindung erfolgte prinzipiell auf okkasioneller Basis, da es keine in allen Situationen richtige Strategie gab. In den Bereich der Sicherheitspolitik übersetzt, entsprach dies einer Empfehlung zugunsten einer Haltung des gesunden Mißtrauens. Nicht die Annahmen bezüglich der *Intentionen* des Anderen, über die es grundsätzlich kein sicheres Wissen geben konnte, hatten Grundlage der strategischen Entscheidungen zu sein, sondern eine nüchterne Beurteilung seiner *Möglichkeiten*, denn allein über diese waren

⁴¹⁵ Aus empirischen Beobachtungen lassen sich grundsätzlich keine logisch zwingenden Aussagen über Kausalverknüpfungen ableiten. Diese stellen immer Hypothesen dar.

⁴¹⁶ Daher der bekannte Ausspruch Helmuth von Moltkes, kein Plan überstehe den ersten Feindkontakt.

objektive Urteile möglich. An dieser Stelle vertrat die Friedensbewegung nun allerdings die genau entgegengesetzte Auffassung, indem sie davon ausging, daß es sehr wohl möglich sei, verlässliche Aussagen über die Absichten der sowjetischen Führung zu treffen. Darüber hinaus bedingte ihrer Auffassung nach eine rein an den theoretischen Möglichkeiten des Gegners orientierte Sicherheitspolitik ein Denken in Szenarien des schlimmstmöglichen Falls, das sie als eine wesentliche Antriebskraft des Wettrüstens betrachtete. Ihrer Meinung nach war das konventionelle Sicherheitsdenken an diesem Punkt in eine Logikfalle geraten.

Bezüglich der eigenen Strategie galt es, neben Informationsdefiziten auch Handlungsrestriktionen zu berücksichtigen. Sich Zwecke zu setzen, die man nicht erreichen konnte, war irrational. Wer sich dieser Einsicht verweigerte, rannte mit dem Kopf gegen die sprichwörtliche Wand, ohne deren Existenz anzuerkennen. Auch eine perfektionistische Haltung war – zumindest kurzfristig – in aller Regel unvernünftig. Konnte die rationalste Lösung eines Problems praktisch nicht umgesetzt werden, so durfte eine Lösung minderer Rationalität nicht abgelehnt werden. War beispielsweise eine Apparatur defekt, so war es am rationalsten, sie vollständig zu reparieren. Falls die dazu notwendigen Werkzeuge oder Ersatzteile nicht vorhanden waren, mußte ein provisorisches Flickwerk eben genügen. Diese Irrationalität des Perfektionismus bildete auch für die oben angeführte Pflicht zur Information eine einschränkende Bedingung: In Situationen, die rasches Handeln erforderten, war es rationaler, schnell auf der Grundlage unvollständiger Daten zu handeln und dabei das Risiko eventueller Fehlentscheidungen einzugehen, als mit der Suche nach Informationen Zeit zu verlieren.

Die immer bestehende unvollständige Informiertheit hatte nun nicht nur praktische, sondern auch rationalitätstheoretische Bedeutung. Da es unmöglich war, die Rationalität einzelner Handlungsschritte genau zu kalkulieren, war das Handeln auf allgemeine strategische Richtlinien angewiesen. Beispielsweise war es für einen menschlichen Schachspieler unmöglich, alle Zugvarianten zu berechnen. Er wußte aber, daß es in der Mehrheit der Fälle günstig war, das Zentrum des Brettes zu beherrschen, was es ihm erlaubte, auch im „Nebel der Ungewißheit“ (von Clausewitz) eine Entscheidung zu treffen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Erfolg führen würde. Mit der Zeit wurde strategischen Richtlinien, die sich bewährt hatten, zunehmend ein intrinsischer Wert zugeschrieben. Damit wandelten sie sich von zweckra-

tionalen Handlungsempfehlungen zu institutionalisierten Maximen und schließlich zu Doktrinen. Falls diese blind befolgt wurde, bestand die Gefahr, daß Grundsätze wie der, den „rechten Flügel stark zu machen“ (von Schlieffen in Anlehnung an Friedrich II.), in Situationen angewandt wurden, denen sie nicht angemessen waren. Da das Handeln zwar immer noch erfolgsorientiert war, den strategischen Maximen jedoch auch ein Eigenwert zugeschrieben wurde, kam ihnen ein aus Wert- und Zweckrationalität gemischter Zwitterstatus zu.

Nach Ansicht der Friedensbewegung hing die konventionelle Politik im Streit um den Doppelbeschluß solch einem überlebten strategischen Prinzip an, da sie die Überlebenseicherung in der hergebrachten Form einer verstärkten Rüstung zu bewerkstelligen suchte, durch die ein Nuklearkrieg jedoch wahrscheinlicher werden würde. Sie überblickte also, mit Weber gesprochen, die Nebenfolgen ihres Handelns nicht. Insbesondere habe das Prinzip „Verhalte Dich so, als sei der Mensch dem Menschen ein Wolf“ sich als selbsterfüllende Prophezeiung erwiesen und eine Welt geschaffen, in der seine Hypothese zur Realität geworden sei. Aus Sicht der Friedensbewegung war die daraus entstandene Gefahr inzwischen so klar und unmittelbar gegeben, daß es keine andere vernünftige Option geben konnte, als die Stationierung zu verhindern.

c) *Epistemische Rationalität und die Parameter der Wirklichkeit*

Da sowohl Stationierungsbefürwortern wie –gegner überwiegend zweckrational argumentierten, lag der eigentliche Unterschied zwischen beiden Seiten nicht so sehr in der von Weber ins Zentrum seiner Begrifflichkeit gestellten Handlungsorientierung, als vielmehr in ihrer Wirklichkeitswahrnehmung, d. h. in ihren deskriptiven Überzeugungen. Zwischen beiden bestand allerdings ein enger Zusammenhang. Epistemische Prozesse wurden durch Erkenntnisinteressen geleitet, die von den normativen Überzeugungen des Individuums abhingen. Diese bestimmten die Definition der Kriterien ‚wichtig‘ und ‚unwichtig‘, nach denen entschieden wurde, wieviel Aufmerksamkeit neue Informationen erhielten. Wer wertrational am Frieden orientiert war, neigte dazu, Informationen stärker zu beachten, die auf dessen Gefährdung hindeuteten. Dies galt um so mehr, als normative Überzeugungen auch die Einschätzung der Er-

folgspotentiale bestimmter Mittel beeinflussten. Wer Verständigung, Dialog und Kooperation hochschätzte, neigte auch dazu, sie für besonders wirkungsvoll zu halten, Informationen dagegen, die eher für die Notwendigkeit militärischer Sicherung sprachen, zu ignorieren – und umgekehrt.

Die Handlungsinteressen – d. h. mit Weber: die Zwecksetzungen – bestimmte mithin neben der Handlungs- auch die epistemische Rationalität. Wertrationalität trachtete nur in geringem Maße danach, ihre kognitiven Vorgänge kritisch daraufhin zu überprüfen, ob sie zu erfolgreichem Handeln beitragen. Vielmehr interessierte sich eine wertrational orientierte Episteme vorwiegend dafür, inwieweit mögliche Handlungsoptionen den handlungsleitenden Prinzipien entsprachen. Die Auseinandersetzungen von Pazifisten sowohl mit Stationierungsbefürwortern als auch mit den nichtpazifistischen Strömungen in der Friedensbewegung drehten sich hauptsächlich darum, ob eine bestimmte Handlungsweise als gewaltfrei gelten könne, und auch die innerpazifistische Diskussion beschäftigte sich auffallend oft mit diesem Bewertungsproblem⁴¹⁷. Zweckrationalität legte dagegen größten Wert auf eine adäquate Wirklichkeitswahrnehmung als einer unverzichtbaren Bedingung für Erfolg. Als rational konnte demnach nur eine solche Form von Episteme gelten, die sich darum bemühte, Wirklichkeit möglichst klar zu erfassen, ohne die Wahrnehmung durch wie auch immer geartete Vorurteile zu verzerren. Dies lief auf die Position eines kritischen Rationalismus hinaus, der prinzipiell jede Aussage über die Wirklichkeit als lediglich noch nicht falsifizierte Hypothese auffaßte. Bestimmte deskriptive Überzeugungen als unumstößliche Wahrheiten anzusehen und so gegen eine empirische Überprüfung zu immunisieren, war demnach ausnahmslos irrational. Daher war es um die epistemische Rationalität aller ideologisch geprägten Akteure, seien sie Militaristen oder Pazifisten, immer schlecht bestellt.

In der Praxis war man freilich darauf angewiesen, auch aufgrund unbewiesener Annahmen zu handeln, wollte man entscheidungsfähig bleiben. Gerade die strategischen Maximen waren dazu unverzichtbar. Ihr Wahrheitsanspruch, dessen Berechtigung im konkreten Fall als gegeben vorausgesetzt wurde, beruhte auf ihrer Übereinstimmung mit den vorliegenden Erfahrungen. Verschiedene Akteure konnten aber durchaus widersprüchlich Erfahrungen machen oder dieselben, kollektiv erlebten

⁴¹⁷ Beispielsweise wurde darüber diskutiert, ob Akte des Zivilen Ungehorsams wie Blockaden den Behörden angekündigt werden müßten, um als wirklich gewaltfrei gelten zu können.

Erfahrungen ganz verschieden interpretieren, was im Streit um die Stationierung einen ganz wesentlichen Faktor darstellte. Vor allem aus der Geschichte der beiden Weltkriege ließen sich mehrere Modelle kriegsauslösender Entwicklungen ableiten, die sich drastisch voneinander unterschieden⁴¹⁸.

Rationale Erkenntnis stand dabei vor ebenso gravierenden Problemen wie rationales Handeln. Wichtige Teile der für die sicherheitspolitischen Entscheidungen relevanten Daten waren nur schwer oder gar nicht empirisch zu erfassen, da sie entweder der Geheimhaltung unterlagen oder weil es sich dabei um Gegebenheiten fremdpsychischer Natur handelte, über die es prinzipiell kein sicheres Wissen geben konnte. Generell wurde gegenwärtigen Gefahren mehr Aufmerksamkeit geschenkt als zukünftigen, anschaulichen mehr als abstrakten⁴¹⁹, offenkundigen mehr als nur unterschwellig sich abzeichnenden. Eine eigentlich vernünftige, pragmatische Ausrichtung auf das jeweils Nächstliegende konnte zu einer Fehlallokation der Ressource Aufmerksamkeit führen, was Gefahren – in der Terminologie Günther Anders‘ – überschwellig werden ließ. Nun galt für die konkrete Situation des Kalten Krieges, daß weder ein Übergriff der Sowjetunion auf die Bundesrepublik, noch der Ausbruch eines Nuklearkrieges im eigentlichen Sinne anschaulich waren. Da die Konflikte nicht direkt oder nur in vom europäischen Standpunkt aus weit entfernten Weltregionen ausgetragen wurden, bestand insbesondere bei der jüngeren Generation eine gewisse Erfahrungslosigkeit. Der Konflikt spielte sich vielfach auf einer rein abstrakten Ebene ab. Je weniger unmittelbare Erfahrungen aber vorhanden waren, desto wichtiger wurden die vermittelten. Sowohl semi-fiktionale Erzählungen über reale Ereignisse wie den Vietnam-Krieg als auch rein fiktionale Vorstellungen über mögliche Zukünfte wie einen Nuklearkrieg fungierten als virtuelle Erfahrung.

Die nukleare Konfrontation des Kalten Krieges stellte an jede Art von Rationalität besonders schwierige Bedingungen. Alle Akteure agierten aufgrund der genannten Restriktionen der Empirie aufgrund von Annahmen, die sich nicht objektiv verifizieren ließen⁴²⁰. Gleichzeitig waren die möglichen Konsequenzen von Fehlkalkulationen

⁴¹⁸ Zur Sicht der Friedensbewegung vgl. Afheldt, *Atomkrieg*, S. 36-45.

⁴¹⁹ Vgl. Lübke, Weyma: Eine *ratio* – viele Rationalitäten? Ökonomische und andere Rationalitäten in der umweltrechtspolitischen Debatte. In: Gawel, Erik; Lübke-Wolff, Gertrude (Hrsgg.): *Rationale Umweltpolitik – Rationales Umweltrecht: Konzepte, Kriterien und Grenzen rationaler Steuerung im Umweltschutz*, (Schriftenreihe Recht, Ökonomie und Umwelt, Bd. 8) Baden-Baden 1999. S. 25.

⁴²⁰ So waren beispielsweise schon die rein physikalisch-technischen Bedingungen eines Nuklearkrieges weitgehend unbekannt. Als konkretes Beispiel vgl. die Ausführungen Gert Krells zur Berechnung

potentiell final, so daß es keine Gelegenheit geben würde, diese nachträglich zu korrigieren. Die Festlegung der Nuklearstrategie glich daher in weiten Teilen dem sprichwörtlichen Ritt über den Bodensee⁴²¹. Die Einführung besonders schneller Trägerraketen wie der Pershing II barg die objektive Gefahr, diese Problematik noch zu verschärfen. Insofern war die eingangs zitierte Kritik, die Vernunft sei in ihrer gegenwärtigen Erscheinungsform den Erfordernissen, welche das Überleben im nuklearen Zeitalter an sie stelle, nicht mehr gewachsen, durchaus stichhaltig. Aus Fehlern zu lernen reichte nicht mehr. Nur eine Vernunft, die Fehler vorausschauend zu vermeiden wußte, konnte noch Legitimität beanspruchen⁴²².

Die für die Stationierungsdebatte relevanten Einschätzungsfragen ließen sich nun entsprechend den oben genannten drei Ebenen kategorisieren, also der konkreten Situation, der globalen politischen Struktur des Kalten Krieges und den grundsätzlichen Modalitäten von Politik. Die wichtigste der konkreten Fragen galt der Sowjetunion. Umstritten war, ob die UdSSR eine allgemein aggressive bzw. expansive Politik betrieb. Das Weißbuch der Bundesregierung von 1983 stellte fest:

Alle Aggressionen, die sich seit 1945 in Europa ereigneten, gingen von der Sowjetunion aus und vollzogen sich im sowjetischen Herrschaftsbereich, innerhalb des Warschauer Paktes. [...] Die Sowjetunion sucht Europa mit militärischer Macht und politischem Einfluß, der auf dieser Macht gründet, unter

der Verwundbarkeit der Silos von Interkontinentalraketen: „In Wirklichkeit lassen sich viele der technischen Daten, die für die Berechnung von Angriffen auf Raketensilos von Bedeutung sind, nur im Rahmen gewisser Bandbreiten angeben, und ihre Zuverlässigkeit ist eine rein statistische. Bei anderen Faktoren sind die zugrunde gelegten Annahmen unsicher, der Grad an Unsicherheit aber auch unbekannt. Wieder andere Faktoren geben die Realität grob vereinfacht wieder oder berücksichtigen Zusammenhänge zwischen den Meßgrößen nicht.“ Krell, Gert: Zur Problematik nuklearer Optionen, in: Forndran, Erhard; Krell, Gert (Hrsg.): *Kernwaffen im Ost-West-Vergleich. Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten*. (Veröffentlichungen der DGFK) Baden-Baden 1984. S. 83.

⁴²¹ Diese bedrohliche Situation wurde von den meisten Beobachtern des nuklearen Wettrüstens konstatiert. Exemplarisch sei hier die „Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit“ der 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1983 in Vancouver zitiert, die international breite Beachtung fand. In ihr hieß es: „Das wahnwitzige Rennen in die nukleare Katastrophe hat sich rasend beschleunigt. In unvorherschaubar kurzer Zeit haben wir uns von den Schrecken von Hiroshima und Nagasaki und der Gefahr ihrer Wiederholung anderswo auf eine Situation zubewegt, in der die Wahrscheinlichkeit besteht – wenn wir nicht jetzt etwas dagegen unternehmen – daß das Leben auf unserem ganzen Planeten zerstört wird. Ein Augenblick der Verrücktheit, ein falsch kalkuliertes strategisches Abenteuer, eine zufällige Kombination von Computer-Irrtümern, eine Fehleinschätzung der Absicht des anderen, ein echter Fehler – jeder einzelne dieser Punkte für sich könnte jetzt einen nuklearen Holocaust auslösen.“ In: *der überblick: Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit*. (Heft 3/83). Unpaginierter Vorabdruck, Archiv Aktiv, unverzeichneter Bestand.

⁴²² Gernot Jochheim schrieb dazu: „In der Geschichte der Menschheit überwiegt bei weitem das reaktive Lernen, wenn es um die Überwindung von Naturgefahren und sozialen Mißständen geht. Heute ist die Menschheit in einer Situation, in der sich diese Art des Lernens zur Problemlösung nicht mehr eignet. [...] Wir dürfen nicht damit recht behalten, daß der Rüstungswahnsinn in den atomaren Krieg führt, weil es nach diesem Krieg nichts mehr zu lernen gibt.“ Ders., *Gewaltfreie Aktion*, S. 43.

Kontrolle zu nehmen. [...] Das sowjetische Verhalten in verschiedenen Regionen der Welt hat einen dynamisch-offensiven Charakter.⁴²³

Dagegen schrieb Alfred Mechttersheimer: „[E]in Rückschluß vom ideologischen Anspruch auf die praktische Außenpolitik führt zu einer falschen Einschätzung der sowjetischen Gefahr. Eine historisch begründete Furcht vor einem Angriff wäre in Osteuropa eher am Platze als im Westen.“⁴²⁴ Andreas Buro stellte fest, der Außen- und Blockpolitik der Sowjetunion liege vor allem ihr nationales Sicherheitsinteresse zugrunde⁴²⁵. Ihre Politik außerhalb des eigenen Machtbereichs könne trotz Afghanistan nicht als aggressiv charakterisiert werden. Selbst ihre Unterstützung für sozialrevolutionäre Bewegungen in der Dritten Welt sei in vielen Fällen nur zögerlich erfolgt⁴²⁶.

Allerdings widersprachen sich die verschiedenen Strömungen in der Friedensbewegung gerade in diesem Punkt gegenseitig. Antiimperialistische und marxistische Gruppen stellten fest, der Doppelbeschluß sei eine Abwehrmaßnahme der NATO gegen die Erfolge der Sowjetunion in der Dritten Welt⁴²⁷. Friedliche Koexistenz bedeute nicht, auf die Verbreitung des Sozialismus zu verzichten. Nun war es eine Frage des ideologischen Standpunkts, ob man es als Befreiung wertete, wenn ein Land sich dem sozialistischen Lager anschloß, oder als Unterwerfung unter die Herrschaft Moskaus. Auch folgte aus einem expansionistischen Kurs in Afrika, Lateinamerika und Asien, der mit solchen Äußerungen ja eingestanden wurde, nicht zwingend, daß dieser auch in Europa verfolgt worden wäre. Es zeigte sich aber mit aller Deutlichkeit, daß die Sowjetunion ihren ideologischen Anspruch, Mutterland und Vorkämpferin der einzig legitimen Gesellschaftsordnung zu sein, keineswegs aufgegeben hatte und daß sie sehr wohl weiterhin bestrebt war, ihre globale Einflußsphäre auszudehnen.

Heiß diskutiert wurde weiterhin, ob die UdSSR im Bereich der konventionellen Waffen und/oder der nuklearen Mittelstreckenwaffen überhaupt überlegen sei, und

⁴²³ Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): *Weißbuch 1983: Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn 1983. Ziffern 8, 10 und 56.

⁴²⁴ Mechttersheimer, Alfred: *Rüstung und Frieden: Argumente für eine neue Sicherheitspolitik*. Reinbek bei Hamburg 1984. S. 192.

⁴²⁵ Buro, Andreas: *Zwischen sozial-liberalem Zerfall und konservativer Herrschaft: Zur Situation der Friedens- und Protestbewegung in dieser Zeit*. Offenbach 1982. S. 69

⁴²⁶ Ebd., S. 69 f.

⁴²⁷ Vgl. Massarrat, Mohssen: *Kriegsgefahr und Friedensbewegung*. Kassel 1984. S. 106; Schmid, Fred: *Abrüstungen oder totrüsteten: Zur Rüstungspolitik der BRD*. (Marxismus aktuell) Frankfurt a. M. 1981.

ob eine solche Überlegenheit, falls sie denn bestünde, in politische Vorteile würde umgemünzt werden können. Die Bundesregierung stellte diesbezüglich fest, die Sowjetunion habe seit den sechziger Jahren Rüstungsanstrengungen unternommen, die im Frieden ohne Beispiel seien. Ihre militärische Stärke reiche über alle Verteidigungserfordernisse weit hinaus⁴²⁸. Und auch der der Friedensbewegung nahestehende Carl Friedrich von Weizsäcker erklärte, die Sowjetunion habe „seit dem Kriegsende und insbesondere auch während der gesamten Entspannungsära unermüdlich aufgerüstet“⁴²⁹. Dabei sei das erste Ziel der UdSSR das Gleichgewicht mit den USA gewesen, sie sei aber inzwischen „in einer Reihe von Waffengattungen, insbesondere im Mittelstreckenbereich, klar überlegen“⁴³⁰.

Gert Bastian betonte dagegen, die von der Bundesregierung behauptete Rüstungssituation, nämlich Aufrüstung der UdSSR in bisher nicht gekanntem Ausmaß bei gleichzeitiger Rüstungsminderung im Westen, werde von den Tatsachen widerlegt und als Propaganda entlarvt. Vielmehr sei die NATO der Sowjetunion sowohl bei den interkontinentalen als auch bei den in Europa stationierten bzw. für Europa vorgesehenen [see gestützten] Systemen deutlich überlegen⁴³¹. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie warf der NATO eine durch antikommunistische Ideologie und die Interessen der USA verzerrte Sicht auf die Sowjetunion vor:

Die gesamte Terminologie der NATO, so jedenfalls, wie sie nach außen tritt und den Mantel der Rechtfertigung um sich wirft, ist als Re-Aktion auf sowjetische Aktionen gefaßt. Deswegen ist entscheidend, daß diese Aktionen klar und deutlich, unverschönt, aber auch nicht ‚verböst‘ beschrieben werden und man dort, wo dies infolge sowjetischer Geheimhaltung z. B. und ungenügender Instrumente des Informationsgewerbes oder der Informationsbeurteilung nicht zureichend möglich ist, die entsprechenden Lücken bzw. Kriterien der Informationsinterpretation angibt. All diesen (nahezu) Selbstverständlichkeiten, ja Notwendigkeiten um der behaupteten Sicherheit willen wird aber mitnichten genügt.

Zunächst sind die Informationen meist einseitig: die amerikanische Aufklärung verfügt hier über ein Monopol, weil kein anderer NATO-Partner Satellitenaufklärung betreibt. Westeuropäische Geheimdienste ergänzen lediglich,

⁴²⁸ *Weißbuch 1983*, Ziffer 7. Zur ausführlichen Darstellung des militärischen Kräfteverhältnisses vgl. ebd., S. 72-114.

⁴²⁹ Weizsäcker, Carl Friedrich von: *Möglichkeiten und Probleme auf dem Weg zu einer vernünftigen Weltfriedensordnung: Vortrag, gehalten am 1. März 1982 in der evangelischen Akademie in Tutzing*, 5. Aufl. München und Wien 1982. S. 19.

⁴³⁰ Ebd.

⁴³¹ Bastian, Gert: Notwendige Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluss in der Darstellung der Bundesregierung. In: Mechttersheimer, Alfred (Hrsg.): *Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluss*. Reinbek bei Hamburg 1981. S. 71-78.

was aus der CIA-Quelle sprudelt. Und diese Quelle hat sich häufig genug als trübe erwiesen: was man den Alliierten über die sowjetische Rüstung so mitteilt, ist keinesfalls von einem unvoreingenommenen Mitteilungsdrang getrieben, sondern Gegenstand politischer Entscheidungen.⁴³²

Die informationelle Basis der NATO-Position erfülle daher nicht die Kriterien epistemischer Rationalität.

In Ergänzung zu der von der Sowjetunion ausgehenden Bedrohung wurde gefragt, wie stark diese ihrerseits durch die neuen Waffensysteme der NATO bedroht werde. Falls hier die Schwelle zur Existenzgefährdung überschritten werde, also durch die neuen Mittelstreckensysteme der Bestand der UdSSR an sich bedroht sei – was nach Ansicht der Friedensbewegung zutraf⁴³³ –, bestand die Gefahr, daß die Stationierung einen Präventivangriff der UdSSR provozieren könnte. Selbst falls dieser schlimmstmögliche Fall nicht eintraf, konnten sich aus der Stationierung eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Bundesrepublik und Sowjetunion ergeben, die ihre Vorteile überwogen hätte.

Daran schlossen sich Fragen hinsichtlich der Beurteilung der USA an. Die Befürchtung, die USA könne im Falle eines russischen Angriffs ihre Interkontinentalraketen nicht zum Einsatz bringen und somit ihre Verteidigungsgarantie für ihre europäischen Verbündeten nicht einhalten, stellte einen der wichtigsten Beweggründe der Stationierungsbefürworter dar. Die Friedensbewegung teilte diese Sorge im Prinzip, allerdings aus einer ganz anderen Perspektive. Ihrer Ansicht nach verfolgten die USA in Wahrheit eine aggressive Strategie. Zuvor war der UdSSR ein Nuklearschlag nur als Reaktion auf eine schwerwiegende Aggression angedroht worden. Nun schienen die USA durch den Aufbau nuklearer Streitkräfte in Europa offensive Fähigkeiten gewinnen zu wollen, um eines von mehreren möglichen Ziele zu erreichen: die Sowjetunion zum Stillhalten zu zwingen, falls es zu einem Konflikt im Nahen Osten kommen würde; um in einem Wettrüsten die sowjetische Wirtschaft zu ruinieren⁴³⁴; oder um gleich die Aufgabe ihres gesamten Gesellschaftssystems zu erpressen. Demnach waren die USA dabei, die Konditionen der an die Sowjetunion gerichteten Drohung grundlegend zu verändern. Nach Auffassung vieler Friedensaktivisten war

⁴³² Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): *Frieden mit anderen Waffen: Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik*. Reinbek bei Hamburg 1981. S. 53.

⁴³³ Bastian, Anmerkungen, in Mechttersheimer, *Nachrüstern*, S. 71 f., 78 f. sowie 85-88.

⁴³⁴ So die Annahme Ernst Tugendhats und zahlreicher weiterer Kommentatoren. Vgl. Tugendhat, *Nachdenken*, S. 36.

diese Drohung schließlich gar nicht mehr konditionaler Natur. Sie verdächtigten die USA vielmehr, insgeheim ohnehin bereits die feste Absicht zu hegen, einen auf Europa begrenzten Angriffskrieg gegen die UdSSR zu führen.

Bei beiden Supermächten wurde nach den technischen Möglichkeiten ihrer jeweiligen Waffensysteme gefragt. Da sämtliche Angaben immer nur von den Supermächten selbst bzw. vom gegnerischen Geheimdienst kommen konnten und somit von vornherein verdächtig waren⁴³⁵, lieferten aber auch die technischen Daten keine verlässliche Diskussionsgrundlage. Im Gegenteil zeichnete sich gerade dieses Gebiet dadurch aus, das jede Seite besonders hartnäckig an ihrer Sichtweise festhielt. Im einzelnen debattierte man anhand der Merkmale von Reichweite, Zielgenauigkeit, Anzahl und Stärke der Sprengköpfe, Flugdauer und Mobilität, wer wem überlegen sei und ob von der Konstruktionsweise der jeweiligen Raketen Rückschlüsse auf eine offensive oder defensive Verwendungsabsicht gezogen werden könne. Heißumstritten war außerdem, welche Stationierung als Modernisierung und welche als Aufrüstung zu bewerten sei.

Auf diese konkreten Fragekomplexe folgten solche von mittlerer Reichweite, die vor allem die Architektur der Verteidigungskonzeptionen zum Inhalt hatten. Insbesondere wurde – nicht nur von der Friedensbewegung – diskutiert, ob eine Verteidigungsstrategie als rational gelten konnte, bei der eben dasjenige, was verteidigt werden sollte – die Bundesrepublik Deutschland –, durch die im Zuge der Verteidigung eingesetzten Mittel zerstört werden würde. Schon im Kontext konventioneller Kriegsführung war dies zweifelhaft, da eine solche Strategie einer Drohung mit Selbstmord gleichkam, welche für den Gegner kaum glaubhaft gewesen wäre. Es bestand die Gefahr, daß man, um der Selbstzerstörung durch einen Verteidigungskrieg zu entgehen, im Ernstfall jeder Forderung der UdSSR hätte nachgeben müssen. Der eklatante Widerspruch von Interesse und militärischer Planung, der bereits in den fünfziger Jahren beim berühmt-berüchtigten Stabsmanöver „Carte blanche“ zutage getreten war, wurde von NATO-Strategieplanern wie von den Angehörigen der Friedensbewegung gleichermaßen als irrational bewertet. Die Wege, durch die diese unbefriedigende Situation aufgelöst werden sollte, führten jedoch in gänzlich

⁴³⁵ Gert Bastian wies etwa die von der Bundesregierung veröffentlichten Daten zur SS-20 mit dem Hinweis zurück, ihre Quelle sei die CIA. Vgl. Bastian, Anmerkungen, in Mechttersheimer, *Nachrichten?*, S. 79.

verschiedene Richtungen: Die NATO zog den Schluß, daß die Kampfhandlungen auf das Territorium des Feindes verlagert werden mußten, was zur Formulierung einer Strategie der Vorwärtsverteidigung führte⁴³⁶. Die Theoretiker der Friedensbewegung entwickelten hingegen zum einen das Konzept der Defensiven Verteidigung, in der die Abwehr des Feindes unter Verwendung kleiner Waffen, vornehmlich durch tragbare Panzerabwehrraketen, erfolgen sollte⁴³⁷; und zum anderen die Soziale Verteidigung, in der gar keine physischen Mittel mehr eingesetzt wurden⁴³⁸.

Als irrational erschien weiterhin – und durchaus nicht nur den Mitgliedern der Friedensbewegung – ein internationales System, in dem jedes auch nur geringfügige Versagen überwältigend negative Folgen nach sich ziehen mußte. Jedes komplexe System war schon an sich fehleranfällig. Bei den Nuklearstreitkräften in Ost und West handelte es sich um so hochgradig komplexe Systeme, daß bereits die Lagerung und der Transport der Nuklearwaffen im eigenen Territorium erhebliche logistische Herausforderungen darstellten⁴³⁹. Dazu kam, daß selbst der Umgang mit Nuklearwaffen nicht vor den allgemeinen menschlichen Schwächen wie Schlamperei und Nachlässigkeit gefeit war. Kritiker der nuklearen Konfrontation argumentierten, die Gefahr eines Nuklearkriegs durch technisches Versagen sei bereits aufgrund der systemimmanenten Fehlerwahrscheinlichkeit langfristig gesehen keine Möglichkeit, sondern eine statistische Gewißheit⁴⁴⁰. Allgemein gesprochen, betraf dieser Komplex die an rationales Verhalten zu stellende Forderung, mit seiner eigenen potentiellen Irrationalität vorausschauend rechnen zu müssen⁴⁴¹. Das System der gegenseitigen nuklearen Abschreckung schien diese nicht zu erfüllen und folglich irrational zu sein.

⁴³⁶ Vgl. *Weißbuch 1983*, S. 145-148 sowie S. 161-165.

⁴³⁷ Die maßgeblich von Horst Afheldt entwickelt worden war und sowohl von Ernst Tugendhat als auch von Carl Friedrich von Weizsäcker nachdrücklich empfohlen wurde. Vgl. Tugendhat, *Nachdenken*, S. 41; von Weizsäcker, *Möglichkeiten*, S. 23 f.

⁴³⁸ Zur Gegenkritik an defensiver und sozialer Verteidigung durch die Bundesregierung vgl. *Weißbuch 1983*, S. 158-166. Dort hieß es unter Ziffer 316: „Soziale Verteidigung ist ein Konzept, das die Realitäten unserer Welt weitgehend ignoriert.“

⁴³⁹ Zu bei Unfällen verlorenen Atombomben und anderen technischen Pannen vgl. Isaacs, Jeremy; Downing, Taylor: *Der Kalte Krieg: Eine illustrierte Geschichte, 1945-1991*. München 1999. S. 239-243. Außerdem May, John: *Das Greenpeace-Handbuch des Atomzeitalters: Daten-Fakten-Katastrophen*. München 1989. Generell ist darauf hinzuweisen, daß viele der Unfälle, die sich im Einflußbereich der UdSSR ereigneten, im Westen gar nicht oder nur mit starker Verspätung bekannt wurden.

⁴⁴⁰ So Ernst Tugendhat unter Bezugnahme auf Carl Friedrich von Weizsäcker und Horst Afheldt. Vgl. Tugendhat, *Nachdenken*, S. 35 f.

⁴⁴¹ Das klassische Beispiel hierfür war Odysseus, der sich in Voraussicht seiner eigenen Irrationalität bei der Vorbeifahrt an den Sirenen an den Mast binden ließ. Vgl. dazu grundlegend Elster, *Ulysses*, S. 36-111.

Zu den technischen Fehlerquellen kamen die psychologischen hinzu. Die nervliche Anspannung der Soldaten führte in jedem Krieg irgendwann zum eigenmächtigen Einsatz der Waffen. Die Konsequenzen konnten harmlos sein, wenn nur in die Luft oder auf Tiere geschossen wurde, die sich zwischen die Frontlinien verirrt hatten. Tragisch, aber immerhin noch begrenzt waren Vorfälle, bei denen Zivilisten oder die eigenen Kameraden ins Feuer gerieten. In der jüngeren Vergangenheit hatte der Beschuß einer eingebildeten Bedrohung durch amerikanische Kriegsschiffe im Golf von Tonkin bereits die Rechtfertigung für einen ganzen Krieg mit Hunderttausenden von Opfern abgegeben⁴⁴². Insofern stellte sich in Bezug auf die Bedienmannschaften der Nuklearwaffen die sehr ernste Frage, ob der jahrelange Dienst in isolierten Bunkern, bei dem in jeder Minute die Notwendigkeit entstehen konnte, Entscheidungen von globaler Tragweite zu treffen, nicht irgendwann selbst die stabilste Psyche zermürben mußte⁴⁴³.

Die grundsätzlichen Fragestellungen beschäftigten sich schließlich mit Annahmen über Grundkonstanten menschlichen Verhaltens. Das Ziel der Abschreckung bestand wie erwähnt in der Friedenssicherung durch Beeinflussung gegnerischer Entscheidungen. Falls die zu diesem Zweck getroffenen Maßnahmen auf falschen psychologischen Annahmen beruhten, wären sie nicht zielführend und eventuell sogar kontraproduktiv gewesen. Wodurch also wurde Krieg bzw. aggressives Verhalten eigentlich ausgelöst? Baute die Sicherheitsarchitektur nicht auf einem Konkurrenzparadigma auf, das behauptete, Sicherheit sei nur durch überlegene militärische Macht zu erlangen, während sie in Wirklichkeit viel eher durch die Errichtung eines kooperativen Weltsystems zu erzielen gewesen wäre? War der Kalte Krieg demnach, wie dies Dieter Senghaas postulierte, ein dynamisches System autistischer Feindschaft⁴⁴⁴ und somit die Politiker und Militärs beider Seiten Gefangene angsterzeugter Illusionen; die Aussagen zur Aggressivität des Gegners nichts anderes als selbsterfüllende Prophezeiungen? Gerade von Radikalpazifisten wurde postuliert, daß es darauf ankäme, den Verblendungszusammenhang des Sicherheitsdenkens und insbesondere

⁴⁴² Vgl. Tuchman, Barbara: *Die Torheit der Regierenden: Von Troja bis Vietnam*. Frankfurt a. M. 2001. S. 394-396.

⁴⁴³ Zur psychologischen Situation amerikanischer Raketenmannschaften und dem Problem unautorisierter Waffengebrauchs vgl. Calder, Nigel: *Atomares Schlachtfeld Europa: Report über die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges in den 80er Jahren*. Hamburg 1980. S. 130-135.

⁴⁴⁴ Vgl. Senghaas, Dieter: *Abschreckung und Frieden: Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*. Frankfurt a. M. 1972. S. 74 f. sowie S. 170-188.

die Illusion des Bedroht-Seins zu durchbrechen, um die Perspektive eines allgemeinen Weltfriedens zu eröffnen. Anton-Andreas Guha merkte dazu an:

Abschreckungsdenken führt in der Regel zu Realitätsverzerrung, weil sie auf – psychotischer – Angst beruht. Sie unterstellt ja dem Gegner prinzipiell den *worst case*, d. h. die Absicht, jede Option zu nutzen, was seinen maximalen Vorteil, aber meinen maximalen Nachteil bedeutet. [...] Worst-case-Denken hält den angenommenen Gegner unbegrenzt in der Feindbildrolle fest, selbst dann, wenn er ehrlich gemeinte Friedensgesten machen und sogar teilweise realisieren sollte. Das Abschreckungssystem ist institutionalisiertes Mißtrauen; im übrigen erfordert die totale Waffe den totalen Feind, sonst wäre ihre Monstrosität nicht zu rechtfertigen.⁴⁴⁵

Unabdingbare Notwendigkeit für den Frieden war es somit, das Wagnis des Vertrauens einzugehen, auch wenn dies ein Risiko mit sich bringen sollte. In diesem Zusammenhang übte Horst-Eberhard Richter eine Fundamentalkritik am vorherrschenden politischen Denken: „[W]ir spüren [...], daß dieses Denksystem, in dem sich all dieses Rechnen, Wägen und Taktieren [der internationalen Politik] abspielt, *in sich irrational* ist. Es ist eine pure Politik des Machtwillens und des Mißtrauens, die nicht primär auf Verständigung, sondern auf Übervorteilen und nicht zuletzt auf wechselseitige Erpressung hinzielt.“⁴⁴⁶ In solchen Äußerungen zeigte sich die Perspektive der radikaleren Mitglieder der Friedensbewegung, die es, um die drohende nukleare Vernichtung abzuwenden, für unumgänglich hielten, eine gänzlich neue Wirklichkeitsauffassung zu etablieren und den Grundsatz des *homo homini lupus* endgültig als paranoide Illusion zu entlarven.

Andere, wie Carl Friedrich von Weizsäcker, erteilten einer einseitigen Abrüstung dagegen eine klare Absage: „[...] ich habe mich nie der simplifizierenden Formel angeschlossen: ‚Die Alternative zu Raketen sind keine Raketen‘. Die Formel müßte lauten: ‚Die Alternative zu Raketen auf beiden Seiten sind keine Raketen auf beiden Seiten‘.“⁴⁴⁷ Unter impliziter Bezugnahme auf Publizisten wie Franz Alt, die eine „Politik der Bergpredigt“ einforderten, fuhr er fort: „Wer den Worten Christi in der Bergpredigt folgen will, muß bereit sein, den Verlust der politischen Freiheit in Kauf zu nehmen. [...] Unmittelbar würde ein einseitiger Gewaltverzicht keineswegs den

⁴⁴⁵ Guha, Anton-Andreas: Frieden durch Rüstung – der Wahnsinn der Politiker. In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. 2. Aufl. München 1982. S. 43.

⁴⁴⁶ Richter, Horst-Eberhard: Die Angst kann lehren, sich zu wehren. In: Jens, Walter (Hrsg.): *In letzter Stunde: Aufruf zum Frieden*. München 1982. S. 125.

⁴⁴⁷ Von Weizsäcker, *Möglichkeiten*, S. 17.

Frieden stabilisieren, denn er würde vom Gegner als politische Schwäche und Erpreßbarkeit registriert.⁴⁴⁸ Von Weizsäcker erteilte damit der These, die Sowjetunion orientiere sich nicht am Prinzip der Machtoptimierung und würde sich, ließe man sie nur in Ruhe, friedlich und selbstgenügsam auf ihr eigenes Territorium beschränken, eine klare Absage. Im Gegensatz etwa zu Senghaas ging er vielmehr davon aus, daß die UdSSR eine sich ihr anbietende Gelegenheit zur Ausdehnung ihrer Machtsphäre sehr wohl nutzen würde.

Die Bundesregierung stellte schließlich in ihrem Weißbuch fest:

[E]in Ausstieg aus dem nuklearen Zeitalter ist nicht möglich. Auch wenn es im Lauf von Verhandlungen gelingt, die nuklearen Waffen Schritt für Schritt abzubauen, das Wissen um Kernspaltung und Kernfusion wäre aus dieser Welt nicht mehr zu verbannen. Krieg muß damit aus existentieller Notwendigkeit verhindert werden. Er darf nicht mehr als Mittel der Politik gedacht werden.

Die Bundesregierung nimmt die moralischen Aspekte der Diskussion über die Strategie der Abschreckung sehr ernst. Aber sie sieht auf absehbare Zeit keine realistische Alternative. Auch ein einseitiger Verzicht der Allianz auf Nuklearwaffen würde den Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen das Bündnis nicht verhindern. Er würde ihn, nach aller Erfahrung der Geschichte, wahrscheinlicher machen. Einseitige Abrüstung oder der Verzicht auf Gleichgewicht können die Hemmschwelle gegen Krieg – auch gegen einen konventionellen Krieg – im sowjetischen Kalkül gefährlich senken.⁴⁴⁹

Damit widersprach die Bundesregierung ausdrücklich der psychologischen Kernthese der Friedensbewegung, Gewaltausübung erfolge immer nur als Reaktion auf eine wahrgenommene Bedrohung. Vielmehr würde eine einseitige Abrüstung Westeuropa für die Sowjetunion zur wehrlosen Beute machen.

Schließlich stellte sich die Frage, ob es sich bei einer globalen Situation, in der sich die Nationen permanent mit vollständiger Auslöschung bedrohten, nicht prinzipiell um einen moralisch erbärmlichen Zustand handelte, welcher entschiedene Zweifel an der Vernunft des Menschen an sich aufkommen ließ. Anton-Andreas Guha sah in der atomaren Rüstung wenn schon nicht den Beweis, so doch zumindest ein Indiz dafür, daß die Menschheit als Spezies zur Vernunft grundsätzlich nicht befähigt sei⁴⁵⁰. An anderer Stelle führte er aus:

⁴⁴⁸ Ebd., S. 27 f.

⁴⁴⁹ *Weißbuch 1983*, Ziffern 416 und 417, S. 220.

⁴⁵⁰ Guha, Anton-Andreas: *Ende: Tagebuch aus dem 3. Weltkrieg*. Königstein 1983. Vorsatzblatt.

Der britische Philosoph Thomas Hobbes bezeichnete die Alltagspolitik der europäischen Staaten, also die ‚Friedenspolitik‘, als eine ‚dauernde kriegerische Haltung‘. Sie galt ihm als ‚der Natur des Menschen gemäß‘, als ‚natürlicher Zustand‘. Für Goethe war ‚der Krieg in Wahrheit eine Krankheit‘. Wer hat Recht, Hobbes oder Goethe? Muß zwischen beiden eigentlich ein Widerspruch bestehen? Können nicht beide recht haben? Dann wäre das artgemäße Verhalten des Menschen, nämlich der Zwang, Krieg zu führen, in Wahrheit eine Krankheit...

Welch eine anthropologische Perspektive, die diese Überlegung eröffnet!

[...] ‚Si vis pacem – para bellum‘, wenn du Frieden willst, sei kriegsbereit, lautete die ‚sicherheitspolitische‘ Formel des römischen Imperiums; sie enthält jene zwei grundsätzlichen ‚Optionen‘: Abschreckung und Fähigkeit (übrigens auch die Entschlossenheit) zur Kriegführung. Bemerkenswert auch das Verständnis von ‚Frieden‘, das in dieser Formel zum Ausdruck kommt; es ist ein Droh-Frieden, ein Zustand des Nicht-Krieges, eben ein ‚Rüstungskrieg‘, ein ‚auf die Dauer unhaltbarer Zustand‘. Mehr kann Abschreckung auch nicht leisten, als einen ‚auf Dauer unhaltbaren Zustand‘ nur für eine Weile zu stabilisieren.

[...] Abschreckungsdenken enthält zahllose Widersprüche, die es unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß sich mit ihm ein Krieg verhüten läßt; vielmehr steigt die Kriegswahrscheinlichkeit.⁴⁵¹

Mit am weitesten in der Ablehnung der Nuklearwaffen ging der Bund der Reformierten Kirchen, der in der 1982 durch das Moderamen des Bundes angenommenen „Erklärung zur Friedensverantwortung“ feststellte:

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Entwicklung, Bereitstellung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln, die den von Gott geliebten und zum Bundespartner erwählten Menschen ausrotten und die Schöpfung verwüsten können.

[...] Auch für staatliche Machtmittel gibt es eine durch das Gebot des Herrn gesetzte Grenze, die nicht überschritten werden darf. Massenvernichtungsmittel sind keine angemessenen und notwendigen Machtmittel, mit denen ein Staat potentielle militärische Gegner abschrecken und im Kriegsfall bekämpfen darf. Es ist zwar Aufgabe des Staates, für Recht und Frieden zu sorgen und das Leben seiner Bürger zu schützen. Aber Massenvernichtungsmittel zerstören, was sie zu verteidigen vorgeben. Ihnen gilt von seiten der Christen ein aus dem Bekenntnis zu Gott dem Schöpfer, Versöhner und Erlöser gesprochenes bedingungsloses "Nein!", ein "Nein ohne jedes Ja".⁴⁵²

Somit sah der Reformierte Bund in der Stationierungsfrage den *statu confessionis* berührt, was bedeutete, daß jedwede Unterstützung oder auch nur Duldung von Nuklearwaffen unvereinbar mit dem Bekenntnis zu Jesus Christus war.

⁴⁵¹ Guha, Frieden, in: Pestalozzi, et al. *Frieden in Deutschland*, S. 38-40 sowie 43.

⁴⁵² Moderamen des Reformierten Bundes (Hrsg.): *Erklärung zur Friedensverantwortung*. Unter: http://www.reformiert-info.de/side.php?news_id=230&part_id=0&part3_id=56&navi=3. (Zuletzt aufgerufen 25. 8. 2014).

Dagegen stellte die Bundesregierung zur Frage nach der grundsätzlichen moralischen Qualität der nuklearen Bewaffnung fest:

Die Behauptung, daß schon durch die Androhung des Einsatzes von Nuklearwaffen durch den Verteidiger für den Fall eines Angriffs ein Verbrechen und daher die Bündnisdoktrin der Abschreckung unhaltbar sei, ist weder schlüssig noch moralisch überzeugend. Wenn dies nach allen Erfahrungen der letzten 40 Jahre die wirkungsvollste Strategie ist, um den Ausbruch eines Krieges und damit auch die Anwendung von Nuklearwaffen gegen den Westen zu verhindern, dann kann dies kein Verbrechen sein.

Wer die Verteidigung im nuklearen Zeitalter für ethisch nicht akzeptabel erklärt, verlangt nichts anderes als die Kapitulation des Friedfertigen vor dem Gewalttäter, der Freiheit vor der Unfreiheit, des Rechts vor dem Unrecht. Das wäre der Freibrief für die nukleare Erpressung. Der rücksichtsloseste Staat im internationalen politischen System könnte sich durchsetzen.

Einseitige Abrüstung, Wehrlosigkeit oder der Verzicht auf Abschreckung bringen nicht den Frieden. Sie gefährden ihn vielmehr. Sie stärken die Position der Gewalttätigen und schwächen die der Friedfertigen. [...] Angesichts der geschichtlichen Erfahrungen mit der sowjetischen Bereitschaft zum direkten oder indirekten Einsatz militärischer Überlegenheit ist eine Politik der einseitigen Abrüstung keineswegs dem Frieden dienlicher als die westliche Politik des militärischen Gleichgewichts. Deshalb kann eine Politik der einseitigen Abrüstung auch nicht moralischer sein.⁴⁵³

Ernst Tugendhat faßte schließlich all diese Fragen, deren Antworten die Parameter der Wirklichkeit bildeten, in einer einzigen zusammen: Würde die Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles das Risiko eines Nuklearkrieges erhöhen oder vermindern⁴⁵⁴? Damit machte er das einzige Kriterium von Rationalität zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen, auf das sich alle Seiten einigen konnten: die Sicherung des Überlebens.

d) *Das Argument für die Abschreckung: Die Rationalität der Kräfte*

Das realistische Paradigma sah den Menschen primär als rational agierenden Nutzenmaximierer. Demzufolge wurde jede zweckrationale, auf Erfolg orientierte Politik durch die Frage nach dem Gewinn bestimmt, der sich durch eine bestimmte Handlungsweise erzielen ließ. Mithin trafen Staaten ihre Entscheidungen ausschließlich auf

⁴⁵³ *Weißbuch 1983*, Ziffern 418 und 419, S. 220 f.

⁴⁵⁴ Tugendhat, *Nachdenken*, S. 23-34.

der Grundlage ihrer Interessen und ihrer strategischen Kosten-Nutzen-Analysen. Soweit diese nackte Logik von Kosten und Nutzen galt, konnte Sicherheit nur aus überlegener Macht entstehen, da jeder, der über größere Kräfte gebot als man selbst, ipso facto eine potentielle Bedrohung darstellte. Dies bedingte einen militärischen und ökonomischen Optimierungszwang, der zu einem dauernden Wettlauf um Macht und Ressourcen führte. In ihrer Simplizität war diese Mechanik allerdings, mit von Clausewitz gesprochen, eher als logische Träumerei denn als Beschreibung der Wirklichkeit anzusehen. In der politischen Realität gab es zahlreiche Faktoren, die die Machtkonkurrenz hemmen konnten: Von der Möglichkeit, durch Kooperation mehr zu gewinnen als durch Konfrontation, die in der Logik des Nutzens eben auch angelegt war; über die mit jedem Krieg verbundenen Risiken; einem Mangel an den zum aggressiven Wettbewerb nötigen Kräften; bis hin zur ganz banalen menschlichen Trägheit.

Trotzdem handelte es sich beim Wettbewerb um Macht selbstverständlich weiterhin um ein Kernelement von Politik. Jedermann suchte seinen Vorteil; wer es nicht tat, handelte a priori irrational. Zudem lehrte die Erfahrung, daß Staaten sich kaum durch moralische Erwägungen von der Verfolgung ihrer Interessen abhalten ließen, und daß meist der jeweils Stärkere, da er es ja konnte, einfach tat, was er wollte. Beschloß er, seinen Vorteil auf Kosten des Schwächeren wahrzunehmen, so hatte dieser keine Möglichkeit, ihn daran zu hindern. Die Rationalität der Sicherheit beruhte somit auf der grundlegenden Unterscheidung zwischen dem Stärkeren und dem Schwächeren.

Mit der Entwicklung der Atomwaffen hatten sich die Bedingungen der Machtkonkurrenz nun allerdings deutlich verändert. Der alte Haudegen-Spruch, Atombomben böten einfach *more bang for the buck*, hatte sich bald als viel zu simple Betrachtungsweise erwiesen. Mit der Einführung der Wasserstoffbombe und der Interkontinentalrakete brachte die durch die Kernwaffen gesteigerte Quantität an Feuerkraft den Umschlag in eine andere, absolute Qualität mit sich, wodurch die bisher geltende Logik der relativen Kräfte ausgehebelt wurde, mit durchaus paradoxen Folgen: So erwuchs einem nuklear bewaffneten Staat selbst bei nuklearstrategischer Asymmetrie, wenn also der Gegner über keinerlei Nuklearwaffen verfügte, aus dieser Überlegenheit im völligen Gegensatz zu konventionellen Waffen nicht notwendigerweise ein Vorteil, da ihr Einsatz stark moralisch tabuisiert war und erhebliche politische Ko-

sten nach sich gezogen hätte. Auch waren sie rein militärisch für bestimmte Aufgaben, vor allem die Bekämpfung einer weit im Raum verteilten Guerilla, gänzlich ungeeignet. So hatten die USA sowohl den Korea- als auch den Vietnamkrieg rein konventionell geführt, obwohl ihre jeweiligen Gegner zu einem nuklearen Vergeltungsschlag nicht in der Lage gewesen waren⁴⁵⁵, und gleiches galt für die sowjetische Intervention in Afghanistan. Ebenso konnten, um ein aktuelles Beispiel zu wählen, Israels Nuklearwaffen zwar Staaten wie den Iran abschrecken, waren gegen die Hamas aber vollkommen nutzlos. Im Falle nuklearer Symmetrie waren die Kosten eines Krieges unkalkulierbar und höchstwahrscheinlich inakzeptabel. Der Einsatz von Nuklearwaffen war daher im Prinzip erst nach dem Überschreiten einer extrem hohen Bedrohungsschwelle rational⁴⁵⁶, als letzte Abwehr gegen die eigene Vernichtung. Ihre Aufgabe bestand somit im Normalfall ausschließlich in der Neutralisierung der gegnerischen Kernwaffen. Sie immunisierten jeden Staat, der in ausreichender Menge über sie verfügte, gegen elementare Bedrohungen, denn eine nuklear bewaffnete Nation konnte nicht erobert werden. Daraus ergab sich als ein Grundsatz von Sicherheit im Nuklearzeitalter, daß eine Nuklearmacht nicht an den Rand des Untergangs getrieben werden durfte, da sie immer die Möglichkeit hatte, ihre Gegner mit ins Grab zu ziehen.

Allerdings galt diese Beschränkung der Nuklearwaffen auf die Selbstverteidigung nur unter der Voraussetzung, daß einem Staat sein Ansehen in der Welt nicht gleichgültig war. Falls eine Nuklearmacht sich dazu entschied, alle diplomatischen Optionen zu verwerfen und ihre Außenpolitik ausschließlich auf der Grundlage militärischer Stärke zu betreiben, so stand einem Nuklearwaffeneinsatz nur noch das Risiko eines gegnerischen Vergeltungsschlags entgegen. Bei ausreichender Skrupellosigkeit war nukleare Erpressung immer eine Option. Im Kalten Krieg unterstellten naturgemäß beide Seiten ihrem ideologischen Gegner, eine solch gewissenlose Politik zu verfolgen. Ein zweiter Grundsatz der nuklearen Sicherheit lautete somit, daß eine Nation, die nicht über Nuklearwaffen verfügte, gegenüber einer Nuklearmacht im Prinzip absolut wehrlos und somit absolut erpreßbar war. Nuklearwaffen des Gegners ließen sich nur durch eigene Nuklearwaffen neutralisieren. Zusammenge-

⁴⁵⁵ Dabei war selbstverständlich auch die von den jeweiligen Schutzmächten UdSSR und VR China ausgehende Vergeltungsdrohung ein wichtiger Faktor gewesen, aber eben keineswegs der einzige.

⁴⁵⁶ Vgl. Heuser, *Krieg*, S. 398.

men ergab sich aus diesen beiden strukturellen Grundbedingungen die Schlußfolgerung, daß – rein theoretisch – alle Nationen über Nuklearwaffen hätten verfügen müssen, aber keine Nation sie hätte einsetzen können.

In ihren Details ähnelte die konkrete Nuklearstrategie, was die Planung bezüglich der Struktur und der Dislozierung der Nuklearwaffen anging, in vielerlei Hinsicht der Kriegsführung in der vornapoleonischen Ära, deren Ideal darin bestanden hatte, den Gegner durch die Positionierung der eigenen Kräfte im Raum zu bestimmten Aktionen zu veranlassen und ihn schließlich, unter möglichst weitgehender Schonung der eigenen Streitkräfte, rein durch geschicktes Manövrieren matt zu setzen⁴⁵⁷. Von Clausewitz hatte diese geometrische Art der Kriegsführung zwar verspottet, da die ausgeklügelten Schachzüge leider gar nichts mehr nützten, falls einer der Kontrahenten nicht mehr nach den Regeln spielte und, wie Bonaparte, einfach angriff; Clausewitz bestritt jedoch nicht ihre Anwendbarkeit in bestimmten Situationen, so dem Vertreiben des Gegners aus einer Stellung durch Demonstration der Überlegenheit der eigenen Kräfte. Dem Gegner wurde vor Augen geführt, daß ihm eine bestimmte Handlungsweise – das Halten der Stellung – nur Verluste einbringen würde. Die Annahme war, daß er daraufhin nach der Logik von Gewinn und Verlust handeln und sich zurückziehen würde⁴⁵⁸. Diese Vorgehensweise lag im Prinzip auch der Nuklearstrategie im Kalten Krieg zugrunde. Für sie traf in besonderer Weise von Clausewitz' Diktum zu, daß mögliche Gefechte ihrer Folgen wegen als wirkliche zu betrachten seien⁴⁵⁹. Ganz wie in einem Schachspiel bestimmten nicht nur die ausgeführten Züge der einen Seite die Handlungsweise der jeweils anderen, sondern bereits die antizipierten. Die Drohung mit Figurverlust oder gar Matt reichte auch ohne ihre Realisierung völlig aus, um das Handeln des Gegners zu lenken, was allerdings zwingend voraussetzte, daß der Gegner die Situation ebenso wahrnahm wie man selbst und Gewinn und Verlust nach derselben Methode berechnete. Hier traf sich von Clausewitz mit Günther Anders, der konstatierte, bei Nuklearwaffen seien Haben und Gebrauchen ein- und dasselbe, da aus der Verfügbarkeit der Waffen die Drohung ihrer

⁴⁵⁷ Somit hatte die Einführung der Nuklearwaffen das napoleonische Paradigma der Entscheidungsschlacht obsolet werden lassen. Vgl. Heuser, *Krieg*, S. 428-431.

⁴⁵⁸ "Ein Abmessen der Kräfte kann [...] in Fällen, wo sie sehr ungleich sind, schon durch das bloße Abschätzen erhalten werden. In solchen Fällen wird auch das Gefecht nicht stattfinden, sondern der Schwächere gleich nachgeben." Clausewitz, Carl von: *Vom Kriege*. Berlin 1998. S. 56. Erstes Buch, zweites Kapitel: Zweck und Mittel im Kriege.

⁴⁵⁹ Clausewitz, *Vom Kriege*, S. 162. Drittes Buch, erstes Kapitel: Strategie.

Anwendung unausweichlich folge⁴⁶⁰. Allein durch ihre bloße Existenz standen sie der Politik bereits als Mittel zur Verfügung. Bei der Nuklearstrategie handelte es sich daher in strategiehistorischer Sicht um die Fortsetzung des Konzeptes der „*Fleet in being*“⁴⁶¹, die den Gegner allein dadurch in Schach hielt, daß sie einfach da war.

In diesem Licht einer gegenseitigen Verhaltenslenkung durch eine Demonstration von Kräften war der Komplex der eurostrategischen Nuklearwaffen zu sehen. Die Stationierung der SS-20 stellte den schrittweisen Aufbau von Machtmitteln dar, welche es der Sowjetunion erlaubt hätten, Druck auf die westeuropäischen Staaten und insbesondere die Bundesrepublik auszuüben. Daß es sich um eine sowohl quantitative wie qualitative Aufrüstung von bedrohlicher Dimension handelte, stand aus Sicht der Bundesregierung außer Frage. Das Insistieren der Sowjetunion, es handele sich um eine bloße Modernisierung, war angesichts der Anzahl der Sprengköpfe wie auch der Fähigkeiten der SS-20 nichts als eine lächerliche Ausrede. Bei der Stationierung der Pershing II handelte es sich um den entsprechenden Gegenzug: Die bedrohte Stellung wurde verstärkt, um das Kräfteverhältnis auszugleichen und der Sowjetunion die Möglichkeit eines Sieges ohne Gefecht zu verbauen, unter der Annahme, daß die Sowjetunion sich bei Kräfteparität nicht auf einen Kampf einlassen würde⁴⁶². Dabei lag der Wert der neuen Raketen weniger in dem Abschreckungspotential, das sie für sich genommen darstellten, als vielmehr in der Anbindung der amerikanischen strategischen Nuklearmacht an die Bundesrepublik. Ihre Stationierung war somit vor allem auch als Akt der Kommunikation anzusehen, der der Sowjetunion unmißverständlich mitteilte, daß die Bundesrepublik auch weiterhin durch den US-amerikanischen nuklearen Schirm geschützt wurde und somit nicht wehrlos und erpreßbar war.

Wenn auch niemand im Westen ernsthaft mit einem Angriff der Sowjetunion rechnete, wurde doch die Gefahr, daß sie ihre eurostrategische Überlegenheit nutzen würde, um Druck auf die Bundesrepublik auszuüben, als sehr hoch angesehen. So

⁴⁶⁰ Anders, Günther: Thesen zum Atomzeitalter. In: Ders.: *Die atomare Drobung: Radikale Überlegungen zum atomaren Zeitalter*. 7. Aufl., München 2003. S. 15 f.

⁴⁶¹ Vgl. Heuser, *Krieg*, S. 396.

⁴⁶² „Bei Abwägung zwischen Erfolgsaussicht und Schadensrisiko wäre eine Erfolgsaussicht für die Sowjetunion nur unter der Vorstellung eines ausschließlich konventionellen Krieges denkbar. [...] Durch die nukleare Abschreckung hat die Frage nach der Möglichkeit und der Wahrscheinlichkeit eines Krieges eine andere politische und militärstrategische Dimension erhalten. Auch die Sowjetunion kann das Risiko eines Krieges unter Einsatz nuklearer Waffen nicht eingehen.“ *Weißbuch 1983*, Ziffer 218.

zitierte Hubertus Hoffmann aus einem von ihm geführten Hintergrundgespräch mit Helmut Schmidt vom 5. März 1985:

[Schmidt] rechnete mit möglichen Pressionsbriefen, sowjetischen Noten oder diplomatischen Aktivitäten, die auf die sowjetischen Mittelstreckenraketen gestützt seien, von der die Russen wüßten, daß man sie nur diplomatisch leise in einer Krise vorzeigen und so gebrauchen müsse. Dagegen hätten die Amerikaner nichts in der Hand. Die Hinweise Carters und Brzezinskis, man habe hinreichend strategische Waffen, gehe gegenüber einer mit ‚Raketen-Widerhaken‘ versehenen sowjetischen diplomatischen Drohung völlig ins Leere und hätten gezeigt, daß man in Washington das Spiel mit der Sowjetunion nicht verstanden habe. Carter und Brzezinski hätten geleugnet, daß überhaupt ein Problem bestehe. Sie hätten das Wesen sowjetischer Politik nicht begriffen.⁴⁶³

Dabei diskutierte man auch im Lager der Stationierungsbefürworter darüber, welchen Einfluß die Ideologie und das Streben nach der Weltrevolution auf das Verhalten der Sowjetunion tatsächlich hatten. Bezüglich des gegen Westdeutschland gerichteten Drucks war die Antwort darauf allerdings ganz gleichgültig, denn auch falls die UdSSR einzig und allein als pragmatische Großmacht handelte, mußte es für sie ein verlockendes strategisches Ziel sein, die Bundesrepublik und damit die sowohl militärisch als auch wirtschaftlich stärkste Nation Westeuropas aus dem Bündnis mit den USA zu lösen. Ihr Vorgehen sowohl während der Berlin-Blockade als auch anlässlich der Proteste in den osteuropäischen Satellitenstaaten hatte gezeigt, daß sie alle Mittel rücksichtslos zu nutzen bereit war, um ihren Machtbereich auszudehnen und zu sichern.

Daß der ursprüngliche Sinn und Zweck des Doppelbeschlusses nicht in der Bereitstellung militärischer Fähigkeiten zur Verwendung im Gefecht, sondern in der Abwehr bestimmter politischer Entwicklungen lag⁴⁶⁴, wurde während der Auseinandersetzung mit nur wenigen Ausnahmen⁴⁶⁵ sowohl von der Friedensbewegung als auch der westdeutschen Öffentlichkeit vernachlässigt. Diese war daran gewöhnt –

⁴⁶³ Hoffmann, Hubertus: *Die Atompartner Washington – Bonn und die Modernisierung der taktischen Kernwaffen: Vorgeschichte und Management der Neutronenwaffe und des Doppelbeschlusses der NATO*. Koblenz 1986. S. 400.

⁴⁶⁴ „Die sowjetische Führung will [...] ihr Ziel der Veränderung der politischen Macht- und Einflußverhältnisse ohne Krieg erreichen. Hierin liegt die eigentliche Bedrohung des Westens durch die militärische Macht des Warschauer Paktes.“ *Weißbuch 1983*, Ziffer 218.

⁴⁶⁵ Beispielsweise Dieter Senghaas, der sehr richtig feststellte, Waffensysteme seien in Wirklichkeit Psychostrategien – aus seiner Sicht allerdings kontraproduktive. Vgl. Senghaas, Dieter: *Abschreckung und Frieden: Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*. Frankfurt a.M. 1972. S. 105. Von publizistischer Seite her wies Dieter Schröder in einem Kommentar in der *Süddeutschen Zeitung* vom 13. Oktober 1981 auf diesen Umstand hin.

und ist es bis heute –, Diplomatie und militärische Schlagkraft als zwei gänzlich verschiedene, ja entgegengesetzte Sphären zu betrachten⁴⁶⁶. Auch Ernst Tugendhat diskutierte die von der UdSSR ausgehende Bedrohung nur unter dem Gesichtspunkt eines militärischen Angriffs, nicht aber unter dem des politischen Drucks⁴⁶⁷. Dies führte zu der Argumentation, eine Rüstung gegen einen Angriff der UdSSR sei überflüssig, da ja selbst die Bundesregierung einen solchen erklärtermaßen für unwahrscheinlich halte. Dieser Einwand ignorierte jedoch die politische Funktion militärischer Macht, wie das Weißbuch des Bundesministeriums für Verteidigung feststellte:

[Es] kann gegenwärtig davon ausgegangen werden, daß die Gefahr eines Krieges in Europa nicht gegeben ist. Allerdings wachsen mit zunehmendem militärischem Übergewicht die Mittel und Möglichkeiten des Warschauer Paktes, politischen Druck auf Westeuropa auszuüben. Ohne ein angemessenes Gegengewicht könnte eine Lage entstehen, in der die NATO-Partner in Europa nicht mehr die Fähigkeit hätten, solchem Druck zu widerstehen. Sie wären dann, zumal in Krisenlagen, erpreßbar – ihre Unabhängigkeit käme in Gefahr.⁴⁶⁸

An diesen Fehlwahrnehmungen waren die politischen Eliten beiderseits des Atlantiks allerdings nicht ganz unschuldig. Die westdeutschen Regierungen behandelten die Vorgänge der internationalen Politik nach wie vor unter dem Vorzeichen einer exklusiven Wahrnehmung der Staatsgeschäfte durch die Exekutive. Daß sie dabei das Vertrauen des demokratischen Souveräns genossen, setzten sie als selbstverständlich voraus. Ab den siebziger Jahren begannen die Bürger jedoch damit, die Handlungen der Administration mehr und mehr zu hinterfragen, was sich zunächst bei technischen Großprojekten wie Atomanlagen und der Startbahn West, bald aber auch in der Außen- und Sicherheitspolitik bemerkbar machte. Die Regierungen mußten feststellen, daß ihnen mit einer gewonnenen Bundestagswahl nicht mehr für vier Jahre Carte blanche gewährt, sondern in zunehmendem Maße Transparenz und Möglichkeiten der Mitsprache als Preis für Vertrauen eingefordert wurde.

Am Vorgehen sowohl der Regierungen Schmidt als auch Kohl muß kritisiert werden, daß sie Sicherheitspolitik zu lange als reine Expertenpolitik betrieben. Schmidts

⁴⁶⁶ Eine Ausnahme war Hans Rühle, damals Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium, in seiner scharfen Replik auf Andreas von Bülow, dem er genau diese Vernachlässigung der politischen Dimension militärischer Macht attestierte. Rühle, Hans: Die eingebilddete Ohnmacht, in: Bülow, Andreas von: *Die eingebilddete Unterlegenheit: Das Kräfteverhältnis West-Ost, wie es wirklich ist*. München 1985. S. 133-136.

⁴⁶⁷ Tugendhat, *Nachdenken*, S. 16 sowie S. 103-106.

⁴⁶⁸ *Weißbuch 1983*, Ziffer 216.

Warnung vor der Gefahr der SS-20 im Jahre 1977 fand mit dem Londoner IISS in einem exklusiven Kreis statt, noch dazu mehr oder weniger als bloße Randbemerkung in einer Rede über sein Lieblingsthema der internationalen Finanzpolitik. Auch sorgte die Wahrung der diplomatischen Diskretion dafür, daß die sowjetischen Versuche, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, lautlos erfolgen konnten, ohne daß die westdeutsche Öffentlichkeit über diese Manöver überhaupt informiert wurde. Es kann von daher kaum überraschen, daß diese mißtrauisch reagierte, als durch den Doppelbeschluß Maßnahmen gegen eine Gefahr getroffen wurden, an der sich bisher scheinbar kaum jemand gestört hatte. Dieser Effekt wurde durch das politisch überaus ungeschickte Säbelrasseln der Reagan-Administration noch verstärkt. Durch die äußere Abfolge der Ereignisse mußte es für die weder in die internationale Diplomatie noch in die sicherheitspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung einbezogene Öffentlichkeit so aussehen, als läge der eigentliche Grund für die Pershing II-Stationierung in dem unter Carter und Reagan vollzogenen Schwenk der US-amerikanischen Politik in eine konfrontative Richtung, und nicht in einer Reaktion auf die SS-20.

Auch in Anbetracht dieser Umstände stellte sich aus bundesrepublikanischer Sicht allerdings nach wie vor die Frage, ob eine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen ein geeignetes Mittel war, um sowjetische Pressionen abzuwehren. Zunächst einmal ging man davon aus, daß die Sowjetunion im Bereich der konventionellen Waffen so sehr überlegen war, daß in einem Konflikt nur geringe Aussicht bestände, die Rote Armee abzuwehren. Der Einsatz auch nuklearer Gefechtsmittel wäre daher zwingend notwendig. Dabei war die nukleare Hemmschwelle für alle Territorien außerhalb von USA und UdSSR geringer als für diese selbst, wodurch die Länder des europäischen Glacis beider Supermächte in eine prekäre strategische Lage versetzt wurden. Um diesen unbefriedigenden Zustand aufzuheben und die Sicherheit möglichst stark zu machen, war nach dem Abschreckungsparadigma eine entsprechend starke Drohung notwendig. Gemäß der alten strategischen Doktrin der massiven Vergeltung wäre daher jede Grenzverletzung eines NATO-Staates durch den Warschauer Pakt mit dem Einsatz des vollen interkontinentalen Nuklearpotentials beantwortet worden. Dies erschien auf den ersten Blick geeignet, den Gegner von jedweder aggressiven Handlung abzuschrecken. Allerdings ergaben sich bei näherem Hinsehen gravierende Nachteile: Zum einen bot die massive Vergeltung keinen Schutz gegen gewaltlose

Kampfmittel wie politische Infiltration. Zum anderen war es wirklich nicht glaubhaft, bei jedem kleinen Scharmützel gleich die Entfesselung des nuklearen Armageddons anzudrohen. Daher wurde unter Präsident Kennedy die amerikanische Nukleardoktrin einer tiefgreifenden Revision unterzogen und die neue Strategie der flexiblen Antwort eingeführt, die eine abgestufte Reaktion vorsah.

Durch diese Anhebung der nuklearen Schwelle wurde allerdings gleichzeitig diejenige für konventionelle Auseinandersetzungen gesenkt. Die Sowjetunion konnte nun möglicherweise zu dem Ergebnis kommen, ein Angriff auf Westeuropa sei mit akzeptablen Risiken verbunden, und zwar insbesondere dann, falls der Warschauer Pakt zusätzlich zu seiner konventionellen auch noch über eine eurostrategische nukleare Überlegenheit verfügte. Hier bestanden divergierende Interessen zwischen USA und BRD: Aus Sicht der USA waren begrenzte Kriege selbstverständlich weniger schlecht als totale. Folglich mußte alles getan werden, um eine Eskalation auf interkontinentales Niveau so lange wie möglich hinauszuzögern. Dadurch hätte sich die Rationalität der globalen nuklearen Situation verbessert, da dann nicht mehr jede Krise gleich die Ausrottung der Menschheit nach sich zu ziehen drohte. Aus Sicht der BRD war dagegen *jeder* Krieg ein totaler Krieg⁴⁶⁹. Daher war eine Situation rational, in der jeder Akt militärischer Aggression seitens der Sowjetunion unweigerlich zur völligen Vernichtung ihres Territoriums führen würde, was eine möglichst frühzeitige Eskalation verlangte⁴⁷⁰.

Dabei sah sich die Bundesrepublik vor eine Kette von Dilemmata gestellt, wobei der Versuch, eines davon zu lösen, unweigerlich zu einem neuen führte. Einerseits mußte sie jeden Krieg vermeiden. Andererseits mußte sie es der Sowjetunion aber auch verwehren, unter Ausnutzung ihrer militärischen Überlegenheit politischen Druck auszuüben, was nur durch militärische Abschreckung und somit durch eine glaubwürdige Drohung mit Krieg geleistet werden konnte, was natürlich die Fähigkeit und Bereitschaft voraussetzte, diesen im äußersten Fall auch zu führen. Karl Kaiser, der damalige Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, stellte dementsprechend fest, es sei nun einmal das unaufheb-

⁴⁶⁹ Vgl. Heuser, *Krieg*, S. 435.

⁴⁷⁰ Vgl. Heuser, *Krieg*, S. 409. Aufgrund dieser unterschiedlichen strategischen Interessen war die Umstellung von der massiven Vergeltung auf die flexible Antwort von den europäischen, insbesondere den westdeutschen NATO-Ländern nur unter großen Vorbehalten und sehr zögerlich vollzogen worden.

bare Paradoxon der Abschreckungstheorie, daß sie die Führbarkeit des nuklearen Krieges demonstrieren müsse, um ihn zu verhindern⁴⁷¹. Dazu hätte die Bundesrepublik eigentlich wie Frankreich und Großbritannien auch einer eigenständigen nuklearen Abschreckung, also eigener Kernwaffen bedurft, was sich angesichts ihrer Geschichte aber von selbst verbot. Da die Bundesrepublik somit Schutz durch Kernwaffen brauchte, aber nicht selbst Nuklearmacht werden konnte, war sie darauf angewiesen, daß dieser Schutz von den USA gestellt wurde. Und da sie eine absolute Schutzgarantie brauchte, mußte sie von den USA verlangen, sie in nuklearstrategischer Hinsicht als Teil ihres eigenen Territoriums zu betrachten, ohne daß die Bundesrepublik dies tatsächlich gewesen wäre. Diese Ankopplung versuchte man durch die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen in der BRD zu erreichen, was aber eine nuklearstrategische Asymmetrie schuf. Die USA bedrohten nun das sowjetische Kernland mit schnellfliegenden Systemen, was umgekehrt nicht der Fall war. Dies drohte das nukleare Gleichgewicht zwischen den Supermächten aus der Balance zu bringen, was wiederum die Kriegsgefahr für die Bundesrepublik erhöhte, womit sich die Katze in den Schwanz biß. Die Sicherheit der Bundesrepublik gegenüber einer aggressiven Sowjetunion zu gewährleisten stellte somit ein Problem dar, für das es rein militärisch keine endgültige Lösung gab. Ihre Sicherheitslage bewegte sich stets zwischen der Scylla einer zu geringen und der Charybdis einer zu starken Abschreckung und war mithin unaufhebbar prekär.

Die einzige Möglichkeit, echte Sicherheit herzustellen, lag folglich in der politischen Entschärfung des Kalten Krieges. Dazu war nun allerdings der beiderseitige politische Wille nötig, und zwar insbesondere die Anerkennung des Existenzrechts der jeweils anderen Gesellschaftsordnung. Aus dem strategischen Globalziel der Bundesrepublik, unbedingt eine Situation zu vermeiden, in der man nur die Wahl zwischen Krieg – der höchstwahrscheinlich zur Vernichtung führen würde – und Kapitulation hatte, folgten zwei strategische Leitlinien:

Erstens durfte der Westen gegenüber der Sowjetunion keinerlei nuklearwaffengestützte Zwangsdiplomatie betreiben. Jede krisenhafte Zuspitzung des Ost-West-Konflikts galt es nach Möglichkeit zu vermeiden. Abgesehen von der Abschreckung eines Angriffs bzw. der Abwehr politischen Drucks hatte jeder weitere Versuch, die

⁴⁷¹ Diskussionsbeitrag von Karl Kaiser in: Apel, Hans; Bahr, Egon; Bahro, Rudolf (Hrsg.): *Sicherheitspolitik contra Frieden? Ein Forum zur Friedensbewegung*. Berlin und Bonn 1981. S. 40.

Stationierung von Kernwaffen zur Beeinflussung des Verhaltens der Sowjetunion zu benutzen, strikt zu unterbleiben.

Zweitens mußte aber auch davon ausgegangen werden, daß die Sowjetunion nur dann darauf verzichten würde, ihre militärische Stärke als Druckmittel gegen die Bundesrepublik zu benutzen, wenn es keinerlei Möglichkeit für sie gab, damit Erfolge zu erzielen. Die UdSSR würde nur dann zu einer Rückkehr zur Entspannung und den damit verbundenen Konzessionen bereit sein, wenn ihr ein aggressives und konfrontatives Vorgehen gegen den Westen keinerlei Gewinn versprach. Daher mußte das militärische Kräftegleichgewicht unbedingt gewahrt bleiben. Die politische Lösung des Ost-West-Konflikts war nach der Logik von Gewinn und Verlust nur dann möglich, wenn keine der beiden Seiten auf einen militärischen Sieg hoffen konnte. Aus Sicht von Gleichgewichtstheoretikern wie Helmut Schmidt war dies der Punkt, den die Friedensbewegung einfach nicht begriff bzw. nicht begreifen wollte. Aus Sicht der Friedensbewegung hegte dagegen die US-Regierung die – illusionäre – Hoffnung, den Kalten Krieg militärisch für sich entscheiden zu können.

Aufgrund ihrer verschiedenen geostrategischen Lage bestanden dabei für die Bundesrepublik und die USA verschiedene Dringlichkeitshierarchien in Bezug auf die Zweckrationalität ihrer Sicherheitspolitik: Während es für die USA am rationalsten war, der Sowjetunion möglichst jeden Gewinn zu verbauen, war es für die Bundesrepublik durchaus rational, der UdSSR die Verfolgung ihrer Interessen innerhalb gewisser Grenzen zuzugestehen, um ein friedliches und kooperatives Verhalten ihrerseits zu belohnen. Das beste Beispiel war der gegenseitige Handel wie etwa das Erdgas-Röhren-Geschäft: Für die Bundesrepublik galt das Kalkül, daß die UdSSR um so mehr durch eine Konfrontation zu verlieren hatte – und folglich ein um so geringeres Interesse an einer solchen haben würde –, je wichtiger die BRD als Wirtschaftspartner für sie war. Die USA konnten dagegen an einer wirtschaftlichen Stärkung der Sowjetunion, die jedes derartige Geschäft nun einmal mit sich brachte, nicht interessiert sein.

Aus bundesdeutscher Sicht bedeutete dies, daß in Bezug auf das Gesamtziel der Sicherheit der Bundesrepublik die Stationierung der Pershing II aufgrund ihres de facto spannungsverstärkenden Charakters nicht das theoretische Optimum an Rationalität darstellte. Dies wäre vielmehr die vollständige beiderseitige Abrüstung im Kurz- und Mittelstreckenbereich gewesen. Daß die Friedensbewegung der Regierung

vorwarf, irrational zu handeln, weil sie einer spannungsverschärfenden Politik zustimmte, war somit nicht ganz aus der Luft gegriffen; worauf die Regierung allerdings erwiderte, daß die kurzfristige Spannungsverschärfung in Kauf genommen werden müsse, um der UdSSR die Vergeblichkeit ihres aggressiven Vorgehens vor Augen zu führen und sie zu einem gegenseitigen kompletten Verzicht auf eurostrategische Nuklearwaffen zu bewegen.

Nun konnte man gegen die Rationalität der Abschreckung weiterhin einwenden, daß man eine Stellung auch durch defensive Maßnahmen sichern könne, während die Pershing II eine für den Angriff zumindest geeignete Waffe darstelle. Nicht eine Rüstung, die den Gegner mit Vernichtung bedrohe, sondern eine strikt defensive Bewaffnung und strategische Ausrichtung sei geboten, um den konditionalen Charakter der Bedrohung zu stärken, nach dem diese nur in dem Fall wirksam werde, daß der Gegner tatsächlich angreife. Carl Friedrich von Weizsäcker, der eine solche Umrüstung dringend empfahl, führte aus, eine konventionelle Rüstung müsse so gestaltet sein, daß sie überhaupt nur defensiv verwendet werden könne, dann biete sie keinen Anreiz für einen Rüstungswettlauf⁴⁷². Derartige Überlegungen klangen zunächst einmal plausibel. Sie hätten eine Möglichkeit geboten, aus dem Abschreckungsdilemma herauszukommen, in dem jede Stärkung der eigenen Abwehr eine erhöhte Bedrohung des Gegners und somit eine Verschärfung der Kriegsgefahr bewirkte, ohne dabei in die Gefahr der Wehrlosigkeit zu geraten. Tatsächlich waren sie jedoch ein untrügliches Indiz dafür, daß das Basisfaktum des Krieges im Nuklearzeitalter nicht verstanden worden war, daß darin bestand, daß es gegen Nuklearraketen *keine* technische Möglichkeit der Verteidigung gab⁴⁷³. Die von einigen Theoretikern propagierte Defensive Verteidigung beruhte auf der unrealistischen Annahme, daß der Gegner im Kriegsfall darauf verzichten würde, zu erobernde Gebiete einfach durch großräumige Flächenbombardements zu ‚pazifizieren‘. So man nicht bereit war, auf den guten Willen des Gegners zu vertrauen oder dieser erkennbar nicht vorhanden war, blieb zur Abschreckung keine Alternative. Die einzige andere Möglichkeit wäre ein undurchdringlicher Abwehrschirm eines Raketenabwehrsystems, wie das von Reagan geplante SDI es hätte sein sollen. Dieses konnte jedoch mit der Technologie

⁴⁷² Von Weizsäcker, *Möglichkeiten*, S. 23 f.

⁴⁷³ Vgl. Heuser, *Krieg*, S. 395.

der 1980er Jahre nicht realisiert werden. Selbst mit den heutigen Möglichkeiten wäre sein Erfolg sehr fraglich.

Eine Trennung zwischen offensiven und defensiven militärischen Mitteln war also prinzipiell nicht durchzuführen. Der Umfang einer eigenständigen westeuropäischen Nuklearfähigkeit mußte demzufolge genau austariert werden, um einerseits den sowjetischen Streitkräften für den Fall einer Aggression glaubhaft inakzeptable Schäden androhen zu können, aber andererseits bei der Sowjetführung nicht den Eindruck zu erwecken, hier entstünde ein nukleares Offensivpotential. Der NATO-Doppelbeschluß versuchte, diese goldene Mitte zu treffen, indem er die Zahl der zu stationierenden Systeme begrenzte und der Sowjetunion das Angebot unterbreitete, zu einer gegenseitigen Rüstungskontrollvereinbarung zu gelangen. Dadurch hätte diese die Stationierung der Pershing II gänzlich zu verhindern vermocht, vorausgesetzt, sie wäre ihrerseits bereit gewesen, auch auf die SS 20 zu verzichten und somit den Status quo ante wieder herzustellen. Die Pershing II und Cruise Missiles-Stationierung stellte für die Sowjetunion entgegen ihrer Behauptungen⁴⁷⁴ keine inakzeptable Bedrohung dar und überschritt die kriegsauslösende Schwelle nicht. Auch für einen sogenannten Enthauptungsschlag waren die neuen Waffensysteme, wie noch genauer gezeigt werden wird, entgegen den Annahmen der Friedensbewegung nicht geeignet. Bei Würdigung aller Faktoren war die Stationierung somit zwar mit Nachteilen verbunden und somit nicht optimal rational, aber unter den gegebenen Umständen relativ rationaler als jede andere Option.

e) *Das Argument für die Abrüstung: Die Rationalität der Risiken*

Von den zahlreichen Autoren, die sich gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen äußerten, bezog sich vor allem Ernst Tugendhat auf rationalitätstheoretische Überlegungen. Er eröffnete seine Ausführungen mit der Feststellung, die

⁴⁷⁴ Gerhard Wettig stellte fest, die an die Adresse der USA gerichtete Unterstellung, die strebe eine Auslöschung der UdSSR in einem auf Europa begrenzten Nuklearkrieg an, habe bereits lange vor dem NATO-Doppelbeschluß als Propagandalinie festgestanden. Vgl. Wettig, Gerhard: Die Instrumentalisierung von Bedrohungsvorstellungen und Streitkräftedaten im INF-Bereich, in: Forndran, Erhard; Krell, Gert (Hrsg.): *Kernwaffen im Ost-West-Vergleich. Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten*. (Veröffentlichungen der DGFK) Baden-Baden 1984. S. 353.

gegenseitige atomare Bedrohung gefährde das kollektive Interesse und widerspräche somit der grundlegenden Bestimmung rationaler Politik. Der Atomkrieg sei grundsätzlich „das äußerste Übel, da er das Ende der Gattung und des Lebens überhaupt“⁴⁷⁵ bedeuten könne. Folglich könne allein eine solche Politik als rational gelten, die alles unternehme, um ein Eintreten dieser Möglichkeit so unwahrscheinlich wie möglich zu machen.

Mit dieser Ausgangsposition dachte Tugendhat die Frage der Stationierung konsequent vom Standpunkt der Selbsterhaltung aus, die seit jeher unbestritten die oberste Priorität jeder politischen Rationalität bildete. Aus Sicht der Friedensbewegung verkannten die Stationierungsbefürworter aufgrund ihrer Befangenheit in den antiquierten Kategorien der konventionellen Sicherheit, wie sehr dieser unbedingt gültige Zweck bereits in Frage gestellt war. Ihr Hauptfehler bestand demnach in einer Fehleinschätzung der bestehenden Risiken, was auf ihr Versäumnis zurückging, die kopernikanische Wende des nuklearen Zeitalters geistig mitzuvollziehen. Sie dachten noch in den überkommenen Bahnen der nationalstaatlichen Machtpolitik, was ihnen den Blick auf globale Bedrohungen verstellte. Dies galt nach Meinung der Friedensbewegung auch für Politiker wie Helmut Schmidt, die eine Einhegung des Konflikts auf der Grundlage eines militärischen Gleichgewichts anstrebten, denn die historische Erfahrung zeige, daß alle Versuche, innerhalb eines vom Konkurrenzparadigma geprägten Staatensystems ein stabiles Gleichgewicht herzustellen, immer gescheitert seien. Ein Gleichgewicht verlangte nun einmal von allen Beteiligten die Akzeptanz des Status quo, womit weder die unterlegenen Mächte zufrieden sein konnten, noch diejenigen, die sich kurz vor der Erringung der absoluten Dominanz wähnten. Gerade unter den Bedingungen der ideologischen Systemkonkurrenz wirkten die dynamischen, das Gleichgewicht destabilisierenden Faktoren ungehindert fort. Solange der Ost-West-Konflikt fortbestand, konnte nie sicher ausgeschlossen werden, daß die nukleare Abschreckung versagen und ein Nuklearkrieg ausbrechen würde. Eine Friedenssicherung auf dieser Grundlage war daher unabdingbar irrational.

Selbst unter optimalen Bedingungen gelte, so Tugendhat unter Berufung auf Horst Afheldt und Carl Friedrich von Weizsäcker, daß ein in einem gegebenen Moment unwahrscheinliches Ereignis um so wahrscheinlicher werde, je mehr Zeit ver-

⁴⁷⁵ Tugendhat, *Nachdenken*, S. 23.

gehe. Daraus folge aber logisch zwingend, daß die nukleare Abschreckung früher oder später zusammenbrechen *werde*⁴⁷⁶. In diesem Zusammenhang verglich Anton-Andreas Guha die nukleare Rüstung mit der bekannten Anekdote von dem Mann, der von einem Hochhaus fällt und sich bei jedem Stockwerk, das an ihm vorbeizieht, mit den Worten beruhigt: Bis hier hin ging's gut⁴⁷⁷. Da der finale Aufschlag nun einmal unausweichlich war, konnte einzig die Position eines nuklearen Abolitionismus, also die Abschaffung aller Nuklearwaffen und das kategorische Verbot ihrer erneuten Herstellung, als rational gelten⁴⁷⁸. Angesichts des größtmöglichen Übels war jedes andere Übel, wie etwa ein Machtzuwachs der Sowjetunion, eine Ausweitung ihrer Einflußsphäre auf Westeuropa, ja selbst ihr Gesamtsieg im Kalten Krieg vergleichsweise akzeptabel, denn: „[...] weil der Atomkrieg das äußerste Übel ist, ist er auch mit allen negativen Werten unvergleichbar.“⁴⁷⁹ In dieser Bewertung lag nach Tugendhat der größte Unterschied zwischen den Stationierungsgegnern und -befürwortern. Erstere betrachteten die Verhinderung eines Nuklearkrieges als kategorisches Gebot, Letztere täten dies nicht: „Sie wollen ihn *wenn irgend möglich* vermeiden, nicht *unbedingt*.“⁴⁸⁰ Vielmehr hielten sie den Wert der Freiheit für ebenso oder sogar noch wichtiger als den des (nuklearen) Friedens. Folgte man Tugendhats Argumentation, so hatten die Stationierungsbefürworter weder das Wesen noch die Konsequenzen eines Nuklearkrieges verstanden, der eben die menschliche Geschichte an sich beenden würde, und somit unter gar keinen Umständen eine akzeptable Eventualität darstellen konnte.

Das entscheidende Sachargument der Stationierungsgegner lautete somit, daß die Pershing II-Stationierung das Risiko eines Nuklearkrieges steigern würde. Während die Abwägung und Minimierung von Risiken zwar auch in der konventionellen Sicherheitspolitik eine zentrale Rolle spielte, bildete sie bei der Friedensbewegung den alles überragenden Gesichtspunkt ihrer Rationalität⁴⁸¹. Sie konzentrierte sich zudem

⁴⁷⁶ Ebd., S. 35 f.

⁴⁷⁷ Apel, Bahr, Bahro, *Sicherheitspolitik*, S. 65.

⁴⁷⁸ Ein solcher nuklearer Abolitionismus hätte nicht notwendigerweise eine pazifistische Haltung dargestellt, da er durch eine von Garantiemächten ausgesprochene Ankündigung hätte bestärkt werden können, den Versuch einer erneuten Produktion von Nuklearwaffen als *casus belli* zu betrachten.

⁴⁷⁹ Tugendhat, *Nachdenken*, S. 23. Vgl. außerdem ebd. S. 42-44.

⁴⁸⁰ Ebd., S. 23 f.

⁴⁸¹ So nannte beispielsweise Andreas Buro die „Minderung des Vernichtungsrisikos“ als erstes Ziel alternativer Sicherheitspolitik. Buro, Andreas: *Zwischen sozial-liberalem Zerfall und konservativer Herrschaft: Zur Situation der Friedens- und Protestbewegung in dieser Zeit*. Offenbach 1982. S. 74.

ganz und gar auf das Risiko des Kriegsausbruchs, während die konventionelle Sicherheitspolitik, wie Tugendhat konstatierte, mehrere Risiken gleichzeitig zu minimieren trachtete, wobei sie seiner Ansicht nach in einen Zielkonflikt geriet. Sowohl das Risiko einer sowjetischen Expansion als auch das eines bewaffneten Konflikts gleichermaßen auszuschließen sei nicht möglich. Dabei unterschieden sich die deskriptiven Überzeugungen der Friedensbewegung von denen der Stationierungsbefürworter, wie Tugendhat weiter ausführte, in drei entscheidenden Punkten: Die Gegner der Stationierung hielten das Risiko eines Nuklearkrieges bereits aktuell für hoch, die Befürworter dagegen nicht⁴⁸². Diese hielten ihrerseits die Sowjetunion für gefährlich, was die Stationierungsgegner nicht taten. Schließlich stellten die neuen westlichen Mittelstreckenraketen nach Ansicht der Friedensbewegung eine elementare Bedrohung der Sowjetunion dar, was sie nach Meinung von Bundesregierung und NATO nicht waren.

Die Unterschiede ergaben sich somit aus gänzlich unterschiedlichen Wahrnehmungen der jeweiligen Bedrohungen. Aus Sicht der Friedensbewegung ergab sich aus der SS-20-Stationierung keine wesentliche Änderung in der durch den Ost-West-Konflikt gegebenen allgemeinen Bedrohungslage⁴⁸³. Die Sowjetunion hatte kein Land Westeuropas je angegriffen und würde dies aller Wahrscheinlichkeit nach auch in Zukunft nicht tun. Aufgrund der offenkundig nicht vorhandenen Absicht, sie einzusetzen, war das Erpressungspotential der SS-20 daher gleich Null⁴⁸⁴. So stellte beispielsweise Rudolf Bahro kategorisch fest: „Es stimmt nicht die mit dem Abschreckungsargument unterstellte Hypothese eines unprovokierten, d. h. eines ohne vorherige Aggression der NATO ausgelösten Angriffs aus dem Osten. Ohne Waffen, die uns in das wechselseitige Drohritual der Supermächte einbinden, ist die Bundesrepublik unbedroht.“⁴⁸⁵ Fast gleichlautend äußerte sich Alfred Mechttersheimer⁴⁸⁶.

⁴⁸² Tugendhat, *Nachdenken*, S. 25. Daß die Mitglieder der Friedensbewegung den Nuklearkrieg als unmittelbar bevorstehend betrachteten, wurde bereits gezeigt. Das von der Bundesregierung herausgegebene *Weißbuch 1983* stellte dagegen fest: „Der Friede in Europa ist heute nicht akut bedroht.“ Ziffer 28, S. 16.

⁴⁸³ Tugendhat, *Nachdenken*, S. 34.

⁴⁸⁴ So etwa Rudolf Augstein in ders.: Wenn Politik und Feindschaft in eins fallen. In: *Der Spiegel*, Nr. 28 (6. Juli 1981). Hier zitiert nach Bittorf, Wilhelm (Hrsg.): *Nachrüstung: Der Atomkrieg rückt näher*. Reinbek bei Hamburg 1981. S. 108. Gleichmaßen Erhard Eppler in ebd., S. 137-146.

⁴⁸⁵ Bahro, Rudolf: *Wahnsinn mit Methode: Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sowjetunion und die DKP*. Berlin 1982. S. 47.

Grundsätzlich waren die Gegner der Stationierung somit davon überzeugt, sichere Aussagen über die Absichten und die daraus folgenden zukünftigen Handlungen der Sowjetunion machen zu können. Damit verband sich das – neben ihrer Fokussierung auf die Risikominimierung – zweite Kernelement der Rationalität der Friedensbewegung: Im Gegensatz zur realistischen Schule begriff sie Konflikte nicht als Ergebnis von unveränderlich bestehenden, geopolitischen Konstellationen oder der Relation der physischen Machtmittel; also weder als Resultat einer aus den Interessen hervorgehenden *Notwendigkeit*, noch als Realisierung einer durch die Schwäche des Gegenübers entstandenen *Gelegenheit*. Statt auf die Kosten-Nutzen-Rechnung der Akteure konzentrierten sich die alternativen Sicherheitstheoretiker bei ihrer Analyse von Konfliktursachen auf ihre politischen *Beziehungen*, und verorteten sie somit primär in psychologischen Faktoren. Versuchte die konventionelle Sicherheitspolitik, Risiken durch eine Optimierung der objektiven Parameter, insbesondere der physischen Kräfteverhältnisse, zu minimieren – wobei sie sich selbstverständlich auch politischer Mittel bediente –, so glaubte die Friedensbewegung, dies am besten durch den Aufbau von gegenseitigem Vertrauen erreichen zu können. Damit votierte die konventionelle Sicherheitspolitik für den Aufbau physischer Verteidigungsmittel – d.h. militärischer Stärke –, ohne auf die gegnerische Bedrohungswahrnehmung allzuviel Rücksicht zu nehmen, während die alternative Sicherheitskonzeption die Bedrohungsempfindung des Gegenübers zu minimieren trachtete, selbst wenn dies zu Lasten der eigenen Verteidigungsfähigkeit ging.

Aus Sicht der Friedensbewegung gab es nun bedenkliche Anzeichen dafür, daß die Stationierung der NATO nicht, wie von dieser behauptet, lediglich ein verbessertes Defensivpotential zur Verfügung stellen würde. Vielmehr würden sich die neuen Waffensysteme aufgrund ihrer Konstruktionsweise nur offensiv nutzen lassen, womit sie als Mittel einer gegen die UdSSR gerichteten Zwangsdiplomatie geeignet seien, die wie bereits festgestellt für das Ziel der Friedenserhaltung eklatant kontraproduktiv sein mußte. Äußerungen verschiedener amerikanischer Politiker und Regierungsberater deuteten darauf hin, daß die Absicht bestand, die Nuklearwaffen künftig aus ihrer passiven Neutralisierungsrolle herauszulösen und sie aktiv zum Erreichen politischer

⁴⁸⁶ Mechttersheimer, Alfred: *Rüstung und Frieden: Argumente für eine neue Sicherheitspolitik*. Reinbek bei Hamburg 1984. S. 194-197. Die Vorstellung eines sowjetischen Angriffs wertete Mechttersheimer als „Fiktion“.

Ziele zu verwenden; also sozusagen eine nukleare Kanonenbootpolitik zu betreiben⁴⁸⁷. Tugendhat führte hier die von Präsident Carter ins Spiel gebrachte Möglichkeit einer horizontalen Eskalation an, d. h. einer Bedrohung der UdSSR in Europa, falls diese ihrerseits zentrale Interessen der USA in anderen Weltregionen, so vor allem dem Nahen Osten, bedrohte⁴⁸⁸. Eine derartige Strategie hätte den notorisch instabilen arabischen Raum mit Europa verbunden, was den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik diametral zuwider laufen würde, der im Gegenteil daran gelegen sein mußte, Europa von allen anderen potentiellen Krisenherden zu isolieren. Gleichzeitig, so Tugendhat weiter, gäbe es Pläne, einen Nuklearkrieg nur selektiv zu führen⁴⁸⁹, was ihn begrenzen und somit akzeptabel erscheinen lassen konnte. Schließlich sehe das Airland-Battle-Konzept der NATO einen Angriff auf tief im sowjetischen Raum gelegene Ziele vor. Dies bedeute eine objektiv erhöhte Bedrohung der UdSSR durch die NATO, die eindeutig spannungsverschärfend sei und drohe, die Sowjetunion zu einem Präventivangriff zu treiben⁴⁹⁰. Die Bedrohung ihres Kernlandes durch schnellfliegende Mittelstreckenwaffen sei für jede Macht ein inakzeptabler Zustand. Die USA hätten in der Kuba-Krise sogar eine bewaffnete Konfrontation riskiert, um die UdSSR zum Rückzug ihrer Raketen aus der Karibik zu veranlassen⁴⁹¹. Es sei zu erwarten, daß diese ihrerseits auf eine vergleichbare Drohung ebenso alarmiert reagieren werde. Damit werde Europa sehenden Auges an den Rand eines Atomkrieges geführt.

Neben diesen von Tugendhat festgestellten Unterschieden zwischen Stationierungsgegnern und -befürwortern fielen bei näherer Betrachtung noch einige weitere

⁴⁸⁷ Peter Barth nannte als Beispiel die von den Verteidigungsministern Schlesinger, Brown und Weinberger vorangetriebene Umstellung der US-amerikanischen Nukleardoktrin. Vgl. Barth, Peter: Die „Heilbronner Erklärung“ – Aufruf zur Einmischung, in: Borkenhagen, Franz H. U. (Hrsg.): *„Wehrkraftzersetzung“: Offiziere äußern sich zur Heilbronner Erklärung*. Reinbek bei Hamburg 1984. S. 99-102. Erhard Eppler sah in diesem Wunsch der USA nach einem politisch nutzbaren Druckmittel gegen die UdSSR die eigentliche Triebfeder des Doppelbeschlusses. Vgl. Eppler, *tödliche Utopie*, S. 37-41. Oskar Lafontaine stellte fest, „eine ganze Reihe von Politikern und Strategen der Reagan-Administration“ empfänden „das nukleare Patt als unerträgliche Einschränkung des politischen Handlungsspielraumes.“ Es gehe darum, „sich strategische Optionen zu erwerben, die es erlauben, dem Haupttrivalen, der Sowjetunion, wie bei der Kuba-Krise den politischen Willen aufzuzwingen.“ Lafontaine, Oskar: *Angst vor den Freunden: Die Atomwaffen-Strategie der Supermächte zerstört die Bündnisse*. Reinbek bei Hamburg 1983. S. 30.

⁴⁸⁸ Tugendhat, *Nachdenken*, S. 30.

⁴⁸⁹ Ebd., S. 29 f.

⁴⁹⁰ Bastian, Gert: Notwendige Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluß in der Darstellung der Bundesregierung, in: Mechttersheimer, Alfred (Hrsg.): *Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluß*. Reinbek bei Hamburg 1981. S. 87.

⁴⁹¹ Tugendhat, *Nachdenken*, S. 29.

auf. Zunächst nahm das Problem der Abkopplung im Bewußtsein der Friedensbewegung so gut wie keinen Raum ein. Tugendhat selbst tat es mit der Bemerkung ab, die Frage des Bestands der amerikanischen Schutzgarantie für Europa sei einzig und allein eine Frage des politischen Willens der amerikanischen Führung⁴⁹². Daß diese dabei selbst Sachzwängen ausgesetzt sein könnte, die ihre Entscheidungsfreiheit einschränkten, war für die Stationierungsgegner kein Thema, worin sich eine unterschwellige Neigung zu einem dezisionistischen Politikverständnis zeigte. Der Doppelbeschluß erschien ihr als Ausdruck der neuen, aktiv antikommunistischen US-Politik, und nicht als ein Versuch, die Interessendifferenzen zwischen USA und BRD auszugleichen. Sie beharrte außerdem darauf, nicht nur die landgestützten Systeme, sondern sämtliche in Europa stationierten Waffen der NATO in den Vergleich mit dem Warschauer Pakt mit einzubeziehen, was sowohl die amerikanischen Nuklear-U-Boote als auch alle britischen und französischen Systeme mit einschloß⁴⁹³. Zur Sicherung Westdeutschlands trugen die britischen und französischen Nuklearsysteme aber de facto nichts bei, da sie erst bei einer direkten Bedrohung ihrer jeweiligen Besitznationen zum Einsatz gekommen wären. Von den französischen Pluton-Kurzstreckenraketen, die auf westdeutsches Territorium zielten, ging im Gegenteil eher noch eine zusätzliche Bedrohung aus.

Schließlich bewertete die Friedensbewegung die bisherigen Erfahrungen mit der Sowjetunion ganz anders als die Stationierungsbefürworter. Ihrer Ansicht nach hatte die Politik der Entspannung konkrete Erfolge gebracht. Die Sowjetunion war in ihrer Perspektive ein ehrlicher Partner⁴⁹⁴. Es gab daher keinerlei Grund, aus der Entspannungslogik auszusteigen, der zufolge die Förderung des gegenseitigen Vertrauens das

⁴⁹² Tugendhat, *Nachdenken*, S. 28.

⁴⁹³ Vor allem Gert Bastian beharrte nachdrücklich auf diesem Standpunkt, so bereits in seinen *Anmerkungen*, op. cit. S. 75-85; beispielsweise auch in einem Beitrag in der Zeitschrift der IG Chemie vom 24. Juli 1981, dem er den Titel gab: „Wer SS-20 sagt, muß auch Polaris und Poseidon sagen.“ In: Bastian, Gert: *Atomtod oder Europäische Sicherheitsgemeinschaft: Reden und Schriften*. Köln 1982. S. 77-79. Vgl. außerdem den entsprechenden numerischen Kräftevergleich bei Lutz, Dieter S.: *Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa*. Reinbek bei Hamburg 1981. S. 170-182.

⁴⁹⁴ Sowohl Tugendhat als auch Bastian betrachteten wie alle Fürsprecher der Friedensbewegung die Abrüstungsanfragen der UdSSR als ernstgemeinte Vorschläge. Vgl. Tugendhat, *Nachdenken*, S. 38; Bastian, *Anmerkungen*, S. 89-92. Eckart Conze merkte dazu an, das Bestreben der Rüstungsgegner, die Entspannungspolitik aufrecht zu erhalten, sei schließlich zum Selbstzweck geworden, vgl. Conze, Eckart: *Die Suche nach Sicherheit: Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*. München 2009. S. 536 sowie 539. Diese glaubten der UdSSR auch den von ihr erklärten Verzicht auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen, womit sie allerdings einer Lüge aufsaßen. Die Militärdoktrin der UdSSR sah während des gesamten Kalten Krieges einen massiven Ersteinsatz von Nuklearwaffen vor.

geeignete Mittel zum Erreichen der vernünftigen politischen Ziele war. Im Hintergrund dieser Einschätzung stand das pazifistische Denkmuster, nach dem es grundsätzlich verfehlt war, dem Gegenüber eine böse Absicht zu unterstellen, was die Verdammung jeder in diese Richtung zielenden Äußerung als Kriegshetze und antikommunistischer Propaganda nach sich zog. Somit gingen die Befürworter einer Abrüstung von der deskriptiven Überzeugung aus, daß es der Sowjetunion lediglich um ihre eigene Sicherheit zu tun sei und sie keinerlei aggressive Absichten hege.

Auf der anderen Seite hatte man in der Vergangenheit bei der amerikanischen politischen Rechten, der auch der neue Präsident entstammte, bereits mehrfach eine völlig irrationale Kommunistenfurcht feststellen müssen. Die sogenannte Bomberlücke hatte sich ebenso als reine Einbildung erwiesen wie die angebliche technologische Überlegenheit der Sowjets beim Sputnik-Schock, die Domino-Theorie war genauso ein Phantom gewesen wie die von Joseph McCarthy halluzinierte kommunistische Unterwanderung der USA. De facto hatte es sich bei Letzterer während des gesamten Kalten Krieges um die überlegene Supermacht gehandelt. Angesichts dieses Hintergrunds wirkte die Entdeckung einer neuen Lücke in der westlichen Rüstung nicht eben überzeugend. Die USA hatten bereits zu oft „Feuer!“ geschrien, ohne daß es wirklich gebrannt hatte.

Die Friedensbewegung rekurrierte mit ihren Argumenten zur Destabilisierung auf den grundsätzlichen Umstand, daß für die Stabilität der nuklearen Situation die Zweitschlagsfähigkeit beider Seiten entscheidend war. Diese konnte entweder dadurch verlorengehen, daß der Gegner die Fähigkeit erlangte, einen vernichtenden Erstschlag zu führen, oder aber durch den Aufbau eines Verteidigungssystems, das sein Land gegen Nuklearangriffe immunisierte. Daraus folgte zwingend, daß die Entwicklung einer dieser beiden Fähigkeiten von der jeweils anderen Partei um jeden Preis verhindert werden mußte – notfalls durch die ultima ratio eines nuklearen Präventivangriffs. Somit konnten beide Seiten den Krieg nicht nur dadurch auslösen, daß sie zu schwach, sondern auch dadurch, daß sie zu stark wurden⁴⁹⁵. Reinhard Wolf stellte dazu fest: „Ganz im Gegensatz zur traditionellen militärischen Denkweise verlangt das Konzept der strategischen Stabilität mithin den Verzicht auf die Ent-

⁴⁹⁵ Diese Ansicht vertritt beispielsweise auch Helmut Schmidt. Vgl. hierzu sein Interview mit der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* (7. Juli 1981). Zitiert nach: Joffe, Josef (Hrsg.): *Friede ohne Waffen? Der Streit um die Nachrüstung*. München 1981. S. 203.

wicklung von Streitkräften, die es erlauben würden, diejenigen des Gegners [zu] eliminieren, und damit den Schaden für die eigene Seite zu begrenzen.“⁴⁹⁶ Aufgrund des Primats des Gleichgewichts verbot sich sowohl ein Streben nach Überlegenheit als jegliche Bemühung, die eigene Verwundbarkeit aufzuheben⁴⁹⁷. Dieser Sachverhalt wurde von der Reagan-Administration aber nie akzeptiert⁴⁹⁸.

Die von der Pershing II-Stationierung ausgehende Bedrohung bestand somit darin, daß, wie Horst Afheldt ausführte, die UdSSR aufgrund ihrer subjektiven Situationswahrnehmung zu dem Ergebnis gelangen konnte, daß sie bei Fortsetzung der gegenwärtigen Entwicklung den Kalten Krieg verlieren würde⁴⁹⁹. Die Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen bedrohte elementare Interessen der UdSSR. Damit bestand die reale Gefahr eines sowjetischen Präventivangriffes. Roland Vogt stellte daher fest: „Unsere Situation erinnert auf paradoxe Weise an die Zeit vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges.“⁵⁰⁰ Es drohte eine Situation zu entstehen, in der eine der Großmächte den Krieg begann, weil sie fürchtete, ihn zu einem späteren Zeitpunkt unter für sie weit ungünstigeren Bedingungen ausfechten zu müssen. Einen Gegner, der nach wie vor über die Mittel verfügte, seinen Angreifern tödliche Wunden zu schlagen, derart in die Enge zu treiben, daß man ihn zu einer Flucht nach vorn zwang, war ein höchst irrationales Vorgehen. Ernst Tugendhat gelangte daher zu dem Ergebnis, die Akzeptanz der Bedrohung Westdeutschlands durch die SS-20 sei rationaler als die potenzierte Bedrohung der UdSSR durch die Pershing II⁵⁰¹.

⁴⁹⁶ Wolf, Reinhard: *Abschreckungstheorie und strategische Rüstungspolitik. Die Dislozierung der amerikanischen Interkontinental-Raketen in der Reagan-Administration*. (Nomos Universitätschriften Politik, Bd. 28) Baden-Baden 1992. S. 12.

⁴⁹⁷ So auch die titelgebende Kernthese von Erhard Eppers Buch *Die tödliche Utopie der Sicherheit*.

⁴⁹⁸ Das *Weißbuch 1983* erklärte: „Das westliche Verteidigungsbündnis hat nie militärische Überlegenheit angestrebt und wird dies auch in Zukunft nicht tun.“ Ziffer 13, S. 7. Dies stand im völligen Gegensatz zu Äußerungen Ronald Reagans, der beispielsweise im Präsidentschaftswahlkampf 1976 gesagt hatte: „Peace does not come from weakness or from retreat. It comes from the restoration of American military superiority.“ (Zit. nach Hanhimäki, Jussi; Westad, Odd Arne: *The Cold War: A History in Documents and Eyewitness Accounts*. Oxford 2003. S. 534.) Für die Gefahren einer zu aggressiven Politik gegenüber der Sowjetunion gab es dementsprechend in Reagans Denken keinen Raum. Nach seiner Auffassung führte nur Schwäche, niemals aber Stärke zum Krieg. Siehe hierzu auch Tuschhoff, Christian: *Einstellung und Entscheidung: Perzeptionen im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß der Reagan-Administration, 1981-1984*. (Nomos Universitätschriften: Politik; Bd. 2) Baden-Baden 1990. S. 60-62.

⁴⁹⁹ Afheldt, *Atomkrieg*, S. 36-45.

⁵⁰⁰ Vogt, Roland: Strategie der Friedensbewegung. In: Pestalozzi, Hans A., Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, wie sie werden kann*. München 1982. S. 182.

⁵⁰¹ Tugendhat, *Nachdenken*, S. 33.

Daneben verlangte die Zweitschlagsfähigkeit auch nach einer gewissen Zeitspanne, um auf den gegnerischen Angriff reagieren bzw. Meldungen über einen solchen überprüfen zu können. Die durch Mittelstreckenwaffen gegenüber den Interkontinentalraketen und nun gerade durch so schnell fliegende Systeme wie die Pershing II auf ca. sechs Minuten verkürzte Reaktionszeit mußte dem Gegner diese Möglichkeit nehmen. Sie würde im Ergebnis dessen Bereitschaft, auf einen nuklearen Alarm hin sofort mit dem Start seiner Raketen zu reagieren, festigen, und so das Risiko eines Nuklearkrieges aus Versehen exponentiell steigern.

Neben der Gefahr der Destabilisierung wurden noch andere Einwände vorgebracht. Selbst wenn alle Gründe für die Stationierung neuer Nuklearwaffen stichhaltig wären, sei deren Dislozierung in einem dichtbesiedelten Land wie der Bundesrepublik irrational, da diese selbstverständlich für den Gegner immer Primärziele darstellten. Die Friedensbewegung zitierte hier mit Vorliebe Helmut Schmidt, der sinngemäß gesagt hatte, Nuklearwaffen gehörten auf See oder in menschenleere Wüstenregionen. Außerdem wurde argumentiert, die Herstellung eines nuklearen Gleichgewichts sei schon an sich unnötig, da man zur Abschreckung der Gegenseite nur inakzeptable Schäden androhen müsse⁵⁰². Man benötige also nur so viele Nuklearwaffen, wie gebraucht würden, um die größeren Städte des Feindes zu vernichten, wozu nach Ernst Tugendhat bereits ein einziges amerikanisches Poseidon-U-Boot genüge⁵⁰³. Damit sei ein ausreichendes Abschreckungspotential erreicht.

Schließlich kritisierten die Stationierungsgegner, daß selbst falls die Dislozierung der SS-20 durch die UdSSR eine Aufrüstung von sowjetischer Seite darstelle, es keine rationale Reaktion sei, darauf durch eine Aufrüstung von westlicher Seite zu antworten. Vielmehr zeige sich in einem solchen Schritt ein Automatismus, der deutlich mache, wie sehr die etablierte Politik in eingefahrenen Denkmustern befangen sei, die sie nicht mehr auf ihre Situationsangemessenheit hin prüfe. Tugendhat argumentierte, selbst wenn durch die SS-20 das europäische Gleichgewicht destabilisiert werde, so bedeute eine Reaktion mit mehr NATO-Raketen, Destabilisierung mit mehr Destabilisierung zu beantworten, während doch nur der entgegengesetzte Kurs ra-

⁵⁰² Tugendhat, *Nachdenken*, S. 28.

⁵⁰³ Ebd.

tional sein könne⁵⁰⁴. Günter Grass schrieb in seinem offenen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, den sowjetische Sicherheitswahn, der zur Stationierung der SS-20 geführt habe, mit der Stationierung von westlichen Raketen zu beantworten, heiÙe, den Wahnsinn zu verdoppeln, schmälere die ohnehin dürftige Sicherheit, werde weiteres Wettrüsten auslösen und beweiÙe vor allem ein Verhalten, das reflexhaft auf selbstentworfenen Feindbilder reagiere, weshalb er, Grass, ein solches Verhalten infantil nenne⁵⁰⁵. Horst-Eberhard Richter bezeichnete die in Ost und West gleichermaßen vorhandenen Feindbilder, als „planmäßig induzierten bipolaren Verfolgungswahn“⁵⁰⁶. Die Wahrnehmung beider Seiten, wonach sie von der jeweils anderen bedroht werde, sei nichts weiter als Einbildung. Dabei argumentierte die Friedensbewegung, der Versuch, Sicherheit durch Rüstung zu gewährleisten, habe in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Fälle statt zum Frieden zum Krieg geführt⁵⁰⁷. Die von der NATO getroffenen Maßnahmen stünden also in eindeutigen Widerspruch zu den historischen Erfahrungen. Angesichts dieser offenkundigen Irrationalität der nuklearen Situation nannte Walter Jens schließlich die militärische Mentalität „die gefährlichste Geisteskrankheit unserer Zeit“⁵⁰⁸ und diagnostizierte eine allgemeine Pathologie der Gesellschaft, bestehend in einer „durchs Freund-Feind-Dogma geschürten Massenpsychose“⁵⁰⁹.

⁵⁰⁴ Ebd., S. 31. Dieter S. Lutz kam in seiner Analyse der nuklearen Zweitschlagsfähigkeit der NATO zu dem Ergebnis, selbst ohne die neuen Mittelstreckenwaffen verfüge die NATO auch nach einem theoretischen Erstschlag der Sowjetunion noch über ein nukleares Potential, das es ihr erlaube, der UdSSR inakzeptable Schäden zuzufügen. Vgl. Lutz, *Weltkrieg*, S. 209-215. Gert Bastian stimmte dem in einem Interview mit der Zeitschrift *Konkret* vom November 1980 ausdrücklich zu. Vgl. Bastian, *Atomtod*, S. 27.

⁵⁰⁵ Grass, Günter: An die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. In: Wagenbach, Klaus; Stephan, Winfried; Krüger, Michael; Schüssler, Susanne (Hrsg.): *Vaterland, Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*. Berlin 1994. S. 327 f.

⁵⁰⁶ Richter, Horst-Eberhard: Allmächts- und Verfolgungswahn: Zur Psychologie des Rüstungswettlaufs. In: Behrens, Katja (Hrsg.): *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984. S. 91.

⁵⁰⁷ So hieß es beispielsweise in der Zeitschrift des Grünen-Landesverbandes Hessen: „Das System der gegenseitigen atomaren Abschreckung hat den Frieden nicht sicherer gemacht, sondern die Kriegsgefahr erhöht. Krieg als Mittel der Vernichtung eines angeblichen Feindes wird wieder laut gedacht und die Geschichte zeigt: Alle Versuche, Frieden durch Aufrüstung zu erreichen, endeten im Krieg.“ Friedensprogramm der Grünen, Landesverband Hessen, in: *Grüne Hessenzeitung*, Nr. 5 (Juni/Juli 1982). S. 14. ASBB 4.5.5, Mappe 1982 II.

⁵⁰⁸ Jens, Walter: Hippokrates und Holocaust: Von der Verantwortung der Wissenschaft in finsternerer Zeit. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985. S. 119.

⁵⁰⁹ Ebd., S. 120.

f) *Alpträume der Vernunft: Die Kritik der inhumanen Rationalität*

Die Kritik der Friedensbewegung an der Stationierung verband sich schließlich vielfach mit einer allgemeinen Vernunftkritik. Bereits bei Günther Anders hatte sie einen wesentlichen Anteil an seiner Analyse des nuklearen Zeitalters gehabt. Seine Ablehnung der konventionellen Vernunft gründete dabei auf der Diagnose einer durch die Ausweitung technischer Möglichkeiten überforderten Episteme. Kleinste Ursachen, wie das Drücken des berühmten ‚roten Knopfes‘, konnten größte Auswirkungen bis hin zur Vernichtung der Menschheit haben, jede Handlung mithin eine unabsehbare Kaskade von Folgen nach sich ziehen, deren Verästelungen der menschlichen Erkenntnis unzugänglich waren. Mit diesem Eintritt in den Zustand einer prinzipiellen Unvorhersehbarkeit von Handlungsfolgen entfiel die bisher gegebene Grundlage rationaler Entscheidungsfindung; und zwar um so mehr, als die irreversiblen Folgen in der Zukunft lagen, es eine Empirie des Zukünftigen aber nun einmal nicht gab. Daher, so Anders, gelte nun die Maxime:

Sinnlichkeit entstellt Sinn. Phantasie ist realistisch. Da unser Lebenshorizont (der Horizont, innerhalb dessen wir treffen und getroffen werden können) und der Horizont unserer Effekte grenzenlos geworden ist, sind wir, auch wenn dieser Versuch der „natürlichen Borniertheit“ unserer Vorstellungskraft widerspricht, dazu verpflichtet, diesen unbegrenzten Horizont vorzustellen. Obwohl selbst von Natur aus unzulänglich, kommt, wenn überhaupt etwas, als *Organ der Wahrheit allein die Vorstellung* in Betracht. Jedenfalls schaltet die Wahrnehmung aus. Diese ist „falsche Zeugin“, und zwar ungleich falscher, als es die griechische Philosophie warnend gemeint hatte. Denn Sinnlichkeit ist grundsätzlich kurzichtig und beschränkt, ihr Horizont „sinnlos“ eng. Nicht das Land der Phantasie ist das Emigrationsziel des Eskapisten von heute, sondern das Land der Wahrnehmung.⁵¹⁰

Anders' Argumentation verfuhr damit auf der Grundlage einer Analyse der funktionalen Gegebenheiten epistemischer Prozesse. Worum es ihm ging, war die Aufdeckung der Grenzen menschlicher Wahrnehmungsfähigkeit und ihre Kontrastierung mit den diese weit übersteigenden Handlungspotenzen. Wie eingangs dieses Kapitels ausgeführt, bedeutete rational zu entscheiden, eine Auswahl unter verschiedenen Handlungsmöglichkeiten auf der Grundlage der für jede von ihnen prognostizierten Zukunft zu treffen. In einer überkomplexen Umwelt mußte die Fähigkeit zur Zu-

⁵¹⁰ Anders, *atomare Drohung*, S. 97.

kunftsprognose zwangsläufig verlorengelassen. Bildlich gesprochen reichte der Arm des Menschen in der technischen Moderne immer weiter, als sein Auge sehen konnte. Der Anspruch der Politik, den Gang der Entwicklungen steuern und insbesondere einen Nuklearkrieg verhindern zu können, wurde somit zur Fiktion.

Vor allem diejenigen Theoretiker, welche in der Tradition der Kritischen Theorie standen, vertraten einen gänzlich andersgearteten Ansatz, der normative Aspekte in den Vordergrund stellte. Sie betrachteten in Anlehnung an Horkheimer und Adorno die aus der europäischen Aufklärung hervorgegangene Vernunft insgesamt als fehlerhaft und daher als Bedrohung⁵¹¹. Insbesondere warfen sie ihr vor, sie setze die Natur „zum bloßen Material der Naturbeherrschung“⁵¹² herab. Die Rationalität der nuklearen Abschreckung galt der Friedensbewegung dabei als Derivat dieser maßgeblich von Descartes und Bacon begründeten Vernunft. Ihr wurde die Legitimität als oberstes Ordnungsprinzip abgesprochen und hierfür andere Kandidaten ins Spiel gebracht, wobei es nahe lag, die Natur selbst zu wählen, wie etwa Günter Grass es tat⁵¹³. Von ihren radikalsten Vertretern einmal abgesehen, wollte allerdings auch die Vernunftkritik nicht darauf verzichten, sich auf die Vernunft zu berufen, was sie dazu führte, wahre und scheinbare Vernunft gegeneinander zu stellen. So schrieb Rudolf Bahro, die auf grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen abzielenden Kräfte der Alternativbewegungen könnten, obwohl ihnen „eine bestimmte Art von Aufklärung und Wissenschaft verdächtig geworden sei“, ihre auf radikale Umkehr abzielende Intervention in einer Weise gestalten, „die das Erbe der Vernunft keineswegs verwirft“⁵¹⁴. Wahre ‚Vernunft‘ zeichnete sich in dieser für die Friedensbewegung prägenden Perspektive dadurch aus, daß sie durch als unbedingt gültig verstandene normative Vorgaben geleitet und legitimiert wurde.

Hier ergab sich nun zumindest eine Querverbindung zu Günther Anders. Wie bereits ausgeführt, fungierten wertrationale, d. h. moralische Grundsätze für die an Nutzen und Kosten orientierte Zweckrationalität als Grenzünterbrecher. Die Rationalitätskritik stellte nun fest, daß sich im Zuge der Moderne in den einzelnen gesell-

⁵¹¹ Zur Vernunftkritik Horkheimers und Adornos vgl. Welsch, Wolfgang: *Vernunft: Die zeitgenössische Vernunftkritik und das Konzept der transversalen Vernunft*. Frankfurt a. M. 1995. S. 74-98.

⁵¹² Schnädelbach, Herbert: *Vernunft*. (Grundwissen Philosophie) Stuttgart 2007. S. 72 f.

⁵¹³ Grass, Günter: Der Traum der Vernunft. In: Akademie der Künste Berlin (Hrsg.): *Der Traum der Vernunft: Vom Elend der Aufklärung*, Erste Folge. Darmstadt und Neuwied 1985. S. 12.

⁵¹⁴ Bahro, Rudolf: *Wahnsinn mit Methode: Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sonjunion und die DKP*. Berlin 1982. S. 36.

schaftlichen Bereichen zunehmend segmentierte Spezialrationalitäten ausgebildet hatten, vor allem die nach der Logik des Gewinns operierende Rationalität des kapitalistischen Marktes und die durch Überlegenheit und Unterlegenheit strukturierte Rationalität militärischer Sicherheit. Diesen Spezialrationalitäten wohnte eine Tendenz zur Verselbständigung inne, ein Drang danach, neben sich keine andere Form von Rationalität gelten zu lassen, vielmehr die eigene Logik auf immer weiter gezogene Kreise auszuweiten und diese somit zu kolonisieren⁵¹⁵. Indem sie sich weigerten, die Zwecke anderer Rationalitäten auch nur in Betracht zu ziehen, verabsolutierten sie ihre eigenen höchsten Zwecke von optimalem Profit bzw. optimaler militärischer Stärke, die sich damit zu unhinterfragbaren Endzwecken entwickelten. So entstand der von Anders konstatierte Zustand, in dem Betriebsblindheit zum zentralen Merkmal der Moderne wurde. Sowohl die Rationalität des Marktes als auch die der Sicherheit neigten insbesondere dazu, die ihnen fremden moralischen, also wertrationalen, Grenzziehungen abzuschütteln, die sie – von ihrem Standpunkt aus berechtigterweise – als irrational empfanden. Der Drang der Teilrationalitäten nach Selbstbehauptung kam insofern einer Befreiung von den Fesseln der Moral gleich. Das bisher Undenkbare, weil zu denken Verbotene, denkbar zu machen, lautete beispielsweise das Programm Herman Kahns, der das Nachdenken über den Nuklearkrieg als eines tatsächlich zu führenden Krieges von seinen Beschränkungen befreite. Ein ganz wesentlicher Teil der Rationalitätskritik richtete sich gegen diese sich verselbständigenden Teilrationalitäten und ihre imperialistischen Tendenzen. In umgekehrter Richtung erfolgte allerdings auch eine Gegenkritik, die davor warnte, ausschließlich wertrationale Zielsetzungen gelten zu lassen, da sonst die Eigenrationalitäten von Wirtschaft, Sicherheit etc. erstickt würden. Während beispielsweise Theoretiker wie Erhard Eppler nachdrücklich darauf bestanden, die Wirtschaft ganz und gar der Rationalität des demokratischen politischen Prozesses zu unterwerfen, wandten Unternehmer und Ökonomen ein, dies laufe auf die völlige Zerstörung der Eigenrationalität der Wirtschaft und somit das Ende ihrer Funktionsfähigkeit hinaus.

Die alternativen Politikentwürfe waren nun von Anfang an von den Vertretern des Establishments mit den Abwehrvokabeln der Unvernunft und Irrationalität be-

⁵¹⁵ Dieser Gedanke wurde u. a. von Stanislaw Lem aufgegriffen, der in seiner Erzählung *Memoiren, gefunden in der Badewanne* die Speziallogik der Geheimdienste bis ins Extrem weiterdachte und gerade dadurch ad absurdum führte.

legt worden. Auch aus der strategischen Notwendigkeit heraus, sich gegen diese Vorwürfe zu verteidigen, übten die alternativen Theoretiker eine Kritik des allgemein vorherrschenden Vernunftbegriffes. Er sollte als lediglich scheinbarer entlarvt werden, als Verschleierung von Herrschaftsinteressen unter Verwendung eines jeden Widerspruch diskreditierenden geistigen Konformismus. Besonders der Antikommunismus diene nach Ansicht der Friedensbewegung einzig und allein dazu, die Gesellschaft entsprechend den Wünschen der Obrigkeit zu disziplinieren und in ihrem Verhalten zu konditionieren⁵¹⁶. In Abwandlung eines Slogans von 1968 betrachtete die Alternativbewegung die herrschende Rationalität daher als die Rationalität der Herrschenden. Deren in alternativer Perspektive tatsächlich irrationale Natur führte Wolf-Dieter Narr zu dem Schluß: „Das allein bewährt Verstand, wenn man den herrschenden Verstand aufgibt und einer wahrhaft humanen Rationalität folgt.“⁵¹⁷ Indem Rationalität nach Narrs Ansicht mithin eine entweder humane oder inhumane Qualität zu eigen sein konnte, ordnete er der ‚Vernunft‘ die Humanität als leitende Instanz über, worin sich ein grundsätzlich normativ geprägter Vernunftbegriff zeigte. Nicht nur Erfolg oder Mißerfolg durfte das Kriterium von Rationalität sein, sie mußte stets vielmehr durch einen Bezug auf übergeordnete Normen qualifiziert werden. Der Rationalismusstreit war daher eine Instanz des Wertekonflikts zwischen alternativer und konventioneller Politik, der mit Weber als Doppelkonflikt um Werte *und* Zwecke verstanden werden muß. In der Kritik der technischen Moderne wurde der Rationalität des Kapitalismus vorgeworfen, sie hätte die Zwecke von ökonomischem Erfolg und technischem Fortschritt in den Rang von Selbstzwecken erhoben, welche nun den Platz okkupierten, der eigentlich dem Glück und der Lebensqualität zustünde.

Zentrales Merkmal des in der Friedensbewegung vorherrschenden Vernunftbegriffes war damit die kategorische Gleichsetzung von Vernunft und Humanität. Nur unter dieser Voraussetzung könne sinnvollerweise von Vernunft überhaupt die Rede

⁵¹⁶ So erklärte Dieter Senghaas in Bezug auf Zivilschutzprogramme, sie „dürften [...] einen Konformismus erzwingen, ohne den das ganze ‚Schutzsystem‘ sinnlos wäre.“ Senghaas, Dieter: *Abschreckung und Frieden: Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*. Frankfurt a. M. 1972. S. 165. Das „ständige Pulsieren von Angst und Drohung im Innern, von Gewaltsamkeit in der äußeren Politik“ ergebe „ein geeignetes modernes Herrschaftsinstrumentarium wie es keine Machtelite früher zur Hand hatte“. Ebd., S. 168.

⁵¹⁷ Narr, Wolf-Dieter: Gewaltfreier Widerstand um der Demokratie und des Friedens willen. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V. (Hrsg.): *Demonstrationsrecht und gewaltfreier Widerstand: Argumente zur aktuellen Diskussion*. Sensbachtal 1983 (Selbstverlag). S. 20.

sein. Bei konsequenter Anwendung dieser Norm mußte der Mensch allerdings als ein Mängelwesen ganz besonderer Art erscheinen, wie Uta Ranke-Heinemann feststellte: Nämlich als eine Spezies, die den selbstverliehenen Titel des Homo sapiens sapiens auch nicht im Ansatz verdiene⁵¹⁸. Weise zu sein, das habe der Mensch sich qua seiner Namensgebung selbst als Ziel und Aufgabe gesetzt, die er nun allerdings gründlichst verfehlt habe. Der Mensch sei in die Irre gegangen, sein Menschsein, seine Menschlichkeit seien ihm nicht gelungen. Wie schon Christa Wolf stellte Uta Ranke-Heinemann fest, der Mensch sei krank, vermutlich todkrank. Mit dem Maßstab einer ge- oder mißlungen Selbstverwirklichung des Menschen stellte Ranke-Heinemann die Menschheit in den Rahmen einer idealistischen Teleologie, nach der es Aufgabe des Menschen war, die Idee des Menschlichen in sich zu verwirklichen.

Das bereits bei Ernst Bloch formulierte Programm einer Fassung von Vernunft, welche Utopien als integralen Teil ihrer selbst in sich einschloß, versuchte Günter Grass während seiner Tätigkeit als Präsident der Berliner Akademie der Künste voranzutreiben. Er warf der technischen Moderne vor, sie habe den Begriff der Vernunft zu dem einer bloßen instrumentellen, pragmatischen Rationalität verkümmern lassen. Der Aufklärung als dem historischen Projekt der Vernunft schrieb Grass einen utopischen Sinngehalt zu. Er erklärte, es sei die Aufgabe der aufklärenden Vernunft gewesen, „ein neues, verbessertes, [...] vom Aberglauben befreites und zwangsläufig gesundes Menschengeschlecht“ hervorzubringen, welches „dem ewigen Frieden und der allumfassenden Gerechtigkeit nahe“⁵¹⁹ wäre. Darin hätte die Vernunft versagt, sie hätte den neuen Menschen nur halbwegs demokratisch, nur bei Sonntagslaune tolerant, nur etwas sozialer beim Aufteilen des Raubbaus und statt klüger nur schlauer gemacht⁵²⁰. In Anbetracht dieses Befundes bleibe bezüglich der Aufklärung nur noch die Frage, ob wirklich nicht mehr drin gewesen sei.

Mit diesen Äußerungen, die „ewigen Frieden“ und „allumfassende Gerechtigkeit“ zum Maßstab machten, implizierte Grass, daß allein ein von allen Unzulänglichkeiten bereinigter, optimaler Weltzustand es verdiene, vernünftig genannt zu werden. Die Vernunft verwirklichte sich somit erst in der Utopie, in der dann – wie bereits bei

⁵¹⁸ Ranke-Heinemann, Uta: Christliche Krankenpflege und christliche Kriegsführung. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985. S. 133.

⁵¹⁹ Ebd., S. 11.

⁵²⁰ Ebd.

Ranke-Heinemann, Marcuse und Fromm – auch der Mensch zu dem wurde, was zu sein ihm vorbestimmt war. Damit bildeten Mensch, Vernunft und Utopie im Denken der Alternativen eine unauflösliche begriffliche Triade, in der keiner der drei Begriffe ohne die beiden anderen zu denken war. Schließlich zeigte sich an den Grass'schen Unkenrufen, wie sehr die Krise der Rationalität in der ideologischen Konfrontation im Kalten Krieg mit einer allgemeinen Krise der Vernunft einherging. Da die Rationalität der technischen Moderne den Nuklearkrieg herbeizuführen drohte, war die Versuchung groß, die Vernunft als Leitinstanz gleich ganz abzusetzen. Anderes hatte an ihre Stelle zu treten, so für Grass etwa die Natur, von der er sagte, er wolle, daß die Vernunft endlich ihr Untertan werde⁵²¹.

Auch andere Intellektuelle stimmten in die Grass'sche Vernunftschelte ein. Wolf Lepenies etwa warnte unter Verweis auf Georg Forster vor der „Herrschaft einer kalten Vernunft ohne Gefühl“⁵²², der er die Utopie eines „ursprüngliche[n] anthropologische[n] Gleichgewicht[s] von Vernunft, Gefühl und Phantasie“⁵²³ entgegenstellte, das „im Laufe der Menschheitsentwicklung verlorengegangen“⁵²⁴ sei. Walter Jens referierte in seinem *Appell in letzter Stunde* eine Darlegung des damaligen US-Verteidigungsministers Schlesinger aus dem Jahre 1974 vor dem US-Senat. Schlesinger habe, so Jens, erklärt, im Falle eines begrenzten nuklearen Schlagabtausches zwischen den USA und der Sowjetunion sei es seiner Meinung nach möglich, durch eine fortgesetzte Kommunikation zwischen beiden Seiten eine weitere Eskalation zu vermeiden und weiter Vernunft zu bewahren. Jens' Kommentar:

Weiter bewahren, wohlgemerkt: was doch wohl heißen soll, daß ein begrenzter Schlag (oder Schlagabtausch) durchaus vernünftig ist – und dieser Glaube an „Vernunft“ im Wahnsinn und an Rationalität an der Eingangspforte zur Hölle, eine Art von Kalkül und Logik, wie sie diesseits der Gaskammern an der Rampe von Auschwitz bestand (ein Mord-Kalkül und eine Logik des Zynismus) ... dieser Glaube an die Begrenzbarkeit atomarer Konflikte ist es, der die Kriegsgefahr ins Ungemessene hat anwachsen lassen [...].⁵²⁵

⁵²¹ Ebd., S. 10.

⁵²² Lepenies, Wolf: Kalte Vernunft und Gefühlkultur. Sozialwissenschaften, Literatur und das Ende der Aufklärung. In: Akademie der Künste Berlin (Hrsg.): *Der Traum der Vernunft: Vom Elend der Aufklärung*. Darmstadt und Neuwied 1985. Bd. 1. S. 52.

⁵²³ Ebd.

⁵²⁴ Ebd.

⁵²⁵ Jens, Walter: *Appell in letzter Stunde*. In: Ders. (Hrsg.): *In letzter Stunde: Aufruf zum Frieden*. München 1982. S. 15 f.

Für Jens war die Rationalität der aus der Aufklärung erwachsenen wissenschaftlich-technischen Zivilisation durch den Umstand, daß sie der Inhumanität der Shoah wie auch des Nuklearkrieges sowohl ihre organisatorischen Grundlagen als auch ihre technischen Mittel zur Verfügung stellte, an und für sich diskreditiert. Eine Vernunft, welche es ablehnte, moralische Gesichtspunkte als Orientierungspunkte zu akzeptieren, war nichts anderes als Wahnsinn mit Methode. In seinem gleichnamigen Buch attackierte Rudolf Bahro die grundsätzliche Verfahrensweise der Naturwissenschaft, welche die Natur als lediglich quantitativ meßbares Material betrachte⁵²⁶, womit er wiederum in direkter Tradition zu Horkheimer und Adorno stand⁵²⁷. Franz Alt kritisierte schließlich, die Aufklärung habe die Vernunft vergötzt⁵²⁸. Die atomare Sackgasse sei eine Sackgasse unserer Vernunft, die sich von Verantwortung, Emotion, Religion und Intuition abgespalten habe. Die Menschen lebten nicht mehr ganzheitlich menschlich, sondern einseitig vernünftig. Das Ergebnis sei, daß die Menschheit am Abgrund stünde.

Im Streit um die Stationierung monierte Günter Grass, daß sowohl „die Befürworter der nuklearen Hochrüstung und deren Gegner allesamt die Sprache der Vernunft“ sprächen, so daß jeder jeden verstehe, „bis er ihn, vernünftigerweise und streng logisch gedacht, durch Erstschatz ausrotten“ würde⁵²⁹. Wie Tugendhat empfand Grass den fast schon sprichwörtlichen ‚Dialog der Taubstummen‘ zwischen den beiden Seiten als durchaus negativ. Anders als jener lastete Grass dies jedoch nicht einem Auseinanderfallen der Sprache, sondern einem Versagen der Vernunft an. Wenn das Pro und das Contra einer Frage wie der Pershing II-Stationierung gleichermaßen Vernunft für sich in Anspruch nehmen konnten, dann war dieser offenbar nicht mehr zu trauen. Wie Christa Wolf unterstellte er außerdem ihrer spezifischen modernen Ausprägung, daß sie früher oder später unausweichlich in den Nuklearkrieg führen werde. Die Zukunft sei „in weiten Teilen von Zerstörungsprozessen besetzt, die allesamt vernunftbestimmt“⁵³⁰ seien. Was aber selbstzerstörerische Konsequenzen zeitigte, konnte nicht mit Recht Vernunft heißen.

⁵²⁶ Bahro, Rudolf: *Wahnsinn mit Methode: Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sowjetunion und die DKP*. Berlin 1982. S. 23.

⁵²⁷ Vgl. Welsch, *Vernunft*, S. 78 f.

⁵²⁸ Alt, Franz: *Frieden ist möglich: Die Politik der Bergpredigt*. 15. Aufl. München 1983. S. 46.

⁵²⁹ Grass, Günter: *Der Traum der Vernunft*. In: Akademie der Künste Berlin (Hrsg.): *Der Traum der Vernunft: Vom Elend der Aufklärung*. (Bd. 1) Darmstadt und Neuwied 1985. S. 11.

⁵³⁰ Ebd., S. 10.

Statt dieser inhaltlichen Beliebigkeit und der Indifferenz gegenüber den von ihr ermöglichten Effekten müsse von der Vernunft verlangt werden können, Auskunft über sich selbst zu geben, und zwar in einer Weise, aus der sich dann auch zweifelsfrei ableiten lasse, was hinsichtlich des besagten Pro und Contra konkret vernünftig sei. Grass pochte also nachdrücklich auf eine einheitliche und engagierte Vernunft. Er stellte damit an sie den Anspruch, daß sie in jedem Fall, selbst bei schwerwiegendsten normativen Differenzen, einen absoluten Maßstab der Entscheidung zur Verfügung zu stellen habe. Die im Streit um die Stationierung vorliegende Situation, daß beide Seiten gleichermaßen vernünftig erschienen, sei eine „beklemmende, Freund und Feind nivellierende Beobachtung“⁵³¹. In die gleiche Richtung zielte Grass’ oft geführte Klage über das „Diktat der Ausgewogenheit“⁵³², das sich seiner Meinung nach wie Mehltau über jeden Gedanken legte. Vernunft hatte seiner Auffassung nach Richterin zu sein und Urteile zu fällen. Wenn sie den Streit nicht zu entscheiden wußte, war sie als handlungsleitende und sinngebende Instanz offenkundig inkompetent, womit sie nach Grass’ Ansicht jeden geistigen Kredit verspielt hatte.

Es fragte sich allerdings, ob Grass damit eine vernünftige Forderung an die Vernunft stellte. Daß diese sich selbst zum Gegenstand hatte und Selbstergründung wie -kritik betrieb, war seit jeher ihr Geschäft, mit dessen Dilemmata sie zurechtzukommen wußte. Von sich selbst zu sagen, was sie eigentlich sei, konnte man von der Vernunft verlangen und auch Antwort erhalten. Nach Grass hätte sie aber nicht nur angeben können müssen, was sie selbst war, nämlich – als praktische Vernunft – ein Kompendium an Entscheidungskriterien, sondern auch, wie die Wirklichkeit beschaffen war, auf die jene Kriterien anzuwenden waren. Grass verlangte von der Vernunft unbedingte Gewißheit darüber, was richtig war und was falsch. Die Vernunft hätte demzufolge eine Bestandsaufnahme der objektiven Wirklichkeit zu liefern gehabt; ein absolutes Referenzsystem, an dem sich jede Aussage messen und bewerten ließe. Der Eindruck drängte sich nachhaltig auf, daß Grass der Vernunft vor allem ihre Offenheit und Pluralität übelnahm. Was er ihr nicht verzeihen wollte, war ihre Weigerung, sich auf die Seite einer bestimmten Weltanschauung zu schlagen. Spätestens mit seiner überspannten Forderung an die Vernunft, die ideale Welt zu

⁵³¹ Ebd.

⁵³² Ebd., S. 9.

schaffen, entpuppte sich Grass' Vernunftkritik als ein durch sein Scheitern am Menschlichen und Allzumenschlichen frustrierter Perfektionismus.

Angesichts seines Pochens auf die Einnahme eines eindeutigen Standpunktes war es nicht weiter überraschend, daß Grass nicht nur die hergebrachte Rationalität der technischen Moderne attackierte, sondern auch die Vertreter der Postmoderne. Insbesondere die neueren französischen Philosophen hätten an die Stelle der Aufklärung und ihrer festen Maßstäbe eine kultivierte Beliebigkeit gesetzt, in der Grass nichts weiter zu sehen vermochte, als einen ästhetisch anspruchsvollen Nihilismus. In diesen Angriffen auf die Postmoderne zeigte sich, daß es ganz falsch wäre, ihr die Alternativbewegung zuzurechnen. Die Alternativen betrachteten den Untergang der ‚Großen Erzählungen‘ als katastrophalen Verlust. In der „neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas) fühlten sie sich verloren. Keineswegs wollten sie das einheitliche Paradigma, das die Gesellschaften der Moderne bestimmt hatte, auflösen, wie die postmodernen Denker dies anstrebten. Zwar war es ihnen entschieden um einen Wechsel der Paradigmen zu tun, deren Einheitlichkeit und Verbindlichkeit sollte jedoch unbedingt erhalten bleiben. Gegen den radikalen Prinzipienpluralismus der Postmodernen setzten die Alternativen einen Prinzipienmonismus, dessen genuiner Ausdruck ihr Vernunftkonzept war.

5. Geschichte, Verfassung und Staat

a) *Politischer Protest vor dystopischer Kulisse: Orwells 1984 und andere Topoi der Gesellschaftskritik*

In einem Aufsatz in der *Neuen Juristischen Wochenschrift* skizzierte der Verfassungsrechtler Ingo von Münch Anfang 1984 einige der Fragen, die sich aus juristischer Sicht in der Debatte um die Raketenstationierung ergeben hatten⁵³³. Dazu zählten seiner Ansicht nach:

Die Frage der Völkerrechtmäßigkeit oder –widrigkeit der Stationierung von Nuklearwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland; die Frage der völkerrechtlichen Haftung der Bundesrepublik für den Einsatz von Raketen durch die USA; die Frage der Vereinbarkeit der Verfügungsgewalt des US-Präsidenten über diesen Einsatz mit der Souveränität der Bundesrepublik; die Frage, ob die Raketenstationierung einer gesetzlichen Grundlage in Form eines Parlamentsgesetzes bedurfte; die Frage, ob die Stationierung zum Gegenstand einer Volksbefragung hätte gemacht werden können oder gar dazu gemacht werden müssen; wie überhaupt die Frage nach etwaigen Grenzen der repräsentativen Demokratie (Stichwort „Unabstimmbarkeit“); die Frage eines Widerstandsrechtes, einer Berechtigung zu „zivilem Ungehorsam“ oder eines politischen Streiks gegen die Raketenstationierung; wie auch des Inhaltes und der Grenzen des Demonstrationsrechtes bei Blockaden militärischer Anlagen; die Frage nach etwaigen besonderen Schranken politischer Betätigung von Richtern und Beamten, soweit sie gegen die Stationierung Front gemacht haben; schließlich die Frage, ob eine Gemeindevertretung das Gemeindegebiet zur „atomwaffenfreien Zone“ erklären kann.⁵³⁴

Von Münch bemerkte zu dieser tour d’horizon der juristischen Probleme, hier liege ein anschauliches Beispiel für den Zusammenhang von Politik und Recht vor: „Eine einzige politische Entscheidung (die Entscheidung der Stationierung eines bestimmten Typs von Waffen) zieht, wie ein ins Wasser geworfener Stein, immer weitere juristische Kreise.“⁵³⁵

Und in der Tat waren diese von der Friedensbewegung gestellten Fragen nicht im eigentlichen Sinne juristischer, sondern, da sie sich auf Grundparameter der Verfassung bezogen, wesentlich politischer Natur. Der Streit um die Stationierung war nicht ein Streit *in* einem durch die Verfassung gesetzten Rahmen des Politischen,

⁵³³ Münch, Ingo von: Rechtsfragen der Raketenstationierung. In: *Neue Juristische Wochenschrift*, 36. Jhg., Heft 11 (14. März 1984), S. 577-582.

⁵³⁴ Ebd., S. 577 f.

⁵³⁵ Ebd., S. 578.

sondern vielmehr eine Auseinandersetzung *um* diesen Rahmen; ein Verfassungsstreit, in dem Bürger und Intellektuelle die Entscheidungsgewalt der politischen Eliten in Frage stellten. Die Auffassungen der Friedensbewegungen zu einzelnen, konkreten juristischen Fragen, etwa dem Nötigungsparagrafen, wurzelten in ihrem Verfassungsverständnis, und dieses wiederum in ihrem Geschichtsbild. Somit bildeten die Konzeptionen von Staat, Recht und der Interpretation der Geschichte in der Mentalität der Friedensbewegung ein aus ineinandergreifenden Kreisen gebildetes Ganzes.

Allgemein betrachtet, formulierten die Protestbewegungen der siebziger und achtziger Jahre eine umfassende Macht- und Staatskritik⁵³⁶. Dementsprechend war bei vielen Aktivisten eine ausgeprägte innere Distanz zu staatlichen Institutionen spürbar, die in den Konflikten um die Sicherheits- wie auch die Atompolitik teilweise den Charakter offener Feindschaft annahm. Der Staat erschien dabei als undurchschaubarer Komplex, der von einer fremdartigen politisch-bürokratischen Klasse beherrscht wurde; als, mit Michael Ende gesprochen, das Reich der grauen Herren. Damit zeichnete sich der Konflikt um den Doppelbeschluß durch einen nicht zu vernachlässigenden soziokulturellen Aspekt aus, da in ihm verschiedene Milieus aufeinanderprallten, die sich in ihren Lebensstilen drastisch unterschieden. Zu der Entfremdung trugen auch die politischen Grundkonstanten der Bundesrepublik einen Teil bei, so etwa das Parteiensystem mit seiner relativ hohen Einstiegsschwelle der Fünf-Prozent-Hürde und das stark reglementierte Verfahren bei der Rekrutierung des politischen Nachwuchses, das für eine große Homogenität des politischen Personals sorgte⁵³⁷.

Allerdings nahmen die verschiedenen alternativen Bewegungen durchaus unterschiedliche Haltungen zu den staatlichen Institutionen ein. Vor allem die Umweltschutzbewegung kooperierte trotz aller Kritik an den Verflechtungen von Verwaltung und Industrie vielfach aktiv mit lokalen und Landesbehörden, um konkrete Projekte verwirklichen zu können. Dagegen war die Friedensbewegung, nicht zuletzt bedingt durch den Alles-oder-Nichts-Charakter ihrer Forderungen, in ihrer Gesamt-

⁵³⁶ Vgl. Schregel, Susanne: *Der Atomkrieg vor der Wohnungstür: Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970-1985*. (Historische Politikforschung, Bd. 19) Frankfurt und New York 2011. S. 20-23.

⁵³⁷ Vgl. dazu beispielsweise die kritischen Anmerkungen von Heinrich Albertz bei einer Tagung der Gustav-Heinemann-Initiative. Albertz bemängelte die Monopolstellung der Parteien bei der Auswahl der Kandidaten und regte an, ein den amerikanischen „primary elections“ ähnliches System auch für die Bundesrepublik in Erwägung zu ziehen. Albertz, Heinrich: Bürgerfreiheit gegen Obrigkeitsstaat. In: Gustav-Heinemann-Initiative (Hrsg.): *Bürgerfreiheit gegen Obrigkeitsstaat*. Stuttgart 1979. S. 21 f.

heit staatsfern, was aber wiederum nicht für alle ihrer Spektren in gleichem Maße galt. In den großen kirchlichen Organisationen etwa war die staatskritische Haltung in aller Regel nur gering ausgeprägt. Tendenziell betrachteten die Anhänger der Friedensbewegung die politischen Eliten jedoch nicht als Repräsentanten der Bürger, sondern als eine ihnen entgegengesetzte Obrigkeit. Vor allem die radikalpazifistischen Gruppierungen standen bürokratischen Entscheidungsabläufen oft mit großem Befremden gegenüber. Auch die Abgeordneten der Grünen distanzieren sich in ihren Anfangsjahren noch scharf vom politischen Establishment, mit dem man vielfach noch nicht einmal das äußere Erscheinungsbild gemein haben mochte. Die linksradikalen Organisationen befanden sich von vornherein in Feindschaft zum ‚System‘.

Insgesamt dürfte es trotz der internen Unterschiede kaum möglich sein, das in der Friedensbewegung herrschende Mißtrauen gegenüber den politischen Eliten zu überzeichnen. Der Streit um die Stationierung gab dem populären Ressentiment gegen die politische Klasse sowohl enormen Aufschwung als auch ein Ventil. Ihr wurde mindestens eine weitgehende Gleichgültigkeit gegenüber Leben und Gesundheit der Bürger unterstellt, und auch der explizite Vorwurf eines aktiv gegen die Bürger gerichteten Handelns war oft zu hören. Einiges Aufsehen erregten entsprechende Äußerungen des SPD-Abgeordneten Karl-Heinz Hansen, der auf einer JUSO-Veranstaltung am 8. Mai 1981 sagte, die Regierung Schmidt betreibe in Sachen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik „eine Art Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk“⁵³⁸, was ihm den Ausschluß aus seiner Partei einbrachte. Die Schriftstellerin Eva Demski führte in einer Rede an der Startbahn West im Oktober 1981 aus, statt der eigentlich in einer Demokratie vorgesehenen Gewaltenteilung herrsche im Gegenteil „eine unheilige Allianz der Macht“⁵³⁹, die sich gegen das Volk zusammengeschlossen habe. Petra Kelly vertrat in ihren entsprechenden Aussagen abermals die Vorstellung einer Isomorphie der beiden Blöcke: Nachdem sie die Schlagzeilen der Presse zitierte, in denen es zum Jahreswechsel 1983/84 hieß, die neu stationierten Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik seien einsatzbereit, und dasselbe nur

⁵³⁸ Tonbandmitschnitt der Rede Hansens, abgedruckt in Engelmann, Bernt (Hrsg.): *Was lange gärt, wird endlich Wut: Der Fall Hansen*. Hamburg 1981. S. 182. Hansen hatte diese Aussagen auf nachträgliche Befragung durch den SPD-Bezirksvorstand Niederrhein hin bekräftigt. Vgl. ebd., S. 183.

⁵³⁹ Demski, Eva: Wer Armeen hat, braucht keine Steine. In: Behrens, Katja (Hrsg.): *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984. S. 18.

wenige Wochen später für die neuen sowjetischen Systeme in der DDR gemeldet wurde, fuhr Kelly fort:

Wieder einmal sind die beiden Militärblöcke zu Spiegelbildern geworden. Jeder Militärblock spiegelt sich im anderen. In beiden deutschen Staaten sind im Januar 1984, im Jahr von George Orwell, die Atomraketen einsatzbereit. Und überall gibt es Diskussions- und Berufsverbote, Behinderung und Diskriminierung sowie Unterdrückung der Friedensbewegung, im Westen wie im Osten!⁵⁴⁰

Mit anderen Worten handelte es sich nach Kellys Ansicht bei den Regimen in den beiden deutschen Staaten um Brüder im Geiste, die mit ihren jeweiligen Bevölkerungen in durchaus vergleichbarer Weise umsprangen.

Dieser Vorwurf einer Mißachtung der Bürger durch die Regierungen wurde nicht zuletzt in der Populärkultur formuliert, so etwa im bekanntesten Anti-Raketen-Popsong, Nenas „99 Luftballons“. Ein weiteres Beispiel bot die britische Rockband *Fischer-Z*, die 1981 ihr sehr erfolgreiches Album *Red Skies over Paradise* veröffentlichte, in dem sie sich intensiv mit der drohenden Cruise-Missiles-Stationierung in Großbritannien auseinandersetzte. Im Refrain des mit dem Album gleichnamigen Liedes hieß es:

*Down in their bunkers, under the sea
Men pressing buttons don't care about me.*

So sah die Friedensbewegung die Regierung: Als kalte Technokraten, die in Bunkern und U-Booten Knöpfe drückten und sich nicht darum schertten, was mit den Betroffenen geschah. Oder, wie Walter Jens es ausdrückte: „Was kümmern uns Millionen von Toten in fremden Ländern, heißt die Devise einflußreicher Planspieler in den Vereinigten Staaten – und nicht nur dort.“⁵⁴¹

Als geradezu exemplarisch für den rein instrumentellen Umgang der Obrigkeit mit der Bevölkerung stand der Komplex der Triage. Bei dieser handelte es sich um eine aus der Kriegs- und Katastrophenmedizin stammende Praxis, die gewährleisten sollte, daß knappe medizinische Ressourcen möglichst effektiv eingesetzt wurden. Nach dem etablierten Verfahren wurden dazu die Patienten in drei Gruppen aufgeteilt: Leichtverletzte, Mittel- und Schwerverletzte mit Überlebenschance und unrettbar

⁵⁴⁰ Kelly, Petra: Die Abrüstung beginnt in den Köpfen! In: Gerosa, *Große Schritte wagen*, S. 51.

⁵⁴¹ Jens, Walter: Appell in letzter Stunde. In: Ders. (Hrsg.): *In letzter Stunde: Aufruf zum Frieden*. München 1982. S. 7.

Schwerverletzte. Die Bestimmung der Heilungschancen erfolgt dabei in Abhängigkeit von den Bedingungen vor Ort, daher mußten gegebenenfalls auch Verletzungen als tödlich eingestuft werden, die in einem voll ausgestatteten Krankenhaus heilbar gewesen wären. Leichtverletzte – definiert als Personen, die noch selbständig gehfähig waren – erhielten höchstens eine Erstbehandlung und wurden zu einem Sammelplatz weitergeschickt. Die Schwerverletzten ohne realistische Überlebenschance erhielten nur schmerzstillende Medikamente und wurden nicht weiter versorgt. Die medizinischen Ressourcen, vor allem also die zur Verfügung stehenden Rettungskräfte, konzentrierten sich somit auf die Behandlung der zweiten Gruppe, der mittel bis schwer Verletzten mit guten Überlebenschancen.

Im Streit um den NATO-Doppelbeschluß wurde die Praxis der Triage insbesondere von in der Friedensbewegung engagierten Ärzten scharf kritisiert. Knut Sroka stellte seine diesbezüglichen Ausführungen im Rahmen seines Vortrags beim 3. Medizinischen Kongreß zur Verhinderung eines Atomkrieges in den größeren Zusammenhang einer grundsätzlichen Kritik des Zivilschutzes⁵⁴². Er verwies dabei zunächst auf eine seiner Ansicht nach in den USA stattfindende Entwicklung, in der in den letzten Jahren ein „historisch beispielloser Aufrüstungsprozeß im Gang“ sei, „mit dem Ziel, jede Art von Krieg nicht nur abzuschrecken, sondern auszufechten und zu gewinnen. [...] Der Atomkrieg als ein jederzeit androhbares und jederzeit einsatzfähiges Instrument der Machtpolitik – das ist die politische Situation, in die wir hier in der BRD gegenwärtig eingebunden werden.“⁵⁴³ Der Zivilschutz sei eines der Mittel, mit denen der Effekt eines feindlichen Vergeltungsschlages abgemildert bzw. neutralisiert werden solle, was einen wesentlichen Teil der Bemühungen darstelle, den Nuklearkrieg führbar zu machen. Sroka zitierte dabei den „Victory is possible“-Artikel von Gray und Payne, in der diese den Ausbau des Zivilschutzprogramms für die USA empfohlen hatten, merkte jedoch an, daß in einem Nuklearkrieg wirklicher, also umfassend wirksamer Zivilschutz in jedem Fall unmöglich sei. Hergestellt werden könne allenfalls eine Illusion von Sicherheit, die allerdings bereits nützlich sei, da sie psychologische Barrieren gegenüber der Atomkriegsgefahr abzubauen helfe und somit die Kriegsbereitschaft der Bevölkerung stärke. Insgesamt sei der Zivilschutz „ei-

⁵⁴² Sroka, Knut: Katastrophenmedizin – Flankenschutz für die Aufrüstung. In: *Mediziner gegen die atomare Bedrohung* (Hrsg.): *...und keiner kann helfen: Materialien vom Dritten Medizinischen Kongreß zur Verhinderung eines Atomkrieges, München, 23. Und 24. April 1983*. München 1983. S. 33.

⁵⁴³ Ebd., S. 34.

ne wesentliche Stütze für die Glaubwürdigkeit der atomaren Drohgebärde⁵⁴⁴ und somit eben nicht „per se defensiv und humanitär“, sondern vielmehr eine „offensive kriegsvorbereitende Maßnahme“⁵⁴⁵.

Die medizinische Seite des Zivilschutzes bestehe nun in der Katastrophenmedizin, die nach Srokas Auffassung wesentlich von der Kriegsmedizin geprägt war. Sie richte sich nach dem Grundsatz, daß sich die medizinische Tätigkeit auf die Behandlung möglichst vieler Verwundeter mit guten Überlebenschancen und zu erwartender Dienstfähigkeit zu konzentrieren habe, wobei in der militärischen Planung insbesondere der letztere Gesichtspunkt entscheidend sei. Sroka interpretierte dies als „Prinzip einer Euthanasie durch Hilfeverweigerung“: Das Grundprinzip humaner Medizin, daß darin bestehe, „Zeitpunkt und Art der Behandlung ausschließlich von der Hilfsbedürftigkeit der Betroffenen abhängig zu machen“⁵⁴⁶, werde zugunsten eines Systems aufgegeben, das Menschen nach ihrer Nützlichkeit kategorisiere. Das Verfahren, nachdem diese Selektion erfolge, eben die Triage, unterscheide zwischen behandlungswürdigem und –unwürdigem und somit in letzter Konsequenz nach lebenswertem und –unwertem Leben⁵⁴⁷, womit Sroka die Triage mit den Selektionen in den Vernichtungslagern des Dritten Reichs gleichsetzte. Den möglichen Einwand, eine solche Kategorisierung sei eventuell zur Rettung einer möglichst großen Anzahl von Personen notwendig, konterte er mit dem Argument, es sei bisher bei allen großen Unglücksfällen in der Bundesrepublik gelungen, alle Verletzten zu versorgen. Eine Auswahl der zu Behandelnden könne nur im Fall eines Zusammenbruchs wesentlicher Teile der medizinischen Infrastruktur notwendig werden. Es sei in Westdeutschland aber keine Naturkatastrophe denkbar, die einen solchen herbeiführen könne. Dieser sei allein für den Kriegsfall zu erwarten. Die Triage habe daher in der Bundesrepublik außerhalb des militärischen Kontextes keinerlei Bedeutung.

Angesichts der Natur der Triage als einer Selektion von Menschen lag die Gedankenverbindung zu den von den Nationalsozialisten durchgeführten Selektionen in den Vernichtungslagern nahe. Walter Jens evozierte diesen Zusammenhang, als er schrieb, daß die Ärzte, da zu ihrer Ahnenreihe nun einmal auch „die großen und kleinen Mengeles“ gehörten, Grund genug hätten, sich fortan „ein für allemal jeder

⁵⁴⁴ Ebd.

⁵⁴⁵ Ebd., S. 35.

⁵⁴⁶ Ebd., S. 37.

⁵⁴⁷ Ebd.

Selektion, die, wie die Triage, Menschen in brauchbare und unbrauchbare Kampfmateriale verwandelt, konsequent und bedingungslos zu verweigern⁵⁴⁸.

Das eklatante Mißtrauen gegenüber den politischen und militärischen Eliten fand sich auch in den offiziellen Verlautbarungen der Friedensbewegung. In einer besonders drastisch formulierten Presseerklärung des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung vom 17. November 1983 hieß es beispielsweise:

1. Die Friedensbewegung wirft der Bundesregierung Verrat an den Interessen der Bundesrepublik Deutschland vor. Die Entscheidung, neue Atomwaffen gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung zu stationieren, ist ein Mißbrauch der Macht und eine Verletzung demokratischer Grundsätze.

2. Die Bundesregierung hat sich in der Raketendebatte als ein treuer Vasall der amerikanischen Politik gezeigt. Kohl und Genscher wirken wie Papageien, die amerikanische Formeln nachplappern. Die Bundesregierung hat keine Initiativen ergriffen, die geeignet gewesen wären, die Stationierung dieser gefährlichen Erstschlagswaffen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern.

3. Die Friedensbewegung trifft ein vernichtendes Urteil über die Art und Weise, wie die Bundesregierung die eigene Bevölkerung hintergangen und getäuscht hat, um die Stationierung der Raketen besser durchsetzen zu können.

Obwohl seit längerem feststeht, daß in Genf keine Einigung möglich ist, weil sich insbesondere die USA nicht von ihren maximalistischen Ausgangspositionen wegbewegt haben, versucht die Bundesregierung bis zum heutigen Tag, die Öffentlichkeit mit der Hoffnung auf ein Verhandlungsergebnis in Genf hinzuhalten und von der beabsichtigten Raketenstationierung abzulenken.

Die Bundesregierung versucht, die Folgen der Stationierung zu verharmlosen und der Bevölkerung eine unveränderte Normalität in den Ost-West-Beziehungen vorzugaukeln.

In der Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung hat die Bundesregierung ein Höchstmaß an undemokratischem Verhalten gezeigt. Die Bundesregierung hat auf den Protest von Millionen Bürgern statt mit Argumenten mit Diffamierungen geantwortet. Dieser Zynismus der Macht wird für die innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik schwerwiegende Folgen haben.

[...]

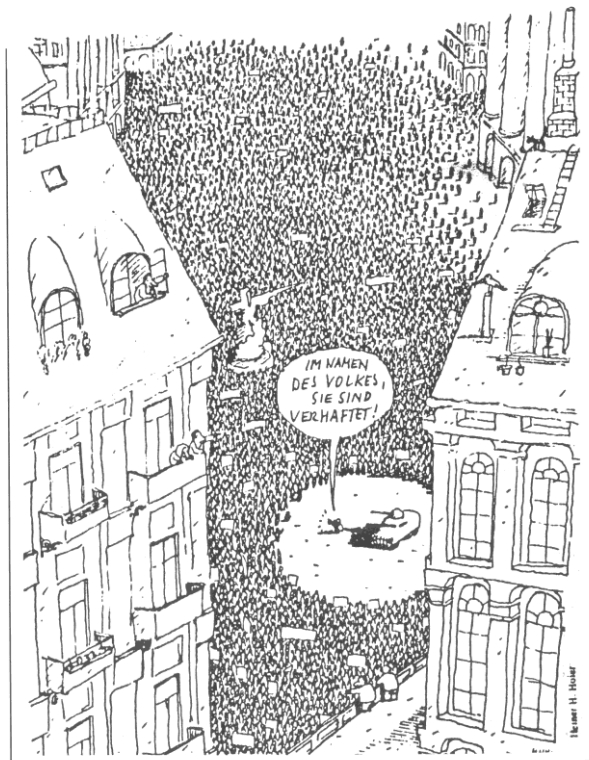
6. Die Bundesregierung und der Bundestag verstoßen gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes und begehen Verfassungsbruch, wenn sie der Stationierung dieser Atomwaffensysteme zustimmen. Die Verletzung des Grundgesetzes und die Mißachtung des Mehrheitswillens in der Bevölkerung wird mit

⁵⁴⁸ Jens, Walter: Hippokrates und Holocaust: Von der Verantwortung der Wissenschaft in finsterner Zeit. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985. S. 118.

einem spürbaren Loyalitätsverlust von vielen Bürgern gegenüber der Bundesregierung verbunden. Die Friedensbewegung fordert mit aller Dringlichkeit die Zulassung einer Volksbefragung über diese Existenzfrage.⁵⁴⁹

Wie massiv hier die Vorwürfe an die Regierung formuliert wurden, war einerseits nur angesichts der Überzeugung der Friedensbewegung verständlich, daß die Stationierung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum Ausbruch eines Nuklearkrieges führen werde. Daneben war der scharfe Ton dieser Presseerklärung, die vier Tage vor der vermeintlich entscheidenden Debatte im Bundestag veröffentlicht wurde, wohl auch Erkenntnis geschuldet, daß man dabei war, den Kampf gegen die Stationierung zu verlieren.

In derartigen Äußerungen zeigten sich auch die problematischen Aspekte der Argumentation der Friedensbewegung. Sie vertrat einerseits mit ebensoviel Nachdruck wie Stetigkeit den Anspruch, anders als die – immerhin demokratisch gewählte – Bundesregierung die wahre Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zu repräsentieren. Dies geschah beispielsweise durch die folgende, sehr oft verwendete Karikatur:



⁵⁴⁹ Presseerklärung des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung vom 17. November 1983. In: AAH, unverzeichneter Bestand.

Diese Vorstellung von der ‚wahren Mehrheit‘ stellte einen der in den Schriften der Friedensbewegung am häufigsten wiederholten Topoi dar. Ihren deutlichsten Niederschlag fand sie im sogenannten ‚Parlament der Mehrheit‘, das im November 1983 in Bonn zusammentrat⁵⁵⁰. Diese Versammlung von Vertretern der Friedensbewegung, die aus allen 248 Wahlkreisen der Bundesrepublik und West-Berlins kamen, beanspruchte, eine repräsentative Vertretung der Bundesbürger darzustellen, obwohl kein einziger der ‚Abgeordneten‘ wirklich gewählt worden war.

Nachdem die Stationierung dann vom Bundestag beschlossen worden war, zogen im Jahr 1984 namhafte Vertreter der Friedensbewegung in einem von Klaus Gerosa herausgegebenen Sammelband Bilanz über politische Erfolge und Mißerfolge⁵⁵¹. Dabei stellten sie übereinstimmend fest, daß es die Friedensbewegung gewesen sei, die den Willen der wahren Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert habe; daß also die Mehrheit des Parlaments in seiner Zustimmung zur Stationierung gegen den Willen der Bevölkerung entschieden habe⁵⁵². So bezeichnete Gerd Bastian diesen Parlamentsbeschluß als „beschämendes Schauspiel“ und „verhängnisvolle Fehlentscheidung“⁵⁵³, und schrieb:

Die Friedensbewegung hat ein Teilziel nicht erreicht: Die Stationierung der ersten neuen US-Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik konnte nicht verhindert werden. Trotzdem hat sie keinen Grund zur Resignation, denn die Mehrheitsverhältnisse im Parlament bei der Abstimmung am 22. November 1983 spiegeln nicht die Bereitschaft der Bevölkerungsmehrheit wider, die neuen Waffen zu akzeptieren. Daß dies so ist, bedeutet allein schon einen außerordentlichen Erfolg des Wirkens der Friedensbewegung in den letzten drei Jahren.⁵⁵⁴

Jo Leinen stellte fest: „Die Bundesregierung wird innenpolitisch mit dem Vorwurf leben müssen, gegen den Mehrheitswillen in der Bevölkerung entschieden und die Grundsatzfrage der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen mit einer zweifelhaften demokratischen Legitimation durchgesetzt zu haben.“⁵⁵⁵ Da niemand in Frage

⁵⁵⁰ Vgl. Einladung des Koordinationsausschusses zum „Parlament der Mehrheit“ vom 16. November 1983. Archiv Aktiv, unverzeichneter Bestand.

⁵⁵¹ Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984.

⁵⁵² In diametral entgegengesetzter Sichtweise wertete Kurt Sontheimer die Bundestagswahl 1983 als klares Plebiszit für die konventionelle und damit gegen die alternative Politikgestaltung. Siehe Sontheimer, *Zeitenwende*, S. 14 f.

⁵⁵³ Bastian, Gert: Neue Allianzen schaffen! In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984. S. 17.

⁵⁵⁴ Ebd., S. 14.

⁵⁵⁵ Leinen, Jo: Die Zukunft der Friedensbewegung. In: Gerosa, *Große Schritte wagen*, S. 65.

stellte, daß die Parlamentsmehrheit im Bundestag durchaus auf legitime Weise zustande gekommen war, so konnte dies nur heißen, daß sich das Parlament eine Entscheidung angemäßt hatte, in der ihm keinerlei Befugnis zustand. Zu Ende gedacht hätte dies bedeutet, daß es, wie Leinen schrieb, „Grundsatzfragen“ gab, die nicht durch Parlamentsbeschluß, sondern nur durch Volksabstimmungen entschieden werden durften.

Dies wäre darauf hinausgelaufen, das Prinzip der Repräsentation durch in ihren Entscheidungen freie Parlamentsabgeordnete zumindest starken Beschränkungen zu unterwerfen, wenn nicht gleich ganz abzuschaffen. Es hätten plebiszitäre Elemente in die Verfassung der Bundesrepublik aufgenommen werden müssen, aus der sie bekanntlich aus guten Gründen ferngehalten worden waren. Jo Leinen erklärte: „Demokratie darf sich nicht in der repräsentativen Ausgestaltung erschöpfen, sondern braucht in besonderen Fällen auch eine plebiszitäre Komponente.“⁵⁵⁶ Auch Erhard Eppler zog den Schluß, daß dringend Möglichkeiten zur Durchführung von Plebisziten geschaffen werden müßten⁵⁵⁷. Deren Verweigerung könne nur die Vertrauenswürdigkeit der parlamentarischen Demokratie untergraben. Außerdem stellte Eppler fest, er „kenne kein grundsätzliches Argument gegen das Plebiszit, das nicht auch ein Argument gegen die Demokratie wäre. Wer mehr Demokratie wagen will, kann sich letztlich nicht gegen das Plebiszit sperren.“⁵⁵⁸

Dorothe Sölle schrieb, die „Mehrheit des Parlaments hat im November 1983 gegen die nationalen und menschlichen Interessen unseres Volkes entschieden.“⁵⁵⁹ [...] Die Niederlage im Parlament, die wir erleiden ist eine Niederlage des Volkes. Die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung wird nicht respektiert.⁵⁶⁰“ Die wohl schärfsten Formulierungen gebrauchte Günter Grass in der von ihm verfaßten ‚Heilbronner Erklärung‘ vom 17. Dezember 1983:

Es sind Stümper, die uns derzeit regieren. Überfordert von der Misere der Alltagspolitik, retten sie sich in einen Mehrheitsbeschluß, der die Verantwortung über Tod oder Leben dem Großverbündeten zuweist und uns entmün-

⁵⁵⁶ Ders.: *Ziviler Ungehorsam als fortgeschrittene Form der Demonstration*. In: Glotz, Peter (Hrsg.): *Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat*. Frankfurt a. M. 1983. S. 27.

⁵⁵⁷ Eppler, Erhard: *Friedensbewegung 1984*. In: Gerosa, *Große Schritte wagen*, S. 30.

⁵⁵⁸ Ebd.

⁵⁵⁹ Sölle, Dorothee: *Wir haben euch nie einen Rosengarten versprochen*. In: Gerosa, *Große Schritte wagen*, S. 96.

⁵⁶⁰ Ebd., S. 101.

digt. Diese parlamentarische Mehrheitshaltung kann ich nur jämmerlich nennen oder verrückt heißen.⁵⁶¹

Auch andere prominente Aktivisten der Friedensbewegung sahen dies ähnlich: Die DFG-VK veröffentlichte 1984 unter dem Titel „Gewissen vor Staatsraison!“ einen Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung, der u. a. von Carl Amery, Franz Josef Degenhardt, Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann, Elke Heidenreich, Hans Dieter Hüsch, Petra Kelly, Dieter Lattmann, Dorothee Sölle, Klaus Lage und Wolfgang Niedecken unterzeichnet worden war. Darin hieß es:

Der Bundestag hat entschieden! Mit der Mehrheit der Abgeordneten von CDU/CSU und FDP wurde die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen beschlossen. Gegen den Willen der Bevölkerung werden von jetzt an auf dem Boden unseres Landes amerikanische Atomraketen vom Typ Pershing II und Cruise Missiles stationiert.

[...] Damit ist eine Situation eingetreten, die moralisch und politisch vor dem Gewissen eines jeden einzelnen nicht mehr verantwortet werden kann.⁵⁶²

Die Kernaussagen waren dabei, daß erstens die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten eine Entscheidung getroffen hatte, die dem Mehrheitswillen der Bevölkerung widersprach und daher illegitim war, und daß somit zweitens der Fall eines übergeordneten Notstands eingetreten war, in dem die Bürger sich unter Berufung auf ihr Gewissen den Regierungsentscheidungen widersetzen durften bzw. dazu geradezu verpflichtet waren.

Bei all diesen vehementen Forderungen nach Plebisziten wurde allerdings die Frage nicht gestellt, ob in einer plebiszitären Demokratie nicht schnell auch solche Projekte auf der Tagesordnung stehen würden, die die Friedensbewegung eigentlich ablehnte, wie etwa eine Wiedereinführung der Todesstrafe. Insofern ergab sich der leise Verdacht, daß nach Volksabstimmungen vor allem dann gerufen wurde, wenn man sich von ihnen einen Gewinn für die eigene politische Agenda versprach. Im übrigen hatten selbst die radikalsten Oppositionellen nie angezweifelt, daß die Bundestagswahlen vom 6. März 1983 demokratisch korrekt verlaufen waren. Der von konservativer Seite erhobene Vorwurf, die Friedensbewegung weigere sich, das Ergebnis dieser Wahlen anzuerkennen und verletze somit gerade diejenigen demokratischen Prinzipien, auf die sie sich so lautstark berief, entbehrte somit nicht einer gewissen Be-

⁵⁶¹ Zitiert nach: Borkenhagen, Franz (Hrsg.): *„Wehrkraftzersetzung“: Offiziere äußern sich zur Heilbronner Erklärung*. Reinbek bei Hamburg 1984. S. 9.

⁵⁶² DFG-VK: *Pershing II – Cruise Missiles: Sagt Nein! Verweigert!* In: ASBB, Box 4.5.7, Mappe II.

rechtiung, auch wenn er andererseits die eigentliche Streitfrage verfehlte, denn die Friedensbewegung stellte nicht so sehr die Legitimität einer bestimmten Regierung, sondern vielmehr die Befugnisse von Regierungen an sich in Frage. Vor allem aber argumentierte der pazifistische Kern der Bewegung, Atomwaffen seien aufgrund moralischer Prinzipien abzulehnen, denen absolute Geltung zukäme und über die daher gar nicht abgestimmt werden *könne*. Damit vertrat die Friedensbewegung eine in sich selbst widersprüchliche Position zum Mehrheitsprinzip: Einerseits beharrte sie darauf, dieses gelte unbedingt, andererseits erklärte sie Fragen der nuklearen Bewaffnung für unabstimmbar und somit von der Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß gerade ausgeschlossen.

Angesichts all dieser wütenden Ausbrüche ist nun allerdings auch darauf hinzuweisen, daß die Staatskritik der Friedensbewegung in vielen Fällen doch eher *cum grano salis* zu nehmen war. Während es in den siebziger und achtziger Jahren zwar einerseits zu einer echten Entfremdung zwischen Teilen der Gesellschaft und den politisch-administrativen Institutionen gekommen war, handelte es sich bei den einschlägigen Äußerungen andererseits oft auch nur um Polemiken, die schnell mit den damals in Umlauf befindlichen Schlagworten wie dem ‚Überwachungsstaat‘ zur Hand waren, wenn es darum ging, staatliche Entscheidungen zu brandmarken, die den eigenen Vorstellungen zuwiderliefen. Diese harten Vorwürfe verstummten jedoch sofort wieder, wenn die Regierung Projekte in Angriff nahm, die der eigenen Agenda entgegenkamen. In vielen Fällen entstammten sie somit keineswegs einer prinzipienfesten staatskritischen Haltung, die ernsthaft das Ziel einer Einschränkung der Regierungsbefugnisse verfolgt hätte, sondern waren lediglich Ausdruck der Frustration über den gescheiterten Versuch, das Regierungshandeln im eigenen Sinne zu beeinflussen. Während man es also in der Stationierungsdebatte auf der einen Seite mit einer echten Sorge um die Beschränkung bürgerlicher Freiheiten und einem ernstgemeinten Protest gegen einen teilweise noch recht obrigkeitlich agierenden Staat zu tun hatte, drängte sich auf der anderen Seite zumindest der Verdacht auf, daß viele derjenigen, die in der Stationierungsfrage so sehr auf die Begrenzung der Regierungskompetenzen pochten, in anderen Politikfeldern wie vor allem der Wirtschafts- oder der Umweltpolitik nichts gegen einen starken Staat einzuwenden hatten, sofern dieser nur den aus ihrer Sicht richtigen Kurs verfolgte.

Beschworen wurde die von der Obrigkeit ausgehende Gefahr vor allem unter dem vielfachen Rückgriff auf George Orwells Dystopie *1984*, deren namensgebendes Handlungsjahr gerade vor der Tür stand bzw. in der Endphase der Auseinandersetzung gerade angebrochen war. So gab Günter Grass seiner Vortragsreise durch die Republik im Jahre 1980 den Titel: „Die 80er Jahre – Orwells Jahrzehnt“⁵⁶³. Die Bezüge hatten dabei im wesentlichen drei Referenzpunkte: Erstens den wahrgenommenen bzw. befürchteten Wandel der Bundesrepublik zum erwähnten ‚Überwachungsstaat‘, zweitens die gezielte Manipulation der Bürger durch die Regierung, und drittens das hauptsächliche Mittel dieser Manipulation, nämlich die Korruptierung der Sprache in Analogie zum Orwell’schen Neusprech. Gerade die Bezeichnung der Stationierung als „Nachrüstung“ galt vielen Mitgliedern der Friedensbewegung als Paradebeispiel für Letzteres⁵⁶⁴. So brandmarkte etwa Walter Jens die angebliche Notwendigkeit einer Nachrüstung als glatte Lüge:

Nach-Rüstung, ein Wort wie *Endlösung* und *Verteidigungsfall*. Eine Tarnvokabel *sui generis*: Der eh schon erster war, der andern Weltmacht technologisch weit voraus, möchte verbergen, daß es ihm nicht ums Aufholen, sondern um Vergrößern des Abstands gegenüber dem anderen und zweiten zu tun ist: um das Gewinnen weiterer militärischer Überlegenheit. *Überlegenheit*, jawohl, nicht – auch dies eine Tarnvokabel – *Gleichgewicht*.⁵⁶⁵

Robert Jungk faßte einige dieser Bedrohungsperspektiven zusammen, als er 1984 die künftigen Aufgaben der Friedensbewegung skizzierte: Diese müßte sich nach dem Mißerfolg bei der Verhinderung der Stationierung nun als eine umfassende gesellschaftliche Erneuerungsbewegung verstehen, und „im Orwell-Jahr 1984“ der Bedrohung der persönlichen Freiheit im aufkommenden Überwachungsstaat entgegentreten⁵⁶⁶. In der Bundesrepublik finde parallel zur äußeren eine innere Aufrüstung statt, die sich gegen die rebellisch gestimmten Bürger richte. Außerdem konstatierte Jungk,

⁵⁶³ Zimmermann, Harro: *Günter Grass unter den Deutschen: Chronik eines Verhältnisses*. Göttingen 2006. S. 390.

⁵⁶⁴ So etwa Ossip K. Flechtheim. Vgl. ders.: Frieden als reale Utopie. In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsgg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. München 1982. S. 220 f.

⁵⁶⁵ Jens, Walter: Appell in letzter Stunde. In: Ders. (Hrsg.): *In letzter Stunde: Aufruf zum Frieden*. München 1982. S. 11. Hervorhebungen wie im Original.

⁵⁶⁶ Jungk, Robert: Vom „Prinzip Hoffnung“ zum „Antrieb Hoffnung“: Der lang anhaltende Atem der internationalen Friedensbewegung. In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984. S. 44.

der Staatsapparat versuche, die „gefährlichsten Vernichtungswaffen der Geschichte mit Gewalt durchzusetzen“⁵⁶⁷.

Der schweizerische Gesellschaftskritiker Hans A. Pestalozzi charakterisierte die feindlichen Eliten vermittels einer schier endlosen Aufzählung der seiner Ansicht nach von diesen begangenen Verbrechen:

Sie behaupten, sie wollten den Frieden – und bereiten den Krieg vor.

Sie behaupten, sie müßten den Krieg vorbereiten, um den Frieden zu schützen, und verschweigen, daß diese Formel noch immer zu Krieg geführt hat.

Sie behaupten, sie wollten unsere Souveränität schützen, und machen uns vom Ausland abhängig.

Sie behaupten, sie wollten das Volk schützen, und provozieren seine Vernichtung.

Sie behaupten, vor dem Regime in Moskau auf der Hut sein zu müssen, und liefern uns dem Regime in Washington aus.

Sie behaupten heute, gegen die kommunistische Weltrevolution kämpfen zu müssen, und behaupten morgen, das Sowjetsystem sei am Ende.

Sie behaupten, mit dem Bundesgrenzschutz die Grenzen der Republik verteidigen zu müssen, und setzen ihn gegen die eigenen Bürger ein.

Sie behaupten, uns vor totalitären Staaten schützen zu müssen, und arbeiten mit faschistischen Regimes zusammen.

Sie werfen uns „Zerstörung des politischen Friedens“ vor, und meinen Polizeieinsätze gegen Andersdenkende.

Sie predigen Dialog, und drohen mit dem Rücktritt.

Sie geben sich demokratisch, und verbieten die Teilnahme an Demonstrationen.

Sie loben den Schutz der Minderheiten, und berufen sich auf eine angebliche schweigende Mehrheit.

Sie pochen auf die Ganzheit der Demokratie, und schließen die Randgruppen aus.

Sie werfen uns vor, kritiklos irgendwelchen Drahtziehern zu folgen, und knieten zwölf Jahre vor dem „Führer“.

Sie nennen uns Chaoten, Kriminelle, Asoziale, und machen aus der Polizei brutale Schlägerbanden.

Sie geben vor, den Rechtsstaat schützen zu müssen, und verhaften unsere Nachkommen gleich massenhaft.

Sie berufen sich auf internationale Abmachungen, und knallen uns mit chemischen Waffen nieder, die im Kriegsfall verboten sind.

Sie warnen uns vor der Militarisierung der Jugend im Osten, und führen bei uns den Wehrkundeunterricht ein.⁵⁶⁸

Dorothee Sölle äußerte sich im selben Band wie folgt:

⁵⁶⁷ Ebd., S. 46.

⁵⁶⁸ Pestalozzi, Hans A.: Aufruf zur Rebellion. In: Ders.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsgg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. München 1982. S. 9 f.

Im September 1983 konnten wir noch über die Mutlanger Heide spazierengehen. Jetzt hat das Militär den Mutlangern ihre Gärten weggenommen. Militärrecht bricht Bürgerfreiheit. Die Besitzer haben die Macht und nehmen den Bürgern die Gärten und die Erholungsgebiete weg, das geht von Göttingen bis Mutlangen so zu. Die Militärs nehmen den ihnen unterworfenen Menschen die Gärten weg, um ihre Verbrennungsmittel zu sichern. Die Besatzungsmacht und ihre einheimischen Helfershelfer nehmen den Menschen ihre Söhne weg, um sie an Massenvernichtungsmitteln auszubilden. Sie nehmen uns die Freiheit der Information weg – zentimeterweise: Der deutsche Fernsehzuschauer darf den Aufklärungsfilm über „den Tag danach“, den in den USA und in England Millionen gesehen haben, nur im Kino sehen. Einiges von dem, was ich hier in Buchform veröffentliche, stammt aus einem Sendemanuskript für einen bundesdeutschen Rundfunksender, das der Zensur zum Opfer fiel.⁵⁶⁹

Es war ein merkwürdiges Bild, das Sölle hier zeichnete. In ihm mutete das Eindringen des Militärs in bürgerliche Lebenswelten an wie eine Invasion von Außerirdischen in eine ländliche Idylle. Bei der Bundesrepublik schien es sich in ihrer Vorstellung um eine Art Militärdiktatur zu handeln. Sölle führte weitere Beispiele für ihre Sichtweise an: Gegen die exterministische Politik der Herrschenden habe sich zwar inzwischen ein breites Spektrum des Protestes gebildet.

Zu dessen Bewältigung benötigen die Exterministen aber einen anderen als den freiheitlichen Bürgerstaat, und so geht mit dem Exterminismus die Auflösung der Demokratie, die Installation des Überwachungsstaates, der den Bürgerstaat ersetzt, immer sichtbarer einher. Die Macht riesiger bürokratischer Strukturen greift ständig planend, ordnend, regulierend in das Leben der Menschen ein. Jeder Ansatz von Kritik, Protest und Widerstand wird mit modernsten Technologien unterdrückt. Jeder Mann und jede Frau, die sich den drei oben genannten Grundtendenzen⁵⁷⁰ widersetzt (auch nur in den harmlosesten Formen, wie einer Unterschrift oder einer Forderung etwa oder der Teilnahme an einer erlaubten und öffentlich angemeldeten Demonstration), begibt sich heute in Gefahr. Vor etwa zehn Jahren wurden in der Bundesrepublik Polizei und Geheimdienste massiv aufgestockt. Heute überwachen Videosysteme nahezu lückenlos jede Demonstration. Jeder, der Beamter werden will, sieht sich eines Tages mit Aussagen über sein Vorleben konfrontiert; die bloße Teilnahme an Äußerungen des politischen Willens begründet den Verdacht, nicht staats-treu zu sein.⁵⁷¹

Ein Lehrer, der bei einer Entlassungsfeier für seine Schüler pazifistische Zitate von Tucholsky, Kästner u. a. vorgetragen habe, sei versetzt worden. Einer Schülerin sei die Teilnahme an der Abiturprüfung ihres Gymnasiums verwehrt worden, weil sie

⁵⁶⁹ Sölle, Dorothee: Wir haben euch nie einen Rosengarten versprochen. In: Gerosa, *Schritte*, S. 96.

⁵⁷⁰ Ausbeutung der dritten Welt, Zerstörung der Natur und Wettrüsten; Anm. T.W.

⁵⁷¹ Sölle, Rosengarten, in: Gerosa, *Schritte*, S. 97 f.

eine Anti-Strauß-Plakette getragen habe. In den Redaktionen sorgte die ‚Schere im Kopf‘ der Journalisten dafür, daß die Äußerungen kritischer Geister in den Medien nicht mehr erschienen. Und schließlich würden die Massenmedien, darunter insbesondere das von Helmut Kohl nachdrücklich unterstützte Privatfernsehen, dazu eingesetzt, die Menschen mit „mehr Unterhaltung, mehr Show, mehr Verdummungsspielchen“ vom Erkennen ihrer tatsächlichen Lage abzuhalten, was Sölle als bewußte Manipulation des Volkes durch die Regierung interpretierte⁵⁷².

In Sölles Ausführungen klang noch ein fernes Echo von Jürgen Habermas‘ Thesen zur „Kolonisierung der Lebenswelt“ mit. Mochte die Kritik an bürokratischen Zugriffen noch verständlich sein, so zeigte sich in dem Umstand, daß die Bundesrepublik gerade zu der Zeit, in der sich die größte Protestbewegung ihrer Geschichte lautstark Gehör verschaffte, als totalitäre Diktatur hingestellt wurde, ein weitgehender Realitätsverlust. Auf der anderen Seite darf die Staatskritik der Alternativen auch angesichts solcher Übertreibungen – zu denen sich, wie man gerechterweise festhalten muß, die Stationierungsbefürworter nicht weniger verstiegen⁵⁷³ – nicht in Bausch und Bogen als bloße Hysterie abgetan werden. Die Sorge vor möglichen Repressionen gegen Menschen, die sich in der Friedensbewegung engagierten, ziehen sich durch den gesamten Quellenbestand. Befürchtet wurde vor allem, daß man als angehender Beamter oder Angestellter des öffentlichen Dienstes mit Schwierigkeiten beim Berufseinstieg konfrontiert werden könnte. Von vielen Bürgern wurde offensichtlich eine staatstragend-konformistische Haltung als stillschweigende Voraussetzung für diese Karrierewege angesehen, die jegliche Form politischen Protests ausschloß, selbst wenn dieser an sich völlig legal war. Aus den Quellen zur Friedensbewegung läßt sich für die Bundesrepublik der frühen 80er Jahre insbesondere im ländlich-kleinstädtischen Milieu immer noch ein gerütteltes Maß an Obrigkeitshörigkeit bzw. –furcht feststellen. Es herrschte vielfach die Erwartung, daß die Behörden sich für politisch unerwünschte Haltungen mit beruflicher Diskriminierung revanchieren würden.

Diese Ablehnung des politischen Establishments blieb dabei nicht auf einer alltagskulturellen Ebene stehen, sondern war in eine breite und vielfältige politische

⁵⁷² Ebd., S. 98.

⁵⁷³ Siehe beispielsweise Heiner Geislers völlig überzogenen Vorwurf an die SPD, sie agiere als „fünfte Kolonne Moskaus“.

Kritik eingebettet. Die hier behandelte Zeit der frühen achtziger Jahre war die letzte Periode der deutschen Zeitgeschichte, in der Utopien noch eine größere Anhängerschaft fanden. Die Frage ihrer Möglichkeit auf Realisierung und somit ihrer Legitimität als politische Projekte, die von Konservativen wie auch von nüchternen Sozialdemokraten wie Helmut Schmidt bestritten wurde, stand stets im Hintergrund der Debatten zwischen Alternativbewegungen und Establishment, was auch immer ihr konkreter Gegenstand sein mochte. Das zentrale Schlagwort, an dem sich die linke Polemik entzündete, war das vom Sachzwang.

Von Erhard Eppler wurde die Kritik an dieser verhaßten Vokabel auf diejenigen Personen erweitert, die die vermeintlichen oder tatsächlichen Sachzwänge untermauerten, nämlich die sogenannten Experten. Eppler prägte dafür seinerseits das Schlagwort der „Expertokratie“, mit dem er den seiner Ansicht nach zu weitgehenden Einfluß von wissenschaftlichen und technischen Beratern auf politische Entscheidungsprozesse kennzeichnete. Ihm zufolge ließen deren Gutachten nur bestimmte Entscheidungsmöglichkeiten als sachangemessen erscheinen und beschnitten somit in unzulässiger Weise den politischen Spielraum von Bürgern und Parlamentsabgeordneten. Diese Kritik am überbordenden Einfluß von Sachverständigen auf politische Entscheidungen war durchaus kein Novum: Bei zunehmender Komplexität der gesellschaftlichen Probleme, hervorgerufen insbesondere durch den technologischen Fortschritt, waren die Anforderungen an die Kompetenz der politischen Entscheidungsträger enorm gestiegen. Vielfach wurde konstatiert, daß die Abgeordneten aufgrund des Zeitmangels gar keine andere Wahl hätten, als die Empfehlungen der jeweiligen Experten ungeprüft zu übernehmen. Auch in dieser Hinsicht thematisierte die Friedensbewegung Fragen, die auch heute noch aktuell sind. Wenn Wissen die Zentralressource moderner Gesellschaften war, dann stellte sich notwendigerweise die Frage, wie die unabdingbar ungleiche Verteilung dieser Ressource mit dem Gleichheitsprinzip einer Demokratie zu vereinbaren war.

Zugleich agierten echte oder vermeintliche Experten als Autoritäten. Ihr Wort hatte in öffentlichen Debatten Gewicht. Die Umwelt- und Anti-Atombewegungen hatten schon seit langem Erfahrungen damit gemacht, daß von seiten der Politik und der Wirtschaft die jeweiligen technischen Großprojekte wie Startbahnen, Atomkraftwerke oder atomare Endlager durch die Expertisen von Sachverständigen legitimiert wurden. Die Bürgerbewegungen hatten darauf mit der Bildung von Gegenexperten

reagiert. Insbesondere Biologen und Physiker hatten – zum Teil sogar unter institutioneller Verankerung in Forschungsinstituten – dafür gesorgt, daß jedes Gutachten zugunsten eines bestimmten industriellen Großprojektes prompt durch fundierte Gegengutachten in Frage gestellt worden war, so daß die entsprechenden Auseinandersetzungen schnell zu veritablen Gutachterkriegen ausarteten. Von den radikaldemokratisch gesinnten Kräften wurde allerdings das ganze Expertenwesen an sich in Frage gestellt: „Friedensbewegung ist der Aufstand der Bürger gegen die Experten“⁵⁷⁴, so der schweizerische Gesellschaftskritiker Hans A. Pestalozzi. Die bereits durch die im Streit um die zivile Nutzung der Kernenergie erfolgte Erosion des Vertrauens in die Eliten trug entscheidend dazu bei, daß die Begründung der Regierung für den NATO-Doppelbeschluß auf so viel Mißtrauen stieß⁵⁷⁵.

Erhard Eppler stellte die zunächst einmal auf die praktische Organisation des demokratischen Parlamentsbetriebs bezogene Problematik in einen allgemeinen demokratietheoretischen Zusammenhang: Die Behauptung, Politik sei nichts anderes als „die Exekution von alternativlosen Sachzwängen“⁵⁷⁶, sei nichts weiter als eine Ideologie, die postuliere:

Die wissenschaftlich-technische Zivilisation hat also ihre eigenen Gesetze. Sie lassen sich nicht ändern, sie lassen sich nur erkennen und anerkennen – oder verkennen und notfalls leugnen. Der Politiker kann, erkennt er diese Gesetze richtig, sich ihnen nicht widersetzen, er kann sich ihnen – bei Strafe des Scheiterns – nur fügen. Politische Normen, Grundwerte, Parteiprogramme, Ziele, erst recht Gesinnungen, können allenfalls die Funktion haben, die Bürger zu unterhalten und von der Tatsache abzulenken, daß Demokratie zur Farce geworden ist, denn nicht der Demos, das Volk, herrscht, sondern der Sachzwang der wissenschaftlich-technischen Zivilisation. Das Parlament wäre dann wenig mehr als ein Theater zur Unterhaltung und Erbauung der Menschen, die gerne in der Illusion leben möchten, es gebe noch etwas zu entscheiden. Politik ist hier nicht mehr die immer neu unternommene Anstrengung zur Gestaltung von gesellschaftlicher Wirklichkeit, sondern Exekution von Sachzwängen.⁵⁷⁷

⁵⁷⁴ Pestalozzi, Hans A.: Aufruf zur Rebellion. In: Ders.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. München 1982. S. 18.

⁵⁷⁵ Vgl. Gassert, Philipp: Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluß als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik. In: Gassert, Philipp; Geiger, Tim; Wentker, Hermann (Hrsg.): *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-Doppelbeschluß in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*. München 2011. S. 186.

⁵⁷⁶ Eppler, Erhard: *Wege aus der Gefahr*. Reinbek bei Hamburg 1981. S. 33.

⁵⁷⁷ Ebd., S. 34.

Diese Kritik Eppers erwies sich allerdings bei näherem Hinsehen als durchaus diskutabel. Auf der einen Seite traf sie dort ins Ziel, wo eine Begründung durch angebliche Sachzwänge im politischen Betrieb taktisch benutzt wurde, um eine bestimmte Entscheidung zu forcieren und dissidente Stimmen durch Berufung auf Experten, also Autoritäten, mundtot zu machen; bzw. zu verschleiern, daß es sich bei politischen Entscheidungen überhaupt um solche handelte, denn dies setzte die Existenz verschiedener Handlungsoptionen ja schon einmal a priori voraus. Auch eine Selbstüberschätzung von Wissenschaftlern, welche sich aufgrund ihres überlegenen Faktenwissens Entscheidungsbefugnisse auch in normativen Fragen anmaßten, verdiente durchaus Kritik. Eppler lief jedoch Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Zwar distanzierte er sich von der Illusion unbegrenzter Gestaltungskraft von Politik, die zu der törichten Fehlannahme neigte, die Realität ließe sich durch bloße Beschlüsse schon verändern. Während Eppler sich somit einerseits gegen einen naiven Utopismus verwahrte, redete er mit seinem Generalangriff auf jegliche Vorstellungen von sachlichen Notwendigkeiten zwischen den Zeilen doch wieder einem Überoptimismus bezüglich der Gestaltbarkeit gesellschaftlicher und insbesondere ökonomischer Wirklichkeit das Wort.

Daneben war auch die Frage zu stellen, ob diese „Expertokratie“, die Eppler aufs Korn nahm, realiter überhaupt jemals bestanden hatte; oder ob es sich bei dieser Vorstellung vom Politiker als technokratischem Manager nicht um ein bloßes Verzierbild handelte, während sich die Rolle von Wissenschaftlern im politischen Betrieb in Wirklichkeit auf diejenige von Beratern beschränkte, welche von den politischen Entscheidungsträgern ganz nach Belieben gehört oder ignoriert wurden. Es stand zu vermuten, daß sich die Riesen, gegen die Eppler anritt, bei näherem Hinsehen recht schnell als Windmühlen entpuppt hätten. Und schließlich stellte man bei der Lektüre von Eppers Werk fest, daß auch dieser sich beim Werben für seine Ideen auf Wissenschaftler, Spezialisten und Sachverständige, mit einem Wort: auf Experten berief⁵⁷⁸. Womit sich zeigte, daß Eppler gegen diese eigentlich gar nichts einzuwenden hatte, solange sie das Gewicht ihrer Autorität nur in die ökologische und antikapitalistische Waagschale legten, und nicht in die konservative und technokratische.

⁵⁷⁸ So etwa die Ökonomen Alois Steiger (Eppler, *Wege*, S. 42) und Fred Hirsch (ebd., S. 45); den Politikwissenschaftler Martin Jänicke (ebd., S. 52); den Futurologen Alvin Toffler (ebd., S. 54); und die Energieforscher Florentin Krause, Hartmut Bossel und Karl-Friedrich Müller-Reißmann (ebd., S. 162).

b) 1933/1983: *Geschichte als Auftrag*

Viele der Gesichtspunkte, die die Stellung der Friedensbewegung zur Bundesrepublik als Staat, zum Grundgesetz und zur deutschen Geschichte prägten, fanden sich in einer Rede versammelt, die Günter Grass am 30. Januar 1983 in der Frankfurter Paulskirche zum Gedenken an die nationalsozialistische Machtergreifung fünfzig Jahre zuvor hielt. Im Mittelpunkt stand dabei ein aktivistisches Verständnis von Geschichte, die richtig nur als Auftrag begriffen werden konnte. Grass begann seine Ausführungen mit der Feststellung, ein geschichtliches Ereignis wie der 30. Januar 1933, das seine Aktualität und Gegenwart aller vergehenden Zeit zum Trotz bewahre, müsse als Herausforderung verstanden werden, der man sich prüfend zu stellen habe⁵⁷⁹. Denn zum einen sei zwar der Nationalsozialismus verschwunden, nicht aber die gesellschaftlichen Kräfte, die ihn entweder unterstützt und seine Machtübernahme gewollt, oder ihn vergeblich bekämpft hätten. Zum anderen und vor allem bestehe die Angst, man könne mit einer solchen Herausforderung, wie sie der notwendige, aber nicht geleistete Widerstand gegen den Nationalsozialismus dargestellt habe, abermals konfrontiert werden, und abermals versagen.

Bereits in seinen einleitenden Worten wurde Grass' dramatisch pessimistische Beurteilung der Situation deutlich: Er sprach von Abgründen, die nur dürftig gesichert seien, womit er zum Ausdruck brachte, daß sich die Demokratie in der Bundesrepublik des Jahres 1983 in einem fragilen und gefährdeten Zustand befinde, aus dem ein erneutes Abgleiten in die Diktatur jederzeit möglich sei. Überhaupt halte die Zukunft, so Grass, allem Anschein nach „nichts als Katastrophen“ bereit⁵⁸⁰.

Die Geschichte des Jahres 1933 berge nun in sich eine Einsicht, ohne die es nicht gelingen werde, gegenwärtig zu bestehen, geschweige denn zukünftig. Diese überlebensnotwendige Erkenntnis sei, daß man Gefahren, die zwar andere seien als die vor fünfzig Jahren, ihnen aber doch vergleichbar, rechtzeitig zu erkennen gelernt haben müsse. Im Jahr 1983 entwickelten sich damit Grass zufolge die Geschehnisse in eine Richtung, die ähnliche Konsequenzen wie die Machtergreifung der Nationalsozialisten haben würden. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt würden die demokratischen Rechte der Bürger in derselben Art beseitigt wie unter dem NS-Regime. Die Verfas-

⁵⁷⁹ Grass, Günter: Vom Recht auf Widerstand. In: Meyer, Thomas; Miller, Susanne; Strasser, Johano (Hrsg.): *Widerstandsrecht in der Demokratie: Pro und Contra*. Köln 1984. S. 17.

⁵⁸⁰ Ebd., S. 18.

sung werde aus vorgeblichen Sicherheitsgründen ausgehöhlt, die Demokratie richte sich eigenhändig zugrunde. Rasterfahndung, Datenbank, Lauschangriff, elektronisch abtastbarer Personalausweis; dies seien die Techniken, die bewiesen, daß der Überwachungsstaat in der Praxis schon bestehe. Alle seien längst erfaßt und transparent gemacht. Wer sich an politischen Protesten beteiligt habe, könne sicher sein, daß dies in Wort und Bild gespeichert sei; er – und Grass meinte damit offenbar jeden, der sich öffentlich gegen die Regierung äußerte – werde erkennungsdienstlich erfaßt und im Zentralcomputer gespeichert. Es sei ein lautloses, zuverlässig dienstbares System entstanden, das den Bürger entmündige, dabei niemanden verschone und in seiner Omnipotenz die Demokratie zu Tode schütze. Dieses System sei zwar noch nicht perfekt, werde aber ungehemmt entwickelt und durch Innenminister Zimmermann fürsorglich betreut. Auch dies sei, so Grass, Machtergreifung⁵⁸¹.

Während die Regierung somit nach Grass' Ansicht dabei war, einen kalten Putsch durchzuführen, werde gleichzeitig die Vernichtung Deutschlands planvoll vorangetrieben. Es sei als Schauplatz eines atomaren Krieges bereits vorgesehen. Die Stationierung der Mittelstreckenraketen sei wider alle Vernunft, sie selbst seien keine Waffen, sondern Instrumente des Völkermordes. Zwar sei der den Deutschen drohende Genozid nicht mit jenem zu vergleichen, den sie selbst begangen hätten, jedoch entsprängen die militärischen Planspiele, in deren Verlauf soundso viel Millionen von Toten verbucht würden, derselben „zynischen Abwendung von den Grundwerten menschlicher Ethik“⁵⁸² wie die Wannsee-Konferenz und die „Endlösung“. Das lief auf die Behauptung hinaus, in der NATO des Jahres 1983 herrsche derselbe Geist wie in der NSDAP des Jahres 1933. Hitlers legale Machtergreifung habe Millionen von Toten und Auschwitz zur Folge gehabt, und sei, weil legal, widerstandslos hingenommen worden. Mit diesem Hinweis implizierte Grass, mit der Machtergreifung der bestehenden, seiner Ansicht nach nur formal demokratischen Regierung verhalte es sich ebenso. Die ganze Konstruktion seiner Rede lief darauf hinaus, sich einerseits mit dem Hinweis, die aktuellen Gefahren seien andere als die der dreißiger Jahre, gegen den Vorwurf abzusichern, er setze die USA und die bundesdeutsche Regierung mit der NSDAP gleich, genau dies jedoch gleichzeitig durch seine inhaltlichen Aussagen wie auch durch seine Wortwahl zu tun. In derselben Manier sprach Grass dann

⁵⁸¹ Ebd., S. 20.

⁵⁸² Ebd., S. 22.

ein gutes Jahr später in der maßgeblich von ihm verfaßten ‚Heilbronner Erklärung‘ in offensichtlicher Anspielung auf die Machtergreifung der NSDAP davon, die Bundesregierung habe die USA dazu „ermächtigt“, neue Massenvernichtungswaffen zu stationieren⁵⁸³. Mit dieser polemischen Wortwahl stand er keineswegs allein, bezeichnete die Friedensbewegung die Zustimmung des Bundestages zur Stationierung doch vielfach als „Ermächtigungsgesetz“.

Die Opfer des zu erwartenden Völkermordes waren in dem von Grass gezeichneten Bild diesmal die Deutschen, die Täter die US-Amerikaner. In gleicher Stoßrichtung bezichtigte Walter Jens in seinem „Appell in letzter Stunde“ die US-Regierung, sie beabsichtige, ihren ideologischen Konflikt mit der Sowjetunion auf europäischem Territorium auszufechten und somit ihr eigenes Land zu schützen, jedoch die Länder der Europäer und insbesondere Deutschland als Wegwerf-Artikel zu verbrauchen⁵⁸⁴. Den Deutschen stand laut Jens also ein von den Amerikanern angezettelter nuklearer Holocaust bevor. In der imaginierten Katastrophe wurde somit den Deutschen die Rolle der Juden zugewiesen, was es ihnen erlaubte, endlich aus ihrer Position als Täter gedanklich in die der Opfer zu wechseln. Dieser fiktive historische Rollentausch wurde auch in den Äußerungen der Basis der Friedensbewegung vielfach vollzogen. So schrieb das Hochrhein-Friedenskomitee, ein regionaler Zusammenschluß von Friedensinitiativen im Raum Freiburg, in seinem Rundschreiben vom 15. März 1984:

Die Entscheidung der Bonner Koalition, einer ausländischen Macht – gegen alle Vernunft, gegen den Willen und die Interessen des deutschen Volkes – die Ermächtigung zur Aufstellung neuer Massenvernichtungswaffen zu geben, ist in ihren möglichen Folgen noch verhängnisvoller und noch unkalkulierbarer, als das Versagen der demokratischen Kräfte am Januar 1933 [sic!]. Wurden damals mit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten die Weichen für den 2. Weltkrieg gestellt, so erkennen neutrale Forschungsinstitute, Wissenschaftler, Militärs und Politiker in den aktuellen Um- und Aufrüstungsmaßnahmen der NATO die militär-technische Vorbereitung des strategischen Konzepts eines „führbaren, auf Europa begrenzten Atomkrieges.“⁵⁸⁵

Allerdings waren Gleichsetzungen von Nuklearkrieg und Shoah nicht nur auf deutscher Seite an der Tagesordnung: Am 5. Juli 1982 zerstörten amerikanische Pazifisten aus der „Ploughshares“-Bewegung Raketenabschußschächte des Trident-U-Bootes

⁵⁸³ Vgl. Borkenhagen, Franz H. U. (Hrsg.): *„Wehrkraftzersetzung“: Offiziere äußern sich zur Heilbronner Erklärung*. Reinbek bei Hamburg 1984. S. 13.

⁵⁸⁴ Jens, *In letzter Stunde*, S. 18.

⁵⁸⁵ Rundschreiben des Hochrhein-Friedenskomitees, unterzeichnet Volker O’Barden, vom 15. März 1984. ASBB, Box 4.4.4, Mappe I.

„USS Florida“. Mit Sprühfarbe verliehen sie dem U-Boot den neuen Namen „USS Auschwitz“⁵⁸⁶.

Auch wenn hier, wie bei vielen Holocaust-Vergleichen, auf der einen Seite einfach gedankenlos zum schwersten polemischen Kaliber gegriffen wurde, stand dabei auf der anderen Seite doch mehr im Hintergrund. Zum einen war der antiamerikanische Einschlag unverkennbar. Man hatte den starken Eindruck, daß es für viele Deutsche ein geradezu existentielles Bedürfnis war, die moralische Konstellation des Zweiten Weltkrieges, mit den Amerikanern als den „Guten“ und den Deutschen als den „Bösen“ nun zumindest in der Imagination umdrehen zu können.

Zum anderen bestand aber zwischen Auschwitz, dem Ort der Shoah, und Hiroshima, dem Ort der nuklearen Vernichtung, auch ein tatsächlich gegebener innerer Zusammenhang als zweier Orte totaler Vernichtung, wie auch Günter Grass feststellte⁵⁸⁷. Dieser kam am Ende seiner Paulskirchen-Rede zu dem Ergebnis, Widerstand gegen die Stationierung sei demokratisch legitim, ja geboten. Dieser dürfe zwar nicht gewaltsam geleistet werden – obschon er die Befürchtung andeutete, daß es aufgrund der zu erwartenden Verzweiflung der Menschen dazu kommen werde –, er müsse aber in Befehlsverweigerung, in Protest, in Einsprüchen der Kirchen und schließlich im Generalstreik bestehen.

Grass' Ausführungen beruhten insgesamt auf einer aus seiner Sicht unbezweifelbaren historischen Analogie. Nun wurde die Geschichte des Dritten Reichs weltweit von allen möglichen Akteuren ins Feld geführt, darunter nicht selten sogar Rechtsradikale, um politische Maßnahmen verschiedenster Art zu rechtfertigen oder einzufordern. Von der kühl berechneten Instrumentalisierung dieses historischen Komplexes bis zum ernsthaften Glauben daran, die unumgänglichen Lehren aus der Geschichte zu ziehen, waren dabei alle Schattierungen vertreten. In jedem Fall handelte es sich bei historischen Analogien um diskursive Legitimationsstrategien; so auch bei Grass. Wie Christa Wolf entwarf er ein historisches Schema, das bereits einmal mit katastrophalen Folgen durchlaufen worden war und sich nun anschickte, erneut zu beginnen. Analog zur Aneignung der Zukunft mit Hilfe der prophetischen Figuren unternahm Grass den Versuch einer Aneignung der Vergangenheit, die durch ihre

⁵⁸⁶ Nick, Volker; Scheub, Volker; Then, Christof: *Mutlangen 1983-1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung*. Mutlangen und Tübingen 1993. S. 197.

⁵⁸⁷ Zimmermann, Harro: *Günter Grass unter den Deutschen: Chronik eines Verhältnisses*. Göttingen 2006. S. 412.

Spiegelung in die Zukunft wiederum die Gegenwart bestimmen konnte. Der Streit zwischen Stationierungsgegnern und –befürwortern war somit in seiner historischen Dimension ein Streit um die Interpretationshoheit über die kollektiven Erfahrungen, der es dem Gewinner erlauben würde, zunächst die aktuelle politische Agenda zu setzen und in weiterer Perspektive auch die politischen Grundkoordinaten der Bundesrepublik zu definieren. Es ging in der Stationierungsdebatte um die Identität der Bundesrepublik als Gesellschaft und Staat. Inge Aicher-Scholl, die Schwester von Hans und Sophie Scholl, machte dies in ihrer Verteidigungsrede vor dem Amtsgericht Schwäbisch-Gmünd klar, als sie sagte:

[...] daß man es für selbstverständlich hinnimmt, Friedensarbeit als verwerflich zu bezeichnen und Menschen dafür auf die Anklagebank zu zitieren, das hätten wir uns nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, nach dem Ende der Nazi-Diktatur nicht träumen lassen. Wir hatten gehofft, daß das deutsche Volk aus seinen fürchterlichen Erfahrungen Konsequenzen ziehen würde; wir hatten gehofft, daß in Bescheidenheit und Einsicht ein Staat entstehen würde, der mit dem Verzicht auf Macht und Militär eine humanere Zukunft aufbaut. Wir hatten gehofft, daß wir die Geißel des Nationalismus hinter uns lassen würden. In dieser Hoffnung sind wir getäuscht worden.⁵⁸⁸

Welch zentrale Rolle dieser geschichtspolitische Konflikt in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluß spielte, wurde nicht zuletzt in der Aussprache des Bundestages am 21. und 22. November 1983 deutlich. In dieser führte Bundeskanzler Helmut Kohl gegen Ende seiner Rede aus:

Nie werden wir genau wissen, wie viele damals ihr Leben verloren – in den Kerkern des Unrechtsregimes, in den Schlachten des Krieges, in den Bombennächten in der Heimat, in der Gefangenschaft oder bei Flucht und Vertreibung aus der Heimat.

Viele von denen, die Krieg und Diktatur überlebten, blieben gezeichnet von den Spuren schrecklicher Erfahrungen.

Wir haben die Lektion der Geschichte gelernt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Frau Beck-Oberdorf [GRÜNE]: Offensichtlich nicht!)

Jene schlimmen Erfahrungen haben sich tief in das Gedächtnis und das Bewußtsein unseres Volkes eingegraben.

(Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: In Ibres aber nicht! – Gegenruf Dr. Waigel [CDU/CSU]: Eine Unverschämtheit!)

Waffen und militärische Stärke haben für uns keinerlei Faszinationskraft. Wir sind nicht raketensüchtig!

⁵⁸⁸ Aicher-Scholl, Inge: Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit! In: Vack, Hanne; Vack, Klaus (Hrsg.): *Mutlangen – unser Mut wird langen! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wg. „Nötigung“*. 4. Aufl., Sensbachtal 1987. S. 69.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: Raketenkanzler!)

Aber in einer friedlosen Welt müssen wir bereit sein, für die Sicherung unseres Friedens in Freiheit das Notwendige zu tun.

(Zuruf von den GRÜNEN: Kriegsbereit!)

Wir, die Deutschen, können nicht beiseite treten, um in einer Nische der Geschichte darauf zu hoffen, daß es anderen gelingen möge, den Frieden und unsere Freiheit zu sichern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dazu müssen wir auch selbst und persönlich unseren Beitrag leisten.

(Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: Deswegen stellen Sie neue Massenvernichtungsmittel auf!)

„... dem Frieden der Welt zu dienen“, wie es unser Grundgesetz, unsere Verfassung, vorschreibt, dies war und bleibt für uns stets politische Notwendigkeit und sittliche Pflicht.

Aber dieser Frieden in Freiheit hat seinen Preis.

(Zuruf von den GRÜNEN: Unser Leben!)⁵⁸⁹

In der gesamten Debatte war auffallend, wie stark Redner beider Seiten auf die deutsche Vergangenheit Bezug nahmen. In der politischen Mentalität der Bonner Republik war es ausgeschlossen, die Stationierung der Pershing-II und Cruise Missiles zu diskutieren, ohne auf historische Verweise und Analogien zurückzugreifen. Daß aus der Geschichte Lehren gezogen werden mußten, deren Befolgung verpflichtender Auftrag zu sein hatte, darüber bestand zwischen Stationierungsgegnern und –befürwortern ersichtlich Konsens. Wie dieser Auftrag allerdings im Einzelnen lautete, wie weit seine bindende Kraft reichte, und ob vor allem die Verpflichtung zur Bewahrung des Friedens oder die zu einem notfalls auch militärisch zu leistenden Widerstand gegen totalitäre Regime stärker zu gewichten sei, darüber gingen die Meinungen weit auseinander.

Die Friedensbewegung begründete ihre ablehnende Haltung gegenüber der Pershing II-Stationierung durchgehend mit der historischen Verpflichtung Deutschlands. So führte neben unzähligen weiteren Sprechern beispielsweise Gert Bastian die besondere Verantwortung der Deutschen an, um seiner Überzeugung Gewicht zu verleihen, daß die europäischen NATO-Länder ihre Unterstützung für den neuen Konfrontationskurs der USA gegenüber der UdSSR aufkündigen sollten:

⁵⁸⁹ Deutscher Bundestag: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages: Stenographischer Bericht der 35. Sitzung der 10. Wahlperiode* (21. November 1983). S. 2331C-2332A. Vgl. auch: Duve, Freimut (Hrsg.): *Die Nachrichtenstunde im Deutschen Bundestag: Protokoll einer historischen Entscheidung*. Reinbek bei Hamburg 1984. S. 31 f. Hervorhebung der Zwischenrufe durch den Autor.

Dabei sollten die Deutschen den Anfang machen. Ihre Verantwortung für das Desaster des Zweiten Weltkrieges und seine bis heute nicht überwundene Hinterlassenschaft in Europa begründet auch ihre besondere Verpflichtung, die ersten Schritte zur überfälligen Konfliktlösung nicht von anderen zu erwarten, sondern selbst zu tun.⁵⁹⁰

Auch Mitglieder der unabhängigen DDR-Friedensbewegung teilten die Auffassung von der besonderen Verantwortung der Deutschen. So sagte der Ost-Berliner Bischof Albrecht Schönherr in einer Rede auf der Jahrestagung der Gustav-Heinemann-Initiative 1982:

Ich schlage [...] vor, die besondere Gemeinschaft der Deutschen in den beiden deutschen Staaten unter ethische Kategorien zu fassen. Über allem, was uns gemeinsam betrifft, ist die Aufgabe, den Frieden zu erhalten und zu befestigen, die wichtigste. Alles, was wir aneinander und miteinander tun, ist diesem Ziel unterzuordnen. Was den Frieden destabilisiert, darf nicht geschehen. Dies können die anderen Völker nach dem Opfer von 50 Millionen Menschen, das wir Deutschen verursacht haben, von uns erwarten.

[...] Ein deutscher Staat ist nach dem Zweiten Weltkrieg unvergleichlich dazu verpflichtet, alles zu tun, daß kein Krieg mehr von deutschem Boden ausgeht.⁵⁹¹

Dies nahm den später von Helmut Kohl gebrauchten Begriff der „Verantwortungsgemeinschaft“ der beiden deutschen Staaten inhaltlich vorweg.

Da für die Öffentlichkeit die Gründe der Stationierung nur schwer nachzuvollziehen waren, entstand schnell die Überzeugung, dieser müßten andere Motive als die offiziell verlautbarten zugrunde liegen. Als deren wichtigstes wurde eine antikommunistische Kreuzzugsmentalität der bundesdeutschen und amerikanischen Eliten ausgemacht. So schrieb beispielsweise Volker O’Barden in einem Rundschreiben des in Rheinfeldern ansässigen Hochrhein-Friedenskomitees vom 29. Dezember 1983:

Nun – die „Volksvertreter“ haben gegen alle Vernunft und gegen den Willen und die Interessen der Mehrheit des Deutschen Volkes für die Aufstellung der neuen Massenvernichtungswaffen gestimmt. Mit diesem Votum wurde die Zukunft unseres Landes, Europas, ja der ganzen Welt, der gesamten Menschheit und aller künftigen Generationen in die Hände jener Weltkriegsstrategen gelegt, die sich in Wort und Tat auf den Endkampf zwischen „Gut und Böse“ vorbereiten.⁵⁹²

⁵⁹⁰ Bastian, Gert: *Frieden schaffen! Gedanken zur Sicherheitspolitik*. München 1983. S. 159.

⁵⁹¹ Schönherr, Albrecht: Kein Krieg mehr von deutschem Boden. In: Gustav-Heinemann-Initiative (Hrsg.): *Frieden – Aufgabe der Deutschen*. Stuttgart 1982. S. 30 f.

⁵⁹² Rundschreiben des Hochrhein-Friedenskomitees, unterzeichnet Volker O’Barden, vom 29. Dezember 1983. ASBB, Box 4.4.4, Mappe I.

Auch diese Einschätzung war erkennbar durch die deutschen historischen Erfahrungen geprägt. Daß Deutschland bereits zweimal von entweder fahrlässig leichtsinnigen oder aktiv kriegsversessenen Politikern und Militärs in vollkommen unnötige Kriege hineingetrieben worden war, war unbestreitbarer Fakt. Nun, so schien es, drohte sich dieses historische Muster zum dritten Mal zu ereignen. Den Amerikanern wurde dabei unterstellt, aufgrund der Erfahrungslosigkeit ihrer Geschichte, in der sie seit über einhundert Jahren keinen Krieg im eigenen Land mehr gehabt hatten, sowie ihrer geographischen Entfernung zum wahrscheinlichen Kriegsschauplatz Europa besonders verantwortungslos zu handeln. Der bundesdeutschen Regierung wurde vorgeworfen, sie handle im Jahr 1983 wie andere deutsche Obrigkeiten 1914 oder 1939. Der NATO-Doppelbeschluß wurde somit in einer Tradition aggressiver und militaristischer Politik verortet, sein defensiver Charakter als Propagandalüge ‚entlarvt‘.

In einer bezeichnenden Erzählung schilderte beispielsweise Rudolf Walter Leonhardt, zu diesem Zeitpunkt stellvertretender Chefredakteur der *Zeit*, wie ihm als Schüler Aufsätze über das Thema des *si vis pacem, para bellum* zu verfassen aufgetragen worden sei. Diesen Grundsatz wertete er als Tarnvokabel des nationalsozialistischen Regimes, um seine Rüstung zu rechtfertigen. Zumindest sei es ein rhetorischer Trick aller Militärs seit Vegetius' Tagen, um Rüstungsausgaben zu begründen, auch wenn für diese gar kein realer Anlaß bestehe. Leonhardt zog das Fazit: „Als [der Weltkrieg] zu Ende war, lebten von den zwanzig, die zusammen 1938 Abitur gemacht hatten, noch vier. Und diese vier schworen sich: Auf ‚si vis pacem, para bellum‘ fallen wir nicht wieder rein.“⁵⁹³ Diese von der Geschichte erwiesene Orientierung sei jedoch in kürzester Zeit wieder in Frage gestellt, die Bundesrepublik wiederbewaffnet und mit amerikanischen Raketenbasen versehen worden, und zwar abermals unter der Prämisse – bzw.: dem Vorwand –, daß diese Rüstung allein der Verteidigung diene. Sobald also, so die Implikation, eine kriegsversessene Obrigkeit im Feuer des von ihr entfachten Weltkrieges untergegangen war, tauche sofort die nächste auf, welche die einfache Bevölkerung prompt auf einen neuen Feind und eine neue, vorgeblich zur Verteidigung notwendige Rüstung einzuschwören beginne. Zwischen Angriffs- und Verteidigungsrüstung könne, so Leonhardt, gar nicht klar unterschieden werden.

⁵⁹³ Leonhardt, Rudolf Walter: Wenn du den Frieden willst... Zwei Schulaufsätze, 1933 und 1938, ein Interview 1945 und ein Gespräch 1945. In: *Die Zeit* (3. Juli 1981). Hier zitiert nach: Zitiert nach: Joffe, Josef (Hrsg.): *Friede ohne Waffen? Der Streit um die Nachrüstung*. München 1981. S. 91.

Somit sei ‚Nachrüstung‘ ein ‚Verwirr-Wort‘, wie auch die Bezeichnung der Kriegs- als Verteidigungsminister⁵⁹⁴. ‚Angriff‘ sage heute niemand mehr, es heie ‚Vorwrtsverteidigung‘ oder ‚Präventivmaßnahme‘ oder ‚Erstschlag‘.

Den Lehren aus der Geschichte wurde nun eine über die Pershing II-Stationierung noch weit hinausgehende Bedeutung zugeschrieben. Insbesondere für den an der Kritischen Theorie orientierten Teil der Linken stand fest, daß angesichts der epochalen Bedeutung der deutschen Vergangenheit, die unter gar keinen Umständen als bloße historische Episode betrachtet werden konnte, den daraus zu ziehenden Lehren ein paradigmatischer Status zukam. In letzter Konsequenz hatte sich jede Form menschlicher Existenz auf die historische Schlsselerfahrung von Auschwitz als zentralem Fluchtpunkt zu orientieren. Nun stellte es selbstverständlich für alle demokratischen – oder auch nur halbwegs anständig gesinnten – Kräfte einen historisch begründeten kategorischen Imperativ des politischen Handelns dar, eine Wiederholung der industriell betriebenen Menschenvernichtung im Dritten Reich unter allen Umständen zu verhindern. Stark umstritten war aber, wie weit man gehen müsse, um dieses Gebot zu erfüllen. Gemäß der auf Seiten der Linken vorherrschenden Denkfigur, daß die gesellschaftlichen Strukturen als primäre Verursacher von historischen Ereignissen zu betrachten seien, wurde aus dem Auftrag, bestimmte Entwicklungen zu verhindern, die positive Verpflichtung abgeleitet, eine Gesellschaft zu schaffen, in der bereits die grundstzlichsten und allgemeinsten Ursachen des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs beseitigt wären und keinerlei Form von Inhumanität mehr existierte. Jede weniger anspruchsvolle Interpretation mußte in dieser Denkart zu kurz greifen. So schrieb der Theologieprofessor Friedrich-Wilhelm Marquardt:

Daß die Maßstäbe der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse weder Eingang in unsere Rechtsprechung noch in das Ethos der Wissenschaften und Berufe gefunden haben und daß in unserem Teil Deutschlands auch die öffentliche Meinung davor abgeschirmt wurde, das kann uns nur um so hartnäckiger motivieren, Auschwitz als Vorzeichen zu behaupten, unter dem wir jedes weitere Leben und jede weitere gesellschaftliche Entwicklung begreifen müssen. Dies wird von der anderen Seite, der Zukunftsseite unseres historischen Horizonts unabweisbar. Selbst wenn man nicht von einem zukünftigen atomaren Holocaust sprechen will, um sich das sensible Unterscheidungsvermögen für historische Realitäten zu bewahren, das analogielose Verbrechen eines künftigen

⁵⁹⁴ Ebd., S. 81.

Atomkrieges – und wäre es nur ein einzelner sogenannter Atomschlag – ruft in unserer Generation als bisher einzige Analogie Auschwitz unvermeidlich in Erinnerung. Das aber muß jedenfalls dann die höchste Alarmstufe des theoretischen Bewußtseins auslösen und praktische Reaktionen zeitigen, wenn unsere Gesellschaft langsam, aber zielstrebig auf das analogelose Verbrechen vorbereitet wird. Dies geschieht zur Zeit.⁵⁹⁵

In einem ebenfalls aus Anlaß des Jahrestages der nationalsozialistischen Machtergreifung verfaßten Text führte der Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr dazu aus:

Am 30. Januar 1983 waren es fünfzig Jahre. Erst? Eine Unendlichkeit scheint es vergangen, obwohl es doch gerade noch den Alltag durchtränkte. Schon? Wo sind all die Versprechungen geblieben? Verwehrt? Hat man nicht eben von genocidartigem Mord in Vietnam, in Kambodscha, in Süd- und Mittelamerika, in Indonesien, in ... gelesen. Oh furchtbare Kette – als hätte es nie ein 1933 und ein 1945 gegeben, einen Anschauungsunterricht, strenger nicht zu denken. Als redeten die Menschen nur von Erfahrung und kippten sekundenschnell und umstandsgemäß ins Bodenlose ihrer eigenen, human ausgezehrten Interessen. [...] 1933 und die zwölf Jahre des „Tausendjährigen Reiches“, die folgten, 1933 und die Versäumnisse und Handlungen, die es geschehen ließen, lange voraus bereitend – sie haben wenig an Erfahrung heimgebracht. Sonst könnte man gar, wenn man es recht und nicht fröhlich vertuschend versteht, von einer *felix culpa* sprechen. Einer glücklichen Schuld, die uns 1945 und in all den Jahren danach, die uns in jeder Minute eine neue Chance eröffnet: Nie wieder! Und das heißt zugleich ganz anders.⁵⁹⁶

Mit diesem emphatischen „ganz anders!“ brachte Narr das Programm der radikalhumanistischen und basisdemokratischen Linken auf den Punkt. Solange die ganz andere und ganz neue Gesellschaft nicht verwirklicht war, bestand die Gefahr der Wiederholung des Geschehenen. Nur durch einen radikalen Bruch mit den bisherigen Gesellschaftsformen ließ sich ein erneuter Ablauf des historischen Schemas, ein neuer Holocaust, verhindern. Narr fuhr fort:

[D]iese Erfahrungslosigkeit nach 12 Jahren, während derer Jahrmillionen von Menschenleben von unsersgleichen ausgerottet wurden, die ist's, die deren alltägliche Grausamkeit und deren greulichen Alltag verdoppelt. Sie verlängert diese ins Heute, in die Zukunft. [...] Wissen wir doch angesichts von Faschismus und KZ als dem Ende humaner Organisation und der Atombombe wenig später als dem Ende humaner Existenz, daß, wenn nicht der Sprung des Glaubens, so doch der Sprung zu einer neuen Politik, ein radikal anderer

⁵⁹⁵ Marquardt, Friedrich-Wilhelm: Müssen Ärzte die Bevölkerung schonungslos aufklären? Zum Problem der Legitimation von Verweigerung. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985. S. 124.

⁵⁹⁶ Narr, Wolf-Dieter: Deutsche Unfähigkeit zu trauern. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): *Jahrbuch '83*. Sensbachtal 1984. S. 10-13.

Politikbegriff vonnöten ist, wenn wir diese „Enden“ durch neue Anfänge überstehen wollen.⁵⁹⁷

Da die Erkenntnis aus der Erfahrung erwuchs, entstand mit dem Vergehen der Geschichte, ihrer Umwandlung von einem prägenden Trauma in eine unverbindliche, lediglich abstrakte Erinnerung, die tödliche Gefahr der Wiederholung. Daraus ergab sich die eiserne Pflicht, die Vergangenheit lebendig zu erhalten. Man schuldete ihr, so Narr, tätige Erinnerung in jeder Stunde. Die zwölf Jahre des Dritten Reichs hätten als Zwang zur Reflexion institutionalisiert werden müssen. Dies bedeutete nun allerdings viel mehr, als nur die Verpflichtung, sich die Geschichte stets aufs neue ins Gedächtnis zu rufen. Vielmehr hieß *tätige* Erinnerung, daß das Dasein der Über- und Nachlebenden sich in seiner Gesamtheit an den Erfahrungen des Holocausts auszurichten hatte. Wenn dies nicht geschah, wenn also die neuen Anfänge nicht gemacht, das Ziel des ganz anderen Lebens, der ganz anderen Gesellschaft nicht erreicht wurde, dann war eine Wiederholung der Geschichte sicher. Dies führte Narr zu einer entschiedenen Kritik an der bundesdeutschen Erinnerungspraxis, die er als Musealisierung des Nationalsozialismus brandmarkte:

An Gedenktagen wird es in den nächsten zwölf Jahren nicht fehlen. Bis 1995. Man wird sich daran gewöhnen, wie man sich an die nationalsozialistische Vergangenheit gewöhnt hat. Im Frühnebel ihrerseits verbleichender bundesrepublikanischer Geschichte. Der Faschismus wird museal zum beschaulichen Ereignis. Angesichts der offiziell arrangierten Gedenktage des Jahres 1983 wäre schon jetzt eine andere „Unzeitgemäße Betrachtung“ „Über den Nutzen und Nachteil der Geschichte des Nationalsozialismus für das Leben der Bundesrepublikaner“ geboten. Dort wurde der Nationalsozialismus mißbraucht, um angesichts seiner Schrecknisse an die besonnte Gegenwart zu erinnern. Wie hat man's doch herrlich weit gebracht.⁵⁹⁸

Aufs Innigste wäre dagegen zu wünschen gewesen, so Narr weiter, es hätte 1945 eine andere Entnazifizierung stattgefunden, aus der eine andere Gesellschaft möglich geworden wäre. Statt dessen bestehe Kontinuität, die allerdings nicht so sehr im oft kritisierten nahtlosen Übergang von Tätern und Mitläufern in die neue, marktwirtschaftlich-demokratische Gesellschaft bestehe, sondern „in einer Politik und in einem Verhalten, die nicht am anderen Menschen, an seinen Rechten ausgerichtet ist“⁵⁹⁹. So hätten die Vorurteile gegen ausländische Arbeitnehmer und Asylsuchende,

⁵⁹⁷ Ebd., S. 13.

⁵⁹⁸ Ebd.

⁵⁹⁹ Ebd.

wie Narr in der etwas verklausulierten Form einiger rhetorischer Fragen implizierte, durchaus etwas mit der Vergangenheit des Dritten Reichs zu tun; ließe sich im Inneren ‚objektiver‘, also nicht normativ gebundener Wissenschaft „ein inhuman-brauner Kern ausmachen“⁶⁰⁰.

Indirekt ergänzt wurden Narrs Ausführungen durch Hans Christoph Buch, der den Deutschen des Jahres 1983 eine schulmeisterlich arrogante Haltung gegenüber dem Rest der Welt vorwarf⁶⁰¹. Dieser solle nun wieder einmal am deutschen, inzwischen historisch geläuterten und pazifistisch gewendeten Wesen genesen. Der Tonfall des moralischen Oberlehrers, welcher besonders gern auch gegenüber den Amerikanern angeschlagen werde, ließe sich nur auf der Grundlage des Glaubens aufrecht erhalten, daß man aus der Geschichte tatsächlich gelernt habe. Während sich diese scharfe Zurechtweisung nun zwar gegen die Friedensbewegung richtete, hielt Buch ganz im Sinne Narrs den Deutschen vor, sich allenfalls einzubilden, aus der Geschichte gelernt zu haben, während sie sich in Wahrheit in ihrer noch keinesfalls von den tieferen Ursachen des Nationalsozialismus geläuterten moralischen Mittelmäßigkeit bequem eingerichtet hätten.

In besonders drastischer Weise wurde die Sichtweise, nach der eine Wiederholung des Dritten Reichs unmittelbar bevorstand, schließlich von Teilnehmern der Blockaden in Mutlangen formuliert:

Die Bonner Regierung und ihre Helfer in Politik, Wirtschaft und Verwaltung wollen einfach nicht begreifen, welchen gefährlichen Kurs der weltweiten Konfrontation zwischen den Staaten sie mit der Ermächtigung (wie dem Ja zur Nato-Nachrüstung) an Präsident Reagan sie eingeleitet haben, hier bei uns in Deutschland den US-Amerikanern die Stationierung der Pershing II-Rakete zu gestatten. Die Geschichte hat uns genug gelehrt, was Vollmachten oder Ermächtigungsgesetze für alle Völker bedeuten können. Haben wir vergessen, wie durch ein Ermächtigungsgesetz Hitler an die Macht gekommen ist, wie alle bürgerlichen Freiheiten: Informations- und Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht einfach verboten wurden. Und was ist heute, 40 Jahre nach dem schrecklichsten Weltkrieg aller Zeiten? Parallelen: Wieder spitzt sich alles in Deutschland und in Europa unvermindert militärisch und politisch zu und wieder geht die Gefahr von Deutschland aus. Innenpolitisch gibt es bei uns zunehmend Probleme, Arbeitslosigkeit, Umweltprobleme, Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten. Zunehmend werden Berufsverbote ausgesprochen,

⁶⁰⁰ Ebd.

⁶⁰¹ Buch, Hans Christoph: Schulmeisterlich? In: Wagenbach, Klaus; Stephan, Winfried; Krüger, Michael; Schüssler, Susanne (Hrsgg.): *Vaterland, Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*. Berlin 1994. S. 355 f.

die Meinungsfreiheit eingeschränkt, bald wird das Demonstrationsrecht verschärft. Randgruppen und Ausländer benutzt man als Prügelknaben, um uns allen zu zeigen, wenn wir nicht treu brav den vom Staat vorgeschriebenen Kurs einhalten, wird es uns bald auch zu [sic!] ergehen. Man kriminalisiert Mitarbeiter der Friedens- Ökologie- Sozial- und Arbeiterbewegung. Daran ist abzusehen, wenn diese Entwicklung von uns allen nicht gestoppt wird, wohin die schreckliche Reise geht – in die Selbstvernichtung. Zweimal sind die verheerendsten Kriege von deutschem Boden ausgegangen und wir Deutsche sollten uns wirklich schämen, daß wir es wieder zulassen, daß diesmal von deutschem Boden aus die Vernichtung allen Lebens ausgehen soll. Erst die Vernichtung Deutschlands und seiner Nachbarstaaten, dann die Vernichtung Europas und zu guter Letzt die Vernichtung der Erde. Das ist atomarer, bakteriologischer, chemischer Raumschiff- und Satelliten-Krieg. Sie geben vor, unsere Freiheit zu verteidigen, sagen wir es doch einmal ehrlich, was ist das für eine Freiheit, wo es nach einem Atomkrieg keinen Menschen mehr geben wird, der die Freiheit noch bewußt erleben kann, wo alles verseucht und zerstört ist? Wir Deutschen sollten uns einfach weigern, nach zwei so schrecklichen Kriegen, die von deutschem Boden ausgegangen sind, in der atomaren Abschreckungsplanung mitzumachen und im Osten und Westen unseres Landes es nicht zuzulassen, daß die atomare Vernichtung für die ganze Menschheit von deutschem Boden ausgeht. Wir wollen und verlangen, verschwindet aus Deutschland und Europa mit eurer Vernichtungsstrategie, das gilt gleichermaßen für den Osten wie für den Westen.⁶⁰²

Die Friedensbewegung wie auch die Alternativbewegungen insgesamt sahen somit den historischen Auftrag Deutschlands als gänzlich unerfüllt an. Die erfolgte Rückkehr zum bloßen moralischen Normalzustand westlicher kapitalistischer Gesellschaften bedeutete in ihrer Perspektive ein vollständiges Versagen. Und da die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen im Jahr 1983 in dieser Sichtweise nichts weiter war, als die Wiederholung der Machtergreifung im Jahre 1933 – was die Mutlanger Blockierer in unnachahmlicher Verknappung mit den drei Worten „Pershing macht frei!“⁶⁰³ ausdrückten – so war auch der Widerstand gegen jene nichts anderes, als die tätige Wiederholung des Widerstands gegen das nationalsozialistische Regime. Die Mutlanger Denkschrift fuhr fort:

Wir müssen und werden der Regierung in Bonn zeigen, daß ihre Politik in allen Bereichen gescheitert ist und daß, wenn eine Umkehr nicht bald erfolgt, wir in die Vernichtung allen Lebens treiben. Wir werden es nicht zulassen, daß sie ihre Mißachtung durch atomare Vernichtungswaffen allen Lebenden

⁶⁰² Schmidt, Wilfried et al.: *Mutlanger Denkschrift im Frühling 1984*. Archiv Aktiv Hamburg, unverzeichneter Bestand.

⁶⁰³ Vgl. Nick, Volker; Scheub, Volker; Then, Christof: *Mutlangen 1983-1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung*. Mutlangen und Tübingen 1993.S. 19, 31 und 137.

gegenüber noch als Erfolg hinstellen werden. Wir werden ihnen zeigen, daß wir keine Angst mehr in ihrem Sinne haben. Ehrfurcht vor allem Leben haben wir sowieso. Ob sie uns nun verhaften oder durch ihre Staatsdiener zusammentreiben lassen, um uns zu schlagen, zu packen oder uns in Transporter zu verladen. Sie müssen merken, daß wir bereit sind, einer für den anderen einzustehen und ins Gefängnis zu gehen. Denn einer Politik der Massenvernichtung unseres Volkes und anderer Völker durch Atomraketen wie es die Pershing II und die SS 20-Serien sind, müssen wir unseren entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Wir sprechen der Bonner Regierung, der US-amerikanischen Regierung und der sowjetischen Regierung das Recht ab, über unser aller Leben und somit über das Leben auf dem ganzen Erdball zu bestimmen und zu entscheiden, dafür fehlt ihnen jede sittliche, moralische, religiöse und menschliche Voraussetzung und somit das Recht, über uns zu verfügen.⁶⁰⁴

Hier wurde die Deportation der Juden im 3. Reich zum Bezugspunkt persönlicher Identifikation. Die Polizeitransporter des Jahres 1983 erschienen als Neuauflage der Viehwaggons des Jahres 1943.

Wie bereits im Fall der Übertragung von Vorstellungen aus dem Ersten Weltkrieg auf das nukleare Wettrüsten hatten sich auch hier bestimmte Denkschemata verfestigt, die bei der Deutung aktueller Entwicklungen immer wieder zur Anwendung gebracht wurden. Beim Komplex von Überwachung und Bürgerrechten lieferten Orwells fiktionale Dystopie sowie die realen Erfahrungen des NS-Regimes die Interpretationsvorlagen. In den Anklagen, die die Bundesrepublik des Jahres 1983 mit dem nationalsozialistischen Regime bzw. mit Orwells ‚Ozeanien‘ gleichsetzten, zeigte sich eine fallweise sehr weitgehende Überlagerung der Wirklichkeit durch diese paradigmatischen Erzählungen. Somit ließen sich auf verschiedensten Feldern der Gesellschaftskritik starke Kontinuitäten feststellen, in denen zu Topoi verfestigte Erklärungsmuster kontinuierlich zur Interpretation aktueller Ereignisse herangezogen wurden. Es handelte sich mithin um einen fest etablierten Diskurs, der aus sich selbst heraus Aussagen produzierte, die von ihrem eigentlichen Gegenstand, d. h. den kritisierten politischen Verhältnissen, relativ unabhängig waren.

Das Feindbild der Obrigkeit, die aus ignoranter Borniertheit, aus falsch verstandener nationaler Ehre, aus einem fanatischen Antikommunismus oder aus simplen Profitinteressen heraus die ihr untergeordnete Bevölkerung in den Krieg treibe, verstärkte naturgemäß die Koppelung der Begriffe von Frieden und Widerstand. Da die als Kriegstreiber verschrieenen Eliten gedanklich mit dem nationalsozialistischen

⁶⁰⁴ Schmidt et al., *Mutlanger Denkschrift*.

Regime gleichgesetzt wurden, lag die Identifikation der Friedensbewegung mit dem Widerstand gegen jenes nahe. Diese historische Folie, vor deren Hintergrund sich die gegen die Bundesregierung Widerstand Leistenden mit den Widerstandskämpfern gegen das 3. Reich identifizierten, wurde in den Schriften der Friedensbewegung ununterbrochen bemüht, worin sich der Wunsch einer rückwirkenden Teilhabe an einem heroischen Unternehmen ausdrückte. Man wollte in der Tat, wie es der in der Einleitung zitierte Robin Detje formuliert hatte, den Zweiten Weltkrieg rückwirkend doch noch verhindern. Daneben war die Friedensbewegung selbstverständlich auch bestrebt, den Mythos des Widerstands als politisches Kapital zu nutzen. Diese persönliche Identifikation der Aktivisten mit der Vergangenheit gemahnte erneut an Thomas Mann, der in seinem Josephsroman *Figuren* schilderte, die, bedingt durch ein narratives und zirkuläres Geschichtsverständnis, nicht genau wußten, wer sie waren, d. h. nicht scharf zwischen sich selbst und den Gestalten der Überlieferung unterschieden und diese somit gedanklich einbezogen, wenn sie „ich“ sagten. Aus den starken historischen Parallelisierungen ergab sich eine verwaschene, von der Vergangenheit überlagerte Konzeption von Identität.

In der Stationierungsdebatte erhoben allerdings mehrere Publizisten energischen Einspruch gegen die Gleichsetzungs- und Identifikationsrhetorik. Beispielsweise bemerkte Horst Ehmke bereits zu den Auseinandersetzungen um die Startbahn West, wer in ihrem Zusammenhang das Wort Widerstand benutze, beleidige die Widerstandskämpfer gegen das Dritte Reich. Wolf-Dieter Narr wies diese Kritik empört zurück. Sie sei erstens sachlich falsch und erfülle zweitens den Tatbestand der Rechtfertigungsideologie⁶⁰⁵. Dagegen vertrat wiederum Carola Stern entschieden den Standpunkt, die Gleichsetzung des Nachrüstungsbeschlusses des 21. Novembers 1983 mit dem 30. Januar 1933 ginge völlig in die Irre⁶⁰⁶. Es dürfe auf gar keinen Fall vergessen werden, daß der Konflikt um die Stationierung einer zwischen Demokraten sei. Überdies sei sie darüber besorgt, daß die Anhänger der Protestbewegungen in zunehmendem Maße dazu neigten, ihren Widerstand nicht als Opposition gegen die Regierung, sondern als Kampf gegen den Staat zu definieren. Anstatt das Mehrheits-

⁶⁰⁵ Vgl. Narr, Wolf-Dieter: Gewaltfreier Widerstand um der Demokratie und des Friedens willen. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V. (Hrsg.): *Demonstrationsrecht und gewaltfreier Widerstand: Argumente zur aktuellen Diskussion*. Sensbachtal 1983 (Selbstverlag). S. 34.

⁶⁰⁶ Stern, Carola: Die Mehrheiten verändern! In: Meyer, Thomas; Miller, Susanne; Strasser, Johano (Hrsgg.): *Widerstandsrecht in der Demokratie: Pro und Contra*. Köln 1984. S. 170.

prinzip zu verwerfen, gelte es vielmehr, sich der Herausforderung zu stellen und zu versuchen, parlamentarische Mehrheiten zu erringen⁶⁰⁷.

c) *Legalität und Legitimität: Die Debatte um ein Recht auf Widerstand*

In der Debatte um ein Recht auf Widerstand standen sich zwei Rechtsauffassungen unversöhnlich gegenüber. Nach dem Standpunkt der bundesdeutschen Justiz liefen die Argumente der Friedensbewegung bezüglich eines ‚Rechts auf Widerstand‘ auf den Versuch hinaus, den Anhänger einer bestimmten politischen Gesinnung – eben der pazifistischen – ein Recht auf straflosen Rechtsbruch und somit einen gegenüber allen anderen politischen Strömungen privilegierten Status zu schaffen. In dieser Sichtweise versuchte die Friedensbewegung, ihre eigenen Werte in den Rang der politischen Grundordnung zu erheben, so daß das Regierungshandeln auf ihre strikte Beachtung festgelegt worden, und im Umkehrschluß immer dann, wenn es ihnen nicht entsprach, Widerstand erlaubt gewesen wäre. Die Friedensbewegung unternahm demnach den Versuch, ihre partikularen politischen Vorstellungen unter eklatanter Mißachtung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durchzusetzen.

Auf der anderen Seite warf die Friedensbewegung der Regierung vor, sie überschreite erstens mit der Stationierung von Nuklearwaffen ihre Befugnisse, da sie gegen eindeutige Verfassungsgebote verstoße, sie verletze zweitens in eklatantester Weise ihren verfassungsgemäßen Kernauftrag, das Wohl der Bevölkerung sicherzustellen, und sie definiere drittens völlig gewaltfreie Formen des symbolischen politischen Widerstands als Gewalt, womit sie sich einer politischen Instrumentalisierung der Rechtsprechung schuldig mache. Darin erweise sich überdies die Justiz der Bundesrepublik als willfährige Erfüllungsgehilfin der Exekutive.

Ein wesentlicher Unterschied lag damit in der Bestimmung des Kriteriums, das über die Legitimität politischer Entscheidungen entschied: ihrem *Inhalt* oder ihrer *Genese*, also dem Prozeß, aus dem sie hervorgegangen waren. Günther Grass wies in seiner oben vorgestellten Paulskirchenrede darauf hin, daß im 20. Jahrhundert gleich zweimal demokratische Verfassungen unter Beachtung der formalen Legalität ausge-

⁶⁰⁷ Ebd., S. 171.

hebelt worden waren, was die Bedeutung Letzterer in seiner Sicht entscheidend minderte. Entsprechend argumentierten die Befürworter des Zivilen Ungehorsams, das entscheidende Kriterium bei der Beurteilung der Rechtmäßigkeit politischer Entscheidungen sei nicht so sehr in ihrer Übereinstimmung mit dem Buchstaben des Gesetzes und der Verfassung zu sehen, sondern in ihrer inhaltlichen Substanz. Falls sie gegen die von den alternativen Kräften als essentiell begriffenen übergesetzlichen Normen verstießen, war demzufolge die Art ihres Zustandekommens gänzlich irrelevant. Indem Grass sich diesen Standpunkt zu eigen machte, schloß er sich der Forderung der Friedensbewegung nach einer Einschränkung des Mehrheitsprinzips durch normative Grenzen an, über die sich auch ein demokratisch gewählter Gesetzgeber auf keinen Fall hätte hinwegsetzen dürfen, selbst wenn seine Entscheidungen sich in dem durch die Verfassung gezogenen Rahmen bewegten. Diesem Standpunkt zufolge war es entschieden nicht ausreichend, eine Entscheidung allein durch das Verfahren, durch das sie ihr zustande gekommen war, zu legitimieren.

Eine ausführliche Begründung des Widerstandsbegriffs lieferte abermals Wolf-Dieter Narr vom Komitee für Menschenrechte und Demokratie. Er eröffnete seine Überlegungen mit der Feststellung: „Widerstand ist Menschenrecht“⁶⁰⁸, womit er sich explizit in eine naturrechtliche Tradition stellte. Zur Fundierung seiner Kritik an der herrschenden Auffassung des Widerstandsrechtes – die seiner Ansicht nach eher einer Negation desselben gleichkam – skizzierte Narr kurz seine Auffassung der Positionen demokratischer Staatsrechtler, insbesondere Otto Kirchheimers. Diesem zufolge zeichne sich der moderne Staat dadurch aus, daß er keinerlei über seiner jeweiligen Rechtsordnung stehende Normen mehr anerkenne; jedenfalls keine rechtssetzender Natur. In der parlamentarischen Republik sei daher ausschließlich die Legalität des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens konstitutiv für seine Legitimität. Das Widerstandsrecht sei somit auf einen Katalog konstitutioneller Freiheitsrechte reduziert worden. Ein Widerstandsrecht im alten Sinne, das sich auf aus- und übergesetzliche Normen beziehe, gebe es daher schlicht nicht mehr.

Beim in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verankerten Widerstandsrecht handele es sich dementsprechend keineswegs um ein Recht auf Widerstand gegen eine zwar legal zustande gekommene, aber illegitim handelnde Regie-

⁶⁰⁸ Narr, *Gewaltfreier Widerstand*, S. 22.

nung, sondern lediglich um einen systemkonformen Widerstand gegen systemantagonistische Kräfte, also einen Widerstand der Loyalen gegen die Illoyalen. Dieser dürfe zudem auch nur in dem Fall durch die Bürger selbst geleistet werden, wenn die Institutionen und ausführenden Organe des Systems dazu nicht mehr in der Lage seien. Damit, so folgerte Narr unter Verweis auf Gustav Radbruch, gelte der Grundsatz: Gesetz ist Gesetz; in genau dem Sinne, wie für den Soldaten gelte, daß Befehl eben Befehl und als solcher unbedingt zu befolgen sei⁶⁰⁹. Der Rechtspositivismus beruhe damit auf einer Position, die in blinder Autoritätshörigkeit jegliche inhaltliche Überprüfung von Gesetzen ablehne und somit auf einer Stufe mit der Haltung von Schreibtischtätern wie Adolf Eichmann stehe⁶¹⁰. Gerade in solchen polemischen Äußerungen zeigte sich erneut, wie leichtfertig viele Aktivisten der Friedensbewegung ihre politischen Gegner mit Nazivergleichen überzogen. Wie Grass forderte Narr, die Legitimation durch Verfahren auf keinen Fall als das einzige Kriterium für Legitimität bestehen zu lassen⁶¹¹. Vielmehr müßten zwingend normativ begründete Zielkriterien gesetzt werden, an denen die Ergebnisse des politischen Entscheidungsprozesses zu prüfen und, so die Implikation, gegebenenfalls zu verwerfen seien. Auch Narr bestand somit auf einer Einhegung des Mehrheitsprinzips durch enggezogene normative Grenzen.

Wer nun ein Widerstandsrecht begründen wolle, daß sich auf übergesetzliche Normen berufe, der, so Narr weiter, müsse sich mit der historischen Erfahrung auseinandersetzen, daß solch eine Konstruktion bereits dazu benutzt worden sei, demokratische Verfassungen auszuhebeln. Der repräsentativ organisierte Mehrheitsstaat berufe sich im übrigen schon selbst auf ein Art ‚Geist der Gesetze‘, indem er „ein Konstrukt, genannt ‚freiheitlich demokratische Grundordnung‘“ benutze, um „bestimmte Elemente der Verfassung vor anderen hervorzuheben“⁶¹². Da beispielsweise an der kapitalistischen Organisation der Wirtschaft nicht gerüttelt werden dürfe, habe der Staat seinen eigenen Grundsatz der Begründung von Legitimität allein aus dem legalen Verfahren heraus klammheimlich bereits aufgegeben. Neben der geschriebenen sei somit eine zweite, ungeschriebene Realverfassung entstanden, welche der Ersteren prinzipiell übergeordnet sei. Darüber hinaus gebe es grundsätzlich im par-

⁶⁰⁹ Ebd., S. 24.

⁶¹⁰ Ebd., S. 26.

⁶¹¹ Ebd., S. 36.

⁶¹² Ebd., S. 30.

lamentarischen System angelegte Faktoren, welche ein Funktionieren des Parlaments und der Wahlen im Sinne der Herstellung von Übereinstimmung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten unmöglich mache. Die parlamentarische Demokratie könne somit ihr zentrales Versprechen, daß nämlich das Parlament stets die Meinungen des kollektiven Souveräns, also des Volkes, in kondensierter Form abbilde, von vornherein nicht erfüllen.

Bei diesen Faktoren handele es sich, so Narr, erstens um die Tatsache, daß einmal getroffene Entscheidungen der Revision entzogen und sozusagen verewigt würden. Dies geschehe sowohl aufgrund der Tendenz jedes Systems, den eigenen Entscheidungen unaufhebbare Richtigkeit zuzusprechen, als auch der Tatsache, daß bestimmte Entscheidungen wie z.B. der Einsatz von Atomwaffen, aber auch eine industrielle Wirtschaft mit ihrem Verbrauch natürlicher Ressourcen, schlicht ihrer Natur nach irreversibel seien. Zweitens mangle es zahlreichen Interessen auch an der Möglichkeit, sich zu organisieren, wodurch sie von vornherein anderen Interessen, wie etwa denen der Wirtschaftsverbände, strukturell unterlegen seien. Insofern gelte eindeutig, daß es sich bei der Annahme eines im Sinne der Theorie repräsentativer Demokratie funktionsfähigen Parlamentes lediglich um ein Konstrukt handele⁶¹³. Im Augenblick des Streits um den NATO-Doppelbeschluß befinde sich die Bundesrepublik Deutschland, so Narr, daher „in einer freilich mit allen Herrschaftsmitteln verdeckten ‚konstitutionellen Krise ersten Ranges‘“⁶¹⁴. Insofern sei zumindest das Kriterium des im Grundgesetz festgelegten Widerstandsrechtes eindeutig erfüllt, daß eine Abhilfe gegen die Bedrohung der Verfassungsgrundsätze durch andere Mittel als den gewaltlosen Widerstand unmöglich sei.

Einige der von Narr angesprochenen Punkte fanden sich auch in den Verteidigungsreden der Aktivisten wieder, die das Mutlanger Raketendepot blockiert hatten und sich dafür vor dem Amtsgericht Schwäbisch Gmünd verantworten mußten. Die Angeklagten begründeten ihren Widerstand dabei mit einer Reihe von Rechtfertigungsmustern. Auffallend war zunächst, welche große Rolle autobiographischen Schilderungen zukam. Viele Blockierer leiteten ihren Entschluß zur Teilnahme an den Blockaden aus ihrer gesamten Lebenserfahrung ab und legten daher vor Gericht

⁶¹³ Ebd., S. 38.

⁶¹⁴ Ebd., S. 39.

ausführlich ihren Lebenslauf und ihre innere Hinwendung zum Pazifismus dar⁶¹⁵. Gerade ältere, noch zur Kriegsgeneration gehörenden Personen machten geltend, man wolle angesichts der überwältigenden Gefahr des Nuklearkrieges die eigene Passivität endlich überwinden, nachdem man ein Leben lang politischen Entwicklungen mehr oder minder teilnahmslos zugesehen habe. Luise Olsen (Jahrgang 1922) führte etwa aus: „Nach zwei verheerenden Kriegen und unvorstellbaren Verbrechen gegen die Menschheit darf ich weder der Regierung blindlings vertrauen noch ihr allein die Sorge um unser Wohl abverlangen.“⁶¹⁶

Zu den fast durchgehend vorgebrachten Argumenten gehörte vor allem die Feststellung, daß die neuen Mittelstreckenraketen die Kriegsgefahr praktisch bis zur Gewißheit steigern würden. Der politische Widerstand gegen ihre Stationierung sei daher nichts anderes als Notwehr, die Situation eines akuten übergesetzlichen Notstands, der nach dem Grundgesetz Widerstandshandlungen rechtfertige, sei eindeutig gegeben⁶¹⁷. Daneben verstießen Nuklearwaffen, die von vornherein auf die Zivilbevölkerung abzielten bzw. diese unweigerlich auch treffen müßten, gegen die Genfer Konvention und seien daher schon an sich völkerrechtswidrig⁶¹⁸. Außerdem verletze die Bundesregierung mit ihrer Zustimmung zu einem Waffensystem wie der Pershing II, das ganz offensichtlich zum Angriff konzipiert sei, das im Grundgesetz verankerte Verbot eines Angriffskrieges und begehe somit Verfassungsbruch⁶¹⁹.

Der Politikwissenschaftler Andreas Buro schließlich hielt vor Gericht eine Verteidigungsrede, die geradezu einer Vorlesung gleichkam⁶²⁰. Darin beschrieb er die Neuen Sozialen Bewegungen und die von ihnen angestrebten politischen und gesellschaftlichen Veränderungen als einen Prozeß sozialen Lernens. Dies war insofern aufschlußreich, als er damit die angestrebten politischen Veränderungen in ein Fort-

⁶¹⁵ Vgl. dazu die Reden von Luise Olsen, Hanne und Klaus Vack in: Vack, Hanne; Vack, Klaus (Hrsg.): *Mutlangen – unser Mut wird langem! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wg. „Nötigung“*. 4. Aufl., Sensbachtal 1987.

⁶¹⁶ Olsen, Luise: Mein Entschluß hat lange reifen müssen. In: Vack, Hanne; Vack, Klaus (Hrsg.): *Mutlangen – unser Mut wird langem! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wg. „Nötigung“*. 4. Aufl., Sensbachtal 1987. S. 16.

⁶¹⁷ So Luise Olsen: „der möglichen Vernichtung der Welt kommt ja wohl kein Notstand gleich.“ Ebd., S. 17. Hanne Vack sprach von einem „Wettlauf um das Leben“, wobei sie das Leben an sich meinte. Ebd., S. 26. Inge Aicher-Scholl führte aus, sie habe versucht, „ein unüberbietbares Übel aufzuhalten, nämlich den Selbstmord der Menschheit.“ Ebd., S. 69.

⁶¹⁸ So etwa die Argumentation von Martin Singe in ebd., S. 40; Günter Fuchs, ebd. S. 43; Helga Einsele, ebd. S. 56.

⁶¹⁹ So Klaus Vack in ebd., S. 94 f.

⁶²⁰ Buro, Andreas: Betroffenheit und soziale Lernprozesse. In: ebd. S. 27-34.

schrittsmodell einfügte. Indem Büro für die von ihm gewünschten gesellschaftlichen Veränderungen den Begriff des Lernens verwandte, implizierte er, es werde nicht einfach eine andere Richtung eingeschlagen, sondern etwas objektiv Schlechteres durch etwas objektiv Besseres und Richtigeres ersetzt. Gleichzeitig charakterisiert er die konventionelle Politik von vornherein als ungenügend und rückständig.

Versuchte man nun, diese vielfältigen Argumente für und wider das Recht auf Widerstand kritisch zu würdigen, so ergab sich ein differenziertes Gesamtbild. Zugunsten der Aktivisten der Friedensbewegung ließ sich zunächst einmal sagen, daß die Abwägung der Rechtsgüter in der Tat zu ihren Gunsten hätte ausfallen müssen, falls eine durch das Regierungshandeln hervorgerufene Gefahr der Vernichtung der Bundesrepublik tatsächlich bestanden hätte. Der Bewahrung der das Rechtswesen tragenden Gesellschaft an sich kam selbstverständlich eine weit höhere Priorität zu, als der Beachtung einzelner Rechtsvorschriften. Der springende Punkt war somit der konkrete Nachweis, daß diese Gefahr tatsächlich bestand. Der Unterschied zwischen der Sichtweise der Justiz und derjenigen der Blockierer lag, anders ausgedrückt, darin, daß Erstere den Streit um die Stationierung als eine politische Auseinandersetzung wie jede andere auch behandelte und auf dem Grundsatz beharrte, daß der Einsatz von Blockaden in einem solchen eine unzulässige Störung des Rechtsfriedens darstelle⁶²¹, während er für die Blockierer ein Kampf von existentieller Bedeutung war. Weiterhin sprach für sie, daß die Verurteilungen wegen Nötigung nach § 240 StGB nur auf einer schwachen juristischen Grundlage standen. Sie wurden im weiteren Verlauf mehrfach vom Bundesverfassungsgericht überprüft, 1986⁶²² und 1987⁶²³ bestätigt, 1990⁶²⁴ eingeschränkt und 1995⁶²⁵ schließlich verworfen, wobei mehrere dieser Entscheidungen mit einer Stimmengleichheit von vier zu vier gefällt wurden, was deut-

⁶²¹ Vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Juli 1987, BVerfGE 76, S. 211–219. Bereits das Oberlandesgericht Stuttgart hatte festgestellt, daß den Gerichten eine Bewertung des politischen Gehalts von Protesten, die sich je nachdem strafverschärfend oder strafmindernd auswirken könnten, nicht zustehe. Die Justiz hatte sich nach dieser Rechtsauffassung jeder politischen Bewertung strikt zu enthalten. Zur Frage der Berücksichtigung des mit einer Blockade angestrebten Zwecks vgl. Eser, Albin: Irritationen um das „Fernziel“: Zur Verwerflichkeitsrechtsprechung bei Sitzblockaden. In: Töpfer, Bernd (Hrsg.): *Wie würden Sie entscheiden? Festschrift für Gerd Jauch zum 65. Geburtstag*. München 1990. S. 35–53.

⁶²² BVerfGE 73, 206–261. Dabei stellte bereits diese erste Entscheidung lediglich fest, daß eine Wertung von Sitzblockaden als gewaltsamer Nötigung nicht gegen die Verfassung verstoße. Damit wurde demzufolge nicht gesagt, daß Sitzblockaden zwingend als Nötigung zu betrachten seien, womit vom Bundesverfassungsgericht ein richterlicher Ermessensraum anerkannt wurde.

⁶²³ BVerfGE 76, 211–219.

⁶²⁴ Vgl. NJW 1991, 971.

⁶²⁵ BVerfGE 92, 1–25.

lich zeigte, wie sehr die juristische Fachmeinung gespalten war. Bei beiden bestimmende Elemente des Nötigungsparagraphen, einmal der Verwerflichkeit der Tat und zum anderen ihrem Charakter als Gewaltanwendung, war es höchst umstritten, ob sie bei den Blockaden in Anwendung zu bringen seien. Speziell ging es dabei um die Frage, ob der durch eine Blockade auf die Blockierten ausgeübte psychologische Zwang als Gewalt gewertet werden konnte. Die Mutlanger Blockierer wiesen darauf hin, daß derlei psychische Zwänge im Strafrecht nur höchst selektiv als Gewaltanwendung betrachtet wurden und somit die Rechtsprechung in diesem Punkt inkonsistent war⁶²⁶. Nach ihrem eigenen Gewaltverständnis konnte psychischer Zwang zwar selbstverständlich eine Form von Gewalt sein, allerdings nur dann, wenn er in der Androhung einer Schädigung oder dem Vorenthalten eines Gutes bestand. Der Druck, der sich daraus ergab, daß jemand bei der Fortführung seiner Tätigkeit vor die Notwendigkeit gestellt wurde, *andere* zu verletzen und so gegen sein Gewissen und sein menschliches Empfinden zu handeln, war dagegen nach pazifistischer Auffassung ein völlig legitimes Mittel, ja geradezu der Königsweg zur Negation der Gewalt. Der Einsatz dieser speziellen Variante psychischen Zwangs stellte demnach für Pazifisten gerade keinen Selbstwiderspruch dar. Jemanden zu zwingen, auf andere Menschen Rücksicht zu nehmen, konnte unter gar keinen Umständen Gewalt sein.

Das Bundesverfassungsgericht folgte dem in seinem ersten Urteil jedoch nicht, und zwar unter der seit dem „Laeppele-Urteil“ von 1969 etablierten Begründung, daß die Herstellung einer Situation, in der bei Fortführung einer Handlungsweise eine Selbstschädigung erfolgen mußte, die ein gegen das eigene Gewissen verstoßendes Handeln darstelle, genauso Gewalt sei, wie die direkte Androhung einer Schädigung⁶²⁷. In der bundesdeutschen Rechtsprechung hatte sich damit ein „vergeistigter“

⁶²⁶ Vgl. hierzu den Überblick über die Rechtsprechung bei Ermer, Thomas: *Politisch motivierte Sitzblockaden als Problem der strafbaren Nötigung*. (Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 143) München 1987. S. 9-42. Interessanterweise wurde diese Feststellung eines überdehnten und inkonsistenten Gewaltbegriffs in der Rechtsprechung auch von verschiedenen Gerichten getroffen, so den Amtsgerichten Reutlingen, Frankfurt a. M. und Nürnberg. Als juristisches Gegenargument wurde vorgebracht, der unterschiedliche Gewaltbegriff, der bei Fahrbahnblockaden einerseits und beispielsweise Sexualdelikten andererseits angewandt wurde, begründe sich aus den unterschiedlichen Rechtsgütern. Vgl. ebd., S. 16 f. sowie S. 132-136.

⁶²⁷ Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11. November 1986. Vgl. außerdem die sehr detaillierte und aufschlußreiche Darstellung der rechtshistorischen Entwicklung in der Interpretation bestimmter Druckmittel als ‚Gewalt‘ in Quint, Peter E.: *Civil Disobedience and the German Courts: The Pershing missile protests in comparative perspective*. (The University of Texas at Austin Studies in Foreign and Transnational Law) London und New York 2008. S. 65-75.

Gewaltbegriff etabliert⁶²⁸, der ironischerweise mit der extensiven Definition von Gewalt durch pazifistische Theoretiker durchaus konform ging, in der politischen Praxis nun aber gegen die Friedensbewegung angewandt wurde. In seiner letzten diesbezüglichen Entscheidung vom 10. Januar 1995 nahm das Bundesverfassungsgericht schließlich die weite Definition von Gewalt wieder zurück, als es feststellte, daß der Gewaltbegriff in der Tat überdehnt werde, wenn man ihn auf ansonsten gewaltfreie Sitzblockaden beziehe. Für die Blockierer sprach weiterhin, daß der Gesetzgeber eine Berücksichtigung des Tatziels und –motivs explizit im Strafrecht vorgesehen hatte. Der politische Gehalt der Blockaden, der in der Bewahrung des Friedens und somit in der Sicherung eines auch von der Verfassung anerkannten hohen Rechtsgutes bestand, konnte daher in der Tat strafmildernd gewertet werden.

Dagegen war an der Forderung nach einem „Recht auf Widerstand“ vieles problematisch. Nach den Vorstellungen von Narr, Grass und anderen, die das Mehrheitsprinzip durch sehr viel engere normative Grenzen als bisher beschränken wollten, wäre die Reichweite der extrakonstitutionellen Normen so weit ausgedehnt worden, daß diese selbst den Bruch von Gesetzen gerechtfertigt hätten. Dies hätte in bedeutet, eine Meta-Verfassung zu etablieren, beziehungsweise, mit Narrs eigenem Ausdruck, eine „zweistufige Legalität“⁶²⁹, bei der es über dem geschriebenen Gesetz noch ein zweites, ungeschriebenes gegeben hätte. Eine solche Meta-Verfassung hätte dabei noch nicht einmal die an jede Rechtsvorschrift zu stellende Minimalforderung der Kodifizierung erfüllt, die gewährleistete, daß für jedermann klar und eindeutig zu erkennen war, welche Gesetze denn nun eigentlich galten. Es mutete recht seltsam an, wenn Narr die Verfassungsinterpretation, nach der das Grundgesetz auf einer Werteordnung basierte, als „Konstrukt“ kritisierte, denn seine eigene Argumentation lief ja gleichfalls auf genau eine solche normative Ordnung hinaus. Daher ergab sich der starke Eindruck, daß Narr gegen die Etablierung eines „Geistes der Gesetze“ an sich gar nichts einzuwenden hatte, sondern nur gegen dessen aktuellen Inhalt, zum Beispiel gegen die von ihm selbst erwähnte Festlegung der ökonomischen Ordnung der Bundesrepublik auf eine Marktwirtschaft. Nicht die formende Anleitung des politischen Prozesses durch normative Grenzziehungen störte ihn und die anderen alternativen Theoretiker, sondern daß deren Inhalt nicht ihrer eigenen ökologischen, pa-

⁶²⁸ Vgl. ebd., S. 75.

⁶²⁹ Narr, *Gewaltfreier Widerstand*, S. 30.

zifistischen und sozialistischen Grundhaltung entsprach. Damit zeigte sich erneut, daß der Streit um die Nachrüstung eigentlich nur eine Instanz in einem viel größeren Streit um die politische Identität der Bundesrepublik war. Der Alternativbewegung ging es darum, über die Etablierung einer bestimmten Verfassungsinterpretation eine Verschiebung des politischen Systems in Richtung ihrer Utopie zu erreichen.

Weiterhin stellte sich die Frage, welche Normen dieses Fundament der Verfassung bilden sollten, woraus diese sich herleiteten, und welche Gesetzesverstöße genau durch sie gedeckt seien. Durch eine vage, gleichzeitig aber mächtige normative Basis wäre einem erbitterten Interpretationsstreit Tür und Tor geöffnet und jede Rechtssicherheit zerstört worden. Es ergab sich, wie auch Narr feststellte, die Gefahr, daß dann das Mittel des Zivilen Ungehorsams von politisch reaktionären Kräften „enteignet“ und zu antidemokratischen Zwecken eingesetzt werden könnte⁶³⁰.

Neben diesen Punkten, die Narr selbst diskutierte, gab es allerdings noch weitere bedenkliche Aspekte. Narrs Kritik, der Bundestag erfülle nicht die Anforderung einer tatsächlichen Abbildung des Volkswillens, da längst nicht alle politischen Meinungen und Interessen in ihm vertreten seien, war zwar bei rein formaler Betrachtung sicher zutreffend. Sie verriet andererseits aber einen auch bei vielen von Narrs Mitstreitern anzutreffenden radikaldemokratischen Rigorismus, demzufolge einzig und allein eine perfekte Repräsentation als Demokratie hätte gelten können⁶³¹, was eine in der Praxis unmöglich zu verwirklichende Forderung darstellte.

Vollends unhaltbar war schließlich Narrs Herleitung der von ihm eingeforderten Verfassungsnormen. Die Anhänger einer normativen Verfassungsbasis verwiesen dabei einerseits auf einen angeblich bereits bestehenden demokratischen Konsens, nach dem die im Grundgesetz genannten Werte, so sie denn bedroht seien, einen gewaltfreien Widerstand rechtfertigten. Von einem derartigen Konsens konnte jedoch in einer Situation, in der die zwei Lager im Streit um die Stationierung einander wechselseitig als Lakaien Moskaus bzw. als Wiedergänger der Nazis beschimpften, ganz offenkundig keine Rede sein. Den eigentlichen Kern von Narrs Argumentation bildete denn auch seine Bezugnahme auf das Naturrecht, und hier offenbarte sich ihr

⁶³⁰ Ebd., S. 32.

⁶³¹ So sagte Hanne Vack in ihrer Verteidigungsrede vor Gericht, die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik sei ihres Erachtens nicht die einer demokratischen Gesellschaft. Vack, Hanne: Es gibt keinen Weg zum Frieden – Frieden ist der Weg. In: Vack, Hanne; Vack, Klaus (Hrsg.): *Mutlangen – unser Mut wird langen! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wg. „Nötigung“*. 4. Aufl., Sensbachtal 1987.

zentraler Schwachpunkt: Denn die Vorstellung eines Naturrechts, also eines schlichtweg gegebenen und nicht etwa durch Setzung geschaffenen Rechts, war hochgradig spekulativ. Beim Naturrecht handelte es sich um eine diskursive Figur, die sich besonders dazu eignete, partikuläre Wertvorstellungen als objektiv gültig und somit allgemeinverbindlich hinzustellen. Fragte man nach dem genauen Inhalt des Naturrechts, so zeigte sich schnell, daß jeder, der diesen Begriff verwandte, jeweils dasjenige darunter verstand, was ihm selbst subjektiv als richtig erschien, worin seine völlige Beliebigkeit klar zutage trat.

d) *Das Prinzip des gewaltfreien Widerstands: Legitimität durch Selbstaufopferung*

Alle Rechtfertigungen sowohl der Blockierer wie auch der Klagen gegen die Stationierung vor dem Bundesverfassungsgericht gingen von dem zentralen Punkt aus, daß die Stationierung Leib und Leben der Bevölkerung der Bundesrepublik akut bedrohe, womit ein übergesetzlicher Notstand gegeben sei. Entscheidend für die Legitimität des Widerstandes war somit die faktische Richtigkeit der Annahmen der Friedensbewegung hinsichtlich der drohenden Gefahr eines Nuklearkrieges. Genau dieses Problem, andere von der eigenen Sicht der Dinge zu überzeugen, stand im Mittelpunkt der durch Gandhi entwickelten Formen des gewaltlosen Widerstandes, und zwar gerade dann, wenn diese so geartet waren, daß ein materieller Beweis nicht möglich war.

Der zentrale Begriff in der politischen Konzeption Gandhis war der des *Satyagraha*, was in etwa „Festhalten an der Wahrheit“ bedeutete. Bei der Entwicklung dieser Form der politischen Aktion spielten für Gandhi althergebrachte religiöse Vorstellungen und kulturelle Praktiken Indiens eine zentrale Rolle. An erster Stelle standen dabei, wie Dietmar Rothermund in seiner großen Gandhi-Biographie betonte, die Selbstverpflichtungen durch Eide, die Zeit seines Lebens enorme Bedeutung für Gandhi hatten⁶³². Das Wort *Satyagraha* selbst war ein durch Gandhi geschaffener Neologismus, den es vorher im Sanskrit nicht gab⁶³³. Ein älterer Begriff mit ähnlicher

⁶³² Rothermund, Dietmar: *Mahatma Gandhi: Eine politische Biographie*. 2. Aufl., München 1997. S. 19-21.

⁶³³ Ebd., S. 65.

Bedeutung, *Satyakriya*, „Wahrmachen“, war Gandhi höchstwahrscheinlich nicht bekannt, sehr wohl aber die entsprechende kulturelle Praxis. Es handelte sich dabei um einen Eid, durch den die Wahrheit einer bestimmten Behauptung bezeugt werden sollte, wobei der den Eid Leistende die Kosten der Beweisführung ganz auf sich nahm⁶³⁴. Dies ging mitunter so weit, daß das eigene Leben in die Waagschale geworfen wurde, um durch diesen höchsten Einsatz die Wahrheit der jeweiligen Auffassung besonders nachdrücklich zu versichern und Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Während die erzwungene Anerkennung einer Behauptung durch Gewaltanwendung gegen Andere diesem Verständnis nach wertlos war, schaffte die unter Beweis gestellte Bereitschaft zur Selbstaufopferung dem eigenen Wahrheitsverständnis Legitimität.

Der gewaltfreie Widerstand des *Satyagraha* transformierte diese traditionelle Eidesform in eine spezifisch politische Anwendung. Diese bestand aus folgenden Schritten: Zum ersten mußte die Überzeugung, ein bestimmtes Gesetz oder eine bestimmte Handlung der Regierung sei ungerecht, öffentlich verkündet werden, ebenso die eigene feste und nötigenfalls durch Eid bekräftigte Absicht, dem Gesetz keine Folge zu leisten. Die Gesetzesübertretung hatte dann im unmittelbaren Anschluß zu erfolgen, entweder aktiv, etwa wie in Gandhis Fall durch die Gewinnung von Salz, oder aber passiv, beispielsweise durch die Verweigerung der Zahlung bestimmter Steuern. Als letzter und eigentlich entscheidender Schritt stand die Akzeptanz der daraufhin von der Obrigkeit verhängten Strafe. Wie man sieht, war dieser dritte Schritt nicht etwa Ausdruck irgendeiner Art von Legalismus, sondern der Kernpunkt des gewaltlosen Widerstandes. Die Selbstaufopferung durch das Erdulden der Strafe war es, die den Anspruch der eigenen Sache auf höhere Legitimität erst glaubhaft machte, wobei diese Selbstaufopferung noch stärkere Formen als das Erdulden etwa einer Gefängnisstrafe annehmen konnte, wie den Hungerstreik oder als extremste Form die Selbstverbrennung.

Der entscheidende Punkt hierbei war, daß diese Legitimität nicht zunächst argumentativ bewiesen und dann in einem zweiten, in seiner Form ganz anders gestalteten Schritt der Widerstand geleistet wurde. Dieses übliche Verfahren war in verschiedensten historischen Situationen angewandt worden. Sein Ablauf war typi-

⁶³⁴ Ebd.

scherweise der, daß durch die Aufständischen eine Deklaration veröffentlicht wurde, des Inhalts, es bestünden diese und jene gravierenden Mißstände, welche man lange und geduldig ertragen habe. Man habe auf allen Rechtswegen versucht, ihre Beseitigung zu erreichen, sei aber damit nicht durchgedrungen, und müsse also endlich feststellen, daß auf rechtllichem Wege nichts zu erreichen sei. Man sehe daher keine andere Möglichkeit mehr, als sich nun durch die Tat zu wehren. Daraufhin zog man gegen die jeweilige Obrigkeit zu Felde.

In der Konzeption Gandhis gab es zwar auch die beiden Schritte der Deklaration und des Widerstandes. Indem aber der Widerstand allein dadurch erfolgte, daß die jeweilige Anordnung der Regierung öffentlich und demonstrativ verletzt wurde, woraufhin man sich der Strafe unterwarf und somit nicht die Macht der Obrigkeit durch physische Mittel zu beseitigen suchte, sondern ihre moralische Integrität und Legitimität in einem Akt der Selbstaufopferung in Frage stellte, erbrachte die Form des Widerstandes selbst den Beweis ihrer Legitimität. Der Widerstand wurde mit anderen Worten in einer Form geleistet, durch die er sich automatisch selbst legitimierte⁶³⁵. Für die Friedensbewegung bedeutete dies: Sie konnte durch Sachargumente zwar nicht zwingend beweisen, daß ein Nuklearkrieg drohte, sie konnte aber deutlich machen, daß für sie diese Gefahr so überwältigend war, daß ihre Mitglieder sich zum Zwecke ihrer Abwehr selbst zu opfern bereit waren, und so dem Rest der Bevölkerung beweisen, daß an ihren Befürchtung etwas dran war. Wichtig an diesem sich selbst legitimierenden Widerstand war dabei der Umstand, daß er das Überzeugen der Anderen nicht (jedenfalls nicht in seinen wesentlichen Teilen) durch eine rationale Argumentation leistete, sondern durch das Erzeugen von Empathie für die Widerständler.

Dies wiederum entsprach der pazifistischen Annahme der Kraft des Mitgefühls und der sozialen Bindungen. Die Mutlanger Blockierer erwähnten in der Dokumentation ihrer Geschichte, ihre politische Aktionsform sei von einigen Beobachtern als

⁶³⁵ In bestimmten Ausmaß war dies auch bei traditionellen Widerstandsformen der Fall gewesen: Wenn beispielsweise eine Gruppe von Bürgern eine Erklärung verfaßte, warum ein Monarch seine Herrschaft nicht länger ausüben dürfe, und anschließend eine Rebellenarmee ins Feld stellten, so zeigten die Rebellen durch ihre Bereitschaft, im Kampf zu fallen, ebenso die Legitimität ihres Protestes an, wie ein *Satyagrahi*. Im völligen Gegensatz zu diesem ging es Rebellen aber um die Eroberung der politischen Macht. Ihnen konnten also weiterhin selbstsüchtige Motive unterstellt werden, was beim *Satyagraha* ausgeschlossen war.

„Leidensmystik“ bezeichnet worden⁶³⁶. Selbst falls dieser Begriff polemisch gemeint gewesen sein sollte, so brachte er die Sache doch treffend auf den Punkt. Angesichts ihres Scheiterns kann insofern der Friedensbewegung aus gandhianischer Perspektive die Frage nicht erspart bleiben, ob ihre Mitglieder leidensbereit genug gewesen waren. Nur relativ wenige Menschen nahmen an den Blockaden teil, und nur sehr wenige gingen für ihre Überzeugungen ins Gefängnis. Für eine erfolgreiche *Satyagraha*-Kampagne hätten dies aber zumindest Hunderte, wenn nicht gar Tausende sein müssen.

⁶³⁶ Nick, Volker; Scheub, Volker; Then, Christof: *Mutlangen 1983-1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung*. Mutlangen und Tübingen 1993. S. 158.

6. Die USA: Die Bedrohung durch die aggressive Supermacht

a) ‚Amerika‘ in den deutschen Ideologien

Amerika, so könnte man in Abwandlung eines Wortes von Bismarck sagen, ist ein vager Begriff. ‚Amerika‘ meint vieles: Das Land des Traums vom jedermann zugänglichen Wohlstand, oder das Land der Sklaverei und der Rassendiskriminierung; das Geburtsland von Jazz und Rock’n’Roll mit dem in ihnen verkörperten Rebellengeist, oder das Land der antikommunistischen Hexenjagden; das Land von Freiheit und Weite, oder das Land eines ebenso engherzigen wie engstirnigen Puritanismus. Dabei gestattete es die Größe des Landes der sozialen und kulturellen Segmentierung, sich auch im Raum zu verfestigen: Berkeley, San Francisco und Portland auf der einen Seite, der konservative Mittlere Westen und der ‚Bible Belt‘ des Südens auf der anderen; die weißen Vorstädte und die Ghettos der Schwarzen – mit diesen Orten spannte sich eine Vielfalt von Lebenswelten auf, die kaum auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen war.

Aus dieser Komplexität des Phänomens ‚Amerika‘ folgte fast schon zwangsläufig, daß das Verhältnis der Friedensbewegung zu den USA von tiefen Widersprüchen durchzogen war⁶³⁷, bei denen ein tiefsitzender Antiamerikanismus kaum vermittelt neben einer großen Offenheit, ja Begeisterung für amerikanische Populärkultur und Protestbewegungen stand. Auf der einen Seite verurteilte jedes ihrer Flugblätter und Demonstrationsaufrufe die als aggressiv wahrgenommene US-Politik. Auf der anderen Seite war die Friedensbewegung wie fast die gesamte deutsche Linke (sub-) kulturell stark amerikanisch beeinflusst⁶³⁸. Die Proteste gegen den Vietnamkrieg in den USA lieferten ihr Vorbilder und Identifikationsmöglichkeiten. Politisch engagierte amerikanische Künstler wie Harry Belafonte und Joan Baez traten in Westdeutschland bei Veranstaltungen der Friedensbewegung auf, Baez in den Sechzigern, Belafonte in den Achtzigern. Andere wichtige amerikanische Symbolfiguren waren Henry David Thoreau, die Pflugschar-Bewegung um die Berrigan-Brüder sowie der katholi-

⁶³⁷ Vgl. Schwaabe, Christian: *Antiamerikanismus: Wandlungen eines Feindbildes*. München 2003. S. 162 f. Zur Perspektive aus Sicht der Friedensbewegung siehe Ebert, Theodor: Zur Herkunft und Zukunft der Friedens- und Ökologiebewegung. In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. München 1982. S. 29.

⁶³⁸ Vgl. Schwaabe, *Antiamerikanismus*, S. 161 f. Nur die orthodoxen Kommunisten bildeten dabei eine Ausnahme.

sche Erzbischof von Seattle, Raymond G. Hunthausen⁶³⁹. Martin Luther King gehörte ohnehin zu den Ikonen des Pazifismus. Auch wurden einige Aktionsformen direkt aus den USA importiert, so vor allem die gezielten Sachbeschädigungen der Pflugschar-Bewegung.

Da also ‚Amerika‘ so vieles meinen und damit auch von ein- und demselben Sprecher in ganz verschiedenen Bedeutungsvarianten gebraucht werden konnte, dürfen die Aussagen der Mitglieder der Friedensbewegung zu ‚Amerika‘ nicht nur einfach pauschal registriert werden. Vielmehr gilt es, sie nach ihren jeweiligen Bezugspunkten genau zu differenzieren. Insbesondere wurde durchgehend zwischen Regierung und Bürgern der USA unterschieden, wodurch das Nebeneinander von Ablehnung und Anerkennung kognitiv vermittelt wurde. Beispielsweise führte Norman Paech, ein prominenter Vertreter des Antiimperialistischen Spektrums, aus, „nicht der Friedenswille der US-amerikanischen Bevölkerung“ stehe „zur Debatte, sondern die Ziele einer Administration, die seit Hiroshima und Nagasaki nie den Ersteinsatz von Atomwaffen in Frage gestellt“ habe⁶⁴⁰. Aufgrund des mosaikhafte Charakters der amerikanischen Gesellschaft war auch eine stark unterschiedliche Bewertung der USA insgesamt durchaus mit einem Konsens über einzelne Facetten der amerikanischen Gesellschaft und Politik vereinbar. Die Unterschiede ergaben sich dann aus der Bedeutung, die diesen jeweils zugesprochen wurde⁶⁴¹. Dabei kam es nicht selten zu einer selektiven Wahrnehmung derjenigen Phänomene, die als besonders provozierend empfunden wurden. So ist bis heute in der Amerika-Berichterstattung eine Tendenz festzustellen, gerade den schrillsten Stimmen der amerikanischen Rechten überproportionale Aufmerksamkeit zu schenken.

Generell stellten die verschiedenen Amerika-Stereotype in den Weltbildern der westdeutschen politisch-kulturellen Strömungen einen wichtigen, teilweise sogar einen zentralen und identitätsstiftenden Aspekt dar. Man mochte ‚Amerika‘ lieben oder

⁶³⁹ Vgl. Kelly, Petra K.: *Um Hoffnung kämpfen: Gewaltfrei in eine grüne Zukunft*. 3. Aufl., Bornheim-Merten 1983. S. 101-107.

⁶⁴⁰ Paech, Norman: Eröffnungsrede zur internationalen Konferenz der Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) am 20. und 21. März 1982 in Frankfurt a. M. In: Paech, Norman; Stuby, Gerhard (Hrsg.): *Juristen gegen Kriegsgefahr in Europa: Protokoll einer internationalen Konferenz*. Köln 1983. S. 10.

⁶⁴¹ „[Anti-American views] stereotypically blur the plurality and contradictions of American society and transform them into prejudice.“ Markovits, Andrei S.; Rensmann, Lars: Anti-Americanism in Germany. In: O’Connor, Brendon (Hrsg.): *Anti-Americanism: History, Causes, and Themes*. Bd. 3: Comparative Perspectives. Oxford 2007. S. 157. Vgl. außerdem Schwaabe, *Anti Amerikanismus*, S. 25 f. und 32 f.

hassen, ignorieren konnte man es nicht. Insbesondere bei antiimperialistischen Gruppierungen nahm die Antipathie gegen die USA einen geradezu obsessiven Charakter an. Selbst wo dies nicht der Fall war, handelte es sich bei ‚Amerika‘ um einen mit starken politischen und kulturellen Assoziationen aufgeladenen Begriff. Dieser konnte im Diskurs als Chiffre benutzt werden, als Kürzel der Verständigung, mit dem sich stereotype Vorstellungen und Wertungen in komprimierter Form kommunizieren ließen⁶⁴². Es war dementsprechend nicht weiter verwunderlich, daß der Bezug auf ‚Amerika‘ zuweilen Reaktionen auslöste, die Pawlow’schen Reflexen glichen.

Am stärksten ausgeprägt war die Ambivalenz in Bezug auf ‚Amerika‘ im kulturellen Bereich. Auf der einen Seite gab es bei den Alternativen eine ihrer neoromantischen Prägung entstammende Abneigung gegen alles Oberflächliche, Materialistische und Seelenlose, das man mit ‚Amerika‘ gleichsetzte, und eine Begeisterung für alles Echte, Authentische und Traditionale, welches man entsprechend den Klischees des „Drittweltismus“ (Wilfried Mausbach) vor allem in der ‚authentischen‘ Kultur der Dritte-Welt-Länder zu finden glaubte. Das Resultat war die mentale Aufspaltung des Amerika-Bildes in das gute Amerika der Indigenen und das schlechte Amerika der Yankees, wobei insbesondere eine ausgeprägte Abneigung gegen deren puritanische Tradition bestand. Eine analoge Aufteilung prägte die Wahrnehmung der USA selbst: Man haßte und verachtete das Amerika von McDonald’s, Coca-Cola⁶⁴³, Rambo und Ronald Reagan⁶⁴⁴, liebte aber das von Jimi Hendrix, Bob Dylan, Janis Joplin, The Doors und Led Zeppelin.

Zu ihrer Schwesterbewegung in den USA suchte die deutsche Friedensbewegung aktiv den Kontakt⁶⁴⁵. Beispielsweise sprachen Randall Forsberg und Coretta King als

⁶⁴² Vgl. Becker, Frank: Amerikabild und „Amerikanisierung“ im Deutschland des 20. Jahrhunderts – ein Überblick. In: Becker, Frank; Reinhardt-Becker, Elke (Hrsgg.): *Mythos USA: „Amerikanisierung“ in Deutschland seit 1900*. Frankfurt a. M. und New York 2006. S. 19-41.

⁶⁴³ Gern als „Imperialistenbrause“ bezeichnet und durch politisch korrekte Erfrischungsgetränke ersetzt.

⁶⁴⁴ Zu den Bewertungen Reagans durch die bundesdeutsche Presse siehe Emons, Thomas: *Das Amerika-Bild der Deutschen 1948 bis 1992: Eine mediengeschichtliche Analyse*. Aachen 2004. S. 145-175.

⁶⁴⁵ Ausgerechnet Pahl-Rugenstein, der Hausverlag der DKP, publizierte eine ausführliche Dokumentation über die US-amerikanische Friedensbewegung. Daß derselbe Verlag auch eine „Dokumentation der amerikanischen Kriegspläne gegen die UdSSR“ herausgab, zeigte exemplarisch, wie nahtlos die Ablehnung der US-Regierung und die Anerkennung der US-Zivilgesellschaft nebeneinander standen. Vgl. Ahlemeyer, Heinrich W.; Greiner, Bernd (Hrsg.): *We shall overcome: Die amerikanische Friedensbewegung*. Köln 1983; Greiner, Bernd; Steinhaus, Kurt (Hrsg.): *Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR: Eine Dokumentation*. 2. Aufl. Köln 1981.

Hauptrednerinnen auf der Bonner Demonstration vom 10. Oktober 1981⁶⁴⁶. Die Berrigan-Brüder unternahmen 1982 eine einwöchige Vortragsreise durch die Bundesrepublik, was Petra Kelly zum Anlaß nahm, sie der westdeutschen Friedensbewegung als leuchtende Vorbilder zu empfehlen⁶⁴⁷. Phil Berrigan besuchte die Bundesrepublik 1983 erneut, diesmal die Blockadeaktionen in Mutlangen⁶⁴⁸. Auch hatten wichtige Protagonisten der Friedensbewegung längere Zeit in den USA gelebt, wie etwa Petra Kelly und Dorothee Sölle. Zwischen der Aktion Sühnezeichen und amerikanischen Friedensorganisationen bestand eine recht enge Verbindung, über die unter anderem Praktikanten ausgetauscht wurden⁶⁴⁹. Allerdings beklagten sich Petra Kelly und Volkmar Deile darüber, daß das Wissen über die Problematik der europäischen Mittelstreckenraketen in den USA nicht sehr ausgeprägt sei. Zog man in Betracht, daß es nicht nur amerikanische Einflüsse waren, die auf Westdeutschland einwirkten, sondern umgekehrt auch deutsche Ideen und Konzepte in die USA importiert wurden, beispielsweise über die Rezeption der Schriften Dietrich Bonhoeffers⁶⁵⁰ und über den Widerstand gegen das Atomkraftwerk Wylh, welcher der amerikanischen Anti-Atomkraft-Bewegung als Vorbild diente⁶⁵¹, so stellte sich die Frage, ob es sich beim Streit um die Raketenstationierung tatsächlich um eine deutsch-amerikanische Auseinandersetzung, oder nicht eher um einen Konflikt innerhalb des politischen Gesamtsystems des Westens handelte. Gerade angesichts der Verbindungen zwischen westdeutscher und US-amerikanischer Friedensbewegung erscheint es plausibel, diese als transatlantische Anti-Establishment-Bewegung zu bewerten⁶⁵². Dabei standen allerdings die europäischen Friedensbewegungen ihren jeweiligen Regierungen und

⁶⁴⁶ Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hrsgg.): *Bonn 10.10.81:Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa*. Bornheim 1981. S. 95-101.

⁶⁴⁷ Vgl. Müller-Münch, Ingrid: „Worte und Reden können die Nachrüstung nicht stoppen.“ In: *Frankfurter Rundschau* (21. Mai 1982).

⁶⁴⁸ Vgl. Nick, Volker; Scheub, Volker; Then, Christof: *Mutlangen 1983-1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung*. Mutlangen und Tübingen 1993. S. 62.

⁶⁴⁹ Vgl. „Austausch von Mitarbeitern und Argumenten“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (17. April 1982).

⁶⁵⁰ Rasmussen, Larry: *Dietrich Bonhoeffer – His Significance for North Americans*. Minneapolis 1990. S. 43-56.

⁶⁵¹ Für diesen Hinweis dankt der Autor Herrn Wolfgang Hertle (Hamburger Institut für Sozialforschung und Archiv Aktiv). Siehe außerdem Gottlieb, Robert: *Forcing the Spring: The Transformation of the American Environmental Movement*. Washington D. C. und Covelo, 1993. S. 179.

⁶⁵² Siehe hierzu Salomon, Kim: The Peace Movement: An Anti-Establishment Movement. In: *Journal of Peace Research*, Vol. 23. (1986), No. 2, Special Issue on Peace Movements. Zur Geschichte dieser transnationalen Kooperation der Protestbewegung in den Sechzigern, anläßlich des Vietnamkrieges, vgl. Klimke, Martin: *The other Alliance: Student Protest in West Germany and the United States in the global Sixties*. Princeton (New Jersey) und Oxford 2010.

den gesellschaftlichen Eliten in einer deutlich radikaleren Abwehrhaltung gegenüber, als es die amerikanische *Freeze*-Bewegung je tat⁶⁵³.

Der häufig gegen die Friedensbewegung vorgebrachte Vorwurf des Antiamerikanismus machte sich vor allem daran fest, daß die Demonstrationen allein gegen die Stationierung der amerikanischen Raketen gerichtet gewesen und auch sonst fast ausschließlich die Politik der USA kritisiert worden sei, während es weder gegen die Stationierung der SS-20 noch gegen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan irgendwelchen Widerspruch gegeben habe. Diese Kritik traf für einige Spektren der Friedensbewegung zweifellos zu, übersah allerdings die durchaus vorhandenen Bemühungen um Ausgewogenheit⁶⁵⁴. Die Stationierung der SS-20 wurde vielfach ebenfalls abgelehnt, allerdings weit weniger engagiert als die der Pershing II. Der Protest gegen die sowjetischen Raketen hatte oft den Charakter einer pflichtschuldig eingefügten, formelhaften Phrase, wohingegen die Verdammung der amerikanischen Nuklearwaffen mit echter Leidenschaft erfolgte. Es gab aber in der Friedensbewegung durchaus Kräfte, die größten Wert darauf legten, eine echte Äquidistanz zu beiden ideologischen Blöcken zu bewahren⁶⁵⁵. Längst nicht alle in ihr vertretenen Organisationen stellten wie das KoFAZ-Spektrum die UdSSR als Friedensmacht und unschuldiges Opfer dar⁶⁵⁶. So distanzieren sich die Grünen von dem durch eine Aktionskonferenz beschlossenen Aufruf zur Demonstration im Juni 1982, weil er ihnen zu einseitig gegen die USA gerichtet war und die Vorgänge in Polen nicht scharf genug verurteilte⁶⁵⁷. Zumindest von Teilen der Friedensbewegung wurde auch die Sowjetunion sehr kritisch gesehen.

⁶⁵³ Ebd. S. 122.

⁶⁵⁴ Vgl. als konkretes Beispiel etwa die Schilderung Andreas Buros zu einem Besuch westdeutscher Friedensaktivisten 1984 in Moskau. Buro, Andreas: *Gewaltlos gegen Krieg: Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten*. Frankfurt a. M. 2011. S. 185-191.

⁶⁵⁵ Vor allem bei den Grünen. Einer ihrer Vordenker, Rudolf Bahro, schrieb, man müsse vor allem die Blockkonfrontation selbst abbauen, um das Wettrüsten zu beenden. „Man ist nur soweit fähig, der Friedensbewegung anzugehören, wie man bereit ist, mit der Rechtfertigungsideologie des einen und des anderen Blocks zu brechen.“ Bahro, Rudolf: Überlegungen zu einem Neuanfang der Friedensbewegung in Deutschland. In: Bundesvorstand der Grünen (Hrsg.): *Entrüstet Euch: Analysen zur atomaren Bedrohung, Wege zum Frieden*. Bonn o. J. S. 56. Siehe auch Ziemann, Benjamin: A Quantum of Solace? European Peace Movements during the Cold War and their Elective Affinities. In: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 49 (2009), S. 372-380.

⁶⁵⁶ Siehe exemplarisch Kade, Gerhard: *Die Bedrohungslüge: Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten“*. 2. Aufl., Köln 1980. Darin die apodiktische Feststellung: „Als der erste sozialistische Staat in der Weltarena erschien, da war seine erste Proklamation das ‚Dekret über den Frieden‘.“ Ebd., S. 41. Siehe außerdem ebd. S. 36-48 sowie 60-63.

⁶⁵⁷ Vgl. zunächst die Erklärung des Bundesvorstands der Grünen, abgedruckt als: Ideologischer Ballast der DKP. In: *Frankfurter Rundschau* (20. April 1982). Außerdem: „Wir sind untereinander nicht loyal“.

Daß die Proteste gegen die Politik Washingtons wesentlich lautstärker ausfielen als diejenigen gegen die Politik Moskaus, hatte – einmal abgesehen vom Einfluß des kommunistischen Flügels – mehrere Ursachen, bei denen endogene und exogene Faktoren unterschieden werden müssen. Die endogenen Faktoren resultierten aus der Position der Friedensbewegung und allgemein der westdeutschen Linken im politischen Gefüge der Bundesrepublik sowie ihren historisch gewachsenen Strukturen und Mentalitäten. Bei den exogenen Faktoren handelte es sich um das reale Verhalten der Supermächte. Somit wurde die Position der Friedensbewegung zu USA und UdSSR nur zum Teil durch deren Politik bestimmt, während die innenpolitischen Konstellationen der Bundesrepublik einen oft deutlich größeren Einfluß ausübten.

Was die exogenen Faktoren anging, so unterschieden sich zunächst einmal die Außendarstellungen der beiden Weltmächte in dieser Zeit grundlegend. Aus den USA waren vor allem nach dem Amtsantritt Ronald Reagans überaus scharfe Töne zu hören, die bei vielen Deutschen den Eindruck erweckten, in Washington seien antikommunistische Fanatiker an die Macht gekommen, die den Kommunismus um jeden Preis auszulöschen beabsichtigten⁶⁵⁸. Daß der SALT-II-Vertrag vom Kongreß nicht ratifiziert wurde, verlieh dieser Wahrnehmung zusätzliches Gewicht. Dabei gab es mehrere, in unterschiedlichem Grade mißtrauische Sichtweisen auf die USA. Nach Meinung von Erhard Eppler ging es den USA darum, ihre durch das nukleare Patt entstandene außenpolitische Fesselung abzustreifen:

Solange das Gleichgewicht des Schreckens die USA lähmt, können sie in Krisengebieten [...] nicht so auftreten, wie dies im – von der jeweiligen Regierung definierten – amerikanischen Interesse läge. Solange noch ein Fenster der Verwundbarkeit offen ist, nützt das Scheunentor der Verwundbarkeit

In: *die tageszeitung* (6. April 1982); Brandes, Ada: Streit unter den Veranstaltern der Anti-Nato-Demonstration. In: *Stuttgarter Zeitung* (6. April 1982); Mit dem Stempel der DKP. In: *Süddeutsche Zeitung* (6. April 1982); Kahl, Werner: „Friedensbewegung“ ist zerstritten, aber sie marschiert gemeinsam. In: *Die Welt* (6. April 1982); ders.: Wie grün sind die Grünen gegenüber den Kommunisten? In: ebd.; Spaltungsvorwurf gegen Grüne. In: *Frankfurter Rundschau* (7. April 1982); Jusos machen nicht mit. In: ebd.; Noack, Hans-Joachim: Zwischen freudvoller Hoffnung und knallharter Taktik. In: ebd. (8. April 1982); Hefty, Georg Paul: Die Überlebens-Parole eint nicht mehr. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (8. April 1982); Ehnert, Hans: Wer demonstriert in Bonn? In: *Vorwärts* (8. April 1982); Leicht, Robert: Parteienkampf in der Friedensbewegung. In: *Süddeutsche Zeitung* (8. April 1982); Hofgarten und Rheinarmee. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (29. April 1982).

⁶⁵⁸ Vgl. Cooper, Alice Holmes: *Paradoxes of peace: German peace movements since 1945*. Ann Arbor 1996. S. 133. Siehe außerdem Gassert, Philipp: Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluß als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik, in: Gassert, Philipp; Geiger, Tim; Wentker, Hermann (Hrsg.): *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-Doppelbeschluß in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Sondernummer 2011) München 2011. S. 189.

beim Gegner nichts. Darum muß das letzte Fenster der Verwundbarkeit geschlossen werden. Erst dann sind die USA sicher genug, um ihre Interessen zumindest außerhalb der direkten sowjetischen Einflußzone, etwa im Nahen Osten, durchsetzen zu können.⁶⁵⁹

[...] Hier soll die alte imperiale Weltmachtspolitik wieder auferstehen unter den Bedingungen des Atomzeitalters.⁶⁶⁰

Nach Eppler war das Ziel der USA somit ihr endgültiger Aufstieg zum globalen Hegemon. Nach Ansicht vieler Beobachter aus den Reihen der Friedensbewegung beabsichtigten sie darüber hinaus, die Sowjetunion durch ein neues, großangelegtes Rüstungsprogramm zu einer ebensolchen Aufrüstung zu zwingen und so ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeizuführen⁶⁶¹. Gemäß der mißtrauischsten Perspektive planten die USA einen auf Europa begrenzten Nuklearkrieg, der durch einen ‚Enthauptungsschlag‘ gegen die sowjetische Führung eingeleitet werden sollte. Alle drei Vermutungen konnten, da sie sich ja untereinander nicht widersprachen, auch in Kombination vertreten werden⁶⁶².

Die prosowjetischen Kräfte sorgten nun tunlichst dafür, daß jede aggressive Bemerkung US-amerikanischer Offizieller in der westdeutschen Öffentlichkeit möglichst bekannt wurde. Herausragend waren dabei zwei weitverbreitete Dokumentationen, „Sage niemand, er habe es nicht wissen können“⁶⁶³ und „Der Plan Euroshima“⁶⁶⁴, die beide von Pahl-Rugenstein, dem Hausverlag der DKP, herausgegeben wurden und sämtliche einschlägigen Aussagen in konzentrierter und somit suggestiver Form versammelten. Unbeschadet der Tatsache, daß viele dieser Zitate verkürzt und aus dem Zusammenhang gerissen waren oder nur auf Hörensagen beruh-

⁶⁵⁹ Eppler, *tödliche Utopie*, S. 40.

⁶⁶⁰ Ebd., S. 66.

⁶⁶¹ Vgl. beispielsweise Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie: Demonstrationsaufruf zum 10. 10. 1981, in: AStA der FU Berlin: *Krieg dem Krieg! Materialien zur Anti-Kriegs-Demo am 10. Oktober in Bonn*. S. 7. HIS SBe 544, 1993/119. Diesen Plan verfolgte die Reagan-Administration nun allerdings tatsächlich, vgl. hierzu Tuschhoff, Christian: *Einstellung und Entscheidung: Perzeptionen im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß der Reagan-Administration, 1981-1984*. (Nomos Universitätschriften: Politik; Bd. 2) Baden-Baden 1990. S. 59-61.

⁶⁶² So etwa von Walter Jens, der empört konstatierte, die Reagan-Regierung wolle die UdSSR ganz offen „aushungern und totrüsten“. Daneben betreibe diese heimlich die Vorbereitung eines begrenzten Nuklearkrieges in Europa. Jens, Walter: Appell in letzter Stunde. In: Ders. (Hrsg.): *In letzter Stunde: Aufruf zum Frieden*. S. 14-16.

⁶⁶³ Bredthauer, Karl (Hrsg.): *Sage niemand, er habe es nicht wissen können. Auf welche Weise und wozu die USA den nuklearen Erstschlag vorbereiten, welche Rolle die „Nachrüstung“ in Wirklichkeit spielt und warum die Deutschen die Hauptbetroffenen sind. Aus Regierungsdokumenten, Aussagen von Strategieplanern, Politikern, Militärs und Presseveröffentlichungen*. Köln 1983.

⁶⁶⁴ Neuberger, Günter (Hrsg.): *Der Plan Euroshima: Aus Reden und Schriften von R. Reagan, A. Haig, C. Weinberger u.a.* 2. Aufl. Köln 1982.

ten, stellte der Umstand, daß die US-Regierung die prosowjetische Propaganda derart mit Munition versorgte, ihren diplomatischen Fähigkeiten ein denkbar schlechtes Zeugnis aus. Die öffentliche Kommunikation der ersten Reagan-Administration ließ die sowjetische Propagandalinie von den aggressiven USA und der defensiven UdSSR als objektive Tatsache erscheinen und war somit für ihre eigenen politischen Ziele in höchstem Grade kontraproduktiv⁶⁶⁵. Durch ihre mangelnde Sensibilität gegenüber europäischen Erfahrungen und Interessen heizte die US-Regierung die wütenden Proteste gegen ihre Politik zu einem nicht unerheblichen Maße selbst mit an. Insbesondere eine religiöse Fundierung des Antikommunismus mußte bei Europäern allergische Reaktionen auslösen, denen die Erinnerungen an die Katastrophen der Religionskriege noch deutlich präsent waren. Daß christliche Fundamentalisten auf die Politik der USA einen nicht zu unterschätzenden Einfluß ausübten, gab Anlaß zur Sorge; um so mehr, als Carter wie Reagan den evangelikalen Frömmern bedenklich nahe standen.

Im völligen Gegensatz dazu hielt sich die UdSSR rhetorisch sehr zurück und vermied alle aggressiven Äußerungen, womit sie sich den Anschein staatsmännischer Mäßigung gab. Auch startete sie mehrere Friedensinitiativen⁶⁶⁶, die ihren propagandistischen Zweck nicht verfehlten. Daß diese, wie etwa das von der Sowjetunion angebotene gegenseitige Stationierungsmoratorium, einseitig den Warschauer Pakt begünstigt hätten, erschloß sich erst bei genauem Hinsehen; in der westdeutschen Öffentlichkeit erzeugten sie den Eindruck einer demonstrativen Friedensbereitschaft. Die primären Interessen der Bundesrepublik bestanden in der Kriegsverhinderung, und es schien, als sei die Sowjetunion, die sich als die Kraft der friedlichen Koexistenz darstellte, weit eher bereit darauf einzugehen, als die USA. Beide Supermächte sprachen somit anders, als sie handelten: die USA aggressiver, die Sowjetunion defensiver. Die westdeutsche Öffentlichkeit schenkte den Worten aber oft mehr Beachtung als den Taten. Die UdSSR wurde von der Friedensbewegung als Macht gesehen, die an einem stabilen Status Quo interessiert war und überdies in den sozialen Kämpfen

⁶⁶⁵ Philipp Gassert stellte dazu fest, die scharfe antikommunistische Rhetorik habe antiamerikanische Feindbilder gefestigt bzw. überhaupt erst hervorgerufen. Gassert, *Viel Lärm um Nichts*, S. 189. In gleichem Sinne Conze, Eckart: *Die Suche nach Sicherheit: Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*. München 2009. S. 543.

⁶⁶⁶ Für eine detaillierte Übersicht (mit eindeutig prosowjetischer Tendenz) vgl. Britsche, Heinz; Rühle, Johannes: *Nicht länger Geisel sein...: Abrüstungsinitiativen sozialistischer Länder und westliche Reaktionen 1971-1984*. Frankfurt a. M. 1983.

der Dritten Welt auf der richtigen Seite stand⁶⁶⁷. Die USA wurden dagegen als Bedrohung empfunden. Ihnen wurde unterstellt, eine aggressive Hegemonialpolitik zu betreiben; besessen von einem fanatischen Antikommunismus seien sie entschlossen, die Sowjetunion zu vernichten. So charakterisierte etwa Reimund Seidelmann die Reagan-Administration:

Die im unmittelbaren Beraterkreis von Reagan mitunter vertretene Zusammenbruchsthese – d.h. daß die Sowjetunion kurz vor dem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenbruch stehe – verband sich mit der Auffassung, daß der Sowjetkommunismus ein moralisches Übel sei, mit dem per se nicht kooperiert werden dürfe.⁶⁶⁸

Wobei es aus amerikanischer Sicht nur schwer zu begreifen gewesen sein dürfte, daß die letzte Feststellung als Kritik gemeint war. Daß der Sowjetkommunismus moralisch verwerflich sei, verstand sich in den USA weithin von selbst. Dagegen waren viele Westdeutsche der Überzeugung, daß ideologische Differenzen einer friedlichen Koexistenz nicht im Wege stehen durften.

Zur Stereotypisierung der USA als aggressiver Macht trug auch die Welle von Militarismus und Nationalismus in der amerikanischen Populärkultur der Reagan-Jahre ein gerütteltes Maß bei. Kulturexporte wie die „Rambo“-Filme bestätigten alle europäischen Vorurteile. Gleiches galt für die nationalreligiöse Selbstwahrnehmung der USA, in der diese sich als ‚leuchtende Stadt auf dem Hügel‘ und damit als von Gott berufene Erlösnation begriffen. Dabei war der Anspruch der Sowjetunion, Führungsnation eines utopischen Erlösungsprojektes zu sein, keineswegs bescheidener; er fand nur in Westdeutschland viel weniger Beachtung. Im Ergebnis entwickelte sich die Ansicht, die Sowjetunion sei defensiv, die USA dagegen aggressiv, zum festen Bestandteil des Weltbildes der Friedensbewegung. Damit hatte sich bei einem nicht geringen Teil der Bevölkerung die Wahrnehmung der USA im Vergleich zur Zeit vor dem Vietnamkrieg komplett verändert, nicht zuletzt in emotionaler Hinsicht: Viele Westdeutsche hatten nun vor den USA mehr Angst als vor der Sowjetunion.

Wie weitverbreitet die Wahrnehmung von den antikommunistischen Zeloten im Weißen Haus war, zeigte sich in der Bundestagsdebatte am 21. November 1983. In dieser sagte Otto Schily, damals noch Mitglied der Grünen:

⁶⁶⁷ Siehe als exemplarisch für diese Auffassung Bastian, Gert: *Frieden schaffen! Gedanken zur Sicherheitspolitik*. München 1983. S. 20-52.

⁶⁶⁸ Seidelmann, Reimund: Das Verhältnis zwischen Westeuropa und den USA. In: Guha, Anton-Andreas; Papcke, Sven (Hrsgg.): *Amerika: Der riskante Partner*. Königstein i. Ts. 1984. S. 84.

Welchen Wert soll schließlich aber auch das NATO-Bündnis für uns haben, wenn es die Entscheidung über Sein und Nichtsein des deutschen Volkes, der europäischen Völker überhaupt, in die Hand des amerikanischen Präsidenten Reagan legt, der mit der Wahnidee umgeht, es sei die Zeit des Armageddon, die Zeit des apokalyptischen Endkampfes zwischen Gut und Böse?⁶⁶⁹

Von einem Fürsprecher der Friedensbewegung waren derartige Aussagen zu den USA nun zu erwarten gewesen, wobei sich Schily im Vergleich zu einigen seiner Parteifreunde rhetorisch noch zurückhielt. Bezeichnenderweise äußerte sich mit Helmut Schmidt aber auch einer der profiliertesten Atlantiker der Bundesrepublik kritisch zu den USA:

Heute gibt es auch eine Vertrauenskrise. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind dabei durchaus involviert. Es gibt ernste Fragen hinsichtlich der amerikanischen Fähigkeit zum Verstehen der geschichtlichen Erfahrung von uns Europäern, Fragen hinsichtlich des Willens der Vereinigten Staaten, europäische Interessen ausreichend ins Gewicht fallen zu lassen und die europäischen sachlichen Kompetenzen zu berücksichtigen.

Vor ein paar Tagen schrieb Flora Lewis, eine der großen amerikanischen Journalistinnen, in der „New York Times“, Präsident Reagan ängstige Europa. Ich nehme nicht an, das ganze Europa. Aber es wäre gut, wenn man sich im Weißen Hause mit diesem Dictum auseinandersetzte. Jedenfalls sollte man dort wissen: Wir Europäer wünschen nicht, daß die Menschen in schwarz oder weiß oder in gut oder böse eingeteilt werden.⁶⁷⁰

Damit hatte der Bundeskanzler a. D. den springenden Punkt getroffen. Gerade ein Gleichgewichtstheoretiker wie Schmidt mußte sich angesichts der Anzeichen alarmiert fühlen, nach denen die US-Regierung von der Politik des Gleichgewichts Abstand zu nehmen und statt dessen eine Politik der Stärke zu verfolgen gedachte. Auch war die Beobachtung besorgniserregend, daß die USA bei den Genfer Verhandlungen nicht allzu sehr um ein Ergebnis bemüht gewesen waren. Kritiker wie Erhard Eppler zogen daraus den Schluß, die USA seien von vornherein nicht an einem Ergebnis interessiert gewesen: „Für die Amerikaner gab es im Grunde nie einen Doppelbeschluß. Für sie war beschlossen, die Raketen zu stationieren, im übrigen hatten sie sich bereit erklärt, bis die neuen Systeme technisch ausgereift waren und bereitstanden, sich in Genf die Zeit mit Verhandlungen zu vertreiben.“⁶⁷¹

⁶⁶⁹ Deutscher Bundestag: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages: Stenographischer Bericht der 35. Sitzung der 10. Wahlperiode* (21. November 1983). S. 2367C.

⁶⁷⁰ Ebd., S. 2382B.

⁶⁷¹ Eppler, *tödliche Utopie*, S. 81. Seine Meinung wurde von dem amerikanischen Publizisten Strobe Talbott geteilt, der insbesondere den späteren Vizepräsidenten Dick Cheney beschuldigte, einen

Ob dem so war oder nicht, fest stand jedenfalls, daß sich der amerikanische Chefunterhändler Paul Nitze zwar persönlich sehr engagiert hatte, die von ihm ausgehandelte ‚Waldspaziergangs-Formel‘ jedoch in Washington – wie auch in Moskau – ohne Konsultation der europäischen Verbündeten abgelehnt worden war. Und da die bundesdeutschen Interessen zwar einerseits in einem festen Zusammenhalt der NATO und einer Abschreckung der UdSSR, andererseits aber auch in einem Abbau der Spannungen im Ost-West-Verhältnis und eben gerade nicht in einer Eskalation des ideologischen Konflikts lagen, so war Schmidts Befund, daß die Supermacht USA die Interessen ihres Verbündeten BRD nicht ausreichend berücksichtigt hatten, sachlich schlicht zutreffend. Ein Politikverständnis, das die Bekämpfung des Kommunismus als seine weltgeschichtliche Mission betrachtete, war mit den realpolitischen Erfordernissen der europäischen Sicherheit nicht zu vereinbaren. Für eine Kritik an der Politik der USA gab es also aus westdeutscher Perspektive auch bei nüchterner Betrachtung durchaus Anlaß.

Als noch alarmierender als der neue militante Antikommunismus wurden in der Bundesrepublik Äußerungen aus den USA empfunden, welche die Auswirkungen eines Nuklearkriegs als keineswegs katastrophal und somit möglicherweise akzeptabel bewerteten, wie vor allem der berühmt-berüchtigte Artikel *Victory is possible* von Colin S. Gray und Keith Payne⁶⁷². Willy Brandt bemerkte zu diesem Thema in seiner Rede in der Generaldebatte des Bundestages, er „wüßte kaum etwas, was der Friedensbewegung in der Bundesrepublik soviel Auftrieb gegeben hat wie Herrn Weinbergers Gerede über den begrenzten Atomkrieg.“⁶⁷³ Durch Äußerungen wie die des amerikanischen Verteidigungsministers wie auch vor allem durch die Bemerkung Alexander Haigs, es gebe „wichtigeres als den Frieden“, entstand bei nicht wenigen Bürgern der Bundesrepublik der nachhaltige Eindruck, die Stationierung der neuen Nuklearwaffen sei kein defensiver, sondern vielmehr ein offensiver Schritt⁶⁷⁴, bis hin zu dem oben erwähnten Verdacht, die USA strebten einen Nuklearkrieg mit der Sowjetunion bewußt an.

Verhandlungserfolg bewußt hintertrieben zu haben. Vgl. Talbott, Strobe: *Raketenschach*. München et al. 1984.

⁶⁷² Gray, Colin S.; Payne, Keith: *Victory is possible*. In: *Foreign Policy*, Sommer 1980. S. 14-27. Dabei handelte es sich eigentlich um eine aktualisierte Neuauflage von Überlegungen, die aus Herman Kahns Buch *On thermonuclear war* stammten.

⁶⁷³ Deutscher Bundestag: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages: Stenographischer Bericht der 36. Sitzung der 10. Wahlperiode* (22. November 1983). Bonn 1983. S. 2502A.

⁶⁷⁴ Vgl. Cooper, *Paradoxes*, S. 133 f.

Während die genannten Punkte nun eine mehr oder weniger sachliche Kritik an der Politik der USA darstellten, waren auch unreflektierte antiamerikanischen Einstellungen in den Reihen der Friedensbewegung weit verbreitet, wobei Sachargumente und Klischees meist nahtlos miteinander verwoben wurden. Der Begriff des Antiamerikanismus ist allerdings problematisch, da er suggeriert, es handele sich um ein einheitliches und konsistentes ideologisches Phänomen. Dies war jedoch keineswegs der Fall. Vielmehr ließ sich eine Reihe von Varianten antiamerikanischer Stereotypmuster unterscheiden, die von ganz unterschiedlichen Gruppen vertreten wurden, welche sich untereinander durchaus nicht wohlgesonnen waren. Wesentlich war dabei der Unterschied zwischen *pauschalen* und *selektiven* Antiamerikanismen.

Zunächst war ein traditioneller, in einem nationalkonservativen Umfeld beheimateter Antiamerikanismus zu beobachten, der die Amerikaner als eine Nation von Barbaren sah, welche keine höheren Kulturleistungen als Micky Mouse und Chewing Gum hervorgebracht hätten. ‚Amerika‘ stand hier als Chiffre für eine Erzählung vom Traditionsverlust, der Entwurzelung und der Dekadenz einer Nation von nouveaux riches. In ihr spielte nicht zuletzt auch eine alteuropäische, in Adel wie Bohème gleichermaßen beheimatete Verachtung für alles Merkantile eine wichtige Rolle. Das populäre Klischee vom tumben, Kaugummi kauenden Amerikaner fand sich dementsprechend nicht nur bei Konservativen, sondern in allen politischen Spektren. Sowohl der linke wie der rechte Antiamerikanismus gingen wesentlich auf einen aus der romantischen Tradition stammenden Antikapitalismus zurück, der seine Feindbilder auf eine einzelne Nation projizierte. Er handelte sich bei ihm um die nahtlose Fortsetzung des alten deutschen Vorurteils gegen die Angelsachsen, das sich im neunzehnten Jahrhundert noch primär gegen Großbritannien und den ihm zugeschriebenen, utilitaristischen Geschäftsgeist gerichtet hatte⁶⁷⁵.

Der Antiamerikanismus der antiimperialistischen Linken operierte auf der Grundlage eines dogmatisch versteinerten Marxismus-Leninismus⁶⁷⁶. ‚Amerika‘ stand dabei für den globalen Gesamt-Kapitalisten und damit für den welthistorischen Erzfeind. Oberflächlich betrachtet nahm diese Variante des Antiamerikanismus stets ‚Analysen‘

⁶⁷⁵ Diese romantisch geprägte doppelte Frontstellung gegen Kapitalismus und Amerika ist in der deutschen Öffentlichkeit bis heute hochgradig wirksam, wie sich etwa anhand der aktuellen Debatte um das Freihandelsabkommen TTIP allenthalben beobachten läßt.

⁶⁷⁶ Vgl. Beyme, Klaus von: *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert: Von der Moderne zur Postmoderne*. 3. Aufl. Frankfurt a. M. 1996. S. 104-106.

der internationalen ökonomischen Strukturen vor, bei näherem Hinsehen entpuppten sich diese allerdings schnell als endlose Wiederholungen des immer gleichen, simplen Schemas. Wo die USA auch auftraten, wurde ihnen unterstellt, Rohstoffe oder Absatzmärkte erobern zu wollen, selbst wenn die betreffenden Länder weder über Rohstoffe verfügten, noch aufgrund ihrer Armut als Absatzmärkte für teure westliche Produkte in Frage kamen. In ihren eingefahrenen Erklärungsmustern liebten die Antiimperialisten sich auch durch die doch eigentlich naheliegende Einsicht, daß niemand rauben konnte, was nicht vorhanden war, nicht erschüttern.

Allerdings sahen einige antiimperialistische Gruppen die dringende Notwendigkeit, ihr Verhältnis zu den USA genauer zu bestimmen, nachdem die rechtsextreme Hepp-Gruppe eine Reihe von Anschlägen auf amerikanische Soldaten verübt hatte. Dies geschah exemplarisch durch den Text „Beethoven gegen MacDonald“ der Revolutionären Zellen vom April 1983. Darin unterschieden diese einen politisch rechtsgerichteten kulturellen Antiamerikanismus, für den der Satz Hitlers prägend sei, daß „in einer einzigen Symphonie von Beethoven mehr Kultur“ liege, „als ganz Amerika bisher zusammengebracht hat“, von einem linken Antiimperialismus, der gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfe, welche nun einmal faktisch vom US-Kapital ausgeübt würden. Die Revolutionären Zellen unternahmen somit den Versuch, sich vom Antiamerikanismus der Nationalkonservativen deutlich abzugrenzen. Sie selbst hätten

Offizierskasinos angegriffen und keine Mannschaftsmessen oder Supermärkte. Gegen Filialen der US-Multis wurden Bomben gezündet, ohne daß dabei auch nur einer der kleinen deutschen oder amerikanischen Angestellten zu Schaden gekommen wäre. Immer wieder war das Hauptquartier der US-Armee in Frankfurt das Ziel von Anschlägen, richteten sich Aktionen gegen militärische Treibstoffdepots, nicht aber gegen Tankstellen in amerikanischen Wohngebieten. Schließlich haben wir nicht ohne Grund die Europa-Reise Reagans und den NATO-Gipfel zum Anlaß einer Serie von Aktionen genommen und nicht etwa ein Konzert von Sammy Davis jr. oder die Verlängerung der Laufzeit von „Dallas“. Die jüngsten Anschläge gegen SEL in Düsseldorf und IBM in Reutlingen lassen keinen Zweifel, worin der Unterschied besteht.⁶⁷⁷

Ebenso mache es

⁶⁷⁷ ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hrsg.): *Die Früchte des Zorns: Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora*. Berlin 1993. Bd. 1, S. 365.

einen gewaltigen Unterschied, ob wir MacDonalld als einen US-Ernährungskonzern begreifen, der Maßstäbe für die Organisation arbeitsintensiver Niedriglohnarbeit wie auch weltweites Agro-Business gesetzt hat oder aber als Ausdruck einer wie auch immer verstandenen ‚Yankee-Kultur‘.⁶⁷⁸

Es sei daher

böswillig, zu unterstellen, daß die gegen das US-Militär, gegen militärische Einrichtungen, NATO-Logistik, Kommunikationsanlagen oder US-Multis gerichteten Anschläge der Revolutionären Zellen, der RAF und zahlreicher autonomer Gruppen auf einer vergleichbaren oder gar ähnlichen Linie des Anti-amerikanismus [wie die neonazistische Hepp-Gruppe] operiert oder diese begünstigt hätten.⁶⁷⁹

Somit legte mit den Revolutionären Zellen eine militante antiimperialistische Gruppierung größten Wert darauf, selektiv gegen die amerikanische Regierung und amerikanische Großkonzerne vorzugehen, aber keineswegs pauschal gegen Amerika in all seinen Facetten. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zu den deutsch-nationalistischen Gruppen lag darin, daß Letztere die Bundesrepublik bzw. ganz Deutschland als unschuldiges Opfer der Supermächte sahen, die es in Teilung und Unmündigkeit hielten. Dagegen betrachteten die Antiimperialisten die Bundesrepublik als gleichermaßen imperialistische Macht und damit als Junior-Partnerin der USA, oft sogar als deren inner-imperialistische Konkurrentin.

Allerdings wurden die Differenzierungen der RZ längst nicht von allen antiimperialistisch orientierten Gruppen geteilt. In nicht wenigen ihrer Flugblätter und Broschüren fand sich nach wie vor die schlichte Parole „Amis raus!“⁶⁸⁰. Auch teilten vor allem die orthodoxen Kommunisten aus den Reihen der DKP die kulturelle Verachtung der Rechten für Amerika und vertraten wie diese einen pauschalen Antiamerikanismus. Hier wie dort galt die moderne, amerikanisch geprägte Populärkultur als entschieden minderwertig, nur kontrastierte man auf kommunistischer Seite Hollywood-Filme und Comics mit Brecht und Gorki statt mit Wagner und Goethe.

Drittens gab es einen im alternativen Milieu und bei Jugendlichen verbreiteten, wiederum selektiven Antiamerikanismus, der sich auf das amerikanische Establish-

⁶⁷⁸ Ebd., S. 366.

⁶⁷⁹ Ebd., S. 365.

⁶⁸⁰ So beispielsweise im Flugblatt *Karlsruher Autonomer 1983 – Jahr der Raketenstationierung*. In: ASBB, Box 4.8.2, Mappe III; sowie in: autonome und antiimperialistische gruppen: *Anti-NATO-Demo 11. 6. W.-Berlin: für eine antiimperialistische Bewegung in der BRD*. S. 12.

ment, die Regierung und den gesellschaftlichen Mainstream bezog, in seinen antimilitaristischen und antikolonialistischen Haltungen aber mit dem liberalen Amerika d'accord ging. Bei ihm handelte es sich um die bei weitem einflußreichste Variante. ‚Amerika‘ stand als negativer Begriff für das Amerika der weißen angelsächsischen Puritaner, das Amerika der Bibeln und der Gewehre, das Amerika von Wall Street und Pentagon. Dagegen war das Amerika der Farbigen, der Subkulturen, der Öko-Kommunen und der Bürgerrechtsbewegung für diese Spielart des ‚Antiamerikanismus‘ – falls man ihn überhaupt so bezeichnen konnte – Vorbild und Verbündeter⁶⁸¹. Diese Aufspaltung bestand nun selbstverständlich nicht nur im Auge des europäischen Betrachters, sondern entsprach den seit den fünfziger Jahren bestehenden Konflikten in der amerikanischen Gesellschaft. Sowohl die deutschen als auch die amerikanischen Alternativbewegungen waren Erben früherer Protestbewegungen, in der Amerikaner wie Deutsche gegen den konservativen Mainstream ihrer Gesellschaften rebellierte⁶⁸², der hier durch Adenauer, dort durch Eisenhower⁶⁸³ verkörpert worden war. Die bornierte Engstirnigkeit der amerikanischen Konservativen, die auf alles mit Angst und Haß reagierten, was sich nicht konformistisch einordnete⁶⁸⁴, schien mit Ronald Reagan erneut an die Macht gekommen zu sein⁶⁸⁵. Sein Wahlsieg drohte einen konservativen *roll-back* gegen die Fortschritte der Liberalität einzuläuten, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten erreicht worden waren.

Die Identifikation mit dem jungen und die mit diesem geteilte Frontstellung gegen das alte Amerika erfolgte vielfach über Filme wie *Easy Rider* oder *Rumble Fish*, in denen eben jener Konflikt thematisiert wurde, in komödiantischer Form beispielsweise auch in den anarchischen *Blues Brothers*. Dieser ‚Antiamerikanismus‘ identifizierte sich

⁶⁸¹ Markovits, *Anti-Americanism*, S. 171; ebenfalls Gassert, Philipp: Mit Amerika gegen Amerika: Anti-amerikanismus in Westdeutschland. In: Junker, Detlef (Hrsg.): *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990*. (Bd. 2: 1968-1990) Stuttgart und München 2001. S. 750-760.

⁶⁸² Vgl. Leggewie, Claus: 1968 – Ein transatlantisches Ereignis und seine Folgen, in: Junker, *USA und Deutschland*, Bd. 2: 1968-1990, S. 640-643.

⁶⁸³ „The stasis of the Eisenhower years had begun to break down at the turn of the decade, at the transition from the aging Eisenhower administration to the youthful Kennedy administration, and this break in continuity offered the cultural opportunity for a revolutionary departure from the enforced quiescence of the 1950s.“ Henriksen, Margot A.: *Dr. Strangelove's America: Society and Culture in the Atomic Age*. Berkeley, Los Angeles, London 1997. S. 185.

⁶⁸⁴ Für einen Überblick zum amerikanischen Konformismus der 50er und der Kritik daran siehe Booker, M. Keith: *Monsters, Mushroom Clouds, and the Cold War: American Science Fiction and the Roots of Postmodernism, 1946-1964*. Westport und New York 2001. S. 1-26, sowie zum besonders einflußreichen Werk Ray Bradburys, *Fahrenheit 451*, S. 80-84.

⁶⁸⁵ „Die konservativen Kulturtendenzen Mitte der 1970er Jahre mündeten 1982 in die offen konservative politische Wende.“ Ermarth, Michael: Fluch oder Segen? Der Einfluß der amerikanischen Populärkultur in der Bundesrepublik, in: Junker, *USA und Deutschland*, Bd. 2: 1968-1990, S. 514.

mit der liberalen Seite des inneramerikanischen Kulturkampfes und machte sich deren Feindbilder zu eigen. Christian Schwaabe gelangte daher in seiner Studie über die Wandlungen des Antiamerikanismus zu dem Schluß: „Bei aller Negativität aber ist der neue, eher linke Mainstream-Antiamerikanismus – gerade weil es in ihm so sehr um die eigene demokratisch-zivile Läuterung geht – weitgehend harmlos.“⁶⁸⁶

Genau diese, durchaus mit deutscher Gründlichkeit betriebene, demokratische Selbstreinigung war der wesentliche der endogenen Faktoren, welche die westdeutsche Linke in die Konfrontation mit den USA trieb. Ihr Anliegen war es seit den sechziger Jahren gewesen, eine radikale Abwendung von allem zu vollziehen, was in irgendeiner Weise mit dem Nationalsozialismus oder den als kaum weniger negativ empfundenen Traditionen des Wilhelminischen Deutschlands in Verbindung stand. Da sowohl das Kaiserreich als auch das nationalsozialistische Regime in Militarismus und Bellizismus geschwelgt hatten, wurden nun Antimilitarismus und Pazifismus zur Pflicht. Die Glorifizierung des Militärs, imperiale Überheblichkeit gegenüber kleineren Nationen, rassistische Arroganz gegenüber Nicht-Weißen oder der Glaube an eine missionarische Sendung der eigenen Nation, all dies war Tabu. Dies mußte notgedrungen zu einer Frontstellung gegenüber dem amerikanischen Konservatismus führen, der diese aus deutscher Sicht unseligen Traditionen des 19. Jahrhunderts aufgrund der in der amerikanischen Geschichte fehlenden Brüche oft recht kritiklos weiterführte. Das bedeutendste Element lag aber in der überaus kritischen Sicht auf den amerikanischen Antikommunismus, der sich in der Gestalt des Senators McCarthy als größere Gefahr für die Demokratie entpuppt hatte, als es die amerikanische KP je gewesen war. Der Gedanke eines Kreuzzuges gegen den gottlosen Kommunismus, der bei Reagan anklang, erweckte den Eindruck, die unselige Parole „Gott mit uns“ habe ihren Weg von den Koppelschlössern des kaiserlichen Heeres auf die amerikanischen Nuklearraketen gefunden⁶⁸⁷.

Ein weiterer endogener Faktor lag in der auf Seiten der Linken stark ausgeprägten Vorstellung, nach der es die vornehmste Pflicht einer oppositionellen Bewegung sei, die eigene Regierung zu kritisieren und den von dieser ausgerufenen Feindbildern zu mißtrauen. In der viel stärker als heute polarisierten politischen Kultur der alten

⁶⁸⁶ Schwaabe, *Antiamerikanismus*, S. 192.

⁶⁸⁷ So Rudolf Augstein in seinem Kommentar „Wenn Politik und Feindschaft in eins fallen“, in: *Spiegel*, Nr. 28 (6. Juli 1981). Vgl. auch Bittorf, Wilhelm (Hrsg.): *Nachrüstung: Der Atomkrieg rückt näher*. Reinbek bei Hamburg 1981. S. 111.

Bundesrepublik gab es in beiden Lagern eine ausgeprägte Neigung, nur deswegen für (oder gegen) eine Sache zu sein, weil das gegnerische Lager dagegen (oder dafür) war. Hätte man gegen die Sowjetunion demonstriert, so hätte man quasi mit der politischen Rechten gemeinsame Sache gemacht, was sich von selbst verbot. Darüber hinaus war die Möglichkeit, durch Demonstrationen auf die Regierungen einzuwirken, nur im Rahmen demokratischer politischer Systeme gegeben⁶⁸⁸. Der politische Effekt einer Demonstration gegen die UdSSR in der Bundesrepublik wäre aller Voraussicht nach gleich Null gewesen.

Aus diesen Beobachtungen lassen sich zwei Schlußfolgerungen ziehen: Erstens ging es der letztgenannten, in der Friedensbewegung dominanten Variante des populären Antiamerikanismus nicht so sehr um die USA als Nation, als vielmehr um universelle Werte und politische Orientierungen. Gerade angesichts seiner Fixierung auf die Person Ronald Reagans wurde deutlich, daß er sich in seiner Ablehnung selektiv auf bestimmte politische und kulturelle Strömungen, vor allem den Neokonservatismus, bezog, die in einem Akt grober Verallgemeinerung mit *den* USA gleichgesetzt wurden. Die Kritik verfestigte sich somit zum Vorurteil. Und zweitens wurden die USA durch die Bank an deutschen Maßstäben gemessen. Der amerikanische Nationalismus, mit dem sich Bräuche wie das Antreten von Schülern zum allmorgendlichen Fahneneid verbanden, mußte in Deutschland düsterste historische Assoziationen wecken, auch wenn er eigentlich aus einer republikanischen Tradition hervorgegangen war. Manch pathetische Geste, wie etwa die Hand beim Absingen der Nationalhymne aufs Herz zu legen, wirkte auf deutsche Beobachter auch einfach nur albern. Die Linke kritisierte an den USA dieselben politischen Tendenzen, die sie auch in Deutschland seit den Tagen Bismarcks bekämpft hatte. So stellte Rolf Zundel in der *Zeit* für die SPD fest: „Viele Sozialdemokraten haben das Gefühl, daß die Politik von Strauß, von den Wählern der Bundesrepublik abgelehnt, jetzt als amerikanische Auflage für Europa reimportiert wird. Ob El Salvador, Sozialpolitik oder Nachrü-

⁶⁸⁸ Siehe Eppler, Erhard: Eine Bewegung der Mutigen. (Rede bei der Demonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn): „Man hat uns Einäugigkeit vorgeworfen, weil wir uns vor allem an unsere Regierung wenden, nicht an die sowjetische. Der Grund ist sehr einfach: Wir, die meisten unter uns, haben diese Regierung gewählt, nicht die sowjetische. Sie ist unser Ansprechpartner. [...] Wir haben keine Angst vor dem Schlagwort vom Anti-Amerikanismus. Was ist das für eine Sklavensprache, die das Stirnrunzeln einer fremden Regierung zum politischen Maßstab macht!“ In: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hrsgg.): *Bonn 10.10.81: Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa*. Bornheim 1981. S. 113-116.

stung – die amerikanische Politik setzt überall dort an, wo die politische Empfindlichkeit der Sozialdemokraten am größten ist.⁶⁸⁹

b) *Die USA als Macht der Tyrannei*

Seit ihrer Gründung waren die USA mit dem Dilemma konfrontiert gewesen, daß ihre Ideale und ihre Interessen oft nur schwer in Übereinstimmung zu bringen waren. Nur in bestimmten historischen Epochen, so vor allem während des Zweiten Weltkrieges, war dies gelungen. Diese bildeten denn auch die großen identitätsstiftenden Geschichtskomplexe im amerikanischen Selbstverständnis. Während des Kalten Krieges ließ sich die Konvergenz von Realpolitik und geschichtlicher Mission zumindest in Bezug auf den Hauptkonflikt weiterführen. In den Nebenkämpfen, also den Auseinandersetzungen in der Dritten Welt, wichen Ideale und Interessen der USA jedoch oft in besonders gravierendem Ausmaß voneinander ab. Daß eine Demokratie wie die USA sich zwar einerseits auf liberale Werte berief, andererseits aber auch ihre materiellen Interessen auf eine oft sehr robuste Art und Weise verfolgte, löste in Westdeutschland enorme Empörung aus und provozierte den Vorwurf, die USA sprächen zwar viel von Freiheit, strebten in Wahrheit aber nur nach der rücksichtslosen Ausweitung ihrer eigenen Macht. Daß sie sich zu allem Übel mit kapitalistischen Diktaturen verbündeten, während sie gleichzeitig kommunistische Regime verteufelten⁶⁹⁰, nährte den Verdacht, den USA sei vor allem der Kapitalismus wichtig, Demokratie und Menschenrechte dagegen im Grunde herzlich gleichgültig. So schrieb beispielsweise die Zeitschrift *Antimilitarismus Information* im April 1981:

Während Außenminister *Haig* die UdSSR beschuldigt, „terroristische Täter“ in aller Welt auszubilden und mit Waffen auszurüsten, machen sich die USA daran, den staatlichen Terrorismus von Diktaturen in aller Welt zu unterstützen: Neben der wirtschaftlichen und vor allem militärischen Unterstützung

⁶⁸⁹ Zundel, Rolf: Der schwere Gang der Linken. In: *Die Zeit* (3. April 1981). Zitiert nach: Joffe, Josef (Hrsg.): *Friede ohne Waffen? Der Streit um die Nachrüstung*. München 1981. S. 123.

⁶⁹⁰ Was durch die UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick auch noch durch eine offizielle Doktrin gerechtfertigt wurde. Zur Kritik an ihr siehe: N.N.: Die kleinen Schwierigkeiten der J. Kirkpatrick. In: Ooyen, Hans van (Hrsg.): *Der Reagan-Report: Weltmacht USA in Nöten*. Dortmund 1982. S. 127-130. Petra Kelly sprach angesichts der Politik der USA gegenüber den verschiedenen Militärdiktaturen von einer Heuchelei, die ihr die Sprache verschlage. Vgl. Kelly, Petra: *Um Hoffnung kämpfen: Gewaltfrei in eine grüne Zukunft*. 3. Aufl., Bornheim-Merten 1983. S. 90.

der Junta El Salvadors sollen auch andere Diktaturen Lateinamerikas verstärkt Wirtschafts- und Militärhilfe erhalten. Dabei sollen deren Menschenrechtsverletzungen nicht weiter öffentlich angeprangert werden: „Unter Freunden wäscht man die schmutzige Wäsche nicht in aller Öffentlichkeit“ – so ein hoher Beamter des Außenministeriums. Die „strategische“ Rolle dieser Länder soll in Zukunft Priorität vor allen anderen Kriterien haben. Sprachlicher Trick für die moralische Legitimierung der Unterstützung menschenrechtsverachtender Regimes: die Militärdiktaturen Lateinamerikas seien ‚lediglich‘ „autoritär“, die UdSSR dagegen sei „totalitär“.⁶⁹¹

Wer nun in der Friedensbewegung davon ausging, daß die USA eine Bedrohung seien, tat dies nicht nur auf der Grundlage der damals aktuellen Situation, sondern vor dem Hintergrund einer weit ausgreifenden historischen Erzählung, in der die USA die Rolle des Schurken spielten. Ihre Geschichte bestand demnach in einer Kette von Verbrechen, die mit der Ausrottung der amerikanischen Ureinwohner begonnen hatte⁶⁹² und sich dann im Inneren mit der Sklaverei, nach außen hin mit der Ausbeutung der Länder der Dritten Welt, insbesondere in Mittel- und Südamerika, fortsetzte. So schrieben beispielsweise Bernd Greiner und Kurt Steinhaus:

Die Verwandlung Lateinamerikas in eine US-Halbkolonie – 1885 vom damaligen Außenminister Olney in einer Note an die britische Regierung mit den bemerkenswerten Worten umschrieben, daß ‚die Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent praktisch souverän und ihre Befehle Gesetz sind‘ – war für die betroffenen Völker kaum weniger drückend als die direkte Kolonialherrschaft des europäischen Typs.⁶⁹³

Greiner und Steinhaus bezogen sich dabei auf die extensive Interpretation der Monroe-Doktrin durch Richard Olney, nach der es den USA nicht nur zustand, europäische Mächte an einer neuerlichen Kolonisierung amerikanischen Territoriums zu hindern, sondern darüber hinaus auch jeden Grenzstreit zwischen den Staaten der beiden Amerikas zu entscheiden. Die USA beanspruchten damit offiziell das Supremat über die westliche Hemisphäre.

In kritischer Perspektive hatte die vordergründig antikoloniale Haltung der US-Regierung seit jeher zu keinem anderen Zweck gedient, als ihre eigenen imperialen Ambitionen zu kaschieren. Die Kriege und Geheimdienstoperationen gegen Mexiko,

⁶⁹¹ *Antimilitarismus Information*, Nr. 4, XI. Jahrgang (April 1981), S. I-31.

⁶⁹² „Die weitgehende Ausrottung der indianischen Urbevölkerung und die gewaltsame Inbesitznahme ihres Landes waren [...] einer der grausamsten Kolonialkriege der Geschichte.“ Greiner, Bernd; Steinhaus, Kurt: *Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR: Eine Dokumentation*. 2. Aufl., Köln 1981. S. 9 f.

⁶⁹³ Ebd. S. 10.

Puerto Rico, Kuba und Vietnam, die quasi-diktatorische Herrschaft der *United Fruit Company* in Guatemala und Honduras, die Absetzung Salvador Allendes und die Unterstützung Augusto Pinochets sowie anderer rechtsgerichteter Diktaturen wie etwa Manuel Noriegas in Panama oder Ferdinand Marcos‘ auf den Philippinen, den Militärjuntas in Argentinien, Brasilien, auch in Griechenland und der Türkei, schließlich die Militärhilfe für die Contras⁶⁹⁴ in Nicaragua und die Invasion Grenadas; all dies fügte sich zu einer Geschichte zusammen, in der die USA ausschließlich als Unterdrücker und Ausbeuter auftraten⁶⁹⁵. Keineswegs waren sie die Macht der Freiheit in der Welt, die sie zu sein behaupteten, sondern eine Macht der Tyrannei; Freund und Beschützer aller Diktatoren, wenn ihnen diese nur zu Willen waren. Zu dieser Sichtweise trug nicht zuletzt der Umstand bei, daß die USA mit ihrer Parteinahme in den inneren Konflikten der Dritten Welt, die zumeist durch soziale Spannungen motiviert waren, regelmäßig auf der Seite der reichen Oberschicht und der Großgrundbesitzer standen, die die sozialistisch orientierten Bewegungen von Arbeitern und landlosen Bauern mit allen Mitteln bekämpften⁶⁹⁶. Da die US-Politiker nicht selten selbst dem amerikanischen Geldadel entstammten, entstand der Eindruck einer internationalen Entente cordiale der Plutokraten⁶⁹⁷. Auch ihre ausgeprägte Neigung, die Unruhen in Dritte-Welt-Ländern ausschließlich den Machenschaften kommunistischer Agenten anzulasten, anstatt die real bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten wahrzunehmen, war für ihre Glaubwürdigkeit nicht eben förderlich⁶⁹⁸. Insgesamt spielten die

⁶⁹⁴ Die von der Zeitschrift *Konkret* als „Reagans Waffen-SS“ bezeichnet wurden. *Konkret*, Juni 1985 (Heft 6), Titel, sowie S. 22-26.

⁶⁹⁵ Beispielsweise sagte der hessische Grünen-Landtagsabgeordnete Reinhard Brückner in einer Rede am 4. August 1983, das System der USA vergieße „fremdes Blut rücksichtslos [...], von Vietnam und Kambodscha, bis Nicaragua und El Salvador“. Die GRÜNEN im Hessischen Landtag (Hrsg.): *Die Würde einer Uniform ist antastbar: Eine Dokumentation*. S. 27. HIS, SBe 544 Box 02.

⁶⁹⁶ Walter Jens schrieb, die USA ständen „immer auf Seiten der Herrschenden, vom Schah bis Somoza, und nie im Bündnis mit dem Volk, das zu bezahlen hat“. Jens, Walter: *Die Sucht nach dem Kalten Krieg*. In: *Konkret* (März 1980), S. 11.

⁶⁹⁷ Beispielsweise bezeichnete Petra Kelly die amerikanische Regierung als „Reagans Millionärsmannschaft“. Kelly, Petra: *Die Abrüstung beginnt in den Köpfen!* In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984. S. 54.

⁶⁹⁸ Anton-Andreas Guha merkte dazu an: „Die Realitätsverzerrung und der Realitätsverlust durch Abschreckung werden besonders kraß sichtbar, wenn der Westen, vor allem die USA, alle ausschließlich sozial- und gesellschaftspolitisch motivierten Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt als Teil des Ost-West-Konflikts interpretiert. Der Krieg in El Salvador beispielsweise erscheint als von Moskau entfacht und geschürt; chronische Repression und Ausbeutung werden als Konfliktursachen geleugnet. Nota bene werden erst durch diese Realitätsverzerrung, die zu einer politischen, militärischen und ökonomischen Unterstützung der traditionellen repressiven Eliten führt, die Befreiungsbewegungen an die Seite Moskaus getrieben – so geschehen mit Kuba, Angola, Mozambique, Äthiopien, Nicaragua.“ Guha, Anton-Andreas: *Frieden durch Rüstung – der Wahnsinn der*

Auseinandersetzungen in den drei mittelamerikanischen Staaten Nicaragua, El Salvador und Guatemala in den frühen achtziger Jahren sowohl für die Friedensbewegung wie auch für die gesamte westdeutsche Linke eine zentrale Rolle⁶⁹⁹. Zugespitzt könnte man Nicaragua als das Vietnam der Achtziger bezeichnen.

Eine Aufzählung dieses Sündenregisters der USA fehlte selten, wenn die Stationierung als aggressiver Schritt der NATO-Staaten entlarvt werden sollte. So schrieb etwa Gerhard Kade, einer der prominentesten Vertreter des KoFAZ:

Wer bedroht eigentlich wen? Wer gar macht Drohungen wahr? Allein seit 1945 drohten die USA in insgesamt 215 Fällen bei außenpolitischen Aktionen mit dem Einsatz ihrer militärischen Macht oder wandten sie an. 33mal drohte dabei der USA-Imperialismus, Kernwaffen einzusetzen, zweimal gegen die Sowjetunion. In 121 Fällen verübten andere imperialistische Staaten Aggressionen. Zumeist erfolgten die Aggressionen unter dem Vorwand einer „Abwehr der sowjetischen Gefahr“ oder der „Zurückdrängung des Kommunismus“.

Um einige dieser Aggressionen zu nennen: USA gegen Guatemala 1954; USA und Großbritannien gegen Libanon und Jordanien 1958; Von den USA unterstützter Invasionsversuch gegen Kuba 1961; USA gegen Vietnam 1961-1975; USA gegen Panama 1964; USA gegen Laos 1964-1974; USA gegen Dominikanische Republik 1965; USA gegen Kambodscha 1970-1975; Israel gegen Libanon 1978; USA, Frankreich und Belgien in Shaba (Zaire) 1978.⁷⁰⁰

Daß nach Kade die Abwehr einer von der UdSSR ausgehenden Bedrohung nichts als ein Vorwand zu einer Aggression des Westens sein konnte, präjudizierte auch seine Interpretation der Pershing II-Stationierung. Er gelangte zu der Schlußfolgerung:

Was ergibt die Bilanz? Die Bedrohung der Völker mit Krieg und Gewalt geht, das bestätigen die historischen Tatsachen, einzig und allein von reaktionären, profitinteressierten, an Machtsicherung orientierten Kräften aus. Die Umkehrung der „Bedrohungslüge“ gilt: Der Kraft – auch der militärischen Kraft – des Sozialismus, der millionenfachen Aktion von Friedensfreunden in aller Welt ist es zu verdanken, daß die Gefahr eines Weltkrieges in gewissem Maße zurückgedrängt werden konnte.⁷⁰¹

Andere Autoren argumentierten nahezu gleichlautend. Die bereits zitierten Bernd Greiner und Kurt Steinhaus schrieben in ihrer Dokumentation:

Politiker. In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsgg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. 2. Aufl. München 1982. S. 43 f.

⁶⁹⁹ Selbst der damalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel nahm darauf in seiner Bundestagsrede während der Generaldebatte am 21. November 1983 kritisch Bezug. Vgl. Deutscher Bundestag: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages: Stenographischer Bericht der 35. Sitzung der 10. Wahlperiode* (21. November 1983). Bonn 1983. S. 2344A.

⁷⁰⁰ Kade, *Bedrohungslüge*, S. 40.

⁷⁰¹ Ebd.

Vormachtstreben und Gewaltanwendung haben in der amerikanischen Geschichte eine lange Tradition. [...] Auf das Konto der Vereinigten Staaten geht schließlich der erste imperialistische Krieg zur Neuaufteilung der Welt. 1898 nutzte die US-Regierung den – bis heute ungeklärten – Untergang eines ihrer Kriegsschiffe im Hafen von Havanna dazu, um der finanziell bankrotten und militärisch so gut wie wehrlosen spanischen Monarchie in wenigen Wochen die Reste ihres Kolonialreiches abzunehmen. Puerto Rico annektierte man einfach, die Philippinen wurden nach der blutigen Unterdrückung der nationalen Unabhängigkeitsbewegung in eine Kolonie verwandelt; Kuba wurde formell ein selbständiger Staat, was die USA jedoch nicht daran hinderte, in der Bucht von Guantanamo einen – heute noch existierenden – Flottenstützpunkt einzurichten und sich durch einen Zusatzartikel zur damaligen kubanischen Verfassung das „Recht“ zu sichern, die Inselrepublik jederzeit militärisch zu besetzen.

1898 erfolgte auch die Annexion von Hawaii. 1903 inszenierte die US-Regierung, um sich die ausschließliche Kontrolle des Verbindungsweges zwischen Atlantik und Pazifik zu sichern, in Kolumbien eine separatistische Bewegung; der neuen Republik Panama wurde die Kanalzone buchstäblich abgepreßt.

Die Expansionspolitik der USA jener Zeit wählte den Weg des geringsten Widerstandes und erforderte keinen großen Aufwand. Und mochte es auch um solche prosaischen Dinge wie Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Militärstützpunkte gehen – die Rede war immer nur davon, die Segnungen der „amerikanischen Lebensweise“, von „Freiheit“ und „Demokratie“ zu verbreiten.⁷⁰²

Man meinte fast, im Hintergrund Bert Brechts höhnische Absage an „Freiheit und Democracy“ aus seinem *anachronistischen Zug* zu hören. Was lag nun näher, als die Vermutung, daß es auch bei der ‚Verteidigung von Demokratie und Freiheit‘ durch die Pershing II-Stationierung eigentlich um ganz andere Dinge ging? „Der amerikanische Imperialismus macht jetzt offenkundig einen erneuten Anlauf, von der Entspannung zur Konfrontation zurückzukehren und die militärische Überlegenheit über die Sowjetunion zu gewinnen“⁷⁰³, so das Fazit der Autoren. Das Ziel der USA war ihrer Ansicht nach nichts Geringeres als die Weltherrschaft⁷⁰⁴. In ihrer „geradezu schrankenlosen Anmaßung“ beanspruchten die USA, „über den künftigen Gang der Weltgeschichte und die Zugehörigkeit der Völker zur kapitalistischen oder sozialistischen Gesellschaftsordnung bestimmen zu wollen“, unter völliger Mißachtung der

⁷⁰² Greiner, Steinhaus, 3. *Weltkrieg*, S. 9-11.

⁷⁰³ Ebd., S. 47.

⁷⁰⁴ Ebd., S. 28.

Wünsche dieser Völker selbst⁷⁰⁵. Auch ein kommunistischer Neigungen unverdächtiger, eher linksnationalistisch orientierter Publizist wie Walter Jens urteilte ähnlich:

Was kümmern uns Millionen von Toten in fremden Ländern, heißt die Devise einflußreicher Planspieler in den Vereinigten Staaten – und nicht nur dort. [...] Was aber muß einer tun, um, im Besitz des *overkills*, den Bürgern einzureden, *over* sei nicht genug, sondern bedürfe der Potenzierung? Sehr einfach. Er greift zur Magie, dämonisiert den Gegner mitsamt dessen Mitteln und baut Popanze von solcher Schrecklichkeit auf, daß die von solchem Zauber- und Blendwerk eingeschüchterten Menschen bereit sind, selbst den aberwitzigsten Plänen ihr Placet zu geben: Die (gewiß nicht zu verniedlichende) SS 20, niemand hat sie gesehen, niemand weiß genaueres über die Art ihrer Bewaffnung – aber daß sie ein gefiederter Dämon ist, ein Höllenspuk: dies den Leuten einzureden, ist den auf die Entdeckung immer neuer „Lücken“ eingeschworenen Militärpolitikern in den Vereinigten Staaten offenkundig gelungen. Erst kam die „Panzer-Lücke“, dann die „Bomber-Lücke“, jetzt ist die „Raketen-Lücke“ dran ... und alles Lug und Trug! Die bare Gaukelei! In Wahrheit nämlich ist es nicht die SS 20 und schon gar nicht der – ruchlose – Afghanistan-Überfall gewesen, der den Westen zur Nachrüstung zwang: In Wahrheit hatte er längst vorgerüstet – erst, so sieht die rechte Reihenfolge aus, kamen zu Beginn der siebziger Jahre die Poseidon-Gefechtsköpfe ins Spiel und auf westlichen Meeren wurde vorweggenommen, was sich in östlichen Ländern nachgemacht sah; und was die Pershing 2 angeht, die vermeintliche Nachrüstungswaffe, so wurde sie bereits erprobt und in Auftrag gegeben, als von der SS 20 noch nicht das Geringste bekannt war.

Vorwände also, erlogene Zauberformeln: *SS 20* und *Afghanistan*. Nachträgliche Alibis eigener Rüstung, die mit dem Hinweis auf den Droh-Popanz der anderen Seite und unter Zuhilfenahme freundlicher Begriffe wie *Doppelbeschluß* legitimiert werden soll.⁷⁰⁶

Die sich anschließende Frage, was denn nun die wahren Absichten hinter diesen großangelegten Täuschungsmanövern seien, beantwortete Jens so:

Man hat's uns oft genug gesagt, von amerikanischer Seite, um was es im Fall der Pershing und der Marschflugkörper, der Neutronenbombe und der chemischen Waffen eigentlich ginge: um die Fähigkeit, amerikanische Interessen nicht nur auf Kosten des Gegners, sondern, notfalls, auch der Verbündeten durchzusetzen. Darum der Fünfjahresplan mit seinem etwa 1,6 Billionen-Dollar-Rüstungs-Budget. Darum die Ablehnung aller Pläne, die auf ein Einfrieren der Rüstung abzielen. Darum die Kooperation mit den korruptesten Regimen auf Kosten der Völker. Darum der rigorose Bruch mit den emanzipationsfördernden, den Freiheits- und Rechtsraum erweiternden Traditionen der amerikanischen Geschichte.⁷⁰⁷

⁷⁰⁵ Ebd.

⁷⁰⁶ Jens, Walter: Appell in letzter Stunde. In: Ders. (Hrsg.): *In letzter Stunde: Aufruf zum Frieden*. München 1982. S. 7-10. Hervorhebungen wie im Original.

⁷⁰⁷ Ebd., S. 11 f.

Somit meinte Jens, dasjenige Faktum deduziert zu haben, welches einen der wichtigsten Fixpunkt im Weltbild der Friedensbewegung bildete: Nämlich die feste Überzeugung, die Pershing-II und Cruise Missiles seien keine Verteidigungs-, sondern Angriffswaffen⁷⁰⁸.

In dieser Bezugnahme auf die interventionistischen Maßnahmen der USA in der Dritten Welt verschmolzen schließlich die exogenen und endogenen Faktoren miteinander, die das Amerikabild der Friedensbewegung bestimmten: Die von ihrem Selbstverständnis her vorgegebene Rolle, sich mehr oder weniger kritiklos mit den jeweiligen revolutionären Bewegungen zu solidarisieren und identifizieren, wurde durch die moralisch fragwürdigen Aspekte der US-amerikanischen Außenpolitik so bestärkt, daß sie sich zum feststehenden Habitus verdichtete. Damit etablierte sich ein Weltbild, in dem, wie Harro Zimmermann in seiner Biographie Günter Grass' schrieb, „das Grundübel der politischen Weltsituation“ in der „bedenkenlosen Hegemonie der Vereinigten Staaten“ bestand⁷⁰⁹.

c) *Die USA als Besatzungsmacht in Westdeutschland*

Die von Jens als Schlußstein seiner Betrachtungen gesetzte Feststellung, die Stationierung der Pershing II sei eine Maßnahme, die sich in eklatantester Weise gegen die Interessen der Bundesrepublik richte, zeigte den nächsten Schritt in der historischen Erzählung von den tyrannischen USA an: Nicht nur die Staaten der Dritten Welt litten demnach unter der kapitalistischen Supermacht, sondern auch Westdeutschland war in dieser Sichtweise ein Opfer seines angeblich wohlwollenden Verbündeten. Die oben vorgestellte Kritik an der Politik der USA hatte sich noch durch eine generelle Sachbezogenheit ausgezeichnet. Ob man ihr zustimmen wollte oder nicht, blieb zu diskutieren. Sie konnte auch durch Vergrößerungen und Klischeebildungen in eine genuin antiamerikanische Einstellung umschlagen, war aber keineswegs von vornherein ein Ausdruck einer solchen. Bei der Wahrnehmung der USA als Besatzungsmacht in

⁷⁰⁸ Vgl. dazu die Ausführungen von Wolf Graf von Baudissin, in: Borkenhagen, Franz H. U. (Hrsg.): „Wehrkraftzersetzung“: *Offiziere äußern sich zur Heilbronner Erklärung*. Reinbek bei Hamburg 1984. S. 21.

⁷⁰⁹ Zimmermann, Harro: *Günter Grass unter den Deutschen: Chronik eines Verhältnisses*. Göttingen 2006. S. 409.

der Bundesrepublik war dieser zumindest grundsätzliche Bezug auf reale Gegebenheiten jedoch eindeutig nicht mehr gegeben. Sie hatte mit einer von empirischen Beobachtungen ausgehenden, argumentativen Kritik nicht mehr das Geringste zu tun. Vielmehr handelte es sich um ein Vorurteil, das sein Objekt weitgehend selbst konstruierte.

Der am weitesten verbreitete antiamerikanische Topos der Friedensbewegung war dabei die angebliche Bereitschaft der USA, die Bevölkerung der Bundesrepublik in einem Nuklearkrieg zu opfern. Er wurde ständig von verschiedensten Autoren vorgebracht. So schrieb beispielsweise Jürgen Tatz: „[...] unser ‚Verteidigungsbündnis‘ [bedroht] uns selber mit Vernichtung. NATO-Waffen haben die Wirkung – und wenn man der Abschreckungsdoktrin glaubt, ist auch der Einsatzwille vorhanden –, die breite Bevölkerung des NATO-Staates BRD zu ermorden.“⁷¹⁰ Sabine Stange veröffentlichte 1985 einen Bericht über die inzwischen erfolgte Stationierung der Mittelstreckenraketen im Hunsrück, die sie als aktive Kriegsvorbereitung bewertete. Sie stellte ihm das folgende, nicht mit genaueren Quellenangaben versehene Zitat eines Leserbriefes an die New York Times voran: „Warum wollen die Deutschen keine Opfer bringen? Hiroshima hatte 80 000 Tote und die Japaner haben es verkraftet.“⁷¹¹ Durch dieses von den Autoren der Friedensbewegung häufig angewandte Verfahren, einzelne, besonders grobschlächtige Aussagen plakativ herauszustellen, wurde suggeriert, alle Amerikaner teilten derartige Ansichten. Ihnen wurde damit pauschal eine verächtliche Geringschätzung des Lebens von Angehörigen anderer Nationen unterstellt.

Diesen Topoi folgte die Vorstellung auf dem Fuße, die Bundesrepublik sei in ihren politischen Entscheidungen ganz und gar von den USA abhängig. In einem Aufruf vom September 1984 schrieb Dorothee Sölle, die Bundesrepublik werde von den USA wie eine Militärkolonie behandelt. Namhafte Vertreter der Friedensbewegung wie Alfred Mechttersheimer, Horst-Eberhard Richter, Ingeborg Drewitz und Inge Ammon vom BBU schlossen sich durch ihre Unterschrift dieser Auffassung an⁷¹². Uta Ranke-Heinemann sagte in ihrer Rede auf dem Bonner „Parlament der Mehr-

⁷¹⁰ Tatz, Jürgen: Atomarer Totalitarismus. In: Ders. (Hrsg.): *Alternativen zur Abschreckungspolitik: Standpunkte und Strategien für eine neue Friedenspolitik*. Freiburg i.Br. 1983. S. 33.

⁷¹¹ Stange, Sabine: *Kriegsvorbereitung im Hunsrück: Der Einfluß der Raketenstationierung auf den Alltag der Menschen*. Essen 1985. Unpaginiertes Vorsatzblatt.

⁷¹² *Frankfurter Rundschau*, Nr. 220 (20. September 1984).

heit“, einer Gegenveranstaltung zur Beschlußfassung des Deutschen Bundestages im November 1983, „unser Land“ sei „in Gefahr [...], für fremden Krieg und Sieg zu sterben“⁷¹³. Walter Jens erklärte: „Die Nachrüstung, man kann Erhard Epplers Worte nicht oft genug wiederholen, gibt den Amerikanern die Chance, von europäischen Territorien aus die gegnerischen Zentren zu vernichten, ohne deshalb selbst – dies hat ihr Präsident zweimal mit aller gebotenen Deutlichkeit sichtbar gemacht – automatisch mitbetroffen zu sein.“⁷¹⁴ Jens zufolge beabsichtigten die USA, „Europa zum nützlichen Wegwerfartikel zu machen“⁷¹⁵.

Entsprechend führte Otto Schily in seiner Rede im Deutschen Bundestag während der Debatte vom 21. November 1983 aus:

Der Entschluß der Bundesregierung, den Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden zuzulassen, ist ein Akt der Unterwerfung unter die zunehmend aggressivere Militärstrategie der gegenwärtigen US-Regierung, eine Kapitulation der Vernunft, ein Fiasko für den Frieden in Europa.⁷¹⁶

Dieser Vorwurf der Unterwerfung wurde auch von anderen Stimmen aus der Friedensbewegung erhoben, etwa in der bereits oben zitierten Presseerklärung des Koordinationsausschusses⁷¹⁷. Der der Friedensbewegung nahestehende *Spiegel*-Redakteur Wilhelm Bittorf stellte die rhetorische Frage, ob der Bundeskanzler „die Verantwortung für den Fortbestand des eigenen Volkes in völliger Selbstaufgabe an den amerikanischen Präsidenten abtreten“ dürfe⁷¹⁸. Einige Monate später verfaßten einige Mutlanger Aktivisten eine interne Denkschrift, in der es hieß:

Bei uns können sich ja unsere lieben amerikanischen Freunde alles erlauben, wir sind ja sowieso nur drittklassig, ein besetztes Land, das keine Souveränität hat und unsere Bonner Regierung ist ja sowieso nur eine Marionette der USA, so wie Ost-Berlin die Handlanger Moskaus sind. Die Bonner Regierung hat

⁷¹³ Ranke-Heinemann, Uta: „... daß wir uns nicht noch einmal schweigend in das Schreckliche stoßen lassen“ In: Duve, Freimut (Hrsg.): *Die Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag: Protokoll einer historischen Entscheidung*. Reinbek bei Hamburg 1984. S. 296.

⁷¹⁴ Jens, Walter: „Wohl denen, die Frieden machen“. In: Behrens, Katja (Hrsg.): *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984. S. 109.

⁷¹⁵ Jens, *Appell*, S. 18.

⁷¹⁶ Deutscher Bundestag: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages: Stenographischer Bericht der 35. Sitzung der 10. Wahlperiode* (21. November 1983). Bonn 1983. S. 2364D.

⁷¹⁷ Presseerklärung des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung vom 17. November 1983. In: AAH, unverzeichneter Bestand.

⁷¹⁸ Bittorf, Wilhelm (Hrsg.): *Nachrüstung: Der Atomkrieg rückt näher*. Reinbek bei Hamburg 1981. S. 15.

unser Volk und die Völker Europas durch die Nachrüstungsbeschlüsse an die USA verraten und verkauft.⁷¹⁹

Das Stereotyp von den USA als Besatzungsmacht in der Bundesrepublik durchzog die Äußerungen aller Schichten und Strömungen der Friedensbewegung, von Intellektuellen wie Augstein und Jens über Bundestagsabgeordnete wie Schily bis zu den Mutlanger Radikalpazifisten. Es handelte sich um ein Kernelement ihres Diskurses. Während der NATO-Doppelbeschluss von seinen Initiatoren als Mittel gedacht war, der Abkopplung der USA von Westeuropa entgegenzusteuern, diente er in der Wahrnehmung der Friedensbewegung im Gegenteil dazu, diese erst richtig voranzutreiben. Allerdings schwang selbst hier die Vorstellung vom ‚anderen Amerika‘ noch immer mit. Die Mutlanger Denkschrift fuhr fort: „Es ist nur gut zu wissen, daß es noch das andere, demokratische, ideenreiche Amerika gibt, was der Garant für eine andere und bessere Zukunft sein kann.“⁷²⁰

Ein prägnantes Beispiel dafür, wie solche Vorstellungen von den USA als Besatzungsmacht in politische Aktionen umgesetzt wurden, gab das sogenannte Blutattentat des hessischen Landtagsabgeordneten der Grünen Frank Schwalba-Hoth auf den amerikanischen General Paul S. Williams am 3. August 1983. Während einer Feierstunde im hessischen Landtag, in der Repräsentanten der amerikanischen Streitkräfte der Dank für die von ihnen gewährleistete Sicherheit der hessischen Bevölkerung ausgesprochen werden sollte, schüttete Schwalba-Hoth einen Viertelliter seines eigenen Blutes auf den General. In der dazu von der grünen Landtagsfraktion verteilten Erklärung hieß es:

- Angesichts der als ‚Nach‘rüstung dargestellten [sic] Aufrüstung mit Cruise missile und Pershing II,
- angesichts von Umrüstung von HAWK auf Patriot,
- angesichts von unfallträchtigen Militärtransporten,
- angesichts von tödlichen Militärspektakeln,
- angesichts von US-Giftgas-Lagern, Atomminen und Atomsprengköpfen,

sehen wir die Anwesenheit von US-Truppen in Hessen nicht als Beitrag zur Friedenssicherung sondern als tödliche Gefahr.

Wir freuen uns über US-Amerikaner, die unseren Staat besuchen, unser Protest und unser Widerstand richten sich gegen die gegenwärtige US-Regierung und die Anwesenheit von US-Militär in der Bundesrepublik. Die heute im Hessischen Landtag anwesenden Repräsentanten der US-Armee in

⁷¹⁹ Schmidt, Wilfried; et al.: *Mutlanger Denkschrift im Frühling 1984*. AAH, unverzeichneter Bestand.

⁷²⁰ Ebd.

Hessen betrachten wir nicht als unsere Gäste, wir werden alles Mögliche unternehmen, um die Durchführung dieser und möglicher weiterer Repräsentationsempfänge zu unterbinden. Es reicht wohl nicht, uns wie einen 53. Bundesstaat der USA zu behandeln, jetzt werden auch noch die Repräsentanten dieser Kriegspolitik im Landtag empfangen und hofiert.

Die Durchführung der geplanten Stationierung von Cruise missile und Pershing II soll gegen den Willen der deutschen Bevölkerung durchgesetzt werden. Die US-amerikanische Regierung behandelt die BRD als 53. Bundesstaat der USA. Es wird versucht, und das Recht abzusprechen, selbständig politische Entscheidungen zu treffen. Wir wenden uns gegen eine Politik, die alle Staaten als Hinterhof der beiden Supermächte begreift.

Wir sind solidarisch mit den Völkern von Nicaragua und Grenada, wo zur Zeit ein zweites Vietnam vorbereitet wird.

Für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker.⁷²¹

Abgesehen davon, daß die hessischen Grünen über die Anzahl der US-Bundesstaaten offenbar nicht ganz orientiert waren, zeigten sich in dieser Erklärung mit der Bezugnahme auf Nicaragua und Grenada sowie der Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Völker deutliche Anklänge an antiimperialistische Positionen. Im übrigen teilten die Grünen die oben erläuterten Vorstellungen von den USA als Gefahr für Europa. So sagte Reinhard Brückner, ein Fraktionskollege von Schwalba-Hoth, in einer Rede am Tag nach der Attacke, die USA nähmen „die atomare Vernichtung unseres und anderer Länder in Kauf“⁷²² und planten sie sogar.

Schwalba-Hoth selbst schrieb in einer persönlichen Erklärung zu seiner Aktion und den Reaktionen darauf: „Mich bedrückt der Unterschied der Aufregung einerseits um eine befleckte Generalsuniform und andererseits um das gleichgültige Hinnehmen der uns über Fernsehen übermittelten gemordeten Menschenberge aus Vietnam, Beirut und El Salvador.“⁷²³ In einer zweiten, offiziellen Presseerklärung der hessischen Landtagsgruppe der Grünen hieß es schließlich:

Als nackter Zynismus stellt sich dieser feierliche Empfang [der amerikanischen Militärs] durch einen Landtagspräsidenten in einem demokratisch gewählten deutschen Parlament dar, wenn man die Auftritte von Militärs in anderen Parlamenten mißbilligt und verurteilt: General Jaruzelsky in Polen, General Pinochet in Chile, die Militärs in Afghanistan und in der Türkei bis hin zum Auftritt von Oberst Tejero im spanischen Parlament – von der eigenen deutschen Geschichte ganz zu schweigen. In unseren Parlamenten haben Armee-Uniformen nichts zu suchen!

⁷²¹ Die GRÜNEN im Hessischen Landtag (Hrsg.): *Die Würde einer Uniform ist antastbar: Eine Dokumentation*. S. 6. HIS, SBe 544 Box 02.

⁷²² Ebd., S. 27.

⁷²³ Ebd. S. 28.

Es kann und darf nicht Aufgabe des Parlamentspräsidenten sein, ausländische Militärbefehlshaber, die sich sogar noch weigern, diesem Parlament Informationen über ihr Handeln in unserem Land zu geben, im Namen des gesamten Landtags zu empfangen. Der Präsident vertritt auch jene Abgeordneten und Bürger, die ganz entschieden gegen die Politik von US-Regierung und Militär Widerstand leisten und verstärkt leisten werden.

Mit diesem Empfang hat Präsident Lengemann die Würde des Parlaments aufs Schwerste verletzt.⁷²⁴

In geradezu atemberaubender Manier wurden hier unterschiedslos alle Militärs der Welt vom kommunistischen polnischen General Jaruzelsky bis hin zum faschistischen spanischen Putschisten Tejero über einen Kamm geschoren und der amerikanische General Williams mit ihnen gleichgesetzt.

Um die Attacke Schwalba-Hoths kam es im Folgenden noch zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem fundamentalistischen und dem reformorientierten Flügel der Grünen. Viele prominente Mitglieder der Friedensbewegung wie etwa Heinrich Albertz distanzieren sich mit deutlichen Worten. Andere, wie Theodor Ebert, wiesen auf den Umstand hin, daß das Vorbild für die Blut-Attacke auf den amerikanischen General die amerikanischen Pazifisten um die Brüder Berrigan gewesen seien, die bei ihren Aktionen wiederholt Blut eingesetzt hatten, wenn auch nicht gegen Personen⁷²⁵. Schließlich erhielten die hessischen Grünen Beifall von nationalistischer Seite, wo man sich hocheifrig darüber zeigte, daß es „endlich mal einer gewagt“ habe, „es den Amis zu zeigen“⁷²⁶. Die Grünen distanzieren sich von diesen „falschen Freunden“, indem sie betonten, daß sie den General als „Repräsentanten der amerikanischen Weltmachtdominanz“⁷²⁷ angegriffen hätten, während die nationalistischen Antiamerikaner ihn als ein „Exemplar seines Volkes“⁷²⁸ treffen wollten. Sie trafen damit dieselbe Unterscheidung zwischen kulturellem und politischem Antiamerikanismus wie die Revolutionären Zellen.

Als charakteristisch für die marxistische Perspektive auf die USA können die „Friedenspolitischen Thesen“ der JUSOS gelten, die auf ihrem Bundeskongreß am

⁷²⁴ Presseerklärung Nr. 109/83 der Landtagsgruppe der Grünen im Hessischen Landtag vom 8. August 1983, abgedruckt in: Die GRÜNEN im Hessischen Landtag (Hrsg.): *Die Würde einer Uniform ist antastbar: Eine Dokumentation*. S. 29. Hamburger Institut für Sozialforschung, SBe 544 Box 02.

⁷²⁵ Ebd., S. 60.

⁷²⁶ Siehe hierzu ebd., S. 54.

⁷²⁷ Ebd.

⁷²⁸ Ebd.

26. und 27. März 1983 verabschiedet worden waren⁷²⁹. Fünf der insgesamt zehn Thesen beschäftigten sich mit den Vereinigten Staaten. Ihnen zufolge stellten diese die Prinzipien friedlichen Zusammenlebens in Frage; bereitete die Reagan-Regierung aktiv einen von ihr als gewinnbar betrachteten Atomkrieg vor; sei die aggressive und imperialistische US-Politik Ergebnis eines drohenden Verfalls der ökonomischen und politischen Hegemonie der USA⁷³⁰; bestehe ein tiefgreifender Gegensatz zwischen den Interessen Europas und der USA, wobei die Reagan-Regierung die Vernichtung Europas als Preis ihrer Politik einkalkuliere; und führten die USA schließlich die Verhandlungen in Genf lediglich als Scheinverhandlungen, welche dem Zweck dienen, das NATO-Aufrüstungsprogramm ideologisch und propagandistisch abzusichern⁷³¹.

Zur US-Politik stellten die JUSOS in den erläuternden Ausführungen zu ihren Thesen fest, die „Hochrüstungspolitik Ronald Reagans“ bedeute „praktisch nichts anderes [...], als die Vorbereitung auf einen von der US-Regierung begrenzbaren und gewinnbaren Atomkrieg“⁷³². Die „einseitig von der NATO verursachte Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes“ bilde „ohne Zweifel den Hauptfaktor einer wachsenden globalen Kriegsgefahr“⁷³³. Die Sowjetunion habe dagegen „bei ihrer unbestrittenen atomaren Hochrüstung jeweils nur auf technologische Entwicklungen der USA reagiert“⁷³⁴. Das „Angebot der UdSSR (Andropow), die Zahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen (SS 4, SS 5, SS 20) auf die Zahl der französischen und britischen Atomwaffen für Europa zu verringern“ war nach Ansicht der JUSOS „ein konstruktiver Vorschlag zu tatsächlicher Abrüstung und zur Verringerung der Bedrohung der

⁷²⁹ Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.): *Nie wieder Krieg! Friedenspolitische Thesen der Jungsozialisten und weitere Beschlüsse des Bundeskongresses der Jungsozialisten, 26./27. März in Oberhausen*. In: AA, unverzeichneter Bestand.

⁷³⁰ Eine Analyse, die von vielen antiimperialistischen Gruppen geteilt wurde. Ihr zufolge ließ sich aus der neuen Aggressivität der Imperialisten schließen, daß sich das sozialistische Lager auf Erfolgskurs befand. Siehe beispielsweise die Plattform der Osnabrücker Friedensinitiative, in: Massarrat, Mohssen: *Kriegsgefahr und Friedensbewegung*. Kassel 1984. S. 106. Vgl. außerdem Schmid, Fred: *Abrüsten oder totrüstet: Zur Rüstungspolitik der BRD*. (Marxismus aktuell) Frankfurt a. M. 1981. Schmid schrieb: „Nicht der Sozialismus, sondern das internationale Monopolkapital mußte Positionsverluste hinnehmen: In Indochina, Angola, Iran, in Nicaragua, wie in anderen Teilen der Welt. Die sozialistischen Staaten haben dabei stets erklärt, daß für sie friedliche Koexistenz nicht gleichbedeutend ist mit einer Garantie für Kolonialismus und überlebte gesellschaftliche Verhältnisse. Sie haben den Befreiungskampf unterdrückter Völker stets unterstützt. [...] Gewaltam soll der weltweite Emanzipationsprozeß von seiten der USA jetzt gestoppt werden.“ Ebd., S. 15.

⁷³¹ Jungsozialisten, *Nie wieder Krieg!*, S. 3-10.

⁷³² Ebd., S. 3.

⁷³³ Ebd.

⁷³⁴ Ebd., S. 6.

europäischen Völker⁷³⁵. Die militärischen Aktionen der Sowjetunion wurden nur höchst beiläufig kritisiert, Polen und Afghanistan noch nicht einmal namentlich erwähnt.

Bezeichnend war neben dieser offensichtlichen Voreingenommenheit, wie sehr sich die Bedrohungsvorstellungen der JUSOS wie auch der Friedensbewegung insgesamt auf die amerikanischen Raketen bezogen. Ihrer Wahrnehmung nach bedrohten diese nicht die Sowjets, auf die sie ja gerichtet werden sollten, sondern die Deutschen. Diese Perspektive bildete sich schon im Zusammenhang mit der Debatte um die Neutronenwaffe heraus, wie etwa die folgende Karikatur von Horst Haitzinger zeigte:



Daß die amerikanischen Offiziere und letztlich der amerikanische Präsident den Oberbefehl über den Einsatz der Nuklearwaffen hatten, führte zu der Vorstellung von der „Geisel Europa“⁷³⁶, die wie in der folgenden Zeichnung dem Willen der Amerikaner völlig ausgeliefert war:

⁷³⁵ Ebd., S. 12.

⁷³⁶ Vgl. dazu Britsche, Heinz; Rühle, Johannes: *Nicht länger Geisel sein...: Abrüstungsinitiativen sozialistischer Länder und westliche Reaktionen 1971-1984*. Frankfurt a. M. 1984. Außerdem Perdelwitz, Wolf; Bremer, Heiner: *Geisel Europa*. Berlin (West) 1981.



Gerade in dieser Karikatur kam die von Belinda Davis konstatierte geschlechtliche Codierung des Diskurses deutlich zum Vorschein: Ein aggressives, männliches Amerika zwang ein hilfloses, weibliches Deutschland bzw. Westeuropa dazu, sich seinem Willen unterzuordnen. Davis stellte dazu fest:

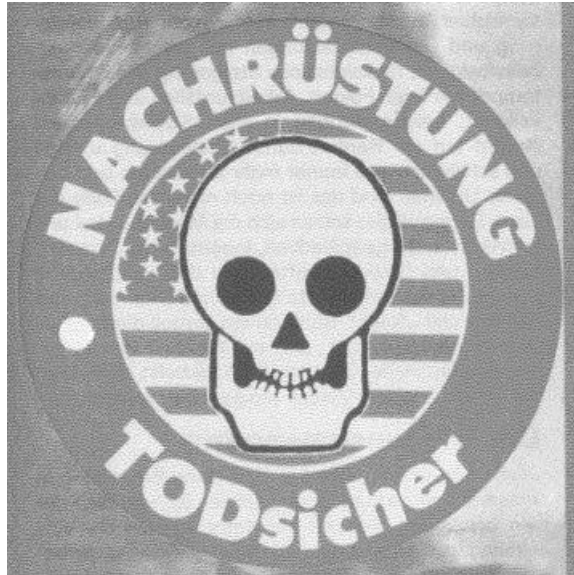
In this context, the ‚enemy‘, most often perceived as ‘the U.S.’, or as the trika Reagan-Haig-Weinberger, was aggressive, and crazy with power [...]. This power lust, activists asserted, rendered the U.S. inimical even to its presumed allies – and even purposefully so. [...] Indeed, the relation between the ‘we’ and the aggressive enemy character bore more than ever the aspect of a bad marriage, in which West Germany played the role of battered wife to an overbearing husband, who bullies her as a part of his ‘protection’ of her.⁷³⁷

Dieser Selbststilisierung der Westdeutschen zu Opfern kam eine wichtige psychologische Funktion zu, da durch sie eine moralische Selbstentlastung erreicht werden konnte, die nicht zuletzt auch rückwirkend funktionierte. Die moralische Überlegenheit der Alliierten im Zweiten Weltkrieg konnte dadurch negiert werden.

Am einfachsten in ihren Mitteln machten es sich die kommunistischen Gruppierungen. In ihren Reihen waren die antiamerikanischen Feindbilder so fest etabliert, daß schlichte Symbolverbindungen wie die einer amerikanischen Flagge und eines

⁷³⁷ Davis, Belinda: The Gender of War and Peace: Rhetoric in the West German Peace Movement of the Early 1980s. In: Ziemann, Benjamin (Hrsg.): *Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA since 1945: Historiographical Reviews and Theoretical Perspectives*. (Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Bd. 32) Bochum 2004. S. 112 f.

Totenschädels ausreichen, um ihre Aussagen zu kommunizieren, wie etwa in diesem Beispiel aus einer Broschüre der DKP-nahen Deutschen Friedens-Union (DFU):



Die *Stern*-Redakteure Wolf Perdelwitz und Heiner Bremer widmeten der Kuratel der USA, unter der die BRD angeblich stand, gleich ein eigenes Buch⁷³⁸. Darin zitierten sie einen ehemaligen Admiral der US Navy, Gene LaRoque, mit den Worten: „Die militärischen Planer der USA sind überzeugt, daß es früher oder später zum Krieg zwischen den USA und der UdSSR kommt – und dieser Krieg wird ein nuklearer sein.“⁷³⁹ Und: „Die Amerikaner gehen davon aus, daß der Dritte Weltkrieg ebenso wie der Erste und Zweite in Europa ausgefochten wird.“⁷⁴⁰ Beide Zitate, die ursprünglich aus einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* vom 29. April 1981 stammten, wurde vielfach angeführt, wenn belegt werden sollte, daß die USA die Europäer in ihrem nuklearen Kreuzzug gegen den Kommunismus zu opfern planten.

Ansonsten fiel das Werk von Perdelwitz und Bremer vor allem durch einige bemerkenswerte Thesen zur jüngeren Geschichte auf. Zunächst wiederholten die Autoren den historischen Mythos, nach dem die USA die Atombomben gegen Hiroshima und Nagasaki nur eingesetzt hätten, um eine Drohung an die Adresse der UdSSR zu richten, wobei ihre Verwendung gegen das bereits besiegte Japan militärisch völlig

⁷³⁸ Perdelwitz, Wolf; Bremer, Heiner: *Geisel Europa*. Berlin (West) 1981.

⁷³⁹ Ebd., S. 28.

⁷⁴⁰ Ebd.

unnötig gewesen sei⁷⁴¹. Überdies waren die USA nach Perdelwitz' und Bremers Ansicht an der Teilung Deutschlands und der Konfrontation der Supermächte in Europa schuld, da die Vereinigten Staaten sich „zu keiner Zeit Gedanken darüber gemacht“ hätten, „wie es nach dem Krieg in Europa weitergehen“ solle. „Die Fixierung auf die Forderung nach der ‚bedingungslosen Kapitulation‘ Deutschlands“ habe „zur Vernachlässigung aller Überlegungen über den Nachkriegszustand“ geführt⁷⁴². Das „allzu simple Weltbild“ der Amerikaner, nach dem die Achsenmächte nur als Aggressoren wahrgenommen worden seien, habe „die Westalliierten bereits in den letzten zwei Jahren vor Kriegsende daran gehindert, mit der deutschen Widerstandsbewegung Kontakt aufzunehmen. Das Angebot zur Kooperation wurde abgelehnt, die Chance für einen Versöhnungsfrieden war vertan“⁷⁴³. Da nun die USA über keine Strategie für Europa verfügt und das Deutsche Reich – unnötiger Weise, wie Perdelwitz und Bremer implizierten – zerschlagen hätten, habe sich in Europa ein Machtvakuum gebildet. Infolgedessen habe sich die Sowjetunion weite Teile Europas einverleiben können, was ihr andernfalls verwehrt geblieben wäre.

Es ist nun hier nicht der Ort, die Details der – in Wahrheit durchaus intensiven – US-amerikanischen Deutschland-Planungen⁷⁴⁴ im Zweiten Weltkrieg zu erörtern; oder darauf hinzuweisen, daß es sich bei der sogenannten ‚Widerstandsbewegung‘ in Deutschland nur um einen kaum handlungsfähigen, winzigen Zirkel gehandelt hatte; oder zu fragen, wie die Alliierten das Deutsche Reich, das gerade fast ganz Europa unterjocht hatte, denn sonst hätten wahrnehmen sollen, wenn nicht als Aggressor. Im Zusammenhang mit den antiamerikanischen Einstellungen in der Friedensbewegung war die Geschichtsinterpretation der beiden *Stern*-Redakteure aber überaus aufschlußreich. Ihnen zufolge war Deutschland bereits im Zweiten Weltkrieg ein Opfer *amerikanischer* Aggression geworden. Die westlichen Alliierten hatten demnach aus

⁷⁴¹ Ebd., S. 104 f. sowie S. 294.

⁷⁴² Ebd., S. 292.

⁷⁴³ Ebd., S. 292 f.

⁷⁴⁴ Es gab in der Tat keine einheitliche Deutschland-Politik der US-Regierung, aber nicht etwa, weil man sich in Washington „keine Gedanken“ gemacht hätte, sondern weil im Gegenteil der Streit um diese Frage innerhalb der US-Regierung so intensiv und kontrovers geführt wurde, daß keine der beiden Fraktionen sich durchsetzen konnte. Überdies legte Roosevelt stets Wert darauf, auf Stalin, der für die USA ein unentbehrlicher Verbündeter war, Rücksicht zu nehmen, womit die amerikanische Deutschland-Politik bis zum Ende der Kriegshandlungen immer ein Stück weit von der Haltung der UdSSR abhing. Vgl. Junker, Detlef: Deutschland im politischen Kalkül der Vereinigten Staaten 1933-1945. In: Michalka, Wolfgang (Hrsg.): *Der Zweite Weltkrieg: Analyse, Grundzüge, Forschungsbilanz*. München 1989.

reiner Böswilligkeit den Krieg gegen ein eigentlich bereits friedensbereites Deutsches Reich fortgeführt.

In dieser Darstellung, die auf glatte Geschichtsfälschung hinauslief, fiel zunächst der mehr als nur unterschwellige Nationalismus auf. Wie viele Teile der deutschen Bevölkerung empfanden die Autoren den Sieg der Alliierten offensichtlich noch immer als Niederlage, nicht als Befreiung. Ihre Wahrnehmung des Verhaltens der USA gegenüber Japan und Nazi-Deutschland lief dabei parallel: Beide Mächte seien, obwohl bereits friedenswillig, von den USA weiterhin attackiert worden. Durch diese Fiktion eines unnötig verlängerten Krieges wurden die USA als die eigentlichen Aggressoren hingestellt und das Verhältnis zwischen ihnen und den Achsenmächten ins Gegenteil der historischen Wahrheit verkehrt. Somit konnte die eigene historische Schuld auf die verhassten Sieger abgewälzt werden. Der Protest gegen die Pershing II-Stationierung fungierte erkennbar auch als Ventil, durch das sich ein weitverbreiteter unterschwelliger Wunsch nach zumindest symbolischer Revanche für die Niederlage Deutschlands entladen konnte⁷⁴⁵. Seine Verbindung mit pazifistischen Elementen führte allerdings dazu, daß er nicht mehr die Gestalt eines nach außen gerichteten, aggressiven Machtstrebens, sondern vielmehr die einer isolationistischen Haltung annahm, womit es gelang, einen Nationalismus zu kreieren, der moralisch akzeptabel erschien und daher salonfähig war.

Wären diese antiamerikanischen Einlassungen nun lediglich von einigen mäßig bekannten Journalisten vertreten worden, könnte man sie als unbedeutend abtun. Mit dem *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein nahm jedoch einer der führenden Intellektuellen der Bundesrepublik die Geisel-Thematik auf. Im Mai 1981 schrieb er in einem Kommentar mit dem Titel „Das gefährdetste Land der westlichen Welt“:

Kein irgendwie erfahrener Fachmann würde blanken Auges bestreiten, daß die Amerikaner die auf Europa gerichtete Drohung der russischen SS-20 im Vorfeld und im Ernstfall auch ohne Nachrüstung konterkarieren könnten. [...] Jene Nachrüstung, an die der Bundeskanzler jetzt in so dramatischer Weise sein politisches Schicksal geknüpft hat, macht also militärtechnisch keinen Sinn, und das weiß er natürlich. Welchen Sinn könnte sie dann haben? Den, gegen die Bundesrepublik politisch-psychologische Pressionen auszuüben. Die Nachrüstung richtet sich also nicht so sehr gegen die Sowjets wie gegen uns selbst. Die Amerikaner argwöhnen, wir wollten uns unter dem

⁷⁴⁵ Vgl. Roth, Florian: *Die Idee der Nation im politischen Diskurs: Die Bundesrepublik Deutschland zwischen neuer Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969-1980)*. (Nomos Universitätschriften Politik, Bd. 62) Baden-Baden 1995. S. 219-240.

Druck der Sowjets von ihnen abkoppeln, zu welchem Verdacht wir ihnen bislang weiß Gott keinen Grund gegeben haben. Die Europäer hingegen argwöhnen, und dazu haben ihnen die USA sehr wohl Grund gegeben, daß jene im Ernstfall unter Schonung ihrer eigenen Territorien einen Stellvertreter-Krieg auf europäischem Boden führen möchten. [...] Sah Kissinger in den US-Truppen, die hier stationiert sind, eine Art „Geisel“, damit die Europäer des amerikanischen Engagements sicher seien, so müssen wir nun erkennen, daß der Nachrüstungsbeschluß nicht in erster Linie dazu dient, eine regional vorhandene Lücke zu füllen. Vielmehr, er hat Geisel-Funktion, er soll das Kernstück der europäischen Allianz, die Bundesrepublik, bei der Stange halten.⁷⁴⁶

Nach Augsteins Ansicht richtete sich der NATO-Doppelbeschluß also keineswegs in erster Linie gegen die Sowjetunion, sondern vielmehr gegen die Bundesrepublik Deutschland. Im August desselben Jahres stellte er unumwunden fest:

Die USA behalten sich ausdrücklich vor, Sowjetrußland von europäischem Boden aus mit atomaren Raketen zu bedrohen, wenn sie auf einem anderen „Kriegstheater“ [...] in einen Nachteil versetzt werden. Fragen müssen und werden sie uns Europäer nicht, so wenig sie ihren Hauptverbündeten Bundesrepublik jetzt konsultiert, geschweige gefragt haben. Sie behandeln uns so, wie wir uns mittlerweile selbst sehen: als einseitig abhängige Vorfeld-Kolonie.⁷⁴⁷

Augsteins Argumentation nahm nun zwar einerseits die erwähnten, real vorhandenen Kritikpunkte an der Politik der USA in den Blick. Sie war jedoch gleichzeitig so voller Ungereimtheiten, daß von einer auch nur entfernt realistischen Betrachtung der Lage keine Rede mehr sein konnte. Zudem enthielten seine Ausführungen mehrere eindeutig unwahre Behauptungen, deren erste die war, daß die USA die Bundesrepublik nicht um ihre Meinung zur Stationierung gefragt hätten. Tatsächlich war der Doppelbeschluß eine westdeutsche Idee gewesen. Die USA hatten sich überhaupt erst auf nachdrückliche Bitten der westdeutschen Regierung hin bereit gefunden, die Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu stationieren. Sowohl in der Frage der Neutronenwaffe als auch des Doppelbeschlusses waren intensive Verhandlungen geführt worden, in denen die Bundesrepublik jederzeit ihr Veto gegen eine Stationierung hätte einlegen können, wie sie es ja verschiedentlich bereits getan hatte, etwa

⁷⁴⁶ Augstein, Rudolf: Das gefährdetste Land der westlichen Welt. In: *Der Spiegel*, Nr. 22 (25. Mai 1981). Zitiert nach: Bittorf, Wilhelm (Hrsg.): *Nachrüstung: Der Atomkrieg rückt näher*. Reinbek bei Hamburg 1981. S. 93-101.

⁷⁴⁷ Augstein, Rudolf: Wir bewegen uns in Richtung Krieg. In: *Der Spiegel*, Nr. 34 (17. August 1981). Zitiert nach Bittorf, *Nachrüstung*, S. 118 f.

anlässlich der geplanten Einführung von Nuklearminen in den siebziger Jahren⁷⁴⁸. In der Nuklearen Planungsgruppe sowie der High Level Group, welche die Details des Beschlusses ausgearbeitet hatte, hatten selbstverständlich auch westdeutsche Vertreter mitgewirkt⁷⁴⁹, die überhaupt an sämtlichen NATO-Gremien beteiligt waren⁷⁵⁰.

Bei Augsteins Behauptung, die BRD würde von den USA wie eine Kolonie betrachtet, handelte es sich um ein Vorurteil, das derselben Kränkung nationaler Gefühle wie bei den Kollegen vom *Stern* entsprang, nicht aber realen Fakten. Daran war gerade einmal so viel richtig, daß die Bundesrepublik als eine Mittelmacht in geostrategisch exponierter Lage, die über keine eigenen Fähigkeiten zur nuklearen Abschreckung verfügte – und dies aufgrund ihrer Geschichte auch gar nicht *wollte* –, auf den Schutz der Supermacht USA angewiesen war und mithin auf deren Interessen ein Stück weit Rücksicht nehmen mußte. Die alte Bundesrepublik ist vielfach als „semi-souveräner“ Staat bezeichnet worden, was den Sachverhalt traf. Nur war sie es eben durch ihre enge Einbindung in zahlreiche internationale Bündnisse und Vertragssysteme, in denen sie überall Mitspracherecht hatte, und nicht, weil sich die USA noch als Besatzungsmacht aufgeführt hätten. Bezüglich der Kontrolle über die Nuklearwaffen hatten die USA der Bundesrepublik sogar wiederholt ein Zwei-Schlüssel-System angeboten, was von dieser jedesmal abgelehnt worden war⁷⁵¹. Augstein, der ein solches Mitspracherecht der BRD über den Einsatz der in ihr stationierten Nuklearwaffen forderte, ohne sich offenbar über dessen Konsequenzen im Klaren zu sein⁷⁵², war dieser Umstand entweder nicht bekannt, oder er ignorierte ihn absichtlich.

Die gegenseitige Rücksichtnahme zwischen USA und BRD galt überdies beiderseits: Wie Thomas A. Schwartz bereits für die deutsch-amerikanischen Beziehungen der fünfziger und sechziger Jahre feststellte, war die Bundesrepublik „ein zwar nicht stimmberechtigter, aber einflußreicher Akteur auf der politischen Bühne der USA, dessen Belange und Interessen in die Strukturen der amerikanischen Entscheidungs-

⁷⁴⁸ Vgl. Soell, Hartmut: *Helmut Schmidt: Macht und Verantwortung*. München 2008. S. 83-86.

⁷⁴⁹ Vgl. Hoffmann, Hubertus: *Die Atompartner Washington – Bonn und die Modernisierung der taktischen Kernwaffen: Vorgeschichte und Management der Neutronenwaffe und des Doppelbeschlusses der NATO*. Koblenz 1986. S. 428.

⁷⁵⁰ Der Verfasser dankt Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Detlef Junker für den Hinweis, daß dazu in NATO-Kreisen das etwas maliziöse Bonmot umlief, es gelte: „No annihilation without representation.“

⁷⁵¹ Hoffmann, *Atompartner*, S. 452.

⁷⁵² Durch die Einführung eines Zwei-Schlüssel-Systems wäre die Bundesrepublik zur de-facto-Atommacht geworden.

prozesse einbezogen wurden. Die Bundesrepublik erhielt sogar weit mehr Aufmerksamkeit als manche Teile der Vereinigten Staaten.⁷⁵³ In den siebziger Jahren legte dann namentlich Helmut Schmidt in seinem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten einen Grad an Unabhängigkeit an den Tag, der jedes Gerede von ‚Kolonie‘ oder ‚Vassallentum‘ als Unsinn entlarvte. So hätte beispielsweise kein Regierungschef eines Warschauer-Pakt-Staates auch nur im Traum daran denken können, Breschnjew eine solche Standpauke zu halten, wie Schmidt sie Carter bei ihrem Treffen 1980 in Venedig hatte angedeihen lassen⁷⁵⁴; ganz abgesehen von den sonstigen Belehrungen, die Schmidt allenthalben zu erteilen liebte und mit denen er vor allem dem amerikanischen Sicherheitsberater Brzezinski auf die Nerven ging. Die Bundesrepublik war den USA ein durchaus selbstbewußter Verbündeter. Sie blieb dies auch nach den Amtsantritten von Ronald Reagan und Helmut Kohl, als die Bundesregierung gegen den ausdrücklichen Wunsch Washingtons das Erdgas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion zum Abschluß brachte⁷⁵⁵.

Es stellte sich nun die Frage, inwiefern in Europa stationierte und gegen die Sowjetunion gerichtete Mittelstreckenraketen eine eigenständige Politik der Bundesrepublik hätten verhindern sollen, was nach Augsteins Auffassung ja ihr eigentlicher Zweck war. Auf welche Weise machten amerikanische Raketen, die sowjetische Truppen bedrohten, die Westdeutschen zu Geiseln? Augsteins Antwort lautete, um die Bundesrepublik zu disziplinieren, brauche man „atomares Potential auf westdeutschem Boden“, das den Sowjets derart in die Augen steche, daß sie in einer Krise wüßten, an wen sie sich im Falle eines Erstschlages zu halten hätten⁷⁵⁶. Wenn die neuen Raketen erst einmal stationiert wären, würden die Sowjets im Falle eines amerikanischen Angriffs nach dem Motto handeln: mitgefangen, mitgegangen, und gegen die Bundesrepublik zurückschlagen. Um dem zu entgehen, wäre diese gezwungen, im Falle eines Konflikts die Flucht nach vorn anzutreten, alles auf einen Sieg der USA zu setzen und daher jede amerikanische Aggression mitzutragen, ob sie wolle oder

⁷⁵³ Schwartz, Thomas A.: „No Harder Enterprise“: Politik und Beziehungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1945-1968. In: Junker, Detlef (Hrsg.): *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990*. (Bd. 1: 1945-1968) Stuttgart und München 2001. S. 59.

⁷⁵⁴ Vgl. Soell, *Macht und Verantwortung*, S. 756-761.

⁷⁵⁵ Vgl. Schwabe, Klaus: Entspannung und Multipolarität: Die politischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des Kalten Krieges 1968-1990. In: Junker, Detlef (Hrsg.): *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990*. (Bd. 2: 1968-1990) Stuttgart und München 2001. S. 22 f.

⁷⁵⁶ *Der Spiegel*, Nr. 22 (25. Mai 1981); Bittorf, *Nachrüstung*, S. 96.

nicht⁷⁵⁷. Durch den NATO-Doppelbeschluß würden die USA die Bedrohung Westdeutschlands durch die UdSSR künstlich steigern und so sicherstellen, daß Bundesrepublik von ihrer Schutzmacht abhängig bliebe. Das Kriegsrisiko für die Bundesrepublik würde im Vergleich zu den anderen Verbündeten disproportional erhöht werden⁷⁵⁸. Warum sich aber die UdSSR im Falle eines amerikanischen Angriffs mit einem Gegenschlag gegen die BRD begnügen sollte, was aus ihrer Sicht doch bedeuten mußte, nur den Sack zu schlagen, wo man eigentlich den Esel meinte; oder warum die BRD die USA bei ihren Aggressionen unterstützen müßte, statt dieser hemmend in den Arm zu fallen; diese Fragen stellte Augstein nun allerdings nicht. Auch übersah er geflissentlich die Tatsache, daß die neuen Mittelstreckensysteme eben nicht ausschließlich in der Bundesrepublik stationiert wurden, worauf die Vertreter der Bundesregierung in den Beratungen, die dem Doppelbeschluß vorangegangen waren, auch größten Wert gelegt hatten.

Augstein schrieb vielmehr weiterhin, die Amerikaner argwöhnten, daß sich die BRD unter dem Druck, der von der UdSSR auf sie ausgehe, von den USA abkoppeln wollte. Gleichzeitig behauptete er, der NATO-Doppelbeschluß habe gerade den Zweck, diesen Druck absichtlich *noch weiter* zu erhöhen. Hätten es die USA mit einer derart widersinnigen Politik nicht riskiert, ihren wichtigsten europäischen Verbündeten geradezu aus der NATO herauszukatapultieren, also just das Gegenteil einer festeren Bindung der BRD an das Bündnis zu erreichen? Genau dies meinte Augstein zwei Monate später feststellen zu können. Die USA hätten „die Solidarität zu ihrem wichtigsten Verbündeten angenagt“, sie betrieben „Finnlandisierung“, „Hollandisierung“, „Osloisierung“, würden also die Bundesrepublik in die Neutralität treiben⁷⁵⁹, was ihren eigenen Interessen ja direkt zuwider laufen mußte und mithin, wenn es denn der Fall gewesen wäre, in seiner ganzen Unsinnigkeit nur Ausdruck amerikanischer Torheit hätte sein können.

⁷⁵⁷ Dieselbe Ansicht vertraten die JUSOS in ihren oben zitierten „Friedenspolitischen Thesen“: „Die gewisse Eigenständigkeit, die die Bundesrepublik durch die Entspannungspolitik gewonnen hat, wäre vollständig verspielt. Mehr noch: Die Bundesrepublik wäre für jede US-Option erpreßbar. In einer weltpolitischen Krisensituation wäre jede Bundesregierung gezwungen, sich der Politik der USA voll und ganz unterzuordnen.“ op. cit. S. 9.

⁷⁵⁸ „Es gäbe künftig [nach einer Stationierung] Nato-Länder mit einem gezielt größeren Risiko als andere Verbündete innerhalb der Nato.“ *Der Spiegel*, Nr. 22 (25. Mai 1981); Bittorf, *Nachrüstung*, S. 101.

⁷⁵⁹ *Der Spiegel*, Nr. 31 (27. Juli 1981); Bittorf, *Nachrüstung*, S. 115.

Außerdem täten die USA nach Augstein so, „als bräuchten wir sie nötiger als sie uns“⁷⁶⁰, womit er implizierte, daß es recht eigentlich umgekehrt sei, daß also tatsächlich die USA die BRD mehr bräuchten, als diese jene. Damit hatte Augsteins Realitätsverlust seinen Gipfel erreicht. Niemand, der bei klarem Verstand war, konnte ernsthaft daran zweifeln, daß die an der Grenze zum Warschauer Pakt gelegene Mittelmacht Bundesrepublik, die ohne eigene Nuklearwaffen dastand, eines der dichtbesiedeltesten Länder der Welt war, eine hochtechnisierte und damit hochempfindliche Volkswirtschaft hatte und zudem noch durch die unmöglich zu verteidigende Exklave Westberlin belastet war, den Schutz durch die USA in der Tat sehr viel dringender brauchte, als die USA die Unterstützung durch die Bundesrepublik, auch wenn diese für Washington zweifellos ein wichtiger Partner war.

Grundsätzlich stellte sich überdies die Frage, warum Helmut Schmidt den Doppelbeschluß überhaupt hätte initiieren und unter erheblichen politischen Kosten – zunächst ja auch gegen den Widerstand der USA⁷⁶¹ – durchsetzen sollen, falls dieser lediglich darauf abgezielt hätte, die Bundesrepublik politisch derart zu lähmen. Augsteins Auffassung lautete: Die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses durch die SPD „wäre das Ende der jetzigen Bundesregierung. Also stimmt [Herbert Wehner], vielleicht noch schwereren Herzens, auch heute zu. Grund: Machterhaltung um jeden Preis.“⁷⁶²

Nun erfolgte der Machterhalt in Demokratien bekanntlich durch das Gewinnen von Wahlen. Die Parteiführung der SPD, die zu diesem Zeitpunkt noch die Regierung stellte, hätte also nach Augsteins Logik eine politische Entscheidung durchgesetzt, die den Interessen der Bundesrepublik diametral entgegengesetzt war, um nicht abgewählt zu werden. Dies implizierte, daß die Bürger der Bundesrepublik in ihren Wahlentscheidungen gegen ihre ureigensten Interessen verstießen, was nur durch Dummheit oder Manipulation zu erklären gewesen wäre. Für sich selbst nahm Augstein dagegen selbstverständlich in Anspruch, die wahren Verhältnisse zu durchschauen⁷⁶³.

⁷⁶⁰ *Der Spiegel*, Nr. 31 (27. Juli 1981); Bittorf, *Nachrüstung*, S. 116.

⁷⁶¹ Zu den Bedenken in Washington gegen eine Dislozierung neuer Mittelstreckenraketen vgl. Hoffmann, *Atompartner*, S. 408-410.

⁷⁶² *Der Spiegel*, Nr. 22 (25. Mai 1981); Bittorf, *Nachrüstung*, S. 93.

⁷⁶³ „Die Regierenden, wir erleben es jeden Tag, blicken über den Tellerrand nun einmal nicht hinaus, und die Regierten in ihrer großen Mehrheit auch nicht.“ Er, Augstein, und die von ihm aufgeklärten

Wenige Zeilen weiter bekräftigte er die These einer durchgehend manipulierten Öffentlichkeit: „Die Politik wird nicht von uns mitbestimmt, sie liegt fest. Wer sie nicht mitmacht, verliert die Macht. So einfach ist das.“⁷⁶⁴ Nicht die westdeutschen Wähler bestimmten demnach darüber, wer die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bildete, sondern fremde Mächte. Daß Augstein dabei an die USA dachte, war unschwer zu erraten. Nun hätte die US-Regierung zwar selbstverständlich in den bundesdeutschen Wahlkampf eingreifen können, etwa durch Äußerungen gegenüber der Presse. Deren Wirkung wäre aber aller Voraussicht nach nur eine recht begrenzte gewesen. Augstein behauptete jedoch, die Regierungen der Bundesrepublik würden von den USA nach Gutsherrenart ein- oder abgesetzt. Jeder westdeutsche Politiker, der Regierungsverantwortung anstrebe, müsse sich daher zum Erfüllungsgehilfen der Amerikaner machen. *Wie* Washington es aber bewerkstelligte, seine angeblichen westdeutschen Marionetten so meisterhaft am Schnürchen zu führen, darüber schwieg Augstein sich freilich aus. Er zeichnete die USA als Verursacher von Geschehnissen, die sie de facto gar nicht hätten beeinflussen können. Das geradezu erschreckend wirklichkeitsfremde Weltbild, das Augstein in seinen *Spiegel*-Kommentaren zeichnete, wurde somit zentral von einer antiamerikanischen Verschwörungstheorie bestimmt.

Zu guter Letzt ging Augstein offensichtlich davon aus, daß die Sowjetunion nur diejenigen Staaten bedrohte, die sie ihrerseits selbst nuklear bedrohten; daß also die Bundesrepublik, falls sie eine Stationierung amerikanischer Nuklearwaffen nicht gestatten würde, von der UdSSR auch nichts zu befürchten hätte, die USA die Konsequenzen ihrer aggressiven Aktionen vielmehr wieder würden allein tragen müssen, anstatt das Risiko auf ihre europäischen Verbündeten abschieben zu können. Helmut Schmidt mache, so Augstein, „der Bevölkerung Angst vor der Sowjet-Union“, obwohl er, Schmidt, genau wisse, „daß nur eine tödliche innere Schwäche der Sowjet-Union [...] den großen Krieg auslösen könnte.“⁷⁶⁵ Weiterhin fürchte Schmidt,

Spiegel-Leser, so die Implikation, dagegen sehr wohl. Damit bezog Augstein sein Publikum in eine imaginierte Gemeinschaft der Wissenden ein. Ebd., S. 100 f.

⁷⁶⁴ *Der Spiegel*, Nr. 22 (25. Mai 1981); Bittorf, *Nachrüstung*, S. 94. Dieselbe Aussage folgte noch einmal in der Kolumne im *Spiegel* Nr. 28 vom 6. Juli d. J.: „Wir müssen dem [der Stationierung] zustimmen, bei Strafe eines Personalwechsels in der obersten Führung.“ In: Bittorf, *Nachrüstung*, S. 105.

⁷⁶⁵ Augstein argumentierte in diesem Punkt nahezu gleichlautend mit Erhard Eppler, der nur zehn Tage später in der *Zeit* schrieb, „nicht die Dynamik, sondern die politische, ideologische und ökonomische Schwäche der Sowjetunion“ sei „das Problem der achtziger Jahre“. Die Lösung mußte für Augstein und Eppler folglich in einer möglichst stabilen Sowjetunion liegen, was ihren Widerstand

die Bundesrepublik könne „behandelt werden wie Afghanistan, Ungarn, die ČSSR, die DDR und demnächst, vielleicht, Polen“, was nach Augsteins Meinung reine Panikmache war; wohingegen man hätte einwenden können, daß sich in dieser Liste von Ländern doch ein gewisses Muster abzeichnete. Schließlich vollzog Augstein die in der Friedensbewegung generell verbreitete Gleichsetzung des Novembers 1983 mit dem August 1914, indem er den NATO-Doppelbeschuß als einen neuen Schlieffen-Plan hinstellte⁷⁶⁶ und damit implizierte, beim ersteren handele es sich ebenso wie beim letzteren um einen Offensivplan. Zwei Monate später erklärte er allen Ernstes Helmut Schmidt zu einem zweiten Bethmann Hollweg⁷⁶⁷.

Der Kalte Krieg erschien in Augsteins Darstellung als eine Auseinandersetzung der Supermächte, welche die Bundesrepublik eigentlich gar nichts anging und aus der sie sich am besten zurückziehen sollte; je früher, desto besser⁷⁶⁸. In dieser Sichtweise war die Sowjetunion lediglich ein etwas schwieriger Nachbar, mit dem man aber schon zurechtkommen würde. Augstein teilte somit das allgemeine pro-russische Vorurteil der linksnationalistischen Kräfte. Die wahren Störenfriede waren die ebenso törichten wie blindwütigen Amerikaner. Anhand der Einlassungen sowohl Rudolf Augsteins als auch der mit ihm d'accord gehenden Walter Jens, Erhard Eppler, Franz Alt, Oskar Lafontaine und Günter Grass zeigte sich, in welche Tiefen des Irrationalismus prominente Intellektuelle der alten Bundesrepublik durch ihren Antiamerikanismus getrieben worden waren.

Im übrigen mutete es seltsam an, wenn Augstein den USA vorwarf, diese hegten zu Unrecht den Verdacht gegen die Bundesrepublik, daß sie sich von den USA abkoppeln und mit der UdSSR arrangieren wollten – denn genau dieser Schritt einer Neuauflage von Rapallo war es ja, den er empfahl; was nun allerdings für jemanden, der wie Augstein der Westbindung der Bundesrepublik seit jeher skeptisch gegenüber

gegen Reagan erklärte. Vgl. Eppler, Erhard: Deutschland – Vorfeld oder Schlachtfeld? Der Aufstand gegen den Rüstungszwang – Eine Erwiderung auf Graf Kielmansegg. In: *Die Zeit* (5. Juni 1981). Hier zitiert nach: Joffe, Josef (Hrsg.): *Friede ohne Waffen? Der Streit um die Nachrüstung*. München 1981. S. 75.

⁷⁶⁶ *Der Spiegel*, Nr. 22 (25. Mai 1981); Bittorf, *Nachrüstung*, S. 94.

⁷⁶⁷ *Der Spiegel*, Nr. 28 (6. Juli 1981); Bittorf, *Nachrüstung*, S. 111.

⁷⁶⁸ In demselben Sinne äußerten sich etwa Rudolf Bahro und Hermann Scheer. Vgl. Apel, Hans; Bahr, Egon; Bahro, Rudolf (Hrsg.): *Sicherheitspolitik contra Frieden? Ein Forum zur Friedensbewegung*. Berlin und Bonn 1981. S. 75. Oskar Lafontaine empfahl eine Politik des Gaullismus, durch die sich beide deutsche Staaten von den Supermächten emanzipieren sollten, was die Wiedervereinigung ermöglichen würde. Vgl. Lafontaine, Oskar: *Angst vor den Freunden: Die Atomwaffen-Strategie der Supermächte zerstört die Bündnisse*. Reinbek bei Hamburg 1983. S. 74-91. Alfred Mechttersheimer stellte fest, der Konflikt der Supermächte sei nicht der der Deutschen. Ders.: *Rüstung und Frieden: Argumente für eine neue Sicherheitspolitik*. Reinbek bei Hamburg 1984. S. 194.

gestanden hatte, nur konsequent war. Daß er den USA vorwarf, sie würden die Bundesrepublik durch ihr böswilliges Verhalten aus dem Bündnis treiben, erschien da eher als die vorgeschobene Rechtfertigung eines von Anfang an präferierten Kurses. Daß für einen Separatfrieden der BRD mit der Sowjetunion ein ganz erheblicher politischer Preis hätte gezahlt werden müssen, kam Augstein und anderen Neutralisten nicht in den Sinn⁷⁶⁹. Seine Ausführungen standen exemplarisch für einen grundsätzlich antiwestlichen und linksnationalistischen Affekt, der in der Friedensbewegung eine nicht geringe Rolle spielte.

Somit ergibt sich als Fazit, daß sich antiamerikanische Einstellungen nicht nur auf das KoFAZ-Spektrum der Friedensbewegung beschränkten. Dieser Antiamerikanismus bestand aber nicht in einer – wie scharf auch immer formulierten – Kritik an der US-amerikanischen Politik. Antiamerikanismus lag vielmehr dann vor, wenn die Politik der USA gar nicht im eigentlichen Sinne kritisiert, also weder untersucht noch geprüft wurde, die Verurteilung vielmehr von vornherein feststand. Es ist im nachhinein frappierend zu beobachten, mit welcher Selbstverständlichkeit jeder Äußerung der Sowjetunion von Vertretern der Friedensbewegung Glauben geschenkt, und mit welcher ebenso großer Selbstverständlichkeit hinter jeder amerikanischen Verlautbarung irgendein sinister Plan vermutet wurde; gerade angesichts der Tatsache, daß es sich bei einigen der von der UdSSR immer wieder vorgebrachten Versicherungen um glatte Lügen handelte, so vor allem der, in keinem Fall als erster Kernwaffen einzusetzen⁷⁷⁰. Exemplarisch für diese blauäugige Haltung war Erhard Epplers Vergleich der Verhandlungsangebote der Sowjetunion zu den SS-20 in Genf mit der Stalin-Note des Jahres 1952 zur deutschen Wiedervereinigung. Anstatt zu dem Schluß zu gelangen, daß dieses Angebot ebenso vergiftet sei, wie jenes es gewesen war, beklagte

⁷⁶⁹ Eine neutralistische Politik wurde allein unter dem Aspekt der Gefahr eines Kriegsausbruchs diskutiert, nicht jedoch im Hinblick auf die politische Situation der Bundesrepublik gegenüber der UdSSR. Vgl. als weiteres Beispiel Lutz, Dieter, S.; Große-Jütte, Annemarie (Hrsg.): *Neutralität – eine Alternative? Zur Militär- und Sicherheitspolitik neutraler Staaten in Europa*. (Veröffentlichungen des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Bd. 4) Baden-Baden 1982.

⁷⁷⁰ Die geht aus den in der ehemaligen Tschechoslowakei aufgefundenen Einsatzplanungen des Warschauer Paktes eindeutig hervor. Vgl. Rühle, Hans; Rühle, Michael: Präventiver Nuklearkrieg in Europa. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (13. August 2008). Daß die sowjetischen Nuklearstrategien einen massiven Kernwaffeneinsatz vorsahen war allerdings bereits in den achtziger Jahren bekannt, vgl. etwa Calder, Nigel: *Atomares Schlachtfeld Europa: Report über die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges in den 80er Jahren*. Hamburg 1980. S. 60-67.

Eppler vielmehr, der Westen, d. h. die Amerikaner, hätten zu all diesen doch durchaus ernstzunehmenden Angeboten der Sowjetunion immer nur nein gesagt⁷⁷¹.

Der Antiamerikanismus somit bestand somit nicht so sehr in der Einstellung zu den USA an sich, sondern vielmehr in der Art und Weise ihres Zustandekommens; nicht so sehr im Ergebnis, als vielmehr im Prozeß, vor allem in der prinzipiellen Unterstellung einer bösen Absicht. Es handelte sich bei ihm auch keineswegs um ein historisch neues Phänomen, sondern lediglich um die aktualisierte Version der alten, in der Romantik wurzelnden antiwestlichen, antirationalistischen und antikapitalistischen deutschen Tradition, die nun, nach zwei verlorenen Weltkriegen, nicht mehr den „Griff nach der Weltmacht“ anstrebte, sondern vielmehr eine Politik des Neutralismus und Isolationismus verfolgte. Dies führte zu einem spezifisch westdeutschen Nationalismus, der sich im völligen Gegensatz zu dem des Wilhelminischen Deutschen Reichs statt mit dem Militarismus nun mit dem Pazifismus verband, was ihn jedoch nicht daran hinderte, gleichfalls eine Pose arroganter moralischer Überlegenheit einzunehmen und weiterhin das Feindbild der kulturlosen, materialistischen und kriegslüsternen Amerikaner bzw. Angelsachsen zu pflegen.

d) „Erstschlagwaffe“ Pershing II

Nach Ansicht Augsteins ging die eigentliche Gefahr für die Bundesrepublik mithin von den USA aus. Er wie auch Wilhelm Bittorf argumentierten, die Pershing II-Stationierung solle neben der Fesselung der Bundesrepublik an die USA dieser auch die Möglichkeit gewähren, die UdSSR ohne eigenes Risiko nuklear zu bedrohen, sie gegebenenfalls zu erpressen oder gleich direkt anzugreifen. Nach der Logik dieses Arguments würde die UdSSR gegen einen Schlag, der mit in Westeuropa stationierten Mittelstreckenwaffen erfolgte, auch nur durch einen Vergeltungsschlag auf die europäischen NATO-Staaten antworten. Während der früheren Dekaden des Kalten Krieges habe diese Situation deshalb bestanden, weil die sowjetischen SS-4 und SS-5 einfach nur europäische Ziele hätten treffen können. Somit seien, so Bittorf, die Europäer Geiseln der UdSSR gewesen. Ihr Sicherheitsinteresse habe darin gelegen, ein

⁷⁷¹ Eppler, *tödliche Utopie*, S. 92 f.

allzu aggressives Vorgehen der USA gegen die UdSSR zu verhindern, um wiederum diese davon abzuhalten, ihre europäischen Geiseln per Nuklearangriff hinzurichten⁷⁷². Da aber die Sowjetunion inzwischen über ausreichend Interkontinentalraketen verfüge, um die USA zu vernichten, habe sich die Lage geändert: Nun müssten die USA der Sowjetunion irgend etwas anbieten, um diese dazu zu bewegen, den Krieg auf Europa zu beschränken. Dieses Angebot bestehe darin, durch Präzisionswaffen wie der Pershing II lediglich nukleare Punktangriffe gegen die Sowjetunion zu führen, statt diese in einem interkontinentalen Angriff großräumig zu verwüsten. Daß diese Offerte von der Sowjetunion angenommen werden würde, sei, so Bittorf, das Kalkül in Washington, womit er der amerikanischen Regierung unterstellte, daß sie ihre europäischen Verbündeten und damit auch ihre eigenen, in Europa stationierten Soldaten jederzeit opfern würden, um den Sieg über die UdSSR zu erringen⁷⁷³.

Bittorf befand sich jedoch mit dieser ganzen hypothetischen Konstruktion im Irrtum. In Washington ging man im Gegenteil nach wie vor davon aus, daß jeder nukleare Angriff auf das Kerngebiet der UdSSR zu einer Eskalation auf das interkontinentale Niveau führen würde⁷⁷⁴. Die Strategie, durch ein begrenztes Bombardement eine Deeskalation anzubieten, wurde zwar von einigen amerikanischen Strategietheoretikern durchaus vertreten. Jedoch hatten die USA damit bereits bei der *Rolling Thunder*-Kampagne gegen Nordvietnam einen völligen Fehlschlag erlitten, da die Nordvietnamesen das Angebot zu einer Begrenzung der Feindseligkeiten einfach ignoriert hatten⁷⁷⁵. Es bestand die erhebliche Gefahr, daß die Sowjetunion es ihnen gleich tun würde⁷⁷⁶.

⁷⁷² Bittorf, *Nachrüstung*, S. 31. Dieselbe Auffassung vertrat Rudolf Bahro, vgl. Apel, Bahr, Bahro, *Sicherheitspolitik*, S. 98 f.

⁷⁷³ Vgl. Bittorfs eigene Argumentation in ders., *Nachrüstung*, S. 31-75; sowie Rudolf Augsteins gleichlautende Aussagen in *Der Spiegel*, Nr. 28 (6. Juli 1981); Bittorf, *Nachrüstung*, S. 104-112.

⁷⁷⁴ Vgl. Hoffmann, *Atompartner*, S. 435; außerdem Baudissin, Wolf Graf von: Eine Neuauflage der Reichswehr sollten wir uns ersparen, in: Borkenhagen, Franz H. U. (Hrsg.): „*Wehrkraftzersetzung*“: *Offiziere äußern sich zur Heilbronner Erklärung*. Reinbek bei Hamburg 1984. S. 20

⁷⁷⁵ Dieses Angebot wurde in Form von Pausen des Bombardements kommuniziert, wobei die Möglichkeit groß war, daß der Gegner diese Pausen entweder gar nicht wahrnahm oder nicht als Angebot verstand. Die nordvietnamesische Führung kam z.B. überhaupt nicht auf den Gedanken, daß die Unterbrechungen der Bombardierung als Botschaft gemeint sein könnten. Vgl. Heuser, *Krieg*, S. 383-387.

⁷⁷⁶ Einer der bedeutendsten amerikanischen Theoretiker, Robert Osgood, kam 1979 zu dem Ergebnis, daß sich ein Nuklearkrieg in Europa *nicht* begrenzen lasse, vor allem weil das Konzept des begrenzten Krieges im strategischen Denken der Sowjets keinen Platz habe. Vgl. Heuser, *Krieg*, S. 408. Im selben Sinne äußerte sich auch Gert Krell. Vgl. des.: Zur Problematik nuklearer Optionen, in: Forndran, Erhard; Krell, Gert (Hrsg.): *Kernwaffen im Ost-West-Vergleich. Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten*. (Veröffentlichungen der DGFK) Baden-Baden 1984. S. 97 f.

Bittorf und Augstein reihten sich damit wie der bereits zitierte Walter Jens in die lange Liste von Autoren ein, die nachzuweisen suchten, daß mit der Pershing-II ein nuklearer Erstschlag gegen die Sowjetunion geführt werden solle. Dazu wurden im wesentlichen vier Argumente vorgebracht: Deren erstes rekurrierte auf die gegenüber der SS-20 kürzere Reichweite der Pershing II. Helmut Gollwitzer folgerte daraus:

[D]ie SS-20 werden durch die Pershing II nicht zerstört; diese reichen nur zur ‚Enthauptung‘ bis Leningrad und Moskau, nicht aber bis in den Ural, wo die SS-20 stehen, und darum ist es eine Propagandalüge, die Pershing II seien Gegengewicht und Verteidigungsmittel gegen die SS-20. Verteidigungsmittel sind Kanonen, die die feindlichen Kanonen erreichen können; die Pershing II sind für die Amerikaner Enthauptungsmittel gegen die Sowjets, für uns aber die Magneten, die die SS-20 auf unseren Kopf herabziehen.⁷⁷⁷

Das zweite Argument lautete, die Pershing II verfüge über keinerlei Überlebensfähigkeit. Bei ihr könne es sich folglich nicht um eine Zweitschlags-, sondern nur um eine Erstschlagswaffe handeln. Der Physiker Joachim Wernicke und die Historikerin Ingrid Schöll schrieben, die Pershing II ließen sich in der Bundesrepublik weder schützen noch verbergen⁷⁷⁸. Sie würden sich entweder in den bekannten Basen befinden, sich in auffälligen Fahrzeugkolonnen über die Straßen bewegen, oder aber in ihren Feuerstellungen in den schwäbischen Wäldern bereitstehen. In jedem der drei Fälle sei es für die Sowjetunion nicht schwer, „die Raketenbewegungen laufend zu verfolgen und die Raketen jederzeit binnen Minuten zu zerstören“⁷⁷⁹.

Drittens sei die Präzision der Pershing II klar darauf angelegt, nicht wie in der alten *countervalue*-Strategie die Bevölkerungszentren des Gegners zu bedrohen, sondern in *counterforce*-Angriffen militärische Anlagen, insbesondere Führungsbunker, ins Visier zu nehmen. Die Pershing II sei daher keine Vergeltungs- und damit Abschreckungswaffe, sondern für einen Kriegseinsatz konzipiert. Ihre hohe Zielgenauigkeit sei andernfalls gänzlich überflüssig. Sie besitze auch die nötige Reichweite, um die sowjetischen Befehlsbunker zerstören zu können. Ihre kurze Flugdauer mache sie überdies für einen Überraschungsangriff besonders geeignet. Aus der ganzen Bauweise der Pershing II gehe zweifelsfrei hervor, daß sie für einen Enthauptungsschlag gegen die

⁷⁷⁷ Gollwitzer, Helmut: Untergang oder Abrüstung. In: Wischnath, Rolf: *Frieden als Bekenntnisfrage: Zur Auseinandersetzung um die Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes „Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche“*. Gütersloh 1984. S. 144.

⁷⁷⁸ Wernicke, Joachim; Schöll, Ingrid: *Verteidigen statt vernichten: Wege aus der atomaren Falle*. München 1985. S. 116.

⁷⁷⁹ Ebd.

Sowjetunion vorgesehen sei⁷⁸⁰. Viertens befinde sich die Pershing II bereits seit 1973 in der Entwicklung, als noch niemand im Westen von der sowjetischen SS-20 gewußt habe. Sie könne daher gar nicht als Antwort auf diese vorgesehen gewesen sein.

In diesen Argumenten vermischten sich nun zutreffende, unrealistische und eindeutig falsche Annahmen. Die Friedensbewegung ging davon aus, daß ein erfolgreicher Enthauptungsschlag gegen die UdSSR in naher Zukunft möglich sei oder jedenfalls von der amerikanischen Führung für möglich gehalten werde. Um diese These plausibel werden zu lassen, hätten drei Bedingungen erfüllt sein müssen: Die gesamte sowjetische Befehlsgewalt hätte in Reichweite der Pershing II – also im westlichen Teil Rußlands bis Moskau – konzentriert sein müssen; die Pershing II und Tomahawk Cruise Missiles hätten technisch zur sicheren Vernichtung der verbunkerten Befehlsstände geeignet sein müssen⁷⁸¹; und schließlich hätte garantiert sein müssen, daß die sowjetischen Regionskommandeure und die Kommandanten der U-Boot-Flotte ihre Nuklearwaffen nicht eigenständig abfeuern würden, falls sie die Verbindung zur Moskauer Zentrale verloren.

Aus Sicht der Sowjetunion, die sich selbstverständlich der Möglichkeit eines Enthauptungsschlages bewußt war⁷⁸², wäre eine derartig überzentralisierte Strukturierung ihrer Nuklearstreitkräfte nun in höchstem Grade irrational gewesen. Nach bis heute nicht bestätigten Gerüchten verfügte sie ganz im Gegenteil über ein „System der Toten Hand“, das jeden Enthauptungsschlag durch einen automatisch ausgelösten Vergeltungsangriff gegen die USA beantwortet hätte⁷⁸³. Unabhängig davon, ob dieses System existierte, hätten die 108 Sprengköpfe der Pershing II allein ohnehin nicht für

⁷⁸⁰ Ebd., S. 114-130.

⁷⁸¹ Der ‚Gegenexperte‘ Joachim Wernicke behauptete, bereits die 108 Pershing II reichten „zahlenmäßig aus, um die gesamte, stark zentralisierte sowjetische Führung auf einen Schlag zu töten, zu ‚enthaupten‘.“ Vgl. ders.: Wir haben nur noch wenige Monate Zeit. In: Jacobsen, Carl G. (Hrsg.): *Europa: Sicherheitsgemeinschaft oder Krieg*. Köln 1984. S. 48. Wernicke revidierte diese Annahme in dem später zusammen mit Ingrid Schöll geschriebenen Band. Er behauptete nun, in der Bundesrepublik seien in Wahrheit nur 108 (mehrfach verwendbare) Abschußgeräte stationiert, während die Zahl der Raketen und Sprengköpfe in Wirklichkeit weit höher sei, denn es ließen sich weitere Raketen aus Ersatzteilen zusammenbauen und mit den Sprengköpfen der Pershing I bestücken. Vgl. Wernicke, Schöll, *Verteidigen*, S. 126.

⁷⁸² Vgl. Bange, Oliver: SS 20 und Pershing II: Waffensysteme und die Dynamisierung der Ost-West-Beziehungen. In: Becker-Schaum, Christoph; Gassert, Philipp; Klimke, Martin; Mausbach, Wilfried; Zepp, Marianne (Hrsg.): *„Entrüstet Euch!“: Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*. Paderborn, München, Wien, Zürich 2012. S. 81.

⁷⁸³ Heuser, *Krieg*, S. 413.

einen Enthauptungsschlag ausgereicht⁷⁸⁴. Bezüglich der sowjetischen Nuklear-U-Boote behaupteten Wernicke und Schöll, die USA hätten die Fähigkeit, alle Schiffe jederzeit zu orten und zu eliminieren, bevor diese ihre Raketen starten könnten⁷⁸⁵, sodaß die sowjetische Zweitschlagsfähigkeit in diesem Bereich schon jetzt nicht mehr bestehe. Nun war die sowjetische U-Boot-Flotte zwar in der Tat durch die Geographie der sowjetischen Küstenlinien im Nachteil. Von einer garantierten Vernichtungsfähigkeit der US-Streitkräfte, die ja voraussetzte, daß jedes sowjetische U-Boot sich zu jedem Zeitpunkt entweder in Reichweite einer amerikanischen Sonarstation oder amerikanischer Schiffe befand, konnte jedoch nicht im Entferntesten die Rede sein⁷⁸⁶. Die Bedrohung der USA durch die sowjetischen seegestützten Nuklearwaffen und mit ihr die sowjetische *strategische* Zweitschlagsfähigkeit bestand in Wahrheit die ganze Zeit über ungeschmälert fort.

Das oft angeführte Reichweiten-Argument verkannte die Tatsache, daß Nuklearraketen völlig anders funktionierten, als die von Gollwitzer erwähnten Kanonen. Artilleriegeschütze feuerten kontinuierlich. Raketen mußten dagegen nur ein einziges Mal feuern, um ihren Zweck zu erreichen. Ein nachträglicher Gegenangriff gegen die leeren Abschußlafetten wäre vollkommen sinnlos gewesen, ein ‚Abdecken‘ der SS-20-Stellungen hätte also zum Ziel der Abschreckung der UdSSR überhaupt nichts beigetragen. Vielmehr mußte ein Zweitschlag andere, für den Feind wertvolle Ziele bedrohen⁷⁸⁷. Daß die Pershing II die SS-20 nicht erreichen konnte, bedeutete natürlich auch, daß sie auch die Zweitschlagsfähigkeit der Sowjetunion im Mittelstreckenbereich gerade *nicht* in Frage stellte. Die Bedienmannschaften der SS-20 waren technisch zum eigenständigen Einsatz ihrer Systeme fähig, und hätten, falls ihre Verbindungen zu den Stäben abgerissen und Moskau zerstört worden wäre, davon sehr wahrscheinlich auch Gebrauch gemacht.

Gleichfalls falsch war die Behauptung der fehlenden Überlebensfähigkeit der Pershing II. In punkto Mobilität waren sie und die SS-20 sich gleich. Beide würden im Einsatzfall von ihren Basen zu vorher ausgemessenen Feuerstellungen fahren, die

⁷⁸⁴ Vgl. dazu beispielsweise die Ausführungen Hans Apels im direkten Gespräch mit Petra Kelly und Anton-Andreas Guha in: Apel, Bahr, Bahro, *Sicherheitspolitik*, S. 62 f.

⁷⁸⁵ Wernicke, *wenige Monate*, S. 45.

⁷⁸⁶ Vgl. Krell, Problematik, in Forndran, Krell, *Ost-West-Vergleich*, S. 84 f.

⁷⁸⁷ Dies entsprach der ursprünglich durch Admiral von Tirpitz formulierten Risikostrategie, durch die eine kleinere Streitmacht (in seinem Fall die deutsche Kriegsmarine) eine größere (die englische Navy) abzuschrecken in der Lage war, indem sie ihr inakzeptable Schäden androhte. Vgl. Heuser, *Krieg*, S. 281 f.

dem jeweiligen Gegner nicht bekannt waren⁷⁸⁸; bei der Pershing II hätte noch der separat gelagerte Sprengkopf per Hubschrauber angeliefert und montiert werden müssen. Die NATO war nach eigenen Angaben nicht in der Lage, die Transporter der SS-20 zeitnah zu orten und ihre eigenen Nuklearraketen auf deren neuen Aufenthaltsort zu programmieren⁷⁸⁹. Angesichts der begrenzten Möglichkeiten der damaligen elektronischen Systeme war dies glaubwürdig. Die Militärsatelliten konnten zwar Aufnahmen des gegnerischen Territoriums anfertigen und übertragen, eine automatisierte Ortung, d. h. die Identifizierung eines fotografierten Objektes in Echtzeit, war jedoch technisch nicht möglich. Jede einzelne Aufnahme mußte noch von einem menschlichen Spezialisten ausgewertet werden, was gerade bei großen Flächen erhebliche Zeit kostete. Somit war es aber auch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen, daß die technologisch rückständige UdSSR die ihr von Wernicke und Schöll zugeschriebene Fähigkeit der ständigen Zielverfolgung besaß. In diesem Zusammenhang mutete es höchst eigenartig an, daß die ‚Gegenexperten‘ der Friedensbewegung auf der einen Seite ständig betonten, wie unterlegen die Sowjetunion den USA in punkto der elektronischen Zielerfassung sei, andererseits der UdSSR aber auf einmal Fähigkeiten zuschrieben, über die selbst die NATO 1983 nicht verfügte.

De facto waren sowohl die SS-20 als auch die Pershing II im kritischen Zeitraum ab dem Verlassen ihrer Basen praktisch unverwundbar, weil nicht zeitnah zu orten⁷⁹⁰. Davor war die Pershing II allerdings in der Tat verletzlich. Gegen einen nuklearen Überraschungsangriff der Sowjetunion bot sie keinerlei Verteidigung. Mit einem solchen rechnete man auf Seiten der NATO allerdings auch nicht, was aus heutiger Sicht eine Fehleinschätzung war. Vielmehr ging man immer von einem konventionellen Angriff der UdSSR aus, den die NATO dann mit Nuklearwaffen bekämpfen würde. Die Pershing II war daher keine *Erstschlags-*, wohl aber eine *Ersteinsatzwaffe*. Ihr Einsatzkonzept war wie das gesamte NATO-Konzept strategisch defensiv, taktisch aber offensiv. Zu diesem gehörte in der Tat auch der Angriff gegen sowjetische

⁷⁸⁸ Die Feuerstellungen der SS-20 waren baulich vorbereitet worden und daher für die NATO durch Satelliten zu entdecken; es existierten aber für jede Einheit mehrere Stellungen, von denen die NATO nicht wußte, welche von ihnen tatsächlich angesteuert werden würde. Die Feuerstellungen der Pershing II benötigten keinerlei bauliche Maßnahmen und unterschieden sich daher aus der Perspektive der sowjetischen Überwachungssatelliten nicht vom übrigen Waldgebiet.

⁷⁸⁹ Vgl. wiederum die Aussage Hans Apels in Apel, Bahr, Bahro, *Sicherheitspolitik*, S. 62.

⁷⁹⁰ Vgl. Bange, *SS 20 und Pershing II*, S. 73.

Führungsstellen, aber eben gegen die für den europäischen Kriegsschauplatz wichtigen Hauptquartiere des Warschauer Pakts, und nicht gegen die Einsatzzentralen der sowjetischen Interkontinentalraketen.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß ein Enthauptungsschlag der NATO gegen die strategischen, d.h. interkontinentalen Waffensysteme der UdSSR mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht möglich gewesen wäre⁷⁹¹. Daß die Pershing II unabhängig von der SS-20 entwickelt worden war, war dagegen korrekt⁷⁹². Die Entscheidungen zu ihrer technischen Entwicklung und die zu ihrer Stationierung in Europa waren jedoch zwei verschiedene Prozesse gewesen⁷⁹³. Insgesamt stellten die neuen Mittelstreckensysteme der NATO ein nukleares Potential zu Verfügung, mit denen – im Verbund mit zahlreichen Innovationen bei den konventionellen Waffensystemen – angreifende Verbände des Warschauer Pakts wirksam hätten bekämpft werden können⁷⁹⁴. Damit erfüllten sie genau den ihnen zugeschriebenen Zweck, eine von der Sowjetunion ausgehende militärische Bedrohung zu neutralisieren.

Ein wichtiger Faktor bei der Vorstellung einer zum Nuklearkrieg entschlossenen USA lag in der fälschlich vorgenommenen Verknüpfung des Konzepts von Gray und Payne mit dem NATO-Doppelbeschluß⁷⁹⁵, die ignorierte, daß dieser ganz andere Ziele verfolgte. Seine Drohkulisse sollte nicht dazu dienen, Interessen des Westens offensiv durchzusetzen oder gar die UdSSR zur Aufgabe ihres Gesellschaftssystems zu zwingen, sondern die Sowjetunion in defensiver Absicht dazu bewegen, auf be-

⁷⁹¹ Gert Krell stellte bezüglich eines direkten Angriffs auf die Silos der Interkontinentalraketen fest: „Jede militärische oder politische Führung, die einen Nuklearangriff auf ICBMs versuchen wollte, würde schon im engsten technischen Sinne erhebliche Risiken auf sich nehmen. Sie kann sich nicht darauf verlassen, daß eine umfassende Zerstörung der feindlichen ICBMs gelingt. Dabei sind hier ausdrücklich die politischen und strategischen Risiken noch gar nicht berücksichtigt.“ Krell, Problematik, in Forndran, Krell, *Ost-West-Vergleich*, S. 84.

⁷⁹² Vgl. Hoffmann, *Atompartner*, S. 423 f.

⁷⁹³ Vgl. ebd. S. 426-447. Zur Kritik an der Vorstellung, eine Reaktion auf einen Rüstungsschritt des Gegners müsse sich, um als echt gelten zu können, einzig und allein an dessen Handeln und nicht auch an anderen Faktoren wie den gerade im Fall des NATO-Doppelbeschlusses so wichtigen bündnispolitischen Erfordernissen ausrichten, siehe Stratmann, K.-Peter: Vom Autismus kritischer Friedensforschung: Zur Kritik der Kritik, in: Funke, Manfred (Hrsg.): *Friedensforschung – Entscheidungshilfe gegen Gewalt*. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 103) 2. Aufl. Bonn 1978. S. 405.

⁷⁹⁴ Vgl. Bange, *SS 20 und Pershing II*, S. 75-81.

⁷⁹⁵ Siehe z.B. die Argumentation der Heidelberger Gruppe des Kommunistischen Bundes, in: ASBB Box 4.5.4., Mappe 1981 I. Als Beispiel einer Kritik dieser Fehlwahrnehmung siehe etwa Walther Stützles Rezension zu Erhard Eppers Buch „Die tödliche Utopie der Sicherheit“, in: *Die Zeit* (14. Oktober 1983).

stimmte Waffensysteme zu verzichten, was der Westen seinerseits dann auch tun würde. Die fehlerhafte Identifizierung des Doppelbeschlusses mit dem Konzept von Gray und Payne erfolgte in mehreren Schritten: Zunächst wurde Grays und Paynes Aussage, die USA müßten im Notfall zum Nuklearkrieg bereit sein, dahingehend interpretiert, die USA sollten auf jeden Fall einen Nuklearkrieg führen, was eine grobe Verzerrung ihrer Aussagen darstellte⁷⁹⁶. Zweitens wurde angenommen, diese Siegstrategie sei tatsächlich die Politik der USA und nicht lediglich ein auch in der amerikanischen Sicherheitsgemeinschaft umstrittenes Diskussionspapier. So zitierten Erhard Eppler, Gert Bastian und Oskar Lafontaine aus Äußerungen Colin S. Grays, um die Aggressivität der amerikanischen Politik zu beweisen⁷⁹⁷. Daß dessen Ansichten mit den strategischen Planungen der USA identisch seien, nahmen alle drei als gegeben an, obwohl dies keineswegs der Fall war. Schließlich wurde übersehen, daß der Doppelbeschuß lange vor Grays und Paynes Veröffentlichung und von gänzlich anderen Personen ausgearbeitet worden war; daß also Gray und Payne mit dem Doppelbeschuß gar nichts zu tun gehabt hatten. So stand schließlich der Doppelbeschuß, der eigentlich der Rüstungskontrolle hatte dienen sollen, als das trojanische Pferd da, mit dem die USA ihre Angriffswaffen in die Bundesrepublik einschmuggeln wollten. Ziel des ganzen Manövers war nach Auffassung von Beobachtern wie beispielsweise Erhard Eppler die Sicherung der globalen amerikanischen Interessen, primär im Nahen Osten⁷⁹⁸.

e) *Begegnungen und Reflexionen*

Während das Amerikabild der Friedensbewegung insgesamt von solchen allgemeinen und relativ abstrakten Vorstellungen geprägt war, kam es bei den Aktionen der Friedensbewegung zwangsläufig wiederholt zum direkten, persönlichen Aufeinandertreffen von deutschen Pazifisten und amerikanischen Soldaten. Anhand zweier sehr detaillierter Quellen, die von solchen Begegnungen berichten, läßt sich ersichtlich ma-

⁷⁹⁶ Vgl. Heuser, *Krieg*, S. 414 f.

⁷⁹⁷ Vgl. Eppler, *tödliche Utopie*, S. 62 f. sowie 79 f.; Bastian, Gert: *Frieden schaffen! Gedanken zur Sicherheitspolitik*. München 1983. S. 102; Lafontaine, *Angst vor den Freunden*, S. 31 f.

⁷⁹⁸ Vgl. Eppler, *tödliche Utopie*, S. 79-81.

chen, mit welchen Einstellungen die Friedensaktivisten in diese Begegnungen gingen, und welche Reflexionsprozesse durch die persönliche Auseinandersetzung ausgelöst wurden.

An Weihnachten 1981 fand in Heidelberg eine dreitägige Mahnwache vor dem dortigen NATO-Hauptquartier statt. Die ca. 30 Teilnehmer, die vor allem aus den Gruppen Ohne Rüstung Leben, Pax Christi und der Gewaltfreien Aktion kamen, erstellten eine ausführliche Dokumentation, in der die Planung und Durchführung der Aktion, die Motivationen und Überlegungen der Teilnehmer sowie die Reaktionen der amerikanischen Soldaten und der Heidelberger Bevölkerung festgehalten wurden⁷⁹⁹. Die Mahnwache wurde vom Vormittag des 24. bis zum Abend des 26. Dezembers ohne Unterbrechung vor dem Hauptquartier und vor der amerikanischen Militärkirche abgehalten, in welcher der Weihnachtsgottesdienst für die Angehörigen der Streitkräfte stattfand. Verbunden war sie mit Besuchen der Aktivisten in zwei evangelischen Kirchengemeinden in Heidelberg, bei denen sie ihre Aktion vorstellten und um Unterstützung warben, sowie dem Verteilen von Flugblättern in der Innenstadt. Im Vorfeld waren die evangelischen Pfarreien der Stadt benachrichtigt worden; durch die Bekanntgabe der Aktion in den Weihnachtsgottesdiensten sollte die Unterstützung der Gemeinden für die Teilnehmer der Mahnwache mobilisiert werden. Außerdem waren zahlreiche Zeitungs- und Fernsehredaktionen sowie die zuständigen deutschen und amerikanischen Sicherheitskräfte informiert worden.

Als Motive für ihre Aktion gaben die Teilnehmer unter anderem an, das „Gespräch mit Militär und MP“ führen und eine „Veränderung bei den Soldaten“ bewirken zu wollen⁸⁰⁰. Dies sollte dadurch erreicht werden, daß die Friedensaktivisten die Mitarbeiter des Hauptquartiers „mit den Auswirkungen ihrer Arbeit konfrontieren“ und sie „zwingen [wollten], sich mit uns auseinanderzusetzen“⁸⁰¹. Der Zeitpunkt an Weihnachten war bewußt gewählt: Bei den Aussagen über die Motivation wurde sowohl in der internen Diskussion als auch in den Flugblatttexten stark betont, daß die Friedensbotschaft des Weihnachtsfestes durch die Mahnwache mit konkretem Inhalt gefüllt werden solle. „Kein ‚Friede, Freude, Eierkuchen-Mäntelchen‘ über Weihnachten“ zu hängen, sondern „möglichst deutlich (eindringlich, vielen gegenüber) [zu]

⁷⁹⁹ *Weihnachten 1981 – Mahnwache gegen die Wahnwache am NATO-Hauptquartier in Heidelberg: Eine Dokumentation.* ASBB, Box 4.5.4, Mappe 1981 I.

⁸⁰⁰ Ebd.

⁸⁰¹ Ebd.

zeigen, daß ich den ‚Frieden auf Erden‘ ernsthaft in Angriff nehmen will, und zwar genau dann, wenn das nicht erwartet wird“, lauteten einige der Aussagen. Auch die Botschaft an die amerikanischen Soldaten brachte diese aktivistische Deutung der Weihnachtsbotschaft zum Ausdruck:

The Christmas Days recall the birth of Jesus Christ. The Christmas Gospel proclaims peace on earth. We are called upon to keep these days especially as days of peace, and to stand up for peace.

But in our daily lives we are surrounded by enormous potentials of weapons of unimaginable destructiveness. Everywhere we meet men in uniform from different countries who believe it possible to guarantee peace by military means. Their presence, however, makes us realize the imminent danger of war and the threat to our lives.

Here at the NATO-Headquarter at Heidelberg engagement of men and weapons for our ‘defense’ is planned, and in case of war action will be ordered from here. Although all those plans talk about the ‘defense’ of our country their outcome will be the total destruction and extinction of life.

Only your presence and daily work makes this possible. This work is threatening us!

[...] Peace can only become reality, if every single human being refuses to take part in the preparation of the extinction of mankind and opposes this insanity.

You and your families will be the victims of the next nuclear warfare as well! Help us to prevent it! Stop collaborating in the preparation of the next war!⁸⁰²

Die amerikanischen Soldaten bzw. ihre Tätigkeit wurden von den Friedensaktivisten ausschließlich als Bedrohung wahrgenommen. Die mit diesem Text vorgebrachte, sehr persönliche Anklage entsprach ihrem Ziel, „die Soldaten mit dem Widerspruch zwischen ihrer Arbeit und dem Weihnachtsgedanken [zu] konfrontieren“⁸⁰³. Ebenfalls enthalten waren die Kernaussagen der Friedensbewegung: Eine militärische Verteidigung der Bundesrepublik sei nicht möglich, sondern erhöhe gerade die Gefahr eines Atomkrieges. Die nukleare Rüstung sei Wahnsinn und führe unweigerlich zur Auslöschung allen Lebens. Die Aktivisten blieben nun aber nicht bei ihrer Ablehnung der Soldaten stehen, sondern folgten der pazifistischen Strategie: Sie sprachen ihre Gegner als Individuen an und versuchten, sie von ihrem Standpunkt zu überzeugen. Gefordert wurde die aktive Verweigerung jedes Einzelnen an der Mitwirkung beim Ermöglichen bzw. dem Vorbereiten von Krieg. Interessant war daneben auch die im letzten Absatz angeführte Begründung für diesen Verweigerungsappell an die

⁸⁰² Ebd. Hervorhebungen wie im Original.

⁸⁰³ Ebd.

Soldaten: Sie und ihre Familien seien bei einem Nuklearkrieg genauso Opfer wie alle anderen. Schon aus ihrem recht verstandenen Eigeninteresse müßten sie also die Seiten wechseln.

Besondere Sorgen machten sich die Teilnehmer im Vorfeld darüber, ob ihre Aktion geduldet werden würde. Das NATO-Hauptquartier war selbstverständlich ein stark gesicherter Bereich, und auch der Gehweg davor war amerikanisches Hoheitsgebiet, auf dem das Demonstrationsrecht der Bundesrepublik keine Gültigkeit hatte. Angesichts des am 15. September des Jahres in Heidelberg verübten Attentats der Roten Armee Fraktion auf den US-General Frederick J. Kroesen war mit erhöhter Nervosität der amerikanischen Militärpolizei zu rechnen. Während der Mahnwache kam es denn auch zu einigen Reibereien mit den Sicherheitskräften, die die deutsche Polizei verständigten, welche die Personalien der Teilnehmer feststellte. Nach einigem Hin und Her genehmigte die amerikanische Verwaltung dann aber die Mahnwache. Lediglich ein Bereich, der sich in Nähe des amerikanischen Offizierskasinos befand, wurde gesperrt.

Die ausführliche Auswertung, die von den Teilnehmern nach Ende der Mahnwache erstellt wurde, lief in mehreren Schritten ab. Zunächst sammelten sie in einer Wandzeitung individuelle Beiträge über die Eindrücke und Erfahrungen bei den Kontakten mit dem Militär, mit der deutschen Bevölkerung und in der Zusammenarbeit der eigenen Gruppe. Eingeordnet wurden diese jeweils in die Kategorien von positiven und negativen Erlebnissen sowie verpaßten Chancen. Außerdem wurden Äußerungen der Passanten und der amerikanischen Soldaten gesammelt. Schließlich wurde ein Fazit der Auswertung erstellt.

Die positiven Erfahrungen mit den Soldaten waren demnach:

- Gespräch war möglich, Annäherung der Positionen kaum
- mal wieder mit den gängigen Argumenten konfrontiert
- alte schöne Erinnerungen wurden neu belebt
- Diese Milis sind verängstigte, frustrierte, arrogante, unwissende, kleinbürgerliche Knaller
- Das Lächeln der MP-Frau
- nette Gespräche
- trotz unterschiedlicher Ansichten können wir miteinander sprechen, einander zuhören, Menschlichkeit kommt durch
- auch Zusprüche gefunden
- Bereitschaft der Soldaten, mit uns zu reden

- mancher hat das Differenzieren gelernt⁸⁰⁴

Welche „schöne Erinnerungen“ hier gemeint waren, blieb ebenso unklar, wie der Grund dafür, die Charakterisierung der Soldaten als „kleinbürgerliche Knaller“ unter positiven Erfahrungen einzuordnen. Als negative Erlebnisse wurden gewertet:

- starre, ablehnende Haltung
- Austausch von Schlagworten, echtes Gespräch war nur selten möglich, was vielleicht auch an meinen mangelnden Sprachkenntnissen lag
- immer derselbe Argumentationskreis, eingefahrene Muster, in die ich kaum hineinbrechen kann
- Auf Nachfragen wegen Sprachschwierigkeiten kommt keine Antwort mehr
- nicht mein Ziel erreicht
- es hat nicht viel Sinn → Resignation
- erneute Konfrontation mit der Realität
- [bezogen auf den vorletzten oder letzten Punkt der Spalte „positive Erfahrungen“, die Bereitschaft zu reden oder zu differenzieren: diese] endet, wenn sie sich (von Vorgesetzten) beobachtet fühlen⁸⁰⁵

Der Punkt der „erneuten Konfrontation mit der Realität“ deutet auf das naive Sendungsbewußtsein hin, mit dem manche Mitglieder der Friedensbewegung ihre Weltansicht vertraten. Wenn sie wider Erwarten auf Widerspruch stießen, löste dies einen Realitätsschock aus, der oft zu Desillusionierung und Frustration führte. Anzunehmen wäre auch, daß die Chancen, andere zu überzeugen, sicherlich nicht durch die Überheblichkeit verbessert wurden, die in der abwertenden Charakterisierung der Soldaten zum Ausdruck kam.

Als verspielte Chancen wurde notiert:

- zu wenig versucht die Soldaten ins Gespräch zu verwickeln
- Angst vor der englischen Argumentation
- Wir hätten in einem Handstreich das Headquarter einnehmen sollen. Das wäre der Auslöser für die gewaltfreie Revolution gewesen. [Dazu handschriftliche Anmerkung: „Das nenn ich Optimismus!“]
- direkte Konfrontation⁸⁰⁶

Wie die dritte Äußerung zeigte, ging mindestens einer der Aktivisten mit einer eher lässigen Einstellung an die Aktion heran. Davon abgesehen ergab sich aus diesen persönlichen Äußerungen deutlich, daß das Ziel, ein Umdenken bei den Soldaten zu

⁸⁰⁴ Ebd.

⁸⁰⁵ Ebd.

⁸⁰⁶ Ebd.

bewirken, so gut wie gar nicht erreicht wurde. Als positiv wurde nicht eine etwaige Zustimmung der Soldaten zu den Argumenten der Pazifisten gewertet, sondern im wesentlichen nur die Bereitschaft, sich überhaupt auf ein Gespräch einzulassen. Wie zu erwarten, stellte die Sprachbarriere ein erhebliches Hindernis dar, obwohl in der Vorbereitung die Gesprächsführung auf Englisch geübt worden war.

Von deutschen Passanten wurden u. a. folgende Reaktionen notiert:

- Geht doch nach Moskau!
- Wollt ihr den US-Soldaten einen Freiflug zurück geben? Ich bin dafür.
- Wißt ihr, was die Amerikaner ihren Kindern sagen? Die Deutschen mögen die Amerikaner nicht!
- Ich habe auch Angst vor einem Atomkrieg, aber was können wir machen?
- Sagt das doch mal vor dem Kreml in Moskau!
- Jeder Schuß ein Ruß, jeder Stoß ein Franzos!
- Das bringt doch Mißtrauen, wenn ihr immer zu den Amerikanern geht!
- Das Gehirn gehört euch angebohrt und was reingesteckt.
- Find ich gut, was ihr macht!
- Wichtig ist, daß die großen Industrien verstaatlicht werden, die haben doch alle Macht in der Hand, zum Großteil auch in amerikanischer Hand, wenn die nur den kleinen Finger zurückziehen, dann müssen die Politiker alles machen, was die wollen. Da haben wir dann keinen Einfluß mehr.
- Guck dir doch die Leute hier an (Fußgängerzone), die denken alle nix!⁸⁰⁷

Diese aufgezeichneten Äußerungen umfaßten vermutlich nur diejenigen, die den Aktivisten besonders im Gedächtnis geblieben waren. Sie beinhalteten das ganze Spektrum von z. T. sehr schroffer Ablehnung und der Identifizierung der Friedensbewegung mit der Sowjetunion bis zur geteilten Sorge vor einem nuklearen Konflikt und deutlicher Zustimmung. Neben antiamerikanischen Äußerungen fand sich auch eine starke Besorgnis um das Image der Deutschen bei den Amerikanern. Die ablehnenden Reaktionen dürfen dabei nicht überbewertet werden, denn die Aktivisten berichteten auch: „Währende [sic!] der Mahnwache bringen uns häufig Heidelberger Tee, Gebäck und noch bessere Sachen zum Haupteingang, diese Solidarität tut unheimlich gut!!!“⁸⁰⁸

Einige Äußerungen der amerikanischen Soldaten und Militärpolizisten waren:

- Was ihr vorschlagt, das funktioniert doch nicht!

⁸⁰⁷ Ebd.

⁸⁰⁸ Ebd.

- Glaubt ihr, ich bin gern hier in Europa? Ich wäre lieber in den Staaten, in [sic!] meiner Familie, aber wir werden von eurer Regierung gebeten, hierher zu kommen.
- Ihr könnt froh sein und ihr müßt dankbar sein, daß wir hier sind. Wir verteidigen eure Sicherheit und eure Freiheit, ohne uns, ohne den Marshall-Plan könntet ihr hier gar nicht so leben, hättet ihr nicht diese Häuser, diesen Wohlstand etc.
- General (o.ä.): Ihr demonstriert für den Frieden? Na prima, wir sind auch für den Frieden da.
- Ich werde für Euch als einer der ersten an der Front sterben.
- Schon wieder so ne moskaugesteuerte Friedensaktion. Die NATO ist unsere Sicherheit!
- Wenn ihr vor dem NATO-Hauptquartier steht, dann küßt die Erde und seid froh, daß ihr dort stehen dürft!
- [Frage:] Do you want a leaflet? [Antwort:] No. [Frage:] You're not interested in peace? [Antwort:] That's why I'm here!
- [Frage:] Do you want a leaflet? [Antwort:] Sorry, I have no lighter! (soviel wie: Ich habe kein Feuerzeug, um es anzuzünden!)⁸⁰⁹

Die Soldaten bewerteten ihre eigene Tätigkeit also ganz überwiegend positiv. Die einzige negative Äußerung bezog sich auf den Zwang zum Dienst in Übersee. Bemerkenswert war die starke Betonung des friedenssichernden und damit defensiven Charakters des militärischen Auftrags, wobei dieser Aspekt von den Soldaten möglicherweise auch deswegen so herausgehoben wurde, weil er sich als Gegenargument zu einer pazifistischen Sichtweise besonders gut eignete. Diese wurde ihrerseits von den Soldaten grundsätzlich abgelehnt. Friede entstand in ihrer Perspektive aus der Abwehr bzw. Abschreckung des Feindes. Daß die deutschen Pazifisten die Leistung der amerikanischen Soldaten bei der Herstellung dieser Sicherheit für die Westdeutschen nicht würdigten, bei der sie potentiell ihr Leben riskierten, wurde von den GIs eindeutig als mangelnde Dankbarkeit bzw. als Ergebnis kommunistischer Subversion empfunden.

In ihrer Gesamtauswertung faßten die Teilnehmer der Mahnwache ihre Erfahrungen mit den Militärangehörigen so zusammen:

Die Reaktionen der Soldaten bzw. ihrer Angehörigen reichten von verächtlichen Äußerungen bis zu Zustimmung und Anerkennung unseres Einsatzes⁸¹⁰. Doch waren wir überrascht von der Ideologie, die bei den Amerikanern vorherrscht. Aus unserer Erfahrung heraus können wir je-

⁸⁰⁹ Ebd.

⁸¹⁰ Damit war wohl vor allem die Leistung gemeint, die Mahnwache drei Tage lang rund um die Uhr aufrecht erhalten zu haben.

dem, der ähnliches vorhat, nur sehr empfehlen, sich auf Folgendes einzustellen:

- Der Westen ist die unhinterfragt gute Seite. Dieses Urteil wird mit Arroganz und Hochmut vorgetragen. Nach unserer Einschätzung ist das nicht nur eine Schutzbehauptung, die uns gegenüber vorgeschoben wurde, sondern eine verinnerlichte Haltung.
- Viele Soldaten sind getragen von dem Sendungsbewußtsein, sie seien die Gralshüter von Freiheit und Kultur. Sprüche wie „wenn wir heute gehen, ist morgen die Freiheit zu Ende und es herrscht Barbarei“ waren keine Seltenheit.
- Wer nicht vorbehaltlos amerikanische Politik unterstützt, ist antiamerikanisch eingestellt und zudem ein Wasserträger Moskaus, wenn nicht selber Kommunist (so wurden auch wir eingeschätzt).
- Fest steht außerdem, daß die Sowjets mit allem anfangen und Amerika immer nur nachrüste.⁸¹¹

Diese Auseinandersetzung der Pazifisten mit dem Weltbild der amerikanischen Soldaten führte sie allerdings nicht dazu, auch die eigenen Sichtweisen einer Prüfung auf dogmatische Erstarrungen zu unterziehen. Bezeichnend war vor allem, daß die Friedensaktivisten auf die Weltsicht der GIs so überrascht reagierten. Die Teilnehmer der Mahnwache scheinen mit den bereits oben angesprochenen, sehr optimistischen Erwartungen in Bezug auf die Kraft ihrer Argumente an ihre Aktion herangegangen zu sein. Die Möglichkeit, daß auch Andere eine genauso stark gefestigte, aber gänzlich andersgeartete Weltsicht haben könnten, lag offensichtlich jenseits ihres geistigen Horizonts. Dazu mag auch die in politischen Subkulturen allgemein verbreitete Tendenz zur Selbstisolierung ihren Beitrag geleistet haben, die oft dazu führte, daß das eigene soziale Umfeld ganz überwiegend aus Gleichgesinnten bestand.

Die Heidelberger Mahnwache fand zu einem Zeitpunkt statt, als für relativ viele Menschen die politische Aktivität in der Friedensbewegung und damit auch politische Aktivität an sich noch etwas Neues und Ungewohntes war. Viele Erfahrungsberichte sprachen von der Unsicherheit, die bei den politischen Aktionen herrschte, wenn man sich weit exponierter auf einer öffentlichen Bühne bewegte, als man dies gewohnt war. Auch die Begegnungen mit Polizei und Militär brachten zu diesem Zeitpunkt noch neue Erfahrungen mit sich. Die zweite Quelle zu Begegnungen deutscher Pazifisten mit amerikanischen GIs stammt dagegen aus einer Zeit, als die Proteste gegen die Stationierung längst vorbei waren. Sie war Produkt eines langen Erfahrungs- und Reflexionsprozesses.

⁸¹¹ Ebd.

Am öftesten – und auch am härtesten – stießen beide Seiten bei den Blockaden der Raketenlager aufeinander. Die Gruppierung, die diese Art des Widerstandes gegen die Pershing II-Stationierung am hartnäckigsten fortsetzte, und zwar auch noch, als sich die Mehrheit der Friedensbewegung längst anderen Themen zugewandt hatte, waren die Mitglieder der Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung in Mutlangen. Diese erstellten 1993 eine Dokumentation⁸¹², in der sie die Geschichte ihres Widerstandes aufarbeiteten, welche schon in der Einleitung vorliegender Arbeit zitiert wurde. In dieser Dokumentation wurden auch den Konfliktpartnern – Bundesregierung, Militär, Polizei, Justiz und Gefängnis – Betrachtungen gewidmet. Die Aufarbeitung fand dabei im ersten Teil des Bandes in Form von Prosagedichten statt, im zweiten durch eine Dokumentation. Zum Thema der amerikanischen Soldaten, denen die Blockierer mitunter auch in bedrohlichen Situationen begegneten, schrieben die Verfasser:

Wir sind ihre einzige Chance

Irgendeiner, vielleicht aus der Bronx oder Nevada,
nahm seine einzige Chance wahr,
ging zur Army und fuhr, folgsam,
die schweren Trucks und Raketen.

Irgendwann saßen sie auf der Straße,
und er, vorne,
bremste.⁸¹³

Der Dokumentationstext erläuterte die dahinterstehenden Überlegungen der Blockierer:

Konfliktpartner Militär – Soldaten sind potentiell keine Mörder

Vor Gericht lautete der staatsanwaltschaftliche Vorwurf, wir hätten ‚unbeteiligte Dritte‘ in ihrer ‚persönlichen Fortbewegungsfreiheit‘ beeinträchtigt: die Pershing II-Soldaten, die für politische Entscheidungen wie die ‚Nachrüstung‘ doch nicht verantwortlich wären. Es gab keinen Prozeß, in dem es uns gelang klarzumachen, daß Soldaten im Dienst nicht nach ihrem persönlichen Willen handeln, sondern aufgrund von Befehlen.

Sehr viel wichtiger war uns, daß in einem der Soldaten, der vor einer gewaltfreien Blockade anhielt, ein innerer Prozeß ablief, auf den wir es angelegt

⁸¹² Nick, Volker; Scheub, Volker; Then, Christof: *Mutlangen 1983-1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung*. Mutlangen und Tübingen 1993.

⁸¹³ Nick, Scheub, Then, *Mutlangen*, S. 36.

hatten: Ein Befehlsempfänger, der bereit sein mußte, im Falle des Falles massenhaft zu töten, hielt vor einer unbewaffneten Menschengruppe an und handelte dabei wie ein ‚normaler‘ Mitmensch, der das Lebensrecht anderer respektiert. Bei unseren gewaltfreien Blockaden lösten wir in den blockierten Soldaten eine sehr natürliche Tötungshemmung aus, eine menschliche Regung, die dem Prinzip des Militärs und der Massenvernichtungsmittel diametral gegenübersteht.

Es überraschte uns nicht, daß die militärische Führung Anweisung gab, bei Blockaden auf Abstand zu halten, jegliches Gespräch zu vermeiden; ein Soldat, der innehält, um nicht Mitmenschen zu gefährden, könnte in seiner Bereitschaft zum Einsatz von Massenvernichtungsmitteln verunsichert werden

⁸¹⁴
...

Hier herrschte also dieselbe Grundintention wie bei den Aktivisten in Heidelberg vor: Der ‚Gegner‘, der vielmehr als Konfliktpartner gesehen wurde, sollte nicht bekämpft, sondern überzeugt werden⁸¹⁵. Auch in diesem Text erschienen typische Ideologiekomponenten des Pazifismus. Bemerkenswert war vor allem, daß die Blockierer annahmen, daß sich durch die Interaktion mit Zivilisten für einen Soldat auch eine Veränderung seiner Einstellung zum Feind ergeben würde.

Dabei übersahen die pazifistischen Aktivisten aber offenbar die fundamentalen Unterschiede zwischen dem soldatischen Weltbild und ihrem eigenen. Die GIs waren selbstredend in der Lage, zwischen den Bürgern eines befreundeten Staates und Angehörigen feindlicher Streitkräfte zu unterscheiden. Daß sie die vor ihnen auf der Straße sitzenden Protestierer nicht überfuhren, war somit keineswegs ein Zeichen für eine irgendwie geartete, einsetzende Sensibilisierung, sondern einfach selbstverständlich. Allgemein gesprochen beruhte das militärische Denken grundsätzlich auf der Differenzierung von Personen nach strikt unterschiedenen Kategorien. Ohne die Unterscheidung von Freund und Feind war organisierte Gewalt nicht möglich. Im Denken der Blockierer zeigte sich dagegen ein radikaler Universalismus, dem jede Kategorisierung von Menschen völlig fremd war. Sie nahmen als selbstverständlich an, daß dieselben Einstellung- und Handlungsmuster undifferenziert auf alle Menschen gleichermaßen angewandt würden. Sowohl Tötungsbereitschaft wie -hemmung stellten demnach universelle psychische Dispositionen dar. Eine militärische Ausbil-

⁸¹⁴ Ebd., S. 164.

⁸¹⁵ Vgl. hierzu beispielsweise auch Dorothee Sölle: „Daß man der Lernfähigkeit des Gegners ebensoviel zutraut wie der eigenen – ist das nicht die Überzeugung der großen Friedensstifter? Von Jesus bis zu Romero, von Gandhi bis zu Camara?“ Sölle, Dorothee; Bahr, Hans-Eckehard: *Wie den Menschen Flügel wachsen: Über Umkehr aus dem Gewalt-System*. München 1984. S. 41.

dung begriffen sie als Herstellung dieser allgemeinen Tötungsbereitschaft, als deren unausweichliches Ergebnis ein Soldat auch bedenkenlos Zivilisten überfahren würde.

Daß Rücksichtnahme gegenüber Zivilisten und Tötungsbereitschaft in Bezug auf den Feind zwei Handlungsmuster waren, die problemlos gleichzeitig aufrecht erhalten werden konnten, war aus pazifistischer Sicht mithin unverständlich. Aus ihrer Perspektive stellte ein solches Gegenüber zweier gegenläufiger Handlungsorientierungen ein geradezu schizophrenes psychisches Spannungsverhältnis dar, das zwangsläufig zur einen oder anderen Richtung hin würde aufgelöst werden müssen: Entweder durch die Bekehrung zur Gewaltlosigkeit, oder durch das Abgleiten in eine totale Gewaltbereitschaft mit dem Amoklauf als logischem Endpunkt. Ihr Slogan lautete dementsprechend in Anlehnung an Martin Luther King: „*We must choose non-violence or non-existence*“⁸¹⁶, und eine eventuelle Kriegsdienstverweigerung der amerikanischen Soldaten galt ihnen als „Umkehr zum Leben“⁸¹⁷. Die Mentalität des radikalen Pazifismus war also grundsätzlich monistisch strukturiert: Sie ging davon aus, daß sowohl die politische und sozioökonomische Konstitution einer Gesellschaft wie auch die psychische Disposition eines Individuums in ihrer Gesamtheit letztendlich immer durch ein einziges, zugrundeliegendes Ordnungsprinzip bestimmt würde.

Im Verständnis der Pazifisten konnte eine Haltung der gleichzeitigen Gewaltbereitschaft und -hemmung gegenüber verschiedenen Personengruppen allenfalls durch eine fehlenden Reflexion der Soldaten erklärt werden, die – wie der Text ja deutlich sagte – von den Vorgesetzten durch manipulative Mittel wie Feindbilder und die Leugnung der Menschlichkeit des Feindes absichtlich aufrecht erhalten wurde⁸¹⁸. Auch die erste Quelle der Heidelberger Mahnwache enthielt eine derartige Beobach-

⁸¹⁶ Nick/Scheub/Then, *Mutlangen*, S. 21 und 60 f.

⁸¹⁷ Nick/Scheub/Then, *Mutlangen*, S. 166. Dies war auch der Slogan der evangelischen christlichen Friedensbewegung. Vgl. dazu: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.): *Zerreißprobe Frieden. Baden-Württemberg und der NATO-Doppelbeschluß*. Katalog zur Sonderausstellung im Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Stuttgart 2004. S. 24.

⁸¹⁸ Vgl. auch folgende Quelle: „Seitdem es stehende Heere gibt, haben es die Befehlshaber für notwendig gehalten, die Soldaten zu kasernieren. Zwar taten sie dies auch, um die Soldaten an der Fahnenflucht zu hindern und um sie schneller einsatzbereit zu haben, aber ausschlaggebend war ein anderer Grund: Um die Soldaten gegen die Bevölkerung losschlagen zu lassen oder sie in einen Krieg zu schicken, den die Einwohner nicht billigten, wurden die Soldaten streng vom übrigen Volk getrennt. Die US-Armee in der Bundesrepublik hat die Trennung von der deutschen Bevölkerung in einem nie gekannten Ausmaß vervollkommenet. [...] Jeder Standort der US-Armee versucht mit Wohnanlagen, PX-Läden und Freizeitangeboten eine in sich geschlossene Welt zu bilden, in der die Soldaten der Armeepropaganda völlig ausgeliefert sind.“ Aus: Gmünder Friedensinitiative / Arbeitskreis Militärtechnik: *Raketen vor der Tür: Die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen am Beispiel Schwäbisch Gmünd*. Schwäbisch Gmünd 1983. HIS SBe 544 Box 02. S. 5 f.

tung, obwohl sie zwölf Jahre älter war und von ganz anderen Personen stammte. Es scheint also bei den deutschen Friedensaktivisten ein allgemeines positives Vorurteil zugunsten der ‚einfachen Soldaten‘ gegeben zu haben, die ‚es einfach nicht besser wußten‘ und ‚manipuliert‘ wurden, um im Bedarfsfall wie gewünscht zu funktionieren und sich im atomaren Feuer verheizen zu lassen. Dementsprechend bestand ein komplementäres negatives Vorurteil gegenüber den Offizieren. Die positive Haltung gegenüber den Mannschaften kam deutlich in der Würdigung der Tatsache zum Ausdruck, daß sich viele Amerikaner zum Armeedienst verpflichteten, um einer ansonsten ausgeweglosen sozialen Situation der Armut und Arbeitslosigkeit zu entgehen. Die einfachen Soldaten wurden, ganz im Gegensatz zur Spitze der Hierarchie, nicht als ‚böse‘ angesehen. Daher richteten die Organisatoren der Blockaden auch die Mahnung an ihre Mitstreiter:

Bei der Blockade konfrontieren wir uns und unsere bisherige Gewaltfreiheit mit potentiellen Kriegsdienstverweigerern! Wenn wir diesen Gedanken zu Ende denken wird klar: Eine gewaltfreie Blockade ist nicht die Gelegenheit, wo man/frau seinen/ihren Haß aufs Militär zum Ausdruck bringen kann. Sondern sie ist eine Gelegenheit, die kompromißlose Ächtung von Massenmordwerkzeugen zu verknüpfen mit einer Aktion der Hinwendung zu der Menschlichkeit der Soldaten.⁸¹⁹

Die Berücksichtigung der besonderen sozialen Umstände in den USA war allerdings auch der einzige Aspekt in dieser Betrachtung, der sich überhaupt auf Amerika bezog. Im direkten Kontakt scheint es für die Pazifisten⁸²⁰ sehr viel wichtiger gewesen zu sein, daß es sich bei ihren Antagonisten um Soldaten handelte, als daß diese Soldaten Amerikaner waren.

Ein leicht ironischer Effekt ergab sich schließlich aus der beiderseitigen Auffassung der eigenen Position im Kalten Krieg. „Wir sind ihre einzige Chance“, so lautete die Überschrift des Kapitels über das Verhältnis zu den GIs in der Mutlanger Dokumentation. „Wir verteidigen eure Sicherheit und eure Freiheit“, und „ich werde für Euch als einer der ersten an der Front sterben“, so die Äußerungen der Soldaten zu den Protestierern am Heidelberger NATO-Hauptquartier. Soldaten und Pazifisten versicherten sich also gegenseitig, daß sie nur das Beste, nämlich Frieden und Sicherheit, für einander wollten. Noch 1988 befestigten die amerikanischen Soldaten beim

⁸¹⁹ Nick/Scheub/Then, *Mutlangen*, S. 166.

⁸²⁰ Zumindest für die Blockierer in Mutlangen, die direkt mit ‚dem Feind‘ *in personam* konfrontiert waren.

Abtransport der Pershing II ein Transparent am letzten der Transportfahrzeuge. Die Aufschrift lautete: „*We gave Peace a Chance!*“⁸²¹ Wer dem Frieden die bessere Chance gegeben hatte, Soldaten oder Pazifisten, oder vielleicht gerade das Zusammenspiel beider, bleibt zu diskutieren.

⁸²¹ Haus der Geschichte Baden-Württemberg, *Zerreißprobe Frieden*, S. 38.

7. Die Sowjetunion: Die Bedrohung durch falsche Feindbilder

a) Die „Bedrohungslüge“: *Die Russen kommen nicht*

„Wann beginnt der Vorkrieg?“, so Kassandras Frage in Christa Wolfs Erzählung. Als einen solchen ‚Vorkrieg‘, als Abgleiten in einen ungewollten oder gar als Vorbereitung eines geplanten Krieges gegen die Sowjetunion interpretierte die Friedensbewegung die Zeit vor der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen. Ihre Bemühungen zielten darauf ab, die allgemeinen Merkmale einer solchen Kriegsvorbereitung theoretisch zu bestimmen und in der aktuellen Situation nachzuweisen. Zentraler Bestandteil dieses Unterfangens war die Analyse und Kritik von Feindbildern. Insbesondere dasjenige von den Russen als der ‚roten Gefahr‘ wurde vielfach seziert und als Propaganda oder Paranoia ‚entlarvt‘⁸²².

Daß von der Sowjetunion keine oder zumindest keine akute Bedrohung der Bundesrepublik ausgehe, war in der Friedensbewegung feststehender Konsens und ständig wiederholter Topos. Die Dimension der Bedrohung, die sich mit der Sowjetunion verband, resultierte nach Meinung der Friedensbewegung keineswegs aus einem expansiven Weltmachtstreben der UdSSR – das es objektiv gesehen gar nicht gebe – sondern vielmehr aus der Gefahr, daß Westdeutschland im Zuge der Verteidigung der UdSSR gegen das aggressive Vorgehen von USA und NATO verwüstet werden könne.

Wenn auch die Beurteilung der UdSSR als nicht aggressiv somit eine von allen Spektren der Friedensbewegung geteilte deskriptive Überzeugung war, so bildete die Einschätzung der inneren Verhältnisse der Sowjetunion und der Warschauer Pakt-Staaten doch den Komplex, der innerhalb der Friedensbewegung für den größten Dissens sorgte. Mit der Ablehnung des Feindbildes einer bedrohlichen UdSSR verband sich also keineswegs auch eine Parteinahme für deren Gesellschaftsmodell. Die Friedensbewegung war somit in ihrer Gesamtheit anti-antikommunistisch, aber nur

⁸²² Als Beispiel: „So hat es immer angefangen: wenn Krieg in Worten möglich ist, wird er es auch bald in Taten sein. Die Kriegshysterie wird organisiert, die Menschen sollen bereit gemacht werden für Krieg, Vernichtung, Elend und Tod. [...] Jetzt dient die sowjetische Intervention in Afghanistan als geeigneter Vorwand, um die Kriegsvorbereitungen noch schneller voranzutreiben.“ Aus: Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (Hamburg): *Nie wieder Krieg*. Broschüre zur gleichnamigen Ausstellung. Hamburg 1980. In: HIS SBe 544 Box 02.

eines ihrer Spektren, nämlich das durch DKP, DFU und KoFAZ gebildete, tatsächlich pro-sowjetisch.

Das beste Beispiel für eine politische Position, die einerseits die Haltung der NATO gegenüber der UdSSR, andererseits aber auch die Politik letzterer nach innen wie außen vehement kritisierte, lieferte der aus der DDR ausgebürgerte Rudolf Bahro. Dieser unternahm zusammen mit anderen Grünen energische Versuche, die einseitig pro-sowjetische Haltung der orthodox kommunistischen Kräfte in Frage zu stellen und ihren politischen Einfluß in der Friedensbewegung zurückzudrängen. Damit stand er in einer etablierten neomarxistischen Tradition, zu der Klaus von Beyme feststellte: „Die Kritik an der modernen kapitalistischen Rationalität begann im Neomarxismus zunehmend auf den Sozialismus zurückzufallen. In der Frankfurter Schule, vor allem bei Herbert Marcuse, wurden der sowjetische Sozialismus und der Spätkapitalismus wie pervertierte Zwillingenbrüder angesehen.“⁸²³ Damit war auch Rudolf Bahros Position recht genau umrissen. Trotz seiner negativen Einschätzung des sowjetischen Gesellschaftssystems war Bahro allerdings ganz entschieden der Meinung, daß die von der Sowjetunion für die Bundesrepublik ausgehenden Bedrohung gleich Null sei. Jede für Westdeutschland faktisch bestehende Gefahr ergebe sich einzig und allein aus ihrer NATO-Mitgliedschaft, durch die sie in den Hegemoniekonflikt der zwei Supermächte verstrickt sei. Der beste Weg, die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten, sei folglich der Austritt aus der NATO und die Erklärung der eigenen Neutralität im Ost-West-Konflikt.

Wie bereits die Beurteilung der USA war auch die Bewertung der UdSSR durch endogene und exogene Faktoren geprägt. Dabei muß zunächst auf die große Bedeutung hingewiesen werden, die der Anti-Antikommunismus für die gesamte politische Linke Westdeutschlands hatte. Man war oft schon allein deswegen geneigt, der UdSSR sehr viel nachzusehen, weil man sich von der antikommunistischen Rhetorik des innenpolitischen Gegners abgrenzen wollte. Vor allem zielte die konservative und liberale Kritik an der Sowjetunion ja nicht nur auf diese selbst ab. Vielmehr wurde versucht, über eine Kritik an der UdSSR das gesamte historische Projekt des Kommunismus und Sozialismus zu diskreditieren, was wiederum viele Linke, die eigentlich keinerlei freundschaftlichen Gefühle gegenüber der UdSSR bzw. der DDR

⁸²³ Beyme, Klaus von: *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert: Von der Moderne zur Postmoderne*. 3. Aufl. Frankfurt a. M. 1996. S. 104.

hegten, dazu brachte, sich mit dem DKP-Spektrum gegen die konservativen Antikommunisten zusammenzuschließen. Das Lagerdenken des Kalten Krieges sorgte somit auch in der innenpolitischen Auseinandersetzung für einen Zusammenhalt der ideologischen Strömungen, den sie ohne die weltpolitische Polarisierung nie erreicht hätten. Es ging im Streit um den Doppelbeschluß somit auch um die Verteidigung des Sozialismus an sich, der durch die aggressiv antikommunistische Reagan-Regierung konkret militärisch bedroht zu sein schien.

In den internen Streitigkeiten der Friedensbewegung wurde daher allerdings auch jeder, der Kritik an der UdSSR äußerte, sofort mit dem Vorwurf belegt, er leiste dem Antikommunismus Vorschub, was eine sachliche Debatte praktisch unmöglich machte. Die derart offensiv eingeforderte Solidarität wurde von orthodox kommunistischer Seite rücksichtslos als Disziplinierungsinstrument benutzt, um jede Kritik an der UdSSR bzw. der KPdSU im Keim zu ersticken. Man tat alles, um die eigene Vorherrschaft im Lager links der SPD zu erhalten. Daher auch die scharfe Polemik gegen die Grünen, die sich Anfang der achtziger Jahre aus kommunistischer Perspektive erschreckend schnell zum schärfsten – und letztlich haushoch überlegenen – politischen Konkurrenten entwickelten.

Allgemein hatten es sowohl die westdeutschen Kommunisten als auch die Sowjetunion ausgezeichnet verstanden, sich im Diskurs eine Opferrolle zu sichern. Vor allem der Radikalenerlaß und die sogenannten Berufsverbote hatten viel dazu beigetragen, sie als aufrechtes Fähnlein leidgeprüfter Dulder erscheinen zu lassen, die man nun mit aller Rücksichtnahme zu behandeln habe. In historischer Perspektive spielte bei Sozialisten und Sozialdemokraten wohl auch das schlechte Gewissen gegenüber den Kommunisten eine nicht unbedeutende Rolle. Durch ihren unbedingten – und oft wortwörtlich selbstmörderischen – Widerstand gegen den Nationalsozialismus hatten Letztere sich ein politisches Kapital geschaffen, das sie geschickt einzusetzen verstanden, wobei es ihnen gleichzeitig gelang, die Erinnerung an den Hitler-Stalin-Pakt verblässen zu lassen.

Im Grunde war der westdeutsche Kommunismus allerdings nie über den Rang einer marginalen politischen Kraft hinausgekommen, auch wenn seine organisatorische Stärke, die vor allem auf der Disziplin seiner Kader beruhte, dies zuweilen anders aussehen ließ. Trotzdem gelang es ihm, die gesamte westdeutsche Linke in eine Haltung zumindest widerwilliger Solidarisierung hineinzuzwingen. Da über jedem, der

wie Rudolf Bahro eine Kritik an der marxistischen Orthodoxie beziehungsweise der Sowjetunion wagte, sowohl das Damoklesschwert einer Anklage wegen politischer Abspalterei wie auch der Verdacht schwebte, gemeinsame Sache mit der antikomunistischen politischen Rechten zu machen, so glich die Position der nicht-marxistischen Linken geradezu einer politischen babylonischen Gefangenschaft. Die Kämpfe zwischen orthodoxen moskautreuen Kommunisten und den undogmatischen, zunehmend ökologisch orientierten Linken in der Friedensbewegung waren somit Teil eines Prozesses der Emanzipation der westdeutschen Linken von den erstarrten marxistischen Dogmen und dem Suprematsanspruch der KPdSU. Die zentrale Frage dieser Auseinandersetzung lautete: War die Verwirklichung der Utopie einer humanistischen Idealgesellschaft, wie von den orthodoxen Kräften behauptet, prinzipiell nur im Rahmen einer marxistischen Konzeption möglich? Oder bedurfte es nicht zumindest einer umfassenden Neuinterpretation und Erweiterung, ja vielleicht sogar einer völligen Abkehr vom Marxismus, um das humanistische Ideal erreichen zu können?

Ebenso wie die Sicht auf die USA war die auf die Sowjetunion in eine historische Erzählung eingebettet. Die über die Sowjetunion zeichnete das Bild eines Landes, das während seiner gesamten jüngeren Geschichte ein Opfer gewesen war. Vor allem Gert Bastian agierte in der Debatte als der wohl bekannteste Proponent dieser Sichtweise. Seine Ausführungen können als exemplarisch gelten. Neben ihm vertraten aber auch zahlreiche andere prominente Intellektuelle wie beispielsweise Bernt Engelmann⁸²⁴, Rudolf Augstein, Walter Jens und Friedensforscher wie Dieter S. Lutz die Vorstellung, nach der die Russen garantiert *nicht* kommen würden. Gerade Bastian und Augstein argumentierten dabei bemerkenswert analog. Ersterer sagte auf dem Kirchentag in Hamburg 1981, es sei eine „unglaubliche Geschichtsklitterung“, wenn behauptet würde, „wir müßten nachrüsten, damit es uns nicht so ergeht wie den Tschechen und Ungarn und damit nicht eines Tages Russen an unsere Türen klopfen“⁸²⁵. Augsteins hatte wie bereits erläutert die Befürchtung von Bundeskanzler Schmidt, die Bundesrepublik könne „behandelt werden wie Afghanistan, Ungarn, die

⁸²⁴ Engelmann, Bernt: *Weißbuch: Frieden*. Köln 1982.

⁸²⁵ Bastian, Gerd: Die Europäer können den Anstoß geben zur großen Wende... In: Ders.: *Atomtod oder Europäische Sicherheitsgemeinschaft: Abrüstung statt Abschreckung. Reden und Schriften zur Kritik der „Nachrüstung“ und zur Friedensbewegung*. Köln 1982. S. 72.

ČSSR, die DDR und demnächst, vielleicht, Polen⁸²⁶ als reine Panikmache bewertet. Eine ernsthafte Bedrohung der Bundesrepublik durch die Sowjetunion, sei es militärischer oder politischer Natur, bestand nach Meinung beider nicht.

Wie bei der Beurteilung der USA waren für die westdeutsche Sicht auf die Sowjetunion solche Gesichtspunkte von Bedeutung, die sich aus der deutschen Geschichte ergaben. Während bei linksnationalistischen Kräften in Bezug auf Amerika ein deutlicher Groll festzustellen war, der aus der militärischen Niederlage Deutschlands herrührte, so war davon in Bezug auf die Sowjetunion gar nichts zu spüren. Im Gegenteil trug der Linksnationalismus – und dies war nun einer der wesentlichen Unterschiede zwischen ihm und dem Rechtsnationalismus – dem ehemaligen Kriegsgegner UdSSR nichts nach. Vielmehr überwog ein deutlich spürbarer Wunsch, mit Rußland eine ebensolche Versöhnung zu erreichen, wie sie mit dem westlichen Nachbarn Frankreich gelungen war. Für diese Haltung war bezeichnend, in welche historische Reihenfolge Rudolf Augstein den Doppelbeschluß stellte:

Die Russen halfen Bismarck das Reich gründen. Zum Dank wollte Moltke sie 1887/88 präventiv mit einem Angriffskrieg überziehen, was Bismarck verhinderte. 1912 wollte der Neffe Moltkes den Krieg, präventiv, weil Rußland sonst zu stark würde. 1941 überfiel Hitler die Sowjetunion, wiederum präventiv. Von Deutschland aus ist den Russen in den letzten hundert Jahren viel „praevenire“ und viel Drohung mit dem „praevenire“ zugemutet worden. Allemal wurden ihre Interessen, ihre Absichten und Möglichkeiten falsch eingeschätzt.⁸²⁷

Gerade bei so deutlich antiamerikanisch eingestellten Intellektuellen wie Rudolf Augstein scheint auch die Überlegung im Hintergrund gestanden zu haben, daß die Sowjetunion ein wünschenswertes Gegengewicht bilden könne, um die USA einzudämmen und so deren drohende Welthegeemonie zu verhindern. Dies galt um so mehr, als ein Patt zwischen den Supermächten es der Bundesrepublik nach Meinung der Linksnationalisten ermöglichen würde, eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West zu betreiben, die sogar die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zur realistischen Option machen würde. Im übrigen spielten auch die bereits erwähnten, aus der Romantik stammenden Vorurteile in Bezug auf Rußland eine gewichtige Rolle: Denn während die angelsächsischen Nationen mit einem seelenlosem Materialismus identifiziert wurden, so begriffen die deutschen Romantiker Russen wie Deut-

⁸²⁶ *Der Spiegel*, Nr. 28 (6. Juli 1981).

⁸²⁷ *Der Spiegel*, Nr. 28 (6. Juli 1981); Bittorf, *Nachrüstung*, S. 111.

sche als Völker mit ‚tiefer Seele‘, zwischen denen eine enge Geistesverwandtschaft bestand. Von Linksnationalisten wie Augstein wurden damit in der Stationierungsdebatte alte antiwestliche Ressentiments wiederaufgenommen.

Den ersten Baustein der historischen Erzählung von der UdSSR als Opfernation bildete zumeist der Hinweis auf eine seit den frühesten Tagen der Sowjetunion durchgängig bestehende, antikommunistische Tradition auf Seiten des Westens. „Nichts hat“, so Bastian, „die Nachkriegsentwicklung im westlichen Teil Deutschlands entscheidender beeinflusst, nichts hat sie nachhaltiger geprägt als die festverwurzelte Überzeugung, vom Sowjetkommunismus in existenzgefährdender Weise bedroht zu sein.“⁸²⁸ Seit der Oktoberrevolution seien den Deutschen die Parolen eingehämmert worden, nach denen die Bolschewisten die ganze Menschheit versklaven wollten. Noch Hitler habe seinen Angriff auf die Sowjetunion als antibolschewistischen Kreuzzug verklärt. Selbst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges habe sich das Bild von den gefährlichen Russen nicht gewandelt.

Man mag heute den Kopf schütteln über so viel Einseitigkeit und Ignoranz; über so wenig Einsicht in das Selbstverschuldete der mißlichen Lage, in der sich Deutschland zweifellos befand; über das Maß an Verdrängung aller den Völkern im Osten zugefügten Leiden.

Weit mehr Erstaunen und Befremden sollte allerdings die Ungeniertheit hervorrufen, mit der ein amerikanischer Präsident und seine europäischen Claqueure Jahrzehnte später erneut zum antikommunistischen Kreuzzug blasen, erneut alle inzwischen überwunden geglaubten Vorurteile mit ihren Unkenrufen von der kommunistischen Weltverschwörung wiederbeleben.⁸²⁹

Hier wurde von Bastian eine folgenreiche Gleichsetzung vorgenommen: Demnach war jede Warnung vor expansiven Bestrebungen der Sowjetunion erstens mit dem Antibolschewismus der Nationalsozialisten geistesverwandt, zweitens nichts als eine Tarnung eigener aggressiver Absichten gegen die UdSSR, und drittens von vornherein einfach falsch. Dabei sei es, so Bastian, doch inzwischen bestens möglich, ein rationales und objektives Bild von der Politik der Sowjetunion zu gewinnen.

Wie bei jeder gründlichen Lagebeurteilung kommt es dabei darauf an, zwischen den der Sowjetunion unterstellten Absichten und ihren berechenbaren Möglichkeiten ebenso sorgfältig zu unterscheiden wie zwischen Lehren aus der Vergangenheit, gegenwärtigen Eindrücken und Zukunftserwartungen.⁸³⁰

⁸²⁸ Bastian, Gert: *Frieden schaffen! Gedanken zur Sicherheitspolitik*. München 1983. S. 20.

⁸²⁹ Ebd., S. 21.

⁸³⁰ Ebd.

Statt dessen würden aber Aussagen aus verschiedensten Phasen der Geschichte der Sowjetunion durcheinander geworfen, um falsche Kontinuitäten zu konstruieren und die Mär vom ewigen Weltherrschaftsstreben der UdSSR aufrecht zu erhalten. Insbesondere die Dominotheorie diene dazu, militärische Interventionen gegen Aufstandsbewegungen in der Dritten Welt zu rechtfertigen.

Und das natürlich auch um den Preis der Stabilisierung widerlichster Diktaturen, der künstlichen Aufrechterhaltung längst nicht mehr lebensfähiger Systeme, deren überfällige Ablösung durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung von den leidenden Völkern viel eher als erlösender Fortschritt denn als Versklavung empfunden würde.⁸³¹

Nun hatten die von den USA unterstützten Diktaturen, wie etwa die Augusto Pinochets, das Epitheton „widerlich“ ohne Zweifel verdient. Es war aber bezeichnend, daß Bastian bei der Charakterisierung der Sowjetunion, deren gesellschaftliche Realität sich ja auch nicht eben durch übermäßige Menschenfreundlichkeit auszeichnete, auf solch kräftige Pinselstriche gänzlich verzichtete.

Seiner Ansicht nach hatte sich die UdSSR in den mehr als sechzig Jahren ihres Bestehens grundlegend gewandelt. Die Schwierigkeiten des Aufbaus einer kommunistischen Gesellschaftsordnung seien erkennbar viel größer gewesen, als in der Euphorie nach der Oktoberrevolution zunächst angenommen. Und die Sicherung des im Zweiten Weltkrieg errungenen Herrschaftsgebietes stelle die UdSSR vor fast unlösbare Probleme.

[Es] wurde deutlich, daß der kommunistischen Expansion sehr viel engere Grenzen gesetzt waren, als es in den Wirren nach dem Ersten Weltkrieg einmal den Anschein gehabt haben mochte. Udenkbar, daß ausgerechnet die stets nüchtern und illusionslos urteilenden Sowjets nicht ebenfalls zu dieser Erkenntnis gelangt sein sollten.⁸³²

Besonders das Ende der Allianz mit China habe ihnen klar gemacht, daß mit dem Export der kommunistischen Ideologie und Gesellschaftsform noch lange keine Ausweitung des sowjetischen Machtbereichs verbunden sei. Aufgrund dieser Lehren der Geschichte habe die UdSSR die expansionistische Politik ihrer revolutionären Sturm-und-Drang-Phase schon lange aufgegeben. Sie habe aber die historische Erfahrung gemacht, daß sie sich fortwährend gegen fremde Aggressoren verteidigen

⁸³¹ Ebd., S. 22.

⁸³² Ebd., S. 23.

mußte, zunächst gegen die internationalen Interventionstruppen, die zur Niederschlagung der Revolution nach Rußland entsandt wurden, dann gegen den versuchten Landraub der verbündeten Polen und Ukrainer im Jahre 1920, schließlich gegen die deutsche Wehrmacht. Die Sowjetunion habe daraus unfehlbar die Lehre ziehen müssen, daß ihre Sicherheit einzig und allein durch überlegene militärische Stärke gewährleistet werden könne, und daß sie keinesfalls den Aufbau einer militärischen Bedrohung an ihren Grenzen ignorieren dürfe⁸³³. Sie habe daher den aufgrund ihrer Geschichte verständlichen Wunsch nach einer sicherheitspolitischen Pufferzone zwischen sich und den anderen Großmächten.

In dieser ja nicht grundlos gewachsenen Überzeugung und nicht, wie meist unterstellt wird, im permanenten Welteroberungsdenken, liegt denn auch der Schlüssel zur sowjetischen Militärmacht und die Ursache für den rücksichtslosen Gebrauch dieser Macht schon zur vorbeugenden Abwendung jeder tatsächlichen oder auch nur für möglich gehaltenen zukünftigen Bedrohung.⁸³⁴

Damit implizierte Bastian nichts anderes, als das die UdSSR aufgrund der Tatsache, daß sie in ihrer Geschichte Opfer verschiedener Aggressionen geworden sei, erstens das Recht zur Beherrschung Osteuropas und zweitens zu militärischer Rüstung jedweden Umfangs habe. Erhard Eppler äußerte sich gleichlautend, als er in einer Replik auf Peter Graf Kielmannsegg in der *Zeit* schrieb, die Sowjetunion habe „heute deshalb Truppen an der Elbe stehen [...], weil Hitler die seinen bis Stalingrad marschieren ließ“⁸³⁵. Diese Aussage war historisch betrachtet zunächst unbestreitbar richtig. Auch hatte nicht zuletzt Helmut Schmidt festgestellt, daß die Furcht vor der Bundesrepublik auf Seiten der sowjetischen Staatsführung und ihrer, teils ja ganz persönlichen, Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg durchaus noch akut war⁸³⁶. Gleichzeitig wurde damit aber im spezifischen Kontext des Streits um den NATO-Doppelbeschluß von Eppler gesagt, daß die SS-20 Stationierung – und selbstverständlich auch die konventionelle Aufrüstung der UdSSR – hinzunehmen sei; daß

⁸³³ Hier sei als kurzer Einschub angemerkt, daß Bastian somit von dem realistischen Prinzip ausging, nach dem militärische Unterlegenheit die Aggression Anderer provozierte. Dies unterschied ihn von den Radikalpazifisten, nach deren Ansicht die militärischen Kräfteverhältnisse schlicht irrelevant waren.

⁸³⁴ Bastian, *Frieden schaffen*, S. 27.

⁸³⁵ Eppler, Erhard: Deutschland – Vorfeld oder Schlachtfeld? Der Aufstand gegen den Rüstungszwang – Eine Erwiderung auf Graf Kielmannsegg. In: *Die Zeit* (5. Juni 1981). Zitiert nach: Joffe, Josef (Hrsg.): *Friede ohne Waffen? Der Streit um die Nachrüstung*. München 1981. S. 75.

⁸³⁶ Vgl. Soell, Hartmut: *Helmut Schmidt: Macht und Verantwortung*. München 2008. S. 466-468 sowie S. 896 f.

also die Sowjetunion das Recht habe, ihre Sicherheit absolut zu definieren, während sich die Bundesrepublik aufgrund des deutschen Überfalls von 1939 mit einer relativen Sicherheit begnügen müsse. Dies ging nun weit über die Anerkennung der Tatsache hinaus, daß die Sowjetunion ebenso legitime Sicherheitsinteressen hatte, wie jeder andere Staat auch. Vielmehr machten sich Eppler und Bastian damit die extensive Sicherheitsdefinition Moskaus zu eigen.

Außerdem, so Bastian weiter, habe die UdSSR de facto in ihrer Geschichte viel weniger Angriffskriege geführt als Deutschland, Japan, die USA, Italien, Frankreich, Großbritannien, Israel oder China, und mit dem als so friedliebend bekannten Indien liege sie gleichauf, obwohl seit ihrer Staatsgründung doppelt so viel Zeit vergangen sei⁸³⁷. Sowjetische Aggressionen gegen fremde Länder habe es nur in drei Fällen gegeben: Erstens 1939 gegen Polen, zweitens den Winterkrieg gegen Finnland 1939/40, und drittens den Einmarsch in Afghanistan 1979. Bei allen anderen Militäraktionen wie der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 habe es sich um interne Operationen im eigenen Machtbereich gehandelt. Die ersteren beiden Angriffskriege seien dabei wesentlich von der Furcht vor Hitler-Deutschland motiviert gewesen. Die Invasion Afghanistans sei zwar „ein nicht akzeptabler Gewaltakt“⁸³⁸, habe aber ähnliche Gründe: Zum einen sei es nach der Machtergreifung der Islamischen Revolution im Iran zu einer verstärkten, von Pakistan unterstützten Partisanentätigkeit islamistischer Kräfte in Afghanistan gekommen, die leicht auf die islamischen Bevölkerungsteile in den an Afghanistan angrenzenden Teilrepubliken der UdSSR hätte übergreifen können. Zum anderen habe es Anzeichen dafür gegeben, daß die USA in Afghanistan geheimdienstlich aktiv geworden seien, um dort nach dem Verlust Irans einen neuen Stützpunkt in Westasien zu gewinnen.

Gerade in Bezug auf den Afghanistan-Feldzug stellten Bastians Ausführungen lediglich eine einzelne Stimme innerhalb eines großen Chores dar, der unisono verkündete, die UdSSR sei zur Invasion in Afghanistan in irgendeiner schwer greifbaren Art und Weise berechtigt gewesen, oder aber, dieser Akt sei zwar an und für sich verwerflich, jedoch hätten die USA genau dieselben Sünden auf dem Kerbholz. Typisch war die Bemerkung Rudolf Augsteins, Afghanistan sei ein Land der sowjetischen Einflußsphäre, der Einmarsch der Roten Armee folglich ein strategisch defen-

⁸³⁷ Bastian, *Frieden schaffen*, S. 28.

⁸³⁸ Ebd., S. 39.

siver Schritt. Diese Rechtfertigung bzw. Verharmlosung der sowjetischen Intervention in Afghanistan war dabei nicht nur lediglich eine Einzelwahrnehmung, sondern durch den schlichten Umstand begründet, daß die Invasion in Tat und Wahrheit nachhaltig geeignet war, die Behauptung, die UdSSR sei in ihrer Politik prinzipiell defensiv und nicht expansiv ausgerichtet, zu widerlegen. Hier war folglich präventives Handeln im Diskurs eine strategische Notwendigkeit, um eine Lücke in der eigenen argumentativen Verteidigung zu schließen. Augstein führte weiterhin aus, die Intervention der UdSSR in Afghanistan sei ganz dasselbe, was die USA in Vietnam getan hätten und in Mittel- und Südamerika immer noch täten⁸³⁹.

Genau dieselbe Gleichsetzung von USA und UdSSR erfolgte mit dem Argument, Mittelstreckenraketen, welche die Kerngebiete einer der beiden Supermächte erreichen könnten, würden von diesen zu Recht als strategische Waffen gleich den Interkontinentalraketen aufgefaßt, seien aber aufgrund ihrer viel kürzeren Flugdauer wesentlich gefährlicher. Die UdSSR habe 1962 während der Kubakrise versucht, solche Raketen in der Karibik zu stationieren, wogegen die USA – berechtigter Weise – vorgegangen seien. Nun versuchten die USA dasselbe, nur in Europa, wogegen nun die UdSSR ihrerseits berechtigter Weise Einspruch erhebe⁸⁴⁰.

Nach Bastians Auffassung war für den sowjetischen Entschluß zum Einmarsch in Afghanistan ein zunehmend aggressives Verhalten des Westens mit verantwortlich:

Natürlich hat nicht die NATO-Entschießung vom 12. 12. 1979 den Entschluß des Kreml ausgelöst, am 27. 12. 1979 in Afghanistan einzumarschieren. Dafür waren andere Gründe bestimmend. Nicht auszuschließen ist allerdings, daß diese letzte Ohrfeige als Schlußpunkt einer langen Reihe von Brückierungen empfunden wurde, die zur fortschreitenden Minderung der sowjetischen Bereitschaft beigetragen hatten, auf westliche Empfindlichkeiten auch gegen eigene Interessen Rücksicht zu nehmen.⁸⁴¹

[...] Wie schon der Einmarsch in Ostpolen im September 1939 und wie der Winterkrieg mit Finnland 1939/40 war auch die Intervention in Afghanistan im Dezember 1979 das Ergebnis eines tiefverwurzelten, vom Westen leider meist unterschätzten Sicherheitsbedürfnisses der UdSSR; die Folge ihrer ernstzunehmenden Entschlossenheit, das zum eigenen Schutz und zur Wahrung ihrer Interessen für notwendig Gehaltene auch mit Gewalt durchzusetzen, wenn alle politischen Initiativen erfolglos bleiben sollten.⁸⁴²

⁸³⁹ Augstein, Rudolf: Wenn Politik und Feindschaft in eins fallen. In: *Der Spiegel*, Nr. 28 (6. Juli 1981).

⁸⁴⁰ So etwa die Argumentation Petra Kellys auf dem Friedenspolitischen Forum am 27. August 1981 in Bonn. Vgl. Apel, Bahr, Bahro, *Sicherheitspolitik*, S. 52.

⁸⁴¹ Bastian, *Frieden schaffen!*, S. 42.

⁸⁴² Ebd., S. 44.

[...] Die Untersuchung diese Geschehnisse zeigt deshalb nicht nur, wie unhaltbar die These ist, Polen, Finnland und Afghanistan seien Beweise für eine dem Sowjetkommunismus angeblich innewohnende Tendenz zur hemmungslosen gewaltsamen Machtausbreitung. Sie macht auch deutlich, wie fragwürdig die Vorstellung ist, mit mehr Waffen mehr Sicherheit kaufen zu können und mit der Bereitschaft zur Teilnahme an den Abenteuern größerer Mächte wirksamen Schutz zu erwerben.⁸⁴³

In summa: Eine Eindämmung der Sowjetunion sei, so Bastian, gar nicht nötig, denn sie sei schlicht nicht aggressiv. Der einzige Grund, warum die UdSSR eine Drohung gegen die Bundesrepublik richtete, war demnach die Zugehörigkeit letzterer zum US-geführten Militärbündnis NATO. So stellte Rudolf Bahro fest: „Ohne Waffen, die uns in das wechselseitige Drohritual der Supermächte einbinden, ist die Bundesrepublik unbedroht.“⁸⁴⁴ Woraus sich für Bahro als weitere Schlußfolgerung ergab:

Ich bin überzeugt, daß niemand besser als die Friedensbewegung mit einem Angebot, auf diese Nachrüstung zu verzichten, die Sowjetunion dazu bewegen kann [...], wenigstens von denjenigen europäischen Ländern, in denen nichts davon stationiert ist, diese Drohung wegzunehmen. Ich sage: Wenn die Bundesrepublik, wenn viele westeuropäische Länder nicht mehr in diesem NATO-Bündnis stünden, gäbe es überhaupt keine Rechtfertigung mehr, auf die westeuropäischen Länder eine solche Drohung wie die SS 20 oder auch die SS 4, die genauso schlimm ist, gerichtet zu halten.⁸⁴⁵

Die Bundesrepublik hätte also nichts weiter tun müssen, als aus der NATO auszutreten, um vollständige Sicherheit zu erlangen.

Als Kronzeugen seiner Einschätzung der Sowjetunion als strategisch defensiv zierte Bastian niemand anderen als George F. Kennan⁸⁴⁶, den Verfasser des berühmten „langen Telegramms“ und geistigen Vater der Eindämmungsstrategie, der sich schon seit langem bitter darüber beklagte, daß sein Konzept grundlegend mißverstanden und militaristisch verfälscht worden sei⁸⁴⁷. Er, Kennan⁸⁴⁸, habe – und dies brachte er auch während der Nachrüstungsdebatte zum Ausdruck – von vornherein

⁸⁴³ Ebd., S. 45.

⁸⁴⁴ Rudolf Bahro: *Wahnsinn mit Methode: Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sowjetunion und die DKP*. Berlin 1982. S. 47.

⁸⁴⁵ Diskussionsbeitrag Rudolf Bahros in Apel, Bahr, Bahro, *Sicherheitspolitik*, S. 99.

⁸⁴⁶ Ebd., S. 39.

⁸⁴⁷ Vergl. Dönhoff, Marion Gräfin: Planungschef beim Wiederaufbau der Welt. In: Kennan, George F.: *Rußland, der Westen und die Atomwaffe*. Erweiterte Neuauflage, Frankfurt a. M., Berlin und Wien 1982. Ursprünglich erschienen 1958. S. XI.

⁸⁴⁸ Der übrigens 1982 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt.

an eine politische Eindämmung gedacht, denn die politische Subversion, nicht die militärische Invasion, sei das Mittel der sowjetischen Ausdehnung. In einigen Punkten war Kennan daher durchaus derselben Auffassung wie Bastian, was die Strategie gegenüber der UdSSR betraf:

Diese Abkommen⁸⁴⁹ trugen langfristig Früchte, die auf Seiten des Westens nur selten bemerkt wurden. Sie wirkten als Katalysatoren eines Reifeprozesses, einer Entkrampfung und Erweiterung des Blickfeldes innerhalb der sowjetischen Gesellschaft. Die Vereinigten Staaten brauchten nichts anderes zu tun, als auf dem Weg fortzuschreiten, den Nixon und Kissinger vorgezeichnet hatten, und gleichzeitig etwas für die Erhöhung der westlichen Verteidigungsbereitschaft zu tun, ohne freilich viel darüber zu reden, um zu einem stillschweigenden Bündnis mit jenen Kräften innerhalb der sowjetischen Gesellschaft und Führung zu gelangen, die eine Überwindung des Kalten Krieges und eine weniger sterile und gefährliche Beziehung zwischen Rußland und dem Westen wollten.

Aber es sollte anders kommen. Kaum war Nixon von der politischen Szene Amerikas verbannt, als im politischen Establishment und in der Presse die Rhetorik des Kalten Krieges hervorzubrechen begann, begleitet von wilden Übertreibungen der militärischen Stärke der Sowjets und ihrer politischen Erfolge in anderen Teilen der Welt. Die Hysterie, die damals aufkam, hält bis zum heutigen Tage an und nimmt sogar ständig an Intensität zu.⁸⁵⁰

Bastian unterschlug allerdings, daß Kennan die Sowjetunion zumindest während der Herrschaft Stalins tatsächlich als aggressive, expansionistische Macht angesehen hatte. Er hielt es nur für falsch, dem allein mit militärischen Mitteln zu begegnen, denn:

Die Feindseligkeit⁸⁵¹ ist da, gewiß – eine Todfeindschaft, denn sie zielt auf die Vernichtung alles dessen, was uns teuer ist, auf eine nicht minder verheerende und endgültige Vernichtung, als der Krieg selbst bringen könnte. Aber was da droht, ist nicht ein militärischer Großangriff, es ist eine Verschmelzung von politischer und militärischer Gefahr – eng verquickt mit den Schwächen unserer westlichen Zivilisation: eine Drohung, die sich mehr diese Schwächen zunutze machen will als die Stärke der russischen Waffen, um uns den Untergang zu bereiten. Die russische Absicht geht mit anderen Worten in erster Linie dahin, alle Keime der Uneinigkeit, der Verwirrung, der Kurzsichtigkeit innerhalb unserer Gesellschaft auszunutzen, um uns als Rivalen der russischen Macht und Weltgeltung auszuschalten.⁸⁵²

⁸⁴⁹ SALT und andere, die von Nixon und Kissinger mit den Sowjets geschlossen wurden. Anm. T.W.

⁸⁵⁰ Kennan, George F.: Die russische Gefahr ist viel Einbildung: Wider die Welle der Angstmacherei. In: *Die Zeit* (4. Januar 1980).

⁸⁵¹ Der Sowjets gegenüber dem Westen. Anm. T.W.

⁸⁵² Kennan, George F.: *Rußland, der Westen und die Atomwaffe*. Erweiterte Neuauflage, Frankfurt a. M., Berlin und Wien 1982. Ursprünglich erschienen 1958. S. 28 f.

Das gab denn doch ein deutlich anderes Bild als das der rein defensiven, nur etwas überempfindlichen und traumatisierten Sowjetunion, das Bastian gezeichnet hatte. Nur vermittelt der sehr selektiven Wiedergabe von Kennans Argumenten durch Bastian konnte jener als Gewährsmann für die Positionen des Letzteren herangezogen werden.

Dieser für die Sicht der Friedensbewegung auf die Sowjetunion zentrale Topos ihrer Bewertung als einer strategisch defensiv ausgerichteten Macht wurde mit dem kontinuierlich wiederholten Argument gekoppelt, die SS-20 stelle keine neue Qualität in der sowjetischen Rüstung dar. Sie sei lediglich eine völlig normale Modernisierung der SS-4 und SS-5. Durch ihre Einführung habe sich an der Bedrohungslage für die Bundesrepublik nichts geändert. Diese durch die Gegenexperten der Friedensbewegung für Rüstungsfragen vorgenommenen Bewertungen der sowjetischen Rüstung waren nun der wichtigste exogene Faktor bei der Prägung eines positiven Bildes der Sowjetunion⁸⁵³. Zahlreiche Autoren bemühten sich, nachzuweisen, daß die UdSSR entgegen den Behauptungen der NATO keineswegs überlegen sei, weder konventionell, noch nuklear. Bernt Engelmann stellte etwa in seinem „Weißbuch Frieden“ kategorisch fest, die SS-20 hätten das atomare Gleichgewicht in Europa keineswegs verändert. „Die Bedrohung Westeuropas, besonders der Bundesrepublik ist durch die SS-20 nicht größer geworden.“⁸⁵⁴ Gert Bastian bezeichnete die Behauptung, die Sowjetunion sei der NATO militärisch überlegen, als einen „unsinnigen Aberglauben“, der sich nur durch ein „jahrelange[s] Trommelfeuer aus Unwahrheiten, Halbwahrheiten und verzerrten Wahrheiten“ erklären lasse⁸⁵⁵. Wie auch im Fall der Pershing II bildeten die technischen Fähigkeiten der SS-20 die argumentative Grundlage für die Gegenexperten, die die Angaben der NATO durchgehend in Frage stellten. So äußerte Erhard Eppler unter Berufung auf Gert Bastian die Vermutung, die SS-20 verfüge statt wie behauptet über drei nur über einen Sprengkopf, wodurch sich die angebliche Bedrohung Westeuropas bereits um zwei Drittel reduziere⁸⁵⁶.

Bastian bestritt auch, daß die Interventionen und Militärhilfen der UdSSR in der Dritten Welt als Expansionsversuche zu werten seien. Der Westen messe hier zumindest mit zweierlei Maß, wenn er etwa einerseits die Militärdiktatur in der Türkei

⁸⁵³ Vgl. Cooper, Alice Holmes: *Paradoxes of peace*. Ann Arbor 1996. S. 140-143.

⁸⁵⁴ Engelmann, *Weißbuch*, S. 100.

⁸⁵⁵ Bastian, *Frieden schaffen*, S. 74.

⁸⁵⁶ Eppler, Erhard: *Wege aus der Gefahr*. Reinbek bei Hamburg 1981. S. 87.

unterstütze, gleichzeitig aber die Aktionen gegen die Gewerkschaftsbewegung in Polen verdamme⁸⁵⁷. Im übrigen sei aber die Dominotheorie von der kommunistischen Expansion, die überall Umsturzversuche anzettelte und sich von einem Land zum anderen fortsetze, einfach Unsinn. Vielmehr beruhten diese Konflikte auf dem Elend, das in den Ländern der Dritten Welt herrsche. Diese seien entweder von ihren Kolonialmächten oder von einer reichen Oberschicht, meist bestehend aus Großgrundbesitzern, gnadenlos ausgeplündert worden, wogegen sich selbstverständlich früher oder später Aufstandsbewegungen gebildet hätten. Beispiele hierfür seien Kuba, Vietnam, Angola, Moçambique, Nicaragua und El Salvador. Unglückseligerweise habe der Westen es in den meisten Fällen für gut befunden, sich auf die Seite der Oberschicht zu schlagen⁸⁵⁸. Die Sowjetunion habe dagegen den Aufständischen ihre Hilfe angeboten, die diese dann natürlich gerne, zum Teil auch notgedrungen, angenommen hätten. Stünde der Westen nicht so einseitig auf der Seite der reichen, ausbeuterischen Oberschichten – was an seiner eigenen ausbeuterischen Politik in der Dritten Welt liege –, sondern hätte der Westen die Sache der unterdrückten Massen zu seiner eigenen gemacht, dann, so Bastian, hätte die Sowjetunion weit weniger Einfluß erlangen können⁸⁵⁹. Dieser letzte Punkt in Bastians Argumentation konnte nun allerdings als stichhaltig gelten. Eine ganze Reihe bedeutender amerikanischer Politiker, unter ihnen nicht zuletzt auch John F. Kennedy, waren ebenfalls zu dieser Anschauung gelangt, hatten es jedoch niemals vermocht, sie tatsächlich auch in konkrete Politik umzusetzen. Die antikolonialistische Politik der UdSSR war daher der zweite der exogenen Faktoren, die zu der positiven oder zumindest neutralen Haltung der Friedensbewegung ihr gegenüber beitrugen.

b) *Objektiv auf der Seite des Friedens: Die Sowjetunion als Verbündeter*

War die beschriebene Haltung in der Friedensbewegung nun zwar sehr verbreitet, die in der UdSSR eine prinzipiell defensiv orientierte Macht sah und die Behauptung, von ihr gehe eine Bedrohung für die Sicherheit der Menschen in der Bundesrepublik

⁸⁵⁷ Bastian, *Frieden schaffen!*, S. 47 f.

⁸⁵⁸ Ebd., S. 49.

⁸⁵⁹ Ebd., S. 50.

aus, als „Bedrohungslüge“ bezeichnete, so waren darüber hinausgehende Sympathien oder gar eine aktive Parteinahme für die UdSSR außerhalb der moskautreuen Organisationen DKP, KoFAZ und DFU nur selten zu entdecken. Zu offensichtlich waren die politischen und wirtschaftlichen Mißstände in der Sowjetunion.

Das hinderte nun allerdings orthodoxe Marxisten wie das KoFAZ-Vorstandsmitglied Gerhard Kade nicht daran, noch im Jahr 1980 festzustellen, „das real existierende Gesellschaftssystem des Sozialismus“ schaffe „mit seinen Leistungen weitreichende und immer bessere Möglichkeiten für die umfassende Entwicklung der schöpferischen Fähigkeiten des Menschen, also für die Verwirklichung entscheidender Menschenrechte.“⁸⁶⁰ Und: „Die sozialistischen Staaten“ täten „alles für das Wohl der Menschen, für das Glück ihrer Völker, für die Interessen der Arbeiter und aller Werktätigen.“⁸⁶¹ Darin bestehe „der Sinn des Sozialismus. Die immer bessere Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen“ sei „die Generallinie der regierenden kommunistischen Parteien.“⁸⁶²

Solche Hymnen auf die Menschenfreundlichkeit des Kommunismus waren Anfang der achtziger Jahre nun allerdings selbst auf Seiten der politischen Linken selten geworden; die tatsächlichen Lebensverhältnisse auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs waren dafür nun doch zu gut bekannt. Trotzdem traten auch Friedensaktivisten, die die UdSSR wesentlich kritischer betrachteten, für ein Bündnis mit ihr ein. Denn diese habe ein Interesse daran, den Rüstungswettlauf zu stoppen, um nicht noch mehr wirtschaftliche Ressourcen in die Militärproduktion stecken zu müssen. So schrieben Vertreter einer lokalen Friedensinitiative aus Hessen:

Kurz: Was den Nato-Doppelbeschluß angeht, fallen die Interessen der Friedensbewegung und der sowjetischen Staatsführung objektiv zusammen. Das sollte die Friedensbewegung bewußt in ihre Strategie aufnehmen (und nicht in Form einer religionsähnlichen Verklärung der UdSSR als „Friedensmacht an sich“). Reagan & Co haben kein Recht, auf die afghanischen und polnischen Blutflecken am sowjetischen Rock zu deuten. Dazu sind ihre Finger selbst zu blutbeschmutzt. Aber die westliche Friedensbewegung kann nicht daran vorbeigehen, daß die sowjetischen Kommunisten seit dem gescheiterten Revolutionsversuch in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg offenkundig nur noch militärische Antworten auf politische Fragen haben – innen- wie außenpolitisch. Die Friedensbewegung sucht nach anderen Antworten und das weiß

⁸⁶⁰ Kade, Gerhard: *Die Bedrohungslüge: Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten“*. 2. Aufl. Köln 1980. S. 70.

⁸⁶¹ Ebd., S. 69.

⁸⁶² Ebd.

die Sowjetführung sehr wohl. Deshalb wird sie in Afghanistan und Polen 1983 versuchen, vorsichtiger zu agieren, um ihren derzeit einzigen Ansprechpartner in Westeuropa nicht zu verlieren.⁸⁶³

Dabei wird man den letzten Satz doch eher als Produkt einer gravierenden Selbstüberschätzung bewerten dürfen. Daß die Sowjetführung tatsächlich in ihrer Außenpolitik Rücksicht auf die Wünsche der westlichen Friedensbewegung nahm, darf stark bezweifelt werden. Auf der Ebene der Rhetorik und der diplomatischen Symbolpolitik – die ja nichts kosteten – mochte dies der Fall gewesen sein, die materielle Außenpolitik der UdSSR änderte sich um kein Jota.

In denjenigen Fällen, in denen Aktivisten der Friedensbewegung eine – in der oben zitierten Quelle immerhin noch kritisierte – offene und kritiklose Unterstützung der Sowjetunion proklamierten, geschah dies auf der Basis von zwei miteinander verwandten Argumentationsmustern: Entweder wurde die Auffassung vertreten, die UdSSR sei eine Macht, die aktiv für den Frieden und das Beenden des Wettrüstens eintrete. Oder aber es wurde argumentiert, daß nicht ein vordergründiger und immer nur äußerlicher Frieden das Ziel sein könne, sondern einzig und allein der Sieg im weltweiten Klassenkampf, insbesondere der Sieg über den Imperialismus, denn nur durch diesen sei echter Friede möglich. Auf eine kurze Formel gebracht lautete die letztere Position also: Friede gleich Sozialismus. Beide Varianten unterschieden sich dabei in einem wesentlichen Punkt: Die erstgenannte Auffassung von der Sowjetunion als Friedensmacht war im Prinzip mit einer pazifistischen Grundhaltung vereinbar, die den Konflikt zwischen den beiden großen Nuklearmächten *an sich* für bedrohlich hielt und daher ablehnte. Die Begründung für ein Bündnis mit der UdSSR bestand dann in dem Argument, diese habe das Wettrüsten nie gewollt, sondern im Gegenteil immer alles in ihrer Macht Stehende getan, um es zu beenden. Die beiden Supermächte seien in ihrem Verhalten also keineswegs äquivalent, vielmehr werde das Wettrüsten vom aggressiven Westen vorangetrieben, der wieder und wieder ein Nachrüsten des Ostens erzwungen habe. Die zweite Position dagegen bejahte ausdrücklich den Konflikt zwischen den Supermächten, und schlug sich in diesem aktiv auf die Seite der UdSSR.

⁸⁶³ Stickler, Eberhard: Was hat die Friedensbewegung erreicht: Eure Stärke ist unsre Schwäche – Eure Schwächen werden unsre Stärken sein. In: *Warum ausgerechnet Hessen: Neue US-Militär-Strategien am Beispiel Ost-Hessen*. Neue Hanauer Zeitung, Sondernummer 1 (1983). S. 51. HIS SBe 544 Box 02.

Die Vermutung liegt nun nahe, daß es sich bei der ersten, moderateren Argumentationsvariante oft um eine Fassadenargumentation handelte, durch die Pazifisten in Westeuropa für eine Unterstützung der UdSSR gewonnen werden sollten. Dies muß jedoch nicht zwingend der Fall gewesen sein. Die Ansicht, daß die UdSSR eine im Großen und Ganzen defensive Politik betreibe, war in Westdeutschland weitverbreitet. Ein entsprechendes Statement Herbert Wehners gehörte zu den ersten bedeutenden diskursiven Ereignissen in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluß⁸⁶⁴. Aus den hier verwendeten Quellen, bei denen es sich ja zum größten Teil um die veröffentlichten Texte selbst handelt und nicht um interne Dokumente, läßt sich die Frage nicht entscheiden, ob die Motive einer bestimmten Argumentationsweise nun in echten Überzeugungen oder taktischen Erwägungen lagen. Diese müssen vielmehr im weiteren Forschungsprozeß durch eingehende Untersuchungen der kommunistischen Organisationen im Westen und der Auslandsgeheimdienste der Warschauer Vertragsstaaten geklärt werden. Aufgabe der vorliegenden Arbeit ist es, die verschiedenen Argumentationsmuster möglichst genau darzustellen und ihre Implikationen und versteckten Voraussetzungen sichtbar zu machen. Durch eine genaue Analyse der in den Texten verwendeten Sprache können allerdings durchaus wertvolle Einsichten gewonnen werden.

Das in der hier verhandelten Frage der Haltung zur Sowjetunion ausschlaggebende Wort lautete ‚objektiv‘. Dabei handelt es sich um ein ganz besonders zur Manipulation geeignetes Wort, weswegen es auch ein Lieblingswort der Ideologen des 20. Jahrhunderts darstellte. In marxistischen Texten wimmelte es nur so von ‚objektiven‘ Erkenntnissen; ja, nur Aussagen, die durch die Methode des dialektischen Materialismus gewonnen worden waren, konnten überhaupt als ‚objektiv‘ gelten. Die ‚bürgerliche (d.h.: nicht-marxistische) Wissenschaft‘ war schon a priori nicht objektiv. Aber auch auf der anderen Seite der ideologischen Barrikade ging es oft und gern ‚objektiv‘ zu: Das beste Beispiel dieser Tendenz lieferte die bis heute höchst einfluß-

⁸⁶⁴ Vgl. „Abrüstung: Wehner will die Weichen stellen“. In: *Der Spiegel* (12. Februar 1979), S. 21 f.; zu den Reaktionen auf Wehners Äußerungen siehe beispielsweise Conrad, Bernt: „Weststrategie und Wahlstrategie“. In: *Die Welt* (15. Februar 1979); Mörbitz, Eghard: „Bonn will geduldig weiterverhandeln“. In: *Frankfurter Rundschau* (15. Februar 1979); Mackensen, Ulrich: „Bundesregierung geht auf Distanz zu Wehner“. In: *Frankfurter Rundschau* (16. Februar 1979); N. N.: „Unnötiger Theaterdonner“. In: *Süddeutsche Zeitung* (16. Februar 1979); Löffelholz, Thomas: „Wehners Anstoß“. In: *Stuttgarter Zeitung* (16. Februar 1979); Schröder, Georg: „Wehners Salve traf Genscher und Schmidt“. In: *Die Welt* (17. Februar 1979); Scharnagl, Wilfried: „Der wahre Wehner“. In: *Bayernkurier* (17. Februar 1979).

reiche amerikanische Schriftstellerin und Philosophin Ayn Rand, eine Hohepriesterin des reinen Kapitalismus und radikalen Individualismus, gleichzeitig selbstverständlich fanatische Antikommunistin, und bemerkenswerter Weise auch dezidierte Anti-Kantianerin. Sie nannte ihre Lehre den „Objektivismus“, da es, so Rand, möglich sei, die Wahrheit bestimmter normativer Aussagen objektiv festzustellen. Ihre moralische und politische Theorie beruhte also auf einem naturalistischen Fehlschluß⁸⁶⁵. Es war nun kein Wunder, daß sich die ‚Objektivität‘ gerade bei den allerideologischsten Sprechern solcher Beliebtheit erfreute: Wer Objektivität für sich in Anspruch nahm, unterstellte damit automatisch allen, die eine andere Meinung vertraten, nicht objektiv zu sein. Man stellte die eigene Ansicht also nicht nur als besser dar, sondern beanspruchte, selbst die Anforderungen eines Ethos der richtigen Erkenntnis zu erfüllen, also rein nach den Tatsachen, unbelastet und unverfälscht durch subjektive Interessen, Vorurteile oder sonstige Verunreinigungen der Wahrheit zu urteilen. In Wirklichkeit war natürlich meist das genaue Gegenteil der Fall. „Objektiv“ kann geradezu als Signalwort für manipulative Absichten eines Sprechers oder Autoren gelten. Wer für sich selbst „Objektivität“ in Anspruch nahm, versuchte in aller Regel, subjektive Standpunkte zu verschleiern, Widerspruch bereits präventiv zu diskreditieren, und so von vornherein im Keim zu ersticken.

Bei der Beurteilung der UdSSR als einer ‚objektiv‘ positiv in der Welt wirkenden Kraft spielte der von Gert Bastian zuletzt angesprochene Punkt der Befreiungskämpfe in der Dritten Welt stets eine wichtige Rolle: Denn insbesondere die Parteinahme der Sowjetunion für die jeweiligen Aufstandsbewegungen war es, die ihr bei den linksgerichteten Kräften im Westen die meisten Sympathien einbrachte. Viele Quellen vermitteln den Eindruck, daß es die Orientierung der jeweiligen Personen im Nord-Süd-Konflikt war – die Parteinahme für die unterdrückten Massen und gegen die ausbeuterischen Oberschichten bzw. Kolonialmächte –, die ihre Orientierung im Ost-West-Konflikt präjudizierte. Damit verhielten sie sich genau umgekehrt wie die Supermächte selbst, die ihre Politik in der Dritten Welt unter den Primat des Ost-West-Konflikts stellten. Aus dem Eintreten für die Dritte Welt ergab sich also die strategisch begründete Solidarität mit der Sowjetunion, und nur in den wenigsten

⁸⁶⁵ Wogegen sie und ihre Schüler sich natürlich strikt verwahrten. Zur Moralphilosophie Ayn Rands und einer Diskussion des Vorwurfs des naturalistischen Fehlschlusses siehe Machan, Tibor R.: *Ayn Rand*. New York et al. 1999. S. 57-77.

Fällen aus einer genuinen marxistisch-leninistischen Grundhaltung oder gar einer irgendwie gearteten Begeisterung für Leben und Gesellschaft in der UdSSR. Damit einher ging die Vermutung, der eigentliche Sinn der Raketenstationierung durch die NATO sei es, die Sowjetunion zum Stillhalten in der Dritten Welt zu zwingen, und so freie Hand bei derer neo-kolonialistischen Ausplünderung zu haben⁸⁶⁶.

Die erste, moderatere Argumentationslinie von der Sowjetunion als Friedensmacht wurde dabei in erster Linie vom KOFAZ, der DFU und anderen, mit der DKP verbundenen Organisationen vertreten. Auch DDR-Schriften, die in Westverlagen publiziert wurden, vertraten diese Sichtweise. Die aggressivere Argumentationslinie vom notwendigen Sieg im Klassenkampf fand sich dagegen in den Äußerungen kleiner radikaler Gruppierungen und Einzelpersonen. Die Vermutung liegt nahe, daß sie nur von solchen Organisationen offen vertreten wurde, die politisch ohnehin nichts zu verlieren hatten, und es sich daher leisten konnten, Leute vor den Kopf zu stoßen. Eine exemplarische Zusammenfassung dieser Linie gab Karl Pawek in Form einer ätzenden Kritik an der westdeutschen Linken, die er 1985 in der Zeitschrift *Konkret* äußerte. Darin hieß es:

Linke Politik kann nur im Gegensatz zu einer im eigenen Lande oder anderswo herrschenden Politik definiert werden, denn ihr wesentliches Ziel ist die Veränderung der Herrschaftsverhältnisse zugunsten der Mehrheit einer bislang ausgebeuteten Klasse. Alle anderen Ziele (wie Friedenssicherung, soziale Gerechtigkeit) dienen nur der Verwirklichung dieses einen wichtigen Zieles.

Die Definition ermöglicht es, klar zwischen einer materialistischen Linken und einer idealistischen Pseudolinken (SPD, Grüne, Linkskatholiken) zu unterscheiden. Die Linke bemüht sich um eine materialistische Erklärung der gesellschaftlichen Verhältnisse und um die Verwirklichung der aus ihrer Weltanschauung sich zwingend ergebenden Konsequenzen. Sie ist somit radikal, weil sie die Wurzeln der Verhältnisse und ihrer Erscheinungsformen (bis hin zur Umweltverschmutzung) bloßlegt, um eingreifen, verändern zu können.⁸⁶⁷

Die idealistische Pseudolinke lasse sich, so Pawek, dagegen nur von den Symptomen verängstigen. Statt die Ursachen der Mißstände zu bekämpfen, wolle sie nur die Folgen mildern, und begnüge sich in ihren Mitteln mit dem Appell an die menschliche Einsicht, anstatt die Herrschaftsverhältnisse in Frage zu stellen. Die Umweltschutz-

⁸⁶⁶ vgl. hierzu ID-Archiv (Hrsg.): *Die Früchte des Zorns: Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora*. Berlin 1993. Bd. 2, S. 474-478.

⁸⁶⁷ Pawek, Karl: Die Linke in der BRD: überholt, ohnmächtig, korrumpiert. In: *Konkret* (Juni 1985), S. 16. Charakteristischerweise sah Petra Kelly die Dinge genau anders herum: Im Materialismus liege das gemeinsame Grundübel von Kapitalismus und Kommunismus. Vgl. Kapitel IV-2 dieser Arbeit.

bewegung ziele beispielsweise auf das Verbot schädlicher Substanzen ab, anstatt – wie es eigentlich notwendig wäre – zu begreifen, daß im Kapitalismus nun einmal nicht Rationalität, sondern Profiterwartungen die Produktion bestimme. Die Notwendigkeit einer Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse werde aber nicht erkannt, denn hier stehe der idealistischen Pseudolinken das Schreckbild einer sozialistischen Planwirtschaft vor Augen, und dies „absurderweise zu einem Zeitpunkt“, so Pawek weiter, „an dem sich die Vorteile einer Planwirtschaft auch in der Realität abzuzeichnen beginnen“⁸⁶⁸. Der vordergründige Radikalismus des fundamentalistischen Flügels der Grünen sei daher gar keiner, sondern beruhe nur einer „Ideologie des ehrlichen und aufrechten Kleinbürgers“⁸⁶⁹. Bei den Grünen handele es sich daher lediglich um eine erneuerte Sozialdemokratie.

Wenig hoffnungsvoller ist es um jene Mehrheit in der Friedensbewegung bestellt, die in der Waffe allgemein und nicht in den besonderen, eine Waffe benutzenden Interessen eine mögliche Gefahr erkennt und daher nicht zwischen einer Pershing und einer SS-20 zu differenzieren weiß. Der rührende Kinderstubenpazifismus hat nicht die Spielzeugindustrie geschreckt, seine pubertäre Weiterentwicklung wird erst recht nicht die Politik verändern.⁸⁷⁰

Pawek führte seine Argumentation dahingehend fort, daß die Linke in den kapitalistischen Ländern nolens volens am Reichtum partizipiere, der durch die Ausbeutung der Dritten Welt gewonnen werde, weswegen sie „nun einmal auf der historisch falschen Seite“⁸⁷¹ stehe. Sich dagegen im Verlauf der Geschichte auf die objektiv richtige Seite zu stellen, und zu begreifen, daß die SS-20 eben eine Waffe des Sozialismus und daher eine gute Rakete war, konnte die einzige logische Konsequenz aus Paweks Ausführungen sein.

⁸⁶⁸ Ebd., S. 17. Daß Pawek allen Ernstes im Juni 1985, also zu einem Zeitpunkt, an dem die realsozialistische DDR wirtschaftlich längst von den Krediten der kapitalistischen BRD abhängig war, ein Gelingen der Planwirtschaft konstatieren zu können meinte, zeigte den vollständigen Realitätsverlust der kommunistischen Ideologen.

⁸⁶⁹ Ebd.

⁸⁷⁰ Ebd.

⁸⁷¹ Ebd., S. 19.

c) *Roter Imperialismus: Die Sowjetunion als Wettbewerber im Rennen um die Weltherrschaft*

Neben diesen Haltungen, die sich im Spektrum vom gemäßigten Wohlwollen bis zur geradezu enthusiastischen Parteinahme für die Sowjetunion erstreckten, gab es in der Friedensbewegung auch Stimmen, welche sowohl die innere Verfaßtheit als auch die Außenpolitik der UdSSR strikt ablehnten. Alice Holmes Cooper kam in ihrer Studie gar zu dem Urteil, die Mehrheit der Bewegung habe diese kritische Sicht geteilt: „Most of the peace movement saw the Soviet Union as hegemonical and imperialist and wanted to keep West Germany free of Soviet influence.“⁸⁷²

Wie sehr das Ansehen der UdSSR in der Bundesrepublik auf den Hund gekommen war, zeigte sich überdeutlich daran, wie wenige Freunde ihr selbst in den Reihen der radikalen Linken geblieben waren. Ausgerechnet die *Revolutionären Zellen*, neben der *Roten Armee Fraktion* und der *Bewegung 2. Juni* die bedeutendste militante linksradikale Gruppierung der Bundesrepublik, übten scharfe Kritik. In der westdeutschen Linken halte sich, so die RZ, hartnäckig der Mythos von der UdSSR als Freundin der „Verdammten dieser Erde“⁸⁷³. Dagegen sprächen die Fakten eine ganz andere Sprache:

Das Ideal des revolutionären Internationalismus hat niemals die sowjetische Außenpolitik bestimmt: weder zu Zeiten Stalins, der die kommunistischen Parteien Deutschlands und Jugoslawiens ans Messer geliefert hat und die kommunistische Widerstandsbewegung Griechenlands an die Alliierten, noch zu Zeiten Chruschtschows, Breschnews oder Andropows. Die sowjetische Außenpolitik war vielmehr bestimmt von geostrategischen Interessen und dem Vorrang ihrer Existenzsicherung. Das Streben nach „Anerkennung“ und „Ausgleich“ mit dem westlichen Imperialismus und nicht nach Weltrevolution zieht sich wie ein roter Faden durch ihre weltpolitischen Aktivitäten. So empfing sie Kissinger zu Entspannungsgesprächen, während die USA Haiphong bombardierten und war bereit, sich aus geostrategischen Interessen mit blutrünstigen Diktatoren wie Idi Amin und Siad Barre zu verbünden.⁸⁷⁴

Die These, die Friedensbewegung in der Bundesrepublik sei in ihrer Gesamtheit von Ost-Berlin oder Moskau gesteuert gewesen, ist in der Forschung inzwischen weitestgehend ad acta gelegt worden. Zwar war es den orthodox marxistischen Kräften – die von den Vertretern der Neuen Linken wie Edward P. Thompson oder Rudolf

⁸⁷² Cooper, Alice Holmes: *Paradoxes of peace*. Ann Arbor 1996. S. 138 f.

⁸⁷³ ID-Archiv (Hrsg.): *Die Früchte des Zorns: Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora*. Berlin 1993. Bd. 2, S. 478.

⁸⁷⁴ Ebd.

Bahro scharf unterschieden werden müssen – gelungen, sich einen gewissen Einfluß zu sichern, und insbesondere Kritik an der Sowjetunion in vielen Fällen zu verhindern oder jedenfalls zu dämpfen; es zeigte sich aber spätestens ab dem Jahr 1984, daß die Grünen den Kommunisten an politischer Attraktivität haushoch überlegen waren. Der Grund für solch scharfe Attacken wie die zitierten Äußerungen Karl Paweks dürfte wohl auch in einem daraus folgenden politischen Futterneid zu sehen sein. In seiner Einschätzung der kommunistischen Kräfte aus dem Jahr 1982 faßte Roland Vogt die wesentlichen Unterschiede in den weltanschaulichen Gesichtspunkten zusammen:

Mit bemerkenswerter Souveränität hat sich [...] ein Großteil der Friedensbewegung über den herkömmlichen Antikommunismus als fortwährende Rechtfertigung der NATO-Aufrüstung hinweggesetzt und die simple Kopplung von Pershing 2 und SS-20 zurückgewiesen, ohne dabei die Sowjetunion als Friedensmacht zu akzeptieren.

Bedauerlicherweise sind die Lernfortschritte bei DKP und nahestehenden Gruppen bescheiden geblieben. Sie haben die Bereitschaft von Kräften der Neuen Friedensbewegung, „über unseren Schatten zu springen“ mißverstanden. Sie haben es versäumt, ihre Ideologie den Leitwerten der Lebensbewegung unterzuordnen. Sie haben versucht, durch Kaderpolitik überproportionale Wirkungen zu erzielen und der Friedensbewegung einseitige und, wie ich meine, tödlich falsche Orientierungen aufzudrängen. Im Fall Afghanistan und Polen, auch in der Beurteilung der DDR-Friedensbewegung, lassen sie sich nicht durch Tatsachen sondern von Verdrehungen der sowjetrussischen Sprachregelung leiten.

Folgerichtig sind sie innerhalb der Friedensbewegung in die Defensive geraten.⁸⁷⁵

Die „Leitwerte der Lebensbewegung“: Dies zeigte in aller Deutlichkeit den Unterschied zwischen den postmaterialistisch orientierten neuen sozialen Bewegungen, und dem in der Industriegesellschaft der klassischen Moderne verwurzelten, materialistischen, orthodoxen Kommunismus. Gleichzeitig zeigen Vogts Ausführungen auch, wie stark die Gefahr einer ‚Kaperung‘ der Bewegung durch Kaderkommunisten von den übrigen Friedensaktivisten wahrgenommen wurde. Ähnlich sah dies Theodor Ebert, der prominente Friedensforscher und Entwickler des Konzepts der Sozialen Verteidigung. Er schrieb 1982: „Es wäre fatal, wenn die DKP und von ihr abhängige Organisationen auf die organisatorischen Strukturen der Friedensbewegung ei-

⁸⁷⁵ Vogt, Roland: Strategie der Friedensbewegung. In: Pestalozzi, Hans A., Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, wie sie werden kann*. 2. Aufl. München 1982. S. 185.

nen überproportionalen Einfluß gewinnen würden.⁸⁷⁶ Zwar könne die DKP durch ihre organisatorische Stärke der Friedensbewegung nützlich sein, der Preis eines Verzichts auf Kritik an Rüstungsmaßnahmen des Ostblocks sei aber zu groß.

Wie gingen nun die nicht-kommunistischen Mitglieder der Friedensbewegung mit ihren ungeliebten Bündnispartnern um? Wie folgende Quelle zeigt, waren sie keineswegs nur die ‚nützlichen Idioten‘ Ost-Berliner Strippenzieher, sondern entwickelten intelligente Methoden, um sich im internen Machtkampf gegen Kaderkommunisten durchzusetzen:

In den 80er Jahren saß ich für die Evangelischen Studentengemeinden in dem bundesweiten Koordinierungs[aus]schuss der Friedensbewegung. Nun war das mit den Bündnissen immer so eine Sache: Gut bestückte U-Boote kann man nur in Friedensverhandlungen zum Auftauchen zwingen – im übrigen agieren sie unter Wasser. Mit U-Booten meine ich jene Friedenskämpfer, die beispielsweise die Sowjetunion eher als Friedensmacht ansahen und die SS 20-Raketen demnach als reine Friedenswaffen. Folgerichtig waren dann eben Opposition oder auch nur Widerspruch in jenen Ländern, die sich fälschlich als sozialistisch bezeichneten, gegen den Frieden gerichtet – und wurden verfolgt.

Die hiesige Friedensbewegung hatte allerdings allerhand Sensoren entwickelt, welche die Ortung jener U-Boote erleichterte. Es war eine einfache Nagelprobe. Wenn es beispielsweise um die Einladung mehr oder weniger prominenter Rednerinnen oder Redner bei den großen Kundgebungen ging, genügte es, Wolf Biermann oder Wolfgang Harich, Vertreter der Solidarnosc oder einen oppositionellen Ungarn vorzuschlagen: Schon tauchten alle U-Boote auf. Die Vertreter der Apfelbaumjugend in den zentralen Beratungen fürchteten um ein Wiederaufleben des Antikommunismus, die Frauen für die friedliche Koexistenz bemängelten, daß Biermann keine Frau sei, und die Friedensgruppe Remstaler Appell wollte glaubhaft machen, daß die polnische Gewerkschaft eine Gründung der CIA sei. Uns freilich kam es weniger auf den bösen Wolf als Sänger oder Redner an, sondern wir wollten einfach ausprobieren, wie man mit friedlichen Mitteln ein U-Boot zum Auftauchen zwingen kann.⁸⁷⁷

Bemerkenswert ist hier, neben dem taktisch geschickten Vorgehen, vor allem die Redeweise von „jenen Ländern, die sich fälschlich als sozialistisch bezeichneten“. Dieses Beharren auf der Unterscheidung zwischen einem echten Sozialismus, den es erst noch zu verwirklichen gelte, und den nur dem Namen nach sozialistischen Systemen des Warschauer Paktes war ein zentraler Punkt im Denken der unabhängigen

⁸⁷⁶ Ebert, Theodor: Zur Herkunft und Zukunft der Friedens- und Ökologiebewegung. In: Pestalozzi, Schlegel, Bachmann, *Frieden in Deutschland*, S. 31.

⁸⁷⁷ Grohmann, Peter: Tiefster Friede ... In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): *Geschichten aus der Friedensbewegung: Persönliches und Politisches*. Köln 2005. S. 95 f.

Linken. Auch die Bezeichnung der kommunistischen Kräfte als „U-Boote“ verrät viel: Dieses Vokabular ist dem Geheimdienst-Jargon entlehnt und bezeichnet die Unterwanderung durch Angehörige gegnerischer Dienste. Ganz offensichtlich betrachtete der Autor die Angehörigen des KoFAZ-Spektrums nicht nur lediglich als Mitstreiter, die eine andere inhaltliche Ausrichtung hatten, sondern sah sie als Gegner an, mit denen man sich nur um der Sache willen in eine temporäre Allianz begeben hatte. Die Auseinandersetzungen um die Bestimmung der politischen Ausrichtung dieser Allianz wurden weit schärfer geführt, als dies bis jetzt in Öffentlichkeit und historischer Forschung wahrgenommen worden ist.

Besondere Streitpunkte zwischen dem KoFAZ-Spektrum und dem sowjetkritischen Teil der Friedensbewegung waren vor allem die Lage in Afghanistan, in Polen, und die Einschätzung der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR. Das sowjetkritisch eingestellte Spektrum, in dem vor allem die Grünen eine führende Rolle einnahmen, vertrat die Ansicht, daß man nicht gut die Interventionskriege der einen Supermacht – der USA – in Lateinamerika verdammen, und gleichzeitig die der anderen Supermacht ignorieren könne. Dies sei erstens schon inhaltlich falsch, da Krieg gleich Krieg und Intervention gleich Intervention sei, und zweitens politisch-strategisch fatal, da man so die eigene Glaubwürdigkeit kompromittiere. Im April 1982 kam es bei einer außerordentlichen Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Bad Godesberg aufgrund dieser Differenzen zum Eklat, als Rudolf Bahro, zu diesem Zeitpunkt noch Mitglied der Grünen, den bei diesem Treffen verhandelten Text für den Aufruf zur Demonstration am 10. Juni 1982 als typisches Produkt jener Kungeleien bezeichnete, mit denen das DKP-Umfeld den Konsens auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner erpresse⁸⁷⁸. Der Grund für seinen Zornesausbruch lag darin, daß zwar Forderungen nach politischen Lösungen in Afghanistan und Polen trotz einiger Gegenstimmen im Aufrufentwurf verblieben, die Aussagen zu den diesbezüglichen Voraussetzungen, nämlich dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, der Wiedezulassung der *Solidarność* und der Freilassung der internierten polnischen Oppositionellen allerdings gestrichen worden waren. Bahro warf den Anhängern der DKP außerdem vor, jede Forderung nach Abrüstung an die Sowjetunion zu blockieren. Die Friedensbewegung forderte er auf, „mit der Agentur des anderen Blocks“⁸⁷⁹

⁸⁷⁸ Leif, *(Obn-) Macht*, S. 303.

⁸⁷⁹ Ebd.

keine gemeinsamen politischen Aktionen mehr durchzuführen, also den Minimalkonsens und das Bündnis mit den DKP/KoFAZ-Kräften aufzukündigen. Falls diese Grenze zu den sowjettreuen Kräften gezogen werde, so werde die Friedensbewegung dadurch viel mehr Mitglieder gewinnen, als sie durch den Wegfall der Kommunisten verlöre.

Auf Bahro antwortete Karl-Heinz Hansen, ehemaliges, im „Fall Hansen“ aus der Partei ausgeschlossenes SPD-Mitglied und inzwischen bei der kleinen Gruppierung der Demokratischen Sozialisten politisch beheimatet, „ein Abgesandter des Bundeskanzleramts hätte es nicht besser machen können“⁸⁸⁰. An diesem Vorwurf war zweierlei interessant: Zunächst einmal betrachtete der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Hansen offensichtlich den Bundeskanzler, der zu diesem Zeitpunkt immer noch Helmut Schmidt hieß, als politischen Feind; und zwar so eindeutig, daß er Bahros Ausführungen gar nicht inhaltlich kommentierte, sondern diesen in seiner polemischen Entgegnung einfach der Seite der Stationierungsbefürworter zurechnete. Hier wurde der rhetorische Kurzschluß gezündet, eine Stellungnahme gegen die Sowjetunion sei gleichbedeutend mit einem Eintreten für die Pershing II-Stationierung, bzw.: eine Kritik an der UdSSR sei gleichbedeutend mit Antikommunismus. Diese polemische Taktik hatte ihre spiegelbildliche Entsprechung auf der anderen Seite des politischen Spektrums, in der jede Kritik an den USA als Antiamerikanismus denunziert wurde. Aus dieser spiegelbildlichen Anordnung der Diffamierungstechniken ergab sich die Situation, daß bestimmte politische Akteure ihre anti-amerikanischen Äußerungen unter einer Fassade legitimer USA-Kritik zu verbergen suchten, und sich lauthals darüber beschwerten, wenn ihr Antiamerikanismus als solcher entlarvt wurde, dabei aber kein Problem damit hatten, selbst jede Kritik an der UdSSR mit dem Totschlagargument des Antikommunismus-Vorwurfs zu verhindern. In Hansens Auslassungen zeigte sich ein geradezu betonhartes Lagerdenken, das wiederum von Bahro in seiner in Form eines ‚langen Briefes‘ abgegebenen Replik treffend analysiert wurde.

Zur ersten offiziellen Spaltung der Friedensbewegung kam es im Januar 1984, als eine Vielzahl von Gruppen, darunter als größte die Grünen, die Jusos, Ohne Rüstung leben und Pax Christi, die Landesberatung der Baden-Württembergischen Friedens-

⁸⁸⁰ Ebd.

bewegung verließen. Vorangegangen waren lange, sowohl inhaltliche als auch Fragen der Organisation betreffende Streitigkeiten zwischen den genannten Gruppen auf der einen, und dem kommunistischen Spektrum (DKP, DFU, SDAJ, VVN-BdA, auf Bundesebene auch KoFAZ) auf der anderen Seite. Diese betrafen vor allem die im Koordinationsausschuß (KA) der Landesberatung vertretenen Gruppen, wobei beide Seiten versuchten, das Kräfteverhältnis durch Veränderung der Zusammensetzung zu eigenen Gunsten zu beeinflussen. Die DFG-VK, die ihrer eigenen Darstellung nach eine vermittelnde Position eingenommen hatte, sich aber letztlich auch gegen die kommunistischen Kräfte wandte, stellte die Auseinandersetzungen in einer von ihrem baden-württembergischen Landesverband herausgegebenen Broschüre so dar:

Am deutlichsten wurden die unterschiedlichen Positionen und das Nichtakzeptierenwollen einmal festgelegter Mehrheits- bzw. Minderheitsverhältnisse an der Frage um die Einladung eines Vertreters der nichtstaatlichen Friedensbewegung der DDR sichtbar. Nachdem dieser vom DGB eingebrachte Antrag zwar eine deutliche, aber nicht die erforderliche $\frac{3}{4}$ -Mehrheit erhielt, drohte die Spaltung. Nur mühsam gelang es, die KA-Mitglieder, die dagegen gestimmt hatten, bei einer Wiederholung der Abstimmung zum Einlenken (Stimmenthaltung) zu bewegen. [...] Typisch für das Verhalten eines Teiles des Nicht-KoFAZ-Lagers im KA als Reaktion auf das Blockierungsunternehmen war dann der Versuch, es dem „DKP-Lager mal so richtig zu zeigen“ wo die neu gewonnene Mehrheit liegt. Kurz nach dem Einlenken des KoFAZ-Spektrums wurde ein zweiter DDR-Redner beantragt, zumal es für dieses Abstimmungsverfahren nur der einfachen Mehrheit bedurfte.⁸⁸¹

Daneben gab es als weitere Streitpunkte den Wunsch einiger nicht-kommunistischer Friedensinitiativen nach einer Verurteilung der sowjetischen Hochrüstung und einer Kritik *jeglicher* Unterdrückungspolitik der Supermächte, die sich gleichermaßen gegen die Politik der USA in Nicaragua und Chile wie auch die Politik der UdSSR in Afghanistan und Polen gerichtet hätte⁸⁸².

Die gegenseitigen Störmanöver wurden dann im Zeitraum zwischen dem 4./5. Juni 1983, dem Wochenende einer süddeutschen Aktionskonferenz der Friedensbewegung, und dem 22. Oktober, dem Höhepunkt der bundesweiten Aktionstage gegen die Stationierung, von beiden Seiten fortgesetzt: Zunächst wurde von Seiten der DFU Briefe an DDR-Stellen geschickt, in denen die DDR-Friedensbewegung betont

⁸⁸¹ DFG-VK Landesverband Baden-Württemberg: *Broschüre zur Spaltung der Friedensbewegung in Baden-Württemberg*. ASBB, Box 4.5.7, Mappe II. S. 7.

⁸⁸² Ebd., S. 12.

herablassend als „sogenannte ‚unabhängige‘ Friedensbewegung“⁸⁸³ beschrieben wurde. Die nicht-kommunistischen Friedensgruppen reagierten darauf mit einem Aus-schlußantrag gegen die DFU. Die DFG-VK schrieb dazu:

Erst nach einer 12-stündigen KA-Sitzung und einer 14-stündigen Bürozu-sammenkunft (bis morgens um 4 Uhr) konnte der Riß notdürftig gekittet werden.

Auch im weiteren Verlauf der Arbeiten zum 22. 10. kam es immer wieder zu Versuchen, die vorhandenen Mehrheiten undemokratisch zu unterlaufen oder genauso undemokratisch auszunutzen. Beides als Verhaltensweisen unter Friedensfreunden miterleben zu müssen, befremdete nicht nur; es tat weh.⁸⁸⁴

Dabei taten sich nach Darstellung der DFG-VK besonders die Vertreter der Grünen hervor, von denen einer in der Nacht vor dem 22. 10. eigenmächtig das Kundge-bungstransparent übermalte, während der andere ohne entsprechende Autorisierung gegenüber der Presse als Sprecher des Aktionsbüros der Friedensbewegung in Süd-deutschland auftrat. Die beiderseitigen Spannungen führten schließlich am 22. Januar 1984 zum Bruch: die unabhängigen Gruppen verließen die Landesberatung. Vorher gelang es ihnen allerdings noch, die Absendung eines Telegramms an Erich Honek-ker zu beschließen, in dem die Verhaftung der beiden DDR-Bürgerrechtlerinnen Ulrike Poppe und Bärbel Bohley wegen ihres Protestes gegen die SS 20 verurteilt wurde⁸⁸⁵.

Dieser gesamte Vorgang zeigte, mit welcher Vehemenz die internen Auseinander-setzungen innerhalb der Friedensbewegung liefen, und auf welch hartnäckigen Wi-derstand die kommunistischen Beeinflussungsversuche trafen. Bis zum November 1983 hatte noch das übergeordnete strategische Interesse der Zusammenarbeit not-dürftige Einigungen erzwungen; nach erfolgter Stationierung zerbrach diese eiserne Klammer. Es wurde aber auch erneut deutlich, wie kritisch die Sowjetunion gesehen wurde.

⁸⁸³ Ebd., S. 7.

⁸⁸⁴ Ebd.

⁸⁸⁵ vgl. Steuber, Heinz L.: Friedensbündnis im Land ist zerbrochen. In: *Stuttgarter Nachrichten* (23. Janu-
ar 1984); Henkel, Peter: Letzte gemeinsame Schlacht der Friedensfreunde. In: *Frankfurter Rundschau*
(24. Januar 1984).

8. Die Bedrohung durch die materialistische Konkurrenzgesellschaft: Die Kulturkritik der Friedensbewegung

a) *Wider die grauen Herren*

Nach der in Christa Wolfs *Kassandra*-Erzählung exemplarisch gefaßten Bedrohungsanalyse der Friedensbewegung war das nukleare Wettrüsten das unausweichliche Ergebnis einer an selbsterstörerischen Prinzipien ausgerichteten Gesellschaft, als deren schädlichstes das der Konkurrenz galt. Die letzte und weitreichendste Dimension der Bedrohung lag somit in der Gesellschaftsordnung selbst, die, da sie die Auslöschung der Menschheit zur realen Gefahr hatte werden lassen, jeden Anspruch auf Legitimität verwirkt hatte. Zahlreiche Aktivisten sowohl aus der Friedens- als auch der Umweltbewegung verstanden ihr Anliegen dementsprechend als Bewältigung einer „Zivilisationskrise“⁸⁸⁶. So betonte beispielsweise Klaus Gerosa den globalen Charakter, den jeder echte Lösungsansatz haben müsse: „Es kommt darauf an, die Welt als Einheit zu behandeln, denn alle Lebewesen bilden zusammen eine ‚kosmische Allianz‘ (Professor Dr. Martin Rock).“⁸⁸⁷ Daher verlangte Gerosa eine „Schöpfungsethik“⁸⁸⁸ und ein „Umwelt-Gewissen“⁸⁸⁹ im Sinne des Albert Schweizer’schen Grundsatzes der Ehrfurcht vor dem Leben. Zur Rettung bedürfe es einer „Revolution im Denken des Menschen“.

Wolf und Gerosa übten damit eine „Totalkritik“ (Kurt Sontheimer) an der bestehenden Gesellschaft, welche von den Aktivisten der Friedensbewegung vielfach geteilt wurde. Sie stellten mithin, so Sontheimers Analyse, „die Normalität als solche in Frage. Dementsprechend kann eine Änderung zum Guten, eine wirksame Korrektur der Verhältnisse, nur in einem entschiedenen, durchgreifenden, radikalen Akt der Umkehr oder der Wende gesehen werden.“⁸⁹⁰ Nicht nur eine einzelne politische Entscheidung war zu revidieren, sondern die gesamte Gesellschaftsordnung. Daher waren die Proteste gegen die Pershing II-Stationierung nur eine Instanz eines wesentlich breiteren Grundsatzkonflikts, die Friedensbewegung Bestandteil einer breiten Alter-

⁸⁸⁶ Gerosa, Klaus: Umweltschutz heißt Frieden schaffen. In: Ders. (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984. S. 41.

⁸⁸⁷ Ebd., S. 41.

⁸⁸⁸ Ebd., S. 38.

⁸⁸⁹ Ebd., S. 41.

⁸⁹⁰ Sontheimer, *Zeitenwende*, S. 54.

nativbewegung mit eigenen Werten und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen. Bereits während der Auseinandersetzungen wurde dieser Umstand von vielen ihrer Protagonisten konstatiert. So schrieb Roland Roth 1982, daß es ohne die in den vorvergangenen zwanzig Jahren entstandenen Oppositionsgruppen und sozialen Bewegungen gar keine solch breite Bereitschaft geben würde, sich in der Friedensbewegung zu engagieren⁸⁹¹. Diese Bewegungen bildeten seiner Ansicht nach geradezu eine „Zweite Gesellschaft“⁸⁹². Sie seien die zentrale Produktivkraft der neuen Friedensbewegung. Dieser Befund in Hinsicht der organisatorischen Trägerschaft und Mobilisierungsfähigkeit der Friedensbewegung galt ebenfalls für die Genealogie ihrer politischen Mentalität und Ideologie, wie dies Petra Kelly und Jo Leinen in dem von ihnen gemeinsam herausgegebenen Band zur Ökopax-Bewegung konstatierten⁸⁹³. Aus Sicht der Frauenfriedensbewegung stellte Herrad Schenk fest, die Friedensbewegung könne einen breiten Wertekonsens voraussetzen, der sich im Protest gegen die gesamtgesellschaftlich vorherrschenden Werte wie Wettbewerb, Konkurrenz und Leistungsdenken, Expansion und Wirtschaftswachstum sowie materielles Fortschrittsdenken gebildet habe⁸⁹⁴. Der gemeinsame Nenner der Friedensbewegung sei

[...] mehr als eine diffuse Angst vor aktueller Kriegsbedrohung, die sich im Widerstand gegen die Nachrüstung ausdrückt. In der Friedensbewegung haben sich verschiedene Strömungen zusammengefunden, die vom postmaterialistischen Bewußtsein geprägt sind: Umweltschützer und Atomkraftgegner, Pazifisten und Anarchisten, Grüne und Bunte, undogmatische Linke und unorthodoxe Christen, Feministinnen.⁸⁹⁵

Und auch Jürgen Habermas gelangte als Beobachter zu einem ganz ähnlichen Schluß:

Die heterogenen Gruppen, die sich in [der Friedensbewegung] zusammenschließen, sagen nicht nur ein plebiszitäres Nein zu Atomraketen, vielmehr aggregieren sich in dieser Bewegung viele Neins: das Nein zu Atomwaffen mit dem Nein zu Atomkraftwerken, zur Großtechnologie überhaupt, zur chemischen Umweltverschmutzung, zu Apparatedizin, Stadtsanierung, Waldsterben, Frauendiskriminierung, Fremdenhaß, Asylantenpolitik usw. Der Dissens, der in diesem komplexen Nein zu Wort kommt, zielt nicht gegen diese oder jene Maßnahme, diese oder jene Politik; er wurzelt in der Ablehnung einer Lebensform, und zwar jener zum Normalvorbild stilisierten Le-

⁸⁹¹ Roth, Roland: Friede den Hütten... Über die politische Kultur der neuen sozialen Bewegungen. In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsgg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. 2. Aufl. München 1982. S. 245.

⁸⁹² Ebd. Vgl. auch: Hollstein, Walter: *Die Gegengesellschaft: Alternative Lebensformen*. Bonn 1979.

⁸⁹³ Kelly, Petra K.; Leinen, Jo (Hrsgg.): *Prinzip Leben: Ökopax – die neue Kraft*. Berlin 1982.

⁸⁹⁴ Schenk, Herrad: *Frauen kommen ohne Waffen: Feminismus und Pazifismus*. München 1983. S. 169.

⁸⁹⁵ Ebd., S. 169 f.

bensform, die auf die Bedürfnisse einer kapitalistischen Modernisierung zugeschnitten, auf possessiven Individualismus, auf Werte der materiellen Sicherheit, des Konkurrenz- und Leistungsstrebens usw. programmiert ist und die auf der Verdrängung von Angst und Todeserfahrung beruht.⁸⁹⁶

Ohne die seit den frühen 60ern entstandene alternative Weltsicht und die damit einhergehende Polarisierung der Gesellschaft im Spektrum zwischen traditionellen und alternativen Wertorientierungen wäre die Friedensbewegung, wie von Roth und Schenk festgestellt, gar nicht als die Massenbewegung denkbar gewesen, als die sie in die historische Wirklichkeit eintrat. Ihr politisches Programm kann daher nur verstanden werden, wenn es im Kontext des gesellschaftskritischen Denkens der alten Bundesrepublik sowie den langen Linien deutscher kultureller Traditionen betrachtet wird. Insbesondere der Grundkonflikt zwischen der starken Prägung Deutschlands durch die Romantik einer- und seinem Status als führender Industrienation andererseits spielte in dieser Auseinandersetzung eine zentrale Rolle. Die Alternativen standen in der bis auf Rousseau zurückreichenden Tradition der Kulturkritik⁸⁹⁷, die im Protest gegen die Stationierung Gelegenheit erhielt, nicht nur relativ unspezifische Phänomene wie Naturzerstörung oder besitzbürgerlichen Materialismus zu beklagen, sondern sich gegen ein konkretes und spezifisches Vorhaben der Regierung zu wenden. Ein seit längerem aufgestautes Protestpotential konnte sich somit auf ein Ziel ausrichten und entladen.

Zu prüfen ist, inwieweit in diesem Zusammenhang die bekannte These Ronald Ingleharts vom Wertewandel von materialistischen zu postmaterialistischen Werten greift. Diese unterliegt bereits seit längerem einer Kritik, die zuletzt von Benjamin Ziemann erneuert wurde⁸⁹⁸. Der Friedensbewegung sei es, so Ziemann, sehr wohl um materielle Interessen zu tun gewesen: „Quite contrary to Inglehart’s assumption, peace movements were driven by a deep concern about the material wellbeing and safety of citizens in Western democracies, a concern which cannot simply be subsumed under the notion of a post-materialist interest in self-realization.“⁸⁹⁹ Diesem

⁸⁹⁶ Habermas, Jürgen: Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik. In: Glotz, Peter (Hrsg.): *Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat*. Frankfurt a. M. 1983. S. 48 f.

⁸⁹⁷ Vgl. hierzu Bollenbeck, Georg: *Eine Geschichte der Kulturkritik: Von Rousseau bis Günther Anders*. München 2007.

⁸⁹⁸ Ziemann, Benjamin: A Quantum of Solace? European Peace Movements during the Cold War and their Elective Affinities. In: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 49 (2009), S. 351-389.

⁸⁹⁹ Ebd., S. 354.

Einwand Ziemanns ist grundsätzlich zuzustimmen. Die Ängste, die die Friedensbewegung umtrieben, waren im Wortsinne existentiell. Trotzdem lief Ziemanns Argumentation Gefahr, über das Ziel hinauszuschießen. Zwar war Ingleharts einfache Gegenüberstellung zweier konträrer Wertorientierungen in der Tat zu einfach. Diese jedoch gänzlich zurückzuweisen, würde bedeuten, die fundamentalen Unterschiede zwischen Stationierungsbefürwortern und -gegnern zu sehr einzuebnen.

Denn einerseits war es der Alternativbewegung in der Tat um handfeste materielle Werte zu tun: Die Winzer, die in Wyhl gegen das geplante Kernkraftwerk demonstrierten und damit quasi den Startschuß zur Entstehung der Anti-AKW-Bewegung gaben, fürchteten schlicht, um ihren Lebensunterhalt gebracht zu werden. Die Friedensbewegung sah die materielle Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland durch die Pershing II-Stationierung bedroht. Und es gab in der Alternativbewegung generell eine hohe Aufmerksamkeit für Gesundheitsthemen, wobei das Engagement Petra Kellys für krebskranke Kinder als exemplarisch gelten kann. All diese Themenbereiche umfaßten konkrete materielle Basisinteressen. Eine Klassifizierung der Alternativen als reine Postmaterialisten ginge folglich fehl. Auch galt in umgekehrter Perspektive, daß das Bürgertum keineswegs einseitig materiell orientiert war. So waren beispielsweise sozialer Status und gesellschaftliche Anerkennung wichtige immaterielle Aspekte bürgerlicher Wertorientierungen.

Ingleharts Kategorien waren damit deutlich zu grob gestrickt. Jedoch gaben sie andererseits durchaus richtige Orientierungspunkte vor, was sich gerade anhand der unterschiedlichen Sicherheitskonzepte aufzeigen ließ. Deren ausführlicher Analyse sei an dieser Stelle insoweit vorgegriffen, als festgestellt werden kann, daß der pazifistische Blick das Handeln von Personen stets primär unter seinen sozialen Aspekten erfaßte, während das konventionelle Denken vornehmlich die physischen Aspekte wahrnahm. Während in diesem Sicherheit folglich dadurch hergestellt wurde, daß man sich selbst in die Lage versetzte, das Handeln Anderer durch physische Mittel zu unterbinden, so strebten pazifistische Konzeptionen nach der Herstellung von Sicherheit durch die Etablierung sozialer Beziehungen zum jeweiligen Gegenüber. Richtete sich mithin das Interesse sowohl aus konventioneller als auch aus alternativer Perspektive zunächst gleichermaßen auf die Herstellung materieller Sicherheit, so unterschieden sich die jeweiligen Ansätze, wie diese zu bewerkstelligen sei, in einer

Weise, die der Inglehart'schen Terminologie von materieller und immaterieller Wertorientierung durchaus entsprach.

Da also der Streit um den NATO-Doppelbeschuß seine Vehemenz aus einer in der politischen Kultur der alten Bundesrepublik bereits bestehenden Polarisierung bezog, stellte er nicht zuletzt auch einen Kulturkampf dar. Wenn die Menschen gegen das Vorhaben der Regierungen Reagan, Schmidt und Kohl auf die Straße gingen, so protestierten viele von ihnen nicht nur gegen die Stationierung, weil sie diese in der Sache ablehnten, sondern sie protestierten gegen ein Projekt des jeweils anderen Deutschlands und des anderen Amerikas. Der Begriff des Kulturkampfes darf allerdings nicht dahingehend simplifizierend mißverstanden werden, als hätten sich zwei eindeutig gegeneinander abgrenzbare Milieus gegenübergestellt. Obwohl die Alternativbewegung seine Avantgarde war, handelte es sich bei ihm nicht um einen Konflikt entlang einer simplen Frontstellung Alternative gegen Bürgerliche. Die Grenzlinien verliefen vielmehr auch und gerade zwischen dem liberalen bzw. sozialdemokratischen⁹⁰⁰ und dem konservativen Bürgertum. Im Bereich der alternativ geprägten Milieus sorgten die vorhandenen kulturkämpferischen Aspekte zusammen mit dem apokalyptischen Mythos der Bombe allerdings dafür, daß die Mobilisierungsfähigkeit besonders hoch war, so daß Menschen, die bisher lediglich einem alternativ geprägten oder auch nur inspirierten Lebensstil gefolgt waren, nun vermehrt auch direkt politisch aktiv wurden.

Die folgenden Ausführungen werden sich, wie im Rahmen dieser Untersuchung generell geschehen, auf die radikaleren unter diesen kultur- und zivilisationskritischen Äußerungen konzentrieren, um deren Inhalte möglichst deutlich darstellen zu können. Es soll allerdings dezidiert *nicht* die These vertreten werden, eine Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik oder auch nur eine Mehrheit der Friedensbewegung hätte diese Positionen in derselben Radikalität geteilt. Dies war ganz eindeutig nicht der Fall. Vielmehr geht diese Arbeit von der Vermutung aus, daß die kulturkritischen Perzeptions- und Wertemuster in Form eines ‚trickle-down‘-Effekts ihren Weg von den intellektuellen Vordenkern und dem harten Kern der Aktivisten über Medien der Popularisierung hin in weite Teile der Bevölkerung fanden, wo sie dann in der zwar

⁹⁰⁰ Spätestens seit der breiten Aufnahme von Fachkräften und Akademikern in die SPD während der siebziger Jahre war der Begriff eines sozialdemokratischen Bürgertums kein Widerspruch in sich mehr.

abgeschwächten, aber dennoch wirksamen Form eines verbreiteten Unbehagens am Kapitalismus aktiv waren.

Dies war vor allem deswegen möglich, weil die kulturkritische Tradition, in der die Gesellschaftskritik der Alternativen wurzelte, in Teilen des Bürgertums gleichermaßen wirksam war⁹⁰¹. Dieses erwies sich gegenüber einzelnen Elementen der alternativen Weltansicht wie beispielsweise einer ökologischen Orientierung, einem starken Interesse an Reformpädagogik und einer Kritik der modernen Schulmedizin als durchaus aufgeschlossen. Eine bürgerliche Lebensform ließ sich problemlos mit einer gemäßigt alternativen Lebensgestaltung verbinden, was, wie der Wandel der grünen Stammwähler zu einem neuen Bürgertum zeigte, auch umgekehrt galt. Deutlich wurde dies in gemeinsamen emotional besetzten Topoi wie den romantischen Sehnsuchtsorten Wald und Garten, die sowohl in der bürgerlichen wie der alternativen Vorstellungswelt große Rollen spielten, sowie Ikonen wie Hermann Hesse, Albert Schweitzer, Mohandas K. Gandhi oder dem Dalai Lama. Linksliberale Intellektuelle wie Erhard Eppler, Uta Ranke-Heinemann, Luise Rinser, Heinrich Böll und Günter Grass wirkten mit ihren Schriften tief in das klassische Bildungsbürgertum hinein. Gerade Grass legte 1977 mit dem „Butt“ und 1986 mit der „Rättin“ zwei Romane vor, die ohne den hier umrissenen kulturkritischen Hintergrund gar nicht denkbar waren, diesem vielmehr sprachmächtigen Ausdruck verliehen.

Im Westdeutschland des Jahres 1983 attestierte nun selbst ein so prononcierter Verteidiger der etablierten demokratischen Ordnung wie Kurt Sontheimer der konventionellen Politik große Schwächen:

Es gelingt ihr anscheinend nicht, den Frieden zu sichern (eher muß man das Gegenteil befürchten), noch die Kluft zwischen Nord und Süd, Arm und Reich, Sozialismus und Kapitalismus wirksam zu verringern; sie kann dem Umweltproblem nur halbherzig zu Leibe rücken, weil sie die Wachstumsphilosophie und die mit ihr verbundene Idee des sozialen Wohlfahrtsstaates nicht einfach preisgeben kann, und sie ist notorisch unfähig, das Vakuum an Lebenssinn und Daseinserfüllung, das die relativ prosperierende Industriegesellschaft zu erzeugen scheint, zu erfüllen.⁹⁰²

⁹⁰¹ Georg Bollenbeck stellte für das Ende des 19. Jahrhunderts fest, ein „konservativ-romantischer Antikapitalismus“ habe zur mentalen Grundausstattung des Bildungsbürgertums gehört. Bollenbeck, *Kulturkritik*, S. 156. Auch einhundert Jahre später hatte sich daran nichts geändert. Vor kurzem hat diese Geisteshaltung beispielsweise im FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher erneut einen prominenten Vertreter gefunden.

⁹⁰² Sontheimer, *Zeitenwende*, S. 17.

Das mit diesen Defiziten korrespondierende Anliegen der Alternativbewegung beschrieben Freimut Duve, Heinrich Böll und Klaus Staeck in ihrem gemeinsamen Vorwort zu dem von ihnen herausgegebenen Band „Kämpfen für die Sanfte Republik: Ausblick auf die achtziger Jahre“ so:

Kämpfen für die Sanfte Republik – gegen den Eisernen Vorhang, gegen den Kalten Krieg, den hochgerüsteten Staat, die elektronisierte Polizei, den verkabelten Bürger. Die Sanfte Republik ohne die chemisch vergiftete Nahrungskette, ohne die eherne Wehr einer Verschwendungsgesellschaft; ohne den technischen Panzerzug auf stählernen Gleisen, der nun vorwärts muß, ohne Kurve, ohne Umkehr.⁹⁰³

Der Schriftsteller Otto F. Walter bezeichnete in seinem Beitrag zu dieser Anthologie die bürgerlichen Demokratien Westeuropas gar als besetzte Gebiete. Die dazugehörigen Okkupationsmächte seien:

Supermarkt; Großbank; Großtechnologie; Massenmedien; Kartelle; Börse; Holding; Monopol; internationales Finanzkapital. Hier einige Worte, um die das Glaubensbekenntnis jener Macht sich gruppiert: Wachstum um jeden Preis; Profit um jeden Preis; Konkurrenz um jeden Preis; unternehmerische Freiheit als Faustrecht um jeden Preis; Leistung um jeden Preis; Disziplin; Caritas; Disziplin; Überwachung; Kontrolle; beschränkte Haftung; Überwachung; Disziplin und Freizeit und.⁹⁰⁴

Es war dabei nicht recht einsichtig, was die Caritas in dieser Aufzählung zu suchen hatte. Allenfalls ließe sich vermuten, daß Walter in ihr eine ihre Empfänger in Unmündigkeit haltende soziale Mildtätigkeit sah. Jedenfalls aber sei dieses System, das äußerlich so glänzend erfolgreich daherkomme, in Wahrheit seinem Charakter nach aufs Äußerste destruktiv und inhuman:

Wir selbst, Frauen für Männer, Männer untereinander, werden zur Ware. Unsere Beziehungen untereinander werden zur Ware. Wir werden von Angst gesteuert. Wir sind isoliert. Wir sind vereinsamt. Wir werden zu Attentätern gegen uns selbst. Wir selbst zeugen schon täglich und nächtlich den Alltagsterror weiter, dem wir – bei der Arbeit, auf der Autobahn, im Kino, beim Einkauf – ausgesetzt sind. Wir sind eine Gesellschaft, eine westliche kapitalistische Industriegesellschaft, von Neurotikern geworden. Steinzeitlicher Besitzwahn; stumpfsinniges Habenmüssen, schwachsinniger Freß- als Konsumwahn ersetzen unser Glück.

⁹⁰³ Duve, Freimut; Böll, Heinrich; Staeck, Klaus: *Kämpfen für die Sanfte Republik: Ausblick auf die achtziger Jahre*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 7.

⁹⁰⁴ Walter, Otto F.: Brief an eine junge Frau, an ihren Typ, an ihre Freunde und an mich. In: Duve, Böll, Staeck, *Sanfte Republik*, S. 120 f.

[...] Längst nicht nur unsere Demokratien sind außer Kraft gesetzt, längst nicht nur unsere Welt und Umwelt sind besetztes Gebiet. Viel ungeheuerlicher: Wir selbst, wir je als Person mit unserem geistigen und psychischen Territorium: wir sind besetzt. Wir selbst, wir als einzelne, als Partner schon in unseren Zweier-, unseren Eltern-Kind-Beziehungen und selbst in unseren Beziehungen zu uns selbst sind besetzt, sind enteignet und verwüstet durch die fremde Macht. Hat sie einen Namen? Einmal sehr vorsichtig ausgedrückt: In ihrer letzten Konsequenz ist diese Macht zwar nicht der alte, der offene, der militärische, aber sie ist der neue, der anonym agierende Faschismus.⁹⁰⁵

Der Kapitalismus ließ demnach menschenwürdiges Existieren schon von vornherein nicht zu. Vielmehr war das Leben in der Industriegesellschaft, mit Adorno gesprochen, ein von vornherein beschädigtes. Gerade noch ertragen werden konnte es nur durch die Selbstbetäubung des künstlichen Ersatzglücks im Konsum. In diesen Äußerungen zeigte sich klar, wie sehr die Alternativbewegung in der Tradition der Kritischen Theorie stand. Herbert Marcuses Schrift zum „eindimensionalen Menschen“ und Adornos „Minima Moralia“ bildeten erkennbar die Folie der hier vorgestellten, nicht mehr wie bei Marx ökonomisch, sondern psychosozial argumentierenden Kapitalismuskritik, der es nicht mehr um die materielle Verelendung zu tun war, sondern die geistige und emotionale.

Allerdings gab es bei näherem Hinsehen denn doch einige Unterschiede. Das Heilmittel, das Walter als der goldene Pfad aus dem kapitalistischen System erschien, war die Gründung selbstverwalteter Betriebe, die ihren Mitgliedern nicht nur ein anderes Arbeiten, sondern ein ganz anderes Leben ermöglichen sollten. Indem das Individuum sich selbst reformierte, würde es die Gesellschaft reformieren⁹⁰⁶. Damit trat die Alternativbewegung in einen Widerspruch zur sozusagen pessimistischen Strömung der Kritischen Theorie, die in Adornos berühmter Formulierung verkündet hatte, es gebe „kein richtiges Leben im Falschen“. Eine solche Haltung eines existentiellen Verzweifels an der unheilbar verdorbenen Wirklichkeit ließ keinerlei politische Perspektiven mehr offen. Die Alternativen orientierten sich demgegenüber eher an der optimistischen Haltung Erich Fromms, nach denen das schlechte System von innen heraus transformiert werden konnte. Mit dieser Neuorientierung verbanden sich allerdings auch ein Verlust an intellektuellem Gehalt und ein Abgleiten in den Mystizismus. Der Fokus auf das eigene Ich, das es zuallererst zu verändern gelte, gab

⁹⁰⁵ Ebd., S. 121 f.

⁹⁰⁶ Vgl. hierzu auch Hollstein, *Gegengesellschaft*, S. 140 f.

dieser Bewegung einen durch die Einflüsse von westlicher Psychotechnik und fernöstlicher Spiritualität noch verstärkten Schub in Richtung einer neuen Innerlichkeit. Insofern wiederholte der Streit zwischen Grünen und Roten grosso modo die Konstellationen, die den Streit innerhalb der Kritischen Theorie, insbesondere zwischen Fromm und Marcuse bestimmt hatten⁹⁰⁷. Die Problemdiagnosen waren zwar dieselben, die Meinungen über die Möglichkeit von Lösungen aber ganz verschiedene.

Es waren nun selbstverständlich nicht alle Mitglieder der Alternativbewegung im Allgemeinen und der Friedensbewegung im Besonderen, welche die Realität in den kapitalistischen Demokratien so scharf negativ beurteilten wie Otto F. Walter; im Falle letzterer waren es vielleicht nicht einmal die meisten. Aber seine Ausführungen zeigten eine Stimmung an, die in den Mentalitäten dieser Bewegungen als Generalbaß ständig präsent war⁹⁰⁸. Die erwähnten Gegnerkomplexe Staat, Polizei, Konsumgesellschaft, Technik und Medien – der „verkabelte Bürger“ meinte nicht etwa den überwachten, sondern den vom privaten Kabelfernsehen im Verblendungszusammenhang gehaltenen Bürger⁹⁰⁹ – tauchten in den Gesellschaftsanalysen der Friedensbewegung überall auf.

Die Nachrüstung bzw. das nukleare Wettrüsten insgesamt waren also lediglich der militärische Teil eines Gesamtzusammenhangs aus politischen, ökonomischen, ökologischen, ideologischen und psychosozialen Elementen, wie ihn etwa auch Petra

⁹⁰⁷ Diese Meinungsunterschiede, die komplexe Fragen der Freud-Interpretation und der freudomarxistischen Theorie betrafen, können hier nur sehr grob zusammengefaßt wiedergegeben werden. Für eine genaue Darstellung vgl. Hardeck, Jürgen: *Erich Fromm: Leben und Werk*. Darmstadt 2005. S. 124-129; Bierhoff, Burkhard: *Erich Fromm: Analytische Sozialpsychologie und visionäre Gesellschaftskritik*. Opladen 1993; sowie Kaus, Rainer J.: *Psychoanalyse und Sozialpsychologie: Sigmund Freud und Erich Fromm*. (Beiträge zur neuen Literaturgeschichte, Bd. 166) Heidelberg 1999. Zum Streit zwischen reformistischen und revolutionären Linken siehe auch Markovits, Andrei S.; Gorski, Philip S.: *Grün schlägt Rot: Die deutsche Linke nach 1945*. Hamburg 1997. S. 182-191. Zu einem erhellenden direkten Schlagabtausch zwischen Erich Fromm und Herbert Marcuse siehe die Diskussionsbeiträge beider im Rahmen des IV. Salzburger Humanismusgesprächs (auf Schloß Klesheim bei Salzburg, 1968). Veröffentlicht in: Schatz, Oskar (Hrsg.): *Der Friede im nuklearen Zeitalter: Eine Kontroverse zwischen Realisten und Utopisten*. München 1970. S. 224-245.

⁹⁰⁸ Interessant ist in diesem Zusammenhang die Liste der Autoren, die Beiträge zu der zitierten Anthologie von Freimut Duve, Heinrich Böll und Klaus Staeck verfaßt hatten. Neben einigen ‚üblichen Verdächtigen‘ der intellektuellen Vorreiter der Alternativbewegung wie den Herausgebern selbst sowie Franz Alt, Carl Amery, Walter Jens, Rupert Neudeck, Horst-Eberhard Richter und Dorothee Sölle, hatten sich auch solche radikaler politischer Positionen gänzlich unverdächtige Autoren wie Iring Fetscher, Alfred Grosser, Siegfried Lenz, Carola Stern und Thaddäus Troll beteiligt. Zu den Intellektuellen, die vielfach ähnliche Gedanken vertraten, gehörten u. a. noch Luise Rinser und Günter Grass.

⁹⁰⁹ Als Beispiel dafür, als welche schwerwiegende Bedrohung das Privatfernsehen wahrgenommen wurde, siehe beispielsweise Walser, Martin: ...bis die Welt in zwei Saucen zerfällt. In: *Konkret* Nr. 4 (April 1979). S. 28 f.; außerdem Eppler, *Wege aus der Gefahr*, S. 138.

Kelly skizzierte, als sie in ihrer Beschreibung des Projekts der Grünen schrieb, die aktuellen „Fragen zur Umwelt, zum Frieden und zur Gesellschaft und zur Wirtschaft“⁹¹⁰ seien „in einem solchen Ausmaß zu Risikofaktoren des Überlebens geworden, daß nur ein Strukturwandel, nicht aber ein Krisenmanagement mit kosmetischen Korrekturen“⁹¹¹ zu ihrer Lösung führen könne. Rudolf Bahro stellte dazu fest: „Die Bewegung gegen Atomkraftwerke, und jetzt auf erweiterter Plattform, mit tiefer gestaffelter Intensität auch erneut gegen die Atomwaffen, schafft erst allmählich die Bewußtheit für die Auseinandersetzung mit dem *allgemeinen* Wahnsinn des kapitalistischen Industriesystems.“⁹¹² Dieser äußere sich, so Bahro, in drei Gestalten: Der des Wettrüstens, der Verelendung in der Dritten Welt und der Zerstörung der Natur⁹¹³.

Die Verhinderung der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen war demzufolge nur das dringendste Projekt, tatsächlich aber war die beschriebene revolutionäre Veränderung aller gesellschaftlichen Aspekte notwendig. Dabei handelte es sich lediglich um die logische Schlußfolgerung aus der bei Kelly und Bahro anklingenden apokalyptischen Perspektive: Die Probleme waren globale Überlebensfragen, ihre Ursachen lagen tief in den Grundstrukturen der modernen Industriegesellschaften. Da diese sich als selbstzerstörerisch erwiesen hatten, war es zwingend erforderlich, sie durch grundlegend andere Gesellschaftsformen zu ersetzen. Andere als radikale, also an die Wurzeln des Übels gehende Antworten kamen somit von vornherein gar nicht in Betracht, denn ohne einen radikalen Umbau der Gesellschaft wären die Tage der Menschheit gezählt.

Entsprechend formulierte der heute so gut wie vergessene schweizerische Gesellschaftskritiker Hans A. Pestalozzi 1982 einen „Aufruf zur Rebellion“⁹¹⁴. Die bestehende westliche Industriegesellschaft war auch seiner Ansicht nach durchgehend auf negativen Prinzipien aufgebaut:

⁹¹⁰ Kelly, Petra: *Um Hoffnung kämpfen: Gewaltfrei in eine grüne Zukunft*. 3. Aufl., Bornheim-Merten 1983. S. 22.

⁹¹¹ Ebd.

⁹¹² Bahro, *Wahnsinn mit Methode*, S. 13.

⁹¹³ Ebd., S. 7. Helmut Gollwitzer nannte als die „3 großen Weltgefahren, die die Menschen heute mit Vernichtung bedrohen“, die Rüstung, die Umweltzerstörung und die Beseitigung von Demokratie und Menschenrechten. Vgl. Gollwitzer, Helmut: Schaffen wir die Rüstung ab oder sie uns? In: Behrens, Katja (Hrsg.): *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984. S. 84.

⁹¹⁴ Pestalozzi, Hans A.: Aufruf zur Rebellion. In: Ders.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsgg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. München 1982. S. 9-19.

Zufrieden sein, glücklich sein, gesund sein sind in einer solchen Gesellschaft wertlos: Positive Zustände erhöhen das Bruttosozialprodukt nicht. Unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft können in ihrer heutigen Konzeption nur überleben, wenn wir unglücklich, unzufrieden, krank, unfähig sind. Wenn Wirtschaft darin besteht, negative Zustände zu beseitigen, und wenn die gleiche Wirtschaft behauptet, ständig weiter wachsen zu müssen, dann kann sie nur *ein* Interesse haben: die negativen Zustände zu verstärken.⁹¹⁵

Bei den absichtsvoll erzeugten seelischen Mangelgefühlen und Ängsten handelte es sich nach Pestalozzi um Herrschaftsinstrumente: Durch die Angst vor dem Verlust des materiellen Wohlstandes würden die Menschen folgsam gehalten. Dem gleichen Ziel dienten die Ängste vor dem Kommunismus:

Wir brauchen die Drohung mit dem Krieg. Eine friedliche Gesellschaft macht keine Geschäfte mit Waffen. Wir brauchen die Angst vor dem Krieg. Eine friedliche Gesellschaft braucht keine „Autoritäten“. Wir brauchen die Angst vor dem Feind. Eine friedliche Gesellschaft kann auf Machtstrukturen verzichten.⁹¹⁶

Die Koppelung von Gewaltlosigkeit und Herrschaftsfreiheit, die Pestalozzi hier vornahm und die in umgekehrter Perspektive die Gleichsetzung von Macht und Gewalt beinhaltete, war im Pazifismus weit verbreitet. Dagegen stellten die Werte von Freiheit, Kultur und Demokratie, die im Konflikt mit dem Warschauer Pakt angeblich verteidigt würden, nach Pestalozzis Ansicht nichts als Potemkinsche Dörfer dar:

Wessen Freiheit? Welche Freiheit? [...] [D]ie Freiheit des Konsumenten, zwischen dem Einkaufszentrum Ost und dem Einkaufszentrum West wählen zu dürfen; zwischen Waschmittel mit und ohne blaue Kügelchen wählen zu dürfen; zwischen Fertigmahlzeiten von Maggi und solchen von Knorr wählen zu dürfen? [...] Oder die Freiheit des Lehrers, sich kritiklos unterzuordnen oder entlassen zu werden? Die Freiheit des Journalisten, auf die Inserenten Rücksicht zu nehmen oder entlassen zu werden? [...] Ist es diese Freiheit, für die wir unser Leben hergeben sollen? Eine Freiheit, die gar keine echten Alternativen offenläßt.

[...] Welche Demokratie? Wo haben wir denn überhaupt Demokratie? Demokratie in der Schule, in der Kirche, in der Wissenschaft, an der Universität, in der Familie, im Sport, in der Wirtschaft, in der Bundeswehr? Wo in all diesen Bereichen haben wir wenigstens das demokratische Bekenntnis? Beschränkt sich denn unsere Demokratie nicht einzig und allein auf einen Teilbereich der staatlichen Entscheidungsfindung? Und besteht die Möglichkeit eines einzelnen Bürgers nicht nur darin, alle vier Jahre zwischen einigen Damen und Herren wählen zu können? Und wenn ich da – weil es keine echten

⁹¹⁵ Ebd., S. 11.

⁹¹⁶ Ebd., S. 12.

Alternativen gibt – nur noch zwischen Pest und Cholera wählen kann, will ich dann nicht lieber gesund bleiben?

[...] *Sie sagen: Unsere Kultur.* Micky Maus, Frankfurter Skyline, Hamburger, Autobahnen, Konservendosen, Konservenmusik, zwanzig Fernsehprogramme, Bild-Zeitung, Ketch-up, Musicals, Cowboy-Filme, Peep-Shows, Blue-Jeans, Miss World, Mr. Universum. Mein Leben wert?⁹¹⁷

Wobei es ganz gewiß kein Zufall war, daß Pestalozzi unter diesen Pseudo-Kulturgütern auffallend viele US-Importe aufzählte. Die USA waren in der Sichtweise sowohl der linken als auch der konservativen Kulturkritik das Land, das durch die Krebsgeschwüre des kulturzerstörenden Kapitalismus bereits am stärksten zerfressen worden war. Wie auch an anderer Stelle sei hier auf die sprachliche Form hingewiesen: Pestalozzi belegte den Leser mit einem wahren Trommelfeuer an rhetorischen Fragen, von denen hier nur die wenigsten zitiert wurden. Diese Art der Formulierung nach dem Muster „ist es etwa nicht so, daß ...“ war zur Durchsetzung eigener Meinungen besonders geeignet, da sie eine Behauptung aufstellte und gleichzeitig die Beweislast der Widerlegung dem Angesprochenen zuschob.

Nach Pestalozzi handelte es sich also bei den Sowjets keineswegs um die wahre Bedrohung, denn „was wäre an Problemen gelöst, wenn die Sowjetunion kapitalistisch würde?“⁹¹⁸ Vielmehr liege diese in der Gefahr eines ökologischen Kollapses, der Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts, der Groß-Technologie, der Ansprüche der multinationalen Konzerne, der Entwicklung der Wirtschaft, die durch ihre Einflußnahme auf die Politik Demokratie unmöglich mache, und der „Vermassung durch Standardisierung, Normierung, Massenproduktion, Massenkommunikation“⁹¹⁹. Deshalb stellte sich für Pestalozzi die Frage:

Weshalb kämpfen wir dann nicht in erster Linie gegen jene, die behaupten, Sozialismus sei die Unterdrückung des Individuums, während sie selber einerseits den genormten Menschen verlangen, andererseits durch das Konkurrenz-Prinzip Egoisten, Egozentriker, Narzißten züchten?

[...] Können wir friedlich sein in einer Gesellschaft,
- die auf dem Konkurrenz-Prinzip beruht? Konkurrenz heißt Kampf.
Konkurrenz hat zwar immer einen Gewinner, den man groß vorzeigt.

⁹¹⁷ Ebd., S. 12-15.

⁹¹⁸ Ebd., S. 16. Wobei Pestalozzi bezeichnenderweise nicht danach fragte, welche Probleme gelöst würden, wenn die Sowjetunion *demokratisch* würde, da ja seiner Ansicht nach die Unterschiede zwischen Ost und West in Bezug auf den Grad der gesellschaftlichen Freiheit marginal waren. Kapitalismus und echte Demokratie waren demnach unvereinbar.

⁹¹⁹ Ebd.

Sie hat aber immer auch einen Verlierer, einen Besiegten, einen Versager;

- die Karriere schon dem jungen Menschen als Lebensziel vorgibt? Karriere heißt ebenfalls Kampf. Kampf gegen den Mitmenschen. Ich muß ihn übertrumpfen, unterdrücken wollen;
- die Hierarchie als selbstverständliches Ordnungsprinzip befürwortet? Hierarchie heißt, daß es Mächtige gibt und Ohnmächtige, daß es Leute gibt, die befehlen dürfen, und solche, die gehorchen müssen.⁹²⁰

Der Politikwissenschaftler Peter von Oertzen sah daher das grün-alternative Projekt als gegen diejenigen Normen, Regeln und Verhaltensweisen gerichtet, die zu einem erheblichen Teil von der kapitalistischen Industriewirtschaft hervorgebracht und zum Zweck ihrer Aufrechterhaltung den Menschen immer neu eingepägt würden: „Konkurrenz statt Solidarität, Über- und Unterordnung statt gleichberechtigter Zusammenarbeit, Arbeit und Konsum als Selbstzweck statt als organischer Bestandteil sinnvollen Lebens, die Unterdrückung spontaner, emotionaler menschlicher Regungen, kurz: ‚Haben‘ statt ‚Sein‘ als Lebenssinn.“⁹²¹ Damit griff auch von Oertzen auf das Deutungsschema Erich Fromms zurück.

Die westdeutschen – bzw. schweizerischen – alternativen Theoretiker übten damit dieselbe Kritik an Konkurrenz, Hierarchie und Leistungsprinzip wie die ostdeutsche Schriftstellerin Christa Wolf in *Kassandra*. So schrieb etwa Andreas Buro:

Konkurrenz bis zum Untergang ist der Motor der kapitalistischen Produktionsweise. Konkurrenz hat die Nationalstaaten in die Weltkriege geführt und bedingte die Systemkonkurrenz des Kalten Krieges mit der Folge des Wettrüstens. Das Prinzip der Konkurrenz um die günstigste Kapitalverwertung liegt der organisierten Friedlosigkeit des Rüstungswettlaufs zugrunde. Sie kann nur überwunden werden, wenn die Konkurrenz als gesellschaftliches Strukturprinzip der Kooperation zum Nutzen aller weichen muß.⁹²²

Dabei resultierte die Gefahr eines Nuklearkrieges in dieser Weltsicht nicht etwa daraus, daß mit Kommunismus und kapitalistischer Demokratie zwei inkompatible Gesellschaftssysteme bestanden, die jeweils universelle Gültigkeit beanspruchten und daher notwendigerweise in einen unauflöselichen Konflikt verstrickt waren. Vielmehr

⁹²⁰ Ebd., S. 16 f.

⁹²¹ Oertzen, Peter von: Realität und Utopie: Über die politischen Möglichkeiten (und Gefahren) eines neuen Weges In: Kelly, Petra K.; Leinen, Jo (Hrsgg.): *Prinzip Leben: Ökopax – die neue Kraft*. Berlin 1982. S. 145.

⁹²² Buro, Andreas: *Zwischen sozial-liberalem Zerfall und konservativer Herrschaft: Zur Situation der Friedens- und Protestbewegung in dieser Zeit*. Offenbach 1982. S. 134 f.

lag nach Meinung der alternativen Gesellschaftskritik der Grund für die drohende Katastrophe einzig und allein im Wesen der industriellen Moderne.

Wenn auch sicher nicht alle Mitglieder der Friedensbewegung diese Analysen in allen Einzelheiten teilten, so entsprachen ihre Grundthesen doch einem weitreichenden Konsens. Eine Kritik der nuklearen Rüstung konnte nach Auffassung von Vertretern aller Spektren der Bewegung nicht ohne eine Kritik derjenigen Gesellschaftsordnung geübt werden, die sie hervorgebracht hatte. Damit fügte sich die Friedensbewegung in eine lange, noch weit über die Kritische Theorie zurückreichende Tradition ein. Das in den achtziger Jahren neu formulierte Unbehagen an der Moderne, mit seinem für die romantische Zivilisationskritik so typischen Element eines ausgeprägten Ekels vor allem Massenhaften, war so alt wie die Moderne selbst⁹²³. Bekannt ist etwa das Diktum Pier Paolo Pasolinis, wonach die kulturelle Gleichschaltung, die der Faschismus vergeblich angestrebt habe, durch die bürgerliche Konsumgesellschaft in Perfektion vollendet werde⁹²⁴. Ähnliche Ideen – nur natürlich noch in Unkenntnis des Faschismus – hatten auch schon die viktorianischen Kulturkritiker Thomas Carlyle, John Ruskin und Matthew Arnold vertreten⁹²⁵. Bereits sie lehnten die Konkurrenzgesellschaft ab⁹²⁶. Der mit ihnen verbundene Künstler und Sozialreformer William Morris hatte als Gegenbewegung zur entstehenden kapitalistischen Massengesellschaft Mitte des 19. Jahrhunderts eine Renaissance des Kunstgewerbes

⁹²³ Darauf wies auch Petra Kelly hin, als sie schrieb: „Es wurde schon immer in dieser Republik übersehen, daß es schon sehr früh in der Geschichte radikale Gegenpositionen zu den herrschenden Formen der Konfliktaustragung gegeben hat. Die Verfechter dieser Positionen erstrebten eine zutiefst humane, auf Solidarität und Herrschaftsverzicht gerichtete Gesellschaft (Jesus von Nazareth, Martin Luther King, Cesar Chavez, Gandhi usw.).“ Kelly, *Um Hoffnung kämpfen*, S. 23. Es war bemerkenswert, in welche Ahnenreihe hier die Friedensbewegung gestellt wurde. Daß Kelly wie Pestalozzi Humanität mit Herrschaftslosigkeit verbanden, war ein stets wiederkehrendes Element in den humanistisch-sozialistischen Gesellschaftsentwürfen, das sich bis zu Habermas' Ideal des herrschaftsfreien Diskurses fortsetzte. Zur Geschichte der Alternativbewegungen vgl. außerdem Siefert, Rolf Peter: *Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart*. München 1984; Conti, Christoph: *Abschied vom Bürgertum: Alternative Bewegungen in Deutschland von 1890 bis heute*. Reinbek bei Hamburg 1984; Stein, Gerd (Hrsg.): *Bobemien – Tramp – Sponti: Bobeme und Alternativkultur*. (Kulturfiguren und Sozialcharaktere des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 1) Frankfurt a. M. 1982; Hollstein, Walter: *Die Gegengesellschaft: Alternative Lebensformen*. Bonn 1979; Brand, Karl-Werner; Büßer, Detlef; Rucht, Dieter: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*. Frankfurt a. M. und New York 1983.

⁹²⁴ In direkter und weitestgehend zustimmender Bezugnahme auf Pasolini: Sölle, Dorothee: „Du sollst keine anderen Jeans haben neben mir.“ In: Habermas, Jürgen (Hrsg.): *Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“*. (Bd. 2: Politik und Kultur) 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1979. S. 541-553. Vgl. auch Fetscher, Iring: *Vom Wohlfahrtsstaat zur neuen Lebensqualität: Die Herausforderungen des demokratischen Sozialismus*. Köln 1982. S. 207.

⁹²⁵ Vgl. Bollenbeck, *Kulturkritik*, S. 147-154.

⁹²⁶ Ebd., S. 149.

in Form des *Arts and Crafts Movement* ins Leben gerufen⁹²⁷, das dem herausziehenden Maschinenzeitalter einen „Kult des Manuellen“⁹²⁸ entgegensetzte. Für Deutschland waren die Lebensreformer des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts die prägenden Vorläufer gewesen⁹²⁹, mit deren englischen Vertretern Gandhi während seines London-Aufenthalts von 1888 bis 1891 in enger Berührung gestanden hatte⁹³⁰.

In dieser Traditionslinie zeigten sich wesentliche Charakteristika der Alternativen: Weit mehr als im historischen Materialismus wurzelten sie in der Romantik, weswegen die ‚grünen Sozialisten‘ in einem linken Bruderkrieg von den ‚roten Sozialisten‘ auch vehement attackiert wurden. Verbunden war die romantische Industrie- und Kapitalismuskritik häufig mit dem Entwurf eines humanistischen, oft auch christlichen Sozialismus⁹³¹, der im Gegensatz zu den Massengesellschaften sowohl des Kapitalismus als auch des Sowjet-Kommunismus Individuum und Kollektiv in einem Sozialismus der kleinen Gemeinschaften miteinander versöhnen wollte; bei Gandhi etwa der des indischen Dorfes und der von ihm gegründeten Ashrams. Bezeichnenderweise war der Romantiker William Morris zusammen mit Eleanor Marx und Friedrich Engels auch einer der frühen Mitstreiter der englischen Sozialisten, und ebenso bezeichnenderweise stammte eines der bedeutendsten Werke über William Morris aus der Feder von niemand anderem als Edward P. Thompson⁹³². In den Stereotypen und Klischees der Grünen – einem neuen Sproß an einem mindestens 150 Jahre alten Stamm – wiederholten sich die alten romantischen Muster: Für das Handwerkliche, insbesondere das Kunsthandwerkliche, gegen jede Massenproduktion. Für die kleinen ländlichen Gemeinschaften von Handwerkern und Bauern, gegen die Städte mit ihren Massenquartieren, ihrem Massentransport und ihrer Massenerhaltung. Für die Natur und gegen die Maschinen, für das Leben, gegen die Mechanik.

⁹²⁷ Aus der umfangreichen Literatur über William Morris siehe beispielsweise: Abiteboul, Maurice: *William Morris, News from Nowhere: Texte et contexte: La tradition utopique et l'esprit du temps*. Nantes 2004; Kirsch, Hans-Christian: *William Morris – ein Mann gegen die Zeit: Leben und Werk*. Köln 1983; ders. (Hrsg.): *William Morris: Wie wir leben und wie wir leben könnten*. Köln 1992; Fritzsche, Gustav: *William Morris' Sozialismus und anarchistischer Kommunismus: Darstellung des Systems und Untersuchung der Quellen*. (Kölner anglistische Arbeiten, Bd. 3) Leipzig 1927.

⁹²⁸ Bollenbeck, *Kulturkritik*, S. 150.

⁹²⁹ Huber, Joseph: *Wer soll das alles ändern: Die Alternativen der Alternativbewegung*. Berlin (West) 1980. S. 14.

⁹³⁰ Weber, Thomas: *Gandhi as Disciple and Mentor*. Cambridge 2004. S. 26-30.

⁹³¹ Oft auch in der Konzeption eines libertären bzw. Anarcho-Kommunismus.

⁹³² Thompson, Edward P.: *William Morris: Romantic to Revolutionary*. Stanford 1988.

Erstaunlicherweise ist der humanistische Sozialismus nie wirklich als eigenständige ideologische Strömung wahrgenommen worden, vermutlich aufgrund seiner nur sehr gering ausgeprägten organisatorischen Kohärenz⁹³³. Tatsächlich stößt man aber bei einer Analyse der aktuell gängigen Kapitalismuskritiken ständig auf seine Topoi. Hinter dem Antiindustrialismus standen nun tiefergehende Überzeugungen als nur die Sorge um eine intakte Umwelt: Es handelte sich dabei um eine zutiefst idealistische, damit aber zugleich auch um eine nicht nur post-, sondern radikal antimaterialistische Geisteshaltung. Bereits in den oben zitierten Passagen aus Walters und Pestalozzis Kapitalismus-Analysen war ihr tiefer Ekel vor der Warenflut spürbar gewesen. In den Augen beider Autoren erstickte der moderne Mensch in überflüssigem Ramsch⁹³⁴. Das Leben war geteilt zwischen einem manischen Leistungswettrennen beim Erzeugen von Waren in den Arbeitsstunden und einem nicht weniger manischen Konsumrausch in der Freizeit⁹³⁵. Der Konsum- und Warenfetischismus war notwendig, um die Menschen in den Verblendungszusammenhang des Kapitalismus verstrickt zu halten und für die entfremdete Arbeit zu motivieren, durch die sie ausgebeutet wurden. Sie befanden sich in einem Teufelskreis: Während die entfremdeten Produktionsverhältnisse einerseits die Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse verhinderten, mußte das entstandene psychische Defizit andererseits durch Konsum kompensiert werden. Um die dafür notwendigen finanziellen Mittel zu erwerben, mußte wiederum entfremdete Arbeit geleistet werden, und so fort ad infinitum, wobei die wahren Bedürfnisse ewig unbefriedigt blieben. Zentraler Antriebsmotor des Systems war die Erzeugung immer neuer, künstlicher Bedürfnisse durch die Werbung. Sie ließ vor den Augen des verführten Konsumenten eine Fata Morgana nach der anderen erscheinen und hielt ihn somit von seinen wahren Zielen als Mensch auf immer fern.

⁹³³ Mit der Ausnahme der in den späten siebziger Jahren unter dem Schlagwort der „Lebensqualität“ geführten Debatte, vgl. etwa Fetscher, Iring: *Vom Wohlfahrtsstaat zur neuen Lebensqualität: Die Herausforderungen des demokratischen Sozialismus*. Köln 1982.

⁹³⁴ Die Auffassung, ein Großteil der im Kapitalismus produzierten Waren sei überflüssig, war und ist ein zentraler Punkt in der Ideologie des humanistischen Sozialismus, erneut geäußert etwa jüngst von Christa Wolf, vgl. „Bücher helfen uns auch nicht weiter“. Gespräch mit Christa Wolf. In: *Die Zeit*, Nr. 12 (17. März 2011); sowie von Arundhati Roy, vgl. „Die Diktatur der Mittelklasse“. In: *Die Zeit*, Nr. 37 (8. September 2011).

⁹³⁵ Dorothee Sölle beschrieb die Lage einiger Jugendlicher aus einem sozialen Brennpunkt wie folgt: „[Sie] dürfen im Sinne der dividendenfreundlichen und menschenfeindlichen Planung existieren nur in zwei Hinsichten: als Arbeitende und als Konsumierende. Sie dürfen arbeiten, kaufen und schlafen.“ Sölle, Dorothee: Gibt es einen kreativen Haß? In: Hans-Eckehard Bahr (Hrsg.): *Politisierung des Alltags: Gesellschaftliche Bedingungen des Friedens*. (Theologie und Politik, Bd. 4) Darmstadt und Neuwied 1972. S. 257 f.

Sowohl Arbeits- als auch Konsumformen waren sozial-ideologisch vorgeschrieben: Wer kein angepaßter Leistungserbringer war, machte sich ebenso verdächtig wie derjenige, der keine oder nicht die richtigen Waren konsumierte. Der Besitz- und Konkurrenzindividualismus des Kapitalismus ging daher zwingend mit dem eisernen Joch eines sozialen und kulturellen Konformismus einher⁹³⁶, der von Kapitalismuskritikern wie Pasolini oder Aldous Huxley als Gleichschaltung gebrandmarkt wurde⁹³⁷. Es galt das Diktat der *must-haves*, Besitz war allein gültiges Lebensziel und definitorisches Kriterium der Identität: Man war, was man hatte. Die durch die ungleiche Vermögensverteilung erzeugte soziale Hierarchie stabilisierte das System zusätzlich: Anstatt nach einem wirklich glücklichen Leben zu streben, versuchten die Individuen lediglich, durch den Erwerb prestigeträchtiger Güter in der sozialen Hackordnung weiter aufzusteigen, wozu sie sich möglichst systemkonform verhielten⁹³⁸. Auch die zwischenmenschlichen Beziehungen funktionierten, wie Walter in Anlehnung an Adorno formulierte, nach diesem Schema. ‚Liebe‘ bedeutete im Kapitalismus, einen anderen Menschen zu konsumieren.

‚Konsum‘ war nun in den Augen der radikalen Humanisten nicht einfach nur ein terminus technicus für den Verzehr und Gebrauch von Gütern. ‚Konsum‘ stand vielmehr als Chiffre für eine ausschließliche Orientierung auf die Sphäre des Materiellen, und somit für die bis zur Vernichtung reichende Unterordnung des Humanen, des Emphatischen und des Spirituellen unter jene. Dies wiederum konnte nichts an-

⁹³⁶ Welcher vor allem in der stereotypen Welt der amerikanischen Suburbs beherrschend war. Er wurde beispielsweise in dem von Malvina Reynolds 1962 geschriebenen Song *Little Boxes* auf's Treffendste beschrieben und karikiert. Darin hieß es: *Little boxes on the hillside, Little boxes made of ticky tacky, Little boxes on the hillside, Little boxes all the same. There's a green one and a pink one, And a blue one and a yellow one, And they're all made out of ticky tacky, And they all look just the same. And the people in the houses, All went to the university, Where they were put in boxes, And they came out all the same, And there's doctors and lawyers, And business executives, And they're all made out of ticky tacky, And they all look just the same.*

⁹³⁷ Vgl. Fietz, Lothar: Schreckutopien des Kollektivismus und Individualismus: Aldous Huxleys *Brave New World* und Micheal Frayns *A Very Private Life*. In: Berghahn, Klaus J.; Seeber, Hans Ulrich (Hrsgg.): *Literarische Utopien von Morus bis zur Gegenwart*. Königstein 1983. S. 207.

⁹³⁸ Das Komitee für Grundrechte und Demokratie schrieb in seinen Thesen zu Frieden und Menschenrechten: „In der Sichtbarkeit und Kurzfristigkeit und der materiell äußerlichen Qualität des Erfolgs aber liegt nicht nur eine große Anziehungskraft. Hier ist auch eine große Gefahr begründet. All die einzelnen nämlich, die konkurrierend nach solchen Erfolgen streben, können über entsprechende ausdifferenzierte Erfolgchancen dirigiert und atemlos gehalten werden. Die Lohn- und Gehaltsskala, die sich nicht sachlich rechtfertigt, sondern nur die Konkurrenz fördern soll, ist hierfür der beste Ausdruck. Doch dieser scheinbar materiell greifbare, in beruflichen Positionen, in Eigentum u.ä. festmachbare Erfolg macht hochgradig unfrei. Die Sicherheitsangst hat hier ihren sozialpsychologischen Ort. Man hat Angst um das Erworbene und strebt nach mehr, womit man sich zugleich in neue Abhängigkeiten begibt.“ Komitee für Grundrechte und Demokratie: *100 Thesen zu Frieden und Menschenrechten*. Sensbachtal, 3. Aufl. 1985 (Selbstverlag). These 24, S. 22.

deres bedeuten, als eine seelische Deformation schwerwiegendster Art. Konsumkritik bedeutete somit eine spirituell grundierte Kritik an einer durchgängig profanen Existenz, die sich jedes Gedankens an das Heilige gründlich entledigt hatte. Konsumkritik als Gesellschaftskritik beruhte dementsprechend auf der Ablehnung jeder nicht idealistisch fundierten Gesellschaft. In diesem idealistischen Denken herrschte ein steter Krieg der Dinge gegen die Lebewesen; ein Konflikt, in Erich Fromms Formulierung, zwischen Haben und Sein. Materialismus war im Wortsinne Todsünde, d. h. die Sünde der Zuwendung zum Tode, denn das Herz an leblose Dinge zu hängen, bedeutete die Abwendung von allem Lebendigen. Dementsprechend schrieb Dorothee Sölle unter Bezugnahme auf einen Werbeslogan, der verkündet hatte: „Du sollst keine anderen Jeans haben neben mir“:

Nicht der Werbeslogan, der das erste Gebot benutzt, ist Blasphemie, sondern alle Reklame. Jeder Versuch, meine Lebensinteressen zu richten auf Haarspray, Katzenfutter und Ibizareisen, ist eine Attacke auf den, nach dessen Bild ich geschaffen bin.

„Consumismo“⁹³⁹ bedeutet: meine Augen werden unaufhörlich beleidigt, meine Ohren verstopft, meine Hände ihrer Kreativität beraubt. Meine Beziehungen zu anderen Menschen geraten unter Gesetze, von denen frühere Generationen sich nichts träumen ließen. (Ich habe die Geburtstagsparty einer achtjährigen Tochter hinter mir.) Wenn alles sich im Haben ausdrückt und mißt, bleibt keine Zeit, keine Kraft, keine Sprache für das Miteinandersein.⁹⁴⁰

Reklame war also nicht nur eine mehr oder weniger lästige Begleiterscheinung des modernen Lebens, sondern vielmehr die Propaganda des Materialismus, also: Blasphemie. Bei diesen und ähnlichen Äußerungen gegen die Werbung war auffällig, wie sehr deren Botschaften als Diktate, ja als psychische Gewalt empfunden wurden⁹⁴¹. Den Werbekritikern schien es unmöglich zu sein, sie einfach zu ignorieren. Insofern

⁹³⁹ So der Begriff Pasolinis für den „hedonistischen Faschismus“.

⁹⁴⁰ Sölle, Dorothee: „Du sollst keine anderen Jeans haben neben mir.“ In: Habermas, Jürgen (Hrsg.): *Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“*. Bd. 2: Politik und Kultur. 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1979. S. 550.

⁹⁴¹ Äußerst aufschlußreich hierzu sind die Bemerkungen Anastasia Manolas zur Konsumkritik in Koepfens *Treibhaus*, das sich auch in dieser Beziehung als frühes Manifest humanistisch-sozialistischer Weltauffassung erwies: „Waren überfluten Keetenheuve von überall. [...] Auch Keetenheuves Kinobesuch zeigt die Verwandlung des Menschen in ein beinahe willenloses Konsumwesen. Die der Tagesschau und dem Film vorangestellte Werbung spricht den Menschen nur als solches an und reduziert – zumindest vorläufig – seine Existenz auf sein Konsumverhalten. Keetenheuve wird selbst zum Objekt der Werbung: ‚er war Objekt, es wurde über ihn verfügt.‘“ Manola, Anastasia: *Der Dichter-Seber als Dichter-Warner: Wandel eines mythischen Modells bei Koepfen, Wolf und Grass*. (Würzburger Beiträge zur deutschen Philologie, Bd. 33) Würzburg 2010. S. 256. Keetenheuve durchschaut ebenso die oben geschilderte Funktion der Werbung als psychologischer Verschleierung kapitalistischer Ausbeutung. Vgl. ebd., S. 257 f.

verneinten sie die Möglichkeit einer souveränen Selbstbehauptung des Individuums gegenüber der konsumistischen Manipulation. In diesem Zusammenhang war es auch nicht verwunderlich, daß nach Ansicht der Radikalhumanisten die westlichen Gesellschaften nur Pseudo-Demokratien waren. Wenn die Menschen schon von der kapitalistischen Werbung so tiefgreifend manipuliert wurden, dann konnte auch in politischer Hinsicht von mündigen Bürgern keine Rede sein.

Nun könnte es scheinen, als hätten Konsumkritik und Protest gegen Atomwaffen nicht viel miteinander zu tun gehabt. Tatsächlich aber standen beide in engstem Zusammenhang. Einen ersten Hinweis darauf gab die Tatsache, daß eine ganze Reihe der prononciertesten Sprecher im Diskurs der Friedensbewegung wie Wolf, Grass, Sölle, Alt, Bahro, Pestalozzi, Buro und Kelly auch zu den prominentesten Konsumkritikern gehörten. Darüber hinaus bestand auch eine elementare argumentative Verbindung. Im antimaterialistischen Denken gab es eine Hierarchie in der Tücke der Objekte: Was zum täglichen Leben nötig war, dem konnte man schlecht sündigen Charakter zusprechen, wollte man in der Ablehnung der materiellen Welt nicht so weit gehen wie die alten Katharer, die aus Abscheu vor allem Stofflichen mitunter sogar den Freitod gewählt hatten⁹⁴². Auch konzedierte viele Konsumkritiker durchaus den Wert einzelner Fortschritte in Sachkultur und Technologie. Je weiter aber etwas von der Natur entfernt war, desto verdorbener war es, woraus die bekannten grünen Klischees folgten: Holzspielzeug, biologisch angebaute Nahrung und Naturheilkunde waren gut, Barbiepuppen, industriell erzeugte Lebensmittel und Gerätemedizin dagegen schlecht. Waffen als Tötungswerkzeuge waren nicht nur schlecht, sondern von einer aktiv verführerischen Bösartigkeit, da sie nach pazifistischer Ansicht bereits durch ihr reines Vorhandensein zum Töten verleiten konnten. Dies war im übrigen eine sehr alte Vorstellung: Schon in der Illias hieß es, es sei die Klinge selbst, die zur Gewalt reize. Bösartig war insbesondere Kriegsspielzeug, gegen das in der Zeit des Streits um die Stationierung heftige Kampagnen geführt wurden, da hier der Dämon der Gewalt die geheiligte Kindlichkeit bedrohte. Das teuflischste aller Dinge aber war die Atombombe. Selbst ein kühl reflektierender Marxist wie E. P. Thompson sprach angesichts der in ihr konkretisierten Bösartigkeit von „satanischen Maschinen“⁹⁴³. Darin teilte er den Standpunkt engagierter Christen wie Dorothee

⁹⁴² Borst, Arno: *Lebensformen im Mittelalter*. 2. Aufl. Frankfurt a. M. und Berlin 1999. S. 618-620.

⁹⁴³ Das Argument, Mai/Juni 1981, Nr. 127, S. 328.

Sölle oder Franz Alt, der den Zusammenhang zwischen materialistischer Ideologie und Nuklearwaffen in Form einer Zivilisationskritik auf den Punkt brachte: Die Atombombe sei eine Bedrohung der gesamten Schöpfung. Sie

ist die Spitze unseres zivilisatorischen Eisberges. Der zivilisatorische Fortschritt „ist das Ergebnis einer gegen die Natur gerichteten kompensatorischen Aktivität“ (David Carver). Alles, was wir nicht mehr natürlich leben (Sexualität, Liebe, Urvertrauen, Religion), kompensieren wir unbewußt durch Streben nach Geld und Macht. Der Gipfel des kompensatorischen Lebens ist die Atombombe, deren Existenz nicht neu ist, deren Gefahr wir aber verdrängt hatten.⁹⁴⁴

Die Existenz der Atombombe war somit das Ergebnis und damit der Beweis für die grundsätzliche Verdorbenheit der materialistischen Konsumgesellschaft. Besonders widerwärtig war sie in ihrer Spezialform der Neutronenbombe, der Waffe, die, so das Klischee, Lebewesen vernichtete, Dinge aber intakt ließ⁹⁴⁵. In der idealistischen Welt-sicht mußte dies der Gipfel der materialistischen „Perversion des Denkens“ (Egon Bahr) sein, mit dem die bösertige Logik des technokratischen Wahnsinns zum Endpunkt ihrer historischen Entwicklung gelangt war. Der Materialismus hatte sich mit der Bombe in einem Objekt verwirklicht, in dem seine ganze lebensfeindliche Essenz gleichsam auskristallisiert war. Die antimaterialistische Sichtweise erlaubte es, die Ökologiebewegung mit ihrem Antiindustrialismus, die Friedensbewegung mit ihrem Pazifismus und die auf der Kritischen Theorie fußende Alternativbewegung mit ihrer Kritik des sinnentleerten Lebens, der inhumanen Konkurrenz und der Warenförmigkeit der zwischenmenschlichen Beziehungen auf einen Punkt zu bringen und all diese negativen Tendenzen aus einem gemeinsamen Wesenskern heraus zu erklären: dem kapitalistisch-technokratischen Denken, das die Welt nur als Material betrachtete, über das verfügt werden konnte. Rudolf Bahro führte dazu aus, der Industrialismus erweise sich insgesamt als lebensfeindlich, und zwar nicht nur in physiologischer, sondern auch in psychologischer Beziehung⁹⁴⁶. Den Atombomben und den Atomkraftwerken, dem Stahlbeton und dem Explosionsmotor, den Düngemitteln und den Insektiziden wohne die gleiche letale Tendenz inne. „Die von uns geschaffene zweite

⁹⁴⁴ Alt, Franz: *Frieden ist möglich: Die Politik der Bergpredigt*. 15. Aufl., München 1983. S. 32.

⁹⁴⁵ Tatsächlich war die Neutronenbombe keineswegs eine reine Strahlenwaffe. Ihre Konstruktion bewirkte lediglich eine Verschiebung des Verhältnisses der Energieabgabe von der thermischen hin zur Strahlungsenergie.

⁹⁴⁶ Bahro, Rudolf: *Wahnsinn mit Methode: Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sowjetunion und die DKP*. Berlin (West) 1982. S. 7.

Natur, unsere Großtechnologie und Superorganisation, dieser Turmbau zu Babel aus vergegenständlichter Arbeit, also aus toter Arbeit, totem Geist gefährdet zutiefst unsere individuelle Integrität – vom Krebs bis zur Kriminalität und Psychiatrie.“⁹⁴⁷

Die Verbindung von Pazifismus und antimaterialistischer, also auch antikonsumentischer, antitechnologischer und antiindustrieller Haltung hatte bereits in Gandhi einen ihrer wesentlichen Vordenker gehabt. Dieser hatte schon vor dem Zweiten Weltkrieg eine vehemente Kritik an der westlichen Industriegesellschaft geübt, und deren Übernahme durch Indien strikt abgelehnt⁹⁴⁸. Ähnlich wie Günther Anders dachte er seine allgemeine antiindustrielle Gesellschaftskritik mit der speziellen Ablehnung von Atomwaffen zusammen: Je mehr sich eine Gesellschaft auf Maschinen verlasse, desto abhängiger werde sie von diesen⁹⁴⁹. Daraus folge aber, daß diese Maschinen auch verteidigt werden müßten, um so mehr, wenn Macht und Größe einer Nation von diesen abhingen, wie im Fall der Nuklearwaffen. Die Menschen müßten also ihr Leben opfern, um ihre Werkzeuge zu schützen. Wie Günther Anders und auch Erich Fromm sah Gandhi die Gefahr einer Umkehrung des Herr-Diener-Verhältnisses: Der Mensch drohte somit, zum Sklaven seiner Werkzeuge zu werden. Befreiung bedeutete daher nicht nur Befreiung von kolonialistischer Ausbeutung, sondern auch Befreiung von den Maschinen.

Angesichts solch hoch emotionalisierter Denkweisen wie der von Sölle, Alt und Pestalozzi überrascht es nicht, daß die Befürworter von Atomwaffen und –kraftwerken, die Politiker, Militärs und Manager, den Alternativen als geradezu diabolische Figuren erschienen. Da die Friedens- und Alternativbewegung sich selbst, mit den Worten Petra Kellys, als „Lebensbewegung“ betrachtete, identifizierte sie die ihr entgegengesetzten Kräften mit dem metaphysischen Prinzip des Todes. Während die Friedensbewegung einerseits eine vehemente Kritik an Feindbildern übte, so bezog sie diese ausschließlich auf den äußeren, ihrer Meinung nach von den Machthabern fälschlich zum Feind erklärten Anderen, während sie andererseits die Feindbilder ihrer Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner hegte und pflegte. Allerdings durchschauten zumindest einige Mitglieder der Friedensbewegung auch ihre eigenen antagonistischen Denkmuster und versuchten, die Freund-Feind-Kategorisierung

⁹⁴⁷ Ebd.

⁹⁴⁸ Vgl. Sharma, Rajni Bala: *Gandhi's World-View and Industrial Civilization: A paradigmatic Construction of Gandhian Order*. Jaipur 1998. Siehe insbesondere S. 88-100.

⁹⁴⁹ Rothermund, *Gandhi*, S. 440.

aufzubrechen. Vor allem die am stärksten an Gandhi orientierten Aktivisten wie Wolfgang Sternstein oder die Mutlanger Blockierer zeigten sich zu einer selbstkritischen Haltung bereit.

Dagegen verschrieben sich andere Autoren wie beispielsweise Horst-Eberhard Richter ganz und gar der Dichotomie des wir-gegen-die, wie aus dem von ihm erstellten Psychogramm der ‚grauen Herren‘ deutlich wurde. Seiner Ansicht nach war die gesamte Gesellschaft in zwei verschiedene Sphären aufgespalten: In der „politisch ökonomischen Welt“ herrsche „das Machtprinzip“⁹⁵⁰. In der psychosozialen Szene, die als eine Art Gegengesellschaft erschien, gehe es dagegen „um Sinnerfüllung, um religiöse, soziale, theoretische und ästhetische Werte“⁹⁵¹. Grundsätzlich, und hier berief sich Richter auf den Philosophen Eduard Spranger, gebe es zwischen Menschen überhaupt nur zwei Grundbeziehungen: Machtakte und Sympathieakte, mit denen die entsprechenden Lebensformen korrespondierten. Da Politik nichts anderes sei, als die Konkurrenz um Macht, sei „der reine Politiker“ ein „Mensch der Selbstbetonung und Selbstdurchsetzung. Er ist daher in der Regel kein warmherziger Menschenfreund, sondern ein Menschenverächter. Wer wirklich herrschen will, kann sich nicht hingeben und sich seiner selbst entäußern. Wer selbst etwas ‚gelten‘ will, ist nicht geneigt, für andere zu leben.“⁹⁵²

Bemerkenswert war hier die grundsätzlich dichotomisch strukturierte Argumentation: Machtakte oder Sympathieakte, Menschenfreund oder Menschenfeind, Egoismus oder Altruismus – für Richter ließen sich sämtliche Phänomene auf ein grundlegendes Prinzip zurückführen, das Teil eines solchen Gegensatzpaares war. Und da nun jeweils alle positiven und alle negativen Aspekte dieser Dualismen miteinander korrespondierten, so folgte, daß „die Politik, die diesen Charaktermerkmalen folgt, [...] nur eine unfriedliche und gewaltmäßige sein“⁹⁵³ könne. Die Machtsphäre war ihrem Wesen nach immer auch eine Gewaltsphäre. Dem folgte das nächste Gegensatzpaar auf dem Fuß, als Richter Gandhi als einen „mütterlichen Menschen“ charakterisierte, der „ausgeprägt weibliche Züge“ besessen habe⁹⁵⁴. Macht, Egoismus und Gewalt waren im Umkehrschluß also männlich. Richters Argumentation basierte

⁹⁵⁰ Richter, Horst-Eberhard: *Zur Psychologie des Friedens*. Reinbek bei Hamburg 1982. S. 141.

⁹⁵¹ Ebd.

⁹⁵² Ebd., S. 142.

⁹⁵³ Ebd.

⁹⁵⁴ Ebd.

ausschließlich auf der reduktionistischen Zuordnung von konkreten Phänomenen zu ontologischen Substanzen. Das Weltbild dieses für die Friedensbewegung so wichtigen Theoretikers war damit von einem strikten metaphysischen Dualismus geprägt, wies also eine manichäische Grundstruktur auf.

Vor diesem Hintergrund eines im Weltbild der Alternativen fest verankerten Gut-Böse-Schemas wird die starke emotionale Aufladung des Konflikts verständlich. Von den Vertretern des „Atomstaats“ (Robert Jungk) erwartete man jede Art von Niedertracht. 1984 näherte sich Hans A. Pestalozzi allerdings einer veritablen Verschwörungstheorie, als er fragte, ob nicht vielleicht die Friedensbewegung den Mächtigen ganz gelegen gekommen, vielleicht sogar von der Rüstungsindustrie gesteuert worden sei, da doch die Angst vor dem Nuklearkrieg die Menschen so abgelenkt habe, daß sie viel konkretere Bedrohungen übersehen hätten, etwa die „totale Erfassung des Bürgers, seine Überwachung durch einen totalitären Staat“. Vielleicht sei die atomare Gefahr nur „ein Vorhang, um dahinter um so ungehemmter die graue Diktatur des Betons, der Computer, der Bürohäuser und Bankgebäude, der Maßanzüge der Manager und ihrer Gesichter vorantreiben zu können?“⁹⁵⁵

Die Farbe Grau faßte als Symbol alle Feindbilder der Alternativbewegung zusammen: Beton, Stahl, Plastik, Maschinen, Computer, Banken und Büros sowie die steinernen Termitenbauten der Wolkenkratzer-Städte. Am sinnfälligsten wurde diese Weltanschauung wohl in dem 1973 erschienenen Kinder- und Jugendroman „Momo“ von Michael Ende dargestellt⁹⁵⁶. Vom Autor gedacht als Gesellschaftskritik in Gestalt eines Märchens, erzählte er die Geschichte der „Grauen Herren“, die die Bewohner einer anfangs idealen Welt dazu brachten, Zeit zu sparen, indem sie effektiver damit umgingen, wobei die grauen Herren ihnen die gesparte Zeit in Wirklichkeit allerdings stahlen. Jede Ausrichtung am tayloristischen Ideal maximaler ökonomischer Effizienz war also gleichbedeutend mit einem akuten Verlust an Leben – eine Kritik des *homo oeconomicus*, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließ und dieses überaus populäre Jugendbuch⁹⁵⁷ zu einem erstrangigen ideologischen Manifest der Alternativbewegung machte.

⁹⁵⁵ Pestalozzi, Hans A.: Die Wirtschaft – Mutter aller Kriege. In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984. S. 89 f.

⁹⁵⁶ Zur Bedeutung der Romane Endes für die Alternativbewegung siehe Sontheimer, *Zeitenwende*, S. 83-87.

⁹⁵⁷ 2005, also im 32. Jahr nach der ursprünglichen Veröffentlichung, wurde die 47. Auflage gedruckt.

Just zur Zeit des Streits um den NATO-Doppelbeschuß, im Februar 1982, traf sich Michael Ende mit Erhard Eppler und der Theatertherapeutin Hanne Tächl zu einem zweitägigen Gespräch. Das Protokoll der Diskussion zwischen diesen Vordenkern alternativer Kultur- und Gesellschaftskritik bot bemerkenswerte Einblicke in das Denken der ‚Bunten‘ und ihren Konflikt mit den ‚grauen Herren‘. Dabei berichtete Michael Ende zunächst von einer direkten Konfrontation mit letzteren. Vor einigen Jahren sei er gebeten worden, im Rahmen einer Tagung des Schweizer Duttweiler-Instituts vor einer Versammlung von etwa zweihundert Managern aus seinem Buch „Momo“ vorzulesen, was ihn einigermaßen verblüfft habe⁹⁵⁸. Das Duttweiler-Institut, eine bedeutende schweizerische Denkfabrik, gehörte zum Einzelhandelskonzern Migros. Wann genau die von Ende erwähnte Tagung stattgefunden hatte, läßt sich nicht mehr ermitteln, aber in den Jahren von 1966 bis 1979 war niemand anderes Leiter des Instituts, als der oben zitierte ehemalige Migros-Manager Hans A. Pestalozzi, der sich in seiner gesellschaftskritischen Haltung in diesen Jahren immer mehr radikalisierte und 1979 schließlich fristlos entlassen wurde⁹⁵⁹. Obwohl Ende Pestalozzi nicht erwähnte, ist es nicht unwahrscheinlich, daß Ende die für ihn überraschende Einladung Letzterem zu verdanken hatte.

Ende hatte sich nun nach der Lesung mit dem Vorschlag an seine Zuhörer gewandt, diese sollten doch einmal darüber diskutieren, wie sie sich die Welt in hundert Jahren wünschen würden, worauf sein Publikum ausgesprochen aggressiv reagiert habe. Ihm wurde entgegnet, ein solches Unterfangen sei einfach nur Unsinn. Allein über die aktuelle Sicherung des Wirtschaftswachstums sei zu reden, nicht über weit-entfernte Zukünfte. Ende sagte im Rückblick dazu:

Dieses Erlebnis hat mir viel zu denken gegeben. Ich glaube, es sind nicht nur diese Wirtschaftsleute, die heutzutage in einem ganz bestimmten Kreislaufdenken regelrecht gefangen sind, und dieser Kreislauf wird angetrieben durch Vorstellungen der Macht und der Angst, das heißt entweder überwältigen uns die anderen, dann sind wir verloren, oder wir überwältigen die anderen, dann gewinnen wir einen kleinen Vorsprung in diesem Wettlauf. Ich fand es grausig, daß diese Leute überhaupt nicht mehr außerhalb dieses Höllenkreislaufs denken konnten.

[...] Da steckt das Problem unserer Konsumgesellschaft: Wir sind zum Konsum verdammt, weil sonst nichts da ist. Äußerlich haben wir alles, geistig

⁹⁵⁸ Eppler, Erhard; Ende, Michael; Tächl, Hanne: *Phantasie – Kultur – Politik: Protokoll eines Gesprächs*. Stuttgart 1982. S. 20-22.

⁹⁵⁹ Vgl. Pestalozzi, Hans A.: *Nach uns die Zukunft: Von der positiven Subversion*. 8. Aufl., Bern 1979.

sind wir arme Teufel. Wir können keine Zukunft sehen, wir können keine Utopie finden.⁹⁶⁰

Während also hier wie bei Christa Wolf der „Höllenkreislauf“ der Konkurrenz beschrieben wurde, der natürlich nicht nur das Berufsleben, sondern auch die Machtkonkurrenz der Nationalstaaten und ideologischen Blöcke und somit auch den nuklearen Rüstungswettlauf antrieb, herrschte nach Endes Meinung andererseits nicht nur wie bei Günther Anders eine Apokalypse-, sondern eine generelle Zukunftsblindheit. Genau dies sei aber, so Ende, verderblich. Denn:

Wir müssen nämlich unsere Maßstäbe, nach denen wir jetzt handeln sollten, aus einem Antizipieren der Zukunft holen. Eigentlich tut das schon jeder von uns. Auch wir überlegen uns ja, wie die Welt in hundert Jahren aussehen könnte oder sollte. Die ganze ökologische Frage zum Beispiel beruht ja auf einem Antizipieren der Zukunft. Wir alle müssen, ob wir wollen oder nicht, prophetisch denken lernen. Wir müssen heute und hier auf eine Katastrophe reagieren, die sich in der Zukunft einstellen wird. Das ist ganz neu als Bewußtseinshaltung, das müssen wir alle erst lernen.⁹⁶¹

Dies war exakt jene Forderung, die Günther Anders bereits zwanzig Jahre vor dem hier wiedergegebenen Gespräch in der literarischen Form seiner Noah-Parabel gestellt hatte. Die Gegenwart mußte von der Zukunft her gedacht werden, und zwar von einer Zukunft, welche die Apokalypse als reale Möglichkeit, ja Gewißheit einschloß. Aus dieser Zukunftserwartung bestimmte sich, was in der Gegenwart rational war. Was bei dieser Konfrontation eines alternativen Schriftstellers mit Managern wie schon bei der Kritik Erhard Eppers an der etablierten Sicherheitspolitik deutlich wurde, waren die gänzlich unterschiedlichen Zeithorizonte und Themenkreise, auf die sich beide Seiten jeweils bezogen: Auf der einen Seite die strikte Konzentration auf den kurz- bis allenfalls mittelfristigen Bereich des praktischen Handelns und dessen direkte Kontexte, auf der anderen Seite Überlegungen zum Großen, Ganzen und Allgemeinen in weitausgreifenden Zeiträumen. Daß in der gegenseitigen Wahrnehmung der Eindruck einer kleingeistigen Beschränktheit respektive der einer weltfremden Wolkenschieberei entstand, war angesichts dieser völlig unterschiedlichen Denkorientierungen unausweichlich.

Es ist in der historischen Forschung oft die Frage gestellt worden, was den enormen Aufschwung von Angstgefühlen in den siebziger und achtziger Jahre verursacht

⁹⁶⁰ Epper, Ende, Tächl, *Phantasie – Kultur – Politik*, S. 22.

⁹⁶¹ Ebd., S. 70.

hat. Man wird dies nicht mit letzter Gewißheit beantworten können, ein bedeutender Faktor scheint jedoch gewesen zu sein, daß neben dem erwähnten Orientierungsverlust in diesen Jahren die Zukunft prinzipiell fragwürdig wurde. Immerhin aber wuchs nach Michael Endes Meinung im Angesicht der Gefahr das Rettende auch:

Es entsteht eine Art prophetischer Instinkt. Er taucht als neue Seelenkraft in den Menschen auf. Die unterschwellige Angst, die man heute überall spürt, halte ich geradezu für die Geburtswehen einer solchen neuen Seelenfähigkeit. Das Entstehen neuer Seelenfähigkeiten wird immer von einer eigentümlichen Weltuntergangsstimmung begleitet. Es war im 15. und 16. Jahrhundert nicht anders, da gab es auch so eine eigentümliche Weltuntergangsstimmung, und dann brach etwas Neues durch. Jetzt herrscht wieder so eine ähnliche Stimmung: Es will eine neue Seelenfähigkeit zum Durchbruch kommen, glaube ich. Ich nenne diese Fähigkeit vielleicht etwas ungeschickt eine Art prophetischen Instinkts, ein Wissen, ein intuitives Wissen um das, was in Zukunft werden wird aus dem, was wir jetzt tun. Diese Entwicklung hat eben erst begonnen.⁹⁶²

In der Menschheitskrise entstanden also bereits die Fähigkeiten zu ihrer Überwindung in Gestalt eines Gegenmittels zur bisherigen Zukunftsblindheit. Durch den prophetischen Instinkt wurde die Zukunft für Jedermann aufgedeckt. Es zeichnete sich die Chance ab, die Herrschaft der ‚grauen Herren‘ zu beenden und die westliche Zivilisation auf neue, bessere Grundlagen zu stellen.

b) *Leben gegen Tod*

„Umkehr zum Leben“ – so lautete einer der wichtigsten Slogans der Friedensbewegung, die sich selbst als „Lebensbewegung“ verstand. Die Bedeutung dieser Selbstwahrnehmung kann dabei insbesondere für die ökologisch und christlich orientierten Teile der Bewegung kaum überbetont werden. Entgegen dem, was man zunächst erwarten würde, war nicht ‚Frieden‘ das zentrale Hochwertwort der Friedensbewegung, sondern ‚Leben‘. Der Dualismus von Leben und Tod bildete das eigentliche Ordnungsprinzip ihrer Weltsicht. Bezeichnend war beispielsweise eine von Mutlanger Aktivisten verfaßte Denkschrift, in der bei einem Textumfang von dreizehn DIN-A5-Seiten der Begriff des Lebens nicht weniger als dreißigmal vorkam, der Be-

⁹⁶² Ebd., S. 72.

griff des Friedens dagegen nur neunzehnmal⁹⁶³. Für den Schlüsseltext „Kassandra“ stellten Corinna Viergutz und Heiko Holweg fest, den obersten Wert in der von Christa Wolf herbeigesehnten Gesellschaft bilde „die unbedingte Bejahung des Lebendigen“⁹⁶⁴.

Die entsprechenden Vorstellungen wurden in zahlreichen Aktionen umgesetzt. So war etwa für Ostern 1984 in Mutlangen geplant, daß Demonstranten aus ganz Baden-Württemberg für jede Gemeinde des Bundeslandes ein Kreuz, beschriftet mit dem Namen der Gemeinde und ihrer Einwohnerzahl, nach Mutlangen bringen sollten. „Mit diesen Kreuzen werden wir die ‚Zone des Todes‘⁹⁶⁵ umstellen.“⁹⁶⁶ Auch hieß es in dem Aufruf zu dieser Aktion: „Die Osterzeit ist nicht nur in den Jahreszeiten der Natur die Zeit des Aufbruchs, des Neubeginns des Lebens – und in der abendländischen Kultur Symbol für die Überwindung des Todes durch das Leben. [...] Frieden ist **Aufbruch zum Leben**.“⁹⁶⁷ Weiterhin begann eine internationale Gruppe von Aktivisten aus Frankreich, Japan, Kanada und den USA im April 1983 ein „Fasten für das Leben“⁹⁶⁸. Derartige Vorstellungen wurde dabei längst nicht nur von radikalen Pazifisten geteilt: So stellte eine Gruppe von Bürgern aus Bad Wurzach in Oberschwaben ihren Aufruf zur Teilnahme an der Menschenkette 1983 unter das Motto „Wählt das Leben!“⁹⁶⁹, und eine Tübinger Elterninitiative richtete eine Eingabe an den Petitionsausschuß des Bundestages, die sie mit der Feststellung einleiteten, sie handelten „im Bewußtsein für die Menschen, denen wir das Leben gegeben haben“⁹⁷⁰. Luise Olsen, die im August 1985 an einer der Blockaden in Mutlangen teilgenommen hatte, sagte in ihrer Verteidigungsrede vor dem Amtsgericht in Schwäbisch Gmünd, der Zweck ihrer Tat sei es gewesen, „dem Tod das Leben entgegenzu-

⁹⁶³ Vgl. Schmidt, Wilfried; et al.: *Mutlanger Denkschrift im Frühling 1984*. Archiv Aktiv Hamburg, unverzeichneter Bestand. Gezählt wurden nur die Nennungen, in denen die Begriffe als normative Bezugspunkte benutzt wurden, nicht die lediglich deskriptiven Verwendungen wie etwa „in Mutlangen leben“ oder „Friedensbewegung“.

⁹⁶⁴ Viergutz, Corinna; Holweg, Heiko: *‚Kassandra‘ und ‚Medea‘ von Christa Wolf: Utopische Mythen im Vergleich*. (Epistemata: Würzburger wissenschaftliche Schriften. Reihe Literaturwissenschaft. Bd. 477) Würzburg 2007. S. 131.

⁹⁶⁵ D. h. das Mutlanger Raketendepot, Anm. T.W.

⁹⁶⁶ ASBB, Box 4.5.7, Mappe I.

⁹⁶⁷ Ebd. Hervorhebung wie im Original.

⁹⁶⁸ „Wir nennen unsere Fastenaktion ‚Fasten für das Leben‘. Denn darum geht es: ums Leben. Sie will zeigen, daß die gesamte Menschheit ein Recht auf Leben hat, frei vom Schmerz des Hungers und von der Angst vor dem atomaren Holocaust.“ Erklärung von Rev. Kohjima, Charles Gray, Dorothy Granada, André Larivière, Didier Mainguy, Jacky Guyon, Solange Fernex und Michel Nodet. ASBB, Box 4.5.6, Mappe 1983 II.

⁹⁶⁹ ASBB Box 4.5.6, Mappe 1983 II.

⁹⁷⁰ Ebd.

setzen⁹⁷¹. Die Theologieprofessorin Luise Schottroff gab ihrem Traktat zur christlichen Friedenspraxis den Titel „Der Sieg des Lebens“⁹⁷². Darin führte sie aus:

Gottesfrieden – das Wort hat einen vollständig anderen Sinn als das Wort Pax/Friede im Kontext der römischen Politik. Schalom/Friede – das hieß für Jesus und seine Boten wie für viele Juden: Leben, Leben im umfassenden Sinn. Dazu gehören auch Essen und Gesundheit und Gemeinschaft und Hoffnung; es heißt: Ganz-sein.⁹⁷³

Das ganzheitliche Friedensverständnis, das Friede als Aufhebung jeder Art von Entfremdung verstand, trat hier klar zu Tage. Dabei schloß sich Schottroff der utopischen Tradition des Christentums an, die unter echten Frieden die Aufrichtung der Königsherrschaft Christi verstand⁹⁷⁴.

Spiegelbildlich zur Gleichsetzung von Frieden und Leben war die Identifizierung der Nuklearwaffen mit dem Tod als solchem in der Friedensbewegung allgemeiner Topos. Die Stationierungsorte wurden oft als „Todeslager“ oder „Todesbasen“ bezeichnet⁹⁷⁵. Ihre theoretische Grundlage hatte diese Zuschreibung entweder in Konzepten, die der Psychoanalyse entstammten – dem sogenannten „Todestrieb“ – oder aber durch den Rückgriff auf das bereits erläuterte Konzept des Exterminismus.

Dorothee Sölle etwa schrieb:

Diese Schlaglichter des Herbstes 1983 sind Beispiele für das, was der britische Historiker Edward P. Thompson als die wichtigste Tendenz unserer Epoche erkannt hat: den „Exterminismus“, den Drang zur Massenvernichtung. [...] Exterminismus ist bei [Brzezinski] der Wille, auf den Knopf zu drücken; bei den meisten anderen und bei den Millionen von Menschen, die diesen Führungseliten nach wie vor glauben und folgen, ist es eher ein unbewußter Drang, eine Art Sucht nach mehr Tod für andere, der das eigene Leben schützen und bereichern soll. Sie sind abhängig wie Süchtige von ihren Drogen. Sie hängen ab von der Bombe, sie beten sie an, sie opfern alles für sie.

⁹⁷¹ Olsen, Luise: Mein Entschluß hat lange reifen müssen. In: Vack, Hanne; Vack, Klaus (Hrsg.): *Mutlangen – unser Mut wird langen! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wg. „Nötigung“*. 4. Aufl., Sensbachtal 1987. S. 17.

⁹⁷² Schottroff, Luise: *Der Sieg des Lebens: Biblische Traditionen einer Friedenspraxis*. (Kaiser Traktate Bd. 68) München 1982.

⁹⁷³ Ebd., S. 28.

⁹⁷⁴ „Dieser Gottesfriede beginnt dort, wo Menschen sich entscheiden und ausschließlich am Willen Gottes orientieren und nicht mehr bereit sind, die Logik anderer Herren zu teilen.“ Ebd., S. 28.

⁹⁷⁵ So gaben beispielsweise die Teilnehmerinnen einer permanenten Frauenmahnwache in Hasselbach ihre Adresse mit „Todesbasis Hasselbach“ an. Vgl. ASBB, Box 4.4.1, Freiburger Frauen für den Frieden: Überregionale Kontakte.

Im Zentrum unserer Kultur steht dieses phallische Todessymbol, Ausdruck des Industrialismus und des Patriarchats – die Bombe.⁹⁷⁶

Uta Ranke-Heinemann stellte in bemerkenswerter Übereinstimmung fest:

Die Welt ist krank. Sie ist süchtig geworden. Sie hat die Bombe zu ihrer Droge gemacht und hängt an der Rakete als an ihrer Spritze. Von ihr erwartet sie Lösungen und Erlösungen und weiß nicht und will nicht wissen, daß sie nichts von ihr zu erwarten hat als den Tod. Aber vielleicht ahnt sie dies in ihrem tiefsten Inneren doch. Und vielleicht ist das Verlangen nach dem Tod als einem Ende einer langen Krankheit und eines langen Leidens, von dem sie kein anderes Ende und von der sie keine Heilung weiß, die geheimste Triebfeder ihres Handelns. Vielleicht ist die Stationierung der Raketen für die Menschheit ein letztes selbstmörderisches Euthanasieprogramm.⁹⁷⁷

Erhard Eppler erklärte seinerseits: „Was Technokraten uns als Sicherheit bieten, ist eine nekrophile, todessüchtige Utopie.“⁹⁷⁸ Dieser entgegenzusetzen sei die positive, „lebenweckende“ Utopie⁹⁷⁹. Somit wurde also der Wertegegensatz zwischen Materialismus und Idealismus zu einem Gegensatz zwischen Todesorientierung und Lebensorientierung gedoppelt. Der Tod wurde dabei nicht nur als die Zweckbestimmung der Nuklearwaffen verstanden, sondern, wie Sölle sagte, auch als das Endziel des Industrialismus, der jeden Tag ein Stück der Biosphäre vernichte, sowie des Patriarchats, das auf männlichen, also destruktiven (Un-)Werten basiere. Somit entstand die Vorstellung einer aus Nuklearwaffen, kapitalistischer Industriegesellschaft und Patriarchat bestehenden Dreifaltigkeit des Bösen⁹⁸⁰.

Nach Sölle war außerdem „Exterminismus [...] nicht nur ein Plan für die Zukunft, sondern das historische Projekt der mächtigsten und reichsten Nationen dieser Erde. Sie arbeiten schon jetzt an der Ausrottung zumindest unserer Kultur, wahrscheinlich allen Lebens auf der Erde.“⁹⁸¹ In dieser Weltsicht wurde dem Begriff des ‚Exterminismus‘ damit eine fundamental andere Interpretation unterlegt, als noch bei seinem Erfinder E. P. Thompson: Während dieser Exterminismus als ein System sich gegenseitig erhaltender und steigender sachlicher Faktoren begriff, die unabhängig

⁹⁷⁶ Sölle, Dorothee: Wir haben euch nie einen Rosengarten versprochen. In: Gerosa, *Große Schritte wagen*, S. 96 f.

⁹⁷⁷ Ranke-Heinemann, Uta: Christliche Krankenpflege und christliche Kriegsführung. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985. S. 134 f.

⁹⁷⁸ Eppler, Erhard: *Die tödliche Utopie der Sicherheit*. Reinbek bei Hamburg 1983. S. 169.

⁹⁷⁹ Ebd., S. 152.

⁹⁸⁰ Zur mit Sölle völlig übereinstimmenden Auffassung Petra Kellys vgl. Richter, Saskia: *Die Aktivistin: Das Leben der Petra Kelly*. München 2010. S. 117.

⁹⁸¹ Sölle, Rosengarten, in Gerosa, *Große Schritte wagen*, S. 97.

von den Intentionen der im System beteiligten Personen wirksam und diesen somit auch gar nicht bewußt waren, deutete Sölle Exterminismus dezidiert als bewußte und absichtsvolle Tätigkeit; als einen Plan, sogar ein bereits laufendes Projekt, mit dem vorsätzlich angestrebten Ziel der Ausrottung des Lebens, an dem ihrer Ansicht nach aktuell gearbeitet wurde. Was Sölle hier beschrieb, war eine geheime, alle Zirkel weltlicher Macht kontrollierende Kirche des Todes. Bei ihrer Weltanschauung handelte es sich mithin um einen Manichäismus reinsten Wassers, in dessen Perspektive die ganze Welt wie schon bei Horst-Eberhard Richter in strikt dualistische Gegensätze aufgespalten war: Leben und Tod, Frieden und Krieg, Natur und Industrie, Weiblichkeit und Männlichkeit, Gesundheit und Krankheit, Vernunft und Wahnsinn, Gewaltlosigkeit und Gewalt, Sympathie und Macht. Diese Kräfte des Guten und des Bösen befanden sich im Kampf um die Welt, der Ausgang würde entweder Erlösung oder Verdammnis sein, tertium non datur.

Zu diesem kosmischen Ringen schrieb Philip Berrigan, einer der Gründer der amerikanischen Pflugschar-Bewegung:

Die Absicht der Pflugschärler [...] ist Abrüstung – Abrüstung der eigenen Person und der imperialen Todesmaschine. In Anbetracht des gigantischen Umfangs der atomaren und konventionellen Waffen ist ihre Abrüstung symbolisch (symbolisch und zugleich real, die Beschädigung und Zerstörung⁹⁸² geht in die Millionen). Doch unermesslich viel wichtiger als größtmögliche Zerstörung ist die Vermittlung des Imperativs – wir müssen abrüsten oder wir werden sterben. Offensichtlich können die Menschen mit diesen höllischen Waffen nicht koexistieren. Wir zerstören sie, oder sie zerstören uns. Letztlich muß jeder für die Gerechtigkeit einer abgerüsteten Welt arbeiten.

Die Pflugschärler verkörpern diesen Imperativ durch öffentliche Selbstlosigkeit, durch Gebet und durch das Wagnis ihres Lebens und ihrer Freiheit. Sie befreien buchstäblich das Wort Gottes – das Wort, das in Jesus zum entwaffneten Menschen wurde.⁹⁸³

Da also dieses strikte Entweder-Oder galt, da sich die Welt früher oder später auf einen dieser Pole hin bewegen würde und da die Gewalt und somit der Tod in den Atomwaffen sowohl ihre reinste Verkörperung als auch das Werkzeug gefunden hatten, durch das sie sich die Welt eines Tages endgültig und vollständig unterwerfen würden, waren die Atomwaffen die real existente Manifestation des Bösen in der

⁹⁸² An Waffensystemen durch Pflugschar-Aktionen. Anm. T. W.

⁹⁸³ Zitiert nach: Nick, Volker; Scheub, Volker; Then, Christof: *Mutlangen 1983-1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung*. Mutlangen und Tübingen 1993. S. 63.

Welt. Mit einem Wort: Die Bombe war der Antichrist. Dagegen stand Jesus Christus als Verkörperung der Liebe und des Lebens und damit auch als Verkörperung der Gewaltlosigkeit, der „entwaffnete Mensch“. Bezeichnender Weise hatte sich in dieser Weltsicht das Gute in einem Menschen verkörpert, das Böse dagegen in einer Maschine. Wolfgang Sternstein schrieb: „Die Produktion von Atomwaffen ist in meinen Augen ein Ausdruck (eine Vergegenständlichung) von Gewalt, ist böse, ist Gotteslästerung (Kurt Scharf). Ihre Zerstörung hingegen ist Ausdruck von Gewaltfreiheit, ist gut, ist Gottesdienst.“⁹⁸⁴ Gott, so ließ sich daraus folgern, haßte Atomwaffen. Wer sie zerstörte, erfüllte Gottes Willen.

Diese Position beruhte auf einer Denkweise, in der jedes konkrete Objekt und jede konkrete Handlungsweise als Manifestationen metaphysischer Prinzipien aufgefaßt wurden. Folglich waren nicht nur Nuklearwaffen, sondern jede Waffe, angefangen mit der geballten Faust, eine Vergegenständlichung von Gewalt und damit eine Erscheinungsform des Todes. Die Vermutung liegt nahe, daß die Radikalität der Radikalpazifisten eben diesem durchgreifend ontischen Denken entsprang. Eine solche ausschließlich mit Primärfarben operierende Wahrnehmung ließ keinen Raum für Schattierungen.

Auch Petra Kelly sah wie die von ihr zustimmend zitierte Dorothee Sölle die Verbindung zwischen Ökologie- und Friedensbewegung in ihrer beider Lebensorientierung:

Die Grundlage der Gemeinsamkeit zwischen Ökologie- und Friedensbewegung ist die Lebensbedrohung, die gleichermaßen von moderner Waffenentwicklung und industrieller Großtechnik ausgeht. So sind beide Bewegungen Überlebensbewegungen geworden: In der Zielsetzung, eine globale Menschheitskatastrophe abzuwenden. Der drohende Nuklearkrieg, der das Leben auf dieser Erde auslöschen kann, und die schleichende Natur- und Umweltzerstörung durch hemmungslose Industrialisierung!⁹⁸⁵

Das Grundübel lag auch Kelly zufolge im gleichermaßen in Ost und West zum ideologischen Dogma erhobenen Materialismus. Dieser sei „die Lüge unserer Zeit. Die Möglichkeiten der modernen Technik entarten immer mehr zum Werkzeug des Bösen, wenn versucht wird, die Wirklichkeit des Menschen von der dreifaltigen Wesen-

⁹⁸⁴ Sternstein, Wolfgang: Warum beteilige ich mich an der Pflugschar-Aktion. In: O. A.: *Handbuch der Pflugschar-Gruppe 1983*. Stuttgart (Selbstverlag) 1983. S. 13.

⁹⁸⁵ Kelly, Petra: Wie sich die Ökologiebewegung zur Friedensbewegung erweiterte. Variante A. In: Kelly, Petra K.; Leinen, Jo (Hrsgg.): *Prinzip Leben: Ökopax – die neue Kraft*. Berlin 1982. S. 11.

heit von Geist, Seele und Körper auf die physikalisch meßbare Materie zu reduzieren.“⁹⁸⁶

Wie Dorothee Sölle bezog Petra Kelly sich auf Thompsons Exterminismus-Konzept, interpretierte dieses aber weniger theologisch bzw. voluntaristisch, sondern als deterministische Festlegung des technischen Fortschritts auf eine letztendliche erfolgende Selbstzerstörung⁹⁸⁷. Diese ergab sich für Kelly nun allerdings nicht aus dem unheilvollen Wirken einer Sekte von Todesanbetern, sondern aus dem technokratischen Machbarkeitswahn, der Hybris des Prometheus, die zur exponentiellen Steigerung der destruktiven Potentiale führen und diese früher oder später auch aktivieren mußte. Prometheus entpuppte sich somit als Pandora. Gleichfalls teilte Kelly das strikt dualistische Weltbild von Richter, Sölle, Berrigan und Sternstein⁹⁸⁸.

Christa Wolf wiederum charakterisierte die eingetretene Entartung der technischen Zivilisation in bemerkenswerter Analogie zu Kelly und Sölle:

Diese Raketen und diese Bomben sind ja entstanden als die genauesten und deutlichsten Produkte, als genauester und deutlichster Ausdruck des Entfremdungssyndroms der Industriegesellschaft, die mit ihrem „schneller, besser und mehr“ alle anderen Werte diesem „Wert“ der Effektivität untergeordnet haben, die die Masse von Menschen in ein entwirklichtes Scheinleben hineingezwungen und die besonders die Naturwissenschaften in den Dienst genommen haben. Ihre „Wahrheit“, d. h. Fakten als die Wahrheit anerkennen heißt: Was nicht meßbar, wiegbar und verifizierbar ist, das ist so gut wie nicht vorhanden.⁹⁸⁹

Hier wurden über die Systemgrenzen hinweg zivilisationskritische Analysen erstellt, die im Osten bei Wolf und Bahro nicht anders aussahen als im Westen bei Sölle, Grass und Kelly. Der als unmenschlich empfundenen, objektiven Wirklichkeit der Naturwissenschaften wurde ein ‚menschlicher‘, radikal subjektiver Wirklichkeitszugang entgegengesetzt⁹⁹⁰. Vor der im Inneren ge- und erfüllten Wahrheit konnte der

⁹⁸⁶ Kelly, Petra: Die Abrüstung beginnt in den Köpfen! In: Gerosa, *Große Schritte wagen*, S. 55.

⁹⁸⁷ Ebd., S. 55 f.

⁹⁸⁸ Richter, *Aktivistin*, S. 117.

⁹⁸⁹ Wolf, Christa: Rede bei der „Berliner Begegnung zur Friedensförderung“. In: Behrens, Katja: *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984. S. 39.

⁹⁹⁰ Die Vertreter des humanistischen Sozialismus wendeten den *homo mensura*-Satz dabei vom Deskriptiven ins Normative: „Geschichte und Wirklichkeit dürfen nicht objektiv festgelegt sein, sondern müssen zum Ende hin offen bleiben.“ Ankum, Katharina von: *Die Rezeption von Christa Wolf in Ost und West: Von „Moskauer Novelle“ bis „Selbstversuch“*. (Amsterdamer Publikationen zur Sprache und Literatur, Bd. 98) Amsterdam und Atlanta 1992. S. 130. Dabei hat man in dieser Betonung der Subjektivität, die – selbstverständlich in jeweils etwas anderer Akzentuierung – bei Dorothee Sölle, Petra Kelly und Christa Wolf auffällig im Vordergrund stand, ein allgemeines Merkmal radikalhumanistischer Mentalität zu sehen. Auch die „Politik der ersten Person“, welche ein bekanntes Merkmal der

Wahrheitsanspruch bloßer Fakten keinen Bestand haben. Erneut erwies sich die Alternativbewegung in ihrem Kult des Lebens, ihrer Vernunftkritik und ihrer „rein subjektbezogenen Weltansicht“⁹⁹¹ als eine zutiefst neoromantische Bewegung⁹⁹². Wie schon anhand des Antimaterialismus zeigte sich in diesem Antiobjektivismus, daß eine Interpretation, welche die Technikfeindlichkeit der Alternativen lediglich aus etwaigen Ängsten vor konkreten Technikfolgen heraus erklärte, viel zu oberflächlich verfuhr.

Der zweite für die alternativen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre eminent wichtige Theoretiker war der bereits erwähnte Erich Fromm. So rezipierte beispielsweise Erhard Eppler Fromm ausführlich und pries ihn in seinem Buch *Wege aus der Gefahr* als den wichtigsten Vordenker einer neuen, humanistischen Idealgesellschaft⁹⁹³. Seine Philosophie des kosmischen Gegensatzes von Haben und Sein; von dem der Liebe zum Lebendigen, der Biophilie, einerseits, zur Liebe zum Toten, der Nekrophilie, andererseits, erwies sich als prägend für die Alternativbewegung. In der Entwicklung seines Nekrophilie-Begriffes, den von verschiedenen Vordenkern der Friedensbewegung übernommen wurde, schlug Fromm dabei einen höchst folgenreichen Bogen⁹⁹⁴. Dieser Terminus bezeichnete üblicherweise eine bestimmte Art sexueller Perversion, bei der sich das sexuelle Begehren auf Leichen richtete. Fromm erweiterte dies zunächst dahingehend, daß er die Nekrophilie auf ein Sich-hingezogen-Fühlen zu allem Nicht-Lebendigen ausweitete⁹⁹⁵, also nicht nur eine sexuelle, sondern eine allgemeine Attraktion, und nicht nur zu toten Körpern, sondern zu jeder Art von unbelebter Materie. Der doch eigentlich elementare Unterschied vom ehemals Lebendigen zum von vornherein Unbelebten, also zwischen Leichen und Gegenständen, wurde von Fromm dabei vollständig ignoriert. Nekrophile Men-

Neuen Sozialen Bewegungen darstellte, war somit ein Phänomen, welches seine Wurzeln in dieser spezifischen Form der Ontologie hatte. Vgl. des weiteren Baumer, Franz: *Christa Wolf*. (Köpfe des 20. Jahrhunderts, Bd. 110) Berlin 1996.

⁹⁹¹ Schnädelbach, Herbert: Über Irrationalität und Irrationalismus. In: Ders.: *Vernunft und Geschichte: Vorträge und Abhandlungen*. Frankfurt a. M. 1987. S. 64.

⁹⁹² Vgl. ebd., S. 64-73.

⁹⁹³ Eppler, *Wege aus der Gefahr*, S. 130-134.

⁹⁹⁴ Zu einer kurzen Zusammenfassung des Fromm'schen Nekrophiliebegriffes und seinem Bezug zum Friedensproblem vgl. Fromm, Erich: Zur Theorie und Strategie des Friedens. In: Schatz, Oskar (Hrsg.): *Der Friede im nuklearen Zeitalter: Eine Kontroverse zwischen Realisten und Utopisten*. München 1970. S. 19-33.

⁹⁹⁵ Vgl. Fromm, Erich: *Anatomie der menschlichen Destruktivität*. (Erich-Fromm-Gesamtausgabe, hrsg. von Rainer Funk, Bd. VII) Stuttgart 1980. S. 295-334.

schen „seien von Gewalt und Zerstörung fasziniert, liebten alles Mechanische“⁹⁹⁶ und versuchten, alles Lebendige zum Ding zu machen. Nekrophil seien daher beispielsweise das *Futuristische Manifest* Marinettis sowie der Faschismus, dessen spanische Variante ja ganz offen den Slogan geführt hatte: *Viva la muerte!*, es lebe der Tod⁹⁹⁷. Jürgen Hardeck wies in diesem Zusammenhang auf den aktuellen radikalen Islamismus hin, dessen Vertreter erklärt hatten: „Ihr liebt das Leben, wir aber lieben den Tod.“⁹⁹⁸

Entscheidend war nun die letzte Wendung des Fromm'schen Nekrophiliebegriffs: Danach lag Nekrophilie vor, wann immer „technische Geräte, ein Auto, ein Fotoapparat (ein Computer, könnte man heute hinzufügen) zum Ersatz für ein Interesse am Leben, an den Mitmenschen, der Natur und der eigenen Entwicklung“⁹⁹⁹ würden. Und damit war Nekrophilie mit Materialismus gleichgesetzt. Wer sich also oft und gern mit technischen Geräten und Apparaten beschäftigte, seien es Autos, Uhren, die erwähnten Computer, oder auch, so mußte man schließen, mit so vollständig harmlosen Dingen wie Briefmarken oder Modelleisenbahnen, anstatt sich sozialen Beziehungen zu widmen, in denen nach Vorstellung des Radikalhumanismus die wahren Lebensinteressen bestanden, der war nekrophil, und damit krank. Immerhin schränkte Fromm den Nekrophilie-Begriff insoweit ein, als nicht jeder, der sich leidenschaftlich, etwa als Ingenieur, für die Konstruktion von Maschinen interessiere, deswegen schon nekrophil sei. Krank werde eine solches Interesse erst dann, wenn es das Interesse für Lebendiges, also andere Menschen, Natur und Kunst verdränge¹⁰⁰⁰.

Als praktizierender Psychoanalytiker, der Fromm stets auch war, entwickelte er diesen Nekrophilie-Begriff unter anderem anhand einiger Traumdeutungen. Insbesondere die letzte der insgesamt sieben Deutungen gab eine zum Konzentrat verdichtete Beschreibung davon, wie Fromm die moderne technische Zivilisation sah:

Die Bedeutung ist folgende: [...] Die schöne moderne Stadt [des Traums, Anm. T.W.] ist tot; es gibt darin weder Tiere noch Menschen. Eine machtvolle Technik saugt den Menschen das Leben (Blut) aus und verwandelt es in Elektrizität. Als der Träumende versucht, in die elektrischen Kabel hineinzuschneiden (vielleicht um sie zu zerstören), wird er von dem herausspritzenden Blut durchnäßt – so als ob er einen Mord begangen hätte. Im Schlaf hat der

⁹⁹⁶ Hardeck, Jürgen: *Erich Fromm: Leben und Werk*. Darmstadt 2005. S. 191.

⁹⁹⁷ Ebd. Gleichfalls Fromm, *Theorie und Strategie*, in Schatz, Friede, S. 29.

⁹⁹⁸ Hardeck, *Fromm*, S. 191.

⁹⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰⁰ Fromm, *Anatomie* (GA VII), S. 311.

Träumer eine Vision von der toten, völlig technisierten Gesellschaft, eine Vision von einer Klarheit und einem künstlerischen Empfinden, wie wir sie bei Blake oder auf einem surrealistischen Gemälde finden könnten. Im wachen Zustand weiß er jedoch nur wenig von dem, was er „weiß“, wenn er, wie im Schlaf, dem Lärm des *ungesunden* Menschenverstandes (common *nonsense*) unseres Alltags nicht ausgesetzt ist.¹⁰⁰¹

Die Verwandtschaft dieses von Fromm als so paradigmatisch empfundenen Traumes zu verschiedensten anderen Dystopien des späten 20. Jahrhunderts, etwa den ‚grauen Herren‘ Endes oder auch den Maschinen der *Matrix*-Filmtrilogie, liegt auf der Hand. Vor allem das Motiv des Vampirismus, also des Lebens-Diebstahls, war ihnen allen gemeinsam. Die Maschinen waren in dieser Weltdeutung nicht Werkzeuge, sondern Feinde der Menschheit, eifersüchtig auf das ihnen fehlende Leben¹⁰⁰².

¹⁰⁰¹ Ebd., S. 305.

¹⁰⁰² „Die Bedeutung [der Übertragung von Konstruktionsaufgaben an Computer] liegt darin, daß das Wissen, das vorher Teil des Bewußtseins des Konstrukteurs war – *sein* Wissen, das er jeden Abend mit nach Hause nahm und das Teil seiner beruflichen Qualifikation, also auch der Entlohnung, war – diesem Konstrukteur weggenommen, von einer Maschine – dem Computer – absorbiert und verdinglicht worden ist und nun dem Eigentümer der Maschine, dem Unternehmer, gehört. Damit hat sich der Unternehmer mit Hilfe der Maschine einen Teil des Arbeiters selbst angeeignet – nicht mehr nur den Mehrwert, der sich in den Produkten vergegenständlicht. Wir können daher sagen, daß der Arbeiter ‚Leben‘ auf die Maschine übertragen hat – und je mehr er der Maschine gibt, desto weniger bleibt ihm selber.“ Cooley, Mike: *Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod: Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion. Das Beispiel Lucas Aerospace*. Reinbek bei Hamburg 1982. S. 15.

III. DIE PERSPEKTIVEN DER RETTUNG

1. Die Utopie der gewaltfreien Gesellschaft

Alle unter uns auftretenden Gegensätze, Gesinnungen und Ideale messen wir in grandioser Pedanterie mit dem durch die absolute Ethik der Ehrfurcht vor dem Leben geeichten Maße. Gelten lassen wir nur, was sich mit der Humanität verträgt.

Albert Schweitzer: Kultur und Kritik.¹⁰⁰³

a) *Frieden als Leitbegriff gesellschaftlicher Ordnung*

Wenn also die Bedrohung durch die tiefe Verdorbenheit der bestehenden Zivilisation eine so umfassende und grundsätzliche war; wenn der technische Fortschritt in der Konkurrenzgesellschaft zwangsläufig zu mit immer zerstörerischen Waffen geführten Kriegen und damit unfehlbar zur Selbstvernichtung der Menschheit führen mußte, dann konnte es letztlich nur *eine* wirkliche Perspektive der Rettung geben, die darin liegen mußte, die gesamte menschliche Zivilisation auf ein grundlegend neues Fundament zu stellen. Exemplarisch formulierte dies beispielsweise Klaus Vack in seiner Prozeßerklärung vor dem Amtsgericht Schwäbisch Gmünd, als er sagte, die „Probleme der Menschheit durch Verschleuderung von Ressourcen, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, Hunger und Tod in weiten Teilen der Welt, Hochrüstung und Kriegsgefahr“ könnten nur durch „eine neue Gesellschaftsordnung des Friedens, der Gerechtigkeit und der Respektierung der Menschenrechte gelöst werden“¹⁰⁰⁴. Indem er diese Schlußfolgerung zog, reihte sich der Pazifismus in die utopischen und – im weitesten Sinne – revolutionären Bewegungen ein.

¹⁰⁰³ Zitiert nach: Jens, Walter: Hippokrates und Holocaust: Von der Verantwortung der Wissenschaft in finsterner Zeit. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985. S. 110.

¹⁰⁰⁴ Vack, Klaus: Für eine konkrete menschliche Utopie! In: Vack, Hanne; Vack, Klaus (Hrsg.): *Mutlangen – unser Mut wird langen! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wg. „Nötigung“*. 4. Aufl. Sensbachtal 1987. S. 81.

Im Streit um den NATO-Doppelbeschluß wurde damit von der Friedensbewegung (wenn auch sicher unbewußt) die programmatische Ausrichtung aufgenommen, die Erich Fromm ihr bereits 1968 vorgezeichnet hatte:

Ich glaube, daß die Friedensbewegung [...] nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie über sich selbst als Friedensbewegung hinausweist und zu einer Bewegung des radikalen Humanismus wird, wenn sie imstande ist, an den ganzen Menschen zu appellieren – an den Menschen, der unter dem Mangel an Lebendigkeit leidet, den diese Industriegesellschaft schafft, wenn sie eine Vision einer neuen Gesellschaft und eines neuen Menschen zeigen kann. [...] In langer Sicht kann nur eine radikale Veränderung der Gesellschaft die Bedingung für einen dauernden Frieden sein.¹⁰⁰⁵

Diese doppelte Grundhaltung eines radikalen Humanismus und eines holistischen Ansatzes war für die gesellschaftskritischen Standpunkte der Friedensbewegung bestimmend. Ihren Ausdruck fand sie vor allem im spezifischen Friedensbegriff der Bewegung, genauer gesagt dem ihrer genuin pazifistisch orientierten Mitglieder. Diese lehnten die konventionelle, staatsrechtlich-formale Definition des Friedens kategorisch ab. Ihrer Auffassung nach mußte echter Friede vielmehr umfassend qualitativ bestimmt sein. Im Aufruf zu den Herbstaktionen 1983 hieß es beispielsweise, Frieden bedeute

[...] mehr als die Abwesenheit von Krieg zwischen Staaten. Frieden ist ein Prozeß für Gerechtigkeit, für Verminderung und Beseitigung von Not, Elend und Gewalt, die Abschaffung rassistischer, religiöser, wirtschaftlicher, sozialer und sexistischer Unterdrückung und Diskriminierung, die Gewährleistung der Menschenrechte und des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen.¹⁰⁰⁶

Der bereits zitierte Aufruf zu den Osteraktionen 1984 in Mutlangen führte, obwohl von einer ganz anderen Gruppe von Aktivisten erstellt, fast gleichlautend aus:

Nach wie vor steht unser Widerstand gegen die neuen Raketen im Vordergrund unserer Aktivitäten. Doch er geht zugleich darüber hinaus. Wir begreifen Frieden viel umfassender: als einen wechselseitigen Prozeß zwischen friedvollen Menschen in einer friedlichen Gesellschaft ohne Gewalt, Feind-

¹⁰⁰⁵ Referat Erich Fromms im Rahmen des IV. Salzburger Humanismusgesprächs auf Schloß Klesheim bei Salzburg, 1968. Veröffentlicht als: Fromm, Erich: Zur Theorie und Strategie des Friedens. In: Schatz, Oskar (Hrsg.): *Der Friede im nuklearen Zeitalter: Eine Kontroverse zwischen Realisten und Utopisten*. München 1970. S. 33.

¹⁰⁰⁶ Rundbrief Nr. 1 des Koordinationsausschusses für die Herbstaktionen vom 1. Juli 1983. ASBB Box 4.5.6, Mappe 1983 II.

bilder, Einschränkungen der Menschenrechte, soziale Not, Unterdrückung, Zerstörung der Natur.“¹⁰⁰⁷

Beide Friedensdefinitionen wurden in weit zirkulierenden Aktionsaufrufen veröffentlicht und fanden somit große Verbreitung. Daneben gehörte es aber auch für die vielen kleinen Friedensinitiativen zum Standardprogramm ihrer politischen Arbeit, sich auf einen gemeinsamen Friedensbegriff zu verständigen. Ein bemerkenswertes Beispiel dieser Diskussion an der Basis der Friedensbewegung stellte die Bestimmung des Friedens durch einige Mitglieder der Gruppe ‚Frauen für den Frieden‘ dar. Sie schrieben, dieser sei „kein statischer Endpunkt von irgendeiner Entwicklung, sondern Frieden ist für uns die Möglichkeit, daß lebensbejahende Prozesse laufen können“¹⁰⁰⁸. Damit wurde die für die Friedensbewegung so charakteristische, enge semantische Koppelung von Frieden und Leben ein weiteres Mal vorgenommen.

Dieser Friedensbegriff hatte somit nicht so sehr das Verhältnis zwischen Staaten, als vielmehr den inneren Aufbau der Gesellschaft zum Inhalt. Er bildete sowohl den obersten, als auch den aufgrund seiner umfassenden Definition letztlich einzigen normativen Bezugspunkt, dem alle Merkmale einer wünschenswerten Gesellschaftsordnung eingeprägt wurden. Während die zitierten Friedensvorstellungen nun im zwar ehrgeizigen, aber noch begrenzten Sinne einer möglichst vollständigen Verwirklichung der Menschenrechte im Rahmen der bestehenden Gesellschaftssysteme verstanden werden konnten, lag für die radikaleren der Friedensaktivisten der Fluchtpunkt aller Perspektiven der Rettung in der Utopie einer idealen Gesellschaft. Aus der allumfassenden Natur der Bedrohung leiteten sie einen gleichermaßen allumfassenden Rettungsauftrag ab. Damit folgte aus ihrer Problemanalyse ein politischer Gestaltungsanspruch, der *alle* gesellschaftlichen Bereiche einschloß.

Im Unterschied etwa zum Marxismus verband der Pazifismus seine Utopie dabei nicht mit einem Neologismus wie dem der ‚klassenlosen Gesellschaft‘, sondern versuchte, den gemeinsprachlichen Grundbegriff des Friedens im Sinne seines utopischen Programms umzuformen. Diese Strategie bot zum einen besonders gute Möglichkeiten, die eigenen Vorstellungen in den öffentlichen Diskurs einzubringen und so die politischen Gestaltungsansprüche zu legitimieren. Zum anderen machte sie es

¹⁰⁰⁷ ASBB Box 4.5.7, Mappe I.

¹⁰⁰⁸ Anlage zum Briefwechsel zwischen Alice Schwarzer und Heidemarie Langer, ASBB Box 4.4.1, Frauen für den Frieden: Flugblätter und Broschüren.

dem politischen Gegner unmöglich, das Fahnenwort und damit das Projekt der Friedensbewegung einfach rundheraus zurückzuweisen. Vielmehr sah sich das politische Establishment gezwungen, in eine semantische Auseinandersetzung um den Begriff des Friedens einzutreten. Indem die Pazifisten diesem einen weit anspruchsvolleren Gehalt als dem konventionellen Friedensbegriff zugordneten, wurde jener mitsamt den von ihm bezeichneten politischen Zuständen als uneigentlicher Friede abqualifiziert, der diese Bezeichnung in Wahrheit gar nicht verdiene. Der qualifizierte Friedensbegriff nahm dagegen die Gestalt der angestrebten Gesellschaft in sich vorweg¹⁰⁰⁹ und forderte durch das solcherart bewußt geschaffene Spannungsverhältnis zwischen Begriff und Wirklichkeit ihre Realisierung ein.

Implizite Vorbedingung eines solchen Unternehmens war es, Gesellschaft überhaupt als bis in die Fundamente hinein gestaltbar zu betrachten. Diese von der Alternativbewegung nachdrücklich vertretene Grundthese motivierte die scharfen Angriffe gegen den von konservativer Seite vielfach bemühten Begriff des ‚Sachzwangs‘, der die Grenzen der Gestaltbarkeit betonte¹⁰¹⁰. Sowohl in Bezug auf die Sicherheitspolitik als auch die sozioökonomische Grundordnung wurden die Friedensbewegung und die politische Linke insgesamt nicht müde zu betonen, *alle* gesellschaftlichen Verhältnisse seien – den entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt – beliebig veränderbar¹⁰¹¹. Von alternativer Seite wurde somit der von ihr vielfach kritisierten Techniqueuphorie ein spiegelbildlicher politischer Gestaltungsoptimismus entgegengesetzt. Wo die einen glaubten, jeder gewünschte Weltzustand ließe sich technologisch herstellen, glaubten die anderen, jede beliebige Gesellschaftsordnung politisch verwirklichen zu können. Das bei den Alternativen so beliebte Schlagwort vom „Machbarkeitswahn“ fiel somit auf sie selbst zurück. Ihre politischen Konzeptionen erwiesen sich als stark voluntaristisch geprägt: Denn wenn man davon ausging, daß die konkrete Funktions- und soziale Organisationslogik derjenigen Prozesse, die der

¹⁰⁰⁹ Zu dieser semantischen Strategie vgl. Koselleck, Reinhart: *Vergangene Zukunft: Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. 8. Aufl. Frankfurt a. M. 2013. S. 113.

¹⁰¹⁰ So vor allem durch Erhard Eppler in ders., *Wege*.

¹⁰¹¹ Mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen. So schrieb etwa Hans Magnus Enzensberger im Kursbuch 5, die gesellschaftliche Evolution sei ebenso unvorhersehbar wie die natürliche, die Gesetze der Geschichte seien nach wie vor unbekannt, politisches Handeln erreiche daher niemals sein angestrebtes Ziel. Die Projekte des 19. Jahrhunderts seien alle miteinander falsifiziert worden, die positiven Utopien befänden sich in einer tiefen Krise. Diese nachdrückliche Absage Enzensbergers an jede Art von Gesellschaftsarchitektur und Sozialtechnik fand allerdings in der Alternativbewegung keine Beachtung. Diese hielt unbeirrbar an ihrem Glauben an die unbegrenzten Möglichkeiten des Politischen fest.

Herstellung der materiellen Lebensgrundlagen dienten, weitgehend irrelevant war, ihr gelingender Ablauf also keine spezifische Form gesellschaftlicher Organisation voraussetzte, so folgte daraus, daß die Struktur der Gesellschaft einzig und allein durch den Willen der sie bildenden Individuen bestimmt wurde. Damit postulierten die Alternativen, die entscheidende Sphäre sei die des Bewußtseins. Es komme vor allem darauf an, richtig zu denken; die materielle Wirklichkeit werde dem schon folgen. In umgekehrter Perspektive folgte daraus auch, daß die Wurzeln aller konkreten Mißstände der gesellschaftlichen Wirklichkeit im falschen Denken und Sich-Verhalten der Individuen lagen. Die Friedensbewegung war daher in ihrem Gesellschafts- und Geschichtsverständnis entschieden idealistisch: Für sie bestimmte immer das Bewußtsein das Sein.

Dementsprechend war es nach Vorstellung der Friedensbewegung weder wünschenswert noch überhaupt notwendig, die gesellschaftliche Transformation durch eine Eroberung staatlicher Macht zu bewerkstelligen. Zwar wurde die angestrebte Veränderung des öfteren als Aufstand beschrieben¹⁰¹², dessen wesentliche Elemente jedoch die Gewaltlosigkeit und die Verweigerung – mit dem Begriff Herbert Marcuses: die Große Weigerung – gegenüber dem alten System sein sollten, verbunden mit der Annahme einer neuen Lebensweise. Dieser Doppelschritt aus bewußter Selbstveränderung des Individuums und ostentativer Distanzierung zur etablierten Lebensweise, welcher über bloßen Protest weit hinausging, galt als Modell für alle Politikfelder. So schrieb Joseph Huber in Bezug auf die Ökologiebewegung: „Alternative Lebensstile, als Selbstveränderung des persönlichen Alltagslebens, sind die notwendige Ergänzung einer ökologischen Systemveränderung.“¹⁰¹³ Alfred Mechttersheimer verlangte nach einer neuen Sicherheitspolitik, die sich durch Verweigerung erzwingen lasse: Eine durch den Widerstand der Bevölkerung bewirkte Verhinderung der Pershing II-Stationierung könne ein erster Schritt auf dem Weg zur völligen Räumung der Bundesrepublik von Atomwaffen sein¹⁰¹⁴. Und Dorothee Sölle

¹⁰¹² So vor allem von Theodor Ebert, einem der führenden pazifistischen Theoretiker. Der Titel seiner zunächst 1968 erschienenen einschlägigen Abhandlung lautete entsprechend: *Gewaltfreier Aufstand: Alternative zum Bürgerkrieg*. Hier zitiert nach der ergänzten Neuauflage, Waldkirch 1981.

¹⁰¹³ Huber, Joseph: *Wer soll das alles ändern: Die Alternativen der Alternativbewegung*. Berlin (West) 1980. S. 13.

¹⁰¹⁴ Mechttersheimer, Alfred: Rüstungsverweigerung statt Rüstungskontrolle: Wie die Friedensbewegung in das atomare Wettrüsten eingreifen kann. In: Jens, Walter (Hrsg.): *In letzter Stunde: Aufruf zum Frieden*. München 1982. S. 89 f.

beschwor aus pazifistischer Perspektive die „Sanfte Kirche“, die die Gesellschaft verändern sollte. Dabei spräche sie, so Sölle,

nicht von Weihnachtsfeiern, sondern von gewöhnlichen Pazifisten. Von militanten Peaceniks, die nein sagen zum Töten auf jeder Ebene. Nein zur Absicht des Tötens oder dem Auf-Menschen-zielen-Lernen; nein zur Forschung, die dem dient (das sind in den USA zur Zeit 51 Prozent aller Wissenschaftler, die an die große Tötungsmaschine angeschlossen sind und sie bedienen); nein zur finanziellen Absicherung der Tötungskapazitäten. Ein militantes Nein ist es, von dem ich träume: Verweigerung, Sabotage, Résistance – das wäre eine sanfte Kirche.¹⁰¹⁵

Nicht zuletzt propagierte der Slogan „Stell Dir vor, es ist Krieg und niemand geht hin“ die Verweigerung der Teilnahme an von der Obrigkeit angeordneten Kriegen. Bemerkenswert war an diesen Verweigerungsstrategien, daß sie die angestrebten Veränderungen entsprechend der staatskritischen Ausrichtung der Bewegung allein durch eine mobilisierte Zivilgesellschaft herbeizuführen suchten.

Die alternative Revolution setzte damit prinzipiell auf der Ebene der Individuen an¹⁰¹⁶. Die neue Gesellschaft würde nicht durch die Machteroberung einer Avantgarde sowie der nach dieser Machteroberung erst eigentlich beginnenden gesellschaftlichen Umgestaltung entstehen, sondern durch graduelle Transformation. Nachdem sich das neue Denken weit genug ausgebreitet hätte und somit die kritische Masse an politischem Willen zur Veränderung erreicht wäre, würden die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen von ganz allein absterben. Während des Streits um die Stationierung wurden einige konkrete Versuche unternommen, das Konzept der Verweigerung in die politische Praxis umzusetzen, so vor allem durch die Kampagne zur Verweigerung von Rüstungssteuern. Daneben lief seit längerer Zeit die hauptsächlich von der DFG-VK getragene Bewegung der Wehrdienstverweigerer mit ihrer radikalen Variante der Totalverweigerer. Diese lehnten auch eine indirekte Unterstützung militärischer Planungen durch Leistung des Wehersatzdienstes ab. Die Veranstalter der Oster-Friedensaktionen 1984 richteten in ihrem Aufruf eine ganze Kette von Aufforderungen zur Verweigerung an die Bevölkerung¹⁰¹⁷: Jeder sollte prinzipiell den

¹⁰¹⁵ Sölle, Dorothee: Brief an eine Freundin. In: Duve, Freimut; Böll, Heinrich; Staack, Klaus (Hrsgg.): *Kämpfen für die Sanfte Republik: Ausblick auf die achtziger Jahre*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 14.

¹⁰¹⁶ Zur Geschichte dieses Konzeptes in der Gesellschaftskritik des 19. und 18. Jahrhunderts vgl. Bollenbeck, Georg: *Eine Geschichte der Kulturkritik: Von Rousseau bis Günther Anders*. München 2007. S. 151.

¹⁰¹⁷ ASBB, Box 4.5.7. I.

Kriegsdienst verweigern, Frauen ihre Heranziehung zu Hilfsdiensten, Schwesternhelferinnen den Sanitätsdienst, Arbeiter und Angestellte die Rüstungsproduktion, die Beschäftigten im Gesundheitswesen die Zivilschutzübungen und die Lehrer den Wehrkundeunterricht. Die Autoren stellten abschließend fest, die Liste von Aspekten des Militarismus, denen es sich zu verweigern gelte, ließe sich endlos fortsetzen; jeder solle daher für sich überlegen, inwieweit er zum Militärapparat direkt oder indirekt beitrage, und wo er sich somit verweigern könne. Eine besonders tiefgreifende Form nahm die Verweigerungsstrategie schließlich in dem von Radikalfeministinnen propagierten Gebärstreik an.

In der Betonung der Notwendigkeit individueller Selbstreform als des eigentlichen Prozesses gesellschaftlicher Transformation trafen sich, wie von Sontheimer festgestellt, religiöse mit politischen Denkformen. So bezeichnete Rudolf Bahro den Prozeß individueller wie kollektiver Umkehr aus neo-marxistischer Sicht als Pointe eines angemessenen Revolutionsbegriffes¹⁰¹⁸. Darin stimmte er mit Dorothee Sölle überein, die als christlich-sozialistische Theologin dem Begriff der Umkehr¹⁰¹⁹ einen ebenso zentralen Platz zuwies¹⁰²⁰. Voraussetzung dieses in seinen Ergebnissen revolutionären, seinem Ablauf nach evolutionären Prozesses war es, einer möglichst großen Menge von Menschen die Verderblichkeit des bestehenden Systems und die Notwendigkeit einer radikalen Kursänderung überhaupt erst einmal bewußt zu machen¹⁰²¹, woraus die zentrale Bedeutung der von Günther Anders entworfenen List Noahs, der Vertauschung der Zeiten, abermals ersichtlich wurde.

Damit erfüllte die Friedensbewegung ein zweites Kriterium, welches es erlaubt, sie als prophetische Bewegung zu kennzeichnen. Der erste Aspekt dieser Charakteristik bestand in der von den Propheten vorgenommenen Enthüllung der Zukunft. Was die Propheten von den ebenfalls mit Zukunftswissen ausgestatteten Orakeln unterschied, war ihre Rolle als politisch aktiv Handelnde, welche in die Gesellschaft hinein

¹⁰¹⁸ Bahro, Rudolf: *Wahnsinn mit Methode: Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sonjettunion und die DKP*. Berlin 1982. S. 5.

¹⁰¹⁹ Von der Theologin Sölle offenkundig verstanden im Sinne des griechischen Begriffs der *metanoia*, der einen grundlegenden Wandel des Denkens und in dessen Folge auch des Lebens bezeichnet. Die Bekehrungsgeschichte des Saulus/Paulus ist das bekannteste Beispiel.

¹⁰²⁰ Vgl. Sölle, Dorothee: *Leben als Umkehr*. In: Luhmann, Hans Jochen; Neveling, Gundel (Hrsgg.): *Deutscher Evangelischer Kirchentag Hamburg 1981: Dokumente*. Stuttgart und Berlin 1981. S. 327-337.

¹⁰²¹ Zu dieser Kombination aus reformistischer Strategie und revolutionären Zielen bei den Grünen vgl. Markovits, Andrei S.; Gorski, Philip S.: *Grün schlägt Rot: Die deutsche Linke nach 1945*. Hamburg 1997. S. 183.

intervenierten. In solch einer prophetischen Intervention bestand das Projekt der Friedensbewegung. Rudolf Bahro führte etwa 1982 aus, man müsse sich

auf die reale, keineswegs jenseitige Funktion besinnen [...], die die prophetische Anrufung Gottes immer in apokalyptischen Situationen hatte: als autoritativer und visionärer Appell zur radikalen Sinnesänderung, zum Bruch mit den todbringenden Gewohnheiten, die uns dazu zwingen, alles mitzuspielen[...]. Es käme darauf an, Inhalt, Charakter, Stil einer solchen Anrufung auf die Höhe der Zeit zu bringen.¹⁰²²

In dieser Selbstbestimmung lag ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen pazifistischer und marxistischer Revolutionskonzeption: Denn während für Marx der Untergang des Kapitalismus an seinen eigenen Widersprüchen die unabdingbare Voraussetzung für die Geburt der neuen Gesellschaft und daher nach Möglichkeit zu beschleunigen war, so mußte nach Meinung der Friedensbewegung die Umgestaltung der Gesellschaft gerade deswegen erfolgen, um die Zuspitzung der Widersprüche des bestehenden Systems und dessen Zusammenbruch in einer nuklearen Allvernichtung zu verhindern.

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß sich die gravierenden Differenzen in der Strategie der Alternativbewegung zu derjenigen der Kommunisten und Sozialisten bereits in den politischen und sozialen Konzeptionen abgezeichnet hatten, die von Gandhi im Zuge der Erringung der Unabhängigkeit Indiens entwickelt worden waren. Gandhi selbst stand dabei wiederum in Tradition zu denselben geistigen Vorvätern, namentlich Thoreau und Tolstoi¹⁰²³, wie die späteren europäischen und amerikanischen Alternativen. Damit war Gandhis Denken neben seiner Verankerung im Hinduismus wesentlich durch eine genuin europäische Tradition geprägt, was die starke Resonanz seiner Ideen im Westen mit erklärte: Es handelte sich dabei zu einem Gutteil um nichts anderes, als um einen Re-Import europäischen kulturkritischen Denkens. Wie Dietmar Rothermund feststellte, waren „seine Vorstellungen [...] denen der Sozialisten diametral entgegengesetzt: Auch Gandhi wollte soziale Gerechtigkeit erreichen, aber mit Mitteln der individuellen Überzeugung und nicht mit einer gewaltsamen Systemveränderung.“¹⁰²⁴ Auch die Modernisierung Indiens

¹⁰²² Bahro, Rudolf: Bahro, Rudolf: *Wahnsinn mit Methode: Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sowjetunion und die DKP*. Berlin (West) 1982. S. 36

¹⁰²³ Vgl. Weber, Thomas: *Gandhi as Disciple and Mentor*. Cambridge 2004. S. 38-45.

¹⁰²⁴ Rothermund, Dietmar: *Mahatma Gandhi: Eine politische Biographie*. 2. Aufl., München 1997. S. 340.

hätte nach Gandhis Vorstellung ganz anders ablaufen sollen, als sie es dann tatsächlich tat:

Nehru vertraute auf eine soziale und ökonomische Revolution von oben. Der säkulare Nationalstaat war für ihn die moralische Anstalt, die die Emanzipation der Massen gewährleisten sollte. Gandhi hätte das für eine Utopie gehalten und entgegnet, daß der Staat nicht besser sein könne als die Masse seiner Bürger und daß man den Staat von unten nach oben aufbauen müsse und nicht umgekehrt.¹⁰²⁵

Vor allem entwickelte Gandhi das Prinzip der Nicht-Kooperation, das auf die Erringung von *swaraj*, Unabhängigkeit, abzielte. Dies war zunächst ganz praktisch als Erringung wirtschaftlicher Unabhängigkeit durch den Aufbau einer eigenständigen Produktion gedacht. In Gandhis Fall bezog sich dies insbesondere auf das Spinnen von Garn, das er unermüdlich sowohl propagierte als auch selbst betrieb, um die Abhängigkeit Indiens von britischen Textilimporten zu beenden¹⁰²⁶. Die Friedensbewegung eignete sich dieses Prinzip der Nicht-Zusammenarbeit sowohl in Form des Zivilen Ungehorsams wie auch der Sozialen Verteidigung an, durch die ein Besatzungsregime durch die Verweigerung der Kooperation gewaltlos zum Rückzug gezwungen werden sollte.

b) *Die gewaltlose Gesellschaft nach Johan Galtung*

Während des Streits um die Stationierung gab es kaum Versuche, die Gestalt einer friedlichen Gesellschaft genauer auszuarbeiten, da sich die pazifistisch orientierten Intellektuellen vor allem darum bemühten, die verheerenden Konsequenzen der ihrer Ansicht nach gewaltträchtigen Gesellschaftsstrukturen durch entsprechende Dystopien aufzuzeigen. Daher wurden positive Vorstellungen eines gewaltfreien Zusammenlebens in diesen Jahren weniger in Form von Texten entwickelt, als vielmehr in der Lebenspraxis pazifistischer Gemeinschaften. Die Friedensbewegung konnte aber auf bereits vorhandene theoretische Konzeptionen zurückgreifen, deren bekannteste

¹⁰²⁵ Ebd., S. 487. In frappierender Übereinstimmung zu Gandhi hatte mit Friedrich Schiller bereits einer der wichtigsten Vertreter der kulturkritischen Tradition gefordert, es gelte, „statt einer Verfassung zunächst Menschen für eine Verfassung zu schaffen.“ Bollenbeck, *Kulturkritik*, S. 142.

¹⁰²⁶ Vgl. Rothermund, *Gandhi*, S. 175-198.

von dem norwegischen Friedensforscher Johan Galtung stammte. Er entwickelte die Gestalt einer gewaltfreien Gesellschaft ex negativo, indem er durch den von ihm geprägte Begriff der „strukturellen Gewalt“ diejenigen gesellschaftlichen Phänomene definierte, die in ihr *nicht* auftreten dürften¹⁰²⁷. Sein Konzept war für die Kritische Friedensforschung von zentraler Bedeutung und wurde auch von der Friedensbewegung aufmerksam rezipiert; um so mehr, als Galtung sich aktiv an der Debatte um die Stationierung beteiligte¹⁰²⁸. Viele von Galtungs Ideen gingen überdies in den Kanon gesellschafts- und insbesondere kapitalismuskritischen Denkens ein. Sie tauchen daher auch in aktuellen Gesellschaftsentwürfen immer wieder auf¹⁰²⁹.

Galtungs Definition lautete: „Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, daß ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potentielle Verwirklichung.“¹⁰³⁰ Das Kriterium der gewaltlosen Gesellschaft war demnach nicht etwa die nachhaltige Aufhebung physischer Gewalt, sondern die Optimierung der gesamten Lebensbedingungen. Galtungs Leitbild bestand in der idealistischen Vorstellung eines gänzlich geglückten Daseins, des ‚guten Lebens‘, womit implizit die Vorstellung einherging, daß es die grundsätzliche Aufgabe von Politik sei, die gesellschaftliche Wirklichkeit diesem höchst anspruchsvollen Maßstab anzugleichen. Demgegenüber galt ihm jede nicht idealistisch orientierte Politik von vornherein als verfehlt.

‚Gewalt‘ war nun derjenige Teil der Diskrepanz zwischen Realität und Ideal¹⁰³¹, der durch menschliches Handeln oder Unterlassen verursacht wurde. Durch seine Fokussierung auf die optimale Ausbildung der menschlichen Potentiale war Galtungs Konzept eng mit dem klassischen idealistischen Bildungsbegriff verwandt, der allerdings im radikalhumanistischen Denken eine Wendung ins Rigoristische erfuhr, das kein geringeres Ziel als die „Perfektion der Humanität“ (Rüdiger Bubner) gelten ließ.

¹⁰²⁷ Galtung, Johan: *Strukturelle Gewalt: Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung*. Reinbek bei Hamburg 1975. Für eine ausführliche Studie über Galtungs Gesamtwerk vgl. Lawler, Peter: *A Question of Values: Johan Galtung's Peace Research*. Boulder (Colorado) und London 1995.

¹⁰²⁸ Galtung, Johan: *Es gibt Alternativen!: Vier Wege zu Frieden und Sicherheit*. Opladen 1984.

¹⁰²⁹ So ähnelt etwa die Konzeption einer postkapitalistischen Gesellschaft von Robert und Edward Skidelsky in ganz auffällender Weise derjenigen Johan Galtungs. Vgl. Skidelsky, Robert; Skidelsky, Edward: *Wie viel ist genug: Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens*. München 2013.

¹⁰³⁰ Galtung, *Strukturelle Gewalt*, S. 9.

¹⁰³¹ Herbert Marcuse, dessen Gedankengänge deutliche Gemeinsamkeiten mit denen Galtungs aufwiesen, sprach von der „schmerzhaften Differenz von Potentialität und Aktualität“. Marcuse, Herbert: *Der eindimensionale Mensch: Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. (Soziologische Texte, Bd. 40) Neuwied und Wien, 2. Aufl. 1967. S. 143.

Galtungs Entwurf bestand somit im Kern aus der semantischen Strategie, eine zentrale Forderung des Deutschen Idealismus und der aus ihm hervorgegangenen kulturkritischen Tradition¹⁰³² zum Kriterium für die Legitimität von Gesellschaften zu erheben, indem ihre Nichterfüllung als Gewalt definiert und somit als verwerflich erklärt wurde.

Der Begriff der strukturellen Gewalt wies dementsprechend mehrere tiefgreifende Unterschiede zum herkömmlichen Gewaltbegriff auf. Erstens verlor er seinen auf physische Handlungen begrenzten Bedeutungsgehalt und wurde mit dem weit allgemeineren Begriff der Schädigung gleichgesetzt. Galtungs hauptsächliche Intention galt der Erweiterung des Gewaltbegriffs um die soziale Ungerechtigkeit, wobei er vor allem die Abhängigkeit der Lebenserwartung von der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht im Blick hatte. Nach seiner Definition mußte darüber hinaus aber jede Art von Rechtsverletzung unabhängig von ihrer konkreten Erscheinungsform als Gewalt gewertet werden, also beispielsweise auch Betrug oder Diebstahl. In einem zweiten Schritt erweiterte Galtung dann auch den Begriff der Schädigung, indem er diesen nicht nur auf konkrete, positiv gegebene Rechte, sondern auf das erwähnte theoretische Potential bezog. Damit wurde jede Form einer allgemeinen sozialen Benachteiligung, beispielsweise in Gestalt schlechterer Bildungschancen, mit körperlichen Verletzungen gleichgesetzt¹⁰³³. Die strukturelle Gewalt wies zwar nicht den spektakulär ereignishaften Charakter auf, der der physischen Gewalt zu eigen war, hatte nach Galtung aber absolut vergleichbare Konsequenzen: eine erhebliche Minderung von Lebensqualität und -dauer.

¹⁰³² Vgl. Bollenbeck, *Kulturkritik*, S. 78, S. 86-93 sowie S. 141-143.

¹⁰³³ Anders ausgedrückt, wurde dadurch die althergebrachte Grundforderung moralischen Handelns, das *neminem laedere*, auf das Verbot ausgeweitet, das Potential eines Anderen einzuschränken. Streng genommen war diese Forderung unerfüllbar. Man konnte beispielsweise mit Heraklit argumentieren, daß jeder physische Körper, indem er einen bestimmten Ort im Raum einnahm, schon durch seine bloße Existenz unabdingbar das Potential aller anderen verminderte, da er ihnen die Möglichkeit nahm, sich ebenfalls an diesem Ort aufzuhalten. Während dieser auf einer sehr abstrakten Ebene operierende Einwand im Kontext der Überlegungen Galtungs zunächst einmal unangebracht erscheinen mochte, ließ sich durch ihn doch aufzeigen, wie nahe sich das Verbot einer Potentialeinschränkung an der Aporie bewegte. Der Gedanke Heraklits war bei näherem Hinsehen auch nicht gar so weltfremd, denn genau um die Frage, inwieweit jemand das Potential eines Anderen im Hinblick auf seine freie Fortbewegung dadurch einschränkte, daß er einen bestimmten Platz im Raum einnahm, ging es ja in den Mutlanger Nötigungsprozessen. Vgl. auch Lübke, Weyma: *Neminem laedere? Zur Zukunft der Handlungsfolgenverantwortung*. In: Neumann, Ulfrid; Schulz, Lorenz (Hrsgg.): *Verantwortung in Recht und Moral: Referate der Tagung der deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie vom 2. bis zum 3. Oktober 1988 in Frankfurt am Main*. (ARSP Beiheft 74) Stuttgart 2000. S. 73-84.

Darüber hinaus verstand Galtung nicht nur eine aktive Handlungsweise als Gewalt, obwohl der von ihm verwandte Terminus der Beeinflussung dies zunächst vermuten ließ. Während dies im klassischen Verständnis immer notwendigerweise der Fall war, bestand die Pointe von Galtungs Gewaltbegriffes gerade darin, daß diese in Gestalt gesellschaftlicher Strukturen auftrat. Die Bestimmung von Gewalt als von einem spezifischen Individuum begangener *Tat* wurde aufgegeben und Gewalt als stetig reproduzierter *Zustand* begriffen, welcher in der Hauptsache aus anonymen sozialen, ökonomischen und politischen Prozessen resultierte. Beim ausübenden Subjekt der strukturellen Gewalt handelte es sich daher nicht um einen oder mehrere eindeutig identifizierbare Täter¹⁰³⁴, sondern um schlechthin alle Mitglieder einer Gesellschaft, sofern sie zur Aufrechterhaltung des gewalttätigen Status quo beitrugen; sei es durch aktive Handlungen, sei es durch bloße Hinnahme. Die Bekämpfung von Gewalt war somit a priori nicht als Abwehr individueller Gewalttäter, sondern als Gestaltung von Gesellschaft definiert¹⁰³⁵.

Konkret konnte wirklicher Friede nur dann bestehen, wenn zunächst einmal die soziale Situation aller Menschen in Bezug auf Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung, medizinische Versorgung etc. dem nach der aktuellen technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstufe möglichen Höchststand entsprach. Dieser Standard war dabei nicht lokal oder regional, sondern global definiert. Demnach hätte echter Friede zunächst einmal nach dem Ende jeder wirtschaftlichen Benachteiligung der Dritten Welt durch die Industriestaaten verlangt, womit es aber bei weitem noch nicht getan gewesen wäre. Galtung betrachtete bereits das bloße Vorhandensein von Armut als Skandal. Sein Konzept faßte Ungleichheit und Ungerechtigkeit im wesentlichen als Synonyme auf und verlangte daher nach der Errichtung einer radikal egalitären Weltgesellschaft. Nach seinem Gewaltbegriff wäre ein sofortiger und umfassender Transfer von Gütern und Technologien in die Entwicklungsländer moralisch kategorisch geboten gewesen. Ergänzend schlug Galtung die Einrichtung einer weltweiten humanitären Dienstleistungsorganisation vor, in der sich junge Menschen für eine bessere Umwelt und soziale Entwicklung engagieren sollten. Dieser internationale Sozialdienst sollte nach seinem Dafürhalten den Wehrdienst ersetzen und seine

¹⁰³⁴ Galtung, *Strukturelle Gewalt*, S. 11-14.

¹⁰³⁵ „Die ‚permanente Revolution‘, nicht die ‚Feuerwehr‘, wird zum Hauptparadigma für Aktionen gegen Gewalt, d. h. für Friedensaktion.“ Galtung, *Strukturelle Gewalt*, S. 46.

Ableistung verpflichtend vorgeschrieben sein¹⁰³⁶. Wie diese Forderungen deutlich machten, setzte Galtungs Konzept zwingend ein globales Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschheit voraus, eine allgemein verbreitete „Vorstellung von der Welt als einer Welt“¹⁰³⁷, welches zunächst einmal mit der Aufspaltung des Globus in zwei feindliche Machtblöcke völlig unvereinbar war, darüber hinaus aber auch eine Aufteilung der Welt in nur für sich selbst verantwortliche Nationalstaaten ausschloß. Bereits hier wurde deutlich, daß ein zentraler Aspekt des pazifistischen Programms in der Ausschaltung oder zumindest der weitgehenden Bändigung des Eigeninteresses als primärer Handlungsmotivation bestand¹⁰³⁸.

Darüber hinaus zeichnete sich in solchen Projekten ein für den Radikalhumanismus bezeichnendes, perfektionistisches Moralverständnis ab. Galtungs Definition der Gewalt ließ keinerlei Proportionalität zwischen der Intensität der persönlichen Verbindung bzw. der räumlichen Entfernung zweier Individuen und ihrer gegenseitigen moralischen Verpflichtung zu. Menschliches Leiden ging alle Menschen auf der Welt, Nachbarn wie Fremde, gleichermaßen direkt an, ob es sich nun um lebensbedrohende Notfälle oder um soziale Benachteiligung handelte. Die Friedensbewegung wie auch die gesamte radikalhumanistisch orientierte Alternativbewegung nahm die Welt als einen überschaubaren, im Ganzen zu gestaltenden Raum war. Sie dachte im Vorstellungsrahmen einer *kleinen Welt*, während die Mentalität des auf den Nationalstaat bezogenen Konservatismus und Realismus viel eher von der Vorstellung einer *großen Welt* geprägt war. Der Gedanke einer globalen Gemeinschaft oder gar einer ‚Menschheitsfamilie‘ war ihr zunächst einmal ganz fremd. Auf Seiten der Alternativen ging die Wahrnehmung der Welt als eines einheitlichen Raumes mit der oft festzustellenden Neigung von Aktivisten wie beispielsweise Petra Kellys einher, sich von jedem Ereignis auf diesem Globus persönlich direkt betroffen zu fühlen. Da Galtung jedem Individuum die Pflicht zuwies, für das Gesamtwohl der Menschheit Sorge zu tragen, folgte aus seinem Konzept eine exponentielle Zurechnungs- und Verantwortungsexpansion¹⁰³⁹. Er erweiterte quasi den Straftatbestand der unterlassenen Hilfelei-

¹⁰³⁶ Galtung, Johan: Visionen einer friedlichen Welt. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Den Frieden denken: Si vis pacem, para pacem*. Frankfurt a. M. 1995. S. 415 f.

¹⁰³⁷ Galtung, *Visionen*, in Senghaas, *Frieden*, S. 387.

¹⁰³⁸ Was die Kritik der Marxisten am Pazifismus motivierte, da ihrer Meinung nach die Arbeiterklasse die Verfolgung ihres Klasseninteresses auf gar keinen Fall einstellen durfte.

¹⁰³⁹ Vgl. zu diesem Thema Lübke, Weyma: Handeln und Verursachen: Grenzen der Zurechnungsexpansion. In: Dies. (Hrsg.): *Kausalität und Zurechnung: Über Verantwortung in komplexen kulturellen Prozes-*

stung auf eine globale Ebene. Vor allem aber ließ seine Definition von Gewalt, indem sie kategorisch nur den Maßstab der optimalen Potentialverwirklichung gelten ließ, keinen Unterschied zwischen einem moralisch richtigen und einem darüber noch hinausgehenden, besonders lobenswerten Verhalten (Supererogation) zu. Die perfektionistische Moral betrachtete allein das moralische Maximum als akzeptablen Standard. Da dieser nur in einer humanistischen Idealgesellschaft verwirklicht werden konnte, stellte ihre Errichtung eine bindende moralische Verpflichtung dar.

Kritisiert wurde Galtungs Definition von Gewalt, von der dieser selbst einräumte, daß sie mehr Probleme als Antworten aufwerfe¹⁰⁴⁰, vor allem für die Schwierigkeiten, die sich aus ihr im Hinblick auf Fragen der Verteilungsgerechtigkeit ergaben, so etwa durch Hans Kammler, Ernst-Otto Czempel¹⁰⁴¹ und Iring Fetscher¹⁰⁴². Diese in der Tat äußerst gravierenden Probleme würden allerdings vom Thema dieser Untersuchung zu weit wegführen. Für die Mentalität der Friedensbewegung war dagegen vor allem die von Galtungs Theorie geforderte Gesellschaftsordnung relevant.

Von grundlegender Bedeutung war dabei seine Kapitalismuskritik, bei der er von der anthropologischen Fundamentalthese der Möglichkeit einer objektiven Unterscheidung zwischen vernünftigen und unvernünftigen Bedürfnissen ausging¹⁰⁴³. Diese war unverzichtbar, um die Argumentation zurückzuweisen zu können, in der kapitalistischen Produktionsweise würden immer nur diejenigen Güter hergestellt, die gekauft und folglich auch gewünscht würden¹⁰⁴⁴. Sie sei daher legitim. Eine Zensur der Konsumentenentscheidungen sei prinzipiell unzulässig, und, wie etwa die Prohibition in den USA gezeigt habe, auch gar nicht durchzusetzen. Galtung insistierte dagegen, daß es einen objektiven Maßstab für tatsächlich notwendige und überflüssige Güter gebe; daß also die Produktion wie auch der Konsum bestimmter Güter objektiv

sen. (Philosophie und Wissenschaft: Transdisziplinäre Studien, Bd. 5) Berlin und New York 1994. S. 223-242.

¹⁰⁴⁰ Galtung, *Strukturelle Gewalt*, S. 9.

¹⁰⁴¹ Vgl. Ferdowsi, Mir A.: *Der positive Frieden: Johan Galtungs Ansätze und Theorien des Friedens*. München 1981. S. 101-103 sowie ebd., Anmerkungen 41 und 42.

¹⁰⁴² Vgl. Fetscher, Iring: *Strukturelle Gewalt: Entstehung, Bedeutung und Funktion eines sozialwissenschaftlichen Modeworts*. In: Engel-Janosi, Friedrich; Klingenstein, Grete; Lutz, Heinrich (Hrsgg.): *Gewalt und Gewaltlosigkeit: Probleme des 20. Jahrhunderts*. (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 4) München 1977.

¹⁰⁴³ Galtung, *Visionen*, S. 397.

¹⁰⁴⁴ Zur Auseinandersetzung mit dieser Position aus alternativer Sicht vgl. Renn, Ortwin: *Die sanfte Revolution: Zukunft ohne Zwang?* Essen 1980. S. 36-38. Renn vertrat allerdings eine deutlich liberalere Linie als Galtung, indem er einer Bestimmung der Produktionsziele durch „eine Elite, durch eine öffentliche Körperschaft, durch eine Ideologie oder selbst durch die Mehrheit des Volkes“ eine klare Absage erteilte und somit für die Erhaltung der Individualwirtschaft plädierte.

falsch seien. Diese Auffassung erschien auf den ersten Blick einleuchtend und daher nicht sonderlich bemerkenswert. Tatsächlich enthielt sie aber weitreichende Implikationen, da sie sowohl eine objektive Vernunft als auch eine zweifelsfrei feststellbare menschliche Natur voraussetzte. Ihre konsequente Fortsetzung fand diese objektivistische Theorie der Wirtschaft in der Vorstellung von objektiv richtigen und objektiv falschen Lebensweisen, die zum Kernbestand der alternativen Weltansicht gehörte.

Mit den im vorangehenden Kapitel vorgestellten Konsumkritikern war Galtung nun einig, daß der Kapitalismus die unvernünftigen Bedürfnisse in großem Umfang künstlich wecke, um die Produktion der nur zu deren Befriedigung nötigen, eigentlich aber völlig überflüssigen Güter rechtfertigen zu können. Dadurch würden für die Befriedigung der wahren Bedürfnisse dringend benötigte Ressourcen verschwendet¹⁰⁴⁵. Es gelte: „Eine friedliche Weltwirtschaft setzt [...] eine gebrauchswertorientierte Neubestimmung der Prioritäten von Produktion und Distribution voraus.“¹⁰⁴⁶ Das Prinzip der Gewinnstrebens, welches dem Kapitalismus zugrunde lag, mußte aufgegeben und die Produktion aller Waren ohne Gebrauchswert eingestellt werden¹⁰⁴⁷, was bedeutet hätte, die nach Meinung der Konsumkritiker übergroße Vielfalt an Produkten drastisch zu reduzieren. Daß der Kapitalismus den Konsumenten dutzende Variationen von äußerlich verschieden aufgemachten, funktional aber praktisch gleichwertigen Gütern präsentierte (man denke etwa an Zahnpasta oder Waschmittel), war in ihren Augen irrational, ja geradezu absurd. Eine rational organisierte Wirtschaft konnte immer nur die Befriedigung der objektiven Bedürfnisse zur Aufgabe haben, wodurch vor allem das im Kapitalismus herrschende Paradigma des beständigen Wirtschaftswachstums aufgehoben worden wäre. Sobald die Produktionsleistung ein Niveau erreichte, das es erlaubte, alle materiellen Bedürfnisse zu befriedigen, hätte dieser Denkweise zufolge keinerlei Grund mehr bestanden, sie

¹⁰⁴⁵ Bereits Galtungs Vorbild Gandhi hatte in diesem Zusammenhang erklärt, jede Akkumulation von mehr persönlichem Besitz, als man zur Befriedigung seiner unmittelbaren Bedürfnisse benötige, sei Diebstahl. Vgl. Weber, *Gandhi as Disciple*, S. 210.

¹⁰⁴⁶ Galtung, *Visionen*, S. 400.

¹⁰⁴⁷ Peter von Oertzen schrieb in völliger Übereinstimmung mit Galtung, ökologische Wirtschaftsvorstellungen seien auf jeden Fall an den konkreten Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an Absatzchancen oder Gewinnerwartungen. Sie seien gebrauchswertorientiert und nicht tauschwertorientiert, somit objektiv antikapitalistisch. Es gelte, daß eine ökologisch orientierte Wirtschaft nicht im Bündnis mit dem Kapitalismus, sondern nur im Kampf gegen diesen verwirklicht werden könne. Oertzen, Peter von: Realität und Utopie: Über die politischen Möglichkeiten (und Gefahren) eines neuen Weges, in: Kelly, Petra K.; Leinen, Jo (Hrsgg.): *Prinzip Leben: Ökopax – die neue Kraft*. Berlin 1982. S. 144 f.

noch weiter zu steigern. Daß dies im Kapitalismus doch geschah, bewies nach Ansicht der Konsumkritiker ein weiteres Mal dessen pathologische Irrationalität¹⁰⁴⁸ und trug außerdem ursächlich zu den kriegsträchtigen Tendenzen jeder Konkurrenzökonomie bei. Damit stand Galtung in der Tradition der Kritischen Theorie und insbesondere Herbert Marcuses, der bereits vor den neueren Ökologiebewegungen verkündet hatte, der in den Industrienationen erreichte Lebensstandard sei kein geeignetes Entwicklungsmodell, wenn die Befriedigung der wahren menschlichen Bedürfnisse das Ziel sei. Vielmehr sei angesichts dessen, was dieser Standard aus Mensch und Natur gemacht habe, eine Reduktion der Überentwicklung zwingend notwendig¹⁰⁴⁹.

Eine ganze Reihe von Vordenkern der Friedensbewegung teilte Galtungs Ansichten. Unter ihnen legte Rudolf Bahro, ebenfalls ein entschiedener Verfechter der humanistischen Idealgesellschaft¹⁰⁵⁰, die Notwendigkeit einer neuen materiellen Selbstbeschränkung besonders prägnant dar. Seiner Ansicht nach war es aus ökologischen Gründen unumgänglich, die gesamte Weltwirtschaft in großem Maßstab gesundzuschumpfen:

Ethnographie, Kulturanthropologie und Geschichte haben belegt, daß die Würde des Menschen und die Verwirklichung seiner Anlagen jenseits eines Existenzminimums an keine allzu bestimmte Form der Bedürfnisbefriedigung gebunden ist. Es hat Gesellschaften gegeben, in denen die Mitglieder mit einem Bruchteil der Gebrauchsgegenstände, die uns heute in den spätindustriellen Ländern zur Verfügung stehen, weniger arm gewesen sind. Es gehört durchaus nicht zu den naturnotwendigen Bedürfnissen des Menschen, ein Auto zu fahren. Und die Konsequenzen des Autos z. B. für die Wohnverhältnisse in unseren Städten sind keine hinreichende Begründung für den modernen Massentourismus. Die Privilegien, die der durchschnittliche Mitteleuropäer oder Nordamerikaner als selbstverständlich für sich in Anspruch nimmt, haben fast alle die fatale Eigenschaft, nicht mehr mit der Zahl der Lebenden und der noch Ungeborenen multiplizierbar zu sein: Sie sind aktuell moralisch und mittelfristig auch materiell unhaltbar.

Wenn es wahr ist – wovor auch höchst intelligente Menschen interessiert die Augen verschließen –, daß die Erde endlich ist, dann müssen wir für den Bereich des materiellen Aufwands und der Umweltbelastung rasch und

¹⁰⁴⁸ So galt bereits – und gerade – bei Marx: „Revolution ist die tätige Veränderung eines irrationalen Zustands, in dem sich historisch ein höchst rationales Produktionssystem befindet.“ Bubner, Rüdiger: *Handlung, Sprache und Vernunft: Grundbegriffe praktischer Philosophie*. Frankfurt a. M. 1982. S. 110.

¹⁰⁴⁹ Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*, S. 253.

¹⁰⁵⁰ Vgl. Amberger, Alexander: *Bahro – Harich – Havemann: Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR*. Paderborn 2014.

gründlich mit den Prinzipien des liberalen Individualismus Schluß machen. Sie kehren sich gegen die Humanität.¹⁰⁵¹

Noch stärker betonte Wolfgang Sternstein die Notwendigkeit der Angleichung aller Besitzverhältnisse und eines Ausstiegs aus dem Industrialismus:

Der *Ausgleich* zwischen Reich und Arm, Mächtig und Machtlos, Hoch und Niedrig, Gebildet und Ungebildet muß an erster Stelle der Prioritätenliste stehen. [...] *Überfluß und Mangel sind dem Menschen gleichermaßen unzutüchtig*. Sie machen ihn krank und verhindern die Entfaltung seiner moralischen und geistigen Kräfte. [...] Wir müssen folglich wählen zwischen der hochindustrialisierten Klassengesellschaft und einer weitgehend klassenlosen, herrschaftsfreien Gesellschaft auf der Basis einer im Wesentlichen bäuerlichen und handwerklichen Produktionsweise. Ein Drittes gibt es nicht.¹⁰⁵²

Die Rettung lag mithin in einem weitgehenden Verzicht auf materiellen Wohlstand, aus dem ein Gewinn an ökologischer Nachhaltigkeit, an sozialem Zusammenhalt und spiritueller Erfüllung folgen würde. Weniger Besitz würde zu einem besseren Leben führen. Gleichzeitig war nach Ansicht von Pazifisten wie Galtung, Bahro, Sternstein und vielen anderen die Abschaffung des Kapitalismus die unumgängliche Voraussetzung für dauerhaften und echten Frieden.

Auch die von Christa Wolf entworfene, innerhalb des Rahmens ihrer *Kassandra*-Erzählung zwar dem Untergang geweihte, aber für künftige Zeiten erneut herbeigesehnte Utopie wies diese Charakteristika auf, wie Corinne Viergutz und Heiko Holweg in ihrer diesbezüglichen Studie herausarbeiteten:

Einfach und arm ist die Existenz der Bergbewohner in Bezug auf Ernährung und Kleidung. Offensichtlich nähren sie sich im Wesentlichen vom „prallen Leben“, da die Früchte, die sie ernten, den Außenstehenden, die in der Zitadelle wohnen, vorbehalten sind. Zudem scheint es an dieser Stelle so, als ob die Mitglieder der Skamander-Gemeinschaft höchstens einfachste Bekleidungsstücke tragen, da auch die von ihnen gewebten Stoffe abgegeben werden. Dennoch fehlt den Ida-Berg-Bewohnern nichts, „Singen“, „Reden“, „Heiterkeit“ und „Beten“ reicht ihnen zum Lebenserhalt, mehr noch: Während die Welt um sie herum erkrankt ist und dahinsiecht, gedeiht und erblüht die materiell lediglich mit dem Notwendigsten versorgte Gegenwelt. Die ma-

¹⁰⁵¹ Bahro, Rudolf: *Wahnsinn mit Methode: Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sowjetunion und die DKP*. Berlin 1982. S. 13.

¹⁰⁵² Sternstein, Wolfgang: *Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit*. Norderstedt 2005. S. 328 f. Hervorhebungen wie im Original.

teruell asketische Existenzweise scheint jene Menschen in metaphysische Sphären zu entheben.¹⁰⁵³

An dieser Stelle sei auch noch einmal auf die von Günter Grass geforderte „neue Askese“ verwiesen, die seiner Hoffnung nach die Menschen „schlanker und schöner“ machen werde¹⁰⁵⁴; eine etwas eigenartige Bemerkung von einem Dichter, in dessen Werken das lukullische Element eine so herausragende Rolle spielte.

Während also der Kapitalismus alle Entscheidungen über die Warenproduktion den Individuen überließ, die kapitalistische Ökonomie mithin grundsätzlich *anarchisch* strukturiert war, vertrat der radikale Humanismus die Vorstellung objektiv gültiger Normen, aus denen die gesamte Gesellschaftsordnung abzuleiten sei. Wie Herbert Marcuse dazu kategorisch feststellte, konnte einzig „eine Denk- und Handlungsweise, die darauf abzielt, Unwissenheit, Zerstörung, Brutalität und Unterdrückung zu verringern“¹⁰⁵⁵ als rational gelten. Somit wurde der Rationalität ein unaufhebbarer Wertbezug eingeschrieben. An diesem Maßstab wurde alles, wie von Albert Schweitzer im eingangs angeführten Zitat formuliert, mit „grandioser Pedanterie“ gemessen. Da der liberale Individualismus sich in radikalthumanistischer Perspektive, wie von Bahro festgestellt, gegen die Humanität richtete, schied er als gesellschaftliches Ordnungsprinzip aus. Während das Individuum im Liberalismus ganz selbstverständlich das Recht hatte, sein Eigeninteresse zu verfolgen und in seinem Leben, falls dies sein Wunsch war, vor allem den Erwerb materieller Güter anzustreben, da ja aus den *private vices* der *public benefit* erwuchs, war dies für die humanistisch-sozialistischen Theoretiker völlig inakzeptabel. Eine solche Freiheit stand dem Einzelnen ihrer Ansicht nach nicht zu, da, so Marcuse, die Verfolgung seiner „partikularen Interessen [...] die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse und die Entfaltung der menschlichen Anlagen verhindern“¹⁰⁵⁶. Im gleichen Sinne schrieb Erhard Eppler, die von ihm geforderte neue Ethik werde eine „Ethik der Selbstentfaltung“ sein, nicht jedoch die einer „egoistischen Selbstverwirklichung mit den Ellbogen, die zum Erbe eines Vulgärliberalismus“ gehöre¹⁰⁵⁷. Sie werde „insofern sozialistisch sein, als sie individuellen

¹⁰⁵³ Viergutz, Corinna; Holweg, Heiko: „Kassandra“ und „Medea“ von Christa Wolf: *Utopische Mythen im Vergleich*. Würzburg 2007. S. 39.

¹⁰⁵⁴ Vgl. Zimmermann, Harro: *Günter Grass unter den Deutschen: Chronik eines Verhältnisses*. Göttingen 2006. S. 391.

¹⁰⁵⁵ Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*, S. 157.

¹⁰⁵⁶ Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*, S. 245.

¹⁰⁵⁷ Eppler, Erhard: *Wege aus der Gefahr*. Reinbek bei Hamburg 1981. S. 132.

Besitz nicht als Maßstab gelten“ lassen, ihn vielmehr „als Hindernis für Selbstentfaltung in der Gemeinschaft verstehen“ werde¹⁰⁵⁸.

Da eine nicht durch einen starken Gemeinwohlbezug gebundene Freiheit in dieser Perspektive nur zu Egoismus und Konkurrenz führen konnte, bezog sich die Friedensbewegung nur selten positiv auf Freiheit als Wert. So schrieb das Komitee für Grundrechte und Demokratie, bei der Freiheit, welche mit der Parole von „Frieden in Freiheit“ gemeint sei, handele es sich lediglich um „die Freiheit zu weiterer Herrschaft, zu weiterer Ungleichheit und Ausbeutung“¹⁰⁵⁹. Darüber hinaus mußte aus der falschen Freiheit der Konkurrenzgesellschaft notwendigerweise stets Krieg hervorgehen, waren Kapitalismus und Friede unvereinbar. Folglich hatte sich echte Freiheit immer den Werten von Gleichheit und Brüderlichkeit, von Altruismus und Friedfertigkeit unterzuordnen. Damit verwarf der radikale Humanismus den Wert der Freiheit nicht per se, sondern entwarf das alternative Konzept einer kommunitär gefaßten Freiheit, die sich im menschlichen Miteinander – und nur dort – verwirklichen sollte.

Die immer mitzudenkende, jedoch nie explizit formulierte Voraussetzung einer im radikalhumanistischen Sinne vernünftigen Gesellschaftsordnung lag vor allem darin, daß Rationalität mit *Ordnung* gleichgesetzt wurde, eine vernünftige Gesellschaft mithin nur als geordnete Gesellschaft überhaupt denkbar war. Das im Kapitalismus herrschende, als irrational wahrgenommene Chaos der jeweils nur für sich handelnden Individuen mußte gebändigt werden. Und damit war Gesellschaft in dieser Perspektive kein zwar durch Staatsangehörigkeit, Recht, politische Institutionen und Sprache hergestellter, ansonsten aber nur höchst allgemeiner Zusammenhang, in dem die Individuen in ihren Weltsichten, Werten und Lebensentwürfen hochgradig voneinander abweichen konnten. Vielmehr wurde Gesellschaft immer als eine sich selbst bewußt gestaltende Gemeinschaft gedacht. Wie alle Utopien träumte auch die pazifistische den Traum von der großen Einheit. Sie imaginierte eine an einem *einzigem* Paradigma ausgerichtete Gesellschaft und setzte somit als unverzichtbare Bedingung ihrer selbst immer die Einheitlichkeit des Denkens voraus.

¹⁰⁵⁸ Ebd., S. 133.

¹⁰⁵⁹ Komitee für Grundrechte und Demokratie: *100 Thesen zu Frieden und Menschenrechten*. Sensbachtal, 3. Aufl. 1985 (Selbstverlag). These 49, S. 36.

Besonders deutlich trat der Glaube an die unbegrenzten Möglichkeiten gesellschaftlicher Selbstgestaltung bei Johan Galtung hervor, wenn er als Beispiel eines gesellschaftlichen Konfliktes die sich gegenseitig ausschließenden Wünsche nach Industrialisierung einer-, und Beibehaltung der Großfamilie andererseits anführte¹⁰⁶⁰. Indem er eine Lösung durch einen von der gesamten Gesellschaft geführten Diskussionsprozeß vorschlug, implizierte er, derartige sozioökonomische Umwälzungen seien die Ergebnisse bewußter Entscheidungen, welche vom Kollektiv der Gesellschaft getroffen würden oder zumindest getroffen werden könnten. Damit schrieb er Gesellschaften in geradezu naiver Weise eine Fähigkeit zur bewußten Selbststeuerung zu, die sie in der geschichtlichen Wirklichkeit nie hatten.

Noch stärker als die von ihm zur Befriedigung der materiellen Bedürfnisse angestrebte Wirtschaftsordnung war Galtungs Auffassung der sozialen, psychischen und spirituellen Bedürfnisse durch fixe normative Vorgaben geprägt. Zur Klärung der Frage, ob und inwieweit in einer Gesellschaft noch strukturelle Gewalt gegeben sei, war es unverzichtbar, neben den materiellen und sozialen auch die geistigen Potentiale der Menschen genau zu bestimmen, um etwaige Defizite feststellen zu können. Galtung selbst konzidierte, daß dies ein höchst problematischer Punkt sei¹⁰⁶¹. Anstatt ihn direkt selbst anzugehen, fragte er zunächst danach, welche Instanz denn berechtigt sei, die zu verwirklichenden geistigen Potentiale für die jeweilige Gesellschaft festzulegen. Wie Kurt Röttgers anmerkte, gab es hier drei Möglichkeiten: Dies konnte durch gesellschaftlichen Konsens geregelt werden, durch die Individuen selbst erfolgen, oder aber aus überzeitlichen Quellen des Normativen wie göttlichen Offenbarungen oder dem Naturrecht abgeleitet werden¹⁰⁶².

Galtung versuchte zunächst einmal, einen Mittelweg zwischen der ersten und der zweiten Möglichkeit zu beschreiten. Er setzte dabei einerseits den jeweiligen allgemeinen Konsens als definitorischen Maßstab¹⁰⁶³. So sei die Fähigkeit des Lesens und Schreibens weithin hochangesehen, die Annahme des christlichen Glaubens stelle dagegen nur für bestimmte Menschen einen Wert dar¹⁰⁶⁴. Andererseits sah er es aber,

¹⁰⁶⁰ Galtung, *Strukturelle Gewalt*, S. 132.

¹⁰⁶¹ Galtung, *Strukturelle Gewalt*, S. 10.

¹⁰⁶² Röttgers, Kurt: Andeutungen zu einer Geschichte des Redens über die Gewalt. In: Rammstedt, Otthein (Hrsg.): *Gewaltverhältnisse und die Ohnmacht der Kritik*. Frankfurt a. M. 1974. S. 223.

¹⁰⁶³ Galtung, *Strukturelle Gewalt*, S. 10.

¹⁰⁶⁴ Womit Galtung, nebenbei bemerkt, kulturelle Fertigkeiten und Religionen miteinander gleichsetzte.

wie Mir Ferdowsi ausführte, als zentrales Element der Selbstverwirklichung an, daß das jeweilige Individuum „das Subjekt dieser Befriedigung, nicht nur das Objekt zu sein“¹⁰⁶⁵ habe. Eine Festlegung der zu verwirklichenden Potentiale allein durch eine übergeordnete Instanz schied somit aus, und zwar selbst dann, wenn diese durch einen Mehrheitsbeschluß legitimiert war.

Allerdings stellte sich selbst in dem Fall, daß ein echter gesellschaftlicher Konsens bestand, der von allen Individuen geteilt wurde, das Problem, daß dieser ein falscher, d. h. ein Selbstverwirklichung blockierender und den Individuen durch Indoktrination aufgezwungener sein konnte. Eine Gesellschaft, in der beispielsweise Frauen von der politischen Teilhabe ausgeschlossen waren, konnte, wenn dies in ihren kulturellen Traditionen verankert und daher allgemein akzeptiert war, weder durch Rückgriff auf einen Konsens noch durch die Individuen selbst kritisiert werden. In diesem Fall wurden beide vorgenannte Methoden zur Bestimmung der zu verwirklichenden Ziele dysfunktional. Strukturelle Gewalt konnte dann nicht mehr erkannt werden; bzw. wären Handlungsweisen, die weder durch die Gesellschaft noch durch die Individuen als Gewalt definiert wurden, auch einfach keine Gewalt gewesen¹⁰⁶⁶. Nach Galtungs Ansicht war es allerdings inakzeptabel, solche kulturell institutionalisierten Diskriminierungsverhältnisse aus der Kritik zu entlassen und sich damit auf die Position eines Wertelerativismus zurückzuziehen. Er erklärte ausdrücklich, daß keineswegs alle Kulturen als gleich gut oder gleich schlecht gelten könnten¹⁰⁶⁷. Galtungs anfangs eingenommene neutrale Haltung in der Frage der Bestimmung der geistigen Potentiale entpuppte sich damit als lediglich vordergründig. Tatsächlich führte er unter der Hand einen universellen Bewertungsmaßstab ein, an dem kulturelle Normen gemessen wurden, der in dem aus der europäischen Aufklärung hervorgegangenen humanistischen Ideal bestand. Was diesem Maßstab nicht entsprach, war zu verwerfen, ganz gleich, ob es in der jeweiligen Kultur einen Konsens darstellte oder nicht. Damit lief Galtungs Bestimmung von Selbstverwirklichung tatsächlich auf die dritte Möglichkeit der Festlegung hinaus, nämlich durch apriorische normative Setzung. Über die Basis-

¹⁰⁶⁵ Ferdowsi, *Der positive Frieden*, S. 104.

¹⁰⁶⁶ „In einer *statischen* Gesellschaft wird personale Gewalt registriert werden, wohingegen strukturelle Gewalt als etwa ebenso naturgegeben betrachtet werden könnte wie die Luft, die uns umgibt.“ Galtung, *Strukturelle Gewalt*, S. 16.

¹⁰⁶⁷ Galtung, *Visionen*, S. 402.

normen konnte es keinerlei begründeten Dissens geben. Sie standen als absolute moralische Wahrheiten unverrückbar fest.

Um nun keinerlei Zweifel darüber aufkommen zu lassen, worin die wahren menschlichen Bedürfnisse bestünden, legte Galtung seine diesbezüglichen Auffassungen in einem Bedürfniskatalog nieder. Besonders aufschlußreich war die darin enthaltene Kategorie der „Identität“, die über praktische Fragen wie Alphabetisierung weit hinausgehende Punkte wie Kreativität, Freude, Glück, Sinn des Lebens, Zuneigung, Liebe, Sexualität, Gemeinschaft mit anderen Menschen und Partnerschaft mit der Natur umfaßte¹⁰⁶⁸. Wurden diese Bedürfnisse nicht erfüllt, so galt das Negativkriterium der Entfremdung als gegeben, was nach Galtung eine Erscheinungsform von Gewalt darstellte. Allerdings beruhte die Zusammenstellung seines Kataloges auf keinem empirischen oder sonstwie operationalisierten Verfahren. Im Grunde gab er lediglich Galtungs subjektive Meinung wieder.

Die Radikalität des Ansatzes lag vor allem darin, daß Galtung die qualitativen Kriterien des Friedens derart anspruchsvoll definierte, daß ihnen nur eine ideale Gesellschaft hätte gerecht werden können. Es war kaum vorstellbar, wie etwa die Erfüllung eines „Bedürfnisses nach Liebe“ oder eines „Bedürfnisses nach einer erfüllten Sexualität“ in der Praxis für alle Menschen hätte garantiert werden können; von einem „Bedürfnis nach Glück“ ganz zu schweigen¹⁰⁶⁹. Ungeachtet dessen setzte Galtung jede Rechtsverletzung mit Gewalt gleich und postulierte zudem, jeder Mensch habe das *natürliche Recht auf die vollständige Erfüllung seiner Bedürfnisse*, sodaß die Begriffe ‚Recht‘ und ‚Bedürfnis‘ austauschbar seien¹⁰⁷⁰. Die bei radikalhumanistisch gesinnten Akteuren des öfteren zu beobachtende Tendenz, das Konzept der Menschenrechte um immer neue Elemente zu erweitern, wurde von Galtung somit zu ihrem logischen Endpunkt geführt. Indem er die genannten Punkte in seinen Bedürfniskatalog aufnahm, entwickelte er den Begriff des Friedens zu einem Synonym für einen Zustand vollkommener Bedürfnisbefriedigung, in dem es den Menschen weder materiell, noch emotional, noch geistig an irgend etwas mangelte. Daß Galtungs Konzept

¹⁰⁶⁸ Ferdowsi, *Der positive Frieden*, S. 109.

¹⁰⁶⁹ Nota bene: Galtung sagte nicht, eine gewaltfreie Gesellschaft solle die *Chance* eröffnen, diese Bedürfnisse zu erfüllen, sondern die Bedürfniserfüllung mußte tatsächlich gewährleistet werden.

¹⁰⁷⁰ „Rechte können [...] ebenso Bedürfnisse ausdrücken, wie man andererseits alle menschlichen Bedürfnisse in eine Form von Rechten kleiden könnte, die von entsprechenden sozialen Institutionen zu gewährleisten wären.“ Galtung, Johan: Menschliche Bedürfnisse – Brennpunkt für die Sozialwissenschaften. In: Blum, Fred; Galtung, Johan; Kapp, K. William; et al.: *Sozialwissenschaften - wozu?* (Magazin Brennpunkte, Bd. 8) Frankfurt a. M. 1977. S. 103.

damit auf einer naturrechtlichen Konzeption aufbaute, also auf der vormodernen Vorstellung einer objektiven normativen Ordnung, und darüber hinaus im Ausmaß seiner Ansprüche nicht mehr zu überbieten war, stellte seine wohl gravierendsten Schwachpunkte dar. Andererseits waren es gerade diese Eigenschaften, die seinen Entwurf für radikale Humanisten so attraktiv machten, da er kategorisch das non plus ultra an verwirklichter Humanität einforderte.

Die Verwirklichung aller geistigen Potentiale setzte selbstverständlich auch die Befreiung des Menschen von entfremdeter Arbeit voraus, woraus sich eine starke Ähnlichkeit zwischen Galtungs gewaltloser und Marx' klassenloser Gesellschaft ergab¹⁰⁷¹. In der Tat hätte man aus marxistischer Perspektive argumentieren können, nach Galtungs Definition sei Ausbeutung eines der Negativkriterien einer strukturell gewaltsamen Gesellschaft. Da Ausbeutung immer bestünde, solange es ein Privateigentum an Produktionsmitteln gäbe – also Kapitalismus prinzipiell ein Gewaltverhältnis darstelle –, müsse dieses zunächst abgeschafft werden, um zu einer gewaltfreien Gesellschaft zu gelangen. So schrieb beispielsweise Theodor Ebert: „Ich möchte [...] davon ausgehen, daß die Geschichte nach dem Grundmuster des Klassenkampfes interpretiert werden kann und daß es konkret in der Bundesrepublik um die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln als einer unverzichtbaren Voraussetzung humaner und friedlicher Gesellschaftsordnung geht.“¹⁰⁷² Nun war Galtung freilich kein Marxist. Vielmehr waren hier zwei verschiedenen Denkansätze zu ähnlichen Ergebnissen gelangt, weil beide denselben Ausgangspunkt hatten. Wenn der „Gebrauch von Menschen als bloßen Maschinen und Werkzeugen“ der Menschenwürde fundamental widersprach, wie Kant es in seiner Friedensschrift festgestellt und als Konsequenz das Berufssoldatentum abgelehnt hatte¹⁰⁷³, so galt dies selbstverständlich ebenso, wenn der Mensch in der kapitalistischen Wirtschaft zur bloßen ökonomischen Leistungseinheit reduziert wurde. Sowohl Marxismus wie Pazifismus standen in dieser Tradition humanistischer Kapitalismuskritik¹⁰⁷⁴.

¹⁰⁷¹ Zu Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen Marx und Gandhi aus pazifistischer Sicht vgl. Sternstein, *Mein Weg*, S. 323-329.

¹⁰⁷² Ebert, Theodor: *Soziale Verteidigung. Band II: Formen und Bedingungen des zivilen Widerstands*. 2. Aufl., Waldkirch 1983. S. 47.

¹⁰⁷³ Kant, Immanuel: *Zum ewigen Frieden*. Dritter Präliminarartikel.

¹⁰⁷⁴ In Marx' Denken findet sich „eine Argumentationsfigur mit normativen Geltungsansprüchen, die aus der Welt des Bildungsbürgertums und des Neuhumanismus stammt [...]: Es ist die Vorstellung von der universellen Entwicklung der Individuen, von ‚vollseitig entwickelten Menschen‘ oder vom ganzen Menschen [...].“ Bollenbeck, *Kulturkritik*, S. 141 f.

Das radikalhumanistische Konzept einer gewaltlosen Gesellschaft bedingte somit eine neue Ausrichtung der staatlichen Institutionenordnung. Diese hatte nicht nur einen gesetzlichen Ordnungsrahmen bereitzustellen, sondern eine umfassende Daseinsfürsorge zu leisten, was auf die Aufhebung der Trennung zwischen Staat und Zivilgesellschaft hinauslief. Dem Staat kam als Agentur des utopischen Projektes eine viel aktivistischere Rolle zu, als dem von der bürgerlichen Gesellschaft geschiedenen, reinen Verwaltungsstaat¹⁰⁷⁵. Im utopischen Entwurf verschmolzen Staat und Gesellschaft zu einem neuen, einheitlichen Ganzen. Auch für die individuelle Lebensgestaltung mußten sich gravierende Konsequenzen ergeben. Zwar war es vordergründig Zweck der Galtung'schen Gesellschaft, die Freiheit des Individuums sicherzustellen, seinem Streben nach Glück nachzugehen, wie immer dieses auch aussehen möge. Galtung forderte explizit eine individualistische Ausrichtung der Gesellschaft, die zu einer möglichst großen Vielfalt individueller Lebensgestaltungen führen sollte. Unverzichtbar war aber die aktive Grundorientierung am egalitären und radikalhumanistischen Ideal. Dagegen war ein auf Karriere, materiellen Besitz und Konsum abgestelltes Leben nach Galtungs Verständnis eindeutig ein verfehltes. Durch diese Verpflichtung auf ein normatives Ziel gab Galtung den Individuen in ihrer Lebensgestaltung einen durchaus begrenzten Rahmen vor, wobei er es ihnen in guter idealistischer Tradition zur Pflicht machte, sich selbst auf das Ideal hin zu formen¹⁰⁷⁶. Das Projekt der gewaltfreien Gesellschaft bedingte mithin die Aufhebung der in Moderne und beginnender Postmoderne erfolgten Differenzierung, ja Fragmentierung der Gesellschaft in verschiedenste Formen der Lebensgestaltung und deren Rückführung in eine kommunitär verfaßte, für jedermann verbindliche Grundordnung. Dem „Polytheismus der Werte“ (Max Weber) setzte sie die Orientierung an einem einheitlichen Paradigma entgegen¹⁰⁷⁷, wodurch die ersehnte Ganzheit des Daseins wieder hergestellt werden sollte.

Da der radikale Humanismus dem Individuum somit einen ‚objektiven‘ Daseinszweck vorschrieb, litt die von ihm angestrebte Gesellschaft an demselben unaufheb- baren Widerspruch zwischen der Idee eines objektiv feststellbaren Guten und dem

¹⁰⁷⁵ Unbeschadet der Tatsache, daß sich auch die staatlichen Organe der Bundesrepublik keineswegs in strikter weltanschaulicher Neutralität auf reine Verwaltungsaufgaben beschränkten, sondern beispielsweise durch politische Erziehung normativ auf die Gesellschaft einzuwirken suchten.

¹⁰⁷⁶ Vgl. Bollenbeck, *Kulturkritik*, S. 92.

¹⁰⁷⁷ Welsch, Wolfgang: Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): *Wege aus der Moderne: Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*. 2. Aufl. Berlin 1994. S. 14 f.

Prinzip individueller Freiheit wie schon der Idealstaat Platons. Die von Galtung ausdrücklich befürwortete Varianz der menschlichen Lebensentwürfe und der „Konflikt als Lebensform“ stand dabei in unaufhebbarer Widersprüchlichkeit zu der von ihm gleichermaßen vertretenen Vorstellung objektiver Normen, der sich nur auflösen ließ, indem man eine Verschiedenheit der Lebensgestaltungen nur in Form rein äußerlicher Variationen zuließ, die alle auf derselben ideellen Ausrichtung gründeten. Auch wenn Galtung und andere pazifistische Theoretiker vielfach so klangen, als ginge es ihnen lediglich darum, die sich aus den Unterschieden zwischen den Menschen ergebenden Konflikte von Gewalt zu befreien, die Vielfalt der Lebenswelten aber zu erhalten, so setzten ihre Gesellschaftsentwürfe, in denen harte ökonomische, ideologische oder religiöse Konflikte einfach nicht mehr vorkamen, immer eine sehr weitgehende gemeinsame Wertebasis voraus, um den für das Funktionieren der Gesellschaft notwendigen Konsens herstellen zu können. Die friedfertige Gesellschaft war daher in der Tat, wie Peter Lawler es im Titel seiner Arbeit über Johan Galtung sagte, eine Frage der Werte. Sie konnten nur aus einer allgemeinen verbindlichen Anerkennung der pazifistischen Werte entstehen, und nur als Wertegemeinschaft Bestand haben. Mit dieser in utopischen Entwürfen vielfach gemachten Voraussetzung wich man aber vor der eigentlichen Aufgabe politischer Philosophie, ein friedliches Zusammenleben von Menschen zu gewährleisten, deren Wertvorstellungen gerade *nicht* übereinstimmten, gerade zurück. Indem die Utopien somit die in der Realität herrschende Zwietracht einfach ignorierten, war der vielfach an sie gerichtete Vorwurf der Naivität in der Tat gerechtfertigt.

Dabei darf das Ziel einer neuen Gemeinschaftlichkeit allerdings nicht mit dem konservativen Ideal einer ‚organischen Gesellschaft‘ verwechselt werden. Die radikalhumanistische Idealgemeinschaft sollte zwar dem entsprechen, was ihre Anhänger unter dem ‚natürlichen Wesen‘ des Menschen verstanden, sie ging jedoch nicht aus Traditionen hervor oder kehrte zu diesen zurück, sondern wurde in einem Stiftungsakt neu gegründet. Insofern war das politische Denken der Alternativen ganz dem modernen Gedanken der Überwindung der schlechten alten Zeit durch die Erschaffung einer guten neuen Gesellschaft verpflichtet¹⁰⁷⁸. Ihr Ziel war weder die herge-

¹⁰⁷⁸ Vgl. Lyotard, Jean-François: Die Moderne redigieren. In: Welsch, Wolfgang (Hrsg.): *Wege aus der Moderne: Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*. 2. Aufl. Berlin 1994. S. 204-214.

brachte Ordnung der traditionellen Gesellschaft, noch die Unordnung der Postmoderne, sondern die neue Ordnung einer *anderen* Moderne.

Wie sehr Galtung in einer idealistischen Tradition wurzelte, zeigte sich auch darin, daß er die moderne Konsumgesellschaft, die den Menschen ja gerade die materiellen Grundlagen zu ihrer Bedürfnisbefriedigung in bislang unerreichtem Ausmaß zur Verfügung stellte, ausdrücklich als Gesellschaft bezeichnete, in der strukturelle Gewalt herrsche¹⁰⁷⁹. Diese bestehe nämlich nicht nur im Vorenthalten von Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung, sondern auch in der Ablenkung von den seiner Ansicht nach ‚wahren‘ Lebensbedürfnissen mittels positiver Anreize¹⁰⁸⁰. Wenn Gewalt als Beeinflussung definiert wurde, dann war das Zuckerbrot ebenso ein Mittel der Gewalt wie die Peitsche, falls es das Individuum zu einer ‚objektiv falschen‘ Lebensweise verführte¹⁰⁸¹. Mir Ferdowsi schlug in seinem Kommentar wiederum den Bogen von Johan Galtung zu Herbert Marcuse, der in seiner Kritik des „eindimensionalen Menschen“ ebenjene verführende und sedierende Wirkung des süßen Gifts Konsum angeprangert hatte, der die Menschen dazu bringe, das Streben nach einer wirklich humanen Gesellschaft einzustellen¹⁰⁸². Auch kennzeichnete Marcuse die seiner Ansicht nach kranke bestehende Gesellschaft in einer Weise, die derjenigen Galtungs auffallend ähnelte: „Eine Gesellschaft ist krank, wenn ihre fundamentalen Institutionen und Beziehungen (d. h. ihre Struktur) so geartet sind, daß sie die Nutzung der vorhandenen materiellen und intellektuellen Mittel für die optimale Entfaltung der menschlichen Existenz (Humanität) nicht gestattet.“¹⁰⁸³

Charakteristisch für die auf der Annahme einer objektiven menschlichen Natur beruhenden Theorien war, daß sich nach Galtungs Ansicht bei wirklich freier Wahl niemand für ein materialistisches ‚Konsum-und-Karriere‘-Leben entscheiden würde. Fiel die individuelle Lebensgestaltung so aus, wie Galtung es für richtig hielt, unterstellte er freien Willen; ging die Entscheidung in die seiner Meinung nach falsche

¹⁰⁷⁹ Galtung, *Strukturelle Gewalt*, S. 11.

¹⁰⁸⁰ Ebd.

¹⁰⁸¹ Ebd.

¹⁰⁸² Vgl. Ferdowsi, *Der positive Frieden*, S. 110 f. Siehe hierzu auch die Ausführungen von Jürgen Hardeck über die Beziehungen bzw. Streitigkeiten zwischen Fromm, Marcuse, Horkheimer und Adorno. Hardeck bemerkte dazu, daß Marcuse und Fromm in ihren Konzepten inhaltlich eigentlich sehr weitgehend übereinstimmten. Der Streit beruhte eher auf Mißverständnissen und persönlichen Rivalitäten. In: Hardeck, Jürgen: *Erich Fromm: Leben und Werk*. Darmstadt 2005. S. 124-129.

¹⁰⁸³ Marcuse, Herbert: Aggressivität in der gegenwärtigen Industriegesellschaft. In: Marcuse, Herbert; Rapoport, Anatol; Horn, Klaus; Mitscherlich, Alexander; Senghaas, Dieter; Marković, Mihailo: *Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft*. 6. Aufl., Frankfurt a. M. 1972. S. 11.

Richtung, unterstellte er Manipulation. Diese These war strukturell unverzichtbar, da sich nur durch sie die Kluft zwischen den normativen Vorstellungen der Radikalhumanisten vom guten Leben und den empirisch zu beobachtenden Verhaltensweisen überbrücken ließ. Nach ihrer Auffassung der menschlichen Natur war es unmöglich, daß die verachteten Erzeugnisse der Massenkultur tatsächlich freiwillig konsumiert wurden. Die Gesellschaft hatte daher auch das Recht, auf die Individuen erzieherisch einzuwirken, um sie von ihrer Sucht nach den falschen Gütern zu heilen und zu ihren ‚natürlichen‘, ‚objektiv richtigen‘ Bedürfnissen zurückzuführen. Daher hatte der Staat vor allem auch einen pädagogischen Auftrag zu erfüllen.

Galtungs gesellschaftliche Konzeption war mithin auch im Hinblick auf ganz konkrete Güterpräferenzen nicht neutral: Wenn etwa „Partnerschaft mit der Natur“ ein Basiswert war, dann waren in einem Streit um ein Bauprojekt immer diejenigen Individuen im Recht, die den Wald, und nicht die, die den Flughafen, das Industriegebiet oder die Autobahn wollten. In dieser perspektivischen Wendung wurde nun endgültig deutlich, daß es beim pazifistischen Gewaltbegriff im Kern nicht um physische Gewalt ging, sondern vielmehr um die Ablehnung bestimmter Werte – Materialismus, Egoismus, Leistungs- und Konkurrenzdenken – sowie ihrer Verwirklichung in gesellschaftlicher Praxis. Eine Gesellschaft, die auf diesen falschen Werten beruhte, war demnach immer gewalttätig, ganz gleichgültig, ob es in ihr physische Gewalt gab oder nicht.

Friede war somit kein allein durch formale Kriterien definierter, wertneutraler Zustand, wie er es sowohl in der schwachen Definition als Nicht-Krieg, als auch in der gemäßigt starken Definition Kants als eines allgemeinen bürgerlichen, also rechtsstaatlichen Verhältnisses war¹⁰⁸⁴. Sondern der Friede war extrem stark definiert als spezifische Gesellschaftsform, die auf den Werten von Idealismus, Altruismus, Egalitarismus und Harmonie fußte, ergänzt um eine sowohl spirituell als auch ökologisch

¹⁰⁸⁴ Wobei auch Kant schon eine bestimmte Gesellschaftsform als Vorbedingung echten, also dauerhaften Friedens gefordert hatte, nämlich die republikanische. Die Begründung für diese Forderung beruhte bei Kant jedoch auf einer realistischen, das heißt an Interessen orientierten Argumentationsstruktur: Knapp zusammengefaßt, versprach eine republikanische Verfassung deswegen echten Frieden, weil nur in ihr eben diejenigen über Krieg und Frieden entschieden, die gegebenenfalls auch ihre Haut würden zu Markte tragen müssen. Sie hätten im Gegensatz zu autokratischen Herrschern ein im Wortsinne vitales Interesse daran, gewaltsame Konflikte auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Vgl. Kant, Immanuel: *Zum ewigen Frieden*. Erster Definitivartikel.

begründete Ideologie der materiellen Genügsamkeit¹⁰⁸⁵. Friede war demnach gleichbedeutend mit der alternativen Utopie. Galtung selbst erklärte eine derartige Friedenskonzeption, die eine bestimmte Gesellschaftsform präjudizierte, ganz offen zum Ziel seiner Anstrengungen. Nach der schwachen Definition des Friedens als bloßem Zustand des Nicht-Krieges sei es möglich, Gesellschaften als friedlich zu bezeichnen, in denen seiner Ansicht nach inakzeptable politische und soziale Zustände herrschten¹⁰⁸⁶, worunter man auch und besonders die sozialen Gegebenheiten kapitalistischer Demokratien zu rechnen hatte.

Die extrem starke Definition des Friedens fand sich in den Schriften der Theoretiker der Friedensbewegung durchgehend. Auch wenn im Rahmen einer innerpazifistischen Debatte an einzelnen Aspekten der Galtung'schen Friedenskonzeption Kritik geübt wurde¹⁰⁸⁷, so stellte das Prinzip eines normativ gefaßten und eine bestimmte Gesellschaftsform fordernden Friedens doch einen allgemeinen Konsens dar. Petra Kelly bezog sich direkt auf Galtungs Gewaltverständnis, als sie angesichts der Rüstungspotentiale und der SDI-Pläne der Reagan-Administration schrieb, bei deren Betrachtung werde

einem überdeutlich klar, daß noch nie in der Geschichte der Menschheit das emanzipatorische Defizit als der Abstand zwischen dem Möglichen und dem Wirklichen so groß war wie heute. Mit jährlich 10 Millionen Hungertoten in der Dritten Welt ist ein Bankrott des Humanen zu verzeichnen, vor dem nachfolgende Generationen einmal nicht weniger fassungslos stehen werden wie wir heute vor den Bildern von Auschwitz und Bergen-Belsen.¹⁰⁸⁸

Nötig sei daher „Frieden mit der Natur, Frieden unter den Menschen, Befriedung der Dritten Welt, indem die Grundbedürfnisse gesichert werden und eine eigenständige Entwicklung eingeleitet wird“¹⁰⁸⁹.

¹⁰⁸⁵ Zur näheren Bestimmung von Galtungs Vorstellung einer friedlichen Weltgesellschaft vgl. Galtung, Johan: Visionen einer friedlichen Welt. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Den Frieden denken: Si vis pacem, para pacem*. Frankfurt a. M. 1995. S. 385-418.

¹⁰⁸⁶ Galtung, *Strukturelle Gewalt*, S. 9.

¹⁰⁸⁷ So beispielsweise von Wolf-Dieter Narr. Vgl. ders.: Gewalt und Legitimität. In: Rammstedt, Otthein (Hrsg.): *Gewaltverhältnisse und Ohnmacht der Kritik*. Frankfurt a. M. 1974. S. 9-58.

¹⁰⁸⁸ Kelly, Petra: Die Abrüstung beginnt in den Köpfen! In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984. S. 52. Dieser Absatz war fast wortwörtlich aus Theodor Eberts Einleitung zur Neuauflage seines Buches über den Gewaltfreien Aufstand übernommen, von Kelly aber nicht als Zitat gekennzeichnet. Vgl. Ebert, Theodor: *Gewaltfreier Aufstand: Alternative zum Bürgerkrieg*. 4. Aufl. Waldkirch 1981. S. 7.

¹⁰⁸⁹ Ebd., S. 53.

Galtung's Gewaltdefinition war somit daraufhin maßgeschneidert, jeder Gesellschaft, die sich nicht an radikalhumanistischen Werten orientierte, die Legitimität abzusprechen. Es handelte sich bei der Neugestaltung des Friedensbegriffes um eine Diskursstrategie, in der durch die De-Legitimierung des Bestehenden eine auf die Verwirklichung der Utopie hin gerichtete politische Bewegung in Gang gebracht werden sollte¹⁰⁹⁰. Ja mehr noch: Galtung führte aus, der Gebrauch des Begriffs ‚Frieden‘ sei „so weit verbreitet und so weit allgemein anerkannt, daß er möglicherweise in diesem weltlichen Zeitalter eine Art Ersatz für Gefühle der Frömmigkeit und Gemeinsamkeit darstellt, wie sie in früheren Zeiten von der Achtung religiöser Vorstellungen ausgingen“¹⁰⁹¹. Damit wurde dem Frieden die Rolle einer globalen Meta-Religion zugewiesen.

Der Gedanke einer strategischen Nutzung der Friedensbewegung als Motor gesellschaftlichen Wandels wurde von vielen Aktivisten des Protests gegen den NATO-Doppelbeschluß geteilt. Die Friedensbewegung erschien ihnen als Ergebnis einer Entwicklung, in der die zerstörerischen Auswüchse des Gesamtsystems in Gestalt des nuklearen Wettrüstens so evident geworden waren, daß nun auch ‚Normalbürger‘ begannen, gegen das System aufzubegehren. Dadurch bot sich, so die Annahme, die Chance, den Schwung der neuen Friedensbewegung für eine grundlegende Neugestaltung der Gesellschaft zu nutzen und so den „pazifischen Kairos“ (Martin Rock) wahrzunehmen. Aus marxistischer Perspektive schrieb Michael Lucas in der sozialistischen Monatsschrift *Moderne Zeiten*:

In dem Maße, wie sich in der Friedensbewegung der Zusammenhang zwischen Teilen unterschiedlicher Gegenbewegungen der von der Krise des kapitalistischen Weltsystems und seinen offen destruktiven Lösungsoptionen Betroffenen vertieft, verstärkt sich die heute schon erkennbare Tendenz zu einem Umschlagen, zu einer Metamorphose der Friedensbewegung in eine umfassende politische Bewegung, der es um nichts weniger geht, als darum, die in der gegenwärtigen Krise offen ausbrechenden Strukturprobleme zu lösen, deren letzte Ursache die weltweit ungebrochene Vorherrschaft der kapitalistischen Produktionsweise ist. Dementsprechend geht die Entwicklungstendenz dieser Gegenbewegung – allen Umwegen und Komplikationen der konkreten Klassenkämpfe zum Trotz – in Richtung eines konsequent antikapitalistischen Projektes, das – angesichts des gegenwärtigen Entwicklungsstadiums des kapitalistischen Weltsystems als ein System der präventiven Konterrevolution mit vielfältigen Stützpunkten und Hilfsquellen – zugleich auch die Been-

¹⁰⁹⁰ Galtung, *Strukturelle Gewalt*, S. 7-9.

¹⁰⁹¹ Ebd., S. 35.

digung des Raubbaus an den Ökosystemen der Erde durch eine bewußt ökologische Nutzung der Naturkräfte, die Abschaffung der patriarchalen Unterdrückung durch eine umfassende gesellschaftliche Befreiung der Frauen und die Überwindung der nationalstaatlichen Friedensunfähigkeit durch eine Friedensordnung der Völker umfassen muß.¹⁰⁹²

Die Aktivisten hatten also in der aktuellen Situation des Streits um die Stationierung, die solch großes politisches Potential zu bieten schien, Aufklärungsarbeit zu leisten und dafür zu sorgen, daß der Charakter der nuklearen Bedrohung als bloßer Spitze des Eisbergs auch wirklich verstanden wurde. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit mußte von den akuten auf die chronischen Mißstände gelenkt werden; Radikalisierung im ursprünglichen Wortsinne war das Gebot der Stunde.

Was man hier vor sich hatte, war nüchtern betrachtet jedoch nichts anderes, als die verzweifelte Suche der Linken nach dem ihr mit der Integration der Arbeiterklasse ins kapitalistische System abhanden gekommenen revolutionären Subjekt, das man nun in den neuen sozialen Bewegungen wiederzufinden glaubte. In der politischen Wirklichkeit war die Friedensbewegung mit den Aufgaben, die ihr hier aufgebürdet wurden, heillos überfordert. Wie bei allen anderen Protestbewegungen auch erwiesen sich die an sie geknüpften hochfliegenden Hoffnungen, sie möge sich als Keimzelle einer neuen revolutionären Bewegung erweisen, binnen kurzem als ganz und gar illusorisch.

c) *Die gesunde Gesellschaft nach Erich Fromm*

An der Zwietracht war Cassandra gescheitert. Eintracht herzustellen, ewige und unauflösbare, war daher das Anliegen Galtungs und all der anderen Architekten einer künftigen Friedensgesellschaft. Dabei verwahrte Galtung sich allerdings entschieden dagegen, diesen Gedanken bis ins Extrem einer totalen Harmonie weiterzuführen. Unter echtem Frieden wollte er ausdrücklich keinen Zustand der Konfliktlosigkeit verstanden wissen, sondern ‚lediglich‘ einen der Gewaltlosigkeit, da er gewaltlos ausgetragene Konflikte als gesellschaftlich produktive und notwendige Prozesse ansah.

¹⁰⁹² Lucas, Michael: Friedensbewegung und Weltwirtschaftskrise. In: *Moderne Zeiten: Sozialistische Monatschrift* (Heft 1/1983). S. 20 f.

Die freudo-marxistisch grundierte Friedensvision Erich Fromms vollzog nun diesen letzten Schritt. Sie begriff sämtliche Mißverhältnisse von sozialer Ungleichheit bis hin zu Krieg in einer Denkfigur von Makro- und Mikrokosmos, in der die gesellschaftliche Verhältnisse und das individuelle Bewußtsein analog strukturiert waren¹⁰⁹³. Die befriedete Gesellschaft war demnach nicht ohne eine Auflösung der individuellen psychischen Spannungsverhältnisse zu haben und umgekehrt. Würde dieses Projekt allerdings gelingen, so konnte nach Fromms Meinung eine durch und durch harmonische Gesellschaft geschaffen werden. Galtung hingegen kritisierte derartige Vorstellungen scharf: Während seine eigene Konzeption absolut realisierbar sei, war nach seinem Dafürhalten die Schaffung einer konfliktfreien Gesellschaft weder möglich noch überhaupt wünschenswert¹⁰⁹⁴.

Die Vertreter des freudo-marxistischen Friedenskonzeptes waren sich dabei völlig darüber im Klaren, daß ihr Ziel utopischer Natur war. In ihrer Perspektive war dies allerdings keinesfalls eine Schwäche ihrer Herangehensweise, sondern im Gegenteil deren zentrale Stärke, da sie Utopien als elementar notwendigen Bestandteil des menschlichen Lebens betrachteten. Besonders Erhard Eppler, der offenkundig stark von Erich Fromm beeinflusst war, betonte diesen Punkt in seiner Schrift über die „tödliche Utopie der Sicherheit“. Nach seiner Ansicht galt sogar, daß es Gesellschaften ohne Utopien, jedenfalls im „historischen Horizont jüdisch-christlicher Tradition“, gar nicht gebe¹⁰⁹⁵: „[I]m Reich der Utopien gibt es kein Vakuum. Wir leben nie ohne Utopie, auch wenn wir es uns einreden.“¹⁰⁹⁶ Jede Gesellschaft orientiere sich an einer Utopie, selbst wenn diese ihren eigentlichen Charakter direkt verleugne, wie etwa der Realismus:

Spätestens seit Morus lebt das Abendland im Spannungsfeld zwischen Utopie und Wirklichkeit. Wir sind, auch und gerade wenn wir unsere ernüchternde Wirklichkeit voll wahrnehmen, immer auch unterwegs nach Utopia. Wie die unvollkommene, unerträgliche Wirklichkeit nach der Utopie schreit, so erhält

¹⁰⁹³ Der Gedanke, daß die internationale Politik mit den alltäglichen sozialen Beziehungen zusammenhängen, war in der Friedensbewegung durchaus Allgemeingut. Zum Beispiel schrieb Oskar Lafontaine: „Abrüstung beginnt bei jedem einzelnen von uns. Wenn wir verlernt haben, den anderen sein zu lassen, in Zuneigung und Rücksicht – wie soll diese Einstellung jemals zwischen Völkern und Staaten aufkommen. Der ewige Versuch, dem anderen seinen Willen aufzuzwingen, also Gewalt auszuüben, überträgt sich auf die zwischenstaatlichen Beziehungen. Dagegen ist mit Bündnisvereinbarungen und Rüstungskontrollvereinbarungen nicht anzukommen.“ Lafontaine, Oskar: *Angst vor den Freunden: Die Atomwaffen-Strategie der Supermächte zerstört die Bündnisse*. Reinbek bei Hamburg 1983. S. 115.

¹⁰⁹⁴ Vgl. Galtung, *Strukturelle Gewalt*, Kapitel VI: Konflikt als Lebensform. S. 108-136.

¹⁰⁹⁵ Eppler, Erhard: *Die tödliche Utopie der Sicherheit*. Reinbek bei Hamburg 1983. S. 14.

¹⁰⁹⁶ Ebd.

die Wirklichkeit erst von der Utopie her ihre klaren Konturen. Die Utopie vom neuen Menschen ist der Hintergrund, auf dem der Mensch, wie er ist, erst voll erkennbar wird als das Wesen, das Pascal im folgenden Jahrhundert [nach Thomas Morus] dadurch bestimmt sieht, daß es groß genug ist, sein Elend wahrzunehmen.¹⁰⁹⁷

Eppler zufolge stellte die Kontrastierung der Wirklichkeit mit einer Idealvorstellung eine unverzichtbare Notwendigkeit dar. Dagegen mußte eine Hinnahme der Welt in ihrem gegebenen Zustand die Möglichkeit des Menschen zur Selbstvervollkommnung verfehlen, in der aber gerade seine Bestimmung lag. Daß die Adjektive „unvollkommen“ und „unerträglich“ in Epplers Ausführungen unmittelbar aufeinanderfolgten, verdeutlichte den inhärenten Perfektionismus, der Utopien stets innewohnte. Für die Menschheit des späten 20. Jahrhunderts gelte, so Eppler:

Unsere Chance zu überleben, als einzelne, als Volk oder als Gattung Mensch hat damit zu tun, von welchen Utopien wir uns leiten lassen: von der hoffnungslosen, tödlichen Utopie einer perfekten, errüstbaren, machbaren Sicherheit oder von der lebendigen Utopie einer lebensfähigen, gewaltlosen Weltgesellschaft.¹⁰⁹⁸

Auch für Eppler war die Menschheit am Entscheidungspunkt ihrer Geschichte angelangt, gab es also nur noch zwei mögliche Zukünfte der grundlegenden Umkehr oder des Untergangs. Daß sich die Alternativen gerade von der ernüchterten und entschiedenen anti-utopischen Haltung eines Helmut Schmidt zutiefst provoziert fühlten, verstand sich dementsprechend von selbst. Sein Bonmot, wer Visionen habe, solle gefälligst zum Arzt gehen, mußte ihnen geradezu als Verhöhnung jeder positiven menschlichen Entwicklung erscheinen. Wie Otfried Höffe in Bezug auf die Kantische Friedensvision schrieb: „Der gefährlichste Gegner jeder Utopie ist eine pragmatische Skepsis, die die große Lösung der beklemmenden Probleme für unrealisierbar hält oder zum Hirngespinnst erklärt.“¹⁰⁹⁹ Dabei wurde den Vertretern des Realismus nicht selten ein politisches und ökonomisches Interesse an der Aufrechterhaltung des politischen Status quo zugeschrieben, das sie mit der Diskreditierung jeglicher Möglichkeit von Veränderung zu erreichen suchten. Der Pfarrer und Friedensaktivist Herbert Erchinger zitierte diesbezüglich den Satz Adornos, die Leugnung der Utopie

¹⁰⁹⁷ Ebd., S. 12.

¹⁰⁹⁸ Ebd., S. 220.

¹⁰⁹⁹ Höffe, Otfried: Der Friede – ein vernachlässigtes Ideal. In: Ders. (Hrsg.): *Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden*. (Klassiker Auslegen, Bd. 1). Berlin 1995. S. 17.

wurde in dem Willen, daß sie sich nicht verwirklichen solle¹¹⁰⁰. In Tat und Wahrheit sei aber die Entwicklung des Menschengeschlechts und auch des Christentums ohne Utopien nicht möglich¹¹⁰¹. In solchen Argumentationen zeichnete sich neben der ausgeprägten Vorliebe der Alternativen für große Lösungen auch deren strategische Funktion ab: Wer eine fundamentale Veränderung der bestehenden Ordnung anstrebte, mußte notwendigerweise die Gegenwart in den schwärzesten, die erstrebte Zukunft aber in den leuchtendsten Farben malen.

Die These von der Unverzichtbarkeit der Utopien war von Erich Fromm bereits in den siebziger Jahren formuliert worden. Über das Israel der biblischen Zeit sagte er, dieses habe Phasen erlebt, als es „seine geistige Substanz, seine Botschaft“¹¹⁰² verloren habe. Dadurch sei es geworden wie die anderen Völker auch, und somit vom Untergang bedroht. Sowohl Erhard Eppler als auch Dorothee Sölle formulierten diesen Gedanken ganz ähnlich. Christa Wolf vertrat ihn noch in einem der letzten von ihr gegebenen Interviews im Jahr 2011¹¹⁰³. Demnach galt, daß gelingendes Leben *zwingend* der Ausrichtung am Leitstern einer Utopie bedurfte. Erst durch diese erhielt das Dasein Sinn und Wert.

Fromm bediente sich nun mit der Geschichte vom Goldenen Kalb eines biblischen Vergleichs, um den Verlust geistiger Substanz zu spezifizieren. Dieser liege in der Selbstanbetung des Menschen in Gestalt seiner Werke, eines Götzenbildes, d. h. eines Artefakts. Fromm deutete diese Erzählung psychoanalytisch: Der Mensch übertrage seine eigenen Kräfte auf das Material, aus dem das Götzenbild geschaffen sei. Um sich vor der aus diesem Verlust resultierenden Verarmung zu schützen, müsse sich der Mensch dann zum Sklaven des Götzen machen, um so seiner eigenen Kräfte wenigstens wieder ein Stück weit teilhaftig werden zu können. Dieser Prozeß sei einer der Entfremdung¹¹⁰⁴. Die Götzen hießen nun allerdings nicht mehr „Baal und Astarte, sondern Besitz, Macht, materielle Produktion, Konsum, Ehre, Ruhm und

¹¹⁰⁰ Erchinger, Herbert: Pazifismus. In: Tatz, Jürgen (Hrsg.): *Alternativen zur Abschreckungspolitik: Standpunkte und Strategien für eine neue Friedenspolitik*. Freiburg i.Br. 1983. S. 63.

¹¹⁰¹ Ebd.

¹¹⁰² Fromm, Erich: Die Aktualität der prophetischen Schriften. In: Ders.: *Über die Liebe zum Leben: Rundfunksendungen herausgegeben von Hans Jürgen Schultz*. Stuttgart 1983. S. 164.

¹¹⁰³ Vgl. Finger, Evelyn: „Bücher helfen uns auch nicht weiter“: Gespräch mit Christa Wolf über Japan und ihr Tschernobyl-Buch „Der Störfall“. In: *Die Zeit* (17. März 2011).

¹¹⁰⁴ Vgl. Hardeck, *Erich Fromm*, S. 122.

wie all diese Sachen genannt werden, die der Mensch heute anbetet und denen er sich selbst versklavt.“¹¹⁰⁵

Dies war in nuce jene in Fromms Nekrophilie-Begriff zusammengefaßte Kritik des Materialismus, die der allmählich entstehenden Alternativbewegung zur geistigen Grundlage werden sollte. Rudolf Bahro schrieb in bemerkenswerter Übereinstimmung mit Fromm, der Mensch habe sich seit seinem Eintritt in die Geschichte von seiner Bestimmung entfernt, indem er demjenigen Prinzip gehorcht habe, daß in der Bibel Mammon heiße¹¹⁰⁶. Bei beiden Autoren verband sich ihr ursprünglicher Ausgangspunkt im Neomarxismus der Kritischen Theorie mit religiösen Vorstellungen, die ihn schließlich fast völlig überlagerten.

Aus Fromms Nutzung biblischer Geschichten als psychoanalytische Fallbeispiele ergaben sich nun nicht nur Einblicke in exemplarische Fälle menschlichen Verhaltens, sondern auch eine Übertragung theologischer Kategorien auf psychoanalytische Konzepte. Der Fetisch-Charakter der Ware und die willige Teilnahme am Konsum wurden damit nicht nur als psychische Störung, sondern als Sünde bewertet, wie es die Rede von der „Anbetung eines Götzenbildes“ implizierte. Der Mensch des modernen Kapitalismus war also nicht nur krank, wie Fromm es 1953 in seinen Vorlesungen über die „Pathologie der Normalität“ formuliert hatte¹¹⁰⁷, sondern, falls er dieser Krankheit nicht gewahr wurde und sich nicht gegen sie stellte, auch einer spirituellen Verfehlung schuldig, was eine der ursprünglichen Psychoanalyse völlig fremde Sichtweise darstellte. Diese nahm in Fromms Fassung denn auch eine frappierende Ähnlichkeit mit einer religiösen Heilslehre an, was angesichts des überragenden Einflusses, den Talmud-Studien und jüdische Mystik auf seine intellektuelle Entwicklung gehabt hatten, nicht überraschend war¹¹⁰⁸. Vielfach benutzte er eine religiöse Sprache, bekannte sich zum „Glauben an den Menschen“ und verfaßte ein „humanistisches Credo“¹¹⁰⁹. Sein Manifest gegen die Nekrophilie veröffentlichte er unter dem be-

¹¹⁰⁵ Fromm, *Liebe zum Leben*, S. 166.

¹¹⁰⁶ Bahro, Rudolf: *Wahnsinn mit Methode: Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sowjetunion und die DKP*. Berlin 1982. S. 31.

¹¹⁰⁷ Fromm, Erich: *Die Pathologie der Normalität: Zur Wissenschaft vom Menschen*. (Schriften aus dem Nachlaß, hrsg. von Rainer Funk, Bd. 6) Weinheim und Basel 1991.

¹¹⁰⁸ Vgl. Wehr, Helmut: *Erich Fromm zur Einführung*. Hamburg 1990, S. 11-15; sowie Hardeck, *Fromm, Leben und Werk*, S. 204 f.

¹¹⁰⁹ Beides in: Fromm, *Humanismus als reale Utopie. Der Glaube an den Menschen*. (Schriften aus dem Nachlaß, hrsg. von Rainer Funk, Bd. 8) Weinheim und Basel 1992.

zeichnenden Titel „Aufruf zum gemeinsamen Kampf gegen den Götzendienst“¹¹¹⁰. Auch der Humanismus verwandelte sich bei Fromm in eine regelrechte Säkularreligion, und zwar keineswegs nur in einem unterschwelligem Prozeß, sondern vielmehr als Vollzug eines expliziten Programms. So verwies er beispielsweise zustimmend auf einen Vortrag Julian Huxleys auf einem 1952 in Amsterdam abgehaltenen Humanistischen Kongreß, in dem dieser eine neue humanistische Religion gefordert hatte¹¹¹¹.

Bezeichnend für den spezifischen Gesundheitsbegriff Fromms, aus dem sich wie bei der Gewaltdefinition Galtungs weitläufigste Konsequenzen ergaben, war ein Aufsatz aus dem Jahr 1962 über das Verständnis seelischer Gesundheit¹¹¹², in dem er die oben dargestellte Nekrophilie die „schlimmste Abirrung von der Gesundheit“¹¹¹³ nannte. Die naturwissenschaftlich fundierte Medizin hatte bewußt auf eine genaue Definition von Gesundheit verzichtet, da dieser Begriff eine ungeheure Bandbreite individueller Befindlichkeiten bezeichnen konnte. Als physisch gesund konnten sowohl der Athlet als auch der Durchschnittsbürger gelten, als psychisch gesund sowohl der gesellschaftlich Angepaßte als auch der Exzentriker. Jede Definition von Gesundheit, die diesem Umstand nicht Rechnung trug, mußte den Begriff unzulässig verengen. Gerade die moderne Psychiatrie hatte sich in einem Prozeß durchgreifender Selbstkritik gründlich von der Vorstellung getrennt, von sozialen Normen abweichendes Verhalten sei krankhaft. Die Möglichkeit der objektiven Definition gab es ausschließlich für Krankheiten, wobei dies bei seelischen Störungen einen bis heute äußerst diffizilen und umstrittenen Komplex bildete.

Fromm hingegen erklärte, die Neutralität der naturwissenschaftlichen Medizin sei nur eine vorgebliche, hinter der sich in Wahrheit die Normen der kapitalistischen Gesellschaft versteckten¹¹¹⁴. Nun stammte seine Kritik aus den fünfziger Jahren, als die Psychiatrie in der Tat noch vielfach als eine Agentur des gesellschaftlichen Konformismus gewirkt hatte. Sie führte ihn allerdings nicht zu der Forderung nach einer

¹¹¹⁰ Ebd., S. 109-113.

¹¹¹¹ Fromm, *Pathologie der Normalität*, S. 95.

¹¹¹² Fromm, Erich: Zum Verständnis von seelischer Gesundheit. In: Ders., *Pathologie der Normalität*, S. 107-131.

¹¹¹³ Ebd., S. 128.

¹¹¹⁴ Dies in völliger Übereinstimmung mit Herbert Marcuse, der sich zustimmend auf Fromms einschlägiges Werk *The sane society* bezog. Vgl. Marcuse, Herbert: Aggressivität in der gegenwärtigen Industriegesellschaft. In: Ders. et al.: *Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft*. 6. Aufl. Frankfurt a. M. 1972.

Selbstbeschränkung der Seelenheilkunde in normativen Fragen. Vielmehr strebte Fromm die Etablierung eines alternativen Paradigmas an. Er schrieb:

[Mein Standpunkt] geht von der Annahme aus, daß es in Wirklichkeit doch Werturteile gibt, die objektiv gültig sind, und daß solche Werturteile keine Frage des Geschmacks oder des Glaubens sind. So kann der Arzt oder der Physiologe unter der axiomatischen Annahme, daß zu leben besser ist als zu sterben bzw. daß das Leben besser ist als der Tod, zu dem objektiv gültigen Werturteil kommen, daß dieses Nahrungsmittel besser ist als jenes oder daß diese Art von Luft oder diese Art auszuruhen oder diese Anzahl von Stunden Schlaf besser ist als eine jeweils andere. Die eine ist der Gesundheit zuträglich, die andere nicht. Es ist meine Überzeugung, daß dies nicht nur auf unseren Körper zutrifft, sondern auch auf unsere Seele.¹¹¹⁵

Damit ging Fromm von der ontologischen Fundamentalthese einer objektiv bestehenden und somit empirisch feststellbaren normativen Ordnung aus. Er reihte sich somit in die lange Liste derjenigen ein, die versuchten, das Sollen aus dem Sein abzuleiten, und beging einen klassischen naturalistischen Fehlschluß. Bei den von ihm beschriebenen Feststellungen unterlief ihm überdies ein Kategorienfehler, denn es handelte sich bei näherem Hinsehen dabei keineswegs um *Werturteile*, sondern um *Bewertungen* hinsichtlich der Eignung bestimmter Mittel und Verhaltensweisen zum Erreichen eines bestimmten Zwecks, hier der Erhaltung der Gesundheit. Sie fielen also zunächst einmal durchaus nicht in den Bereich normativer Fragen, sondern in den der Zweckrationalität bzw. der *phrónēsis*.

Daß Fromm solche Bewertungen über die gesundheitsfördernde oder –schädigende Auswirkung bestimmter Verhaltensweisen als Werturteile im normativen Sinne auffaßte, war darauf zurückzuführen, daß er durch das zu Anfang des zitierten Abschnitts postulierte ‚Axiom‘ eines unbedingten Vorrangs des Lebens vor dem Tod die Gesundheit von einem relativen *Gut* in eine absolute *Norm* verwandelt hatte. Ihr kam damit nicht mehr Wert zu, sondern sie stellte einen Wert an sich dar, genauso wie etwa Freiheit oder Gerechtigkeit. Während die qualitative wie quantitative Optimierung von Gütern zwar allgemein vernünftig, aber keineswegs verpflichtend geboten war, wohnte moralischen Normen ein universeller und verpflichtender Charakter inne, was nach Fromms Transzendierung der Gesundheit nun auch für diese galt. Die Erhaltung und Förderung der Gesundheit verwandelte sich damit aus einer der Klugheit entstammenden Handlungsempfehlung, deren Befolgung oder

¹¹¹⁵ Fromm, *Pathologie der Normalität*, S. 19.

Nichtbefolgung dem Individuum anheimgestellt war, in einen kategorischen Imperativ, und die eigentlich rein instrumentellen Fragen, wie sie zu erhalten und zu fördern sei, in Fragen der Ethik.

Daß Fromm die Gesundheit in den Rang einer Norm erhob, machte seine oben zitierte Redeweise einer „Abirrung von der Gesundheit“ überhaupt erst möglich. Ein Gut konnte man erwerben oder verlieren, es gegebenenfalls auch vergeuden oder verschwenden, aber niemals von ihm „abirren“. Das war nur bei der normativen Zielmarke eines Wertes bzw. eines religiösen Gebotes denkbar. In der von Fromm als objektiv angenommenen normativen Ordnung nahm das Leben den obersten Rang ein. Aus ihm waren alle anderen Normen abzuleiten. Nicht nach Gesundheit zu streben, stellte mithin nicht nur einen Akt der Unvernunft dar, sondern bedeutete, auf metaphysischer Ebene den Tod dem Leben vorzuziehen. Für Fromm lag darin die schwerste denkbare spirituelle Verfehlung, geradezu die Sünde an sich. Sie konnte seiner Auffassung nach nur durch eine geistige Störung bedingt sein. Da Fromms Gesundheitsbegriff darüber hinaus keineswegs nur Aspekte wie Sport oder richtige Ernährung umfaßte, sondern in ganzheitlicher Manier alle Facetten der Lebensgestaltung beinhaltete, folgte aus seiner These einer objektiven Gesundheit die Vorstellung von der einen, einzig richtigen Lebensweise. Zu dieser gehörte explizit auch die richtige ideelle bzw. spirituelle Ausrichtung des Individuums, womit in seiner Theorie nicht nur die Psychoanalyse eine theologische Dimension gewann, sondern gleichermaßen Religion als Teil der seelischen Gesundheit begriffen wurde. Wer sich an falschen Werten und Idealen orientierte, war demnach seelisch krank. Indem Fromm nur eine sehr spezifische, detaillierte und maximalistische Vorstellung von Gesundheit gelten ließ, erklärte er implizit alles zur psychischen Störung, was seiner Idealvorstellung eines gelungenen menschlichen Daseins nicht entsprach. Durch seine Apotheose des Lebens fielen Gesundheit, Religion, Moral und Vernunft in eins.

Fromms Denken lief damit auf einen Vulgärplatonismus hinaus, der seine Nähe zu religiösen bzw. esoterischen Vorstellungswelten nicht leugnete. In seinen Vorlesungen über die Pathologie der Normalität stellte er die These auf, die Religionen und die Psychoanalyse seien eigentlich nur zwei verschiedene Wege zum selben Ziel, nämlich der Befriedigung des menschlichen Bedürfnisses nach transzendentaler Orientierung und eines normativen Bezugsrahmens, also schlicht formuliert dem Sinn des Lebens, sowie außerdem der Suche nach einem Objekt der Hingabe. Diese Be-

dürfnisse seien imperativer Natur, jeder Mensch sei daher – in dieser weiten Auffassung von Religion – religionsbedürftig¹¹¹⁶. Nach Fromm war somit Idealismus nicht nur ein Teil der höheren menschlichen Persönlichkeitsentwicklung, sondern bereits ein wesentliches Element der menschlichen Natur; nicht Krone, sondern Fundament. Wer sich materialistisch orientierte bzw. von der Gesellschaft dazu konditioniert wurde, verleugnete Fromm zufolge einen essentiellen Teil seiner natürlichen Bedürfnisse¹¹¹⁷. Die Konsumgesellschaft sei daher nichts anderes als neurotisch. Anstatt aber wie die Religionen einfache Sinnstiftungsangebote zu machen, arbeiteten die Psychoanalyse und ihre Schwesterdisziplinen nach Fromm an der Erforschung der Frage, welche normativen und affektiven Orientierungen dem Menschen besonders angemessen waren, seine Bedürfnisse besonders gut befriedigen konnten und seiner seelischen Gesundheit besonders förderlich seien. Was die Religionen bisher also eher instinktiv und tastend getan hätten, leisteten die modernen Seelenwissenschaften auf der Grundlage systematischer Methodik. Daher gelte:

Die moderne Anthropologie, Psychopathologie und Psychologie können zeigen, daß man auf Grund der Erforschung der Natur des Menschen und der Probleme seiner Existenz mit ebenso großer Evidenz, wie wir sie für die Nützlichkeit der Vitamine erbringen, zu diesen Zielsetzungen kommt, mit denen die beste und einzig zufriedenstellende Lösung des komplexen Problems des Lebens und menschlicher Existenz erreicht werden kann.¹¹¹⁸

Von Fromm wurde dementsprechend der Anspruch aufgestellt, die genannten Disziplinen könnten mit wissenschaftlicher Exaktheit ermitteln, was die menschliche Natur und die daraus folgende, für alle Menschen optimale normative Orientierung sei. Damit wurde die Psychoanalyse zur allzuständigen Wissenschaft vom guten Leben, womit sie einen ideologischen Charakter annahm, der durchaus auch zur Legitimation eines Herrschaftsanspruches dienen konnte. Als Spezialisten für seelische Gesundheit wußten die Psychoanalytiker und Psychotherapeuten, worin die gesunde, vernünftige und moralisch richtige Lebensweise konkret bestand. Ihre *téchné* war es folglich, sie jedem Menschen zuzuweisen. Fromm vertrat damit dieselbe Vorstellung eines Philosophenkönigtums der Ärzte, die bereits aus den Ausführungen seines Kollegen Paul Parin hervorgegangen war. Beide waren sich mit Galtung und Marcuse

¹¹¹⁶ Fromm, *Pathologie der Normalität*, S. 31-35.

¹¹¹⁷ Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß der Mensch auch nach Johan Galtungs Meinung unbedingt spiritueller Erfüllung bedurfte.

¹¹¹⁸ Fromm, *Pathologie der Normalität*, S. 36 f.

darin einig, daß in materialistisch orientierten Lebensformen ein wahres Wohlbefinden nicht zu erreichen sei. Wer sich in einem auf Konsum und Karriere ausgerichteten Leben wohl fühlte, hatte eine falsche Wahrnehmung seiner eigenen psychischen Befindlichkeit. Er wußte nicht, was gut für ihn war, und befand sich mithin im Irrtum über sich selbst. Fromm schrieb in seinem „Humanistischen Credo“: „Kommen ihm [dem Einzelnen] die Tabus, Restriktionen, entstellten Werte [der Gesellschaft] ganz ‚natürlich‘ vor, dann ist dies ein deutlicher Hinweis darauf, daß er keine wirkliche Kenntnis der menschlichen Natur hat.“¹¹¹⁹

Allerdings muß man Fromm gerechterweise zugestehen, daß er in seinem Credo auch schrieb: „Ich glaube, daß niemand seinen Nächsten dadurch ‚retten‘ kann, daß er für ihn eine Entscheidung trifft. Die einzige Hilfe besteht darin, daß er ihn in aller Aufrichtigkeit und Liebe sowie ohne Sentimentalität und Illusionen auf mögliche Alternativen hinweisen kann.“¹¹²⁰ Die Therapeuten hatten nach Fromm also weniger Herrscher als Lehrer zu sein. Den Anspruch auf die absolute, objektive Richtigkeit und universelle Gültigkeit seiner normativen Überzeugungen erhielt er nichtsdestotrotz aufrecht.

Die Parallelen im Denken Johan Galtungs und Erich Fromms waren offenkundig. Beide gingen von zentralen Begriffen aus, die ihrer Ansicht nach objektiv bestehende Normen bildeten. Beide entwickelten Gesellschaftsentwürfe, denen diese Primärnormen als Ordnungsprinzipien zugrunde lagen. Es gelte, so Fromm, nicht nur *Mens sana in corpore sano*, sondern viel wichtiger sei der Grundsatz des *Mens sana in societate sana*¹¹²¹. Wie Galtung einen normativen Friedensbegriff geschaffen hatte, prägte Fromm einen normativen Gesundheitsbegriff. Wie jener eine formale Definition des Friedens ablehnte, wandte sich dieser gegen ein funktionalistisches Verständnis von Gesundheit¹¹²². Und wie Galtung seinem Friedens- gab auch Fromm seinem Gesundheitsbegriff einen perfektionistischen Charakter, indem er nur ein umfassendes seelisches und körperliches Wohlbefinden als Gesundheit gelten ließ. Da es, um erneut Adorno zu zitieren, kein richtiges Leben im falschen gab, konnte der Mensch wahre Gesundheit nur in der verwirklichten Utopie erlangen. Indem Fromm den

¹¹¹⁹ Fromm, *Humanismus als reale Utopie*, S. 119.

¹¹²⁰ Ebd., S. 118.

¹¹²¹ Fromm, Erich: Zum Verständnis von seelischer Gesundheit. In: Ders., *Pathologie der Normalität*, S. 114.

¹¹²² Ebd., S. 107-110.

Verblendungszusammenhang der Kritischen Theorie ins Psychiatrische wendete, gewann der Begriff der Gesundheit bei ihm einen eminent politischen Gehalt, woraus wiederum eine durchgehende Psychiatrisierung der Politik folgte. In letzter Konsequenz war der politische Gegner für Fromm immer ein Verrückter.

In den Quellen findet sich eine auffallende Übereinstimmung einer ganzen Reihe von Akteuren im Umfeld der Friedensbewegung mit dieser von Erich Fromm geprägten, im aktuellen Streit um die Stationierung von Psychotherapeuten wie Mitscherlich, Richter und Parin vertretenen Theorie. Die bestehende Gesellschaft für krank zu erklären, war ein in der Alternativbewegung weitverbreiteter Topos¹¹²³. Daneben war der Einfluß von Fromms Denken besonders beim bereits erwähnten Erhard Eppler, bei Dorothee Sölle und bei Petra Kelly eindeutig feststellbar. Daß sich die Kontrahenten im Streit um die Stationierung gegenseitig für verrückt erklärten, wurde bereits dargelegt. Die politisch engagierten Psychoanalytiker, welche in der alten Bundesrepublik einen wichtigen Teil der Intellektuellen stellten, lieferten dazu den theoretischen Unterbau.

Deutliche Anklänge an Fromm fanden sich auch in dem an anderer Stelle bereits zitierten Referat Uta Ranke-Heinemanns auf einer Tagung der *Ärzte gegen den Atomkrieg*¹¹²⁴. Darin stellte sie fest, der Mensch sei in die Irre gegangen, indem er seinem Nomos nicht gefolgt, seiner Norm untreu geworden sei. Als ein nach seinem eigenen Maßstab Anormaler habe er Richtung und Ziel seiner selbst aus den Augen verloren. Weder sein Leben, noch sein Menschsein seien ihm gelungen. Der Mensch sei ein Kranker geworden, und es scheine, daß es eine Krankheit zum Tode sei¹¹²⁵. Damit zeigte sich augenfällig das spezifische, für den Radikalhumanismus konstitutive Verständnis des Menschen, daß diesen als Träger eines ihm wesenseigenen Telos begriff. Der Mensch hatte in dieser Sichtweise aus seinem Menschsein heraus den Auftrag, in der utopischen Verheißung seine spezifische Vollkommenheit zu verwirklichen.

Ebenfalls stimmte das Nachdenken Christa Wolfs über Naturwissenschaftler und Ingenieure anläßlich des Reaktorunfalls in Tschernobyl 1986 auffallend mit der

¹¹²³ So etwa Klaus Vack, in Ders.; Vack, Hanne, *Mutlangen*, S. 81.

¹¹²⁴ Ranke-Heinemann, Uta: Christliche Krankenpflege und christliche Kriegsführung. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985. S. 133-140.

¹¹²⁵ Ebd., S. 133.

Theorie Erich Fromms überein, daß sie in ihrem Buch *Störfall* verarbeitete¹¹²⁶. Nach Wolfs Vermutung mußten die Gehirne der mit der Nukleartechnik befaßten Männer in irgendeiner schwer faßbaren Art und Weise fehlerhaft strukturiert sein, wenn nicht das Gehirn des *Homo sapiens* überhaupt. Das Lustzentrum sei bei ihnen offenbar an den Zerstörungsdrang gekoppelt¹¹²⁷. Anders konnte Wolf es sich nicht erklären, daß jemand an einem aus ihrer Sicht so offenkundig monströsen und inhumanen Projekt wie der Kernenergie arbeitete. Der Wissensdrang, welcher den Menschen dahin geführt hatte, auch die atomaren Bausteine der Materie zu erforschen, erschien ihr als ein Fehler der Evolution. In psychoanalytischer Perspektive formulierte Wolf die Vermutung, die Wissenschaftler hätten sich aufgrund einer überwältigenden Angst vor dem, was das Leben eigentlich ausmache, von diesem abgeschottet. Andernfalls würden sie sich ja anstelle der Freisetzung von Kernenergie ihrer Selbstbefreiung als Menschen widmen¹¹²⁸.

Auch Christa Wolfs Denken beruhte somit auf dem in der ganzen Alternativbewegung verbreiteten Schema ontologischer Dualität, dessen negative Sphäre Macht, Gewalt, Krieg, Tod, Maschinen, Männlichkeit und eben auch Naturwissenschaft bildeten und dessen positive Sphäre Friede, Sanftheit, Natur, Leben, Empfindsamkeit und Weiblichkeit umfaßte. Bemerkenswert war dabei, daß Wolf den Wissenschaftlern, die an der friedlichen Nutzung von Nuklearenergie arbeiteten, einen persönlichen Zerstörungsdrang unterstellte, so als ob diese die Katastrophe von Tschernobyl absichtlich herbeigeführt hätten. Wie gezeigt, beschuldigten Teile der Friedensbewegung in derselben Manier Militärs und Politiker, willent- und wissentlich die Zerstörung alles Lebendigen anzustreben. Es handelte sich mithin bei Wolfs Überlegungen nicht nur um eine exzentrische Einzelmeinung, sondern um das etablierte Denkschema eines romantischen Lebenskults, der seine ideologischen Gegner zu pathologischen Lebensfeinden stilisierte.

Zu demselben Ergebnis einer Synthese aus Psychoanalyse und Religion, moderner normativer Theorie und traditionellem normativem Symbolsystem, gelangten neben Fromm auch eine Reihe von Theologen, die sich diesem nur aus der anderen Rich-

¹¹²⁶ Baumer, Franz: *Christa Wolf*. (Köpfe des 20. Jahrhunderts, Bd. 110) Überarbeitete und ergänzte Neuauflage, Berlin 1996. S. 82-93.

¹¹²⁷ Damit stellte Wolf eine These auf, die beispielsweise auch von Margarete Mitscherlich unter dem Stichwort der „sado-masochistischen Weltsicht“ vertreten wurde.

¹¹²⁸ Baumer, *Christa Wolf*, S. 87 f.

tung, also von der Religion her annähernten. So wie Fromm aus Sicht der Psychoanalyse eine humanistische Religion forderte, so schrieb beispielsweise Eugen Drewermann, die Religion müsse angesichts des Menschheitsproblems des Krieges im Allgemeinen und des drohenden Nuklearkrieges im Besonderen endlich ihren eigenen Lösungsansatz tief genug begreifen, denn dann könne sie erkennen, daß sie als eine „kollektive und universelle Psychotherapie des Menschheitswahnsinns des Krieges“¹¹²⁹ wirken könne. Das Unglück der Menschheit beruhte demnach auf ihrer kollektiven Geisteskrankheit, die sie der falschen Religion des Materialismus anhängen ließ, woraus Kriege folgten, die insofern nur Symptome der eigentlichen Krankheit waren. Wahrer Friede konnte daher nur durch eine von der richtigen Religion zu leistende, allumfassende Heilung erreicht werden, die gleichzeitig die Erlösung sein würde.

Diese Hybris der Psychoanalyse führte bei Fromm zu demselben Ergebnis wie bei dem letztlich doch bescheideneren Galtung: Nämlich zum Anspruch, die einzig richtige Auffassung von der korrekten Ausgestaltung menschlicher Gesellschaft zu besitzen, also zu einer fundamentalen normativen Gewißheit. Und ebendies zu erreichen, war der Sinn der Argumentation, denn was hier von Fromm versucht wurde, war ja offensichtlich nichts anderes als die Umgehung eines zentralen Problems jeder Art von Ideologie, das in der Unmöglichkeit einer Letztbegründung von Normen bestand. Da sich Humes Grundsatz, nachdem aus dem Sein kein Sollen folge, nicht unmittelbar widerlegen ließ, gingen viele Ideologien einen Umweg über normative Axiome; speziell das aristotelische Axiom, nach dem jeder Mensch nach seinem Glück strebe¹¹³⁰. Indem versucht wurde zu zeigen, daß dieses Glück, wenn es denn echtes Glück sein sollte, eine bestimmte Gestalt annehmen mußte, und daß diese wiederum in einer spezifischen individuellen Lebensführung bzw. Ausrichtung der Gesellschaft optimal erreicht werden konnte, ließen sich die Normen der Ideologie scheinbar doch wieder auf die Grundlage einer Empirie stellen. Es wurde kurz gesagt

¹¹²⁹ Drewermann, Eugen: *Der Krieg und das Christentum: Von der Ohnmacht und Notwendigkeit des Religiösen*. 2. Aufl. Regensburg 1984. S. 176.

¹¹³⁰ Als aufschlußreich kann sich hier ein Vergleich zwischen Erich Fromm und dem „Objektivismus“ Ayn Rands erweisen, die, von ganz ähnlichen Axiomen wie Fromm ausgehend, zu diametral entgegengesetzten Ergebnissen kam, nämlich einer umfassenden Rechtfertigung von Egoismus und Materialismus sowie dem Postulat, daß nur ein radikaler Kapitalismus die einzig legitime Gesellschaftsform sein könne. Die grundlegende Methodik war bei Fromm und Rand dieselbe. Je nachdem, worin der individuelle Theoretiker das wahre menschliche Glück erblickte, konnten mit ihr alle möglichen Gesellschaftsentwürfe als die ‚objektiv‘ Besten ‚erwiesen‘ werden.

der Versuch unternommen, die durch die Moderne delegitimierte Metaphysik durch eine Anthropologie zu ersetzen. Dadurch konnte der Makel der Willkür abgelegt, und eine scheinbar wissenschaftliche Fundierung erreicht werden.

Entsprechend des psychoanalytisch-theologischen Anspruchs auf Sinnstiftungskompetenz und der großen Nähe der Fromm'schen Theorien zur Befreiungstheologie ist es nicht verwunderlich, daß sich weitere Parallelargumente zwischen dem Psychoanalytiker Fromm und der Theologin Sölle – die sich explizit auf Fromm bezieht¹¹³¹ – feststellen ließen: Beide konstatierten drei „Flüche“, denen der Mensch seit der Vertreibung aus dem Paradies unterworfen sei: Zum einen den Fluch der Entzweiung zwischen Mensch und Natur; zweitens den Fluch der Mühsal der Arbeit, also „daß die Arbeit nicht eine Freude ist, sondern eine Strafe“¹¹³²; und drittens den Fluch des Patriarchats, also der Entzweiung der Geschlechter und der Herrschaft der Männer¹¹³³. Fromm wie auch Sölle führten diese drei Grundübel auf eine gemeinsame Ursache zurück: Die „Zerworfenheit mit sich selbst durch die Begierde, durch das Immer-mehr-haben-Wollen“¹¹³⁴.

Anschließend leitete Fromm zur zweiten Ursache von Gewalt und Krieg über, die von den Theoretikern der Friedensbewegung identifiziert worden war, der Angst:

Man vergißt gar zu leicht, daß die Aggression die Folge davon ist, daß der Mensch sich fürchtet. Man bringt ihm bei, sich auf Schritt und Tritt zu fürchten, mißtrauisch zu sein, an nichts Gutes zu glauben. Die Propheten haben den Radikalismus zu sagen: Die Aggression kann nur verschwinden, wenn die Furcht verschwindet.¹¹³⁵

Diese künftige Friedenszeit werde auch den Ausschluß der bedürftigen Menschen von den Ressourcen an Nahrung und anderem beenden. Hier spielte Fromm auf das dritte wesentliche Symptom an, in dem sich für die Alternativbewegung neben dem nuklearen Wettrüsten und der Umwelterstörung die grundsätzliche Verdorbenheit der bestehenden Zivilisation zeigte: die Verelendung und der Hunger in der Dritten Welt. Als dessen Ursache wurden nicht ökonomische Fehlentwicklungen in den jeweiligen Ländern, sondern der Geiz und die Habsucht, d. h. die Krankheit bzw. Sün-

¹¹³¹ Sölle, Dorothee; Bahr, Hans-Eckehard: *Wie den Menschen Flügel wachsen: Über die Umkehr aus dem Gewaltssystem*. München 1984. S. 51.

¹¹³² Fromm, Erich: Die Aktualität der prophetischen Schriften. In: Ders.: *Über die Liebe zum Leben: Rundfunksendungen herausgegeben von Hans Jürgen Schultz*. Stuttgart 1983. S. 166 f.

¹¹³³ Vgl. Sölle, Bahr, *Wie den Menschen Flügel wachsen*, S. 54-60.

¹¹³⁴ Fromm, *Liebe zum Leben*, S. 166.

¹¹³⁵ Ebd., S. 167.

de der reichen Industrienationen gesehen. In der zukünftigen Friedenszeit würde dagegen für alle Menschen, auch die vormaligen Habenichtse, der Tisch reich gedeckt sein.

Wenn die Ursache von Krieg und Gewalt die Pathologie der bestehenden Gesellschaft war, dann lag die Utopie des Friedens logischerweise begründet in einer Vision der Heilung, der Versöhnung des Menschen mit sich selbst. Es ginge also um

[d]ie Aufrichtung eines neuen Friedens, der mehr ist als die Abwesenheit des Krieges; in Zustand der Solidarität und Harmonie zwischen einzelnen, zwischen den Völkern, zwischen den Geschlechtern, zwischen Menschen und Natur – ein Zustand, in dem, wie die Propheten sagen, der Mensch nicht gelehrt wird, sich zu fürchten.¹¹³⁶

Schließlich bedeute der wahre Frieden die Vollendung des Menschen. Dieser sei die Zeit,

in der die Menschen nicht nur in Frieden, in Harmonie, ohne Konflikte mit sich und der Natur und ohne Habsucht und Eifersucht leben werden, sondern in der das Leben einen neuen Zweck, ein Ziel bekommt. Und das ist nicht das des Erwerbs dessen, was man zum Leben im physischen Sinne nötig hat: Das wird eine immerbleibende, aber zu lösende Aufgabe werden. Es geht um das Ziel der – wie es die Propheten sagen – vollen Erkenntnis Gottes oder, wie man es in nicht-theologischer Weise ausdrücken würde: das Ziel, daß der Mensch seine seelischen Kräfte, sein Leben und seine Vernunft ganz entwickelt, in sich ein Zentrum hat und frei ist, ganz das zu werden, was er als Mensch sein kann.¹¹³⁷

Wobei hierin allerdings doch ein gewisser – von Fromm ausdrücklich artikulierter – Widerspruch zur theologischen Tradition bestand, denn diese Utopie war ja eine radikal anthropozentrische, in der von Gott eigentlich gar keine Rede mehr war. Sie bestand vielmehr, wie bereits am Galtung'schen Gewaltbegriff gezeigt wurde, aus der vollendeten Selbstverwirklichung des Menschen. Ansonsten aber waren die Fromm'sche Friedensvorstellung und die von psychoanalytisch informierten Theologen wie Sölle oder Drewermann weitgehend deckungsgleich, nur daß letztere den vollkommenen und wahren Frieden, der hier herbeigesehnt wurde, als Frieden ansahen, der aus der Einheit mit Gott erwachse¹¹³⁸. Nach Fromm würde mit dieser

¹¹³⁶ Ebd., S. 167.

¹¹³⁷ Ebd., S. 167 f.

¹¹³⁸ Drewermann, *Der Krieg und das Christentum*, S. 216. Als weiteres Beispiel für diese Konzeption sei hier der Moraltheologe Bernhard Häring angeführt, der eine ganze Monographie über die „Heilkraft der Gewaltfreiheit“ verfaßte. Vgl. Häring, Bernhard: *Die Heilkraft der Gewaltfreiheit*. Düsseldorf 1986.

Überwindung dessen, „was den Mensch daran hindert, ganz Mensch zu sein“¹¹³⁹, die eigentliche menschliche Geschichte überhaupt erst anfangen. Allein in der Verwirklichung der messianischen Idee des humanistischen Sozialismus könne die Rettung der Menschheit liegen, weder dagegen im Kapitalismus, noch im sowjetischen Kommunismus.

Die perfektionistische Friedenskonzeption Fromms war das Maximum dessen, was man dem Begriff des Friedens überhaupt aufbürden konnte. Man muß sich nachdrücklich klar machen, was diese Utopie besagte: Nämlich nichts Geringeres als die Aufrichtung allumfassender Harmonie sowohl zwischen den Menschen, als auch vor allem in der Seele jedes Einzelnen, denn der äußere Friede konnte nur aus dem inneren Frieden jedes Menschen mit sich selbst erwachsen, wie Carl Friedrich von Weizsäcker bereits 1963 festgestellt hatte¹¹⁴⁰, wobei auch er den Gedanken einer zum Zwecke dieser Heilung zu bildenden Kombination aus Theologie und Psychotherapie vertrat. Der Prozeß der Errichtung einer neuen, vollkommenen Gesellschaft bestand aus der Erschaffung neuer, vollkommener Menschen¹¹⁴¹.

Die Utopie einer friedlichen Welt war dementsprechend in ihrem Kern die Utopie des friedlichen Menschen, wobei dieser gewaltfreie Mensch als der eigentliche und wahre Mensch galt¹¹⁴². Nach Erhard Eppler zielten die Utopien

auf den neuen Himmel, die neue Erde und den neuen Adam, zielen sie immer auf den neuen Menschen, der, aus seiner Entfremdung erlöst, dem Mitmenschen als Nächster, als Bruder oder Schwester, als Genosse gegenübertritt, der mit ihm die Güter dieser Erde, die Früchte des Geistes, vor allem aber die allen Menschen zukommende Freiheit genießt.¹¹⁴³

Weil der angestrebte neue Mensch als geheilter und nicht als mit disziplinarischen Mitteln zugerichteter Mensch gedacht werden müsse, könne der Friede nicht durch die Befolgung eines vorgeformten Moralkodexes hergestellt werden. Eugen Drewermann nahm dieses Konzept vom Frieden als Ergebnis der seelischen Heilung des Menschen knapp zwanzig Jahre nach von Weizäckers Rede wieder auf, als er

¹¹³⁹ Fromm, *Liebe zum Leben*, S. 168.

¹¹⁴⁰ Weizsäcker, Carl Friedrich von: Friedlosigkeit als seelische Krankheit. In: Ders.: *Der bedrohte Friede: Politische Aufsätze 1945-1981*. München und Wien 1981. S. 156 f.

¹¹⁴¹ Gleiches galt für die in *Kassandra* von Christa Wolf entworfene, utopische Gegenwelt. Vgl. Viergutz, Corinna; Holweg, Heiko: „Kassandra“ und „Medea“ von Christa Wolf: *Utopische Mythen im Vergleich*. Würzburg 2007. S. 37 f.

¹¹⁴² Häring, *Heilkraft der Gewaltfreiheit*, S. 88-94.

¹¹⁴³ Eppler, *tödliche Utopie*, S. 12 f. Epplers Freiheitsbegriff war der der oben skizzierten kommunitären Freiheit.

schrieb, man dürfe die Bergpredigt nicht ethisch mißverstehen¹¹⁴⁴. Denn wenn man dies tue, errichte man nur ein Regime moralischer Ge- und Verbote, und zwingt den Menschen zur steten asketischen Selbstunterdrückung seiner natürlichen Aggressivität¹¹⁴⁵, was letztlich in der Zwangsneurose enden müsse. Man beuge ihn unter das Joch von, psychoanalytisch gesprochen, reinen „Dressaten des Überichs“¹¹⁴⁶. Nicht also durch den Zwang eines rigiden moralischen Perfektionismus, sondern nur durch die Heilung der inneren Zerrissenheit jedes einzelnen Individuums konnte Frieden entstehen. In diesem zentralen Punkt waren sich Fromm, von Weizsäcker und Drewermann, trotz der sonstigen Unterschiede in den Herangehensweisen, im wesentlichen einig. Zu ihnen trat Herbert Marcuse, der 1968¹¹⁴⁷ den Frieden als eine Lebensform bestimmte, die nur aus einer fundamentalen Umstrukturierung der menschlichen Triebstruktur entstehen könne:

Friede als Lebensform setzt [...] eine radikale Veränderung des Systems der Bedürfnisse voraus, das zu einem entscheidenden Faktor der Stabilisierung Kohäsion und Reproduktion der aggressiven Gesellschaft geworden ist. Das heißt nun in der Tat: eine radikale Veränderung der menschlichen Natur. Freilich keine Veränderung der menschlichen Natur schlechthin, sondern eine Veränderung der sogenannten „zweiten Natur“, das heißt jener Natur des Menschen, die die gesellschaftliche Formierung und Erscheinung seiner ersten Natur darstellt; eine Veränderung der Triebstruktur des Menschen, seiner Sensibilität, seiner Sinnlichkeit; Veränderung der Grundweise, in der der Mensch sich selbst und seine Umwelt erlebt, wie er sich, die anderen und die Dinge sieht, hört, fühlt, riecht. Und wie auf Grundlage dieser Urfahrung er sich, die anderen, die Dinge behandelt: als Tauschwerte, als Materie der Beherrschung oder aber als Subjekt, Teil, Kraft einer befriedeten Welt.¹¹⁴⁸

Man erkannte hier erneut den eminenten Zusammenhang zwischen den Kritiken des Konsums, der Konkurrenz und der Gewalt. Aufgrund dieser inneren Übereinstimmung zwischen Marcuse und Fromm auf der einen, Galtung, Sölle, Drewermann, Eppler, Kelly¹¹⁴⁹, Wolf und Grass auf der anderen Seite läßt sich feststellen, daß die

¹¹⁴⁴ Drewermann, *Der Krieg und das Christentum*, S. 215-219.

¹¹⁴⁵ Ebd., S. 221.

¹¹⁴⁶ Ebd., S. 220.

¹¹⁴⁷ Referat Herbert Marcuses im Rahmen des IV. Salzburger Humanismusgesprächs (auf Schloß Klesheim bei Salzburg, 1968). Veröffentlicht als: Marcuse, Herbert: Der Friede als gesellschaftliche Lebensform. In: Schatz, Oskar (Hrsg.): *Der Friede im nuklearen Zeitalter: Eine Kontroverse zwischen Realisten und Utopisten*. München 1970.

¹¹⁴⁸ Vgl. Marcuse, Herbert: Der Friede als gesellschaftliche Lebensform. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Den Frieden denken: Si vis pacem, para pacem*. Frankfurt a. M. 1995. S. 84 f. Gleichfalls in Schatz, *Friede*, S. 89.

¹¹⁴⁹ Zur Utopie Petra Kellys vgl. Richter, *Die Aktivistin*, S. 116 f.

Utopie der Friedensbewegung der achtziger Jahre mit der Utopie der Kritischen Theorie weitgehend identisch war. Neu waren die durch Gandhi eingeführte Forderung nach der strikten Übereinstimmung von Weg und Ziel, welche von Marcuse noch mit der Aussage abgelehnt worden war, daß Friede nicht durch Friedfertigkeit erreicht werden könne¹¹⁵⁰, und die durch ebenfalls Gandhi, Fromm und die politischen Theologen etablierte, starke spirituelle Komponente. Nicht umsonst sprach auch von Weizsäcker von der „eschatologischen Hoffnung“¹¹⁵¹, die auf „ein[en] neue[n] Himmel und eine neue Erde“¹¹⁵² abziele, aber auch seiner Meinung nach durchaus „in der Geschichte der menschlichen Spezies ihren sinnvollen Ort“¹¹⁵³ habe.

Während von Weizsäcker und Galtung allerdings konzidierten, daß es miteinander unvereinbare Interessen und daraus folgende Konflikte durchaus gäbe, sie aber stets gewaltlos durch Verhandlungen und Kompromisse gelöst werden könnten, zeichneten Marcuse, Fromm und Drewermann einen Zustand, in dem der in der menschlichen Seele verortete Ursprung aller Konflikte beseitigt worden war, und in dem nun vollständige Konfliktlosigkeit herrschte¹¹⁵⁴. Damit wurde der Begriff des Friedens allerdings so überfrachtet, daß er zur Beschreibung der Wirklichkeit vollkommen unbrauchbar wurde. Dieser Friede lag in der Wiedergewinnung des verlorenen Paradieses.

¹¹⁵⁰ Senghaas, *Frieden denken*, S. 85; Schatz, *Friede*, S. 90.

¹¹⁵¹ von Weizsäcker, *Der bedrohte Friede*, S. 175. Marcuse dagegen verwahrte sich entschieden gegen den Begriff der Eschatologie. Vergl. ders., *Lebensform*, in Senghaas, *Frieden denken*, S. 83; gleichfalls in Schatz, *Friede*, S. 88.

¹¹⁵² von Weizsäcker, *Der bedrohte Friede*, S. 175.

¹¹⁵³ Ebd.

¹¹⁵⁴ So daß sich also die Abfolge der schwachen Definition von Frieden als Abwesenheit von Krieg, dann der moderat starken Definition Kants, drittens der idealistisch-pragmatischen Definition Galtungs und von Weizäckers und schließlich der perfektionistisch-utopischen Definition Fromms, Drewermanns und Sölles ergibt. Galtung fügte gegenüber Kant die Dimension des sozialen und ökologischen Friedens hinzu, Fromm und die Theologen die Dimensionen des inneren, seelischen Friedens des Menschen mit sich selbst und des Friedens mit Gott.

2. Der Weg des Friedens: Rettung durch Gewaltlosigkeit

Der moralische Mensch [...] setzt voraus, das, was ihm wesentlich am Herzen liege, müsse auch Wesen und Herz der Dinge sein.

Friedrich Nietzsche: Menschliches, Allzumenschliches.

a) „Es gibt kein gutes Militär“: Radikalpazifistische Positionen

In der Zeit der Nachrüstungsdebatte erlangte pazifistisches Gedankengut seine in der Geschichte Deutschlands wahrscheinlich weiteste Verbreitung. Jedoch traten vormals entschiedene Gegner der Pershing II-Stationierung bereits 15 Jahre später angesichts der Übergriffe Serbiens auf das Kosovo als gleichermaßen energische Befürworter des Einsatzes von militärischer Gewalt auf, allen voran Außenminister Joschka Fischer. Hatte dieser in seinem berühmten Schlagabtausch mit Heiner Geißler im Bundestag 1983 noch eine leidenschaftliche Verteidigung des Pazifismus geliefert und sich entschieden gegen die – historisch in der Tat unsinnige – Behauptung seines Kontrahenten verwahrt, der Pazifismus habe Auschwitz erst möglich gemacht, so war er inzwischen offenbar zu der Einsicht gelangt, daß pazifistische Methoden nicht geeignet waren, systematisch ausgeübte Gewalt zu unterbinden. Auch die Mehrheit der ehemals so dezidiert pazifistischen Partei der Grünen folgte ihrem inoffiziellen Parteivorsitzenden auf diesem Kurs.

Pazifistische Sichtweisen und Wertemuster, die während der stillgestellten, in vielerlei Hinsicht abstrakten Konfrontation des Kalten Krieges gedeihen konnten, verschwanden somit angesichts real ausgeübter Gewalt. Dies legte die Vermutung nahe, daß sie selbst zu Hochzeiten der Friedensbewegung nur relativ oberflächlich verankert waren, was auch von vielen Aktivisten selbst so wahrgenommen wurde¹¹⁵⁵. So stellte beispielsweise Dieter Lattmann fest, der Pazifismus im Sinne einer Haltung strikter Gewaltfreiheit sei nur die Position des harten Kerns, nicht die der großen

¹¹⁵⁵ Vgl. dazu aus pazifistischer Sicht: Sternstein, Wolfgang: Gandhi – eine Herausforderung für unsere Zeit. In: Kumarappa, Bharatan (Hrsg.): *Mahatma Gandhi: Für Pazifisten*. (Politik: Verstehen und Handeln, Bd. 2) Münster 1996. S. 94-96. Außerdem aus der Rückschau Ebert, Theodor: *Pazifismus – Grundsätze und Erfahrungen für das 21. Jahrhundert*. Bd. 2: Der Kosovo-Krieg aus pazifistischer Sicht. Münster, Hamburg, Berlin, London 2001. S. 12-15.

Masse¹¹⁵⁶. Wer gegen die Stationierung der Pershing II demonstrierte, trat damit noch lange nicht für die Umsetzung radikalpazifistischer Grundsätze ein, sondern wandte sich meist lediglich gegen das nukleare Wettrüsten. Die primäre Motivation lag für die meisten Mitglieder der Friedensbewegung in der dringenden Befürchtung, das Gleichgewicht zwischen den Blöcken würde durch die Pershing II-Stationierung destabilisiert. Ihr Hauptanliegen bestand in einer möglichst weitgehenden Deeskalation der gegenseitigen nuklearen Bedrohungssituation, vor allem einem nuklearen Disengagement der Supermächte in Europa, nicht aber in einer pazifistischen Umgestaltung der Gesellschaft. In ihrer Gesamtheit wird die Friedensbewegung daher am besten durch den Begriff des Nuklearpazifismus charakterisiert.

Selbst ein so prominentes Mitglied der Friedensbewegung wie Gert Bastian distanzierte sich mit der Bemerkung vom Pazifismus, er wisse gar nicht, ob er zur Friedensbewegung in dem Sinne, in dem sie manchmal interpretiert werde, überhaupt dazugehöre, denn er sei ja „weder für ein Leben ohne Waffen, noch für Verteidigungslosigkeit, schon gar nicht für Kapitulation“¹¹⁵⁷. Nichtsdestotrotz bildete die kategorische Ablehnung jedweder Gewaltanwendung, welche sich mit der Forderung nach einer totalen Abrüstung verband, für den Kern der Bewegung *die* wesentliche Perspektive der Rettung. Obgleich mit der Weltsicht des Mainstreams nicht identisch, gab sie diesem doch wichtige Impulse, wie überhaupt die Ideenproduktion politischer Bewegungen in der Regel durch ihre radikaleren Mitglieder geleistet wird. Eine genaue Analyse des Radikalpazifismus ist folglich unerlässlich, um wichtige Grundstrukturen in der Mentalität auch der gesamten Friedensbewegung aufzudecken.

Der Befund einer nur oberflächlichen Verbreitung pazifistischer Sichtweisen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß dem Pazifismus trotzdem ein nicht unbedeutender historischer Erfolg gelungen war. Er hatte zwar seiner Lehre der unbedingten Gewaltlosigkeit nie eine größere Gruppe von Anhängern gewinnen können; jedenfalls keine, die damit wirklich ernst gemacht hätte. Die Nachfolge Gandhis blieb auf kleine Zirkel beschränkt. Trotzdem gelang es, die einfache Botschaft von der intrinsisch moralisch verwerflichen Natur der Gewalt in der politischen Mentalität der

¹¹⁵⁶ Lattmann, Dieter: Die Formelsprache der Rüstungspolitiker: Pazifismus als Kampfwort. In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsgg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. 2. Aufl. München 1982. S. 77.

¹¹⁵⁷ Apel, Bahr, Bahro, *Sicherheitspolitik*, S. 70.

(West-)Deutschen zu verankern. Dies hatte zur Folge, daß der Begriff der Gewalt heute vielfach negativ emotional konnotiert ist, so daß jeder, der ihren Einsatz befürwortet oder zumindest nicht ablehnt, von vornherein unter einem Begründungszwang steht. Entsprechend beinhaltet die an sich rein deskriptive Feststellung, eine bestimmte politische Bewegung setze zum Erreichen ihrer Ziele Gewalt ein, in der Regel bereits eine moralischen Verurteilung. Diese starke Legitimationsbedürftigkeit der Gewalt stellt mentalitätshistorisch eine deutliche und umfassende Veränderung in den gesellschaftlichen Wertemustern dar. Dabei waren für diesen Mentalitätswandel der westdeutschen Gesellschaft selbstverständlich nicht nur der Pazifismus verantwortlich, sondern vor allem die konkreten Gewalterfahrungen von den Weltkriegen bis hin zu den Anschlägen der RAF.

Im Streit um die Nachrüstung unternahmen konservative Kräfte den Versuch, den Erfolg der Pazifisten bei der Prägung des Gewaltverständnisses gegen diese selbst zu wenden, indem sie die Sitzblockaden in Mutlangen und den anderen Stationierungsorten als gewalttätig charakterisierten, und auch die Ausschreitungen militanter Gruppen bei den Staatsbesuchen von Ronald Reagan, George Bush und Alexander Haig auf das Konto der gesamten Friedensbewegung buchten. Der Erfolg dieser Bemühungen blieb jedoch spärlich. Die große Mehrheit der Friedensbewegung war in ihrem Auftreten denn doch zu ostentativ friedfertig, als daß eine solche Neu-Definition hätte plausibel werden können. Ohnehin war die Einschätzung einer friedlichen Sitzblockade als Gewalt in hohem Grade kontra-intuitiv. Dabei traten in diesen Debatten seltsame Verkehrungen der diskursiven Positionen auf, wenn konservative Politiker und Juristen sich den erweiterten Gewaltbegriff der Pazifisten zu eigen machten, indem sie das passive Sich-Positionieren im öffentlichen Raum bei einer Blockade als Gewalt werteten, während andererseits die Pazifisten ihren ansonsten so extensiven Gewaltbegriff auf einmal nur noch auf das Zufügen physischer Verletzungen beschränkt sehen wollten. Hier erfolgte auf beiden Seiten ein taktischer Umgang mit den eigenen Grundsätzen. Von pazifistischer Seite kam im übrigen prompt die Gegenkritik, das Gewaltverständnis konservativer Politiker wie vor allem des damaligen Innenministers Friedrich Zimmermann entspringe einem geradezu wilhelminischen Staatsbegriff. Unter ‚Gewalt‘ verstünden er und andere Konservative eigentlich nur Unbotmäßigkeit gegenüber der Obrigkeit.

Der Pazifismus zerfiel nun in verschiedene Unterströmungen, die in den jeweiligen Begründungen ihrer normativen Überzeugungen sowie dem Grad ihrer Ablehnung von Gewalt deutliche Unterschiede aufwiesen. Dementsprechend gab es wie in jeder Denkschule auch hier zahlreiche interne Meinungsverschiedenheiten. All diese Varianten dazustellen würde den Rahmen der vorliegenden Untersuchung sprengen¹¹⁵⁸. Daher können und werden sich die folgenden Ausführungen nicht auf ‚den‘ Pazifismus beziehen, auch wenn diese Schreibweise der Einfachheit halber weiter verwandt wird, sondern vielmehr diejenige spezifischen Ausprägungen zum Inhalt haben, in der er während des Streits um die Stationierung hervortrat. Konkret wird der Pazifismus daher mit einigen wenigen Ausnahmen so dargestellt werden, wie er in den damaligen Äußerungen von Aktivisten der Friedensbewegung bzw. ihr nahestehender Intellektueller erschien. Bezüglich der in der Forschung gängigen Unterscheidung zwischen Ziel- und Mittelpazifismus gehörte er zur letzteren Kategorie. Seine theoretischen Diskurse werden hier nur insoweit berücksichtigt, wie sie erkennbaren Einfluß auf die im damaligen Zeitgeschehen aktiven Sprecher hatten, d. h. wenn von diesen auf Vordenker wie Mohandas K. Gandhi, Ernst Bloch, Erich Fromm oder Carl Friedrich von Weizsäcker ausdrücklich verwiesen wurde.

Vom moderaten Pazifismus kann der Radikalpazifismus oder auch pazifistische Rigorismus am einfachsten durch das Kriterium des kategorischen Gewaltverbotes unterschieden werden: Die Anwendung von Gewalt war demnach selbst zu Zwecken der Selbstverteidigung strikt untersagt. Die ‚Abwehr‘ von Angriffen hatte entweder gewaltlos zu erfolgen oder aber zu unterbleiben. Diese besonders von Gandhi geprägte Position hatte stets starke elitäre Züge getragen, da der Gandhianismus extrem hohe Anforderungen an den Einzelnen stellte. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß es sich bei Gandhis Lehre nicht um eine säkulare politische Theorie handelte, sondern daß sie auf einem religiösen Fundament beruhte, von dem sie unmöglich zu trennen war. Thomas Weber führte in seiner Gandhi-Studie dazu aus:

Gandhi firmly believed that life could not be compartmentalised, that actions and the reasons on which they are based, whether they be political, economic, social or spiritual, are interrelated, and that these actions have a direct bearing upon the achievements of the ultimate aim of life. Gandhi himself named this

¹¹⁵⁸ Statt dessen sei an dieser Stelle auf die einschlägige Literatur verwiesen, insb. Brücher, Gertrud: *Pazifismus als Diskurs*. Wiesbaden 2008; Bleisch, Barbara (Hrsg.): *Pazifismus: Ideengeschichte, Theorie und Praxis*. Bern, Stuttgart, Wien 2006; Holl, Karl: *Pazifismus in Deutschland*. Frankfurt a. M. 2008.

aim as ‘moksha’, a liberation of the self, and claimed that his life, including his ‘ventures in the political field are directed to this same end’.¹¹⁵⁹

Der moderate Pazifismus erlaubte dagegen die Anwendung von Gewalt zur unmittelbaren Selbstverteidigung sowie die dazu notwendigen Vorbereitungen, also insbesondere den Unterhalt eines stehenden Heeres und eine entsprechende Ausbildung im Gebrauch von Waffen, etwa in Form einer allgemeinen Wehrpflicht. Gandhi selbst war übrigens kein strikter Radikalpazifist im Sinne obiger Definition, sondern vertrat eine Mischung aus moderatem und radikalem Pazifismus. Er betrachtete die Selbst- und Fremdverteidigung durch gewaltsame Mittel zwar als sowohl strategisch wie auch moralisch der Gewaltlosigkeit unterlegen, setzte jedoch ein Nachgeben gegenüber der Ungerechtigkeit, von ihm explizit als Feigheit bezeichnet, als höchstes Übel¹¹⁶⁰. Ungerechtigkeit gewaltsam zu bekämpfen war demnach immer noch besser als Untätigkeit. Einige der von Gandhi inspirierten westlichen Pazifisten, die der Friedensbewegung der achtziger Jahre angehörten, waren somit radikaler als Gandhi selbst, da sie die Gewaltlosigkeit als einzig legitimes Prinzip setzten, demgegenüber es kein Zweitbestes geben konnte. Während Gandhi in Abstufungen von ‚gut‘ über ‚akzeptabel‘ bis hin zu ‚schlecht‘ dachte, gab es im Denken der Radikalpazifisten nur die strikte Dichotomie des absolut Guten und des absolut Schlechten.

Die beträchtlichen Meinungsunterschiede zwischen moderaten und radikalen Pazifisten traten in der Zeit des Abwehrkampfes gegen die Pershing II-Stationierung zwar in den Hintergrund, tauchten jedoch sofort wieder auf, als sich die Friedensbewegung nach ihrer Niederlage mit der Notwendigkeit konfrontiert sah, neue Perspektiven zu entwickeln. So formulierte beispielsweise Hans A. Pestalozzi 1984 eine scharfe Replik bezüglich der Position dreier Nestoren der Friedensforschung – Dieter Senghaas, Johan Galtung und Horst Afheldt – zur schweizerischen Armee. Solche Kritiken des radikalen am moderaten Pazifismus sind besonders geeignet, die spezifischen Eigenschaften des Ersteren aufzuzeigen, darunter insbesondere seine Neigung, in Kategorien des Absoluten zu denken.

Die drei genannten Friedensforscher waren Pestalozzi zufolge der Auffassung, die Forderung nach einer Auflösung der Schweizer Armee sei falsch, da diese den „Mo-

¹¹⁵⁹ Weber, Thomas: *Gandhi as Disciple and Mentor*. Cambridge 2004. S. 123.

¹¹⁶⁰ Zu Gandhis diesbezüglichen Ansichten vgl. die Zusammenstellung von Auszügen aus seinen Schriften: Kumarappa, Bharatan (Hrsg.): *Mahatma Gandhi: Für Pazifisten*. (Politik: Verstehen und Handeln, Bd. 2) Münster 1996. S. 40-51.

dellfall einer sinnvollen Landesverteidigung¹¹⁶¹ darstelle. Pestalozzi führte dagegen an, dies bedeute, eine lediglich formale Definition von Frieden als eines Zustands des Nicht-Krieges zu akzeptieren. Er implizierte damit, daß es einem recht verstandenen Pazifismus um sehr viel mehr als nur um die Bewahrung zwischenstaatlichen Friedens gehen müsse. Auch Pestalozzi bestand darauf, ‚Frieden‘ als Gestaltungsprinzip gesellschaftlicher Ordnung zu begreifen. Das Modell Schweiz mache nun, so Pestalozzi weiter, nicht jeden Soldaten zum Bürger, sondern umgekehrt jeden Bürger zum Soldaten. Durch die Verweigerung eines Wehersatzdienstes stempelte die Schweiz jeden zum Kriminellen, der nicht töten wolle – ebenso wie die UdSSR. Diese obligatorische Wehrpflicht führe zur totalen Militarisierung der Gesellschaft; übertrage die „Militärprinzipien Gewalt, Aggression, Brutalität, Befehl, Hierarchie“¹¹⁶² auf diese; zementiere die bestehenden Machtstrukturen; mache sowohl internationale Solidarität, als auch die Entwicklung der Gesellschaft „in Richtung Demokratie, Humanität, Gerechtigkeit oder gar Christentum“¹¹⁶³ unmöglich. Somit war nach Pestalozzis Überzeugung eine gute Gesellschaft nur ohne Militär überhaupt denkbar. Humanität setzte zwingend strikte Gewaltlosigkeit voraus, womit sie als mit dem Pazifismus identisch gedacht wurde. Dabei war Pestalozzi keineswegs der einzige, der dem Militär eine ausschließlich negative Wirkung auf jede Gesellschaft attestierte. So erklärte Hellmut Gollwitzer auf dem Evangelischen Kirchentag 1983 in Berlin: „Es sterben an der Rüstung unsere Demokratie und unsere Freiheit: denn Heere, hierarchisch aufgebaut, und militärisch-industrieller Komplex, von Geheimnissen umgeben und durch Geheimdienste geschützt, sind Fremdkörper in der Demokratie.“¹¹⁶⁴

Die Friedensbewegung hatte sich nach Pestalozzis Auffassung mit ihrer Fixierung auf die neuen Mittelstreckenraketen auf ein falsches, da viel zu beschränktes Ziel konzentriert:

Nachrüstung ist nur Ausdruck des Prinzips Militär. Und Militär ist nur Ausdruck des Prinzips Gewalt. Und Gewalt ist das Prinzip unseres Systems schlechthin. Wobei zwischen den Prinzipien des „Systems“ in Ost und West kaum ein Unterschied besteht. Für die Wirtschaft in Ost und West gelten die gleichen Ziele und Wertmaßstäbe. In beiden Systemen herrscht das gleiche

¹¹⁶¹ Pestalozzi, Hans A.: Die Wirtschaft – Mutter aller Kriege. In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984. S. 87.

¹¹⁶² Ebd., S. 88.

¹¹⁶³ Ebd.

¹¹⁶⁴ Gollwitzer, Helmut: Schaffen wir die Rüstung ab oder sie uns? In: Behrens, Katja (Hrsg.): *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984. S. 85.

Patriarchat. Beide Systeme beruhen auf dem Gewaltprinzip. In beiden Systemen regieren die gleichen alten kranken Männer. Die „freien Demokratien“ des Westens und die „Volksdemokratien“ des Ostens“ liefern sich letztlich den gleichen, nur noch mit Begriffen aus der Psychopathologie zu schildern- den Typen aus. Worin unterscheidet sich ein Reagan von den sowjetischen Führern, worin die amerikanischen Kriegstreiber von den russischen Generälen, worin eine Thatcher von einem Jaruzelski, ein Mitterrand von einem Ceauşescu, ein Kohl von einem Husak?¹¹⁶⁵

Aus einem radikalpazifistischen Ansatz ergab sich somit geradezu zwangsläufig die Vorstellung der moralischen Gleichwertigkeit der beiden Supermächte. Wenn allein die Gewaltlosigkeit die *conditio sine qua non* einer legitimen Gesellschaft war, dann lag es nahe, bei den Gewalt nicht ausschließenden Gesellschaften die übrigen gesellschaftlichen und politischen Aspekte als irrelevant anzusehen. Damit setzte sich der Pazifismus im Konfliktgefüge des Kalten Krieges zwischen alle Stühle, da die Gleichsetzung von Ost und West selbstverständlich hüben wie drüben wütende Proteste hervorrufen mußte. Die pazifistische Tendenz, zwischen Militärs keinerlei Unterschied zu machen, ganz gleich ob sie nun in den Diensten demokratischer, kommunistischer oder faschistischer Regime standen, war ja bereits bei der Erklärung der hessischen Grünen zum Blut-Attentat auf General Williams klar zum Ausdruck gekommen. Auch Johan Galtung schlug in dieselbe Kerbe, indem er „Hitlerismus, Stalinismus und Reaganismus“ als die drei totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts bezeichnete¹¹⁶⁶ und dabei allen Ernstes Reagan mit Hitler verglich¹¹⁶⁷.

Was den Radikalpazifismus von seiner Mentalität her ausmachte, war also zunächst einmal sein allein durch die dualistische Unterscheidung zwischen gewaltsam und gewaltfrei, friedlich und militärisch gegliedertes und somit hochgradig reduktionistisches Weltbild. Zudem zeichnete er sich durch eine ausgeprägte moralische Axiomatik aus, die er aus einer spezifischen Ontologie ableitete. Aus dieser folgte auch, daß er wie jede Ideologie zwischen einer wahren und einer nur scheinbaren Wirklichkeit unterschied.

¹¹⁶⁵ Pestalozzi in Gerosa, *Große Schritte wagen*, S. 89.

¹¹⁶⁶ Galtung, Johan: *Hitlerismus, Stalinismus, Reaganismus: Drei Variationen zu einem Thema von Orwell*. (Militär, Rüstung, Sicherheit, Bd. 36) Baden-Baden 1987.

¹¹⁶⁷ Ebd., S. 131 f.

b) *Das radikalpazifistische Gewaltverständnis*

Für die Haltung der Radikalpazifisten zum Ost-West-Konflikt im Allgemeinen und der Stationierungsfrage im Besonderen war ihre spezifische Gewaltauffassung von grundlegender Bedeutung. Daher werden im Folgenden die einzelnen Aspekte des radikalpazifistischen Gewaltbegriffes näher zu untersuchen sein, auch wenn diese allgemeinen ideologischen Strukturen zunächst in einem nur indirekten Zusammenhang zum NATO-Doppelbeschuß zu stehen scheinen.

Der Pazifismus folgte Wahrnehmungsmustern, in denen in eklektizistischer Weise verschiedenste Einflüsse miteinander verschmolzen. Die Hauptquellen waren zunächst einmal die christliche Friedenstheologie, die sich mit einem eigentlich säkularen, radikalen Humanismus verband, der jedoch vielfach zivilreligiöse Züge annahm. Dazu traten im 20. Jahrhundert zwei höchst unterschiedliche Einflüsse hinzu: Erstens die Psychoanalyse, die dem westdeutschen Pazifismus vor allem durch die Vermittlung Herbert Marcuses, Dieter Senghaases, Erich Fromms, Alexander und Margarete Mitscherlichs sowie Horst-Eberhard Richters einen Großteil seines theoretischen Rüstzeugs für die Erklärung menschlichen Handelns lieferte¹¹⁶⁸. Dabei wurden allerdings nur bestimmte, isolierte und zumeist stark vereinfachte Elemente der Psychoanalyse aufgegriffen, die ja schon an sich alles andere als eine einheitliche Theorie war. Einige Thesen Freuds lehnte der Pazifismus dagegen vehement ab, wie vor allem dessen Annahme eines der menschlichen Natur inhärenten Todestriebes¹¹⁶⁹. Dementsprechend übten orthodoxe Freudianer eine Gegenkritik am Pazifismus, da ihrer Ansicht nach eine Haltung vollkommener Friedfertigkeit mit der menschlichen Triebnatur unvereinbar war.

Der zweite bestimmende Einfluß auf das radikalpazifistische Gewaltverständnis entsprang dem karmischen Denken des Hinduismus und Buddhismus, welches unter

¹¹⁶⁸ Als Beispiel einer auf Freud aufbauenden Theorie in der Friedensforschung siehe Deutsch, Karl W. und Senghaas, Dieter: Die brüchige Vernunft von Staaten. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Kritische Friedensforschung*. 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1977. S. 105-163. Zur von Senghaas unter Bezug auf Freud, Marcuse und Fromm erstellten Aggressionstheorie siehe ders.: *Abschreckung und Frieden: Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*. Frankfurt a. M. 1972. S. 146-164.

¹¹⁶⁹ Jedenfalls in der Hinsicht, wie dieser Begriff von Freud gemeint gewesen war. Der Begriff des Todestriebes wurde benutzt, um eine aus pazifistischer Sicht spezifische krankhafte Eigenschaft bestimmter Individuen zu kennzeichnen, nicht aber als Element der Triebstruktur aller Menschen gesehen. Vgl. hierzu insbesondere die Kritiken Erich Fromms und, in Anlehnung an diesen, Horst-Eberhard Richters am Freud'schen Todestrieb in: Fromm, Erich: *Anatomie der menschlichen Destruktivität*. (Erich-Fromm-Gesamtausgabe, hrsg. von Rainer Funk, Bd. VII) Stuttgart 1980. S. 11-78; sowie Richter, Horst-Eberhard: *Zur Psychologie des Friedens*. Reinbek bei Hamburg 1982. S. 89-94.

starken Einflüssen des Jainismus die zentrale Grundlage der Lehre Gandhis gewesen war¹¹⁷⁰. Trotz ihrer vollkommen unterschiedlichen Weltbilder und Denkformen verschmolzen die Sichtweisen von Psychoanalyse und Buddhismus auf die konkreten Erscheinungsformen der Gewalt zu einer erstaunlich dichten Legierung. Das so geprägte radikalpazifistische Gewaltverständnis zeichnete sich durch die folgenden Merkmale aus:

Grundsätzlich handelte es sich um einen *essentialistischen* Gewaltbegriff, was eine ganze Reihe von Konsequenzen nach sich zog. Pazifistische Texte neigten dazu, Gewalt nicht nur als einen bestimmten Modus des Handelns zu beschreiben. Sie erschien vielmehr häufig als eine Art immaterieller Substanz, die scheinbar unabhängig von den sie ausübenden Personen existierte. Diese Denkweise äußerte sich beispielsweise in Formulierungen wie der, eine Gesellschaft sei „von Gewalt durchdrungen“ oder bestimmte Individuen würden „von der Gewalt beherrscht“. Ebenfalls fand sie sich in der Memoria-Tradition, in denen den „Opfern von Haß und Gewalt“ gedacht wurde. In dieser auch aktuell häufig verwendeten Redewendung erschienen Haß und Gewalt als autonome geschichtliche Kräfte, während die Menschen, die aus ersterem heraus handelten oder letztere ausübten, zu lediglich ausführenden Agenten hinabsanken. Dieser Denkweise entsprach die Vermeidung aktiver Verben, wenn die Rede vom Krieg war: Krieg wurde nicht *geführt* – von jemandem, um etwas, gegen jemanden –, sondern Krieg *war* einfach, bzw. man war im Krieg¹¹⁷¹. Er erschien somit nicht als zielgerichtete Handlung, sondern als ein passiv erlebter und erlittener Zustand, eine Art seltsames Fieber¹¹⁷². Dementsprechend wurde Krieg im pazifistischen Denken nicht als Kampf zweier Parteien gedacht, sondern als allgemeine und somit

¹¹⁷⁰ Der Jainismus führt das Konzept der „Ehrfurcht vor dem Leben“ zum Extrem und vermeidet daher sogar das zufällige Töten von Insekten. Er betont außerdem geistige Disziplin und eine asketische Lebensführung. Zum Einfluß des Jainismus auf Gandhi vgl. Chatterjee, Margaret: *Gewaltfrei widerstehen: Gandhis religiöses Denken – Seine Bedeutung für unsere Zeit*. Gütersloh 1994. S. 35-37, 67 und 72; sowie Gier, Nicholas F.: *The Virtue of Nonviolence: From Gautama to Gandhi*. Albany (New York) 2004. Zum Jainismus selbst vgl. Long, Jeffrey D.: *Jainism: An Introduction*. London und New York 2009.

¹¹⁷¹ Vgl. hierzu die Schilderungen der Kriegserlebnisse in Christa Wolfs *Kindheitsmuster*, sowie die sehr knappe, aber demselben Schema folgende Schilderung von Günter Grass in der Heilbronner Erklärung.

¹¹⁷² Hier ist allerdings eine einschränkende Bemerkung angezeigt: Diese Ausblendung von Kriegsursachen war zwar eine sehr starke Tendenz, wurde jedoch von verschiedener, insbesondere marxistischer Seite immer wieder in Frage gestellt. Da man einerseits die Kriegsgründe als ‚vorgebliche‘ entlarven mußte – da Krieg prinzipiell als sinnlos angesehen wurde –, man aber andererseits Krieg nicht als unerklärliches Phänomen darstellen konnte, ergab sich die naheliegende Lösung, die ‚eigentliche‘ Ursache von Krieg in den Profitinteressen, der Böswilligkeit oder auch einfach nur der Dummheit der jeweiligen Regierungen bzw. einzelner Kriegstreiber zu verorten.

ziellose Vernichtung. Dies zeigte sich beispielsweise in Dorothee Sölles Parabel *Im Hause des Menschenfressers*, in der sie diesen als Personifizierung des Krieges auftreten ließ. Voraussetzung einer jeden personalen Metapher des Krieges war es, Krieg nicht wie beispielsweise Clausewitz als das gegenseitig aufeinander bezogene Handeln zweier kollektiver Akteure zu verstehen, sondern als eine einzelne metaphysische Kraft, welche alle Kriegführenden gleichermaßen beherrschte.

Überdies erschien der Krieg in vielen pazifistischen Darstellungen als ein Reich des reinen Schreckens, in dem ausschließlich Grauenhaftes geschah, was ihn zu einer weder emotional noch intellektuell verstehbaren *black box*, einem an sich Unbegreifbaren werden ließ. Weil das pazifistische Denken nun nicht nur die moralische Legitimität, sondern auch die Zweckrationalität von Gewaltanwendung grundsätzlich bestritt, war es gezwungen, als Erklärung konkreter kriegerischer Handlungen letztlich einen reinen und somit von der jeweiligen Situation vollkommen unabhängigen Willen zum Krieg anzunehmen. Die Zielbezogenheit kriegerischen Handelns, das immer darauf angelegt war, sich in der und durch die Verwirklichung seiner Ziele selbst zu beenden, wurde ausgeblendet und somit die darin begründete dialektische Verbindung zwischen Krieg und Frieden durchtrennt. Die essentialistische Auffassung des Krieges nahm ausschließlich das gewaltsame Handeln an sich wahr, in dem es aufgrund seiner aufs Äußerste verengten Sichtweise denn auch keinerlei Sinnhaftigkeit mehr erkennen konnte. Statt als *Kampf* wurde der Krieg somit als *Masaker* aufgefaßt. Die Möglichkeit einer Legitimation des Handlungsmodus aus dem Handlungsziel oder aus anderweitigen Handlungskontexten wurde kategorisch verneint. Folglich wurden auch solche Kriege nicht mehr als legitim anerkannt, die die Verteidigung einer „gemäß[e]n Friedensordnung“¹¹⁷³ darstellten, oder aber einen Angriff auf eine bestehende, „ungemäße Lebensordnung, die (im Bürgerkrieg oder im äußeren Krieg) als lebensungemäß zu stürzen ist“¹¹⁷⁴. In den Theorien des gerechten Krieges stellte dieser Bezug auf die entweder gegebene oder fehlende Legitimität der Gesellschaftsordnung die zentrale Legitimationsinstanz kriegerischen Handelns dar. Noch Herbert Marcuse hatte zwischen den Kriegen der – als Imperialismus auftre-

¹¹⁷³ Müller, Max: Der Friede als philosophisches Problem. In: Senghaas, Dieter: *Den Frieden denken: Si vis pacem, para pacem*. Frankfurt a. M. 1995. S. 32.

¹¹⁷⁴ Ebd.

tenden – Gewalt und den Kriegen gegen diese unterschieden, wobei letztere, obgleich selbst auch gewalttätig, die wahrhaft gerechten Kriege seien¹¹⁷⁵.

Der durch Gandhi geprägte Pazifismus behielt zwar die Definition des Friedens als einer durch bestimmte Kriterien qualifizierten Lebensordnung bei, ja verstärkte sie wie erläutert noch. Er verstand sie jedoch nicht im Sinne einer säkularen politischen oder rechtlichen Konzeption. Vielmehr war die angestrebte Gesellschaftsordnung bei Gandhi stets in eine ontisch geprägte Vorstellungswelt eingebettet, aus der auch die Methoden, durch die sie verwirklicht werden sollte, abgeleitet wurden. Beispielsweise schrieb Wolfgang Sternstein, einer der prominentesten Gandhianer in der Bundesrepublik:

Eine dieser [von Gandhi erkannten] Wahrheiten, so alt wie die Berge, ist der Grundsatz der Einheit von Mittel und Zweck: *Weg und Ziel, Mittel und Zweck, müssen übereinstimmen, soll der Zweck erfüllt, das Ziel erreicht werden.* Sie sind so eng verbunden, wie Same und Pflanze. Auch im Zeitalter der Gentechnik wird es nicht gelingen, aus einem Apfelkern einen Kastanienbaum oder aus einer Kastanie einen Apfelbaum zu züchten. Das klingt trivial und doch – man wird es kaum glauben – verstoßen wir im privaten wie im öffentlichen Leben tagtäglich gegen diese schlichte Erkenntnis, die besagt: Frieden kann nur durch friedliche, Gerechtigkeit nur durch gerechte und Demokratie nur durch demokratische Mittel erkämpft oder verteidigt werden.¹¹⁷⁶

Demnach waren gewaltloses und gewaltsames Handeln nicht nur Phänomene gesellschaftlicher Praxis, sondern Elemente zweier vollständig voneinander getrennter Kategorien des Seins, deren moralische Qualität essentiellen Charakter trug und somit a priori gegeben war. Entsprechend kennzeichneten die Begriffe von Frieden und Krieg keine gesellschaftlichen Situationen, die in sich jeweils eine Vielfalt gewaltsamer wie nicht gewaltsamer Praktiken umfaßten¹¹⁷⁷, sondern existentielle Zustände. Dorothee Sölle erklärte ausdrücklich, Frieden sei „eine existentielle Kategorie.“¹¹⁷⁸ Krieg und Frieden wurden somit aus der Sphäre des *Handelns* in die des *Seins* überführt. Ihre nun als metaphysischer Dualismus gedachte Begrifflichkeit schuf eine scheinbare Eindeutigkeit, die die Komplexität der sozialen Realität von ‚Krieg‘ und

¹¹⁷⁵ Vgl. Marcuse, Herbert: Der Friede als gesellschaftliche Lebensform. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Den Frieden denken: Si vis pacem, para pacem.* Frankfurt a. M. 1995. S. 86.

¹¹⁷⁶ Sternstein, *Mein Weg*, S. 255. Hervorhebung wie im Original.

¹¹⁷⁷ So gehört zum Frieden die notfalls auch gewaltsame Durchsetzung des Rechts, zum Krieg dagegen die ohne Gewalt erfolgende Bildung von Allianzen und Bündnissen, die Finanzpolitik und der Handel.

¹¹⁷⁸ Sölle, Dorothee: Aufrüstung tötet, auch ohne Krieg. In: Tatz, Jürgen (Hrsg.): *Alternativen zur Abschreckungspolitik: Standpunkte und Strategien für eine neue Friedenspolitik.* Freiburg i. Br. 1983. S. 52.

„Frieden“ verschwinden ließ. Somit wurde Krieg im pazifistischen Denken weit weniger von seinen konkreten geschichtlichen Erscheinungsformen her gedacht, sondern primär von einer abstrahierten Vorstellung des Krieges, die ihrem moralischen Wesen nach als verdammenswert bestimmt und mit starken Gefühlen der Abscheu und des Entsetzens verknüpft war. Dasselbe galt für die bewußt allgemein und abstrakt gehaltene Kategorie der Gewalt, durch deren Anwendung auf die soziale Wirklichkeit impliziert wurde, alle Formen gewaltsamen Handelns seien wesensgleich.

Jeglicher Handlungsakt war dieser gandhianisch-pazifistischen Auffassung zufolge seiner jeweils spezifischen ontischen Sphäre verhaftet. Dahinter verbarg sich eine wiederum essentialistische Konzeption des Handelns, die grundsätzlich jede Tat als Umsetzung eines metaphysischen Prinzips in die Wirklichkeit begriff, sodaß man in Anlehnung an Max Webers Begriff der „Wertrationalität“ von einer „Wesensrationalität“ sprechen könnte. Demgegenüber galten ihr andere Begründungen von Handlungsentscheidungen, etwa durch die Logik zielorientierter Strategien, als nur äußerlich und unwesentlich. Selbst wenn der Pazifismus sich der Frage der Zweckmäßigkeit widmete und postulierte, friedfertiges Handeln sei auch in instrumenteller Hinsicht immer am besten geeignet, Frieden zu verwirklichen, so begründete er dies nicht mit empirischen Erfahrungswerten, sondern wie Sternstein in dem oben angeführten Abschnitt mit ontischen Analogien. Die Position des Radikalpazifismus lautete dementsprechend nicht, friedliches Handeln sei der relativ beste Weg zum Frieden, sondern vielmehr der kategorisch einzige. Während die Argumentation also vordergründig auf die Frage der Zweckdienlichkeit einging, blieb sie doch stets eingeschlossen in eine Denkform des Wesenhaften.

Als Ergebnis dieser geistigen Grundhaltung galt es Pazifisten als unmöglich, daß zwei Handlungsmaximen, denen gegensätzliche metaphysische Prinzipien zugrunde lagen, als Elemente einer übergeordneten Strategie sinnvoll zusammenwirken könnten. Daher wurde das auf den Harmel-Bericht zurückgehende Konzept des Doppelbeschlusses, Sicherheit gerade durch die Kombination von Abschreckung und Verständigung herbeizuführen, nicht als eine gegenseitige Ergänzung, sondern als schreiender Widerspruch empfunden¹¹⁷⁹. Doppelstrategien nutzten bewußt das Spannungsfeld zweier gegensätzlicher Handlungsmaximen, um eine schädliche Einseitigkeit des

¹¹⁷⁹ Vergleiche etwa Rudolf Bahros diesbezügliche Äußerungen beim Friedenspolitischen Forum vom 27. August 1981 in Bonn. In Apel, Bahr, Bahro, *Sicherheitspolitik*, S. 35.

Handelns bei exklusiver Befolgung einer der beiden zu vermeiden, sie sich vielmehr gegenseitig ausbalancieren zu lassen und zudem eine größere taktische Flexibilität zu erreichen. In der Weltsicht des Realismus gab es eine Vielzahl von – untereinander nicht selten widersprüchlichen – Prinzipien, die alle ein Stück weit ihre Berechtigung hatten, jedoch kontraproduktiv wurden, sobald sie ausschließliche Geltung beanspruchten. Keine strategische Maxime konnte der Komplexität der Welt allein gerecht werden. Dieser Mentalität lag somit ein tiefsitzendes Mißtrauen gegen jede Art von absolutem Geltungsanspruch zugrunde. Das pazifistische Denken begriff dagegen die Spannungsverhältnisse von Widersprüchen nie als produktiv, sondern immer als Fehler. Aufgrund seiner Ausrichtung auf ein einheitliches und widerspruchsloses Weltbild setzte es logische Konsistenz mit metaphysischer Homogenität gleich. Den radikalen Pazifismus prägte ein ontologisches Singularitätsprinzip, nach dem es nur eine einzige Wahrheit geben konnte. Einseitigkeit und Unbedingtheit galten ihm als lobenswerte Prinzipienfestigkeit, Pragmatismus war für ihn dagegen gleichbedeutend mit Opportunismus, den er verabscheute.

Das essentialistische Gewaltverständnis bedingte weiterhin, daß Gewalt als *autogenetisch* begriffen wurde. Dem gewaltsamen Handeln waren somit nicht nur Ziele aus der metaphysischen Sphäre des Friedens prinzipiell unzugänglich, sondern es erzeugte aus sich selbst heraus auch stets neue Gewalt. Unter demselben Rückgriff auf Analogien wie Sternstein schrieb Jürgen Menzel, ein weiterer Teilnehmer der deutschen Pflugschar-Aktionen, zu seiner Motivation: „Wer Waffen herstellt und gebraucht, wird Krieg und Tod ernten; wer den Acker umpflügt und Körner säht, wird Nahrung und Leben ernten“¹⁸⁰. Endgültige Siege, etwa durch die vollständige Vernichtung eines Gegners oder auch durch dessen gelungene Integration in den eigenen Herrschaftsbereich, gab es demnach nicht. Gewalt konnte letzten Endes niemals erfolgreich sein.

Bezeichnend war in diesem Zusammenhang auch eine weitere Äußerung Wolfgang Sternsteins zur Auseinandersetzung zwischen Demokratien und Diktaturen: „Diktaturen beruhen innen- und außenpolitisch auf dem Prinzip der gewaltsamen, Demokratien dagegen auf dem Prinzip der gewaltlosen Konfliktaustragung. Demokratien sind infolgedessen stets in Gefahr, sich an der Gewaltkrankheit anzustek-

¹⁸⁰ Menzel, Jürgen: „Es gibt keinen Weg zum Frieden – der Friede ist der Weg“. In: Handbuch der Pflugschar-Gruppe 1983. Stuttgart (Selbstverlag) 1983. S. 10 f.

ken.“¹¹⁸¹ Wie bei den oben zitierten Passagen Pestalozzis handelte es sich auch bei Sternstein um das gedankliche Verfahren eines ontischen Reduktionismus, der danach strebte, das innere Wesen aller Phänomene zu enthüllen¹¹⁸². Da Sternstein Demokratie und Gewaltfreiheit als wesensgleich definierte, bedeutete dies im Umkehrschluß, daß nicht nur ein etwaiger Einsatz von Gewalt durch Armee oder Polizei, sondern bereits die bloße Existenz solcher mit Gewaltausübung beauftragten Institutionen undemokratisch war¹¹⁸³. Ob von einer bestimmten Armee in einer konkreten politischen Situation tatsächlich eine Bedrohung der demokratischen Grundordnung ausging, und wenn ja, auf welche Weise, danach wurde gar nicht gefragt. Da die wesensgemäße Unvereinbarkeit feststand, erübrigte sich jede empirische Untersuchung.

Als weitere Konsequenz dieser Fassung der Gewalt als einer eigenständigen metaphysischen Kraft wurde diese aus der menschlichen Natur externalisiert. Für das pazifistische Menschenbild war dies ein zentraler Faktor, da so die Kluft zwischen theoretisch postulierter Friedfertigkeit¹¹⁸⁴ und empirisch zu beobachtender Gewalttätigkeit geschlossen werden konnte. Es erfolgte eine Anthropodizee, eine Rechtferti-

¹¹⁸¹ Sternstein, *Mein Weg*, S. 255 f.

¹¹⁸² Peter Schneider sprach 1983 in seiner Kritik der Radikalpazifisten in Übereinstimmung mit den hier vorgestellten Beobachtungen von der „ontologischen Fraktion“ in der grün-alternativen Bewegung. Vgl. ders.: Keine Lust aufs grüne Paradies. In: Wagenbach, Klaus, et al. (Hrsgg.): *Vaterland, Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*. Berlin 1994. S. 360. Zuerst veröffentlicht in *Der Spiegel* (21. 11. 1983) sowie *Kursbuch* Nr. 74 (1983).

¹¹⁸³ Das radikalhumanistische Komitee für Grundrecht und Demokratie zitierte den Artikel 1 Absatz 2 des Grundgesetzes: „Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Das Komitee zog daraus den Schluß: „Dieses Grundrecht kann nur interpretiert werden im Hinblick auf eine Gesellschaft, die ihre Konflikte mit friedlichen Formen löst und nicht durch Polizei und Militärapparate.“ Demnach war bereits die Existenz von Polizei und Militär verfassungswidrig. Komitee für Grundrechte und Demokratie: *100 Thesen zu Frieden und Menschenrechten*. Sensbachtal, 3. Aufl. 1985 (Selbstverlag). These 38, S. 30.

¹¹⁸⁴ So noch 2001 der Friedensforscher Karlheinz Koppe. Er schloß sich dabei einer Theorie von Kenneth E. Boulding an, der beanspruchte, eine Gesamtstatistik menschlicher Tätigkeiten aufgestellt zu haben. 85 bis 90 % aller menschlichen Handlungen seien demnach auf „Nicht-Krieg“ oder „allumfassenden Frieden“ gerichtet. Damit folgerten Koppe und Boulding von *aktuellen* Tätigkeiten auf *generelle* Ziele und Einstellungen, was im Einzelfall etwa hieß, aus dem Umstand, daß jemand zur Zeit friedlich seinen Acker bestellte, den Schluß zu ziehen, dieser sei überhaupt ein friedliebender Mensch. Die Unsinnigkeit dieser Argumentation ist evident. Selbst bei der Betrachtung längerer Zeiträume war sie kaum stichhaltig: Wenn sich beispielsweise in einer Gesellschaft über einem Zeitraum von 100 Jahren 90% der Menschen an keiner Art von organisierter Gewalt beteiligt hatten, dann erstens vielleicht einfach deswegen nicht, weil es zufällig keinen Anlaß dazu gegeben hatte, und zweitens, weil Kriege in allen entwickelten Gesellschaften seit der Antike von relativ kleinen Gruppen professioneller Gewaltspezialisten geführt wurden. Koppe schrieb aber, alle diejenigen Menschen – seiner Ansicht nach mindestens 85% der Menschheit –, deren aktuelle Tätigkeit nichts mit Gewalt zu tun habe, hätten „nichts anderes im Sinn, als ohne Angst zu leben“. De facto gab es für diese Behauptung weder eine empirische noch eine logische Grundlage. Vgl. Koppe, Karlheinz: *Der vergessene Friede: Friedensvorstellungen von der Antike bis zur Gegenwart*. Opladen 2001. S. 33 f. sowie 264-279.

gung des Menschen angesichts seiner Taten. Entsprechend verteidigten die Pazifisten keines ihrer Dogmen mit solchem Furor wie ihr Bild des Menschen als einem mit einer natürlichen Moralität ausgestatteten Wesen. Sie liefen gegen jede Ansicht Sturm, die den Menschen als egoistisch und gewalttätig begriff, wie den Hobbes'schen Grundsatz des *homo homini lupus* oder die Annahme einer biologisch vorgegebenen Grundaggressivität à la Konrad Lorenz¹¹⁸⁵. Auch die in den Sozialwissenschaften verbreitete Tradition, den Menschen als rationalen egoistischen Nutzenmaximierer zu betrachten, wurde vom Pazifismus aufs schärfste abgelehnt. Das zentrale Credo, daß der Mensch im deskriptiven Sinne des Wortes auch menschlich im emphatischen Sinne, also hilfreich und mitfühlend sei, wurde gegen jede Infragestellung verteidigt.

Vielfach bekundeten Pazifisten in diesem Zusammenhang speziell ihre tiefe Aversion gegen die katholische Erbsündenlehre. So schrieb Hans A. Pestalozzi: „'Der Mensch ist böse.' So lautete die richtige Antwort auf die Frage im Religionsunterricht, ob der Mensch gut oder böse sei. Sie war Anlaß zu meiner ersten tiefgreifenden Rebellion.“¹¹⁸⁶ Böse, da gewalterzeugend, war es vielmehr, den Menschen als böse zu betrachten¹¹⁸⁷; sei es den Menschen an sich, bestimmte Gruppen von Menschen oder einzelne Individuen. Die Bemerkung Ronald Reagans, die Sowjetunion sei das „Reich des Bösen“, traf daher einen neuralgischen Punkt. Insofern bezog die Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschuß einen Großteil ihrer Vehemenz aus einer

¹¹⁸⁵ Gegen letzteren nahm insbesondere Erich Fromm Stellung, vgl. ders.: *Anatomie der menschlichen Destruktivität*. (Erich-Fromm-Gesamtausgabe, Bd. VII) Stuttgart 1980. Nach seiner Überzeugung waren die ursprünglichen Jäger- und Sammlergesellschaften gewaltfrei. Erst mit dem einsetzenden Zivilisationsprozeß im Neolithikum sei der Krieg überhaupt entstanden. Zur empirischen Überprüfung der Fromm'schen Thesen siehe die herausragende Studie von Helbling, Jürg: *Tribale Kriege: Konflikte in Gesellschaften ohne Zentralgewalt*. Frankfurt a. M. und New York 2006. Danach gab es in Jäger- und Sammlergesellschaften aus strukturellen Gründen in der Tat keinen Krieg, sehr wohl aber individuelle Gewalt von z.T. erheblichem Ausmaß. Die Mortizidrate war pro Kopf der Bevölkerung in Jagdbeutergesellschaften höher als in amerikanischen Großstädten.

¹¹⁸⁶ Pestalozzi, Hans A.: Aufruf zur Rebellion. In: Ders.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. München 1982. S. 10. Vgl. außerdem die Verdammung der Erbsündentheologie bei Narr, Wolf-Dieter; Roth, Roland; Vack, Klaus: *Wider kriegerische Menschenrechte: Eine pazifistisch-menschenrechtliche Streitschrift. Beispiel: Kosovo 1999 – Nato-Krieg gegen Jugoslawien*. Köln 1999. S. 70.

¹¹⁸⁷ So explizit Narr, Roth und Vack in ebd., S. 69-72. Der Psychoanalytiker Klaus Horn führte gegen Hobbes an, daß eine Anthropologie, falls sie den Menschen im Hobbes'schen Sinne als von Natur aus böse begreife, auch mit einem entsprechenden Verhalten rechne. Diese pessimistische Annahme verstelle in der politischen Praxis Entwicklungsmöglichkeiten. Darüber hinaus würden gesellschaftliche Institutionen, die ‚böses‘ Verhalten erwarteten, dieses gerade erst erzeugen. Horn, Klaus: Gibt es einen Aggressionstrieb? In: Funke, Manfred (Hrsg.): *Friedensforschung – Entscheidungsbilfe gegen Gewalt*. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 103) 2. Aufl. Bonn 1978. S. 43.

Konfrontation von Säkularreligionen¹¹⁸⁸. Indem der Pazifismus von einer gewaltlosen Frühzeit der Menschheit ausging, konstruierte er allerdings seine eigene Version des Sündenfalls, der nun im Eintritt der Gewalt in die menschliche Geschichte bestand¹¹⁸⁹.

Weiter folgte aus dem essentialistischen Gewaltbegriff eine umfassende *De-Kontextualisierung* von Gewaltakten. Während im hergebrachten Gerechtigkeitsdenken die Kontexte einer gewaltsamen Handlung die ausschlaggebenden Kriterien zur moralischen Beurteilung einer Tat waren, also wer aus welchen Gründen gegen wen auf welche Art und Weise sich gewalttätig verhielt, wurden diese in der pazifistischen Gewaltbetrachtung irrelevant¹¹⁹⁰. Im konventionellen Verständnis wiesen beispielsweise Mord und Hinrichtung aufgrund ihrer unterschiedlichen Kontexte vollkommen andersartige moralische Qualitäten auf¹¹⁹¹. In der pazifistischen Sichtweise war dagegen allein der Akt des Tötens wesentlich, Mord und Hinrichtung folglich von vornherein moralisch gleichwertig. Durch die Isolierung des Handlungsakts von der Handlungsgenese wurde diese für irrelevant erklärt. Denselben Standpunkt einer Verweigerung der Differenzierung zwischen verschiedenen Kategorien von Tötungsakten vertrat Tucholsky mit seinem berühmt-berüchtigten Ausspruch, jeder Soldat sei ein Mörder.

Mit dieser Entwertung der Kontexte von Gewalt ging automatisch ein Bedeutungsverlust derjenigen Umstände und Motive einher, die Menschen zur Gewaltausübung veranlaßten. Gerechtigkeit, Freiheit, religiöse und politische Überzeugungen, soziale oder materielle Konflikte – nichts davon konnte nach Ansicht des Pazifismus ein Grund sein, dafür gewaltlos zu streiten. Wurden somit, indem der Friedens als

¹¹⁸⁸ So explizit Dorothee Sölle, die einen „immer bewußteren Kampf zweier Religionen innerhalb der westlichen Welt“ feststellen zu können meinte. Vgl. dies.: Wir wollen Frieden, nicht Sicherheit: Zur Kritik einer bürgerlichen Hoffnung. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): *Jahrbuch '83*. Sensbachtal 1984. S. 86.

¹¹⁸⁹ Verwiesen sei hier auf die scharfsinnigen Anmerkungen Domenico Settembrinis zur Auffassung der menschlichen Natur bei Marx. Diese sind insofern relevant, als der moderne Pazifismus vermittels seiner Prägung durch die Kritische Theorie in einer freudo-marxistischen Tradition stand. Settembrini, Domenico: Das Problem der Gewalt bei Karl Marx und im Marxismus. In: Engel-Janosi, Friedrich; Klingenstein, Grete; Lutz, Heinrich (Hrsg.): *Gewalt und Gewaltlosigkeit: Probleme des 20. Jahrhunderts*. (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 4) München 1977. S. 44-48.

¹¹⁹⁰ Gandhi forderte zwar dazu auf, in einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Angreifer und Verteidiger zu unterscheiden und letzterem gewaltfrei beizustehen, an seiner Beurteilung der moralischen Qualität von Gewalt änderte dies jedoch nichts. Gandhi sprach sich selbstverständlich auch dafür aus, die Vertreter der ‚guten Seite‘ zum Verzicht auf gewaltsame Verteidigung zu bewegen. Vgl. Kumarappa, *Für Pazifisten*, S. 50 f. bzw. *Haridschan* vom 21. Oktober sowie dem 9. Dezember 1939.

¹¹⁹¹ Wobei eine Hinrichtung selbstverständlich auch im konventionellen Verständnis moralisch falsch sein *konnte*, es aber nicht zwangsläufig sein *mußte*.

absolut primärer Wert gesetzt wurde, alle anderen positiven Normen entwertet, so galt dies gleichermaßen für die Sphäre des moralisch Verwerflichen: Seine Fokussierung auf den Krieg als größtem Übel führte den Pazifismus dazu, andere, auch gewalttätige Verbrechen zu relativieren und entgegen seiner eigentlichen Haltung durch ihre situativen Kontexte zu entschuldigen, um somit die politisch-moralische Legitimationsbasis militärischer Interventionen zu dekonstruieren.

In engstem Zusammenhang damit stand die Neubestimmung des grundsätzlichen Verhältnisses zwischen Krieg, Frieden und Gerechtigkeit. Weil Gewalt und Krieg in der traditionellen Vorstellung nicht als mit einer intrinsischen moralischen Qualität ausgestattet gedacht wurden, war der Einsatz von Gewalt für Gerechtigkeit kein Widerspruch. Der von pazifistischer Seite erhobene Vorwurf, die angewandten Mittel widersprächen dem intendierten Zweck, wenn eine Friedensordnung unter Einsatz von Gewalt errichtet werde, konnte gar nicht aufkommen, solange im allgemeinen Diskurs nicht zwischen friedlich und gewaltsam unterschieden wurde, sondern zwischen gerecht und ungerecht. Vielmehr stimmte gerechte Gewalt mit dem übergeordneten Ziel der Gerechtigkeit völlig überein. Der Streit zwischen dem Pazifismus und den Vertretern der herkömmlichen Politik- und Moralvorstellungen entsprach daher einem Konflikt zwischen einem Friedens- und einem Gerechtigkeitsdiskurs.

In pazifistischer Denkweise war jede gewaltsame Handlung schon an und für sich ungerecht, da jeder Mensch ein unveräußerliches Recht auf körperliche Unversehrtheit besitze. Werde Ungerechtigkeit gewaltsam bekämpft, so werde damit nur die Ungerechtigkeit des Täters gegenüber seinem Opfer durch die Ungerechtigkeit des Intervenierenden gegenüber dem ursprünglichen Täter ersetzt. Also sei nicht notfalls durch Gewalt hergestellte Gerechtigkeit Vorbedingung für Frieden, sondern umgekehrt sei friedliches Verhalten Vorbedingung für Gerechtigkeit, da nur eine gewaltlose Intervention es vermeide, die Gesamtsumme der ausgeübten Gewalt noch weiter zu erhöhen. Der Primat der Gerechtigkeit wurde somit durch den Primat des Friedens ersetzt, anstatt *opus iustitiae pax* wie bei Augustinus galt nun *pacis iustitia opus*. Durch diese Unterordnung der Gerechtigkeit unter den Frieden wurde Gewalt als Mittel zur Wiederherstellung einer verletzten Rechtsordnung kategorisch ausgeschlossen.

Daraus folgte, daß auch die Androhung von Gewalt an potentielle Rechtsbrecher nicht Mittel zur Aufrechterhaltung einer bestehenden Rechts- und Friedensordnung

sein durfte, was im spezifischen Kontext des NATO-Doppelbeschlusses darauf abzielte, die Legitimität jeder Herstellung von Sicherheit durch Abschreckung zu bestreiten. So schrieb etwa Manfred Kühle, ein Mitglied der anarchistisch-pazifistischen Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen und Redakteur ihrer Zeitschrift *Graswurzelrevolution*, das „Prinzip Aufrüstung“ beginne mit „der ideologischen Erziehung, daß Frieden bewaffnet zu sein habe“¹¹⁹². Mit dieser Stigmatisierung der Notwendigkeit militärischer Verteidigung als bloßer Ideologie sagte Kühle, wahrer Friede müsse weder, noch dürfe er durch militärische Mittel gesichert werden. Implizit beanspruchte er damit auch, selbst keine ideologische Position zu vertreten. Wie Sternstein und Pestalozzi dachte Kühle reduktionistisch, indem er die von ihm als Aufrüstung bewertete Stationierung als konkrete Umsetzung eines allgemeinen militaristischen Prinzips begriff.

Diese Verneinung einer möglichen Gerechtigkeit von gewaltsamen Handlungen war eng mit der oben erläuterten Externalisierung der Gewalt aus der menschlichen Natur verknüpft: Im diametralen Gegensatz zum hergebrachten Denken wurden die Taten eines Menschen einerseits, seine menschliche Natur und die nach pazifistischem Verständnis unabdingbar aus ihr folgenden Rechte andererseits als zwei völlig separierte Sphären begriffen. Nach der traditionellen Denkweise war es moralisch legitim, gegen einen in moralisch verwerflicher Weise Handelnden Gewalt einzusetzen, da Gerechtigkeit erstens als Symmetrie von Handeln und Widerfahren verstanden wurde, und da ein Mensch zweitens die ihm zustehenden Rechte durch seine Taten verwirken konnte. Beides setzte eine unaufhebbare Verbindung zwischen einem Menschen als Person und seinen Taten voraus, als deren souveräner Verursacher er angesehen wurde.

Nach pazifistischer Denkart gab es dagegen eine essentielle Menschlichkeit, die von den Taten der jeweiligen Person völlig unbeeinflusst bestand. Bei der Frage, wie eine bestimmte Person zu behandeln sei, war demnach niemals von deren Handlungen auszugehen, sondern vielmehr immer von ihrem Wesenskern, und dieser war bei jedem Menschen ausnahmslos moralisch gut. Auch wer die Rechte anderer Menschen vorsätzlich schwerwiegend verletzte, war selbst immer noch ein Mensch, und

¹¹⁹² Kühle, Manfred: Gewaltfreiheit – Chance für die Friedensbewegung? In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. 2. Aufl. München 1982. S. 172.

als solcher ein Wesen, dessen Leben heilig war. Damit zeichnete sich das pazifistische Moralverständnis durch eine von der herkömmlichen Moral grundlegend verschiedene Auffassung des moralisch Verwerflichen aus: Die im hergebrachten Verständnis als selbstverständlich betrachtete Legitimation reaktiver, also unterbindender oder strafender Gewalt, durch die moralische Verwerflichkeit der Primärhandlungen wurde vom Pazifismus entschieden abgelehnt. Moralisch verwerflich war vielmehr die Gewalt an sich, und zwar auch jede Form reaktiver Gewalt. Somit galt: Weil die Vorstellung, ein Mensch sei ‚böse‘, Gewaltanwendung legitimieren konnte, bestand das eigentlich Böse darin, einen Menschen für ‚böse‘ zu erklären. Damit wurde der für die konventionelle Moral grundlegende Gedanke, daß Verbrechen Strafe rechtfertige, radikal verworfen. *Schuld* war damit nicht mehr etwas, das Konsequenzen für den Täter begründete, sondern einzig und allein Sache des jeweiligen Individuums und seines Gewissens.

Um seine Ablehnung einer Rechtfertigung von Gewalt aus der moralischen Verwerflichkeit von verbrecherischen Taten noch weiter zu befestigen, vollzog der Pazifismus außerdem eine grundsätzliche Abkehr von der Vorstellung des in seinen Entscheidungen freien und daher für seine Handlungen voll verantwortlichen Individuums. Nicht der Täter war der eigentlich Verantwortliche, sondern die gesellschaftlichen Strukturen, in denen die Ursachen seiner Handlungen lagen. Somit konnte keine rechtsverletzende Handlungsweise den Einsatz präventiver, intervenierender oder strafender Gewalt gegen den Täter legitimieren. Auch die Menschlichkeit eines Menschen war demnach eine de-kontextualisierte Essenz, auf dieselbe Weise von allen Zusammenhängen separiert wie die Gewalt. Durch sein grundsätzliches Dogma, zu bekämpfen sei die Gewalt und nicht der Gewalttäter, ja bereits durch die semantische Trennung zwischen beiden löste der Pazifismus die Verbindung zwischen Personen und ihren Handlungen auf. Dabei kam es allerdings oft zu schwerwiegenden Inkonsistenzen in der Argumentation, wenn Primärverursacher von Gewalt als Produkte ihrer Sozialisation bezeichnet und somit von ihrer Verantwortung freigesprochen wurden¹¹⁹³, während die Akteure aus den Reihen von USA und NATO, die militäri-

¹¹⁹³ So zum Beispiel in Narr, Wolf-Dieter; Roth, Roland; Vack, Klaus: *Wider kriegerische Menschenrechte: Eine pazifistisch-menschenrechtliche Streitschrift. Beispiel: Kosovo 1999 – Nato-Krieg gegen Jugoslawien*. Köln 1999, S. 70-72.

sche Interventionen forderten bzw. durchführten, als voll verantwortliche Kriegstreiber gebrandmarkt wurden.

Ein weiteres zentrales Merkmal des pazifistischen Gewaltverständnisses bestand in einer durchgehenden *Psychologisierung* der Ursachen von Gewalt. Die pazifistische Weltsicht beruhte auf der Annahme, daß die Interessen und Willensmaximen aller Menschen miteinander harmonisiert werden könnten. Da somit a priori keinerlei objektive Beweggründe für die Ausübung von Gewalt existierten, konnten diese einzig und allein in der Psyche der Gewaltausübenden liegen¹¹⁹⁴. Gewalt wurde so prinzipiell auf einen Verblendungszusammenhang zurückgeführt und die Möglichkeit ausgeschlossen, daß eine Gewaltanwendung von den Akteuren aufgrund einer zutreffenden Einschätzung ihrer objektiven Situation gewählt wurde.

Mit am deutlichsten brachte der Pädagoge Hartmut von Hentig diese Auffassung zum Ausdruck, als er 1967 in einer Rede auf dem evangelischen Kirchentag sagte: „Kriege werden im Innern der Menschen geboren, Kriege müssen im Innern der Menschen bekämpft werden.“¹¹⁹⁵ Kriege gebe es nicht, weil Grenzen falsch verliefen oder weil einer aus der Nation X einen anderen aus der Nation Y töte oder weil die Geopolitik dies so vorschreibe oder weil die Kolonialherren zu früh oder zu spät aus dem Land gingen oder weil Wahlen nicht rechtzeitig abgehalten würden oder weil plötzlich Waffen vorhanden seien. All dem sei Krieg vielmehr nur gefolgt, weil Menschen mit ihm gerechnet hätten, weil ihn irgend jemand gewollt, oder weil jemand an seinen Sinn und seine Notwendigkeit geglaubt habe. Krieg gebe es, weil er ‚im Geist‘

¹¹⁹⁴ In ihrer extremsten Form wurde diese These von dem Psychotherapeuten Dieter Mittelsten Scheid in seinem Beitrag für einen weitverbreiteten Sammelband vertreten. Krieg hatte seiner Ansicht nach seinen Ursprung in den jedem Menschen als Kind eingepprägten Werturteilen und der darauf aufbauenden persönlichen Identität. Solche kategorisierenden Einteilungen wie gut und schlecht, autoritär und demokratisch, klug und dumm, erfolgreich und erfolglos, fromm und gottlos, also schlechthin *alle* wertenden Begriffe seien bei Lichte besehen aber völlig willkürlich(!). Nach Scheids Auffassung mußten die Menschen nur damit aufhören, einander zu beurteilen und sich selbst als einzelne Subjekte mit spezifischen Identitäten zu verstehen, und der wahre Frieden wäre erreicht, der nichts anderes sei, als das Aufgehen in der großen Einheit. „Ich“ sei, so Scheid, schließlich „nur eine Idee“. Er meinte sogar ganz ernsthaft, die Benennung einzelner Phänomene durch die Sprache sei ein Fehler, da die Welt in Wahrheit eine Einheit bilde, die sprachlichen Begriffe aber die Illusion voneinander getrennter Entitäten erzeugten. Scheids Theorie stellte nun gewiß eine exzentrische, um nicht zu sagen bizarre Einzelmeinung dar. Daß die Herausgeber sie allerdings in ihren Band aufnahmen, zeigt, daß sie für das damalige Publikum aus den Reihen der Friedensbewegung nicht von vornherein absurd wirkte. Sie gehörte durchaus in den Bereich des immerhin Sagbaren. Vgl. Mittelsten Scheid, Dieter: Innerer Frieden, die Voraussetzung für eine friedliche Welt. In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. München 1982. S. 285-291.

¹¹⁹⁵ Hentig, Hartmut von: *Arbeit am Frieden: Übungen im Überwinden der Resignation*. München und Wien 1987. S. 13.

der Menschen gewesen sei. „Es gibt keine *Sache* und keinen *Sachverhalt*, die einen Staat zur Gewalttat an Menschen zwingen. [...] ‚Staaten‘, von denen wir sagen können, ‚sie führen Krieg‘, tun es, weil sie beschlossen haben, ihn zu führen.“¹¹⁹⁶ Kriege seien, so Hentig weiter, ein geistiges Unvermögen, ein Bewußtseinsdefekt¹¹⁹⁷.

Diese bereits sehr weitgehende Psychologisierung wurde vom Radikalpazifismus noch weiter getrieben, indem er aus dem Postulat, Gewalt fange immer im Denken an, die Schlußfolgerung zog, gewaltsames Denken *sei* bereits die eigentliche Gewalt. Diese werde in dem Augenblick ausgeübt, in dem man einen anderen Menschen als Gegner oder gar Feind betrachte. Dementsprechend stellte Petra Kelly fest: „Wenn man einen Polizisten als Bullen bezeichnet, so ist schon das gewaltfreie Feld verlassen.“¹¹⁹⁸ In ihrer Rede während der Debatte des Bundestages zur Pershing II-Stationierung im November 1983 erklärte sie, die Politiker der Regierungskoalition hätten kein Recht gehabt, an den kurz zuvor abgehaltenen Feiern zum Volkstrauertag teilzunehmen, da sie allein durch die Androhung nuklearer Vergeltung selbst bereits morden würden¹¹⁹⁹. Kelly setzte somit die bloße Absichtserklärung, man werde unter bestimmten Voraussetzungen in einer bestimmten Art und Weise handeln, mit der vollzogenen Tat gleich.

Als Ergebnis dieses psychologischen Gewaltverständnisses stellte sich den Pazifisten die Aufgabe, die Gewalt zuerst in der eigenen Psyche zu besiegen, was eine strikte emotionale und gedankliche Selbstdisziplin notwendig machte. Gandhi hatte dies durch ein Gleichnis aus dem indischen Alltagsleben verdeutlicht¹²⁰⁰: Traditionelle indische Häuser hätten im Boden des Erdgeschosses ein Loch, durch das Schmutz hinausgekehrt werde. Es bestehe allerdings die Gefahr, daß Schlangen auf diesem Weg in das Haus eindringen könnten, weshalb es stets gut verschlossen werden müsse. Bharatan Kumarappa erklärte: „[Gandhis Konzept der Gewaltfreiheit] fordert nicht weniger als die Austilgung der Gewalt aus der eigenen Person und der eigenen

¹¹⁹⁶ Ebd. Hervorhebungen wie im Original.

¹¹⁹⁷ Ebd., S. 17.

¹¹⁹⁸ Kelly, Petra: *Um Hoffnung kämpfen: Gewaltfrei in eine grüne Zukunft*. 3. Aufl., Bornheim-Merten 1983. S. 39.

¹¹⁹⁹ Deutscher Bundestag: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages: Stenographischer Bericht der 36. Sitzung der 10. Wahlperiode* (22. November 1983). S. 2520D. Ebenfalls in: Duve, Freimut (Hrsg.): *Die Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag: Protokoll einer historischen Entscheidung*. Reinbek bei Hamburg, 1984. S. 188.

¹²⁰⁰ Chatterjee, *Gewaltfrei widerstehen*, S. 40.

Umgebung.¹²⁰¹ Damit gewann das alte christliche Konzept der *Psychomachia*, des Widerstreits zwischen Tugenden und Lastern in der Seele des Menschen, im pazifistischen Denken eine neue, brennende Aktualität. Das Interesse sowohl an fernöstlichen mönchischen Lebensformen mit ihrer strengen geistigen Disziplin wie auch an westlichen Psychotechniken, das sich bei Pazifisten nicht selten beobachten ließ, kam somit nicht von ungefähr.

Es konnte nun nicht ausbleiben, daß die Verortung der Gewalt als einer in der eigenen Seele lauernenden Kraft zu einer enormen psychischen Belastung wurde. So stellte Horst-Eberhard Richter seiner Abhandlung zur „Psychologie des Friedens“¹²⁰² folgende Schilderung einer von ihm geleiteten gruppentherapeutischen Sitzung voran: Einer der Teilnehmer berichtete, „[i]hn bedrücke die Aussicht auf einen Krieg fürchterlich. Überhaupt erschrecke ihn der Anblick jeglicher Gewalt. Aber er sei darüber beunruhigt, ob das nicht auch in ihm selbst sei. [...] Diese Faszination“, die er beim Anblick von Gewaltdarstellungen an sich selbst beobachtete, „spreche doch dafür, daß in ihm auch solche Gewalttendenzen vorhanden seien.“¹²⁰³

Hier wurde ein Teil der eigenen Psyche als Bedrohung empfunden. Das eigene Selbst war mit dem Gewaltvirus kontaminiert, der zu jeder Zeit kontrolliert und bekämpft werden mußte, um ihn am Ausbrechen zu hindern. Diese Sichtweise trug Züge eines Exorzismus bzw. einer Bekehrung des Gewalttäters, die diesen in die Lage versetzen sollte, das Böse selbst aus seiner Seele zu exorzieren und sich spirituell zu reinigen. So schrieb der evangelische Theologe Hans-Eckehard Bahr, die gewaltlose Intervention könne

den Oppressor von den Instrumenten seiner Gewaltausübung befreien. Sie wäre, so verstanden, eine praktische Form des Exorzismus, eine ‚diakonische‘ Teufelsaustreibung, die die Sünde als gemeinschaftsschädigendes Verhalten trifft, nicht aber den Sünder. Im Gegenteil, nur so wird dieser in seiner Würde, das heißt als lern- und erneuerungsfähige Person radikal ernst genommen.¹²⁰⁴

¹²⁰¹ Kumarappa, Bharatan (Hrsg.): *Mahatma Gandhi: Für Pazifisten*. (Politik: Verstehen und Handeln, Bd. 2) Münster 1996. S. 1.

¹²⁰² Richter, Horst-Eberhard: *Zur Psychologie des Friedens*. Reinbek bei Hamburg 1982. S. 13-16.

¹²⁰³ Ebd.

¹²⁰⁴ Bahr, Hans-Eckehard: *Versöhnung und Widerstand: Religiöse und politische Spielregeln gewaltfreien Handelns*. (Forum Politische Theologie, Nr. 7) München und Mainz 1983. S. 65.

Der katholische Theologe Bernhard Häring zitierte seinen protestantischen Kollegen zustimmend und ergänzte: „Gewaltfreiheit treibt heilend und befreiend die Dämonen der Besitz- und Machtgier aus.“¹²⁰⁵

Wenn nun die Gewalt aus der menschlichen Natur externalisiert, gleichzeitig aber in der Psyche der jeweils Handelnden verortet wurden, so mußte die konkret bestehende psychische Verfaßtheit eines Gewalttäters im Widerspruch zu seiner eigentlichen menschlichen Natur stehen. Daher war der Gewalt im pazifistischen Verständnis stets ein *pathologischer* Charakter zu eigen, wie es im letzten Zitat bereits anklang, wenn Bernhard Häring ein Ende der Gewaltausübung als Heilung verstanden wissen wollte. Nicht nur der allgemeine Diskurs von Leben und Tod, Idealismus und Materialismus, sondern auch der spezifischere pazifistische Gewalt- bzw. Friedensdiskurs wurde mit den Konzepten von Krankheit und Gesundheit verbunden¹²⁰⁶. Da diese selbstverständlich als seelische Krankheit gedacht wurde, galten die komplementären Grundsatzformeln: *Gewalt gleich Krankheit gleich Wahnsinn* und *Gewaltlosigkeit gleich Gesundheit gleich Vernunft*.

Entsprechend kam Krankheitsmetaphern im pazifistischen Diskurs eine herausragende Bedeutung zu. Das Verständnis der Gewalttätigkeit als krankhafter Erscheinung galt dabei nicht nur in einem generellen und eher metaphorischen Sinne, sondern jede konkrete Gewalttat wurde als Ergebnis einer pathologischen psychischen Situation des jeweils ausübenden Individuums gewertet. Die Entwicklung der Fähigkeit zur Ausübung von Gewalt verlangte mithin zwingend nach einer vorhergehenden seelischen Deformation. Vor allem von Freudo-Marxisten wie Erich Fromm wurde dabei der medizinische Begriff der Pathologie mit dem marxistischen Entfremdungsbegriff zusammengedacht: Der entfremdete Mensch war ein in seiner geistigen Verfassung pathologisch deformierter Mensch. Gewalt und insbesondere die organisierte Gewalt, d. h. der Krieg, entstanden aus einer Entfremdung des Menschen von seinem wahren Wesen. Die Heilung der Gesellschaft – d. h. die Revoluti-

¹²⁰⁵ Häring, Bernhard: *Die Heilkraft der Gewaltfreiheit*. Düsseldorf 1986. Zitat Bahrs S. 94, Anmerkung Häring S. 96.

¹²⁰⁶ Besonders durch Carl Friedrich von Weizsäcker in seinem 1967 aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens der Bodelschwingschen Anstalten in Bethel gehaltenen Vortrag „Friedlosigkeit als seelische Krankheit“. In: Ders.: *Der bedrohte Friede: Politische Aufsätze 1945-1981*. München und Wien 1981. S. 153-177. Das Verständnis des Militarismus als seelischer Krankheit fand sich gleichfalls in Christa Wolfs „Kassandra“, in der der scharfsichtige Analytiker Anchises Cassandra darauf aufmerksam machte, daß Eumelos, der Protagonist des in Troja heraufziehenden Militarismus, als ein Kranker betrachtet werden müsse. Vgl. Wolf, *Kassandra*, S. 109.

on – würde die Aufhebung aller Entfremdungsverhältnisse bewirken, und somit auch das Ende jeglicher Gewalt¹²⁰⁷.

Gerade bei diesem Aspekt des pazifistischen Gewaltverständnisses trat der Einfluß der Psychoanalytiker besonders stark hervor. So schrieb Alexander Mitscherlich in seinem maßgeblichen Aufsatz „Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität“:

[Wir müssen] beachten, daß für jede Form kollektiv gebilligter und im Rahmen von Befehlszusammenhängen angeordneter Tötung eine psychische Regression in dem, der den Befehl ausführt, stattfinden muß. Wir haben das schon bei der Erwähnung des absoluten soldatischen Gehorsams angedeutet. Er stellt einen erzwungenen Rückschritt in infantile Abhängigkeiten dar. Aber auch die Befehlenden, oft in der Rolle eiskalter Rechner sich typisierend, erliegen partiell der Regression zu „primär-prozeßhaften“, zerstörerischen, omnipotenten Phantasien. Diese werden zu Wegweisern ihrer aggressiven Objektbesetzungen, Objekten, denen sie dann mit viel Intelligenz zustreben. (Zu denken wäre hier zum Beispiel an Eduard Teller und Herman Kahn und andere Planspieler des dritten Weltkrieges.) Mega-Tote sind das Ergebnis ihrer Vorausphantasien.¹²⁰⁸

Herman Kahn stellte auch für den mit Mitscherlich geistesverwandten Erich Fromm sowie später für Erhard Eppler eine absolute Reizfigur dar¹²⁰⁹. Vor allem in seiner Gestalt trat den pazifistischen Settembrinis ihr moderner Naphta entgegen, der besonders durch seine betonte Intellektualität provozierte.

In Mitscherlichs Ausführungen zeigten sich nun allerdings auch die fragwürdigen Aspekte der psychoanalytischen Theorie in besonders auffälliger Weise¹²¹⁰. Der alte Vorwurf an deren Adresse, sie reduziere den Menschen auf seine Triebe, bewahrheitete sich darin exemplarisch, daß Mitscherlich Aggression und Krieg ausschließlich unter Triebaspekten betrachtete. Dabei ging er zunächst von der Prämisse aus, daß es im Gegensatz zum nicht gewaltsamen Kampf, d. h. der Konkurrenz und dem politischen Streit, bei der mit Tötungsabsicht ausgeführten Gewalt eine Triebstruktur gä-

¹²⁰⁷ Die Gegenposition dazu lautete beispielsweise in der Formulierung Jacob Burckhardts: „Unser Fazit ist: die Menschen sind Menschen im Frieden wie im Kriege; das Elend des Irdischen hängt ihnen in beiden Zuständen gleich sehr an.“ Burckhardt, Jacob: *Weltgeschichtliche Betrachtungen*. Stuttgart 1978. S. 162.

¹²⁰⁸ Mitscherlich, Alexander: Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität. In: Ders.: *Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität: Vier Versuche*. Frankfurt a. M. 1970. S. 118 f.

¹²⁰⁹ Hardeck, Jürgen: *Erich Fromm: Leben und Werk*. Darmstadt 2005. S. 175.

¹²¹⁰ Zu einer ebenso kurzen wie prägnanten Kritik des Triebmodells der Aggression vgl. Jakobi, Ute; Selg, Herbert; Belschner, Herbert: Triebmodelle der Aggression. In: Selg, Herbert (Hrsg.): *Zur Aggression verdammt? Ein Überblick über die Psychologie der Aggression*. 6. Aufl., Stuttgart, Berlin, Köln und Mainz 1982. S. 49-53.

be, deren „Endeffekt, der Krieg heißt“¹²¹¹, besage, „daß die vernunftfeindlichen, vom kritischen Ich nur wenig beeinflussten Zielsetzungen periodisch leitend werden.“¹²¹² Hier also wieder die unhinterfragte, weil apriorische und somit unhinterfragbare Grundvoraussetzung, Vernunft, genauer: die „sozial-humane Vernunft“¹²¹³ und Krieg seien kategorisch different.

Hoch fragwürdig war fernerhin Mitscherlichs Auffassung vom damit konkret einhergehenden Triebgeschehen: Er beschrieb dies in den in der Psychoanalyse üblichen technischen Metaphern vom Aufbau einer aus der Triebquelle gespeisten Spannung, die sich, sobald sie ein kritisches Potential erreiche, periodisch durch aggressive Handlungen entladen müsse. Dabei setzte er weiterhin voraus, daß es bei Tieren eine natürliche Tötungshemmung gegenüber Artgenossen gäbe¹²¹⁴, was inzwischen als eindeutig falsch erwiesen ist, wie beispielsweise die bis zum Kannibalismus reichende artinterne Aggression unter Schimpansen zeigt. Da diese Hemmschwelle überwunden werden müsse, könne, so Mitscherlich, tödliche Gewalt nur bei Hochspannung des Aggressionstrieb ausgeübt werden, was ihn mit dem sexuellen Orgasmus vergleichbar mache. Dem Menschen war Töten demnach nur im Bluttausch möglich. Es wäre zu fragen, wie es dann jemals einen kaltblütigen Mord oder ein gedanken- und emotionsloses Totschlagen hätte geben können, das ja empirisch vielfach zu beobachten war. Hier wurde deutlich, wie in Mitscherlichs Theorie dasjenige, was nach Maßgabe eines dogmatisierten Humanismus nicht sein durfte, auch nicht sein konnte: daß nämlich die Fähigkeit zur Grausamkeit bzw. zur völligen Gleichgültigkeit gegenüber dem Mitmenschen eben doch in der menschlichen Natur angelegt war¹²¹⁵.

Einmal weiterhin davon abgesehen, ob ein solches hydraulisches Modell der menschlichen Psyche als System von Dampfkesseln und Überdruckventilen über-

¹²¹¹ Mitscherlich, *Idee des Friedens*, S. 113.

¹²¹² Ebd.

¹²¹³ Ebd., S. 112. Diese Spezifizierung findet sich, wie im vorangehenden Kapitel erwähnt, ebenfalls bei Ernst Bloch.

¹²¹⁴ Ebd., S. 121 f.

¹²¹⁵ Die Gegenposition aus soziologisch-empirischer Perspektive wurde besonders prägnant durch Heinrich Popitz formuliert. Dieser stellte fest: „Der Mensch muß nie, kann aber immer gewaltsam handeln, er muß nie, kann aber immer töten – einzeln oder kollektiv – gemeinsam oder arbeitsteilig – in allen Situationen, kämpfend oder Feste feiernd – in verschiedenen Gemütszuständen, im Zorn, ohne Zorn, mit Lust, ohne Lust, schreiend oder schweigend (in Todesstille) – für alle denkbaren Zwecke – jedermann.“ Popitz, Heinrich: *Phänomene der Macht*. 2. Aufl. Tübingen 1992. S. 50. Popitz verortete damit im scharfen Kontrast zu Mitscherlich den Tötungsakt nicht ausschließlich in einer unbewußten Triebstruktur, sondern betonte, daß die Motivation des Tötungsaktes in *jedem* Teil der Psyche liegen konnte, vom dumpfsten Trieb bis hin zur bewußtesten Entscheidung.

haupt vertretbar war, und auch abgesehen davon, ob es plausibel war, die Psyche eines Individuums und den psychischen Zustand von Großkollektiven so unbekümmert gleichzusetzen, wie Mitscherlich dies tat, so waren seine Implikationen für das Verständnis historischer Gewaltausbrüche gänzlich unhaltbar. Denn demnach wären sämtliche Gewalttätigkeiten von den antiken Stammeskriegen über die mittelalterlichen Fehden und die Kabinettskriege des 18. Jahrhunderts bis zu den Weltkriegen nur darauf zurückzuführen gewesen, daß sich in den jeweiligen Gesellschaften Triebenergie aufgestaut hätte, die nach Abfuhr verlangte. Alles andere, politische und wirtschaftliche Interessen, kulturelle Faktoren, Religionen und Ideologien wären lediglich Masken und Kostüme gewesen, in denen die eigentlichen Akteure, nämlich die Triebe, ihr Schauspiel aufgeführt hätten. Somit entsprächen diese Scheingründe nur einer Selbsttäuschung der über sich selbst nicht aufgeklärten Menschheit, wobei Mitscherlich in guter Tradition der Kritischen Theorie auch nicht darauf hinzuweisen vergaß, daß die modernen Übel von Industriegesellschaft und Kleinfamilie das aggressive Triebpotential nur steigern konnten¹²¹⁶. Und jedenfalls sei die Ausübung von tödlicher Gewalt gegen Menschen nur im Kollektiv möglich, dem einzelnen Individuum dagegen nur im Falle „schwerer psychischer Abnormität“¹²¹⁷.

Nach diesem Verständnis von Gewalt als pathologisch gab es keine aus vernünftigen Gründen angewandte Gewalt, womit die Immoralität der Gewalt zur Irrationalität verdoppelt wurde. Dieser Doppelcharakter war typisch für den Radikalpazifismus, der wie bereits erwähnt Wert- und Zweckrationalität als deckungsgleich betrachtete. Gandhi schrieb etwa in Bezug auf Hitler, dieser werde selbst im Falle seines umfassenden Sieges am Ende „ebenso mit leeren Händen dastehen wie sein noch nicht allzu ferner Vorgänger Alexander“¹²¹⁸. So etwas wie eine „gelungene Missetat des Stärkeren“ (Jacob Burckhardt) existierte demnach grundsätzlich nicht. Gandhis Sichtweise, selbst Alexander der Große sei letztlich erfolglos gewesen, war bezeichnend für seine ausschließlich auf Spiritualität hin orientierte Haltung. Diese war auch argumentationsstrategisch erforderlich, denn erst durch das Postulat eines allen materiellen Interessen übergeordneten Super-Interesses des spirituellen Heils war die Auffassung plausibel zu machen, eine kluge Verfolgung des eigenen Nutzens und morali-

¹²¹⁶ Mitscherlich, *Idee des Friedens*, S. 119-121.

¹²¹⁷ Ebd., S. 122.

¹²¹⁸ Kumarappa, *Für Pazifisten*, S. 61 bzw. *Haridschan* vom 22. Juni 1940.

sches Handeln seien ein- und dasselbe. Indem Moral aus der Erkenntnis einer objektiv bestehenden Seinsordnung abgeleitet wurde, galt bei Gandhi: „Fragen der Moral werden zu bloßen Wissensfragen. Wer schlecht handelt, handelt gegen das eigene Interesse. Das moralisch Schlechte ist so zur bloßen Unwissenheit geworden. Gegen diese hilft Aufklärung.“¹²¹⁹ Daß diese Beschreibung der ontologisch fundierten Moralphilosophie Platons auch auf die radikalhumanistische Theorie bei Gandhi, Fromm, Richter und Mitscherlich exakt zutrifft, wies erneut auf deren tief vormoderne, noch ganz und gar einem metaphysischen Denken verhafteten Charakter hin. Wie Walter Reese-Schäfer feststellte, hatten die Versuche, das Sollen aus dem Sein abzuleiten, ihre Faszination auch in der Moderne nicht verloren.

Wie stark die Auffassung vom pathologischen Charakter der Gewalt war, zeigte sich in der Debatte zum Doppelbeschluß beispielsweise in einer Äußerung Jo Leinens, der selbst nicht einmal zum harten Kern der Radikalpazifisten gehörte. Im Zuge einer Podiumsdiskussion zwischen ihm und dem Bundeswehr-Brigadegeneral Dietrich Genschel quittierte Leinen die Aussage des ersteren, ein Erfolg der Friedensbewegung würde die Bundesrepublik hilflos der Willkür der Sowjetunion ausliefern, mit der Bemerkung, nur ein Militär, nicht aber ein normaler Mensch könne angesichts der bestehenden nuklearen Overkill-Kapazitäten eine weitere Aufrüstung fordern¹²²⁰. Nicht daß Leinen hier eine weitere Aufstockung der nuklearen Arsenale als irrational bezeichnete, war dabei der entscheidende Punkt – dieser Auffassung konnte man durchaus auch als Nicht-Pazifist sein –, sondern daß er eine Unterscheidung zwischen normalen Menschen und Militärs traf. In der deutschen Sprache ist die Bedeutung des Wortes ‚normal‘ stets etwas schillernd, aber hier war es eindeutig im Sinne von ‚geistig gesund‘ gemeint. Für Leinen waren Militärs pauschal geistig abnormal, genauer gesagt: dem, was eigentlich vernünftig war, durch ihre Gewaltkonditionierung entfremdet.

Die instrumentelle *Unwirksamkeit* von Gewalt bildete den nächsten Aspekt des pazifistischen Gewaltverständnisses. Gandhi glaubte, Ausbeutung und Unterdrückung, ja eigentlich jedes durch die Androhung von Gewalt erzwungene Handeln basiere zu einem großen Teil auf der Unterwerfung, quasi auf der Mitarbeit der Ausgebeute-

¹²¹⁹ Reese-Schäfer, Walter: *Antike politische Philosophie zur Einführung*. Hamburg 1998. S. 128.

¹²²⁰ Vgl. Voss, Reinhard: Die Feindbilder blieben doch nicht ganz ohne Wirkung. In: *Frankfurter Rundschau* (17. September 1983).

ten¹²²¹. Im Umkehrschluß konnte man demnach einer unter Androhung von Gewalt vorgetragene Erpressung dadurch entgehen, daß man sich der Drohung nicht beugte und sich einfach nicht erpressen ließ. So schrieb Johan Galtung: „Gewalt und Stärke können nur Menschen einschüchtern, die von Angst getrieben sind.“¹²²² Demnach war eine Drohung mit Gewalt letzten Endes immer eine leere Drohung. Nun bezog sich die These von der Unwirksamkeit der Gewalt zunächst auf gesellschaftliche Makrostrukturen. Doch auch im konkreten Einzelfall wurde drohende Gewalt keinesfalls als etwas gedacht, das einem nur die Wahl zwischen Kampf und Kapitulation ließ. Gerade für die pazifistische Ablehnung des Prinzips der Abschreckung stellte es einen bedeutenden Faktor dar, daß Pazifisten in ihren Einschätzungen menschlichen Handelns stark zu der Annahme neigten, Drohungen hätten entweder keinen oder nur einen gegenteiligen, provokativen Effekt. Daß Drohungen im intendierten Sinne, also einschüchternd, wirksam sein könnten, wurde in dieser ideologisch verengten Psychologie dagegen generell verneint.

Zur besseren Verdeutlichung dieses Denkmusters sei an dieser Stelle ein Experiment geschildert, daß die unterschiedlichen psychologischen Konditionen von Gewalt prinzipiell ablehnenden Menschen und solchen, die Gewalt nicht kategorisch ausschlossen, verdeutlichte. Dabei wurden zwei Gruppen von jeweils zwanzig Personen mit entsprechenden Einstellungen zu ihrer Beurteilung eines hypothetischen Falles von Vergewaltigung befragt¹²²³. Genauer ging es um die Frage, wie die Versuchspersonen jeweils die rein faktische kausale Beteiligung (*Cause*), die Verantwortung (*Responsibility*) und die moralische Schuld (*Blame*) für das Verbrechen zwischen Täter und Opfer verteilt sahen; ob sie also der Meinung seien, daß nur der Vergewaltiger oder auch sein Opfer kausal am Geschehen beteiligt waren, Verantwortung hatten und sie Schuld traf. Der Punkt der Kausalität bezog sich vor allem auf die Vorgeschichte des Verbrechens, also darauf, wie es zu der Vergewaltigung gekom-

¹²²¹ Weber, *Gandhi as Disciple and Mentor*, S. 121.

¹²²² Galtung, Johan: Visionen einer friedlichen Welt. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Den Frieden denken: Si vis pacem, para pacem*. Frankfurt a. M. 1995. S. 392.

¹²²³ Vgl. den Experimentsbericht von Baumgardner, Steve R.: Attribution of Cause, Responsibility and Blame among Violent and Nonviolent Individuals. In: Kool, V. K. (Hrsg.): *Perspectives on Nonviolence*. New York et al. 1990. S. 54-64. Bei den Probanden handelte es sich um Psychologie-Studenten, deren Gewaltakzeptanz zuvor mit dem Nonviolence Test von Kool und Sen beurteilt worden war. Beide Gruppen setzen sich nur aus solche Personen zusammen, die bei diesem Test im besonders Gewalt ablehnenden oder Gewalt akzeptierenden Viertel der Bewertungsskala abgeschnitten hatten. Personen mit ambivalenter Haltung zur Gewalt waren also im Vorfeld ausgeschlossen worden.

men war. Derjenige der Verantwortung zielte auf dabei wahrgenommene oder verpaßte Handlungsoptionen ab, in Bezug auf das Opfer lief er also auf die Frage hinaus, inwieweit dieses durch unkluges oder unvorsichtiges Verhalten zu dem Geschehen beigetragen habe. Der Aspekt der moralischen Schuld dürfte selbsterklärend sein. Jeder Proband äußerte sich zu einem von vier Szenarien, in denen das Opfer jeweils unterschiedlich reagiert hatte:

- Mit aktiver physischer Gegenwehr;
- mit rein verbaler Gegenwehr;
- mit dem Versuch, eine persönliche Beziehungen zum Täter aufzubauen und diesen davon zu überzeugen, die Tat nicht zu begehen; und schließlich
- mit völliger Passivität.

Es zeigte sich, daß von den Gewalt prinzipiell ablehnenden Personen dem Opfer durchgehend eine höhere Mitschuld an der Vergewaltigung gegeben wurde, während die Gewalt akzeptierenden Personen das Opfer zwar als kausal involviert, aber so gut wie allein den Täter als verantwortlich und moralisch schuldig betrachteten. Insbesondere in dem Fall, in dem die Frau sich mit Gewalt gegen den Angreifer gewehrt hatte, wurde ihr von den Gewalt ablehnenden Personen sowohl eine hohe Mitverantwortung als auch eine relativ hohe moralische Mitschuld an der Vergewaltigung gegeben. Umgekehrt galt dies jedoch nicht: Für keinen der Fälle, in denen die Frau sich nicht gewaltsam gewehrt hatte, wurde ihr von den Gewalt akzeptierenden Personen eine höhere Mitverantwortung oder Mitschuld gegeben, als im Fall der aktiven Gegenwehr, nämlich jedesmal so gut wie gar keine.

Demnach beurteilten Gewalt ablehnende und Gewalt akzeptierende Menschen die Möglichkeiten des Handelns in einer Situation, in der jemand von Gewalt betroffen war, völlig unterschiedlich. Gewalt akzeptierende Personen begriffen offenbar das Agieren auf der Ebene der Physis als die primäre Form des Handelns. Wer nicht über physische Machtmittel verfügte, war gegenüber einem Angreifer, der es tat, hilf- und wehrlos. Physischen Aktionen konnte nur auf derselben Ebene entgegengewirkt werden. Im Denken der Gewalt akzeptierenden Personen bestand dementsprechend im Fall eines Gewaltverbrechens eine klare Täter-Opfer-Dichotomie, bei der allein der Täter moralisch verurteilt wurde. Die Gewalt ablehnenden Personen sahen dagegen Verantwortung und Schuld zwar auch überwiegend, aber weit weniger ausschließlich beim Täter. Vor allem beurteilten sie die Optionen der physisch wehrlo-

sen Frau ganz anders als die Gewalt akzeptierenden Probanden. Ihrer Ansicht nach hätte sie durchaus über die Möglichkeit verfügt, das Verhalten des Angreifers zu beeinflussen. Dies setzte die Möglichkeit voraus, auf die Psyche eines Angreifers einzuwirken und seine Handlungsabsicht zu ändern. Falls diese allerdings falsch genutzt und beispielsweise der Täter durch Ausübung von Gegengewalt nur noch mehr gereizt wurde, war auch das Opfer für das, was ihm widerfuhr, moralisch mitschuldig; zwar weniger stark als der Täter, aber doch in einem nicht unerheblichen Maße.

Eine Untersuchungsgruppe von insgesamt vierzig Personen war nun gewiß zu klein, um daraus wirklich allgemeingültige Schlußfolgerungen zu ziehen. Aber das Ergebnis dieses Experiments paßte ins Bild der pazifistischen Überzeugungen und strategischen Konzeptionen, insbesondere dem der sozialen Verteidigung: Pazifisten glaubten, daß auch im Fall einer Invasion den Besatzern gewaltlos Widerstand geleistet werden könne, etwa durch Arbeitsverweigerung oder Boykott, da es stets möglich sei, die Motivationen und Handlungsabsichten anderer Personen durch soziale Interaktion zu beeinflussen. Nach Ansicht Gewalt akzeptierender Personen konnte davon keine Rede sein. Diese nahmen Menschen zuallererst als physisch handelnde Wesen wahr, während Pazifisten die Sphäre der sozialen Interaktion als primär empfanden.

Im spezifischen Kontext des NATO-Doppelbeschlusses argumentierten Pazifisten im Rahmen dieses Unwirksamkeits-Topos, sowohl die Bedrohung durch den Warschauer Pakt als auch die Gegendrohung durch die NATO seien gleichermaßen unwirksam. Weder könne die Sowjetunion westliche Staaten erpressen, noch die NATO durch eine umgekehrte Erpressung die UdSSR von einem Angriff abhalten. Eine solche provoziere Angriffe im Gegenteil eher und verursache so das, was sie angeblich verhindern solle. Der Glaube an die instrumentelle Unwirksamkeit von Gewalt bildete den Grundstein für die pazifistische Argumentation, nach der eine numerische Überlegenheit ‚gegnerischer‘ Streitkräfte keinesfalls eine Rüstung auf der eigenen Seite nötig mache. Da jede Drohung mit Gewalt eine leere Drohung war, waren militärische Kräfteverhältnisse schlicht irrelevant. Die zentrale Definition des Zweckes kriegerischen Handelns durch Clausewitz, nach der dieses darauf abzielte, dem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen, indem man ihn seiner physischen Machtmittel beraubte und somit wehrlos machte, ging nach pazifistischer Überzeugung vollkommen ins Leere, da ein Eroberer die Drohung eines rücksichtslosen Ein-

satzes seiner Machtmittel, etwa in Form einer Terrorisierung der Zivilbevölkerung, ohnehin nicht realisieren würde. Selbst falls jedoch dieser schlimmste Fall eintrat, konnte jedwedes physische Ungemach, sei es Unterdrückung, Ausbeutung, Armut, Hunger, Versklavung oder Tod, ertragen werden.

Konkret formuliert wurden diese Positionen beispielsweise in einem Briefwechsel zwischen den Teilnehmern der westdeutschen Pflugschar-Aktionen und dem Bundeskanzleramt. Zur Erläuterung ihres Vorhabens hatte die Pflugschar-Gruppe einen persönlichen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl verfaßt. Darin schrieben sie: [Menschenrechte, Freiheit und Demokratie] „können [...] unseres Erachtens nur durch friedliche und freiheitliche Mittel verteidigt werden, d. h. durch die Methoden der gewaltfreien Aktion. [...] Wer Frieden und Freiheit durch Massenvernichtungsmittel verteidigen will, wird am Ende nicht nur den Frieden und die Freiheit, sondern auch noch das Leben verlieren.“¹²²⁴ Der zuständige Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes, Otto Koll, erwiderte darauf in seinem Antwortschreiben: „Der Entwaffnete wird erpreßbar; wer wehrlos ist, mit dem verhandelt niemand“¹²²⁵. Eine einseitige Abrüstung sei daher politisch unverantwortlich. In diesem Briefwechsel prallten das realistische Denken in physischen Kräfteverhältnissen und das karmisch-metaphysische Denken, für das die eigentliche Wirklichkeit im Spirituellen lag, unvermittelt aufeinander. Für Letzteres waren die Annahmen des Realismus sowohl sachlich als auch moralisch falsch; Erzeugnisse eines psychopathologischen Verblendungszusammenhangs, einer Paranoia. Dabei durften erneut Erich Fromm und Horst-Eberhard Richter als geistige Väter dieser Ansicht gelten¹²²⁶. Für den konkreten Fall der Pershing II-Stationierung hieß das, daß Frieden mit der Sowjetunion nur aus einer möglichst vollständigen Abrüstung des Westens würde entstehen können.

In dem oben Gesagten zeichnete sich bereits ein weiteres Merkmal des pazifistischen Gewaltverständnisses ab, das in der *Reflexivität* ihrer destruktiven Auswirkungen bestand. Jedwede Art von Gewalt war demnach nicht nur für denjenigen schädlich, dem sie angetan wurde, sondern auch für denjenigen, der sie ausübte. Dies wurde entweder äußerlich, also politisch verstanden, indem Aktions-Reaktions-Ketten

¹²²⁴ Brief an das Bundeskanzleramt vom 24. September 1983, abgedruckt in: Pflugschar-Gruppe, *Handbuch* '83, S. 30 f.

¹²²⁵ Antwort des Bundeskanzleramtes vom 30. September 1983, abgedruckt in ebd., S. 31 f.

¹²²⁶ Vgl. Fromm, Erich: *Es geht um den Menschen: Eine Untersuchung der Tatsachen und Illusionen in der Außenpolitik*. Stuttgart 1981. Siehe insb. S. 24-35.

von Gewalt und durch Rache motivierter Gegengewalt angenommen wurden, oder aber innerlich, also psychologisch bzw. spirituell im Sinne einer fortschreitenden Deformierung der Seele des Gewalttäters. Dabei entfaltete nicht erst die Anwendung von Gewalt diese reflexiv destruktiven Wirkungen, sondern bereits ihre Einübung. Dorothee Sölle schrieb beispielsweise in ihrem Beitrag zu den von Jürgen Habermas 1979 herausgegebenen „Stichworten zur geistigen Situation der Zeit“, sie wolle ihren Sohn nicht auf dem Truppenübungsplatz sehen, denn: „Jede Einübung ins Töten zerstört den, der sie vollzieht.“¹²²⁷ Hier erfuhrt das Tucholsky-Zitat von den Soldaten als Mördern seine im pazifistischen Gewaltverständnis unverzichtbare Ergänzung. Diese postulierte reflexive Destruktivität von Gewalt verstärkte zudem den vorgenannten Aspekt von Gewalt als Ausdruck eines pathologischen Geisteszustandes, denn der Gewalttäter schadete sich im pazifistischen Verständnis ja immer auch selbst, worüber er sich aber in Unkenntnis befand. Auch aus diesem Grund ließen sich durch den Einsatz von Gewalt keine echten, sondern allenfalls scheinbare Siege erzielen, selbst wenn diese äußerlich erfolgreich wirkten. Wer einen Sieg durch Gewalt errang, gewann in der Sichtweise des karmischen Denkens zwar vielleicht Macht und Reichtümer, nahm aber unweigerlich Schaden an seiner Seele.

Diese Thesen wurden in dem Slogan zusammengefaßt, Gewalt löse keine Probleme. Anstatt zwischen Konflikten und Problemen zu differenzieren, betrachtete der Pazifismus diese situativen Konstellationen damit als identisch. Nun handelte es sich, allgemein gesprochen, bei *Problemen* um situative Sachverhalte, die bezüglich der Bedürfnisse, Absichten oder Interessen der beteiligten Personen irgendeine Art von Defizit aufwiesen. Bei *Konflikten* gründete das Defizit nicht oder nicht allein in sachlichen Gegebenheiten, sondern den antagonistischen Bedürfnissen, Absichten oder Interessen anderer Personen. Damit konnte eine Konfliktsituation im Gegensatz zu Sachproblemen zwar einerseits durch Verhandlungen *gelöst*, aber auch durch den Einsatz von Machtmitteln *entschieden* werden, die den Anderen daran hinderten, seinen Willen Wirklichkeit werden zu lassen. Diese Mittel mußten nicht notwendig gewalttätiger Natur sein, sondern konnten beispielsweise auch in der Herbeiführung einer

¹²²⁷ Sölle, Dorothee: „Du sollst keine anderen Jeans haben neben mir“. In: Habermas, Jürgen (Hrsg.): *Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“*. 2. Band: Politik und Kultur. S. 546. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1979.

Gerichtsentscheidung bestehen. Auch diese war aber letztlich immer durch die Möglichkeit bewehrt, ihr durch physische Zwangsmaßnahmen Geltung zu verschaffen.

Wurde nun jede Konfliktsituation prinzipiell als Problem aufgefaßt, so wurde die Möglichkeit, den eigenen Willen gegen den des Anderen einfach durchzusetzen, von vornherein aus der Betrachtung ausgeschlossen. Der Slogan suggerierte, Konflikte seien immer Aufgaben gemeinschaftlichen Lebens, die in Zusammenarbeit aller Beteiligten einer rationalen und konstruktiven Lösung zugeführt werden konnten. Dadurch wurde Konfliktsituationen der antagonistische Charakter a priori abgesprochen. Bei Kämpfen handelte es sich demnach um lediglich falsch verstandene Verhandlungssituationen¹²²⁸. Bildlich gesprochen übersah derjenige, der einen Knoten immer auflösen wollte, die Möglichkeit, ihn einfach durchzuhauen. Auch wurde die unumgängliche Voraussetzung einer gewaltfreien Konfliktaustragung, nämlich das Bestehen einer funktionierenden Rechtsordnung, welche in der Friedenskonzeption Immanuel Kants die zentrale Stelle einnahm, einfach ignoriert. Für den Pazifismus war der eigentliche Weltzustand der einer prästabilierten Harmonie, die nur leider irgendwie in Unordnung geraten war. Er weigerte sich mithin grundsätzlich, Konflikte, in denen es den Kontrahenten gar nicht darum ging, Probleme zu lösen, sondern ihren Willen bzw. ihre Interessen durchzusetzen, als solche wahrzunehmen.

Dies implizierte, die Anwender von Gewalt gingen, wenn sie kämpften anstatt zu verhandeln, in der Einschätzung ihrer eigenen Situation fehl. Indem er Gewalt als prinzipiell irrational bewertete, behauptete der Pazifismus, die Position einer überlegenen Vernunft und eines besseren Verständnisses der Wirklichkeit zu vertreten, während alle, die ihre Konflikte gewaltsam ausfochten, unvernünftig und in Illusionen befangen waren. Gerade dieser Punkt war es, in dem sich die Ideologie des Pazifismus von der philosophischen Behandlung des Friedens etwa durch Kant so fundamental unterschied: Der Pazifismus begriff die Möglichkeit gar nicht als Problem, daß eine amoralische und gewalttätige Interessenpolitik dauerhaft erfolgreich sein, und somit von einem konsequent egoistischen Standpunkt aus ein Gewaltverzicht

¹²²⁸ „Konflikte, so scheint es, sind Konflikte von Partikularinteressen, in welcher psychologischen Verkleidung auch immer sich diese ihren Trägern darstellen mögen. Was man mit dem Appell an die Vernunft meint, ist die Hoffnung, die Konfliktgegner würden ihr wahres, gemeinsames Interesse erkennen. Diese, wohl vor allem unter Liberalen verbreitete Hoffnung sucht dann den Grund der Friedlosigkeit in irrationalen Seelenvorgängen, die vielleicht durch falsche Erziehung erzeugt oder verfestigt sind.“ Weizsäcker, Carl Friedrich von: *Der Garten des Menschlichen: Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie*. München und Wien 1977. S. 39.

geradezu irrational sein könnte. Die pazifistische Theorie sah ihre Aufgaben darin, zu erklären, warum der tatsächliche Zustand der Welt nicht dem eigentlich natürlichen, allgemeinen Frieden entsprach, und wie dieser erneut herzustellen wäre. Nicht *ob* ein allgemeiner Friede überhaupt möglich sei, war demnach zu untersuchen, denn dies wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, sondern nur *wie*.

Da sich Gewalt nach pazifistischer Auffassung mithin niemals lohnte, gingen die pazifistischen Theoretiker davon aus, daß eine Befriedung von Gewalttätern durch eine Aufklärung dieser über den wahren Charakter ihrer Taten erreicht werden könne. Dazu war die Etablierung von Kommunikation notwendig, was im Falle einer Bekämpfung naturgemäß nicht möglich war. Die Anwendung von Gegengewalt zur Abwehr von Gewalt mußte also nach pazifistischem Verständnis eben den Weg, der zur Konfliktlösung notwendig war, versperren. Ergo war Gewalt nicht nur für den Angreifer, sondern auch für den Verteidiger kontraproduktiv¹²²⁹.

Schließlich war die Betrachtung der einzelnen Gewaltakte in eine umfassende *Kosmologie* eingebettet. In der Tradition manichäischen Denkens wurde die Welt als Ort der Auseinandersetzung zweier feindlicher Prinzipien begriffen, der Gewalt und der Gewaltlosigkeit, des Todes und des Lebens; in der Diktion Erich Fromms: der Biophilie und der Nekrophilie. Jeder Gewaltakt war nicht nur ein jeweils für sich zu betrachtender Vorgang, sondern stand mit dem Ringen der metaphysischen Kräfte in der Welt und der komplementär dazu ablaufenden Psychomachia in jedem Menschen in engstem Zusammenhang.

In Gandhis Denken war dies der bestimmende Kern. Die Gewaltlosigkeit war kein willkürlich gewähltes Prinzip, sondern resultierte aus der Erkenntnis des Dharma, des kosmischen Weltgesetzes. Gewaltlosigkeit zu üben, bedeutete, in Übereinstimmung mit der Wahrheit zu sein. Um die von Gandhi begründete Variante des Pazifismus zu verstehen, muß man sich die fundamentale Einheit der Welt ins Bewußtsein rufen, die in diesen Vorstellungen bestand. Es gab keinen Aspekt menschlichen Lebens, der nicht von der fundamentalen Wahrheit bestimmt war¹²³⁰. Diese indische Vorstellung des Dharma entsprach damit strukturell den altgriechischen Kosmos-Vorstellungen und der altägyptischen Ma'at. Recht war, was wahr war, was

¹²²⁹ Zur entsprechenden Ansicht Gandhis vgl. Rothermund, *Gandhi*, S. 497.

¹²³⁰ „Traditional Indic worldviews do not make the sharp distinction, so typical of modern Western thought, between the realms of fact and value.“ Long, *Jainism*, S. 1.

von Gott gesetzt war, was gut war. Recht handeln hieß, in der Wahrheit zu sein, in Übereinstimmung mit dem Weltgesetz, gottgefällig. Da dieses Wesen der Welt von Gandhi nun als *ahimsa*, gewaltlos, bestimmt war, befand sich, wer gewaltsam handelte, im Widerspruch zum Wesen der Welt, im Widerspruch zur Wahrheit, im Widerspruch zu Gott¹²³¹. Margaret Chatterjee bemerkte dazu:

Wahrhaftig gegenüber dem Licht der Wahrheit zu sein, wie wir es sehen, bedeutet notwendigerweise, gewaltfrei zu sein. Die umfangreiche Literatur über Gandhis Denken behandelt Wahrheit und Gewaltfreiheit als zwei Seiten einer Medaille, und das zu Recht. Gandhis Theorie vom gewaltfreien Handeln gründet in einer ontologischen Konzeption der Wahrheit, wie sie in der indischen Tradition verwurzelt ist.¹²³²

Chatterjee wies zudem noch auf die Ähnlichkeit von Gandhis Denken mit der platonischen Philosophie hin. Die Gandhische Gewaltfreiheit, *Ahimsa*, war das begriffliche Äquivalent zur platonischen Gerechtigkeit. Gewalt hingegen, *Himsa*, das Ungerechte, so daß in der pazifistischen Theorie die Begriffe der Gewalt und der Ungerechtigkeit austauschbar wurden. Daher folgte: *Ahimsa paramo Dharma* – Gewaltlosigkeit war die oberste Pflicht bzw. das erste Gesetz, nicht nur der Menschen, sondern des Kosmos¹²³³. Wie in jeder kosmologischen Denkart galt auch bei ihm der hermetische Grundsatz der Übereinstimmung zwischen Mikro- und Makrokosmos. Die Revolutionierung der Gesellschaft verlangte daher die Revolutionierung des Herzens jedes Einzelnen und umgekehrt¹²³⁴.

Dieses an einer harmonischen ganzheitlichen Ordnung ausgerichtete Denken stand im scharfen Kontrast zur modernen Weltsicht, die sich von jeder Metaphysik längst gründlich verabschiedet hatte. Den größtmöglichen Widerspruch zu Gandhis Denken bildete daher nicht etwa, wie man zunächst annehmen würde, eine militaristische Gewaltverherrlichung, sondern vielmehr – und viel grundsätzlicher – die Idee eines unerschaffenen und somit *ungeordneten* Universums, das keinerlei normative Seinsordnung umfaßte. Wie gezeigt, wurde die Bombe in mythischer Perspektive als Verderber der göttlichen Ordnung interpretiert. Das Bedürfnis nach einer solchen verbindlichen, allem zugrundeliegenden harmonischen Ordnung, in deren Zusammenhang sich die eigene Existenz stellen ließ, und eine komplementäre tiefsitzende

¹²³¹ Zum Wahrheitsbegriff Gandhis vgl. Chatterjee, *Gewaltfrei widerstehen*, S. 59-74.

¹²³² Ebd., S. 74.

¹²³³ Ebd., S. 76.

¹²³⁴ Chatterjee, *Gewaltfrei widerstehen*, S. 77.

Angst vor dem Chaos und der Haltlosigkeit einer Welt ohne Ordnung bildeten in der pazifistischen Mentalität eine zwar unterschwellige, aber um so bestimmendere motivationale Kraft.

Aus dem kosmologischen ergab sich schließlich ein *holistisches* Gewaltverständnis. Da alle Phänomene letztlich einer der beiden essentiellen Kräfte, dem Leben oder dem Tod, zugeordnet werden konnten, mußte der Begriff der Gewalt zwangsläufig zum Synonym für das Böse an sich werden. Die Erklärung der Welt aus einem einfachen Schema heraus bedingte einen Prozeß der Identifizierung: Vielfältigste Phänomene sollten als in Wahrheit wesensgleich erkannt werden. Dieser Vorgang wurde als Erkenntnisfortschritt gewertet: Die Wahrheit der Weltdeutung wurde wieder und wieder ‚bestätigt‘, indem alle Phänomene nach und nach in ihr epistemisches Schema eingeordnet wurden. Herbert Schnädelbach führte dazu aus, die von Weltanschauungen erzeugten, „fröhlich stimmenden universellen Wiedererkennungserlebnisse“ würden „als theoretische Omnipotenz und die programmierte permanente Selbstbestätigung als moralischer Stabilisierungseffekt wahrgenommen“¹²³⁵, was einen Basismechanismus jeder Ideologie bildete. Die Radikalpazifisten in der Friedensbewegung identifizierten den Kampf gegen die Atomwaffen mit dem Kampf gegen die negative kosmologische Kraft des Todes an sich.

c) *Die Ursprünge der Gewalt und das pazifistische Menschenbild*

Das pazifistische Projekt einer vollständig von Gewalt befreiten Welt verlangte nach einer Theorie der Gewalt, ihrer Erscheinungsformen, ihrer Auswirkungen und vor allem ihrer Ursachen. Da zu den Kerndogmen des Pazifismus eine „Naturanlage des Menschen zur Humanität“¹²³⁶ zählte, wurde die Suche nach den Ursprüngen der Gewalt als Erforschung derjenigen Fehlentwicklung betrieben, welche diese ursprüngliche Natur korrumpiert hätten. Dabei war das Menschenbild des Pazifismus von einer eigentümlichen Zwiespältigkeit geprägt: In ihm erschien der Mensch einerseits als mit der Fähigkeit zur moralischen Vollkommenheit ausgestattet und damit als Mittel- wie

¹²³⁵ Schnädelbach, Herbert: Über Irrationalität und Irrationalismus. In: Ders.: *Vernunft und Geschichte: Vorträge und Abhandlungen*. Frankfurt a. M. 1987. S. 68.

¹²³⁶ Bollenbeck, *Kulturkritik*, S. 170.

Höhepunkt der Schöpfung, in seiner konkreten historischen Wirklichkeit aber als ein Mängelwesen, das von seiner Fähigkeit zur Moral wie zur Vernunft – was im pazifistischen Verständnis letztlich dasselbe war – nur völlig unzureichend Gebrauch machte. Diese Spaltung zwischen Faktizität und Potential bildete im pazifistischen Bewußtsein die Tragik der *conditio humana*, die als entschieden unerträglich empfunden wurde.

Bei den zu ihrer Erklärung entwickelten Theorien ließen sich hauptsächlich die folgenden Argumentationslinien unterscheiden: Wesentlich war zunächst die These des Ursprungs der Gewalt in den Kräften der Gier und der Angst¹²³⁷. Beides implizierte radikale Lösungsperspektiven: Zum einen die Eliminierung sowohl des Strebens nach materiellen Gütern als auch jeder Form von Konkurrenz; zum anderen das noch ausführlicher zu diskutierende strikte Verbot, im Gegenüber jemals eine Bedrohung zu sehen. Zur Kritik des Besitzindividualismus als gewalterzeugend schrieb die christliche Initiative Ohne Rüstung Leben:

Eine entscheidende Wurzel der Gewalt ist die Forderung nach absolutem Recht auf Eigentum. Ohne die Bereitschaft zur Verteidigung kann Eigentum nicht Eigentum bleiben. Wer zum totalen Eigentum „Ja“ sagt, muß „Ja“ sagen zur Gewalt.

Zugleich kann er den Armen zur Gewaltanwendung nötigen, weil er ihm das Lebensrecht entzieht und die Gerechtigkeit unterdrückt. Wer Elend zuläßt, ist verantwortlich für die Gewalt aus dem Elend. Ein entscheidender Abbau der Gewalt geschieht dann, wenn der Eigentümer sich im Grunde als Armen versteht, der Gottes Eigentum verwaltet, wenn er die „Dinge hat, als hätte er sie nicht“ (1 Kor. 7, 29-31). Er ist grundsätzlich bereit, auf Gewaltanwendung zur Verteidigung seines Besitzes zu verzichten. Er zwingt auch den Armen nicht zur Gewaltanwendung, weil er seinen Besitz als ein Gut versteht, das allen zum Gebrauch gegeben wurde.¹²³⁸

Dorothee Sölle schrieb in gleicher Orientierung:

Mehr denn je gehören heute Eigentum und Militarisierung, Märkte und Waffen zusammen. Als vor 800 Jahren Franz von Assisi einmal gefragt wurde, ob sein Leben ohne Besitz nicht hart und allzu beschwerlich sei, antwortete er: „Wollen wir etwas besitzen, dann müßten wir auch Waffen zu unserer Verteidigung haben. Daher kommen ja die Streitigkeiten und die Kämpfe alle, und

¹²³⁷ „[Die] Ordnung des Umgangs [der Menschen miteinander] wird in kriegerverzeugender Weise wohl vor allem durch die Angst gesprengt. Angst ist das wichtigste friedenspsychologische Thema.“ Weizsäcker, *Garten*, S. 39 f.

¹²³⁸ Ohne Rüstung leben; Arbeitskreis Pro Ökumene (Hrsg.): *Ohne Rüstung leben*. Gütersloh 1981. S. 14 f.

verhindern die Liebe. Aus diesem Grund wollen wir nichts besitzen.“ Eine „sanfte Kirche“ wäre eine Kirche des heiligen Franz.¹²³⁹

Die Auffassung, nach der Konflikte immer durch Verhandlungen und Kompromisse lösbar, Gewalt dagegen stets kontraproduktiv war, bildete den Ausgangspunkt einer insbesondere in der Sozialpädagogik stark verbreiteten Defizit-These. Nach dieser wurde Gewalt ausgeübt, weil den beteiligten Individuen die Fähigkeiten zur friedlichen Lösung von Konflikten fehlten. Die Anwendung von Gewalt erfolgte demnach aufgrund mangelnder sozialer bzw. politischer Kompetenz. Somit konnte eine nachhaltige Gewaltprävention erfolgen, indem diese Fähigkeiten durch Friedenspädagogik, durch Politikberatung oder auch durch die von politischen Bewegungen in Gang gesetzten Lernprozesse vermittelt wurden. Hinter dieser Theorie stand die axiomatische Grundannahme, eine reife Persönlichkeit sei eo ipso friedfertig, Gewaltanwendung stelle dagegen immer ein Zeichen charakterlicher Unreife dar.

Eng mit diesem Interpretationsschema verbunden war eine Heroismus-These, welche die Ursache von Gewalt in einem verderblichen Heroenkult sah. Der Held wurde, wie in Christa Wolfs Fassung der Figur des Achill, zum einen als sozialer Versager demaskiert, der seine überlegenen Fähigkeiten im Kampf nur deshalb ausgebildet habe, um seine soziale Inkompetenz zu kompensieren. In diesem Zusammenhang ist an die insbesondere durch feministische Gruppen vielfach vorgenommene Charakterisierung von Militärs als infantil zu erinnern. Der Held war daneben auch die Personifikation des Konkurrenzdenkens, da er seinen Status als archetypischer Sieger selbstverständlich nur im Sieg über Andere realisieren konnte, was ihn in pazifistischer Perspektive als Vorbild vollständig disqualifizierte. Paradoxerweise war aber gerade die gandhianische Variante des Pazifismus trotz dieser Ablehnung des traditionellen Heldentums von einem ausgeprägten Heroismus durchzogen. Statt durch Gewalt wirkte der Held des Friedens jedoch durch spirituelle Kraft. Er war ein Held des Charismas und der Selbstaufopferung, der andere nicht besiegte, sondern ihre an der Gewaltkrankheit leidende Seele heilte.

Den von der psychoanalytisch informierten pazifistischen Theorie als Urquell des Krieges ausgemachten Drang, dem Anderen mit Mißtrauen zu begegnen und ihn als potentielle Bedrohung zu betrachten, analysierte Horst-Eberhard Richter in seiner

¹²³⁹ Sölle, Dorothee: Brief an eine Freundin. In: Duve, Freimut; Böll, Heinrich; Staack, Klaus (Hrsgg.): *Kämpfen für die Sanfte Republik: Ausblick auf die achtziger Jahre*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 15.

Abhandlung zur „Psychologie des Friedens“¹²⁴⁰. Generell stellte die Wahrnehmung eines anderen als ‚Feind‘ nach psychoanalytischer Auffassung nichts anderes dar, als das Ergebnis einer Projektion abgespaltener Teile des Freud’schen Ichs auf ein externes Objekt¹²⁴¹. In dieser Projektionsthese lag der wohl wichtigste Beitrag der Psychoanalyse zum Pazifismus. Sie implizierte, Feindschaft als Tatsache im Sinne eines objektiv bestehenden, unaufhebbaren Konfliktes existiere in Wirklichkeit nicht. Sie beruhe vielmehr *immer* auf Fehlwahrnehmungen und (Selbst-)Täuschungen. Jedes Feindbild sei ein selbsterschaffenes Trugbild. Für Richter war dabei die Irrationalität des Systems der gegenseitig zugesicherten nuklearen Vernichtung wie bereits für Fromm, Parin und Mitscherlich ein unbestreitbares Faktum.

Die Erklärung für die solcherart konstatierte Irrationalität, die die Menschheit im Bann hielt, konnte auch für Richter nur in der menschlichen Triebnatur liegen. Sein Augenmerk galt dabei vor allem den frühkindlichen Prägungen, denen er einen bestimmenden Einfluß auf die Psyche der politischen Entscheidungsträger zuschrieb:

Die offenkundige Irrationalität in der Behandlung der wichtigsten politischen Frage, nämlich der Friedenssicherung, ruft dazu auf, nach solchen unbewußten Phantasien und komplexhaften Verhaltensweisen zu fahnden, die entwicklungsgeschichtlich einen disponierenden Hintergrund bilden könnten. Die psychoanalytische Sexualforschung hat ja die Fruchtbarkeit dieser genetischen Perspektive erwiesen. Wo immer wir bei Erwachsenen, bei einzelnen, Gruppen oder Massen auf irrationale oder pathologische Verhaltensweisen stoßen, lassen diese sich psychoanalytisch als Nachwirkungen kindlicher Konfliktmuster aufschlüsseln. Überall dort versagen wir durch affektives Fehlverhalten bei der Lösung von Aufgaben, wo wir diese unbewußt mit Konstellationen verwechseln, an denen wir in der Kindheit gescheitert sind.¹²⁴²

Die Psychoanalyse fungierte hier als Universaltheorie zur Erklärung allen menschlichen Verhaltens. Der konkrete Zusammenhang war dabei nach Richters Auffassung der: Während der analen Phase seiner Entwicklung sei das Kind

ganz und gar von dem Mißtrauen erfüllt, daß es von der Mutter bzw. von der Elternfigur abgelehnt und Schaden erleiden wird, wenn es diese nicht unablässig unter Kontrolle hält und beherrscht. Es phantasiert: Nur wenn ich den Eltern ständig Angst mache, kann ich sie zwingen, ihre bösen Tendenzen zurückzuhalten. Dabei kommt es dann in der Tat nicht selten zu einer Art Um-

¹²⁴⁰ Richter, Horst-Eberhard: *Zur Psychologie des Friedens*. Reinbek bei Hamburg 1982.

¹²⁴¹ Vgl. dazu auch Mitscherlich, Margarete: Der vernünftige europäische Erwachsene. In: Akademie der Künste Berlin (Hrsg.): *Der Traum der Vernunft: Vom Elend der Aufklärung*. (Bd. 1) Darmstadt und Neuwied 1985. S. 182 f.

¹²⁴² Richter, *Psychologie des Friedens*, S. 46.

kehr des Generationenverhältnisses: Das tyrannische Kind beherrscht seine Mutter bzw. seine Eltern. Aber es übt diese Tyrannei, wie gesagt, nicht etwa aus Übermut aus, sondern aus der tiefen Angst heraus, daß es nur durch diese erpresserische Dominanz in Sicherheit leben könne. Würde es sich sanfter und nachgiebiger verhalten, würden sich seine Eltern – so glaubt es – sogleich rücksichtslos über seine Interessen hinwegsetzen. Ohnmacht sei lebensgefährlich, nur Macht schütze vor der Katastrophe.

[...] Das Kind verfällt also in eine erpresserische Sicherheitsstrategie, die daher rührt, daß sich das gesamte Weltverständnis auf eine sadomasochistische Perspektive eingengt hat. Es ist nur konsequent, wenn man nur durch eine Gegendrohung in einer Welt bestehen zu können glaubt, die ihrerseits nichts als Feindseligkeit ausstrahlt.¹²⁴³

Diese Argumentation zielte erkennbar darauf ab, die Notwendigkeit einer nuklearen Abschreckung als Hirngespinnst zu entlarven. Die von der Sowjetunion ausgehende Bedrohung war nach Richters Meinung ebenso ein Phantasieprodukt wie die bösen Absichten der Eltern. Die abgespaltenen Triebkräfte dieses verdrängten kindlichen Komplexes seien durch ihre Projektion auf Führungsfiguren längst in die große Politik eingebrochen. Zwar habe es in letzter Zeit Fortschritte gegeben, die darin beständen, diejenigen libidinösen Energien zu stärken, die zur Stabilisierung des Selbst- wie des Weltvertrauens bereitlägen¹²⁴⁴. Doch gäbe es in dieser positiven Entwicklung immer wieder Rückschläge:

Ein solcher ist z. B. deutlich in der jüngsten Vergangenheit sichtbar geworden und hat in den politischen Prinzipien der Reagan-Administration einen prägnanten symptomatischen Ausdruck gefunden: Verherrlichung von Stärke, Propagierung von egozentrischer Rivalität auf Kosten sozialer Hilfe, Wille zur Macht – wo überall diese errungen und gesteigert werden kann. Wie eine Krankheit drängen solche verhängnisvollen antisozialen „Heilsphantasien“ in vielen Ländern wieder die eben erst aufgekeimten Ansätze zu einem reiferen und humaneren Menschen- und Gesellschaftsbild zurück. Zartheit, Sanftheit, soziale Sensibilität, Solidarisierung mit den Schwachen und den armen Völkern, Auflockerung expansionistischer Rivalität – all dieses geriet wieder in den Schatten der Entwertung, wenn nicht Diskriminierung. Unbelehrbare Machtpolitiker fanden überall wieder Anklang.¹²⁴⁵

Wie Erich Fromm betrachtete auch Horst-Eberhard Richter bestimmte normative Orientierungen als krankhaft. Seine Argumentation war dabei nicht weniger fragwürdig: Er griff einen einzigen entwicklungspsychologischen Komplex heraus, von dem er simplifizierend postulierte, daß allein dieser die Psyche sowohl des Kindes als auch

¹²⁴³ Ebd., S. 47-49.

¹²⁴⁴ Ebd., S. 49.

¹²⁴⁵ Ebd., S. 53 f.

der Erwachsenen dominiere, und schrieb ihn dann einseitig den Stationierungsberufurwortern zu¹²⁴⁶. In diesem Verfahren zeigte sich exemplarisch die ganze Beliebigkeit psychoanalytischer Argumentationen, mit denen dem jeweiligen weltanschaulichen Gegner immer eine gestörte Psyche attestiert werden konnte. Daneben trat auch das psychologische Element des pazifistischen Gewaltverständnisses abermals klar zutage.

Noch deutlicher als in seiner Abhandlung zur *Psychologie des Friedens* wurde Richter auf dem Kirchentag 1981 in Hamburg. Darin führte er zunächst das folgende Nietzsche-Zitat an:

So stehen nun ... Staaten jetzt gegeneinander: Sie setzen die schlechte Gesinnung des Nachbarn und die gute Gesinnung bei sich voraus. Diese Voraussetzung ist aber eine Inhumanität, so schlimm und schlimmer als der Krieg: ja, im Grunde ist sie schon die Aufforderung und Ursache zu Kriegen ...¹²⁴⁷

Richter selbst fuhr dann fort:

In der Tat, wenn sich die Völker hüben und drüben weismachen lassen, die andere Seite würde sie rücksichtslos überfallen und knechten, sobald sie ein militärisches Übergewicht bekäme, dann sind wir alle verloren, und wir haben es nicht anders verdient. Dann ist es unsere eigene Unmenschlichkeit, die sich in dieser primitiven Schwarz-Weiß-Philosophie abbildet. Es ist unsere Unfä-

¹²⁴⁶ Vgl. dazu die Kritik Ernst Tugendhats – selbst ein Gegner der Stationierung – an Richter: „Da es sich nur um einen ‚häufigen‘ Beziehungskonflikt handelt, der überdies meist nur für eine bestimmte Entwicklungsphase charakteristisch ist, läßt sich auf diese Weise nicht erklären, wieso in der Politik der überwiegende Teil der Bevölkerung eine Abschreckungsstrategie für vernünftig hält. Wenn andererseits Tauben und Falken sich deswegen unterscheiden würden, weil die einen aufgrund einer bestimmten infantilen Entwicklung eher zum Vertrauen, die anderen eher zum Mißtrauen neigen, würde der Einwand naheliegen, daß dann beide gleich irrational sind; denn rational verhalten wir uns als Erwachsene, wenn wir uns realitätsgerecht verhalten, d. h. je nach der gegebenen Situation eher vertrauend oder eher mißtrauisch, und wenn wir nicht durch einen infantilen Charakter so inflexibel sind, daß wir uns nur vertrauend verhalten können, auch wenn die Realität Mißtrauen erfordert, oder nur mißtrauisch, auch wenn die Realität Vertrauen erfordert. Man möchte also Richter antworten: Sowohl in der kindlichen Entwicklung wie im Erwachsenenleben wie schließlich auch in den zwischenstaatlichen Bereichen ist immer beides gegeben: die Möglichkeit, die unausbleiblichen Interessenkonflikte kooperativ oder durch Gewalt zu lösen, und man wird jede kindliche Entwicklung, die dazu führt, daß der Erwachsene nicht mehr für beides offen ist, für mißglückt halten, weil sie ein rationales Verhalten be- oder gar verhindert. Man darf das nicht einmal so einschränken, daß der Kooperation wenigstens immer der Vorzug zu geben sei, wann immer das Verhalten des Gegenübers das zuläßt, denn das wäre ein moralisches Prinzip, keine rein rationale Maxime. Wenn aber gar das Gegenüber als feindselig wahrgenommen wird, ist es im Normalfall rational, eine Abschreckungsstrategie aufzubauen. Das ist also eine durchaus rationale Prämisse der Falken, und wenn viele in der Friedensbewegung mit Richter diese Prämisse schon als solche bestreiten, setzen sie sich ihrerseits dem berechtigten Vorwurf der Naivität aus, und die Naivität ist eine Form der Irrationalität.“ Tugendhat, *Nachdenken*, S. 98 f.

¹²⁴⁷ Richter, Horst-Eberhard: Allmachts- und Verfolgungswahn: Zur Psychologie des Rüstungswettlaufs. In: Behrens, Katja (Hrsg.): *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984. S. 91 f.

higkeit, an die Kraft der Liebe, der Brüderlichkeit und der Solidarität zu glauben, die uns den Weg zu einer Politik der Verständigung und Versöhnung verbaut. Wenn die Menschheit im Zeitalter der Atomwaffen überleben will, dann kann sie das nur, wie *Albert Einstein* gesagt hat, durch ein radikales Umdenken.¹²⁴⁸

Nun waren aber gerade im 20. Jahrhundert Großmächte wie das Deutsche Reich, die Sowjetunion, Japan und China sehr wohl unprovokiert über ihre jeweiligen Nachbarn hergefallen. Umgekehrt hatte sich am Beispiel Polens, Koreas, Tibets und wieder Chinas, das sowohl Täter wie Opfer gewesen war, nur zu deutlich das bittere Schicksal der Wehrlosen gezeigt, von den europäischen Juden ganz zu schweigen. Richter ignorierte mithin selbst offensichtlichste historische Tatsachen.

Weiterhin war aufschlußreich, aus welchen Faktoren nach seiner Ansicht Krieg und Frieden entstanden: Aus dem Glauben bzw. dem Unglauben an die Kräfte „der Liebe, der Brüderlichkeit und der Solidarität“. Erneut erwies sich hier der sakrosankte Charakter des pazifistischen Menschenbilds: Böse war es, den Menschen für böse – oder auch nur egoistisch – zu halten, da es sich nach Richter beim jeweiligen Menschenbild immer nur um eine Projektion der eigenen seelischen Verfassung auf die Mitmenschen handele. Wer Anderen unmoralisches oder egoistisches Verhalten attestierte, bewies damit nur seine eigenen charakterlichen Defizite, wobei die Pointe darin lag, daß es sich bei derartigen Aussagen nach Richter immer um Unter-, niemals aber um Feststellungen handelte. Diese Doktrin erklärte somit alle negativen Bewertungen des Verhaltens anderer Personen von vornherein zu bloßen Ressentiments und diskreditierte sie als unmoralisch. Richter leugnete generell, daß irgendein Mensch jemals die genuine Absicht haben könnte, anderen zu schaden beziehungsweise ihre Rechte zu mißachten. Von einem anderen Menschen als Feind zu denken, war seiner Ansicht nach immer paranoid; so etwas wie ‚gesundes Mißtrauen‘ gab es nicht. Er ließ nicht einmal die Denkmöglichkeit zu, daß die Befürchtung, ein Anderer könne seine überlegene militärische Macht nutzen, um einen selbst zu schädigen, sachlich begründet sein könnte. Damit ging Richter von einer dogmatisch fixierten objektiven Wirklichkeit aus, die nicht bestritten werden *konnte*, womit folglich jeder,

¹²⁴⁸ Ebd., S. 92. Analog zu Richter bezeichnete Margarete Mitscherlich die Überzeugung, daß nur eine überlegene Rüstung den Gegner am Erkämpfen einer Vormachtstellung hindern könne, als eine Verfolgungsphantasie. Vgl. dies., Der vernünftige europäische Erwachsene, in Akademie der Künste Berlin, *Traum der Vernunft*, S. 183.

der diese einzig wahre Realität nicht anerkannte, in einem Zustand wahnhafter Verblendung befangen sein mußte.

Man könnte Richters Ausführungen nun einfach als Ausdruck einer pseudowissenschaftlich verbrämten Privatideologie abtun; eine derartige Deutung griffe aber zu kurz. Vielmehr handelte es sich bei seiner Weltsicht, die wiederum von allen hier vorgestellten Psychoanalytikern, also Fromm, Parin und den beiden Mitscherlichs geteilt wurde, um eine im alternativen Milieu sehr einflußreiche Theorie. Die politisch engagierten Psychoanalytiker zeigten eine auffallende Neigung, die Theoreme der Psychoanalyse mit ihren persönlichen Überzeugungen zu vermischen und das Ergebnis unhinterfragt als objektive Wahrheit zu betrachten. Eine Selbstkritik auf wissenschafts- oder erkenntnistheoretischer Grundlage fand nicht statt; andere Sichtweisen galten unbesehen als falsch. Damit vollzog die Psychoanalyse den Schritt von der Theorie zur Ideologie. Die solcherart konstruierte ‚echte‘ Wirklichkeit wurde mit äußerstem dogmatischen Starrsinn zur einzig richtigen Weltauffassung erklärt, wohingegen die konventionelle Sichtweise, ‚die Normalität‘ beziehungsweise ‚der Realismus‘ als Verblendungszusammenhang, als ‚falsches Denken‘ und letztlich als Wahnsinn gewertet wurden.

Der Einfluß dieses psychoanalytischen Welterklärungsmodells reichte in den siebziger und achtziger Jahren weit über den Kreis der praktizierenden Psychoanalytiker und –therapeuten hinaus. So leitete beispielsweise auch Friedensforscher wie Dieter Senghaas die menschliche Aggressivität aus einem freudianischen Triebmodell ab¹²⁴⁹. Er bezog sich dabei in Anlehnung an Herbert Marcuse auf den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft. Die Frustration, welche durch die Unmöglichkeit entstehe, in ihr die tatsächlichen menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen¹²⁵⁰, lasse sich nicht gänzlich durch Konsum kompensieren. Tatsächlich sei dies nur noch in immer geringerem Maße der Fall. Sie verlange daher zunehmend nach der Abfuhr durch aggressive Handlungen, zu welchem Zweck ein äußerer Feind geschaffen werden müsse. Im Nuklearzeitalter sei es aber nicht mehr möglich, diese Aggression wie in archaischen Zeiten direkt auszuleben. Dies müsse nun durch Ersatzhandlungen er-

¹²⁴⁹ Senghaas, Dieter: *Abschreckung und Frieden: Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*. Frankfurt a. M. 1972. S. 146-157.

¹²⁵⁰ „[W]achsender Triebverzicht, den produktive und gegen die Lebensnot gerichtete Arbeit erfordert, [führt] auf Grund der unvermeidlichen Sublimierungsprozesse zu einer Schwächung der Lebenstribe und damit zu einem gefährlichen Überhandnehmen der Destruktions-, und das heißt der Aggressionstribe.“ Ebd., S. 147.

reicht werden, und diese Funktion erfülle die Identifikation mit der ideologischen Konfrontation des Kalten Krieges und die Bejahung der nuklearen Abschreckung¹²⁵¹. Bemerkenswert an Senghaases Analyse war, daß er die Abläufe der internationalen Politik rein aus den psychischen Erfordernissen der kapitalistischen Gesellschaften herleitete¹²⁵². Demnach gab es weder eine autonome Funktionslogik des internationalen Staatensystems¹²⁵³, noch so etwas wie echte, weil durch unaufhebbare Interessenkonflikte bedingte Feindschaft. Diese war vielmehr stets das Produkt sozialpsychologischer Prozesse, was Senghaas zu seinem bereits erwähnten Schluß führte, der gesamte Ost-West-Konflikt sei letztendlich durch einen beiderseitigen Autismus bestimmt¹²⁵⁴. Er unterließ es auch nicht, auf den Zusammenhang einer Politik der nuklearen Abschreckung und dem von Adorno analysierten ‚autoritären Charakter‘ hinzuweisen und somit die nukleare Konfrontation der Supermächte unter Rückgriff auf das freudo-marxistische Kompendium der Kritischen Theorie zu erklären. Die Abschaffung des Krieges setzte auch in dieser Perspektive die vorhergehende „Pazifizierung des Daseinskampfes“¹²⁵⁵ zwingend voraus, sprich: die Abschaffung des gesellschaftlichen Strukturprinzips der Konkurrenz.

Der Schriftsteller Ulrich Mihr verfolgte in seiner Schrift wider das *ius ad bellum* als einer „Lüge mit langen Beinen“ eine ganz ähnliche Argumentationslinie¹²⁵⁶. In seiner Analyse der Rechtfertigungen des Krieges rekurrierte er wie viele pazifistische Theoretiker darauf, daß die Vertreter der den Krieg legitimierenden Theorien ihn als Ergebnis der gewalttätigen menschlichen Natur betrachteten. Demnach könne die Institution des Krieges niemals abgeschafft werden, weil sich die menschliche Natur nicht ändern lasse. Mihr suchte dagegen zu zeigen, daß die Auffassung von der menschlichen Natur als unveränderlich gewalttätig falsch sei. Statt dessen gelte: „Der Krieg ist eine hochkomplizierte Einrichtung der Kultur. Im Krieg werden natürliche Anlagen des Menschen zwar benützt, aber sie sind keineswegs die Gründe für Krie-

¹²⁵¹ Ebd., S. 154 f.

¹²⁵² So Senghaas selbst explizit in ebd., S. 156.

¹²⁵³ Zur Kritik dieser paradigmatischen Annahme siehe Stratmann, K.-Peter: Vom Autismus kritischer Friedensforschung: Zur Kritik der Kritik, in: Funke, Manfred (Hrsg.): *Friedensforschung – Entscheidungshilfe gegen Gewalt*. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 103) 2. Aufl. Bonn 1978. S. 406-409.

¹²⁵⁴ Senghaas, Dieter: *Rüstung und Militarismus*. Frankfurt a. M. 1972. S. 56.

¹²⁵⁵ Senghaas, *Abschreckung und Frieden*, S. 153.

¹²⁵⁶ Mihr, Ulrich: *Das Recht zum Krieg: Von der Rechtfertigung der Gewalt zwischen Völkern und Nationen. Die Geschichte einer Lüge mit langen Beinen*. München 1984.

ge. Sie können gezielt herbeigeführt und gezielt vermieden werden. Ob das eine oder das andere geschieht, hängt *entscheidend* davon ab, wie eine Kultur den Krieg *bewertet*.¹²⁵⁷ Die Denkfigur vom gewalttätigen Menschen sei gerade elementarer Bestandteil der Kriegskultur. Mit anderen Worten sei der Mensch gewalttätig, weil er darauf konditioniert werde, sich selbst für gewalttätig zu halten. Diese Theorie war in der pazifistischen Diskussion recht verbreitet und wurde beispielsweise auch von dem Friedensforscher Karlheinz Koppe vertreten¹²⁵⁸.

Es gelte nun, so Mihr weiter, daß der Krieg eine Angelegenheit des freien menschlichen Willens sei. Jeder Mensch und jeder Staat müsse sich für oder gegen den Krieg entscheiden; wenn Menschen oder Staaten einen Krieg führten, dann müßten sie ihn auch rechtfertigen¹²⁵⁹. Diese Rechtfertigung werde diskursiv in der jeweiligen Kultur verankert. In dieser kulturalistischen Betrachtungsweise stimmten Mihr und Koppe mit Johan Galtung überein, der ausführte, „die kulturell-strukturelle Grundlage einer Gesellschaft“ sei „entscheidend für die Bestimmung ihrer potentiellen Rolle als überwiegend kriegerisch oder friedfertig“¹²⁶⁰. Die Argumentation betonte somit die ‚weichen‘, kulturellen Faktoren für die Entstehung von Kriegen, vernachlässigte demgegenüber aber die ‚harten‘ Faktoren, also die ökonomischen und politischen Vorteile, die sich aus erfolgreich geführten Kriegen erzielen ließen. Mihrs Fazit lautete: „[D]ie Rechtfertigung des Krieges [ist] eine der wichtigsten Ursachen für jeden Krieg.“¹²⁶¹ Sie mache es möglich, die Hemmschwelle zur Gewalt zu überwinden.

Aus diskursstrategischer Sicht waren diese Angriffe auf Legitimationstheorien nur logisch, da diese für das pazifistische Ziel, ein Gewalttabu zu etablieren, selbstverständlich ein Haupthindernis bildeten. In Bezug auf ihre empirische Stichhaltigkeit fragte sich allerdings, ob die kulturalistische Argumentation die Bedeutung von Kriegsrechtfertigungen nicht weit überschätzte, indem sie die Hemmschwelle, die diese zu überwinden halfen, viel höher ansetzte, als sie es tatsächlich war. Die Theorie der Kriegskultur übersah weiterhin, daß eine Rechtfertigung des Krieges, also bereits die bloße Formulierung eines *ius ad bellum*, erst dann erforderlich wurden, nachdem überhaupt Einwände gegen den Krieg vorgebracht worden waren. War die

¹²⁵⁷ Ebd., S. 16. Hervorhebungen wie im Original.

¹²⁵⁸ Koppe, *Der vergessene Frieden*, insb. S. 21-42.

¹²⁵⁹ Mihr, *Recht zum Krieg*, S. 16.

¹²⁶⁰ Galtung, Johan: Soziale Kosmologien und das Konzept des Friedens. In: Senghaas, Dieter: *Den Frieden denken: Si vis pacem, para pacem*. Frankfurt a. M. 1995. S. 276.

¹²⁶¹ Mihr, *Recht zum Krieg*, S. 8.

Legitimität des Krieges dagegen nie angezweifelt worden, gab es auch keinen Rechtfertigungsbedarf und existierte somit keinerlei Legitimationsdiskurs des Krieges. Die kriegerische Praxis wurde in vielen Gesellschaften einfach nicht hinterfragt. Letztlich hob die Theorie der Kriegskultur durch ihre singuläre Verortung des Krieges in kulturellen Gegebenheiten die Psychologisierung der Gewalt von der individuellen auf die gesamtgesellschaftliche Ebene und ignorierte damit erneut alle sachlichen Gründe, insbesondere die potentielle Erfolgsträchtigkeit gewaltsamen Handelns, die auch sie von vornherein bestritt. Auch bedachte sie die Möglichkeit nicht, daß kriegerische Kulturen sich in einem evolutionären Prozeß herausbildeten, in dem sich die wiederholte erfolgreiche Anwendung organisierter Gewalt durch die jeweilige Gesellschaft niederschlug. Zur Erklärung des Entstehens kriegerischer Kulturen griffen Mihr und andere Pazifisten vielmehr auf das Klischee der Kriegstreiber zurück, die anscheinend ganze Gesellschaften mit derselben Leichtigkeit manipulieren konnten, mit der man einen Hund dressierte. Gerade in dieser Hinsicht zeichnete sich der pazifistische Diskurs durch einen oft festzustellenden Hang zu Verschwörungstheorien aus.

Die Frage von Krieg und Frieden wurde somit von Mihr unter dem Vorzeichen ihrer Determinierung durch Natur und Kultur des Menschen behandelt, wobei er den Akzent auf letztere legte. Bemerkenswert war daran, daß die Frage, ob der Mensch seiner Natur nach gewalttätig sei oder nicht, zwar verschieden beantwortet, aber stets ausführlich diskutiert wurde. Dadurch avancierte sie unter der Hand zum Schlüsselproblem der Debatte. Dagegen wurde die dritte Möglichkeit, daß es so etwas wie eine unveränderliche Natur des Menschen gar nicht gebe, die Frage nach ihren Spezifika mithin sinnlos sei, überhaupt nicht angedacht. Die Suche nach den Gewaltursachen erfolgte somit stets auf Grundlage der Vorstellung einer statischen Anthropologie¹²⁶². Damit bewegte sich der pazifistische Diskurs ganz im Rahmen der von Rousseau etablierten kulturkritischen Tradition, nach der die verdorbene Kultur die ursprünglich gute Natur des Menschen „überwuchert“ habe¹²⁶³.

Durch die anthropologische und kulturalistische Perspektive wurde Gewalt immer grundsätzlichen Faktoren zugeschrieben. Nie dagegen wurde sie als rein opportunistische Verhaltensweise verstanden, die in einer gegebenen Situation einfach als er-

¹²⁶² Vgl. hierzu den Diskussionsbeitrag von Werner Dierlam in Apel, Bahr, Bahro, *Sicherheitspolitik*, S. 96 f. Als radikalster Pazifist unter den teilnehmenden Diskutanten brachte er die Frage nach einem negativen Menschenbild als Ursache für Krieg in die Debatte ein.

¹²⁶³ Vgl. Bollenbeck, *Kulturkritik*, S. 170.

folgsträchtigtste Option gewählt wurde. Dem Pazifismus war ein kühl sachlicher Blick auf Gewalt, der diese rein instrumentell verstand, zutiefst fremd; nicht zuletzt aufgrund seiner Tendenz, Zweckrationalität als bloße Degenerationsform einer humanen Vernunft abzulehnen¹²⁶⁴. Diese Perspektive war daher auch kein Bestandteil seines analytischen Instrumentariums. Gleichzeitig verdrängte die hochgradig spekulative anthropologische Debatte über die menschliche Natur jede empirische Betrachtung menschlichen Verhaltens.

Um die psychische Schwelle zur Gewalt zu überschreiten, war es nach pazifistischer Auffassung zwingend notwendig, den Feind zu dehumanisieren und zu dämonisieren. Dorothee Sölle formulierte diesbezüglich analog zu Mitscherlich: „[Z]ur militärisch-technologischen Eskalation gehört die psychologische Vorbereitung. Da *müssen* Gehirne gewaschen werden.“¹²⁶⁵ Diese psychologische Vorbereitung war nun der „Vorkrieg“, von dem Christa Wolf *Kassandra* hatte sagen lassen: „Wann Krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg. Falls es da Regeln gäbe, müßte man sie weitersagen. In Ton, in Stein eingraben, überliefern. Was stünde da. Da stünde, unter andern Sätzen: Laßt euch nicht von den Eignen täuschen.“¹²⁶⁶

Die Vorstellung von der unüberwindlichen Tötungshemmung, die in der Anerkennung des Anderen als Menschen liege, war so fest verankert und dogmatisiert, daß in manchen pazifistischen Schriften erklärt wurde, die Kategorisierung des Gegenübers als Feind bedeute bereits in sich seine Abwertung zum Untermenschen. So schrieben etwa Wolf-Dieter Narr, Roland Roth und Klaus Vack knapp zwanzig Jahre nach dem Streit um die Pershing II-Stationierung, an dem sie als prominente Mitglieder der Friedensbewegung teilgenommen hatten, anlässlich der Auseinandersetzungen um die NATO-Luftangriffe gegen Serbien:

Für Kriege braucht man Feinde. Zum Kriegführen muß man rechtfertigen können, warum man andere Menschen massenhaft umbringt. Als Feinde werden andere Menschen gleichsam zum anderen, zum untermenschlichen

¹²⁶⁴ „[D]aß wir uns in der heutigen Situation befinden, hängt ganz gewiß damit zusammen, daß wir im Namen verstandesmäßiger Optionen immer wieder diese Grenzen, die dem Menschen gesetzt sind, überschritten haben.“ Werner Dierlam in Apel, Bahr, Bahro, *Sicherheitspolitik*, S. 97.

¹²⁶⁵ Sölle, Dorothee: Brief an eine Freundin. In: Duve, Freimut; Böll, Heinrich; Staack, Klaus (Hrsgg.): *Kämpfen für die Sanfte Republik: Ausblick auf die achtziger Jahre*. Reinbek bei Hamburg 1980. S. 13. Hervorhebung wie im Original.

¹²⁶⁶ Wolf, Christa: *Kassandra*, S. 80.

Wesen verwandelt. Zu Feinden verwandelte Gegner werden vernichtungs„würdig“. ¹²⁶⁷

Schon damit [die Feinde] als Feinde dienen können, müssen Vorurteile und Lügen verbreitet werden. Wie sonst sollte man andere guten Gewissens umbringen, sollte man sie totbomben können? ¹²⁶⁸

An dieser Argumentation war neben ihrer polemischen Schärfe mehrerlei bemerkenswert. Die Autoren setzten zunächst einmal jede Art von Feindschaft mit der Einstellung des nationalsozialistischen Regimes zu den von ihm als ‚minderwertig‘ klassifizierten Völkern gleich; einerseits wohl um des polemischen Effekts willen, aber offenbar auch, weil ihnen tatsächlich das Verständnis für eine Feindschaft abging, bei der der Gegner weder gehaßt, noch verachtet, ja im Gegenteil oft sogar respektiert wurde. Daher mußten der pazifistischen Theorie nicht ideologisch motivierte Kriege wie beispielsweise die des Feudalzeitalters unverständlich bleiben, die mit den Worten Golo Manns leicht begonnen und leicht wieder beendet wurden, in denen es „beinahe das Normale“ war, „mitten im Krieg mit einem Teil seiner Sympathien auf der anderen Seite zu stehen“ ¹²⁶⁹, in denen Offiziere und Soldaten wie selbstverständlich die Seiten gewechselt, sich die Heere aber trotz alledem blutige Schlachten geliefert hatten.

Narr, Vack und Roth vertraten mithin einen stark verengten Kriegsbegriff, der die enorme Spannbreite des historischen Phänomens ‚Krieg‘ auf einen einzigen Typus reduzierte. Die dadurch ausgeblendeten empirischen Befunde standen zum theoretischen Postulat der Tötungshemmung in direktem Widerspruch. Auch wurde abermals sichtbar, mit welchen enormen Bedeutungsgehalten der Begriff des ‚Menschen‘ im pazifistischen Denken aufgeladen wurde. Die Autoren empfanden ihren eigenen, hoch emphatischen Menschlichkeitsbegriff offenbar als vollkommen selbstverständlich, was sie zu der Annahme führte, die Kopplung der Anerkennung des Gegenübers als ‚Mensch‘ mit einer Tötungshemmung sei eine anthropologische Konstante, ein natürliches Faktum. Narr, Vack und Roth ignorierten damit die für die normativen Strukturen von Gesellschaften konstitutive Unterscheidung einer Binnenmoral, die für die eigene ethnische, soziale oder ideologische Gruppe galt, und einer Au-

¹²⁶⁷ Narr, Wolf-Dieter; Roth, Roland; Vack, Klaus: *Wider kriegerische Menschenrechte: Eine pazifistisch-menschenrechtliche Streitschrift. Beispiel: Kosovo 1999 – Nato-Krieg gegen Jugoslawien*. Köln 1999. S. 69. Vgl. auch die Polemik der Autoren gegen Jürgen Habermas in ebd., S. 79.

¹²⁶⁸ Ebd., S. 13.

¹²⁶⁹ Mann, Golo: *Wallenstein*. 5. Aufl. Frankfurt a. M. 2004. S. 391

ßenmoral, die das Verhalten gegenüber Nicht-Gruppenzugehörigen bestimmte. Sie übersahen, daß die meisten Menschen die Zugehörigkeit zu ihrer spezifischen Gruppe viel stärker empfanden, als die zur ganz allgemeinen und daher schwachen Kategorie der ‚Menschen‘, die de facto in vielen Kulturen gar keine Rolle spielte. Ihre Position war letztlich hochgradig eurozentrisch, da sie die Auffassung einer bestimmten europäischen kulturellen Tradition, der Aufklärung und des Humanismus, unhinterfragt für universell gültig hielten.

Schließlich war im oben angeführten Zitat die Konstruktion der kausalen und chronologischen Zusammenhänge aufschlußreich: Wenn man „für Kriege Feinde brauchte“, dann bestand die Initialzündung jedes militärischen Konflikts in einer völlig kontextunabhängigen Entscheidung zum Krieg. Die Suche nach oder Produktion von Feinden folgte dem erst als zweiter Schritt. Der reine Wille zum Krieg wäre demnach jeder realen Konfliktsituation vorgängig gewesen. Zu dieser Verortung von Gewalt in einem isolierten dezisionistischen Akt trat eine auch in den Ausführungen von Narr, Roth und Vack unübersehbar im Hintergrund stehende Manipulationsthese. Die pazifistische Weltsicht brauchte wie jede andere auch ihre Schurken, und diese Rolle kam den ‚Kriegstreibern‘ und ihren Verschwörungen zu.

Der Umstand, daß viele der hier genannten Theoretiker ihre historischen Verweise und Modelle einzig und allein ideologischen Konflikten entnahmen, wies auf die Gebundenheit des Pazifismus an seine historische Epoche hin: Als Ideologie war er ein Produkt des Zeitalters der Ideologien. Als eine selbst ideologische Kritik ideologischer Konflikte wurde er zu dem historischen Zeitpunkt stark, als diese sich allmählich überlebt hatten, ihre Frontstellungen für die große Mehrheit der Bevölkerung immer weniger relevant wurden und sich daher aus ihnen kein auf die Lebenswirklichkeit bezogener Sinn mehr ergab. Die Bedrohung durch den Kommunismus schien vielen Westdeutschen in den achtziger Jahren eine nur noch abstrakte Gefahr zu sein, ihre fortdauernde Beschwörung durch die Antikommunisten ein überständiges Ritual. Der Pazifismus konnte das Absterben der Ideologien nun zwar befördern, indem er den Kontrast zwischen der lebensfernen ideologischen Konfrontation und der von ihr hervorgerufenen realen Kriegsgefahr hervorhob, jedoch nicht anschließend an ihre Stelle treten, da die Zeit solch monochromer Weltbilder endgültig vorbei war. Insofern waren Kalter Krieg und Pazifismus dialektisch miteinander verknüpft, da der Pazifismus zwar einerseits zu dessen Ende beitrug, dieser aber ande-

rerseits erst die Bedingungen für den Erfolg des Pazifismus geschaffen hatte. Das besondere Paradoxon dieses dialektischen Verhältnisses lag darin, daß gerade die Gewaltblockade der gegenseitig zugesicherten, nuklearen Vernichtung den Konflikt hatte ‚kalt‘ und somit abstrakt werden lassen, wodurch die pazifistische Kritik militärischer Verteidigung überhaupt erst plausibel wurde. In den nachfolgenden ‚heißen‘ Konflikten, in denen die Gewalt offen tobte, war es für den Pazifismus bedeutend schwieriger, gegen militärische Interventionen zu argumentieren.

d) *Die pazifistische Methodik: Der Appell an das Herz*

Aus dem pazifistischen Gewaltverständnis und Menschenbild leitete sich nun eine klare Perspektive der Rettung und ein entsprechender politischer Handlungsauftrag ab: Der Abbau aller Feindbilder, insbesondere des Antikommunismus, und die Vergewärtigung der menschlichen Natur der sogenannten ‚Feinde‘, wodurch die natürliche Gewalthemmung wieder hergestellt werden sollte. So erklärten die Mutlanger Blockierer – neben anderem – die direkte Einwirkung auf die amerikanischen G.I.’s zum Ziel ihrer Blockaden:

Sehr viel wichtiger war uns, daß in einem der Soldaten, der vor einer gewaltfreien Blockade anhielt, ein innerer Prozeß ablief, auf den wir es angelegt hatten: Ein Befehlsempfänger, der bereit sein mußte, im Falle des Falles massenhaft zu töten, hielt vor einer unbewaffneten Menschengruppe an und handelte dabei wie ein ‚normaler‘ Mitmensch, der das Lebensrecht anderer respektiert. Bei unseren gewaltfreien Blockaden lösten wir in den blockierten Soldaten eine sehr natürliche Tötungshemmung aus, eine menschliche Regung, die dem Prinzip des Militärs und der Massenvernichtungsmittel diametral gegenübersteht.¹²⁷⁰

Das Ziel was also die Aufhebung der widernatürlichen Konditionierung durch Gesellschaft und Militär und die Widergewinnung der natürlichen Menschlichkeit, die gar nichts anderes sein konnte, als die Haltung des *Ahimsa*, der Gandhi’schen Gewaltfreiheit. Ein wesentlicher Punkt in der Abwehr möglicher sowjetischer Angriffe bestand komplementär dazu darin, eben auch dem ‚Feind‘ die eigene menschliche

¹²⁷⁰ Nick, Volker; Scheub, Volker; Then, Christof: *Mutlangen 1983-1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung*. Mutlangen und Tübingen 1993. S. 164.

Natur zu demonstrieren, um auch seine Gewalthemmung zu aktivieren. Das Abbauen der Feindbilder hatte somit nach beiden Seiten hin zu erfolgen.

Da die Fähigkeit des Mitfühlens integraler Bestandteil der menschlichen Natur war, ging bereits Gandhi selbst davon aus, daß die empathische Überzeugung des Anderen selbst in den scheinbar aussichtslosesten Fällen stets möglich war:

Einer der Besucher entgegnete jedoch: „Sie kennen Hitler und Mussolini nicht. Sie sind einer moralischen Regung nicht fähig. Sie haben kein Gewissen und sie sind unempfindlich gegenüber der Weltmeinung.“ [...] „Ihr Argument“, erwiderte Gandhi, „setzt voraus, daß Diktatoren wie Hitler oder Mussolini rettungslos verloren sind. Doch der Glaube an die Gewaltfreiheit gründet sich auf die Annahme, daß die menschliche Natur im Kern dieselbe ist und deshalb auf liebevolles Entgegenkommen unfehlbar antworten wird.

[...] Auch Herr Hitler ist nur ein Mensch [...]. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß menschliches Leid ihn rührt, selbst wenn es von ihm verursacht wurde.¹²⁷¹

Bei diesen aus heutiger Perspektive geradezu schockierend naiven Äußerungen muß man Gandhi zugute halten, daß sie aus den Jahren 1938 und '39 stammten, als der massenmörderische Charakter des Nationalsozialismus im fernen Indien noch schwerlich erkennbar gewesen sein dürfte. Auch von westlichen Beobachtern wurde das nationalsozialistische Regime lange falsch eingeschätzt. Entsprechend der Gandhi'schen Maximen bestritten Pazifisten aber auch noch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, daß die militärische Vernichtung des Dritten Reichs notwendig gewesen sei, um dessen Verbrechen zu beenden¹²⁷². Aus dem Glauben an die Humanität *jedes* Menschen resultierte eine vollständige Ablehnung jeder Art von gewaltsamer Verteidigung. Der Pazifismus weigerte sich schlicht, zu glauben, daß es Personen geben könne, denen die Leiden Anderer einfach gleichgültig waren. Statt dessen ging er von der moralischen Kraft der Unschuld aus: Bot man sich dem Feind als Opfer an, so führte man ihm das durch ihn angerichtete Leid am Beispiel des eigenen Leibes vor Augen und aktivierte so sein unterdrücktes Mitleid, das in jedem Angreifer immer noch vorhanden sein *mußte*. Das Kernproblem jeder Friedensstrategie, die Herstellung der gegenseitigen Friedensbereitschaft, konnte nach gandhianischem Verständ-

¹²⁷¹ Kumarappa, Bharatan (Hrsg.): *Mahatma Gandhi: Für Pazifisten*. Münster 1996. S. 56 f. Die zitierten Passagen wurden ursprünglich veröffentlicht in der von Gandhi herausgegebenen Zeitschrift *Hari-dschan*, Ausgaben vom 24. 12. 1938 und 7. 1. 1939.

¹²⁷² Neben den oben zitierten Aktivisten der Friedensbewegung Wolf-Dieter Narr, Roland Roth und Klaus Vack unlängst auch der amerikanische Schriftsteller und Pazifist Nicholson Baker in seinem Roman *Human Smoke*.

nis durch die Empathie gelöst werden, da diese als letztlich unwiderstehliche Kraft aufgefaßt wurde.

Wie mit einem Täter richtig zu verfahren sei, wurde von Gandhi in einem Gleichnis vertreten, das den Umgang mit einem Räuber betraf. Während das gewaltsame Vorgehen gegen einen solchen immer eine durch Rache und Gegenrache befeuerte Eskalation in Gang setze, so hätte das gewaltfreie Vorgehen ganz andere Auswirkungen:

Sie betrachten den bewaffneten Räuber als einen unwissenden Bruder. Sie nehmen sich vor, bei passender Gelegenheit mit ihm vernünftig zu reden. Sie argumentieren, daß er trotz allem ein Mitmensch ist. Sie wissen nicht, was ihn zum Stehlen trieb. Sie beschließen, wenn möglich, das zu zerstören, was den Mann zum Stehlen motiviert. Während Sie in dieser Weise mit sich selbst beraten, kommt der Mann erneut, um zu stehlen. Anstatt ihm böse zu sein, ergreift Sie Mitleid mit ihm. Sie denken, die Gewohnheit zu stehlen, muß eine Krankheit bei ihm sein. Von nun an lassen Sie deshalb ihre Türen und Fenster weit offen. Sie wechseln ihren Schlafplatz und sie machen ihre Sachen für ihn leicht zugänglich. Der Räuber kommt wieder und ist verwirrt, denn das ist für ihn völlig neu. Nichtsdestoweniger nimmt er Ihnen Ihre Sachen weg. Doch sein Gewissen ist beunruhigt. Er erkundigt sich im Dorf nach Ihnen. Er kommt, um über Ihr großes und liebendes Herz mehr zu erfahren. Er be-reut. Er bittet Sie um Verzeihung, bringt Ihnen Ihre Sachen zurück und läßt von seiner Gewohnheit, zu stehlen, ab. Er wird Ihr Diener und Sie suchen für Ihn eine anständige Arbeit.¹²⁷³

Dieses fromme Märchen scheint Gandhi tatsächlich ernsthaft als Modellfall realer Ereignisabläufe betrachtet zu haben, worin sich der überwältigende Optimismus des Pazifismus hinsichtlich der Möglichkeiten zeigte, Menschen zu überzeugen und zu bessern¹²⁷⁴. Bemerkenswert war vor allem, daß Gandhi annahm, der Räuber werde auch nach der erfolgreichen Durchführung seines Raubzugs noch Interesse an dem von ihm Beraubten zeigen. Damit setzte Gandhi eine soziale Beziehung zwischen beiden voraus, ohne die die nachfolgende positive Entwicklung nicht denkbar war.

¹²⁷³ Kumarappa, *Ghandi: Für Pazifisten*, S. 22 f. Ursprünglich veröffentlicht in Gandhis Schrift *Hind Swaraj*. Kapitel XVI.

¹²⁷⁴ Gandhi ging nicht davon aus, daß ein entsprechendes Handeln in jedem Fall diese idealen Folgen haben würde. Er sprach sich durchaus dafür aus, bei dem aktuellen Zustand der Gesellschaft Gefängnisstrafen für Diebe und Räuber zu verhängen. Das wäre zwar ein Abweichen von der reinen Lehre des *Satyagraha*, aber leider notwendig, da eine Heilung und Bekehrung von Kriminellen zur Zeit noch nicht in der beschriebenen Weise möglich sei. Es dürfte jedoch auf keinen Fall die Todesstrafe verhängt werden, und die Gefängnisse müßten als Besserungs-, nicht als Strafanstalten angelegt werden. Vgl. ebd., S. 23.

Gandhis Konzeption wurde von Wolf-Dieter Narr, Roland Roth und Klaus Vack auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene transferiert. In ihrer Streitschrift zur NATO-Intervention im Kosovo führten sie aus: „Noch der schlimmste Täter bleibt ein Mensch. Selbst für denjenigen, der ‚ethnische Säuberungen‘ in Auftrag gibt oder der sie niederrangig und borniert ausführt, gilt Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar.‘ Sonst brechen alle Annahmen, die den Menschenrechten zugrunde liegen, in sich zusammen.“¹²⁷⁵ Zu Ende gedacht hieß dies, daß nicht einmal die abscheulichsten Verbrechen in einer Art und Weise bestraft oder verhindert werden durften, welche die Menschenwürde des Täters verletzte.

Daraus ergab sich eine Semantik der Relativierung, die sich der moralischen Empörung über Verbrechen entgegenstemmte und dazu Hannah Arendts Wort von der „Banalität des Bösen“ in einem affirmativen Sinn verwandte¹²⁷⁶. Anstatt die jeweils spezifische Rechtfertigung anstehender Militäreinsätze auf der Basis etablierter moralischer Vorstellungen zu kritisieren, zielte die radikalpazifistische Argumentation vielmehr auf eine grundlegend neue Auffassung des moralisch Verwerflichen ab. Banal sei das vorgeblich ‚Böse‘ im Menschen insofern, als es sich dabei lediglich um das Produkt der jeweiligen Sozialisation handele. Was ein Mensch sei, hänge „in hohem, ja in ausschlaggebenden Maße von den soziohistorischen Bedingungen ab, die ein neugeborenes Kind vorfindet, in denen es heranwächst, erwachsen und alt wird und schließlich stirbt. Die Sozialisation, sprich die Art der Vergesellschaftung, spielt von der Wiege bis zur Bahre die entscheidende Rolle“¹²⁷⁷. Entsprechend wurden die Methoden, mit denen die als Beispiele genannten Slobodan Milosevic und Saddam Hussein ihre Herrschaft abzusichern versucht hatten, von Narr, Vack und Roth als Ergebnis bloßer „Mängel und Fehler“ in deren Sozialisation gewertet¹²⁷⁸. Damit verwarf der Pazifismus ganz grundsätzlich das Konzept der individuellen Handlungsverantwortung.

Ebenso argumentierte Johan Galtung in einem 2002 erschienenen Vortrag zur Situation Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Er schrieb, die Zuschreibung der Verbrechen zu individuellen Tätern habe es den Deutschen erlaubt, sich kollektiv von der Schuld zu entlasten, und den westlichen Alliierten, ihnen durch die Verurtei-

¹²⁷⁵ Narr, Roth, Vack, *Wider kriegerische Menschenrechte*, S. 72.

¹²⁷⁶ Ebd., S. 70.

¹²⁷⁷ Ebd., S. 89.

¹²⁷⁸ Vgl. ebd., S. 70-72.

lung und Hinrichtung einiger weniger Vorzeige-Täter dabei zu helfen. Diese Individualisierung der Schuld sei aber ganz verfehlt. Galtung stellte dazu fest: „*The Nazis did it!* was written on the exit. How wrong. The script did it.“¹²⁷⁹ ‚Script‘ meinte dabei die kulturelle Tiefenstruktur, welche von Galtung quasi als Programmcode der Gesellschaft angesehen wurden. Nicht die Personen waren die Urheber ihrer Handlungen, sondern die gesellschaftlichen Strukturen, und diese seien es folglich, dies es zu verändern gelte. Eine solche Umgestaltung der Gesellschaft sei durch Krieg aber schlechterdings nicht zu bewerkstelligen, weswegen er keineswegs als Fortführung, sondern nur als Eliminierung von Politik verstanden werden könne¹²⁸⁰. In Übereinstimmung mit dem etwas später erschienenen Vortrag Johan Galtungs schrieben Narr, Roth und Vack 1999, das Dritte Reich werde geradezu „verniedlicht und verfälscht“, wenn man es auf die Untaten einiger geborener Bösewichter reduziere, und so tue, als hätten diese „nur durch den Zweiten Weltkrieg und die alliierte Forderung des Unconditional Surrender gestoppt werden können“¹²⁸¹. Demzufolge hätte die Gesellschaft des Dritten Reiches vielmehr, wie überhaupt *alle* gewaltausübenden politischen Systeme, durch eine gewaltfreie Intervention von außen humanisiert und der Holocaust beendet werden können und müssen. Eine solche gewaltfreie Umgestaltung der Gesellschaft war demnach die einzig legitime wie auch die einzig wirklich erfolgsversprechende Methode zur Beendigung von Gewalt.

Als die grundlegende Kraft, deren Wirken in der Menschheitsgeschichte die Möglichkeit einer schließlich erfolgenden Erlösung von Haß und Gewalt erschließen sollte, wurde dementsprechend nicht wie im Kantischen Friedensprojekt die Vernunft gesehen, sondern die Liebe. Wie Erich Fromm es in seinem „Humanistischen Credo“ aus dem Jahr 1965 schrieb: „Ich glaube, daß die Liebe sozusagen der ‚Hauptschlüssel‘ ist, mit dem sich die Tore zum Wachstum des Menschen öffnen lassen. [...] Ich glaube, daß die Praxis der Liebe das menschlichste Tun ist, das den Menschen ganz zum Menschen macht und ihm zur Freude am Leben gegeben ist.“¹²⁸² Die Vernunft hatte sich der Liebe unterzuordnen, so daß man für die Friedensbewe-

¹²⁷⁹ Galtung, Johan: One Hundred Years of German History: A Deep Culture Perspective. In: Schmidt, Hajo; Trittmann, Uwe (Hrsgg.): *Kultur und Konflikt: Dialog mit Johan Galtung*. (agenda Frieden, Bd. 40) Münster 2002. S. 211.

¹²⁸⁰ Narr, Roth, Vack, *Wider kriegerische Menschenrechte*, S. 98.

¹²⁸¹ Ebd., S. 42 sowie S. 71.

¹²⁸² Fromm, Erich: *Humanismus als reale Utopie: Der Glaube an den Menschen*. (Schriften aus dem Nachlaß, hrsg. von Rainer Funk, Bd. 8) Weinheim und Basel 1992. S. 116 f.

gung von einem strikt auxiliären Vernunftbegriff sprechen muß¹²⁸³. Gandhi schrieb in seinen Überlegungen, die er der Erläuterung seines Konzeptes der Gewaltfreiheit voranstellte, zum Verhältnis von Rationalität und Empathie, *Abimsa* sei ebenso wie das Wesen Gottes durch empirische Betrachtung nicht direkt erfaßbar:

Alles, was wir tun können, ist zu versuchen, die Worte und Taten derjenigen zu verstehen, die wir als Gottesdiener betrachten. Ihre Worte und Taten sollten unser ganzes Wesen durchdringen und wir sollten danach streben, sie in die Tat umzusetzen, doch nur, soweit sie an unser Herz appellieren. Könnte ein wissenschaftliches Traktat mehr für uns tun?¹²⁸⁴

Der Appell an das Herz und die damit einhergehende intuitive Schau der Wahrheit waren also jeder rationalen Erkenntnis überlegen. Oder anders ausgedrückt, war beim Überzeugen des Gegners von der Verderblichkeit seiner Gewaltausübung der Appell an sein Herz wirksamer als der Appell an seinen Verstand¹²⁸⁵. Gandhi war, wie Margaret Chatterjee feststellte, der festen Überzeugung,

daß der Mensch vom Leid anderer angerührt werden kann. Das Gegenteil aber ist auch möglich. Er kann sein Herz verhärten und sich dem Leid des anderen verschließen, weil er meint, es ginge ihn nichts an. Gandhi aber glaubte, daß aufgrund der gemeinsamen Menschlichkeit früher oder später der ‚Gegner‘ gewonnen werden könne.¹²⁸⁶

Dementsprechend schrieb Horst-Eberhard Richter, Gandhi und Martin Luther King hätten „bewiesen, daß die Politik des Machtwillens und der Gewalt dadurch erschüttert und zurückgedrängt werden kann, wenn man ihr entschlossen jene anderen sozialen Werte entgegenhält, die wir innerlich aus der ‚logique du coeur‘ zu schöpfen vermögen“¹²⁸⁷.

e) *Frieden statt Sicherheit: Frieden als existentialistischer Begriff*

Aus dem psychologistischen Ansatz ergab sich eine Friedenskonzeption, die Frieden als *Weg* begriff, das heißt zunächst einmal weder als Abwesenheit von Gewalt, noch

¹²⁸³ Wie in David Humes berühmter Formulierung: „Reason is and ought only to be the slave of passions.“ Vgl. ders.: *A Treatise of human nature*. Abschnitt 2.3.3.

¹²⁸⁴ Kumarappa, *Für Pazifisten*, S. 3, ursprünglich erschienen in *Haridschan*, Ausgabe vom 3. 3. 1946.

¹²⁸⁵ Chatterjee, S. 78.

¹²⁸⁶ Chatterjee, S. 79 f.

¹²⁸⁷ Richter, *Psychologie des Friedens*, S. 142 f.

als gesellschaftliche Praxis einer funktionierenden Rechtsordnung, sondern als tief innerliche Daseinsform des Einzelnen. Friede hatte seinen Ursprung somit in der Friedfertigkeit. Diese Auffassung zeigte sich beispielhaft in verschiedenen Äußerungen vor allem aus dem christlich-radikalpazifistischen Spektrum, in denen Sicherheit und Friede nicht als komplementäre Begriffe, sondern als Gegensätze gedacht wurden. So schrieben etwa Vertreter der Initiative *Ohne Rüstung Leben*, der wohl bekanntesten radikalpazifistischen Gruppierung:

Götze Sicherheit

Bei der Betrachtung von Politiker-Äußerungen, Wahlkämpfen, Pressekommentaren usw. entsteht der Eindruck, daß „Sicherheit“ über alles geht. Im Namen von Sicherheit kann nahezu unwidersprochen jedes andere Interesse verkürzt oder ausgeschaltet, jedes Opfer gerechtfertigt werden. Ob es sich um Verschärfung der Polizeigesetze, um militärische Aufrüstung, um den Bau von Kernkraftwerken oder die Verteidiger-Überwachung handelt, alles geschieht unter dem Etikett „Sicherheit“. Um der Sicherheit willen werden Grundrechte eingeschränkt, als nähme sie unter diesen den ersten Platz ein.

Das Bedürfnis nach Sicherheit als der Garantie, daß alles genauso bleibt, wie es ist, entspringt einer unbewältigten, weitgehend unbewußten Angst vor dem Tod. Gleichzeitig aber führt jedes Streben nach absoluter Sicherheit zu einer Erstarrung, die dem Tod mitten im Leben gleichkommt: „Wer sein Leben erhalten will, der wird's verlieren.“

Weil sie falsche Versprechungen macht, grenzenlose Opfer fordert und ihre Gläubiger betrügt, erweist sich die „Sicherheit“ als einer der falschen Götter unserer Zeit. Zu den Aufgaben unserer Predigt kann es demnach auch gehören, diesen Götzen zu entzaubern und zu entmachten, d.h. Recht und Grenzen des Sicherheitsstrebens aufzuzeigen.

[...] Wir glauben [...], daß der Zeitpunkt gekommen ist, an dem die Christen nicht länger zögern sollten, ein radikales Nein nicht nur zur Waffenanwendung im Krieg, sondern auch zur Abschreckung mit Waffen zu sagen.

Wir hoffen, daß die Stunde nahe ist, in der die Christen sich als weltweite Gemeinschaft von Menschen verstehen, die sich weigern, militärische Waffen anzuwenden, und die innerhalb ihrer Völker öffentlich erklären, auf den Schutz durch militärische Waffen zu verzichten.

„Überall wird Friede mit Sicherheit verwechselt. Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg zur Sicherheit. Denn Friede muß gewagt werden, ist das eine, große Wagnis und läßt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherung. Sicherheit fordern, heißt Mißtrauen haben, und dieses Mißtrauen gebiert wiederum den Krieg.“ (D. Bonhoeffer 1934 in Fanö.)¹²⁸⁸

Wie bereits bei Petra Kelly und Horst-Eberhard Richter war es demnach Urgrund des Krieges, den Mitmenschen überhaupt nur potentiell für einen Gegner zu halten.

¹²⁸⁸ Ohne Rüstung leben; Arbeitskreis Pro Ökumene (Hrsg.): *Ohne Rüstung leben*. Gütersloh 1981. S. 16-18.

Auch Ohne Rüstung Leben argumentierte auf einer rein psychologischen Basis: Statt von äußeren Kriterien sprach die Initiative vom *Bedürfnis* nach Sicherheit, der *Angst* vor dem Tod und dem *Mißtrauen*. Diese drei psychischen Zustände konstituierten zusammen das falsche Denken, welches einem strengsten Interdikt unterlag. Die Äußerungen von *Ohne Rüstung Leben* zeichneten sich dabei durch eine nicht mehr zu überschreitende Radikalität aus. Ihnen zufolge durfte man niemals auch nur annehmen, ein anderer Mensch könne einen selbst in irgendeiner Art und Weise schädigen wollen. Hier war das pazifistische Argument zu seinem logischen Abschluß gelangt: Da jede Feststellung einer bestehenden Bedrohung geeignet gewesen sein könnte, die Anwendung von Gewalt zu legitimieren, wurde das ganze Phänomen der Bedrohung á fond für nichtexistent erklärt. Mißtrauen war grundsätzlich gleichbedeutend mit Paranoia. Man hatte sich selbst in einer Haltung tiefster Subjektivität vollkommen auf Frieden einzustellen. Jedes Streben nach Sicherheit war aufzugeben.

Damit hatte der Pazifismus einen Grad an Radikalität erreicht, an dem er jeden Bezug zur Welt der Erfahrung endgültig aufgab und sich in der Festung seiner Dogmen einmauerte. Allerdings muß noch einmal daran erinnert werden, daß derartige Positionen auch in der Friedensbewegung entschieden in der Minderheit waren. So führte etwa der Friedensforscher Gert Krell auf dem Hamburger Kirchentag 1981 aus, die Vorstellung einer einseitigen Entwaffnung widerspräche fundamental den Lebens- und Alltagserfahrungen der meisten Menschen in allen Gesellschaften, die ja gerade nicht pazifistisch oder gewaltfrei organisiert seien, wobei er sich vermutlich auf den Umstand bezog, daß zu den Mitteln der Rechtsdurchsetzung überall auch die Anwendung von Gewalt gehörte¹²⁸⁹. Solche Einwände stießen bei Radikalpazifisten jedoch auf taube Ohren. In einem Artikel für das Jahrbuch 1983 des *Komitees für Grundrechte und Demokratie*¹²⁹⁰ vertrat Dorothee Sölle vielmehr die genaue Gegenposition zu Krell, als sie schrieb:

„Es gibt keinen Weg zum Frieden“, sagte Gandhi. „Der Frieden ist der Weg.“ Dieser Satz ist eine der vielen nachdenklich stimmenden Losungen der Friedensbewegung, die, wohltuend unterschieden von der Trivialität der meisten offiziellen politischen Slogans, als Anzeichen für den Beginn einer anderen politischen Kultur gelesen werden müssen. So einfach der Satz klingt, er

¹²⁸⁹ Krell, Gert: Rüstung - Wettlauf zum Tode? In: Luhmann, Hans-Jochen; Neveling, Gundel (Hrsg.): *Deutscher Evangelischer Kirchentag Hamburg 1981: Dokumente*. Stuttgart und Berlin 1981. S. 457.

¹²⁹⁰ Sölle, Dorothee: Wir wollen Frieden, nicht Sicherheit: Zur Kritik einer bürgerlichen Hoffnung. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): *Jahrbuch '83*. Sensbachtal 1984. S. 79-92.

stellt eine der wichtigsten und selbstverständlichsten Voraussetzungen unseres politischen Denkens in Frage, die Unterscheidung von Zweck und Mitteln. Wenn der Zweck gut ist, so mögen die Mittel unschön, gewalttätig, kostspielig und unvernünftig sein, der hohe Zweck heiligt sie. In fast jeder Friedensdiskussion höre ich den Satz, daß wir doch alle den Frieden wollen und nur in der Wahl des Weges zum Frieden unterschiedliche Vorstellungen haben. Nein, ist meine Antwort auf diese Rede, nicht alle wollen den Frieden. Die Reagan-Administration will nicht den Frieden, den wir in der Friedensbewegung suchen. Nein, der Besitz von mehr Overkillmöglichkeiten ist kein Weg zum Frieden. Nein, der Zweck Frieden heiligt die Mittel der Vernichtung nicht; die Wahrheit ist, daß die Mittel den Zweck auffressen, wenn sie in einem absoluten Gegensatz zum Zweck stehen.

Es ist nicht möglich, Alkoholiker durch mehr Schnaps von ihrer Sucht zu heilen; die Zweck-Mittel-Relation muß zumindest eine Angleichung der Mittel an den Zweck ausdrücken und, unter der Perspektive der Zeit bedacht, muß das Ziel in jedem Augenblick gegenwärtig und sichtbar sein. Die ständige Verschiebung des Ziels auf später („Wir werden abrüsten, wenn wir genug aufgerüstet haben, um aus einer Position der Stärke heraus verhandeln zu können“) ist die Zerstörung des Ziels selber. In dieser Verschiebung wird das Jetzt des Friedens, von dem aus Gandhi denkt, verleugnet. Die Idee, einen „Weg zum Frieden“ zu finden, der selber unfriedlich ist, ist kontraproduktiv. Der Friede ist der Weg zum Frieden und wenn, wie in der Strategie der Abschreckung propagiert, Weg und Ziel, Mittel und Zweck einander widersprechen, so geschieht eine von den naiven Leuten, die „doch alle den Frieden wollen“, zunächst unbemerkte Veränderung des Ziels. Den Zynikern der Macht ist dies natürlich klar; es geht ihnen um „Sicherheit“. Sie haben keinen inhaltlich gefüllten Begriff von Frieden, der über die Sicherung ihrer Interessen hinausginge. Eine der vielen von Orwell vorausgesagten Sprachveränderungen der letzten Jahre ist die Zerstörung des Wortes „Frieden“ durch die Regierungspropaganda, die dem Frieden meist die Wörter „und Sicherheit“ umhängt; nackt und allein darf der Friede gar nicht mehr herumlaufen.¹²⁹¹

Auch bei Dorothee Sölle handelte es sich um ein strikt an metaphysischen Prinzipien orientiertes Denken. Durch Drohung, also nicht-friedliche Mittel, einen übergeordneten friedlichen Zweck zu erzielen, war demnach von vornherein paradox. Was Sölle dagegen einforderte, war die strikte Festlegung auf das Maximalziel eines umfassenden und vollkommenen Friedens als einzig legitimer Handlungsorientierung. Einen nur äußerlichen Zustand des Friedens, also ‚bloße‘ Sicherheit anzustreben, bedeutete eine unverzeihliche Abkehr von diesem Ziel. Ihre Haltung war hierbei die einer fundamentalen, um nicht zu sagen fundamentalistischen Kompromißlosigkeit. Indem sie den Begriff der Sicherheit zurückwies und als amoralische Interessenpolitik diskreditierte, sagte sie nichts anderes, als daß beim Beschreiten des Weges des

¹²⁹¹ Ebd., S. 79 f.

Friedens jedwede Gefahr, auch die für Leib und Leben, ignoriert werden müsse. Demnach war sogar die bloße Selbstverteidigung Unrecht.

Nun war eine Differenzierung zwischen Frieden und Sicherheit zunächst einmal durchaus richtig und sinnvoll. Sicherheit herzustellen bedeutete, das Überleben zu gewährleisten, indem gegen aktuelle und potentielle Bedrohungen durch defensive Maßnahmen oder offensive Prävention vorgegangen wurde. Sicherheit war daher gleichbedeutend mit der Fähigkeit, jeden zu erwartenden Angriff abwehren zu können. Friede war dagegen ein Zustand, in dem das eigene Leben weder aktuell noch potentiell bedroht war, also die zuverlässige Abwesenheit feindselig gesinnter Anderer. Als gesellschaftlicher Zustand entstand er durch das bewährte schiedlich-friedliche Zusammenleben mit den Mitmenschen. Der Ursprung des Friedens war mithin das Einvernehmen, die *Concordia*¹²⁹².

Der Unterschied zwischen dem konventionellen und dem pazifistischen Denken lag darin, wie ein solcher Zustand der verwirklichten *Concordia* erreicht werden sollte. Ersterem zufolge wurde zunächst die Sicherheit hergestellt, nach Innen durch die Etablierung des staatlichen Gewaltmonopols, nach Außen durch militärische Grenzsicherung. Im Verlauf dieser komplexen Prozesse wurden die aggressiven Intentionen aller Friedensbrecher so lange frustriert, bis sie schließlich verschwanden. Gleichzeitig konnte die Erkenntnis Raum gewinnen, daß das langfristige Eigeninteresse am besten durch den Verzicht auf eine allzu rücksichtslose Interessendurchsetzung zu verwirklichen war, man mithin gut daran tun würde, von der Eroberung zum Handel überzugehen. Damit wurde die Etablierung sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen möglich, in denen die Fundamente der *Concordia* gelegt werden konnten. Die Lösung der noch vorhandenen Interessengegensätze wurde im Inneren dem Recht und den politischen Institutionen übertragen, in den auswärtigen Beziehungen der Diplomatie und dem Völkerrecht. Die Pointe lag nun darin, daß die Grundbedingungen eines solchen Prozesses erst einmal durch den erzwungenen Aggressionsverzicht geschaffen werden mußten. Gerade diesem Ziel einer präventiven Aggressionsfrustration diente ja der NATO-Doppelbeschluß. Dabei gab es zwischen dem Zustand der Sicherheit, in der jeder Angriff abgewehrt werden konnte, und dem des Friedens, in dem Angriffe gar nicht mehr erfolgten, noch den in der geschichtli-

¹²⁹² Zu einer kurzen Skizze der antiken Vorgeschichte dieses Gedankens vgl. Reese-Schäfer, Walter: *Antike politische Philosophie zur Einführung*. Hamburg 1998. S. 145.

chen Wirklichkeit vorherrschenden Zwischenzustand des prekären Friedens, in dem noch eine mehr oder weniger große Anzahl potentieller Aggressoren vorhanden war, die nur deswegen keine Angriffe unternahmen, weil sie davon ausgehen mußten, daß sie abgewehrt bzw. geahndet werden würden. Der prekäre Friede beruhte somit nur darauf, daß die Kosten-Nutzen-Kalkulation bestimmter Individuen und Gruppierungen für friedliches Verhalten eine höhere Summe ergab als für gewaltsames. Ihre aggressiv-egoistische Haltung bestand grundsätzlich fort und wurde lediglich unterdrückt¹²⁹³. Die Concordia konnte ein dünner Firniß bleiben, der Friede ein Provisorium. Seine Stetigkeit erlangte er folglich einzig aus der beständigen Verfügbarkeit der Mittel zur Aggressionsabwehr und der Bereitschaft zu ihrer Anwendung. Solange nicht alle Individuen ernsthaft willens waren, sich in die Concordia einzufügen, war ein Fortschritt vom prekären zum echten Frieden unmöglich.

Der Pazifismus postulierte dagegen wie erläutert, daß eigentlich kein Mensch aggressiv egoistisch gesinnt sei. Es handele sich bei dieser Annahme vielmehr per se nur um eine paranoide Wahnvorstellung. Somit sei die Strategie der Sicherung durch Aggressionsfrustration von vornherein kontraproduktiv, weil ihre Mittel Angst erzeugten und somit die Aggression, welche sie eliminieren wolle, gerade erst produziere. Der Weg, über die Herstellung von Sicherheit zum Frieden zu gelangen, könne gar nicht funktionieren. Vielmehr führe diese Auffassung von der aggressiven menschlichen Natur automatisch in die Aporie einer gegenseitigen Bedrohung zwecks gegenseitiger Absicherung, welche wiederum stets gegenseitig als Aggression fehlgedeutet werde. Diesen gordischen Knoten der durch Streben nach Sicherheit erzielten Unsicherheit gelte es nun dadurch zu durchschlagen, daß, wie von Sölle eingefordert, der Friedenswille Aller als gegeben betrachtet und der illusionäre Versuch, in Wirklichkeit gar nicht vorhandene Aggressionen abzuwehren, eingestellt werde. Der Pazifismus gelangte in Bezug auf die nukleare Bedrohung somit zu der dialektischen Strategie, das Überleben der Menschheit zu sichern, indem er auf die

¹²⁹³ So daß man, wie Dolf Sternberger anmerkte, mit Thomas Hobbes sagen könnte, daß der prekäre Frieden eigentlich noch Krieg war, da der Krieg nach Hobbes nicht eigentlich in den eigentlichen Kampfhandlungen bestand, sondern vielmehr „in the known disposition thereto“. Was genau darunter zu verstehen war, kam auf die Übersetzung von „disposition“ an. Je nachdem, ob dafür „Neigung“ oder „Bereitschaft“ gewählt wurde, änderten sich die Kriterien. Sternberger schlug daher vor, denjenigen Zustand, der hier als prekärer Friede gekennzeichnet wurde, als *Unkrieg* bzw. *Unfrieden* zu benennen und somit weder als Krieg noch als Frieden, sondern als eigenständigen Zustand zu bewerten. Vgl. Sternberger, Dolf: Über die verschiedenen Begriffe des Friedens. In: Senghaas, Dieter: *Den Frieden denken: Si vis pacem, para pacem*. Frankfurt a. M. 1995. S. 95 f.

Sicherung des individuellen Überlebens verzichtete. Friede war in dieser Fassung in der Tat das große Wagnis, der große Sprung in den Zustand existentieller Ungesicherheit.

Die Position des Radikalpazifismus fußte mithin auf dem unverrückbaren Anspruch, als einzige politische Strömung die wahre Wirklichkeit erkannt zu haben. Sie mündete in einem für utopische Ideologien charakteristischen politischen Existentialismus. Dementsprechend bedeutete Friede auch nicht mehr ein bestimmtes Verhältnis realer Individuen zueinander wie etwa in Kants Friedensschrift¹²⁹⁴, sondern einen Modus existentiellen Daseins, den der Einzelne zunächst einmal für sich zu realisieren hatte. Es gab keinen Weg zum Frieden – das konnte nichts anderes heißen, als daß Frieden prinzipiell nicht durch Handlungen erreicht werden konnte, also schon an sich keine Praxis darstellte, sondern im eigenen Selbst verwirklicht werden konnte und mußte. Friede wurde damit zu einem geradezu esoterischen Begriff.

Sölle fuhr fort:

[...] Unilateral denken bedeutet anzuerkennen, daß Wahnsinn, auch wenn er zu zweit und verabredet begangen wird, nicht Vernunft wird. Es fällt mir immer schwerer, doppelseitige an die Regierungen in Ost und West gerichtete Aufrufe und Forderungen zu unterstützen. Ich empfinde diesen Bilateralismus als politisch und moralisch ohnmächtig. Wir lügen uns da in die Position eines Kindes hinein, das seine psychisch kranken Eltern bittet, sich doch gegenseitig nicht mehr zu vergiften. Aber in Wirklichkeit wird das Kind nur frei, wenn es aus dem Haus des Gifts und des Mordes weggeht. Der Bilateralismus ist der Versuch, im Hause des Menschenfressers friedlich zu leben – als ob das möglich wäre. Wir müssen mit dem System, nicht nur den Symptomen der Rüstung brechen. Darum ist das öffentlich Auftreten der Friedensbewegung für einseitige Abrüstung unerlässlich, moralisch und politisch. Wenn wir den Frieden wirklich wollen, müssen wir mit der Abrüstung da anfangen, wo wir sind – auf der einen Seite, die weder besser noch schlechter ist als die andere, aber den Vorteil hat, daß sie unsere Seite ist. Es bleibt eine rationalistische Dummheit anzunehmen, die gegenseitige Morddrohung könnte in der Art eines Geschäfts aus der Welt geschafft werden. Beide Partner geben etwas nach, und schon haben wir wieder eine schöne Balance. Das sind betrügerische Hoffnungen, die mit dem Gedanken der Sicherheit einhergehen und die

¹²⁹⁴ Kant definiert dort Friede als das „Ende aller Hostilitäten“, und als die Verrechtlichung des Verhältnisses der Individuen zueinander (den Eintritt in den „bürgerlich-gesetzlichen Zustand“). Da Gewalt zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung bei Kant wie auch bei Augustinus selbstverständlich weiterhin legitimer Bestandteil der Friedensordnung war, konnte selbst eine vollständige Realisierung des Kantischen Programms des „Ewigen Friedens“ und damit das Ende aller militärischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten nach dem Maßstab des utopischen Pazifismus allenfalls als ein Zwischenschritt anzusehen sein. Vgl. Kant, Immanuel: *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*. Siehe insbesondere den ersten Präliminarartikel sowie den ersten Definitivartikel nebst Anmerkungen.

wirkliche Hoffnung auf Frieden verraten haben. Ändern kann sich nur dann etwas, wenn einer der Konfliktpartner anfängt, seine Drohhaltung aufzugeben und einen winzigen Schritt allein vorangeht. Der Unilateralismus hat ein existentielles Moment in sich, das den Rationalismus der Geschäftsvernunft verläßt. Veränderungen geschehen auf der Ebene des Handelns, das Risiko einschließt.¹²⁹⁵

Hier sagte Sölle mit aller nur wünschenswerten Klarheit, worin ihre Friedensauffassung bestand: Im „existentiellen Moment“¹²⁹⁶, das den Rationalismus verließ. Dabei wurde die Methode des moderaten Pazifismus, die Logik der Verhandlungen, die auf das wechselseitig anerkannte, aufgeklärt rationale Interesse baute¹²⁹⁷ und darauf setzte, durch Abrüstung einen Gewinn für beide Seiten erzielen zu können, als „rationalistische Dummheit“ diskreditiert. Im Streben nach Frieden hatten vernünfteln-de Berechnungen für Sölle nichts verloren. Statt einer Politik, wie sie in der Stationierungsdebatte von denjenigen vertreten wurde, die eine Fortführung der Genfer Verhandlungen forderten, proklamierten die Radikalpazifisten eine Anwendung des gandhianischen Schemas, wie Angreifern und Diktatoren zu begegnen sei, auf den Ost-West-Konflikt:

Noch fürchten sich die Menschen in der Ersten Welt vor diesem Denken, noch scheint ihnen die bewußte Preisgabe einer bestimmten Form der Sicherheit allzu abenteuerlich zu sein. Ist Abrüstung ohne vorhergehende Versicherung dessen, was die Gegenseite tun wird, nicht bloße Irrationalität? Ist das Risiko des Unilateralismus, in dem Sicherheiten aufgegeben werden, nicht zu hoch? Die Kritik des bürgerlich/liberalistischen Sicherheitsdenkens, die ich hier verfolge, läßt in der Tat zwei sehr verschiedene Konsequenzen zu. Die eine ist dezisionistisch-faschistisch: der Ausbruch aus dem Sicherheitsdenken und Geschäftsgebaren in die nackte Gewalt. Die andere Konsequenz aus der unerträglich gewordenen Sicherheitsneurose, der ersten genau entgegengesetzt, besteht im Weg der Gewaltfreiheit. Gewaltfreier Verzicht auf bürgerliche Sicherheit riskiert nicht die Vergewaltigung anderer Menschen, wohl aber das eigene Leiden. Bombenanschläge gefährden das Leben anderer; der Hungerstreik drückt die Bereitschaft zum Risiko, zum Bezahlen eines Preises aus.

[...] Die Illusion des bürgerlichen Sicherheitsdenkens liegt nach meiner Meinung in der Erwartung, daß Frieden aus der geschäftsmäßigen Verhandlung, aus der rationalen Übereinkunft kommen könnte. Darin steckt ein rationalistischer Optimismus, der der realen Verzweiflung der Völker, die der

¹²⁹⁵ Sölle, *Frieden nicht Sicherheit*, S. 83.

¹²⁹⁶ Ein Begriff, den Petra Kelly in ihrer Rede in der Generaldebatte des Deutschen Bundestages übernahm, in der sie eine unilaterale Abrüstung der NATO einforderte. Vgl. *Deutscher Bundestag: Verhandlungen des Deutschen Bundestages: Stenographischer Bericht der 36. Sitzung der 10. Wahlperiode* (22. November 1983). Bonn 1983. S. 2523C.

¹²⁹⁷ In der Sprache Kants: Die Hoffnung, daß selbst ein Volk von Teufeln miteinander in Frieden leben könne, so sie nur vernünftig seien.

Ideologie der Sicherheit unterworfen sind, Hohn spricht. Die Geschichte der Religionen – und ich schließe die Geschichte der gewaltfreien Märtyrer wie M. L. King, Steve Biko, Oscar Romero ein – lehrt etwas ganz anderes. Sie sagt: es geht nicht ohne Opfer. Es geht nicht ohne Risiko. Das Leben, das den Tod aus sich ausschließt und sich gegen ihn sichert, sichert sich zu Tode. Wenn das „Fenster der Verwundbarkeit“ wie es in der Militärsprache heißt, endgültig geschlossen und zugemauert ist, dann sterben auch die angeblich geschützten Menschen in der Festung aus Mangel an Luft und Licht. Nur das Leben, das sich dem andern öffnet und das Risiko eingeht, verwundet oder getötet zu werden, hat die Verheißung bei sich.¹²⁹⁸

Der Umstand, daß Sölle vom Frieden als einer Verheißung sprach, war bezeichnend: Denn was man hier vor sich hatte, war nicht so sehr mit dem Weber'schen Begriff der Gesinnungsethik zu fassen, sondern viel eher mit dem der politischen Religion. Der Friede war der Eintritt des göttlichen Heils in die geschichtliche Welt. Nicht umsonst erinnerte das von Sölle eingeforderte Aufgeben der Sicherheit zur Erlangung des Friedens an diejenigen religiösen Legenden, in denen Menschen wie Franz von Assisi die Sicherheit ihrer bürgerlichen Existenz aufgegeben und sich ganz auf die Verheißung Gottes eingelassen hatten. Was Sölle hier entwickelte, war nichts anderes als eine politische Erlösungstheologie.

¹²⁹⁸ Sölle, Frieden nicht Sicherheit, S. 83 f.

3. „Krieg dem Krieg“: Rettung durch Bekämpfung des Imperialismus

a) *Das antiimperialistische Spektrum der Friedensbewegung: Organisationen und Positionen*

Die politischen Kräfte, die eine antiimperialistische Ausrichtung der Friedensbewegung anstrebten, teilten sich in zwei deutlich zu unterscheidende Bereiche: Zum einen versuchten außerhalb der Friedensbewegung stehende Gruppen, antiimperialistische Inhalte teils durch Beteiligung, teils durch Kritik an der Bewegung in diese einzutragen. Innerhalb der Friedensbewegung wurden entsprechende Standpunkte vor allem von dem Bündnis selbständiger Friedensinitiativen vertreten, das sich im *Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen (BAF)*¹²⁹⁹ organisierte.

Dieses Bündnis darf nicht mit ‚den Autonomen‘ verwechselt werden, wie dies in der damaligen Berichterstattung zuweilen geschah: Bei den autonomen Friedensinitiativen gab es zwar gewisse inhaltliche Überschneidungen zu und eine – sehr begrenzte – Zusammenarbeit mit der Bewegung der Autonomen, bei ihnen handelte es sich aber vor allem um Gruppen, die der undogmatischen Linken und dem antimilitaristischen Spektrum entstammten. Von den großen Organisationen der Friedensbewegung trennte sie die strikt radikaldemokratische Ausrichtung und ihre entsprechende Organisierung in Form einer basisdemokratischen Graswurzelbewegung. ‚Autonom‘ waren diese Gruppen im formalen Sinn als unabhängige Initiativen. Auch wurde im BAF die enge Verzahnung der verschiedenen sozialen Bewegungen besonders deutlich, da es sich bei einigen Mitgliedsgruppen um Friedens-Arbeitsgruppen handelte, die sich innerhalb größerer Anti-Atomkraft- oder Anti-Startbahn-West-Initiativen gegründet hatten¹³⁰⁰. Diese Fluktuation der Aktivisten zwischen den verschiedenen politischen Themenfeldern glich den Charakter der Protestbewegungen als Ein-Punkt-Bewegungen zumindest ein Stück weit aus.

¹²⁹⁹ Bestehend ab September 1981. Die überregionale Koordination wurde vor allem von der Hamburger Friedenskoordination übernommen. Andere beteiligte Gruppen waren z.B. die Osnabrücker Friedensinitiative, die Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Friedenstag, der Friedensladen Kassel, die Aachener Friedensinitiative, die Antimilitaristische Gruppe Bonn, die Vereinigten Münchener Friedensinitiativen, die Anti-Nato-Gruppe Freiburg sowie die Bunte Liste Freiburg. Die Gesamtzahl der beteiligten Gruppen lag nach eigenen Angaben zwischen 80 und ca. 150.

¹³⁰⁰ So etwa die Anti-Kriegs-Gruppe des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie und die AG Frieden der Frankfurter Bürgerinitiative „Keine Startbahn West“.

Zusätzlich bildete der BAF eine Doppelstruktur mit der *Bundeskonzferenz unabhängiger Friedensgruppen* (BUF)¹³⁰¹. Bei dieser handelte es sich um eine durch den BAF ins Leben gerufene und mit diesem personell verflochtene, ansonsten aber eigenständige Organisation, deren Aufgabe es sein sollte, für die zahlreichen lokalen Friedensinitiativen eine Möglichkeit der Vernetzung und der gegenseitigen Hilfe zu schaffen. Während es sich beim BAF um einen Zusammenschluß von größeren und bereits seit längerer Zeit bestehenden Gruppen handelte, bei dem die inhaltliche Zusammenarbeit im Vordergrund stand, lag der Schwerpunkt der BUF auf der Bereitstellung einer organisatorischen Infrastruktur. Sie sollte eine möglichst niedrige Eintrittsschwelle aufweisen, um auch neugegründeten Initiativen die Mitarbeit zu ermöglichen, deren Mitglieder noch über wenig politische Erfahrung verfügten. Dementsprechend trug die BUF eher den Charakter eines offenen Forums mit einer gegenüber dem BAF größeren Variationsbreite politischer Standpunkte¹³⁰². Zu den BUF-Treffen wurden im weiteren Verlauf auch andere Großorganisationen wie die Evangelische Studentengemeinde (ESG), der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die Grünen eingeladen. Da der BAF in den Quellen ab dem Sommer 1983 immer weniger und nach dem September 1983 gar nicht mehr in Erscheinung trat¹³⁰³, scheinen die meisten BAF-Gruppen ihren Arbeitsschwerpunkt nach und nach ganz zum BUF hin verlagert zu haben. Der BAF ging damit in einer vom Februar 1983 bis September 1983 dauernden Transitionsphase praktisch in der BUF auf. Der Grund dafür lag höchstwahrscheinlich in den zunehmenden politischen Spannungen zwischen den Mitgliedsorganisationen, die für viele von ihnen die Mitarbeit in der auf politisch-inhaltlichen Konsens angelegten BAF unmöglich werden ließ, woraufhin sie sich auf die rein pragmatische Zusammenarbeit in der BUF beschränkten. Zusätzlich verkompliziert wurde diese Organisationsgeschichte noch dadurch, daß etwa ab dem Sommer 1983 das hier behandelte Spektrum auch unter dem Namen Koordinierung

¹³⁰¹ Etwa ab Mitte 1983, wobei die Organisierungsaufgaben ab diesem Zeitpunkt von der Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam (KOZU) in Kassel übernommen wurden. Vgl. Leif, *(Obn-)Macht*, S. 36-38.

¹³⁰² So stellten die Initiatoren einer Initiative mit dem Titel „Kein Frieden mit der NATO – Raus aus der NATO!“ fest, auch im Spektrum der unabhängigen Friedensbewegung sei die Forderung nach einem NATO-Austritt alles andere als unumstritten. Andere Positionen strebten eher eine Auflösung von NATO und Warschauer Pakt an, orientierten sich also mithin eher an der Theorie der zwei Supermächte. Vgl. Schulze-Marmeling, Dietrich; et al.: Einladung zu einer Arbeitskonferenz, in: ASBB, Box 4.5.6, Mappe 1983 II.

¹³⁰³ Letzte Nennung war die Nullnummer der geplanten Zeitschrift *FriZ – Antimilitaristische Allgemeine* vom 1. September 1983, ASBB, Box 4.5.6, Mappe 1983 III.

Ziviler Ungehorsam (KOZU) auftrat. Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, daß es selbst Zeitzeugen aus der Friedensbewegung im nachhinein schwerfiel, zwischen BAF, BUF und KOZU klar zu unterscheiden.

Der Befund einer sehr kleinteiligen und oft nur mühsam nachzuvollziehenden Organisationsgeschichte gilt für das gesamte antiimperialistische Spektrum. Aufgrund der vielfältigen Nuancen und Schattierungen in den politischen Haltungen können hier nur allgemeine Tendenzen festgestellt werden, die notgedrungen auf Generalisierungen beruhen. Die Unterschiede zwischen den im BAF organisierten autonomen Friedensinitiativen und den außerhalb der Friedensbewegung stehenden, im eigentlichen Sinne autonomen bzw. antiimperialistischen Gruppen bestanden vor allem in der ideologischen Ausgangslage und den sich daraus ergebenden politischen Prioritäten: Hier Pazifisten, die in der NATO das größte Hindernis für den Frieden sahen; dort Antiimperialisten, die Kriege als eine der negativen Folgen des Imperialismus begriffen. Erheblichen Dissens gab es außerdem bezüglich der politischen Vorgehensweise, namentlich der Gewaltfrage. Viele Mitglieder der autonomen Friedensgruppen lehnten die Militanz der Autonomen strikt ab.

Insgesamt ließen sich im Anti-NATO-Spektrum innerhalb und außerhalb der Friedensbewegung drei Haupttypen der politisch-ideologischen Ausrichtung unterscheiden¹³⁰⁴: Erstens Pazifisten und Antimilitaristen, wobei die an dieser Stelle relevante Spielart des Pazifismus einen deutlichen Einschlag ins libertär-kommunistische und anarchistische ideologische Spektrum hatte¹³⁰⁵. Zentrales Anliegen dieser politischen Strömung war es, die gesellschaftlichen Voraussetzungen von Kriegen aufzudecken und zu bekämpfen, deren wichtigste im Militarismus gesehen wurde. Dieser führe nicht nur zu einer Verherrlichung des Kriegerischen, sondern bringe auch eine

¹³⁰⁴ Zur Darstellung der im BAF vertretenen Strömungen durch einen Vertreter des BAF selbst vgl. Weidmann, Bernd: Wie es zur Demonstration am 10. Juni kam. In: Weidmann, Bernd; Meyer, Herbert; Christiansen, Theo; Grohmann, Peter (Hrsgg.): *500.000 gegen Reagan & NATO: Dokumentation: 10.6. Bonn, NATO-Politik 1949-82, Reagan in Berlin, I.D.E.E.* Göttingen 1982. S. 54. Er unterschied zwischen moralisch argumentierenden Pazifisten, Eurozentrismen (die eine gesamteuropäische Friedensbewegung in West und Ost befürworteten, mit Rudolf Bahro als prominentestem Vertreter) und 3.-Welt-Gruppen. Diese Unterteilung bezog sich auf politische Arbeitsfelder und Perspektiven und bot sicherlich richtige und wertvolle Hinweise; in ihr kamen allerdings zentrale Charakteristika nicht zum Ausdruck.

¹³⁰⁵ Diese Richtung wurde vor allem von der Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA) und ihrer Zeitschrift „Graswurzelrevolution“ vertreten. Zur internen Kritik an der anarchistischen Strömung des Pazifismus vgl. Ebert, Theodor: *Pazifismus – Grundsätze und Erfahrungen für das 21. Jahrhundert*. Bd. 2: Der Kosovo-Krieg aus pazifistischer Sicht. Münster, Hamburg, Berlin, London 2001. S. 23 f.

grundsätzliche Auffassung menschlichen Lebens als Kampf ums Dasein sowie eine strikt hierarchische Organisierung der Gesellschaft anhand des Prinzips von Befehl und Gehorsam mit sich. Zu bekämpfen sei daher jede Aufteilung einer Gesellschaft in Führer und Geführte. Eine wahrhaft friedfertige Gesellschaft sei notwendigerweise immer auch herrschaftsfrei.

Diese anarchistische Akzentuierung des Pazifismus war insofern naheliegend, als diesem von vornherein eine starke machtkritische Sichtweise immanent war. Die Ausübung von Macht wurde prinzipiell als Gewaltverhältnis verstanden und daher abgelehnt. Ausgehend von dem Umstand, daß die Pazifisten den Hobbes'schen Grundsatz des *homo homini lupus* auf das Entschiedenste bestritten, war ihrer Ansicht nach die zentrale Legitimation von Herrschaft hinfällig: Da der Mensch friedensfähig sei, bedürfe es keines Leviathans, der den Frieden durch Zwang aufrecht erhalte. Vielmehr verlange die Abschaffung des Krieges zwingend nach der vorangehenden Abschaffung des Staates bzw. sei ohne eine solche sinnlos, da selbst in einer Welt friedlicher Nationalstaaten das Gewaltverhältnis staatlicher Herrschaft nach wie vor bestehe. Überdies seien Kriege gegen äußere ‚Feinde‘ nicht zuletzt auch Herrschaftsinstrumente, durch die sich die Untertanen von den real bestehenden Ausbeutungsverhältnissen ablenken und disziplinieren ließen.

Ihren prägnantesten Ausdruck hatte diese Weltsicht bereits im 19. Jahrhundert in dem ‚philosophischen Gedicht‘ *Queen Mab* des ‚romantischen Radikalen‘ Percy Bysshe Shelley gefunden, in dem es hieß:

*Power, like a desolating pestilence,
Pollutes whate'er it touches; and obedience,
Bane of all genius, virtue, freedom, truth,
Makes slaves of men, and of the human frame
A mechanized automaton.*

Gandhi war ein Bewunderer Shelleys gewesen und hatte zuweilen aus dessen sozialkritischer Schrift *The mask of anarchy* zitiert¹³⁰⁶. Obwohl diese Bezugnahme auf den romantischen Dichter bei den späteren Pazifisten verloren ging, blieb der starke machtfeldliche Einschlag erhalten. Die Antimilitaristen kritisierten ganz im Geiste Shelleys die militärische Disziplinierung als eine mit der Würde eines Menschen un-

¹³⁰⁶ Zum Einfluß Shelleys auf Gandhi vgl. Weber, Thomas: *Gandhi as Disciple and Mentor*. Cambridge 2004. S. 28 f. Allerdings gab es auch wichtige Punkte, in denen Gandhi völlig andere Ansichten vertrat als Shelley, insbesondere in Fragen der Sexualität.

vereinbare seelische Deformierung, wozu eine feministisch inspirierte Kritik des traditionellen, an soldatischen bzw. kriegerischen Werten orientierten Männerbildes trat. Damit ging vielfach auch eine interne Kritik am linken Straßenkämpfertum und dem damit verbundenen Machismo einher.

Der zweite Typus bestand in undogmatischen radikalen Linken, die vor ihrem Engagement in der Friedensbewegung häufig bereits in der Anti-Atomkraft-, der Anti-Startbahn- oder der Dritte-Welt-Solidaritäts-Bewegung aktiv gewesen waren. Diese lehnten zwar organisierte Gewalt, also insbesondere staatliche Kriege, ab, akzeptierten jedoch individuelle Gewaltanwendung zu Zwecken des politischen Widerstandes. Mit den Pazifisten teilten sie das Ideal einer von Gewalt befreiten Welt, nicht jedoch das Dogma der strikten Identität von Weg und Ziel. Bei der Überwindung gewaltproduzierender gesellschaftlicher Strukturen durfte ihrer Ansicht nach auch Gewalt eingesetzt werden. Allerdings bestand für die undogmatischen Linken der eigentliche Transformationsprozeß im Bewußtseinswandel der Massen, wohingegen der Einsatz von Gewalt lediglich ein in bestimmten Situationen notwendiges, taktisches Mittel darstellte, dessen Einsatz die meisten von ihnen zudem auf Sachen beschränkt sehen wollten. Gegen Personen führten die Vertreter dieses Typs Angriffe unter Einsatz von Farbbeuteln oder Eiern durch, die diese zwar in ihrer Würde, nicht jedoch physisch verletzten. Insofern können sie als Vertreter einer symbolischen Militanz bezeichnet werden. Sprachlich kam der Unterschied zwischen diesem Typus von Aktivisten und den Pazifisten in der Differenzierung zwischen Friedens- und Anti-Kriegs-Gruppen zum Ausdruck; ein für Außenstehende leicht zu übersehender, aber bedeutsamer Unterschied. Ihre historischen Vorbilder sahen die undogmatischen Linken vor allem in den Aktionen der Arbeiterbewegung gegen Krieg und Rüstung, also in der Sabotage der Rüstungsproduktion und dem politischen Generalstreik. Darüber hinaus zeichneten sie sich wie die gesamte radikale Linke durch eine tiefsitzende Abneigung gegen die Sozialdemokratie aus, in der sie nach wie vor die Partei der Kriegsanleihen und der Noskes erblickten¹³⁰⁷.

¹³⁰⁷ Wobei sie von prominenter Seite unterstützt wurden: So erklärte Wolfgang Abendroth auf einer im März 1981 in Bremen stattfindenden Podiumsdiskussion, „jene SPD-Führer, die der Stationierung neuer Atomraketen auch in der Bundesrepublik zustimmten, offenbarten die gleiche Geisteshaltung wie jene, die 1914 für die Kriegskredite stimmten.“ Vgl. Rundbrief der Krefelder Initiative vom 7. April 1981, in: HIS SBe 540, Bestand Wolferts.

Den dritten Typus bildeten Autonome und Antiimperialisten¹³⁰⁸, für die Gewalt weder in individueller noch in organisierter Form ein Problem darstellte. Im Unterschied zu den ersten beiden Typen agierten sie in der Regel außerhalb der Friedensbewegung. Sofern sie sich an deren Aktionen beteiligten, war dies rein strategisch motiviert, da sie Pazifismus mehr oder weniger offen ablehnten. Aufgrund ihrer Ausrichtung an internationalen revolutionären Bewegungen bestand bei den Antiimperialisten eine ausgesprochene Vorliebe für disziplinierte Kaderorganisationen, die oft mit einer Glorifizierung von Guerilleros und bestimmten Anführerfiguren wie etwa dem nicaraguanischen General Sandino einherging. Ihre politischen Bezugspunkte waren die bewaffneten revolutionären Bewegungen der Dritten Welt und des Nahen Ostens wie PLO, Vietcong, Polisario, FSLN¹³⁰⁹, FMLN¹³¹⁰, ANC, PKK, auch europäische militante Gruppen wie IRA und ETA, sowie die verschiedenen sozialistischen Regimes, die zumeist recht kritiklos unterstützt wurden. Dabei bestand allerdings die übliche Spaltung in an der Volksrepublik China orientierten Maoisten und an der Sowjetunion orientierten Marxisten-Leninisten. Erstere vertraten die von der Kommunistischen Partei Chinas vorgegebene antihegemoniale Linie, die in Bezug auf die UdSSR sehr kritisch bis nachgerade feindlich war, was Letztere zurückzahlten, indem sie gegen die „maoistischen Irrtümer“ polemisierten¹³¹¹. Die antisowjetische Haltung teilten die Maoisten mit den Trotzkiisten, die aufgrund ihrer Ausrichtung an der Weltrevolution und Trotzki's Ablehnung des Konzeptes vom „Sozialismus in einem Land“ von vornherein auf die Unterstützung der Kämpfe im „Trikont“ – so die politisch korrekte Bezeichnung der 3. Welt – festgelegt waren.

Darüber hinaus bestand innerhalb des antiimperialistischen Feldes eine weitere Unterteilung zwischen Autonomen und Antiimperialisten, was sich wieder sprachlich darin zeigte, daß stets beide Bezeichnungen in dieser Doppelung benutzt, und eben nicht alle entsprechenden Gruppierungen unter dem Etikett des Antiimperialismus

¹³⁰⁸ Nota bene: Für die Benennung einer politischen Organisation als ‚antiimperialistisch‘ galt dieselbe Differenzierung zwischen der adjektivischen und substantivischen Verwendung wie im Falle von ‚autonom‘. Wiewohl also praktisch alle Angehörigen der radikalen Linken antiimperialistisch eingestellt waren, bildeten *die* Antiimperialisten im engeren Sinne eine gesonderte Strömung, die sich durch eine spezifische Weltsicht, politische Agenda und oft auch einen eigenen sprachlichen Stil auszeichnete.

¹³⁰⁹ *Frente Sandinista de Liberación Nacional*: Sandinistische revolutionäre Bewegung in Nicaragua.

¹³¹⁰ *Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional*: Revolutionäre Bewegung in El Salvador.

¹³¹¹ Zu den Grabenkämpfen zwischen Moskautreuen und Pekingtreuen siehe beispielsweise Bannas, Günter: Ein Pokerspiel, wie es sich gehört, mit Tricks und Kniffen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (24. September 1983).

subsumiert wurden. Die Autonomen nahmen eine Zwischenposition zwischen Anti-imperialisten und undogmatischen radikalen Linken ein: Auf der einen Seite zählten sie den Antiimperialismus zu den selbstverständlichen Grundelementen ihrer Politik. Auch gingen sie in ihrer militanten Praxis viel weiter als die Mitglieder der übrigen Alternativbewegung, und betrachteten den Pazifismus zumeist als Ausdruck einer romantisch-naiven geistigen Verirrung, der sie mit unverhohlener Verachtung gegenüberstanden¹³¹².

Auf der anderen Seite lehnten die Autonomen aus ihrer spontanistischen Tradition heraus die Orientierung der Antiimperialisten an den leninistischen Prinzipien revolutionärer Disziplin ab, und machten sich mit Vorliebe über den Kadavergehorsam lustig, mit dem Letztere die Anweisungen ihres jeweiligen ZKs auszuführen pflegten. Die bei den K-Gruppen verbreitete straffe Durchorganisiertheit des Alltags, der politischen Strukturen und des Weltbildes¹³¹³ war den Autonomen zutiefst suspekt. Diese distanzierte Haltung kam auch in ihrer Kritik an der Roten Armee Fraktion zum Ausdruck, deren Avantgarde-Anspruch von vielen Autonomen als elitär und arrogant empfunden wurde. Sie selbst orientierten sich mehr an den Revolutionären Zellen, die sowohl von ihrer egalitären Organisationsstruktur als auch vom sprachlichen Duktus ihrer Manifeste und Erklärungen her weit weniger abgehoben wirkten als die RAF.

Auch die Konzeptionen von Militanz, die von Autonomen und Antiimperialisten vertreten wurden, unterschieden sich deutlich: Setzten die Antiimperialisten auf klassische Machteroberung nach dem Vorbild Lenins, Troztkis, Maos oder Guevaras, also durch die bewaffnete Avantgarde, so strebten die Autonomen eher die Schaffung unkontrollierbarer Situationen durch spontane Militanz an, möglichst in Form des allgemeinen führungslosen Aufstands. In einem Artikel in der autonomen Zeitschrift *Radikal* vom Oktober 1983 formulierte ein Autorenpaar unter dem Pseudonym „Bonnie und Clyde“ die Differenzen zu den Antiimperialisten in unmißverständlicher Weise:

Wir sind prinzipiell gegen jede Form von Militär und Armeen – egal ob blutrot, herbsthellblau oder pissweiss. Wir wollen sämtliche militärischen Struktu-

¹³¹² Ein bei den Autonomen gebräuchliches Schimpfwort für Pazifisten lautete beispielsweise „Friedenswinsler“.

¹³¹³ Vgl. dazu die plastischen Schilderungen in Koenen, Gerd: *Das rote Jahrzehnt: Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-77*. 4. Aufl. Frankfurt a. M. 2007.

ren plattmachen – nicht nur die NATO, sondern auch die Bundeswehr, Wehrpflicht, Propagandashow's [sic], Tage der offenen Tür, Produktion von Kriegsgerät und Forschung. Und das alles eben nicht nur in der BRD und der USA, sondern auch in der Täterätätä (DDR), allen Warschauer Paktstaaten und überhaupt auf der ganzen Welt. Auch Disziplin, Befehl und Gehorsam sind militärische Verhaltensweisen; unser ganzer deutscher Alltag hat was militärisches. In dem Zusammenhang begeistert uns auch der Stolz der FMLN nicht, aus ihren Rebellenbanden eine ordentliche, im Gleichschritt marschierende Befreiungsarmee geformt zu haben.¹³¹⁴

Eine derartige Haltung mit ihrer despektierlichen Sprache war mit der eisernen Disziplin, für die beispielsweise der Kommunistische Bund Westdeutschland berüchtigt war, selbstverständlich unvereinbar.

Was diese doch recht disparaten Strömungen von anarchistischen und sozialistischen Pazifisten, undogmatischen radikalen Linken sowie Autonomen und Antimperialisten anfänglich zusammenbrachte, war die ihnen gemeinsame antikapitalistische Ausrichtung und ihr großes Interesse an den sozialistischen Bewegungen in der Dritten Welt, die sie zur Identifizierung der NATO als ihrem politischen Hauptgegner führte. Dritte-Welt-Gruppen spielten dementsprechend in BAF und BUF eine wichtige Rolle. Auch einte sie die deutliche Kritik, die sie an der Strategie des Establishments der Friedensbewegung übten. In den Analysen des BAF dominierten diejenigen Einschätzungen, die den USA entweder konkrete Kriegsführungsabsichten im Rahmen eines auf Europa begrenzten Nuklearkrieges unterstellten, oder aber den Zweck der neuen Mittelstreckenraketen darin sahen, diese als Drohmittel gegenüber der Sowjetunion zu verwenden. Damit solle diese zum Stillhalten gezwungen werden, um den USA die Möglichkeit zu schaffen, ungestört konventionelle Kriege in der dritten Welt, speziell dem Nahen Osten, zu führen. So schrieb etwa die Antimilitaristische Gruppe Bonn in einem Beitrag im ersten BAF-Info:

Die Aufrüstungspolitik der USA und der anderen NATO-Staaten zielt darauf, die imperialistische Ausbeutung der 3. Welt mit militärischem Eingreifen abzusichern. Die Revolution im Iran, der Kampf in Mittelamerika und der Widerstand der Palästinenser haben gezeigt, daß die Ausbeutung nicht allein durch Militär- und Wirtschaftshilfe an Statthalterregimes garantiert werden kann. Mit der neuen Entwicklung der Weltwirtschaft und dem wirtschaftlichen Ruin der Länder der 3. Welt, auch der sogenannten ‚Schwellenländer‘ (Verschuldung von Mexiko, Argentinien, Chile etc.), droht das Massenelend und die Revolte der Ausgebeuteten unkontrollierbar zu werden. Deshalb die

¹³¹⁴ „Bonnie und Clyde“: Surrealistische Indianerspiele und befreite Gebiete. In: *Radikal* Nr. 121 (Oktober 1983). S. 10 f.

schnelle Eingreiftruppe der USA, deshalb aber auch die NATO-Vorrüstung, um die Sowjetunion zu Zurückhaltung und Neutralität bei den Schlächtereien des Imperialismus in aller Welt zu zwingen.¹³¹⁵

Nach Ansicht des autonomen Friedensspektrums wollte die Reagan-Administration die neuen Mittelstreckenraketen auf jeden Fall stationieren und hatte somit nie die Absicht gehabt, in Genf ernsthaft zu verhandeln. Es sei daher gänzlich unsinnig, die US-Regierung durch Appelle dazu aufzurufen, tatsächlich konstruktive Gespräche mit den Vertretern der Sowjetunion zu führen¹³¹⁶. Dies würde nur die Illusion einer irgendwie an Frieden oder Abrüstung interessierten US-Regierung stärken, und so deren Propaganda unterstützen. Diese Argumentation stellte eine Instanz der allgemeinen Kritik linksradikaler Gruppen an den moderat orientierten alternativen Strömungen dar: Appellative Politik war ihrer Ansicht nach grundsätzlich ein untaugliches Mittel bei der Verfolgung politischer Ziele. Statt dessen gelte es, die Machthaber durch entschlossenen Widerstand zum Einlenken zu zwingen. Dagegen setze das Establishment der Friedensbewegung „eine unselige Tradition des deutschen Widerstands fort, der sich vor der Revolte eine Bahnsteigkarte kauft“¹³¹⁷. Bei den radikalen Gruppen bestand insofern von vornherein eine – kaum überraschende – Festlegung auf einen konfrontativen Politikstil, die sich in ihrer Parole „Krieg dem Krieg“ äußerte. Für einen an Gandhi orientierten Pazifisten mußte ein solches Konzept dagegen einen völlig sinnlosen Widerspruch in sich darstellen¹³¹⁸. Wie der vom BAF propagierte aktive Widerstand gegen die Stationierung aber konkret aussehen sollte, insbesondere inwieweit und in welcher Form dabei Gewalt eingesetzt werden durfte, darin lagen die wesentlichen Differenzen zwischen den anfänglich im BAF vertretenen Strömungen, die sich bereits nach kurzer Zeit als unüberbrückbar erwiesen.

Kritisch stand der BAF dem Mainstream der Friedensbewegung auch insofern gegenüber, als er die allgemeine anti-elitäre Ausrichtung der Bewegung in besonders

¹³¹⁵ Antimilitaristische Gruppe Bonn: *Demo am 10.12. in Bruessel? Ein Vorschlag aus Bonn*. In: BAF-Info, Nr. 1, S. 14. ASBB, Box 4.8.2, Mappe III.

¹³¹⁶ Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen: *Ergebnisse und Beschlüsse des bundesweiten Arbeitstreffens am 20./21. März 1982 in Osnabrück*. ASBB, Box 4.8.2, Mappe II.

¹³¹⁷ Vgl. Meyer, Herbert: Über die Zusammenarbeit unter den Demo-Organisatoren. In: Weidmann, Bernd; Meyer, Herbert; Christiansen, Theo; Grohmann, Peter (Hrsgg.): *500.000 gegen Reagan & NATO: Dokumentation: 10.6. Bonn, NATO-Politik 1949-82, Reagan in Berlin, I.D.E.E.* Göttingen 1982. S. 62.

¹³¹⁸ Zu den Unterschieden vergleiche exemplarisch die Schilderung Wolfgang Sternsteins – eines prominenten Gandhianers – einer Diskussion zwischen ihm und einem Autonomen über diese Fragen in Sternsteins Autobiographie: *Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit*. Norderstedt 2005. S. 347-353.

prononcierter Form vertrat und daher auch gegen die Eliten der Friedensbewegung selbst richtete. So schrieb etwa der Vertreter einer der BAF-Mitgliedsgruppen, des Arbeitskreises für Frieden und Abrüstung Geilenkirchen, in Bezug auf eine bevorstehende Aktionskonferenz der Friedensbewegung: „Was auf dieser Konferenz geklärt werden muß, ist wie wir die großen Friedensmacker wieder auf den Teppich zurückbekommen. Einige scheinen die ‚Basis‘ ja nur noch als sinnentleerte Vokabel zu kennen.“¹³¹⁹ Im ersten BAF-Info, dem Kommunikationsorgan des Bündnisses, wurde explizit festgestellt: „Aufgabe des BAF ist es vor allem, [die] Vereinnahmung der Friedensbewegung durch SPD, DKP, Grüne etc. zu verhindern, Unabhängigkeit und Basisorientierung zu bewahren.“¹³²⁰ Daß hier gleich alle drei der für die Friedensbewegung relevanten Parteien, die sich ja untereinander alles andere als wohlgesonnen waren, mit einem Rundumschlag bedacht wurden, zeigte deutlich, welch großen Wert die Mitglieder des BAF auf Unabhängigkeit legten.

Besonders deutlich wurden die entsprechenden Positionen in einem Rundschreiben formuliert, das der Vertreter der im BAF sehr aktiven Osnabrücker Friedensinitiative, Mohssen Massarrat, im Dezember 1982 an verschiedene friedenspolitische Gruppen versandte:

De facto gibt es in der Bundesrepublik keine glaubwürdige und von der gesamten Friedensbewegung getragene überregionale Koordination¹³²¹. Dem Spektrum um KOFAZ/DFG-VK (Mehrheitsfraktion¹³²²)/Aktion Sühnezeichen ist es in keiner Weise gelungen, ein tragfähiges und basisdemokratisches Bündnis der Friedensbewegung zustande zu bringen. Vielmehr haben wir den Eindruck, und die Erfahrung bestätigt unseren Eindruck, daß sich dieses Spektrum vor einem solchen Bündnis eigentlich scheut. KOFAZ/DFG-VK (Mehrheitsfraktion) ziehen es offensichtlich vor, eher auf die Stärke ihrer Or-

¹³¹⁹ Brief von Alfred Schobert, Arbeitskreis für Frieden und Abrüstung Geilenkirchen, an die BAF-Koordination vom 17. August 1982. In: ASBB, Box 4.8.2, Mappe II.

¹³²⁰ BAF-Info Nr. 1 vom September 1982, S. 6. In: ASBB, Box 4.8.2, Mappe III.

¹³²¹ Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung, der eigentlich ebendiese Koordination leisten sollte, befand sich zu diesem Zeitpunkt noch in einer Übergangsphase seiner Entwicklung von einem Vorbereitungsgremium für eine einzelne Demonstration – der vom 10. Juni 1982 – hin zu einem kontinuierlich arbeitenden Gremium. In dieser informellen Phase bestand in ihm ein deutliches Übergewicht des KoFAZ-Spektrums. Er wurde aus den Reihen des BAF/BUF immer wieder scharf kritisiert, so etwa von Dietrich Schulze-Marmeling, der den KA als „ZK der Friedensbewegung“ bezeichnete. Im weiteren Verlauf beteiligte sich der BAF jedoch am KA. Vgl. Leif, *(Obn-) Macht*, S. 64-69; sowie den Rundbrief Nr. 1 des Koordinationsausschusses vom 1. Juli 1983.

¹³²² In der DFG-VK, der ältesten deutschen Friedensorganisation, hatte sich 1982 eine verbandsinterne radikalpazifistische Opposition gebildet, die den politischen Kurs des Vorstandes vehement kritisierte, insbesondere dessen unkritische Haltung zu den ‚realsozialistischen‘ Staaten und die eng an das KoFAZ-Spektrum angelehnte Positionierung in der Friedensbewegung. Vgl. hierzu die „Pazifistischen Thesen“, in denen die Verbandsopposition ihre Standpunkte formulierte, in: ASBB, Box 4.8.3, Mappe III.

ganisation (Büros, hauptamtlicher Funktionär und Finanzen) zu setzen als auf die unvergleichbar bedeutendere Stärke der gesamten Basis und Vielfalt der Friedensbewegung. Inhaltlich verfolgen diese Gruppen auch eine Strategie, die sich im wesentlichen auf noch mehr Unterschriften für den „Krefelder Appell“ reduzieren läßt. Tatsächlich haben die Anhänger dieser Gruppen gezielt und nahezu einheitlich überall angefangen, z.B. die Kampagne für „atomwaffenfreie Zonen“ in den Dienst des „Krefelder Appells“ zu stellen. Diese Aktion ist sicherlich ein (nicht einmal wesentlicher) Bestandteil des Widerstandes gegen die geplante „Nach-“Rüstung. Der Widerstand der gesamten Friedensbewegung in seiner Breite und Vielfalt, in Form und Stoßrichtung ist aber erheblich umfassender als es durch den „Krefelder Appell“ zum Ausdruck kommt. Der Versuch der Gruppen KOFAZ/DFG-VK (Mehrheitsfraktion), mit allen Mitteln das Unterschriften-Sammeln für den „Krefelder Appell“ und brave Spaziermärsche durch die Landschaft während der Ostage als die einzige „Widerstands“(?)-form anzuerkennen und alle anderen Aktionen als Spaltung der Friedensbewegung zu diffamieren, entspricht nicht nur einer konservativen Haltung, sondern lähmt und schwächt die Friedensbewegung und wird am allerwenigsten geeignet sein, die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu verhindern. Eine Beschränkung des Widerstandes auf den „Krefelder Appell“ wird von einem erheblichen Teil der Friedensbewegung nicht akzeptiert werden können.¹³²³

Einmal mehr wurde hier überdeutlich, wie wenig einheitlich die Friedensbewegung war. Massarrats harsche Kritik am KoFAZ-Spektrum bestätigte einerseits die These von der kommunistischen Instrumentalisierung der Friedensbewegung, relativierte sie zugleich aber auch: Denn wenn die kommunistischen Gruppen nicht in der Tat massiv versucht hätten, die gesamte Friedensbewegung zu dominieren, wäre ein solcher Einspruch kaum formuliert worden. Daß er allerdings geäußert wurde und auch durchaus konkrete politische Folgen hatte – neben den Anstrengungen, die vor allem die Grünen unternahmen, um den Einfluß der Kommunisten einzudämmen –, zeigte die Grenzen auf, an welche die kommunistische Zentralisierungs- und Disziplinierungsstrategie stieß.

Diese bildete dabei einen interessanten Nebenaspekt: Die großen kommunistischen Organisationen DKP, DFU und KoFAZ verfolgten in der Tat die von Massarrat kritisierte legalistische Strategie und versuchten deshalb stets, die Aktionsformen der Friedensbewegung in einem entsprechenden legalen Rahmen zu halten. Gewalttätige Demonstrationen oder gar Sabotageakte gehörten ganz entschieden nicht zum

¹³²³ Massarrat, Mohssen: Einladung im Auftrag der BAF-Gruppen, Rundschreiben vom 6. 12. 1982. In: AA, Bestand BAF (unverzeichnet). Die Einladung wurde versandt an: Bundesvorstand der Grünen, BUKO, BBU, ESG, Alternative Liste Berlin, Grün-Alternative Liste Hamburg, FÖGA, Anstiftung der Frauen zum Frieden, ORL, Basisgruppen im VDS, sowie die interne Opposition der DFG-VK.

Repertoire ihrer politischen Aktionsformen. Sie wurden vielmehr als für das eigentliche Ziel, nämlich den Aufbau einer Massenbewegung, kontraproduktiv bewertet¹³²⁴. Aufgrund dieser politischen Linie distanzieren sich die DKP und die ihr nahestehenden Organisationen jedesmal schnell und nachdrücklich von allen militanten Aktionen und Ausschreitungen, die von unabhängigen linksradikalen Kräften ausgingen, wobei sie beispielsweise zum Kommunistischen Bund in scharfe Konflikte gerieten¹³²⁵. Insgesamt stießen somit im heterogenen Netzwerk von BAF und BUF die verschiedenen Politikkonzepte der Friedensbewegung unmittelbar zusammen, woraus sich eine Reihe außerordentlich spannungsreicher Kontroversen ergab.

Statt irgendwelcher Appelle mußte also nach Ansicht des BAF „von der Friedensbewegung eine deutlichere Sprache kommen [...], die die Politik der Nato und der USA insgesamt infrage stellt und über die Ablehnung des ‚Nachrüstungsbeschlusses‘ hinaus geht.“¹³²⁶ Die strategischen Differenzen zum Establishment der Friedensbewegung wurden bei den Vorbereitungen der großen Demonstrationen zum NATO-Gipfel im Juni 1982 akut, der in Bonn stattfinden sollte – was Teile der Friedensbewegung als Provokation empfanden¹³²⁷ –, und bei dem auch US-Präsident Reagan anwesend sein würde. Die Vorbereitungen für die Demonstrationen anlässlich dieses Staatsbesuches zogen sich über Monate hinweg und verursachten erhebliches Medieninteresse¹³²⁸, hauptsächlich aufgrund der harten strategischen und inhalt-

¹³²⁴ Ein Vertreter der FÖGA äußerte in einem Interview im Frühjahr 1983 die Vermutung, die DKP scheue als Vertreterin einer staatssozialistischen Linie jegliche Aktionsformen mit anti-etatistischer Stoßrichtung, selbst wenn diese sich gegen den Klassenfeind richteten, und zwar erstens aus ihrem staatszentrierten Weltbild heraus und zweitens aufgrund der Implikationen für das SED-Regime. Diese These erscheint auch aus wissenschaftlicher Perspektive durchaus plausibel. Vgl. Interview mit der Föderation der Gewaltfreien Aktionsgruppen (FÖGA), in: *Moderne Zeiten*, Sondernummer Mai 1983, S. 25.

¹³²⁵ Vgl. Kommunistischer Bund/Gruppe Bremen; Alternative Liste/Bremen; „tageszeitungs“-Initiative Bremen (Hrsgg.): *Krieg dem Krieg: 6. Mai in Bremen*. Bremen 1980. S. 43 f. HIS SBe 544, Box 01.

¹³²⁶ Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen: *Ergebnisse und Beschlüsse des bundesweiten Arbeitstreffens am 20./21. März 1982 in Osnabrück*. ASBB, Box 4.8.2, Mappe II.

¹³²⁷ Der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen nannte die Einladung eine „Kriegserklärung der Bundesregierung an die Friedensbewegung“. Vgl. „Wir sind untereinander nicht loyal“. In: *die tageszeitung* (6. April 1982).

¹³²⁸ Vgl. Kahl, Werner: DKP will Regie führen bei der Demonstration gegen Reagan. In: *Die Welt* (3. April 1982); Hefty, Georg Paul: Unter Protestrufen fordert Bahro: Ziehen wir endlich die Grenze zum Umfeld der DKP. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (6. April 1982); „Wir sind untereinander nicht loyal“. In: *die tageszeitung* (6. April 1982); Brandes, Ada: Streit unter den Veranstaltern der Anti-Nato-Demonstration. In: *Stuttgarter Zeitung* (6. April 1982); Mit dem Stempel der DKP. In: *Süddeutsche Zeitung* (6. April 1982); Kahl, Werner: „Friedensbewegung“ ist zerstritten, aber sie marschiert gemeinsam. In: *Die Welt* (6. April 1982); ders.: Wie grün sind die Grünen gegenüber den Kommunisten? In: ebd.; Spaltungsvorwurf gegen Grüne. In: *Frankfurter Rundschau* (7. April 1982); Jusos ma-

lichen politischen Auseinandersetzungen in der Friedensbewegung, zu denen es im Zuge der Planungen kam. Dabei nahmen gerade BAF-Aktivist*innen für sich in Anspruch, die öffentliche Diskussion über den Demonstrationseruf und die Demonstration selbst überhaupt erst mit massiven Drohungen gegen das Bewegungsestablishment erzwungen zu haben, welches diese Punkte in nichtöffentlichen Funktionärstreffen habe festlegen wollen¹³²⁹. Angesichts dieser Vorgänge wurde erneut deutlich, welche gewaltige Dynamik und enorme innere Spannungen sich aus der Heterogenität der Friedensbewegung ergaben. Die politischen Auseinandersetzungen in ihren Reihen waren kaum weniger hart als die zwischen Stationierungsgegnern und –befürwortern.

Der BAF brachte einen eigenen Entwurf für einen Demonstrationseruf¹³³⁰ in die außerordentliche Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 4. April 1982 in Bad Godesberg ein, der dort allerdings nicht angenommen wurde¹³³¹. In ihm wurde die NATO als „das militärische Mittel der westlichen Mitgliedsländer“ bezeichnet, „um ihre Vormachtstellung in der Welt sicherzustellen und auszudehnen – gegebenenfalls auch mit Krieg.“¹³³² Die NATO war demzufolge nichts anderes als der militärische Arm des Imperialismus. Die Zugehörigkeit zu ihr sichere den Mitgliedsstaaten „die Teilhabe an der Weltmacht und damit den Zugang zu Rohstoffen sowie Arbeits- und Absatzmärkten.“¹³³³ Folgerichtig hieß es in dem Aufrufentwurf weiter: „Allein eine starke Friedensbewegung kann zusammen mit den Befreiungsbewegun-

chen nicht mit. In: ebd.; Noack, Hans-Joachim: Zwischen freudvoller Hoffnung und knallharter Taktik. In: ebd. (8. April 1982); Hefty, Georg Paul: Die Überlebens-Parole eint nicht mehr. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (8. April 1982); Ehnert, Hans: Wer demonstriert in Bonn? In: *Vorwärts* (8. April 1982); Leicht, Robert: Parteienkampf in der Friedensbewegung. In: *Süddeutsche Zeitung* (8. April 1982); Jusos mit Friedensdemonstration einverstanden – aber organisiert wird nicht. In: *Frankfurter Rundschau* (10. April 1982); Schreitter-Schwarzenfeld, Horst: Jungdemokraten beteiligen sich an Bonner Demonstration. In: ebd. (14. April 1982); „Parteihader auf Rücken der Friedensbewegung ausgetragen“. In: ebd. (16. April 1982); Kommt Pfarrer Eppelmann auf der Reagan-Demo zu Wort? In: *die tageszeitung* (27. April 1982); Hofgarten und Rheinaue. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (29. April 1982); Schreitter-Schwarzenfeld, Horst: Das Betreten des Rasens bleibt verboten. In: *Frankfurter Rundschau* (30. April 1982).

¹³²⁹ Vgl. Weidmann, Bernd: Wie es zur Demonstration am 10. Juni kam. In: Weidmann, Bernd; Meyer, Herbert; Christiansen, Theo; Grohmann, Peter (Hrsg.): *500.000 gegen Reagan & NATO: Dokumentation: 10.6. Bonn, NATO-Politik 1949-82, Reagan in Berlin, I.D.E.E.* Göttingen 1982. S. 51.

¹³³⁰ Erstellt bei einem Arbeitstreffen am 20. und 21. März in Osnabrück.

¹³³¹ Zum Verlauf dieser Konferenz siehe Leif, *(Ohn-) Macht*, S. 301-307; sowie „Wir sind untereinander nicht loyal“. In: *die tageszeitung* (6. April 1982).

¹³³² Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen: *Ergebnisse und Beschlüsse des bundesweiten Arbeitstreffens am 20./21. März 1982 in Osnabrück*. In: ASBB, Box 4.8.2, Mappe II.

¹³³³ Ebd.

gen in der 3. Welt die Politik der USA und der NATO durchkreuzen.“¹³³⁴ Dies unterstrich noch einmal die antiimperialistische Aussage sowie die konfrontative Ausrichtung und bedeutete zudem eine explizite Absage an das Prinzip der Gewaltfreiheit, jedenfalls was das Vorgehen in den Ländern der 3. Welt betraf, denn dort wurde der Kampf bekanntlich vielerorts bewaffnet geführt. Auf der Demonstration selbst bekräftigten verschiedene Sprecher aus der 3.-Welt-Solidaritätsbewegung diesen Standpunkt, etwa Elisabeth Thölke-Sommer von der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba. Der Kampf gegen die Ausbeutung in der Dritten Welt müsse notwendigerweise den bewaffneten Kampf als Mittel einschließen. Die Friedensbewegung dürfe daher nicht versuchen, der Solidaritätsbewegung den Verzicht auf dieses Mittel aufzuzwingen¹³³⁵.

Am Aufrufertext, den das Establishment der Friedensbewegung vorgelegt hatte, wurde kritisiert, daß in diesem „die zunehmende Kriegsgefahr in erster Linie aus der Existenz der Waffen heraus erklärt und die Verantwortlichen der Kriegstreiberei [...] nicht klar benannt, geschweige denn ihre Interessen erklärt [werden].“¹³³⁶ Für den drohenden Nuklearkrieg verantwortlich war also nach Ansicht des BAF die Interessenpolitik der Imperialisten. Dabei handelte es sich um ebenjene orthodoxe marxistisch-leninistische Auffassung, die E. P. Thompson als voluntaristisch und daher eigentlich unmarxistisch kritisiert hatte. Dieses Muster bildete das Basisschema in der Weltdeutung der Antiimperialisten: Einerseits eine aus der materialistischen Denktradition des Marxismus her stammende Orientierung, die zuallererst immer auf ökonomische Strukturen blickte. ‚Rohstoffe‘, ‚Arbeitskräfte‘ und ‚Absatzmärkte‘ waren die Zentralvokabeln der antiimperialistischen Analyse. Dies wurde mit einem ökonomistisch verengten Realismus verbunden, also einer Sichtweise, in der die Handlungen der Akteure ausschließlich durch ihre ökonomischen Interessen begründet waren. Nationale Regierungen wurden prinzipiell als lediglich ausführende Agenten des Kapitals betrachtet. Generell zerfiel die Welt in zwei Lager: Das der kapitalistischen und imperialistischen Staaten und das der sozialistischen, die gegen den Impe-

¹³³⁴ Ebd.

¹³³⁵ Thölke-Sommer, Elisabeth: Zwei Seiten einer Medaille? Überlegungen zum Verhältnis von Solidaritätsbewegung und Friedensbewegung. In: Koordinierungsausschuß der Friedensorganisationen (Hrsg.): *Aufstehn! Für den Frieden: Friedensdemonstration anlässlich der NATO-Gipfelkonferenz in Bonn am 10.6.1982*. Bornheim-Merten 1982. S. 81.

¹³³⁶ Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen: *Ergebnisse und Beschlüsse des bundesweiten Arbeitstreffens am 20./21. März 1982 in Osnabrück*. In: ASBB, Box 4.8.2, Mappe II.

rialismus ankämpften. Der Konflikt zwischen den beiden Seiten war unaufhebbar, Frieden konnte nur aus dem Sieg einer von ihnen hervorgehen.

Dazu trat noch eine starke moralistische Komponente hinzu: Während in der Analyse Thompsons Kapitalisten und Imperialisten den unüberwindlichen Zwängen kapitalistischer Verwertungslogik genauso unterworfen waren wie die Ausgebeuteten, da nun einmal *alle* den ehernen Gesetzen der materialistischen Dialektik unterlagen; während also in dieser klassischen marxistischen Analyse die Kapitalisten nicht Treibende, sondern Getriebene waren und eine moralisierende Kritik an ihnen folglich ganz unsinnig sein mußte, so triefen die Texte der Antiimperialisten vor Abscheu angesichts der Bosheit der Imperialisten, deren moralische Verkommenheit als der eigentliche Grund für die Ausbeutung der 3. Welt erschien. Ihre Untaten wurden stets in den schwärzesten Farben gemalt. So wurden beispielsweise die internationalen Großkonzerne General Motors, Ford, Siemens, Esso, ITT und Shell als die „Internationale der Menschenfresser“ apostrophiert¹³³⁷, die sich quasi vom Fleisch und Blut der ausgebeuteten Menschen des Trikonts ernährten.

Bemerkenswerterweise hieß es im Aufrufentwurf des BAF noch: „Auch in den USA wächst die Friedensbewegung. Das ‚andere‘ Amerika ist längst zu einem mächtigen Verbündeten im Kampf gegen den Kriegskurs der US-Regierung geworden.“¹³³⁸ Auch in diesen dezidiert antiimperialistischen Kreisen legte man demnach Wert darauf, nicht einfach nur einem platten Anti-Amerikanismus das Wort zu reden. Zumindest wollte man einen solchen Vorwurf durch die explizite Erwähnung des ‚guten‘ Amerika präventiv entkräften. In diesem Fall war diese positive Bezugnahme jedoch ernstgemeint. So enthielten die Beschlüsse zu den politischen Forderungen, die der BAF an die anderen Gruppen der Friedensbewegung stellen wollte, auch diejenige nach einem Redebeitrag eines Vertreters der US-amerikanischen Friedensbewegung auf der Bonner Demonstration. Als einige Organisatoren allerdings Senator Edward Kennedy als Redner vorschlugen, gingen die BAF-Delegierten auf die Barrikaden: Ein solcher Repräsentant des US-Establishments war für sie unannehmbar¹³³⁹.

¹³³⁷ Bremer Anti-NATO-Gruppe (Hrsg.): *NATO-Broschüre: Krieg dem imperialistischen Krieg*. Bremen 1980. S. 27.

¹³³⁸ Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen: *Ergebnisse und Beschlüsse des bundesweiten Arbeitstreffens am 20./21. März 1982 in Osnabrück*. ASBB, Box 4.8.2, Mappe II.

¹³³⁹ Vgl. Meyer, Herbert: Über die Zusammenarbeit unter den Demo-Organisatoren. In: Weidmann, Bernd; Meyer, Herbert; Christiansen, Theo; Grohmann, Peter (Hrsgg.): *500.000 gegen Reagan &*

Schließlich stellte der Aufruftext des BAF fest: „Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ohne jede Ausnahme und überall auf der Welt.“¹³⁴⁰ Die sich doch förmlich aufdrängende Frage, inwieweit das Vorgehen der UdSSR in Polen und Afghanistan mit diesem Grundsatz zu vereinbaren war, wurde ebenso dezent übergangen, wie die äußerst problematischen Implikationen eines solchen Politikverständnisses, das *Völker* zu den Subjekten der Geschichte erklärte, und nicht Individuen oder Klassen, wie es bei marxistisch orientierten Bewegungen eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Es ist in diesem Zusammenhang kaum verwunderlich, daß gerade die Antiimperialisten sich immer wieder den Vorwurf gefallen lassen mußten, linksnationalistische Positionen zu vertreten, bzw. solche, die dem rechtsextremen Konzept des Ethnopluralismus verdächtig nahe standen; siehe etwa die vielfachen positiven Bezugnahmen auf das Volk der Palästinenser, das Volk der Basken, das kubanische Volk und in späterer Zeit das Volk der Serben. Manche Strömungen des Antiimperialismus wiesen eine große Nähe zu nationalbolschewistischen Positionen auf. Das einzige Zugeständnis an die sonst in der Friedensbewegung so verbreitete These von der Isomorphie der Supermächte war die zum Schluß des Aufrufes gestellte Forderung nach der Auflösung sowohl der NATO als auch des Warschauer Paktes.

b) *Frieden durch Sieg im Befreiungskrieg: Autonome und antiimperialistische Gruppen*

Während die militanten antiimperialistischen Gruppen auch während des Streits um die Stationierung größtenteils außerhalb der Friedensbewegung agierten, suchten sie anfangs doch Verbindungen zum Anti-NATO-Spektrum in der Bewegung und beteiligten sich an den Vorbereitungen zur offiziellen Gründung des BAF. Allerdings wurden diese Kontakte nach schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten auf einem Vorbereitungstreffen am 13. Februar 1982 abgebrochen. Das oben erwähnte Treffen am 20. und 21. März in Osnabrück, das zunächst als regulärer 1. Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen geplant gewesen war, wurde danach zum einfa-

NATO: *Dokumentation: 10.6. Bonn, NATO-Politik 1949-82, Reagan in Berlin, I.D.E.E.* Göttingen 1982. S. 61.

¹³⁴⁰ Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen: *Ergebnisse und Beschlüsse des bundesweiten Arbeitstreffens am 20./21. März 1982 in Osnabrück.* ASBB, Box 4.8.2, Mappe II.

chen Arbeitstreffen herabgestuft¹³⁴¹. Die Osnabrücker Friedensinitiative, die wesentlich an der Organisierung des BAF beteiligt war, veröffentlichte am 15. Februar 1982 dazu folgende Erklärung:

Mit Bedauern müssen wir Euch mitteilen, daß der für den 19. bis 21. März in Osnabrück geplante „Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen“ (BAF) wegen unüberbrückbarer politischer Differenzen mit den sich ebenfalls „autonom“ verstehenden „antiimperialistischen Gruppen“ nicht durchführbar ist. Nach dem sich schon auf dem Vorbereitungstreffen am 16. und 17. Januar 82 in Osnabrück abzeichnenden Differenzen mit den „antiimperialistischen Gruppen“ über Ziel, Inhalt und Gestaltung des Kongresses wurden am 13. 2. 82 auf einer Konferenz zur Erstellung eines Readers und der weiteren inhaltlichen Gestaltung des Kongresses die Grenzen unserer politischen Kompromißfähigkeit und –bereitschaft überschritten.

Die zahlenmäßig stark vertretenen „antiimperialistischen Gruppen“ forderten für das Eröffnungsplenum bei der Vorstellung von Projekten und Aktionen, die für die Friedensbewegung beispielhaft und aus denen verallgemeinerbare Erfahrungen zu gewinnen sind, sich mit einem Beitrag über den „militärischen Widerstand“, u. a. den RAF „Anschlag auf den NATO-General Kroesen“ und den „Anschlag Ramstein“, einbringen zu können. In diesem Zusammenhang wurden wir davon in Kenntnis gesetzt, daß die RAF ein gleichwertiger Teil der Friedensbewegung sei und sich lediglich durch ihre „militärische Kampfform“ unterscheide, was mithin eine „gleichwertige“ Widerstandsform neben anderen darstelle.

- Im Einvernehmen mit den am 13. 2. ebenfalls noch anwesenden Vertretern der Aachener Friedensinitiative, Bunte Liste Freiburg, Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger Friedenstage, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und Berliner Friedenskoordination halten wir das für eine politische Zumutung. Wir sind nicht bereit, einen Kongreß der Friedensinitiativen zu veranstalten, wo die Propagierung der RAF als Teil der Friedensbewegung zum offiziellen Programm eines Kongresses der Friedensbewegung erhoben wird.
- Die „antiimperialistischen Gruppen“ zeigten kein Interesse an der ursprünglichen Intention des Kongresses. Sie waren nicht bereit, das gesamte Spektrum der Friedensbewegung anzusprechen. Mit ihrer Dominanz hätte der Kongreß nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung für die Friedensbewegung bedeutet, nämlich die Gefahr der Spaltung und des Sektierertums.
- Die „antiimperialistischen Gruppen“ erklärten sich nach unserem Beschluß, den Kongreß unter diesen politischen Bedingungen politisch nicht verantworten zu können, bereit, auf die Vorstellung ihrer Projekte für das Eröffnungsplenum zu verzichten. Zuvor war uns jedoch angekündigt worden, daß für den Fall eines Streichens ihrer Projektvor-

¹³⁴¹ Vgl. Nickstadt, Gaby / BAF: Rundschreiben vom 28. 2. 1982. AA, unverzeichneter Bestand; außerdem Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen: *Ergebnisse und Beschlüsse des bundesweiten Arbeitstreffens am 20./21. März 1982 in Osnabrück*. ASBB, Box 4.8.2, Mappe II. Die Angabe bei Leif, (*Obn-*) *Macht*, S. 37, der Bundeskongreß habe doch noch stattgefunden, ist daher strenggenommen unzutreffend: Ein Treffen fand zwar statt, aber eben kein Bundeskongreß.

stellung vom Programm, in sämtlichen Arbeitsgruppen wir „keine Ruhe vor ihnen hätten“. Wir durften also damit rechnen, daß notfalls der Kongreß quasi gesprengt würde. Diese Gefahr hat uns mit dazu bewogen, den Kongreß ganz abzublasen.

[...] Wie uns von den „antiimperialistischen Gruppen“ mitgeteilt wurde, wollen diese unter dem Namen BAF eigenständig einen Kongreß durchführen. Damit haben wir nichts mehr zu tun.¹³⁴²

Nach Lage der Quellen ist es zu dieser konkurrierenden Gründung allerdings nie gekommen. Die autonomen Friedensinitiativen konstituierten sich im weiteren Verlauf wie geplant als BAF. Die Überbrückung der ideologischen Verwerfungslinie zwischen unabhängigen pazifistischen Gruppen mit antiimperialistischem Einschlag einerseits und militanten antiimperialistischen Gruppen andererseits war somit gescheitert. Durch ihre bizarr anmutende Forderung, die Rote Armee Fraktion als Teil der Friedensbewegung zu akzeptieren, hatten sich die militanten Antiimperialisten den Weg zu einer Zusammenarbeit selbst verbaut, was sie nach Lage der Quellen allerdings kaum als besonders tragisch empfanden.

Obwohl es den militanten antiimperialistischen Gruppen somit nicht gelang, Teil der BAF-Struktur und somit der Friedensbewegung zu werden, blieben sie während des Streits um die Stationierung in vielen ihrer politischen Äußerungen und Aktionen auf die Friedensbewegung bezogen. Sie nahmen im weiteren Verlauf noch an einzelnen Demonstrationen teil, woran die Friedensbewegung sie nicht hindern konnte, auch wenn die moderaten Kräfte dies liebend gern getan hätten. Das Interesse der Antiimperialisten zielte von vornherein einzig und allein darauf ab, zum einen die eigenen Positionen in die Friedensbewegung hineinzutragen und diese als politisches Vehikel zu benutzen, und zum anderen aus den Demonstrationen der Friedensbewegung heraus militante Aktionen durchzuführen. Wie die politischen Standpunkte der Antiimperialisten dabei aussahen, wurde in dem zitierten Schreiben überdeutlich. Die Rote Armee Fraktion als „gleichwertigen Teil der Friedensbewegung“ zu bezeichnen, ließ an Aussagekraft nichts zu wünschen übrig.

Bereits in der Auftaktphase der Entstehung der neuen Friedensbewegung hatten die Antiimperialisten ihre Strategie der direkten Konfrontation bei den sogenannten „Gelöbnis-Krawallen“ in Bremen am 6. Mai 1980 in die Tat umgesetzt. Dabei hatten

¹³⁴² Nickstadt, Gaby / BAF: Erklärung der Vorbereitungsgruppe der Osnabrücker Friedeninitiative zum Scheitern des geplanten „Bundeskongresses autonomer Friedensinitiativen“ (BAF) vom 19. bis 20. März in Osnabrück. Rundschreiben vom 15. 2. 1982, AA, unverzeichneter Bestand.

Autonome und Angehörige von K-Gruppen ausgehend von einer Demonstration von ca. 10.000 Menschen gegen eine öffentliche Gelöbnisfeier von Bundeswehrrekruten im Bremer Weser-Stadion Polizei und Bundeswehr massiv angegriffen¹³⁴³. In zwei nach den Krawallen von linksradikalen Bremer Gruppierungen herausgegebenen Broschüren nahmen diese eine Aufarbeitung der Geschichte der NATO aus ihrer Sicht vor¹³⁴⁴. Die zugrundeliegende Interpretation war dabei dieselbe, wie sie später auch vom BAF vertreten wurde, d. h. die der NATO als des Hauptinstrumentes des Imperialismus und damit als Werkzeug der für millionenfaches Elend in den ausgebeuteten Ländern des Trikonts Verantwortlichen. Allerdings wurde diese Tendenz von den Militanten in – wenn überhaupt möglich – noch schärferer Akzentuierung vertreten. Grundsätzlich sei die Entstehung der NATO bestimmt gewesen durch das Verhältnis der USA zur UdSSR, „wobei der wesentliche aspekt darin besteht, daß die usa als kapitalistischer staat immer die vernichtung des sozialismus [...] zum ziel hatte und hat.“¹³⁴⁵

Darin stimmten die Bremer Autoren völlig mit einem drei Jahre später von den Revolutionären Zellen veröffentlichten Diskussionspapier überein, in dem der hochrangige Berater des US-Außenministeriums Richard Pipes mit dem Satz zitiert wurde, die sowjetischen Führer müßten zwischen einer friedlichen Änderung ihres kommunistischen Systems oder einem Krieg wählen¹³⁴⁶. Von daher liege, so die RZ, der Zweck der Pershing-Stationierung ganz offenkundig nicht in der Sicherung des Friedens, sondern in der Auslöschung des Kommunismus. Nach ihrer Ansicht beabsichtigten die Imperialisten, nach 40 Jahren einen Fehler der Geschichte zu korrigieren, der einem Ausspruch Churchills zufolge darin bestand, daß man mit dem Faschismus „das falsche Schwein geschlachtet“ habe.

Weiterhin stellten die Autoren der Bremer Broschüre fest:

rückblickend hatten die usa direkt erst in den zweiten weltkrieg eingegriffen, als klar war, daß die deutschen die su nicht besiegen konnten. und auch die

¹³⁴³ Vgl. Signale überhört. In: *Der Spiegel*, Nr. 20/1980, S. 25-27; Die Stichwort-Geber. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (8. Mai 1980); Kahl, Werner: Menetekel über dem Weserstadion. In: *Die Welt* (8. Mai 1980); Walden, Matthias: Steinzeit. In: *Welt am Sonntag* (11. Mai 1980).

¹³⁴⁴ Bremer Anti-NATO-Gruppe (Hrsg.): *NATO-Broschüre: Krieg dem imperialistischen Krieg*. Bremen 1980; Kommunistischer Bund/Gruppe Bremen; Alternative Liste/Bremen; „tageszeitungs“-Initiative Bremen (Hrsgg.): *Krieg dem Krieg: 6. Mai in Bremen*. Bremen 1980. HIS SBe 544, Box 01.

¹³⁴⁵ Bremer Anti-NATO-Gruppe (Hrsg.): *NATO-Broschüre: Krieg dem imperialistischen Krieg*. Bremen 1980. S. 3. Kleinschreibung wie im Original.

¹³⁴⁶ ID-Archiv, *Früchte des Zorns*, S. 482.

atombomben auf Japan waren absolut nicht notwendig, um die vor dem Zusammenbruch stehenden Japaner zu besiegen, sondern waren wohl eher als zukünftige Drohung gegen die Su zu verstehen, d.h., der Su die Existenz und den Willen zum Einsatz zu demonstrieren, um so die Su durch wahnsinnige Rüstungsanstrengungen wirtschaftlich zu ruinieren und politisch handlungsunfähig zu machen.¹³⁴⁷

Für die Bundeswehr gelte, daß diese nicht gegründet worden sei, um die Bundesrepublik Deutschland zu schützen, sondern die Bundesrepublik sei umgekehrt gegründet worden, um mit der Bundeswehr eine Armee gegen die Sowjetunion ins Feld stellen zu können¹³⁴⁸. Das Nachziehen der Sowjetunion im Bereich der Nukleartechnik habe dann aber die NATO dazu gezwungen, den Status quo zu akzeptieren und von einem allzu aggressiven Vorgehen gegen die UdSSR abzulassen.

NATO-intern habe es zwei wesentliche Entwicklungen gegeben: Zum einen hätten die westeuropäischen Staaten durch ihre wirtschaftliche Erholung ihre Position verbessert, und seien von Vasallen zu Juniorpartnern, ja sogar zu Konkurrenten der USA avanciert, was diese mit der Übertragung von Mitspracherechten und regionaler Verantwortung an ihre europäischen Partner, aber auch einer verstärkten Beteiligung an den militärischen Kosten beantwortet hätten¹³⁴⁹. Besondere Bedeutung habe dabei die Schaffung der Trilateralen Kommission im Jahre 1973 gehabt, eines auf Initiative von David Rockefeller gegründeten Elitennetzwerkes aus Politikern, Unternehmern und Managern, Wissenschaftlern und Gewerkschaftern aus den USA, Westeuropa und Japan¹³⁵⁰. Diese habe

eine ganz ähnliche Funktion wie andere nationale Krisenstäbe: sie existiert als eine Art Supergremium jenseits aller altfränkischer Verfassungen, Parlamenten und internationaler Körperschaften (UNO), machtvollkommen in ihrer Zusammensetzung, ungebunden gegenüber nationalen Parteien und internationalen Regierungen, zurückgehalten und abgeschirmt durch eine konzertierte Aktion internationaler Nachrichtensperre von jener Presse, deren Besitzer ihr teilweise seit Jahren angehören.¹³⁵¹

Die Trilaterale Kommission kam in der antiimperialistischen Vorstellung einer geheimen Weltregierung nahe, obwohl es sich bei ihr nüchtern betrachtet um kaum

¹³⁴⁷ Bremer Anti-NATO-Gruppe (Hrsg.): *NATO-Broschüre: Krieg dem imperialistischen Krieg*. Bremen 1980. S. 3.

¹³⁴⁸ Ebd., S. 4.

¹³⁴⁹ Ebd., S. 6.

¹³⁵⁰ Vgl. deren Selbstdarstellung auf <http://www.trilateral.org/about.htm>.

¹³⁵¹ Bremer Anti-NATO-Gruppe (Hrsg.): *NATO-Broschüre: Krieg dem imperialistischen Krieg*. Bremen 1980. S. 27.

mehr als einen internationalen Debattierclub handelte. Besonders bei den Aussagen, die unterstellten, Jimmy Carter sei nur durch die Machenschaften der Trilateralen Kommission überhaupt Präsident der USA geworden, wurden die Grenze zur Verschwörungstheorie eindeutig überschritten. So wurde angedeutet, Agenten der Trilateralen Kommission hätten möglicherweise den Watergate-Skandal einzig und allein zu eben dem Zweck inszeniert, einen ihnen genehmen Präsidenten zu installieren¹³⁵². Die offizielle Geschichte vom Aufstieg eines einfachen Erdnußfarmers ins Weiße Haus sei jedenfalls ein offensichtliches Propagandamärchen, an das nur Naivlinge glauben könnten.

Dieser Hang der Antiimperialisten zu Verschwörungstheorien war genuiner Ausdruck ihres marxistisch fundierten, mechanistischen Weltbildes. In diesem gab es keinen Raum für Kontingenz, Koinzidenz oder andere chaotische Elemente der Geschichte. Was geschah, war Ergebnis erkenn- und berechenbarer Prozesse, und basierte, soweit es das Produkt menschlichen Handelns war, immer auf bewußten Planungen und Strategien. Gleichzeitig wurde die historische Entwicklung grob simplifizierend auf wenige Wirkungszusammenhänge reduziert. Typisch war dabei vor allem, daß derjenige, der von einer bestimmten Entwicklung oder einem Ereignis profitierte, stets auch als dessen Verursacher angesehen wurde. Für die Möglichkeit, daß jemand aus unvorhergesehenen Ereignissen Gewinn ziehen könnte, war in dieser Weltsicht kein Platz, die geradezu manisch auf die Suche nach Schuldigen fixiert war. Für die Antiimperialisten stand fest, daß nichts ohne Grund, das heißt: Vorsatz und Absicht handelnder Personen geschah¹³⁵³.

¹³⁵² Ebd., S. 29.

¹³⁵³ Vgl. hierzu die Studie von Michael Barkun zu Verschwörungstheorien. In dieser stellte er als allgemeine Elemente einer verschwörungstheoretischen Weltsicht fest:

- *Nothing happens by accident.* Conspiracy implies a world based on intentionality, from which accident and coincidence have been removed. Anything that happens occurs because it has been willed. At its most extreme, the result is a 'fantasy [world] ... far more coherent than the real world.'
- *Nothing is at it seems.* Appearances are deceptive, because conspirators wish to deceive in order to disguise their identities or their activities. Thus the appearance of innocence is deemed to be no guarantee that an individual group is benign.
- *Everything is connected.* Because the conspiracists' world has no room for accident, pattern is believed to be everywhere, albeit hidden from plain view. Hence the conspiracy theorists must engage in a constant process of linkage and correlation in order to map the hidden connections.

In: Barkun, Michael: *A Culture of Conspiracy: Apocalyptic Visions in Contemporary America*. Berkeley, Los Angeles und London 2003. S. 3 f. Die Weltsicht der antiimperialistischen Linken war vollständig von diesen Grundelementen geprägt.

Die zweite wesentliche interne Entwicklung der NATO seien die wiederholten Interventionen gewesen, durch die ein Abfall von Mitgliedsländern, d. h. eine Regierungsbeteiligung oder gar vollständige Machtübernahme von Sozialisten oder Kommunisten habe verhindert werden sollen, so vor allem in Portugal nach der dortigen Nelken-Revolution und in Italien. Auch der jüngste Militärputsch in der Türkei sei vor diesem Hintergrund zu betrachten¹³⁵⁴. Da die sozialen Probleme in den europäischen Mitgliedsländern in den letzten Jahren aber gewachsen, und damit die Gefahr von Aufständen gestiegen seien, bildeten die NATO-Staaten verstärkt Spezialeinheiten zur Aufstandsbekämpfung aus¹³⁵⁵. Besondere Bedeutung hätte außerdem die neu aufgestellte Schnelle Eingreiftruppe (*rapid deployment force*) der USA, die die imperialistischen Interessen namentlich in Sachen der Erdölversorgung auf dem gesamten Globus sicherstellen solle und aktuell die Besetzung iranischer Ölfelder übe¹³⁵⁶. Auch die Polizeiaparate der NATO-Staaten würden harmonisiert und vernetzt, wobei die BRD eine Führungsrolle innehaben¹³⁵⁷. Insgesamt sei der Imperialismus strategisch durch den Erfolg der Befreiungsbewegungen im Trikont in der Defensive, und daher gezwungen, mit einer globalen Gegenoffensive zu antworten. Der NATO-Doppelbeschuß sei ein wichtiger Teil dieser Entwicklung.

Eine ausgezeichnete Möglichkeit, die Positionen pazifistischer und antiimperialistischer Gruppen einander gegenüberzustellen, bot die erwähnte Demonstration gegen den NATO-Gipfel am 10. Juni 1982 in Bonn und den anschließenden Besuch Präsident Reagans in West-Berlin¹³⁵⁸. Sowohl für das Gros der Friedensbewegung wie auch für die autonomen und antiimperialistischen Gruppen waren dies ein äußerst wichtiger Termin. Zur Aufarbeitung der Geschehnisse, insbesondere der schweren

¹³⁵⁴ Bremer Anti-NATO-Gruppe (Hrsg.): *NATO-Broschüre: Krieg dem imperialistischen Krieg*. Bremen 1980. S. 6. Diese Ansicht fand sich explizit auch in BAF-Dokumenten, vgl. den BAF-Aufrufentwurf zur Demonstration am 10. Juni 1982, in: Weidmann, Bernd; Meyer, Herbert; Christiansen, Theo; Grohmann, Peter (Hrsgg.): *500.000 gegen Reagan & NATO: Dokumentation: 10.6. Bonn, NATO-Politik 1949-82, Reagan in Berlin, I.D.E.E.* Göttingen 1982. S. 57. Die große Übereinstimmung zwischen der Bremer Broschüre vom Mai 1980 und dem BAF-Text vom Frühjahr 1982 weist darauf hin, daß es sich bei dieser ‚schwarzen Liste‘ von Untaten der NATO um feststehende Textbausteine handelte, die wieder und wieder verwendet wurden.

¹³⁵⁵ Bremer Anti-NATO-Gruppe (Hrsg.): *NATO-Broschüre: Krieg dem imperialistischen Krieg*. Bremen 1980. S. 6.

¹³⁵⁶ Ebd., S. 8. Ausführlicher zu diesem Thema die Antimil-Kommission des Kommunistischen Bundes Bremen: *Bald westdeutsche Truppen im Iran?* In: Kommunistischer Bund/Gruppe Bremen; Alternative Liste/Bremen; „tageszeitungs“-Initiative Bremen (Hrsgg.): *Krieg dem Krieg: 6. Mai in Bremen*. Bremen 1980. S. 21 f. HIS SBe 544, Box 01.

¹³⁵⁷ Ebd., S. 11.

¹³⁵⁸ Vgl. dazu auch Teppich, Fritz (Hrsg.): *Flugblätter und Dokumente der Westberliner Friedensbewegung 1980-1985*. Westberlin 1985. S. 131-138.

Ausschreitungen in West-Berlin, die von den autonomen Gruppen als politischer Erfolg bewertet wurden, brachten diese extra eine 40-seitige Broschüre heraus. Die Alternative Liste West-Berlin, die mit dem BAF politisch verbunden war und die Ausschreitungen in völlig konträrer Sichtweise als „Fiasko“ bezeichnete, ließ die Geschehnisse durch eine interne Untersuchungskommission ebenfalls aufarbeiten¹³⁵⁹. Auch der BAF selbst äußerte sich zu den Vorfällen; nicht zuletzt, da durch diese die Notwendigkeit der Klärung inhaltlich politischer Fragen deutlich geworden war.

Auf dem Rückumschlag der Broschüre der Autonomen und Antiimperialisten war vor dem Hintergrund eines Fotos von den Krawallen, das verummte junge Leute zwischen brennenden Barrikaden zeigte, folgendes Zitat aus der „Westindischen Befreiungsrede“¹³⁶⁰ des schwarzen, US-amerikanischen Anti-Sklaverei-Aktivisten Frederick Douglass abgedruckt:

Wer sich zur Freiheit bekennt, Aufruhr aber ablehnt, will ernten, ohne den Boden zu pflügen, will Regen ohne Donner und Blitz. Er will das Meer, aber nicht das furchtbare Gebrüll seiner gewaltigen Wasser. Nur durch Forderungen läßt sich der Macht etwas abringen. Das war immer so und wird sich nicht ändern. Wenn man feststellt, was die Menschen ruhig zu ertragen bereit sind, dann hat man genau das Maß an Ungerechtigkeit und Kränkungen, das ihnen zugemutet werden wird, und zwar so lange, bis mit Worten oder mit Schlägen, oder mit beidem, Widerstand geleistet wird. Die Grenzen der Tyrannei werden von der Geduld der Unterdrückten bestimmt.¹³⁶¹

Hier klang schon eine deutliche Absage an jede Art von Gewaltfreiheit an. Nicht Appelle an den guten Willen der Herrschenden oder wirkungsloser Protest waren das Gebot der Stunde, sondern entschlossener Widerstand. In diesem Zitat und der für das 19. Jahrhundert nicht ungewöhnlichen, pathosgeladenen Sprache offenbarte sich auch der wesentliche Unterschied in der Konstitution der Temperamente von militanten Linksradi kalen und Pazifisten. Fand man bei letzteren, etwa in ihrer Glorifizierung Gandhis oder im oft bemühten Bild vom weichen Wasser, das den Stein brach, das Pathos des Leidens und der Selbstaufopferung, so sprach aus dem Douglass-Zitat, in dem die Autonomen offenbar ihre Weltsicht adäquat ausgedrückt sahen, das Pathos des gerechten Zorns. Der Gegner sollte hier nicht, wie in pazifistischen Kon-

¹³⁵⁹ Asche, Helmut, et al.: *Bericht der Kommission „11. Juni“ der Alternativen Liste West-Berlin*. AA, unverzeichneter Bestand.

¹³⁶⁰ Gehalten am 3. August 1857 in Canadagua, New York. Vgl. <http://www.library.rochester.edu/index.cfm?PAGE=4398>. Zuletzt aufgerufen 18. 3. 2015.

¹³⁶¹ autonome und antiimperialistische gruppen: *Anti-NATO-Demo 11. 6. W.-Berlin: für eine antiimperialistische Bewegung in der BRD*.

zeptionen, überzeugt oder gar geheilt werden, sondern ihm wurde der Kampf angesagt und Vergeltung zudedacht. Damit wurde der Zustand nach dem angestrebten Erfolg der eigenen Politik auch nicht als eine Situation gedacht, in der ein neues, gleichberechtigtes und konsensuelles Miteinander mit dem vormaligen Gegner existierte, sondern als eine Situation, in der dieser Gegner geschlagen und somit zumindest als politischer Faktor eliminiert war.

In ihrer politischen Situationsanalyse gingen die Autonomen und Antiimperialisten zunächst von folgender grundsätzlicher Bewertung aus:

Der Nato-Gipfel und die Reagan-Rundreise nach London, Paris, Rom, Bonn und Westberlin fanden in einer Situation statt, in der immer mehr Menschen bewußt wird, daß der „US-Imperialismus nicht aufgehört hat, der Todfeind der Menschheit zu sein“, daß der imperialistische Krieg keine fernere Zukunftsvision ist, sondern bereits konkret stattfindet – in Zentralamerika ebenso wie in Palästina der israelische Ausrottungsfeldzug gegen die palästinensische und arabische Revolution;

und konkret auch gegen uns, den Widerstand in den Metropolen: über die Vernichtungsstrategie gegen die Guerilla, Kriminalisierung: Tausende von Ermittlungsverfahren, Verhaftungen, Knast, Isolationshaft bis hin zu immer perfektionierter ausgebauten Raster- und Observationsapparat, Verstärkung der Geheimdienstinfiltration und offensiver Gegenpropaganda, ihren Spaltungs- und Integrationsversuchen.

Obwohl wir inzwischen viele sind, die sich nicht mehr in dieses System integrieren lassen wollen, die den US-Imperialismus und seine imperialistischen Handlanger längst als den Feind erkannt haben und daran arbeiten, wie er zu treffen und zu zerschlagen ist, stehen wir dieser Situation in Teilbereichskämpfen und kleinen Gruppen isoliert und verstreut, ohne kontinuierliche Diskussion und Praxis miteinander und wirklich handlungsfähige Strukturen gegenüber.¹³⁶²

Das Zitat im ersten Absatz, nach dem der US-Imperialismus weiterhin der „Todfeind der Menschheit“ sei, stammte aus der Anschlagserklärung des RAF-Kommandos „Andreas Baader“ vom 25. Juni 1979 zum Angriff auf den damaligen NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig¹³⁶³.

Die Entscheidung der Organisatoren der Bonner Demonstration vom 10. Juni, diese auf den rechtsrheinisch gelegenen Rheinwiesen abzuhalten, statt linksrheinisch in Nähe der Stadt und des Regierungsviertels, und so die direkte Konfrontation der Demonstranten mit dem NATO-Gipfel und Präsident Reagan zu verhindern, stieß bei den Antiimperialisten auf scharfe Kritik. Dazu ist anzumerken, daß bereits dieser

¹³⁶² autonome und antiimperialistische gruppen: *Anti-NATO-Demo 11. 6. W.-Berlin*, S. 3.

¹³⁶³ Vgl. <http://labourhistory.net/raf/documents/0019790625.pdf>. Zuletzt aufgerufen 18. 3. 2015.

Ort und Termin, am selben Tag und in derselben Stadt wie der NATO-Gipfel, bei den Vorbereitungstreffen umstritten gewesen war: Einige Gruppen wie Ohne Rüstung Leben und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, beide aus dem christlichen Spektrum, aber auch die DKP-Kräfte hatten ein unmittelbares Aufeinandertreffen vermeiden und entweder zu einem anderen Zeitpunkt oder an einem anderen Ort demonstrieren wollen¹³⁶⁴. Bei christlichen Gruppen überrascht diese Furcht vor Eskalationen nicht weiter; daß aber auch die orthodoxen Kommunisten diese scheuten, macht ein weiteres Mal die legalistische Strategie der DKP deutlich, die offenbar um jeden Preis verhindern wollte, mit Ausschreitungen in Verbindung gebracht zu werden. Die Antiimperialisten strebten dagegen die direkte Konfrontation an. Hinter der aus ihrer Sicht strategischen Fehlentscheidung, Demonstration und NATO-Gipfel wenigstens durch den Rhein getrennt zu lassen, steckten ihrer Überzeugung nach drei grundsätzliche Fehlwahrnehmungen der Friedensbewegung: Erstens wecke die Friedensbewegung die Illusion, die Bedrohung des Friedens gehe vom Wettrüsten beider Supermächte aus. Tatsächlich aber sei der wahre Krieg bereits in vollem Gange. Es sei illusorisch, so zu tun,

als gäbe es hier einen ‚Frieden‘ zu bewahren, als gäbe es in der weltweiten Konfrontation zwischen Imperialismus und en [sic] um Befreiung kämpfenden Völkern der Welt einen neutralen Platz, ungeachtet der Tatsache, daß Westeuropa durch die Nato fest eingebunden ist in die US-Kriegsplanung, daß insbesondere die BRD als wichtigste US-Militärbasis Startrampe für die Kriege gegen die 3. Welt ist und sie als starke imperialistische Macht in genauer Abstimmung mit den USA selbst aktiv teilnimmt an der Sicherung und dem Ausbau des imperialistischen Machtbereichs.¹³⁶⁵

Wenn die Friedensbewegung tatsächlich eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa erstreiten sollte, dann bedeute dies zweitens nichts anderes, als daß eine Befriedung der Metropolen vollzogen werde, die es den Imperialisten erlaube, die Ausplünderung der Peripherie nur um so sicherer weiterzuführen.

Drittens kritisierten die antiimperialistischen Gruppen ausdrücklich die Theorie der zwei Supermächte: Dieses „Bild von den beiden bis an die Zähne bewaffneten Supermächten, zwischen denen sich, scheinbar neutral, die europäischen Staaten

¹³⁶⁴ Vgl. Weidmann, Bernd: Wie es zur Demonstration am 10. Juni kam. In: Weidmann, Bernd; Meyer, Herbert; Christiansen, Theo; Grohmann, Peter (Hrsgg.): *500.000 gegen Reagan & NATO: Dokumentation: 10.6. Bonn, NATO-Politik 1949-82, Reagan in Berlin, I.D.E.E.* Göttingen 1982. S. 51.

¹³⁶⁵ autonome und antiimperialistische gruppen: *Anti-NATO-Demo 11. 6. W.-Berlin*, S. 3.

befänden¹³⁶⁶, ziehe die Friedenswilligkeit der Sowjetunion in Zweifel, was eine völlig geschichtsvergessene Position sei, denn diese sei eben objektiv seit 1945 kontinuierlich von den USA bedroht worden. Außerdem verhindere diese Theorie „die hier notwendige klare politische Stoßrichtung gegen Nato und US-Imperialismus“¹³⁶⁷.

Der NATO-Gipfel in Bonn hatte nach Einschätzung der Antimperialisten die Funktionen, zunächst einmal „die absolute Bündnistreue der BRD und der übrigen Nato-Staaten sicherzustellen und propagandistisch zum Ausdruck zu bringen“¹³⁶⁸. Außerdem würden dort „die gegenwärtigen Kriege wie z.B. der israelische Völkermord in Palästina konkret koordiniert, politisch organisiert und die Entscheidungen getroffen, die für die Durchsetzung der US-Kriegsstrategie künftig richtungsweisend sind“¹³⁶⁹. Die Regierungen der NATO-Länder seien aber auch auf Legitimation, also auf Zustimmung der Bevölkerung zu ihrer Politik angewiesen, denn die Durchsetzung der US-Kriegsstrategie erfordere die Beteiligung der übrigen NATO-Länder an der „kriegerischen Ausplünderung der ‚Dritten Welt‘“¹³⁷⁰. Sie müßten im Rahmen einer inner-imperialistischen Arbeitsteilung mehr Aufgaben und Kosten übernehmen, wobei die dazu erforderlichen finanziellen Umschichtungen in den jeweiligen Staatshaushalten zwingend eine Reduzierung der Sozialleistungen nötig mache. Dies könne jedoch nach dem Ende des permanenten Wirtschaftswachstums, in einer Zeit von Arbeitslosigkeit und Krise, zum Problem werden. West-Berlin diene nun, wie schon immer in seiner Rolle des „Schaufensters des Westens“, als Bühne ebenjener Propagandashow, mit der die Zustimmung der Bevölkerung gewonnen werden solle.

Reagan und Schmidt

gehen nach Westberlin, weil diese Stadt seit der Ära des Kalten Krieges politisch und propagandistisch zum „Schaufenster des Westens“, zur „Enklave der Freiheit“ erklärt worden ist, und sie werden versuchen, dort eine Situation herzustellen, in der sie der Weltöffentlichkeit Horden jubelnder Westberliner präsentieren können, anknüpfend an Bilder von Kennedy- und Nixon-Besuchen, das Bild auszulöschen, das letztes Jahr im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit entstand, als US-Außenminister Haig durch die hermetisch abge-

¹³⁶⁶ Ebd.

¹³⁶⁷ Ebd.

¹³⁶⁸ Ebd., S. 4.

¹³⁶⁹ Ebd.

¹³⁷⁰ Ebd.

riegelten, menschenleeren Straßen einer Stadt fuhr, in der alle, die auf der Straße zu sehen waren, gegen die US-Kriegspolitik demonstrierten.¹³⁷¹

Statt Jubelpersern sollten in Berlin diesmal also Jubeldeutsche auftreten. Die Antiimperialisten erklärten schließlich, sie sähen die Demonstration in West-Berlin nicht als gegen die Demonstration in Bonn gerichtet an, sondern als deren Ergänzung. Sie wollten schon gar nicht den „Fetisch Militanz“¹³⁷² propagieren. Dann folgte die kryptisch verklausulierte Aussage, die Antiimperialisten sähen die Perspektive des Widerstands nicht allein in Massenprotesten, sondern sie wollten die „Möglichkeiten und praktischen Schritte erproben, die uns in der Entwicklung einer antiimperialistischen revolutionären Bewegung voranbringen“¹³⁷³. Dies habe unter der Parole zu geschehen – und hier redeten die Autoren dann wieder Klartext –: „Wenn wir Frieden wollen, müssen wir uns auf den Befreiungskrieg vorbereiten.“¹³⁷⁴ Was nichts anderes war, als die marxistisch-leninistische Variante des Grundsatzes *si vis pacem, para bellum*.

Die Autoren der Broschüre ließen anschließend die Ereignisse der letzten Jahre Revue passieren. Sie stellten fest, daß es eine deutliche Entwicklung hin zu einer Zusammenarbeit der verschiedenen Bewegungen und Gruppen gegeben habe. Dabei sahen sie es als strategisches Ziel an, die verschiedenen „sozialrevolutionären Bewegungen“¹³⁷⁵ – namentlich genannt wurde die Anti-Atomkraft-Bewegung, man wird auch die Anti-Startbahn-, die Hausbesetzer- und die Friedensbewegung dazu rechnen dürfen – mit der „Guerilla“ zusammenzubringen, womit primär die Rote Armee Fraktion gemeint war, und zu einer integrierten revolutionären Bewegung zu vereinen, die sich wiederum international mit den Befreiungsbewegungen der ganzen Welt vernetzen solle. Dies war schon länger ein verbreiteter Gedanke gewesen: Bereits bei der Bremer Anti-Gelöbnis-Demonstration waren Transparente mit dem RAF-Logo und der Aufschrift: „Der Kampf geht weiter – eine Front mit der Guerilla“ mitgeführt worden¹³⁷⁶. Die „Gelöbnis-Krawalle“ in Bremen, die Demonstration gegen den Besuch Außenminister Haigs am 13. September 1981 in West-Berlin und die RAF-Anschläge auf die US-Luftwaffe in Ramstein und US-General Kroesen in Heidelberg

¹³⁷¹ Ebd.

¹³⁷² Ebd., S. 5.

¹³⁷³ Ebd.

¹³⁷⁴ Ebd.

¹³⁷⁵ Ebd., S. 6.

¹³⁷⁶ Vgl. taz-Foto, in: Kommunistischer Bund/Gruppe Bremen; Alternative Liste/Bremen; „tageszeitungs“-Initiative Bremen (Hrsgg.): *Krieg dem Krieg: 6. Mai in Bremen*. Bremen 1980. S. 28. HIS SBe 544, Box 01.

wurden von den Autoren der Berliner Broschüre als politische Erfolge gewertet. Dabei kamen die Antiimperialisten zu der erstaunlichen Aussage, die genannten RAF-Anschläge seien „in den Friedensinitiativen diskutiert worden, und im Gegensatz zu 77 hat es kaum Distanzierungen gegeben“¹³⁷⁷. Es ist schlechterdings nicht nachzuvollziehen, von welchen Friedensinitiativen hier die Rede war. Gerade erst im Februar, also etwa vier Monate vor dem Erscheinen der hier zitierten Broschüre, waren die antiimperialistischen Gruppen wie oben geschildert von der Gründung des BAF ausgeschlossen worden. Darüber hinaus waren die sonstigen Organisationen der Friedensbewegung gegenüber der RAF noch weitaus ablehnender eingestellt als die autonomen Friedensgruppen, die immerhin auch antiimperialistisch orientiert waren. Die Autoren wiesen außerdem auf eine große Demonstration von Frauen-Friedensgruppen am USAF-Hauptquartier in Ramstein hin. Dies sei ein weiterer Beleg dafür, daß auch der übrige Teil der Friedensbewegung inzwischen begriffen habe, wo die Hauptbedrohung für den Frieden zu finden sei.

Nun war die NATO zwar selbstverständlich sowohl für die Frauen-Friedensbewegung wie für die anderen, genuin pazifistisch orientierten Organisationen einer der politischen Hauptgegner. Die Forderung nach einer Auflösung der NATO traf innerhalb der Friedensbewegung, wenn auch oft gekoppelt mit der Forderung nach einer gleichzeitigen Auflösung des Warschauer Pakts, durchaus auf Zustimmung; siehe beispielsweise den beliebten Slogan „Raus aus der NATO – rein ins Vergnügen!“. Trotzdem darf man als sicher annehmen, daß sich pazifistisch orientierte Menschen, also die überwältigende Mehrheit der Friedensbewegung, die an US-Luftwaffen-Basen oder auch am NATO-Hauptquartier in Heidelberg demonstrierten, mit äußerster Entschiedenheit dagegen verwahrt hätten, in eine ‚Kampfgemeinschaft‘ mit der Roten Armee Fraktion einbezogen zu werden. Es ist nachgerade überflüssig festzustellen, daß die Vorgehensweise der RAF für Pazifisten vollkommen inakzeptabel war. Und selbst wenn man von den nun wirklich fundamentalen Unterschieden in den politischen Inhalten einmal absah, wäre auch nur der Hauch einer Andeutung einer solchen ‚Friedens-Volksfront‘ in der Öffentlichkeit für die Friedensbewegung ein politisches Desaster gewesen, hätte es den Befürwortern der Stationierung doch erlaubt, sie in der öffentlichen Wahrnehmung als eine Bewegung

¹³⁷⁷ autonome und antiimperialistische gruppen: *Anti-NATO-Demo 11. 6. W.-Berlin*. S. 7.

abzustempeln, die mit Terroristen gemeinsame Sache machte. Daß die Antiimperialisten meinten, eine zunehmende Akzeptanz der Roten Armee Fraktion in der linksorientierten Öffentlichkeit feststellen zu können, beruhte somit einzig und allein auf einem hochgradig illusionären Wunschdenken, in dem sich ein umfassender Realitätsverlust offenbarte. Die Friedensbewegung hatte vielmehr durch die Propagierung der Gewaltfreiheit die ohnehin geringen Chancen der Roten Armee Fraktion, mit ihren Anschlägen auf Sympathie zu stoßen, nicht erhöht, sondern – falls überhaupt möglich – noch weiter verringert.

c) „No Justice – no Peace!“. Die Pazifismus-Kritik der Autonomen

Nicht alle autonomen und antiimperialistischen Gruppe gelangten zu einer so optimistischen Einschätzung der Friedensbewegung wie die Autoren der zitierten Broschüre. Im Gegenteil wurde deren Hauptströmung in autonomen Publikationen meist scharf angegriffen. Speziell auf die Zusammenarbeit vieler Demonstrationsveranstalter mit der Polizei reagierte man mit Empörung. Absprachen mit Kontaktbeamten und angeblich zwischen Demonstrationsleitungen und Polizeiführungen bestehende Standleitungen wurden von den Autonomen als Verrat gewertet¹³⁷⁸. Sie antworteten darauf mit mehreren militanten Aktionen gegen das Establishment der Friedensbewegung, so etwa einem Überfall auf das Bonner Koordinierungsbüro, bei dem Telefonleitungen zerschnitten wurden¹³⁷⁹.

Ein wesentlicher Streitpunkt zwischen den Antiimperialisten und der Friedensbewegung war die Beurteilung der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR, zu der prominente Grüne wie Petra Kelly sehr aktiv den Kontakt suchten. In dieser Frage waren sich Autonome und Antiimperialisten allerdings auch untereinander nicht einig. Die Bewegung der Ersteren war untrennbar mit der Subkultur der Punks verbunden, die in der DDR mit weit größerer Härte unterdrückt wurde als im Westen. In der autonomen Zeitschrift *Radikal* erschienen dementsprechend Artikel, in denen die erzwungene gesellschaftliche Konformität durch repressiven Kapitalismus

¹³⁷⁸ Vgl. das autonome Diskussionspapier *Der „heiße Herbst“ und die Krisenpolitik des Regimes*. S. 3. In: ASBH, Sektion 12, sowie ID-Archiv, *Früchte des Zorns*, S. 465 f.

¹³⁷⁹ Vgl. 5 Minuten Pause für den Frieden. In: *Radikal* Nr. 122 (November 1983). S. 37.

im Westen und repressiven Staatssozialismus im Osten miteinander gleichgesetzt und die DDR-Opposition positiv bewertet wurde¹³⁸⁰.

Die leninistisch geprägten antiimperialistischen Kräfte waren da ganz anderer Meinung. Für sie bedeutete die Unterstützung der DDR-Opposition durch die westliche Friedensbewegung den Versuch, die DDR von innen heraus zu spalten¹³⁸¹. Die unabhängige Friedensbewegung in der DDR war für sie nichts anderes als die fünfte Kolonne der NATO, wobei für sie wie immer auch der Verdacht einer Finanzierung durch die CIA nahe lag. Westliche Pazifisten, die für Abrüstung auch beim Warschauer Pakt eintraten, galten den Antiimperialisten als nützliche Idioten Washingtons. Die umgekehrte Aussage Heiner Geislers, die Friedensbewegung in der Bundesrepublik und insbesondere die SPD seien die fünfte Kolonne Moskaus, war nach Auffassung der Antiimperialisten schlicht „lächerlich“. Eben darin bestand aus ihrer Perspektive das zentrale politische Versäumnis der Friedensbewegung. In Wahrheit erfülle die Sozialdemokratie mit ihrem Versuch einer Lenkung der Bewegung in legalistische Bahnen wieder einmal ihren historischen Auftrag, die Massen durch Verschleierung der wahren Verhältnisse von der Revolution abzuhalten und ins kapitalistische System zu integrieren, was aktuell bedeutete, den NATO-Doppelbeschluss durchzusetzen¹³⁸². Im Weltbild der Antiimperialisten war die Sozialdemokratie nichts anderes als der Schäferhund der Bourgeoisie, der die Herde des Proletariats beisammen halten sollte, sei es durch Bellen, sei es durch Beißen. Überhaupt lag ihrer Meinung nach der wahre Sinn des NATO-Doppelbeschlusses, der ja, wie sie durchaus bemerkt hatten, nicht auf Initiative Carters oder Reagans, sondern des SPD-Bundeskanzlers Helmut Schmidt entstanden war, in der Vorbereitung zum entscheidenden Schlag des Imperialismus gegen die sozialistischen Staaten. Durch diesen

¹³⁸⁰ Vgl. Über die Mauer; Punks in der Kirche. Beide in: *Radikal* Nr. 121 (Oktober 1983). S. 28 f.

¹³⁸¹ Vgl. das gemeinsame Diskussionspapier von Kommunistischem Bund, Volksfront, Anti-Nato-Gruppe und Bund Westdeutscher Kommunisten, in: ASBB, Box 4.4.0. Überhaupt tat das kommunistische KoFAZ-Spektrum alles, um eine öffentliche Solidarisierung der westdeutschen Friedensbewegung mit der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR zu verhindern. Vgl. dazu die Feststellungen des Bundesvorstands der Grünen in: „Ideologischer Ballast der DKP“. In: *Frankfurter Rundschau* (20. April 1982).

¹³⁸² Zu einer umfassenden Analyse der SPD aus antiimperialistischer Sicht siehe Antimilitarismus-Kommission des Kommunistischen Bundes Göttingen (Hrsg.): *Krieg dem Krieg*. In: ASBH, Sektion 12. Vgl. außerdem die Broschüre *Euren „Frieden“ wollen wir nicht*. S. 129 f. ASBH, Sektion 12; sowie den Aufruf zum autonomen Block bei der Demonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn von der Anti-NATO-Gruppe Freiburg, dem Autonomen Stuttgarter Block, dem Emmaus e.V. Stuttgart und der Gruppe „Kurzer Prozeß“ Stuttgart, in dem es kurz und bündig hieß: „Die SPD vertritt die imperialistischen Interessen von US- und BRD-Kapital.“ In: ASBB, Box 4.4.0.

sollten die eigentlichen Absichten der BRD verwirklicht werden, die nach Meinung der Antiimperialisten in der militärischen Rückeroberung der deutschen Ostgebiete und der Wiedererrichtung eines Großdeutschen Reichs in den Grenzen von 1937 bestanden¹³⁸³.

Einig waren sich Autonome und Antiimperialisten dann wieder in der Strategie, die notwendig sei, um den Doppelbeschluß zu bekämpfen: dem militanten Widerstand. Daher kam es in diesen Jahren zu zahlreichen Anschlägen auf NATO-Einrichtungen, insbesondere auf Bundeswehr-Fahrzeuge¹³⁸⁴, die jedoch von der breiten Öffentlichkeit nicht weiter beachtet wurden und in der heutigen Erinnerung völlig hinter den Aktionen der RAF verschwinden. Diese Militanz war nun nicht nur, wie oft unterstellt, Ausdruck eines adrenalinsüchtigen Aktionismus, sondern fußte auf einer reflektierten Position in Sachen subversiver Strategie. Sie bildete den diametralen Gegenpol zur pazifistischen Ideologie der Gewaltlosigkeit, mit der sich die Autonomen durchaus auch inhaltlich auseinandersetzten. Dies geschah zum einen in mehreren Artikeln in der Zeitschrift *Radikal*, so etwa im Januar 1983 unter dem Titel: „Frieden der Bewegung“¹³⁸⁵. Der, wie in der *Radikal* üblich, unter Pseudonym schreibende Autor („sacco & vancetti“¹³⁸⁶) übte dabei eine deutliche Kritik an der Strategie der Friedensbewegung, welche von ihm an mehreren Stellen mit ätzendem Sarkasmus bedacht wurde. Ihre konkreten Erfolgsaussichten in Bezug auf die Verhinderung der Stationierung waren seiner Ansicht nach nur gering. Sie betreibe eine Integrationspolitik gegenüber den etablierten Parteien, die eine „Reduktion auf minimalste Realpolitik“ darstelle, „nach dem Motto: Was schert mich das System, Hauptsache

¹³⁸³ Vgl. das gemeinsame Diskussionspapier von Kommunistischem Bund, Volksfront, Anti-Nato-Gruppe und Bund Westdeutscher Kommunisten, in: ASBB, Box 4.4.0

¹³⁸⁴ Vgl. als kleine Auswahl: Wildkatze und weiße Mäuse (Anschlag auf die Firma MAN, die die Spezialtransporter der Pershing-Raketen herstellte). In: *Radikal* Nr. 120 (September 1983). S. 31; Mit Pizzateig gegen Air Base (Plazierung einer Bombenattrappe an der US-Airbase Erbenheim). In: *Radikal* Nr. 121 (Oktober 1983). S. 33; Unter dem Motto... (Sabotage des Funkleitfeuers derselben Airbase). In: ebd.; Bombenstimmung bei M.A.N. (Bombenanschlag auf das MAN-Werk Gustavsburg). In: ebd.; Siemens Elektronik (Bombenanschläge auf Siemens-Werke in Braunschweig und Witten wegen der Herstellung von Militärtechnologie). In: *Radikal* Nr. 122 (November 1983). S. 37; Honeywell Bull (Sprengstoffanschlag auf die Düsseldorfer Niederlassung dieser US-Firma, die die Elektronik für die Cruise Missiles und weitere Militärsysteme produzierte). In: *Radikal* Nr. 123 (Dezember 1983). S. 30; Mit Zeitzunder (weiterer Anschlag auf MAN, diesmal in Göttingen). In: ebd.; Guten Rutch (Anschlag auf Siemens in Saarbrücken). In: *Radikal* Nr. 124/125 (Januar/Februar 1984). S. 27.

¹³⁸⁵ *Radikal* Nr. 112 (Januar 1983), S. 10 f.

¹³⁸⁶ Die *Radikal* und ihre Leserschaft standen unter kontinuierlicher Beobachtung des Verfassungsschutzes, Artikel wurden daher stets unter mehr oder weniger originellen Pseudonymen veröffentlicht. Das Pseudonym deutet zwar auf zwei Personen hin, der Autor sprach von sich selbst aber stets in der Einzahl.

che mir fällt die Atombombe nicht in die Mülschüssel.“¹³⁸⁷ Besonders scharf negativ äußerte sich der Autor zu den SPD-Mitgliedern, die in der Friedensbewegung aktiv waren.

Damit war die linksradikale Kritik an der Friedensbewegung auf einen kurzen Nenner gebracht: Ihr wurde vorgeworfen, sie hätte die weitergehenden politischen Perspektiven einer Systemopposition zugunsten der Realpolitik aufgegeben und somit das Ziel der grundsätzlichen Veränderung des politischen Systems aus den Augen verloren. Außerdem wurde das ausgeprägte Ressentiment der militanten Autonomen gegen das pazifistisch-ökologische Milieu deutlich. Von wesentlicher Bedeutung waren dabei die unterschiedlichen Menschen- und Geschichtsbilder. Während Pazifisten zutiefst davon überzeugt waren, daß jeder Mensch zum Guten bekehrt werden könne, zeichnete sich das Menschenbild der Autonomen durch eine sehr viel skeptischere Perspektive aus. Der Glaube, man könne die Herrschenden durch die Mittel der Überzeugung humanisieren, war nach ihrer Auffassung ein geradezu groteskes Hirngespinnst. Im Mittelpunkt des autonomen Weltbildes stand nicht der Gedanke der Versöhnung, sondern der des unaufhebbaren Konflikts zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Die von pazifistischer Seite an die Opfer von Ausbeutung, Gewalt und Diskriminierung gerichtete Forderung, ihren früheren Peinigern zu verzeihen, um die Voraussetzungen einer Versöhnung zu schaffen, war für die Autonomen völlig indiskutabel. Sie empfanden sie als Mißachtung der realen Erfahrungen von Leid und Unterdrückung, deren Sühne pazifistischen Dogmen untergeordnet werden sollten. Ihre Gegenposition formulierten sie der oft gebrauchten Devise *Niemals vergeben! Niemals vergessen!*, mit der Ausbeutern und Tyrannen ein unerbittliches Strafgericht angedroht wurde.

Da die historische Erfahrung zeigte, daß die Machthaber ohne Zwang um keinen Millimeter zurückweichen würden, war eine Lösung des Konfliktes in Form einer Synthese der Antagonisten, wie sie dem pazifistischen Modell entsprach, undenkbar. Jeder soziale und politische Fortschritt war erkämpft worden, Gewaltlosigkeit dagegen gleichbedeutend mit Kapitulation. Ein im September 1983 veröffentlichtes Kritikpapier Berliner Autonome ließ daran keinen Zweifel. Die Autoren stellten fest:

¹³⁸⁷ *Radikal* Nr. 112 (Januar 1983). S. 10.

wie kann es angehen, daß die aktionen vorher mit bullen abgesprochen werden und die friedensbewegung sich so mit dem toleranzspielraum des staates immer mehr identifiziert, sich somit in die rolle des unterdrückten, wehrlosen, abhängigen, also handlungsfremdbestimmten, spielballes bullentaktischer und politischer entscheidungen versetzt, anstatt dem uns allen gemeinsamen unterdrücker – staat, bundeswehr, justiz, militärisch-industrieller komplex, bullen – den kampf und haß anzusagen.

[...] gerade anhand historischer erfahrungen (1914, 1919 – niederschlagung der revolution, 1939, 1956 – wiederbewaffnung) ist es lächerlich, sich auf massenaufmärsche, appelle, gewaltfreiheit etc. zu beschränken. wie wurden denn die pariser kommune, die oktoberrevolution, die arbeiter- und soldatenräte 1918 und die münchener räterepublik geschaffen – mit der waffe in der hand!

[...] indem die führer der friedensbewegung die gewaltfreiheit als dogma festlegen, liefern sie die friedensbewegung völlig der gewalt des gegners aus.¹³⁸⁸

Aufgrund der im Bewußtsein der Autonomen zentralen Bedeutung der Konzepte von Verbrechen und Strafe unterschieden sich beide Seiten somit bereits in ihren Subjektbegriffen. Die Autonomen betrachteten Personen grundsätzlich als voll für ihre Handlungen verantwortlich. Im Gegensatz zum Gandhi'schen Diktum, man müsse die Gewalt, nicht den Gewalttäter bekämpfen, war eine Trennung zwischen Tat und Täter in ihrer Sichtweise blanker Unsinn. Während der Pazifismus von einer durch Erziehung, Sozialisation und kultureller Indoktrinierung verfremdeten und somit letztlich weitgehend fremdbestimmten Täterpersönlichkeit ausging, waren verbrecherische Handlungen im Verständnis der Autonomen prinzipiell das Ergebnis von souveränen und im klaren Bewußtsein ihrer Konsequenzen getroffenen Entscheidungen. Daher war die pazifistische Theorie ihrer Ansicht nach nichts als eine moralisch inakzeptable Apologetik des Unrechts, und als solche Ausdruck eines vollkommen falsch verstandenen Humanismus.

Auch die Gesellschaftsform als Ganzes war das Ergebnis der vorsätzlichen Handlungen konkreter Personen, womit die Verursacher ungerechter gesellschaftlicher Strukturen prinzipiell als Individuen identifizierbar waren, diese also keineswegs nur aus einem diffusen Komplex struktureller Gewalt hervorgingen. Daher war die Bekämpfung der ausbeuterischen sozioökonomischen Strukturen mit der Bekämpfung der Ausbeuter als Personen identisch. Der wesentliche Unterschied zwischen Pazifisten und militanten Linken lag somit nicht in erster Linie in ihrer jeweiligen Einstel-

¹³⁸⁸ Berliner Autonome: Gewaltlosigkeit als Ideologie. In: *Radikal* Nr. 120 (September 1983). S. 18.

lung zur Gewalt, sondern in ihrer diametral entgegengesetzten Auffassung von individueller Verantwortung und individueller Schuld; Vorstellungen, an denen die Autonomen vehement festhielten, während die Gandhianer sie sehr weitgehend relativierten. Die Autonomen waren außerdem der festen Überzeugung, daß Menschen sich im wesentlichen nicht ändern ließen, so daß der einzige Weg zum Beenden von Ausbeutung darin bestand, den Ausbeutern die Handlungsmöglichkeiten zu nehmen. Politik war damit immer ein Machtkampf. Der Einsatz von Gewalt war notwendig, da die Gerechtigkeit auf das Schwert nicht verzichten konnte. Grundsätzlich kam jedem Menschen das naturgegebene und unveräußerliche Recht zu, sich nötigenfalls auch mit Gewalt gegen Angriffe auf sein Leben und seine Gesundheit zu verteidigen. Der Kampf gegen Ausbeutung war nichts anderes als eine auf die gesamtgesellschaftliche Ebene erweiterte Selbstverteidigung, und somit moralisch vollkommen legitim. Der Gewalt selbst war keine intrinsische moralische Qualität zu eigen, eine moralisch korrumpierende Wirkung ging daher nicht von ihr aus. Der instrumentelle Gewaltbegriff der Autonomen unterschied sich somit kategorisch vom essentiellen Gewaltbegriff der Pazifisten. Sie vertraten im Grunde eine marxistisch gefärbte Lehre des gerechten Krieges.

Semantisch orientierten sich die Autonomen damit nach wie vor an der Unterscheidung von gerecht und ungerecht, wobei sie Gerechtigkeit im hergebrachten Verständnis als *Symmetrie* zwischen Handeln und Ergehen begriffen. In diesem Zusammenhang ist vielleicht bisher der Umstand zu wenig gewürdigt worden, daß die Anschlagserklärungen der militanten Gruppen RAF und RZ von ihrer Struktur und ihren Aussagen her so sehr Gerichtsurteilen glichen. Es galt die Parole: *No Justice – no Peace!*, also: So lange es keine Gerechtigkeit gab, *durfte* es auch keinen Frieden geben.

Die Aktionen der Friedensbewegung waren dem Autor des zuerst zitierten *Radikal*-Artikels dementsprechend viel zu appellativ: „Und mit diesen Resolutionen [...] wird dann wider [sic!] mal an die Bundesregierung appelliert oder gefordert, wechselseitig bzw. gleichzeitig an die Bevölkerung, sich zu ‚entrüsten‘.“¹³⁸⁹ Dazu kommentierte der Autor: „Es wäre zuviel der Mühe zum zigsten Mal zu erklären warum solche Konzepte, losgelöst von sonstigen sozialrevolutionären und anti-imperialistischen Inhalten und Kämpfen immer absolute Utopie bleiben müssen.“¹³⁹⁰

¹³⁸⁹ *Radikal* Nr. 112 (Januar 1983). S. 10.

¹³⁹⁰ Ebd.

Demnach konnten die politischen Teilbereichskämpfe nicht in einer gesamtrevolutionären Bewegung konvergieren, weil in linksradikaler Perspektive den anderen Mitgliedern der verschiedenen Protestbewegungen das Bewußtsein der großen Zusammenhänge fehlte. Es mangelte ihnen insbesondere an der Einsicht, daß die wirkliche Lösung niemals in Reformen, sondern nur in einer radikalen, das heißt revolutionären Veränderung liegen konnte. Daher lautet das Fazit des Artikels:

Allerdings – um die herrschende menschenverachtende Realpolitik zu ändern, reicht es wahrlich nicht aus, ein paar ‚alternative‘ Abgeordnete im Parlament sitzen zu haben, sondern der Druck muß vielmehr von außen, offensiv von der Straße und/oder der Nacht kommen. Genau hier muß die Friedensbewegung sich radikalieren und erstarken oder aber scheitern.¹³⁹¹

Die Berliner Autonome stellten in ihrer Stellungnahme vom September 1983 fest: „wir wollen nicht nur zwei raketen verhindern, sondern wir wollen durch eine systemveränderung die gefahr eines imperialistischen krieges für immer beseitigen.“¹³⁹²

Eine grundsätzlichere Bewertung der Friedensbewegung durch die militanten linksradikalen Kräfte, die aufgrund ihrer Veröffentlichung in der *tageszeitung* auch ein über den politischen Kreis der Autonomen hinausreichendes Publikum fand, erfolgte durch das Papier *In Gefahr und höchster Not* der Revolutionären Zellen. Darin kritisierten diese zunächst die apokalyptische Perspektive der Friedensbewegung. Durch die Imagination einer drohenden umfassenden Katastrophe werde die berechtigte Angst vor konkreten Bedrohungen wie „sozialer Verelendung, ökologischer Verödung und den möglichen Folgen atomarer Hochrüstung“¹³⁹³ übersetzt in „die wahnhaftige Vorstellung von dem alles vernichtenden Untergang, der nur noch Opfer und keine Täter mehr kennt.“¹³⁹⁴ Die Apokalyptiker der Friedensbewegung frönten einer klammheimlichen Lust am Untergang, wobei die Autoren der RZ den Vergleich zu Oswald Spengler und dem „Untergang des Abendlandes“ zogen: Auch in den zwanziger Jahren habe das, was eigentlich eine Krise der kapitalistischen Kapitalakkumulation gewesen sei, eine durch Weltuntergangsstimmungen mystisch verklärte Interpretation erfahren. Die Drohung der Allvernichtung ziehe aber eine Forderung nach Anpassung und Gehorsam nach sich: „Jeder Ausweg legitimiert sich von selbst, wenn er

¹³⁹¹ Ebd., S. 11.

¹³⁹² Berliner Autonome: Gewaltlosigkeit als Ideologie. In: *Radikal* Nr. 120 (September 1983). S. 18.

¹³⁹³ ID-Archiv, *Früchte des Zorns*, S. 468.

¹³⁹⁴ Ebd.

nur Hoffnung auf Rettung verspricht.“¹³⁹⁵ Aus der Apokalyptik folge daher ein apolitischer Quietismus. Auf der Bonner Kundgebung 1981 sei die bezeichnende Parole „Frieden statt Politik“ geäußert worden. Generell gelte:

Die Stationierung der Raketen soll nicht gegen den Willen der Regierung, sondern kraft Überzeugung und besserer Argumente verhindert werden. Eben deshalb bleiben so viele Aktionsformen aus den Reihen der Friedensbewegung – von der Unterschriftensammlung bis hin zum frömmelnden Fasten, dessen Effekt in erster Linie in der Genugtuung über die eigene Opferbereitschaft besteht – stets Appell an die Vernunft, getragen von der durch nichts zu belegenden Hoffnung, daß gute Gründe oder Moral und nicht etwa die Notwendigkeiten der Kapitalverwertung den Machthabern die Maßstäbe diktieren, die sie ihren Entscheidungen zugrunde legen.¹³⁹⁶

Aufgrund dieses törichtem Appellierens an ein ohnehin nicht vorhandenes Gewissen der Herrschenden sei jegliche Erwartung, die Friedensbewegung könne sich als systemverändernde Kraft erweisen, von vornherein verfehlt gewesen. Sie sei lediglich eine Bewegung des bürgerlichen Pazifismus, die schon aus dieser ihrer Natur heraus jede Art sozialrevolutionärer Perspektive scheue. Ihre Aktionsformen erschöpften sich daher im „plattesten Widerstandssymbolismus“¹³⁹⁷ von Blockaden, Menschenteppichen und Die-In's. Sie falte ihre Hände zum Beten, damit sich diese nicht zu Fäusten ballen könnten.

In diesem moralisch-religiösen Weltbild schließen sich Engagement für den Frieden und Klassenkampf antagonistisch aus, weil der Kampf als solcher das Problem ist, gegen das man sich zusammengeschlossen hat. Die Friedensbewegung in ihrer Masse will nicht Widersprüche vorantreiben und austragen, sondern sich gegen sie abschotten. Sie sucht Oasen der Ruhe in einer Welt voll schreiender Gegensätze. Die Friedensgemeinde ist nicht nur Rückhalt angesichts der atomaren Bedrohung, sondern zugleich Objekt jener Vision von Ganzheit, von „heiler Welt“, die in der Realität in die Brüche geht. Vielleicht erklärt sich aus diesem überwältigenden Harmoniebedürfnis die kaum begreifliche Mischung aus demonstrativer Angst und beschaulicher Gelassenheit, die man auf den Kundgebungen der Friedensbewegung begegnet. Vielleicht liegt darin der Grund für die offensichtliche Diskrepanz zwischen der Dramatik, mit der die Folgen des Atomkriegs ausgemalt werden und der penetranten Harmlosigkeit ihrer Aktionsformen. Die Demutsgesten und die Opferbereitschaft, die Frömmerei und der missionarische Eifer, die innere Leere, ja Seichtheit, die einem auf Friedensfesten entgegenschlägt – all dies sind Indizien dafür, daß der Protest gegen die Raketen vor allem als Pazifizie-

¹³⁹⁵ Ebd.

¹³⁹⁶ Ebd., S. 469.

¹³⁹⁷ Ebd.

nung nach innen, als Entschärfung der „Zeitbombe“, die jedes Herz sein könnte, verstanden und gehandhabt wird.¹³⁹⁸

Auch von konservativer Seite wurde der Pazifismus selten so hart kritisiert, wie es hier durch die militante Linke geschah. Dabei prallten vollständig unterschiedliche Mentalitäten, Welt- und Menschenbilder aufeinander. Während die Revolutionären Zellen zwar einerseits die quietistischen und apolitischen Tendenzen in der pazifistischen Ideologie zutreffend analysierten, ignorierten sie andererseits sowohl den aktivistischen Widerstandsauftrag des gandhianischen Pazifismus, als auch die äußerst weitgehenden sozialen Forderungen der Galtung'schen Gewaltkonzeption, mit der der Pazifismus ja genau die sozialrevolutionäre Position einnahm, welche die radikale Linke so vehement einforderte.

Als ergänzende Beobachtung ist festzuhalten, daß die Kritik der Autonomen an der Friedensbewegung auch strukturell derjenigen der Konservativen in einigen Aspekten glich. Beide vertraten Positionen, die vom Paradigma des politischen Realismus geprägt waren. Die Staatsmänner und die Angehörigen der linksradikalen revolutionären Bewegungen dachten zwar von völlig unterschiedlichen Standpunkten aus, aber in denselben Kategorien von Interessen, von politischem Gewinn und Verlust, von Freund und Feind.

d) *Die Gegenkritik der Alternativen Liste*

Wie die Autonomen ihrerseits aus dem Spektrum der undogmatischen Linken beurteilt wurden, ließ sich anhand der Alternativen Liste West-Berlin zeigen. Der Bericht der von ihr eingesetzten Untersuchungskommission zu den Geschehnissen des 11. Juni 1982 übte zunächst eindringliche Selbstkritik. Die Beteiligung der AL an der Vorbereitung der Demonstration wie auch an dieser selbst wurde als absolut ungenügend empfunden. Man habe damit einmal die Gelegenheit verspielt, inhaltlich und konzeptionell Einfluß zu nehmen, und es zum anderen versäumt, auf dem Feld der Friedenspolitik Präsenz zu zeigen¹³⁹⁹. Diese Versäumnisse wurden auf die ineffektive

¹³⁹⁸ Ebd., S. 493.

¹³⁹⁹ Asche, Helmut; et al.: *Bericht der Kommission „11. Juni“*. AA, unverzeichneter Bestand. S. 3 (Abschnitt 1 b).

Organisation der AL zurückgeführt, unter anderem auch auf das Nichtfunktionieren der basisdemokratischen Struktur¹⁴⁰⁰. Der Hauptunterschied in Bezug auf den unmittelbaren Demonstrationsverlauf zwischen Alternativer Liste und Autonomen lag in der Beurteilung der Gewaltfrage. Zwar bezeichnete auch die AL Präsident Reagan als „Kriegstreiber“¹⁴⁰¹, für sie waren jedoch einzig und allein gewaltfreie Aktionsformen akzeptabel. Anscheinend hatte es in ihren Reihen die Vorstellung gegeben, man könne durch die Mobilisierung einer ausreichend großen Anzahl friedlicher Demonstranten Straßenschlachten verhindern, also durch eine Strategie des Einrahmens die Gewaltausübung seitens der Autonomen unterbinden¹⁴⁰².

Die AL-Kommission nahm dann eine Analyse der Autonomen vor. Diese seien keineswegs eine geschlossene Bewegung, sondern zerfielen in viele Untergruppen und Strömungen. Einig sei ihnen allen aber die „Ablehnung des parlamentarischen Weges zur gesellschaftlichen Veränderung“¹⁴⁰³. Die Gewaltausübung rechtfertige sich nach Ansicht der Autonomen durch den faschistischen Charakter der bundesdeutschen Gesellschaft, welcher durch Polizeiübergriffe, die Behandlung der „Terroristen“ und die propagandistische Gleichschaltung der Öffentlichkeit bewiesen werde. Weiterhin sei der antiimperialistische Kampf überall auf der Welt ein- und derselbe, egal ob in der „3. Welt“ oder in den Metropolen. Außerdem sei es notwendig,

[d]ie Gewalttätigkeit der Staatsmacht [zu] provozieren um „Klarheit“ zu schaffen. Dahinter steckt die Vorstellung, daß es auf die Dauer möglich sein könnte, durch (gewaltsame) Provokation der Staatsmacht, der Bevölkerung zu demonstrieren, wie dieser Staat „wirklich“ ist. Von den Anhängern dieser Theorie, wird es dann konsequenterweise auch begrüßt, wenn die ALer „mal eins über den Schädel kriegen“, damit diese (also wir) endlich begreifen, „was wirklich Sache ist“.¹⁴⁰⁴

Nicht-gewaltsame Aktionsformen seien nach Ansicht der Autonomen von vornherein ungeeignet, da durch diese weder gesellschaftliche Strukturen noch die Politik der Herrschenden gefährdet werden könnten. Zum Beweis werde von den Autonomen auf diejenigen Fälle verwiesen, in denen selbst große Demonstrationen mit mehreren hunderttausend Teilnehmern keinen Einfluß auf Regierungshandeln gehabt hätten,

¹⁴⁰⁰ Ebd., S. 2 (Abschnitt 1 a).

¹⁴⁰¹ Ebd., S. 3 (Abschnitt 1 b).

¹⁴⁰² Ebd.

¹⁴⁰³ Ebd., S. 3 (Abschnitt 2 a).

¹⁴⁰⁴ Ebd.

wie etwa die große Friedensdemonstration in New York¹⁴⁰⁵. Wenn es einer linken politische Kraft wie etwa der AL gelinge, sich im bestehenden politischen System zu etablieren, so sei dies kein Beweis für eine eben doch vorhandene Veränderbarkeit des Systems, sondern nur darauf zurückzuführen, daß sich die entsprechenden Organisationen und Parteien an das herrschende System angepaßt hätten¹⁴⁰⁶. Die Beteiligung an der Machtausübung sei die dafür erteilte Belohnung.

Wie diese Analyse zeigte, hatte die Berliner Alternative Liste eine recht klare Vorstellung von den Autonomen. Sie stellte zwar fest, daß es zwischen ihr und letzteren gewisse Übereinstimmungen in den politischen Grundwerten gab, so etwa die Überzeugung, daß diejenigen Güter wie beispielsweise Wohnraum, die zur Befriedigung von Grundbedürfnissen notwendig seien, keine Handelsware sein dürften. Trotzdem stünden „Lebenszusammenhänge und Politikverständnis der meisten ALer/innen [...] in einem fast unüberbrückbaren Gegensatz zu denen der Autonomen“¹⁴⁰⁷. Die Politik der Alternativen Liste beruhe auf den historischen Erfahrungen des Scheiterns der außerparlamentarischen Opposition seit den 1960er Jahren. Diese Erfahrung sei aber bei den Autonomen entweder nicht vorhanden, oder werde bewußt oder unbewußt verdrängt¹⁴⁰⁸. Andererseits hielt die AL den Autonomen zugute, durch ihre direkten Aktionen zu politisch brisanten Fragen¹⁴⁰⁹ weit erfolgreicher darin gewesen zu sein, die Öffentlichkeit dazu zu zwingen, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen. Die Autonomen seien eine Bewegung, die handle, wo der Rest der Linken nur theoretisiere, und dadurch gesellschaftliche Mißstände in der notwendigen Zuspitzung zum Ausbruch bringe¹⁴¹⁰.

In der Frage der Gewalt schließlich kritisierte die AL-Kommission sowohl das politische Establishment als auch die Autonomen. Ersteres verdamme zwar die Gewalt, die bei Straßenschlachten ausgeübt werde, betreibe oder billige selbst aber Gewalt in Form von Umweltzerstörung, des Hungers in der Dritten Welt, den unsozialen Ver-

¹⁴⁰⁵ Am 12. Juni 1982, also einen Tag nach der West-Berliner Demonstration, mit ca. 500.000-750.000 Teilnehmern. Vgl. Größte Friedensdemonstration in der Geschichte der USA. In: *Frankfurter Rundschau* (14. Juni 1982); sowie Reifenberg, Jan: Am East River noch Anstöße zu Abrüstungsbemühungen? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (16. Juni 1982).

¹⁴⁰⁶ Ebd., S. 4 (Abschnitt 2 a).

¹⁴⁰⁷ Ebd.

¹⁴⁰⁸ Ebd., S. 4 (Abschnitt 2 b).

¹⁴⁰⁹ Insbesondere durch die erwähnten Hausbesetzungen, Anm. T.W.

¹⁴¹⁰ Asche, Helmut; et al.: *Bericht der Kommission „11. Juni“*. AA, unverzeichneter Bestand. S. 4 (Abschnitt 2 b).

hältnissen in der Bundesrepublik und insbesondere des „selbstmörderische[n] Wett-rüsten[s]“¹⁴¹¹. Die Autonomen dagegen beantworteten die „Arroganz der Macht“ mit einer „Arroganz der Gegenmacht“ und blieben so „auf dem Niveau der kritisierten Verhältnisse“ stehen, anstatt diese zu überwinden¹⁴¹². Die Alternative Liste sah sich dabei in einem Dilemma: Auf der einen Seite wollte sie die Autonomen nicht ausgrenzen und teilte deren Ansicht, daß man sich gegen Entwicklungen wie die Pershing II-Stationierung wehren müsse. Auf der anderen Seite gelte aber auch:

Man kann nicht für Frieden demonstrieren und dabei sinnlose Aggressivität tolerieren und die Verletzung von Jugendlichen und Polizisten in Kauf nehmen. Man kann nicht der Anwalt der kleinen Leute sein und dazu schweigen, daß das Vermögen von kleinen Leuten am Winterfeldplatz zerstört wurde.¹⁴¹³

Diese Gewalt sei aber, anders als in den bürgerlichen Medien dargestellt, nicht das Ergebnis der Bösartigkeit von „Chaoten“, sondern das Ergebnis „einer umfassenden Krise ‚unserer freiheitlichen westlichen Zivilisation‘“¹⁴¹⁴, durch die Jugendlichen eine sinnvolle Lebensperspektive von vornherein verweigert, und sie in verzweifelte Militanz „gegen die Starrheit und Unmenschlichkeit des Systems“¹⁴¹⁵ geführt würden. Statt einer solchen Fixierung auf die Konfrontation mit der Staatsmacht gelte es aber, zum Zweck der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Praxis alternative Lebensformen zu entwickeln. In Bezug auf Demonstrationen werde die Alternative Liste in Zukunft alles tun, um deeskalierend zu wirken, Gewalt zu verhindern und statt dessen dem Prinzip des gewaltfreien Widerstandes zur Durchsetzung zu verhelfen.¹⁴¹⁶ In dieser Einschätzung traten die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Alternativen und Autonomen klar zutage: Gemeinsam war ihnen die Festlegung auf eine Politik des Widerstands. Der Unterschied bestand in der Auffassung über die Form in der dieser Widerstand geübt werden sollte – durch militante Aktionen oder Zivilen Ungehorsam – sowie darin, ob der reine Widerstand durch eine Mitarbeit in den Parlamenten unterstützt werden solle oder nicht. Auch darin, daß ein eigener Lebensstil und eigene soziale Projekte entwickelt werden sollten, waren sich Autonome und Alternative einig, vollkommen unterschiedlich aber waren wie-

¹⁴¹¹ Ebd., S. 5 (Abschnitt 3).

¹⁴¹² Ebd.

¹⁴¹³ Ebd.

¹⁴¹⁴ Ebd.

¹⁴¹⁵ Ebd.

¹⁴¹⁶ Ebd., S. 6 (Abschnitt 3).

derum ihre Auffassungen über die konkreten Konzeptionen: Betrachteten die Alternativen ihre Projekte als Mittel zu einer evolutionären Transformation der Gesellschaft, so sahen sich die Autonomen im permanenten Kampf gegen eine Gesellschaft, in der himmelschreiende Ungerechtigkeiten zum ganz normalen Alltag gehörten. Militanter Widerstand war für sie dementsprechend nicht nur politische Aktions-, sondern Lebensform. Ihre sozialen Projekte, die in besetzten Häusern und Autonomen Zentren verankert waren, verstanden sie als Mittel zur Schaffung befreiter Zonen im Sinne der Theorie des Guerillakampfes.

e) *Frieden durch Widerstand: Positionen und Diskussionen im BAF*

Die Diskussion im BAF war schließlich besonders kompliziert; nicht überraschend angesichts des Umstands, daß dieser ja keine einheitliche Organisation, sondern ein Bündnis darstellte. Einigen Ärger rief eine Broschüre mit dem Titel „500.000 gegen Reagan & NATO“¹⁴¹⁷ hervor, die eine noch weit umfangreichere Dokumentation der Bonner und Berliner Demonstrationen beinhaltete, als die Publikation der Autonomen. Da der Mitherausgeber Herbert Meyer im Impressum offiziell als „Vertreter für den Bundeskongreß Autonomer Friedensgruppen im Koordinationsausschuß der Demonstration vom 10.6.“ firmierte, konnte der faktenwidrige Eindruck entstehen, bei dieser Broschüre handele es sich um eine offizielle Publikation des gesamten BAF. Dies war für einige Mitglieder einerseits formal inakzeptabel, da der Inhalt der Broschüre im Bündnis nicht diskutiert worden war und daher auch nicht das Placet der Mitgliedsgruppen erhalten hatte. Zum anderen stieß auch die inhaltliche Darstellung der Ausschreitungen auf Kritik. So schrieb der Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa, der Abschnitt der Dokumentation zu den Geschehnissen am Berliner Nollendorfplatz, einem Brennpunkt der Straßenschlachten, „unter dem vielsagenden Titel ‚Friedensbewegung im Widerstand‘ ähnelt mehr einer Kriegsberichterstattung moderner alternativer Landser als einer verantwortungsvollen friedenspolitischen

¹⁴¹⁷ Weidmann, Bernd; Meyer, Herbert; Christiansen, Theo; Grohmann, Peter (Hrsgg.): *500.000 gegen Reagan & NATO: Dokumentation: 10.6. Bonn, NATO-Politik 1949-82, Reagan in Berlin, I.D.E.E.* Göttingen 1982.

Position.¹⁴¹⁸ Der Arbeitskreis und weitere Kritiker wie der Saarbrücker Pfarrer Günther Heipp äußerten den Verdacht, mit dieser nicht autorisierten Publikation solle das gesamte Bündnis quasi durch die Hintertür auf bestimmte politische Positionen festgelegt werden¹⁴¹⁹.

Insgesamt teilte der BAF die Einschätzungen der Alternativen Liste West-Berlin, ergänzte diese allerdings noch um einige Aspekte. Entsprechend des großen Stellenwerts, den die Konflikte in den Ländern der 3. Welt für das Bündnis hatten, wurde der Frage der dort aktiven Guerillagruppen besonderes Gewicht beigemessen. Da der „bewaffnete Widerstand für die Durchsetzung des Mehrheitswillens gegen die mit Staatsterror ausgestattete Minderheit“ als in der 3. Welt „unvermeidliche Widerstandsform“¹⁴²⁰ angesehen wurde, kam ein kategorischer Gewaltverzicht für die anti-imperialistisch orientierten Friedensgruppen nicht in Betracht. Andererseits stellten sie fest, „daß die Sozial-, Macht- und Herrschaftsstrukturen westeuropäischer Gesellschaften sich von jenen der Gesellschaften in der Dritten Welt qualitativ unterscheiden“ und deshalb die Widerstandsform des bewaffneten Kampfes „auf westeuropäische Gesellschaften nicht übertragbar“ sei¹⁴²¹. „Von daher ergibt sich, daß weder der Bau von AKWs, noch die weitere Aufrüstung, noch andere menschenfeindliche Maßnahmen der etablierten Machtstrukturen und Parteien in der Bundesrepublik durch die Strategie des bewaffneten Kampfes zu verhindern sind.“¹⁴²² Der Gewaltverzicht erfolgte somit zwar, allerdings aus strategischen und nicht aus prinzipiellen Gründen.

Bei der Betrachtung der Geschehnisse vom 10. und 11. Juni 1982 wurde diese Sichtweise noch ausführlicher dargelegt. Der BAF machte einmal mehr deutlich, daß er eine Mittelposition zwischen dem Mainstream der Friedensbewegung und den militanten Autonomen einnahm. So schrieb Robert Bücking, ein Mitglied der Gruppe „Krieg dem Krieg“ Bremen: „Uns nervt die Alternative, sich entweder am Nollendorfplatz [in Berlin] den Schädel einschlagen zu lassen oder in Bonn auf den

¹⁴¹⁸ Vgl. Brief des Arbeitskreises atomwaffenfreies Europa an die Hamburger Friedenskoordination und die BAF-Regionaladressen vom 5. August 1982. In: ASBB, Box 4.8.2, Mappe II.

¹⁴¹⁹ Vgl. ebd. sowie den Brief von Günther Heipp an die Hamburger Friedenskoordination, die BAF-Regionaladressen und den Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa, West-Berlin, vom 22. August 1982. In: ASBB, Box 4.8.2, Mappe II.

¹⁴²⁰ BAF-Info Nr. 1 vom September 1982, S. 21. In: ASBB, Box 4.8.2, Mappe III.

¹⁴²¹ Ebd.

¹⁴²² Ebd.

Rheinauen Woodstock zu feiern.¹⁴²³ Das Agieren als Straßenkämpfer biete keine Perspektive für politische Erfolge. Doch auch die legalistische Strategie des Bewegungs-Mainstreams, der den Erfolg auf parlamentarischem Weg anstrebe, habe sich als Illusion erwiesen: Zuerst sei die SPD als Regierungspartei bei ihrer Linie der Stationierung geblieben. Nun, da die CDU an der Macht sei, müsse die Friedensbewegung sich klar machen: „Wir werden die Stationierung nicht verhindern können, weil wir die CDU-Regierung nicht stürzen können.“¹⁴²⁴ Für die außerparlamentarische Opposition ergebe sich somit, daß ein dritter Weg zwischen fruchtloser Militanz und zahnloser systemloyaler Opposition am vielversprechendsten sei. Dieser müsse jeweils am eigentlichen Ort des Geschehens ausgetragen werden: „Unsere Politik ist angewiesen auf die ‚Symbolik‘ und ‚Sinnlichkeit‘ direkter Auseinandersetzungen. Gegen den Bauplatz, die Abschußrampe, den NATO-Gipfel.“¹⁴²⁵ Zentrales strategisches Ziel müsse es sein, die Zustimmung der Bevölkerung zum politischen System auf breiter Front zur Erosion zu bringen.

Dieselbe Sichtweise vertrat auch der für die Evangelische Studentengemeinde (ESG) Stuttgart in der Demonstrationsvorbereitung zum 10. Juni tätige Peter Grohmann. Er schrieb in seiner nachträglichen Bewertung der Bonner Demonstration:

Der Erfolg des 10.6. liegt zum einen in der Zahl: ob es nun 420000 oder 460000 waren, trotz Berlin-Demo, trotz Arbeitstag in manchen Bundesländern, ist ziemlich unerheblich. Er liegt zum anderen in dem Willen, diese Republik tatsächlich unregierbar zu machen, wenn keine Änderung der politischen Verhältnisse erreicht wird – und wer glaubt das schon! Die Rede Bastians war die Rede von gestern, vergeben und vergessen wie viele andere auch; an die Menschen von heute, die nicht mehr an Reden interessiert sind. Jubel und nicht enden wollender Beifall aber, als das Wort Widerstand fiel, Ansätze durchschimmerten, sich dem System NATO zu verweigern, ein Stück Radikalität in den Alltag zu tragen. Das waren die wirklich politischen Momente dieser Massenkundgebung, und sie gilt es aufzunehmen, zu konkretisieren.¹⁴²⁶

¹⁴²³ Bücking, Robert: Sind die Raketen noch zu verhindern? In: Weidmann, Bernd; Meyer, Herbert; Christiansen, Theo; Grohmann, Peter (Hrsgg.): *500.000 gegen Reagan & NATO: Dokumentation: 10.6. Bonn, NATO-Politik 1949-82, Reagan in Berlin, I.D.E.E.* Göttingen 1982. S. 11.

¹⁴²⁴ Ebd.

¹⁴²⁵ Ebd.

¹⁴²⁶ Grohmann, Peter: Friedensbewegung – ex und hopp? In: Weidmann, Bernd; Meyer, Herbert; Christiansen, Theo; Grohmann, Peter (Hrsgg.): *500.000 gegen Reagan & NATO: Dokumentation: 10.6. Bonn, NATO-Politik 1949-82, Reagan in Berlin, I.D.E.E.* Göttingen 1982. S. 9.

Widerstand gegen die „Kriegstreiberei der Herrschenden“¹⁴²⁷ war somit der Weg zum Frieden. Der BAF vertrat die bereits skizzierte Position einer symbolischen Militanz, welche einerseits einen aktiven politischen Widerstand umfaßte, der bewußt Gesetzesübertretungen beging, physische Mittel wie die Besetzung signifikanter Räume oder Sachbeschädigungen einsetzte und Repräsentanten des ‚Systems‘ durch Farbbeutel und ähnliche Gegenstände in ihrer persönlichen Würde angriff, jedoch nicht darauf abzielte, dem Gegner ernsthaften körperlichen Schaden zuzufügen. Das politische Hauptziel bestand in der Zersetzung der Legitimität der bestehenden politischen Ordnung.

Diese Kontroversen zum Reagan-Besuch im Juni 1982 wiederholten sich in nahezu deckungsgleicher Weise beim Besuch von Vizepräsident George Bush am 25. Juni 1983 in Krefeld. Ausgerechnet in dieser Stadt, deren Name untrennbar mit der Friedensbewegung verknüpft war, kündigte einer der Organisatoren der Feier „300 Jahre Deutsche in Amerika“¹⁴²⁸, die den Anlaß für den Besuch bot, „eine andere Art von Krefelder Appell“ an¹⁴²⁹, womit offensichtlich an eine Pro-Stationierungskundgebung gedacht war. Dies war als Provokation gemeint und wurde von der Friedensbewegung auch genau so verstanden. Nach den Straßenschlachten, zu denen es auch in Krefeld kam, wurden die Geschehnisse abermals von den verschiedenen Strömungen aufgearbeitet¹⁴³⁰. Große Beachtung fanden dabei die Pläne der Bundesregierung zur Verschärfung des Demonstrationsrechts, die sie mit den erneuten Ausschreitungen begründete. Bundeskanzler Kohl war besonders erbost darüber gewesen, daß es einer kleinen Gruppe von Autonomen gelungen war, direkt bis zur Wagenkolonne Bushs durchzubrechen und diese anzugreifen¹⁴³¹. In der Dokumentation

¹⁴²⁷ Quistorp, Eva; Kirsch, Karin; Kühle, Manfred; Meinberg, Wilhelm; Korbach, Hajo; Keller, Gerhard: Stellungnahme zum Ergebnis des Arbeitstreffens der unabhängigen Friedensgruppen am 26./27.2.1983 in Frankfurt. In: *Moderne Zeiten: Sozialistische Monatschrift* (Sondernummer zur Friedensbewegung, Mai 1983). S. 20.

¹⁴²⁸ Am 6. Oktober 1683 hatte die *Concord* mit 13 Krefelder Familien an Bord die amerikanische Ostküste erreicht. Diese hatten im Anschluß Germantown – heute ein Stadtteil Philadelphias – gegründet.

¹⁴²⁹ Aufste’h’n; Offene Gemeinde (Hrsgg.): *Bush: Ein Besuch und seine Folgen*. S. 6. HIS SBe 540, Bestand Wolferts.

¹⁴³⁰ Für den moderaten Teil und die Veranstalter des deutsch-amerikanischen Friedensfestes in Krefeld: Aufste’h’n; Offene Gemeinde (Hrsgg.): *Bush: Ein Besuch und seine Folgen*. S. 6. HIS SBe 540, Bestand Wolferts; für den BAF und ihm nahestehende Gruppen: Lukas, Barbara, et al. (Hrsgg.): *Krefeld am 25.6.: eine Dokumentation*. HIS SBe 544, Box 01.

¹⁴³¹ Vgl. Bannas, Günter: Amerikanischen Football-Spielern standen deutsche Rowdies im Weg. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (27. Juni 1983); Bush würdig empfangen. In: *die tageszeitung* (27. Juni 1983); Schreiter-Schwarzenfeld, Horst: Krefeld erlebte eine Feier und einen „Bush-Krieg“. In:

des moderaten Teils der Friedensbewegung wurde der Regierung unterstellt, sie freue sich klammheimlich über die Krawalle, da ihr diese den Vorwand lieferten, eine seit längerem beabsichtigte Verschärfung der Gesetze zur inneren Sicherheit durchzuführen¹⁴³². Robert Jungk äußerte gar die Vermutung, bei einigen der Randalierer habe es sich um bezahlte *agents provocateurs* gehandelt¹⁴³³. Darauf antwortete Herrmann L. Gremliza, der wahrscheinlich scharfzüngigste Polemiker, den die beiden deutschen Republiken in dieser Zeit aufzuweisen hatten, die Krefelder Krawalle verlangten

andere Antworten als die der Oma Jungk, die da sagte: „Wer ‚Nie wieder Krieg‘ sagt, muß auch ‚nie wieder Bürgerkrieg‘ sagen.“ Als sollten Atomraketen gegen Sozialpartnerschaft getauscht, der Imperialismus totgestreichelt und der Kapitalismus von einer ökopazifistischen Volksgemeinschaft zu Grabe gesungen werden.¹⁴³⁴

Sein – Gremlizas – seelisches Gleichgewicht werde jedenfalls eher gestört, wenn ein „Schwein“ wie Bush die Bundesrepublik unversehrt passieren könne, als wenn dieser vermittels eines Steinwurfs ein wenig lädiert werde. Und falls solcherart den USA die Lust am Atomkrieg genommen werden könne, wer, so Gremliza, würde dann nicht gerne den ersten Stein¹⁴³⁵?

Damit formulierte der Konkret-Herausgeber in gewohnt provokanter Form eine Frage, die auch die weitere Diskussion im BAF bestimmen sollte. Nachdem dieser seinen Konflikt mit den Autonomen und Antiimperialisten durchgestanden hatte, geriet er aufgrund seiner Mittelposition im Jahr 1983 in eine Auseinandersetzung mit den kategorisch gewaltfreien bzw. legalistischen Strömungen der übrigen Friedensbewegung. Bei einem Frankfurter Treffen im Februar 1983, in dem ein gemeinsames politische Vorgehen für den Herbst dieses entscheidenden Jahres abgestimmt werden sollte, kam es sowohl zu schweren Zerwürfnissen innerhalb des BAF als auch zu Konflikten mit BAF-externen Organisationen wie dem BBU und den Grünen¹⁴³⁶.

Frankfurter Rundschau (27. Juni 1983); Leicht, Robert: Lehren vor dem heiklen Herbst. In: *Süddeutsche Zeitung* (28. Juni 1983); Streit wegen der Krawalle von Krefeld verschärft sich. In: *Frankfurter Rundschau* (28. Juni 1983); Michal, Wolfgang: „Daß die sich gleich kloppen müssen!“ In: *Vorwärts* (30. Juni 1983); Schwelien, Michael: „Das sieht nach Sabotage aus“ In: *Die Zeit* (1. Juli 1983); Wie in Chicago. In: *Der Spiegel* (4. Juli 1983).

¹⁴³² Aufstehe'n; Offene Gemeinde, *Bush*, S. 11-13.

¹⁴³³ Lukas et al., *Krefeld*, S. 28-30.

¹⁴³⁴ Gremliza, Herrmann L.: Keine Steine auf die Schweine. In: *Konkret* Nr. 8 (August 1983). S. 10.

¹⁴³⁵ Ebd.

¹⁴³⁶ Vgl. die internen Protokolle in *Ziviler Ungehorsam '83*, Rundbrief Nr. 0 (28. Juni 1983), S. 2-4; sowie Nr. 2 (16. August 1983), S. 10 f.; außerdem den ausführlichen Bericht aus Sicht der Autonomen: Mr. Is-it-this-what-you-wanted & friends: Gräben, Dogmen & Aktionen. In: *Radikal* Nr. 114 (März

Die geplante Koordination kam vorerst nicht zustande, mehrere Gruppen erklärten das Ende ihrer – zum Teil noch gar nicht begonnenen – Zusammenarbeit. Waren in der ersten Konfrontation Autonome und Antimperialisten aus dem Gründungsprozeß des BAF ausgeschlossen worden, so gerieten nun die Pazifisten und Antimilitaristen mit den undogmatischen radikalen Linken aneinander, da sie deren konfrontatives Politikverständnis und ihren Einsatz von symbolischer Militanz ablehnten.

Der Streit zeichnete sich dabei durch eine Verkettung verschiedenster strategischer und ideologischer Fragen aus. Die undogmatischen Linken wurden vor allem vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie sowie durch Gruppen aus Bremen und Berlin vertreten, was bezeichnend war, handelte es sich bei den drei Städten doch um *die* Hochburgen der radikalen Linken in der BRD. Während diese Gewalt wie erläutert aus strategischen Gründen ausschlossen, forderten die Pazifisten eine grundsätzliche und uneingeschränkte Festlegung auf Gewaltfreiheit, wozu die radikalen Linken nicht bereit waren. Gleichzeitig wurde darum gestritten, ob der Versuch unternommen werden sollte, die Friedensbewegung insgesamt zu radikalisieren, oder ob sie möglichst moderat und somit für ‚Normalbürger‘ zugänglich gehalten werden sollte. Hierbei gab es wiederum Spannungen zwischen Pazifisten, die das Mittel des gewaltfreien zivilen Ungehorsams anwenden wollten, das Gesetzesverstöße einschloß, und dem sozialdemokratischen und kommunistischen Spektrum, die jeden Protest in legalen Bahnen zu halten bestrebt waren. DKP und SPD nahmen in dieser strategischen Frage dieselbe Position ein¹⁴³⁷, was eine recht seltsame politische Bettgenossenschaft schuf.

Außerdem wurde mit Verve darüber diskutiert, wie der Begriff der Gewalt und somit derjenige der Gewaltfreiheit überhaupt zu definieren seien. Obwohl diese Frage zunächst sehr abstrakt anmutete, enthielt sie doch eminente politische Implikationen. Staatlicherseits wurde bereits die Blockade einer Straße durch bloßes Hinsetzen als Gewalt gewertet. Hätte die Friedensbewegung diese Auffassung akzeptiert, so hätte sie damit der Regierung die politische Definitionsmacht zugebilligt. Auf der anderen Seite hatten die radikalpazifistischen Pflugschar-Aktivisten, die sich über

1983), S. 14; weiterhin „Politiker um Schlaf bringen“. In: *Frankfurter Rundschau* (28. Februar 1983); „Friedens-Koordination“ an Gewaltfrage gescheitert. In: ebd.; Glaubenskämpfe oder Spaltungsversuche. In: *die tageszeitung* (2. März 1983); sowie die ausführlichen Berichte und Interviews in *Moderne Zeiten: Sozialistische Monatschrift* (Sondernummer zur Friedensbewegung, Mai 1983), S. 20-26.

¹⁴³⁷ Vgl. *Moderne Zeiten*, Sondernummer Mai 1983, S. 20-25.

Farbbeutelwürfe auf Polizisten empörten, ihre eigenen Aktionen immer als gewaltfrei definiert, obwohl zu diesen stets die Beschädigung von militärischen Einrichtungen und Waffensystemen gehörte, was zeigte, wie vielfältig und oft auch diffus die Definitionen von Gewalt in der Debatte waren. Dies wurde auch deutlich, als die Delegierten des Göttinger AK den Kompromißvorschlag machten, Gewalt gegen Menschen und „unbeteiligte Sachen“ (also etwa Steinwürfe gegen amerikanische Geschäfte wie MacDonald’s) auszuschließen und darüber hinaus Auseinandersetzungen mit der Polizei zu vermeiden. Dies war im Hinblick auf konkrete Aktionsformen praktisch dieselbe Position, die auch die Pazifisten vertraten, nämlich Gewalt nur gegen Sachen zuzulassen, die mit der Stationierung in unmittelbarem Zusammenhang standen. Da die Göttinger Delegierten jedoch ausdrücklich nur Zusagen bezüglich aktueller Aktionsformen abgaben, während sie auf der Ebene der politischen Theorie das Prinzip der Gewaltfreiheit nach wie vor ablehnten, ja als „Ideologie von Märtyrern“¹⁴³⁸ kritisierten, welches „die Opferbereitschaft eines religiösen Fanatikers“¹⁴³⁹ voraussetze, wurde ihnen unterstellt, nur aus Taktik gewaltfrei zu agieren, klammheimlich jedoch auch gewalttätige Aktionen gutzuheißen¹⁴⁴⁰. Den radikalen Linken wurde also im Kern nicht die *konkrete* Ausübung von Gewalt vorgeworfen, sondern vielmehr ihre *grundsätzliche* politische und auch emotionale Einstellung zu dieser. Die Diskussionen wurden dabei sehr persönlich geführt. So warf der Geschäftsführer der Grünen, Lukas Beckmann, dem Vertreter des Göttinger AK vor, dieser habe sich gefreut, als während eines Vorbereitungstreffens zur Bonner Demonstration die Nachricht von einem Anschlag auf eine US-Kaserne eingetroffen sei¹⁴⁴¹.

Angesichts der Tatsache, daß die Vorstellungen von der Gestaltung des Widerstandes in praktischer Hinsicht doch sehr nahe beieinander lagen, war leicht begreiflich, daß die Auseinandersetzungen von vielen der Beteiligten als Streit um Glaubensbekenntnisse und Weltanschauungen verstanden wurden¹⁴⁴². Verlangt wurde die

¹⁴³⁸ Ebd., S. 22.

¹⁴³⁹ Ebd.

¹⁴⁴⁰ So etwa in einer gemeinsamen Erklärung von Eva Quistorp, Karin Kirsch, Manfred Kühle, Wilhelm Meinberg, Hajo Korbach und Gerhard Keller. Vgl. dies.: Stellungnahme zum Ergebnis des Arbeitstreffens der unabhängigen Friedensgruppen am 26./27.2.1983 in Frankfurt, in: *Moderne Zeiten*, Sondernummer Mai 1983, S. 20 f.

¹⁴⁴¹ Glaubenskämpfe oder Spaltungsversuche. In: *die tageszeitung* (2. März 1983); Gräben, Dogmen & Aktionen. In: *Radikal* Nr. 114 (März 1983), S. 14.

¹⁴⁴² Quistorp et al. in *Moderne Zeiten*, Sondernummer Mai 1983, S. 20. Die Autoren des Artikels referierten diese Einschätzung, wiesen sie jedoch als aus ihrer Sichtweise unzutreffend zurück.

offizielle Anerkennung des pazifistischen Credo. Dabei entsprangen die Unterschiede in den Widerstandskonzeptionen den verschiedenen Vorstellungen von Politik als psychologischem Komplex: Für Gandhianer war es aufgrund ihrer auf Bekehrung abzielenden Grundhaltung unabdingbar, bei ihren Aktionen ein provozierendes oder bedrohliches Auftreten unter allen Umständen zu vermeiden. Die Vertreter des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie hielten dem entgegen, die Friedensfixierung der Radikalpazifisten sei so stark, daß sie sich prinzipiell nicht in konfrontative Situationen begeben wollten. Die Gandhianer legten die Gewaltfreiheit so extensiv aus, daß es nicht einmal mehr erlaubt sei, „das Schloß eines Tores zuzukleistern“¹⁴⁴³. Der Vorwurf an die Radikalpazifisten lautete mithin, sie seien harmoniesüchtig und konfliktscheu, womit auch die undogmatischen Linken den emotionalen Habitus ihrer Kontrahenten zum Objekt der Kritik machten. Im Streit zwischen politischen Strömungen ging es somit nicht nur um abstrakte politische Konzepte, sondern hier trafen ganz verschieden strukturierte Persönlichkeiten mit deutlich unterschiedlichen Temperamenten auseinander. Der Göttinger AK kritisierte weiter, die meisten derjenigen, die für Gewaltfreiheit einträten, fänden es „überhaupt nicht richtig, sich grundlegend mit dem Staatsapparat anzulegen“¹⁴⁴⁴. In der Konfrontation liege aber gerade das Wesen politischen Widerstandes. Insofern könnten allein solche Aktionen produktiv sein, welche für den Gegner, d. h. den Staat, tatsächlich gefährlich seien. Bei nicht-konfrontativen Aktionen wie den Ostermärschen handele es sich dagegen nur um harmlose Veranstaltungen auf der „Spielwiese der Demokratie“¹⁴⁴⁵, also lediglich um Simulationen von Politik, welche von der Obrigkeit problemlos ignoriert werden könnten.

Grundsätzlich begriffen die Vertreter einer symbolischen Militanz Politik damit als Machtkampf, wobei die wichtigste Machtressource moderner Demokratien ihrer politischen Analyse nach in der Zustimmung der Bürger bestand. Sie teilten damit zumindest im Prinzip das Weltbild der Autonomen. Zwar hielten sie Aktionsformen wie Sprengstoffanschläge und Straßenschlachten für ungeeignet, ja kontraproduktiv, trotzdem weigerten sie sich hartnäckig, es den großen Friedensorganisationen gleich-

¹⁴⁴³ Vgl. Gewaltfreiheit – Widerstandskonzept oder Träumerei? Interview mit dem Göttinger Atom-Express. In: *Moderne Zeiten*, Sondernummer Mai 1983, S. 22 f.

¹⁴⁴⁴ Quistorp et al. in *Moderne Zeiten*, Sondernummer Mai 1983, S. 20.

¹⁴⁴⁵ Vgl. Gewaltfreiheit – Widerstandskonzept oder Träumerei? Interview mit dem Göttinger Atom-Express. In: *Moderne Zeiten*, Sondernummer Mai 1983, S. 22 f.

zutun und sich von den Autonomen zu distanzieren, die eben jene Mittel einsetzten. Diese symbolpolitische Frage der Distanzierung bildete von Bremen 1980 bis Krefeld 1983, also während der gesamten Dauer des Streits um die Stationierung, einen Dauerbrenner in den internen Debatten der Friedensbewegung.

Die Streitereien zwischen Gandhianern und gemäßigt Militanten setzten sich noch durch das ganze erste Halbjahr 1983 fort. Nachdem bei einem weiteren Arbeitstreffen in Frankfurt am 28. Mai scheinbar doch noch ein tragfähiger Kompromiß erzielt worden war, entzündete sich der Konflikt erneut, und zwar diesmal an der Frage des Sitzes des geplanten Koordinierungsbüros. Bonn war gleich zu Anfang abgelehnt worden, weil dort die Gefahr einer zu großen Nähe zum Establishment der Friedensbewegung und seinem legalistischen Kurs gesehen wurde. Statt dessen wurde Göttingen ins Spiel gebracht und vorerst auch akzeptiert. Dagegen wandten sich allerdings der Vertreter der Osnabrücker Friedensinitiative, Mohssen Massarat, und der Delegierte der Hamburger Friedenskoordination, Manfred Kühle, bei einem weiteren Arbeitstreffen am 12. Juni in Hannover¹⁴⁴⁶. Sie wiederholten dabei die schweren und zum Teil sehr persönlichen Vorwürfe gegen den Göttinger AK und seine Mitglieder, die schon im Februar in Frankfurt vorgebracht worden waren. Schließlich einigte man sich auf den Friedensladen Kassel als Sitz des neuen Koordinierungsbüros, da Kassel im Richtungsstreit als neutral galt. Die Ergebnisse dieser langwierigen und zermürbenden Auseinandersetzungen zeigten sich beim zweiten Bundestreffen des BUF am 27. und 28. August 1983 in Marburg, zu dem deutlich weniger Gruppen erschienen als zuvor¹⁴⁴⁷. Man war der Streitereien sichtlich überdrüssig, was sich in der spürbaren Lustlosigkeit äußerte, mit der die Debatten zu Theoriefragen geführt wurden. Viele Mitglieder waren inzwischen offenbar der Meinung, daß eine Einigung über die politischen Grundsätze ohnehin nicht möglich sei, so daß der einzig sinnvolle Kurs darin liege, den sich allein auf den praktischen Widerstand gegen die Stationierung zu konzentriere. Es ist übrigens nicht zu entscheiden, ob diese Treffen des Jahres 1983 unter dem Titel BAF, BUF oder Spektrum Ziviler Ungehorsam liefen, da die Beteiligten sich zu diesem Zeitpunkt selbst nicht darüber im Klaren waren, wie sie sich bezeichnen wollten. Die Redakteure des neuen Kommunikationsorgans, des

¹⁴⁴⁶ Vgl. den offenen Brief des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie an die Osnabrücker Friedensinitiative und die Hamburger Friedenskoordination, in: *Ziviler Ungehorsam '83*, Rundbrief Nr. 2 (16. August 1983), S. 10 f.

¹⁴⁴⁷ *Ziviler Ungehorsam '83*, Rundbrief Nr. 3 (9. September 1983), S. 3-13.

Rundbriefs Ziviler Ungehorsam, stellten dazu fest: „[Wir] fragen uns, wer ‚Ihr‘ seid und damit auch, wer ‚Wir‘ sind. Klartext: Wir bekommen den Eindruck, daß durch die schillernde Formel ‚unabhängige/autonome Friedensbewegung‘ oder ‚Spektrum Ziviler Ungehorsam‘ wir uns selbst vormachen, daß wir eine eigene Identität haben.“¹⁴⁴⁸ Die harten internen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern einer strikten Gewaltfreiheit und denen einer symbolischen Militanz hatten somit zu einer weit fortgeschrittenen Zersplitterung des BAF geführt. Sein endgültiger Zerfall war zu diesem Zeitpunkt bereits absehbar.

f) Die Loccum Blockade

Auch die am weitesten beachtete Aktion gegen das Establishment der Friedensbewegung und dessen Zusammenarbeit mit den Behörden wurde nicht von den Autonomen, sondern von Angehörigen der autonomen Friedensgruppen durchgeführt. Dabei handelte es sich um die Blockade der Evangelischen Akademie Loccum am 23. September 1983, in der eine Klausurtagung von Vertretern der Polizei und der Friedensbewegung hatten stattfinden sollen¹⁴⁴⁹. Diese Gespräche standen in einer zeitlich weiter zurückreichenden Tradition von verschiedenen Deeskalationsversuchen, die schon im Rahmen der Konflikte um Kernkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen in anderen Bundesländern stattgefunden hatten¹⁴⁵⁰. Die Tagung selbst war die öffentliche Fortsetzung von vertraulichen Treffen des Jahres 1983, den sogenannten „Stuttgarter Gesprächen“, in denen ein Ausbruch von Gewalttätigkeiten im von der Friedensbewegung angekündigten „heißen Herbst“ 1983 hatte verhindert werden sollen¹⁴⁵¹. Die prinzipiellen Mentalitätsunterschiede zwischen gandhianischen Pazifi-

¹⁴⁴⁸ Ebd., S. 3.

¹⁴⁴⁹ Zwischen Vertretern der Landespolizeidirektion Baden-Württemberg, des Baden-Württembergischen Innenministeriums, der Kirchen, des BBU und der Grünen. Für die Friedensbewegung nahm unter anderem Wolfgang Sternstein teil. Zu seiner Sicht als eines Befürworters der Verständigung mit der Polizei siehe ders.: *Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit*. S. 237-247. Zur Position der Autonomen vgl. Basisgruppen Göttingen (Hrsg.): *Bombenstimmung*. S. 22, sowie Atomexpress; Atommüllzeitung; Kommunistischer Bund; Straßenmedizin (Hrsgg.): *„Vertrauen schaffen!“: Innere Sicherheit und Friedensbewegung*. S. 6. Beide in: ASBH, Sektion 12.

¹⁴⁵⁰ *Ziviler Ungehorsam '83*, Rundbrief Nr. 3 (9. September 1983), S. 8; Sternstein, *Mein Weg*, S. 237.

¹⁴⁵¹ Vgl. Protokoll der Arbeitsgruppe 2 des BUF-Treffens vom 27./28. August in Marburg, in: *Ziviler Ungehorsam '83: Rundbrief Nr. 3*. S. 8 f.; Atomexpress; Atommüllzeitung; Kommunistischer Bund; Straßenmedizin (Hrsgg.): *„Vertrauen schaffen!“: Innere Sicherheit und Friedensbewegung*. S. 6; Sternstein,

sten wie beispielsweise Wolfgang Sternstein, die die Polizei mehr als Konfliktpartner denn als Gegner ansahen, und Militanten, die ganz entschieden letztere Sichtweise vertraten, prallten dabei massiv aufeinander.

Bei den Stuttgarter Gesprächen hatte der Stuttgarter Landespolizeipräsident Alfred Stümper die staatliche Seite vertreten, Wolfgang Sternstein den BBU. Aus ihnen war das „Stümper-Sternstein-Papier“ hervorgegangen, in dem weitreichende Vereinbarungen zum Ablauf künftiger Demonstrationen niedergelegt worden waren. Dieses Papier hatte noch den Charakter einer Diskussionsgrundlage und sollte als Basis für die Loccumer Gespräche dienen. Durch einen Husarenstreich der radikalen Kräfte gelangte es aber früher als geplant an die Öffentlichkeit: Eine Sitzung der vorbereitenden Arbeitsgruppe wurde von einigen militanten Aktivisten gestürmt¹⁴⁵² und die Arbeitsunterlagen der Teilnehmer inklusive der vertraulichen Papiere entwendet¹⁴⁵³. Sie wurden am 24. August 1983 in der *tageszeitung* veröffentlicht, wo sie als „Staatsvertrag“ zwischen Friedensbewegung und Behörden betitelt wurden¹⁴⁵⁴. Die vereinbarten Absprachen sowie der ganze Geist des Papiers, das offensichtlich darauf abzielte, jegliche Art von Militanz zu unterbinden und ihre Befürworter aus der Friedensbewegung auszuschließen, riefen bei der radikalen Linken einen Aufschrei der Empörung hervor. Sternstein wurde des Verrats bezichtigt. Aus seiner Sicht war jedoch eine Zusammenarbeit von militanten und gewaltfreien Kräften in der Friedensbewegung von vornherein unmöglich. In seiner Darstellung der Ereignisse schrieb er:

Ich bin durchaus imstande, mich in die Gemütsverfassung der bewegungsinternen Opposition aus dem linksradikalen und anarchistischen Lager einzufühlen. Für sie bestätigte das Ergebnis der „Stuttgarter Gespräche“ ihre schlimmsten Befürchtungen. Mit dem erklärten Verzicht auf Gewalt im Sinne

Mein Weg, S. 238; sowie den ausführlichen Bericht: Abkühlungsgespräche für den Herbst. In: *die tageszeitung* (11. Juli 1983).

¹⁴⁵² Diese fand in Darmstadt statt, da die hessische Landesregierung das Interesse bekundet hatte, bei den Konflikten um die Startbahn West eine vergleichbare Vereinbarung mit der Protestbewegung zu treffen, wie ihre Stuttgarter Kollegen.

¹⁴⁵³ Zur ausführlichen Schilderung der Vorgänge siehe Sternstein, *Mein Weg*, S. 240 f.

¹⁴⁵⁴ Staatsvertrag zwischen Bewegung und Polizei. In: *die tageszeitung* (24. August 1983). Die öffentliche Debatte lief zu diesem Zeitpunkt allerdings schon, vgl. Abkühlungsgespräche für den Herbst. In: *die tageszeitung* (11. Juli 1983); Offener Brief des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie: Die Loccumer Klausurtagung darf nicht stattfinden! In: *die tageszeitung* (18. Juli 1983); Hölscher, Astrid: Stolpern über Stock und Stein. In: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt (24. Juli 1983); Geheime Gespräche seit einem Jahr. In: *die tageszeitung* (1. August 1983); Henkel, Peter: „Die Polizei bekundete Respekt vor dem zivilen Ungehorsam“. In: *Frankfurter Rundschau* (2. August 1983); Polizei spricht mit Friedensbewegung. In: *Stuttgarter Zeitung* (5. August 1983); Erste „Herbst-Kontakte“ in Stuttgart. In: *Frankfurter Rundschau* (6. August 1983); Stellungnahme der Osnabrücker Friedensinitiative: Loccumer Klausurtagung. In: *die tageszeitung* (19. August 1983).

Menschen verletzender Handlungen waren wir ihrer Meinung nach der Spaltungsstrategie der Herrschenden auf den Leim gegangen. Diese Strategie zielte ihrer Ansicht nach darauf ab, den gemäßigten Flügel der Bewegung durch Zugeständnisse vom militanten Flügel zu trennen, um auf diese Weise die Bewegung zu spalten und zu schwächen. Doch die Einheit der Widerstandsbewegung, die sie beschworen, war eine Fiktion. Es gibt in der Methodenfrage und letztlich auch in der Frage der Ziele keine Gemeinsamkeit zwischen dem Gewalt ausschließenden und dem Gewalt einschließenden Flügel. Da gibt es nichts zu beschönigen, zu verkleistern und zu übertünchen. Da gibt es kein Sowohl-als-auch, sondern nur ein Entweder-oder. Jede und jeder Einzelne, jede Gruppe und jede Organisation muß in dieser Frage eine Entscheidung treffen.¹⁴⁵⁵

Schon beim Frankfurter BUF-Treffen im Februar 1983 hatte Sternstein diejenigen Kräfte, die Gewalt nicht kategorisch ausschließen wollten, dazu aufgefordert, die BUF-Struktur ganz zu verlassen und sich eine eigenständige Organisation zu geben¹⁴⁵⁶. Insofern hatten die Militanten mit ihrer Einschätzung völlig recht, daß Sternstein und andere, die wie er dachten, etwa Petra Kelly oder Jo Leinen, den militanten Teil aus der Friedensbewegung herausdrängen wollten. Aus pazifistischer Sicht konnte nur eine vollständig gewaltfreie Bewegung eine wirkliche Friedensbewegung sein. Damit beanspruchten die Gandhianer die politische Definitionsmacht über den Charakter der Friedensbewegung, was implizit das Recht beinhaltete, zu entscheiden, wer zu dieser gehörte und wer nicht.

Es war nun allerdings sehr die Frage, ob Sternstein den Konflikt überhaupt zutreffend wahrnahm. Auch die im BAF organisierten radikalen Linken schlossen ja wie erwähnt die physische Verletzung von Personen aus. Ein Vergleich des Stümper-Sternstein-Papier mit der Resolution des Marburger BUF-Treffens vom August 1983, in dem die Stuttgarter Gespräche verurteilt und eine Gegenposition formuliert wurde, zeigt, daß der Dogmenstreit um die Gewalt tatsächlich nur einen Aspekt der politischen Differenzen darstellte. In Ersterem hieß es:

Im Blick auf die richtigen Wege zur Lösung der großen existentiellen Fragen unserer Zeit sind viele Menschen heute verunsichert, in Ängsten oder gar Gewissensnöten. Die Verunsicherung bezieht sich auch auf unseren Staat und seine Grundordnung.

Zahlreiche Bürgerproteste gegen die Energie-, Wirtschafts-, Umwelt-, Wohnungs- und Verteidigungspolitik vermitteln den Eindruck, daß in unse-

¹⁴⁵⁵ Ebd., S. 241.

¹⁴⁵⁶ Mr. Is-it-this-what-you-wanted & friends: Gräben, Dogmen & Aktionen. In: *Radikal* Nr. 114 (März 1983), S. 14.

rem politischen Miteinander etwas nicht mehr stimmt. Die positive Grundeinstellung der Bürger zum Staat, zur Verfassung, zu den gewählten Repräsentanten und deren Entscheidungen scheint gestört, der innere Friede in Gefahr.

[...] Der Weg, gefährlichen Entwicklungen vorzubeugen, besteht darin, den bürgerlichen Protest ernstzunehmen, den Fragen nicht auszuweichen und innerlich bereit zu sein, auch eigene Positionen zu überdenken. Andererseits sollten auch Bürgerinitiativen die von Regierungsvertretern vorgetragene Argumente sorgfältig prüfen und ebenfalls bereit sein, eigene Positionen zu überdenken. Ziel von Gesprächen sollte es sein, eine Lösung zu finden, die für beide Seiten annehmbar ist. Dazu gehört die umfassende Information der Betroffenen durch die Regierung und der Nachweis, daß die geplante Entscheidung notwendig ist. Eine Regierung, die sich nicht nur als Vollstrecker des Mehrheitswillens versteht, sollte um Vertrauen werben, statt Beschlüsse gegen den Willen der Betroffenen durchzusetzen.

[...] Gruppenbestrebungen und Minderheitsinteressen dürfen nicht unterdrückt oder von vornherein abqualifiziert werden. Die Suche nach dem Ausgleich und die Achtung vor Minderheitsmeinungen sind als Grundelemente demokratischer Gesinnung erforderlich. Sie dürfen aber andererseits nicht die Regierbarkeit unseres Gemeinwesens beeinträchtigen.

Minderheiten müssen eigene Anliegen mit Geduld, unter Ausschöpfung der vorgesehenen politischen Wege und grundsätzlich im Rahmen des Rechts verfolgen. Sie müssen sich damit abfinden können, auch zu unterliegen. Nur dann Entscheidungen anzuerkennen, wenn sie sich mit den eigenen Auffassungen decken, widerspricht demokratischem Grundverständnis.

[...] Die Ausübung des Demonstrationsrechts erscheint nur da sinnvoll, wo es Wirkung entfalten kann. Es kann aber notwendig werden, in aufgeheizten Situationen auf Massendemonstrationen in der Nähe strittiger Objekte zu verzichten, um einen gewaltsamen Verlauf zu meiden.¹⁴⁵⁷

Insbesondere im vorletzten Absatz stellte der Text unmißverständlich die unaufhebbare Gültigkeit der repräsentativen Demokratie, ihrer Institutionen und Verfahren fest. Er stand damit im diametralen Widerspruch zur Position der linksradikalen Gruppen in der Friedensbewegung, die die Legitimität der bestehenden Institutionen- und Rechtsordnung vehement bestritten. Aus ihrer Sicht waren diese nichts als Werkzeuge zur Durchsetzung der Interessen der herrschenden Klasse. Da die politischen und juristischen Spielregeln somit von vornherein einzig zu dem Zweck entworfen waren, die bestehenden Machtverhältnisse aufrecht zu erhalten, war die Forderung, sich an diese zu halten, politisch widersinnig. Die Behauptung, Polizei und Justiz seien politisch neutral, war aus dieser Sichtweise ganz eindeutig unwahr, und nichts weiter als ein Bestandteil der das System legitimierenden Propaganda.

¹⁴⁵⁷ Staatsvertrag zwischen Bewegung und Polizei. In: *die tageszeitung* (24. August 1983).

In Bezug auf das Gewaltverständnis hinsichtlich der Blockaden wurde im Stümper-Sternstein-Papier lediglich festgestellt, daß es dazu unterschiedliche Auffassungen gäbe. Eine Lösung wurde nur insoweit angedeutet, als auf den gesellschaftlichen Wandel der Rechtsauffassungen verwiesen wurde. So sei der Streik lange Zeit eine illegale Aktionsform der Arbeiterbewegung gewesen, während er inzwischen ein akzeptiertes Mittel der Auseinandersetzung darstelle; eine, wie sich später herausstellte, hellsichtige Analogie, wurde doch der Nötigungscharakter der Sitzblockaden schließlich vom Bundesverfassungsgericht verneint¹⁴⁵⁸. Um Eskalationen zu verhindern, formulierte das Stümper-Sternstein-Papier Anforderungen an beide Seiten, die jeweils provozierendes Verhalten zu unterlassen hätten. So verpflichtete sich einerseits die Polizei dazu, die Verhältnismäßigkeit der Mittel zu beachten und „aggressiv oder martialisch wirkendes Auftreten“¹⁴⁵⁹ zu vermeiden, während andererseits die Protestbewegung keine Aktionen ohne vorhergehende Ankündigung durchführen, auf verummtes oder gar bewaffnetes Auftreten verzichten und die Polizeibeamten nicht verhöhnen oder beleidigen sollte. Für die Polizei wurde festgestellt, daß diese „ein zur neutralen Rechtsanwendung verpflichtetes Vollzugsorgan“¹⁴⁶⁰ sei, „nicht der politische Ansprechpartner“¹⁴⁶¹. Sie dürfe nicht „aus rechtsphilosophischen Überlegungen über Legitimität und Legalität unterscheiden zwischen Gesetzen, die man beachten muß und Gesetzen, die man nicht zu beachten braucht“¹⁴⁶². Bei rechtsverletzenden Handlungen würden daher aufgrund der Strafverfolgungspflicht der Polizei entsprechende Maßnahmen ergriffen, die jedoch vorhersehbar, verhältnismäßig und lageangepaßt gestaltet werden sollten.

Viele Mitglieder der Friedensbewegung sahen in diesen Vereinbarungen nun nichts anderes als eine Straßenverkehrsordnung politischen Protests, die diesen harmlos und beherrschbar machen sollte. Aufmerksamen Lesern konnte nicht entgehen, daß das Papier alle militanten und konfrontativen Aktionsformen ausschloß, sich jedoch bezüglich der von den Pazifisten präferierten Blockaden aller Verurtei-

¹⁴⁵⁸ Allerdings erst 1995 nach vorangehenden anderslautenden Entscheidungen. Der Schwäbisch Gmünder Amtsrichter Werner Offenloch, der eine Vielzahl der Blockadeprozesse leitete, beklagte sich in seinem späteren Rückblick bitter über die aus seiner Sicht verfehlte Änderung in der Rechtsprechung durch das Bundesverfassungsgericht. Vgl. Offenloch, Werner: *Erinnerung an das Recht: Der Streit um die Nachrüstung auf den Straßen und vor den Gerichten*. Tübingen 2005.

¹⁴⁵⁹ Staatsvertrag zwischen Bewegung und Polizei. In: *die tageszeitung* (24. August 1983).

¹⁴⁶⁰ Ebd.

¹⁴⁶¹ Ebd.

¹⁴⁶² Ebd.

lungen enthielt, obwohl auch in deren Verlauf Rechtsverletzungen begangen wurden. Vor allem werteten die Autoren des Papiers das Schwinden einer „positive[n] Grundeinstellung der Bürger zum Staat, zur Verfassung, zu den gewählten Repräsentanten und deren Entscheidungen“ als *negative* Entwicklung, wohingegen dies für den BAF ja gerade sein zentrales politisches Ziel bildete, und daher nachdrücklich zu begrüßen war.

Wolfgang Sternstein selbst schrieb im Rückblick:

Was die Interessenlage der Staatsvertreter betraf, so hatte ich keine Illusionen. Ihnen ging es in erster Linie darum, den Protest und Widerstand der neuen sozialen Bewegungen zu kanalisieren und in die institutionell vorgesehenen Bahnen der parlamentarischen Demokratie zu leiten. Von unserer Seite gab es ein nicht minder großes Interesse an der Vermeidung gewaltsamer Auseinandersetzungen, wenngleich aus einem anderen Grund: Wir waren überzeugt, daß wir unsere Ziele – Umweltschutz, Frieden, soziale Gerechtigkeit – aufgrund der Zweck-Mittel-Relation niemals durch Gewalt, sondern nur durch gewaltlose Mittel erreichen können. Ich war mir sicher, in diesem Punkt nicht nur für den BBU zu sprechen. Es ging folglich nicht um einen Kompromiß wie beispielsweise beim Arbeitskampf, wo beide Seiten sich in Verhandlungen auf einander zu bewegen. Aus meiner Sicht haben wir nichts preisgegeben, sondern in den Gesprächen lediglich unsere Position verdeutlicht.¹⁴⁶³

Dies war allerdings nur dann richtig, wenn man die Friedensbewegung ausschließlich im gandhianischen Verständnis definierte. Dagegen kam das BUF-Treffen in Marburg zu einer ganz anderen Bewertung:

Am 23./24.9. 83 wollen sich in der Evangelischen Akademie Loccum Funktionäre der Friedensbewegung mit Politikern, Polizeichefs, Medienleuten, Kirchenvertretern und anderen zusammensetzen. Dieses Treffen wird als De-eskalationsgespräch zur Vermeidung von Konfrontationen und Gewalt bei den Herbstaktionen angekündigt. Loccum ist durch die Diskussion der letzten Wochen jedoch zum Symbol geworden: zum Symbol für Staatsloyalität, für Mißtrauen gegenüber unseren eigenen Vertretern und für eine sich andeutende Niederlage im Kampf um eine Radikalisierung der Friedensbewegung. Perspektive und Ziel der unabhängigen Friedensbewegung ist es, für den Herbst und darüber hinaus durch wachsenden Widerstand auf breitester Basis, die Regierenden zu zwingen, die Entscheidung zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zu revidieren. Dieser Widerstand bedeutet die Bereitschaft vieler Menschen zur Verhinderung der Aufrüstung Regelverletzungen zu begehen, die geltenden Rechtsnormen in Frage zu stellen, und damit die Loyalität in Sachen Aufrüstungsmaßnahmen zu diesem Staat praktisch aufzukündigen. Polizei und Politiker haben die Gefahr, die in diesem Widerstandskonzept steckt, erkannt. Denn eine Eskalation des Widerstandes, wie sie die Idee

¹⁴⁶³ Sternstein, *Mein Weg*, S. 238.

des zivilen Ungehorsams beinhaltet, trifft den formaldemokratischen Staat an einer empfindlichen Stelle: Seine Legitimation, über diese existentielle Frage zu entscheiden, wird zunehmend in Frage gestellt und einer „Antwort“ tatsächlich widerstanden. Nun gilt es, den Loyalitätsverlust aufzufangen. Deshalb gibt sich die Polizei den Anschein, als wäre sie Vermittler zwischen Staats- und Bürgerinteressen. Die Staatsgewalt scheint neutral zwischen den Fronten zu stehen, scheint nur das für alle Seiten „vernünftige“ zu wollen. Aber in Punkto Aufrüstung gibt es keinen Kompromiß. Entweder es wird aufgerüstet oder nicht. Deshalb können auch in den Formen und Mitteln für diese gegensätzlichen Ziele auf Dauer keine Kompromisse zur allseitigen Zufriedenheit geschlossen werden.

Folgerichtig ist die Polizei auch nicht dazu da, ein ideelles Gesamtinteresse, sondern die Staatsinteressen zu verfolgen. Sie ist dazu da, die Stationierung, die die Regierenden beschließen, auch durchzusetzen.

[...] Alltäglicher Widerstand, Ungehorsam soll so kalkulierbar werden, wie die alljährliche Demo am 1. September (Antikriegstag). Dies widerspricht jedoch seinem Charakter. Entweder dieser Widerstand richtet sich potentiell an jedem Ort und zu jeder Zeit gegen die Aufrüstung oder es wird zum Ritual. Entweder die Friedensbewegung plant direkte Aktionen so, daß sie ihren Zielen dient, oder sie beschließt Aktionen, die sich mit den Zielen des Polizeiparates und dessen „Brötchengeber“ vereinbaren lassen. Diese letztere Möglichkeit kann letztlich zu dem führen, was im Sternstein/Kraft/Stümper-Papier angelegt ist: zu einer Bewegung, für die man das neue Demorecht nicht braucht, weil sie sich schon selbst Gedanken macht, wie mit Abweichlern von mit der Polizei vereinbarten Konzept [sic!] zu verfahren ist. Zu einer Bewegung, für die man kein Vermummungsverbot mehr braucht, weil sie es von selbst schon nicht macht. Was die Polizei mit denen macht, die autonom ihre Aktionen durchführt [sic!], ist klar: isolieren, verprügeln, kriminalisieren. Die jetzt schon propagierte Formel – unberechenbar = Gewaltsam – wird zwar immer falsch bleiben, wird jedoch durch Gespräche a la Loccum auch von unseren Vertretern faktisch anerkannt, Loccum ist Symbol und Ausdruck für die oben skizzierten Tendenzen. Wer meint, nach Loccum gehen zu können, um dort Feindbilder abzubauen, macht sich Illusionen. Die dort anwesenden Politiker und Polizeichefs haben möglicherweise auch Feindbilder von „Friedenshetzern“ im Kopf, v. a. aber haben sie eine genaue Analyse von der Friedensbewegung, davon, wo bei uns die Widersprüche und Schwächen und mögliche Spaltungslinien liegen. Deswegen werden sie in Loccum sein.

Die Bundesregierung hat eine umfangreiche Diffamierungs- und Verleumdungskampagne gegen die Friedensbewegung beginnen [sic!], die u. a. in einer bisher nicht gekannten Presse- und Mediegleichschaltung gipfeln soll. Es ist zwecklos, mit Regierungsvertretern in Loccum über „Entspannung“ zu reden, wenn gleichzeitig von den Verantwortlichen eben dieser Regierung ein aggressionsgeladenes und gewalterzeugendes Klima heraufbeschworen wird.¹⁴⁶⁴

Nicht die Gewalt war also der eigentlich strittige Punkt, denn auch die BUF bekannte sich ja zum – mit Ausnahme von Sachbeschädigungen – gewaltlosen zivilen Unge-

¹⁴⁶⁴ Resolution zur Loccumer Klausurtagung, verabschiedet auf dem Marburger Kongreß der BUF vom 27./28. August 83. In: *Ziviler Ungehorsam '83*, Rundbrief Nr. 3 (9. September 1983), S. 81 f.

horsam, sondern das Verhältnis der Bewegung zum Staat, die Frage der Loyalität zum politischen System, die Anerkennung der Gültigkeit der bestehenden Rechtsordnung, also in summa der grundsätzliche Charakter der Auseinandersetzung. Konnte man die Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles dadurch verhindern, daß man die Regierung von ihrem Irrtum überzeugte, oder konnte man ihr Zugeständnisse nur durch Widerstand abringen? Stand die Friedensbewegung nur in Opposition zur Regierung, oder zum ganzen politischen System? War die Polizei Konfliktpartner oder Gegner? Handelte es sich bei der Bundesrepublik um eine Formaldemokratie, deren politisches System die Herrschaftsinteressen Weniger sicherte, oder war sie eine echte Demokratie, in der jedes Anliegen die gleichen Erfolgchancen hatte? Und vor allem: Welcher ihrer Strömungen kam die politische Definitionsmacht über die Friedensbewegung zu?

Wenn auch einige BUF-Gruppen nicht prinzipiell gegen Gespräche mit der Polizei waren und sich an der folgenden Blockade der Akademie daher nicht beteiligten, so gingen ihnen die Vereinbarungen des Stümper-Sternstein-Papieres doch eindeutig zu weit. In einem im Vorfeld der Gespräche publizierten offenen Brief, den mehrere Vertreter von in der BUF organisierten oder dieser nahestehenden Gruppen¹⁴⁶⁵ wie auch prominente Mitglieder des linken Flügels der Grünen wie beispielsweise Rainer Trampert unterzeichneten, hieß es unter Bezugnahme auf die Aussage des Stümper-Sternstein-Papiers, daß der inneren Frieden der Bundesrepublik in Gefahr sei:

[...] die Friedensbewegung [ist] aber auch nicht bei der Suche nach dem inneren Frieden entstanden, sondern im Protest und im Widerstand gegen eine tödliche Aufrüstungspolitik. Politische Konfrontation **muß** das Ziel der Friedensbewegung bleiben, will sie ihre Aufgabe, nämlich Druck auf die Regierenden auszuüben, erfüllen.¹⁴⁶⁶

Anstatt von der Friedensbewegung eine Deeskalation zu fordern, müsse vielmehr die Bundesregierung die politische Situation dadurch deeskalieren, daß sie die Raketenstationierung nicht durchführe¹⁴⁶⁷. Außerdem verdienten solche Gespräche wie in

¹⁴⁶⁵ So u.a. der Evangelischen Studentengemeinde (ESG), der Bundeskonferenz Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), der Hamburger Friedenskoordination und bemerkenswerterweise auch des BBU. Die Unterzeichner, die diesem angehörten, stellten sich damit also ebenso wie diejenigen aus den Reihen der Grünen öffentlich gegen Mitglieder ihres eigenen Verbandes bzw. ihrer Partei.

¹⁴⁶⁶ Garantien kann es nicht geben. In: *Frankfurter Rundschau* (17. September 1983). Hervorhebung wie im Original.

¹⁴⁶⁷ Ebd.

Loccum nicht den Namen ‚Verhandlungen‘, da Verhandlungen naturgemäß aus gegenseitigem Geben und Nehmen beständen. Im Fall des Konfliktes um die Pershing II-Stationierung beharre aber der Staat auf seinem Gewaltmonopol und allen gegen Demonstranten und Blockierer eingesetzten administrativen Mitteln, wie etwa dem, den Teilnehmern einer Blockade die Kosten ebenjenes Polizeieinsatzes aufzubürden, durch den die Blockade beseitigt werde¹⁴⁶⁸. Auch das Argument der Polizeiführung, man wolle durch eine Einigung auf beiderseitig anerkannte Demonstrationsspielregeln lediglich die Randalierer von den friedlichen Demonstranten trennen, war ihrer Meinung nach nur vorgeschoben. Schließlich betrachte Bundesinnenminister Zimmermann jeden Blockierer, der nach der ersten Aufforderung der Polizei zur Auflösung der Blockade noch sitzen bleibe, als Gewalttäter¹⁴⁶⁹. Mit Leuten, die sich die Spielregeln des Rechtsstaates ganz nach eigenem Gutdünken zurechtschneiderten, um sie als Waffe gegen oppositionelle Bewegungen einzusetzen, könne es keine Verständigung geben.

Diese Kritik blieb nun nicht ohne Folgen: Einige Teilnehmer zogen ihre bereits gegebene Zusage zur Teilnahme an den Loccumer Gesprächen wieder zurück¹⁴⁷⁰. Der Sekretär des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Klaus Vack, antwortete daraufhin den Kritikern seinerseits mit einem offenen Brief, in dem er als Replik formulierte, die Friedensbewegung sei seinem Verständnis nach immer eine demokratisch offene und auf gewaltfreie Konfliktlösung hin orientierte Bewegung gewesen¹⁴⁷¹. Auch wenn es durchaus angebracht sei, den Vertretern von Politik, Polizei und Militär in der Sache sehr hart entgegenzutreten, so müsse dies doch immer in der Form des mit Argumenten geführten Gespräches geschehen. Eine Politik des reinen und unversöhnlichen Widerstandes würde dagegen bedeuten, nur eigene Feindbilder

¹⁴⁶⁸ Ebd. Ähnlich kleinlich – und verfassungsrechtlich bedenklich – muteten die Versuche des Bundesministeriums des Inneren an, die Deutsche Bundesbahn davon abzuhalten, den Organisationen der Friedensbewegung die sonst üblichen Rabatte bei der Bereitstellung von Sonderzügen zu Großdemonstrationen zu gewähren. Auf entsprechende Vorstöße von Minister Zimmermann, die schon hart an der Grenze zum Amtsmissbrauch lagen, hatte es scharfe Reaktionen von Seiten des SPD-Abgeordneten Klaus Daubertshäuser, des innenpolitischen Sprechers der FDP, Burkhard Hirsch, sowie des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Ernst Haar, gegeben. Vgl. Minister bestätigt Intervention gegen Friedensdemonstranten. In: *Frankfurter Rundschau* (19. September 1983); Billige Bundesbahntarife für Friedensdemonstranten. In: ebd. (20. September 1983); sowie den sarkastischen politischen Kommentar: Rosarote Signale. In: ebd. (22. September 1983).

¹⁴⁶⁹ Garantien kann es nicht geben. In: *Frankfurter Rundschau* (17. September 1983).

¹⁴⁷⁰ Vgl. Freunde, laßt die Luft ab! In: *Frankfurter Rundschau* (21. September 1983).

¹⁴⁷¹ Ebd.

auf- statt die der anderen abzubauen. Die Offenheit und Gesprächsfähigkeit der Friedensbewegung würde verlorengehen, und statt dessen ein Zustand der Selbstisolation eintreten¹⁴⁷². Vacks Versuch, den Loccumer Gesprächen die Akzeptanz zu sichern, blieb jedoch erfolglos. Die Gebäude der Akademie wurden am 23. September blockiert und die Veranstaltung somit verhindert. Eines der von den Blockierern mitgeführten Transparente verkündete: „Die Freiheit wird nicht erbettelt, die Freiheit wird erkämpft“¹⁴⁷³.

¹⁴⁷² Ebd.

¹⁴⁷³ Vgl. Loccumer Treffen verhindert. In: *Frankfurter Rundschau* (24. September 1983).

4. Eine Politik der Bergpredigt: Rettung durch die Nachfolge Christi

a) *Das Problem des gerechten Krieges*

Die Haltung der Christen zum Krieg gehörte seit jeher zu den theologischen Fundamentalproblemen, um die bereits seit der Antike mit die heftigsten Auseinandersetzungen geführt wurden. Diese äußerst lange und reiche Geschichte des Ringens um das richtige Verhalten von Christen angesichts bewaffneter Konflikte kann hier nur angedeutet werden, wie auch die höchst intensiven und komplexen theologischen Auseinandersetzungen im Streit um den NATO-Doppelbeschuß hier nur in ihren wesentlichen Grundzügen dargestellt werden können. Eine weithin – allerdings keineswegs von allen – akzeptierte Lösung hatte die Frage nach dem richtigen Verhältnis von Christen zur staatlichen Gewalt in der Theorie des gerechten Krieges von Augustinus gefunden. Demnach galten für den Krieg, sollte dieser als legitim gelten, klar definierte Kriterien, wie etwa die, daß er sich nur gegen vom Feind begangenes Unrecht richten, oder daß er nur von legitimen Autoritäten angeordnet werden dürfe¹⁴⁷⁴. Letztendliches Ziel eines gerechten Krieges müsse stets die Wiederherstellung des Friedens sein („*bellum geritur, ut pax adquiratur*“¹⁴⁷⁵), was eo ipso die Versöhnung mit dem vormaligen Feind einschloß. Vernichtungskriege waren von vornherein als ungerecht anzusehen. Unter Frieden verstand Augustinus dabei vor allem eine legitime Rechtsordnung. Dies hatten unter anderem die Staatsjuristen in Mittelalter und Früher Neuzeit zum Vorwand genommen, um noch den offensichtlichsten Raubkrieg stets als rechtmäßige Notwehr gegen Rechtsverletzungen des Gegners zu kaschieren, was angesichts der verwickelten und weitreichenden erbrechtlichen Ansprüche auch nicht weiter schwierig gewesen war. In dieser Unmöglichkeit, bei vorgeschobenen oder tatsächlichen widerstreitenden Rechtsauffassungen gewaltbegrenzend zu wirken, bestand wahrscheinlich die Hauptschwäche der augustinischen Lehre.

Die Erfindung der Nuklearwaffen hatte die Christen nun allerdings vor weitere Probleme gestellt. Insbesondere mußte darüber nachgedacht werden, ob nicht durch die Verwendung von Nuklearwaffen auch nur zu Zwecken der Verteidigung ein größeres Übel geschaffen wurde, als durch das Erleiden einer Aggression, was den augustinischen

¹⁴⁷⁴ Vgl. Weissenberg, Timo J.: *Die Friedenslehre des Augustinus: Theologische Grundlagen und ethische Entfaltung*. (Theologie und Friede, Bd. 28) Stuttgart 2005. S. 147-171.

¹⁴⁷⁵ Augustinus von Hippo, Epistulae 189,6.

Kriterien klar widersprochen hätte¹⁴⁷⁶. Die Haltung sowohl der katholischen wie auch der evangelischen Kirche, die sich beide auf die augustinische Tradition beriefen, war im Prinzip die einer bedingten Bejahung der Rechtmäßigkeit militärischer Verteidigung. Die durch Nuklearwaffen möglichen ungeheuren Zerstörungen ließen diese jedoch mehr und mehr fragwürdig werden. Bereits Papst Pius XII. hatte 1954 erklärt, der Einsatz von Atomwaffen müsse für völlig unsittlich erklärt werden, falls deren Anwendung eine solche Ausdehnung des Übels, also der Kriegszerstörungen mit sich bringe, daß es sich einer Kontrolle des Menschen entzöge¹⁴⁷⁷. Daraus konnte allerdings noch der Umkehrschluß gezogen werden, daß ein Einsatz von Nuklearwaffen so lange hinnehmbar sei, wie eine unkontrollierte Eskalation ausgeschlossen war. Die Äußerungen Pius XII. bedeuteten also noch kein kategorisches Verbot ihrer Verwendung. In den folgenden Jahrzehnten wurde mit der technischen Weiterentwicklung und der zunehmenden Zerstörungskraft der Nuklearwaffen auch die Haltung der katholischen Kirche immer ablehnender. In der Enzyklika *Pacem in terris* Papst Johannes XXIII. aus dem Jahr 1963 hieß es, es widerstrebe „in unserem Zeitalter, das sich rühmt, Atomzeitalter zu sein, der Vernunft, den Krieg noch als das geeignete Mittel zur Wiederherstellung verletzter Rechte zu betrachten.“¹⁴⁷⁸ Auch beklagte die Enzyklika, daß das Verhältnis der Völker durch Furcht bestimmt werde, und drückte die Hoffnung aus, daß statt dessen gegenseitiges Vertrauen hergestellt werden könne, wozu sie eine beiderseitige, schrittweise erfolgende Abrüstung dringend empfahl¹⁴⁷⁹.

Damit war das Wettrüsten als zu überwindender Zustand definiert. Die Pflicht eines Christen bestand demnach darin, für den Frieden in der Welt aktiv einzutreten. Das II. Vatikanische Konzil bekräftigte diese Haltung noch einmal: Zunächst stellte es zwar die prinzipielle Legitimität der Friedenssicherung durch militärische Mittel fest:

Solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen. Die Regierenden und alle, die Verantwortung für den Staat tragen, sind verpflichtet, das Wohl der ihnen anvertrauten Völker zu schützen, und sie sollen diese ernste Sache ernst nehmen. [...] Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte

¹⁴⁷⁶ Vgl. Weissenberg, *Friedenslehre*, S. 165-171.

¹⁴⁷⁷ Vgl. Rock, Martin: Zur Entwicklung der katholischen Lehrmeinung über Nuklearwaffen. In: Küpper, Christel; Rieger, Franz (Hrsgg.): *Atomwaffen und Gewissen: Entscheidungshilfe für Christen*. Freiburg i. Br. 1983. S. 28.

¹⁴⁷⁸ „Pacem in terris“, Nr. 127. Zit. nach der deutschen Übersetzung unter: <http://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/333.html>.

¹⁴⁷⁹ „Pacem in terris“, Nr. 109-129.

sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.¹⁴⁸⁰

Dann aber traf das Konzil Aussagen, die erstaunlich nahe an den Positionen der späteren Friedensbewegungen lagen:

Mit der Fortentwicklung wissenschaftlicher Waffen wachsen der Schrecken und die Verwerflichkeit des Krieges ins Unermeßliche. Die Anwendung solcher Waffen im Krieg vermag ungeheure und unkontrollierbare Zerstörungen auszulösen, die die Grenzen einer gerechten Verteidigung weit überschreiten. Ja wenn man alle Mittel, die sich schon in den Waffenlagern der Großmächte befinden, voll einsetzen würde, würde sich daraus eine fast totale und gegenseitige Vernichtung des einen Gegners durch den anderen ergeben, abgesehen von den zahllosen Verwüstungen in der Welt, die dem Gebrauch solcher Waffen als verhängnisvolle Nachwirkungen folgen. All dies zwingt uns, die Frage des Krieges mit einer ganz neuen inneren Einstellung zu prüfen. Die Menschen unseres Zeitalters sollen wissen, daß sie über ihre kriegerischen Handlungen einmal schwere Rechenschaft abzulegen haben. Von ihren heutigen Entscheidungen hängt nämlich weitgehend der Lauf der Zukunft ab. Deshalb macht sich diese Heilige Synode die Verurteilung des totalen Krieges, wie sie schon von den letzten Päpsten ausgesprochen wurde, zu eigen und erklärt: Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist. Die besondere Gefahr des modernen Krieges besteht darin, daß er sozusagen denen, die im Besitz neuerer wissenschaftlicher Waffen sind, die Gelegenheit schafft, solche Verbrechen zu begehen, und in einer Art unerbittlicher Verstrickung den Willen des Menschen zu den fürchterlichsten Entschlüssen treiben kann. Damit in Zukunft so etwas nie geschieht, beschwören die versammelten Bischöfe des ganzen Erdkreises alle, insbesondere die Regierenden und die militärischen Befehlshaber, sich jederzeit der großen Verantwortung bewußt zu sein, die sie vor Gott und der ganzen Menschheit tragen.¹⁴⁸¹

Jede Vernichtung ganzer Städte war also ein Verbrechen gegen Gott – dies implizierte eindeutig ein weitgehendes Verbot der Verwendung von Nuklearwaffen, außer gegen abseits menschlicher Siedlungen gelegene militärische Einrichtungen. Und auch zum Problem des Wettrüstens fand das Konzil deutliche Worte:

Wie immer man auch zu dieser Methode der Abschreckung stehen mag - die Menschen sollten überzeugt sein, daß der Rüstungswettlauf, zu dem nicht wenige Nationen ihre Zuflucht nehmen, kein sicherer Weg ist, den Frieden zu sichern, und daß das daraus sich ergebende sogenannte Gleichgewicht kein sicherer und wirklicher Friede ist. Statt daß dieser die Ursachen des Krieges beseitigt, drohen diese dadurch sogar eher weiter zuzunehmen. Während man riesige Summen für die Herstellung immer neuer Waffen ausgibt, kann man nicht genügend Hilfsmittel bereitstellen zur Bekämpfung all des Elends in der heutigen Welt. Anstatt

¹⁴⁸⁰ „Gaudium et spes“. Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils. Zit. nach der deutschen Übersetzung unter: <http://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/239.html>. Nr. 79.

¹⁴⁸¹ „Gaudium et spes“, Nr. 80.

die Spannungen zwischen den Völkern wirklich und gründlich zu lösen, überträgt man sie noch auf andere Erdteile. Neue Wege, von einer inneren Wandlung aus beginnend, müssen gewählt werden, um dieses Ärgernis zu beseitigen, die Welt von der drückenden Angst zu befreien und ihr den wahren Frieden zu schenken. Darum muß noch einmal erklärt werden: Der Rüstungswettlauf ist eine der schrecklichsten Wunden der Menschheit, er schädigt unerträglich die Armen. Wenn hier nicht Hilfe geschaffen wird, ist zu befürchten, daß er eines Tages all das tödliche Unheil bringt, wozu er schon jetzt die Mittel bereitstellt. Gewarnt vor Katastrophen, die das Menschengeschlecht heute möglich macht, wollen wir die Frist, die uns noch von oben gewährt wurde, nützen, um mit geschärftem Verantwortungsbewußtsein Methoden zu finden, unsere Meinungsverschiedenheiten auf eine Art und Weise zu lösen, die des Menschen würdiger ist. Die göttliche Vorsehung fordert dringend von uns, daß wir uns von der alten Knechtschaft des Krieges befreien. Wohin uns der verhängnisvolle Weg, den wir beschritten haben, führen mag, falls wir nicht diesen Versuch zur Umkehr machen, das wissen wir nicht.¹⁴⁸²

Der Rüstungswettlauf schädigte die Armen der Welt in unerträglicher Weise: Auch hier fand sich wieder eine der Kernbotschaften der späteren Friedensbewegung, ebenso wie in der Feststellung, das Gleichgewicht des Schreckens sei kein Friede, sondern ein gefährlich instabiler, bloßer Waffenstillstand.

Auf evangelischer Seite lief die Entwicklung ähnlich ab. Der wesentliche Text für die Evangelische Kirche in Deutschland waren dabei die *Heidelberger Thesen* aus dem Jahr 1959, die durch eine von der EKD eingesetzte Studienkommission erarbeitet worden waren, der u.a. Helmut Gollwitzer, Georg Picht und Carl Friedrich von Weizsäcker angehört hatten. Auch in diesen wurde die bedingte Akzeptanz einer Verteidigung unter Einsatz militärischer Gewalt formuliert:

Es ist seit langem die herrschende Lehre der Christenheit gewesen, daß der Christ, auch wenn er auf die Gewalt zum Selbstschutz zu verzichten bereit ist, ihrer zum Schutz seiner Mitmenschen nicht entraten könne. Ihre Anwendung wurde durch Regeln des rechten Gebrauchs eingeschränkt. In bezug auf den Krieg waren diese in der Lehre vom gerechten Krieg zusammengefaßt, die ja nicht eine Rechtfertigung, sondern eine Begrenzung des als unvermeidlich anerkannten Übels des Krieges bezweckte. Krieg sollte nur zur Abwehr größeren Übels und nur so geführt werden, daß er nicht selbst zum größeren Übel wurde. Niemand kann leugnen, daß dieses Prinzip in der Christenheit durch die Jahrhunderte hindurch immer wieder flagrant verletzt worden ist. Aber wenigstens war sein prinzipieller Sinn klar; wenigstens die Möglichkeit seiner Anwendung bestand.¹⁴⁸³

¹⁴⁸² „Gaudium et spes“, Nr. 81.

¹⁴⁸³ These 5 der „Heidelberger Thesen“. (Erklärung einer Kommission der Evangelischen Studiengemeinschaft, verabschiedet am 28. April 1959.) Zit. nach Schubert, Klaus von (Hrsg.): *Heidelberger Friedensmemorandum: Aus der Evangelischen Studiengemeinschaft*. Reinbek bei Hamburg 1983. S. 83.

Angesichts der Zerstörungskraft der Nuklearwaffen kam auch die Evangelische Studienkommission zu dem Schluß: „Wir sehen nicht, wie dieses Prinzip auf den Atomkrieg noch angewandt werden kann. Er zerstört, was er zu schützen vorgibt.“¹⁴⁸⁴ Selbst wenn es einmal gelänge, kleine Atomwaffen mit begrenzter Wirkung zu schaffen, so sei doch deren Zerstörungskraft immer noch so groß, und auch die Gefahr der Eskalation hin zu einem verheerenden, globalen Atomkrieg so bedrohlich, daß „die Errichtung einer neuen stabilen Ordnung humaner Kriegführung mit ihnen als ausgeschlossen erschein[t].“¹⁴⁸⁵

Dies aber bedeutet, daß in unserer Welt Lagen eintreten, in denen das Recht keine Waffe mehr hat. Die Ultima ratio der kriegerischen Selbsthilfe wird durch die Mittel, deren sie sich bedienen müßte, lebensgefährlich und moralisch unerträglich; eine Instanz, an die sich das bedrängte Recht, die bedrängte Freiheit mit Aussicht auf Erfolg wenden könnte, besteht aber für viele Fälle nicht. Einzelne Völker und Gruppen waren immer in der Geschichte in dieser Lage; heute gewinnt sie eine universelle Bedeutung.

Zusammengefaßt erscheint sie den Bürgern der westlichen Welt in dem Dilemma, ob sie die Rechtsordnung der bürgerlichen Freiheit durch Atomwaffen schützen oder ungeschützt dem Gegner preisgeben sollen. Wir glauben zwar, daß die Berufung auf dieses Dilemma in vielen Fällen ein bloßer Vorwand für eine Politik ist, die in Wahrheit nationale oder persönliche Macht zum Ziel hat. Auch verkennen wir nicht, daß die Bürger kommunistischer Staaten die Überzeugung haben können, daß sie sich bezüglich des Schutzes der ihnen wichtigen Züge ihrer Gesellschaftsordnung in einem entsprechenden Zwiespalt befinden. Wie aber auch immer das Dilemma ausgedrückt oder umgedeutet werden mag – wir können nicht leugnen, daß es heute tatsächlich die Weltpolitik überschattet.¹⁴⁸⁶

Gerade im letzten Absatz wurde deutlich, daß der oft von Friedenstheologen an die Adresse der Amtskirchen gerichtete Vorwurf, diese folgten blind den Doktrinen der Obrigkeit, in dieser Pauschalität ungerecht war. Die Autoren der Heidelberger Thesen erwiesen sich hier als alles andere denn politisch naiv. Aus dem Dilemma, Sicherheit und Recht durch Mittel schützen zu müssen, die den ethischen Lehren des Christentums diametral zuwider liefen, gab es ihrer Auffassung nach keinen schnellen und einfachen Ausweg. In der achten Heidelberger These stellten sie daher fest:

Die Kirche muß die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen. Verzichtete die eine Seite freiwillig auf Atomwaffen, so wäre die totale militärische Überlegenheit der anderen Seite damit besiegelt. [...] [I]n dem uns näherliegenden Fall, daß es die westliche Welt wäre, die einen solchen Verzicht

¹⁴⁸⁴ Ebd., S. 83 f.

¹⁴⁸⁵ Ebd., S. 84.

¹⁴⁸⁶ Ebd.

leistete, kann wenigstens das Risiko nicht geleugnet werden, daß unsere Begriffe von Recht und Freiheit für unabsehbare Zeiten verlorengingen. [...] Die Kirche kommt in der Geschichte immer wieder in Lagen, in denen sie zu der einzigen Politik, die zur Zeit Aussicht auf Verwirklichung hat, nein sagen muß. Uns scheint jedoch, daß, da auf beiden Seiten Risiken stehen, die wir als nahezu tödlich empfinden müssen, der Weg des Friedensschutzes durch Atomrüstung heute nicht verworfen werden kann.¹⁴⁸⁷

Dabei war sich die Studienkommission vollkommen über den von Günther Anders formulierten Umstand im Klaren, daß der Besitz von Nuklearwaffen gleichbedeutend war mit der Androhung ihrer Verwendung, und daß die Abschreckung, wenn sie denn wirksam sein sollte, glaubwürdig sein mußte; daß also, wenn die einzige Möglichkeit der Verteidigung die Abschreckung war, die Verhinderung des Krieges seine Vorbereitung zwingend verlangte. Im diametralen Gegensatz dazu stand die Auffassung der Friedensbewegung, nach der die Ursache des Dritten Weltkrieges seine Vorbereitung sein werde, als deren Kronzeugen Franz Alt den amerikanischen Soziologen Charles Wright Mills zitierte¹⁴⁸⁸.

Trotzdem der geschilderten teilweise ähnlichen Perspektiven ergaben sich also nach wie vor erhebliche Differenzen zwischen der traditionellen Auffassung, wie sie sowohl von den katholischen als auch lutheranisch-protestantischen Amtskirchen vertreten wurden, und den neuen, fast ausschließlich an der Bergpredigt orientierten Friedenstheologien. Der Riß verlief dabei in auffallender Weise nicht so sehr zwischen den Konfessionen, als vielmehr zwischen dem jeweiligen kirchlichem Establishment und den christlichen Pazifisten. Die beiden wesentlichen Streitpunkte waren dabei die Frage, ob lediglich die Verwendung von Nuklearwaffen zu verurteilen sei, oder nicht bereits ihre Existenz; und ob das Wettrüsten, das von allen kirchlichen Gruppierungen mißbilligt wurde, durch gegenseitige Schritte zu beenden sei¹⁴⁸⁹, oder durch einseitige. Führte man diese Differenzen auf ihren weltanschaulich-theologischen Kern zurück, so bestand

¹⁴⁸⁷ Ebd., S. 88. Hervorhebung wie im Original.

¹⁴⁸⁸ Alt, *Politik der Bergpredigt*, S. 39.

¹⁴⁸⁹ So etwa Papst Johannes Paul II. in seiner Botschaft an die 2. außerordentliche Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen vom 7. Juni 1982: „Was ist also zu tun? Mangels einer übernationalen Autorität, wie sie bereits von Papst Johannes XXIII. in seiner Enzyklika *Pacem in terris* gewünscht worden war und die man in der Organisation der Vereinten Nationen zu finden gehofft hatte, bleibt die einzige realistische Lösung angesichts der Kriegsdrohung immer noch die Verhandlung. Hier möchte ich Sie an ein Wort des hl. Augustinus erinnern, das ich bereits früher zitiert habe: ‚Tötet den Krieg durch Verhandlungen, aber tötet nicht die Menschen durch das Schwert!‘ Wiederum bekräftige ich heute vor Ihnen mein Vertrauen in die Kraft fairer Verhandlungen, um zu gerechten und vernünftigen Lösungen zu kommen. Diese Verhandlungen verlangen Geduld und Ausdauer und müssen vor allem auf einen gleichgewichtigen, gleichzeitigen und international kontrollierten Rüstungsabbau zielen.“ Zit. nach: Baadte, Günter; Boyens, Armin; Buchbender, Ortwin (Hrsgg.): *Frieden stiften: Die Christen zur Abrüstung. Eine Dokumentation*. München 1984. S. 225.

die Streitfrage darin, ob Krieg wie bei Augustinus ein unvermeidliches Übel und integraler Bestandteil einer unabänderlich unvollkommenen Welt sei¹⁴⁹⁰, welches der Christ zwar zu minimieren habe, welches aber auch zuweilen als *ultima ratio* zu akzeptieren sei, um durch das Übel begrenzter Gewaltanwendung größeres Übel zu bekämpfen¹⁴⁹¹; oder ob nicht die Pflicht eines Christen darin bestehe, in der wörtlichen Befolgung der Lehre Christi sich jedes Unrechts strikt zu enthalten, und durch die eigene, vollkommen friedfertige Haltung dazu beizutragen, das Übel der Gewalt ganz und gar aus der Welt zu schaffen. Lebte der Christ also in einer Welt, mit deren Verhältnissen er sich letzten Endes abfinden mußte, oder war er Agent einer Verheißung, nach der die Löwen sich eines Tages neben die Lämmer legen würden? Die Debatten unter den Christen waren damit Teil des allgemeinen Rationalitäts- und Realismusstreites: Durfte man als Christ realistisch sein? Oder bedeutete Realismus, in den Verstrickungen der Gewaltsamkeit befangen zu bleiben, und war es nicht im Gegenteil geboten, sich voll und ganz auf die utopischen Inhalte der christlichen Verheißung einzulassen, da nur dadurch der gordische Knoten des Dilemmas von Sicherheit und Bedrohung zu zerteilen, und der „pazifische Kairos“ (Martin Rock) zu erreichen war?

b) *Das Evangelium als Auftrag*

Die jüngste Forschung hat im Bezug auf religiöses Friedensdenken den erneuten Befund einer Säkularisierung des Religiösen und einer gleichzeitigen Sakralisierung des Säkularen erbracht¹⁴⁹². So richtig und wertvoll diese Einsicht ist, so darf sie doch nicht im Sinne eines gleichberechtigten Austauschprozesses zwischen den Sphären des religiösen Denkens einer-, und bisher säkular gefaßter weltanschaulicher Komplexe wie vor allem dem Humanismus andererseits gesehen werden. Vielmehr bedeutete dieser Vorgang nichts anderes als eine Durchsetzung der Hegemonie säkularen Denkens. Aus diesem gingen

¹⁴⁹⁰ Wobei Augustinus den postlapsarischen Menschen im Zustand des *non posse non peccare* sah, im Gegensatz zum *posse non peccare* des paradisischen, und dem *non posse peccare* des himmlisch vollendeten Menschen. Timo J. Weissenberg merkt dazu treffend an, daß sich *peccare* hier umstandslos durch *bellare* ersetzen ließe. Vgl. ders., *Friedenslehre*, S. 46 Anm. 6, sowie S. 59.

¹⁴⁹¹ Wofür die Heidelberger Thesen ein anschauliches Bild gefunden hatten: „Das gegenwärtige Gleichgewicht des Schreckens [...] gleicht einer gefährlichen Schutzimpfung mit dem Krankheitsserum selbst.“ These 3 der Heidelberger Thesen von 1959. Zit. nach Schubert, *Friedensmemorandum*, S. 82.

¹⁴⁹² Stadtland, Helke: „Friede auf Erden“: Überlegungen zu religiösen Konzeptionen und Semantiken des Friedens im 20. Jahrhundert. In: ders. (Hrsg.): „Friede auf Erden“: *Religiöse Semantiken und Konzepte des Friedens im 20. Jahrhundert*. (Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Bd. 12) Essen 2009. S. 38 f.

die Denkfiguren und Orientierungen hervor, aufgrund derer die Kriterien eines gelungenen Lebens und die normativen Ansprüche an eine vollendete Welt bestimmt wurden. Die Sakralisierung dieser säkular begründeten Konzepte bedeutete dagegen vornehmlich eine Übertragung emotionaler Muster und Habiti; diejenigen emotionalen Leerstellen, die das Entschwinden religiöser Sinngebungen mit sich brachten, konnten dadurch gefüllt oder doch zumindest abgemildert werden. Was aber weitgehend verloren ging, war der eigentliche Bezugspunkt alles Religiösen, nämlich die Transzendenz, also der Bezug auf eine überweltliche, ewige, göttliche Instanz. Bereits Alfred Weber hatte in seiner zuerst 1935 erschienenen Schrift „Kulturgeschichte als Kultursoziologie“ diesen Prozeß beschrieben:

Indem die religiösen Einhüllungen gelockert oder abgestreift wurden, ward diese im Vergleich mit aller früheren Geschichte so stark dem Diesseits und der Diesseitsgestaltung zugewandte Säkularisationsperiode¹⁴⁹³, als sie, von religiösen Dogmen befreit, auf die Frage der Bestimmung des Menschen und seine Berufung stieß, in bewußter oder nicht bewußter Transzendenzergreifung und – ergriffenheit, die Inkubationszeit von etwas Neuem, von Sozialreligionen, die im Abendland entstanden und klar universellen Charakter wie die alten Transzendentalreligionen besitzen.¹⁴⁹⁴

Dieser universelle Charakter, der der Erklärung der Menschenrechte innewohnte, war nach Alfred Weber dabei etwas weltgeschichtlich völlig Neues. Alle älteren sozialen Umwälzungsbewegungen seien stets in spezifische gesellschaftliche Situationen eingebettet gewesen. Dagegen galt nun:

Keine der Transzendentalreligionen hat heute noch eine Missionskraft, die auch nur im entferntesten vergleichbar wäre derjenigen dieser Sozialreligionen, mögen diese sich nun neben der Forderung staatlich garantierter Freiheit auf Verkündigung der Gleichheit sozialer Chancen beschränken oder mögen sie die soziale Umwälzung selbst in ganz konkreten Formen verkünden. Diese Sozialreligionen sind weithin an die Stelle der Transzendentalreligionen getreten; ideell und sogleich sozialstrukturell bilden sie in unerhörtem Maß die praktisch-dynamischen Umwälzungskräfte des heutigen Daseins.¹⁴⁹⁵

Die Sozialreligionen verfolgten also im Gegensatz zu früheren sozialen Bewegungen übergeordnete Ziele und Ideale, nicht nur die Überwindung bestimmter und konkreter Mißstände. Auch der hier analysierte Pazifismus fiel in den Bereich dieser Sozialreligionen, wobei er eine Art Sekundärideologie zum Humanismus bildete, d.h., eine pazifisti-

¹⁴⁹³ Der Aufklärung und der Französischen Revolution, Anm. T.W.

¹⁴⁹⁴ Weber, Alfred: *Kulturgeschichte als Kultursoziologie*. 2. Aufl., München 1951. S. 452. Sperrung wie im Original.

¹⁴⁹⁵ Ebd., S. 454.

sche ideologische Einstellung war undenkbar ohne eine zu Grunde liegende und vorangehende (radikal-)humanistische Prägung.

In den Schriften der Friedensbewegung der 1980er Jahre war dieser Prozeß bereits abgeschlossen. Die Bibel wurde nun als eine quasi-säkulare politische Schrift gelesen, das heißt, als Manifestation einer Lehre, wie weltliches und zeitliches, nicht jenseitiges und ewiges Heil zu gewinnen sei. Quasi-säkular deswegen, weil es diesen neuen Lesarten nicht ‚nur‘ um eine Gesellschaftsordnung zu tun war, die das materielle Auskommen für alle sicherstellen sollte, sondern weil ebenso geistige und emotionale Erfüllung und Heilung gesucht wurden, die man in der materialistischen bürgerlichen Gesellschaft schmerzlich vermißte. Wurde das diesseitige Leben in der traditionellen Theologie als bloße Vorbereitung und Bewährungsprobe gesehen, während das ewige, jenseitige Leben als das eigentlich wirkliche und entscheidende betrachtet wurde, so kümmerte sich die moderne Friedenstheologie ausschließlich um den Zustand der diesseitigen Welt. Der Ort der Utopie – falls diese paradoxe Formulierung einmal erlaubt ist – hatte sich verlagert: Lag er zunächst im Jenseits, und, nach der Wiederkehr Christi, im Reich Gottes, daß dann auch die irdische Welt umfassen würde, so wurde er nun ausschließlich in der diesseitigen Welt gesehen. Verlangte die Errichtung von Gottes Reich nach der konkreten Gegenwart Gottes in der Welt, so kam die Utopie der neuen Theologien durch die Befolgung der Lehre Christi durch die Menschen zustande, und bedurfte außer der ursprünglichen Verkündigung der Lehre keiner weiteren göttlichen Intervention.

Schon im Titel der bekanntesten Friedensschrift des Journalisten Franz Alt kam dieser Säkularisationsprozeß zum Ausdruck: „Frieden ist möglich: Die Politik der Bergpredigt.“ Der evangelische Theologe Hans-Eckehard Bahr stellte, nachdem er zunächst ein Wiederaufleben religiöser und spiritueller Bewegungen verschiedenster Art und Form konstatiert hatte, fest: „Das Festhalten an den Menschenrechten, das macht die Kirchen, wo immer sie sich dafür stark machen, heute also zu einer wichtigen Schutz- und Befreiungs-Macht.“¹⁴⁹⁶ Zwar entstünden im seelenlosen, rein materiellen Konsumismus neue Bedürfnisse nach dem Wärmestrom der Spiritualität, zwar auch sei die Rationalität der Aufklärung heruntergekommen zur instrumentellen Vernunft¹⁴⁹⁷, und dennoch sah Bahr nach alledem die Bedeutung der Kirchen durch das Eintreten für das säkulare Prinzip der Menschenrechte legitimiert – und eben bezeichnenderweise nicht durch ihre

¹⁴⁹⁶ Bahr, Hans-Eckehard: *Versöhnung und Widerstand: Religiöse und politische Spielregeln gewaltfreien Handelns*. (Forum Politische Theologie, Bd. 7) München und Mainz, 1983. S. 22.

¹⁴⁹⁷ Dies eine in den 1970er und -80er Jahren weitverbreitete Position, prononciert vertreten u. a. von Günter Grass. Vgl. Zimmermann, Harro: *Günter Grass unter den Deutschen: Chronik eines Verhältnisses*. Göttingen 2006. S. 435-446.

Funktion als zentrale Institution der Vermittlung des Seelenheils. Er pointierte diese Aussage noch, indem er den alten Märtyrern, die lieber gestorben waren, als ihren christlichen Glauben zu verleugnen, also nach Bahr ‚nur‘ um ihres eigenen, jenseitigen Heils willen, die neuen Märtyrer wie Martin Luther King oder den salvadorianischen Erzbischof Óscar Romero entgegenstellte, denen ihr Einsatz für Andere, für „das bedrohte Humanum“¹⁴⁹⁸ den Tod gebracht habe, und deren Opfer deswegen höher zu bewerten sei. Jene seien also lediglich Heilsegoisten, diese aber Heilsaltruisten gewesen. Das Heil war nach dieser theologischen Richtung eben nicht nur im Jenseits zu gewinnen, sondern durchaus auch schon im Diesseits. Darin lag selbstverständlich ein grundsätzlicher Bruch mit traditionellen theologischen Standpunkten, woran Bahr auch keinerlei Zweifel aufkommen ließ. Er kritisierte scharf die Augustinisch-Lutheranische Lehre von der nach dem Sündenfall grundsätzlich gegebenen sündhaften Natur der Welt, und der damit verbundenen gewalthaften Natur des Menschen¹⁴⁹⁹. Diese Natur als wesensgemäß verdorben zu bestimmen, war nach Bahr „schlechte Metaphysik“¹⁵⁰⁰. Statt dessen sei die menschliche Natur heilbar, man könnte auch sagen: Ihre Vollendung war in der diesseitigen, realen Welt möglich, und zwar durch das Mittel, welches den Kern der Botschaft Jesu Christi ausmache, nämlich der Liebe, nicht nur der Nächsten-, sondern vor allem auch der Feindesliebe. Anton Andreas Guha sah dies genauso: Der Friedensbegriff der Bibel sei in dem Wort ‚Schalom‘ ausgedrückt, und Schalom bedeute „‚Heil sein‘ oder ‚Versöhnung‘, Versöhnung mit Gott, der Natur, den Menschen und damit auch mit den Feinden“¹⁵⁰¹. Diese Position war an sich nicht neu: Das Christentum hatte sich seit jeher als Liebesreligion verstanden, und bereits beim von Bahr so vehement kritisierten Augustinus hieß es: „*Caritas deus est.*“¹⁵⁰² Selbst Bahrs Insistieren darauf, daß *Caritas*, also Nächstenliebe, nicht genug sei, fand sich bereits beim Kirchenvater: Die Feindesliebe sei vielmehr die Forderung, die der wahre Christ zu erfüllen habe. Denn, so Bahr: „In der

¹⁴⁹⁸ Bahr, *Versöhnung und Widerstand*, S. 22.

¹⁴⁹⁹ Für einen höchst informativen Überblick über die Auseinandersetzung mit – oder vielmehr der pauschalen Ablehnung – der Augustinischen Theorie des gerechten Krieges, insbesondere im Zusammenhang mit den deutsch-amerikanischen Differenzen hinsichtlich der Kriege in Afghanistan und dem Irak nach dem 11. September 2001, siehe: Schmidt, Hajo: Die Lehre vom gerechten Krieg im Kontext der deutschsprachigen Friedensforschung. In: Beestermöller, Gerhard; Haspel, Michael; Trittmann, Uwe (Hrsgg.): *„What we’re fighting for ...“ – Friedensethik in der transatlantischen Debatte.* (Beiträge zur Friedensethik, Bd. 37) Stuttgart 2006. S. 38-51.

¹⁵⁰⁰ Bahr, *Versöhnung*, S. 27. Er übersah dabei allerdings, daß die Verderbnis der menschlichen Natur durch die Erbsünde nach Augustinus *akzidentiell*, nicht *essentiell* war, d.h., die grundsätzlich gute menschliche Natur blieb in ihrer Substanz nach wie vor erhalten; sie wurde zwar vermindert, nicht jedoch verwandelt. Vgl. Weissenberg, *Friedenslehre*, S. 59.

¹⁵⁰¹ Guha, Anton-Andreas: Frieden durch Abschreckung? In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsgg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann.* München 1982. S. 39.

¹⁵⁰² Weissenberg, *Friedenslehre*, S. 199 f. sowie 239-247.

Zuwendung zum anderen, in der Verteidigung der Feinde verwirklicht sich der Wille Gottes, ist Sinn da. Gott – und das besagt: Versöhnung, Ewiges Leben – realisiert sich nach diesem Glauben also *mit* den Menschen in alltäglicher Praxis, nicht oberhalb derselben oder zukünftig nur.¹⁵⁰³ Diese Auffassung war konfessionsübergreifend. Der Katholik Franz Alt formulierte analog: „Die geforderte Vollkommenheit steht in Zusammenhang mit seiner [d.h. Jesu Christi] Kritik an jener Liebe, die zwar die Freunde, nicht aber die Feinde einschließt. Nächstenliebe ist nach Jesus noch nicht vollkommen, wahre Liebe umfaßt auch die Feinde.“¹⁵⁰⁴ Bahr stellte sogar die Frage, ob diese Betonung der *Caritas* nicht bewußt oder unbewußt erfolgt sei, um der eigentlichen Forderung Christus an jeden, der ihm ernsthaft nachfolgen wolle, nämlich der Feindesliebe, gerade aus dem Weg zu gehen¹⁵⁰⁵. Jeder Einsatz von Gewalt, auch zur Selbstverteidigung, sei nach der eigentlichen, bisher unterdrückten christlichen Lehre strikt untersagt. Man – und das hieß: jeder – müsse eher den eigenen Tod in Kauf nehmen, als Gewalt anzuwenden:

Bis ins vierte Jahrhundert hinein wurden die Christen nicht müde, ein Leben ohne Gewalt zu führen. In grandioser Monotonie fordern die Ältesten und die Theologen ihre Gemeinden auf, keinen – auch Außenseiter nicht – zu hassen, nicht Aggressivität mit Gegenschlägen zu beantworten, und lieber das eigene Blut zu vergießen, als Hände und Gewissen mit dem Blut anderer zu beflecken. Dem Jesus der Evangelien gemäß, dem Nicht-Krieger, dem Friedensfürsten, verwerfen sie nicht nur den Kriegsdienst und das Notwehrrecht; auch die Tötung eines Menschen überhaupt, gleich aus welchem Grunde oder mit welchem Recht.

[...] Es ist klar, daß eine solche Haltung erst recht jeden Krieg ausschließt, auch den sogenannten gerechten oder das Töten Anderer zu Verteidigungszwecken.¹⁵⁰⁶

Hier zeigte sich der Charakter des radikalen Pazifismus als Ausdruck eines moralischen Perfektionismus: Für ihn galt nicht nur das traditionelle moralische Prinzip des *neminem laedere*, also, niemandem Schaden zuzufügen. Sondern geboten war darüber hinaus die Nächstenliebe, also der aktive Altruismus, und wiederum über diesen hinaus nicht nur die Zuwendung zum uns wohlgesonnenen oder zumindest neutralen Nächsten, sondern sogar die Zuwendung zum Feind. Verlangt wurde also stets das Maximum, nämlich dem anderen, und zwar vollkommen unabhängig von dessen Verhalten, in Liebe zu begegnen. Jedes Verfehlen dieses Maximums war bereits Sünde, oder anders ausgedrückt: Moralisches Maximum und moralisches Minimum waren identisch. Es gab keinerlei

¹⁵⁰³ Bahr, *Versöhnung*, S. 35.

¹⁵⁰⁴ Alt, Franz: *Frieden ist möglich: Die Politik der Bergpredigt*. 15. Aufl., München 1983. S. 29.

¹⁵⁰⁵ Sölle, Dorothee; Bahr, Hans-Eckehard: *Wie den Menschen Flügel wachsen: Über Umkehr aus dem Gewalt-System*. München 1984. S. 75.

¹⁵⁰⁶ Sölle; Bahr, *Wie den Menschen Flügel wachsen*, S. 75 f.

Raum mehr für Supererogation¹⁵⁰⁷, d. h. für eine Übererfüllung der moralischen Pflicht. Ein solcher moralischer Maximalanspruch konnte in der Lebenswirklichkeit keinen Bestand haben. Diese Vorstellung war daher zutiefst utopisch. In diesem Perfektionismus lag auch der Unterschied zwischen der modernen Friedentheologie und der Augustinischen Friedenslehre, wobei sich diese zunächst viel näher waren, als es die verkürzte und verfälschende Wahrnehmung des Augustinus als eines bloßen Rechtfertigers des Krieges wahrhaben wollte¹⁵⁰⁸. Der Kirchenvater des 5. Jahrhunderts hatte den Krieg etwa in folgender Passage der *Civitas Dei* verdammt, die erstaunlich modern klang:

Doch, so sagt man, der Weise wird nur gerechte Kriege führen. Als ob er nicht, wenn er menschlich fühlt, noch viel mehr über die Notwendigkeit gerechter Kriege trauern müßte! Denn wären sie nicht gerecht, dürfte er sie nicht führen, gäbe es also für den Weisen keine Kriege. Nur die Ungerechtigkeit der gegnerischen Seite zwingt ja den Weisen zu gerechter Kriegführung. Und diese Ungerechtigkeit muß ein Mensch an Menschen betrauern, auch wenn keine Nötigung zu Kriegen daraus erwächst. Wer also diese großen, schauerlichen, verheerenden Übel leidvoll betrachtet, der gestehe, daß sie ein Elend sind. Wer sie dagegen ohne Seelenschmerz über sich ergehen läßt oder auch nur an sie denkt, mag sich deswegen für glücklich halten, in der Tat aber ist er um so elender, weil er sein menschliches Empfinden verloren hat.¹⁵⁰⁹

Augustinus erwies sich hier als Humanist *avant la lettre*. Einen Autor, der so sprach, als Apologeten des Krieges darzustellen, konnte nur auf Unkenntnis seiner Schriften beruhen; andernfalls wäre es nichts anderes als Verleumdung.

Auch Augustinus forderte die „Ganzhingabe für den Nächsten“, was die Feindesliebe einschloß. Diese Hingabe umfaßte auch bei Augustinus als Höchstes die Hingabe des eigenen zeitlichen Lebens für den Nächsten nach dem Vorbild Jesu Christi, der seinen

¹⁵⁰⁷ Zur Frage der Supererogation vgl. Witschen, Dieter: *Mehr als die Pflicht: Studien zu supererogatorischen Handlungen und ethischen Idealen*. (Studien zur theologischen Ethik, Bd. 114) Freiburg (Schweiz) 2006. Zur Definition supererogatorischer Handlungen siehe ebd. S. 13-27, zur Frage der Gewaltfreiheit S. 171-187.

¹⁵⁰⁸ Exemplarisch für diese Sichtweise ist die polemische Zurückweisung, ja geradezu Tabuisierung des Begriffs des „gerechten Krieges“ in der deutschen Friedensforschung als eines „Rückfalls in mittelalterliche und religiös verbrämte Kriegsrechtfertigung“. Daß Augustinus gerade keine Kriegsrechtfertigungs-, sondern eine Friedenslehre hinterlassen hatte, nur eben eine solche, die mit den Tatsachen der wirklichen Welt rechnete und nicht nur auf die Schaffung einer perfekten Welt aus war, wurde konsequent ignoriert. Akut wurde diese Tabuisierung erneut in der Debatte zwischen deutschen und amerikanischen Intellektuellen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington. Diese entzündete sich am Manifest „*What we're fighting for*“ von 60 US-amerikanischen Intellektuellen, das im Februar 2002 in deutscher Übersetzung in der Frankfurter Rundschau erschien. Als Antwort darauf wurde der Essay „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“ veröffentlicht, der von ca. 100 deutschen Intellektuellen getragen wurde. Zu dieser transatlantischen Debatte, die zugleich eine Auseinandersetzung zwischen zwei fundamental unterschiedlichen Denktraditionen war, siehe Ambos, Kai; Arnold, Jörg (Hrsg.): *Der Irak-Krieg und das Völkerrecht*. Berlin 2004. Außerdem Schmidt, Hajo: Die Lehre vom gerechten Krieg im Kontext der deutschsprachigen Friedensforschung. In: Beestermöller, Gerhard; Haspel, Michael; Trittman, Uwe (Hrsgg.): „*What we're fighting for* ...“ – *Friedensethik in der transatlantischen Debatte*. (Beiträge zur Friedensethik, Bd. 37) Stuttgart 2006. S. 38-51.

¹⁵⁰⁹ Augustinus, *Civitas Dei* XIX, 7. Vgl. auch Weissenberg, *Friedenslehre*, S. 157-163.

Jüngern im Garten Gethsemane die gewaltsame Notwehr verboten und ohne Widerstand einen ungerechten Tod erlitten hatte. Durch die Befolgung dieses Beispiels konnte ewiges Leben gewonnen werden:

Das Ziel der vorbehaltlosen Liebe zu Gott wird somit zum Versuch einer konkreten Hingabe an Gott im Nächsten, die keinerlei „kluges Maß“, keine Obergrenze und schon gar nicht berechnende Hintergedanken kennen soll. *Alles* muß der Liebende in dieser Liebe einsetzen. [...] Dieses Gebot besitzt gegenüber allen Menschen, also auch den Feinden, Gültigkeit. Die Liebe soll über die „Nächststehenden“ und „die Unbekannten, die dir nichts Böses getan haben“ ausgedehnt werden auf die „Feinde“.¹⁵¹⁰

Und auch der pazifistische Gedanke der Überzeugung des Gegners, von der Gewalt abzustehen und sich zur Menschlichkeit zu bekehren, tauchte bereits beim Kirchenvater des 5. Jahrhunderts auf: Das „liebende Erbarmen eines jeden Christen“¹⁵¹¹ könne „die Gesundung des Feindes vom Fieber des Hasses in seiner Seele fördern“¹⁵¹². Solcherart überwinde die Feindesliebe den Hass, und damit den Teufel¹⁵¹³. Die Parallelen, ja die geradezu völlige Übereinstimmung zwischen diesen Gedanken Augustinus' und denen, die Gandhi 1.400 Jahre später formulierte, sind offenkundig.

Nun gab es aber wie bereits erwähnt bedeutende Unterschiede zwischen Augustinus und Friedenstheologen wie Sölle und Bahr: Der bedeutendste war, daß Augustinus die moralischen Gebote nicht als ein absolut Verbindliches setzte. Anders ausgedrückt: In der Auffassung davon, was das beste Verhalten eines Christen sei, nämlich der unbedingten Nächsten- und Feindesliebe, stimmten Augustinus und moderne pazifistische Theologen überein. Während diese aber der rigiden binären Logik folgten, daß es nur moralisch richtiges oder moralisch falsches Verhalten geben könne, und daß jedes Verhalten, daß in irgendeiner Hinsicht mangelhaft war, dadurch sofort als gänzlich verfehlt zu bewerten sei; daß es also in moralischen Fragen kein Verhalten geben könne, daß nicht perfekt, trotzdem aber akzeptabel war, so erhob Augustinus nicht den Anspruch, daß jeder Mensch sich als Heiliger zu verhalten habe. Feindesliebe war geboten, jedoch nicht in der Extremform. Es gab ein Minimalniveau der Feindesliebe: Wenn der besiegte und nun sein Unrecht bereuende Feind um Verzeihung bat, so war ihm diese zu gewähren. Vorher jedoch durfte der Feind bekämpft werden.

Noch fundamentaler war der Unterschied in der Ansicht darüber, wie die Welt in den verheißenen Zustand des Friedens gelangen konnte: Waren es bei den Friedenstheolo-

¹⁵¹⁰ Weissenberg, *Friedenslehre*, S. 240.

¹⁵¹¹ Ebd., S. 241.

¹⁵¹² Ebd.

¹⁵¹³ Ebd.

gen die Menschen, die durch ihr strikt an der Utopie orientiertes Verhalten die Genesung der Menschheit von der Seuche der Gewalt erreichen konnte, so konnte nach Augustinus Auffassung die Rettung der Welt nur durch Gott erfolgen: *solo dei gratia*, nur durch Gottes Gnade, wozu allerdings der Mensch durch Glaube, durch Hinwendung zur *amor dei* im Gegensatz zur *amor sui*, also durch einen Akt der Herzensumkehr beizutragen hatte¹⁵¹⁴. Wie eingangs dieses Kapitels erläutert, ähnelten die modernen Friedenstheologien, die sich von diesem theologischen Dogma verabschiedet hatten, mehr den von Alfred Weber beschriebenen Säkularreligionen.

Nach der aktivistischen Auslegung des Evangeliums durch die Friedenstheologie erging ein Auftrag Gottes an die Menschen, bei der Vervollkommnung der Welt mitzuwirken. Gott würde sein Werk nicht allein vollenden. Durch seine Menschwerdung in Jesus Christus hatte er den Weg gewiesen, wie die Menschen in der Nachfolge Christi an der Vollendung der Welt mitarbeiten konnten und mußten. Gottes Wort verwirklichte sich in den Werken der Menschen. Damit standen Theologen wie Bahr und Sölle noch nicht in fundamentalem Gegensatz zur traditionellen Auffassung. Das II. Vatikanische Konzil hatte festgestellt:

Eines steht für die Glaubenden fest: das persönliche und gemeinsame menschliche Schaffen, dieses gewaltige Bemühen der Menschen im Lauf der Jahrhunderte, ihre Lebensbedingungen stets zu verbessern, entspricht als solches der Absicht Gottes. Der nach Gottes Bild geschaffene Mensch hat ja den Auftrag erhalten, sich die Erde mit allem, was zu ihr gehört, zu unterwerfen, die Welt in Gerechtigkeit und Heiligkeit zu regieren und durch die Anerkennung Gottes als des Schöpfers aller Dinge sich selbst und die Gesamtheit der Wirklichkeit auf Gott hinzuordnen, so daß alles dem Menschen unterworfen und Gottes Name wunderbar sei auf der ganzen Erde. Das gilt auch für das gewöhnliche alltägliche Tun; denn Männer und Frauen, die, etwa beim Erwerb des Lebensunterhalts für sich und ihre Familie, ihre Tätigkeit so ausüben, daß sie ein entsprechender Dienst für die Gemeinschaft ist, dürfen überzeugt sein, daß sie durch ihre Arbeit das Werk des Schöpfers weiterentwickeln, daß sie für die Wohlfahrt ihrer Brüder sorgen und durch ihre persönliche Bemühung zur geschichtlichen Erfüllung des göttlichen Plans beitragen. [...] Je mehr aber die Macht der Menschen wächst, desto mehr weitet sich ihre Verantwortung, sowohl die der Einzelnen wie die der Gemeinschaften. Daraus wird klar, daß die christliche Botschaft die Menschen nicht vom Aufbau der Welt ablenkt noch zur Vernachlässigung des Wohls ihrer Mitmenschen hintreibt, sondern sie vielmehr strenger zur Bewältigung dieser Aufgaben verpflichtet.¹⁵¹⁵

Ein Unterschied bestand aber in den Auffassungen über Art und Weise der christlichen Mitwirkung an der Vollendung von Gottes Werk. Zunächst einmal war für Dorothee

¹⁵¹⁴ Vgl. Weissenberg, *Friedenslehre*, S. 81-83.

¹⁵¹⁵ „Gaudium et spes“, Nr. 34.

Sölle der Gedanke, der Mensch solle sich die Natur unterwerfen, nichts anderes als eine falsche Auslegung des göttlichen Auftrags, denn die Natur als ein zu Unterwerfendes zu betrachten, als zur Verfügung stehendes „Ausbeutungsobjekt“¹⁵¹⁶, bedeute, das schlechte postlapsarische Verhältnis zu verlängern, statt an seiner Heilung zu arbeiten. Dann aber stand auch das ganz grundsätzliche Verhältnis eines Christen zur weltlichen Ordnung zur Debatte. Der prominente katholische Priester und Schriftsteller Heinrich Spaemann charakterisierte die diesbezüglichen Differenzen sehr treffend: Er unterschied zwischen sogenannten „Religionschristen“ einer-, und „Glaubenschristen“ andererseits. Die ersteren seien vornehmlich mit „Gottesdienst und Lehre, Kunst, Sitte und Brauchtum“¹⁵¹⁷ sowie den „hierarchischen Strukturen“¹⁵¹⁸ beschäftigt. Zwar habe es einmal eine Zeit gegeben, in der die gesamte Gesellschaft vom christlichen Geist durchdrungen gewesen sei. In der Moderne sei sie jedoch in verschiedene Sphären, Wissenschaft, Kunst und Politik aufgespalten worden, für die jeweils Fachspezialisten zuständig seien. Religion sei nun lediglich eine Sphäre unter mehreren, die keine Primatstellung mehr beanspruche, was der Religionschrist vorbehaltlos akzeptiere. Auch in der Frage der Stationierung gelte:

Hier haben für ihn die politischen und militärischen Instanzen das Sagen; er folgt ihrer Auffassung, die Bergpredigt dürfe sich nicht über den Bereich der privatpersönlichen Konsequenzen hinaus in den der Politik oder in militärischen Fragen zu Wort bringen. Einen biblisch-apokalyptischen Horizont etwa gar in Rüstungsfragen einzubeziehen hält er für unangebracht, auch angesichts der heutigen Weltlage.¹⁵¹⁹

Dagegen beharre der Glaubenschrist auf der alles einbeziehenden Verbindlichkeit von Gottes Wort:

Diese Christen lassen sich unmittelbar vom Evangelium bestimmen, ihr Denkstil ist mehr der von „Pilgern und Fremdlingen, die in Zelten leben, in Aufbruchbereitschaft“ (Hebr 11), in Hinbewegung zur „Stadt auf dem Berge, die nicht verborgen bleiben soll“ (Mt 5) und die zu bilden sie selber sich verpflichtet wissen, - das Evangelium zeigt sie ihnen als Ziel auf: diese Gruppe lebt und denkt, wenn man so will, utopisch, jedoch in dem biblisch begründeten und von Erfahrung getragenen Vertrauen, daß die von Gottes Heilswillen begründete „Utopie“ überall hier und heute schon Wirklichkeit wird, wo man mit der Nachfolge Jesu Ernst zu machen sucht.¹⁵²⁰

¹⁵¹⁶ Sölle, Dorothee; Bahr, Hans-Eckehard: *Wie den Menschen Flügel wachsen: Über Umkehr aus dem Gewalt-System*. München 1984. S. 54.

¹⁵¹⁷ Spaemann, Heinrich: *Ebe es zu spät ist*. 2. Aufl., München 1984. S. 7.

¹⁵¹⁸ Ebd.

¹⁵¹⁹ Ebd., S. 9 f.

¹⁵²⁰ Ebd. S. 10.

Erneut also, diesmal von katholischer Seite, die nachdrückliche Aussage, das Heil sei in der diesseitigen Welt zu finden, diese Welt sei perfektibel. Ein solches Verständnis der Bibel als politisch-religiöser Programmschrift mußte verständlicherweise Unbehagen auslösen. Wie Franz Alt ganz richtig bemerkte: „Die Bergpredigt ist“ – jedenfalls *dieser* Auslegung nach – „radikaler als das kommunistische Manifest.“¹⁵²¹ In der Tat. Und genau darin bestand für kühlere Köpfe das Problem, denn waren die christlichen Friedensaktivisten denn etwas anderes, als eine neue Art von Soldaten Christi? Selbst in seiner sanftesten und vollkommen gewaltlosen Form schuf dieser absolutistische Geltungsanspruch einer Religion Nervosität in einer Kultur, die zutiefst negative Erfahrungen mit solchem religiös motivierten politischen Aktivismus gemacht hatte. Die Selbstbeschränkung der Religion, die Spaemann gar nicht einmal zu Unrecht als privatistische Verformung kritisierte, bestand schließlich nicht ohne guten historischen Grund.

Beim Streit um die Stationierung zeigte sich wieder einmal in aller Klarheit, daß der allen Religionen unaufhebbar innewohnende Anspruch, die eine, unverfälschte und ewige Wahrheit zu vertreten, mit den Existenznotwendigkeiten der säkularen Gesellschaftsordnungen, die pragmatisch, tolerant, und daher immer ein Stück weit relativistisch sein mußten, im Grunde genommen nicht zu vereinbaren war. Gegen den Absolutheitsanspruch der Religionen und utopistischen Ideologien mußten sie nachdrücklich die Legitimität des Komparativs verfechten, d. h. der Akzeptanz des kleineren Übels gegenüber dem größeren zum Zweck der schrittweisen Verbesserung der Verhältnisse. Dabei muß man dem Pazifismus aber selbstverständlich zugute halten, daß er sich von anderen Formen eines Moralismus mit Absolutheitsanspruch dadurch unterschied, daß er sich selbst, eben aufgrund seiner Überzeugungen, jegliche Zwangsmittel bei der Durchsetzung seines absoluten Geltungsanspruchs versagte. Er beschränkte sich von vornherein auf die Mittel der Überzeugung und des moralischen Appells.

c) *Rüstung als Produkt der Todsünden*

In einer von Hans-Eckehard Bahr auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 1983 in Hannover gemeinsam mit der Theologin Dorothee Sölle abgehaltenen Bibelexegese, die sich vorwiegend mit dem Gleichnis des verlorenen Sohnes aus dem Lukas-

¹⁵²¹ Alt, *Frieden ist möglich*, S. 30.

Evangelium befaßte¹⁵²², wurde diese Auffassung weiter ausgeführt. Dabei beschäftigten beide Theologen sich entgegen der üblichen Betrachtungsweise nicht so sehr mit dem Verhältnis des Vaters zu seinem heimkehrenden Sohn, sondern vor allem mit dem des älteren, zu Hause gebliebenen Sohnes zu seinem Bruder. Dieses Verhältnis im Gleichnis sei vergleichbar mit demjenigen in der bekanntesten Brüder-Geschichte der Bibel, der von Kain und Abel. Dorothee Sölle interpretierte deren Konflikt als narrative Verdeutlichung der beim Auszug aus dem Paradies erfolgten Verfluchung der Menschen durch Gott: „Die Tiefe des Fluches besteht darin, wie Menschen sich untereinander verhalten. Die Tiefe des Fluches besteht in Neid, Haß, Gewalt als dem normalen Verhältnis der Brüder zueinander.“¹⁵²³ Das Besondere daran war nun aber, daß Sölle und Bahr diese Verfluchung – und darin lag der oben erwähnte Bruch mit der augustinischen Tradition – als überwindbar betrachteten. Der große Verkünder dieser Überwindbarkeit des Bösen in der Welt war Jesus Christus. Dagegen jedoch das Mittel dieser Überwindung, die Liebe, zurückzuweisen, im – so Sölle – „Gewalt-System“ zu verharren, und weiter nach dem Hobbes’schen Prinzip zu verfahren, wonach Gewalt nur durch Gewalt, Macht nur durch Macht im Zaum zu halten sei, dies bedeute, Gottes durch Jesus an die Menschen überbrachtes Geschenk auszuschlagen, welches in der Eröffnung der Möglichkeit zur Heilung der Welt lag. Mit einem Wort: Wer die Liebe zurückwies, stellte sich aktiv gegen Christus, warf Gottes Geschenk weg, und beging somit die größtmögliche Sünde.

Wie diese Sünde genau aussah, beschrieb Dorothee Sölle so:

Neid bedeutet Haß auf das Glück des andern, daß ich dem nicht gönne, glücklich zu sein, daß ich nicht will, daß er glücklich ist. Ich will noch nicht einmal mein Glück, das könnte ich noch verstehen. Aber ich will nur, daß der andere auf keinen Fall glücklich ist: das ist Neid. [...] Ist erst der Neid da, dann steigert er sich und geht weit über das, was der ältere Bruder in Jesu Gleichnis empfindet, hinaus, eskaliert sich und geht bis zur Gewalt. Töten ist die Folge davon. Aber in gewissem Sinn ist auch der ältere Bruder ein Kain, einer der voller Neid ist. Und wenn er das noch mehr steigert, dann wird er rüsten müssen gegen das, was er da sieht an Glück und Freude und Heimkehr und Befreiung. Wenn man daran denkt, wie die Vereinigten Staaten von Amerika ein kleines Volk, das sich befreit hat und das vielleicht so glücklich ist wie der heimgekommene Sohn heute, behandelt und alles dazu tut, das Glück dieses Volkes und die Befreiung, daß die Menschen lesen lernen durften, daß sie essen können, daß sie nicht mehr verhungern, kaputt zu machen – ich spreche über Nicaragua –, dann habt Ihr ein

¹⁵²² Veröffentlicht als: Sölle, Dorothee; Bahr, Hans-Eckehard: *Wie den Menschen Flügel wachsen: Über Umkehr aus dem Gewalt-System*. München 1984.

¹⁵²³ Ebd., S. 60.

Bild dafür, wie der ältere Bruder den jüngeren Bruder haßt, wie er ihn zu töten versucht.¹⁵²⁴

Zu beachten ist hier neben den eigentlichen inhaltlichen Aussagen Sölles ihr zugrundeliegendes Argumentationsprogramm. Die Gleichnisse der Bibel waren immer Geschichten über Grundsätzliches, Exempla eines Lehrenden, durch die eine Lehre greifbar und anschaulich wird. Aufgabe einer theologischen Auslegung war es daher, die Aussagen wieder aus ihrer narrativen Einfassung herauszulösen und in den systematischen Zusammenhang einer christlichen Dogmatik bzw. Ethik zu stellen. Dementsprechend sprach ein Theologe, in diesem Falle Dorothee Sölle, wenn er oder sie über Gleichnisse redete, nicht über diese oder jene einzelne Begebenheit, die jeweils für sich als moralisch gut oder schlecht bewertet wurde, sondern entwickelte anhand seiner Auslegung der Schrift ein Gebäude christlicher Weltdeutung. Einzelphänomene – wie die US-amerikanische Nicaragua-Politik – wurden dann in dieses System eingeordnet und bewertet. Einen solchen Schritt vom Spezifischen zum Allgemeinen vollzog Sölle in der folgenden Passage:

Kain und Abel ist die allererste Geschichte darüber, eine Geschichte, die davon handelt, daß jeder Mord ein Brudermord ist. Ein Mord zwischen Brüdern. Es ist gar nicht mehr nötig, darüber nachzudenken, wo diese Geschichte eigentlich spielt oder wo ihr Sitz im Leben ist. Es ist die älteste Geschichte der Welt. Die A-Gruppe und die K-Gruppe, also die Abel-Gruppe und die Kain-Gruppe, hasen einander. Die K-Gruppe haßt die A-Gruppe und erklärt, daß sie sich von ihr bedroht fühlt. Sie erklärt, daß sie selbst schutzlos sei, unterlegen, viel zu wenig Waffen habe und daß sie deswegen mehr braucht. Sie bauscht diese Bedrohungsgeschichte immer mehr auf. Die K-Gruppe braucht die Bedrohungslüge. Das ist die Grundlage der Propaganda, der wir täglich in allen unseren Medien ausgesetzt sind. Diese furchtbare Geschichte zwischen den K-Leuten und den A-Leuten passiert, sie ist sozusagen das Grunddatum unserer Kultur. Sie wird erzählt, gefilmt, gepriesen, technologisch immer besser und psychologisch immer tiefer gedeutet. Wenn wir sie auf die Vorstellung vom Menschen, die dahinter steht, zurückführen, dann läuft sie darauf hinaus: Die Möglichkeiten des Menschen heißen Kain oder Abel, Täter oder Opfer, Killer oder gekillt, du oder ich. Nur einer von beiden überlebt. Als sei das die einzige Option, die wir hätten, zu töten oder getötet zu werden. Das ist die Mentalität der Aufrüstung.¹⁵²⁵

Wieder wurde hier deutlich, wie paradigmatisch Christa Wolfs Cassandra-Erzählung für die politische Mentalität der Friedensbewegung war. Sölle führte in dieser Bibelauslegung analog zu Wolf eine prinzipielle Zivilisationskritik in geraffter Form durch. Wenn der Brudermord das Grunddatum unserer Kultur war, dann folgte daraus zwingend der

¹⁵²⁴ Ebd., S. 61 f.

¹⁵²⁵ Ebd., S. 62.

Schluß, daß unsere Kultur eine schon in ihren Grundlagen verfehlte und gescheiterte war. Auch der pazifistische Kerngedanke des radikalen Universalismus wurde hier wieder in denkbar stärkster Form vorgebracht: *Jeder* Mord war ein Brudermord, wobei mit Gewißheit davon ausgegangen werden kann, daß Sölle eine Differenzierung zwischen einem Mord und einer Tötung im Kampf keinesfalls hätte gelten lassen.

Anhand der zitierten Passagen kann ein typisches Phänomen ideologischer Diskurse exemplarisch analysiert werden, nämlich die Verschmelzung von Aussagen über Sein und Sollen. Die deskriptive Feststellung, jeder Mord sei Brudermord, implizierte unweigerlich gleich zwei normative Aussagen: Einmal die moralische Verdammung des Tötens, und dann als Umkehrschluß eine sehr viel weitergehende Aussage darüber, wie Menschen sich zueinander zu verhalten hatten, nämlich als Brüder. Jedes un-brüderliche Verhalten war demnach falsch und verwerflich; das heißt nicht nur das Extrem der Anwendung tödlicher Gewalt, sondern bereits jedes antagonistische Verhalten wie etwa ökonomische Konkurrenz, und sogar jedes bloße Unterlassen einer Hinwendung zum und Sorge für den Anderen. Sölle lieferte also eine Deskription, in der sich eine normative Setzung verbarg: „Jeder Mord ist Brudermord“ war in seiner Aussage äquivalent zu „Du sollst nicht töten“, ohne daß jedoch der normative Charakter bereits durch die syntaktische Befehlsform deutlich wurde. Im ihrem nächsten Argumentationsschritt einer Kritik der Rüstungsbefürworter – und nicht nur der Pershing-Stationierung, sondern generell *jeder* Rüstung – ging Sölle dann den genau umgekehrten Weg: Deren Deskription von Handlungsoptionen als eines strikten „du oder ich“ wurde von ihr als Propaganda gebrandmarkt. Nachdem Sölle eine deskriptive Aussage mit versteckten normativen Gehalten erstellt hatte, kritisierte sie nun also, daß die vorgebliche Deskription ihrer Diskursgegner eine versteckte normative Aussage enthalte, und zwar des Inhalts, daß eine gewaltsame – auch präventive – Selbstverteidigung richtig sei. Diese versteckte Botschaft diene dazu, Verhalten zu lenken, sei also ihrem Charakter nach manipulativ und ergo verwerflich. „Laßt Euch nicht von den Eigenen täuschen!“, diese Mahnung der Wolfschen Cassandra vor den Kriegstreibern im eigenen Land hätte auch die Überschrift für Sölles Ausführungen abgeben können. Sie realisierte jedoch nicht, daß sie genau jene rhetorische Taktik, deren Verwendung sie den Stationierungsbefürwortern vorwarf, auch selbst gebrauchte.

Man kennt den berühmten Ausspruch von Marx, nach dem die Philosophen bisher die Welt nur gedeutet hätten; es komme aber darauf an, sie zu verändern. Dagegen ließe sich sehr nachdrücklich einwenden, daß jede Deutung der Welt bereits in sich eine Ver-

änderung der Welt ist. Anhand der kurzen Textpassagen der Bibelauslegung Dorothee Sölles kann im konkreten und konzentrierten Beispiel gezeigt werden, wie die Gegner der Pershing-Stationierung versuchten, ihre Weltdeutung zu etablieren, diejenige der Stationierungsbefürworter zu denunzieren, und so, durch die Eroberung der Diskurs-hoheit und der Definitionsmacht, ihren Standpunkt durchzusetzen. Diese kommunika-tive Strategie im Streit um den NATO-Doppelbeschluß entsprach den grundlegenden Mechanismen ideologischer Auseinandersetzungen: Die eigene Beschreibung der Welt mit den in ihnen versteckten normativen Implikationen zu verbreiten, gleichzeitig aber die ebenso strukturierten Aussagen des weltanschaulichen Gegners zurückzuweisen und zu diskreditieren, dies war die Vorgehensweise in jedem solchen Konflikt.

Denkt man die Aussagen Sölles weiter zu Ende, dann gelangt man zu dem Schluß, daß sie letztlich die Realität von Feindschaft an sich bestritt. Denn Sölle sagte eben nicht, daß Du-oder-ich-Situationen vielleicht zuweilen vorkämen, und es sich nur bei der speziellen Situation des NATO-Doppelbeschlusses nicht um eine solche handele, sondern sie bezeichnete sie insgesamt als bloße Vorstellung. Liest man die zitierte Pas-sage noch einmal, so sieht man, daß sie in ihrer Wiedergabe der Bedrohungsvorstellun-gen der „K-Gruppe“ ausschließlich im Konjunktiv sprach. Die Bedrohung war also ihrer Ansicht nach nur eingebildet bzw. aus anderweitigen – man darf vermuten: in-famen – Motiven künstlich herbeigeredet. Dabei sprach Sölle aber, wie gesagt, über grundsätzliche Abläufe, über den abstrahierten Verlauf jedes Konfliktes, wie sie selbst ja sehr deutlich betonte. Also stellte sie nicht *eine*, sondern *jede* Wahrnehmung des Bedroht-Seins als Fiktion, als „Bedrohungslüge“ dar. Damit wurde aber auch das, was noch die Heidelberger Thesen als so drängendes Problem formuliert hatten, nämlich die Schwie-rigkeit, im Atomzeitalter eine rechtmäßige Verteidigung gegen unrechtmäßige Angriffe durchzuführen, einfach als nicht existent definiert. Hier wurde nach dem Prinzip verfahr-en, daß nicht sein konnte, was nicht sein durfte: Da der Pazifismus gewaltsam ausgetra-gene Konflikte verabscheute, leugnete er die Realität von Feindschaftsverhältnissen und erklärte sie zu falschem Bewußtsein. Wer den Anderen als Feind sah, befand sich im Zustand des Verblendungszusammenhangs. Der Pazifismus wollte jeden Konflikt fried-lich beigelegt sehen. Daher bestritt er aufs Entschiedenste, daß es überhaupt Konflikte gab, die auf friedlichem Wege nicht beigelegt werden konnten. Dies war eine Position, die in ihrer Radikalität weit über den alten, moderaten Pazifismus hinausging, der im-merhin eine gewaltsame Verteidigung in Notwehr zugelassen hatte, denn Sölle verlangte implizit, daß jedem Mitmenschen als Bruder zu begegnen sei – und zwar völlig unab-

hängig davon, wie sich dieser „Bruder“ selbst verhielt. Sie stellte wie Hans-Eckehard Bahr den kategorischen Imperativ der Feindesliebe ins Zentrum christlicher Friedenstheologie.

Gleichzeitig wurde hier wieder deutlich, wie sehr in der radikalpazifistischen Analyse von Konflikten die psychische Innenwelt der Akteure in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt wurde. Der Zorn und der Neid, der die Gewalt verursachte, waren im christlichen Verständnis Todsünden. Konsequenter Weise erklärte Hans-Eckehard Bahr jegliche Beteiligung an der Rüstung schlicht zu Götzendienst, das heißt, zu nichts anderem als Ketzerei:

Wir leben nicht in den Slums von Rom oder El Salvador, aber unter der Herrschaft von Warschauer Pakt und NATO. In ihren Planungsbüros werden die Gelder verwirtschaftet, die den Alten, Armen und Arbeitslosen gestohlen werden. Dort wird ein Gott angebetet, der nicht für alle Menschen den Tisch deckt. Ein Götze, der die Feinde vom Tisch schießen läßt. Niemand, der sich mit Jesus verbunden fühlt, kann diesem Götzen mehr dienen.¹⁵²⁶

¹⁵²⁶ Ebd., S. 45.

5. Frauen und Frieden: Rettung durch das weibliche Prinzip

a) *Die Entstehung der Frauenfriedensbewegung*

Ihren Diskussionsbeitrag bei der Begegnung zur Friedensförderung deutsch-deutscher Schriftsteller am 14. Dezember 1981 in Ostberlin leitete Christa Wolf mit folgenden Worten ein: „Liebe Kollegen! Mir wäre es beinahe lieber gewesen, ich wäre nicht drangekommen. Dann wäre es noch deutlicher geworden, als es so schon ist, daß es sich bei dem Thema, über das wir heute sprechen, um eine Männerangelegenheit handelt. Das ist meine Überzeugung.“¹⁵²⁷ Wolf verknüpfte sowohl das nukleare Wettrüsten wie auch militärische Rüstung generell mit patriarchalen Strukturen. Sie stellte implizit die These auf, Männer und Frauen zeichneten sich durch geschlechtsspezifische Verhaltens- und Handlungsweisen aus, wobei sie diejenigen der Männer als konfliktträchtig charakterisierte. Wenn nun das Wettrüsten ein genuiner Ausdruck der männlichen Natur war, dann, so konnte gefolgert werden, war dessen Bekämpfung ein integraler Bestandteil weiblicher Emanzipation und des Kampfs gegen das Patriarchat. Die Bildung einer feministischen Perspektive und einer entsprechenden Strömung innerhalb der Friedensbewegung war damit leitmotivisch vorgezeichnet.

Deren Bildung begann unabhängig vom NATO-Doppelbeschluß bereits ab 1978¹⁵²⁸. Ihr Auslöser bestand wesentlich in der zu dieser Zeit aufkommenden Frage, ob in Folge der Gleichberechtigung auch Frauen über den bisherigen, recht beschränkten Umfang hinaus in der Bundeswehr Dienst tun sollten¹⁵²⁹. Im Zuge der Beschäftigung mit diesem Thema wurde von den Aktivistinnen bald erkannt, daß die bestehende Notstandsgesetzgebung es bereits zu diesem Zeitpunkt erlaubte, Frauen im militärischen Ernstfall zu Hilfsdiensten zu verpflichten, d. h. unabhängig von ihrer persönlichen Zustimmung vor allem zum Sanitäts- und Lazarettendienst heranzuziehen¹⁵³⁰. So stellte sich also schon vor der eventuell erfolgenden Einführung einer

¹⁵²⁷ Wolf, Christa: Rede bei der „Berliner Begegnung zur Friedensförderung“. In: Behrens, Katja: *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984. S. 38.

¹⁵²⁸ Epple, Eva-Maria: Einige Stationen der neuen Frauenfriedensbewegung, in: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf und Rachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. München 1982. S. 32.

¹⁵²⁹ Maltry, Karola: *Die neue Frauenfriedensbewegung: Entstehung, Entwicklung, Bedeutung*. Frankfurt a. M. und New York 1993. S. 68 und S. 113.

¹⁵³⁰ Nach Grundgesetz Artikel 12a, Absatz 4: „Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grundlage eines

Wehrpflicht für Frauen die Aufgabe, analoge Instrumente zur Wehrdienstverweigerung der männlichen Rekruten zu schaffen. Diese sich präventiv auf den akuten Verteidigungsfall beziehende Verweigerung sollte die Planungen für einen militärischen Ernstfall stören, indem sie bereits vorab das Kalkül durchkreuzen würde, Frauen zu bestimmten Hilfsdiensten heranziehen und das dadurch freiwerdende männliche Personal für den Dienst mit der Waffe einsetzen zu können¹⁵³¹. So sollten die Schwierigkeiten bei der Planung erhöht und dadurch die Kriegsgefahr verringert werden. Bereits früh zeigte sich hier eine grundsätzlich antimilitaristische Ausrichtung der Frauenfriedensbewegung¹⁵³², die auch die Leistung von Diensten im Heil- und Pflegebereich ablehnte, wenn diese dem Militär zugute kommen würden. Konkret umgesetzt wurde diese politische Linie durch die Eingabe persönlicher Erklärungen von – nach Angaben aus der Bewegung – mehr als 25.000 Frauen¹⁵³³ über die Verweigerung solcher Hilfsdienste an das zuständige Bundesinnenministerium. Dieses lehnte die Anträge der Friedensaktivistinnen jedoch als rechtlich unbegründet ab, da das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nur für den Dienst mit der Waffe gelte; ein Verweigerungsrecht bezüglich anderweitiger Dienstverpflichtungen sei im Grundgesetz nicht vorgesehen¹⁵³⁴.

Ein starker Impuls für die sich in Deutschland noch formierende Bewegung ging von Skandinavien aus. Anlässlich einer geplanten Konferenz der UNO, die im Juli 1980 in Kopenhagen im Rahmen der UN-Dekade der Frauen stattfinden sollte, entstand zunächst in Dänemark eine Initiative, die den folgenden Appell an den Generalsekretär der Vereinten Nationen formulierte¹⁵³⁵:

So nicht!

Wir verzweifeln angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Entwicklung. Uns wird immer klarer, daß Frauen auf der ganzen Welt mit Gedanken voller Angst leben und mit der gleichen Furcht belastet sind: Haben wir und unsere Kinder eine Zukunft? Wir wollen – zusammen mit den Frauen der ganzen

Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten.“

¹⁵³¹ AG Aktionsherbst '84 Fulda Gap - Frauenaktion: *Aufruf zum Frauen-Aktionstag*. ASBB, Box 4.5.7, Mappe I.

¹⁵³² Maltry, *Frauenfriedensbewegung*, S. 71.

¹⁵³³ Vgl. Antimilitarismus-Information 3/83 und 2/81.

¹⁵³⁴ Exemplarisch hierfür: Antwortschreiben des Bundesministeriums des Inneren vom 30.4.1982, Geschäftszeichen V II 7-126 687 II, in: ASBB, Box 4.4.1, Mappe Frauen für den Frieden: Interna.

¹⁵³⁵ Zur Entstehung siehe: Grae, Bodil: Frauen proben den Aufstand. In: Quistorp, Eva (Hrsg.): *Frauen für den Frieden: Analysen, Dokumente und Aktionen aus der Frauenfriedensbewegung*. Bensheim 1982. S. 29-32. Sowie: Bounin, Ingrid: "Haben unsere Kinder eine Zukunft?" In: *Südwestpresse* (2. April 1980).

Welt – unsere Ohnmacht in Stärke verwandeln. Wir wollen nicht länger den Machtkampf zwischen den Großmächten stillschweigend akzeptieren. Alle Aggressionshandlungen¹⁵³⁶ müssen unmittelbar eingestellt werden; die Abrüstungsverhandlungen müssen sofort wieder aufgenommen und Ergebnisse in die Tat umgesetzt werden.

Wir fordern: Abrüsten für einen dauerhaften Weltfrieden! Rüstungsmilliarden für Nahrung aller auf der Welt! Nein zum Krieg!¹⁵³⁷

Sehr schnell fanden sich in allen skandinavischen Ländern Gruppen von Frauen zusammen, die diesen Aufruf unterstützten und mit dem Sammeln von Unterschriften begannen. Bereits etwa einen Monat nach Beginn der Kampagne im Januar 1980 wurde diese auch von Frauen in der Bundesrepublik aufgenommen. In den skandinavischen Ländern stellten sich fast schlagartig deutliche Erfolge ein. Der Aufruf hatte dort offensichtlich einen Nerv getroffen:

Allein in Dänemark sind der neugebildeten Bewegung „Frauen für den Frieden“ innerhalb von nur 48 Stunden die ersten 10.000 Vordrucke ausgegangen, auf denen seit Freitag vergangener Woche Unterschriften gesammelt werden. Weitere 10.000 Formulare werden gegenwärtig gedruckt.

„Es ist, als wäre eine Schleuse geöffnet worden. Es ist eine Flut, die alle Erwartungen übertrifft“, sagte am Sonntag Gyttte Rue, eine Redakteurin im Familienprogramm von Radio Dänemark. „Plötzlich finden viele Frauen den Mut einzugestehen, daß die [sic!] Angst haben, und sie geben dieser Angst in der Sprache der Frauen Ausdruck.“¹⁵³⁸

Die von den Initiatorinnen zunächst erhoffte Zahl von fünf Millionen Unterschriften erwies sich zwar angesichts der kurz bemessenen Zeit von nur fünf Monaten als unrealistisch, mit 500.000 Unterschriften, die Generalsekretär Waldheim schließlich vorgelegt werden konnten, darunter ca. 70.000 aus der Bundesrepublik, war der Gesamterfolg aber immer noch eindrucksvoll¹⁵³⁹. Zum Vergleich: Der Krefelder Appell erreichte in drei Jahren im deutlich bevölkerungsreicheren Westdeutschland die Marke von vier Millionen Unterschriften. Da die Organisatoren der UN-Konferenz die Forderung abgelehnt hatten, die Friedensfrage zum Hauptthema der Konferenz zu

¹⁵³⁶ Dies bezog sich höchstwahrscheinlich auf den im Dezember 1979 erfolgten Einmarsch der UdSSR in Afghanistan.

¹⁵³⁷ Aufruf Frauen für den Frieden. In: Quistorp, *Frauen für den Frieden*, S. 20. In anderen Quellen z.T. mit leicht abweichendem Wortlaut, vermutlich aufgrund verschiedener Übersetzungen aus dem Dänischen.

¹⁵³⁸ *Frankfurter Rundschau* (19. Februar 1980).

¹⁵³⁹ Maltry, *Frauenfriedensbewegung*, S. 119, sowie ebd. Anm. 15; Grae, Bodil: Frauen proben den Aufstand. In: Quistorp, *Frauen für den Frieden*, S. 31. Unzutreffend ist dagegen die Zahlenangabe bei Schachtschneider, Irmelin: Die Friedfertigkeit der Frauen. Oder: Warum engagieren sich Frauen in der Friedensbewegung? In: Bolm, Gerhard, et al. (Hrsgg.): *Bewußt-Sein für den Frieden: 1. Friedenskongreß psychosozialer Berufe*. Weinheim und Basel 1983. S. 230.

machen, organisierten die Frauen für den Frieden zusätzlich zur Übergabe der Unterschriften einen gleichzeitig zur UN-Veranstaltung stattfindenden Gegenkongreß¹⁵⁴⁰.

Sowohl im Appell als auch in den persönlichen Äußerungen von Gytte Rue fanden sich zentrale Topoi der Friedensbewegung. Die Bezugnahme auf ein allgemeines Gefühl der Angst, die einzugestehen von Rue als ein Akt des persönlichen Mutes rehabilitiert wurde, sowie die Verbindung zwischen Rüstungsausgaben und der Verelendung der Dritten Welt wurden bereits analysiert. Von besonderer Bedeutung für die Frauenfriedensbewegung war die Verbindung von persönlichen Gefühlen der mütterlichen Fürsorge und friedenspolitischem Engagement. Um diesen Gesichtspunkt entstanden allerdings auch vielfältige interne Auseinandersetzungen, da eine solche Selbstdefinition von Frauen als Müttern mit feministischen Konzeptionen entschieden über Kreuz lag.

In diesen beiden Entwicklungslinien – der Auseinandersetzung mit einer Einbeziehung in den Militärdienst und dem skandinavischen Appell – verlief die Formierung der Frauenfriedensbewegung unabhängig von ihrem Hauptstrom. Daneben gab es zwei weitere Entstehungszusammenhänge, die stärker in die Gesamtentwicklung eingebettet waren. Auch für die Frauenfriedensbewegung spielte die Diskussion um die Neutronenwaffe die Rolle einer Initialzündung, durch die Aufmerksamkeit erzeugt und das Thema diskursiv vorbereitet wurde. Die beiden wichtigsten feministischen Zeitschriften der Bundesrepublik, *Emma* und *Courage*, griffen die Debatte um die Neutronenbombe in ihrer Berichterstattung auf¹⁵⁴¹. Zweitens fanden die besonders frühen Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschuß innerhalb der SPD statt, von deren Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) dementsprechend auch die ersten frauenspezifischen Stellungnahmen zum Thema stammten. Die AsF verfaßte beispielsweise den in der *Courage* veröffentlichten Artikel zur Neutronenwaffe. In diesem kamen bereits 1978 zwei Elemente zur Sprache, die in noch eine wichtige Rolle spielen sollten:

¹⁵⁴⁰ ASBB, Box 4.4.1, Mappe Frauen für den Frieden: Flugblätter und Broschüren. Auch: Epple, Eva-Maria: Einige Stationen der neuen Frauenfriedensbewegung. In: Petalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf und Rachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. München 1982. S. 35.

¹⁵⁴¹ Brunner-Walther, Margot: Der saubere Wahnsinn In: *Emma*, Oktober 1977, S. 29; Wewer, Sigrid, et al.: SPD-Frauen gegen Neutronenbombe: "Wir wehren uns gegen die Verdummung" In: *Courage* Nr. 3, 1978, S. 7; vgl. auch Maltry, *Frauenfriedensbewegung*, S. 67 f.

Wir Frauen können auch nicht dafür eintreten, daß durchgepeitschte Gesetze und Vorlagen, die die Freiheit der Bürger beschneiden, von uns gutgeheißen werden. Wir sind gegen Neutronenbomben, diese Waffe zur Massenvernichtung von Menschen, mit der angeblich ein Schutz vor irgendeinem Gegner, der auch nur ein Mensch ist – gewährleistet werden soll.

Wir Frauen wollen nicht in Angst und Bedrohung leben, wir wollen nicht, daß die Bevölkerung verdummt wird, wir wollen keine Gesetze, die gegen die Freiheit der Bürger gerichtet sind.

Wir fordern Humanität von unserer SPD-FDP-Regierung.¹⁵⁴²

Bereits hier wurden die Standpunkte eines die Freund-Feind-Unterscheidung bewußt verweigernden Humanismus und des Mißtrauens gegen eine im Widerspruch zu den wahren Interessen der Bevölkerung stehende Regierungspolitik formuliert. Ein weiterer Beitrag der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen zur öffentlichen Auseinandersetzung um die Frage der Nuklearwaffen bestand in einem am 3. Dezember 1979 veröffentlichten Appell¹⁵⁴³. Darin warnte sie vor einem verschärften Rüstungswettlauf und rief die Bundesregierung dazu auf, die Angebote der UdSSR zur Reduktion ihrer in der DDR stationierten Truppen ernsthaft zu prüfen. Die Aussagen des Aufrufs zeigten deutlich die Widersprüche innerhalb der SPD, deren interne Gruppierungen in Teil-Opposition zu der von ihr gestellten Regierung standen: Einerseits bezog sich die AsF positiv auf „die Entspannungspolitik, entworfen und vertreten von Willy Brandt, Helmut Schmidt, Herbert Wehner und Egon Bahr“¹⁵⁴⁴, gleichzeitig aber forderten „die sozialdemokratischen Frauen [...] alle Bürgerinnen und Bürger auf, gegen die Produktion neuer Mittelstreckenraketen und deren Stationierung in der Bundesrepublik und Europa zu protestieren“¹⁵⁴⁵; mithin also gegen die Politik des SPD-Bundeskanzlers Schmidt, dem sie gerade eben noch Respekt gezollt hatten¹⁵⁴⁶. Mit diesem Aufruf verbunden war eine Unterschriftensammlung, die bis zum 8. März 1980 laufen sollte. Die Unterschriften für den Appell sollten dann am Internationalen Frauentag an Verteidigungsminister Hans Apel und Bundeskanzler Helmut Schmidt übergeben werden.

¹⁵⁴² Wewer, Sigrid, et al., op. cit.

¹⁵⁴³ Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen: Frauen für den Frieden – Frauen gegen Wett-rüsten. In: Plümer, Lutz (Hrsg.): *Positionen der Friedensbewegung: Die Auseinandersetzung um den US-Mittelstreckenraketenbeschuß. Dokumente, Appelle, Beiträge*. Frankfurt a. M. 1981, S. 38 f.

¹⁵⁴⁴ AsF, in Plümer, *Positionen*, S. 38.

¹⁵⁴⁵ AsF, in Plümer, *Positionen*, S. 39.

¹⁵⁴⁶ Lesenswert zu dieser innerparteilichen Zerreißprobe sind die persönlichen Erinnerungen des damaligen Verteidigungsministers Hans Apel, in denen er die Aktionen des linken Parteiflügels bitter kommentierte und diesen unverblümt der Lüge bezichtigte. Siehe Apel, Hans: *Der Abstieg. Politisches Tagebuch eines Jahrzehnts*. 2. Aufl. Stuttgart 1999. S. 128-130 sowie 145-147.

In der Bundesrepublik erreichte die Organisierung der Frauenfriedensbewegung schließlich eine Kohärenz, die es ihr erlaubte, dauerhaft im Koordinationsausschuß der Friedensbewegung mitzuwirken. Sie war in diesem mit zwei Gruppen vertreten: Erstens durch die Anstiftung Frauen für den Frieden, zu der Thomas Leif feststellte: „Der Einfluß dieser zahlenmäßig relativ kleinen Gruppe hängt damit zusammen, daß hier eine der wenigen autonom organisierten Gruppen der Frauenfriedensbewegung bereit war, in den Gremien der Friedensbewegung mitzuarbeiten.“¹⁵⁴⁷ Zweitens arbeitete die 1979 gegründete Initiative Frauen in der Bundeswehr? Wir sagen Nein! im Koordinierungsausschuß, die dem kommunistischen KoFAZ-Spektrum angehörte¹⁵⁴⁸. Zwischen ihr und dem autonomen Frauenspektrum kam es dabei zu denselben Spannungen wie zwischen KoFAZ und autonomen Friedensgruppen generell¹⁵⁴⁹.

b) *Friedenspolitische Standpunkte: Essentialistischer Dualismus*

In ihrer Arbeit über die Frauenfriedensbewegung stellte Karola Maltry fest: „Unter den verschiedenen feministischen Theorieansätzen lassen sich im wesentlichen zwei Emanzipationskonzepte unterscheiden: ein egalitäres und ein dualistisches Emanzipationskonzept.“¹⁵⁵⁰ Der egalitäre Feminismus postulierte ein allgemeingültiges System von Werten und Normen, das nicht durch Geschlechtlichkeit bestimmt war. Der Dualismus dagegen begriff die gesamte Realität im Stile des chinesischen Yin-Yang-Denkens als geschlechtlich strukturiert. Es gab demzufolge männliche und weibliche Charaktereigenschaften, Werte und Normen sowie Denk- und Handlungsweisen. Für den egalitären Feminismus ging es in seiner politischen Praxis darum, den neutralen Wert der Gleichheit in der gesellschaftlichen Realität zu verwirklichen. Der dualistische Feminismus strebte dagegen nach einer Durchsetzung weiblicher Werte, wobei die Frauenfriedensbewegung ganz überwiegend diesen dualistischen Ansatz vertrat. Dieser zerfiel allerdings in mehrere Varianten, die sich vor allem in ihren Aussagen darüber unterschieden, wie eng die jeweiligen Normen und

¹⁵⁴⁷ Leif, Thomas: *Die professionelle Bewegung: Friedensbewegung von innen*. Bonn 1985. S. 36 f.

¹⁵⁴⁸ Leif, *professionelle Bewegung*, S. 42.

¹⁵⁴⁹ Vgl. hierzu die Darstellung des Konflikts durch die Vertreterin der autonomen Frauenbewegung im Koordinierungsausschuß Eva Quistorp in: *Courage*, Nr. 11, 1983, S. 6.

¹⁵⁵⁰ Maltry, *Frauenfriedensbewegung*, S. 33.

Verhaltensweisen an das biologische Geschlecht angebunden seien. Feststellen lassen sich im wesentlichen die beiden Richtungen des essentialistischen und des sozialen Dualismus¹⁵⁵¹.

Die Position des essentialistischen Dualismus wurde bereits im Rahmen der Frauenfriedensbewegung des Wilhelminischen Reichs und der Weimarer Republik formuliert. Die prominente Feministin Lida Gustava Heymann schrieb in ihrem Text „Weiblicher Pazifismus“ von 1917/1922:

Um die von Frauen für den Pazifismus geleistete Arbeit in der Vergangenheit objektiv zu beurteilen, müssen wir uns klar machen, daß die modernen Zivilisationsstaaten Männerstaaten sind. Staaten des Mannes, in denen alles: Familie, Schule, Gefängnisse, Rechtswesen, Politik usw. auf dem männlichen Prinzip, d. h. dem Grundsatz der Gewalt, der Autorität, des Kampfes aller gegen alle, der Furcht des einen vor dem anderen aufgebaut und eingestellt ist.

Dieses männliche Prinzip, welches das Leben der Individuen und der Völker untereinander seit Jahrhunderten völlig beherrscht, führte letzten Endes immer wieder zu katastrophalen Machtausbrüchen und Rebellionen: Kriegen, Bürgerkriegen, Revolutionen. Der Weltkrieg hat bewiesen, daß der durch Gewalt aufgebaute und beherrschte Männerstaat auf der ganzen Linie versagt hat; der Beweis seiner Untauglichkeit wurde wohl noch nie anschaulicher erbracht. Das männliche Prinzip ist zersetzend und wird, wenn fortgeführt, die völlige Vernichtung der Menschheit herbeiführen.

Diesem männlichen, zerstörenden Prinzip ist das weibliche aufbauende Prinzip der gegenseitigen Hilfe, der Güte, des Verstehens und Entgegenkommens diametral entgegengesetzt. In den modernen Männerstaaten war den Frauen nicht nur jede Möglichkeit genommen, ihr ureigenstes Wesen zur Auswirkung zu bringen, sondern sie mußten sich dem männlichen Prinzip unterordnen, es zwangsweise anerkennen, sie wurden vergewaltigt. Viele Frauen machten es, nur um leben, um sich behaupten zu können, zu dem ihren.

[...] Der Mann trägt die größte Schuld, daß des Weibes Wesen und Art nicht zur Auswirkung kam und dem Pazifismus in der Vergangenheit verloren ging. Denn weibliches Wesen, weiblicher Instinkt sind identisch mit dem Pazifismus. [...] Dieses weibliche Prinzip ist vielen, besonders hochstehenden Männern eigen, Frauen aber ist es ursprünglicher Instinkt, vielen allerdings abgewöhnt durch die innerliche Wesensversklavung infolge Annahme der männlichen Weltauffassung.¹⁵⁵²

Diese Weltsicht, die Heymann in der Zeit des bzw. kurz nach dem Ersten Weltkrieg formulierte, wurde in nahezu unveränderter Form in der Friedensbewegung der

¹⁵⁵¹ Davy, Jennifer Anne: German Women's Peace Activism and the Politics of Motherhood: A Gendered Perspective of Historical Peace Research. In: Ziemann, Benjamin (Hrsg.): *Perspektiven der Historischen Friedensforschung*. (Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Bd. 1) Essen 2002. S. 121.

¹⁵⁵² Heymann, Lida Gustava: Weiblicher Pazifismus. In: Brinker-Gabler, Gisela (Hrsg.): *Frauen gegen den Krieg*. (Die Frau in der Gesellschaft: Frühe Texte) Frankfurt a. M. 1980. S. 65-70.

1980er Jahre von Anton Andreas Guha in seinem Roman „Ende“ vertreten. In diesem fiktiven Tagebuch wurde der Untergang Westdeutschlands in einem Nuklearkrieg geschildert. Guhas Roman war eines der in der Friedensbewegung mit Abstand am weitesten verbreiteten Bücher.

Wie ertragen Frauen eigentlich diese wahnwitzige Bedrohung, die doch letztlich von Männern verursacht wird? Erich Fromms These von der unbewußt nekrophilen Lust des Menschen trifft doch nur auf die eine Hälfte Mensch zu, den Mann. Die Lust am Tod, am Töten, am tödlichen Risiko ist doch wohl eine rein männliche Eigenschaft. Die Frau ist dem Leben eher verhaftet als der Mann, aber sie fehlt bei der Gestaltung der Welt.

Politik, Geschichte und Gesellschaft gestaltete das Patriarchat nach männlichen Idealen und Wertvorstellungen, die es auf den Tod zu verteidigen galt. Der Dualismus in der Freudschen Triebtheorie als Aussage über den Menschen schlechthin kann so nicht gelten, eher so: Bei der Frau dominiert der Lebenstrieb, beim Mann der Todestrieb.

Hätten weibliche Generäle Millionen von Frauen in das Maschinengewehrfeuer des Ersten Weltkriegs gejagt? Könnten sich Frauen gegenseitig zu Millionen das Bajonett in den Bauch stoßen, in dem Leben entsteht? Hätten junge Mädchen vor Langemarck singend in den Tod stürmen können? Wäre es Frauen möglich gewesen, vom „süßen und ehrenvollen Tod fürs Vaterland“ zu schwärmen?

Gewiß, das Patriarchat hat sich die Frau unterworfen und bewirkt, daß sie sein Weltbild teilte. Ohne die Bewunderung der Frau wäre kaum das infantile Heldenideal denkbar gewesen, und somit auch wohl nicht der gesellschaftliche Stellenwert alles Militärischen. Mädchen und Frauen waren es, die die ausrückenden und heimkehrenden „Helden“ bekränzten und selbst brav und aufopfernd an der Heimatfront ihren Dienst taten.

Und dennoch: In einer von Frauen gestalteten Geschichte Europas hätte es vermutlich keine Kreuzzüge gegeben, keine Hexenprozesse, und die „Wilden“ in Afrika, Asien und Amerika wären nicht zu Millionen abgeschlachtet worden. Eine Frau Bonaparte? Eine Frau Hitler, Himmler, Eichmann? Eine Frau Stalinowa? Frauen wie Katharina die Große, Golda Meir, Indira Ghandi, Margaret Thatcher werden doch eher als weibliche Männer wahrgenommen.

In einer matriarchalisch gestalteten Welt wäre der eiskalt geplante, industriell organisierte Massenmord wie in Auschwitz undenkbar gewesen, weder der „Herrenmensch“ noch der „Untermensch“. Eine Frau hätte „Mein Kampf“ nicht schreiben und den Befehl zur Ausrottung „lebensunwerten Lebens“ rassischer Minderheiten nicht geben können. Eine globale Schlächterei wie der Zweite Weltkrieg wäre in einem Matriarchat unvorstellbar, desgleichen Arbeitslager, Ausrottung von Bauern, Dissidenten und „Staatsfeinden“. Eine von Frauen dominierte Regierung hätte den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki niemals anordnen können, Japanerinnen hätten niemals so satanisch in Asien gewütet, weibliche Präsidenten oder Generäle könnten nicht foltern und morden oder in Todesschwadronen wahllos massakrieren.

Alle Waffen haben nur Väter. Ein Mann erfand das Pulver, das Gewehr, die Kanone, das Maschinengewehr, das Kampfflugzeug, die Atombombe, die

Wasserstoffbombe, die Rakete, den Mehrfachsprengkopf. Diese ganze perfektionierte Tötungsmaschine, die alles höhere Leben auf diesem Globus auszurotten vermag, entsprang männlichen Hirnen. Es sind Männer, die entschlossen sind, „unter der schwachsinnigen Drohung ‚wenn es denn sein muß‘, die ganze Welt in eine von giftigen Dünsten umhüllte Welt zu verwandeln“. Die „moralische und intellektuelle Unzulänglichkeit“, von der Thomas Mann spricht, ist ein männliches Defizit.¹⁵⁵³

Unabhängig von ihren inhaltlichen Aussage waren beide Quellen zunächst einmal beispielhaft für die Mechanik ideologischer Argumentationen. Bei Guha zeigt sich dies schon im Gebrauch der rhetorischen Mittel, vor allem in Form der auch bei anderen Autoren aus der Friedensbewegung des öfteren feststellbaren, überbordenden Verwendung rhetorischer Fragen. Durch das sprachliche Muster „Ist es etwa nicht so, daß ...?“ wurde eine Behauptung aufgestellt, die Beweislast einer möglichen Widerlegung jedoch dem Leser zugeschoben. Die rhetorische Frage war daher in ihrer psychologischen Wirkung außerordentlich manipulativ.

Weiterhin war die Wirklichkeitswahrnehmung beider Autoren hochgradig reduktionistisch. Der Gegensatz von männlich und weiblich erschien als das singuläre Organisationsprinzip der menschlichen Welt. Alle sozialen, kulturellen, ökonomischen und politischen Verhaltensweisen ließen sich darauf zurückführen. Dies wurde insbesondere bei Heymann deutlich, die eine weitere Perspektive aufzeigte als Guha. Dieser konzentrierte sich auf die faktische Ausübung von Gewalt, während Heymann auch diejenigen sozialen Elemente als männlich – und damit zerstörerisch – kennzeichnete, die schon bei der Analyse von Christa Wolfs „Kassandra“ auftraten: Ein hierarchisches Organisationsprinzip der Gesellschaft und die als Kampf aller gegen alle verstandene Konkurrenz, aus der die Furcht des einen vor dem anderen folgte, welche im Gegensatz zum gegenseitigen Vertrauen einer imaginierten weiblichen Gesellschaft stand. Unter Frauen, so muß man schließen, gab es nach Ansicht Heymanns weder Konkurrenz noch Hierarchien. Diese Vorstellung erfreute sich in der Frauenbewegung der 70er Jahre einiger Popularität. Beispielsweise skizzierte Gisela Notz das Selbstverständnis der Redakteurinnen der hier des öfteren zitierten autonomen Frauenzeitschrift *Courage* wie folgt:

Die Gründerinnen erfanden neue Arbeitsstrukturen, wie sie damals von vielen Projekten, die aus der Frauenbewegung entstanden sind, versucht wurden. Ein radikaler Gleichheitsanspruch sollte in die Wirklichkeit umgesetzt wer-

¹⁵⁵³ Guha, Anton Andreas: *Ende: Tagebuch aus dem 3. Weltkrieg*. Königstein 1983. S. 22 f.

den. Von der Idee bis zum fertigen Produkt und dessen Verkauf waren alle Sinne an einem kollektiven Prozeß beteiligt. Alle Arbeiten sollten von allen erledigt und - bei gleichem finanziellem Risiko - als gleich wertvoll betrachtet werden. Die Arbeit zeichnete sich durch die Kreativität basisdemokratischer Kollektive aus. Triebfeder für das Engagement war der Wunsch zur gemeinschaftlichen lustbetonten Arbeit. Hierarchien unter den Frauen sollte es nicht geben, sie wurden als männlich abgelehnt.¹⁵⁵⁴

Sowohl Heymann als auch Guha operierten in ihren Texten mit einer essentialistischen Zuschreibung von Charaktereigenschaften zu Geschlecht. Danach gab es eine wahre und unveränderlich Natur von Männern und Frauen. Diese war objektiv feststellbar. Entsprechend meinten Heymann und Guha genau unterscheiden zu können, welches Verhalten von Frauen aus ihrer weiblichen Natur und welches aus der männlichen Konditionierung im Patriarchat hervorging. Jeder Versuch, die getroffenen Aussagen empirisch zu überprüfen, wurde dadurch unwirksam gemacht, daß sie prinzipiellen Charakter hatten. Sobald das faktische Verhalten der Menschen vom postulierten Grundsatz abwich, war dies entweder darauf zurückzuführen, daß die Frauen vom Patriarchat verdorben worden waren, oder die Männer sich von dessen korrumpierender Kraft ab-, und ihrer besseren, sprich: weiblichen Natur zugewandt hatten. Alles friedliche Verhalten von Frauen war stets Ausdruck ihrer Weiblichkeit, alles kriegerische stets das Ergebnis der Manipulation durch die Männer. Diese essentialistische Weltansicht immunisierte somit ihre Aussagen gegen jede Kritik. Da die jeweilige Natur auch unterdrückt werden konnte, gab es ‚echte‘ Frauen, die sich so verhielten, wie es ihrer Natur entsprach, und ‚unechte‘ Frauen, die von ihrer Natur abwichen. Umgekehrt galt dasselbe für Männer. Da ‚weibliche‘ Handlungsweisen von Heymann und Guha als gut, die ‚männliche‘ Gewalttätigkeit dagegen als böse bewertet wurden, bedeutete die ‚Vermännlichung‘ von Frauen eine Fehlentwicklung, ja geradezu eine Perversion, die ‚Verweiblichung‘ von Männern dagegen einen zivilisatorischen Fortschritt. In der Durchsetzung des weiblichen Prinzips lag denn Heymann zufolge auch die einzige Möglichkeit der Rettung der Menschheit vor der Selbstzerstörung, die aus dem männlichen Prinzip unausweichlich hervorgehen würde.

Bemerkenswert war, wie tiefgreifend nach Ansicht der beiden Autoren die Festlegung von Menschen auf ihre durch das Geschlecht vorgegebene Persönlichkeit war.

¹⁵⁵⁴ Notz, Gisela: *Die Frauenzeitschrift Courage*. <http://library.fes.de/courage/courage-notz.pdf>. S. 3. Zuletzt aufgerufen 18. 3. 2015.

Nach Heymann war der Pazifismus mit dem weiblichen Wesen identisch und den Frauen durch natürlichen Instinkt zu eigen. Guha band die Charaktereigenschaften sogar noch enger an das biologische Geschlecht als Heymann. Von friedlichen, also im spirituellen Sinne weiblichen, biologischen Männern war bei ihm gar nicht die Rede. Seiner Auffassung nach hätte der Holocaust in einer Welt, in der Frauen die Macht hatten, nicht nur wahrscheinlich nicht stattgefunden, sondern wäre sogar undenkbar gewesen. Weibliche Generäle – sofern ‚echte‘ Frauen überhaupt als Generäle vorstellbar wären – hätten nicht mit geringerer Wahrscheinlichkeit gemordet und gefoltert als männliche Befehlshaber, sondern dies gar nicht tun *können*. Nach beider Auffassung war also der Mensch qua Geburt auf ein bestimmtes Wesen festgelegt, von dem er nur durch tiefgreifende Manipulation oder harte Arbeit an sich selbst abweichen konnte.

c) *Sozialer Dualismus*

Diese essentialistische Sichtweise wurde allerdings in der Frauenfriedensbewegung keineswegs ohne weiteres geteilt, sondern des öfteren explizit kritisiert. In einem Artikel in der *Courage* schrieb beispielsweise Anna Dorothea Brockmann:

Wir Frauen sind nicht von Natur aus friedfertig. Der weibliche Pazifismus ist Friedfertigkeit um jeden Preis. Sie ist uns seit jeher von Männern auf den Leib geschrieben.

Wir wurden friedfertig, mit Gewalt – wir unterdrückten unsere Wut, mit Gewalt – zu lange schon. Und so ist unser Bewußtsein mit der Ideologie über unsere weibliche friedfertige Natur verschmolzen; wir halten uns selber für das, was die Herren wollen, das wir sind. Wir formulieren Friedensaufrufe, sammeln Friedensdemonstrationen, die, pazifistisch um jeden Preis, politisch wirkungslos bleiben, weil sie bequem sind für diejenigen, die wir anzugreifen vorgeben. Unsere friedfertigen Appelle sind kein Angriff auf die patriarchalen und militärischen Bastionen, auch nicht auf die, die auf unsere Körper gebaut sind.¹⁵⁵⁵

Und in einem Flugblatt der Freiburger Frauen für den Frieden hieß es: „Frauen sind nicht aus biologischen Gründen friedfertiger als Männer. Da wir Frauen aber von

¹⁵⁵⁵ Brockmann, Anna Dorothea: Wider die Friedfertigkeit – Gedanken über den kriegerischen Alltag. In: *Courage* Nr. 3, 1981, S. 20-22. Ähnliche Aussagen in: AG Aktionsherbst 84 Fulda Gap - Frauenaktion: *Aufruf zum Frauen-Aktionstag*. ASBB, Box 4.5.7, Mappe I.

gesellschaftlicher Macht weitgehend ausgeschlossen sind, sind wir auch weniger in Konkurrenzkämpfe, Machtstreben und angebliche Sachzwänge verstrickt.“¹⁵⁵⁶ Damit wurde die Position des sozialen Dualismus präzise auf den Punkt gebracht. Impliziert war darin eine Kritik der Macht, die als korrumpierende Kraft verstanden wurde. Durch ihren erzwungenen Ausschluß von Machtpositionen waren Frauen demnach zwar unterdrückt worden, allerdings auch der Korrumpierung durch die Macht entgangen, so daß sie nun weit eher als Männer fähig waren, die Vernichtungsmechanismen der Blockkonfrontation und des Wettrüstens zu erkennen und dagegen Position zu beziehen¹⁵⁵⁷. Margarete Mitscherlich, die die These von der biologisch begründeten Friedfertigkeit der Frauen ebenfalls strikt ablehnte, leitete daraus eine besondere Verantwortung von Frauen für die Humanisierung der Gesellschaft ab:

Da die „Spitzenmänner“ auf ihren politischen Hochseilen, mit ihrer offensichtlich eigengesetzlichen Argumentations- und Handlungsakrobatik, für jeden Appell an Vernunft und Menschenverstand unzugänglich sind, muß die Allgemeinheit, die Basis tätig werden, um das drohende Verhängnis abzuwenden. Den Frauen fällt eine besonders wichtige Aufgabe zu: Sie, die immer Unterdrückten, scheinen zunehmend ein Gespür für alte und neue Formen der Unterdrückung zu haben, für die Unterdrückung durch Technokraten und Spezialisten, für die Unterdrückung durch Hochtheoretiker und Wissenszauberkünstler, für all diese modernen verbalen Verschleierungsmanöver, hinter denen die Realität verschwindet.

Der in Jahrhunderten trotz aufgezwungener Unterwerfungslust und Resignation geschärfte Sinn der Frauen für Unterdrückung in jeder Form sollte von ihnen stärker ingesetzt werden, zu aller Nutzen. An der Frau liegt es, die primären sadomasochistischen Sozialisationsformen, die den Geschlechterbeziehungen zugrunde liegen, zu ändern. An der Frau liegt es, ihren männlichen Lebensgefährten daran zu hindern, ständig Sündenböcke zu produzieren, ob im Privat-, Berufs- oder politischen Leben. An der Frau liegt es, männlichem Imponier- und Selbstdarstellungsgehebe, diese Wurzel vieler Gewaltakte und kriegerischer Auseinandersetzungen, die zur Aufrechterhaltung dieser Mentalität notwendige Bewunderung zu versagen, die eigenen Identifikationen mit männlichen Idealen und Wertvorstellungen zu überprüfen und in Frage zu stellen. An der Frau liegt es aber auch, die von den Männern „gepachteten“ Positionen zu erringen, um ihre „friedfertige“, vernünftige und objektbezogenere Einstellung zu vielen Fragen der Lebensgestaltung stärker zur Geltung zu bringen.¹⁵⁵⁸

¹⁵⁵⁶ ASBB, Box 4.4.1, Mapped Frauen für den Frieden: Interna.

¹⁵⁵⁷ Dieselbe Auffassung vertrat nachdrücklich Herrad Schenk, in: dies., *Frauen kommen ohne Waffen*, S. 115.

¹⁵⁵⁸ Mitscherlich, Margarete: *Die friedfertige Frau: Eine psychoanalytische Untersuchung zur Aggression der Geschlechter*. (Die Frau in der Gesellschaft) Frankfurt a. M. 1987. S. 183.

Auch hier sollte also die Rettung der Menschheit letzten Endes durch das weibliche Prinzip erfolgen: Frauen waren nach Margarete Mitscherlich zwar nicht primär die friedfertigeren, aber die vernünftigeren Menschen¹⁵⁵⁹. Sie hatten im Lauf der Geschichte gelernt, mit den auch bei ihnen vorhandenen Aggressionen anders umzugehen als die Männer, so daß deren zerstörerisches Potential nicht zum Ausbruch kam. Dafür hatten sie Mitscherlich zufolge jedoch einen hohen Preis bezahlt: Während die Männer ihre Aggressionen sadistisch nach außen ableiteten und sich so von ihnen entlasteten, dabei aber ständig Gewalt produzierten, hatten die Frauen ihre Aggressionen masochistisch nach innen und damit gegen sich selbst gelenkt. Margarete Mitscherlich sah jedoch bei den Frauen ein bedeutend höheres Potential für die Auflösung dieser pathologischen, „somasochistischen“ psychosozialen Situation. Sie drehte damit das oben skizzierte Modell um: Frauen waren nicht weniger durch Macht korrumpiert, weil sie künstlich von der Macht ferngehalten worden wären. Vielmehr waren sie aufgrund ihrer andersgearteten psychischen Konstitution nicht im gleichen Maße machtfähig wie die Männer und somit in machtfernen sozialen Positionen gefangen, weil sie von vornherein weniger anfällig für seelisch-moralische Korruption waren¹⁵⁶⁰. Nach Margarete Mitscherlich stand fest, daß „jede Herrschaft [...] psychologisch auf verschleierter sadomasochistischer Befriedigung“¹⁵⁶¹ basiere. „Ohne eine solche, auf sadomasochistischer Herrschaft beruhende Gesellschaftsstruktur“ könnten weder Kriege geführt noch Diktaturen etabliert werden¹⁵⁶². Wie bereits bei Erich Fromm und Dorothee Sölle wurde das Patriarchat mit der hierarchischen Gesellschaftsstruktur und beide mit den Phänomenen sowohl individueller als auch kollektiver Gewalt verknüpft.

¹⁵⁵⁹ Zur weiteren Verbreitung dieses Stereotyps vgl. Davis, Belinda: *The Gender of War and Peace: Rhetoric in the West German Peace Movement of the Early 1980s*. In: Ziemann, Benjamin (Hrsg.): *Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA since 1945: Historiographical Reviews and Theoretical Perspectives*. (Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen Nr. 32) Essen 2004. S. 126

¹⁵⁶⁰ Daraus ergibt sich, daß eine Emanzipation von Frauen, durch die sie einfach den Männern gleichgestellt wurden und in dieselben Machtpositionen wie jene aufrückten, nach Margarete Mitscherlich als vollkommen verfehlt anzusehen gewesen wäre. Die emanzipatorische Aufgabe konnte nicht darin bestehen, Frauen einen Zugang zu Machtpositionen zu erkämpfen, was bei ihnen ohnehin nur zu denselben – oder gar schlimmeren – psychischen Deformationen führen würde, als jene, an denen bereits die Männer litten. Vielmehr galt es, die Gesellschaft grundlegend umzugestalten.

¹⁵⁶¹ Mitscherlich, Margarete: *Der vernünftige europäische Erwachsene*. In: Akademie der Künste Berlin (Hrsg.): *Der Traum der Vernunft: Vom Elend der Aufklärung*. (Bd. 1) Darmstadt und Neuwied 1985. S. 187.

¹⁵⁶² Ebd.

Im Rahmen dieser feministisch-pazifistischen Programme wurde allerdings auch weibliche Selbstkritik geübt. Bei Margarete Mitscherlich klang dies bereits an, wenn sie den Frauen den Auftrag mitgab, dem männlichen Imponiergehabe die Bewunderung zu verweigern. Anna Dorothea Brockmann führte diese Selbstkritik weiter aus:

Viele [Frauen] haben sich stumm gefügt, aber viele waren auch stolz, soldatenproduzierende Mütter zu sein, viele stolz, in den Lazaretten die Opfer von Gewalt für neue Gewalttaten zu reparieren, sich selber aufopfernd den Beweis zu erbringen für ihre unerschöpfliche Geduld, viele stolz, einen Platz in den phallokratischen Organisationen zu bekommen. Viele stolz in der Hoffnung, dort endlich ernst genommen zu werden, weil sie sich mitverantwortlich machten für den Krieg, unersetzliche, unentbehrliche Reproduktionsarbeiterinnen des Patriarchats.¹⁵⁶³

In einem internen Diskussionspapier der Frauen für den Frieden Freiburg wurden u. a. folgende Stichworte notiert:

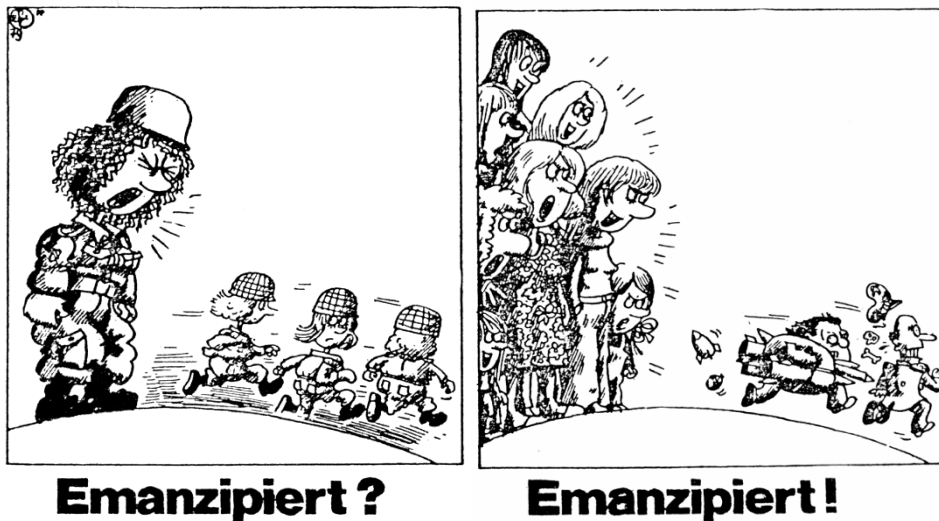
- [Frauen sind] bisher nicht in dem Maße wie Männer militarisiert, daher [haben sie] mehr Bewegungsfreiheit in dieser Frage
- [Frauen] haben sich durch Lückenfüllerfunktion an letzten Kriegen mitschuldig gemacht – z. T. Komplizenschaft
- Her[r]-Skaven-Verhältnis zwischen Männern und Frauen: Frauen treiben Männer an, damit auch ein Fünkchen Ruhm auf sie fällt (Verschärfung des Wettkampfs unter Männern)¹⁵⁶⁴

Statt einer scheinbaren Gleichberechtigung im patriarchalen System, als deren Konsequenz hier die „Komplizenschaft“ bei der Ausübung von staatlich organisierter Gewalt gesehen wurde, mußte der richtige emanzipatorische Ansatz also in einer radikalen Verweigerung und der Rebellion gegen die Männergesellschaft liegen.

Diese Gegenüberstellung von richtiger und falscher Emanzipation erfolgte exemplarisch in folgender Karikatur, die vor allem in den Publikationen der Aktion Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein! benutzt wurde:

¹⁵⁶³ Brockmann, Anna Dorothea: Wider die Friedfertigkeit – Gedanken über den kriegerischen Alltag. In: *Courage* Nr. 3, 1981, S. 21.

¹⁵⁶⁴ ASBB, Box 4.4.1, Mappe Frauen für den Frieden: Interna.



Anstatt also die Gleichberechtigung falsch als Übernahme männlicher Verhaltensmuster zu verstehen, was dazu führen würde, daß irgendwann weibliche Feldwebel Rekrutinnen drillen würden, bestand richtige Emanzipation vielmehr darin, gegen die männlichen Politiker und Militärs zu rebellieren. Petra Kelly formulierte dies unter scharfen Angriffen speziell auf Alice Schwarzer, die sich für die Möglichkeit des Dienstes von Frauen in der Bundeswehr ausgesprochen hatte:

Viele Frauen in der Frauenbewegung haben lange argumentiert – „nur keine Macht, weil Macht männlich ist“ ... und sie haben deswegen auch den Marsch durch die Institutionen (Parteien, Gewerkschaften, Verbände usw.), durch die männlichen, etablierten Männerbünde abgelehnt und haben sich in Frauenzentren, Frauenhäusern, autonomen Frauengruppen und Frauencafés wiedergefunden. [...] Aber ein Teil dieser Frauenbewegung droht widersprüchlich zu werden, denn er will auf der einen Seite den Aufbau einer autonomen Frauenbewegung und Frauenstruktur (z.B. feministische Partei usw.) und strebt auf der anderen Seite die Gleichberechtigung „um jeden Preis“ an, wenn ich das so nennen darf. Die Frauen, die Feministinnen, die ich hier meine, sind diejenigen Frauen, die meinen (z.B. Alice Schwarzer), daß sie die Gleichberechtigung dadurch erkämpfen, wenn sie den Frauen Zugang zur Bundeswehr verschaffen. Ich persönlich will eine Gleichberechtigung, die den Männern den Zugang zu den Armeen versperrt. Ich habe mich oft in den letzten Monaten gefragt (besonders in den Auseinandersetzungen mit den EMMA-Frauen und Alice Schwarzer): Sind die Frauen blind geworden, daß sie an etwas beteiligt werden wollen, daß es abzuschaffen gilt? Es gibt durchaus Feministinnen, die mir sagen, daß sie natürlich den Wehrdienst verweigern würden, aber daß sie sich erst einmal die Freiheit zu dieser Entscheidung erkämpfen müssen. Aber, wie Peggy Parnas einmal schrieb ... sollen wir, für das bißchen Leben, das wir haben, nicht lieber auf *der anderen Seite*, an der *richtigen Stelle* kämpfen – *gegen den Rüstungs- und Militärwahnsinn* überhaupt?! Es kann doch nicht feministische Logik sein, sich den freien Zugang zu *allen* Be-

rufen zu erstreiten, egal wie unmenschlich sie sind? Das gleiche Recht etwa, um Henker werden zu können? Um Tötungs- und Vernichtungsmaschinen der Männer zu bedienen? Um Kommandoposten anzustreben? Es kann auch nicht feministische Logik sein, sich trotz der extremen Kriegsgefahren und trotz der Auf- und Nachrüstung überall zu verkriechen, aus der lila Subkultur heraus am Rande des Patriarchats abschätzig die Frauen in der Friedens- und Ökologiebewegung zu belächeln, wie das zur Zeit die EMMA monatlich tut. Diese lila Subkultur ist ein Teil der Frauenbewegung, die nichts zu tun haben will mit der Friedens- und Ökologiebewegung; sie merkt gar nicht, daß sie sich nur deswegen eine Zeitlang halten kann, weil dies dem politischen System genehm ist – weil diese Subkultur ein Ventil ist. Wir sind überall eine chronisch rechtlose Minderheit und haben kein Kapital, keine Waffen, keine etablierte politische Macht in einer Gesellschaft, die letzten Endes auf der männlichen Macht (Faustrecht) aufgebaut ist. Unsere Chance liegt eigentlich darin, daß wir die Macht der „Ausgeschlossenen“ nutzen müssen, um Militarismus, männliche Gewaltpolitik, Kriege und Ausbeutung zu bekämpfen. Wir wollen keine Gleichberechtigung in einer Politik oder innerhalb von Strukturen (etablierte Parteien, Bundeswehr usw.), die zur Ausbeutung des Individuums, zu Gewalt und Krieg führen können. Darum meine ich, daß sich Feministinnen zugleich auch als Antimilitaristinnen verstehen müssen ..., daß wir Frauen durch die militärische Struktur der Gesellschaft zur Totalverweigerung gegen Militär- und Ersatzdienste herausgefordert sind.¹⁵⁶⁵

Notwendig war also nicht eine Veränderung *in*, sondern *der* gesamten Gesellschaft. Im Fluchtpunkt von Kellys Argumentation lag die bereits dargestellte holistische Perspektive einer umfassenden Gesellschaftskritik. Wenn die bestehenden Mißstände Konsequenzen der Grundstrukturen der bestehenden Zivilisation waren, dann konnte nur eine radikale Veränderung wirkliche Abhilfe bringen. Frauen-, Friedens- und Umweltbewegung mußten sich als Teile einer übergreifenden Alternativbewegung verstehen. Die Schriftstellerin Luise Rinser argumentierte parallel zu Kelly, als sie schrieb, eine Gleichberechtigung im Sinne einer bloßen Egalisierung bestehender gesellschaftlicher Strukturen laufe auf nichts anderes als eine Fortschreibung des Patriarchats hinaus:

Mein Gott, wie dumm wir Frauen doch sind: da gehen wir also willig konform mit genau dem Ungeist, den wir nicht mehr haben wollen. Hoffnungslos: die Sache Frau.

Statt daß wir den Mann dazu bringen, nicht mehr zu töten, drängen die Frauen sich dazu, das zu tun, was er nicht mehr tun soll. Komplette Narretei ist das. Wirklich. Die Frau wird Mann. Das Patriarchat besteht ungeniert weiter, da der männliche Soldatengeist weiter besteht. Ob nun Männer oder

¹⁵⁶⁵ Kelly, Petra: Weder Kochtopf noch Stahlhelm: Ein polemischer Appell. In: Lutz, Rüdiger (Hrsg.): *Sanfte Alternativen: Ein ÖKO-LOG-Buch. Materialien zur Gestaltung wünschenswerter Zukünfte*. Weinheim und Basel 1981. S. 60 f. Hervorhebungen wie im Original.

Frauen schießen, ist dann gleich. Ich gebe wirklich fast die Hoffnung auf, daß das Patriarchat je überwunden wird.

Warum melden diese Schießweiber sich nicht lieber zu allen Arten des Zivildienstes? Fehlen nicht überall Hilfskräfte?¹⁵⁶⁶

Klar erkennbar lag diesen Einlassungen Rinsers ein essentialistischer Dualismus zugrunde: Soldat zu sein und zu töten war in ihren Augen eine wesensgemäß männliche Existenzform bzw. Tätigkeit. Falls diese von Frauen ausgeübt würden, so verwandelte sich die Frau gleichsam in einen Mann, entfremdete sie sich von ihrem eigentlichen Wesen.

Die beiden dualistischen Ansätze des Feminismus hatten schließlich eine Schnittmenge in dem Motiv der Mütterlichkeit. In ihrem Essay „German Women’s Peace Activism and the Politics of Motherhood“ stellte Jennifer Anne Davy dazu fest:

Women of both the moderate and radical wings of the German middle-class women’s movement advocated an ‘ideology of difference’ – the belief in specific male and female attributes. The idea of a feminine specificity was most commonly grounded in an essentialist or social notion of motherhood.¹⁵⁶⁷

In der Tat wurde die Erfahrung von Mutterschaft bzw. das Wissen um die eigene Fähigkeit zur Hervorbringung von neuem Leben und die sich daraus ergebende natürliche Tötungshemmung von Frauen in allen Quellen stark betont; gleichgültig, ob die Sonderstellung von Frauen letzten Endes sozial oder essentiell begründet wurde.

In dem bereits zitierten Artikel von Anna Dorothea Brockmann hieß es:

Wir [Frauen] sind [als Soldatinnen] unzuverlässig, weil uns beim Zielen auf Menschen die Arbeit, die Liebe, die Angst und die Hoffnung vor Augen steht, die wir als Frauen – als Freundinnen und Liebende, als Mütter, Hausarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen in diese Menschen gelegt haben. Wir wissen, was es kostet, Menschen hervorzubringen und Beziehungen zwischen ihnen, wir wissen, was es heißt, uns einzulassen – Männer nicht. Wir können nicht mit ruhiger Hand vernichten, was wir selber mühevoll und liebevoll und angstvoll

¹⁵⁶⁶ Rinser, Luise: Wie dumm wir Frauen doch sind. In: Wagenbach, Klaus; Stephan, Winfried; Krüger, Michael; Schüssler, Susanne (Hrsgg.): *Vaterland, Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*. Berlin 1994. S. 326.

¹⁵⁶⁷ Davy, Jennifer Anne: German Women’s Peace Activism and the Politics of Motherhood: A Gendered Perspective of Historical Peace Research. In: Ziemann, Benjamin (Hrsg.): *Perspektiven der Historischen Friedensforschung*. (Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Bd. 1) Essen 2002. S. 121. Vgl. auch: Davis, Belinda: The Gender of War and Peace: Rhetoric in the West German Peace Movement of the Early 1980s. In: Ziemann, Benjamin (Hrsg.): *Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA since 1945: Historiographical Reviews and Theoretical Perspectives*. (Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen Nr. 32) Essen 2004. S. 107.

geschaffen und zum Leben und Lieben ermutigt haben. Diese Unzuverlässigkeit ist unsere Stärke, wenn wir uns ihrer bewußt werden.¹⁵⁶⁸

Helga Einsele führte in ihrer Rede zum Frauenwiderstandstag gegen die Stationierung am 17. Oktober 1983 aus:

Frauen begründen ihr Nein zur Rüstung sehr klar, eindeutig und einfach damit, daß es ihnen um das Leben der nächsten Generation geht, um das Leben ihrer Kinder, und Frauen haben den Mut zu dieser einfachen Aussage. Und zwar geht es ihnen um ein Doppeltes: Es geht ihnen um das Leben selbst; sie wollen nicht, daß ihre Kinder im Atomsturm verglühen. Aber sie wollen auch nicht, daß ihre Kinder groß werden in der Atmosphäre der Angst, die unser Leben jetzt vergiftet und in der Kinder seelisch verbildet und verkrüppelt werden.¹⁵⁶⁹

Bezeichnenderweise war dabei von Vätern oder einer Familie im Sinne einer Gemeinschaft eines Mannes, einer Frau und ihrer Kinder nirgends die Rede. Fortpflanzung und die Erziehung von Kindern erschienen als ausschließlich weibliche Domäne, in der Männer schlicht nicht vorkamen.

Als weiteres Fallbeispiel kann hier wiederum die Freiburger Gruppe der Frauen für den Frieden herangezogen werden, die im Rahmen ihrer Aktivitäten für den skandinavischen Appell eine recht umfangreiche Dokumentation erstellte, in der die Erfahrungen der Mitglieder beim Sammeln der Unterschriften festgehalten wurden. Diese Quelle gibt ein detailliertes Bild von den Motivationen sowohl der Aktivistinnen als auch der Unterzeichnenden. Das bereits im Aufruf selbst zentrale Motiv der Mütterlichkeit war dabei überragend. Ältere Frauen, die den skandinavischen Appell unterschrieben, bezogen sich bei ihren Begründungen für ihre Unterschrift durchgehend auf eigene Kriegserlebnisse¹⁵⁷⁰, wie etwa in den folgenden beiden Äußerungen:

- „...ich, 73 jährig, habe in beiden Weltkriegen viel mitgemacht und will, so gut ich kann, mithelfen, daß unsere Kinder und Enkel von solchem Elend verschont bleiben...“
- „Habe zwei Enkelmädchen, 13 und 14 Jahre, den beiden möchte ich ersparen, in den Luftschutzkeller gehen zu müssen...“¹⁵⁷¹

¹⁵⁶⁸ Brockmann, Anna Dorothea: Wider die Friedfertigkeit – Gedanken über den kriegerischen Alltag. In: *Courage* Nr. 3, 1981, S. 21.

¹⁵⁶⁹ Einsele, Helga: Frauen sagen „Nein“. In: Behrens, Katja: *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984. S. 68.

¹⁵⁷⁰ ASBB, Box 4.4.1, Mappe Frauen für den Frieden: Flugblätter und Broschüren.

¹⁵⁷¹ Ebd.

Die konkrete Sorge um ihre Kinder stand auch bei den Äußerungen jüngerer Frauen meist im Mittelpunkt:

- „...im Sommer erwarte ich ein Baby und beim Zeitungslesen oder Nachrichtenhören vergeht mir oft die Vorfreude. Hoffentlich findet dieses Sprachrohr der Frauen immer mehr Anhänger!“
- „Ich bin 32 Jahre alt und habe einen 4 Monate alten Sohn, den ich nicht in die Welt gesetzt haben möchte, um ihn in seinem späteren Leben einem sinnlosen, kriegerischen Treiben auszusetzen.“
- „...ich habe einen 24jährigen Sohn und denke oft mit Grauen und Schrecken daran, ihn hergeben zu müssen, wenn es den hohen Herren einfällt wieder einmal Krieg zu spielen. Jedes Mal bekomme ich die Wut, wenn Manöver ist und die Offiziere stehen da und schauen ganz verklärt, wie gut wieder alles geklappt hat...“¹⁵⁷²

Essentialistischer und sozialer Ansatz zur Erklärung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen waren dabei nicht eindeutig voneinander unterschieden. Charakteristisch war in diesem Zusammenhang eine Äußerung im Rahmen einer internen Arbeitsgruppe der Frauen für den Frieden, die sich anhand von Texten aus der alten Frauenfriedensbewegung vom Anfang des 20. Jahrhunderts mit theoretischen Fragen auseinandersetzte. Besprochen wurde dabei neben einer Rede von Clara Zetkin aus dem Jahr 1912¹⁵⁷³ der oben zitierte Text von Lida Gustava Heymann. Die Freiburger Frauen hielten als Ergebnis ihrer Diskussionen fest:

Wir hatten Schwierigkeit mit der Naturhaftigkeit auf grund [sic] derer Frauen friedfertiger sein sollten (Hier mit Instinkt beschrieben). Wir fragten uns, sind Frauen auf grund ihrer Fähigkeit Leben hervorzubringen friedfertiger? Sind sie näher an der Natur, haben sie dadurch ein anderes Verhältnis zum Leben/Natur? Klar war und ist uns schon, daß eben diese Friedfertigkeit keine feststehende Eigenschaft ist, die Frauen von Geburt an einfach mitkriegen, trotzdem wäre es mal interessant, zu erfahren, ob Frauen eine andere Herangehensweise haben.

Zwischen dem Systemgefüge Mann-Macht-Waffen-Krieg bestehen Zusammenhänge, in wie weit sie derjenige ‚nur‘ repräsentiert oder ursächlich hervorruft, konnten wir nicht eindeutig klären. Wir haben ein [sic] Zeit lang über Erscheinungsformen von Patriarchat und Kapitalismus nachgedacht. Wo Zusammenhänge bestehen, und was sich wie gegenseitig bedingt, ist noch unkonkret bearbeitet.

Auf ökonomische Faktoren, z.B. Wirtschaftskrisen als Ursache von Kriegen, geht Heymann mit keinem Wort ein. das [sic] empfanden wir als sehr

¹⁵⁷² ASBB, Box 4.4.1, Mappe Frauen für den Frieden: Flugblätter und Broschüren.

¹⁵⁷³ Zetkin, Clara: Frauen gegen den imperialistischen Krieg! Rede auf dem Außerordentlichen Internationalen Sozialisten-Kongreß in Basel 1912. In: Brinker-Gabler, Gisela (Hrsg.): *Frauen gegen den Krieg*. (Die Frau in der Gesellschaft: Frühe Texte) Frankfurt a. M. 1980. S. 139-143.

mangelhaft, denn Kriege entstehen nicht ‚nur‘ aus Zerstörungswut von Männern.¹⁵⁷⁴

Deutlich spürbar war hier die Ambivalenz eines noch nicht zum Abschluß gekommenen Denkprozesses, in dem allerdings das Unbehagen an den essentialistischen Zuschreibungen und dem damit verbundenen simplen Schwarz-Weiß-Denken deutlich zutage kam. Dasselbe galt für eine zweite Quelle, die einer Reihe von Porträts von Friedensaktivisten entstammt:

Für [Lisa] ist die Friedensfrage ganz besonders auch eine Frage, die an die Frauen gestellt ist. Wo sie sich ihrer bewußter werden, wo sie ihre Passivität überwinden, wird der Krieg unwahrscheinlicher und der Friede sicherer. Weil Frauen durch Erziehung und Staatsgesetz weniger „militarisiert“ sind als Männer, weil ihre Rolle in der Gesellschaft stets mit Attributen versehen war, die nicht dem Krieg, sondern dem Frieden eigen sind: Sanftheit, Emotionalität, Schutz der Kinder. Aber während sie das sagt, lächelt Lisa: „Wir sind in unserer Gruppe übrigens ganz und gar nicht einig, ob solche Behauptungen zutreffen.“¹⁵⁷⁵

Der rigorose Essentialismus von Guha, Heymann und Rinser wurde nun zwar einerseits abgelehnt, die gestellten Fragen gingen jedoch wieder genau in diese Richtung – nicht verwunderlich angesichts des von vornherein gegebenen biologisch-sozialen Doppelcharakters von Mutterschaft wie auch der banalen Tatsache, daß diese nun einmal Frauen vorbehalten war. Wie dieses biologische Faktum allerdings politisch zu deuten war, blieb in der Schwebe. Aufschluß hierzu – und zu eventuell vorhandenen Spaltungen innerhalb der Frauenbewegung – könnte ein Vergleich mit Positionen liefern, die zu dem zweiten Thema entwickelt wurden, bei dem Mutterschaft eine Rolle spielte: der Frage der Abtreibung. Leider liegen, soweit dem Autor bekannt, keine Quellen vor, in denen die Friedens- mit der Abtreibungsfrage direkt in Beziehung gesetzt und verhandelt wurden. Interessant ist aber die Feststellung, daß diejenigen Protagonistinnen der Frauenbewegung, die wie beispielsweise Alice Schwarzer in der Abtreibungsfrage eine besonders engagierte Haltung für die Rechte der Frauen und damit gegen die Festlegung von Frauen auf die Mutterrolle einnahmen, die Frauenfriedensbewegung wiederholt kritisierten¹⁵⁷⁶. Umgekehrt schrieb Dorothee Sölle,

¹⁵⁷⁴ ASBB, Box 4.4.1, Mappe Frauen für den Frieden: Interna. Hervorhebungen wie im Original.

¹⁵⁷⁵ Prossinger, Wolfgang: *Laßt uns in Frieden: Porträt einer Bewegung*. Reinbek bei Hamburg 1982. S. 38.

¹⁵⁷⁶ Vgl. Raubart, Frauke: Die codierte Utopie der Frauenfriedensbewegung: Gewaltfreies (Liebes-) Leben in der postpatriarchalischen Gesellschaft (Schlüsselsymbole als Wegweise oder Hoffnungsträger). In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 1. Jahrgang (1988), Heft 1, S. 28-35. „Von Anfang an kritisierten die Radikalfeministinnen an der konservativen Ausprägung des kulturellen Feminis-

die sich besonders in der Friedensbewegung engagierte, in ihrem Beitrag zu den von Jürgen Habermas herausgegebenen „Stichworten zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘“:

Ich habe mich an der Kampagne zur Abschaffung des § 218 beteiligt, konnte und wollte aber an einem wesentlichen Punkt des Kampfes nicht mitmachen: den Aufruf der Frauen „Ich habe abgetrieben“ konnte ich nicht unterschreiben. Den Slogan „Mein Bauch gehört mir“ konnte ich nur kritisieren, weil er das moralische Niveau des Kapitalismus, der immer weiß, was mir gehört, nur festschreibt, nicht überwindet.¹⁵⁷⁷

Es wäre zwar nun zwar verfehlt, eine direkte Korrelation zu konstruieren, wonach in der Friedensbewegung engagierte Frauen Abtreibung eher negativ, und in der Frauenbewegung aktive Frauen dieser eher positiv gegenüber gestanden hätten. Die tatsächlichen Verhältnisse waren komplizierter, und scheinen eher in individuellen Wertemustern und persönlichen emotionalen Konstitutionen begründet gewesen zu sein. Frauen, die eher über ein kämpferisches Temperament verfügten und weder vor Konflikten noch vor harten persönlichen Entscheidungen wie einer Abtreibung zurückscheuten, mußte eine Definition des Weiblichen als von Natur aus sanft und friedfertig selbstverständlich zutiefst mißfallen. Sie waren in der Friedensbewegung meist in denjenigen Organisationen und Spektren zu finden, die, wie beispielsweise der BAF, den Konfliktcharakter der Auseinandersetzung betonten, also Frieden durch Widerstand erreichen wollten¹⁵⁷⁸. Diejenigen Frauen dagegen, die eben diese traditionell als weiblich definierten Werte für sich bejahten und mit einer entsprechenden Einstellung in der Friedensbewegung aktiv waren, lehnten eine Abtreibung vermutlich auf der emotionalen Ebene ab¹⁵⁷⁹. Sie dürfen in der Friedensbewegung wohl eher in den an gandhianischer Gewaltfreiheit orientierten Gruppen vermutet werden, die Frieden durch das sanfte Überzeugen, um nicht zu sagen die Bekehrung des Konfliktpartners erzielen wollten. Somit war der Diskurs über Krieg und Frieden bzw. das richtige Verständnis von Frieden und dem Weg, diesen zu erreichen, mit dem Diskurs über Geschlechterrollen verbunden, wobei zwischen der Position, die

mus die Definition von Frauen über Kinder, die Verklärung von Mutterschaft sowie die Überschätzung der Macht von Müttern, die zum großen Teil völlig macht- und hilflos der ‚ganz gewöhnlichen Gewalt in der Ehe‘ ausgeliefert sind.“ Ebd., S. 32.

¹⁵⁷⁷ Sölle, Dorothee: „Du sollst keine anderen Jeans haben neben mir.“ In: Habermas, Jürgen (Hrsg.): *Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘*. Bd. 2: Politik und Kultur. 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1979. S. 545.

¹⁵⁷⁸ Siehe beispielsweise die häufige Verwendung von Bildmotiven, die bewaffnete Frauen darstellten, in der Zeitschrift *Radikal, Interim* und anderen Publikationen der Autonomen.

¹⁵⁷⁹ Was nota bene aber nicht gleichbedeutend mit einer Ablehnung des *Rechts* auf Abtreibung war.

jemand dabei einnahm, und seinem oder ihrem biologischen Geschlecht keine Korrelation bestand.

d) *Das kriegführende Geschlecht: Der Blick auf die Männer*

In den feministischen Schriften kamen Männer praktisch nie in einem positiv konnotierten Kontext vor. Dies war zwar kaum weiter erstaunlich, es lohnt aber, das Männerbild der Frauenfriedensbewegung noch einmal genauer zu analysieren. Die Rollen, die Männer darin einnahmen, waren zum einen die von gewalttätigen Bedrohern, zum anderen die von Nachfragern von Dienstleistungen. Beides war wichtig für den Brückenschlag zwischen Feminismus und Pazifismus auf der Ebene der Theorie. Das erste Wahrnehmungsmuster – Männer als Bedrohung – erlaubte es, die Bedrohung durch die ‚männliche‘ Machtkonkurrenz und die ‚männlichen‘ Raketen mit der Alltagsgewalt gleichzusetzen, die Männer gegen Frauen ausübten. Das zweite Wahrnehmungsmuster – Männer als Nachfrager von durch Frauen erbrachten Dienstleistungen – wies dann den Weg, wie dem männlichen zerstörerischen Treiben Einhalt geboten werden konnte. Herrad Schenk schrieb in ihrer Analyse:

Überall da, wo sich Heere nicht aus berufsmäßigen Kriegerkassen rekrutieren, die schon in Friedenszeiten nur damit befaßt sind, sich für den nächsten Krieg vorzubereiten – wie z.B. Ritter, professionelle Söldner, Berufssoldaten –, müssen die Männer ihre Alltagsarbeit niederlegen, wenn sie in den Krieg gehen. Frauen haben in solchen Fällen einen Teil der Arbeit von Männern, Vätern, Brüdern und Söhnen zusätzlich zu ihrer eigenen weiterzuführen. Für sie ist es selbst oft eine Überlebensnotwendigkeit; auf gesellschaftlicher Ebene setzt es die zur Kriegführung notwendigen Arbeitskräfte frei. Während vor der Industrialisierung die männliche Arbeit im eigenen Hof, Geschäft oder Handwerksbetrieb ersetzt werden mußte, ging es nach der Industrialisierung auch und vor allem um die Übernahme männlicher Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich, in Wirtschaft und Verwaltung.

In dieser Funktion sind die Frauen mit dem Kriegsgeschehen nicht direkt verknüpft. Während der meisten Etappen der Geschichte des Krieges waren sie aber auch unmittelbarer beteiligt. Frauen waren häufig für die materielle und immaterielle Versorgung der kämpfenden Männer zuständig; sie verpflegten sie mit Nahrung, Kleidung, Sex; sie gaben ihnen psychische Unterstützung, indem sie aufmunterten, anspornten, bewunderten, trösteten; sie pflegten die Verwundeten und betreuten die Invaliden. Es sind dies dieselben Arbeiten zur physischen und psychischen Reproduktion des Mannes, durch die

die weibliche Geschlechtsrolle auch zu Friedenszeiten weitgehend bestimmt ist.¹⁵⁸⁰

Und da dies so war, konnte durch eine Verweigerung weiblicher Dienstleistungen im privaten wie öffentlichen Bereich wirksamer Druck auf das kriegführende Geschlecht, die Männer, ausgeübt werden. Wobei dies eine sehr alte Idee war – siehe Aristophanes' Komödie „Lysistrata“.

„Krieg spielen“ – diese Vokabel fiel häufig, wenn das Verhalten der männlichen Politiker und Militärs beschrieben wurde. Unterstellt wurde hierbei zum einen die Unfähigkeit, zu reflektieren, was man mit den eigenen Handlungen eigentlich anrichtete, und zum anderen eine emotionale Unreife, die es nicht erlaubte, zu vernünftigen, ‚erwachsenen‘, d.h. gewaltlosen Wegen der Konfliktlösung zu finden. Damit wurde aber auch impliziert, daß die Konflikte, in deren Rahmen Gewalt angewandt wurde, nicht ‚echt‘, sondern in irgendeiner Weise konstruiert waren. Ausgesprochen wurde dies etwa in folgender Äußerung:

„Dieses Wettrüsten... ich begreife bis heute nicht, wie es dazu kam, zumal doch gar keine fremde ‚Aggression‘ gegen unser Land gerichtet war – es sei denn man rechnet den Mauerbau dazu. Und schließlich haben wir ja den 2. Weltkrieg angefangen – nicht die Sowjetunion. Aber die meisten Bürger lassen die Politiker für sich denken – und lenken...“¹⁵⁸¹

Besonders oft wurden Männer als infantil charakterisiert. Christa Wolf ließ die Schererin Cassandra sagen: „Alle Männer sind ichbezogene Kinder.“¹⁵⁸² Deutlich formuliert wurde dies bei einer Kundgebung, die am 7. April 1981 vor dem Verteidigungsministerium auf der Bonner Hardthöhe stattfand. Krista Schnorrenberg schrieb in ihrem Bericht in der Frauenzeitschrift *Courage*:

Auf den mitgebrachten Transparenten steht: [...] „Nehmt den infantilen alten Männern ihr Kriegsspielzeug weg.“ In dem Märchen, das die Pfarrerin Cornelia Bauer-Buchrucker vorliest, werden die Kriegsspiele der Männer verglichen mit den Spielen von kleinen Jungs, denen es darum geht zu zeigen, wer am weitesten pinkeln kann. In der Eröffnungsrede von Theresa Wobbe aus dem Berliner Frauenzentrum wird noch einmal eine Frau aus Harrisburg zitiert, die nach dem Unfall sagte: „Das Leben der Männer konzentriert sich um Begriffe wie Unterwerfung, Kontrolle und Beherrschung. Das entspricht dem Entwicklungsstand eines Dreijährigen, der gerade lernt, die Schube zu binden, der froh ist, wenn er all seine Knöpfe

¹⁵⁸⁰ Schenk, Herrad, *Frauen kommen ohne Waffen*, S. 29 f.

¹⁵⁸¹ ASBB, Box 4.4.1, Mappe Frauen für den Frieden: Flugblätter und Broschüren.

¹⁵⁸² Wolf, *Kassandra*, S. 12.

ins richtige Loch stecken kann. So freut er sich dann auch, wenn er später Atome spalten kann.“

[...] In einem großen Feuer werden penisförmige Raketen verbrannt – Symbole männlicher Macht.¹⁵⁸³

Daß Raketen die Ersatz-Phalli potenzierrückter Männer seien, Mittel für die Imagination weltumspannender Penetrations-Phantasien, war ein durchaus verbreitetes Klischee¹⁵⁸⁴. Bereits auf dem Cover der Ausgabe vom Februar 1981 hatte *Konkret* den nackten Hans Apel, zu diesem Zeitpunkt noch Verteidigungsminister, mit einem überdimensionierten Raketenpenis dargestellt. Theoretisch unterfüttert wurde diese Wahrnehmung durch Horst Eberhard Richter, der der psychologischen Funktion der Raketen einer symbolischen Erweiterung der männlichen Potenz und der daraus folgenden „phallischen Lust an Waffen“ ein ganzes Kapitel seiner Schrift über die Psychologie des Friedens widmete¹⁵⁸⁵. Die Kennzeichnung der kriegführenden Männer als infantil stellte die feministische Variante der Auffassung dar, die Krieg und Rüstung, insbesondere das nukleare Wettrüsten, als irrational begriff. Während diese Deutung von männlichen Autoren meist durch ein angenommenes Aktions-Reaktions-Schema erklärt wurde, bei dem das jeweils für sich genommen rationale Verhalten einzelner Akteure zum irrationalen Kurs des Gesamtsystems führte, so stellte die feministische pauschale Disqualifizierung der Zurechnungsfähigkeit von Männern und ihre Charakterisierung als triebgesteuerte Primaten wohl weniger einen ernsthaften Erklärungsversuch dar, als vielmehr eine Gegenpolemik zu chauvinistischen Invektiven gegenüber Frauen. Gleichzeitig war es die feministische Variante der Psychologisierung von Kriegsursachen, nach der gewaltsame Konflikte – da diese ja eigentlich überflüssig waren – ihre Ursache in der Psyche der Kriegführenden hatten. Es gab allerdings auch Männer, die das durchaus genauso sahen. Anton Andreas Guha ist bereits ausführlich zu Wort gekommen, aber auch beispielsweise Gert Bastian schrieb zu Anfang seines Buches *Frieden schaffen!*:

¹⁵⁸³ Schnorrenberg, Krista: Keine Moneten für Atomraketen: Aktion auf der Bonner Hardthöhe. In: *Courage*, Nr. 5, 1981, S. 7.

¹⁵⁸⁴ Vgl. Davis, Belinda: The Gender of War and Peace: Rhetoric in the West German Peace Movement of the Early 1980s. In: Ziemann, Benjamin (Hrsg.): *Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA since 1945: Historiographical Reviews and Theoretical Perspectives*. (Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen Nr. 32) Essen 2004. S. 121 f.

¹⁵⁸⁵ Richter, Horst Eberhard: *Zur Psychologie des Friedens*. Reinbek bei Hamburg 1982. S. 95-99. Interessanterweise zitierte Richter zur Untermauerung seiner These aus einem sowjetischen Werk, welches die Ästhetik von Raketen und Panzern feierte.

Dieses Buch ist allen Frauen gewidmet, die sich im Geiste Bertha von Suttner für Frieden durch Abrüstung einsetzen und dabei so viel mehr Mut, Klugheit und Menschlichkeit beweisen als die im Waffenwahn befangenen Männer.¹⁵⁸⁶

e) *Kritik an der Frauenfriedensbewegung*

Die Frauenfriedensbewegung sah sich von zwei Seiten dem Vorwurf der Spaltung ausgesetzt: Zum einen befürchteten Feministinnen wie vor allem Alice Schwarzer eine Abschwächung des Kampfes um Emanzipation, falls die politisch aktiven Frauen sich durch ein Engagement in der Friedensbewegung ablenken ließen. Zum anderen lehnten es Teile der bestehenden Friedensbewegung ab, diese in einen männlichen bzw. gemischtgeschlechtlichen und einen rein weiblichen Teil aufzuspalten.

Alice Schwarzer formulierte in einem Artikel¹⁵⁸⁷ in der Zeitschrift *Emma* vom Mai 1980, der den Anlaß zu der oben bereits zitierten Replik Petra Kellys gegeben hatte, einige schwerwiegende Vorwürfe an die Friedensfrauen. Der skandinavische Appell stelle die eigentlich notwendigen Fragen nicht, sondern verdecke sie und erwecke gefährliche Illusionen. Zur Aussage der Mitinitiatorin der Initiative, Janne Houman, über den Appell würde auf jeden Fall geredet werden, selbst wenn die Politiker versuchen sollten, ihn zu stoppen, bemerkte Schwarzer:

Keine Sorge – niemand stoppt diese Friedensfrauen, solange sie sich so äußern und es bei netten Petitionen belassen. In der Bundesrepublik schon gar nicht, denn da paßt eine solche Initiative wie maßgeschneidert in die Wahlkampagne der regierenden Parteien! Auch kann das [den] Männern an der Macht nur recht sein, denn es beläßt Frauen in der Ohnmacht. Wenn wir etwas ändern wollen, genügt es nicht, anderer Meinung zu sein[...]. Wenn wir etwas ändern wollen, müssen wir wissen, *wie* wir das durchsetzen können. Und um etwas durchsetzen zu können, müssen wir *stark* sein. Erster Schritt dazu: unsere eigene Emanzipation.¹⁵⁸⁸

Schwarzer setzte dann die skandinavische Initiative in den Zusammenhang mit einer Äußerung von Egon Bahr, der in einer an Emma-Leserinnen gerichteten Anzeige der SPD geschrieben hatte: „Eines ist wichtiger als das Bemühen, der Gleichberechti-

¹⁵⁸⁶ Bastian, Gert: *Frieden schaffen! Gedanken zur Sicherheitspolitik*. München 1983. S. 6.

¹⁵⁸⁷ Schwarzer, Alice: Der Generalsekretär und die Friedensengel. In: *Emma*, Nr. 5, Mai 1980.

¹⁵⁸⁸ Ebd. S. 6. Hervorhebungen wie im Original.

gung der Frauen näherzukommen: das ist die Erhaltung des Friedens.¹⁵⁸⁹ Diese Äußerung Bahrs ist in dem Zusammenhang mit der Argumentation der Friedensbewegung zu sehen, daß im Nuklearzeitalter ein Krieg notwendigerweise das Ende von Allem bedeute, und daher die Erhaltung des Friedens die unerläßliche Voraussetzung für alle anderen zivilisatorischen Fortschritte sei. Schwarzer bestritt jedoch die unmittelbare Kriegsgefahr, die die Friedensbewegung als gegeben ansah, und argumentierte, daß die notwendige Voraussetzung für den Erfolg der Friedensaktivitäten von Frauen das Erringen politischer Macht sei. Solange Frauen machtlos seien, wären auch ihre Bemühungen für den Frieden von vornherein zum Scheitern verurteilt.

¹⁵⁸⁹ Zitiert nach ebd., S. 5.

IV. ERGEBNISSE

1. Dimensionen der Bedrohung

Die Friedensbewegung trat dem Beobachter in einer eigentümlichen Doppelgestalt entgegen. Zum einen handelte es sich bei ihr um eine Ein-Punkt-Bewegung mit einem klar definierten politischen Ziel, die ganz und gar auf das Erreichen ebendieses Zieles ausgerichtet war und nach ihrem Scheitern entsprechend schnell wieder zerfiel. Zum anderen war sie die – vorläufig – letzte größere utopische Bewegung der Bundesrepublik, für deren Aktivisten Friede unbedingt das Ganze war, und die folglich antraten, um dieses Ganze, das heißt die Gesellschaft an sich, von Grund auf neu zu gestalten¹⁵⁹⁰.

Als wesentliches Element im Denken der Friedensbewegung hat sicher ein überwältigendes *Krisenbewußtsein* zu gelten. Krisenbewußtsein bedeutete dabei die Empfindung, sich am entscheidenden Wendepunkt der Menschheitsgeschichte zu befinden, womit nun genau dies, nämlich die Geschichte in ihrer Gesamtheit, den Hintergrund für die Weltsicht der Friedensbewegung bildete. Für sie liefen im nuklearen Wettrüsten vielfältige krisenhafte Entwicklungen zusammen¹⁵⁹¹, die die Menschheit insgesamt vor die Existenzfrage stellten. In der nuklearen Situation lag der Schnittpunkt der ineinander greifenden Kreise, als die sich die Dimensionen der Bedrohung darstellen lassen, die zusammenfassend als die mythologische, die analytische, die historisch-politische und

¹⁵⁹⁰ Bei der Feststellung, daß die Friedensbewegung einen holistischen Politikansatz verfolgte, handelt es sich somit um einen aus den Quellen eindeutig belegbaren Befund. Zu einer gegenteiligen Bewertung kam Marianne Zepp in dies.: *Ratio der Angst: Die intellektuellen Grundlagen der Friedensbewegung*. In: Becker-Schaum, Christoph; Gassert, Philipp; Klimke, Martin; Mausbach, Wilfried; Zepp, Marianne (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“: Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung. Paderborn, München, Wien, Zürich 2012. S. 147.

¹⁵⁹¹ Dazu sei an dieser Stelle noch einmal auf zwei bereits zitierte Quellen verwiesen: Hans A. Pestalozzi schrieb: „Die Nachrüstung war Kristallisator für all jene Empfindungen in unseren Völkern, daß mit unserer Gesellschaft etwas nicht mehr stimmt. Das diffuse Gefühl von Bedrohung, die nicht greifbare Angst haben konkrete Gestalt angenommen. Die Pershings und Cruise Missiles wurden zu der Bedrohung.“ Pestalozzi, Hans A.: *Die Wirtschaft – Mutter aller Kriege*. In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984. S. 89. Und Jürgen Habermas stellte zur Friedensbewegung fest: „Die heterogenen Gruppen, die sich in [der Friedensbewegung] zusammenschließen, sagen nicht nur ein plebiszitäres Nein zu Atomraketen, vielmehr aggregieren sich in dieser Bewegung viele Neins: das Nein zu Atomwaffen mit dem Nein zu Atomkraftwerken, zur Großtechnologie überhaupt, zur chemischen Umweltverschmutzung, zu Apparatedizin, Stadtsanierung, Waldsterben, Frauendiskriminierung, Fremdenhaß, Asylantenpolitik usw. Der Dissens, der in diesem komplexen Nein zu Wort kommt, zielt nicht gegen diese oder jene Maßnahme, diese oder jene Politik; er wurzelt in der Ablehnung einer Lebensform, und zwar jener zum Normalvorbild stilisierten Lebensform, die auf die Bedürfnisse einer kapitalistischen Modernisierung zugeschnitten, auf possessiven Individualismus, auf Werte der materiellen Sicherheit, des Konkurrenz- und Leistungstrebens usw. programmiert ist und die auf der Verdrängung von Angst und Todeserfahrung beruht.“ Habermas, Jürgen: *Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik*. In: Glotz, Peter (Hrsg.): *Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat*. Frankfurt a. M. 1983. S. 48 f.

die soziokulturelle Dimension bezeichnet werden können. Das Wettrüsten selbst wiederum erfuhr mit der drohenden Pershing II- und Cruise Missiles-Stationierung seine äußerste Zuspitzung.

Die mythologische Dimension zeigte die „Kreisläufe, in denen die Welt abrollt“, also die archetypischen, paradigmatischen Ereignismuster¹⁵⁹². Damit wurde zum einen das aktuelle Geschehen als abschüssige Bahn interpretiert, die in die Katastrophe führen mußte, wenn keine Umkehr erfolgte, und zum anderen die absolute Gewißheit dieser Deutung begründet. Denn da ja nur bereits Geschehenes erneut geschah, wußte man auch ganz sicher, was noch geschehen würde. Zwei Erzählungen, Günther Anders' Noah-Parabel und Christa Wolfs Cassandra-Novelle, griffen die Urbilder der Propheten auf und gaben ihnen ihre auf die Höhe der Zeit gebrachte Darstellung. Beide Werke waren darüber hinaus analytisch fundiert. Daß sich die Propheten nicht so sehr durch übersinnliche Begabung als vielmehr durch überlegene Einsicht auszeichneten, verwies auf den Anspruch der Friedensbewegung, die bessere, eigentliche Vernunft zu vertreten; was sie außerdem untermauerte, indem sie sich selbst als Trägerin eines gesellschaftlichen Lernprozesses verstand, den, so die Implikation, die Befürworter der Stationierung eben nicht durchlaufen hätten. Da für die Friedensbewegung die möglichen Zukunftsverläufe feststanden, klar erkennbar und bereits aufgedeckt waren, handelte es sich bei ihr um eine im Wortsinne apokalyptische Bewegung. Die doppelte Verwurzelung in den im Mythos gefaßten regelhaften Geschichtsverläufen und ihrer fundamentalen Zukunftsgewißheit begründeten das Selbstverständnis der Friedensbewegung, im Kollektiv die Rolle der Propheten zu erfüllen. Ihre Aufgabe sah sie entsprechend darin, eine grundlegende Korrektur an der gesellschaftlichen Wirklichkeit vorzunehmen.

Der wesentliche Unterschied zwischen dem erfolgreichen Noah und der erfolglosen Cassandra lag in ihrer Fähigkeit, ihre Mitmenschen dazu zu bewegen, diese Einsicht anzunehmen und ihr gemäß zu handeln. Noahs Vorgehen beruhte dabei auf zwei wesentlichen Grundelementen: Zum einen, die Menschen durch Schrecken zur Einsicht zu führen; und zum zweiten, eine Vertauschung der Zeiten vorzunehmen, durch die er eine reversible Zukunft schuf. Dies gelang ihm durch das Absingen des traditionellen Totengebets für die heute noch Lebenden, die damit, solange sie der drohenden Katastrophe nicht entgegen arbeiteten, nichts waren als die Toten von morgen, denen keine Nachlebenden mehr folgen würden. Die Friedensbewegung versuchte diese Effekte durch Aktionsformen wie „Die-In's“ und durch Texte wie Anton-Andreas Guhas „Ende“ oder

¹⁵⁹² Vgl. Hübner, Kurt: *Die Wahrheit des Mythos*. Freiburg i. Brsg. 2011. S. 135-142.

Horst-Eberhard Richters „Alle redeten vom Frieden“ zu erzielen, die den Nuklearkrieg bzw. eine postnukleare, zerstörte Welt schilderten. Auch Günter Grass' „Rättin“ bediente sich des Kunstgriffes eines Rückblicks auf die Zukunft.

Christa Wolf führte in „Kassandra“ eine für die Friedensbewegung zentrale Sichtweise ein: die Interpretation des Konfliktes als eines Kampfes zweier an gegensätzlichen Prinzipien ausgerichteten Kulturen, und damit eine fundamental dualistische Sichtweise. In ihrer Schilderung des Falls Trojas standen sich nicht wie bei Homer zwei gleichartige archaische Gesellschaften, sondern eine moderne Effizienz- und Machtgesellschaft auf der einen und eine vormoderne Lebensgesellschaft auf der anderen Seite gegenüber. Der Mythos wurde hier im Geiste der Kulturkritik ausgelegt. Kassandra selbst zeigte als literarische Figur die Schwächen auf, die Wolf sowohl an sich selbst wie auch an den oppositionellen Bewegungen allgemein analysiert hatte: Passivität, Konfliktscheu, Konformismus, ein Verhaftetsein mit der eigenen gesellschaftlichen Stellung und ihren Privilegien, und schließlich ein lähmender Fatalismus, der aus dem Gefühl folgte, die drohende Katastrophe nicht aufhalten zu können. Im Gegenentwurf der von Wolf beschriebenen Utopie zeigte sich schließlich deren grundsätzlich un-, ja geradezu anti-politischer Charakter als Vision einer harmonischen und somit der eigentlichen Leistung von Politik, nämlich der Konfliktlösung, nicht mehr bedürftigen, post-politischen Gesellschaft.

Die mythologische Dimension fand ihren Abschluß im Mythos der Bombe, in dem das eigentliche mythische Element des Numinosen besonders hervortrat. In ihn gingen verschiedene Motive ein: Prometheus, der Zauberlehrling und Pandora standen für die Schattenseiten der menschlichen Fähigkeit zur technischen Beherrschung der Natur. Sie bildeten zusammen eine Topik der Hybris. Die Transmutation der Elemente in der Kettenreaktion erinnerte an alchemistische Konzepte, die nun biologisch gewendet als Mutation wieder aktuell wurden. Auf einer übergeordneten Ebene verbanden sie sich in den Imaginationen postnuklearer Gesellschaften mit den bereits im 19. Jahrhundert virulenten Degenerationsphantasien zur Vorstellung eines neuen dunklen Zeitalters. Den Kern des Mythos der Bombe bildete jedoch ihre bereits durch Robert Oppenheimer formulierte Identifizierung mit dem metaphysischen Prinzip der Zerstörung an sich, womit die Bombe in die mythische Sphäre der dämonischen Widersacher eingerückt wurde.

Scheinbar in starkem Kontrast zu dieser emotional aufgeladenen Perspektive, sie tatsächlich jedoch viel mehr ergänzend, bot die analytische Dimension eine Theorie menschlichen Handelns und Sich-Verhaltens unter den Bedingungen der industriellen

Moderne als einer ganz und gar durch die Produktion und den Gebrauch von Artefakten bestimmten Epoche. Für Günther Anders lag der entscheidende Umstand in der nun gegebenen Sterblichkeit der Menschheit als solcher, die als reale Möglichkeit nicht mehr aus der Welt zu schaffen war. Daraus ergab sich die zwingende Verpflichtung, schlechthin alle Verhältnisse und Entscheidungen, seien sie nun politischer, militärischer, ökonomischer oder sonstiger Natur, von diesem möglichen Ende her zu denken. Der Atombombe als demjenigen Artefakt, das die Möglichkeit des Menschheitsendes geschaffen hatte, kam die zentrale Stellung zu. Ihre intrinsische Sach- und Verwendungslogik bestimmte die globale Situation.

Allerdings bedingten die Handlungszwänge der technischen Zivilisation, in der von den Menschen vor allem die sachgerechte Bedienung von Apparaten verlangt wurde, eine Verminderung ihrer Fähigkeit zum Handeln im eigentlichen Sinne, d.h. auf der Grundlage souveräner und selbstbestimmter Entscheidungen. Dazu trug auch die ebenfalls durch die technischen Funktionsanforderungen vorangetriebene Arbeitsteilung bei, die Betriebsblindheit, die Beschränkung der Perspektive auf den eigenen kleinen und immer kleiner werdenden Bereich, zum gesellschaftlichen Normalzustand werden ließ. Überdies versetzte die Technik das Verhältnis zwischen dem Handlungsakt, z.B. dem Drücken eines Knopfes, und dem Handlungsergebnis, z.B. der Detonation eines nuklearen Sprengkopfes, in ein immer mittelbareres und indirekteres Verhältnis, was eine Haltung der Verantwortungslosigkeit zu befestigen drohte. Aus all dem folgte schließlich Anders' Diagnose einer Überschwelligkeit der Gefahr, durch die die Fähigkeit zur Erkenntnis – und somit Vermeidung – potentiell katastrophaler Handlungsfolgen geradezu eliminiert wurde.

Edward P. Thompson ergänzte diese Befunde durch eine in ihrer analytischen Struktur ähnlich angelegte Untersuchung, die ihren Blick jedoch mehr auf sozioökonomische Prozesse richtete. Entscheidend waren für ihn vor allem die Funktionsmechanismen der beiden militärisch-industriellen Komplexe in Ost und West. Diese standen in einem dialektischen Verhältnis zueinander, in dem sie zwar einerseits Konkurrenten, ja Feinde, andererseits aber auch aufeinander angewiesen waren, da sie ohne ihren Widerpart schlicht ihre *raison d'être* verloren hätten. Die sie gleichermaßen beherrschende „kumulative Logik“ (Thompson) der militärischen Produktionsprozesse barg nun die elementare Gefahr, durch eine Abfolge von für sich jeweils rationalen Schritten der These (der eigenen Seite) und der Antithese (des ideologischen Gegenspielers) in eine völlig irrationale Synthese, nämlich die gegenseitige Auslöschung, einzumünden. Somit stellte

Thompson eine im Ost-West-Konflikt gegebene negative Dialektik fest, die er mit dem Begriff des Exterminismus kennzeichnete.

Ähnliche Ansätze verfolgten Friedensbewegung und –forschung mit ihrer Kritik des militärischen Gleichgewichts als eines instabilen und damit irrationalen Modells, das die ihm zugewiesene Funktion der Friedenssicherung gar nicht erfüllen könne. So konstatierte Petra Kelly eine dem System der gegenseitigen nuklearen Abschreckung inhärente Dynamik der Selbstvernichtung, deren Eigenlogik die Entscheidungsmöglichkeiten der Akteure weitgehend außer Kraft setze. Die eigentliche Bedrohung stelle somit nicht der Gegner dar, sondern der Gegensatz an sich. Dieser erzeuge endemische Verzerrungen in der Situationsbeurteilung, durch die die eigenen Rüstungsschritte von vornherein als defensiv, die des Gegners jedoch stets als offensiv gewertet würden. Der Friedensforscher Dieter Senghaas ergänzte diesen Ansatz durch die These einer institutionalisierten fehlgeleiteten Kognition, die dem Gegenüber a priori eine bestimmte Rolle, nämlich die des Aggressors, zuweise, und es ihm unmöglich mache, diese vorrationale Zuschreibung jemals aufzubrechen. Damit wurde die jeweilige Feindwahrnehmung als im wesentlichen autistisch und die globale Situation der ideologisch-militärischen Bipolarität als pathologisch bestimmt. Ergänzt wurde diese Theorie durch psychoanalytisch begründete Sichtweisen, die der nuklearen Rüstung den Charakter eines Fetischs attestierten.

Mit dieser Perspektive verband sich oftmals eine Wahrnehmung des Kalten Krieges als einer Auseinandersetzung zwischen zwei sich im wesentlichen gleichartig verhaltenden und damit auch moralisch gleichwertigen Großmächten. Sie ging vielfach mit dem gesellschaftspolitischen Konzept des „Dritten Weges“ einher, das den Kapitalismus wie auch den Staatssozialismus sowjetischer Prägung gleichermaßen ablehnte. Die Kräfte in der Friedensbewegung, die diese Grundhaltung teilten, waren besonders auf die Eigenständigkeit und damit Unabhängigkeit der Bewegung von sowjetischen bzw. ostdeutschen Beeinflussungsversuchen bedacht. Im Gegensatz dazu sahen vor allem – aber bei weitem nicht nur – die marxistisch orientierten Aktivisten allein den westlichen militärisch-industriellen Komplex als Verursacher des Wettrüstens an, womit ein Deutungsmuster zur Anwendung kam, das sich bereits in der Zeit des Ersten Weltkrieges herausgebildet hatte. Daß sein Erklärungswert im Kontext des Kalten Krieges eher fragwürdig war, tat seiner Popularität keinen Abbruch.

Schließlich legte die Friedensbewegung besonderen Wert auf die Nord-Süd-Problematik, womit sie sowohl globale als auch innergesellschaftliche soziale Ungleichheiten in den Kontext des nuklearen Wettrüstens einband. In diesem Punkt war jedoch

eine auffallende Diskrepanz zwischen der großen Häufigkeit, mit der die Thematik angesprochen wurde, und ihrer eher schwachen theoretischen Ausarbeitung festzustellen. Die Kritik beschränkte sich meist auf die These, die Rüstung verschlinge Ressourcen, die sich ansonsten für die Entwicklungshilfe bzw. für soziale Projekte hätten nutzen lassen.

Als letzten, dabei aber auch grundsätzlichen Teil umfaßte die analytische Dimension der Bedrohungswahrnehmung die von der Friedensbewegung geübte Kritik am hergebrachten Konzept der Rationalität. Ihren bekanntesten Aspekt bildete zunächst die Bewertung der in Ost und West gleichermaßen vorhandenen Overkill-Kapazitäten als eines eindeutigen Anzeichens für die Irrationalität nuklearer Rüstung. Den eigentlichen Kern der Kritik bildete die bereits von Edward Thompson gemachte Beobachtung, daß im System der gegenseitigen nuklearen Abschreckung ein irrationales Endergebnis – die Vernichtung der Menschheit – aus für sich durchaus rationalen Einzelschritten der Akteure resultieren konnte. Für die Friedensbewegung war damit im Nuklearzeitalter die Vernunft an sich in eine Krise geraten, was sich im überaus häufig verwendeten Schlagwort vom „Rüstungswahnsinn“ äußerte.

Die Vernunftkritik bewegte sich dabei auf drei gestaffelten Ebenen: Erstens der Frage nach der konkreten Rationalität der Stationierung, zweitens der Frage nach der Rationalität des Systemkonflikts und der nuklearen Abschreckung an sich, und drittens der Frage nach den generellen Grundbedingungen rationaler Politik. Für Letztere war insbesondere von Bedeutung, von welchem Subjekt aus eine wahrhaft vernünftige Politik eigentlich zu denken sei: den jeweiligen Einzelakteuren mit ihren partikularen Interessen, seien sie nun Individuen, politische Gruppierungen oder Nationalstaaten, oder vielmehr der Menschheit insgesamt? Die Debatte um die Vernunft war somit gleichzeitig eine Debatte um Werte, was allerdings durch den inhärenten Objektivitätsanspruch von Vernunft vielfach verdeckt wurde.

In der Analyse des Rationalitätsstreits zeigte sich, wie die völlig konträren axiomatischen Grundannahmen von Befürwortern und Gegnern der Stationierung einen Dialog zwischen ihnen bereits im Ansatz verhinderten. Konkret äußerte sich dies in den jeweiligen Situationsbeschreibungen von Friedensbewegung und Bundesregierung, die deutlich machten, wie sehr sich die Wahrnehmung der Wirklichkeit durch beide Seiten voneinander unterschied. In Bezug auf das Grundproblem der Sicherheit vertraten sie divergierende Rationalitätskonzepte, die sich auf Seiten der Stationierungsbefürworter als Rationalität der Kräfte, auf der der Friedensbewegung als Rationalität der Risiken kenn-

zeichnen ließen. Damit gingen ebenfalls stark voneinander abweichende Menschenbilder und aus diesen abgeleitete psychologische Modelle des Konflikt- und Aggressionsverhaltens einher.

Diese so verschiedenen Auffassungen der Wirklichkeit resultierten wesentlich aus unterschiedlichen Interpretationen kollektiver geschichtlicher Erfahrungen, womit der Schritt zur historisch-politischen Dimension der Bedrohung gemacht war. Auch diese gliederte sich in mehrere Untergesichtspunkte: Sie bestand im wesentlichen in einem Streit um die demokratische Verfassung und politische Identität der Bundesrepublik, die vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte geführt wurde und sich konkret vor allen an Fragen des Rechts, speziell des Rechts auf Widerstand, entzündete. Die Friedensbewegung bettete eine von den Protestbewegungen allgemein geübte Staats- und Elitenkritik in den Kontext einer Geschichtsinterpretation ein, die aktuelle Entwicklungen auf eine Folie sowohl historischer Geschehnisse – der nationalsozialistischen Machtergreifung – als auch fiktionaler Texte – insbesondere George Orwells *1984* – projizierte. Somit wurden historische Ereignisabläufe in derselben Art als paradigmatisch begriffen wie mythische Erzählungen und damit von der historischen Ebene des einmaligen Geschehens auf die eines überzeitlichen Schemas überführt. Dabei kam es auch zu überaus fragwürdigen Gleichsetzungen wie etwa der Selbstidentifizierung der Mutlanger Blockierer mit den deportierten Juden, oder der polemischen Bezeichnung der Zustimmung des Bundestags zur Stationierung als ‚Ermächtigungsgesetz‘. Diese gipfelten in einem in der Friedensbewegung weitverbreiteten nationalen Opferdiskurs, in dem die Deutschen als zukünftige Opfer eines von den Amerikanern ins Werk gesetzten nuklearen Holocausts imaginiert wurden.

Auffällig war, wie stark sich für eine Reihe von mit der Friedensbewegung verbundenen Autoren, beispielsweise Günter Grass oder Wolf-Dieter Narr, die Verpflichtung darstellte, jeden Aspekt des politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse von den Erfahrungen des Dritten Reichs aus zu denken. Hier wurde die Geschichte als ein unmittelbar an jeden Einzelnen gerichteter Auftrag verstanden, die Wiederkehr der Vergangenheit durch einen fundamentalen Bruch mit ihr zu verhindern, was nach der Schaffung einer radikal anderen Gesellschaft verlangt hätte. Statt diesen Auftrag jedoch anzunehmen, hatte der bundesdeutsche Staat aus Sicht seiner basisdemokratischen Kritiker nichts weiter zustande gebracht, als das moralische Elend der Realpolitik fortzusetzen. Die Geschichte der Bundesrepublik als Erfolgsgeschichte zu interpretieren, kam daher nach ihrer Ansicht einer vollständigen Verkennung der Wirklichkeit gleich.

In dieser Perspektive zeigte sich überdies ein wesentlicher Unterschied im beiderseitigen Politikverständnis: Während die Legitimität der staatlichen Entscheidungen üblicherweise prozedural bestimmt wurde, bezog sich die Friedensbewegung viel stärker auf als fraglos gültig betrachtete Werte und Normen, die als den konkreten Verfassungsbestimmungen und Gesetzen, darunter nicht zuletzt auch dem Mehrheitsprinzip, übergeordnet betrachtet wurden. Darin wurzelte ihre Vorstellung von der grundsätzlichen Legitimität eines moralisch-normativ bzw. naturrechtlich begründeten Widerstands und der in seinem Vollzug begangenen Rechtsbrüche, sowie in umgekehrter Perspektive der grundsätzlichen Illegitimität jeder demokratischen Mehrheitsentscheidung, die gegen diese Normen verstieß. Die Friedensbewegung sprach daher dem Bundestag das Recht ab, über die Stationierung überhaupt entscheiden zu dürfen, und bestand mit Nachdruck auf einer Volksabstimmung. In dem von einer Mutlanger Blockiererin geprägten Wort von der nuklearen Rüstung als einer „Weltordnungswidrigkeit“ zeigte sich die ontologische Ausrichtung dieser Grundhaltung. Was die Blockaden selbst betraf, so konnte sich die Rechtsauffassung der Friedensbewegung trotz anfänglicher Niederlagen vor dem Bundesverfassungsgericht in der weiteren Rechtsentwicklung doch schließlich durchsetzen. Die bundesdeutsche Justiz hatte den Verurteilungen der Blockierer wegen Nötigung in der Tat, wie von der Friedensbewegung beanstandet, einen juristisch überdehnten Gewaltbegriff zugrunde gelegt.

Auch in der Wahrnehmung der Supermächte USA und UdSSR erwies sich der historisch geprägte Blick als bestimmend. Ihnen wurden jeweils spezifische Rollen zugeschrieben: In den USA sah die Friedensbewegung vor allem die aggressive und somit bedrohliche Supermacht, in der Sowjetunion eine defensive Kraft des Status quo. Beide Sichtweisen waren jedoch durch tiefgreifende Ambivalenzen geprägt. Hinsichtlich der USA ergaben sich diese vor allem aus der Wahrnehmung des ‚anderen Amerika‘, der liberalen Zivilgesellschaft, der Bürgerrechts- und Friedensbewegung sowie der Populärkultur. Dabei war der Kontrast zwischen den in der Friedensbewegung feststellbaren positiven und negativen Wertungen so stark, daß von einem einheitlichen Amerikabild keine Rede sein konnte. In personenbezogener Perspektive galten auf der einen Seite Aktivisten wie die Gebrüder Berrigan und natürlich Martin Luther King als leuchtende Vorbilder, während Präsident Reagan und andere Mitglieder der US-Regierung geradezu verteufelt wurden. In der generellen Bewertung wurden die USA einerseits als eine von Anfang an imperialistische Macht begriffen, in deren globaler Dominanz Intellektuelle wie Günter Grass das „Grundübel der politischen Weltsituation“ sahen, während sie

aber andererseits auch ein wesentlicher Impulsgeber für den Liberalisierungs- und Modernisierungsschub gewesen war, der ab den Sechzigern die Verkrustungen der alten Bundesrepublik aufgebrochen hatte. Dieselbe Disparität ließ sich in der politischen Selbstverortung der Friedensbewegung feststellen: Sie begriff sich einerseits als Teil einer internationalen und damit auch transatlantischen Protestbewegung, während andererseits starke Kräfte in ihr, wie beispielsweise der Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein, die USA im Grunde immer noch als Besatzungsmacht sahen und somit eine nationalistische Perspektive einnahmen, die auch von revanchistischen Untertönen nicht frei war.

Der Blick auf die Sowjetunion war gleichfalls ambivalent, dabei jedoch von deutlich geringerer Komplexität, da sich hier keine solch vielschichtigen Sphären von Politik und Kultur gegenseitig überlagerten wie im Fall der USA. Eine sowjetische Zivilgesellschaft gab es praktisch nicht, ebensowenig eine auch nur im Ansatz feststellbare kulturelle Anziehungskraft. Trotzdem wirkten im wesentlichen vier Faktoren zugunsten der UdSSR: Ihr Status als Mutterland des Kommunismus, ihre Unterstützung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, ihre Leiden und Leistungen im Kampf gegen das Dritte Reich, und vor allem ihre zumindest propagandistisch behauptete, defensive Grundhaltung. Gerade dieser letzte Punkt fand in der Friedensbewegung große Anerkennung und begründete die generell positive Haltung gegenüber der UdSSR. Ihre Status-quo-Orientierung galt als stehendes Faktum, wohingegen die westliche Wahrnehmung der Sowjetunion als aggressiv expansionistisch von vornherein als Illusion bzw. als ein der Durchsetzung eigener Interessen dienendes, bewußt erzeugtes Feindbild bewertet wurde.

Kritik entzündete sich dagegen an den inneren Verhältnissen der Ostblock-Staaten, den fehlenden demokratischen Freiheiten und der mangelhaften Beachtung der Menschenrechte sowie dem Einmarsch in Afghanistan. In den heftigen Auseinandersetzungen, die innerhalb der Friedensbewegung zum Thema UdSSR geführt wurden, benutzten die orthodox marxistischen Kräfte den Vorwurf des Antikommunismus als bequemes Disziplinierungsinstrument, um jede kritische Äußerung im Keim zu ersticken. Ihr Erfolg war jedoch nur beschränkt. Vor allem die Grünen, aber auch unabhängige linksradikale und pazifistische Kräfte ließen sich von einer zumindest vorsichtigen Kritik an der Sowjetunion und einer Solidarisierung mit der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR nicht abbringen, womit der vom Ministerium für Staatssicherheit unterstützte Versuch, die Friedensbewegung zu instrumentalisieren, insgesamt scheiterte.

In der soziokulturellen Dimension wurde die nukleare Bedrohung schließlich in die am weitesten ausgreifenden Kontexte eingebunden. Das nukleare Wettrüsten wurde als direkte Konsequenz der grundlegenden gesellschaftlichen Strukturprinzipien begriffen, als deren wichtigste und somit schädlichste Konkurrenz und Materialismus galten. Die eigentliche Bedrohung lag somit in der materialistischen Konkurrenzgesellschaft, für die Michael Endes ‚graue Herren‘ als Sinnbild standen. Wie die Alternativbewegung insgesamt stand auch die Friedensbewegung in der Tradition einer neo-romantischen Kritik an der Moderne. Die dualistische Sichtweise, die bereits bei Christa Wolfs Cassandra die Sicht prägte, wurde hier beherrschend und nahm Züge einer manichäischen Theologie an. Am stärksten war dies bei Erich Fromm und seinem überaus einflußreichen Konzept von Bio- und Nekrophilie der Fall, bei Horst-Eberhard Richter und seiner Unterscheidung von Macht- und Sozialsphäre, und vor allem bei Dorothee Sölle, die in der Welt zwei einander entgegengesetzte Kirchen am Werk sah: die Kirche des Todes und die Kirche des Lebens. Dieser ontologische Dualismus von Leben und Tod durchzog das Denken von vielen gerade der engagiertesten Aktivisten wie etwa Petra Kelly und stellte *das* fundamentale Interpretationsschema dar. Gekoppelt wurde es mit einer mystischen Christologie, in der Christus die Verkörperung des Lebens war, die Atombombe dagegen die Verkörperung des Todes und somit der real existierende Antichrist. Gleichmaßen wurde die Umkehr, die die Gesellschaft nach Meinung der Friedensbewegung existenznotwendig vollziehen mußte, als Abwendung von dem in Industrie, Technik und Rüstung konkret wirksamen Prinzip des Todes und als Hinwendung zum Leben gedacht.

Zusammenfassend läßt sich zu der Bedrohungswahrnehmung der Friedensbewegung feststellen, daß sie in einer Wahrnehmung der Wirklichkeit wurzelte, die sich von der der Stationierungsbefürworter fundamental unterschied. Aus ihrer Analyse kann somit die eingangs formulierte These belegt werden, daß es sich beim Streit um die Stationierung um einen wesentlich von ideologischen bzw. säkularreligiösen Sichtweisen geprägten Konflikt handelte. Das eigentliche geistige Fundament zumindest des harten radikalpazifistischen Kerns der Friedens-Aktivisten lag in einer spezifischen Ontologie.

2. Perspektiven der Rettung

Die Perspektiven der Rettung nahmen zwei Hauptgesichtspunkte in den Blick: zum einen das Ziel, also die angestrebte politisch-gesellschaftliche Ordnung, zum anderen den Weg, auf dem dieses zu erreichen sei, also die politische Praxis. Dabei muß der Begriff des Politischen hier in einem sehr umfassenden Sinn verstanden werden, da für viele Aktivisten der Friedensbewegung die Veränderung der Gesellschaft bereits bei den alltäglichen sozialen und ökonomischen Verhaltensweisen anzusetzen hatte.

Die zwei einflußreichsten der für die Friedensbewegung relevanten Gesellschaftsentwürfe stammten von dem Friedensforscher Johan Galtung und dem Psychoanalytiker Erich Fromm. Beide teilten grundlegende Ansätze. Zum einen betrachteten sie Gewalt als universelles Phänomen, womit eine Differenzierung zwischen einer von Individuen verübten innergesellschaftlichen Gewalt und der von Staaten ausgeübten, nach außen gerichteten Gewalt entfiel. Zweitens verorteten sie die Ursachen von Gewalt in den gesellschaftlichen Strukturprinzipien, wobei beide Autoren drittens den Begriff der Gewalt weit über den Bereich der physischen Verletzung hinaus ausdehnten und beispielsweise auch sozioökonomische Ungleichheit als Gewalt werteten.

Indem Johan Galtung die „potentielle geistige und somatische Verwirklichung“ als Maßstab einer gewaltlosen Gesellschaft wählte, definierte er Gewalt als Differenz zwischen theoretischem Optimum und realem Ist-Zustand. Damit sah er die Aufgabe von Politik grundsätzlich in der Angleichung der Wirklichkeit an ein Ideal. ‚Gewalt‘ ergab sich aus der Mißachtung dieser normativen Bestimmung, wobei Galtung sich in seinem Begriff der Gewalt völlig von dem üblichen Verständnis als einer konkreten Handlung löste und sie vielmehr als ständig reproduzierte Struktur begriff. Aus dem universellen Geltungsanspruch seiner Konzeption folgte die Forderung nach einer egalitären Weltgesellschaft, in der das ökonomische und soziale Gefälle zwischen erster und dritter Welt durch einen globalen Umverteilungsprozeß nivelliert werden sollte. Das Fundament von Galtungs Theorie bildeten starke und unhinterfragt als gültig betrachtete normative Überzeugungen. Galtung ging zudem von einer objektiv gegebenen menschlichen Natur aus, der die bestehende sozioökonomische Ordnung nicht zuträglich sei. An die Stelle des kapitalistischen Gewinnstrebens als ökonomischem Leitprinzip habe die Bedürfnisbefriedigung zu treten. Allein so lasse sich die Gewaltfreiheit, das heißt die grundlegende Beseitigung jeder Art von Mangel und Benachteiligung, erreichen.

Die von Erich Fromm stammende Konzeption der gesunden Gesellschaft fußte auf ähnlichen Ansätzen wie diejenige Johan Galtungs, verfuhr dabei jedoch wesentlich rigo-

roser und betrieb die Herleitung der Gesellschaftsordnung aus einer Ontologie mit aller Konsequenz. Fromms Projekt trug daher deutliche neo-platonische Züge. Im Gegensatz zu Galtung strebte er eine nicht nur gewaltlose, sondern harmonische und somit konfliktlose Gesellschaft an. Dabei lag Fromms Ausgangspunkt zunächst in einer holistischen Auffassung von Gesundheit, deren Begriff er auf die gesamte Lebenswirklichkeit in all ihren Aspekten, einschließlich dem der individuellen normativen Orientierung, erweiterte, womit nun ‚falsche‘ Wertorientierungen als krankhaft galten. Gleichzeitig verstand er Gesundheit dezidiert nicht als ein zwar allgemein erstrebenswertes, aber relatives Gut, dessen Verwirklichung dem individuellen Ermessen überlassen war, sondern als praktischen Aspekt einer richtigen Erkenntnis der objektiven Seinsordnung und somit als absolute Norm. Der Gesundheitsbegriff wurde von ihm somit gleichzeitig universalisiert und ontologisiert. Damit erhob Fromm implizit den Anspruch, über objektives Wissen bezüglich der richtigen Lebensgestaltung zu verfügen, was mit einer geradezu grenzenlosen Übersteigerung des Rollenverständnisses des Arztes einherging. Dieser wurde in den Rang eines modernen Philosophenkönigs erhoben, einem auf wissenschaftlicher Grundlage operierenden Experten für das menschliche Dasein an sich.

Kennzeichnend war daneben Fromms enge Verknüpfung der individuellen Psyche mit der gesamtgesellschaftlichen Realität. Beide waren seiner Ansicht nach unmittelbar miteinander verflochten, so daß die Befriedung des psychischen Innenraums der Individuen und die Aufhebung der äußeren gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse zwei Aspekte eines übergeordneten Gesamtprozesses darstellten, die wechselseitig für einander notwendige Bedingungen bildeten. Schließlich wurde Fromms ontologisch-theologischer Standpunkt durch den erwähnten Dualismus von Leben und Tod sowie eine perfektionistische Grundhaltung bestimmt, die allein die vollkommene Umsetzung des angestrebten Ideals zu akzeptieren bereit war.

In dieser Rettungsperspektive schien deutlich die eschatologische Orientierung der Friedensbewegung auf, die Rettung oder Untergang in absoluten Kategorien als endgültige Rettung oder endgültigen Untergang dachte. Die widerstreitenden Parteien wurden mit einer Seite des ontologischen Dualismus identifiziert und der Konflikt insgesamt in den Interpretationsrahmen einer metaphysischen Geschichtsphilosophie eingebettet. Die Rettung selbst lag in der Errichtung einer idealen Gesellschaftsordnung, womit die Friedensbewegung in einer utopischen Tradition stand, die bis zu Augustinus‘ „Civitas Dei“ zurückreichte.

Die pazifistische Rettungsperspektive fußte zunächst auf einem bestimmten Verständnis von Gewalt, die durch die pazifistische Theorie in großer Detailliertheit analysiert wurde. Dabei betrachtete sie Gewalt grundsätzlich essentialistisch, d.h. als eine Wesenhaftigkeit, die als eigenständige geschichtsmächtige Kraft in der Wirklichkeit auftrat. Es ging ihr somit nicht so sehr um den jeweils konkreten Akt der Gewaltausübung, als vielmehr um *die* Gewalt an und für sich, wobei sich auch hier eine deutliche Neigung zu metaphysischen Sichtweisen zeigte. Die Gewalt wurde nun durch eine Reihe von Wesensmerkmalen näher bestimmt. Ihr essentieller Grundcharakter bewirkte zunächst eine Herauslösung aus ihren konkreten Kontexten, insbesondere ihrem jeweiligen Entstehungskontext, wobei ihr eine intrinsische und somit unaufhebbare moralische Qualität als ein an sich Verwerfliches attestiert wurde. Die Gewalt als soziales Phänomen wurde in einen ontologischen Bezugsrahmen gestellt, wodurch sich Krieg und Frieden von globalen soziopolitischen Situationen in existentielle Zustände wandelten und ihr gegenseitiger dialektischer Bezug aufgelöst wurde. Beides führte dazu, daß jede mögliche Legitimität gewaltsamer Handlungen, die aus ihrer Genese und Motivation, aus ihrer Zielorientierung oder aus ihrer instrumentellen Eignung hätte begründet werden können, von vornherein verneint wurde. Der radikalpazifistische Diskurs war somit insgesamt erkennbar daraufhin angelegt, jede mögliche Rechtfertigung von Gewalt a priori auszuschließen, wozu nicht nur ihr moralisch verwerflicher Charakter, sondern auch ihre politisch-praktische Irrationalität mit vielfältigen Argumenten wieder und wieder dargelegt wurde. Gewalt führe immer nur zu neuer Gewalt, sei prinzipiell nie sachlich gerechtfertigt, sondern entspringe immer einem Verblendungszusammenhang und trage somit immer pathologische Züge.

Die Rettung ergab sich in pazifistischer Perspektive somit aus eine fundamentalen Abkehr von Gewalt in all ihren Erscheinungsformen, was die Mutlanger Blockierer mit dem Slogan „*We must choose Non-Violence or Non-Existence*“ ausdrückten. Auch hier trat die strikt kategoriale Denkform zutage, in der es zwischen dem absoluten Untergang der Nicht-Existenz und der absoluten Rettung in Form der vollendeten Gewaltlosigkeit kein Mittleres geben konnte. Wie radikal Gewaltlosigkeit dabei gedacht wurde, zeigte sich in den Äußerungen von Psychoanalytikern wie Horst-Eberhard Richter oder auch christlich geprägten Gruppen wie Ohne Rüstung Leben. Sie verorteten den Urquell der Gewalt im Innersten der menschlichen Seele, in der folglich der eigentliche Kampf gegen die Gewalt und damit das Böse auszutragen sei. Damit aktualisierte der Pazifismus die alte christliche Vorstellung der *Psychomachia*. Zu bekämpfen war dabei jegliche gewalt-

trächtige psychische Regung, wozu nun aber nicht nur Haß, Aggressivität, Neid und andere offenkundig potentiell gewaltträchtige Emotionen gerechnet wurden, sondern bereits jedes noch so geringe Mißtrauen gegen den Anderen, also der grundsätzliche geistige Vorbehalt, der zumindest die Denkmöglichkeit offenhielt, daß andere Menschen eventuell feindselige Absichten hegen könnten. Bereits diese Disposition eines ‚trau, schau, wem‘ galt es zu vermeiden, vielmehr dem Anderen stets mit einer Haltung unbedingten Vertrauens zu begegnen. Nur aus dieser inneren Einstellung heraus konnte das menschliche Miteinander befriedet werden.

Völlig anders gestalteten sich die Rettungsperspektiven der verschiedenen linksradikalen Gruppierungen, aus deren Reihen dementsprechend scharfe Kritik an der pazifistischen Konzeption geübt wurde. Entsprechend ihres marxistischen Bezugsrahmens verfolgten sie einen genuin politischen Ansatz, dem sowohl die starken metaphysischen Bezüge als auch die betonte Innerlichkeit des Pazifismus abging. Dabei zeichnete sich das linksradikale Spektrum durch eine besonders ausgeprägte Binnendifferenzierung aus, die mit einer starken Fraktionsbildung einherging. Auch betrachtete nur ein Organisationszusammenhang dieses Spektrums, nämlich die in BAF bzw. BUF organisierten unabhängigen Gruppen, sich selbst überhaupt als integralen Teil der Friedensbewegung, während Antiimperialisten und Autonome in einem sehr distanzierten Verhältnis zu ihr standen und sie für ihre eigenen politischen Zwecke zu instrumentalisieren versuchten. Wie realitätsfremd sie dabei oft vorgingen, zeigte exemplarisch der Versuch autonomer Gruppen, die Rote Armee Fraktion als Teil der Friedensbewegung zu deklarieren, da diese ja gegen den Imperialismus kämpfte. Wie zu erwarten stießen sie mit diesem Ansinnen bei den übrigen Gruppierungen der Friedensbewegung auf eine Mauer der Ablehnung.

Die Stoßrichtung der antiimperialistischen und autonomen Gruppen zielte mithin auf die politische wie auch militante Bekämpfung von NATO und US-Imperialismus ab. Sie definierten Politik im Kern weiterhin als Machtkampf, in dem man sich durchzusetzen habe. Nur aus einem globalen Sieg der Unterdrückten und Ausgebeuteten könne die neue Gesellschaft und somit echter Frieden entstehen. Die Perspektive der Rettung lag für sie daher im „Sieg im Befreiungskrieg“. Dabei sahen sie sich durchaus auf Erfolgskurs, habe doch das sozialistische Lager in den zurückliegenden Jahren bedeutende Erfolge in der Dritten Welt erzielt. Ihrer Konzeption des Friedens als Ergebnis eines „Krieges gegen den Krieg“, konkret also gegen die imperialistischen Kriegstreiber, lag eine von der pazifistischen vollkommen unterschiedliche moralische Grundhaltung und

allgemeines Menschenbild zugrunde. Das Denken der Linksradikalen bewegte sich vorwiegend im Vorstellungsraum von Verbrechen und gerechter Strafe sowie in der Rationalität der Kräfte. Damit vertraten sie eine marxistisch gefärbte Theorie des gerechten Krieges, wodurch sie bemerkenswerterweise mehr mit den Befürwortern der Stationierung gemeinsam hatten, als mit den Pazifisten.

Eine besondere Rolle kam schließlich den unabhängigen Linken zu, die sich in BAF und BUF zusammenfanden. Während auch dieses Teilspektrum in sich nicht homogen war, gab es hier doch eine deutliche Neigung, den Weg zur Rettung zwar einerseits im politischen Konflikt zu sehen, so daß also Frieden auch hier aus dem erfolgreichen Widerstand gegen die herrschende Klasse erwuchs, diesen Widerstand jedoch weit weniger militant zu gestalten, als die Antiimperialisten und Autonomen dies taten. Er wurde somit zwar einerseits als Teil einer politischen und damit gerade nicht quasi-militärischen Auseinandersetzung verstanden, sollte sich jedoch andererseits in einer konkreten Widerstandspraxis äußern, sich also auch nicht auf rein diskursive Formen wie verbalen Protest, politische Argumentationen o.ä. beschränken. Aus diesem Politikverständnis heraus schufen die unabhängigen Linken ihre Aktionsformen der symbolischen Militanz, die im Zivilen Ungehorsam, in demonstrativen Grenzüberschreitungen und in Angriffen auf die Würde von staatlichen Institutionen, Organen und individuellen Repräsentanten bestanden. Statt den Molotov-Cocktails und den Sprengkörpern der Autonomen war hier der Farbbeutel das Mittel der Wahl.

Die christliche Perspektive der Rettung war in ihrem Fluchtpunkt zunächst einmal höchst unkompliziert, war dem Menschen die Rettung doch von Gott verheißen und folgte somit schlicht aus der Befolgung seiner Gebote. Insofern vertraten gerade die christlichen Friedensgruppen den vielleicht klarsten und eindeutigsten Standpunkt, wobei sich die Komplikationen hier aus ihrem Verhältnis zu den Amtskirchen und wiederum deren Verhältnis zum Staat ergaben, den man bei der Erfüllung seines Verteidigungsauftrages schwerlich desavouieren konnte. Neben diesem ewigen Problem des Verhältnisses von Religion und weltlicher Macht sahen sich die Kirchen mit den grundsätzlichen Dilemmata des Nuklearzeitalters konfrontiert, darunter vor allem dem Umstand, daß nukleare Verteidigung immer nukleare Abschreckung war, man also gerade mit demjenigen, das man eigentlich verhindern wollte, nämlich einem Atomkrieg, aktiv drohen mußte. Dazu ergab sich die sehr ernste Frage, ob nicht jeder Einsatz von Atomwaffen, etwa zur an und für sich legitimen Abwehr einer feindlichen Invasion, ein Übel darstelle, daß das vom Aggressor verursachte Übel um ein Vielfaches überschreite

und somit ein zentrales Kriterium von Augustinus' Theorie des gerechten Krieges verletze. Grundsätzlich galt darüber hinaus selbstverständlich das unbedingte Gebot zur Bewahrung der göttlichen Schöpfung. All dies führte bereits Papst Johannes XXIII. dazu, in seiner Enzyklika *Pacem in terris* das Wettrüsten als einen zu überwindenden Zustand zu definieren. Auch das Zweite Vatikanische Konzil brachte der These einer friedenssichernden Kraft des Gleichgewichts des Schreckens dasselbe Mißtrauen entgegen wie die spätere Friedensbewegung.

Der wesentliche Unterschied zwischen Amtskirchen und christlichen Friedensgruppen und somit auch die spezifische Perspektive der Rettung, die letztere einnahmen, lag daher nicht in der grundsätzlichen Haltung, als vielmehr in der Frage nach dem konkreten Verhältnis von religiösem Gebot und politischer Realität. Autoren wie vor allem Franz Alt und Dorothee Sölle forderten mit allem Nachdruck, jede Anpassung an die unvollkommene Wirklichkeit sei aufzugeben. Man habe sich vielmehr unmittelbar und kompromißlos auf die in der Bergpredigt gegebene Verheißung einzulassen. Die aus Sicht der amtlichen Theologie allerdings fragwürdige Wendung, die sie dabei vornahmen, war einerseits die Behauptung eines unbedingten Vorrangs des religiösen Gebotes vor der politischen Verfassungsordnung. Außerdem verlegte die politische Theologie der Friedensbewegung die künftige Friedens- und Heilszeit in das Diesseits, womit ihre Rettungsperspektive mit den utopischen Friedenskonzeptionen Galtungs und Fromms konvergierten. Es kam somit zu einer Verschmelzung von politischer Utopie und religiöser Heilserwartung.

Die feministische Perspektive zeichnete sich schließlich durch eine doppelte Sichtweise aus, in der sich theoretische Überlegungen, in denen die Rüstungsproblematik vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse analysiert wurde, mit einer konkreten Betroffenheit verbanden. Diese lag zunächst in der rechtlich möglichen Verpflichtung von Frauen zu zivilen Hilfsdiensten im Kriegsfall, vor allem aber in ihrer Lebenssituation als Mütter. In diesem Selbstverständnis lag nun eine nicht unerhebliche Spannung begründet, da der Feminismus es einerseits bekanntlich vehement ablehnte, eine Festlegung von Frauen auf vorbestimmte, ihnen angeblich von Natur aus zukommende Rollen zu akzeptieren, während sich andererseits viele Frauen gerade mit ihrer Mütterlichkeit ganz und gar identifizierten. Entsprechend dieses Widerspruchs sah sich die Frauenfriedensbewegung einer zum Teil recht scharfen innerfeministischen Kritik ausgesetzt.

Auch in ihrem Fall machte sich die allgemeine Neigung der Alternativbewegung zu ontologischen Konzepten deutlich bemerkbar. Der Geschlechterdualismus von Mann und Frau wurde zu einem kosmologischen Gegensatz des männlichen und des weiblichen Wesensprinzips überhöht, wobei das Erstere mit Zerstörung und Tod, das Letztere mit Friedfertigkeit und Leben assoziiert wurde. Dieser essentialistische Dualismus wurde als ubiquitär verstanden, so daß die gesamte Welt in eine männliche Sphäre der Macht, der Gewalt, der Technik und des Todes, und in eine weibliche der Solidarität, der Friedlichkeit, der Natur und des Lebens zerfiel. Die Rettung ergab sich damit selbstverständlich aus dem Sieg des weiblichen über das männliche Prinzip, aus einer Ablösung des Patriarchats durch das Matriarchat. Wie für die Friedensbewegung insgesamt zählte daher auch für die Frauenfriedensbewegung ein Denken in der ontologischen Kategorie des ‚Wesens‘ zu ihren fundamentalen Charakteristika.

Andere theoretische Ansätze versuchten ohne diese höchst problematische Geschlechtermetaphysik mit ihren holzschnittartigen Denkmustern auszukommen. Sie konstatieren zwar immer noch eine erheblich höhere Gewaltneigung der Männer, leiteten jedoch sowohl diese als auch die weibliche Friedfertigkeit aus gewalterzeugenden psychologischen Prägungen und sozialen Strukturen ab, in die Männer verstrickt, von denen Frauen jedoch ausgeschlossen seien. Damit verschob sich auch die Rettungsperspektive weg von der Durchsetzung eines weiblichen kosmischen Prinzips hin zu einer sozialen und kulturellen Umwälzung, die Frauen *und* Männer aus der patriarchalen Machtgesellschaft befreien sollte.

Insgesamt waren bei allen der von der Friedensbewegung entwickelten Rettungsperspektiven starke utopische bzw. eschatologische Elemente festzustellen. Viele ihrer Vordenker, wie vor allem Erhard Eppler, verteidigten mit aller Verve das utopische Denken an sich; wobei der Umstand, daß sie sich zu einer solchen Verteidigung genötigt sahen, schon darauf hindeutete, daß die Friedensbewegung am Ende des Zeitalters der Ideologien stand, als die Utopien, die in ihr noch einmal aufblühten, eigentlich bereits im Absterben begriffen waren. Das utopische Denken zeichnete sich nun dadurch aus, daß es die menschliche Existenz insgesamt, und speziell die Politik, unter dem Vorzeichen eines Aufstiegs zur Vollkommenheit ansah. Die sich im nuklearen Wettrüsten entfaltende Krise, die als Krise der modernen Welt insgesamt gedeutet wurde, provozierte somit zumindest beim harten Kern der Friedensbewegung den Gedanken, daß die Rettung nur in dieser seit langem herbeigesehnten radikalen Erneuerung der Menschheit liegen könne.

V. VERWENDETE LITERATUR

1. Archivalien

a) *Archiv Aktiv* [AA]

Anmerkung des Verfassers: Der Bestand zur Friedensbewegung der achtziger Jahre war zum Zeitpunkt der Recherche noch nicht archivalisch verzeichnet.

Asche, Helmut, et al.: Bericht der Kommission „11. Juni“ der Alternativen Liste West-Berlin.

Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.): Nie wieder Krieg! Friedenspolitische Thesen der Jungsozialisten und weitere Beschlüsse des Bundeskongresses der Jungsozialisten, 26./27. März in Oberhausen.

der überblick: Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit. (Heft 3/83). Unpaginierter Vorabdruck.

DFU – Bezirksverband Aachen: Geschäftsbericht 1980-1982.

Koordinationsausschuß der Friedensbewegung: Einladung zum „Parlament der Mehrheit“ vom 16. November 1983.

Koordinationsausschuß der Friedensbewegung: Presseerklärung vom 17. November 1983.

Koordinationsausschuß der Friedensbewegung: Rundbrief 4/84.

Massarrat, Mohssen: Einladung im Auftrag der BAF-Gruppen, Rundschreiben vom 6. 12. 1982.

Nickstadt, Gaby / BAF: Erklärung der Vorbereitungsgruppe der Osnabrücker Friedensinitiative zum Scheitern des geplanten „Bundeskongresses autonomer Friedensinitiativen“ (BAF) vom 19. bis 20. März in Osnabrück. Rundschreiben vom 15. 2. 1982.

Schmidt, Wilfried; et al.: Mutlanger Denkschrift im Frühling 1984.

Ziviler Ungehorsam '83, Rundbrief Nr. 0 (28. Juni 1983).

Ziviler Ungehorsam '83, Rundbrief Nr. 2 (16. August 1983).

Ziviler Ungehorsam '83, Rundbrief Nr. 3 (9. September 1983).

b) *Archiv Soziale Bewegungen in Baden* [ASBB]

Box 4.4.0

Anti-NATO-Gruppe Freiburg; Autonomer Stuttgarter Block; Emmaus e.V. Stuttgart; Gruppe „Kurzer Prozeß“ Stuttgart: Aufruf zum autonomen Block bei der Demonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn.

Kommunistischer Bund; Volksfront; Anti-Nato-Gruppe; Bund Westdeutscher Kommunisten: Gemeinsames Diskussionspapier.

Box 4.4.1

Anlage zum Briefwechsel zwischen Alice Schwarzer und Heidemarie Langer.

Antwortschreiben des Bundesministeriums des Inneren vom 30.4.1982, Geschäftszeichen V II 7-126 687 II.

Diskussionspapier der Frauen für den Frieden Freiburg.

Diskussionspapier zur feministischen Theorie des Krieges.

Dokumentation zur Flugblattsammlung für den skandinavischen Appell.

Erklärung der Frauenmahnwache Hasselbach.

Frauen für den Frieden Freiburg: Exzerpt aus Günther Anders: *Die Antiquiertheit des Menschen*.

Box 4.4.4

Kern, Peter; Wittig, Hans-Georg: Lernen für eine Zukunft ohne Krieg. Typoskript.

Rundschreiben des Hochrhein-Friedenskomitees, unterzeichnet Volker O'Barden, vom 15. März 1984.

Box 4.5.4

Erklärung der Heidelberger Gruppe des Kommunistischen Bundes.

Weihnachten 1981 – Mahnwache gegen die Wahnwache am NATO-Hauptquartier in Heidelberg: Eine Dokumentation.

Box 4.5.5

Protokoll des Vorbereitungstreffens vom 31. August 1982 in Bonn.

Friedensprogramm der Grünen, Landesverband Hessen, in: *Grüne Hessenzeitung*, Nr. 5 (Juni/Juli 1982).

Box 4.5.6

Aufruf: „Wählt das Leben!“

1. Saulgauer Friedenszeitung.

Erklärung von Rev. Kohjima, Charles Gray, Dorothy Granada, André Larivière, Didier Mainguy, Jacky Guyon, Solange Fernex und Michel Nodet.

FriZ – Antimilitaristische Allgemeine (1. September 1983).

Larivière, André: Persönliche Stellungnahme.

Rundbrief Nr. 1 des Koordinationsausschusses für die Herbstaktionen vom 1. Juli 1983.

Schulze-Marmeling, Dietrich; et al.: Einladung zu einer Arbeitskonferenz.

Tübinger Elterninitiative: Eingabe an den Petitionsausschuß des Bundestages.

Box 4.5.7

AG Aktionsherbst '84 Fulda Gap - Frauenaktion: *Aufruf zum Frauen-Aktionstag.*

Aufruf zu den Oster-Friedensaktionen 1984 in Mutlangen.

DFG-VK Landesverband Baden-Württemberg: *Broschüre zur Spaltung der Friedensbewegung in Baden-Württemberg.*

DFG-VK: *Pershing II – Cruise Missiles: Sagt Nein! Verweigert!*

Friedens-Forum Stuttgart, Aktionsbüro Ostern '84: *Osterinfo.*

Box 4.8.2

Antimilitaristische Gruppe Bonn: *Demo am 10.12. in Brüssel? Ein Vorschlag aus Bonn.* In: BAF-Info Nr. 1.

BAF-Info Nr. 1 vom September 1982.

Brief des Arbeitskreises atomwaffenfreies Europa an die Hamburger Friedenskoordination und die BAF-Regionaladressen vom 5. August 1982.

Brief von Alfred Schobert, Arbeitskreis für Frieden und Abrüstung Geilenkirchen, an die BAF-Koordination vom 17. August 1982.

Brief von Günther Heipp an die Hamburger Friedenskoordination, die BAF-Regionaladressen und den Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa, West-Berlin, vom 22. August 1982.

Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen: *Ergebnisse und Beschlüsse des bundesweiten Arbeitstreffens am 20./21. März 1982 in Osnabrück.*

Flugblatt Karlsruher Autonomer 1983 – *Jahr der Raketenstationierung.*

Box 4.8.3

„Pazifistischen Thesen“ der Opposition in der DFG-VK.

Box 4.8.5

Protokoll der 13. Sitzung der Landesberatung baden-württembergischer Friedensinitiativen am 22. Januar 1984.

Resolution der 14. Sitzung der Landesberatung Baden-Württembergischer Friedensinitiativen vom 20. Mai 1984.

Unterlagen des Süddeutschen Friedensforums.

c) *Archiv der Sozialen Bewegungen (Rote Flora, Hamburg) [ASBH]*

Alle folgenden Archivalien liegen in Sektion 12 des Archivs.

Antimilitarismus-Kommission des Kommunistischen Bundes Göttingen (Hrsg.): *Krieg dem Krieg.*

Atomexpress; Atommüllzeitung; Kommunistischer Bund; Straßenmedizin (Hrsg.): *„Vertrauen schaffen!“: Innere Sicherheit und Friedensbewegung.*

autonome und antiimperialistische gruppen: *Anti-NATO-Demo 11. 6. W.-Berlin: für eine antiimperialistische Bewegung in der BRD.*

autonomes Diskussionspapier: *Der „heiße Herbst“ und die Krisenpolitik des Regimes.*

Basisgruppen Göttingen (Hrsg.): *Bombenstimmung.*

Bremer Anti-NATO-Gruppe (Hrsg.): *NATO-Broschüre: Krieg dem imperialistischen Krieg.* Bremen 1980.

Broschüre Euren „Frieden“ wollen wir nicht.

d) *Hamburger Institut für Sozialforschung [HIS]*

SBe 540 (Bestand Wolferts)

Rundbrief der Krefelder Initiative vom 7. April 1981.

Brief Gert Bastians an Josef Weber vom 1. Februar 1984.

Erklärung der Krefelder Initiative vom 6. Februar 1984.

Aufsteh'n; Offene Gemeinde (Hrsg.): *Bush: Ein Besuch und seine Folgen.*

SBe 544

Thompson, Edward P.: „...daß wir das in diesen zwei oder drei Jahren schaffen müssen“. In: Russell-Friedens-Kampagne (Hrsg.): *Für ein atomwaffenfreies Europa.* West-Berlin 1981.

Bahro, Rudolf; Vester, Michael: Dieses Konzept bricht sieben Tabus und eröffnet eine Perspektive. In: Russell-Friedens-Kampagne (Hrsg.): *Für ein atomwaffenfreies Europa.* West-Berlin 1981.

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie: Demonstrationsaufruf zum 10. 10. 1981, in: AStA der FU Berlin: *Krieg dem Krieg! Materialien zur Anti-Kriegs-Demo am 10. Oktober in Bonn.*

Kommunistischer Bund/Gruppe Bremen; Alternative Liste/Bremen; „tageszeitungs“-Initiative Bremen (Hrsg.): *Krieg dem Krieg: 6. Mai in Bremen.* Bremen 1980. Box 01.

Lukas, Barbara, et al. (Hrsg.): *Krefeld am 25.6.: eine Dokumentation.* Box 01.

Die GRÜNEN im Hessischen Landtag (Hrsg.): *Die Würde einer Uniform ist antastbar: Eine Dokumentation.* Box 02.

Gmünder Friedensinitiative / Arbeitskreis Militärtechnik: *Raketen vor der Tür: Die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen am Beispiel Schwäbisch Gmünd*. Schwäbisch Gmünd 1983. Box 02.

Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (Hamburg): *Nie wieder Krieg*. Broschüre zur gleichnamigen Ausstellung. Hamburg 1980. Box 02.

Stickler, Eberhard: Was hat die Friedensbewegung erreicht: Eure Stärke ist unsre Schwäche – Eure Schwächen werden unsre Stärken sein. In: *Warum ausgerechnet Hessen: Neue US-Militär-Strategien am Beispiel Ost-Hessen*. Neue Hanauer Zeitung, Sondernummer 1 (1983). Box 02.

Initiativkreis Neue Sicherheitspolitik (Hrsg.): *Bereit zum atomaren Selbstmord? Protokoll einer Podiumsdiskussion*. Box 04.

2. Zeitungen und Zeitschriften

Antimilitarismus Information, Nr. 4, XI. Jahrgang (April 1981).

Augstein, Rudolf: Das gefährdetste Land der westlichen Welt. In: *Der Spiegel*, Nr. 22 (25. Mai 1981).

Augstein, Rudolf: Rettung durch Ungehorsam. In: *Der Spiegel*, Nr. 31 (27. Juli 1981).

Augstein, Rudolf: Wenn Politik und Feindschaft in eins fallen. In: *Der Spiegel*, Nr. 28 (6. Juli 1981).

Augstein, Rudolf: Wir bewegen uns in Richtung Krieg. In: *Der Spiegel*, Nr. 34 (17. August 1981).

Bannas, Günter: Amerikanischen Football-Spielern standen deutsche Rowdies im Weg. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (27. Juni 1983).

Bannas, Günter: Ein Pokerspiel, wie es sich gehört, mit Tricks und Kniffen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (24. September 1983).

Berliner Autonome: Gewaltlosigkeit als Ideologie. In: *Radikal* Nr. 120 (September 1983).

Bonnie und Clyde (Pseudonym): Surrealistische Indianerspiele und befreite Gebiete. In: *Radikal* Nr. 121 (Oktober 1983).

Bounin, Ingrid: "Haben unsere Kinder eine Zukunft?" In: *Südwestpresse* (2. April 1980).

Brandes, Ada: Streit unter den Veranstaltern der Anti-Nato-Demonstration. In: *Stuttgarter Zeitung* (6. April 1982).

Brockmann, Anna Dorothea: Wider die Friedfertigkeit – Gedanken über den kriegerischen Alltag. In: *Courage* Nr. 3 (1981).

Brunner-Walther, Margot: Der saubere Wahnsinn. In: *Emma* (Oktober 1977).

Conrad, Bernt: „Weststrategie und Wahlstrategie“. In: *Die Welt* (15. Februar 1979).

Detje, Robin: 20 Jahre Frieden. In: *Süddeutsche Zeitung* (7./8. September 2002), S. I (Beilage).

Ehnert, Hans: Wer demonstriert in Bonn? In: *Vorwärts* (8. April 1982).

- Enzensberger, Hans Magnus: *Kursbuch* 5 (1966).
- Eppler, Erhard: Deutschland – Vorfeld oder Schlachtfeld? Der Aufstand gegen den Rüstungszwang – Eine Erwiderung auf Graf Kielmansegg. In: *Die Zeit* (5. Juni 1981).
- Finger, Evelyn: „Bücher helfen uns auch nicht weiter“: Gespräch mit Christa Wolf über Japan und ihr Tschernobyl-Buch „Der Störfall“. In: *Die Zeit* (17. März 2011).
- Gollwitzer, Helmut: Wir sind hier, wir müssen uns hier wehren. Antwort an Jürgen Fuchs. In: *Die Zeit* (3. Dezember 1982).
- Gopnik, Adam: The Big One: Historians rethink the war to end all wars. In: *The New Yorker* (23. August 2004).
- Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie: Die Loccumer Klausurtagung darf nicht stattfinden! In: *die tageszeitung* (18. Juli 1983).
- Gray, Colin S.; Payne, Keith: Victory is possible. In: *Foreign Policy* (Sommer 1980).
- Gremliza, Herrmann L.: Keine Steine auf die Schweine. In: *Konkret* Nr. 8 (August 1983).
- Gremliza, Herrmann L.: Wer fängt den 3. Weltkrieg an? In: *Konkret* Nr. 3 (März 1979).
- Hefty, Georg Paul: Die Überlebens-Parole eint nicht mehr. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (8. April 1982).
- Hefty, Georg Paul: Unter Protestrufen fordert Bahro: Ziehen wir endlich die Grenze zum Umfeld der DKP. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (6. April 1982).
- Heine, Werner: Atomrüstung: Der nackte Wahnsinn. In: *Konkret* Nr. 2 (Februar 1981).
- Henkel, Peter: „Die Polizei bekundete Respekt vor dem zivilen Ungehorsam“. In: *Frankfurter Rundschau* (2. August 1983).
- Henkel, Peter: Letzte gemeinsame Schlacht der Friedensfreunde. In: *Frankfurter Rundschau* (24. 1. 1984).
- Hilzinger, Sonja: Seherin aus Lust. In: *Courage: Berliner Frauenzeitung*, Nr. 7 (1982).
- Hilzinger, Sonja: Eine Art Utopie. In: *Courage: Berliner Frauenzeitung*, Nr. 8 (1983).
- Hölscher, Astrid: Stolpern über Stock und Stein. In: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt* (24. Juli 1983).
- Jens, Walter: Die Sucht nach dem Kalten Krieg. In: *Konkret* Nr. 3 (März 1980).
- Kahl, Werner: „Friedensbewegung“ ist zerstritten, aber sie marschiert gemeinsam. In: *Die Welt* (6. April 1982).
- Kahl, Werner: DKP will Regie führen bei der Demonstration gegen Reagan. In: *Die Welt* (3. April 1982).
- Kahl, Werner: Menetekel über dem Weserstadion. In: *Die Welt* (8. Mai 1980).
- Kahl, Werner: Wie grün sind die Grünen gegenüber den Kommunisten? In: *Die Welt* (6. April 1982).
- Kennan, George F.: Die russische Gefahr ist viel Einbildung: Wider die Welle der Angstmacherei. In: *Die Zeit* (4. Januar 1980).
- Leicht, Robert: Lehren vor dem heiklen Herbst. In: *Süddeutsche Zeitung* (28. Juni 1983).
- Leicht, Robert: Parteienkampf in der Friedensbewegung. In: *Süddeutsche Zeitung* (8. April 1982).

- Leonhardt, Rudolf Walter: Wenn du den Frieden willst... Zwei Schulaufsätze, 1933 und 1938, ein Interview 1945 und ein Gespräch 1945. In: *Die Zeit* (3. Juli 1981).
- Löffelholz, Thomas: „Wehners Anstoß“. In: *Stuttgarter Zeitung* (16. Februar 1979).
- Lucas, Michael: Friedensbewegung und Weltwirtschaftskrise. In: *Moderne Zeiten: Sozialistische Monatschrift* (Heft 1/1983).
- Mackensen, Ulrich: „Bundesregierung geht auf Distanz zu Wehner“. In: *Frankfurter Rundschau* (16. Februar 1979).
- Michal, Wolfgang: „Daß die sich gleich kloppen müssen!“ In: *Vorwärts* (30. Juni 1983).
Moderne Zeiten: Sozialistische Monatschrift (Sondernummer zur Friedensbewegung, Mai 1983)
- Mörbitz, Eghard: „Bonn will geduldig weiterverhandeln“. In: *Frankfurter Rundschau* (15. Februar 1979).
- Mr. Is-it-this-what-you-wanted & friends (Pseudonym): Gräben, Dogmen & Aktionen. In: *Radikal* Nr. 114 (März 1983).
- Müller-Münch, Ingrid: „Worte und Reden können die Nachrüstung nicht stoppen.“ In: *Frankfurter Rundschau* (21. Mai 1982).
- Münch, Ingo von: Rechtsfragen der Raketenstationierung. In: *Neue Juristische Wochenschrift*, 36. Jhg., Heft 11 (14. März 1984).
- N. N.: „Abrüstung: Wehner will die Weichen stellen“. In: *Der Spiegel* (12. Februar 1979).
- N. N.: „Austausch von Mitarbeitern und Argumenten“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (17. April 1982).
- N. N.: „Beim atomaren High-noon bietet die Theke keinen Schutz mehr“, in: *Frankfurter Rundschau* (10. April 1982).
- N. N.: „Die Diktatur der Mittelklasse“. In: *Die Zeit*, Nr. 37 (8. September 2011).
- N. N.: „Friedens-Koordination“ an Gewaltfrage gescheitert. In: *Frankfurter Rundschau* (28. Februar 1983).
- N. N.: „Ideologischer Ballast der DKP“. In: *Frankfurter Rundschau* (20. April 1982).
- N. N.: „Parteihader auf Rücken der Friedensbewegung ausgetragen“. In: *Frankfurter Rundschau* (16. April 1982).
- N. N.: „Politiker um Schlaf bringen“. In: *Frankfurter Rundschau* (28. Februar 1983).
- N. N.: „Unnötiger Theaterdonner“. In: *Süddeutsche Zeitung* (16. Februar 1979).
- N. N.: „Wir sind untereinander nicht loyal“. In: *die tageszeitung* (6. April 1982).
- N. N.: 5 Minuten Pause für den Frieden. In: *Radikal* Nr. 122 (November 1983).
- N. N.: Abkühlungsgespräche für den Herbst. In: *die tageszeitung* (11. Juli 1983).
- N. N.: Billige Bundesbahntarife für Friedensdemonstranten. In: *Frankfurter Rundschau* (20. September 1983).
- N. N.: Bombenstimmung bei M.A.N. In: *Radikal* Nr. 121 (Oktober 1983).
- N. N.: Bush würdig empfangen. In: *die tageszeitung* (27. Juni 1983).
- N. N.: Die Stichwort-Geber. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (8. Mai 1980).

- N. N.: Erste „Herbst-Kontakte“ in Stuttgart. In: Frankfurter Rundschau (6. August 1983).
- N. N.: Freunde, laßt die Luft ab! In: *Frankfurter Rundschau* (21. September 1983).
- N. N.: Garantien kann es nicht geben. In: Frankfurter Rundschau (17. September 1983).
- N. N.: Geheime Gespräche seit einem Jahr. In: *die tageszeitung* (1. August 1983).
- N. N.: Gewaltfreiheit – Widerstandskonzept oder Träumerei? Interview mit dem Göttinger Atom-Express. In: *Moderne Zeiten*, Sondernummer Mai 1983.
- N. N.: Glaubenskämpfe oder Spaltungsversuche. In: *die tageszeitung* (2. März 1983).
- N. N.: Gräben, Dogmen & Aktionen. In: *Radikal* Nr. 114 (März 1983).
- N. N.: Grass: Engelmann ruiniert den Schriftstellerverband, in: *Frankfurter Rundschau* (28. Oktober 1983).
- N. N.: Größte Friedensdemonstration in der Geschichte der USA. In: *Frankfurter Rundschau* (14. Juni 1982).
- N. N.: Guten Rutsch. In: *Radikal* Nr. 124/125 (Januar/Februar 1984).
- N. N.: Hofgarten und Rheinaue. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (29. April 1982).
- N. N.: Honeywell Bull. In: *Radikal* Nr. 123 (Dezember 1983).
- N. N.: Ideologischer Ballast der DKP. In: *Frankfurter Rundschau* (20. April 1982).
- N. N.: Interview mit der Föderation der Gewaltfreien Aktionsgruppen (FÖGA), in: *Moderne Zeiten*, Sondernummer Mai 1983.
- N. N.: Jusos machen nicht mit. In: *Frankfurter Rundschau* (7. April 1982).
- N. N.: Jusos mit Friedensdemonstration einverstanden – aber organisiert wird nicht. In: *Frankfurter Rundschau* (10. April 1982).
- N. N.: Kommt Pfarrer Eppelmann auf der Reagan-Demo zu Wort? In: *die tageszeitung* (27. April 1982).
- N. N.: Loccumer Treffen verhindert. In: *Frankfurter Rundschau* (24. September 1983).
- N. N.: Minister bestätigt Intervention gegen Friedensdemonstranten. In: *Frankfurter Rundschau* (19. September 1983).
- N. N.: Mit dem Stempel der DKP. In: *Süddeutsche Zeitung* (6. April 1982).
- N. N.: Mit Pizzateig gegen Air Base. In: *Radikal* Nr. 121 (Oktober 1983).
- N. N.: Mit Zeitzünder. In: *Radikal* Nr. 123 (Dezember 1983).
- N. N.: Polizei spricht mit Friedensbewegung. In: *Stuttgarter Zeitung* (5. August 1983).
- N. N.: Punks in der Kirche. In: *Radikal* Nr. 121 (Oktober 1983).
- N. N.: Rosarote Signale. In: *Frankfurter Rundschau* (22. September 1983).
- N. N.: Siemens Elektronik. In: *Radikal* Nr. 122 (November 1983).
- N. N.: Signale überhört. In: *Der Spiegel*, Nr. 20/1980.
- N. N.: Spaltungsvorwurf gegen Grüne. In: *Frankfurter Rundschau* (7. April 1982).
- N. N.: Staatsvertrag zwischen Bewegung und Polizei. In: *die tageszeitung* (24. August 1983).

- N. N.: Streit wegen der Krawalle von Krefeld verschärft sich. In: *Frankfurter Rundschau* (28. Juni 1983).
- N. N.: Über die Mauer. In: *Radikal* Nr. 121 (Oktober 1983).
- N. N.: Unter dem Motto... In: *Radikal* Nr. 121 (Oktober 1983).
- N. N.: Wie in Chicago. In: *Der Spiegel* (4. Juli 1983).
- N. N.: Wildkatze und weiße Mäuse. In: *Radikal* Nr. 120 (September 1983).
- Noack, Hans Joachim: Innerdeutscher Streit auf Schriftsteller-Konferenz in Den Haag. In: *Frankfurter Rundschau* (26. Mai 1982).
- Noack, Hans-Joachim: Zwischen freudvoller Hoffnung und knallharter Taktik. In: *Frankfurter Rundschau* (8. April 1982).
- Osnabrücker Friedensinitiative: Stellungnahme zur Loccumer Klausurtagung. In: die tageszeitung (19. August 1983).
- Pawek, Karl: Die Linke in der BRD: überholt, ohnmächtig, korrumpiert. In: *Konkret* (Juni 1985).
- Plogstedt, Sibylle: Fasten gegen den Tod : Herbst 1983. In: *Courage: Berliner Frauenzeitung*, 8 (1983).
- Quistorp, Eva; Kirsch, Karin; Kühle, Manfred; Meinberg, Wilhelm; Korbach, Hajo; Keller, Gerhard: Stellungnahme zum Ergebnis des Arbeitstreffens der unabhängigen Friedensgruppen am 26./27.2.1983 in Frankfurt. In: *Moderne Zeiten: Sozialistische Monatschrift* (Sondernummer zur Friedensbewegung, Mai 1983).
- Raubart, Frauke: Die codierte Utopie der Frauenfriedensbewegung: Gewaltfreies (Liebes-) Leben in der postpatriarchalischen Gesellschaft (Schlüsselsymbole als Wegweise oder Hoffnungsträger). In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 1. Jahrgang (1988), Heft 1.
- Reifenberg, Jan: Am East River noch Anstöße zu Abrüstungsbemühungen? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (16. Juni 1982).
- Richter, Horst-Eberhard: Friedfertig unter dem Atompilz? In: *Konkret* (Januar 1981).
- Rothschild, Emma: Boom and Bust. In: *The New York Review of Books*. Nr. 5, 27. Jg. (1980).
- Rühle, Hans; Rühle, Michael: Präventiver Nuklearkrieg in Europa. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (13. August 2008).
- sacco&vancetti (Pseudonym): Frieden der Bewegung. In: *Radikal* Nr. 112 (Januar 1983).
- Salomon, Kim: The Peace Movement: An Anti-Establishment Movement. In: *Journal of Peace Research*, Vol. 23. (1986), No. 2, Special Issue on Peace Movements.
- Scharnagl, Wilfried: „Der wahre Wehner“. In: *Bayernkurier* (17. Februar 1979).
- Schnorrenberg, Krista: Keine Moneten für Atomraketen: Aktion auf der Bonner Hardthöhe. In: *Courage* Nr. 5 (1981).
- Schreitter-Schwarzenfeld, Horst: Das Betreten des Rasens bleibt verboten. In: *Frankfurter Rundschau* (30. April 1982).
- Schreitter-Schwarzenfeld, Horst: Jungdemokraten beteiligen sich an Bonner Demonstration. In: *Frankfurter Rundschau* (14. April 1982).

- Schreitter-Schwarzenfeld, Horst: Krefeld erlebte eine Feier und einen „Bush-Krieg“. In: *Frankfurter Rundschau* (27. Juni 1983).
- Schröder, Dieter: Die Friedensdebatte wird nicht mehr rational geführt. In: *Süddeutsche Zeitung* (13. Oktober 1981).
- Schröder, Georg: „Wehners Salve traf Genscher und Schmidt“. In: *Die Welt* (17. Februar 1979).
- Schwarzer, Alice: Der Generalsekretär und die Friedensengel. In: *Emma* Nr. 5 (Mai 1980).
- Schwelien, Michael: „Das sieht nach Sabotage aus“ In: *Die Zeit* (1. Juli 1983).
- Sölle, Dorothee: Aufruf. In: *Frankfurter Rundschau* (20. September 1984).
- Steuber, Heinz L.: Friedensbündnis im Land ist zerbrochen. In: *Stuttgarter Nachrichten* (23. Januar 1984).
- Stützel, Walther: Rezension zu Erhard Eppler „Die tödliche Utopie der Sicherheit“. In: *Die Zeit* (14. Oktober 1983).
- Thompson, Edward P.: Der Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation. In: *Das Argument*. Nr. 127 (Mai/Juni 1981).
- Voss, Reinhard: Die Feindbilder blieben doch nicht ganz ohne Wirkung. In: *Frankfurter Rundschau* (17. September 1983).
- Walden, Matthias: Steinzeit. In: *Welt am Sonntag* (11. Mai 1980).
- Walser, Martin: ...bis die Welt in zwei Saucen zerfällt. In: *Konkret* Nr. 4 (April 1979).
- Wewer, Sigrid, et al.: SPD-Frauen gegen Neutronenbombe: "Wir wehren uns gegen die Verdummung" In: *Courage* Nr. 3 (1978).
- Ziemann, Benjamin: A Quantum of Solace? European Peace Movements during the Cold War and their Elective Affinities. In: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 49 (2009).
- Zundel, Rolf: Der schwere Gang der Linken. In: *Die Zeit* (3. April 1981).

3. Online-Dokumente

- Douglass, Frederick: *West India Emancipation. Speech delivered at Canandaigua, New York, August 3, 1857.* <http://www.library.rochester.edu/index.cfm?PAGE=4398>. Zuletzt aufgerufen 18. 3. 2015.
- Enzyklika Pacem in terris: <http://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/333.html>. Zuletzt aufgerufen 18. 3. 2015.
- Freed, Fred: *The Decision to drop the Bomb.* Dokumentation des Fernsehsenders NBC. 1965. Unter: <http://www.atomicarchive.com/Movies/Movie8.shtml>. Zuletzt aufgerufen 18. 3. 2015.
- Moderamen des Reformierten Bundes (Hrsg.): *Erklärung zur Friedensverantwortung.* Unter: http://www.reformiert-info.de/side.php?news_id=230&part_id=0&part3_id=56&navi=3. Zuletzt aufgerufen 18. 3. 2015.

Netzpräsenz der Trilateralen Kommission: <http://www.trilateral.org>. Zuletzt aufgerufen 18. 3. 2015.

Notz, Gisela: *Die Frauenzeitschrift Courage*. <http://library.fes.de/courage/courage-notz.pdf>. Zuletzt aufgerufen 18. 3. 2015.

Pastoralkonstitution Gaudium et spes:
<http://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/239.html>. Zuletzt aufgerufen 18. 3. 2015.

Texte der Roten Armee Fraktion:
<http://labourhistory.net/raf/documents/0019790625.pdf>. Zuletzt aufgerufen 18. 3. 2015.

4. Monographien

Abiteboul, Maurice: *William Morris, News from Nowhere: Texte et contexte: La tradition utopique et l'esprit du temps*. Nantes 2004.

Afheldt, Horst: *Atomkrieg: Das Verhängnis einer Politik mit militärischen Mitteln*. München 1984.

Ahlemeyer, Heinrich W.; Greiner, Bernd (Hrsg.): *We shall overcome: Die amerikanische Friedensbewegung*. Köln 1983.

Aicher-Scholl, Inge: Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit! In: Vack, Hanne; Vack, Klaus (Hrsg.): *Mutlangen – unser Mut wird langen! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wg. „Nötigung“*. 4. Aufl., Sensbachtal 1987.

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hrsgg.): *Bonn 10.10.81:Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa*. Bornheim 1981.

Alac, Patrik: *Der Bikini: Geschichte, Mode und Skandal*. New York 2002.

Albertz, Heinrich: Bürgerfreiheit gegen Obrigkeitsstaat. In: Gustav-Heinemann-Initiative (Hrsg.): *Bürgerfreiheit gegen Obrigkeitsstaat*. Stuttgart 1979.

Alperovitz, Gar: *Atomic Diplomacy: Hiroshima and Potsdam. The Use of the Atomic Bomb and the American Confrontation with Soviet Power*. Updated Edition New York 1985.

Alt, Franz: *Frieden ist möglich: Die Politik der Bergpredigt*. 15. Aufl. München 1983.

Amberger, Alexander: *Babro – Harich – Havemann: Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR*. Paderborn 2014.

Ambos, Kai; Arnold, Jörg (Hrsg.): *Der Irak-Krieg und das Völkerrecht*. Berlin 2004.

Anders, Günther: *Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. I: Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*. München 1956.

Ders.: *Die Antiquiertheit des Menschen. Band II: Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution*. München 1980.

Ders.: Die beweinte Zukunft, in: ders.: *Die atomare Drohung: Radikale Überlegungen zum atomaren Zeitalter*. 7. Aufl., München 2003.

- Ders.: Die Wurzeln der Apokalypse-Blindheit, in: ders.: *Die atomare Drohung: Radikale Überlegungen zum atomaren Zeitalter*. 7. Aufl., München 2003.
- Ders.: Thesen zum Atomzeitalter. In: Ders.: *Die atomare Drohung: Radikale Überlegungen zum atomaren Zeitalter*. 7. Aufl., München 2003.
- Ankum, Katharina von: *Die Rezeption von Christa Wolf in Ost und West: Von „Moskauer Novelle“ bis „Selbstversuch“*. (Amsterdamer Publikationen zur Sprache und Literatur, Bd. 98) Amsterdam und Atlanta 1992.
- Apel, Hans: *Der Abstieg. Politisches Tagebuch eines Jahrzehnts*. 2. Aufl. Stuttgart 1999.
- Apel, Hans; Bahr, Egon; Bahro, Rudolf (Hrsg.): *Sicherheitspolitik contra Frieden? Ein Forum zur Friedensbewegung*. Berlin und Bonn 1981.
- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen: Frauen für den Frieden – Frauen gegen Wettrüsten. In: Plümer, Lutz (Hrsg.): *Positionen der Friedensbewegung: Die Auseinandersetzung um den US-Mittelstreckenraketenbeschluss. Dokumente, Appelle, Beiträge*. Frankfurt a. M. 1981.
- Assmann, Jan: *Thomas Mann und Ägypten: Mythos und Monotheismus in den Josephsromanen*. München 2006.
- Baadte, Günter; Boyens, Armin; Buchbender, Ortwin (Hrsg.): *Frieden stiften: Die Christen zur Abrüstung. Eine Dokumentation*. München 1984.
- Badey, Thomas J.: *Der Einfluß der Bundesrepublik Deutschland auf die Supermächte USA und UdSSR 1970-1990*. Dissertation Heidelberg 1993.
- Bahr, Hans-Eckehard: *Versöhnung und Widerstand: Religiöse und politische Spielregeln gewaltfreien Handelns*. (Forum Politische Theologie, Nr. 7) München und Mainz 1983.
- Bahr, Raimund (Hrsg.): *Zugänge: Günther Anders. Leben und Werk*. Wien 2007.
- Bahro, Rudolf: *Wahnsinn mit Methode: Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sonjetunion und die DKP*. Berlin (West) 1982.
- Ders.: Überlegungen zu einem Neuansatz der Friedensbewegung in Deutschland, in: Bundesvorstand der Grünen (Hrsg.): *Entrüstet Euch: Analysen zur atomaren Bedrohung, Wege zum Frieden*. Bonn o. J.
- Ders.; Vester, Michael: Dieses Konzept bricht sieben Tabus und eröffnet eine Perspektive, in: Russell-Friedens-Kampagne (Hrsg.): *Für ein atomwaffenfreies Europa*. West-Berlin 1981.
- Bange, Oliver: SS 20 und Pershing II: Waffensysteme und die Dynamisierung der Ost-West-Beziehungen. In: Becker-Schaum, Christoph; Gassert, Philipp; Klimke, Martin; Mausbach, Wilfried; Zepp, Marianne (Hrsg.): *„Entrüstet Euch!“: Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*. Paderborn, München, Wien, Zürich 2012.
- Barkun, Michael: *A Culture of Conspiracy: Apocalyptic Visions in Contemporary America*. Berkeley, Los Angeles und London 2003.
- Barth, Peter: Die „Heilbronner Erklärung“ – Aufruf zur Einmischung, in: Borkenhagen, Franz H. U. (Hrsg.): *„Webrkraftzersetzung“: Offiziere äußern sich zur Heilbronner Erklärung*. Reinbek bei Hamburg 1984.
- Bastian, Gert: *Atomtod oder Europäische Sicherheitsgemeinschaft: Abrüsten statt Abschrecken*. Köln 1982.
- Ders.: *Frieden schaffen! Gedanken zur Sicherheitspolitik*. München 1983.

- Ders.: Das Argument der Nachrüstung ist nicht stichhaltig: Rede auf dem Krefelder Forum, in: Plümer, Lutz: *Positionen der Friedensbewegung: Die Auseinandersetzung um den US-Mittelstreckenraketenbeschuß*. Dokumente, Appelle, Beiträge. 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1981.
- Ders.: Neue Allianzen schaffen! In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984.
- Ders.: Notwendige Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschuß in der Darstellung der Bundesregierung. In: Mechttersheimer, Alfred (Hrsg.): *Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschuß*. Reinbek bei Hamburg 1981.
- Baudissin, Wolf Graf von: Eine Neuauflage der Reichswehr sollten wir uns ersparen, in: Borkenhagen, Franz H. U. (Hrsg.): *„Wehrkraftzersetzung“: Offiziere äußern sich zur Heilbronner Erklärung*. Reinbek bei Hamburg 1984.
- Baumer, Franz: *Christa Wolf*. (Köpfe des 20. Jahrhunderts, Bd. 110) Überarbeitete und ergänzte Neuauflage, Berlin 1996.
- Baumgardner, Steve R.: Attribution of Cause, Responsibility and Blame among Violent and Nonviolent Individuals. In: Kool, V. K. (Hrsg.): *Perspectives on Nonviolence*. New York et al. 1990.
- Becker, Frank: Amerikabild und „Amerikanisierung“ im Deutschland des 20. Jahrhunderts – ein Überblick. In: Becker, Frank; Reinhardt-Becker, Elke (Hrsgg.): *Mythos USA: „Amerikanisierung“ in Deutschland seit 1900*. Frankfurt a. M. und New York 2006.
- Becker-Schaum, Christoph; Gassert, Philipp; Klimke, Martin; Mausbach, Wilfried; Zepp, Marianne (Hrsg.): *„Entrüstet Euch!“: Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*. Paderborn, München, Wien, Zürich 2012.
- Beevor, Antony: *Der Spanische Bürgerkrieg*. 2. Aufl. München 2006.
- Behrens, Katja (Hrsg.): *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984.
- Bender, Peter: *Politik statt Rüstung: Si vis pacem, para pacem*. In: Lutz, Dieter S. (Hrsg.): *Sicherheitspolitik am Scheideweg?* Bonn 1982.
- Beyme, Klaus von: *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert: Von der Moderne zur Postmoderne*. 3. Aufl. Frankfurt a. M. 1996.
- Bielfeldt, Carola; et al.: *Frieden in Europa? Zur Koexistenz von Rüstung und Entspannung*. Reinbek bei Hamburg 1973.
- Bierhoff, Burkhard: *Erich Fromm: Analytische Sozialpsychologie und visionäre Gesellschaftskritik*. Opladen 1993.
- Bittorf, Wilhelm (Hrsg.): *Nachrüstung: Der Atomkrieg rückt näher*. Reinbek bei Hamburg 1981.
- Bleisch, Barbara (Hrsg.): *Pazifismus: Ideengeschichte, Theorie und Praxis*. Bern, Stuttgart, Wien 2006.
- Bloch, Ernst: *Widerstand und Friede: Aufsätze zur Politik*. 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1977.
- Blumenberg, Hans: *Atommal: Ein Gegenstück zur Atomstrategie*. In: Raulff, Helga: *Strahlungen: Atom und Literatur*. (Marbacher Magazin Nr. 123/124) Marbach am Neckar 2008.

- Bollenbeck, Georg: *Eine Geschichte der Kulturkritik: Von Rousseau bis Günther Anders*. München 2007.
- Booker, Marvin Keith: *Monsters, mushroom clouds, and the Cold War : American science fiction and the roots of postmodernism, 1946 – 1964*. Westport (Conn.) 2001.
- Borkenhagen, Franz H. U. (Hrsg.): „*Webrkraftzersetzung*“: *Offiziere äußern sich zur Heilbronner Erklärung*. Reinbek bei Hamburg 1984.
- Borst, Arno: *Lebensformen im Mittelalter*. 2. Aufl. Frankfurt a. M. und Berlin 1999.
- Brand, Karl-Werner; Büßer, Detlef; Rucht, Dieter: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*. Frankfurt a. M. und New York 1982.
- Bredow, Wilfried von; Brocke, Rudolf H.: *Krise und Protest: Ursprünge und Elemente der Friedensbewegung in Westeuropa*. Opladen 1987.
- Bredthauer, Karl (Hrsg.): *Sage niemand, er habe es nicht wissen können. Auf welche Weise und wozu die USA den nuklearen Erstschlag vorbereiten, welche Rolle die „Nachrüstung“ in Wirklichkeit spielt und warum die Deutschen die Hauptbetroffenen sind. Aus Regierungsdokumenten, Aussagen von Strategieplanern, Politikern, Militärs und Presseveröffentlichungen*. Köln 1983.
- Brians, Paul: *Nuclear Holocausts: Atomic War in Fiction, 1895-1984*. Kent und London, 1987.
- Briggs, Raymond: *Wenn der Wind weht*. Frankfurt a. M. 1983.
- Britsche, Heinz; Rühle, Johannes: *Nicht länger Geisel sein...: Abrüstungsinitiativen sozialistischer Länder und westliche Reaktionen 1971-1984*. Frankfurt a. M. 1983.
- Brücher, Gertrud: *Pazifismus als Diskurs*. Wiesbaden 2008.
- Bubner, Rüdiger: *Handlung, Sprache und Vernunft: Grundbegriffe praktischer Philosophie*. Frankfurt a. M. 1982.
- Buch, Hans Christoph: Schulmeisterlich? In: Wagenbach, Klaus; Stephan, Winfried; Krüger, Michael; Schüssler, Susanne (Hrsgg.): *Vaterland, Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*. Berlin 1994.
- Bücking, Robert: Sind die Raketen noch zu verhindern? In: Weidmann, Bernd; Meyer, Herbert; Christiansen, Theo; Grohmann, Peter (Hrsgg.): *500.000 gegen Reagan & NATO: Dokumentation: 10.6. Bonn, NATO-Politik 1949-82, Reagan in Berlin, I.D.E.E.* Göttingen 1982.
- Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.): *Weißbuch 1983: Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn 1983.
- Bundesrepublik Deutschland; Bundesverfassungsgericht (Hrsg.): *Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts*. (Bd. 73) Tübingen 1987.
- Dies.: *Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts*. (Bd. 76) Tübingen 1988.
- Dies.: *Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts*. (Bd. 92) Tübingen 1995.
- Burckhardt, Jacob: *Weltgeschichtliche Betrachtungen*. Stuttgart 1978.
- Buro, Andreas: Buro, Andreas: *Gewaltlos gegen Krieg: Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten*. Frankfurt a. M. 2011.
- Ders.: *Zwischen sozial-liberalem Zerfall und konservativer Herrschaft: Zur Situation der Friedens- und Protestbewegung in dieser Zeit*. Offenbach 1982.

- Ders.: Alternative Konzepte zur gegenwärtigen militärischen Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und der NATO. In: Tatz, Jürgen (Hrsg.): *Alternativen zur Abschreckungspolitik: Standpunkte und Strategien für eine neue Friedenspolitik*. Freiburg i. Br. 1983.
- Calder, Nigel: *Atomares Schlachtfeld Europa: Report über die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges in den 80er Jahren*. Hamburg 1980.
- Carter, April: *Peace Movements: International Protest and World Politics since 1945*. London und New York 1992.
- Chatterjee, Margaret: *Gewaltfrei widerstehen: Gandhis religiöses Denken – Seine Bedeutung für unsere Zeit*. Gütersloh 1994.
- Clausewitz, Carl von: *Vom Kriege*. Berlin 1998.
- Conti, Christoph: *Abschied vom Bürgertum: Alternative Bewegungen in Deutschland von 1890 bis heute*. Reinbek bei Hamburg 1984.
- Conze, Eckart: *Die Suche nach Sicherheit: Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*. München 2009.
- Cooley, Mike: *Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod: Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion. Das Beispiel Lucas Aerospace*. Reinbek bei Hamburg 1982.
- Cooper, Alice Holmes: *Paradoxes of peace: German peace movements since 1945*. Ann Arbor 1996.
- Davis, Belinda: The Gender of War and Peace: Rhetoric in the West German Peace Movement of the Early 1980s, in: Ziemann, Benjamin (Hrsg.): *Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA since 1945: Historiographical Reviews and Theoretical Perspectives*. (Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Nr. 32) Bochum 2004.
- Davy, Jennifer Anne: German Women's Peace Activism and the Politics of Motherhood: A Gendered Perspective of Historical Peace Research, in: Ziemann, Benjamin (Hrsg.): *Perspektiven der Historischen Friedensforschung*. (Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Bd. 1) Essen 2002.
- DeGroot, Gerard J.: *The Bomb: A Life*. Cambridge (Massachusetts) 2005.
- Demski, Eva: Wer Armeen hat, braucht keine Steine. In: Behrens, Katja (Hrsg.): *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984.
- Deutsch, Karl W.; Senghaas, Dieter: Die brüchige Vernunft von Staaten. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Kritische Friedensforschung*. 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1977.
- Deutscher Bundestag: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages: Stenographischer Bericht der 35. Sitzung der 10. Wahlperiode* (21. November 1983). Bonn 1983.
- Deutscher Bundestag: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages: Stenographischer Bericht der 36. Sitzung der 10. Wahlperiode* (22. November 1983). Bonn 1983.
- Dönhoff, Marion Gräfin: Planungschef beim Wiederaufbau der Welt. In: Kennan, George F.: *Rußland, der Westen und die Atomwaffe*. Erweiterte Neuauflage, Frankfurt a. M., Berlin und Wien 1982.
- Drewermann, Eugen: *Der Krieg und das Christentum: Von der Ohnmacht und Notwendigkeit des Religiösen*. 2. Aufl. Regensburg 1984.
- Duve, Freimut (Hrsg.): *Die Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag: Protokoll einer historischen Entscheidung*. Reinbek bei Hamburg 1984.

- Duve, Freimut; Böll, Heinrich; Staeck, Klaus: *Kämpfen für die Sanfte Republik: Ausblick auf die achtziger Jahre*. Reinbek bei Hamburg 1980.
- Ebert, Theodor: *Gewaltfreier Aufstand: Alternative zum Bürgerkrieg*. 4. Aufl. Waldkirch 1981.
- Ders.: *Pazifismus – Grundsätze und Erfahrungen für das 21. Jahrhundert. Bd. 2: Der Kosovo-Krieg aus pazifistischer Sicht*. Münster, Hamburg, Berlin, London 2001.
- Ders.: *Soziale Verteidigung, Band II: Formen und Bedingungen des zivilen Widerstands*. 2. Aufl., Waldkirch 1983.
- Ders.: Zur Herkunft und Zukunft der Friedens- und Ökologiebewegung. In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsgg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. München 1982.
- Einsele, Helga: Frauen sagen „Nein“. In: Behrens, Katja: *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984.
- Elster, Jon: *Ulysses and the Sirens: Studies in Rationality and Irrationality*. Cambridge, London, New York, Melbourne und Paris, revidierte Ausgabe 1984.
- Emons, Thomas: *Das Amerika-Bild der Deutschen 1948 bis 1992: Eine mediengeschichtliche Analyse*. Aachen 2004.
- Engelmann, Bernt (Hrsg.): *Was lange gärt, wird endlich Wut: Der Fall Hansen*. Hamburg 1981.
- Ders.: *Weißbuch: Frieden*. Köln 1982.
- Epple, Eva-Maria: Einige Stationen der neuen Frauenfriedensbewegung, in: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf und Rachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. München 1982.
- Epple, Thomas: *Der Aufstieg der Untergangseherin Cassandra: Zum Wandel ihrer Interpretation vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. (Würzburger Beiträge zur deutschen Philologie, Bd. 9) Würzburg 1993.
- Eppler, Erhard: *Wege aus der Gefahr*. Reinbek bei Hamburg 1981.
- Ders.: *Die tödliche Utopie der Sicherheit*. Reinbek bei Hamburg 1983.
- Ders.: Eine Bewegung der Mutigen. In: Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hrsgg.): *Bonn 10.10.81: Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa*. Bornheim 1981.
- Ders.: Friedensbewegung 1984. In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984.
- Ders.; Ende, Michael; Tächl, Hanne: *Phantasie – Kultur – Politik: Protokoll eines Gesprächs*. Stuttgart 1982.
- Erchinger, Herbert: Pazifismus. In: Tatz, Jürgen (Hrsg.): *Alternativen zur Abschreckungspolitik: Standpunkte und Strategien für eine neue Friedenspolitik*. Freiburg i.Br. 1983.
- Ermarth, Michael: Fluch oder Segen? Der Einfluß der amerikanischen Populärkultur in der Bundesrepublik. In: Junker, Detlef (Hrsg.): *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990*. (Bd. 2: 1968-1990) Stuttgart und München 2001.
- Ermer, Thomas: *Politisch motivierte Sitzblockaden als Problem der strafbaren Nötigung*. (Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 143) München 1987.

- Eser, Albin: Irritationen um das „Fernziel“: Zur Verwerflichkeitsrechtsprechung bei Sitzblockaden. In: Töpper, Bernd (Hrsg.): *Wie würden Sie entscheiden? Festschrift für Gerd Jauch zum 65. Geburtstag*. München 1990.
- Ferdowsi, Mir A.: *Der positive Frieden: Johan Galtungs Ansätze und Theorien des Friedens*. München 1981.
- Fetscher, Iring: *Vom Wohlfahrtsstaat zur neuen Lebensqualität: Die Herausforderungen des demokratischen Sozialismus*. Köln 1982.
- Ders.: Strukturelle Gewalt: Entstehung, Bedeutung und Funktion eines sozialwissenschaftlichen Modeworts. In: Engel-Janosi, Friedrich; Klingenstein, Grete; Lutz, Heinrich (Hrsgg.): *Gewalt und Gewaltlosigkeit: Probleme des 20. Jahrhunderts*. (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 4) München 1977.
- Fietz, Lothar: Schreckutopien des Kollektivismus und Individualismus: Aldous Huxleys *Brave New World* und Micheal Frayns *A Very Private Life*. In: Berghahn, Klaus J.; Seiber, Hans Ulrich (Hrsgg.): *Literarische Utopien von Morus bis zur Gegenwart*. Königstein 1983.
- Flechtheim, Ossip K.: Frieden als reale Utopie. In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsgg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. München 1982.
- Fritzsche, Gustav: *William Morris' Sozialismus und anarchistischer Kommunismus: Darstellung des Systems und Untersuchung der Quellen*. (Kölner anglistische Arbeiten, Bd. 3) Leipzig 1927.
- Fromm, Erich: *Anatomie der menschlichen Destruktivität*. (Erich-Fromm-Gesamtausgabe, hrsg. von Rainer Funk, Bd. VII) Stuttgart 1980.
- Ders.: *Es geht um den Menschen: Eine Untersuchung der Tatsachen und Illusionen in der Außenpolitik*. Stuttgart 1981.
- Ders.: Die Aktualität der prophetischen Schriften. In: Ders.: *Über die Liebe zum Leben: Rundfunksendungen herausgegeben von Hans Jürgen Schultz*. Stuttgart 1983.
- Ders.: *Die Pathologie der Normalität: Zur Wissenschaft vom Menschen*. (Schriften aus dem Nachlaß, hrsg. von Rainer Funk, Bd. 6) Weinheim und Basel 1991.
- Ders.: *Humanismus als reale Utopie. Der Glaube an den Menschen*. (Schriften aus dem Nachlaß, hrsg. von Rainer Funk, Bd. 8) Weinheim und Basel 1992.
- Ders.: Zur Theorie und Strategie des Friedens. In: Schatz, Oskar (Hrsg.): *Der Friede im nuklearen Zeitalter: Eine Kontroverse zwischen Realisten und Utopisten*. München 1970.
- Fuchs, Jürgen: Friedensbewegung Ost und West. In: Koordinierungsausschuß der Friedensorganisationen (Hrsg.): *Aufstehn! Für den Frieden: Friedensdemonstration anlässlich der NATO-Gipfelkonferenz in Bonn am 10.6.1982*. Bornheim-Merten 1982.
- G'schrey, Oliver: *Günther Anders: ‚Endzeit‘-Diskurs und Pessimismus*. (Hochschulschriften Philosophie, Bd. 10) Cuxhaven 1991.
- Gallus, Alexander: *Die Neutralisten: Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945-1990*. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 127) Düsseldorf 2001.
- Galtung, Johan: *Strukturelle Gewalt: Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung*. Reinbek bei Hamburg 1975.
- Ders.: *Es gibt Alternativen! Vier Wege zu Frieden und Sicherheit*. Opladen 1984.

- Ders.: *Hitlerismus, Stalinismus, Reaganismus: Drei Variationen zu einem Thema von Orwell*. (Militär, Rüstung, Sicherheit, Bd. 36) Baden-Baden 1987.
- Ders.: Menschliche Bedürfnisse – Brennpunkt für die Sozialwissenschaften. In: Blum, Fred; Galtung, Johan; Kapp, K. William; et al.: *Sozialwissenschaften - wozu?* (Magazin Brennpunkte, Bd. 8) Frankfurt a. M. 1977.
- Ders.: Soziale Kosmologien und das Konzept des Friedens. In: Senghaas, Dieter: *Den Frieden denken: Si vis pacem, para pacem*. Frankfurt a. M. 1995.
- Ders.: Visionen einer friedlichen Welt. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Den Frieden denken: Si vis pacem, para pacem*. Frankfurt a. M. 1995.
- Ders.: One Hundred Years of German History: A Deep Culture Perspective. In: Schmidt, Hajo; Trittman, Uwe (Hrsgg.): *Kultur und Konflikt: Dialog mit Johan Galtung*. (agenda Frieden, Bd. 40) Münster 2002.
- Gamm, Hans-Jochen: Gesellschaftliche Bedingungen der Friedenserziehung. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): *Jahrbuch '83*. Sensbachtal 1984.
- Gassert, Philipp: Mit Amerika gegen Amerika: Antiamerikanismus in Westdeutschland. In: Junker, Detlef (Hrsg.): *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990*. (Bd. 2: 1968-1990) Stuttgart und München 2001.
- Ders.: Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik. In: Gassert, Philipp; Geiger, Tim; Wentker, Hermann (Hrsg.): *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Sondernummer 2011) München 2011.
- Ders.; Geiger, Tim; Wentker, Hermann (Hrsg.): *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*. München 2011.
- Geiger, Georg: *Der Täter und der Philosoph – Der Philosoph als Täter: Die Begegnung zwischen dem Hiroshima-Piloten Claude R. Eatherly und dem Antiatomkriegsphilosophen Günter Anders*. Dissertation, Bern 1991.
- Geppert, Dominik; Wengst, Udo (Hrsgg.): *Neutralität – Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945-1990*. München 2005.
- Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984.
- Ders.: Umweltschutz heißt Frieden schaffen. In: Ders. (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984.
- Gier, Nicholas F.: *The Virtue of Nonviolence: From Gautama to Gandhi*. Albany (New York) 2004.
- Gollwitzer, Helmut: Schaffen wir die Rüstung ab oder sie uns? In: Behrens, Katja (Hrsg.): *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984.
- Ders.: Untergang oder Abrüstung. In: Wischnath, Rolf: *Frieden als Bekenntnisfrage: Zur Auseinandersetzung um die Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes „Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche“*. Gütersloh 1984.
- Gordin, Micheal D.: *Five Day in August: How World War II became a nuclear War*. Princeton und Oxford 2007.

- Gottlieb, Robert: *Forcing the Spring: The Transformation of the American Environmental Movement*. Washington D. C. und Covelo, 1993.
- Grae, Bodil: Frauen proben den Aufstand. In: Quistorp, Eva (Hrsg.): *Frauen für den Frieden: Analysen, Dokumente und Aktionen aus der Frauenfriedensbewegung*. Bensheim 1982.
- Grass, Günter: An die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. In: Wagenbach, Klaus; Stephan, Winfried; Krüger, Michael; Schüssler, Susanne (Hrsg.): *Vaterland, Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*. Berlin 1994.
- Ders.: Der Traum der Vernunft, in: Akademie der Künste Berlin (Hrsg.): *Der Traum der Vernunft: Vom Elend der Aufklärung*. (Bd. 1) Darmstadt und Neuwied 1985.
- Ders.: Vom Recht auf Widerstand. In: Meyer, Thomas; Miller, Susanne; Strasser, Johano (Hrsg.): *Widerstandsrecht in der Demokratie: Pro und Contra*. Köln 1984.
- Greiner, Bernd; Steinhaus, Kurt (Hrsg.): *Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR: Eine Dokumentation*. 2. Aufl. Köln 1981.
- Grohmann, Peter: Friedensbewegung – ex und hopp? In: Weidmann, Bernd; Meyer, Herbert; Christiansen, Theo; Grohmann, Peter (Hrsg.): *500.000 gegen Reagan & NATO: Dokumentation: 10.6. Bonn, NATO-Politik 1949-82, Reagan in Berlin, I.D.E.E.* Göttingen 1982.
- Ders.: Tiefster Friede ... In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): *Geschichten aus der Friedensbewegung: Persönliches und Politisches*. Köln 2005.
- Guha, Anton Andreas: *Ende: Tagebuch aus dem 3. Weltkrieg*. Königstein/Ts. 1983.
- Ders.: Frieden durch Abschreckung? In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. München 1982.
- Ders.: Frieden durch Rüstung – der Wahnsinn der Politiker. In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. 2. Aufl. München 1982.
- Habermas, Jürgen: Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik. In: Glotz, Peter (Hrsg.): *Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat*. Frankfurt a. M. 1983.
- Haftendorn, Helga: *Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982*. 2. Aufl. Baden-Baden 1986.
- Hanhimäki, Jussi; Westad, Odd Arne: *The Cold War: A History in Documents and Eyewitness Accounts*. Oxford 2003.
- Hannemann, Karla: *Der Doppelbeschluss der NATO – Genese, Motive und Determinanten einer umstrittenen bündnispolitischen Entscheidung*. Dissertation, München 1987.
- Hansen, Jan: Parteien. In: Becker-Schaum, Christoph; Gassert, Philipp; Klimke, Martin; Mausbach, Wilfried; Zepp, Marianne (Hrsg.): *„Entrüstet Euch!“: Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*. Paderborn, München, Wien, Zürich 2012.
- Hardeck, Jürgen: *Erich Fromm: Leben und Werk*. Darmstadt 2005.
- Harich, Wolfgang: Fünfzehn Thesen zur Friedenspolitik: Ein Beitrag zur Sozialistischen Konferenz. In: Plümer, Lutz (Hrsg.): *Positionen der Friedensbewegung: Die Auseinandersetzung um den US-Mittelstreckenraketenbeschluss. Dokumente, Appelle, Beiträge*. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1981.

- Häring, Bernhard: *Die Heilkraft der Gewaltfreiheit*. Düsseldorf 1986.
- Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.): *Zerreißprobe Frieden. Baden-Württemberg und der NATO-Doppelbeschuß*. Katalog zur Sonderausstellung im Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Stuttgart 2004.
- Heep, Barbara: *Helmut Schmidt und Amerika: Eine schwierige Partnerschaft*. Bonn 1990.
- Helbling, Jürg: *Tribale Kriege: Konflikte in Gesellschaften ohne Zentralgewalt*. Frankfurt a. M. und New York 2006.
- Henriksen, Margot A.: *Dr. Strangelove's America: Society and Culture in the Atomic Age*. Berkeley, Los Angeles und London 1997.
- Hentig, Hartmut von: *Arbeit am Frieden: Übungen im Überwinden der Resignation*. München und Wien 1987.
- Herf, Jeffrey: *War by other means. Soviet Power, West German Resistance, and the Battle of the Euromissiles*. New York und Toronto 1991.
- Heuser, Beatrice: *Den Krieg denken: Die Entwicklung der Strategie seit der Antike*. Paderborn 2010.
- Heymann, Lida Gustava: Weiblicher Pazifismus. In: Brinker-Gabler, Gisela (Hrsg.): *Frauen gegen den Krieg*. (Die Frau in der Gesellschaft: Frühe Texte) Frankfurt a. M. 1980.
- Hildermeier, Manfred: *Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*. München 1998.
- Höffe, Otfried: Der Friede – ein vernachlässigtes Ideal. In: Ders. (Hrsg.): *Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden*. (Klassiker Auslegen, Bd. 1). Berlin 1995.
- Hoffmann, Hubertus: *Die Atompartner Washington – Bonn und die Modernisierung der taktischen Kernwaffen: Vorgeschichte und Management der Neutronenwaffe und des Doppelbeschlusses der NATO*. Koblenz 1986.
- Hohlbaum, Roland: Die Atombombe – eine unvorstellbare Superlative. In: Tatz, Jürgen (Hrsg.): *Alternativen zur Abschreckungspolitik: Standpunkte und Strategien für eine neue Friedenspolitik*. Freiburg i. Br. 1983.
- Holl, Karl: *Pazifismus in Deutschland*. Frankfurt a. M. 2008.
- Hollstein, Walter: *Die Gegengesellschaft: Alternative Lebensformen*. Bonn 1979.
- Homer: *Ilias*. Übers. Hans Rupé. München 1990.
- Horn, Klaus: Gibt es einen Aggressionstrieb? In: Funke, Manfred (Hrsg.): *Friedensforschung – Entscheidungshilfe gegen Gewalt*. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 103) 2. Aufl. Bonn 1978.
- Huber, Joseph: *Wer soll das alles ändern: Die Alternativen der Alternativbewegung*. Berlin (West) 1980.
- Hübner, Kurt: *Die Wahrheit des Mythos*. Freiburg i. Brsg. 2011.
- Huffschmid, Jörg (Hrsg.): *Rüstungs- oder Sozialstaat? Zur wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit von Abrüstung in der Bundesrepublik*. Köln 1984.
- Hume David: *A Treatise of human nature*. Oxford 2011.
- ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hrsg.): *Die Früchte des Zorns: Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora*. Berlin 1993.

- Isaacs, Jeremy; Downing, Taylor: *Der Kalte Krieg: Eine illustrierte Geschichte, 1945-1991*. München 2001.
- Jacobsen, Carl G. (Hrsg.): *Europa: Sicherheitsgemeinschaft oder Krieg*. Köln 1984.
- Jakobi, Ute; Selg, Herbert; Belschner, Herbert: Triebmodelle der Aggression. In: Selg, Herbert (Hrsg.): *Zur Aggression verdammt? Ein Überblick über die Psychologie der Aggression*. 6. Aufl., Stuttgart, Berlin, Köln und Mainz 1982.
- Janning, Josef; Legrand, Hans-Josef; Zander, Helmut: *Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA*. Köln 1987.
- Jens, Walter: Appell in letzter Stunde, in: Ders. (Hrsg.): *In letzter Stunde: Aufruf zum Frieden*. München 1982.
- Ders.: „Wohl denen, die Frieden machen“. In: Behrens, Katja (Hrsg.): *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984.
- Ders.: Hippokrates und Holocaust: Von der Verantwortung der Wissenschaft in finsternerer Zeit. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985.
- Jochheim, Gernot: *Die Gewaltfreie Aktion: Idee und Methoden, Vorbilder und Wirkungen*. Hamburg 1984.
- Joffe, Josef (Hrsg.): *Friede ohne Waffen? Der Streit um die Nachrüstung*. München 1981.
- Jungk, Robert: Vom „Prinzip Hoffnung“ zum „Antrieb Hoffnung“: Der lang anhaltende Atem der internationalen Friedensbewegung. In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984.
- Ders.: Vorwort zu Galtung, Johan: *Es gibt Alternativen! Vier Wege zu Frieden und Sicherheit*. Opladen 1984.
- Junker, Detlef (Hrsg.): *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990*. Stuttgart und München 2001.
- Ders.: *Power and Mission: Was Amerika antreibt*. Freiburg i. Br. 2003.
- Ders.: Deutschland im politischen Kalkül der Vereinigten Staaten 1933-1945. In: Michalka, Wolfgang (Hrsg.): *Der Zweite Weltkrieg: Analyse, Grundzüge, Forschungsbilanz*. München 1989.
- Kade, Gerhard: *Die Bedrohungslüge: Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten“*. 2. Aufl. Köln 1980.
- Kaesler, Dirk (Hrsg.): *Max Weber: Schriften 1894 – 1922*. Stuttgart 2002.
- Kalden, Sebastian; Wiechmann, Jan Ole: Kirchen. In: Becker-Schaum, Christoph; Gassert, Philipp; Klimke, Martin; Mausbach, Wilfried; Zepp, Marianne (Hrsg.): *„Entrüstet Euch!“: Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*. Paderborn, München, Wien, Zürich 2012.
- Kant, Immanuel: *Zum ewigen Frieden*. Hamburg 1992.
- Kaus, Rainer J.: *Psychoanalyse und Sozialpsychologie: Sigmund Freud und Erich Fromm*. (Beiträge zur neuen Literaturgeschichte, Bd. 166) Heidelberg 1999.
- Keegan, John: *The Second World War*. London et al. 1989.
- Kelly, Petra: *Um Hoffnung kämpfen: Gewaltfrei in eine grüne Zukunft*. 3. Aufl. Bornheim-Merten 1983.

- Dies.; Leinen, Jo (Hrsgg.): *Prinzip Leben: Ökopax – die neue Kraft*. Berlin 1982.
- Dies.: Die Abrüstung beginnt in den Köpfen! In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984.
- Dies.: Weder Kochtopf noch Stahlhelm: Ein polemischer Appell. In: Lutz, Rüdiger (Hrsg.): *Sanfte Alternativen: Ein ÖKO-LOG-Buch. Materialien zur Gestaltung wünschenswerter Zukünfte*. Weinheim und Basel 1981.
- Dies.: Wie sich die Ökologiebewegung zur Friedensbewegung erweiterte. Variante A. In: Kelly, Petra K.; Leinen, Jo (Hrsgg.): *Prinzip Leben: Ökopax – die neue Kraft*. Berlin 1982.
- Kennan, George F.: *Rußland, der Westen und die Atombombe*. Erweiterte Neuauflage, Frankfurt a. M., Berlin und Wien 1982.
- Kirsch, Hans-Christian: *William Morris – ein Mann gegen die Zeit: Leben und Werk*. Köln 1983.
- Ders. (Hrsg.): *William Morris: Wie wir leben und wie wir leben könnten*. Köln 1992.
- Klimke, Martin: *The other Alliance: Student Protest in West Germany and the United States in the global Sixties*. Princeton (New Jersey) und Oxford 2010.
- Knapp, Gerhard P.: *Friedrich Dürrenmatt: Die Physiker*. 11. Aufl., Frankfurt a. M. 1999.
- Koenen, Gerd: *Das rote Jahrzehnt: Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-77*. 4. Aufl. Frankfurt a. M. 2007.
- Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): *Frieden mit anderen Waffen: Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik*. Reinbek bei Hamburg 1981.
- Dies.: *100 Thesen zu Frieden und Menschenrechten*. Sensbachtal, 3. Aufl. 1985 (Selbstverlag).
- Komitee zur Dokumentation der Schäden der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki (Hrsg.): *Leben nach der Atombombe: Hiroshima und Nagasaki 1945-1985*. Frankfurt und New York 1988.
- Koppe, Karlheinz: *Der vergessene Frieden: Friedensvorstellungen von der Antike bis zur Gegenwart*. (Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 6) Opladen 2001.
- Koselleck, Reinhart: *Vergangene Zukunft: Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. 8. Aufl. Frankfurt a. M. 2013.
- Ders.: *Vom Sinn und Unsinn der Geschichte*. Berlin 2014.
- Krell, Gert: Rüstung - Wettlauf zum Tode? In: Luhmann, Hans-Jochen; Neveling, Gundel (Hrsgg.): *Deutscher Evangelischer Kirchentag Hamburg 1981: Dokumente*. Stuttgart und Berlin 1981.
- Ders.: Rüstungswettlauf: Verteidigung oder Eigendynamik? Zur Kritik der amerikanischen Nuklearstrategie. In: *Friedensanalysen: Für Theorie und Praxis*. (Vierteljahrschrift für Erziehung, Politik und Wissenschaft. Bd. 2: Schwerpunkt Rüstung.) 2. Aufl. Frankfurt a.M. 1981.
- Ders.: Zur Problematik nuklearer Optionen, in: Forndran, Erhard; Krell, Gert (Hrsg.): *Kernwaffen im Ost-West-Vergleich. Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten*. (Veröffentlichungen der DGFK) Baden-Baden 1984.

- Kühle, Manfred: Gewaltfreiheit – Chance für die Friedensbewegung? In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. 2. Aufl. München 1982.
- Kumarappa, Bharatan (Hrsg.): *Mahatma Gandhi: Für Pazifisten*. (Politik: Verstehen und Handeln, Bd. 2) Münster 1996.
- Laduch, Manfred; Schütte, Heino; Wagenblast Reinhard: *Mutlanger Heide: Ein Ort macht Geschichte*. Schwäbisch Gmünd 1990.
- Lafontaine, Oskar: *Angst vor den Freunden: Die Atomwaffen-Strategie der Supermächte zerstört die Bündnisse*. Reinbek bei Hamburg 1983.
- Ders.: Wer hat die Nase vorn? In: Jens, Walter (Hrsg.): *In letzter Stunde: Aufruf zum Frieden*. München 1982.
- Lambertz, Meta: Frieden hat mit Gerechtigkeit zu tun. In: Vack, Hanne; Vack, Klaus (Hrsg.): *Mutlangen – unser Mut wird langen! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wg. „Nötigung“*. 4. Aufl., Sensbachtal 1987.
- Lattmann, Dieter: Die Formelsprache der Rüstungspolitiker: Pazifismus als Kampfwort. In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. 2. Aufl. München 1982.
- Lawler, Peter: *A Question of Values: Johan Galtung's Peace Research*. Boulder (Colorado) und London 1995.
- Layritz, Stephan: *Der NATO-Doppelbeschluss: Westliche Sicherheitspolitik im Spannungsfeld von Innen-, Bündnis- und Außenpolitik. Eine Fallstudie zur Entwicklung und Implementation sicherheitspolitischer Programme*. Dissertation Kiel 1991.
- Leggewie, Claus: 1968 – Ein transatlantisches Ereignis und seine Folgen. In: Junker, Detlef (Hrsg.): *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990*. (Bd. 2: 1968-1990) Stuttgart und München 2001.
- Leif, Thomas: *Die professionelle Bewegung*. Bonn 1985.
- Ders.: *Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung: Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren*. Opladen 1990.
- Leinen, Jo: Die Zukunft der Friedensbewegung. In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984.
- Ders.: Ziviler Ungehorsam als fortgeschrittene Form der Demonstration. In: Glotz, Peter (Hrsg.): *Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat*. Frankfurt a. M. 1983.
- Lepenies, Wolf: Kalte Vernunft und Gefühlkultur. Sozialwissenschaften, Literatur und das Ende der Aufklärung. In: Akademie der Künste Berlin (Hrsg.): *Der Traum der Vernunft: Vom Elend der Aufklärung*. (Bd. 1) Darmstadt und Neuwied 1985.
- Liessmann, Konrad Paul: *Günther Anders kontrovers*. München 1992.
- Ders.: *Günther Anders zur Einführung*. 2. Aufl. Hamburg 1993.
- Linden, Walfried: Direkte medizinische Wirkungen von Kernwaffen. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985.
- Long, Jeffrey D.: *Jainism: An Introduction*. London und New York 2009.

- Loth, Wilfried: *Die Teilung der Welt: Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955*. Erweiterte Neuauflage München 2000.
- Lübbe, Weyma: Eine *ratio* – viele Rationalitäten? Ökonomische und andere Rationalitäten in der umweltrechtspolitischen Debatte. In: Gawel, Erik; Lübbe-Wolff, Gertrude (Hrsgg.): *Rationale Umweltpolitik – Rationales Umweltrecht: Konzepte, Kriterien und Grenzen rationaler Steuerung im Umweltschutz*. (Schriftenreihe Recht, Ökonomie und Umwelt, Bd. 8) Baden-Baden 1999.
- Dies.: Handeln und Verursachen: Grenzen der Zurechnungsexpansion. In: Dies. (Hrsg.): *Kausalität und Zurechnung: Über Verantwortung in komplexen kulturellen Prozessen*. (Philosophie und Wissenschaft: Transdisziplinäre Studien, Bd. 5) Berlin und New York 1994.
- Dies.: Neminem laedere? Zur Zukunft der Handlungsfolgenverantwortung. In: Neumann, Ulfrid; Schulz, Lorenz (Hrsgg.): *Verantwortung in Recht und Moral: Referate der Tagung der deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie vom 2. bis zum 3. Oktober 1988 in Frankfurt am Main*. (ARSP Beiheft 74) Stuttgart 2000.
- Lüdkehaus, Ludger: *Philosophieren nach Hiroshima: Über Günther Anders*. Frankfurt a. M. 1992.
- Lutz, Dieter S.: *Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa*. Reinbek bei Hamburg 1981.
- Ders.; Große-Jütte, Annemarie (Hrsg.): *Neutralität – eine Alternative? Zur Militär- und Sicherheitspolitik neutraler Staaten in Europa*. (Veröffentlichungen des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Bd. 4) Baden-Baden 1982.
- Lyotard, Jean-François: Die Moderne redigieren. In: Welsch, Wolfgang (Hrsg.): *Wege aus der Moderne: Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*. 2. Aufl. Berlin 1994.
- Machan, Tibor R.: *Ayn Rand*. New York et al. 1999.
- Maisch, Christine: *Ein schmaler Streifen Zukunft: Christa Wolfs Erzählung „Kassandra“*. 2. Aufl., Würzburg 1990.
- Maltry, Karola: *Die neue Frauenfriedensbewegung: Entstehung, Entwicklung, Bedeutung*. Frankfurt a.M. und New York 1993.
- Mann, Golo: *Wallenstein*. 5. Aufl. Frankfurt a. M. 2004.
- Mann, Thomas: *Joseph und seine Brüder*. (Stockholmer Gesamtausgabe der Werke von Thomas Mann) Stockholm 1956.
- Mannheim, Karl: *Ideologie und Utopie*. 8. Aufl. Frankfurt a. M. 1995.
- Manola, Anastasia: *Der Dichter-Seher als Dichter-Warner: Wandel eines mythischen Modells bei Koepfen, Wolf und Grass*. (Würzburger Beiträge zur deutschen Philologie, Bd. 33) Würzburg 2010.
- Marcuse, Herbert: *Der eindimensionale Mensch: Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. (Soziologische Texte, Bd. 40) Neuwied und Wien, 2. Aufl. 1967.
- Ders.: Aggressivität in der gegenwärtigen Industriegesellschaft. In: Marcuse, Herbert; Rapoport, Anatol; Horn, Klaus; Mitscherlich, Alexander; Senghaas, Dieter; Marković, Mihailo: *Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft*. 6. Aufl., Frankfurt a. M. 1972.

- Ders.: Der Friede als gesellschaftliche Lebensform. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Den Frieden denken: Si vis pacem, para pacem*. Frankfurt a. M. 1995. S. 84 f. Außerdem auch in: Schatz, Oskar (Hrsg.): *Der Friede im nuklearen Zeitalter: Eine Kontroverse zwischen Realisten und Utopisten*. München 1970.
- Markovits, Andrei S.; Gorski, Philip S.: *Grün schlägt Rot: Die deutsche Linke nach 1945*. Hamburg 1997.
- Ders.; Rensmann, Lars: Anti-Americanism in Germany. In: O'Connor, Brendon (Hrsg.): *Anti-Americanism: History, Causes, and Themes*. Bd. 3: Comparative Perspectives. Oxford 2007.
- Marquardt, Friedrich-Wilhelm: Müssen Ärzte die Bevölkerung schonungslos aufklären? Zum Problem der Legitimation von Verweigerung. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985.
- Maruhn, Jürgen; Wilke, Manfred: *Die verführte Friedensbewegung: Der Einfluß des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte*. München 2002
- Dies: *Raketenpoker um Europa*. München 2005.
- Massarrat, Mohssen: *Kriegsgefahr und Friedensbewegung*. Kassel 1984.
- Ders.; Albrecht, Ulrich; Mellenthin, Knut; et. Al.: *Ist der 3. Weltkrieg noch zu verhindern? Beiträge zu einer notwendigen Diskussion*. Hamburg 1980.
- Mauser, Wolfram (Hrsg.): *Erinnerte Zukunft: 11 Studien zum Werk Christa Wolfs*. Würzburg 1985.
- May, John: *Das Greenpeace-Handbuch des Atomzeitalters: Daten-Fakten-Katastrophen*. München 1989.
- Mechtersheimer, Alfred (Hrsg.): *Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum Nato-Doppelbeschluß*. Reinbek bei Hamburg 1981.
- Ders.: *Rüstung und Frieden: Argumente für eine neue Sicherheitspolitik*. Reinbek bei Hamburg 1984.
- Ders.: Rüstungsverweigerung statt Rüstungskontrolle: Wie die Friedensbewegung in das atomare Wettrüsten eingreifen kann. In: Jens, Walter (Hrsg.): *In letzter Stunde: Aufruf zum Frieden*. München 1982.
- Menzel, Jürgen: „Es gibt keinen Weg zum Frieden – der Friede ist der Weg“. In: Handbuch der Pflugschar-Gruppe 1983. Stuttgart (Selbstverlag) 1983.
- Mey, Holger H.: *NATO-Strategie vor der Wende: Die Entwicklung des Verständnisses nuklearer Macht im Bündnis zwischen 1967 und 1990*. Baden-Baden 1992.
- Meyer, Herbert: Über die Zusammenarbeit unter den Demo-Organisatoren. In: Weidmann, Bernd; Meyer, Herbert; Christiansen, Theo; Grohmann, Peter (Hrsg.): *500.000 gegen Reagan & NATO: Dokumentation: 10.6. Bonn, NATO-Politik 1949-82, Reagan in Berlin, I.D.E.E.* Göttingen 1982.
- Mihr, Ulrich: *Das Recht zum Krieg: Von der Rechtfertigung der Gewalt zwischen Völkern und Nationen. Die Geschichte einer Lüge mit langen Beinen*. München 1984.
- Mitscherlich, Alexander: Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität. In: Ders.: *Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität: Vier Versuche*. Frankfurt a. M. 1970.

- Mitscherlich, Margarete: Der vernünftige europäische Erwachsene. In: Akademie der Künste Berlin (Hrsg.): *Der Traum der Vernunft: Vom Elend der Aufklärung*. (Bd. 1) Darmstadt und Neuwied 1985.
- Dies.: *Die friedfertige Frau: Eine psychoanalytische Untersuchung zur Aggression der Geschlechter*. (Die Frau in der Gesellschaft) Frankfurt a. M. 1987.
- Mittelsten Scheid, Dieter: Innerer Frieden, die Voraussetzung für eine friedliche Welt. In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. München 1982.
- Mommsen, Wolfgang J.: *Imperialismustheorien: Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen*. 3. Aufl. Göttingen 1987.
- Müller, Hans-Peter; Ploetz, Michael: *Ferngelenkte Friedensbewegung?* Münster 2004.
- Müller, Klaus: Von der Vernunft des Glaubens. In: Luhmann, Hans-Jochen; Neveling, Gundel (Hrsg.): *Deutscher Evangelischer Kirchentag Hamburg 1981: Dokumente*. Stuttgart und Berlin 1981.
- Müller, Max: Der Friede als philosophisches Problem. In: Senghaas, Dieter: *Den Frieden denken: Si vis pacem, para pacem*. Frankfurt a. M. 1995.
- N.N.: Die kleinen Schwierigkeiten der J. Kirkpatrick. In: Ooyen, Hans van (Hrsg.): *Der Reagan-Report: Weltmacht USA in Nöten*. Dortmund 1982.
- Narr, Wolf-Dieter: Deutsche Unfähigkeit zu trauern. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): *Jahrbuch '83*. Sensbachtal 1984.
- Ders.: Gewalt und Legitimität. In: Rammstedt, Otthein (Hrsg.): *Gewaltverhältnisse und Ohnmacht der Kritik*. Frankfurt a. M. 1974.
- Ders.: Gewaltfreier Widerstand um der Demokratie und des Friedens willen. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie e. V. (Hrsg.): *Demonstrationsrecht und gewaltfreier Widerstand: Argumente zur aktuellen Diskussion*. Sensbachtal 1983 (Selbstverlag).
- Ders.; Roth, Roland; Vack, Klaus: *Wider kriegerische Menschenrechte: Eine pazifistisch-menschenrechtliche Streitschrift. Beispiel: Kosovo 1999 – Nato-Krieg gegen Jugoslawien*. Köln 1999.
- Neuberger, Günter (Hrsg.): *Der Plan Euroshima: Aus Reden und Schriften von R. Reagan, A. Haig, C. Weinberger u.a.* 2. Aufl. Köln 1982.
- Nick, Volker; Scheub, Volker; Then, Christof: *Mutlangen 1983-1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung*. Mutlangen und Tübingen 1993.
- Nida-Rümelin, Julian: *Strukturelle Rationalität: Ein philosophischer Essay über praktische Vernunft*. Stuttgart 2001.
- Oakes, Guy: *The Imaginary War: Civil Defense and American Cold War Culture*. New York und Oxford 1994.
- Oertzen, Peter von: Realität und Utopie: Über die politischen Möglichkeiten (und Gefahren) eines neuen Weges. In: Kelly, Petra K.; Leinen, Jo (Hrsg.): *Prinzip Leben: Ökopax – die neue Kraft*. Berlin 1982.
- Offenloch, Werner: *Erinnerung an das Recht: Der Streit um die Nachrüstung auf den Straßen und vor den Gerichten*. Tübingen 2005.

- Ohne Rüstung leben; Arbeitskreis Pro Ökumene (Hrsg.): *Ohne Rüstung leben*. Gütersloh 1981.
- Olsen, Luise: Mein Entschluß hat lange reifen müssen. In: Vack, Hanne; Vack, Klaus (Hrsg.): *Mutlangen – unser Mut wird langen! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wg. „Nötigung“*. 4. Aufl., Sensbachtal 1987.
- Paech, Norman: Eröffnungsrede zur internationalen Konferenz der Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) am 20. und 21. März 1982 in Frankfurt a. M. In: Paech, Norman; Stuby, Gerhard (Hrsg.): *Juristen gegen Kriegsgefahr in Europa: Protokoll einer internationalen Konferenz*. Köln 1983.
- Parin, Paul: Die therapeutische Aufgabe und die Verleugnung der Gefahr. In: Passett, Peter; Modena, Emilio (Hrsg.): *Krieg und Frieden aus psychoanalytischer Sicht*. München und Zürich 1987.
- Ders.: Die Verleugnung der Gefahr und die Aufgabe des Arztes. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985.
- Ders.; Morgenthaler, Fritz; Parin-Matthèy, Goldy: *Die Weißen denken zuviel: Psychoanalytische Untersuchungen bei den Dogon in Westafrika*. Zürich 1963.
- Ders.; Morgenthaler, Fritz; Parin-Matthèy, Goldy: *Fürchte deinen Nächsten wie dich selbst: Psychoanalyse und Gesellschaft am Modell der Agni in Westafrika*. Frankfurt a. M. 1971.
- Penrose, Jane (Ed.): *Rome and her Enemies: An Empire Created and Destroyed by War*. Oxford und New York 2005.
- Perdelwitz, Wolf; Bremer, Heiner: *Geisel Europa*. Berlin (West) 1981.
- Pestalozzi, Hans A.: *Nach uns die Zukunft: Von der positiven Subversion*. 8. Aufl., Bern 1979.
- Ders.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. 2. Aufl. München 1982.
- Ders.: Die Wirtschaft – Mutter aller Kriege. In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984.
- Peters, Susanne: *The Germans and the INF missiles: Getting their way in NATO's strategy of flexible response*. Baden-Baden 1990.
- Pflugschar-Gruppe (Hrsg.): *Handbuch '83*. Mutlangen 1983 (Selbstverlag).
- Ploetz, Michael: *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor*. Berlin und München 2000.
- Popitz, Heinrich: *Phänomene der Macht*. 2. Aufl. Tübingen 1992.
- Powik, Gerhard: *Entspannung oder Konfrontation*. Berlin 1984.
- Prosinger, Wolfgang: *Laßt uns in Frieden: Porträt einer Bewegung*. Reinbek bei Hamburg 1982.
- Quint, Peter E.: *Civil Disobedience and the German Courts: The Pershing missile protests in comparative perspective*. (The University of Texas at Austin Studies in Foreign and Transnational Law) London und New York 2008.
- Quistorp, Eva (Hrsg.): *Frauen für den Frieden: Analysen, Dokumente und Aktionen aus der Frauenfriedensbewegung*. Bensheim 1982.

- Ranke-Heinemann, Uta: Christliche Krankenpflege und christliche Kriegsführung. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985.
- Rasmussen, Larry: *Dietrich Bonhoeffer – His Significance for North Americans*. Minneapolis 1990.
- Raulff, Helga: *Strahlungen: Atom und Literatur*. (Marbacher Magazin Nr. 123/124) Marbach am Neckar 2008.
- Reese-Schäfer, Walter: *Antike politische Philosophie zur Einführung*. Hamburg 1998.
- Reimann, Werner: *Verweigerter Versöhnung: Zur Philosophie von Günther Anders*. Wien 1990.
- Renn, Ortwin: *Die sanfte Revolution: Zukunft ohne Zwang?* Essen 1980.
- Richter, Horst-Eberhard: *Zur Psychologie des Friedens*. Reinbek bei Hamburg 1982.
- Ders.: Die Angst kann lehren, sich zu wehren. In: Jens, Walter (Hrsg.): *In letzter Stunde: Aufruf zum Frieden*. München 1982.
- Ders.: Allmächts- und Verfolgungswahn: Zur Psychologie des Rüstungswettlaufs. In: Behrens, Katja (Hrsg.): *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden*. Frankfurt a. M. 1984.
- Ders.: Angst, Hoffnung, Widerstand. In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985.
- Richter, Saskia: *Die Aktivistin: Das Leben der Petra Kelly*. München 2010.
- Rinser, Luise: Wie dumm wir Frauen doch sind. In: Wagenbach, Klaus; Stephan, Winfried; Krüger, Michael; Schüssler, Susanne (Hrsg.): *Vaterland, Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*. Berlin 1994.
- Rock, Martin: Zur Entwicklung der katholischen Lehrmeinung über Nuklearwaffen. In: Küpper, Christel; Rieger, Franz (Hrsg.): *Atomwaffen und Gewissen: Entscheidungshilfe für Christen*. Freiburg i. Br. 1983.
- Roth, Florian: *Die Idee der Nation im politischen Diskurs: Die Bundesrepublik Deutschland zwischen neuer Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969-1980)*. (Nomos Universitätschriften Politik, Bd. 62) Baden-Baden 1995.
- Roth, Roland: Friede den Hütten... Über die politische Kultur der neuen sozialen Bewegungen. In: Pestalozzi, Hans A.; Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann*. 2. Aufl. München 1982.
- Ders.; Rucht, Dieter: *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn 1987.
- Rothermund, Dietmar: *Mahatma Gandhi: Eine politische Biographie*. 2. Aufl., München 1997.
- Rotter, Andrew J.: *Hiroshima: The World's Bomb*. Oxford und New York 2008.
- Röttgers, Kurt: Andeutungen zu einer Geschichte des Redens über die Gewalt. In: Rammstedt, Otthein (Hrsg.): *Gewaltverhältnisse und die Ohnmacht der Kritik*. Frankfurt a. M. 1974.
- Rühle, Hans: Die eingebildete Ohnmacht, in: Bülow, Andreas von: *Die eingebildete Unterlegenheit: Das Kräfteverhältnis West-Ost, wie es wirklich ist*. München 1985.

- Rühmkorf, Peter: Optimismus, der über Leichen geht... In: Bastian, Till (Hrsg.): *Friedensnobelpreis für 140000 Ärzte: Dokumente aus der medizinischen Friedensbewegung*. Reinbek bei Hamburg 1985.
- Salewski, Michael: Zur Dialektik der Bombe, in ders. (Hrsg.): *Das Zeitalter der Bombe: Die Geschichte der atomaren Bedrohung von Hiroshima bis heute*. München 1995.
- Schachtschneider, Irmelin: Die Friedfertigkeit der Frauen. Oder: Warum engagieren sich Frauen in der Friedensbewegung? In: Bolm, Gerhard, et al. (Hrsgg.): *Bewußt-Sein für den Frieden: 1. Friedenskongreß psychosozialer Berufe*. Weinheim und Basel 1983.
- Schatz, Oskar (Hrsg.): *Der Friede im nuklearen Zeitalter: Eine Kontroverse zwischen Realisten und Utopisten*. München 1970.
- Scheer, Robert: *Und brennend stürzen Vögel vom Himmel: Reagan und der ‚begrenzte‘ Atomkrieg*. München 1983.
- Schell, Jonathan: *Das Schicksal der Erde: Gefahr und Folgen eines Atomkriegs*. München 1984.
- Schenk, Herrad: *Frauen kommen ohne Waffen: Feminismus und Pazifismus*. München 1983.
- Schmid, Fred: *Abriisten oder totriisten: Zur Rüstungspolitik der BRD*. (Marxismus aktuell) Frankfurt a. M. 1981.
- Schmidt, Hajo: Die Lehre vom gerechten Krieg im Kontext der deutschsprachigen Friedensforschung. In: Beestermöller, Gerhard; Haspel, Michael; Trittman, Uwe (Hrsgg.): *„What we're fighting for ...“ – Friedensethik in der transatlantischen Debatte*. (Beiträge zur Friedensethik, Bd. 37) Stuttgart 2006.
- Schmidt, Svenja: *Kassandra – Ein Mythos im Wandel der Zeit: Antiker Mythos und moderne Literatur am Beispiel der „Kassandra“ von Christa Wolf*. (diplomica, Bd. 13) Marburg 2004.
- Schmitt, Rüdiger: *Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland: Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung*. Opladen 1990.
- Schnädelbach, Herbert: Über Irrationalität und Irrationalismus. In: Ders.: *Vernunft und Geschichte: Vorträge und Abhandlungen*. Frankfurt a. M. 1987.
- Ders.: *Vernunft*. (Grundwissen Philosophie) Stuttgart 2007.
- Schneider, Peter: Keine Lust aufs grüne Paradies. In: Wagenbach, Klaus, et al. (Hrsgg.): *Vaterland, Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*. Berlin 1994.
- Schönherr, Albrecht: Kein Krieg mehr von deutschem Boden. In: Gustav-Heinemann-Initiative (Hrsg.): *Frieden – Aufgabe der Deutschen*. Stuttgart 1982.
- Schottroff, Luise: *Der Sieg des Lebens: Biblische Traditionen einer Friedenspraxis*. (Kaiser Traktate Bd. 68) München 1982.
- Schregel, Susanne: *Der Atomkrieg vor der Wohnungstür: Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970-1985*. (Historische Politikforschung, Bd. 19) Frankfurt und New York 2011.
- Schubert, Elke: *Günther Anders*. Reinbek bei Hamburg 1992.
- Schubert, Klaus von (Hrsg.): *Heidelberger Friedensmemorandum: Aus der Evangelischen Studiengemeinschaft*. Reinbek bei Hamburg 1983.
- Schwaabe, Christian: *Antiamericanismus: Wandlungen eines Feindbildes*. München 2003.
- Schwabe, Klaus: Entspannung und Multipolarität: Die politischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des Kalten Krieges 1968-1990. In: Junker, Detlef (Hrsg.): *Die USA*

- und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990. (Bd. 2: 1968-1990) Stuttgart und München 2001.
- Schwartz, Thomas A.: „No Harder Enterprise“: Politik und Beziehungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1945-1968. In: Junker, Detlef (Hrsg.): *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990*. (Bd. 1: 1945-1968) Stuttgart und München 2001.
- Seidelmann, Reimund: Das Verhältnis zwischen Westeuropa und den USA. In: Guha, Anton-Andreas; Papcke, Sven (Hrsgg.): *Amerika: Der riskante Partner*. Königstein i. Ts. 1984.
- Senghaas, Dieter: *Abschreckung und Frieden: Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*. Frankfurt a. M. 1972.
- Ders.: *Rüstung und Militarismus*. Frankfurt a. M. 1972.
- Settembrini, Domenico: Das Problem der Gewalt bei Karl Marx und im Marxismus. In: Engel-Janosi, Friedrich; Klingenstein, Grete; Lutz, Heinrich (Hrsgg.): *Gewalt und Gewaltlosigkeit: Probleme des 20. Jahrhunderts*. (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 4) München 1977.
- Sharma, Rajni Bala: *Gandhi's World-View and Industrial Civilization: A paradigmatic Construction of Gandhian Order*. Jaipur 1998.
- Sieferle, Rolf Peter: *Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart*. München 1984.
- Skidelsky, Robert; Skidelsky, Edward: *Wie viel ist genug: Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens*. München 2013.
- Soell, Hartmut: *Helmut Schmidt: Macht und Verantwortung*. München 2008.
- Sölle, Dorothee: Gibt es einen kreativen Haß? In: Hans-Eckehard Bahr (Hrsg.): *Politisierung des Alltags: Gesellschaftliche Bedingungen des Friedens*. (Theologie und Politik, Bd. 4) Darmstadt und Neuwied 1972.
- Dies.: „Du sollst keine anderen Jeans haben neben mir.“ In: Habermas, Jürgen (Hrsg.): *Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“*. (Bd. 2: Politik und Kultur) 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1979.
- Dies.: Brief an eine Freundin. In: Duve, Freimut; Böll, Heinrich; Staeck, Klaus (Hrsgg.): *Kämpfen für die Sanfte Republik: Ausblick auf die achtziger Jahre*. Reinbek bei Hamburg 1980.
- Dies.: Leben als Umkehr. In: Luhmann, Hans Jochen; Neveling, Gundel (Hrsgg.): *Deutscher Evangelischer Kirchentag Hamburg 1981: Dokumente*. Stuttgart und Berlin 1981.
- Dies.: Aufrüstung tötet, auch ohne Krieg. In: Tatz, Jürgen (Hrsg.): *Alternativen zur Abschreckungspolitik: Standpunkte und Strategien für eine neue Friedenspolitik*. Freiburg i. Br. 1983.
- Dies.: Wir haben euch nie einen Rosengarten versprochen. In: Gerosa, Klaus (Hrsg.): *Große Schritte wagen: Über die Zukunft der Friedensbewegung*. München 1984.
- Dies.: Wir wollen Frieden, nicht Sicherheit: Zur Kritik einer bürgerlichen Hoffnung. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): *Jahrbuch '83*. Sensbachtal 1984.

- Dies.; Bahr, Hans-Eckehard: *Wie den Menschen Flügel wachsen: Über Umkehr aus dem Gewalt-System*. München 1984.
- Sontheimer, Kurt: *Zeitenwende? Die Bundesrepublik zwischen alter und alternativer Politik*. Hamburg 1983.
- Spaemann, Heinrich: *Ehe es zu spät ist*. 2. Aufl., München 1984.
- Sroka, Knut: Katastrophenmedizin – Flankenschutz für die Aufrüstung. In: Mediziner gegen die atomare Bedrohung (Hrsg.): *...und keiner kann helfen: Materialien vom Dritten Medizinischen Kongreß zur Verhinderung eines Atomkrieges, München, 23. und 24. April 1983*. München 1983.
- Stadtland, Helke: „Friede auf Erden“: Überlegungen zu religiösen Konzeptionen und Semantiken des Friedens im 20. Jahrhundert. In: ders. (Hrsg.): *„Friede auf Erden“: Religiöse Semantiken und Konzepte des Friedens im 20. Jahrhundert*. (Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Bd. 12) Essen 2009.
- Stange, Sabine: *Kriegsvorbereitung im Hunsrück: Der Einfluß der Raketenstationierung auf den Alltag der Menschen*. Essen 1985.
- Stein, Gerd (Hrsg.): *Bobemien – Tramp – Sponti: Bobeme und Alternativkultur*. (Kulturfiguren und Sozialcharaktere des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 1) Frankfurt a. M. 1982
- Stern, Carola: Die Mehrheiten verändern! In: Meyer, Thomas; Miller, Susanne; Strasser, Johano (Hrsg.): *Widerstandsrecht in der Demokratie: Pro und Contra*. Köln 1984.
- Sternberger, Dolf: Über die verschiedenen Begriffe des Friedens. In: Senghaas, Dieter: *Den Frieden denken: Si vis pacem, para pacem*. Frankfurt a. M. 1995.
- Sternstein, Wolfgang: *Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit*. Norderstedt 2005.
- Ders.: Gandhi – eine Herausforderung für unsere Zeit. In: Kumarappa, Bharatan (Hrsg.): *Mahatma Gandhi: Für Pazifisten*. (Politik: Verstehen und Handeln, Bd. 2) Münster 1996.
- Ders.: Warum beteilige ich mich an der Pflugschar-Aktion. In: O. A.: *Handbuch der Pflugschar-Gruppe 1983*. Stuttgart (Selbstverlag) 1983.
- Stokes, Ann Marie: *A chink in the wall: German writers and literature in the INF debate of the eighties*. Bern 1995.
- Stölken-Fitschen, Ilona: Bombe und Kultur. In: Salewski, Michael (Hrsg.): *Das Zeitalter der Bombe: Die Geschichte der atomaren Bedrohung von Hiroshima bis heute*. München 1995.
- Stratmann, K.-Peter: Vom Autismus kritischer Friedensforschung: Zur Kritik der Kritik, in: Funke, Manfred (Hrsg.): *Friedensforschung – Entscheidungshilfe gegen Gewalt*. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 103) 2. Aufl. Bonn 1978.
- Talbott, Strobe: *Raketenschach*. München et al. 1984.
- Tatz, Jürgen (Hrsg.): *Alternativen zur Abschreckungspolitik: Standpunkte und Strategien für eine neue Friedenspolitik*. Freiburg i. Br. 1983.
- Teppich, Fritz (Hrsg.): *Flugblätter und Dokumente der Westberliner Friedensbewegung 1980-1985*. Westberlin 1985.
- Thölke-Sommer, Elisabeth: Zwei Seiten einer Medaille? Überlegungen zum Verhältnis von Solidaritätsbewegung und Friedensbewegung. In: Koordinierungsausschuß der Friedensorganisationen (Hrsg.): *Aufstehn! Für den Frieden: Friedensdemonstration anläßlich der NATO-Gipfelkonferenz in Bonn am 10.6.1982*. Bornheim-Merten 1982.

- Thompson, Edward P.: „...daß wir das in diesen zwei oder drei Jahren schaffen müssen“. In: Russell-Friedens-Kampagne (Hrsg.): *Für ein atomwaffenfreies Europa*. West-Berlin 1981.
- Ders.: *William Morris: Romantic to Revolutionary*. Stanford 1988.
- Tomasello, Michael: *Die kulturelle Entwicklung des menschlichen Denkens: Zur Evolution der Kognition*. Frankfurt a. M. 2006.
- Tuchmann, Barbara: *August 1914: Ausbruch des Ersten Weltkriegs – der eigentliche Beginn unseres Jahrhunderts*. Bern und München 1979.
- Dies.: *Die Torheit der Regierenden: Von Troja bis Vietnam*. Frankfurt a. M. 2001.
- Tugendhat, Ernst: Rationalität und Irrationalität der Friedensbewegung und ihrer Gegner: Versuch eines Dialogs. In: Ders.: *Nachdenken über die Atomkriegsgefahr und warum man sie nicht sieht*. Berlin 1986.
- Tuschhoff, Christian: *Einstellung und Entscheidung: Perzeptionen im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß der Reagan-Administration, 1981-1984*. (Nomos Universitätsschriften: Politik; Bd. 2) Baden-Baden 1990.
- Vack, Hanne; Vack, Klaus (Hrsg.): *Mutlangen – unser Mut wird langen! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wg. „Nötigung“*. 4. Aufl., Sensbachtal 1987.
- Vack, Klaus: Für eine konkrete menschliche Utopie! In: Vack, Hanne; Vack, Klaus (Hrsg.): *Mutlangen – unser Mut wird langen! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wg. „Nötigung“*. 4. Aufl. Sensbachtal 1987.
- Viergutz, Corinna; Holweg, Heiko: *„Kassandra“ und „Medea“ von Christa Wolf: Utopische Mythen im Vergleich*. (Epistemata: Würzburger wissenschaftliche Schriften. Reihe Literaturwissenschaft. Bd. 477) Würzburg 2007.
- Vogt, Roland: Strategie der Friedensbewegung. In: Pestalozzi, Hans A., Schlegel, Ralf; Bachmann, Adolf (Hrsg.): *Frieden in Deutschland: Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, wie sie werden kann*. München 1982.
- Wagenbach, Klaus; Stephan, Winfried; Krüger, Michael; Schüssler, Susanne (Hrsg.): *Vaterland, Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945*. 2. Aufl. Berlin 1994.
- Walter, Otto F.: Brief an eine junge Frau, an ihren Typ, an ihre Freunde und an mich. In: Duve, Freimut; Böll, Heinrich; Staeck, Klaus: *Kämpfen für die Sanfte Republik: Ausblick auf die achtziger Jahre*. Reinbek bei Hamburg 1980.
- Wasmuth, Ulrike C.: *Friedensbewegungen der 80er Jahre: Zur Analyse ihrer strukturellen und aktuellen Entstehungsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika nach 1945: Ein Vergleich*. Gießen 1987.
- Weber, Alfred: *Kulturgeschichte als Kulturosoziologie*. 2. Aufl. München 1951.
- Weber, Max: Soziologische Grundbegriffe. In: Kaesler, Dirk (Hrsg.): *Max Weber: Schriften 1894 – 1922*. Stuttgart 2002.
- Weber, Thomas: *Gandhi as Disciple and Mentor*. Cambridge 2004.
- Wehr, Helmut: *Erich Fromm zur Einführung*. Hamburg 1990.
- Weidmann, Bernd: Wie es zur Demonstration am 10. Juni kam. In: Weidmann, Bernd; Meyer, Herbert; Christiansen, Theo; Grohmann, Peter (Hrsg.): *500.000 gegen Reagan & NATO: Dokumentation: 10.6. Bonn, NATO-Politik 1949-82, Reagan in Berlin, I.D.E.E.* Göttingen 1982.

- Ders.; Meyer, Herbert; Christiansen, Theo; Grohmann, Peter (Hrsgg.): *500.000 gegen Reagan & NATO: Dokumentation: 10.6. Bonn, NATO-Politik 1949-82, Reagan in Berlin, I.D.E.E.* Göttingen 1982.
- Weissenberg, Timo J.: *Die Friedenslehre des Augustinus: Theologische Grundlagen und ethische Entfaltung.* (Theologie und Frieden, Bd. 28) Stuttgart 2005.
- Weizsäcker, Carl Friedrich von: *Der Garten des Menschlichen: Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie.* München und Wien 1977.
- Ders.: Friedlosigkeit als seelische Krankheit. In: Ders.: *Der bedrohte Friede: Politische Aufsätze 1945-1981.* München und Wien 1981.
- Ders.: *Möglichkeiten und Probleme auf dem Weg zu einer vernünftigen Weltfriedensordnung: Vortrag, gehalten am 1. März 1982 in der evangelischen Akademie in Tutzing.* 5. Aufl., München und Wien 1982.
- Welsch, Wolfgang: Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): *Wege aus der Moderne: Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion.* 2. Aufl. Berlin 1994.
- Ders.: *Vernunft: Die zeitgenössische Vernunftkritik und das Konzept der transversalen Vernunft.* Frankfurt a. M. 1995.
- Wernicke, Joachim: Wir haben nur noch wenige Monate Zeit. In: Jacobsen, Carl G. (Hrsg.): *Europa: Sicherheitsgemeinschaft oder Krieg.* Köln 1984.
- Ders.; Schöll, Ingrid: *Verteidigen statt vernichten: Wege aus der atomaren Falle.* München 1985.
- Wettig, Gerhard: Die Instrumentalisierung von Bedrohungsvorstellungen und Streitkräftedaten im INF-Bereich, in: Forndran, Erhard; Krell, Gert (Hrsg.): *Kernwaffen im Ost-West-Vergleich. Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten.* (Veröffentlichungen der DGFK) Baden-Baden 1984.
- Witschen, Dieter: *Mehr als die Pflicht: Studien zu supererogatorischen Handlungen und ethischen Idealen.* (Studien zur theologischen Ethik, Bd. 114) Freiburg (Schweiz) 2006.
- Wittner, Lawrence S.: *Resisting the Bomb: A History of the World Nuclear Disarmament Movement, 1954-1970.* (The Struggle against the Bomb, Bd. 2) Stanford 1997.
- Wolf, Christa: *Lesen und Schreiben. Neue Sammlung: Essays, Aufsätze, Reden.* Darmstadt und Neuwied 1980.
- Dies.: Rede bei der „Berliner Begegnung zur Friedensförderung“. In: Behrens, Katja: *Weiches Wasser bricht den Stein: Widerstandsreden.* Frankfurt a. M. 1984.
- Dies.: *Kindheitsmuster.* München 2000.
- Dies.: *Kassandra.* 3. Aufl., o. O. 2004.
- Wolf, Reinhard: *Abschreckungstheorie und strategische Rüstungspolitik. Die Dislozierung der amerikanischen Interkontinental-Raketen in der Reagan-Administration.* (Nomos Universitätschriften Politik, Bd. 28) Baden-Baden 1992.
- Zetkin, Clara: Frauen gegen den imperialistischen Krieg! Rede auf dem Außerordentlichen Internationalen Sozialisten-Kongreß in Basel 1912. In: Brinker-Gabler, Gisela (Hrsg.): *Frauen gegen den Krieg.* (Die Frau in der Gesellschaft: Frühe Texte) Frankfurt a. M. 1980.
- Zimmermann, Harro: *Günter Grass unter den Deutschen: Chronik eines Verhältnisses.* Göttingen 2006.

5. Organisationen und Spektren der Friedensbewegung:

Christliches Spektrum:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)
Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF)
Evangelische Studentengemeinden (ESG)
Pax Christi

Sozialdemokratisches und linksliberales Spektrum:

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
Gustav Heinemann-Initiative
Jungdemokraten (Judos)
Jungsozialisten (Jusos)
Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken (SJD)

Grün-alternatives Spektrum:

Alternative Listen (AL)
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
Die GRÜNEN

Kommunistisches Spektrum:

Deutsche Friedens-Union (DFU)
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KoFAZ)
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA)
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Unabhängiges Spektrum:

Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen (BAF)
Bundeskonferenz entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)
Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BUF)
Frauen für den Frieden
Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA, mit anarchistischer Ausrichtung)
Komitee für Grundrechte und Demokratie
Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam (KOZU)
Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK, mit zum Teil kommunistischer Ausrichtung)